

HANDBOUND
AT THE
UNIVERSITY OF
TORONTO PRESS



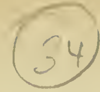
Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries

http://www.archive.org/details/ausmeinemlebenun01erns



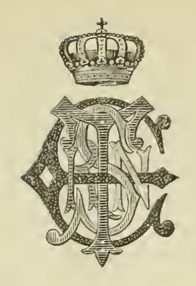


B
E7121a



84

I



Aus meinem Leben

und aus meiner Zeit.

Von

Ernst II.
Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha.

Erster Band.

Sechste Auflage.

Berlin.
Verlag von Wilhelm Hertz.
(Bessersche Buchhandlung.)
1889.

Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.

Buchdruckerei von Gustav Schade (Otto Francke) in Berlin N.

Vorwort.

In frühern Zeiten ist oftmals beklagt worden, daß in einem bedeutsamen Gebiete der Litteratur, welches Engländer und Franzosen in hervorragendster Weise beherrschten — in dem der historisch-politischen Memoiren — von uns Deutschen weniger geleistet worden ist. Heute faßt man unter dem vielsagenden Namen von Memoiren das Mannigfaltigste zusammen: bald Sammlungen von privaten Lebensnachrichten und Briefschaften, bald Publicationen öffentlicher Correspondenzen und diplomatischer Actenstücke. Auch politische Lehrmeinungen, philosophische Betrachtungen, Bekenntnisse schöner Seelen werden nicht selten in dieses Gewand gekleidet. Ueberall, wo sich Mittheilungen solcher Art an den Gang eines einzelnen Menschenlebens knüpfen, oder in einer gewissen chronologischen Ordnung vorgetragen werden, glaubt man sie als Memoiren bezeichnen zu dürfen.

Anders dachte Goethe von seinen Memoiren, denen er den Charakter eines stilvollen Kunstwerkes in dem Maße zuerkannt wissen wollte, daß er, trotz lauterer Wahrheit des Inhalts, im Titel den Gedanken an dichterische Auffassung nicht ablehnte.

Diese ideale Form für die Schilderung persönlicher Erlebnisse zu finden, dürfte indeß da leichter gelingen, wo es das Seelenleben eines Menschen zu künstlerischer Anschauung zu bringen gilt, als

wo man versuchen will, die politischen Ereignisse eines Menschen-lebens und die Beziehungen von diesem zu jenen darzustellen.

Ich habe ursprünglich die Absicht gehabt, meinen Erinnerungen ebenfalls eine rein persönliche Form zu geben; aber im Laufe der Arbeit hat sich gezeigt, daß der Gang der politischen Ereignisse seit der Zeit meines Regierungsantrittes einen so überwältigenden Einfluß auf meine ganze Lebensgeschichte genommen hat, daß man fast an keiner Stelle die stete Rücksicht auf die zusammenhängende moderne und insbesondere deutsche Staatsentwickelung entbehren konnte.

In Folge meiner unausgesetzten Theilnahme an der deutschen Politik haben meine Erinnerungen ganz unabsichtlich den Charakter einer fortlaufenden Darstellung der letzten Jahrzehnte angenommen. Selbst ungesucht hat mich nicht selten der Zufall zum Zeugen großer und entscheidender Begebenheiten gemacht. Wenn ich meine eigenen Erlebnisse überblickte, so stellte sich mir jedesmal das Bild der ganzen Epoche unwillkürlich vor die Augen. Und so erhielt das Werk, welches ich veröffentliche, den Charakter einer Darstellung, bei welcher mein individuelles Leben zuweilen ganz zurücktrat.

Offen spreche ich meine Ueberzeugung aus, daß in unserer vielgeschäftigen, den Erfolg der Dinge oft nur äußerlich beurtheilenden Zeit der Mann der That mehr als jemals das Bedürfniß haben muß, seinen Standpunkt und seinen Antheil am politischen Leben nicht ganz verdunkelt zu sehen.

Die Politik ist in ihren Resultaten allemal ein Produkt von vielen Kräften. Wie gerade die größten Feldherren das deutlichste Bewußtsein von dem Zusammenwirken der Tausende, welche den Kriegserfolg hervorgebracht haben, im Gedächtnisse behalten, so wissen auch die kräftigsten und weitblickendsten Staatsmänner am besten, wie wenig ein einziger und einzelner Wille es war, der in

den großen Entwickelungen zum Ausdruck kam. In den Erzählungen der Nachgebornen wird nur derjenige hoffen können, einen sichern Platz zu behaupten, welcher dafür Sorge getragen hat, daß von seinen Bestrebungen schriftliche Kunde bestehe.

Diese Ueberzeugung hat mich das Bedenken überwinden lassen, daß es unter meinen deutschen Standesgenossen — von einer großen, nicht vergleichbaren Ausnahme der Vergangenheit abgesehen — immer unerwünscht schien, persönlich in diese Art von historischer Litteratur einzugreifen. Und doch rechtfertigt sich ein solcher Schritt besonders heute, wenn man einen Blick auf mancherlei Bücher zeitgenössischer Geschichte wirft.

Bei der Lectüre von Memoiren und Darstellungen der letzten Decennien war ich zuweilen erstaunt, Persönlichkeiten, von denen ich die ganz bestimmte Erinnerung hatte, daß gewisse Ereignisse ihrer Initiative zu danken waren, gar nicht oder höchst ungenügend erwähnt zu finden. Hie und da mag die Rücksicht dabei gewaltet haben, Handlungen regierender Personen nicht jetzt schon einer unvermeidlichen Kritik preisgeben zu wollen. Trotzdem erregt aber eine solche Betrachtungs- und Auffassungsweise erhebliche Bedenken.

Das constitutionelle Prinzip verschweigt die Handlungen der Krone aus Ehrfurcht, und die Geschichte verschweigt zuweilen die Träger von Kronen aus Prinzip. Und so kann es nicht fehlen, daß man in Ueberlieferungen und Erzählungen der Gegenwart nicht selten an die gewaltige Bedeutung des Herrn Nemo in der Welt erinnert wird; und dieser Niemand tritt in dem Epos der neuesten Geschichte meistens hervor, wenn Fürsten und Regenten eine persönliche Rolle zu spielen hatten.

Die Ursachen sowohl, wie die Wirkungen solcher historisch-politischen Darstellungen stehen mir deutlich vor der Seele. Die

treibenden Kräfte der Entwickelung bleiben unbekannt und unbesprochen; und weil in den Kreisen, wo sich dieselben befinden, eine ungemein große Scheu vorherrscht, von dem geschriebenen Worte öffentlich Gebrauch zu machen, so kann sich über wesentliche Momente auch unserer Zeit unverdrossen eine fable convenue ausbreiten.

Dem gegenüber scheinen Abmahnungen wenig am Platze zu sein, welche in Bezug auf das eigene Hervortreten durch Erzeugnisse der Presse niemals zu fehlen pflegen. Ich kann mich nicht bestimmt finden, mir mein Recht verkümmern zu lassen, die Dinge darzustellen, wie ich dieselben erlebt, empfunden und mitbewirkt habe. Mir war ein halbes Jahrhundert hindurch Gelegenheit geboten, im Vordertreffen zu stehen, ich habe Vieles erfahren, die Ereignisse scharf beobachtet, und kein wirklicher Kenner der Zeit dürfte meinen bescheidenen Antheil an den Gestaltungen unseres Vaterlandes in Zweifel ziehen wollen.

Das Werk, welches hiermit der Oeffentlichkeit übergeben werden soll, habe ich mit einer Sorgfalt, Ueberlegung und, ich möchte sagen, kritischen Pedanterie verfaßt, deren sich nicht allzuviele ähnliche Schriften zu rühmen haben dürften.

Nahezu ein Decennium war ich unausgesetzt damit beschäftigt, in meiner Darstellung der Dinge die möglichste Uebereinstimmung mit der Wirklichkeit zu erreichen, ohne daß doch Jemand Grund finden sollte sich verletzt zu fühlen. Oftmals habe ich mir gestattet lieber die Form der Erzählung zu vernachlässigen, um nur dem sachlichen Inhalt eine desto größere Sicherheit zu geben. Auch habe ich mich nicht, gleich manchen andern Erzählern, auf mein gutes Gedächtniß ausschließlich verlassen wollen; vielmehr bin ich mir bewußt, überall meine Erinnerungen auf das sorgfältigste controllirt zu haben.

Ich will auch nicht von dem sprechen, was gleichsam als die Frucht persönlichster, ich möchte sagen, geheimster Erinnerungen dem Werke zu gute gekommen ist. Meine Arbeit beruht auf einer umfassenden Durchforschung und Benutzung eines umfangreichen Quellenmaterials. Meine Sammlungen zur Zeitgeschichte werden durch die ungemein reiche Correspondenz unterstützt, welche in meinem Hause zusammenfloß. Auch haben die öffentlichen Archive schätzenswerthe Beiträge dargeboten; und für die Geschichte meiner persönlichsten Erlebnisse lagen mir die seit frühester Zeit geführten Tagebücher als ein zuverlässiger Leitfaden vor. Von befreundeten Seiten und amtlichen Stellen wurde ich mit Abschriften und Originalacten unterstützt.

Mit einem derartigen Quellenapparat ausgerüstet, darf ich behaupten, daß ich mehr als viele andere Zeitgenossen in der Lage war, Thatsachen festzustellen und zu überliefern. Was ich über die Dinge dachte und urtheilte, konnte ich unter diesen Umständen meist noch actenmäßig belegen. Ich habe überall dahin gestrebt, den Leser mitten in die Bewegung vergangener Tage hineinzustellen.

Mein Leben fiel in eine große Zeit des Ringens um die nationalen Güter; ich habe nie anders als mit Freude und Hingebung mitgearbeitet, immer die großen Resultate im Auge, deren sich die Generation, welcher ich angehöre, nun dankbar rühmen darf. Selbstverständlich wird kein einzelner Mann und vielleicht noch weniger eine einzelne Partei für sich in Anspruch nehmen wollen, immer auf der einzig richtigen Bahn dem Ziele unserer heutigen Entwickelung zugestrebt zu haben.

Das rein sachliche Interesse jedoch, welches meiner Darstellung Freunde erwerben muß, wird für bloßes Uebelwollen keinen Raum

gewähren; ich glaube sicher sein zu können, daß meine Aufzeichnungen noch nach vielen Jahren zur Information über unsere merkwürdige Zeitepoche dienen werden.

Was die Darstellung meiner Erlebnisse aus früheren Jahren — etwa bis in die Zeit der orientalischen Verwickelungen — betrifft, so darf ich nicht unterlassen, einen allgemeinen Hinweis auf die Bücher der Königin von England über meinen Bruder vorauszuschicken. Bei dem innigen Verkehr, welcher zwischen mir und meinem Bruder bestanden hat, wäre es unmöglich gewesen, von diesen bekannten Werken an irgend einer Stelle abzusehen. Denn nicht nur brüderliche Liebe, sondern auch Gemeinsamkeit der politischen Ueberzeugungen und Arbeiten verband uns unzertrennlich.

So möge denn das Werk, von einem Mitlebenden und Mitstrebenden nach bestem Wissen wahrheitsgetreu erzählt, dem Verständniß zeitgenössischer und künftiger Freunde der Geschichte eine große Epoche unserer nationalen Entwickelung näher rücken; dem Erzähler selbst aber möge es warmherzigen Antheil gewinnen und erhalten.

E. H. z. S.

Vorwort zur fünften Auflage.

Indem ich dem deutschen Leser die fünfte Auflage meines Werkes übergebe, unterlasse ich nicht, darauf aufmerksam zu machen, daß ich in dieser, wie in der vorhergehenden, bestrebt war, Verbesserungen und Richtigstellungen in manchen Einzelheiten zu bewirken. Zugleich ergreife ich aber auch die Gelegenheit, um für viel Freundliches zu danken, was mir in zahlreichen Besprechungen der Blätter sowie in besonderen Zuschriften und persönlichen Aussprüchen in Bezug auf meine Arbeit zu Theil geworden ist. Ich durfte darin den werthvollsten Beweis des Interesses für das Erlebte, und wie ich gerne hinzudächte, vielleicht auch für den Erzähler, im weiten Umfange des wiedererstandenen Vaterlandes erblicken.

Oktober 1888.

E. H. z. S.



Inhalt.

Erstes Buch.

Jugendjahre.

		Seite
Erstes Capitel:	Eintritt ins Leben	3
Zweites Capitel:	Politische Lage um 1830	27
Drittes Capitel:	Brüssel, Bonn und Dresden	59
Viertes Capitel:	Das Haus Coburg in England und Portugal	75

Zweites Buch.

Vor der Revolution.

Erstes Capitel:	Vermählung und Regierungsbeginn	105
Zweites Capitel:	Deutschland, Oesterreich und Preußen	129
Drittes Capitel:	Spanien und Portugal	151

Drittes Buch.

1848—1849.

Erstes Capitel:	Heimathliche Angelegenheiten	189
Zweites Capitel:	Der Kampf um das Reich	251
Drittes Capitel:	Die Nationalversammlung und der Reichsverweser	286
Viertes Capitel:	Das Ende der Frankfurter Träume	318

Viertes Buch.

Erinnerungen aus Schleswig-Holstein.

Erstes Capitel:	Die Schleswig-Holsteinische Bewegung	341
Zweites Capitel:	Der erste Waffenstillstand	357
Drittes Capitel:	Der Krieg des Jahres 1849	377
Viertes Capitel:	Politik und Gesellschaft im Feldlager	403
Fünftes Capitel:	Abschied von Holstein und Schluß	435

Fünftes Buch.

Hoffnungen und Enttäuschungen.

Erstes Capitel:	Reichsverfassung und Dreikönigsbündniß	473
Zweites Capitel:	Störende Mächte	504
Drittes Capitel:	Der Erfurter Reichstag und der Fürsten-Congreß	525
Viertes Capitel:	Von Erfurt nach Olmütz	578

Beilagen:	Zu Seite 222, 223	617
„	Zu Seite 314	622



Erstes Buch.

Jugendjahre.



Erstes Capitel.

Eintritt ins Leben.

In der sächsischen Haus- und Landesgeschichte gibt es vielleicht kein zweites Ereigniß, welches in meiner sagenberühmten thüringischen Heimath so gern und häufig erzählt worden wäre, wie der legendenhafte Prinzenraub und das romantische Verbrechen des Ritters Kunz von Kaufungen.

Politische und nicht politische Moralisten fanden in dieser volksthümlichen Ueberlieferung reichhaltigen Stoff für gute Lehren und zahlreiche Bilderbücher veranschaulichten seit ältester Zeit die schweren Schicksale der beiden jungen Prinzen Ernst und Albert, welche die Stammväter zweier großer in die deutsche Geschichte tief eingreifender Familien geworden sind. Noch im Jahre 1822 wurde am sächsischen Fürstenberge ein schönes Denkmal enthüllt, durch welches die Erinnerung an die beiden Stifter des Ernestinischen und Albertinischen Hauses neuerdings aufgefrischt wurde.

Daß ich und mein jüngerer Bruder in der gleichen Reihenfolge und fast genau in der gleichen Altersabstufung nun die Namen der geraubten Söhne Friedrichs des Sanftmüthigen trugen, erschien in unserm engern Familienkreise als ein Umstand, der Großmüttern und Verwandten vielen Stoff zum Nachdenken und manche freundliche Hoffnung für unsere Zukunft einflößte.

Der Köhler Georg Schmidt, der Abt Ciborius, die Gefangennehmung des Ritters Kunz und des Knechtes Schweinitz, die Todesgefahr des Prinzen Ernst in der Teufelskluft, die gutmüthigen Holzhauer des Waldes, der würdige Oberamtshauptmann Friedrich von Schönburg und endlich die Strafe und der Tod der Verbrecher, die ganze, oftmals wiederholte Historie wurde für uns Kinder, wie für die Erzähler ein unerschöpflicher Quell des Interesses. Auf solche Weise mag in den Kinderstuben germanischer Vorzeit auf Phantasie und Thatkraft gewirkt worden und künftigen Führern des Volkes aus der Gleichheit von Namen und Orten und aus der Unveränderlichkeit der Natur und Landschaft ein Bild des eigenen Strebens und Wollens entstanden sein.

Die Jahre meiner ersten Kindheit, wo man den gewaltigen Kaiser der Franzosen in die Einöde einer Felseninsel verbannt wußte, fielen in eine Epoche

des geistigen Lebens der deutschen Nation, in welcher sich zahlreiche Kreise abgewandt von der Gegenwart mit Leidenschaft in die Stimmungen von Mönchs- und Ritterzeiten versenkten. So ist es geschehen, daß die jüngsten Sprossen der Ernestinischen Coburger mit den Namen und in den Erinnerungen eines verklungenen und romantischen Zeitalters heranwuchsen und daß kaum jemand von mir und meinem Bruder zu sprechen und zu schreiben vermochte, ohne an die Worte meiner Großmutter zu erinnern, welche es überaus reizend fand, „daß die Knaben gerade so hießen, wie die Söhne des Kurfürsten Friedrich, welche Kunz von Kaufungen stahl."

Die wirkliche Geschichte des sächsischen Hauses war aber bekanntlich nicht so erfreulich als die historische Sage der alten Wettiner und die große Spaltung unseres Hauses ist eine Quelle zahlreicher Unglücksereignisse für dasselbe geworden. Der große Kurfürst, welchem das deutsche Volk seine Glaubensfreiheit verdankte, — wäre er nicht der berufenste Mann gewesen, um das Kaiserthum in neue Bahnen zu leiten und seinem Hause zu sichern, wenn alles wettinische Land in seinen Händen gewesen wäre? Der getheilte Besitz gestattete ihm nicht den Muth, die angebotene Krone zu nehmen, welche an Karl V. gelangte. Und so folgte der Fall der Ernestiner und immer weitergreifende Theilungen.

In Bezug auf Coburg-Saalfeld wurde einem noch größern Zerfall durch meinen zweiten Urgroßvater Franz Josias im Jahre 1733 kraft eines Hausgesetzes vorgebeugt, welches das unbedingte Erstgeburtsrecht feststellte. Die zahlreichen Prinzen des Hauses wurden dadurch auf ihre eigene Tüchtigkeit und auf eigenen Erwerb gestellt. Die Brüder meines Urgroßvaters waren alle genöthigt, fremde Dienste anzunehmen und haben unsern Namen in ganz Europa bekannt gemacht. Der jüngste darunter überdauerte als der letzte Reichsfeldmarschall das römisch deutsche Kaiserthum um ein Dezennium. Er lebte noch als mein Vater seine Regierung antrat und half ihm in treuer Anhänglichkeit an sein Geschlecht die schweren Zeiten des Rheinbundes und der napoleonischen Herrschaft ertragen. Charakteristisch für diese seine Sorgen ist ein Schreiben, welches der alte biedere Marschall beim Tode meines Großvaters an das Landesministerium richtete und welches den verwirrten Stand der Verhältnisse im Jahre 1806 auch in meiner kleinen Heimath erkennen läßt:

Hochwohlgeborner Herr!
Insonderst hochgeehrtester Herr Minister!

„Da es Gott gefallen, meines Herrn Neven, des regierenden Herrn Herzogs Liebden aus dieser Welt abzufordern und ich nicht glauben kann, daß das von Sr. Maj. dem französischen Kaiser ergangene Patent jeden regierenden Herrn von der Landesregierung ausschließe, des Herrn Erbprinzen so wenig als des

Prinz Ferdinand Liebden zugegen, Prinz Leopold aber noch nicht majorenn ist, so frage ich bei Eurer Excellenz an, ob auf allen Fall denenselben von des Herrn Erbprinzen Liebden eine Vollmacht zur Uebernahme deren Regierungsgeschäfte übergeben worden? im gegentheiligen Fall würde mir wohl ohnstrittig zukommen, diese Geschäfte bis zur Ankunft eines oder des Andern meiner Herren Nevens übernehmen zu müssen! Der ich mit aller Hochachtung verharre

Euer Excellenz
ergebenster Diener
Fr. Josias Pr. v. S. C.

Coburg 9. Decbr. 1806.

Der angebotene Dienst brauchte indessen nicht angenommen zu werden, da mein Vater selbst erschienen war und die Regierung antrat.

Der alte Friedrich Josias, dem mein Oheim, der König Leopold von Belgien, durch von Witzleben ein schönes litterarisches Denkmal seiner kriegerischen Thaten setzen ließ, hat mit peinlicher Genauigkeit bis an sein Lebensende alle irgend erheblichen Ereignisse in seinem umfangreichen Tagebuche angemerkt. Dasselbe ist nicht wichtig genug, um es in seinen meist sehr einfachen Einzelheiten hier zu benutzen, aber auf vielen Blättern beweist es, gleich andern stillen Aufzeichnungen jener Tage, wie schwer und drückend ein deutscher Mann die französische Herrschaft ertrug. Der alte Türkenbesieger hatte indessen die Genugthuung den Sturz derselben noch zu erleben. Er starb am 26. Februar 1815, fast in dem Augenblicke, als Napoleon nach der Flucht von Elba, die Küste von Frankreich wieder erreicht hatte. Mein Vater war soeben vom Wiener Congreß heimgekehrt, von welchem die Heilung so vieler Leiden der frühern Jahre mit so wenig Aussicht auf Erfolg erwartet worden war.

Der spätere König Leopold versicherte in seinen Aufzeichnungen, daß mein Vater durch Parteinahme in der sächsischen Frage den preußischen König und seine Staatsmänner sehr erbittert habe und dadurch nahe daran war, jeden Vortheil einzubüßen. Die kleine Gebietserweiterung am Rhein mit der Hauptstadt St. Wendel, welche Preußen als Enclave ungern sah und noch zuletzt in den Vertrag nicht aufgenommen wissen wollte, setzte Prinz Leopold nicht ohne Mühe durch.

Um aber die ganze Schwere dieser Zeit für meinen Vater zu ermessen, muß man sich des Zustandes des Coburgischen Ländchens erinnern. Die volle Vereinigung von Coburg und Saalfeld fand erst durch einen am 4. Mai 1805 kurz vor dem Regierungsantritt meines Vaters abgeschlossenen Receß statt. Vorher hatten die Coburger nur einen Antheil an der saalfeldischen Landesportion, deren andrer Theil zu Sachsen-Altenburg, also damals dem Herzoge von Gotha gehörte, welcher zugleich die Landeshoheit im Saalfeldischen Gebiete besaß. Durch

den Receß von 1805 wurde Saalfeld mit dem gothaischen Antheil am Amte Themar an Coburg und Römhild von Coburg an Gotha abgetreten, so daß die Gebiete einigermaßen arrondirt wurden. Der Besitz meines Vaters umfaßte somit das Amt Coburg, das Amt Themar, und vom Saalfeldischen die Aemter Saalfeld und Gräfenthal-Probstzella, zusammen 17¾ Quadratmeilen mit 57266 Einwohnern nach einer Zählung vom Jahre 1812.

Wie schon König Leopold in seiner Denkschrift erzählt[1]), war der Vermögensstand meiner Voreltern durch Mißgriffe der verschiedensten Art tief erschüttert. Die Noth des Landes war durch die Franzosenkriege auf das höchste gestiegen. Im Jahre 1806 befand sich mein Vater im Heere der verbündeten Preußen und Russen und die Franzosen behandelten Coburg beim Tode meines Großvaters Franz Friedrich Anton am 9. Dezember 1806 wie eine gute Beute. Coburg war den Franzosen ein nicht unbekannter Ort und in den Revolutionsjahren verhaßt geworden, weil sich französische Emigranten seit 1. Novbr. 1792 daselbst niedergelassen hatten. Mehr als es vielleicht der Wahrheit entsprach, war in Folge davon unser Coburg in den Ruf eines reactionären und legitimistischen Heerdes gekommen, wo sich der französische Intendant und Statthalter mit besonderer Befriedigung die Zügel schießen lassen durfte.

Nur mit Mühe konnte mein Vater seine Rechte geltend machen und sein Fürstenthum unter der Bedingung des Eintritts in den Rheinbund wieder erlangen. Aber der Gnaden und Standeserhöhungen, welche andere Rheinbundsfürsten errungen, ist er natürlich nicht theilhaftig geworden, was ihm Söhne und Enkel nur zu seinem Ruhme anrechnen konnten.

Sechs lange Jahre blieben in stiller Zurückgezogenheit der eifrigen Wiederherstellung der ökonomischen Zustände des kleinen Ländchens gewidmet; die allgemeine Politik mußte als ein verschlossenes Buch betrachtet werden, an welches ein Fürst des Rheinbundes nicht rühren durfte, ohne den Zorn des Kaisers zu erregen. Mein Vater mußte um so vorsichtiger sein, da die Beziehungen seiner beiden Brüder zu Oesterreich und Rußland Napoleon wohl bekannt waren, und er, wie König Leopold selbst erzählt, sogar dafür verantwortlich gemacht wurde, warum dieser nicht in den französischen Dienst getreten sei. Allein der erste Januar 1813 sah — um die Worte des Königs Leopold zu wiederholen, — „Deutschland glücklicher als es lange gewesen.“

Wie rasch und entschieden mein Vater und seine Brüder ihre militärische

[1]) Auf diese Denkschrift, welche sich in Grey, Early years, abgedruckt findet, sei hier für die ältere Geschichte und für die persönlichen Verhältnisse ein für allemal verwiesen. Deutsche Ausgabe: Die Jugendjahre des Prinzen Albert von Sachsen-Coburg-Gotha S. 309—335. Ueber eine Ergänzung dieser Aufzeichnungen vgl. Deutsche Revue vom Juni 1884: König Leopold als Kritiker.

und politische Stellung genommen, soll hier nur angedeutet werden, da mein Oheim dies alles so schön und mit der Anspruchslosigkeit seines seltenen Charakters erzählt hat.

Es ist natürlich, daß die Thaten der Befreiungskriege und der Antheil des Vaters und der Oheime, wie in jedem deutschen Hause, so auch in unserer Familie, in den Tagen meiner Kindheit und Jugend, einen endlosen Stoff der Erzählungen und Gespräche gebildet haben. Heute, wo die Welt die Lust am erzählen und fabulieren viel weniger besitzt als ehedem, muß man sich die Gestalten der Kriegskameraden von 1813 recht lebhaft vergegenwärtigen, um zu begreifen, von welchem enormen Einfluß diese Erinnerungen an heiße Zeiten und schwere Tage auf alles Fühlen und Denken der Jugend waren und wie jeder Nerv sich spannte, wenn Vater oder Oheim, die vortrefflich vorzutragen wußten, den lauschenden Knaben ihre Erlebnisse mittheilten. Ich könnte eine Fülle von Anekdoten wörtlich wiederholen, welche insbesondere der König Leopold in guten Stunden aus dem Jahre 1813 zu erzählen bereit war.

Einiges war so charakteristisch für manche Hauptpersonen des großen Dramas, daß es schade wäre, wenn es ganz vergessen würde; denn man kann nicht leugnen, daß die Geschichte, welche eine Neigung hat, die großen Thaten ganz und gar zu personifizieren, nicht immer auf den richtig gewählten Altären den Göttern opfert.

Als Führer einer russischen Garde=Cavallerie=Brigade war König Leopold unmittelbar nach der Schlacht von Kulm in Teplitz eingerückt. Er fand die Stadt von Truppen überfüllt und um sich und seinen Stab einzuquartieren, blieb ihm nichts übrig, als das Clarysche Palais in Anspruch zu nehmen, wo Kaiser Franz sein Quartier hatte. Als der Prinz ins Haus trat, um den Kaiser zu bitten, daß ein Theil der Appartements zu Gunsten der ermüdeten Offiziere geräumt werde, fand er den Kaiser beim Triospiel, in der behaglichsten Stimmung, mit der er während des Kanonendonners von Kulm seiner musikalischen Leidenschaft hingegeben war. Indem nun der Kaiser sogleich sich bereit erklärte dem an ihn gestellten Ansuchen zu willfahren, sagte er mit unverwüstlichem Gleichmuth: „Ei ja, recht gern, wir können ja auch da unten weiter geigen.“ Und so geigte er im untern Stockwerk vergnügt weiter.

Einen andern heitern Zwischenfall erzählte der König gern von der Leipziger Action. Er war zum Könige Friedrich Wilhelm III. gesandt worden, um diesen zu bestimmen irgend eine Anordnung zu treffen.

Trotz der Wichtigkeit des Auftrages wird Prinz Leopold aber nicht vorgelassen, vielmehr findet er auch Gneisenau in derselben peinlichen Lage harrend der Unterzeichnung einer königlichen Ordre. Der König kommt aber nicht und schickt auch keinen Befehl heraus. Man wird drängender und läßt durch den

dienstthuenden Offizier bestimmter um Entscheidung bitten. Da erscheint endlich Friedrich Wilhelm selbst in ärgerlicher Stimmung und erklärt, daß er schon vor vielen Stunden zum Kaiser Alexander geschickt und habe fragen lassen, ob er in russischer oder preußischer Uniform am Schlachttage erscheinen solle, er müsse sich wundern, daß Prinz Leopold ebenfalls keine Bestimmung nach dieser Richtung mitgebracht habe. Als nun der letztere bescheidene Einwendungen sich erlaubte, so platzte der König zornig heraus: „Ich muß doch vor allem wissen, welche Uniform ich tragen soll, denn ohne Hosen werde ich wahrhaftig nicht marschieren können."

Glücklicherweise war die ersehnte Nachricht endlich gekommen, und Friedrich Wilhelm unterzeichnete seinerseits die entscheidenden Ordres.

Ernster und ergreifender waren die Erzählungen des Oheims, wenn er von Kulm, Brienne und Paris berichtete, wo er mit der russischen Cavallerie am 31. März einzog, und jene unvergeßlichen Momente miterlebte, die seitdem oft genug geschildert worden sind, und deren Erinnerung wie ein befruchtender Saame in die Gemüther der nachwachsenden Generation gefallen ist. Einiges historische Interesse bieten die Briefe, welche König Leopold in diesen Jahren der Regeneration Europas an den alten Prinzen Friedrich Josias schrieb. Sie sind bezeichnend für den Charakter und die Denkungsweise meines Oheims, über dessen Jugendzeit bei aller Aufmerksamkeit, welche die Geschichte ihm mit Recht zu widmen pflegt, nicht eben viel bekannt geworden ist.

Carlsbad 12. Juli 1813.

„Ich habe mich die ganze Zeit her des Vergnügens beraubt an Sie zu schreiben, weil es oft an Gelegenheit und Stoff, noch mehr aber an Zeit mangelte, wie Sie sich wohl selbst erinnern werden, daß dies der Fall im Kriege gewöhnlich ist. Bis jetzt habe ich das Glück gehabt, allen Gefahren glücklich zu entgehn und kann Gott dafür sehr dankbar sein, denn es gab genug. Die jetzige Ruhe nach so vielen Fatiguen ist sehr wohlthätig gewesen. Es hätte mich sehr gefreut, außer meinem lieben Ernst, auch Ferdinand und Mensdorf hier zu sehen, ihre Briefe geben uns Hoffnung dazu. Es scheint aber fast, als ob ihre Gegenwart ganz unnöthig werden würde, denn allem Anscheine zu Folge scheint man hier zu Lande einen schlechten Frieden allem Kriegführen vorzuziehen, obgleich die Aussichten, wenn alle zusammenhalten wollten, überaus günstig sind."

„Ich überlasse es Ernst die politischen Neuigkeiten, auch was meine Wenigkeit anbetrifft, mitzutheilen, indem es schriftlich zu weitläufig werden möchte, und Sie incommodieren könnte. Jetzt wenn ich Ernst verlasse, gehe ich nach Prag, wo ich mich während des Congresses vielleicht zwei Tage aufhalten werde,

um wegen des Friedens mich etwas zu informiren und gehörig auf's reine zu kommen."

„Sodann gehe ich wieder nach Peterswaldau bei Reichenbach in Schlesien, wo des Kaisers Hauptquartier ist, sodann aber zur schweren Cavallerie nach Ossig einem Dorf bei Liegnitz."

Paris 2. Juni 1814.

„Ich kann unmöglich Paris verlassen, ohne mich ihrem gnädigsten Andenken zu empfehlen."

„Zwei Monate in der Stadt in Garnison gewesen zu sein, welche die letzten zwanzig Jahre die Hauptstadt der Welt vorgestellt hat und als Sieger nach so glänzenden Affairen als die von Fère Champenoise und bei Paris selbst, einzuziehen, ist eine unvergeßliche Begebenheit. Der Aufenthalt war, zumal die letzte Zeit, sehr angenehm."

„Meine Brüder haben zu der Annehmlichkeit des Aufenthaltes viel beigetragen, Ferdinand wohnte bei mir, Ernst aber etwas weiter, auch der gute Mensdorf, der noch sehr traurig über den Verlust seines Sohnes ist, hat mich sehr oft besucht. Unsere Angelegenheiten geben viel zu thun und ich hoffe, daß sie eine günstigere Wendung nehmen werden, als es Anfangs schien. Da der Kaiser die Gnade gehabt hat, mir zu erlauben ihm nach England zu folgen, so benutze ich diese günstige Gelegenheit, um das interessante Land zu sehen, was in diesem Augenblicke sehr brillant sein wird, da man sehr viel Feste geben wird."

„Der Kaiser von Oesterreich ist heute früh nach Wien abgegangen, der russische Kaiser nach London, er wird sich aber einige Tage in Boulogne aufhalten, um die dortigen Anstalten in Augenschein zu nehmen, wo ich ihn dann einholen werde."

„Gebe der Himmel, daß endlich ein dauerhafter Friede nach so vielen Opfern kommen möge."

„Ich fürchte sehr den Bürgerkrieg in Frankreich. Die Massen sind zu heterogen, als daß es gut thun könnte und ich bedaure die armen Bourbons, die manchen harten Stoß werden aushalten müssen, um sich auf dem Throne zu erhalten; ich rathe ihnen vorzüglich streng zu sein, einige Köpfe, die fallen — das wird gewaltig helfen."

„Ich glaube, daß der Aufenthalt in England nicht sehr lange dauern wird. Ende Juli aber oder im August hoffe ich bestimmt in Coburg dem gnädigsten Onkel meine Aufwartung zu machen, auf welchen glücklichen Augenblick ich mich sehr freue."

„P. S. Seine Majestät der Kaiser Franz haben die Gnade gehabt, mir vor Kulm und Fère Champenoise das Theresienkreuz zu verleihen."

Wien 8. November 1814.

„Da der General Tettenborn seine Reise sehr kluger Weise über Coburg macht, so ergreife ich diese Gelegenheit mit großem Eifer, um den gnädigsten Onkel meines Respektes zu versichern. Ich wollte es schon früher thun, aber hatte so viele Schreibereien und Geschäfte, daß ich es immer von einem Tage zum andern aufschieben mußte."

„Mit dem lieben Congreß ist es nicht so rasch gegangen, als man eigentlich hätte glauben sollen, und ich hätte meinen Séjour in Coburg auf diese Gefahr noch recht füglich verlängern können. Die gemuthmaßten Vorunterhandlungen haben, wie ich mir dies früher schon vorgestellt hatte, gar nicht statt gehabt, alles mußte also erst hier angegriffen und beseitigt werden. Und so wie Privatpersonen oft erst lange umhergehn, ehe sie sich entschließen können eine unangenehme Angelegenheit zu berühren, so gieng es auch hier."

„Keine der großen Mächte wollte die unangenehmen Fragen gleich ernstlich berühren, sie hofften durch Temporisiren, daß Zeit und Umstände sich bessern würden, was aber meines Wissens nicht der Fall war. Dies ist der Grund, weshalb der Congreß auf den 1. November verschoben werden mußte, weshalb man auch jetzt sogar darauf ausgeht, noch mehr Zeit zu gewinnen. Der Congreß als solcher genirt nämlich die Hauptmächte, und vorzüglich Rußland, Oesterreich und Preußen, weil eine solche Versammlung aller Europäischen Mächte natürlich zur Folge haben mußte, daß man nun nicht allein Rücksicht auf das Interesse dieser Hauptmächte nimmt, sondern auf das Gleichgewicht und Wohl von ganz Europa, was einen bedeutenden Unterschied macht."

„Frankreich macht nun den meisten Lärm, wie dies schon früher zu vermuthen war, verlangt, daß Sachsen bleiben und daß Rußland dagegen ein großes Stück von Polen noch an Preußen abtreten möchte, um demselben die ehemalige ihm garantirte Volksmenge wieder zu verschaffen. Auch England soutenirt mehr oder weniger dies Verlangen, was für das Gleichgewicht allerdings sehr wichtig ist."

„Hieran stößt sich nun eigentlich die ganze Sache. Rußland will das Herzogthum Warschau nicht herausgeben und Preußen dem zu Folge Sachsen haben, die andern Mächte bestehen hingegen darauf, daß Rußland das größte Stück von dem Warschauischen an Preußen gebe und daß sodann Sachsen erhalten werde. Bleiben alle zusammen mit dieser Festigkeit auf ihrem Willen bestehen, so war der Congreß umsonst und es steht, wenn auch nicht auf der Stelle, doch wenigstens ein baldiger Krieg zu befürchten, was das unglücklichste von allem wäre, denn die Verwirrung, welche hieraus entspringen würde, ist nicht zu berechnen."

„Der Himmel, der bisher alles zum Besten geleitet hat, wird aber hoffent-

lich sein schönes Werk nicht unvollendet lassen und aufs neue Krieg und Verderben über das arme hart geplagte Europa kommen lassen."

„Bis diese großen Fragen nicht entschieden sind, läßt sich über unsere eigenen Hoffnungen und Aussichten verzweifelt wenig sagen, doch hoffe ich auf etwas wenn auch nicht viel, nur darf der Congreß nicht auseinander gehn, sonst ist unser Schicksal entschieden und wir bekommen gar nichts."

„Die Souveräns belustigen sich sehr viel, tanzen, jagen und so weiter, ihre Reise nach Ofen hat sie recht gut unterhalten. Man gab ihnen dort allerhand schöne Feste und die Nationalität der Ungarn fiel ihnen auf. Jetzt wird bald wieder eine Reise nach einer andern Gegend gemacht werden; so wie ich höre werden die höchsten Herrschaften nach Graz gehn und scheinen auch einige Lust zu haben Triest und gar vielleicht Venedig zu besuchen; die gnädigen Herren sind auf ihre alten Tage so in's Reisen gekommen, daß sie gar nicht aufhören können. Auch sagt man, daß der österreichische Kaiser versprochen habe, im Mai nach Petersburg zu kommen, wo es dann natürlich auch hoch hergehen wird."

„Dem hiesigen Hof kostet der Aufenthalt der hohen Gäste ein unerhörtes Geld, man versichert, es betrage dies täglich 60,000 fl. und es scheint mir dies auch nicht zu viel, wenn man die ungeheure Menge Menschen berechnet, welche die Suiten der hohen Herrschaften bilden; allein an der Marschallstafel speisen täglich einige hundert Personen, überdies sind alle Bediente reichlich verköstigt."

„Der Hof ist aber auch so glänzend, wie ich nie geglaubt hätte, daß er sein könnte und der ehemalige französische vermag sich nicht mit ihm zu messen. Ich habe das Vergnügen gehabt, den Großfürsten einige Zeit hier zu besitzen, aber leider will er Dienstag den 8. schon weggehn und nach Warschau zurückkehren; er hat mir aufgetragen ihn dem Andenken des gnädigen Oheims zu empfehlen und erinnert sich mit großem Vergnügen wie er voriges Jahr um einige Tage früher bei uns in Coburg war." „Er hat sein Regiment, was hier steht, mehrmals exerziert, was aber jederzeit zu seiner großen Zufriedenheit ausgefallen ist." „Seine Absicht war, mich von hier mit nach Warschau zu nehmen, aber ich habe es doch vorgezogen noch hier zu bleiben."

„Da ich meinen Brief, der abgehen soll, zu schließen gezwungen bin, so bitte ich den gnädigen Onkel mich der Tante Caroline zu empfehlen und an die unveränderliche Verehrung und Liebe zu denken, mit welcher ich stets sein werde." ꝛc.

Wien 20. December 1814.

„Da in einigen Tagen der glücklichste Tag ist, an welchem Sie der Welt geschenkt wurden, so eile ich meinen innigen und ehrfurchtsvollen Wunsch zu Füßen zu legen; möge der gerechte Himmel das Leben eines so geliebten Oheims, der so allgemein geschätzt ist, noch lange Jahre beschirmen.

„Ich hatte sehr gehofft und gewünscht alles dies mündlich am Geburtstage des theuren gnädigsten Onkels sagen zu können, aber der Himmel hat es anders gewollt, und diesen Congreß noch mehr sogar in die Länge gezogen, als anfänglich meine Meinung gewesen ist; obgleich ich aber vermuthe, daß es sehr lange dauern würde, so hätte ich doch geglaubt, daß noch mehr Rechtlichkeit und guter Wille zu finden sein würde, als sich bis jetzt gezeigt hat."

„Die Sachen stehen in einer grausamen Stagnation und ich fürchte Krieg, wenn das so fortgeht, obgleich aller sichtlicher Vortheil Frieden erheischt. Man muß in diesem wichtigen Augenblick mehr als je auf die Vorsehung bauen, die gewiß alles noch, obgleich es nicht so aussieht, zum Besten wenden wird; denn der menschliche Verstand bleibt zu Zeiten etwas still stehen vor Kummer und Verzweiflung, daß Dinge, die so leicht zu schlichten sind, muthwillig von hohen Händen verwirrt werden."

„Die Zeit her hat der Advent einen kleinen Strich durch die Rechnung der Feste und Amusements gemacht und in den katholischen Häusern gab es deren Feste gar nicht; dagegen in den russischen, als bei Razumoffsky zum Beispiel, und in den englischen."

„Jetzt kommt in einigen Tagen der Geburtstag des russischen Kaisers, der auf mancherlei Art wird gefeiert werden, auch durch ein Spectacle bei Hofe, von welchem ich leider fern sein werde. Man glaubt sodann, daß von den kleinern Königen einige weggehn dürften, wie der von Würtemberg und Bayern."

„Seit einer Woche haben wir das schönste Wetter, was man sich nur denken kann und oft glaubt man sich in den Frühling versetzt, so warm scheint die Sonne. Die ganze Zeit her konnte man im Ueberrock gar nicht spazieren gehn, weil man gleich zu warm bekam und auf der Bastei, wo gewöhnlich die schöne Welt promenirt, ist alle Tage ein Zulauf als wäre eine Redoute. Wenn das Wetter zu Hause ebenso günstig ist, so werden der gnädigste Oheim einige gute Jagden haben machen können."

„Von der Abreise der großen Souveräns hört man noch gar nichts bestimmtes und hält dies für einen Beweis, daß die Sachen ihrem Abschluß noch nicht so nahe sind."

„Doch ich will dem gnädigsten Onkel mit meiner Schreiberei nicht länger beschwerlich fallen, mit Neuigkeiten sieht es ohnedies sparsam aus; so Gott will, werde ich bald das Glück haben mündlich den gnädigsten Onkel zu unterhalten, für zwei Briefe statte ich auch noch meinen unterthänigsten Dank."

Aus diesen Briefen dürfte man erkennen, daß in den fürstlichen Geschlechtern Deutschlands, die Befreiungskriege nicht ganz im Sinne einer nationalen Wiedergeburt aufgefaßt worden sind, wie man dies später that. Selbst bei den Hauptpersonen der verbündeten Armeen war nur das Streben nach dem Völkerfrieden und die Liebe zur alten legitimen Ordnung stark entwickelt und auch die geist=

vollsten und bedeutendsten, wie König Leopold, erblickten in der großen Heerfahrt nach Paris kaum etwas anderes als ein großes internationales Unternehmen gegen das Uebergewicht von Frankreich. Erst den Söhnen jener tapfern Streiter ist die große Epoche unserer deutschen Geschichte im Lichte des nationalen Gedankens erschienen und erst die nächste Generation hat die historische Denkmünze der sogenannten Freiheitskriege in ihrem Bewußtsein umgeprägt.

Vor allem darf man sagen, daß die heute so verbreitete Vorstellung, als hätte sich der Aufschwung Deutschlands ganz speziell an die Idee von Preußens Machterweiterung, von Preußens geschichtlichem Berufe angeklammert, den Vätern zum mindesten in den regierenden Familien etwas ganz Fremdes war. Indem ich es unternehmen werde, meine Lebenszeit zu schildern, scheint es mir recht eigentlich ein Bedürfniß, dem Gedanken von vorneherein entgegen zu treten, als hätten wir die Idee von Preußens deutschem Berufe gleichsam von den Vätern her, von den Befreiungskriegen überkommen.

Weder im preußischen noch in andern deutschen Häusern lebte ein Gedanke, der auch nur die entfernteste Aehnlichkeit mit dem gehabt hätte, was man im Laufe meines Lebens als eine Frucht des Nachdenkens über die nationalen Möglichkeiten und über die Verfassungsformen Deutschlands unter Preußens Führung gewonnen hat. Ja ich glaube mit vollem Rechte für meine Zeitgenossen und für die jetzt lebende Generation ein Verdienst beanspruchen zu sollen, welches zuweilen von einem übereilten Pragmatismus der Geschichte als eine bloße Erbschaft bezeichnet worden ist.

So viele große und treffliche Menschen es auch unter den Fürsten, Feldherrn und Staatsmännern der Befreiungskriege gab, so wird doch jeder, der in seiner Jugend noch Verkehr mit ihnen hatte, sagen, daß sie auf einem ganz andern, nicht vergleichbaren Standpunkte in ihren politischen und nationalen Anschauungen gestanden haben. Was Deutschland jetzt ist, das ist der Grund-Idee nach — von allen speziellen Fragen, über die man verschiedener Meinung sein konnte, abgesehen — thatsächlich ein Werk der neuesten Zeit; ich trage keine Scheu, am Eingang dieser Lebensaufzeichnungen ein Wort des Kaisers Wilhelm anzuführen, welches in dieser Beziehung bezeichnend ist. Es war in Versailles, wo die an jenem Tage versammelten Fürsten unmittelbar vor dem Beginn der weltberühmten Feierlichkeit sich um den Kaiser versammelt hatten. Als er mich begrüßte, sprach er öffentlich die folgenden Worte:

„Ich vergesse nicht, daß ich die Hauptsache des heutigen Tages Deinen Bestrebungen mit zu danken habe."

Er bezeichnete damit nur in allzu persönlicher Weise, wie sich im momentanen Drange der Gefühle leicht erklärte, die Thatsache, daß das Einheitswerk nie gelungen wäre, wenn nicht eine Anzahl von gesinnungstreuen Männern,

durch ein halbes Leben die Bausteine zusammen getragen hätten. Im Jahre 1815 dagegen wäre es noch sicherlich in den meisten Familien Deutschlands geradezu als etwas verwunderliches angesehen worden, wenn man geweißsagt hätte, daß fünfzig Jahre später die Söhne dieser Fürsten einem preußischen Könige in herzlichster Gesinnungstreue das deutsche Kaiserthum votiren würden. Mein Vater selbst hätte die Wandlung des Zeitenstroms kaum begriffen, wenn er jene Worte hätte hören können, welche Wilhelm I. in entscheidender Stunde zu mir sagte und an keinem Punkte der deutschen Entwicklung vermag man vielleicht die große Veränderung des politischen Geistes deutlicher zu bemerken, als in Betreff der Stellung Preußens im heutigen Deutschland.

Mein Vater war im Jahre 1815 erst nach langen Verhandlungen und nur mit Hilfe des Kaisers Alexander, in den Besitz von Lichtenberg am Rhein, wie oben schon bemerkt, gelangt. Die Erklärung des 12 Quadratmeilen großen Ländchens zum Fürstenthum stieß auf Preußens Widerspruch, so daß es schien, als hätte mein Vater fast ohne jeden Vortheil seinen alten herzoglichen Besitz auf's Spiel gesetzt, als er, einer der ersten unter den Rheinbundsfürsten, Napoleon verließ[1]). Er hatte im Kriege von 1814 das fünfte deutsche Armeecorps befehligt, welches Mainz eroberte. Beim Wiederausbruch des Krieges von 1815 kommandirte er das Observationskorps im Elsaß, und bei allen diesen Feldzügen hatte er ein nicht unansehnliches Contingent eigener Truppen beigestellt, trotzdem das Coburger Ländchen durch starke Rekrutirung während der Rheinbundszeit nahezu erschöpft worden war.

Unter diesen Umständen waren die gewonnenen Vortheile des väterlichen Hauses bescheiden zu nennen[2]) und die Zukunft hieng von Thätigkeit und Tüchtigkeit seiner Mitglieder mehr als jemals ab. Alle Sorge widmete mein Vater dem Aufblühen seines Landes und seiner kleinen Residenz. Mit geschickter Hand ordnete er nicht nur seine eigenen, sondern auch die Finanzen des Landes, stellte erfahrene Männer an die Spitze der Verwaltung und gab im Jahre 1821 dem Herzogthum Coburg-Saalfeld eine liberale Verfassung, gestützt auf den bekannten Artikel der Bundesacte, welcher landständische Einrichtungen in jedem Bundeslande verlangte.

Er wagte es, selbst nach der Annahme der Karlsbader Beschlüsse, der Auffassung der Präsidialmacht entgegen zu treten, welche im Sinne von Gentzens Denkschrift alle Elemente von eigentlicher Volksvertretung von den ständischen

[1]) Der Beitritt meines Vaters zu der Allianz erfolgte durch Vertrag mit Rußland 12./24. November mit Preußen 23., und mit Oesterreich 24. November.

[2]) Für Coburg war eine Erweiterung der Grenze gegen Baiern hin in Aussicht genommen worden, wofür Metternich — wie aus einem Schreiben desselben im geh. Archiv I A. 13x hervorgeht — einverstanden gewesen wäre.

Verfassungen fern gehalten sehen wollte. Coburg besaß eine Verfassung, welche sich ganz auf die verpönten Grundsätze des sogenannten Repräsentativsystems gründete.

Bald nach dem Abschluß des Pariser Friedens, hatten die drei Brüder, auf welchen die Hoffnungen des Hauses Coburg ruhten, sich fast gleichzeitig vermählt.

Prinz Ferdinand, welcher etwas mehr als ein Jahr jünger war als mein Vater, stand bei der österreichischen Armee in großem Ansehen. Er hatte sich in den vorhergegangenen Kriegen bei vielen Gelegenheiten, insbesondere bei Eckmühl, wo er das Theresienkreuz erwarb, ausgezeichnet und nahm an dem Befreiungskriege von 1813, da Napoleon gegen die active Dienstleistung eines Coburgischen Prinzen in Oesterreich Einsprache erhoben hatte, unter fremden Namen gleich von Anfang an Theil[1]).

Im Jahre 1816 verheirathete sich Prinz Ferdinand mit der jungen Fürstin Kohary und erwarb die ausgedehnten Güter in Ungarn, welche Kaiser Franz als Coburgisches Fideicommiß anerkannte. Indessen hatte sich auch Prinz Leopold im selben Jahre mit Georgs IV. Tochter Charlotte vermählt, welcher Bund bekanntlich durch den Tod dieser vortrefflichen Prinzessin und vermuthlichen Erbin von England nur zu früh gelöst worden war.

Mein Vater verheirathete sich am 31. Juli 1817 mit Luise, einzigem Kinde des Herzogs August von Sachsen-Gotha und Altenburg, von der nachher ausgestorbenen Gotha-Altenburgischen Linie. Meine Mutter war am 31. Dezember 1800 geboren. Zur Zeit ihrer Vermählung mit meinem Vater, lebte noch ihre Stiefmutter Caroline, eine Prinzessin von Hessen Cassel, welche Herzog August von Gotha Altenburg schon 1802 nach dem Tode seiner ersten Frau geheirathet hatte.

Die Ehe meiner Eltern schien die glücklichste werden zu sollen und die allgemeine Freude schien keiner Steigerung fähig, als im Laufe von zwei Jahren bereits zwei Söhne die Zukunft des Hauses zu sichern schienen.

Am 21. Juni 1818 wurde ich, am 26. August 1819 mein Bruder Albert geboren, dieser auf Schloß Rosenau, ich in der Ehrenburg zu Coburg. Man nannte mich: Ernst, August, Karl, Johannes, Leopold, Alexander, Eduard. Mein Rufname wurde Ernst. Der Taufact wurde in der Hauptkirche zu St. Moritz mit allem Prunke am 24. Juni vorgenommen.

Als die Ceremonie zu Ende war, umarmte meine Großmutter Auguste, die eine Prinzessin von Reuß Ebersdorf und mit meinem Großvater in zweiter Ehe vermählt war, ihren Sohn, meinen Vater und sprach vor der großen Versammlung mit lauter Stimme zu ihm: „Ich wünsche, daß der kleine Ernst Dir ein so guter Sohn werden möge, wie Du mir einer geworden bist."

---

[1]) Ueber die Theilnahme des Prinzen Ferdinand an den französischen Kriegen im österreichischen Heere findet sich in der vor kurzem erschienenen Geschichte des k. k. österr. 8. Husarenregiments Material.

Ich kenne diese Worte aus einer andern Scene, die bei meiner Confirmation sich zutrug, denn derselbe Geistliche, welcher mich taufte, erinnerte meinen Vater bei meiner Confirmation an das, was meine Großmutter ihm vor 16 Jahren gesagt hatte.

Als bemerkenswerth darf ich nicht zu erwähnen unterlassen, daß mir das Land Coburg=Saalfeld aus freiwilligen Beiträgen der Aemter und Städte, ein Pathengeschenk von 12,455 fl. rheinisch machte, welche auf Zinseszins bis zu meiner Großjährigkeit angelegt werden sollten. Ich denke nicht ohne Rührung jetzt an dieses Opfer treuer Bürger, das damals nach so vielen Kriegsjahren ein namhaftes war.

Man weiß aus den Publikationen der Königin von England über das Leben meines Bruders, wie kurz uns die Wohlthat zu Theil wurde, unter den Augen der Mutter heranzuwachsen und wie rasch ein häusliches Glück sich trübte, das unvergänglich zu sein schien.

Ich unterlasse es daher auf diese Dinge hier nochmals einzugehn. Für die Welt, welche man mit dem vielsagenden Worte der historischen zu bezeichnen pflegt, können diese persönlichsten Dinge des Menschenlebens nicht für vollwerthig betrachtet werden und sie sinken in das Meer der Vergessenheit, mit allen den Thränen die daran hiengen.

Mein Vater vermählte sich nach dem Tode meiner Mutter in zweiter Ehe mit der würtembergischen Prinzessin Marie, seiner Nichte, welche kinderlos blieb, aber bis zu ihrem erst 1860 erfolgten Tode, einen freundlichen Mittelpunkt unserer weit verzweigten Familie bildete. Sowie mein Vater und seine Brüder untereinander ein seltenes Beispiel einträchtigen Wirkens gaben, so blieben sie auch mit ihren Schwestern und deren Nachkommen in den engsten Beziehungen, so daß mein Bruder und ich von frühester Jugend gewohnt waren, in unserm geliebten Vater den Chef eines ungemein großen Kreises von Verwandten zu erblicken.

Aus diesem starken Familienbewußtsein mochte sich die so verbreitete Meinung von einer Coburgischen Hauspolitik gebildet haben, die eigentlich nichts anderes war, als eine in fürstlichen Familien sehr oft fehlende freundschaftliche Gesinnung aller einzelnen Glieder. Von den vier Schwestern meines Vaters war die Prinzessin Julie an den Großfürsten Konstantin und Antoinette an den in russischen Diensten stehenden Herzog Alexander von Würtemberg verheirathet.

Der ältesten und jüngsten habe ich aber noch besonders zu gedenken, da meine Erinnerungen sich mit den Schicksalen ihrer Familien, fast auf jedem Blatte berühren werden.

Sophie heirathete 1804 den Grafen Mensdorff=Pouilly, dessen vier Söhne, unter denen Alexander der bekannteste war, mit uns in fortwährendem Verkehr blieben.

Die jüngste Schwester meines Vaters, Victoria, war zuerst mit dem Fürsten Leiningen vermählt, nach dessen frühem Tode sie die Gemahlin des Herzogs von Kent wurde, welcher Ehe bekanntlich die Königin Victoria entsproß.

Aber auch die älteren Kinder meiner Tante Kent, Karl und Feodora Leiningen, wurden Gründer von nahestehenden Familien, die ganz zu unserm Kreise zählten. Beide waren von großer geistiger Begabung und von ihrer Halbschwester der Königin Victoria außerordentlich geliebt. Die im Druck erschienenen Briefe Feodoras, welche den Fürsten Hohenlohe heirathete, geben den besten Einblick in die herzlichen Beziehungen aller dieser lieben Verwandten.

So innig aber auch der Verkehr unter denselben sein mochte, nichts läßt sich mit der vollkommenen Gemeinsamkeit vergleichen, in welcher ich und mein Bruder mit einander aufgewachsen sind. Von frühester Jugend theilten wir alles in Freud und Leid, was immer das Leben darbot. Und da wir auch nach unserer persönlichen Trennung im intimsten Austausch unserer Gedanken und Pläne verblieben, so darf ich sagen, daß vielleicht selbst in bürgerlichen Kreisen ein Beispiel so enger Verbindung von Brüdern nicht eben häufig vorgekommen sein mag.

So ungetheilt wirkte das Leben, die Welt und unsre ganze Umgebung auf uns, daß es mir bei diesen Aufzeichnungen zur größten Freude gereichen kann, wenn ich durch die Darstellung meiner Entwicklung und meiner Erlebnisse wohl auch zum Verständnisse des Charakters und Wesens meines theuern Bruders mehr und entscheidenderes beibringen werde, als dies von irgend einer andern Seite geschehen konnte.

Wir waren von Natur aus weder körperlich noch geistig sehr gleichartig angelegt. Mein Bruder war von frühester Kindheit der geliebtere und erfreute sich der Gunst der Menschen in dem Maße, in welchem seine größere Schwächlichkeit derselben mehr zu bedürfen schien. Seine körperliche Entwicklung hielt mit der energischen Entfaltung seiner bedeutenden geistigen Anlagen nicht Schritt; er hatte das Bedürfniß des Schutzes und der physischen Anlehnung an den Stärkern.

So lange wir beisammen waren, gab er sich mir gegenüber gerne als der Hilfsbedürftige, was aber nicht ausschloß, daß er seinen eigenen sehr bestimmten Willen durchzusetzen wußte. Unser treuer Erzieher Florschütz hat im Buche der Königin über diese Dinge schon so viel mitgetheilt, daß ich meinerseits nur zu ergänzen brauche. Wie über meinen Bruder hat Florschütz auch über meine Person einen kleinen Essay verfaßt, welcher meine folgenden Jugenderinnerungen wesentlich zu unterstützen vermochte.

Vor allem muß ich jedoch auf den Einfluß meines Vaters das allergrößte Gewicht legen. Besonders seit der Trennung von unserer Mutter nahm er den

unmit' 'barsten und stetigsten Antheil an allem und jedem, was sich auf unsre Erziehung, selbst auf unsern Unterricht bezog.

Wir waren sein täglicher, liebster und beinahe ausschließlichster Umgang, ein schöneres Verhältniß zwischen einem Vater und seinen Söhnen, wird man nicht leicht wiederfinden. Und er war eine von den Persönlichkeiten, welche ohne alle pädagogische Maximen, durch ihr Wesen selbst, Eindruck auf junge Leute hervorzubringen wissen.

Mein Vater verband mit seltenster äußerer Schönheit einen nach allen Richtungen hin ausgeglichenen Verstand und ein tiefes, inniges Gemüth. Wäre er nicht in einer Zeit geboren gewesen, wo die Erziehung junger Prinzen nach Prinzipien geleitet wurde, die unsern jetzigen Ansprüchen nicht genügen, so würde er zu einer weit größern Bedeutsamkeit sich entwickelt haben, als dies in den gegebenen Verhältnissen möglich war. Man kann nicht sagen, daß er sich Gelehrsamkeit angeeignet hätte, durften doch Prinzen der damaligen Zeit fast nie Universitäten besuchen und waren ihre Lehrer in den kleineren Fürstenthümern meist nur mittelmäßig! Dennoch wa mein Vater in vielen Fächern des Wissens zu Hause, und hatte sich, was sein Regentenpflichten anbelangte, zu einem umsichtigen und scharfsinnigen Geschäf.smann ausgebildet.

Das was ihm alle Herzen gewann, war die ernste Milde, mit der er an Alles herantrat, die Feinheit der Empfindung und die absichtslose Wahrung der Form nach allen Richtungen hin. Ich habe nie aus seinem Munde ein hartes, unschönes Wort gehört, nie bei ihm eine Handlung bemerkt, welche nicht den strengsten Begriffen des Wohlgeziemenden entsprochen hätte; wir Kinder sahen in ihm — und mit Recht — das Ideal der Vorzüglichkeit und obgleich er uns nie ein strenges Wort gesagt, so trugen wir ihm doch, bei aller Liebe und Anhänglichkeit, eine an Furcht grenzende Hochachtung entgegen.

Er belehrte nie, er tadelte selten, lobte ungern und dennoch war die Einwirkung seiner Person so mächtig, daß wir uns mehr zusammennahmen, als wenn wir getadelt oder gelobt worden wären. Als er einst von einem Verwandten gefragt wurde, ob wir fleißig lernten und uns wohlerzogen betrügen, antwortete er: „Meine Kinder können nicht unartig sein und daß sie etwas lernen müssen, um tüchtige Menschen zu werden, wissen sie selbst, ich bekümmere mich also nicht näher darum“. Auf das Geschickteste wußte er Ehrgeiz und Selbstachtung bei uns zu wecken. Seine größte Freude bestand darin, uns überall und so viel als möglich um sich zu haben.

Die Liebe zur Natur, das Verständniß für Kunst und alles Aesthetische brachte er uns unwillkürlich und spielend bei; seine Ansprüche aber an unsere Aufmerksamkeit, Theilnahme und an unser rasches Verständniß waren oft allzu groß. Nie duldete er eine Nachläßigkeit im Anzug, nie ein Sichgehenlassen

im Benehmen, im Uebertretungsfall strafte uns nur ein Blick, der aber so ernst war, daß er eine lange Strafpredigt ersetzte. Da er eben annahm, daß wir mit Fleiß und Ausdauer an unserer geistigen Ausbildung arbeiteten, so suchte er uns, um uns frisch und muthig zu erhalten, auch jede Freude zu gewähren, von der er wußte, daß unser Herz daran hing. Jagen, Fischen, Reiten, Fahren, war uns von unserm neunten Jahre an gestattet. Hingegen duldete er nie die geringste Klage über körperliche Unbequemlichkeiten, sogar über Schmerz; wir wurden auf jede Weise abgehärtet. Ich erinnere mich, daß wir einmal im strengen Winter, auf dem damals noch über das Gebirge führenden Wege von Coburg nach Gotha geritten sind und unter der furchtbarsten Kälte zu leiden hatten. Bei solcher Gelegenheit verlangte mein Vater von uns die Selbstbeherrschung von Erwachsenen und wollte, daß wir uns männlich in jeder auch noch so unbequemen Situation benahmen.

Nach alledem erscheint es begreiflich, daß wir an Allem Antheil nahmen, was meinen Vater eben lebhafter beschäftigte; hiezu rechne ich besonders Bauten, Verschönerung der Gegend und das Theater. Aber auch in mancherlei Maßnahmen der Regierung und Angelegenheiten des Staates erhielten wir schon als Knaben einen unwillkürlichen Einblick, da mein Vater in patriarchalischer Weise auch in solchen Dingen kein Geheimniß vor uns hatte.

Obgleich er konservativ gesinnt und den seit dem Frieden auftauchenden Freiheitsideen mehr abhold als zugethan war, so schwärmten wir doch schon als kleine Knaben für alles Volksthümliche. Der unbestimmte politische Freiheitsdrang, von welchem damals fast alle jungen Gemüther in Deutschland erfüllt waren, regte sich auch in uns und wirkte auf unser ganzes Leben ein.

Als unser Unterricht eine festere Gestalt zu nehmen begann, war unser Erzieher Florschütz in den meisten Gegenständen auch unser Lehrer und pflegte besonders die lateinische Sprache und Mathematik. Es scheint mir nicht ohne Interesse einiger Besonderheiten unseres Unterrichts zu gedenken, welcher sich in vielen Punkten von den üblichen Einrichtungen der Mittelschulen unterschied.

Das Gymnasium illustre Casimirianum in Coburg erfreute sich zwar seit langer Zeit eines großen Ansehens, aber wir wurden nach zwei Seiten hin anders geleitet, als es dem Lehrplan dieser Anstalt entsprach. Wir erhielten gar keinen griechischen Unterricht, wogegen uns Naturgeschichte, Chemie und Physik in einer Ausdehnung geläufig gemacht wurden, welche damals in Deutschland ganz ungewöhnlich war.

Ich vermag nicht mehr zu sagen, welchen Einflüssen und welchem Muster diese gedeihliche Abweichung von den damaligen Gymnasien zu danken war.

Florschütz wählte zu seinem Collegen im Unterrichte der naturwissenschaftlichen Fächer einen sehr ausgezeichneten Mann, Professor Hassenstein, dessen

Sohn nachmals mein vieljähriger Hausarzt wurde. In Mathematik unterrichtete uns der bekannte tüchtige Krieß.

Die Anregung und das Verständniß für die Dinge der Natur und für die Fortschritte der Wissenschaft sind es nicht allein gewesen, was wir dieser ausgiebigen Berücksichtigung der realistischen Fächer beim Unterricht zu danken hatten. Die Naturwissenschaften haben etwas Befreiendes und ich darf sagen, daß auch mir und meinem Bruder die Wirkungen dieser geistigen Befreiung nicht vorenthalten blieben. Wir wurden vorurtheilsloser erzogen als viele andere Prinzen. Der Obscurantismus hatte in keiner Gestalt jemals eine Gewalt über uns. Der Mangel an griechischem Unterricht wurde durch eine ausgebreitete Lectüre von Uebersetzungen oder Nachbildungen der classischen Litteratur und durch sorgfältigen und ernsten Betrieb der neueren Sprachen ersetzt.

Von Hause aus waren wir so zu sagen einsprachig aufgewachsen. Das Deutsche war wahrhaft unsere Muttersprache und beherrschte ausschließlich die kindlichen Vorstellungen, ein Umstand, der bei keinem Menschen ohne Einfluß auf die spätere Entwicklung und Denkungsart bleibt.

Während die Franzosen der letzten Jahrhunderte einem bis zum äußersten getriebenen Cultus ihrer Sprache bei der Erziehung ihrer vornehmen Kreise hingegeben waren, pflegte der deutsche Adel, wie in Bezug auf seine materiellen Interessen, so auch in Hinsicht seiner geistigen Entwicklung, in einem Strom von fremden Sprachvorstellungen aufzuwachsen.

Ich erhielt mit meinem Bruder zusammen ohne Nachtheil den französischen und englischen Sprachunterricht erst später und es wurde durch Gründlichkeit und Uebung rasch ersetzt, was bei dem Mangel frühzeitiger Gewohnheit an dem etwaigen Vortheil einer aus der Kindheit stammenden Vertrautheit mit den modernen Sprachen abgieng. Auch wurde der Lateinunterricht so weit geführt, daß uns daraus nicht nur ein reicher Quell formaler Bildung floß, sondern auch eine gewisse Beherrschung des Lateinischen im Ausdruck eigen wurde.

Wir waren des Lateinischen auch für den mündlichen Gebrauch so mächtig, daß ich auf der Universität in lateinischer Sprache zu disputiren vermochte und hierin manchen von dem Gymnasium gekommenen Universitätsgenossen übertraf. Von meinem Bruder insbesondere darf man sagen, daß ihm schon frühzeitig eine recht eigentlich doctrinäre Art und Weise, alle Dinge zu behandeln eigenthümlich war. Er besaß eine große Gewandtheit die schwierigsten Themata in der Diskussion logisch zu ordnen und seine Ansichten, wenn sie auch gar nicht immer die richtigsten waren, mittelst einer scharfen Dialektik zur Geltung zu bringen.

Es war jene geistige Anlage und Uebung, die ihm später oft eine große Ueberlegenheit über andere gaben, und wovon charakteristisch der Kaiser Napo-

leon mir einmal sagte: „Il a l'esprit si juste qu'on a toujours peur d'entrer en discussion avec lui, il a toujours raison.“

Unsere so gewonnene formale Bildung bewährte sich auch darin, daß uns bei manchen öffentlichen Gelegenheiten später das freigesprochene Wort wohl zu Gebote stand. Die Stärke unseres Lehrers Florschütz beruhte auf seinen ausgebreiteten und tüchtigen historischen Kenntnissen.

Er beschränkte seinen Unterricht nicht wie damals üblich auf das Alterthum, sondern verbreitete sich auf Grund der vorhandenen Hilfsmittel über die mittelalterliche und neuere Zeit. Das deutsche Alterthum, welches aus seinem Schutte eben erst wissenschaftlich ausgegraben wurde, war uns von Florschütz einigermaßen nahe gebracht worden. Wir wußten wenigstens schon als Knaben, daß es eine große Epoche des deutschen Lebens und der deutschen Cultur gab, welche von unsern halbfranzösischen Voreltern des vorigen Jahrhunderts allzu gering geschätzt worden sein mag. Ohne also gegen die Reize des germanischen Mittelalters von vornherein abgestumpft zu sein, waren wir doch durch das beobachtete Maß vor jenen schwärmerischen Neigungen bewahrt worden, welche damals so viele ausgezeichnete und geistvolle Menschen ergriffen hatten. Jene eigenthümlichen Rückbiegungen unseres modernen Geistes zu den kindlichen Vorurtheilen einer längst vergangenen Zeit und die romantischen Verzerrungen des Jahrhunderts blieben uns bei allem lebhaft erwachten Interesse für die Poesie des altchristlichen Germanenthums fremd.

Diese Richtung war vielmehr schon durch die Einwirkungen unseres religiösen und dogmatischen Unterrichts ausgeschlossen. Bekanntlich war in den thüringischen Ländern der Nationalismus mit aller Zähigkeit festgehalten worden und als Friedrich Perthes nach Gotha übersiedelte, so fühlte er sich, wie man aus seiner Lebensbeschreibung weiß, mit seinen scharf ausgeprägten historisch-christlichen Tendenzen sehr vereinsamt. Das war sehr natürlich, denn hier dominirte die Richtung von Paulus wie in einer uneinnehmbaren Festung. Man interessirte sich für die oft unsäglich prosaischen und zuweilen abgeschmackten Erklärungen der biblischen Wunder, wie man sich anderwärts für den Mystizismus immer mehr erwärmte.

Ein wahres Glück, daß in diesen leidenschaftlichen Zeiten religiöser Kämpfe einige so ernste und treffliche Männer unsern Umgang bildeten, wie Bretschneider. Er war wie ein Freund unserer Familie. Seine außerordentliche Gelehrsamkeit und seine seltene Thätigkeit, seine großen wissenschaftlichen Leistungen, sowie seine leichten geselligen Formen, schützten ihn und uns vor dem Vorwurf, als nähme man es mit den Sachen der Religion und mit den historischen Räthseln der Dogmatik zu leicht; aber unser Christenthum fand sich an der Hand Bretschneiders und seiner Gesinnungs-Genossen in einer erfreulichen Uebereinstimmung

mit den Begriffen der modernen Menschen und in einer, man möchte sagen, behaglichen Sicherheit in Bezug auf die Vereinbarkeit von Vernunft und Glauben.

Obwohl wir es zunächst weder als unsere Aufgabe, noch als unser Bedürfniß empfanden, die sehr vielen Schwierigkeiten dieser heikligen Materie zu lösen, so konnten wir doch mit gutem Muthe unserer Confirmation entgegen gehn, weder allzusehr geängstigt durch Zweifel über das unerforschliche oder unerforschte, noch allzusehr befangen in den Vorstellungen einer engen Kirchlichkeit. Den unmittelbaren Religionsunterricht hatte uns Brüdern ein Geistlicher Namens Jakoby, früher Gymnasialdirektor in Rinteln, dann Hofprediger in Coburg, gegeben, ein Muster von verständigem und zugleich verständnißvollem Lehrer. Er hatte gute, kirchenhistorische Kenntnisse. Die Vorbereitung, welche er uns zum Zwecke der Confirmation zu Theil werden ließ, war eine encyclopädische, so daß wir bei der Confirmationsprüfung eine Verwunderung erregende Kenntniß kirchlicher Fragen leicht an den Tag legen konnten.

Wenn der amtliche Bericht über unsere Confirmation rühmend hervorhebt, daß keine einzige der Fragen des Examinators darauf gerichtet war, einfach mit Ja oder Nein beantwortet zu werden, so durften wir unsererseits uns freuen, daß uns dadurch auch keine Formel aufgezwungen wurde, durch deren strikte und einfache Bekennung wir uns in der ehrlichen Gewissenhaftigkeit unsrer jungen Gemüther bedrängt gefühlt hätten. Wir konnten also wahrheitsgemäß antworten, ohne mit den bestehenden Forderungen der Kirche an die Confirmanden in Widerspruch zu gerathen.

Da ich bereits im nahezu vollendeten siebzehnten Jahre stand, so war es nicht zu verwundern, daß ich glaubte wohl überlegen zu müssen, wozu ich mich öffentlich bekennen sollte, denn die Zeit einer naiven Hingabe an das, was gefordert wurde, war meist vorbei.

Auch mein Bruder nahm die Sache in ihrer ganzen Schwere, denn es ist richtig, was Florschütz von ihm sagt, daß er „ungewöhnlich ernst und nachdenkend" war. Wenn Martin in der Lebensbeschreibung des Prinzen Albert aber auch noch von seiner „natürlichen Frömmigkeit" spricht, so ist dies wahrscheinlich wegen des englischen Publikums geschehen, diese Bezeichnung war aber für ihn gewiß noch weniger zutreffend, als für mich.

Endlich mußte aber doch die Frage beantwortet werden, ob wir bei der evangelischen Kirche treu zu beharren gedächten. Meine Antwort ist aus dem amtlichen Berichte bekannt.

„Ich und mein Bruder, sagte ich, sind fest entschlossen, der erkannten Wahrheit treu zu bleiben."

Von aufrichtigstem Intresse wegen des Mannes und wegen der Sache ist

mir immer ein von meinem Onkel Leopold aus Anlaß der Confirmation an mich gerichteter Brief geblieben, mit dem ich dieses Capitel beschließen will. Mag sich dabei der Leser gefallen lassen, auch die Antwort des jugendlichen Confirmanden kennen zu lernen, indem er ja doch in den folgenden Blättern nicht nur der Zeitgeschichte, sondern auch meiner Person einige Aufmerksamkeit zu schenken beabsichtigt. Mein Oheim schrieb, mit der eigenthümlich humoristischen Weltweisheit, die, wie man sehen wird, alle seine Correspondenz auszeichnete, am 11. August 1835 von Ostende:

Mein lieber Ernst!

„Es war mir nicht möglich Dir früher zu antworten auf Deinen freundlichen Brief, doch da die jungen Herrn mir auch nicht gar zu rasch nach ihrer Confirmation geschrieben, so will ich mir keine Gewissensbisse machen."

„Mit aufrichtiger Theilnahme und Freude habe ich gehört, daß die wichtige Handlung, die Eure Kindheit abschließt, so gut vorübergieng und ihr so gut bestanden seid in einer Sache, die das Herz eines guten Jünglings nothwendig sehr bewegt. Ich habe, obgleich ich Euch die letzten Jahre wenig gesehen habe, dennoch eine väterliche Zuneigung zu Euch, und wünschte, so viel als an mir liegen kann, zu Eurem Glücke beizutragen auf alle Weise".

„Es ist mir lieb, daß Du eigentlich eine häusliche Erziehung bekommen hast; wenn sie zu manchem vielleicht weniger praktisch macht, so erhält sich dagegen Herz und Gemüth gutmüthiger und gefühlvoller, was ich für einen großen Segen halte. Du bist nun groß genug, um Dich neben den Studien auch für die Geschäfte des Lebens zu bilden; Dein dereinstiger Wirkungskreis ist schön und enthält weniger Dornen und Plagen als so mancher andere; er ist immer groß genug, um viel Gutes stiften zu können. Das Leben, was Dir, der Du noch halb und halb an dessen Pforte stehst, ungemein lang erscheinen mag, ist es denn doch eigentlich nicht; die Zeit rollt rasch vorbei und Versäumtes läßt sich nicht immer leicht nachholen.

„Der schönste Zweck des Lebens ist Gutes zu stiften, so viel als nur immer möglich. Der wahre Sinn des Christenthums verlangt, daß man ohne Gepränge in jedem Augenblick des Lebens, wohlwollend und mit Demuth gegen Gott und die Menschen auf die Schicksale anderer wirke."

„Ein Christ ist überhaupt nur der, der beständig die Lehren seiner schönen und milden Religion auch wirklich ins Leben treten läßt."

„Dies vollständig zu können, ist bei den vielen Gebrechen der menschlichen Natur ungemein schwer, viel jedoch kann und soll geleistet werden. Dies, mein Sohn, sei Dein Augenmerk."

„Vor allen Dingen sei streng gerecht gegen Jeden, wer er auch sei; der

Christ soll selbst mehr sein, er soll nachsichtig sein, erwägen, ehe er gegen Andere handelt, und urtheilen, ob sie nicht Nachsicht verdienen. Für den Mann in öffentlichen Verhältnissen sind zwei Sachen noch ungemein wichtig, daß er wahr und sehr rechtlich sei."

„Wenn man dies beständig vor Augen hat, so wird man sich viel Kummer und Verdruß ersparen und sich eines wichtigen Gegenstandes, der Achtung Anderer versichern. Heutzutage ist Bildung allgemein und es ist daher nicht leicht, sich vor andern Menschen an Verstand und Bildung ohne große Anstrengung auszuzeichnen; rechtliche, wahre Charaktere, die sich zu allen Zeiten gleich bleiben, auf die man bauen kann, sind jedoch äußerst selten, bei strenger Prüfung. Der Mensch, der also gut, rechtlich und wahr ist, versichert durch diese Eigenschaft sich einer Lage, deren Sicherheit ihm eine hohe Stelle unter seinen Mitmenschen geben wird, und zugleich mehr als irgend etwas ihm den so wichtigen Frieden der Seele in den vielfachen Stürmen des Lebens gibt, ohne welchen man selbst bei großem Succeß sich denn doch nur elend fühlen kann."

„Als ältester Sohn hüte dich vor Egoismus; es ist im Intresse vieler Leute, diese höchst unliebenswürdige Eigenschaft bei einem jungen Fürsten auszubilden und späterhin sie als eine ergiebige Mine zu exploitiren."

„Das Ich macht sich gern im Menschen breit, verliere es nicht aus den Augen und dulde nicht, daß es die Oberhand gewinne; dem Egoisten dient Niemand mit Liebe und er bereitet sich überdies vielen Kummer, denn an Verletzendem wird es niemals fehlen, und das Ich wenn es verzogen wird, ist unglaublich sensitiv."

„Ich will die Dosis meiner Lehren nicht zu stark auf einmal machen, ich bitte Dich jedoch, mir Deine Ansichten über das, was ich Dir gesagt habe, mitzutheilen. Ich wünsche sie kennen zu lernen."

„Gründliches Studieren hoffe ich Dich auch jetzt noch fortsetzen zu sehen; in Deinem Alter lernt man mit dem meisten Nutzen, weil man dann doch besser begreift. Sprachen sollten auch gehörig betrieben werden, um ihrer selbst willen, dann haben sie aber auch noch das Gute, daß sie den Gesichtskreis erweitern."

„Schreibe mir manchmal, es wird Dir nützlich sein und gibt mir die Gelegenheit, Dir manche gute Lehren zu geben; wenig Menschen haben der Erfahrungen so schmerzliche und viele gemacht als ich; gern will ich davon auch etwas auf Dich übertragen."

„Mein Brief ist so lang, daß es Zeit ist Dir Lebewohl zu sagen, grüße den Rath Florschütz von mir und glaube mich immer, mein lieber Ernst

Deinen treuen
Onkel und Freund
Leopold R."

Rosenau 6. Septbr. 1835.

Gnädigster Onkel!

„Empfange den herzlichsten Dank für Deinen ebenso lehrreichen als freundlichen Brief, der mir um so mehr Freude machte, als er der erste war, den ich von Dir erhielt. Du hast mir in demselben so nützliche und treffliche Lehren für das Leben im Allgemeinen und für meinen einstigen Beruf insbesondere gegeben, daß es nur von der Befolgung derselben abhängt, um ein guter und für das Leben praktischer Mensch zu werden."

„Was könnte für mich ersprießlicher sein, gnädigster Onkel, als auf Deine Lehren mit heiligstem Ernste zu achten, da Niemand so wie Du, das Leben von seinen freundlichsten und trübsten Seiten kennen gelernt hat."

„Sei versichert, geliebter Onkel, daß Deine Worte mir eine kräftige Aufforderung sind, auf mein Leben zu achten und dasselbe so zu gestalten, daß es mir Deine Achtung sichern und die Freude meiner Eltern erhöhe."

„Ich fühle lebhaft, wie Du sagst, daß ich jetzt am Scheidewege stehe. Das Knabenalter habe ich verlassen, und obgleich mich noch goldene Fesseln in dasselbe zurückziehn, so vergesse ich doch nie einen Augenblick, daß die ernste Zeit des Lebens mir nahe liegt."

„Die Zeit der Prüfung steht bevor, in welcher ich Zeugniß ablegen soll, ob die Lehren und Ermahnungen, welche mir als Knaben gegeben wurden, Wurzel geschlagen haben, und ob ich Kraft genug besitze sie zu befolgen."

„Die große Liebe meiner Eltern, die freundschaftlichen Rathschläge meines Erziehers und nun auch die Versicherung in Deinem theuern Briefe, daß Du nicht weniger Antheil an unserm Glücke nimmst, werden mich in dieser Prüfungszeit noch stetiger machen und zu der Stärke bringen als Jüngling und Mann die Reinheit meines Gemüthes, die Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe immer zu bewahren."

„Nur mit der größten Freude kann ich an die bis jetzt zurückgelegte Zeit denken. Meist nur angenehme Erinnerungen finde ich in ihr, und obgleich mein Leben leichter und mit mehr Vergnügungen verbunden war, als das Anderer meines Alters, so erkenne ich doch, wohin das zu schreiben ist, und weiß, daß jetzt nicht das Aeußere gilt, durch das wir uns auszeichnen, sondern der innere Werth, die vorzüglichen Leistungen, durch die wir uns über Andere erheben sollen."

„Ich bin daher auch einem Jeden sehr dankbar, der mich daran erinnert und weiß es Dir besonders Dank gnädiger Onkel, daß Du mich darauf mit weisen Bemerkungen hinweisest."

„Jenes Ich, welches man wie Du sagst, ja nicht verziehen soll, regt sich leider so oft bei den Menschen und um es Dir aufrichtig zu gestehn, wohl auch bei mir. Wie manche Fehler finde ich an mir, wenn ich Deine Ermahnungen

gründlich erwäge und wie viel werde ich noch arbeiten und werden müssen, wenn ich ganz Deine Liebe erwerben will."

„Ach wie wenig habe ich gelernt, wenn ich es mit dem vergleiche, was ich noch zu lernen habe und wenn ich bedenke, wie groß die Ansprüche sind, die man in unsrer Zeit an einen Fürsten macht. Je schwerer aber die Zeit ist, desto fester muß man stehen und Du wirst mir zu meiner weitern Ausbildung Deinen weisen Rath gewiß nicht versagen."

„O, wie lieb wäre es mir, wenn ich mit meinem Bruder einige Zeit bei Dir sein könnte, um in Deiner Schule zu lernen und mich an Deinem erhabenen Beispiel zu stärken. Wir wollten Alles, was in unsern Kräften steht, thun, um Dir Freude zu machen und sicher solltest Du nicht unzufrieden mit uns sein."

„Doch ich fürchte, wenn ich noch mehr schreibe Dir bei Deinen vielen Geschäften lästig zu fallen. Darf ich so unbescheiden sein, bald wieder auf einen Brief von Dir zu hoffen?"

„Du glaubst nicht, wie sehr Du mich damit erfreust."

„Indem ich nochmals für Deinen herzlichen Brief danke, empfehle ich mich Deiner fernern Gnade und verbleibe in tiefster Ehrfurcht

Dein treuer Neffe
Ernst."

Zweites Kapitel.

Politische Lage um 1830.

Wenn man die Epoche der deutschen Geschichte vom Wiener Congreß bis zum Jahre 1848 unter dem Gesichtspunkte unserer späteren außerordentlichen Erlebnisse betrachtet und die rasche und vollständige Veränderung aller politischen Dinge in Deutschland im siebenten und achten Jahrzehent mit dem schleichenden Gang der Ereignisse im dritten und vierten vergleicht, so kann man leicht zu dem nur zu sehr verbreiteten Bilde einer völligen Stagnation des politischen Lebens in der Zeit unserer Jugend gelangen.

Die Entwicklung Deutschlands erscheint in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gleichsam ganz unterbrochen und das Rad der Zeiten in seinem Laufe durch das Eingreifen mächtiger reactionärer Staatsgewalten aufgehalten. Die Schöpfungen des Wiener Congresses werden als bloße Hemmungen des nationalen Geistes, der deutsche Bund und seine Verfassung als eine Veranstaltung angesehen, um die Ruhe und politische Trägheit des Bürgers, um die ausschließliche Herrschaft einiger Weniger über die breite Masse des deutschen Volkes zu verewigen.

Anders dagegen erscheint der Lauf der Begebenheiten auch in diesen scheinbar stillen Jahrzehnten dem, welcher aus der Fülle der Einzelheiten und aus einer großen Menge aufregender Thatsachen des täglichen Lebens, seine Erinnerungen zusammensetzt und abwägt und in dem Bewußtsein eines gewaltigen Details, die Unruhe einer gährenden Zeit, die Strömungen und Bestrebungen eines rastlosen nationalen Kampfes der Geister heute noch nachempfindet.

Nur in den intimsten Aufzeichnungen der Staatsmänner, in dem brieflichen Verkehr hervorragender Menschen, in Tagebüchern und Werken der schönen Litteratur kennzeichnet sich die politische Aufregung, welche weniger laut, aber vielleicht innerlich kräftiger damals vorhanden war als heute.

Es ist wahr, daß das, was man den öffentlichen Geist nennt, seit den Zeiten des Wiener Congresses bis zu dem Jahre, welches man in reactionären Kreisen gerne das „tolle" genannt hat, wenig Gelegenheit fand, an der Oberfläche des politischen Lebens bequem und furchtlos hervorzutreten.

Wer sich mit den Ideen der Zeit, mit den Bedürfnissen des Jahrhunderts vertraut machen wollte, durfte sich auch durch die Zufälligkeit und häufige Falschheit dessen, was der Augenblick an politischen Erscheinungen gebar, nicht täuschen lassen; aber in diesen mehr zurückgehaltenen und unterdrückten, mehr gesuchten als aufgedrungenen Ideen lag ein verborgener Reiz, welcher Charakter und Ueberzeugung zu stählen vermochte. Die heranwachsende Generation erfreute sich einer politischen Schulung, welche innerlicher und mehr auf Selbstthätigkeit angewiesen war, als heute.

Wie die Mittel und Behelfe des wissenschaftlichen Unterrichts bei weitem geringer, weniger bequem und entgegenkommend, so war auch zumeist in Deutschland die politische Bildung nicht aus behaglicher Zeitungslectüre und stenographischen Parlamentsberichten, aus freiwillig dargebotenen Staatsschriften und reichlich fließenden diplomatischen Quellen mit jener Leichtigkeit zu gewinnen, welche heute dem geringsten Unterthan eine gewisse Einsicht in das staatliche Leben ermöglicht.

Kenntniß von Menschen, Staatsmännern, Fürsten und Monarchen zu erlangen, war auch in den höchsten Lebensstellungen eine Aufgabe, die nicht ohne eine gewisse Anstrengung und ohne intime Unterweisung zu erfüllen war. Aber die Generation, welcher der Erwerb einer umfassenden und politischen Welterfahrung schwerer gemacht wurde, hütete den erworbenen Besitz, die erlangte Ueberzeugung, die gewonnene Richtung des Geistes oft sorgfältiger und mit mehr Enthusiasmus. Die Signatur der Zeit war im allgemeinen, wenn nicht darauf angelegt, so doch in sehr bestimmter Weise dazu geeignet, den politischen Charakter innerlich mehr auszubilden und fester zu begründen.

Die allgemeine Lage in Deutschland war äußerlich betrachtet eine sehr desperate und wurde von dieser Seite vorzugsweise und mit Vorliebe geschildert. Die heranwachsende Generation empfand den Gegensatz gegen die ältern Männer und ihre Systeme und sie gefiel sich in heftiger Negation und in zuweilen gewaltthätiger Ausschreitung; aber an positiven Elementen und Bestrebungen fehlte es auch in den regierenden Kreisen der europäischen Welt nicht ganz, den Zustand Europas im Sinne der fortschreitenden Entwicklung umzugestalten.

Mein väterliches Gesammthaus hat bekanntlich an dieser großen im Geiste des Jahrhunderts angestrebten Umgestaltung und Veränderung des europäischen Staatensystems einen hervorragenden Antheil genommen. Die wichtigste und großartigste der Fragen, welche am Ende der zwanziger Jahre die europäischen Mächte und die öffentliche Meinung der ganzen gebildeten Welt beschäftigte, war die griechische, die Wiederherstellung des Hellenenthums innerhalb der Staaten und Völkerfamilie Europas.

Inmitten dieser großen Bewegung stand ein Coburgischer Prinz. In ihm

und seiner Stellung zu dem neu zu errichtenden Throne concentrirte sich eine Zeit lang das Interesse der diplomatischen Welt in Rücksicht auf die persönliche Lösung der großen Angelegenheit. Niemand hat so schön und so charakteristisch über die älteren Beziehungen und Familienverbindungen unsers Hauses im ganzen und über die einzelnen Mitglieder derselben zu erzählen gewußt, als König Leopold.

Ob sein Leben selbst in vollkommen genügender Weise geschildert sei, läßt sich bezweifeln. Insbesondere über seine Haltung in der griechischen Frage, ist keineswegs eine allseitig gesicherte Beurtheilung zum Durchbruch gekommen und die außerordentliche Staatsklugheit und weite Voraussicht des Mannes, der ungern seinen Ehrgeiz für eine begeisternde und mit ganzer Seele erfaßte Idee zu wirken aufgab, ist bei weitem nicht in gebührendem Maße anerkannt worden. Wenn irgendwo, so hat sich in diesem Falle Charakter und Klarheit des Wollens in der Entsagung gezeigt. Es ist wahr, daß hiebei persönliche Stimmungen nicht ganz ohne allen Einfluß auf den Oheim gewesen sind. Ich erinnere mich noch ganz genau der heftigen Klagen und Schmerzensausbrüche meiner Großmutter darüber, daß ihr geliebtester Sohn Leopold ungewissen Schicksalen entgegen gehen sollte. Was an ihr war, so suchte sie abzumahnen, entgegenzuwirken. Ich mußte selbst manche Briefe von ihr copieren, welche strengstes Geheimniß bleiben sollten und wohl geeignet sein mochten, die Entschlüsse meines Oheims wankend zu machen. Aber in Wahrheit besaß er das größte Interesse für die Griechensache und hat es Zeit seines Lebens behalten. Daß der Thron der zweifelhaften Nachkommen der alten Hellenen dem Hause Coburg entgangen war, hielt er noch bis in seine letzten Lebensjahre für eine Art von Unglück, welches er gleichsam noch gut zu machen sich verpflichtet fühlte.

Man konnte unter den Philhellenen jener Tage in England und auf dem Continente gewissermaßen zwei Richtungen unterscheiden, von denen die eine durch Byron, die andere durch Canning bezeichnet werden müßte. Unter den fürstlichen Griechenfreunden in Deutschland läßt sich Ludwig von Bayern in einem analogen Verhältniß zu seinem langjährigen Jugendfreunde Leopold von Coburg denken. Man sagt, daß auch der letztere seine Theilnahme für die Griechensache durch unmittelbare persönliche Einwirkungen empfangen habe. Seine Beziehungen zu den Griechen reichen aber nicht weiter als bis in das Jahr 1825 zurück.

Wie weit schon damals von einem künftigen griechischen Thron die Rede war, bleibt indessen ungewiß. Niemals aber gestattete Prinz Leopold seinem gemüthlichen und geistigen Interesse an der Befreiung der Griechen eine so vollkommene Herrschaft über sich, daß er die politischen Bedingungen des neu zu gründenden Staates in ähnlicher Weise verkannt hätte, wie es von Anderen

damals und später geschehen ist. Seine Erklärung vom 21. Mai 1830, mit welcher er seine Candidatur für den griechischen Thron für immer ablehnte, war und blieb eine der glänzendsten Staatsschriften der neuern Zeit, welche durch die thatsächlich eingetretenen Verhältnisse in seltenster Weise gerechtfertigt worden ist.

In dieser Erklärung verdient übrigens eine Bemerkung mehr beachtet zu werden, als von der Geschichtsschreibung geschehen ist. Mein Oheim verwahrte sich nämlich ausdrücklich dagegen, daß er dem Präsidenten Grund gegeben hätte, zu glauben, er würde die griechische Religion anzunehmen bereit sein. War seine Candidatur von dem Kaiser von Rußland und von dem Könige von Frankreich am meisten unterstützt, so wurzelten die Anschauungen des Prinzen doch zu sehr im System der englischen Politik, als daß er die Rolle eines „Diplomaten der verbündeten Mächte" hätte spielen mögen, von ihnen ausersehen, „Griechenland durch die Gewalt ihrer Waffen in Unterwerfung zu halten."

Die augenblickliche Situation war für den Prinzen durch ein in England regierendes Cabinet verdorben, welches sich gegen die Candidatur des Schwiegersohnes König Georgs des IV. erklärt hatte. Schon im Oktober 1829 spricht Wellington seine Ansicht über die griechische Thronfrage in einem Briefe an Lord Aberdeen dahin aus, daß er die Wahl der Griechen zwar für eine Sache von größter Wichtigkeit hielte, daß er aber in erster Linie die englischen Interessen durch den neuen König gewahrt sehen möchte.

Wenn nun von Prinz Leopold ausdrücklich erklärt wurde, daß er nicht der Candidat des britischen Cabinets sei, so darf man auch behaupten, daß er sich noch weniger zu einem bloßen Werkzeug für die Interessen irgend eines fremden Staates zu machen, bereit gefunden hat.

Seine Bemühungen im November 1829 den König Karl X. und gleich darauf die englische Regierung durch persönliche Einwirkungen, zu einer für den griechischen Thron günstigeren Auffassung zu bestimmen, hatten bekanntlich wenig Erfolg; der Wechsel von Candidaturen für denselben seitens der Großmächte zeigte, wie wenig die sachlichen Gesichtspunkte entscheidend waren, welche Prinz Leopold in der erwähnten Deklaration vom 21. Mai 1830 so klar hervorhob.

Die letztere hatte den Faden der Verhandlungen zunächst durchschnitten, welche die Verpflanzung des Hauses Coburg in das neue Königreich Griechenland herbeiführen sollten. Aber schon nach zwei Jahren wurde die Aufmerksamkeit der politischen Welt wieder auf unser Haus gelenkt, da man einen definitiven Zustand in Griechenland zu schaffen, nicht länger unterlassen durfte.

Ich will nachher einiges über die merkwürdigen Unterhandlungen mittheilen,

die mit meinem Vater selbst wegen Uebernahme des griechischen Thrones gepflogen worden und der Geschichtsschreibung bisher gänzlich unbekannt geblieben sind. Hier sei nur noch bemerkt, wie eigenthümlich es mich berührte, als ein Vierteljahrhundert später, dieselbe Frage dann auch an mich, an den Neffen des Mannes herangetreten war, der zuerst mit seltenem Scharfblick die Krone abgelehnt, weil er den Staat, den man erst schaffen sollte, für zu klein und unkräftig erkannte.

Wenige Monate später war das Interesse der ganzen Welt mit einemmale und man möchte fast sagen für immer dem kleinen Griechenvolke geraubt.

Die Julirevolution und ihre Wirkung auf ganz Europa, machte alle ferner liegenden politischen Interessen wie in einer Theaterversenkung verschwinden. Man hatte die Empfindung, als habe man einem großartigen Befreiungsschauspiel, das sich weit hinten in der Türkei zutrug, mit lebhafter Theilnahme, lauten Beifallsrufen und classischem Entzücken beigewohnt und als sei man plötzlich in sein Haus zurückgekehrt, worin man so vieles äußerst schlecht bestellt und in tiefster Unordnung vorfand. Man dachte an sich selbst, an sein nächstes, an sein Vaterland, an die Zustände des eigenen Staates, an die Unhaltbarkeit und Vergänglichkeit des Alten und an die Unsicherheit des Neuen.

Die Nachrichten von den Ereignissen in Paris kamen langsam und unsicher genug in den deutschen Hauptstädten an, aber immer noch zu früh um die Regierungsgewalten in einem erträglich gefaßten Zustand zu finden. Bei dem folgerichtigen Gange der Begebenheiten in Paris, hätte man über den Sturz des legitimen Königthums kaum mehr überrascht zu sein brauchen, nachdem der Schrecken über den blutigen Sieg des Volkes in den drei Schlachttagen überstanden war; dennoch lebte man in fortwährender Aufregung. Die Abdankung des Königs, die Einsetzung der Regentschaft, die Flucht Karls X, das Königthum Louis Philippes, jedes einzelne Stadium der großen Ereignisse hatte seine besondere Rückwirkung und eigenthümliche Beängstigung erzeugt. Gieng man einem neuen Kriege gegen das revolutionäre Frankreich entgegen, oder sollten die alten Mächte den neuen Zustand anerkennen?

Noch hatte man sich kaum über diese Fragen besonnen, als der revolutionäre Brand die Grenzen Frankreichs überschritten hatte.

Im September erhoben sich die belgischen Provinzen; am 4. Oktober erfolgte die Unabhängigkeitserklärung der Brüsseler provisorischen Regierung; der November brachte die polnische Revolution als furchtbarstes Nachspiel der Pariser Julitage. Solcher Erschütterungen vermochten die Väter sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts nicht zu entsinnen, während die Söhne den Ahnungen eines völlig neuen Zeitalters sich hingaben.

War die jugendliche Welt nicht durch diese Ereignisse berechtigt, sich eine

große Zukunft zuzuschreiben und sich zu überzeugen, daß die Väter vieles zu thun und zu wirken übrig gelassen haben?

Zunächst entwickelte sich die belgische Frage in einer für das Coburgische Haus entscheidenden Weise. Am 12. Januar 1831 stellte M. Paul Devaux im National-Congreß zu Brüssel die Canditatur des Prinzen von Sachsen-Coburg, gegenüber derjenigen des Herzogs von Nemours, des Herzogs von Leuchtenberg und des noch im Knabenalter stehenden Prinzen Otto von Bayern, auf: „Ich kenne, sagte er, die Voreingenommenheit welche in dieser Versammlung gegen einen englischen Prinzen besteht, aber man vergißt, daß der Prinz von Sachsen-Coburg nur vermöge seiner Verbindung ein Engländer ist und daß wenn er sich, indem er die Krone von Belgien annimmt, an Frankreich anschließt, er mehr Franzose als Engländer sein wird."

In ebenso kluger und bezeichnender Weise sprach Devaux von dem evangelischen Glaubensbekenntniß des Prinzen, welches kein Hinderniß seiner Erwählung sein könne, denn die künftige Constitution des Königreichs solle auf der Herrschaft der Majorität beruhen.

„Da die Majorität bei uns katholisch ist," sagte er, „so wird es vielleicht zu wünschen sein, daß der Chef der executiven Gewalt es nicht sei."

Am 3. Juni 1831 wurde Prinz Leopold von Coburg mit 152 unter 196 Stimmen unter der Bedingung der Annahme der Constitution zum König gewählt.

Nachdem mein Oheim am 21. Juli seinen feierlichen Einzug in Brüssel gehalten, leistete er den Eid auf die Verfassung und machte hierauf eine Rundreise durch das Land, wo ihn am 1. August zu Lüttich die Nachricht traf, daß die Holländer die Feindseligkeiten am 4. eröffnen würden.

Es folgten die Verhandlungen mit den Garantiemächten über die französische Intervention, welche der König Leopold ohne Zaudern und ohne falsche Ziererei beanspruchte, indem er wohl erkannte, daß sein Thron desto sicherer sein werde, je stärker die Westmächte in Betreff der wirklichen Durchführung des Londoner Protokolls engagirt sein werden.

Der kurze Krieg mit den Holländern konnte nur dazu dienen, den neuen Staat in seiner monarchischen Basis zu befestigen. Die loyale Durchführung aller Verfassungsbestimmungen, auch da wo der König durchaus nicht für dieselben besonders eingenommen war, erweckte bald einen fast ungetheilten Enthusiasmus für seine Person und es bedurfte nur einer kurzen Spanne Zeit, und Belgien galt als der constitutionellste Musterstaat des Continents. Fortan gewöhnte man sich den neuen König als einen lebenden Beweis für die Vereinbarkeit der Monarchie mit der politischen Freiheit des Volkes anzusehen und in der Verbindung der Häuser von Coburg und Orleans erblickte die Welt die

sicherste Grundlage für den endlichen Sieg der liberalen Principien in Europa.

Mein Vater wünschte, daß seine Söhne einen unmittelbaren Eindruck von dem Lande erhalten sollten, dessen Schicksale soeben auf das innigste mit unserm Hause verknüpft worden waren. Er ließ daher Ende Juli 1832 mich und meinen Bruder an einer Reise, die er nach Belgien zu meinem Oheim unternahm, Theil nehmen. Dieselbe bildet eine meiner ersten Erinnerungen persönlicher Theilnahme für die großen politischen Ereignisse der Zeit.

In Brüssel, wo jeder Platz und jede Straße noch von den gewaltigen Begebenheiten erzählte, die seit zwei Jahren sich dort zugetragen hatten, erhielt ich eine erste praktische Ahnung von dem, was die moderne europäische Welt mit ihren Erschütterungen zu bestreben schien. Wir begleiteten unsern Vater und Oheim zu der ersten von dem Könige abgehaltenen Revue über einen Theil der neu organisirten belgischen Armee bei Alost und erhielten die Erlaubniß die belgischen Vorposten bei Antwerpen zu besuchen, wo die Citadelle noch in den Händen der Holländer unter General Chassé war.

Da mein Oheim und mein Vater gegen den revolutionären Gang der Dinge in Belgien so außerordentlich wenig einzuwenden hatten, so konnte sich naturgemäß bei mir und meinem Bruder keine übermäßig conservative Anschauung entwickeln. In den fürstlichen Häusern und insbesondere an den deutschen Höfen dagegen war in Folge eben dieser Rückwirkungen auf die Staatseinrichtungen anderer Länder ein gewisser Haß gegen den König Leopold entstanden. Man konnte und wollte nicht begreifen, daß ein deutscher Prinz aus einer der ältesten Familien auf Grund einer offenen Revolution sich zum Könige wählen ließ. Dies gieng soweit, daß in manchen Kreisen der Name unsers Hauses eine Zeit lang nur mit einer gewissen Scheu ausgesprochen worden ist.

So machte es viel von sich reden, daß in einem größeren Zirkel der Prinz Eduard von Altenburg unter vielem Beifall älterer Herren sich geäußert haben sollte, es sei recht schade, daß man den Coburger Hof nicht mehr besuchen könne, weil man doch immer gewärtigen müsse, daß dort das Wort Belgien ausgesprochen werde. Ich muß dies hier ausdrücklich erwähnen, weil diese Ausschließungsversuche unseres Hauses in den dreißiger Jahren auf meine und meines Bruders ganze Entwicklung sehr wesentlich einwirkten. Wir wurden häufig zurückgesetzt und gleichsam mit Gewalt in eine Richtung gedrängt, welche den in unsern Kreisen in Deutschland herrschenden Ansichten widersprach.

Konnte man glauben, daß an der deutschen Nation die gewaltigen Siege der modernen Staatsideen spurlos vorübergehen werden?

Seit dem Jahre 1819 waren die deutschen Bundesverhältnisse vergiftet. Es gab kein Mittel, das durch den Wiener Congreß geschaffene Deutschland in

eine ruhige und gesunde Bahn der Entwicklung zu leiten. Die tiefe Verderbniß durfte aber nicht allein in der dem Polizeistaat eigenen, schwerfälligen, rücksichtslosen und ziellosen Anwendung von Präventivmaßregeln gegen alle oppositionellen Richtungen gesucht werden. Die größte Schädigung der nationalen Entwicklung lag vielmehr in dem geheimen politischen Kriege, in welchem durch die Karlsbader Beschlüsse die Glieder des Bundes unter- und gegeneinander gehetzt worden sind!

Eine Vergewaltigung der kleinen Mächte durch die Großen, wie sie selbst in den Formen bei den Ministerconferenzen zu Karlsbad und Wien zu Tage getreten war, mußte einen Widerstand hervorrufen, bei welchem die wichtigsten nationalen Grundlagen zum Opfer gebracht wurden. Eine unendliche Abstufung von Machtverhältnissen unter den Gliedern des Bundes ohne wahrhafte ständische Gliederung und gesunde Reibung der natürlichen Unterschiede der Classen und Theile des Volkes, untergrub das Vertrauen zu jeder gemeinsamen Regierungsmaßregel und löste im deutschen Bunde in Wahrheit alles Gemeingefühl auf.

Die Empfindung für Deutschland war in den regierenden Kreisen so gut wie Null; die Rücksicht der Einzelstaaten auf den Bund wurde fast überall nur als eine traurige Nothwendigkeit erachtet. Die Erfahrungen der zwanziger Jahre zerstörten unter diesen so ungleich starken Regierungen alle Gedanken staatlicher Bande in dem gleichen Maße, in welchem dieselben in der Nation zu wachsen begannen. Indem sich so die Kluft zwischen den Regierenden und Regierten immer mehr erweiterte, gewannen die Absichten auf einen vollkommenen Umsturz allmälig die Oberhand. Die öffentliche Stimmung war überall mehr republikanisch als national.

In diesem Zustand fand die Julirevolution unser Deutschland.

Die folgenden Bewegungen galten daher in den mittleren und kleineren Staaten zunächst der Staatsform, den Verfassungsfragen, dem, was man in Nachahmung der französischen Kämpfe den Liberalismus nannte. Das altständische Wesen war zumeist vermöge der finanziellen Lage der Staaten auch von conservativen Staatsmännern für unhaltbar angesehen worden, da es auf Grund derselben fast nirgends geglückt war, die seit den Kriegsjahren zerrütteten ökonomischen Verhältnisse zu ordnen. Die alten Stände waren in der Bewilligung von Steuern zähe und am wenigsten geneigt, für die rasch wachsenden Bedürfnisse des modernen Staates überhaupt und namentlich auch in Bezug auf das Militärwesen nachzukommen.

Man erwartete daher von der Einführung möglichst ähnlicher Constitutionen, wie der französischen in ihrer verbesserten Gestalt von 1830, oder wie derjenigen, welche in Belgien soeben anerkannt worden, in den deutschen Staaten die Heilung aller krankhaften Zustände der Nation. Dabei wurde die wichtige Erfahrung,

welcher Guizot einmal in dem Satze Ausdruck gibt, que la liberté politique n'est point inhérant à une forme exclusive de gouvernement, damals in Deutschland nur allzusehr verkannt und man glaubte, die allerdings nur sehr sporadisch vorhandene politische Freiheit hervorzaubern zu können, wenn man den kleineren und mittleren Staaten so rasch wie möglich die Regierungsformen aufdrängte, welche man im exclusivsten Sinne als die allein constitutionellen bezeichnete.

Heute macht man sich kaum mehr eine Vorstellung und in einem halben Menschenalter wird man vielleicht nicht mehr verstehen, welchen starren und eigensinnigen Begriff das vierte und fünfte Jahrzehnt von der politischen Freiheit festhielt. In Frankreich bezeichnete man die Richtung Guizots als doctrinär, aber die Verfassungsdoctrin in Deutschland nahm die Eigenheiten einer dogmatischen Wissenschaft an.

Inzwischen waren aber im westlichen und südlichen Deutschland gewaltsame Erschütterungen nicht ausgeblieben. In den preußischen Rheinprovinzen waren schon im Jahre 1830 bedenkliche Tumulte ausgebrochen. Die Bewegung in Cassel nahm am 6. September ihren Anfang und war auch nach der Annahme der neuen Verfassung von Seite des Kurfürsten am 5. Januar 1831 nicht bewältigt. Den Septemberaufständen in Leipzig und Dresden folgten Unruhen in fast allen größern und besonders Fabriksstädten Sachsens. Die Ernennung des Prinzen Friedrich zum Mitregenten und die Berufung der Stände, welche sich mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beschäftigten, beschwichtigten wenig. Die Deliberationen und Debatten über die neuen Constitutionen hatten zum Theil einen Charakter der Unfruchtbarkeit enthüllt, welcher zu immer neuen und weitergehenden Forderungen und Bewegungen Anlaß gab. In Hannover, wo die Regierung König Wilhelms IV. einer Revision der Verfassung keinerlei Schwierigkeit entgegensetzte, wurde das neue Staatsgrundgesetz erst am 26. September 1833 publicirt.

Am schwersten wurde das monarchische Princip in Deutschland durch die Vertreibung des Herzogs von Braunschweig getroffen, dessen Versuche, sich mit Gewalt seiner Herrschaft wieder zu bemächtigen, eine Zeit lang Gotha in große Unruhe versetzten. Ich erinnere mich noch ganz genau der Aufregung, als der Herzog Karl hier Rüstungen machte, und von hier seine Putschversuche improvisirte.

Es war gewissermaßen in den regierenden Kreisen selbst eine Unsicherheit darüber eingetreten, was Rechtens in dieser Sache wäre.

Als der Bund sich gegen den Herzog erklärte, und Metternich auf die Frage Münch-Bellinghausens, ob dem vertriebenen Herzog Bundeshilfe zu leisten sein werde, verneinend antwortete, so schien es, als ob sich plötzlich alles verkehrt hätte.

Allein die deutschen Großmächte und viele kleinere Staaten hatten keine deutliche Empfindung davon, daß eine erzwungene Nachgiebigkeit, ohne wirkliche Veränderung des Systems, schädlicher und gefährlicher werden mußte, als die Unbeugsamkeit, welche soeben Kaiser Nikolaus den Polen gegenüber bekundete.

Wenn ich nun im speziellen auf die thüringischen Herzogthümer meinen Blick werfe, so ist vor allem daran zu erinnern, daß hier erst seit wenigen Jahren eine eingreifende Veränderung des Besitzstandes vor sich gegangen war. Es lag daher nahe zu fürchten, daß die revolutionären Bewegungen des Westens auch auf diese kleinen Länder ihre Rückwirkung üben könnten. Aber man darf es wohl sagen, daß mein Vater sowohl in Coburg, wie in dem neuerworbenen Gotha, mit vieler Mäßigung und einem vorschauenden Blick für auftretende Bedürfnisse, die Verhältnisse so gut zu gestalten wußte, daß alles, inmitten der lebhaftesten Bewegungen hier still und ruhig blieb.

Es wird hier der Platz sein, die Geschichte der Gothaischen Succession, welche nach mannigfaltigen und zum Theil sehr interessanten Verhandlungen meinem Vater zufiel, etwas genauer zu schildern.

Es war gewissermaßen die erste Staatsaction, die sich während meines Lebens ereignete und welche wegen ihrer unmittelbaren Folgen einen tiefen Eindruck auf mich machte. Ueberhaupt aber zeigten sich in diesen kleinen gothaischen Successionsstreitigkeiten einige Momente, die sowohl für die Kenntnis der allgemeinen Staats- und Bundesverhältnisse, wie auch der persönlichen und dynastischen Zustände nicht ohne Werth sein dürften.

Als Herzog August von Sachsen Gotha und Altenburg, mein Großvater, am 17. Mai 1822 starb, lebte von diesem Zweige des ernestinischen Hauses außer meiner Mutter nur noch der unvermählte 1807 katholisch gewordene Herzog Friedrich IV. Es ist gewiß charakteristisch für die tiefwurzelnde dynastische Anhänglichkeit, welche sich in den Particularstaaten selbst auf die einzelnen Zweige jedes Hauses erstreckte, daß man in Gotha bei dem Tode des Herzogs August keinen lebhafteren Wunsch hatte, als daß sich Herzog Friedrich, dessen Fähigkeiten notorisch schwach waren, noch verheirathen möchte, weil man nicht gern unter eine „fremde Regierung“ kommen wollte.

Mein Großvater hatte dagegen für den Fall des Abganges seines Hauses schon im Jahre 1821 Vorsorge getroffen und ließ durch den Geheimrath von Lindenau auf einer Conferenz der sächsischen Häuser zu Arnstadt im Oktober gewisse Punkte als Basis einer künftigen Verhandlung über die Erbfolgeangelegenheiten proponieren:

1. Sachsen Meiningen möge auf die etwa von ihm in Anspruch zu nehmende Gradual-Erbfolge verzichten, dagegen möchten Sachsen Coburg und

Sachsen Hildburghausen auf die Erfüllung der von Ihnen zu begehrenden Erbportion von dem Nachlasse Ernst des Frommen Verzicht leisten.

2. Eine strenge Absonderung des Allodiums vom Lehen möge ganz unterbleiben, wogegen von Sachsen Meiningen und Sachsen Hildburghausen an die Frau Herzogin von Sachsen Coburg als präsumtive Allodialerbin eine angemessene Geldvergütung herauszuzahlen sein würde.

3. Aus den sämmtlichen Besitzungen des herzoglichen Gesammthauses möchten dann drei Herzogthümer gebildet werden:

a) Für Sachsen Meiningen aus dem jetzigen Meininger Unterland und dem Herzogthum Gotha.

b) Für Sachsen Coburg aus dem Meininger Oberland, dem Herzogthum Hildburghausen und den jetzigen Besitzungen Sachsen Coburgs.

c) Für Sachsen Hildburghausen aus dem Herzogthum Altenburg.

Indem diese Anträge des Herzogs August im allgemeinen nur ad referendum angenommen wurden, vereinigte man sich doch wenigstens dahin, daß im Falle des unerwarteten Todes des Herzogs August, die Regierung, wenn die Nachfolgefähigkeit Friedrichs IV. zweifelhaft sein würde, im Namen aller drei sächsischen verwandten Höfe, in Gotha-Altenburg zu führen sei, bis die Successionssache ausgetragen wäre.

Indessen war schon gleich nach der Arnstädter Zusammenkunft der meiningische Minister, Freiherr von Könitz, mit einer schriftlichen Erklärung hervorgetreten, daß im herzoglichen Hause Sachsen die Lineal-Gradual-Succession gälte und daß daher die meiningische Linie zunächst zu erben berechtigt wäre. Keineswegs jedoch schließe das eine Zufriedenstellung der andern betheiligten Höfe, insbesondere durch eine Ergänzung der von ihnen vielleicht in Anspruch zu nehmenden ernestinischen Erbportion, aus.

Während nun Meiningen diesen Standpunkt immer mehr zu dem seinigen machte und die Lineal-Gradual-Succession auch durch mehrere rechtshistorische Abhandlungen vertreten ließ, beriefen sich die beiden andern sächsischen Häuser auf den Römhilder Vertrag vom Jahre 1791, welcher die reine Linealerbfolge festsetzte und auf dessen Anerkennung insbesondere mein Vater dem Herzog Bernhard Erich Freund gegenüber bestehen zu sollen meinte. Auf den Antrag meines Vaters entschloß man sich aber erst nach Ablauf mehrerer Monate in Meiningen, dem Gothaischen Geheimen Rath von Lindenau, das Vermittlungsgeschäft zwischen den verwandten Höfen zu überlassen.

Da Herzog Bernhard Erich für den Fall des Ablebens des Herzogs Friedrich der Besitzergreifung des Landes im Namen aller drei Häuser zustimmte, so erschöpften sich die Vorschläge über eine künftige Theilung des Landes so vollständig, daß im Beginne des Jahres 1824 die Stimmung zwischen den Höfen

eine höchst feindselige wurde. Am 16. Januar 1824 schrieb Herzog Bernhard Erich an meinen Vater:

„Auf Ew. . . . verehrliches Schreiben vom 5. dieses Monats, habe ich nach reifer Prüfung folgendes ganz ergebenst zu erwiedern:“

„Auf das innigste bin ich mir bewußt, nichts begehren zu wollen, als was mir das Recht zuspricht.“

„Bergen kann ich Ew. ꝛc. aber nicht, daß mein Vertrauen auf mein Recht sich in der letzten Zeit sehr verstärkt hat. Hiernach gestatten mir die auf das Interesse meines Hauses und das der Gothaischen und Altenburgischen Lande zu nehmenden Rücksichten nicht, zu den Erbietungen vom Juli vorigen Jahres und den von Ew. ꝛc. abgebrochenen Unterhandlungen zurückzukehren; daher lade ich Ew. ꝛc. unter offener Vorlegung meiner Ansicht hiermit nochmals ergebenst ein, das zwischen uns liegende Recht auf dem pactirten compromissarischem Wege unter Mitwirkung der in der Eröffnung des Herrn Geheimen Rathes von Lindenau benannten fürstlichen Herrn Agnaten zu erforschen und zur geltenden Anerkennung zu bringen.“

„Kein Ereigniß zwischen uns solche Zwecke verfolgend, wird der aufrichtigsten Hochachtung und freundvetterlichen ꝛc. Abbrechung thun.“

Da auf solche Weise die Theilungsangelegenheit in der Hauptsache vollständigen Schiffbruch zu leiden schien, so säumte mein Vater nicht länger für Gemahlin und Söhne den Allodial-Erbtheil des Gotha-Altenburgischen Landes zu sichern. Schon am 12. Mai 1823 bevollmächtigte die Herzogin Louise, meine Mutter, als Tochter des Herzogs August und einzige Erbin der Gothaischen Linie, den Regierungsrath Lotz, in Gemäßheit der Bestimmungen des von sämmtlichen Linien des herzoglich Sachsen Gothaischen Gesammthauses unter dem 28. Juli 1791 zu Römhild errichteten Recesses, mit der Ausmittlung und Feststellung des oben erwähnten Allodiums, damit es im Fall des Abganges Friedrichs IV. ausgeantwortet werden könne.

Die Feststellung dessen, was als Allodialerbschaft zu betrachten wäre, konnte selbstverständlich von der Gothaischen Regierung nicht wohl verweigert werden und je gründlicher und zuverlässiger diese Arbeiten vollzogen wurden, desto größern Eindruck machten die Resultate derselben auf den Herzog Bernhard Erich.

Dieser hätte zwar gegen die Inanspruchnahme einer Reihe von Besitzungen als Allodialerbschaft Einsprache erheben, aber dadurch doch nur den Fall verwickelter machen können.

In Folge der Ehescheidung meiner Eltern waren vertragsmäßig die Besitzrechte auf das gothaische Allodium, an mich und meinen Bruder Albert, am 2. Septr. 1824 übertragen worden.

Als Herzog Friedrich IV. am 11. Februar 1825 starb, hatte der Reg.-Rath Lotz unter namentlicher Anführung aller Aemter und Güter, die zur Allodialerbschaft zu gehören schienen, in meinem und meines Bruders Namen Besitz ergriffen. Dadurch bewirkte er sowohl in Meiningen, wie auch in Hildburghausen eine nicht unbedeutende Erregung. Als die beiden Höfe gegen die Allodialqualität der beanspruchten Besitzungen am 25. Februar und 11. März protestirten, erklärte sich mein Vater am 25. April bereit zu jedem billigen Abkommen, unter der Bedingung, daß seine Rechte nicht allzu empfindlich berührt würden. Die Hauptsache aber war, daß nun der Fall des Abganges der gothaischen Linie wirklich eingetreten und daß selbst die Basis eines Verständnisses, wie es von meinem Großvater im Jahre 1822 beantragt worden, vollständig durchlöchert war.

Wohin sollte man sich wenden, wo sollte nach deutschem Staatsrecht die Entscheidung über eine thüringische Erbfolgefrage gesucht werden?

Von Interesse ist es, daß die Acten nur in einem Punkte eine volle Uebereinstimmung aller Staatsmänner, sowohl der kleinstaatlichen, als der von Oesterreich und Preußen erkennen lassen. Alle waren sie nämlich entschlossen, jedes Tribunal demjenigen des deutschen Bundes vorzuziehen. Wenn irgendwo, so zeigte sich die staatsrechtlich absolute Hohlheit der Bundeseinrichtungen in dieser thüringischen Erbschaftsangelegenheit.

Wenn es irgend thunlich gewesen wäre, so hätten die thüringischen Höfe am liebsten die Sache zu einer internationalen Frage erhoben. Der Tod des Herzogs Friedrich und der augenblickliche Stand der Dinge wurde allen Höfen mitgetheilt und man erhielt von deutschen und nichtdeutschen Regierungen Ausdrücke der Theilnahme und des innigsten Wunsches, die Sache als interne sächsische Angelegenheit zum Austrag gebracht zu sehen. Nur ganz vereinzelt war auf die Möglichkeit Bedacht genommen worden, daß „eine Einwirkung der deutschen Bundesversammlung nöthig werden möchte".

Der König von Würtemberg erklärte für diesen Fall, wie er sich alsdann an den Berathungen dieses Gegenstandes wie immer nach alleiniger Maßgabe des Rechtes bestimmen lassen würde. Friedrich Wilhelm III. dagegen beschränkte sich darauf, die sächsischen Häuser seiner aufrichtigsten Theilnahme an dem betrübenden Ereigniß zu versichern. Nur König Max Josef von Baiern sprach etwas ausführlicher über den ganzen Vorfall und brachte zuerst einen Gedanken auf, welcher nachher zu einer Lösung des Knotens führen sollte. „Diese Umstände," heißt es da, „flößen mir den aufrichtigsten Wunsch ein, so bedauerliche Irrungen bald möglichst durch gütliches Einverständniß ausgeglichen zu sehen. Da eine richterliche Entscheidung derselben durch Austräge, theils an ein meist ebenso fruchtlos, als weitwendiges Vermittlungs-Verfahren gebunden, theils

seiner eigenen Natur nach langwierig ist, so möchte es meines Erachtens für beide Theile gerathener sein, wenn dieselben in Ermanglung eines sofort zu Stande zu bringenden Vergleichs in dieser reinen Haussache sich einem Compromißversuche unterwerfen wollten, welcher am ehesten vielleicht von Sr. königlichen Majestät von Sachsen, als dem Chef des Gesammthauses, oder von dem Großherzog von Weimar, als dem Haupte der Ernestinischen Linie, zu erbitten sein dürfte".

Einen ernsteren Hintergrund erhielt die ganze Successionsfrage durch die Hereinziehung der auswärtigen nichtdeutschen Mächte um so mehr, als man mit wenigen Ausnahmen überall der Ueberzeugung war, daß in den neuen Bundesverhältnissen Deutschlands bei weitem nicht die Kraft zu einer rechtlichen Entscheidung innerhalb Deutschlands lag.

Auch an den Kaiser Alexander trat die Versuchung heran, sich in die inneren deutschen Verhältnisse zu mischen und man darf nachträglich wohl sagen, es war ein großes Glück, daß die Sache vor den Regierungsantritt des Kaisers Nikolaus fiel, der eine solche Gelegenheit, sein gern behauptetes Uebergewicht in Deutschland empfinden zu lassen, weit mehr wahrgenommen hätte.

Kaiser Alexander dagegen verhielt sich ablehnend gegen die Interventionszumuthungen, die ihm im Drange der Begebenheiten vorlagen. Er schrieb am 14. März 1825 mit anerkennenswerther Selbstlosigkeit:

„Ce n'est pas sans une peine réelle que j'ai appris par la lettre de votre Altesse Sérénissime du 19. février que de divers genres d'opinion se sont manifestés entre les différentes branches de la maison de Saxe-Gotha à la suite de l'extinction de la ligne de Gotha-Altenburg. Les questions qui viennent de s'ouvrir par ce triste évènement, touchent de trop près au repos et au bien-être d'une portion intéressante de l'Allemagne pour que je ne forme vœux sincères de les voir décidées le plutôt possible, d'après les principes d'une stricte justice et d'une raison politique."

„Mais fidèle à la ligne conduite que je me suis invariablement tracée à l'égard des Affaires d'Allemagne, je ne saurais me prêter à une intervention quelconque relativement à celle qui occupe dans ce moment la sollicitude de leurs Altesses Ducales de Saxe. Votre Altesse Sérénissime ne manquera pas sans doute d'apprécier les motifs qui me font agir de la sorte. Je la prie d'agréer les assurances de ma considération distinguée."

Alexandre.

St. Pétersbourg le 14. Mars 1825.

Um so wichtiger war unter diesen Umständen das Verhalten Oesterreichs, welches ohne Zweifel auch auf den Herzog Bernhard Erich einen ernüchternden Eindruck hervorgebracht haben wird. Dem Fürsten Metternich waren die Verhältnisse in den thüringischen Herzogthümern zu genau bekannt, als daß er sich für die von Meiningen vertretene Linealgradualerbfolge hätte entscheiden können.

Schon von früher, sowohl aus den Feldzügen von 1813 und 1814, wie von den Zeiten des Congresses bestand zwischen Metternich und meinem Vater ein sehr gutes Verhältniß. Auf seinen Reisen nach Johannisberg unterließ es Metternich selten einen Abstecher nach Coburg zu machen, das er sehr liebte. So war mein Vater durch Metternich selbst von den wichtigsten Ereignissen der Congresse von 1820—22 unterrichtet worden und es bestand ein lebhafter und freundschaftlicher Briefwechsel zwischen den beiden Männern, von welchem ich hier jedoch keinen Gebrauch mache, da derselbe meinen Lebenserinnerungen ferner steht.

Dagegen mag es gestattet sein, das eingreifende Schreiben Metternichs in der gothaischen Successionsangelegenheit vom 27. Februar 1825 vollständig mitzutheilen, da es wegen seines juristischen Inhalts nicht ohne Bedeutung war und zugleich bewies, welches moralische und politische Uebergewicht der österreichische Kanzler in den deutschen Angelegenheiten besaß.

Durchlauchtigster Herzog!

„Die von Euer Durchlaucht mit geehrtestem Schreiben vom 14. d. M. mir gefälligst gemachte Mittheilung von dem plötzlich erfolgten Ableben Hochderselben Herrn Oheims, weiland des regierenden Herzogs von Sachsen-Gotha Durchlaucht, gebe ich mir die Ehre hiemit durch den Ausdruck des innigsten Beileides, sowie auch des aufrichtigsten Wunsches zu erwiedern, daß die gütige Vorsehung diesen Trauerfall durch erfreuliche und angenehme Ereignisse für Eure Durchlaucht und Hochderselben Haus zu ersetzen geneigen möge."

„Da es Euer Durchlaucht zugleich gefällig gewesen ist, bei dieser Veranlassung sich im allgemeinen über die Succession in dem Lande des nunmehr erloschenen Hauses Sachsen-Gotha und Altenburg zu äußern und mich besonders über die von Euer Durchlaucht und den beiden agnatischen Häusern Sachsen-Hildburghausen und Meiningen bereits geschehenen Schritte in dieser Angelegenheit zu verständigen, so rechne ich es mir zur angenehmen Pflicht, dem von Euer Durchlaucht hiedurch in mich gesetzten schätzbaren Vertrauen, mittelst confidentieller Eröffnung jener Ansichten zu entsprechen, welche Sr. Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, nach reiflicher Beurtheilung und Erwägung über diesen Gegenstand aufzufassen geruht haben."

„Allerhöchst dieselben betrachten das von den drei, die gothaische Succession

in Anspruch nehmenden Höfen, unter dem 11. d. M. gemeinschaftlich erlassene Patent in jeder Beziehung dem bestehenden Sachverhältniß angemessen, indem dieses Dokument und das darin festgesetzte Provisorium nicht nur die Fortdauer der Ruhe und Ordnung und einen geregelten Zustand der Dinge im Innern des plötzlich verwaisten Landes genügend verbürgt, sondern zugleich auch einen erfreulichen Beleg der sorgfältigen Beachtung jener wohlthätigen Normen gewährte, welche ihrem Geiste nach, die Basis des völkerrechtlichen Vereins der deutschen Bundesstaaten bilden."

„Mit wahrem Bedauern konnte daher Sr. Majestät der Kaiser in der von Sr. Durchlaucht dem Herzog von Sachsen Meiningen gleichzeitig erlassenen Proclama nur eine von jener so durchaus correcten Linie wesentlich abweichende Maßregel erblicken, welche sodann die von Eurer Durchlaucht mit des Herrn Herzogs von Sachsen-Hildburghausen gemeinschaftlich unter dem 13. dieses Monats bekannt gemachte, gewissermaßen abgedrungene Gegen-Erklärung zur Folge hatte und wodurch schon heute die Sache selbst öffentlich jenen contentiösen Charakter erhält, welcher sich eigentlich nur von irgend einer zur Erledigung der bestehenden Controversen legitim berufenen Instanz und erst dann zu äußern hätte, wenn es wider Vermuthen den von den aufrichtigsten Wünschen des k. k. Hofes begleiteten Bemühungen der drei betheiligten Fürsten, nicht gelingen sollte, sich über die definitive Regulirung und Ausgleichung dieser Haus-Angelegenheit zu vereinigen."

„Daß und aus welchen Gründen aber Sr. Majestät der Kaiser letztere lediglich als eine solche betrachten zu müssen glaubt und in welcher Art und Weise sie demnach zu behandeln und ihrer Erledigung zuzuführen sein dürfte, hierüber erlaube ich mir Euer Durchlaucht in möglichster Kürze Folgendes zu bemerken: Da die Untheilbarkeit eines zum deutschen Bunde gehörigen, bisher selbständigen Gebietes, besonders wenn es sich hiebei um das Aufleben von Successionsrechten Mehrerer handelt, — keineswegs durch irgend eine Bestimmung der Bundes- und Schlußacte erheischt und festgesetzt ist, und da demnach die fragliche Successions-Angelegenheit hinsichtlich ihrer Erledigung auf keine Weise durch ein, die freie Entwicklung und Beachtung der sich darbietenden Anhaltspunkte und Quellen störendes Princip von Außen gehemmt ist, so wird es wohl lediglich darauf ankommen, daß die bei der Sachsen-Gothaischen Linie vorhandenen Hausverträge und deren Stipulationen ihre gehörige Anwendung erhalten."

„Dieses herbeizuführen dürfte nun aber vor Allem der Gegenstand einer, von den drei betheiligten Höfen unverweilt unter sich abermals zu versuchenden Verhandlung sein, für deren günstigen Erfolg sich, ohngeachtet der bereits in entgegengesetztem Sinne stattgehabten Vorgänge, immerhin noch insofern Hoffnung

darbietet, als es in solchen Fällen der Modalitäten so viele gibt, nach welchen die Ansprüche der Einzelnen wechselseitig ausgeglichen werden können, besonders aber wenn von Seite der Letztern der wesentliche Gesichtspunkt festgehalten wird, daß eine gütliche Vereinigung unter nahen Verwandten und Gliedern eines und desselben alten ehrwürdigen Stammes, vor den Augen der Welt, sich uns als einen erfreulichen und ehrenvollen Beweis der Mäßigung deutscher Fürsten darstellen könnte, und daß hiedurch im wahren Interesse der Betheiligten selbst, alle Chancen vermieden werden, welche immerhin bei jedem richterlichen Einfluß auf eine Sache, auch oft gegen alle Wahrscheinlichkeit eintreten."

„Eine solche, für die freie Willensäußerung der Parteien geeignete Verhandlung, wird sich aber auch selbst für den Fall als nöthig und nützlich bewähren, wenn alle Versuche zur gütlichen Ausgleichung der drei Höfe unter sich fruchtslos bleiben sollten, denn es würde alsdann hierbei die Frage zu erörtern und doch wenigstens darüber eine Vereinigung herbeizuführen sein, in welcher Art und Weise die mehrerwähnte Successions-Sache ihre Erledigung erhalten und welcher richterliche Einfluß dafür, nach Maßgabe des Art. 24 der Schlußacte, in Anspruch genommen werden soll."

„Wäre aber auch eine solche Vereinigung nicht zu erreichen, dann würde wohl die Hauptstreitfrage selbst, lediglich an die Bundesversammlung zu bringen und derselben zu überlassen sein, jenes Verfahren zu beobachten, welches für Streitigkeiten unter Bundesgliedern, durch die Bundes- und Schlußacte bestimmt vorgezeichnet ist."

„Daß jedoch in jedem Falle, bis zur definitiven Erledigung des Gegenstandes, das durch eine freie Vereinigung der betheiligten Höfe festgesetzte Provisorium, in Betreff der interimistischen Verwaltung des Successions-Objects, über dessen Zweckmäßigkeit ich mich bereits zu äußern die Ehre hatte, unverrückt aufrecht zu erhalten sein wird — und daß demnach das von den drei Höfen unterm 11. Februar dieses Jahres gemeinschaftlich erlassene Proclama denjenigen provisorischen Besitzstand begründet, auf welchen nöthigenfalls die Bestimmungen der Art. 19 und 20 der Schlußacte in Anwendung zu kommen haben, hiervon sind S. Majestät der Kaiser so durchdrungen, daß Allerhöchst derselbe selbst vermöge Ihrer übernommenen Bundespflichten, es sich angelegen sein lassen würde, diesen Grundsätzen den erforderlichen Eingang zu verschaffen."

„Indem ich mir schmeicheln darf, daß Eure Durchlaucht in dieser Darlegung der Ansichten meines Allerhöchsten Hofes, einen erwünschten Leitfaden für den von Hochdemselben einzuhaltenden Gang finden dürften, habe ich die Ehre mit vollkommener Verehrung zu sein, Euer Durchlaucht

gehorsamer Diener

Metternich.

Wien 27. Februar 1825.

Man hätte nach diesem Schreiben nicht denken können, daß es noch fast zwei Jahre dauern sollte, bis die Angelegenheit zu einem Abschlusse gebracht wurde.

Mein Vater vereinigte sich endlich mit dem Herzog von Hildburghausen, um die Vermittlung des Königs von Sachsen anzurufen. Der hildburghausen'sche Geheimrath von Braun reiste nach Dresden, um den König zu gewinnen, daß er das Vermittleramt übernähme. In einem sehr liebenswürdigen Briefe an die verwandten Häuser, sprach Friedrich August seine Bereitwilligkeit hiezu aus und nach sorgfältiger Auswahl der dazu geeigneten Personen, begannen die eigentlichen Verhandlungen im Frühjahr 1826.

Von Coburg und Hildburghausen wurde der geheime Rath von Braun von vornherein dahin instruirt, daß nur solche Vermittler angenommen werden könnten, welche dem Princip der Lineal-Gradual-Succession entschieden entgegen seien. So war die Sache an den geheimen Justiz-Rath Schaarschmidt und an den General von Minckwitz gelangt.

Als dieselben im Mai 1826 ihre erste Reise an den meiningischen Hof machten, erschien ihnen die Angelegenheit noch im ungünstigsten Lichte. Man verwarf dort drei von ihnen vorgelegte Theilungs-Entwürfe der Gotha-Altenburgischen Lande vollständig und als im Juni 1826 der Großherzog von Weimar nach Meiningen kam, berichtete Freiherr von Könitz an meinen Vater, daß man dort nun entschlossen wäre, die ganze Sache an den Bund zu bringen.

Im Juli war Herzog Bernhard Erich aber auf einer Badereise nach Teplitz mit König Friedrich Wilhelm III. zusammen getroffen und suchte, wie es scheint, Preußen dafür zu gewinnen, daß der Bund sich seiner annähme. Aber wie kaum zu zweifeln, irrte er sich vollkommen darin, daß er von Preußen erwartete, es werde gegen die nun offen ausgesprochenen Anschauungen des österreichischen Kabinets in einer deutschen Angelegenheit Partei nehmen.

Nachdem Herzog Bernhard von Teplitz zurückgekommen war, zeigte er sich gegen die Theilungsentwürfe milder gestimmt und die im Anfang August 1826 zu Liebenstein von den Räthen Minckwitz, Schaarschmidt, Braun, Carlowitz, Könitz, Wüstemann, Lotz und Fischer gehaltenen Conferenzen, machten endlich den Abschluß eines Präliminarvertrages möglich, der vollständig jene Grundzüge, auf welchem der heutige Besitzstand der drei thüringischen Herzogthümer beruht, enthält.

Während noch am 17. Juli 1826 die Theilungsobjecte auf dem Principe der Abtretung Gothas an Meiningen, Altenburg an Hildburghausen und Erweiterung Coburgs, im Sinne einer Arrondirung durch Hildburghausen und bis Saalfeld hin, beruhten, war plötzlich eine Basis der Vereinbarung aufgestellt worden, durch welche das bisherige Herzogthum Coburg, als solches entschieden am wenigsten gewinnen konnte.

Seine Bestandfähigkeit wurde durch seine Abtretungen und seine Isolirung in Frage gestellt. Mein Vater wurde zwar Herzog von Gotha und wenn es im deutschen Charakter mehr gelegen hätte, die vorwiegend particularistischen Tendenzen früher und rascher aufzugeben, als es in der That der Fall war, so hätte ja der Gebietsumfang des neuen Hausbesitzes für die Abtretung einer Anzahl von Coburger Aemtern entschädigen können; aber wie die Sachen lagen, war an eine Verwaltungseinheit von Coburg und Gotha damals auch nicht entfernt zu denken. Die verwickelte Angelegenheit schien sich bis in meine Regierungsepoche hinein zu ziehen, selbst die größeren Stürme des Jahres 1848 noch zu überdauern und endlose Arbeit, Zerwürfnisse und Zeitaufwand zu verursachen.

Obwohl unter diesen Umständen der Abschluß der Successionsfrage für meinen Vater mit manchen Unbequemlichkeiten verbunden, und die Zufriedenheit darüber in Coburg selbst nicht eben groß war, so darf man doch sagen, daß er der Mann gewesen ist, die Opposition des Ländchens zu besiegen; er säumte daher auch keinen Augenblick, die Liebensteiner Präliminarien zu ratifizieren.

Schon war er in seiner Weise ganz und gar von dem Gedanken erfüllt, den Besitz von Gotha anzutreten und mit aller Förmlichkeit die Huldigung der neuen Unterthanen entgegen zu nehmen. Ich erinnere mich noch außerordentlich lebhaft an die zwei kalten Novembertage, an welchen wir von Coburg nach Gotha reisten, voran mein Vater mit dem Prinzen von Leiningen, mein Bruder, ich und Florschütz in einem zweiten Wagen. Der ganze Hofstaat war theils vorangegangen, theils folgte er nach.

Am 25. November versammelte sich alles in Siebleben, um den großen Einzug in die neue Residenz zu halten.

Mein Vater stieg zu Pferde, mein Bruder und ich fuhren in einer offenen sechsspännigen Chaise mit dem Kammerherrn Erffa und dem Rath Florschütz, während ein zweites Sechsgespann leer hinter uns fuhr und erst in einem dritten und vierten die Kammerjunker und Hofherren folgten. Dem ganzen Zuge voran ritten Gensdarmen, die sämmtlichen Postbeamten und Postillione, die jungen Leute von den Aemtern, Freiwillige, und die herzogliche Jägerei. Militär und berittene Gensdarmen beschlossen den Zug, der sich feierlich durch das Stadtthor nach dem Schlosse bewegte. Man würde leicht eine anschauliche Beschreibung von den Feierlichkeiten und Festlichkeiten machen können, welche in Gotha eine ganze Woche währten, und über welche man auch in den „auswärtigen Zeitungen" vielfache Berichte schrieb. Charakteristisch für die Stimmung ist das, was Perthes damals sagte, dessen Worte wohl nirgends fehlen dürfen, wo von meinem guten Vater und seinem Regierungsantritt in Gotha die Rede ist.

„Mein monarchisches Princip, schrieb Friedrich Perthes im Jahre 1826,

hat neue Anhänger gewonnen, denn alles fällt plötzlich dem neuen Fürsten zu; freilich ist dieser, wie König Saul, eines Kopfes höher als alles Volk, ist voll fürstlicher Würde, sehr gescheut und folglich sehr leutselig; er weiß alles und interessirt sich für alles; alle Welt ist bezaubert und die napoleonischen Raisonneurs, die Männer von der Wartburg und die Republikaner der römischen und griechischen Autoren haben über Nacht herzogliches Herz bekommen."

Dieselbe Wirkung brachte mein Vater hervor, als es im Jahre 1830, wie Perthes sagt, „rings um Gotha an allen Enden knakte und prasselte."

Der Herzog ergriff sofort die Initiative, um wirklichen Schäden abzuhelfen und nothwendige Veränderungen im Staate vorzunehmen. Konnte er doch darauf hinweisen, wie er im Jahre 1821 dem Herzogthum Coburg-Saalfeld eine constitutionelle Verfassung aus eigenem Antriebe ertheilt habe.

Die Klagen der Gothaer waren übrigens nicht wesentlich politischer Natur; ihre Beschwerden entsprangen aus localen Ursachen, die in Hinsicht auf das Forst- und Jagdwesen eine augenblickliche Hilfe gestatteten, in weiterer Folge aber freilich mit den Rechtsfragen des Domänenbesitzes zusammenhiengen, welche erst viel später von mir geregelt und völlig ausgetragen worden sind. Jedenfalls war durch das Auftreten meines Vaters die Bewegung des Jahres 1830 ohne jede innere Störung an den Herzogthümern vorüber gegangen und sein Ansehn war dadurch nach außen und innen wesentlich erhöht worden.

Man hatte hier wenigstens ein Beispiel, daß durch eine gute und geregelte Verwaltung, dort, wo die Bevölkerung guten Willen für diese Dinge bei der Regierung erkannte, schon sehr viel geschehen konnte und den leidenschaftlich verfolgten politischen Doctrinen und Experimenten auf diesem Wege die gefährlichsten Waffen entrissen wurden.

Im Jahre 1833 vereinigte sich mein Vater mit den Herzögen von Meiningen und Altenburg nach längeren, seit der gothaischen Successionsfrage in Aufnahme gekommenen Verhandlungen, zur Erneuerung des uralten Ordens der deutschen Redlichkeit. Die neue Gründung desselben basirte auf dem gemeinschaftlichen Rechte aller drei Stifter. Die Herzöge versammelten sich am 25. Dezember in Gotha, wo bei einem feierlichen Acte die neuen Statuten des Ordens ratifizirt worden sind. Dagegen hatte sich in diesen unruhigen Jahren der Besitz von Lichtenberg am Rhein als desto größere Last erwiesen. Mein Vater hatte den Fortgang der Verhandlungen über die definitive Abtretung des Gebietes an Preußen auf das ernsteste und aufrichtigste betrieben. Aber es wird sich noch zeigen wie viele Schwierigkeiten und wie wenig Entgegenkommen er in Berlin in dieser Beziehung fand.

Eine dauernde Hebung der wirthschaftlichen Verhältnisse der kleinen Staaten, konnte selbstverständlich erst erfolgen, wenn die schon im Jahre 1815 und 1820

in Aussicht genommenen Einheitsbestrebungen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie Wahrheit geworden.

Der deutsche Bund konnte in dieser Beziehung bei seiner Zusammensetzung nichts leisten.

Die wirthschaftliche Neugestaltung Deutschlands kam auf dem Wege der Zollvereine außerhalb der Staatsinstitutionen, auf welchen der Bund beruhte, zu Stande und die Nothwendigkeiten des materiellen Verkehrs, brachten die kleinen Staaten in ein neues Verhältniß zu Preußen.

Man dürfte nicht behaupten, daß die politische Tragweite der Entwicklung des Zollvereins außerhalb des Bundes und mit Ausschluß von Oesterreich, nicht erkannt wurde, oder daß man die daraus entspringenden Gefahren für den deutschen Staatenbund unterschätzt hätte. Aber die Richtung auf eine totale Veränderung der wirthschaftlichen Verhältnisse machte sich so wuchtig geltend, daß keine politische Erwägung dagegen aufzukommen vermocht hätte. Selbst der oesterreichische Staatskanzler, der mit richtigem Blicke sofort in den Zollvereinen den Anfang des Endes vom deutschen Bunde erkannte, wie aus seinen seither veröffentlichten Denkschriften hervorgeht, war ganz unfähig gegen diesen Druck der materiellen Unvermeidlichkeiten etwas zu thun.

Mein Vater war durchaus nicht abgeneigt sich der preußischen Zollpolitik vollständig anzuschließen, aber er durfte erwarten, daß die Vereinigung den einzelnen Ländern zum Nutzen gereichen sollte. Die preußische Bureaukratie behandelte aber diese Gegenstände lediglich unter den Gesichtspunkten der Löwentheilung. So war es natürlich, daß es zu Mißverständnissen kam, deren Darstellung mir ganz ferne liegt, von denen ich aber nicht verschweigen darf, daß sie bis jetzt nur einseitige Beurtheilungen gefunden haben. Charakteristisch für die Gewaltsamkeiten der damaligen preußischen Politik war es, daß man nicht einmal den Bau einer Straße über den Wald befördern wollte, ohne welche der preußische Zollverein zum wahren Ruin der kleinen thüringischen Industrieen hätte werden müssen.

Preußen hatte indessen die geistigen und materiellen Interessen zu beherrschen begonnen. Indem es politisch mit Oesterreich und dem Bund nicht zu rivalisieren vermochte und weit entfernt war, dem Liberalismus selbst Conzessionen zu machen, ließ es gern geschehen, daß der Bundestag in polizeilichen Maßregeln gegen die fortschreitenden Parteiunternehmungen nationaler und republikanischer Tendenz sich erschöpfte und abnützte.

Die Geschichte der geheimen Verbindungen in Deutschland von 1830—1848 ist noch nicht geschrieben und gewiß nur aus einem Material zu beziehen, welches den schlechtesten historischen Quellenwerth hat. Den Polizeiacten, welche sich über die revolutionären Verbindungen und Versammlungen zahlreich genug vor-

finden, kann man nicht ganz vertrauen und die zum Theil durchforschten Papiere, der am 20. Juni 1833 neu eingesetzten Central-Untersuchungscommission sind unergiebig genug gewesen.

Bei der Heimlichkeit des Gerichtsverfahrens in dem größten Theile Deutschlands und bei dem Umstande, daß vor den öffentlichen Gerichtshöfen die Angeklagten meist freigesprochen wurden, entstand ein mißtrauenerfüllter Geist, zu dessen Bannung die Regierungen sich schlechterdings unfähig zeigten. Heimlich verbreitete Bücher und Broschüren voll des thörichtesten Radikalismus wurden massenhaft in die Hände des Volkes und der jungen Leute auf den Universitäten gespielt. Seit 1832 richteten sich daher die Bundesbeschlüsse vorzugsweise gegen die Presse.

In dem immer weiter greifenden Bestreben, durch Präventivmaßregeln den schädlichen Einfluß der Schriften zu hemmen, sah sich aber der Bund bei der Ungleichheit der Handhabung der Censurvorschriften zu der juristischen Ungeheuerlichkeit fortgerissen, daß Schriften, welche ursprünglich von der Censur schon zugelassen, nachträglich dennoch strafgerichtlich verfolgt werden konnten und sollten.

Da indessen die Berathungen des Bundes ihrer Natur nach schleppend und langsam geführt wurden, vereinigte man sich im Sommer 1834 zu neuen Minister-Conferenzen in Wien, aus denen ein Elaborat hervorgieng, welches sechszig Artikel umfaßte und welches jedenfalls den Höhepunkt der Repressivmaßregeln bezeichnete, unter welchen Deutschland mehr als ein Dezennium litt.

Denn daß nun die angebliche Gefahr des Staates nicht mehr bloß in den revolutionären Erhebungen, sondern auch in den Versammlungen und Vertretungen der Stände erblickt werden sollte, zeigte sich in dem Verbot der Veröffentlichung der Reden und Verhandlungen der Ständekammern.

In diese tief reactionäre Zeit fielen meine und meines Bruders erste Bekanntschaften mit der offiziellen Welt Europas. Wir reisten nach Ostern 1835, unmittelbar nach unserer Confirmation, zu dem fünfzigjährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs von Meklenburg-Schwerin, der unser Urgroßvater von mütterlicher Seite war.

Auf dem Wege dahin, machten wir das erste Nachtquartier in Göttingen, um unsern Landsmann Blumenbach, den berühmten Naturforscher zu besuchen. In Schwerin angelangt, fanden wir eine seltene Menge von hervorragenden Persönlichkeiten aus allen verwandten deutschen Häusern. Man zählte mehr als fünfzig nahe Verwandte des alten Großherzogs, welche sich hier in schöner Eintracht zusammengefunden hatten; manche darunter sahen nicht ohne Verwunderung dasjenige deutsche Land, an welchem die revolutionären Stürme des Jahrhunderts gleichsam spurlos vorüber gegangen waren, und dessen mittelalterlich stramme, patriarchalische Zustände andere unter den Mitfürsten wohl mit Neid erfüllen mochten.

Unter diesen vielen Fürsten und Prinzen gab es manche, die eine glänzende Zukunft versprachen, einige, die nachher wirklich eine große Rolle gespielt haben. Meine Aufmerksamkeit war besonders auf den Kronprinzen von Preußen gelenkt, welcher unter der heranwachsenden Generation längst den Ruf eines der außerordentlichsten und geistreichsten Fürsten unserer Zeit hatte. Alle Welt sprach von dem Manne, der berufen war den größten deutschen Staat zu regieren.

Dieser geistvolle Kronprinz von Preußen, der gelehrte Kenner der Wissenschaften, der tiefe Denker und freisinnige Politiker, wofür man ihn allgemein hielt, wurde von den Einen mit unheimlicher Besorgniß gegenüber den Unsicherheiten einer ohnedies neuerungssüchtigen Zeit betrachtet, während Andere bei seinem Anblick nur dem Gedanken nachhiengen, was es zu bedeuten haben möchte, wenn nach hundert Jahren endlich wieder einmal ein bedeutender Mann auf den Thron von Preußen steigen würde.

So sahen auch wir, mein Bruder und ich, hier zum erstenmale nicht ohne die größte Spannung den Fürsten, der in meinem Leben eine so große, im Hinblick auf den Gang der deutschen Politik möchte ich fast sagen, die größte Rolle spielte, und dessen räthselhaftes, eigenartiges Wesen, welches bis heute auch noch nicht entfernt eine richtige Zeichnung gefunden hat, bestimmt war, so viele Schmerzen auf einzelne Menschen, wie auf die ganze Nation zu häufen.

Friedrich Wilhelm IV. stand damals in seinem 41. Jahre und besaß für sein Alter eine auffallende Corpulenz. Sein feiner, geistig belebter Gesichtsausdruck, die Frische seiner Darstellungen und Mittheilungen, seine allzeit bereiten sarkastischen Bemerkungen konnten nicht verfehlen, bei jungen Leuten, wie mein Bruder und ich, eine Art von Enthusiasmus für den vielumworbenen Thronfolger von Preußen zu erzeugen. Noch dazu zeichnete uns der Kronprinz mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit aus.

Er fragte mit vollendeter Liebenswürdigkeit nach unsern Studien und Absichten und schien Wohlgefallen an der muntern und zuversichtlichen Art zu haben, mit der wir jungen Leute ins Leben blickten. Unter der Voraussetzung, daß wir als deutsche Fürsten dereinst an der Besserung der Welt und an den Zuständen des Vaterlandes mitzuwirken gesonnen sein würden, versprach er uns seinen freundschaftlichen Schutz.

Er schien überzeugt, daß es Zeit sei die Axt anzulegen an die Schäden der Zeit; er wußte über die Bedürfnisse Deutschlands schöne Worte zu sagen und unterschied sich durch seine ganz besondere Auffassung aller Dinge von den gesammten übrigen Fürsten.

Nachdem die festlichen Tage von Schwerin zu Ende gegangen waren, hielt es mein Vater für passend, daß wir am Berliner Hofe vorgestellt werden sollten. Während wir also in Schwerin noch zurückgeblieben waren, fuhr mein Vater

nach der preußischen Hauptstadt voraus und erwartete uns daselbst. Wir fanden die herzlichste Aufnahme bei Friedrich Wilhelm III, wohnten im Schlosse und trugen die Uniform unserer Offiziere.

König Friedrich Wilhelm III sah noch sehr rüstig aus und hatte etwas herzgewinnendes und väterliches. Man kam uns jungen Leuten von allen Seiten mit Güte und Freundlichkeit entgegen, und unsere nähere Bekanntschaft mit den Prinzen des preußischen Hauses datirte von diesem Augenblicke an. Wir reisten dann nach Dresden und machten unsere Aufwartung bei dem alten Hofe. Es lebten noch König Anton und Prinz Max ganz in den Reminiscenzen des vorigen Jahrhunderts; der Letztere erregte unser großes Erstaunen dadurch, daß er nie eine Kopfbedeckung trug.

Unsere Reise führte hierauf nach Wien, wo wir bei unserm Onkel dem Prinzen Ferdinand abgestiegen waren und mehrere Wochen verweilten. Kurz vorher war Kaiser Franz gestorben und der Moment, in welchem wir zufällig anwesend waren, erschien daher auch hier als ein bedeutungsvoller. Denn an die Thronbesteigung des Kaisers Ferdinand knüpfte sich die Erwartung, daß das starre absolute System des Kaisers Franz einigermaßen modifizirt werden würde. Man sprach von der Gutmüthigkeit des neuen Herrschers, und meinte, der allmächtige Minister würde nun wohl freiere Hand bekommen, um manchen verfehlten Zug, durch welchen in den letzten Jahren die Politik Oesterreichs wie ein ungeheurer Alp auf Deutschland gelastet hatte, wieder gut zu machen.

Zum ersten Male sah ich den Fürsten Metternich, der mit meinem Vater seit so langer Zeit befreundet und immer im Briefwechsel blieb. Er war sehr mittheilsam und zeigte ein großes Interesse für alle Mitglieder unseres Hauses. Für unsere Mutter hatte er stets die größte Bewunderung.

Was im übrigen den österreichischen Hof anbelangte, so waren wir damals in Wien eben so frostig, wie in Berlin verwandtschaftlich aufgenommen worden. Von den älteren Prinzen war zwar der Erzherzog Karl mein Vormund seit dem Jahre 1826, aber dieses Verhältniß gab ihm keine Veranlassung mehr aus sich herauszugehen. Näher standen uns seine Söhne Albrecht und Friedrich, welche für die begabtesten und hoffnungsvollsten unter den jüngern Erzherzogen galten.

Auffallend war die geringe Einheitlichkeit, welche das ganze Hofwesen zu haben schien. Die verschiedenen Linien des Hauses gaben sich fast wie verschiedene Dynastien und am wenigsten trat noch zunächst die Familie des Erzherzogs Franz Karl hervor, dessen geistvolle bairische Gemahlin in die nüchterne lothringische Welt ein gährendes Element brachte, welches kirchlich und politisch das altherkömmliche Oesterreich nach und nach aus den Fugen hob. Ehe wir Wien verließen, um über unsere oberösterreichischen Herrschaften heimzukehren, machten wir mannigfache Ausflüge mit unsern Vettern nach Ungarn und Mähren.

So lehrreich und merkwürdig nun das Alles war, was wir auf dieser Reise erfahren hatten, so stand es doch noch hinter dem Interesse zurück, welches im selben Jahre der Congreß von Teplitz erregte, bei welchem wir ebenfalls mit unserm Vater anwesend waren. Ein Ereigniß, welches den seit dem Jahre 1830 so vielfach erschütterten Staaten Europas neuerdings die Garantien des Stabilitätsprincips und der ostmächtlichen Allianz geben sollte!

In Kalisch waren eben die großen militärischen Verbrüderungsfestlichkeiten zwischen Preußen und Rußland zu Ende geführt worden. Kaiser Nikolaus wünschte in die vor aller Welt zum Ausdruck gebrachte Verbrüderung auch den neuen Kaiser von Oesterreich aufgenommen, und so wurde die Monarchenzusammenkunft in Teplitz veranstaltet, wo ohne directe Einladung sich beinahe sämmtliche regierende deutsche Fürsten mit ihren Söhnen einfanden, um dem neuen österreichischen Kaiser, aber thatsächlich noch weitmehr dem russischen Monarchen zu huldigen.

Für die in Teplitz anwesenden Fürsten war zunächst nur das eine klar, daß der Kaiser von Rußland dem gealterten Friedrich Wilhelm III und dem neuen Kaiser von Oesterreich gegenüber das Heft vollkommen in Händen hielt. Er war einige Zeit vorher mit dem Gedanken umgegangen, die Nachfolgeberechtigung des kränklichen Ferdinand in Oesterreich zu bestreiten, jetzt da sich die österreichische Politik ganz unterordnete, zeichnete er in auffallender Weise gerade die Persönlichkeit des neuen Monarchen aus und folgte mit allen Fürsten zu erneuten Festlichkeiten dem Kaiser von Oesterreich nach der böhmischen Hauptstadt. Von diesem Momente datirte das russische Uebergewicht in Deutschland.

Was unsere persönlichen Beziehungen betrifft, die auf dem Congresse in Teplitz angeknüpft wurden, so habe ich hier meine erste Begegnung mit dem Erzherzog Johann als eine interessante Erinnerung hervorzuheben. Die einfache Denkungsart dieses Prinzen, sein großes Wissen, seine warme Empfindung für deutsche Angelegenheiten, ließen ihn sich sehr unterscheiden von den Persönlichkeiten, die wir vor wenigen Monaten in Wien kennen gelernt hatten.

Wie sehr nun aber der Druck der ostmächtlichen Allianz, oder vielmehr der dominirende Einfluß Rußlands auf die deutschen Verhältnisse zurückwirkte, zeigte sich alsbald in Hannover, wo man den legalen Bestand einer Verfassung ungeahndet von Seiten der Bundesbehörden zu vernichten gestattete.

Nach dem Tode des Königs Wilhelm IV von England und Hannover, löste sich die Personalunion der beiden Länder, welche 123 Jahre gedauert hatte. Die eigenthümlichen Rückwirkungen, welche diese Verbindung auf die gesammte politische Geschichte Deutschlands geübt hatten, hörten auf. In Hannover hielt König Ernst August seinen Einzug am 30. Juni 1837 und begann seine Regierung mit einer Umwälzung ohne gleichen. Der Vertagung der Ständever-

sammlung vom 5. Juli, folgte am 1. November ein Staatsstreich, welcher wegen seiner völligen Unnothwendigkeit auch in den conservativen Kreisen Erstaunen und Schrecken erregte. Nur wo man in gänzlicher Unkenntniß der Verhältnisse und Zustände, besonders der kleinern Staaten Deutschlands sich befand, konnte die That des hannöverschen Königs Billigung finden.

Der Einfluß Oesterreichs und Preußens am Bundestage mochte durch die Annahme des Princips der Nichteinmischung einen augenblicklichen Triumph bezeichnen, allein Weiterblickende unter der lebenden Generation erkannten die böse Aussaat des hanöverschen Conflikts sofort, und man sprach sich sehr offen über die Folgen der Angelegenheit aus.

Als dann vollends die Vertreibung der Göttinger Sieben von der Universität erfolgte und zu dem abstrakten Rechtsbruch sich ein persönliches Martyrium hinzugesellte, war die Erregung nur um so tiefer, da die Angelegenheit das Gebiet der Politik fast überschritt und die empfindlichen Seiten des Privatrechts und der Moral streifte.

Wenn die in ihrer Allgemeinheit sehr verkehrte und zudem recht abgebrauchte Phrase, daß in politischen Dingen ein Fehler schlimmer als ein Verbrechen sei, sich jemals mit Recht anwenden ließ, so war es in Bezug auf das Vorgehen des englischen Prinzen in Deutschland. Die jüngere Generation hatte keinen Zweifel, daß in dem Verfassungssturz von Hannover, sowohl ein Fehler als ein Verbrechen lag. In spätern Zeiten hat man ruhiger und nüchterner über diese Sache geurtheilt, und es fehlte selbst nicht an solchen, welche den guten sieben Göttingern den verwelkenden Loorbeer ihrer damaligen Popularität nicht vergönnten. Der hannöversche Verfassungsbruch wurde vom deutschen Bunde gut geheißen, aber der Eindruck, den diese That hervorbrachte, ließ dreißig Jahre später den Sturz dieses Königthums wie eine gerechte Sühne erscheinen. Ich selbst gab meiner Entrüstung in einem Briefe an den gleichgesinnten Onkel in Brüssel am 18. Juli 1837 mit folgenden Worten Ausdruck:

„Von Hannover und seinem Unglück, wie man sich ganz unverholen auszudrücken pflegt, ist alles voll. Aus allen Schritten, die schon geschehen sind, scheint hervorzugehn, daß der neue König die Constitution umstürzen will."

„Die Stimmung in der Stadt Hannover soll sehr aufgeregt sein. Es wäre wirklich schrecklich, wenn die Ruhe in Deutschland durch solche empörende, willkürliche Maßregeln gestört würde und wenn man es ungestraft so weit kommen ließe, daß sich das Volk selbst seine Rechte wieder erkämpfen müßte."

In Hannover wie in den meisten deutschen Staaten, folgte indessen eine Art von Apathie, von der nur die süddeutschen Länder, insbesondere Baden eine Ausnahme machten. Hier hatte sich der Liberalismus in den Kammerverhandlungen ungehindert entwickeln können und fand durch die Angriffe, welche von

Baden aus auf den Bund und seine Beschlüsse gemacht wurden, die größte Beachtung. Während aber in den innern Angelegenheiten überall Unbehagen, oder versteckte Opposition gegen die monarchischen Principien überhaupt auftraten, waren die großen Mächte fast ausschließlich von den allgemeinen europäischen Fragen in Anspruch genommen.

Spanien, Portugal und der Orient waren die Tummelplätze ihrer diplomatischen Thätigkeit.

In den Beziehungen zwischen Frankreich und England bildete seit 1832 Belgien recht eigentlich das verbindende Mittelglied. War in den noch immer nicht beigelegten Streitigkeiten mit Holland, und in dessen Weigerung, die Pacifikationsartikel der Londoner Conferenzen anzuerkennen, der Gegensatz der beiden Westmächte, gegen das östliche Europa zum Ausdruck gekommen, so bildeten die persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen König Leopolds zu den Höfen von England und Frankreich eine besondere Art von Kitt.

Die Allianz zwischen Frankreich und England war damals noch als etwas in der Weltgeschichte neues, unerhörtes betrachtet worden. Locker und zum Theil im Widerspruch mit wirthschaftlichen und nationalen Interessen beider Länder, bedurfte daher diese Verbindung der Regierungen immer neuer Antriebe, neuer Nahrung und Unterstützung.

Die Zustände auf der iberischen Halbinsel drängten Louis Philippe einerseits in das System, welches England unausgesetzt seit Canning verfolgte; aber andererseits gaben sie ihm doch auch mancherlei Gründe zur Eifersucht. Nun konnte es freilich Palmerston als einen prächtigen Treffer bezeichnen, als ihm der Abschluß der Quadrupel-Allianz am 22. April 1834 gelungen war. Aber alle nachhaltigen Folgen derselben hiengen davon ab, ob sich in Spanien und Portugal die richtigen Männer fanden, welche dem Bündniß der Staaten gegen die Prätendenten und ihren Despotismus in den unglücklichen Ländern selbst, eine feste Stütze gewährten.

England war in dieser Beziehung glücklicher mit seinen Maßnahmen in Portugal, als Louis Philippe mit seinen Schutzbefohlenen in Spanien. Kein Wunder, daß es dem englischen Cabinet nur mühsam gelang, den König von Frankreich an der Stange der Quadrupel-Allianz festzuhalten. Palmerston ließ warnen und tadeln, er prophezeite Unheil und Strafe, wenn sich Frankreich nicht strenger an den Geist des Vertrages halten werde, der auf nichts anderes berechnet gewesen sei, als Don Carlos aus Spanien zu vertreiben.

Während dessen war die portugiesische Frage zu einem glücklicheren Abschluß gebracht, bei welchem auch die Hand König Leopolds zu erkennen war. Die Rückkehr des Kaisers Don Pedro nach Europa, hatte der Herrschaft Don Miguels ein rasches Ende bereitet.

Nach den Niederlagen, welche seine Anhänger bei Santa Maria durch den General Saldanha und bei Asseiceira durch Villaflor am 18. Februar und 15. Mai 1834 erfuhren, war Don Miguel genöthigt, sich zu unterwerfen, zu entsagen und das Land zu verlassen. Er gieng erst nach Italien, wo er seine Zugeständnisse widerrief. In späteren Jahren hatte er in Deutschland sich niedergelassen und durch Intriguen und Ordensverleihungen noch mannigfach von sich hören lassen. Die Chronique scandaleuse erzählte die manigfachsten Geschichten von seinen Beziehungen zu den Jesuiten.

Wiewohl nun von den Miguelisten alle Mittel in Bewegung gesetzt wurden, den Sieg des Liberalismus in Portugal rückgängig zu machen, so war es doch nach dem Tode Don Pedros am 24. September 1834 Donna Maria geglückt, die Zügel der Regierung kräftig in die Hand zu nehmen und ihre erste Ehe mit dem Herzoge von Leuchtenberg versprach eine glückliche Lösung aller Schwierigkeiten. Leider jedoch starb der Prinz drei Monate nach seiner Vermählung.

In spätern Jahren habe ich Donna Maria selbst kennen gelernt und schätzte sie als eine der hervorragendsten Frauen unserer Zeit. Im Jahre 1835 hatte ich aber noch wenig Interesse für die gefährlichen Kämpfe in einem fernen Lande, aus welchem eines Tages eine außerordentliche Gesandtschaft mit dem Grafen Lavradio, spätern Minister und Führer der liberalen Partei an der Spitze nach Coburg kam, um meinen Vetter Ferdinand mit der jungen, in mehr als einer Beziehung so unglücklich erscheinenden Königin von Portugal zu vermählen. Die ganze Familie meines Onkels Ferdinand war zu diesem Zwecke schon im Herbst nach Coburg gekommen, um die Verhandlungen unter Leitung meines Vaters zum Abschluß zu bringen. Stockmar und der Minister von Carlowitz entwarfen am 6. Dezember 1835 den Ehecontrakt mit dem portugiesischen Bevollmächtigten und die Heirath fand durch Procuration in Gotha im Januar statt.

Wir jungen Leute sahen den lieben und talentvollen Verwandten und Kameraden nicht ohne Sorge für immer scheiden, als er im Frühjahr sich zur Reise in das damals so außerordentlich fern scheinende Land rüstete, wo am 9. April die Ehe mit Donna Maria zu Lissabon vollzogen wurde. Die Angelegenheit war von Lord Palmerston unzweifelhaft gefördert worden, während Louis Philippe den Herzog von Nemours als Heirathskandidaten durchzusetzen gesucht hatte.

Mein Onkel Ferdinand war selbst nicht ganz leicht für das Project zu gewinnen gewesen. Sein Sohn war aber vermöge vielseitiger Begabung und Kenntnisse mehr als irgend einer der deutschen Prinzen für diese schwierige Stellung geeignet.

Sein Vater begleitete ihn nach Lissabon über Brüssel und London, an welchen beiden Höfen zum großen Mißvergnügen manches deutschen Diplomaten

dem Prinzen königliche Ehren erwiesen worden waren. Nach Portugal folgte ihm sein früherer Erzieher, ein trefflicher deutscher Mann, ein Coburger Namens Dietz, der sich um die Ordnung der Angelegenheiten in Lissabon nachher die größten Verdienste erwarb und besonders dahin zu wirken wußte, daß das Verhältniß zwischen Donna Maria und ihrem Gemahl das allerbeste wurde.

Wer in spätern Jahren Portugal besuchte, hatte immer vor allem den Eindruck, daß unser Haus dort im eigentlichsten Sinne heimisch geworden war. Nach den constitutionellen Gewohnheiten Portugals nahm der Prinz Gemahl den Titel eines Königs an, nachdem durch die Geburt eines königlichen Prinzen am 16. September 1837 allen Intrignen gegen meinen Vetter die Spitze abgebrochen war.

Wenn die Befestigung des Thrones Donna Marias in den nächsten Jahren nicht noch entschiedener gelang, so lag die Ursache davon zum großen Theil in den Zuständen des spanischen Nachbarreiches, wo die Grundsätze der Quadrupel-Allianz durch die unsichere Haltung Frankreichs, wie schon oben bemerkt, viel weniger durchgreifend zur Ausführung gekommen waren, als erwünscht gewesen wäre. Da sich später die Frage der Beruhigung Spaniens ebenfalls zu einer sehr persönlichen Heirathsangelegenheit zuspitzte, in welche das coburgische Haus verwickelt wurde, so werde ich noch vielfach auf die Verhältnisse der iberischen Halbinsel zurückzukommen haben.

Inzwischen jedoch hatte die orientalische Frage die Alliirten von 1834, deren Verbindung, wie man gesehen hat, niemals auf allzu festen Füßen stand, mehr und mehr entzweit. Indem ich jedoch zum Zwecke des Verständnisses dieser westmächtlichen Differenzen die orientalischen Angelegenheiten hier, wenn auch nur oberflächlich, berühren muß, mag es um so mehr gestattet sein, auf die inzwischen in Griechenland vorgekommenen Ereignisse zurückzuweisen, als meine Erinnerungen und die mir noch vorliegenden Acten eine Reihe von Thatsachen bekannt machen, die bisher ganz unbeachtet geblieben sind. Sie zeigen, wie sehr mein Onkel auch nach seiner Resignation auf das griechische Königreich fortwährend bemüht war, in diesen Angelegenheiten zu wirken und das Wohl der Griechen zu befördern.

Nach der Ermordung des Präsidenten Capodistrias am 9. October 1831 war volle Anarchie in Griechenland entstanden und es schien, als ob der von den europäischen Staatsmännern mühsam aufgebaute Staat, wieder verfallen sollte.

Die Griechenfreunde in Deutschland, England und Frankreich glaubten an ihrem Werke verzweifeln zu müssen, da es durchaus nicht gelingen wollte, die starken monarchischen Tendenzen des griechischen Volkes durch die Errichtung eines Thrones zu befriedigen. In dem Gange der griechischen Dinge schien für

meinen Onkel eine Art von fortwährender Anklage zu liegen, daß er eine Stellung ausgeschlagen hätte, für welche er wie gar kein andrer Fürst geeignet zu sein schien.

Bei dem nachhaltigen Interesse, welches er für die Griechensache hegte, hatte er selbst Anwandlungen von Reue und er war fortwährend bemüht einen Ersatzmann zu suchen. Freilich hielt er dabei mit einer seltenen Ueberzeugungstreue, an den Grundsätzen fest, die er für die Existenz des neuen Staates für absolut nothwendig hielt, und von deren Annahme er das Gelingen dieser Sache abhängig glaubte. So kam er auf den Gedanken, seinen eigenen Bruder, meinen Vater als Candidaten für den griechischen Thron aufzustellen und unterhandelte in dieser Richtung mit der englischen und französischen Regierung.

Da der jüngere Bruder Capodistrias, Graf Augustin keine volle Anerkennung als Nachfolger in der Präsidentschaft erlangen konnte, und an Eynard und Palmerston nichts als Klagen über die Last seiner Aufgabe zu äußern wußte, anderseits aber mit übel angebrachter Eile die einseitigste Anlehnung an Rußland suchte, so war den beiden Westmächten die Wahl eines Königs nahe gelegt, ja eine Lebensfrage ihrer politischen Stellung im Oriente geworden.

Diesen Moment ergriff König Leopold in der richtigen Erkenntniß, daß es in dieser Lage am ersten möglich sein möchte, für einen neuen Candidaten von den Westmächten Conzessionen zu erlangen, die ihm selbst vor zwei Jahren verweigert worden waren.

Es ist gewiß sehr bemerkenswerth, daß er noch am 21. Januar 1832 an meinen Vater Worte des Bedauerns richtete, daß man ihm nicht die bessere Grenze von Griechenland bewilligt habe, sonst wäre er dort. Auch mein Vater hatte von dem ersten Augenblicke der Unterhandlungen an jene Grenze für den neuen Staat verlangt, welche König Leopold gefordert hatte. Außerdem hoffte man damals auf eine Abtretung der jonischen Inseln an Griechenland, ein Geschenk der Großmuth Englands, welches dem Könige seine Stellung ungemein erleichtert haben würde.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Westmächte durch den schleppenden Gang der Verhandlungen mit meinem Vater zurückgeschreckt worden sein mögen; denn als dieser seine Finalbedingungen an König Leopold übersendete, hatte König Ludwig von Baiern für seinen Sohn Otto die Verhandlungen bereits abgeschlossen.

Aber das Londoner Protokoll vom 13. Februar 1832, welches dem Prinzen Otto von Baiern, die griechische Krone anbot, gewährte nichts von alledem, was mein Oheim und mein Vater für dringend nothwendig erachtet hatten und so ist man wohl nicht ganz berechtigt zu sagen, daß der König von Baiern eine große Vorsicht bei der Durchführung dieser Angelegenheit an den Tag gelegt hätte.

Wenn man jetzt die Acten der Verhandlungen zwischen König Leopold und meinem Vater durchlesen und bemerken wird, daß diese ganz genau neben den bairischen in der Zeit herliefen, so wird man allerdings sagen müssen, daß es König Ludwig in der That mit der Sache sehr eilig hatte.

Freilich wollte er es seinen Freunden gegenüber, wie aus den veröffentlichten Briefen von Thiersch zu ersehen ist, nicht Wort haben. Wenn man jedoch in seinen Biographien liest, daß ihn nachmals die Vertreibung seines Sohnes aus Griechenland unter allen Schicksalsschlägen am empfindlichsten getroffen hätte, so darf wohl ohne Frage angenommen werden, daß sich der königliche Greis bis zu einem gewissen Grade selbst angeklagt haben mag. Hatte er doch die große Vorsicht meines Vaters und Oheims in dieser Angelegenheit, zur Zeit der Gründung des neuen Königreichs, mehr als billig hintangesetzt und sein eigenes, wie das Vermögen seines Landes übermäßig in Anspruch genommen, um die Wahl seines Sohnes, selbst auf minder gute Bedingungen hin, zu bewirken.

Schon wenige Monate nachdem Otto mit seinen bairischen Offizieren und Vormündern in Griechenland angekommen war, beklagte man sich dort, „daß man die gerechten Forderungen auf naturgemäße Abrundung des hellenischen Gebiets unerfüllt gelassen und den künftigen griechischen Staat sogar seiner Inseln beraubt habe.“

Allenthalben wollte man ein Bestreben herausfinden, die Wirksamkeit des Hellenismus in den Kreis bairischer Vormundschaft einzuschließen. Bei alledem aber fand England auch mit seinen bescheidenen Forderungen bei der Pforte ebenso große Schwierigkeiten durchzudringen, wie wenn es gleich ernste und für Griechenlands Wohl entscheidende Schritte gethan hätte.

Auch die schlechte Grenze des neuen Staates war von der Türkei erst am 22. November 1834 und erst nachdem man zu den äußersten Drohungen geschritten, anerkannt worden.

In Constantinopel hatten inzwischen die russischen Einflüsse sich gegen die Westmächte geltend gemacht und es folgte das diplomatische Schauspiel eines endlosen Streits zwischen England und Rußland um die Protectorstelle gegenüber der verfallenden Pforte.

Auch zwischen Frankreich und England trat eine wachsende Entfremdung ein, da das neue aegyptische Reich Mehemed Alis durch den Vertrag von Kutahiu, (6. Mai 1837) seine Herrschaft, wenn auch nur in der Form eines Lehns über Syrien auszudehnen begann.

Fand das englische Cabinet nun auch im Widerspruche gegen die russischen Abmachungen von Hunkiar Skelessi die Unterstützung Louis Philippes, so stieß es auf die entgegengesetzten Interessen Frankreichs, wenn es sich gegen die Großmachtsideen von Aegypten wendete.

In diesen Widersprüchen lag die Schwierigkeit, welche im 4. Jahrzehnt die orientalische Frage als unentwirrbaren Knäuel der Diplomatie erscheinen ließ.

Die alten Traditionen Frankreichs wiesen auf Aegypten, als auf den Punkt, wo aller französischer Einfluß wirken mußte, wenn er überhaupt im Oriente bestehen sollte, und alle englischen Interessen verhinderten das Aufkommen eines starken Staates, welcher die Straßen nach Indien beherrschte. Die Vorgänge und Ereignisse, welche in diesen Angelegenheiten seit einem halben Jahrhundert spielen, haben stets so vorsichtige Einleitungen erheischt und nahmen in Folge dessen einen so langsamen Gang, daß die Zeitgenossen zuweilen in den Glauben verfielen, als stagniere die große Frage.

In Wahrheit aber hat es in der gesammten Politik der europäischen Staaten eigentlich während unseres Lebens keine Angelegenheit gegeben, bei welcher die Mächte so folgerichtig und gleichsam über alle innern Parteifragen der einzelnen Völker emporgehoben, gearbeitet haben.

Als es daher im Jahre 1840 den Anschein gewann, als sollte am Rhein um die Schicksale Syriens und des Bosporus gewürfelt werden, blieb der Zusammenhang dieser politischen Dinge unserm Volke fast unverständlich.

Der immer nur leise schlummernde Widerspruch zwischen deutschem und französischem Volksthum aber erwachte mit erneuter Gewalt und gab Anlaß zu einem Kriegslärm, der glücklicherweise blind war, aber doch einen mächtigen Einfluß auf das deutsche Nationalbewußtsein übte, wovon später zu sprechen sein wird.

Drittes Capitel.

Brüssel, Bonn und Dresden.

Im Mai 1836 begannen für mich und meinen Bruder die Lehr- und Wanderjahre des Lebens.

Daß wir in dieser Zeit freierer Entwicklung zusammen blieben, aufeinander angewiesen waren, alle Studien gemeinschaftlich betrieben und Freuden und Leiden der Jugendjahre theilten, ist für uns beide die Quelle eines geistigen und gemüthlichen Reichthums geworden und sicherte uns ein gegenseitiges Verständniß für unser ganzes Leben. Wir hatten von der politischen und wissenschaftlichen Welt manches gesehn und erfahren, was hinreichte, das Bedürfniß einer ernsteren Ausbildung, in uns zu erwecken. In welcher Weise jedoch dieses Bedürfniß zu befriedigen sein würde, in einer Zeit, wo die Söhne regierender Familien nicht auf Universitäten geschickt zu werden pflegten, schien schwer zu sagen. So entschied man sich denn für die Ansicht meines Oheims, welcher zunächst einen Aufenthalt in Brüssel vorgeschlagen hatte, wo wir ausgezeichnete Lehrer und die Vortheile des Lebens in der großen Welt finden sollten.

Ich darf nun dem Leser dieser Erinnerungen zumuthen, auch über diese Epoche meines Lebens etwas genaueres zu hören, da ich den Wunsch hege, zugleich ein besseres Verständniß für meinen Bruder und seine Ausbildung zu verbreiten, als dies aus den bis jetzt veröffentlichten Werken über ihn zu gewinnen möglich wäre.

Es erschien uns als kein geringer Moment, da wir für längere Zeit die Heimath verließen, um in mehr selbständiger Weise als bisher in die Welt zu treten. Wir gingen zunächst in Begleitung unsers Vaters nach Holland, wo wir Amsterdam, Leyden und Haag besuchten und uns hierauf in Rotterdam einschifften, um uns nach England zu begeben. Mein Vater und mein Oheim mochten mit diesem Besuche an dem englischen Hofe vielleicht ihrerseits noch einen andern Zweck verbunden haben, von welchem ich deshalb hier sprechen muß, weil in den meisten Geschichtswerken in denen von der nachherigen Verheirathung meines Bruders mit der Königin Victoria gehandelt wird, unserm damaligen Aufenthalte in England eine verfrühte Bedeutung beigelegt wird.

Mein Onkel mag es wohl als einen Lieblingsgedanken festgehalten haben, daß die Erbin des englischen Thrones mit einem seiner Neffen verheirathet werden möchte. Im Jahre 1836 fanden indessen solche Pläne einen entschiedenen Widerstand an dem Willen des Königs Wilhelm IV, der auf die Coburgischen Beziehungen nichts weniger als günstig zu sprechen war und vielmehr den niederländischen Prinzen Alexander als Bräutigam seiner Nichte in's Auge gefaßt hatte.

Als er von unserer Reise hörte, veranstaltete er, daß dieser mit seinem Bruder, damaligem Prinzen von Oranien, dem jetzigen Könige der Niederlande, nach Windsor kommen mußte.

Unser Aufenthalt in London blieb daher für diese später so wichtig gewordene Frage ganz ohne alle Bedeutung und zwischen den beiden Geschwisterkindern, welche nachmals eine von der Welt mit Recht bewunderte Ehe geschlossen, fand bei ihrer ersten Begegnung kaum irgend eine tiefere Annäherung statt. Wir hatten im eigentlichsten Sinne unsere ganze Aufmerksamkeit auf das gelenkt, was London bot, und was das alte England den Bewohnern des Continents so eigenthümlich macht. Wir hatten keinen Begleiter, wir wohnten in Kensington im Hause der Tante, wo der Brauch gewesen war, daß nicht deutsch gesprochen wurde. Dadurch war die Nothwendigkeit und der Wunsch in gleichem Maße angeregt worden, das englische sich anzueignen. Zu König Wilhelm IV. waren wir nur auf einen Tag nach Windsor befohlen worden, wo wir uns von seiner Seite keineswegs besonderer Aufmerksamkeit zu erfreuen hatten. Dagegen zeigte die Königin Adelaide, eine geborne Prinzessin von Meiningen die größte Freundlichkeit, welche uns auch in spätern Jahren wohl zu statten kam.

Der König war schon damals physisch schwach und ich erinnere mich, daß er inmitten des großen Diners fest schlief. Er machte den Eindruck eines echten Seemannes, unbedeutend in allen sonstigen Beziehungen. Da wir viele Einladungen zu Ministern und andern hervorragenden Persönlichkeiten erhielten, so konnte unser Aufenthalt als eine Vorbereitung zu unsern nachmaligen dauernden Beziehungen zu England erscheinen.

Bei einer dieser Gelegenheiten lernte ich auch Disraeli kennen, dessen steigenden Ruhm als Schriftsteller, Redner und Minister die Welt seit jener Zeit mit immer wachsendem Erstaunen verfolgte. Damals machte er den Eindruck eines eitlen Judenjünglings von auffallend radikalen Gesinnungen. Erst später kam die Zeit, wo er nicht ohne Berechnung die Schwächen der konservativen Tories zu benutzen verstanden hatte.

Er trug den linken Arm in einer schwarzen Binde, worüber seine Feinde spotteten, daß er es nur thue, um sich interessant zu machen, da er niemals irgend einen Unfall, der dazu nöthigte, erlitten hätte. Er schien zu den Menschen zu

gehören, welche sich vornehmen eine große Rolle zu spielen und dies in Folge dessen auch erreichen.

Wir traten in Beziehung zu den Lords: Grosvenor, Claude Hamilton und Westminster, welch Letzterer mit meinem Vater aus der Zeit der großen Kriege bekannt war; auch suchten wir nicht vergeblich eine Gelegenheit den eisernen Marschall Lord Wellington zu sehen und kennen zu lernen. Von andern Militärs fanden wir in der Londoner Gesellschaft den Capitän Marryat auf dem Höhepunkte seiner Beliebtheit als Romanschriftsteller; seine Werke waren eben in allen Händen.

Alle diese Bekanntschaften hatten wir uns selber zu verdanken, denn unsere Tante, die Herzogin von Kent, lebte sehr zurückgezogen und gieng wenig in Gesellschaft; unsere Cousine Victoria war noch gar nicht in der großen Welt eingeführt worden, während uns gestattet wurde den Einladungen während der Saison Folge zu leisten.

Wenn die englische Gesellschaft in ihren großen Formen auf unsere jugendlichen Gemüther fast erdrückend wirkte, so machte Paris und das Haus der Orléans einen gradezu fascinirenden Eindruck auf uns. Wir waren nicht Gäste des Hofes, gleichwohl zeigte sich uns der alte König in vollendetster Güte und Liebenswürdigkeit. Ich darf sagen, daß zwischen mir und ihm eine Art von Sympathie entstand, wie sie nur immer zwischen einem Jüngling und einem an der Schwelle des Greisenalters stehenden Manne denkbar war.

Er war der deutschen Sprache vollkommen mächtig und wußte sogar in den Dialekten der verschiedenen deutschen Länder zu sprechen. Besonders erinnerlich ist mir der Eifer und die Freude mit denen er uns an Ort und Stelle die Pläne zu seinem großen Versailler Museum zeigte und erklärte. Seine Neigung zu erzählen, zu explizieren und zu belehren hatte etwas ungemein liebenswürdiges, unbefangenes und anregendes und noch in viel spätern Jahren dankte ich dieser Eigenschaft des welterfahrnen Mannes gar manche Kenntniß sonst verborgener Verhältnisse.

Auch die Söhne Louis Philippes, Joinville, der genau in meinem Alter stand, und den jüngern Aumale lernten wir damals kennen. Der Herzog von Orléans, welcher sich bald nachher mit meiner Cousine Helene von Meklenburg verheirathete, war zu jener Zeit in Afrika.

Das Familienleben des ganzen Hofes hatte etwas bürgerliches und so anziehendes, daß es auf mich und meinen Bruder den wohlthuendsten Eindruck machte.

Ich wußte aber damals nicht, daß man den Gedanken hatte, mich mit der Prinzessin Clementine zu verheirathen. Einige Monate nach diesem meinem ersten Pariser Aufenthalte, wurde ich von meinem Oheim Leopold gefragt, ob

mir nicht die Prinzessin Clementine gefallen hätte, und wer dieselbe kannte, wird begreifen, daß ich hierauf nur bejahend antworten konnte. Der Gedanke mit der Familie Orleans in solche Beziehungen zu treten, hätte überhaupt etwas anziehendes für mich gehabt. Doch machte sich ein Bedenken am französischen Hofe geltend, welches bei dem anerkannten Freisinn des Königs in religiösen und confessionellen Dingen unerwartet sein dürfte und daher hier wohl erwähnt werden muß.

Man hielt es für unstatthaft, daß ein Mitglied des französischen Hauses das evangelische Bekenntniß annehmen dürfte. Nun hätte dies kein Hinderniß einer ehelichen Verbindung zwischen mir und der Prinzessin Clementine bilden müssen, da ich in Bezug auf religiöse Fragen eine weitgehende Vorstellung von der Berechtigung individueller Empfindungen hatte. Allein es war angedeutet worden, daß im Falle einer gemischten Ehe der König für seine Tochter in Anspruch nehmen müsse, mindestens die weibliche Nachkommenschaft im Bekenntnisse des französischen Hofes zu erziehen. So erledigte sich die Angelegenheit. Die Prinzessin Clementine heirathete im Jahre 1843, worauf später zurückzukommen ist, meinen Vetter August und ich blieb meinerseits durch viele Jahre noch frei, und ohne andre Rücksichten als die, welche mein eigenes Lebensideal mir auflegte.

Im Juni 1836 waren wir in Brüssel angelangt und richteten uns daselbst ganz häuslich ein. Reizender und geschickter konnte das Leben nicht gedacht werden, um dem Ziele einer ebenso freien als intensiven Entwicklung nachzukommen. Nichts störte uns, alles schien geschaffen um unsern Zwecken zu dienen. Wir hatten unsere selbständige Haushaltung und bewohnten eine kleine freundliche Villa mit einem Gärtchen an dem Boulevard de l'Observation gelegen. Hier hatten wir die Möglichkeit eines umfassenden Verkehrs mit einheimischen und fremden Gelehrten und Politikern, ja es versammelte sich auf speziellen Wunsch des Königs um uns ein auserlesener Kreis, der näher beschrieben zu werden verdient.

Was unsere Studien betraf, so hatte König Leopold die Aufgabe gestellt, daß sie fürs Leben vorbereiten und zugleich eine Einleitung in die ernsteren Arbeiten auf der Universität bilden sollten. Zur Seite stand uns immer noch unser alter Lehrer der Rath Florschütz als ein treuer Mentor. Für die äußere Repräsentation war uns speziell Baron Wichmann zugetheilt, ein würdiger und erfahrner Mann, dessen Wahl für diese Stellung glücklich getroffen war. Er war aus der englisch-deutschen Legion hervorgegangen und hatte unter Wellington die Feldzüge in Spanien und die Schlacht bei Waterloo mitgemacht, war ein durchaus vorurtheilsfreier Mann und in der Brüsseler Gesellschaft sehr beliebt.

Der hervorragendste unserer Lehrer war Quételet mit dem wir für unser ganzes Leben verknüpft blieben. Wenn man es nicht auch sonst wüßte, so stände für mich die große Menschenkenntniß meines Onkels durch den Umstand fest, daß er diesen Mann zu unserm Führer wählte, welchen Mathematiker und Astronomen, Philosophen und Staatslehrer gleich hochstellen und der, ein König im Gebiete des theoretischen Wissens, zugleich eine große Erfahrung in den praktischen Fragen der Staatsverwaltung besaß.

Die ungemeine Vielseitigkeit Quételets ließ es meinem Oheim für möglich erscheinen, uns in den verschiedensten Disciplinien eine encyclopädische Unterweisung zu Theil werden zu lassen. Hierdurch wäre jedoch das Maß dessen bei weitem überschritten worden, was in einer so kurzen Spanne der Zeit für junge Leute erreichbar ist. Quételet lenkte daher unsere Aufmerksamkeit mehr auf Mathematik und Statistik, um eine vorläufige Grundlage für ein weiteres Studium der Staatswissenschaften zu legen. Die damals eben in Aufnahme gekommene Anwendung des Wahrscheinlichkeitscalculs auf die Fragen der politischen Oekonomie, war einer der Gegenstände, welcher, wie auf alle Welt, so besonders auch auf uns einen großen Eindruck machte, und man darf hinzufügen, daß Quételets Einfluß auf meinen Bruder in dieser Beziehung ein für seine ganze Weltanschauung entscheidender gewesen ist. Er bewahrte Zeit seines Lebens die statistisch mechanische Auffassung der sozialen und staatlichen Fragen und bei mehr als einer seiner Reden und Arbeiten der spätern Jahre bin ich an die geistvollen Betrachtungen und Vorlesungen erinnert worden, welche uns Quételet in Brüssel gehalten hatte.

Mit vollem Rechte konnte sich daher Quételet in der Widmung seines berühmten Buches: Système social et des lois qui le régissent, an meinen Bruder wenden, denn es wäre nicht möglich gewesen einen begeisterteren Anhänger dieser Lehre an die Spitze des Werkes zu stellen.

Was ich meinerseits an Quételet mehr bewunderte, war sein universeller Geist, seine wahrhaft freisinnige Denkungsweise und seine liebenswürdige Art, andern etwas beizubringen. Mit allen damals in Brüssel lebenden Männern von Bedeutung machte er uns bekannt; eine Reihe von belgischen und ausländischen Gelehrten und Staatsmännern versammelte sich in unserm Salon. Hier lernten wir den Präsidenten Gerlache kennen, welcher an der Spitze der Deputation gestanden hatte, als man meinem Oheim die Krone angeboten hatte. Obwohl nun dieser treffliche Mann nach seiner Parteistellung strenger Ultramontaner war, genoß er doch die unbedingteste allgemeine Achtung. Seine wissenschaftliche Bedeutung und das Ansehn, welches ihm seine Stellung als Präsident der Akademie und der belgischen Commission für die Monuments historiques gab, erhob ihn über alle persönlichen Angriffe.

Von größtem Intresse und äußerst belehrend war auch der Umgang mit den beiden Brouckère. Der ältere, Charles, war bekanntlich eine Zeit lang Kriegsminister und stand bei meinem Oheim in größtem Ansehn. Da er ebenso große theoretische, wie praktische Kenntniß des Finanzwesens und der Nationalökonomie besaß, hielt er in Brüssel, nachdem er aus dem Ministerium ausgeschieden war, Vorlesungen an der Universität.

Sein jüngerer Bruder Henri war tiefer in die Parteikämpfe des Tages verwickelt und galt schon damals, als wir in Brüssel waren, für einen der fähigsten Führer der Liberalen. König Leopold hielt sehr große Stücke auf ihn, aber es war sein Grundsatz sich in die parlamentarischen Kämpfe nie unmittelbar einzumischen. Er pflegte wohl scherzhaft zu sagen: „daß er ja mit keiner der beiden immer stärker hervortretenden Parteien des Landes verheirathet sei".

Es würde zu weit führen, all der interessanten Persönlichkeiten zu gedenken, welche wir in Brüssel kennen gelernt hatten. Ich erwähne hier nur noch van de Weyrs, de Vaux, und van Praet, welcher letztere damals Cabinetssekretair des Königs war. Von Fremden habe ich Sir Henri Lytton Bulwer zu nennen, der damals im Beginne seiner diplomatischen Laufbahn als Legationssekretair in Brüssel war, und von hier unmittelbar nach Constantinopel gesendet wurde, wo sein bedeutendes Talent eine größere Wirksamkeit fand.

Durch diesen gewählten Umgang sollten nach dem Plane meines Oheims auch unsere Sprachkenntnisse vervollkommnet werden. Wir hatten aber auch speziellen Unterricht im Französischen und Englischen von Professor Bergeron und dem Spielgenossen Lord Byrons, dem englischen Geistlichen Mr. Drury, der selbst Dichter war und äußerst anregende Vorlesungen über englische Litteratur hielt.

In der Malerei hatte Brüssel damals einen von dem Könige Leopold auf alle Weise begünstigten Aufschwung genommen. De Keyser und Gallait traten auf. Wir besuchten fleißig die Ateliers der berühmtesten Maler und Wappers und Madou gestatteten uns, unter ihrer Anleitung zu zeichnen und zu malen. Mein Bruder, der bekanntlich viel Talent für diese Kunst hatte, empfieng hier jene Eindrücke, welche ihn nachher in England befähigten auf das Kunstleben einen so befruchtenden Einfluß zu üben.

Im Uebrigen ließ König Leopold nicht außer Acht, uns auch die unserm Stande gemäße militärische Ausbildung zu geben. Wir arbeiteten im Artilleriewesen mit dem damaligen Oberst Borman, dem bekannten Verbesserer der Shrapnels und verdienten Militärschriftsteller, der aus der sächsischen Armee hervorgegangen war. Zweimal besuchten wir das Kriegslager; denn da der König von Holland sich nicht entschlossen hatte den Londoner Vertrag zu unterzeichnen, standen sich die holländische und belgische Armee noch immer kriegsgerüstet gegenüber. Die holländische Armee stand bei Maestricht, die belgische in einem Baraken-

lager auf der Haide von Beverloo. Wiewohl von keiner Seite daran gedacht wurde, den Krieg zu erneuern, so hatte die ungewöhnliche Situation doch zur Folge, daß es mit den militärischen Maßnahmen ernster genommen wurde, als in einem gewöhnlichen Uebungslager.

Ich war als Generalstabsoffizier dem spätern französischen Marschall Magnan zugetheilt, mein Bruder ebenso dem General Kutalsk. Zu meiner speziellen Unterweisung war mir aber ein Mann beigegeben, der mir ein ungewöhnliches Interesse einflößte. Es war dies der bekannte polnische General Prodzinsky, damals Oberst im belgischen Generalstab, einer der gescheidtesten Menschen, die mir jemals vorgekommen sein mögen. Es konnte nicht fehlen, daß er mir allerlei von seinen polnischen Erlebnissen erzählte und daß mir ein unmittelbarer Einblick in Verhältnisse und Zustände eröffnet wurde, die ich ohne ihn, der mir ein wahrer Freund geworden ist, nie kennen zu lernen vermocht hätte.

Wie man aber schon hieraus entnehmen wird, wurden wir von unserm klugen und sorgsamen König keineswegs vor dem Luftzug der öffentlichen Angelegenheiten und Ereignisse behütet. Wir hatten Umgang mit Männern aller Farben und Richtungen, selbst die Pforten jenes merkwürdigen Hauses bei Brüssel waren uns nicht verboten worden, wo die aus Italien geflüchteten und aus den Kerkern entlassenen Carbonari damals ein still zuwartendes Leben führten. Ich erinnere mich lebhaft dieser gefürchteten Verschwörer, welche an so vielen Höfen nur mit einer Art von Grauen genannt wurden und die doch so menschlich und in ihrem Umgang ganz bescheiden waren, oder leidend aussahen, wie der vielbeklagte Dichter, dessen Verse, wie man zu sagen pflegte, der oesterreichischen Regierung mehr schadeten, als eine Armee. Neben dem Marchese Arconati, dem gelehrten Grafen Arrivabene und neben Berger hatte Silvio Pellico natürlich unser Intresse am meisten erregt. Er war nicht für lange Zeit, aber eben während unserer Anwesenheit zum Besuche Arrivabenes, der den Mittelpunkt der Carbonaria bildete, nach Brüssel gekommen.

Man kann es heute kaum mehr begreifen, was dieser ungezwungene Verkehr zweier deutschen Fürstensöhne in damaliger Zeit zu bedeuten hatte und welchen Eindruck in Deutschland eine Erziehung und Ausbildung hervorbrachte, wie sie uns König Leopold in seiner Residenz zu Theil werden ließ.

Sicherlich wird das diplomatische Corps in Brüssel vielfache Berichte über die königlichen Neffen zu schreiben gehabt haben! Aber wir hatten selbstverständlich damals auch nicht die leiseste Ahnung davon, daß in unserer Führung etwas liegen könnte, was mißbilligt zu werden vermöchte; dennoch wurde es uns in nicht allzu langer Zeit immer deutlicher, daß unser ganzer Brüsseler Aufenthalt, bei den verschiedensten Familien in Deutschland einen hochbedenklichen, ja äußerst schlechten Eindruck gemacht hatte.

Ich wüßte keine besondern Einzelheiten mehr zu erzählen, doch ist es mir deutlich erinnerlich, daß wir bei mehr als einer Begegnung mit andern deutschen Fürsten ein frostiges Gefühl bemerkten, als wenn man sich absondern oder uns ausstoßen wollte. Bei meinem Bruder ist die Entrüstung hierüber oft sehr hoch gestiegen. Er konnte über eine derartige Steifheit deutscher Prinzen äußerst gereizt sein und ließ dann seinem Talente, die Schwächen Anderer lächerlich zu machen, die Zügel schießen.

Wir sahen uns durch diese ungerechte Beurtheilung unserer Entwicklung nur um so mehr und um so entschiedener in die Opposition gedrängt und waren überzeugt, daß mit diesen veralteten und überlebten Principien nicht auszukommen sei. Man wurde so zu sagen, in die Reihen der Reform hineingeschoben, man hatte kaum eine Wahl und konnte, wenn man sich die Verhältnisse ins Englische übersetzt dachte, das bekannte Wort von sich sagen:

„Ich bin nicht von den Tories zu den Whigs übergegangen, aber als ich erwachte und umherblickte war ich ein Whig."

Wie gut und glücklich, daß die Jugend noch in ihrem Glauben durch keine Ahnung davon gestört wird, daß auf dem einen, und dem andern Wege des Lebens der Täuschungen viele nicht erspart bleiben!

Inzwischen näherte sich unser Aufenthalt in Brüssel seinem Ende und wir zogen nicht ohne Genugthuung und einiges Selbstgefühl die Summe des geistigen Gewinnstes, den so viele soziale, politische, und wissenschaftliche Anregungen gebracht hatten. Wir waren der Ueberzeugung, daß ein Studium, wie es den deutschen Universitäten eigenthümlich ist, in keiner andern Weise zu ersetzen sei. Unser Plan war daher rasch gefaßt, den Oheim zu bestimmen, daß er bei unserm Vater die Erlaubniß zum Besuche einer solchen erwirken möge. Indessen hatte dies so manche Schwierigkeit, da es nicht in allen regierenden Häusern allzu gern gesehen wurde, den Söhnen ein öffentliches Studium auf der Universität zu gestatten.

Endlich wurde entschieden, daß wir durch drei Semester Bonn besuchen sollten, da uns Jena und Göttingen, welche außerdem in Erwägung gezogen worden waren, minder gerathen schienen. So verließen wir im April 1837 Brüssel, machten zunächst noch einen Besuch am königlichen Hofe in Berlin und eilten sodann mit der Begeisterung von Neulingen im Universitätswesen an die Bonner Alma mater, welche Schöpfung Friedrich Wilhelms III. soeben sich zur höchsten Blüthe emporgehoben hatte.

Wie die Flagge auf hohem Maste, leuchtete uns der Name des alten Sängers der Freiheitskriege entgegen und einer unserer ersten Besuche galt auch Ernst Moritz Arndt, der zwar nicht mehr als Lehrer wirkte, aber immer noch einen Mittelpunkt aller frei denkenden und patriotisch fühlenden Männer bildete.

Der alte Herr behandelte uns stets mit vieler Zärtlichkeit und widmete mir und meinem Bruder ein paar hübsche Verse.

Am 3. Mai 1837 waren wir unter dem Rektorate Wilhelm Wutzers ordnungsmäßig immatriculirt worden und es begann eine unvergeßliche Zeit, welche unser Freund und Studiengenosse Fürst Wilhelm Löwenstein in der Geschichte des Prinzen Albert besonders von ihrer heitern Seite anmuthig geschildert hat. Und in der That es fehlte nicht an lustigen Ereignissen in dem jugendlichen Kreise, in welchem außer dem Fürsten Löwenstein, besonders die drei Vettern Henckel-Donnersmark, Graf Erbach, der spätere badische Minister von Sternberg, der nachherige Chef des kaiserlichen Cabinets in Berlin von Wilmovsky, der Dichter Jäger und noch manche andere verkehrten. Im Sommer machten wir zahlreiche Ausflüge, im Winter wurde fleißig geritten und gefochten, wobei ich am 17. März 1838 nach einem großen Preisfechten einen Ehrendegen und ein Diplom „für erwiesene Kunstfertigkeit im Stoßrappier", davon trug, welche ich noch heute besitze.

Bei aller Geselligkeit waren wir aber doch alle sehr fleißig und es war eine Art von Lesewuth unter uns vorhanden, so daß wir eine Unmasse von Büchern verschlangen und hierin eine Art von wetteiferndem Ehrgeiz befriedigten. Die zahlreichen Collegien, welche wir meist als Privatissima hörten, wurden mit der größten Gewissenhaftigkeit in den beliebten Heften nachgeschrieben und nachstudirt. Bei einigen Professoren, wie insbesonders bei Fichte, waren Conversatorien gebräuchlich, in welchen viel und tapfer gestritten wurde. Wir hörten an der juristischen Fakultät fast den ganzen Cyclus von Vorlesungen, welche zum Staatsdienst vorzubereiten pflegten: Bethmann-Hollweg, Nissen, Gärtner, Perthes und Walter, außerdem wurde Finanzwissenschaft bei Kaufmann, Philosophie bei Fichte, Geschichte bei Löbell, Litteratur bei Schlegel, Kunstgeschichte bei Alten, französische Litteratur bei Lasson besucht.

Wir dilettirten auch in der Anatomie bei Wurzer und in den Naturwissenschaften bei Nöggerath und Rehfuß. Bei Professor Breitenstein nahmen wir Unterricht in der Musik und beschäftigten uns nicht bloß mit ihrem geschichtlichen Theil, sondern auch mit der Generalbaßlehre.

Ich will mit dieser langen Aufzählung unseres Collegienbesuchs nicht die Meinung erregt haben, als wäre es unsere Absicht gewesen eine fachmännische Bildung anzustreben. Man kennt das Wesen unserer deutschen Universitäten hinreichend, um ihre besten Wirkungen gerade in der Richtung einer allgemeinen Orientirung und geistigen Anregung zu ermessen. Daß man ein paar Semester in der eigenthümlichen Atmosphäre dieser idealen Welt ohne Zwang und womöglich ohne Rücksichten auf die praktische Verwerthung sich bewegt hat,

ist ohne Zweifel dasjenige Moment, welches mit Recht am meisten daran geschätzt wird.

Der leichte Verkehr mit Männern aller Farben und Richtungen, die ausschließliche Schätzung geistiger Werthe, der rücksichtslose Kampf der Meinungen in dieser imaginären Republik, alle diese Dinge übten auch auf uns ihre unvergleichliche Anziehungskraft. Zu einigen von den Professoren traten wir in ein wahres Freundschaftsverhältniß, welches durch die oft lustigen Eigenthümlichkeiten des deutschen Gelehrtenthums nur herzlicher gestaltet wurde. Dabei gedenke ich in erster Linie des trefflichen Fichte, mit welchem eifrig philosophirt wurde.

Er war damals ein Mann von einigen dreißig Jahren und litt in vielen Kreisen noch unter dem Vorurtheil, daß er eigentlich nur der Sohn seines Vaters wäre. Seine äußere Erscheinung und seine Art zu docieren gab den Studenten Anlaß zu allerlei Scherzen. Er war im geselligen Umgang unglaublich linkisch, aber wenn er einmal im Zuge der Rede sich befand, so war sein geistreicher Vortrag von hinreißender Wirkung und machte alle Spöttereien seiner jugendlichen Verehrer verstummen. Man hieng ihm nur um so mehr an und da seine Vorlesungen für uns so eingerichtet waren, daß wir zuweilen mitsprachen, Thesen aufstellten, discutirten, so freuten wir uns von einer Stunde auf die andere.

Eine eigenthümliche Stellung nahmen wir Perthes gegenüber ein. Wie bekannt, war er der Sohn unseres Gothaer Freundes und es ergab sich daraus von selbst, daß wir uns ihm gegenüber etwas landsmannschaftlich gehen lassen durften. Nun war er aber Vertreter einer Richtung, die sich schroff von der naturrechtlich kantischen Auffassung der früheren Zeit abhob, und die auch äußerlich stark nach einer Art von Frömmigkeit schmeckte, welche uns sehr fremd war.

Unter dem letztern Gesichtspunkt möchte ich nicht läugnen, daß uns überhaupt die Vorträge vieler Professoren, ich erinnere an Walter, einen erstaunlich conservativen, ja reactionären Eindruck machten. Es kam uns vor, daß wir, die Söhne eines alten Geschlechts, deren Ahnen die Rechte von Gottes Gnaden so sorgfältig behütet hatten, im Grunde viel liberaler wären, als die durchaus ahnenlosen Professoren, welche damals schrecklich viel gegen den Rationalismus eiferten. Es ergaben sich hieraus mancherlei drollige Szenen.

So hatte Perthes in seinen Vorlesungen über Staatsrecht ein umfangreiches Capitel über das Gottes-Gnadenthum verhandelt, wobei wir ihn häufig unterbrachen und leise Ausrufungen des Erstaunens kund gaben. Als er nun eine besonders starke Versicherung über die göttliche Herkunft gewisser Staatsinstitutionen machte, bemerkten wir ihm zu großem Verdrusse, daß wir dies doch unmöglich schwarz auf weiß in unserm Hefte nach Hause tragen könnten.

Als Muster dialektisch glänzender Beredtsamkeit überstrahlte alle übrigen Professoren der alte A. W. Schlegel, mit dem wir ebenfalls bekannt wurden und in dessen Hause wir den seltenen Genuß seiner Shakespeare-Vorlesungen theilten. Sein glänzender und geistreicher Vortrag machte sein unglaublich geckenhaftes Wesen und seinen problematischen Charakter vergessen. Seine Schilderungen der modernen deutschen Poesie in seiner Litteraturgeschichte seit Schiller, wo er sich besonders über die Romantik verbreitete, gehören zu den unvergeßlichsten Eindrücken, die ich je erhalten habe. Diese Vorlesungen waren Publica und ungeheuer besucht. Mein Bruder und ich nahmen daran wie andere Studenten Theil, und wurden auch als solche von Jedermann betrachtet. Dagegen kamen in den späteren Semestern unseres Bonner Aufenthalts noch andere Prinzen regierender Häuser, welche standesmäßige Rücksichten forderten und deshalb mit Schwierigkeiten beim Besuch der öffentlichen Vorlesungen zu kämpfen hatten. So befand sich auch der spätere Großherzog von Meklenburg und der damalige Erbprinz von Lippe Bückeburg an der Universität.

Da sich der erstere zu Schlegels Publikum melden ließ, wurde ihm ein eigener Sessel zurecht gestellt, welcher von dem Pedell bewacht wurde. Als nun der Prinz ahnungslos im Saal erschien, entstand schon ein sanftes Murren. Als sich nun aber der Professor beikommen ließ, in der Ansprache zuerst den Erbgroßherzog feierlich zu begrüßen, um sich alsdann erst an das übrige Auditorium zu wenden, so brach ein beispielloser Lärm los, so daß Schlegel nur mühsam wieder zum Worte gelangen konnte.

So waren die drei Semester in Bonn uns nur zu rasch verflossen. Während der Ferien hatten wir viel gemeinsame Ausflüge gemacht. Im Herbst 1837 giengen wir über Straßburg in die Schweiz, welche kreuz und quer zum Theil zu Fuß durchwandert wurde. Auf der Simplonstraße überstiegen wir zum erstenmale die Alpen, besuchten Mailand und die oberitalienischen Seen und trafen am 12. October in Venedig ein. Am Ende des darauf folgenden Universitätsjahres, sollte ich mich von meinem Bruder trennen und der Ernst des Lebens wies jedem von uns beiden seinen besondern Weg.

Als wir mit vielem Schmerz auseinander giengen, gelobten wir uns, innerlich wie bisher in treuer Freundschaft zusammenzubleiben und haben dieses Versprechen gehalten bis der unerbittliche Tod zwischen uns trat.

Im vorhergegangenen März fand bei einem Besuche in Brüssel, ein merkwürdiges Gespräch zwischen dem König Leopold und meinem Bruder statt, welches für das Schicksal Alberts entscheidend wurde. Es war zum ersten Male ernstlich von der englischen Heirath die Rede. Doch wurde bestimmt, daß mein Bruder zunächst den Winter in Italien zubringen durfte, während ich meinerseits in den sächsischen Militärdienst in Dresden treten sollte.

Obwohl ich die Absicht gehabt hätte, noch ein oder zwei Semester auf einer größern Universität zu verweilen, so behagte mir es doch wenig, daß mein Vater für diesen Fall verlangte, ich sollte nach Jena, als unserer heimathlichen Pflegestätte der Wissenschaften, gehn. Da sich aber hiedurch das ganze weitere Studienproject zerschlug, so entstand die Frage, in welcher Armee ich eintreten sollte. Ich wünschte dringend in Preußen Aufnahme zu finden, mein Vater war dagegen durch die Traditionen der Familie mehr auf das österreichische Heer gewiesen. Er hatte gegen Berlin nicht sowohl politische als ökonomische Einwendungen erhoben, da er vermuthete, daß mein Aufenthalt vermöge meiner Beziehungen zu den preußischen Prinzen sich dort sehr kostspielig gestalten würde.

Was den Eintritt in die österreichische Armee betraf, so hoffte mein Vater, daß mir der Rang eines Rittmeisters werde ertheilt werden und ich war sehr vergnügt, als von Wien eine abschlägige und ziemlich frostige Antwort kam, denn die Aussicht, in einem böhmischen oder ungarischen Dorfe über dasjenige nachzudenken, was ich durch mehrere Jahre in den blühendsten Ländern Europas gesehen und erfahren hatte, war wirklich außerordentlich wenig verlockend, ganz abgesehen davon, daß meine gewonnenen Weltanschauungen wenig zu dem damaligen Oesterreich paßten.

Unter diesen Umständen war ich bestimmt worden, meine militärische Laufbahn in der sächsischen Armee zu suchen, wo ich mit größter Bereitwilligkeit als Rittmeister im königlichen Gardereiterregiment aufgenommen wurde. Ich war überaus glücklich in Dresden stationirt zu sein, wo mir alles den Eindruck machte, als werde mein reizender Brüsseler Aufenthalt eine willkommene Fortsetzung finden.

Schon die persönlichen Beziehungen waren von der angenehmsten Art. König Friedrich August nahm mich auf das liebevollste, wie ein väterlicher Freund auf. Ich war sofort in den vertrauten Kreis dieser edlen und hochgebildeten Familie gezogen und wie ein Sohn und langjähriger Genosse betrachtet worden.

Das Leben am sächsischen Hofe machte einen unendlich feinen und wohlthuenden Eindruck. Es herrschte in allen Verhältnissen ein von dem trefflichen Könige gleichsam angegebener Ton von Sitte und Bildung. Sein schönes Interesse für Botanik, seine Reisen und sein Talent für Landschaftsaufnahmen gaben dem Verkehr mit ihm einen besondern Reiz.

So einsilbig er für den gewöhnlichen Verkehr erschien, wenn es sich um Erledigung der Geschäfte handelte, so herzlich und munter wußte er im privaten Umgang von seinen Wanderungen zu erzählen. Er war eben im verflossenen Frühling aus dem, damals noch selten von Touristen betretenen, dinarischen Alpenlande zurückgekommen und war voll von den Eindrücken der dalmatinischen Städte, der montenegrinischen Berge. Er wußte ganz unvergleichliche Natur=

Schilderungen zu geben und man verließ ihn nie, ohne von ihm etwas gelernt zu haben.

An geistiger Bedeutung stand Prinz Johann gewiß nicht hinter dem Könige zurück. Seine Studien lagen aber bekanntlich in einer andern Richtung und hatten ihn frühzeitig in eine spezifische Gelehrtenthätigkeit getrieben, welche dem um so viel ältern Manne mir gegenüber eine doppelte Ueberlegenheit gab. Hätte man sich ihm ganz und innig eröffnen wollen, so hätte es dazu bei seiner Natur, mehr als bei andern Menschen, einer Summe großer positiver Kenntnisse seiner Richtung und Schule bedurft.

Wenn auch kirchliche Tendenz und Gesinnung bei dem durchaus edlen Geist des Prinzen anders denkenden gegenüber nie in den Vordergrund traten, so stand doch eine gewisse religiöse Stimmung mit seinen historischen Studien in der untrennbarsten Beziehung. Er verlangte ein liebevolles Verständniß für diese mittelalterliche Geistesrichtung und scheute vor der Berührung mit der Freigeisterei, die damals freilich nicht selten den Charakter einer frivolen Oberflächlichkeit anzunehmen begann, zurück.

Wie er aller menschlichen Bildung den Stempel eines soliden Positivismus aufgedrückt wünschte, so sorgte er bei der Erziehung seiner jungen Söhne, die viele Hoffnungen erweckten, für den sorgfältigsten Unterricht. Sie wurden außerdem im besten Sinne des Wortes bürgerlich und einfach gehalten.

Während er als Kammerredner und trefflicher Jurist nicht selten in den politischen und legislatorischen Fragen der Zeit, zum Theil in Opposition gegen die Vorlagen der Regierung, oft wahre Triumphe feierte, fand er noch außerdem Muße, unablässig seinen gelehrten Studien obzuliegen. Eben während meiner Anwesenheit war er mit der Vollendung seiner Uebersetzung und seines Commentars der göttlichen Comödie für den Druck beschäftigt. Er las oftmals aus dem Gedichte vor und interpretirte vor einer auserlesenen Schaar von Zuhörern schwierige Stellen und die ganze Anlage des großen Danteschen Werkes, für dessen Verständniß er wohl der berufenste Führer war.

Der intime Familienzusammenhang wurde durch die liebenswürdigen Frauen noch besonders gehoben. Die Königin Marie und die Prinzessin Johann verbreiteten einen wahrhaften Zauber über den ganzen, nur der feinsten Sitte huldigenden Hof. An die Schwester des Königs, die Prinzessin Amalie, brauche ich nur zu erinnern. Viele ihrer schriftstellerischen Leistungen gehörten zu den besten und erfreulichsten in der Litteratur jener Tage und mit Recht hat man kürzlich ihre Tagebuchblätter gesammelt und Sorge getragen, daß die deutsche Frau, welche bei unvortheilhaftester äußerer Erscheinung sich geistig um so mehr mit den vielgelesensten Schriftstellerinnen Frankreichs zu messen vermochte, nicht allzu schnell der Vergessenheit anheim falle. Man muß sich wundern, daß das

gesammte Leben am sächsischen Hofe, welches in seiner damals in sich gelehrten Art an die Zeiten der Renaissance zu erinnern vermochte, noch niemals eine historische Zeichnung gefunden hat.

Seit den revolutionären Vorgängen im Anfange der dreißiger Jahre waren auch die politischen Verhältnisse in Sachsen erfreulich verändert, was der ausgezeichneten Thätigkeit Friedrich Augusts zu danken war. Im Justiz- und Schulwesen wurden gleich in den ersten Jahren der Mitregentschaft viele Verbesserungen eingeführt. Als im Jahre 1836 der alte König Anton starb, fand sich Friedrich August auch in der Wahl seiner Räthe frei und vermochte für das materielle Aufblühen des Landes nachhaltig zu wirken.

Eben in diesen Jahren wurde jene verläßliche Verwaltung geschaffen, welche weit über die Lebenszeit des Königs hinauswirkte. Ich kannte die meisten jener Staatsmänner persönlich, welche, wie von Wietersheim, Zeschau und Carlowitz, gerade in Bezug auf eine solide Verwaltung sich große Verdienste um Sachsen erwarben und habe manchen Blick in die von ihnen getroffenen Einrichtungen machen können, der mir bei meiner späteren Regierung zu statten gekommen ist.

In der großen Masse der Bevölkerung war trotz der wohlgeordneten Verhältnisse des Landes indessen kein guter Geist wahrzunehmen. Mir fiel in Dresden häufig ein gewisser roher Sinn auf, den man in der schlechten Bedeutung des Wortes demokratisch nennen konnte und der mich ahnen ließ, was ein Jahrzehnt später manchen in Erstaunen setzte, weil man es gerade den Sachsen wenig zuzutrauen geneigt war.

Ein um so besserer Geist herrschte um das Jahr 1840 in der sächsischen Armee. Das Offizierskorps meines Regiments war von unvergleichlicher Ehrenhaftigkeit; es herrschte die beste Kameradschaft und der feine Ton, der den Verkehr mit jedem einzelnen höchst angenehm machte, war wohl auch dem Umstande zu danken, daß viele Offiziere mit gebildeten Frauen verheirathet waren.

Ich hatte in Dresden meine eigene Haushaltung und konnte sowohl die Offiziere vom Regiment, wie auch andere Personen der verschiedensten Stellungen und Lebenskreise ungezwungen bei mir sehen. Kammerherr von Löwenfels war mein Hofmarschall und begleitete mich auch auf den Reisen, von denen ich nachher zu sprechen habe.

Meine Kunstliebhaberei, für welche Dresden so viel darbot, wurde durch einen besondern Umstand unterstützt. Mein damaliger Schwadronschef, Baron von Mangold, war Maler und für seine dilettirende Beschäftigung mit Pinsel und Palette sehr eingenommen. Manches Stündchen von der Dienstzeit wurde mit ihm in künstlerischer Thätigkeit, oder in der Gallerie zugebracht. Auch die Kunstausstellungen, welche in Dresden stattfanden, boten eine große Anregung.

Vielen Verkehr hatte ich mit Hanfstängl, dem Herausgeber der Dresdner Gallerie und mit Bendemann, der an den Fresken im Schlosse malte.

Wenn ich das geistige Leben schildern sollte, dessen Mittelpunkt Dresden damals war, so würde ich am liebsten bei dem Kreise verweilen, der sich um Tieck versammelte; hier trat ich in Beziehungen zu Tiedge und Baudissin, hier kam ich zum ersten Male auch mit der besondern Welt des Theaters in Berührung. Außer Eduard und Emil Devrient lernte ich hier Sophie Schröder kennen, die um das Theaterwesen einen edlen Glanz und jenen idealen Zug verbreitete, von dem man heute nur noch aus der Erinnerung weiß.

Im Hause des Majors Serr, versammelte sich zu jener Zeit eine ganze Welt von geistreichen und berühmten Menschen, die der Wissenschaft, der Kunst, oder dem Theater angehörten. Die Musik war vorzugsweise durch den Kapellmeister Reißiger vertreten; doch gab es auch vielfach Gelegenheit mit Mendelssohn und Schumann in Leipzig zusammenzukommen.

So bot mir ein langjähriger Aufenthalt in Dresden, während dessen ich zum Major und Oberst avancirte, wirklich was ich gewünscht und erwartet hatte, ich lebte mitten im Strome von Kunst und Litteratur.

Wenn ich nun aber in Dresden auch bis zum Jahre 1842 meinen eigentlichen Wohnort und meinen Beruf hatte, so wurde mein dortiger Aufenthalt doch durch lange und ereignißreiche Reisen und Unternehmungen unterbrochen, welche um so mehr und eingehender meine Darstellung fordern, je allgemeinere Bedeutung die Dinge haben, an denen ich in diesen Jahren Antheil nehmen mußte. Eine gewissermaßen für sich bestehende Episode meines Lebens in der Dresdner Zeit bildet das denkwürdige Jahr, welches für mich mit dem 21. Juni 1839 anbrach.

Ich hatte mein 21. Lebensjahr erreicht und war nach unsrer Hausordnung mündig. Die Erklärung wurde in Coburg mit aller Feierlichkeit vollzogen; und um das Schicksal meines Bruders auch in diesem wichtigen Punkt mit dem meinigen zu verknüpfen, wurde durch einen besonderen Act der Gesetzgebung ermöglicht, daß seine Mündigkeit gleichzeitig erfolgen und ausgesprochen werden durfte.

In der Urkunde, welche hierüber meinem Bruder ausgestellt wurde, betonte mein Vater ausdrücklich die darin zu erblickende Anerkennung „des zwischen unsern vielgeliebten beiden Söhnen bestehenden innigen und liebevollen Verhältnißes, welches uns und ihnen es wünschenswerth macht, daß sie sich eines so wichtigen und bedeutungsvollen Ereignißes gleichzeitig erfreuen mögen."

Land und Stadt Coburg nahmen an der Feierlichkeit der Mündigkeitserklärung den lebhaftesten Antheil.

In den mir darüber noch vorliegenden Acten ist es nicht unintressant zu be-

merken, daß meine und meines Bruders öffentliche Studien in Bonn mit besonderer Freude erwähnt wurden, ein Beweis, wie sehr man damals diese Ausbildung von Prinzen regierender Häuser noch als etwas ungewöhnliches betrachtete.

Im übrigen erinnere ich mich nur noch, daß bei den offiziellen Ansprachen ein heiterer Zwischenfall nicht fehlte. Indem der Landtags-Präsident mitten im Strome seiner tiefgerührten Worte plötzlich hülflos zu versinken begann, konnte nur durch das glückliche und wohlwollende Einfallen der Gegenrede das äußerste Misgeschick verhindert und auf solche Weise der peinlichen Situation ein Ende gemacht werden.

Viertes Capitel.

Das Haus Coburg in England und Portugal.

Anfangs Juli 1839 kehrte ich von Coburg nach Dresden zurück, während mein Vater sich in Begleitung meines Bruders nach Karlsbad begeben hatte. Der Aufenthalt daselbst befriedigte Albert wenig und er schrieb verzweifelte Briefe an mich über die Langeweile seiner Tage. Wir hatten noch kaum in Erwägung gezogen, wie bewegt für uns beide und besonders für Albert der weitere Verlauf des Jahres 1839 zu werden versprach.

Im Herbste waren wir mit meinem Vater noch einmal in Reinhardsbrunn, in herzlichster Weise vereinigt, und wir erfreuten uns daselbst eines Besuches des Königs von Sachsen, nach dessen Abreise wir uns alle zu einem Aufenthalte in England rüsteten, während welches die Verbindung zwischen Albert und der Königin Viktoria in die allen Theilen erwünschteste Bahn geleitet wurde. Wir reisten im Oktober über Brüssel, wo wir bei dem Onkel verweilten, nach London.

Das Ereigniß, welches sich hier entwickelte, ist ein eminent historisches, oftmals erzählt und von den Personen, welche zumeist dabei betheiligt waren, selbst dargestellt worden. Es hatte für mich die doppelte Bedeutung, daß es einerseits den größten Wendepunkt im Leben meines einzigen Bruders bildete und andererseits unserm ganzen Hause eine bisher ungeahnte politische Stellung verlieh. Durch die Verheirathung des Prinzen Albert mit der Königin von England wurde in dem mächtigsten Reiche Europas eine neue Dynastie begründet, aber die persönliche Stellung, welche dem Stammvater derselben zu Theil werden sollte, barg Schwierigkeiten und Gefahren in sich, welche einem brüderlichen Herzen schwere Sorgen verursachen konnten. Heute noch nach nahezu fünfzig Jahren empfinde ich, indem ich diese Erinnerungen niederschreibe, das Erlebte so stark und deutlich, daß es gegenüber manchen rein persönlichen Anschauungen mich ernste Mühe kostet, den objectiven Thatbestand für die Nachwelt zu sichern.

Der Wunsch, Fehler zu vergessen, wenn sie auch geschehen sein sollten, wird unter allen Umständen die Angelegenheit in dem mildesten und schönsten Lichte erscheinen lassen.

Die Königin selbst hätte von der Hauptsache nicht so vollständig und herzlich erfüllt sein müssen, als sie es wirklich war, wenn die Erinnerung an ihr inneres Glück nicht überall die Feder geführt hätte, wo immer sie die Geschichte jener Tage selbst beschrieb, oder durch andere erzählen ließ.

Die Königin Viktoria pflegt nicht selten den Geschichtsschreibern als die Königin Elisabeth des neunzehnten Jahrhunderts zu erscheinen. Sie theilt mit der großen und bewunderten Monarchin des sechszehnten eine Reihe von persönlichen und einige politische Charaktereigenschaften. Sie ist mit der gesammten europäischen Bildung vermöge ihrer ausgedehnten Sprachkenntnisse auf demselben vertrauten Fuß, wie es die Freundin und Gönnerin des Protestantismus mit der gesammten Cultur der damaligen Welt gewesen ist.

Voll Interesse und Aufmerksamkeit für die Thätigkeit und das Wohl des Volkes, ergriff sie wie Elisabeth die Regierung mit einem stark persönlichen Zuge, welcher sie, gleich ihrer großen Vorfahrin dem alten regierenden Adel zu entfremden schien. Hätten nicht alle derartigen Parallelen etwas schulmäßiges, so ließe sich die Vergleichung der beiden Königinnen noch weiter verfolgen, aber dem persönlichen Eindruck gegenüber, den nahestehende Personen machen, erscheinen derartige Versuche nicht nur unzulänglich, sondern fast kindisch.

Wie aber Viktoria mit Virtuosität die Feder führt, wie sie die kalte Reflexion des Mannes mit dem frauenhaften Tagebuchbedürfniß einer lieben Seele verbindet, wie sie in hohem Maße die Eigenschaft großer Monarchen, ein treues Gedächtniß für alte Freunde und Diener, für werthvolle Beziehungen und Menschen besitzt und wie sie endlich ihre schwere Lebenspflicht mit hohem königlichen Sinn erfaßt hat, in allen diesen Richtungen darf der gewagte Vergleich wohl Anspruch auf einige Berechtigung erheben.

Nur von Seite des Gemüthes betrachtet, zeigt sich ein Unterschied zwischen den beiden Königinnen von England, welcher der letztern zum schönsten Vorzug gereicht. Denn das außerordentliche Familiengefühl, das in der Königin Viktoria lebt, die volle freie Hingebung an den Kreis ihrer Verwandten, Kinder und Enkel und der, man möchte fast sagen, mit den Jahren immer zunehmende Wunsch für diese Familie bis in das kleinste zu denken und zu sorgen, das ist es, worin unsere Königin von der einsamen Tochter Heinrichs VIII am weitesten entfernt erscheint. Dieses hervorragende Familiengefühl war jedoch nicht so sehr das Erbtheil ihrer Vorfahren als das Resultat eines glücklichen Lebens, eben die Folge der Heirath mit meinem Bruder. Das warme Herz für ein Glück, wie sie es nachher fand, besaß sie als ein herrliches Geschenk der Natur, aber vor fünfzig Jahren war der Sinn für solche Beziehungen natürlich noch nicht entwickelt und aufgekeimt.

Viktoria stand in ihrer Jugend allein, vereinsamt ohne rechte Führung.

Meine Tante, die Herzogin von Kent, war eine Frau von sehr vortrefflichen Eigenschaften, hatte aber keinen bedeutenden Einfluß auf ihre Tochter. So konnte es bei der Lebhaftigkeit und den Anlagen der rasch entwickelten und früh reifen Erbin der Krone Englands nicht fehlen, daß sich an der siebzehnjährigen Herrscherin ein auffallend ungebrochener Wille zeigte.

In dem Buche über den Prinzen Albert hat sich in einer Note ein kleiner Verräther eingeschlichen, der von einem Verhältniß spricht, welches viel größere Leiden verursachte, als man gewöhnlich glaubt.

Viktorias Gouvernante war bekanntlich die spätere Baronin Lehzen. Die kluge Frau bekennt sich in einem Briefe zu einem kleinen Streich, der für eine Gouvernante verlockend genug gewesen sein mag, indem sie der zwölfjährigen Prinzessin gegenüber ein wenig die Vorsehung spielen wollte. Sie legte daher hinter dem Rücken des Lehrers eine Stammtafel in das Geschichtsbuch, aus welcher die Prinzessin erfahren sollte, daß sie die wirkliche Thronerbin von England sei. An diese Entdeckung knüpfte sie ein Gespräch, in welchem sich — wie man humoristisch sagen könnte — das unzweifelhafte Regierungstalent der Gouvernante deutlich erkennen ließ.

Es kam die Zeit der Bewerbungen um die Hand Viktorias. Daß alle Combinationen, welche in Bezug auf die Heirath meines Bruders und der Königin aus früheren, ja aus den frühesten Kindheitsjahren hergeleitet worden waren, nichts gewesen sind, als müßige Einfälle, oder gute Wünsche, ist hinreichend bekannt.

Nachdem sowohl Stockmar, wie auch die Königin selbst über diese Dinge geschrieben haben, braucht man einen Irrthum, den ich schon oben gekennzeichnet habe, nicht weiter zu bekämpfen. Ernstere Zurückweisung verdient dagegen auch heute noch die Meinung, daß unsere Brautfahrt vom October 1839 nur der formelle Abschluß einer bereits entschiedenen Sache gewesen wäre. Wenn auch einige von den sechs Bewerbern, deren die Königin in dem Leben des Prinzen Albert Erwähnung thut, seit dem Tode des Königs Wihelm IV. nicht mehr in Betracht kamen, so blieben immer noch sehr starke Conkurrenten. Am Hofe Louis Philippes z. B. war die Hoffnung auf eine Vermählung Viktorias mit Nemours noch immer so groß, daß selbst der Gemahlin Leopolds, der Königin Louise, über die stattgefundene Verlobung des Prinzen Albert nur ausnahmsweise etwas gesagt werden durfte.

Als ein wahrhaft drückender Gedanke erschien besonders für meinen Bruder der Plan, daß die Vermählung erst in drei Jahren stattfinden sollte; die Königin selbst hat in späterer Zeit es bedauert, daß man dem Prinzen Albert eine solche Wartezeit zumuthen wollte. Aber Dinge dieser Art waren dem Kopfe der Baronin Lehzen entsprungen, um sich ihre Herrschaft dauernder zu erhalten.

Ohne den kleinlichen Feldzügen der Gouvernante ein allzu großes Gewicht beilegen zu wollen, muß man doch sagen, daß ihr Einfluß seit dem Regierungsantritt der Königin auch politisch nicht ungefährlich war. Als wir in England ankamen, war das Verhältniß der Königin zu den Parteien ein höchst unangenehmes und fast bedenkliches geworden. Das Regiment der Whigs war in jeder Beziehung unhaltbar und die Tories waren durch eine Hofdamenaffaire unmöglich gemacht, welche im Mai zuvor zu den größten Aergerlichkeiten Anlaß gegeben hatte. Es ist das große Verdienst der Herausgabe von Stockmars Denkwürdigkeiten zuerst einiges Licht über diese Dinge verbreitet zu haben. Aber die Sache ist auch hier bei weitem nicht vollständig und tief genug aufgeklärt worden.

In der Umgebung, in welcher die Königin sich befand, stellte sich dem Prinzen die Aufgabe, die ihm gesetzt war, in der That als eine schwierige dar. Mein Bruder hat sich nie ausdrücklich darüber ausgesprochen, was es ihm werth gewesen, diesen Boden nicht allein betreten zu müssen. Aber es wäre eine Prüderie der Freundschaft, wenn ich heute, nach bald fünfzig Jahren, Bedenken trüge, es auszusprechen, daß er meiner brüderlichen Theilnahme an der Brautfahrt thatsächlich bedurfte.

Am 15. Oktober kam es bekanntlich zur Verlobung. Nichts ist ein schönerer Beweis für den wahrhaft großen und offenen Sinn der Königin, als daß sie gleich damals in einem Briefe an den König Leopold es anerkannt hat, wie viel mein Bruder aufopferte, um eine Stellung zu erlangen, die ihm auf jede nur denkbare Weise verkümmert worden war.

Wenn es auch ganz richtig ist, was Grey in der Geschichte der Jugendjahre des Prinzen versichert, daß die Königin viel über den wünschenswerthen Titel und die Stellung des Prinzen gesprochen hatte, so war doch in dieser wichtigen Angelegenheit nur allzuwenig erreicht worden. Ich weiß, daß man gleich damals die bestimmtesten Erklärungen abgeben mußte, daß sich der Prinz mit einer englischen Pairswürde nimmermehr begnügen könnte. Wenn hierauf die Formel gefunden wurde, daß er den Vortritt vor Jedermann in England nach der Königin haben sollte, so hinderte dies nicht, daß noch Jahre lang die heftigsten Streitigkeiten hierüber geführt werden mußten. Aber im besten Falle wurden für den englischen Hof die Schwierigkeiten seines Ranges mehr theoretisch als praktisch beseitigt; im internationalen Verkehr dagegen blieb der Prinz in der unangenehmen Lage, die ihm gebührende Stellung sich überall erst erkämpfen zu müssen. Wenn die Königin, die in der englischen Geschichte durch Präcedenzfälle hinreichend begründete Absicht hatte, dem Prinzen den Königstitel beizulegen, so hatte das schwache Ministerium nicht den Muth, einen solchen Beschluß vor dem Parlament zu vertreten.

Nachdem die Königin dem geheimen Rathe die Thatsache ihrer Verlobung bekannt gegeben hatte, kam es vielmehr über Dotation und Stellung meines Bruders zu den unerquicklichsten Debatten, über welche ich mich nicht weitläufig zu verbreiten brauche, da sie aus den Parlamentsacten mit allen Chicanen, die daran hiengen, bekannt sind. Daß selbst das protestantische Glaubensbekenntniß zu einem Gegenstand der Erörterung und des Zweifels gemacht wurde, erschien schon damals dem deutschen Leser unverständlich und wird immer nur demjenigen begreiflich sein, der sich erinnert, daß die Opposition den Gegenstand als einen Hebel benutzen wollte, um das Ministerium Melbourne zu stürzen.

Vieles wäre in dieser Beziehung anders gekommen, wenn es in dem Willen des Prinzen gelegen hätte, sich mit der altenglischen Aristokratie von vornherein besser zu stellen.

Nachdem wir indessen England längst wieder verlassen hatten, war die Vermählung doch schließlich auf den 10. Februar 1840 festgesetzt worden, denn der Gedanke an die dreijährige Wartezeit mußte in Folge offenster Erklärungen, zu denen ich meinen Bruder encouragirt hatte, fallen gelassen werden. Der Augenblick war also gekommen, wo mein Bruder von seinem Vaterlande für immer Abschied nehmen mußte. Wir reisten mit unserm Vater zunächst nach Brüssel, wo ein feierlicher Empfang des königlichen Gemahls von England stattfand, worauf wir uns nach Calais begaben; eine englische Flotteneskadre erwartete den Prinzen und seine Hochzeitsgäste. Auf der Ueberfahrt waren wir von stürmischem Wetter heimgesucht worden, welches auch auf diejenigen deprimirend wirkte, die persönlich nicht auf Vorbedeutungen und Ahnungen zu achten pflegten.

In Dover endlich angelangt, glich unsere Fahrt einem fortwährenden Triumphzug durch die Städte des Königreichs. In London dagegen war ein Umstand dem vom Volke vorbereiteten feierlichen und freudigen Empfange ungünstig, indem in völlig räthselhafter Weise es sich ereignete, daß der Bräutigam durch Seitenstraßen gefahren wurde, während die vergeblich harrenden Massen des Volkes in einem andern Theile der Stadt festlich sich versammelt hatten.

Ich unterlasse es in eine Darstellung der Feierlichkeiten näher einzugehen, welche die Vermählung meines Bruders begleiteten.

Aber als ein wahrhaftes Glück empfand ich, daß es mir vergönnt war, bei meinem Bruder noch nach seiner Vermählung fast drei Monate bis zum 8. Mai zu verweilen, während mein Vater unmittelbar nach den Festlichkeiten abgereist war. So wurde ich recht eigentlich der Zeuge des täglich wachsenden Verständnisses der jungen Ehegatten, welchen beiden die Kunst sich ineinander zu fügen durch den scharf ausgeprägten Standpunkt ihrer Charaktere nicht eben leicht gemacht war. Ich konnte jedoch das innige Verhältniß, welches si

nachher bildete, im Keime erkennen. In der Correspondenz, die ich von London mit meinem Onkel in Brüssel führte, habe ich die Leiden und Freuden dieses Herzensprozesses zuweilen so anschaulich und drastisch geschildert, daß selbst Baron Stockmar sich hinreißen ließ, einmal unter ein humoristisch gehaltenes Schreiben dieser Art die Worte zu setzen: „Alles gut und wahr."

Im Wesentlichen war ich ja doch überzeugt, daß meinem Bruder das „was ihm als Bräutigam gelungen war, als Ehemann nicht fehlschlagen werde." „Viktoria", so konnte ich am 2. März schreiben, „bleibt sich consequent, sie ist stets gegen Albert eine liebende, aufmerksame und sogar zärtliche Gattin, und sucht seine kleinen Wünsche zu errathen."

Für mein Theil war der Aufenthalt am englischen Hofe besonders dadurch eine Quelle vieler Erfahrungen geworden, daß ich auf diese Weise in die Lage gekommen war das englische Leben und Treiben recht unmittelbar kennen zu lernen. Viele Eigenthümlichkeiten der englischen Gesellschaft waren mir von vornherein sympathischer, als sie meinem Bruder jemals geworden sind. Die Vorliebe des hohen Adels für jede Art von Sport fand bei mir mehr Anklang und Verständniß, als bei ihm und ich vermochte auf diesem Wege Zugang zu dem sonst verschlossenen englischen Wesen zu erhalten.

Ob Prinz Albert in seinem Verkehr mit dieser Nation gleich von vornherein den richtigen Ton zu treffen wußte, will ich nicht entscheiden. Ich habe über diesen Punkt oft in aller Liebe mit meinem Bruder gehadert und immer die Empfindung gehabt, daß ihn ein schweres Loos getroffen, sich dem großen Inselvolke verständnißvoll einfügen zu müssen.

Wenn wir in den letzten Tagen unseres Zusammenseins neben einander ritten und Albert seine allzeit treffenden und geistvollen Bemerkungen über das, was uns umgab, zu machen pflegte, fügte er wohl mit einem tiefen Seufzer auch hinzu: „Wenn du nun fort bist, habe ich Niemand zu dem ich ein unbefangenes Wort über diese Dinge reden kann. Ein Engländer versteht und begreift solche Dinge nicht und sieht darin wohl nur anmaßliche Tadelsucht des Ausländers."

In seiner schiefen Lage gegenüber diesem englischen Wesen und einem großen Theile der hohen Gesellschaft hätte dem Prinzen der mildernde Einfluß eines Freundes und eine fortdauernde Aufmunterung von großem Vortheil sein können. Man hätte streben müssen, ihn freundlicher zu stimmen. Nun war dem Prinzen gleichsam von Amtswegen und ohne daß man seine Wünsche sehr beachtet hätte, ein englischer Sekretair gegeben worden, welcher in allen diesen Beziehungen nicht eben günstig einzuwirken in der Lage war. Es war, an sich genommen, ein geistig begabter und bedeutender junger Mann, Mr. Anson, der jedoch gegenüber einer Reihe von Familien eine heftige Gegnerschaft besaß.

Er war zuvor Sekretair des Premier-Ministers und besaß eine höchst geringe Meinung von allen Deutschen, so daß Prinz Albert in die Gefahr gerieth nach und nach von seinen früheren Verbindungen isolirt zu werden. Der einzige mit dem sich Mr. Anson aus Klugheit auf guten Fuß zu stellen wußte, war Stockmar, weil er die Königin in Bezug auf diesen alten Freund für unerschütterlich gehalten hatte.

Im übrigen war außer einigen Dienern in der Umgebung des Prinzen von Deutschen nur noch ein Privatsekretair anwesend, der die deutsche Correspondenz zu führen hatte. Zunächst erhielt diese Stelle ein gewisser Professor Schenk, der uns Brüdern einmal Unterricht im englischen gegeben hatte und früher Sekretair der Herzogin von Kent war, ein biederer Mann, der aber mit allen Fehlern eines deutschen Philisters behaftet war. Nach dessen Abgang wurde in der Wahl seiner Nachfolger auch noch ein und anderer Mißgriff begangen.

So war die Lage meines Bruders in England in jeder Richtung schwierig und ich darf ganz objectiv versichern, daß er im eigentlichsten Sinne des Worts seines Glückes Schmied sein mußte. Nichts war ungerechter, als wenn der Neid in Deutschland die Meinung zu verbreiten wußte, daß er seine später so angesehene Stellung dem blinden Glücke zu verdanken gehabt hätte.

Während meines Aufenthaltes in England war es mir bei dem steten Verkehr des großen Inselreiches mit Portugal nahe gelegt, auch meine Verwandten im fernen Süden zu besuchen. So entschloß ich mich zu meiner ersten südländischen Reise, die nach den manigfaltigen Anstrengungen der letzten Monate zu wahrer Erholung verbunden mit der interessantesten Belehrung sich gestaltete.

Eine Reise nach Portugal und Spanien gehörte noch zu den großen Seltenheiten auf dem Continent. Daß vor dem Jahre 1840 ein deutscher Prinz als einfacher Tourist die Halbinsel durchzogen hätte, ist mir nicht bekannt. In meiner Begleitung befanden sich meine beiden Kammerherren von Löwenfels und Gruben und der Arzt Florschütz, Neffe meines Lehrers.

Wir fanden in Lissabon den König Ferdinand und die Königin Maria in einer wohlbefestigten, politisch anscheinend unerschütterlichen Stellung; die Verhältnisse des Landes waren geordnet und die Ruhe gesichert; der Bürgerkrieg schien so vergessen, als wäre bereits mehr als eine Generation darüber hingegangen. Kaum sprach man mehr von dem Prätendenten.

Meine ersten Eindrücke von Portugal und seinem Hof habe ich gleich damals in einem Brief an die Geschwister in England so vollständig und unmittelbar niedergelegt, daß es statt aller nachträglicher Erinnerungen gestattet sein mag, einiges aus demselben mitzutheilen, was vielleicht den Geschichtschreibern Portugals als Bericht eines Augenzeugen vom Jahre 1840 von Interesse sein mag:

Lieber Albert!

„Ich benütze das nächste Dampfschiff sogleich wieder, um Dir und Viktoria meinen Bericht über Erfahrenes und Bemerktes abzustatten. Um diesem, eine dem Anstand gemäße Form zu geben, habe ich ihn in sechs Haupttheile geordnet.“

„I. Ferdinand ist, wie ich in meinem letzten Briefe bereits bemerkte, körperlich und geistig zu einem höchst angenehmen jungen Mann herangewachsen. Seine Figur ist schlank und edel geformt, von der Größe wie Papa, und sein Gesicht, obgleich es im Allgemeinen dasselbe geblieben ist, hat einen viel mildern Ausdruck erhalten“.

„Seine Bewegungen sind höchst graziös und sein Anstand ein ganz königlicher. Auch sein Gemüth hat sich in gleicher Weise entwickelt; die gewisse Schärfe, Aergerlichkeit, ja oft Gefühllosigkeit hat sich gänzlich verloren und er hat etwas ungemein Gemüthliches und Herzliches bekommen. Da ich mit ihm gerade darüber viel gesprochen und meine Bemerkungen unverhohlen mitgetheilt habe, gestand er mir mit Freuden, einen wie großen Unterschied er jetzt in sich fühle, mit dem Gemüthszustand verglichen, mit dem er hieher gekommen sei und wie er sich schäme, über seine sonstigen Fehler und seinen Mangel an Erziehung und Weltkenntniß. Er hat jetzt Freude und Lust an vielem, woran er sonst gleichgültig vorüber gieng. Er weiß auch das schönste Cercle zu machen und spricht mit einer jeden Person theilweise französisch, theilweise wie mir die meisten Herren versicherten, geläufig portugiesisch“.

„Von unserm alten Zusammenleben in Coburg und in Gotha, haben wir viel miteinander gesprochen; ich habe mit Freuden bemerkt, wie sehr ihm diese Erinnerungen noch heilig sind und wie er alles aufbewahrt hat, was nur im Geringsten an jene schöne Zeiten gemahnt.“

„II. Donna Maria ist auf den ersten Blick, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, ein psychologisches Räthsel. Ich habe es mir zur besondern Aufgabe gemacht, sie zu studieren“.

„Sie ist stark, jedoch bei weitem nicht so unförmlich wie man gesagt hat; ihr Kopf ist schön und ihre Augen erinnern sehr an Tante Louise. Alle Bilder die man von ihr hat, sind falsch“.

„Mit Fremden spricht sie niemals; mit den Hofleuten nur wenig, mit uns aber und unsern Bekannten sehr viel. Was bei ihr für Verlegenheit ausgelegt wird, ist Vorsatz und was so viele für Mangel an Bildung erklärten, ist Originalität“.

„Ich halte sie für grundgescheidt, denn ich habe, so lange ich nun hier bin noch kein falsches, oder unlogisches Urtheil und noch keine flache oder unüberlegte Bemerkung aus ihrem Munde gehört und das will viel sagen, denn ich

bin mit Ferdinand und Maria noch mehr zusammen, als ich mit Euch war. Alles, was Donna Maria sagt, ist treffend, meist mit einem scharfen Witz begleitet. Sie bemerkt und hört Alles und sieht, wie mir Ferdinand oft versichert, durch die schwierigsten Verhältnisse hindurch."

„Da wir, wie Ihr Euch denken könnt, über die verschiedenartigsten Dinge sprachen und natürlich oft Dinge berühren mußten, die dem Kreise einer Frau ferner liegen, so habe ich mit Freuden bemerkt, wie viel Interesse sie an Allem hat und mit wie wenig Vorurtheilen sie begabt ist."

„Als Gattin und Mutter ist sie musterhaft; meine beiden Herren sind über das häusliche Verhältniß der Gatten ganz entzückt. Eine solche liebevolle Ergebung findet man nur selten, von Eigensinn, Laune u. s. w. weiß sie nichts; sie lebt nur für und in ihrer Familie."

„Die beiden Kinder sind dabei allerliebst und werden gewiß den Eltern von Jahr zu Jahr mehr Freude machen."

„III. Ueber Dietz und sein Verhältniß zur königlichen Familie und zum Lande könnte ich viel sagen, da ich es nun genau kenne; aber aus so manchen Gründen halte ich es für besser darüber hinwegzugehen, will aber nur so viel bemerken, daß man nie von der Ferne, wenn man ein Verhältniß nicht kennt, darüber urtheilen soll; das heißt, daß wir uns alle geirrt haben und seine Stellung keineswegs die monströse ist, für die wir sie hielten, auch nehme ich ihn selbst, worüber Ihr Euch wundern mögt, entschieden in Schutz."

„IV. Was in diesem Augenblick den innern Zustand von Portugal anbetrifft, so geht Alles doch so ziemlich; in den Provinzen ist alles ruhig und zufrieden und in dem Norden haben sich vor wenigen Tagen die letzten Guerilla-Führer dem Gouvernement ergeben. In Lissabon allein gibt es noch mehrere republikanische Gesellschaften und viele Liberale."

„Davon merkt man aber gar nichts, sondern im Gegentheil setzt die ungeheure Höflichkeit des niederen Volkes wie der höheren Classen, wenn sie dem Könige auf der Straße begegnen, in Erstaunen."

„Seit drei Jahren ungefähr steigt Ferdinand auffallend in der Popularität und zu meiner nicht geringen Verwunderung habe ich bemerkt, wie gern, mit wie viel Eifer und wie vieler Umsicht Ferdinand sich seinen Regierungsangelegenheiten unterzieht, die ihm die Königin, als Zeichen ihrer Klugheit, in die Hände gegeben hat."

„Lissabon verdankt Ferdinand zwei Dinge von der höchsten Wichtigkeit. Erstens: die Reinigung der Stadt und die Verbesserung der Polizei. Ich kann versichern, daß ich in Italien keine Stadt gesehen habe, welche in Bezug auf Reinlichkeit mit Lissabon zu vergleichen wäre, und die Vorstädte von Brüssel würden hier Aufsehen wegen ihres Schmutzes machen. Zweitens: Verbesserung und Unterstützung des Ackerbaues."

„Auch hierin kann er schon goldene Früchte ernten. Seit Jahrhunderten ward aus Frankreich und Deutschland Getreide aller Art in Menge eingeführt und jetzt versendet Portugal nun schon seit zwei Jahren eine nicht unbedeutende Quantität von Feldfrüchten."

„Was die inneren politischen Ereignisse anbetrifft, so müssen die zwar sehr liberalen Minister selbst gestehen, daß es eine Unmöglichkeit ist, mit der neuen Constitution zu regieren. Man kann aber leider nichts ändern, und es scheint mir ein sehr guter Weg eingeschlagen zu sein, wenn man die ganze Sache in sich verfaulen läßt, bis sie in sich zusammenfällt und man so das ultraliberale Unwesen los wird."

„Die Minister sind, wie ich sie theilweise selbst erkannt habe, theilweise wie sie mir Ferdinand schilderte, höchst mittelmäßige Kreaturen. Nur wenige unter ihnen besitzen Verstand und Kenntnisse, und die, von denen man es sagen kann, sind meistens falsch, unehrlich und höchst unzuverlässig, dabei sind sie alle arm. Das diplomatische Corps, welches mir Ferdinand selbst vorstellte, machte mit wenigen Ausnahmen auch keinen günstigen Eindruck auf mich. Besonders erschien mir der englische Minister Lord H. . . . als ein höchst beschränkter Mann. Ferdinand klagt ungemein über seinen Mangel an Einsicht und über seine Starrköpfigkeit."

„V. Der Hofstaat ist ungefähr eingerichtet, wie der eines jeden deutschen souveränen Fürsten und die Herren sind nicht besser oder schlechter, als sie überall an einem Hofe sind. Zu Adjutanten hat Ferdinand vier gediente und bewährte Offiziere, welche mir sämmtlich sehr wohl gefallen. Der Beschreibung Lavradios zufolge, erwartete ich mir unter dem Palais Necessidades ein prachtvolles Schloß und war daher nicht wenig erstaunt, mich in einem Hause zu befinden, welches von Außen und Innen mit Rodach, in Bezug auf Einrichtung, auf dieselbe Stufe zu stellen wäre. Letzteres finde ich fast schon zu großartig, um damit verglichen zu werden. Die Einrichtungen im Schlosse selbst, wie Tafel, Keller, Bedienung sind in guter Ordnung und stehen gerade auf demselben Fuße, wie am sächsischen Hofe. Die Küche ist besonders gut, weil sie mit unserer beliebten Hausmannskost große Aehnlichkeit hat; auch bin ich schon mit Klößen überrascht worden. Die Tageseinrichtung so lange ich hier bin, ist ungefähr folgende:"

„Um zehn Uhr versammelt man sich zum Frühstück; es nehmen daran Theil: der Großalmosenier, die Oberhofmeisterin mit den Hofdamen, der Kammerherr, der Adjutant vom Dienst und die Offiziere der Wache. Man genießt eine Art von Luncheon, wobei Reis den Hauptbestandtheil ausmacht."

„Den Vormittag bringe ich gewöhnlich mit Ferdinand und Donna Maria zu; es kommen manchmal die Minister um etwas zu überreichen, manchmal Kammerherrn und Generale."

„Die Königin empfängt Niemanden allein, sondern alle Personen kommen zu Ferdinand, der sie anhört, ihre Sachen mit ihnen abmacht und sie dann erst zum Handkuß bei der Königin zuläßt."

„Wenn die Herrschaften in den Salon eintreten, geht Ferdinand voraus und empfängt meistens zuerst den Handkuß. Dies ist mir besonders aufgefallen." „Um 2 Uhr reiten wir gewöhnlich mit dem Könige aus, um Merkwürdigkeiten in der Stadt, schöne Aussichten oder Landschaften zu besehen; wir kehren selten vor halb sechs Uhr nach Hause zurück."

„Um sieben Uhr ist Tafel, an welcher nur ausnahmsweise mehr Personen Theil nehmen, als am Frühstück. Nach dem Diner machen, wie bei der Großmama in Gotha, Personen aus der Gesellschaft ihre Aufwartung. Man hat des Abends gänzliche Freiheit, ob man bleiben, oder sich zurückziehen will, was ich für eine, für die stets am Hofe lebenden Personen sehr angenehme Einrichtung halte. Ich spiele beinahe täglich mit Ferdinand und einigen Herren Billard."

„VI. Wenn ich Euch nur halb die Schönheiten der Stadt, der Gegend, des Klimas, kurz alles dessen was man hier mit den Sinnen aufnimmt, schildern wollte, so müßte ich ein Jahr Zeit und eine Bibliothek voll leerer Blätter haben. Ich habe nie für den Süden schwärmen können, jetzt aber fühle ich, was die südliche Zone ist. Selbst Gruben, der länger in Italien gelebt, kann sich von seinem Entzücken nicht erholen. Der Himmel scheint wirklich dieses Land besonders beglückt zu haben. Die Bäume sind grüner, der Himmel ist blauer, die Erde ist fruchtbarer, die Berge sind höher und schöner geformt und die Ströme sind reizender. Man glaubt sich in einem Paradiese. Die Reize des Lago maggiore, die mir bisher über alles giengen, erscheinen mir wie ein Gänseblümchen neben einer aufgeblühten Rose, wenn ich sie mit denen des hiesigen Landes vergleiche."

„Die Stadt ist höchst merkwürdig, sie liegt amphitheatralisch an einer Hügelreihe, die den Tajo umgibt und die Straßen folgen ohne Plan den Tiefen und Erhöhungen des Terrains. Ich wüßte keine einzige Ebene auszufinden. Was die Bauart anbelangt, so hat sie auch nicht die geringste Aehnlichkeit mit der einer italienischen Stadt und die Häuser erinnern an die ältern deutschen Städte. Ich könnte Lissabon mit einem Nordländer vergleichen, der in seinem Anzuge die Tracht seines Landes nicht hat verlassen wollen, durch die Einflüsse des Climas aber gezwungen ist, einige jenem angemessene Abänderungen zu treffen."

„Besonders erfreut die Vegetation, wenn man auch die Schönheit der Gegend im allgemeinen nicht anerkennen kann. Vorgestern jagten wir unter anderm in einem nahe bei Lissabon gelegenen Holze, in dem berühmten Tapada. Ich wähnte mich in Indien, oder den Wäldern von Brasilien. Das hohe Holz

bildeten Oliven und wilde Orangenbäume und das Unterholz und Dickicht war ein merkwürdiges Gewirr von Zwergeichen, Aloes, Cactus und wilden Spargel, der beinahe mannshoch wächst." . . . .

Lissabon, 6. Juni. Ernst.

Wie man aus den voranstehenden Skizzen ersieht, hatte ich mich in Lissabon vollständig eingelebt. Verhältnisse, Natur und Klima sagten mir ungemein zu. Von den Kunstwerken hingegen war ich mit wenigen Ausnahmen nicht sehr entzückt. Das Palais von Ajuda aus weißem Marmor erbaut, leider nur halb vollendet und das Kloster in Belem, wo die Königin ihren Landsitz hatte, waren Bauten von großem Reichthum und absoluter Originalität; die Mischung von altgothischem, maurischem und neuitalienischem Stil berührt das Auge trotz der großen Mannigfaltigkeit der Formen nicht unangenehm.

Am dritten Juni begaben wir uns auf acht Tage nach dem herrlichen Cintra, wo wir das alte, unbeschreiblich schön gelegene Schloß bewohnten, und täglich stundenlange Ausflüge machten. Meist wurde unterwegs im Freien dinirt und erst bei einbrechender Dunkelheit heimgekehrt.

Die Schönheit des Blickes, der sich von dem Schlosse darbietet, ist so überwältigend, daß man keine Worte finden kann, diesen Eindruck wiederzugeben. Der Ort baut sich an der Sierra de Cintra hinauf und diese Berge sind theils mit Citronen- und Orangewäldern bewachsen, theils bestehen sie aus phantastisch aufgethürmten Felsmassen. Aus dem Grün der Wälder sehen die malerisch zerstreut liegenden Landhäuser hervor, in der Ferne erblickt man den Ozean.

Wir unternahmen von Cintra einen dreitägigen Ausflug nach Maffra, dem Lieblingsaufenthalt Johanns VI. Unzweifelhaft ist dieses Schloß und Kloster, welches in weißem Marmor und mit namenloser Pracht erbaut ist, das geschmackloseste Bauwerk, das ich in dieser Art jemals gesehen habe.

Noch dazu liegt es in einer öden und langweiligen Gegend. Von den Dimensionen des Gebäudes macht man sich einen Begriff, wenn man hört, daß während des Halbinselkrieges 8000 Mann bequem darin einquartirt werden konnten und daß man dabei noch nicht einmal die Hauptsäle zu besetzen brauchte.

Am 27. Juni schiffte ich mich nach Cadix ein und fand hier, wie auf meiner ganzen spanischen Reise, meine Erwartungen bei weitem übertroffen. Es war uns vergönnt vieles zu sehen, was Fremden sonst unzugänglich zu sein pflegt; auch mußte ich es als einen besonders glücklichen Umstand preisen, daß ich die Hitze, es waren manchmal 27° Reaumur im Schatten, verhältnißmäßig gut vertrug.

In Sevilla verpflichtete uns der englische Consul, der uns zu manchem Genuß verhalf, zu großem Danke. Schließlich gab er uns seinen Sohn als

Reisemarschall mit. Die Königin von Spanien hatte durch eine Kabinetsordre Befehl gegeben, mich mit meiner Begleitung in allen spanischen Städten mit königlichen Ehren zu empfangen. Hatten wir nun von diesem Befehl manche Vortheile, so entgiengen wir anderseits auch nicht den Unbequemlichkeiten vieler Ceremonien und Förmlichkeiten.

Da das Dampfschiff nach Gibraltar bereits fort war, schifften wir uns auf dem englischen Kriegsschiff Magicienne nach Tanger ein, statteten dem Pascha einen Besuch ab, kreuzten mehrere Tage an der afrikanischen Küste und fuhren, bei anfangs wiedrigem Winde nach Gibraltar. Hier blieben wir sechs Tage als Gäste des Gouverneurs Sir Charles Wilson. Paraden, Picknicks und Bälle machten den Aufenthalt zu dem angenehmsten. Hierauf wendeten wir uns am 13. Juli nach Malaga.

Die Reise von Malaga nach Granada durch die Gebirge, verdient wegen ihres abenteuerlichen Charakters eine kurze Schilderung.

Da die beschwerlichen Landreisen tagsüber unter der Sonne des Juli nicht zu ertragen gewesen wären, so setzte sich gegen 1 Uhr Morgens in Malaga ein phantastisch aussehender Zug in Bewegung.

Löwenfels, der brittische Consul und ich zu Pferde, sämmtlich in spanischem Nationalkostüm, dann zwei einspännige, nur in Spanien anzutreffende Calessas, die mehr einer Folterbank als einem Wagen zu vergleichen waren, auf denen Gruben, Florschütz und das Gepäck untergebracht waren. Außerdem hatten sich zwei Kaufleute angeschlossen. Der Herr dem die Pferde gehörten und dessen Knecht folgten nach. Den Schluß machten sechs zerlumpte Uhlanen, welche uns der Gouverneur von Malaga „zum Schutz“ mitgegeben hatte.

Den andern Morgen langten wir nach einem mühsamen Uebergange über die Berge, in einer reizenden Alpengegend an, wo uns ein einsames Wirthshaus dürftige Unterkunft gab. Abends setzten wir die Reise fort, obwohl unsere Uhlanenwache des Morgens nach Hause zurückgekehrt war. Der Wirth, dessen Söhne in der ganzen Gegend als gefährliche Räuber bekannt waren, versicherte mit der treuherzigsten Miene, daß wir unbesorgt weiter reisen könnten. Wir beschlossen unsere Waffen in Ordnung zu halten und brachen um 6 Uhr Abends auf.

Zwischen hohen Felsen und steilen Bergen führte der Weg. Der eigenthümliche gelbe Glanz der spanischen Berge trat in entzückenden Linien hervor, als hinter mächtigen Felsmassen der Mond heraufstieg und die ganze Gegend in mildestem Lichte erschien.

Wir waren schweigend dahingezogen bis der Tag graute und plötzlich an einer Biegung des Weges zehn bis zwölf abenteuerliche Reiter, deren Handwerk nicht zweifelhaft war, hervorsprengten. Einer von der Bande, in einem äußerst

malerischem Costüm, mit vollendeter Ritterlichkeit in seinem Benehmen, stellte sich uns als Führer der Garda camina vor, das hieß mit andern Worten, wir hatten für eine sofort zu bezahlende Summe uns dem Schutz dieser Herrn anzuvertrauen.

Einige von den Leuten verstanden und sprachen etwas englisch und so kam es zu einer längern Unterhaltung, bei der wir Gelegenheit hatten, den Wirth selbst wieder zu erkennen, der uns den Abend zuvor zur Weiterreise so trefflich Muth zuzusprechen wußte.

Als alles geordnet war, gab sich der Führer als Santa Maria, wie wir später erfuhren, einer der berüchtigsten Räuber zu erkennen und wir tauschten in aller Freundschaft unsere Pistolen. Löwenfels erhielt seinen Gurt. Die Bande blieb während des Uebersteigens der unwegsamen Sierra für zwei Tage uns zur Seite. Sie ritten mit Vorhut und Nachhut und wir waren, bis wir vor das Thor von Granada kamen, mehr oder minder ihre freiwilligen Gefangenen.

Halbverhungert und auf den Tod ermüdet, erreichten wir die alte Hauptstadt der Mauren, von wo wir auf andern Wegen nach Malaga zurückkehrten und alsdann nach sechstägiger Seereise, auf einem spanischen Postdampfer in Barcelona anlangten.

Auf der Reise giengen wir beinahe täglich in den verschiedenen spanischen Seestädten vor Anker und so traf es sich, daß ich in Taragona auf ein paar Stunden ans Land gieng. In einem unansehnlichen Kaffeehaus wollte der Zufall, daß ich einen alten Mann antraf, der sich als Gothaer Landeskind entpuppte. Er war bei der Einnahme von Taragona, wo das gothaische Regiment betheiligt war, verwundet zurückgeblieben und kehrte nicht mehr in die Heimath zurück. Reich beschenkt, und unter Freudenthränen begleitete er mich wieder an Bord des Schiffes. In Barcelona machte mich der Zufall zum Zeugen der merkwürdigsten politischen Begebenheiten, welche die neueste Geschichte Spaniens charakterisiren.

Die Regentschaft der Königin Christine schien den Gefahren, welche ihr Don Carlos bereitet hatte, nach dem Uebertritt desselben auf den französischen Boden, September 1839, nur entgangen zu sein, um von da ab durch die progressistischen Parteien desto nachdrücklicher bekämpft zu werden.

Während einer Reise der Königin Regentin, brach im Juni 1840 der von Espartero geleitete Aufstand aus, welcher in Barcelona eben eine Art von Abschluß fand. Ich lasse meinen Brief vom 2. August an meinen Bruder hier folgen:

Liebe Geschwister!

„Unsere Rückreise von Malaga gieng wieder glücklich von statten; wir hielten uns noch einige Tage daselbst auf, um die unvergleichlich schöne Gegend zu besuchen und liefen endlich am 26. Juli auf dem kleinen spanischen Steamer Mercurio aus dem Hafen. Gestern sind wir nun nach einer sechstägigen, langweiligen, ermüdenden und äußerst unausstehlichen Fahrt hier in Barcelona angelangt."

„Wir fuhren meistens nur die Nächte und einen Theil des Morgens, hielten den Tag an und setzten am Nachmittage die Fahrt immer wieder fort. Auf diese Art lernten wir kennen die Städte Almeria, Carthagena, Alicante, Valencia und Taragona. Ueberall wurden wir mit den unausstehlichsten Formalitäten empfangen."

„Von allen den Städten bleibt Valencia unstreitig die interessanteste, da auch die Umgegend grün und cultivirt ist. Ueberall herrschte die größte Aufregung, wegen des Triumphes, den hier die Ultraliberalen so leicht erfochten haben; kein Mensch glaubt sich sicher und das Leben vieler hundert ungeschützter Angestellter schwebt an einem Haare. Da ich vermuthe, daß Euch ein detaillirter Bericht über den Zustand Spaniens interessiren würde, so werde ich auf einem besondern Bogen in Umrissen Euch mittheilen, was nur undeutlich in den Zeitungen und ohne daß man in Spanien gewesen ist, gar nicht zu erfahren ist und was ich aus den mündlichen Mittheilungen mehrerer höchst aufgeklärter Männer der moderirten liberalen Parthei, sowie aus dem, was ich mit eigenen Augen gesehen habe, verfaßt habe."

„Gestern also, am 31. Juli fuhren wir gegen 1 Uhr in den herrlichen Hafen von Barcelona ein und waren nicht wenig erstaunt und theilweise erfreut, als wir auch nicht die geringsten Ehrenbezeugungen bemerkten, sondern kaum vermeiden konnten, daß man, nachdem man uns hatte drei Stunden warten lassen, unsere Koffer durchsuchte."

„Die Ursache war, daß Espartero die Stadt in Belagerungszustand erklärt hatte, um besser freie Hand zu haben."

„Wir wanderten zu Fuße einem Gasthofe zu, in dem wir eben im Begriffe standen uns Zimmer auszusuchen, als eine Deputation von der Stadt und der englische Consul erschienen, um uns in ein besonders eingerichtetes Palais zu geleiten. Wenig Stunden darauf kam auch der Oberceremonienmeister der Königin, um mich zu bekomplimentiren und im Namen der Königin um Verzeihung zu bitten, wegen des unerhörten Empfanges."

„Man hatte uns nun wirklich in ein weites großes Palais eines verbannten oder entflohenen Granden, in dem aber kaum Stühle, noch Tische waren, geführt. Ein gutes Diner stellte jedoch alles wieder in's Gleichgewicht und

die Nacht brachte, ohngeachtet Milliarden von hüpfenden Unthieren, die nach unserem Blute lechzten, das Ende aller unsrer Ermüdungen, da wir die sechs vergangenen Nächte auf harten Bänken auf dem Verdecke wegen Mangels an Platz hatten zubringen müssen."

„Der englische Consul und die englischen Offiziere, welche bei der Armee sind, hatten uns in Kurzem jedoch von Folgendem in Kenntniß gesetzt."

„Die Königin ist von Espartero im Schlosse gefangen gehalten, die Armee ist ihm blind ergeben, wie der Plebs und die Ultraliberalen, die Garde weniger. In der Stadt stehen 4000 Mann, 16 000 in der nächsten Umgegend, neben dem noch 3000 Mann schlecht gesinnter Nationalgarden. Eine Masse von Truppen umlagern Tag und Nacht das Schloß, die früheren Minister sind geflohen. Die Behörden der Stadt, wie die jetzigen Minister sind gemeine, dumme Menschen und gänzlich Creaturen jener radicalen Partei, wie der General Espartero selbst, der so schändlich die Rolle geändert hat."

„Am frühen Morgen schon erschien der Oberceremonienmeister wieder und theilte mir den Wunsch der Königin mit mich um 5 Uhr zu sehen. Während des Vormittags erschien hierauf der große Herzog von Vittoria (Espartero) ganz von oben bis unten in Gold gestickt, mit seinem ganzen Generalstab, der über 30 Mann stark war und die ganze Generalität, sodann sämmtliche Civilbehörden in ungeheuerer Zahl."

„Um drei Uhr endlich schifften wir uns in einem furchtbaren Wagen ein, um zu Hof zu fahren. Das ganze Hofpersonal besteht nur in jenem unglücklichen Ceremonienmeister, der zitternd und zagend mich zur Königin führte, die mich vor ihrer Thüre, von der kleinen minorennen Königin und ihrer Schwester umgeben, selbst empfing. Ich sah weder eine Dame noch einen Herrn, noch selbst einen Bedienten. Die Wohnung erschien mir noch schlechter eingerichtet als die meinige, und die hohe Herrscherin selbst nur höchst ärmlich gekleidet. Sie ist eine äußerst schöne und sehr anziehende Dame, dabei im höchsten Grade liebenswürdig und herablassend und ich kann mich rühmen, daß sie sich mit mir unterhielt, als ob ich ein alter Freund wäre. Die Ereignisse des Tages waren natürlich das einzige Gespräch und sie schilderte mir mit brechendem Herzen ihre jetzige Stellung und schloß mit Thränen in den Augen und mit den Worten: „Je suis la plus malheureuse femme du monde."

„Ich konnte ihr den traurigen Stand der Provinzen nicht verhehlen und bemerkte mit Freuden, wie sie von allem unterrichtet, aber tief gebeugt war, nicht die Mittel zu haben, zu helfen."

„Nach einer Conversation, welche beinahe eine Stunde gedauert hatte, entließ sie mich wieder und wir statteten hierauf Espartero unsern Besuch ab".

„Er ist ein kleiner unansehnlicher Mann ohne alle Formen, linkisch und verlegen und spricht nur sehr gebrochen französisch."

„Demungeachtet unterhielt ich mich lange mit ihm und erhielt ein ziemlich klares Bild über die Armee und die jetzige Stellung. Seit vier Tagen ist der Krieg nun als völlig beendet zu erklären und man sieht täglich viele Truppenabtheilungen, Verwundete und Gefangene vorüberziehen. Alles was ich von Truppen sah, hat eine schöne militärische Tournüre und scheint in guter Disciplin gehalten zu sein. Die Stadt selbst wimmelt von Soldaten."

„Soeben schreibt mir der englische Consul, daß ich noch heute Nachmittag einen Brief an Euch abschicken könne, ich schließe daher. Wenn es mir möglich sein wird, werde ich von Marseille, wo ich am 6. anzulangen gedenke, wieder von mir hören lassen; lebt wohl, Ihr Lieben; von Euch habe ich seit 3 Wochen nichts gehört, hoffentlich seid Ihr wohl."

Mit inniger Liebe

Euer treuer Bruder
Ernst.

„P. S. Während ich hier schrieb, erhielt ich von einem Adjutanten von Espartero die Nachricht, er habe mir zu Ehren eine Parade befohlen und werde mich heut Nachmittag dazu abholen. Es sollen gegen 6000 Mann zugegen sein".

Was ich in der Nachschrift des voranstehenden Briefes ankündigte, fand am Nachmittage des 2. August wirklich statt. Espartero hatte mir zu Ehren eine so imposant wie möglich ausgeführte Parade abgehalten. Die Truppen mußten aber bei dem Mangel eines passenden Exerzierplatzes auf den Boulevards der Stadt aufgestellt werden. Nachdem wir die lange Linie derselben abgeritten hatten, wendete sich Espartero an mich mit der Bitte, ob ich mich nicht zu der Königin begeben möchte, um sie zu bestimmen, auf dem Balkon ihres Gefängnisses dem Defiliren der Truppen zuzusehn. Bei dem Einfluß, den ich wie kein anderer in diesem Augenblicke auf die Königin zu nehmen im Stande wäre, fügte Espartero hinzu, könnte mir diese, für den Frieden eines Landes so wichtige Aufgabe nicht schwer fallen.

Und in der That, wie eben die Sachlage war, schien es das beste, daß die Königin sich entschloß, den Schein der Autorität zu retten, da sie die wirkliche Macht doch nicht mehr zu halten im Stande war.

Ich ritt also nach dem Schlosse und verfügte mich zur Königin. Ich suchte sie zu überreden, den Willen des Gewalthabers zu erfüllen. Sie war aber schwer zu bestimmen. Es spielte sich eine Szene ab, die noch lebhafter war als die, welche ich Tags zuvor mit ihr erlebte und welche in dem oben mitgetheilten Brief geschildert ist. Schließlich gab die Königin doch nach, er=

schien wirklich auf dem Balkone des Schlosses und nöthigte mich an ihrer Seite zu bleiben.

Man erblickte in diesem so plötzlich inszenirten Ereigniß eine Art von Versöhnung zwischen der Königin und Espartero und während zuvor mancherlei von dem unruhigen Geist, der unter den Garden gegen Espartero sich zu regen begonnen hätte, gesprochen worden war, hielt man jetzt eine Verständigung für möglich.

Espartero führte die Truppen mit den üblichen Ehrenbezeugungen vor und die Königin bewies durch ihr Erscheinen auf dem Balkon, daß sie dem Herzog und der Armee gegenüber ihre Rechte aufrecht hielte. Die siegreiche Armee und ihr aufständischer General hatten dem monarchischen Prinzip eine Art von Huldigung geleistet. Daß jedoch das Verhältniß, welches so angeknüpft zu sein schien, von großem Werthe, oder von Dauer sein würde, einer solchen Hoffnung habe ich mich nicht hingegeben und so konnte mich der weitere Verlauf der Dinge nicht überraschen.

Die Regentschaft des radikalen Generals nahm wenigstens gesetzliche Formen an. Als ich aber fünf Jahre später wieder Spanien besuchte, hatte bereits Narvaez die Macht in Händen und die westlichen und europäischen Mächte begannen bereits ernstlich dahinzustreben, durch die Verheirathung der minorennen Königin, eine festere Gestalt der Dinge in Spanien herbeizuführen. Ich werde später den Faden dieser Ereignisse wieder aufzunehmen haben.

Zunächst reiste ich nach mehr als sechsmonatlicher Abwesenheit über Marseille und die Schweiz nach Coburg heim, wo eben die Herzogin von Kent anwesend war. Da der Urlaub, welchen mir der König von Sachsen ertheilt hatte, indessen zu Ende gieng, so kehrte ich nach Dresden zurück. Ich fand Deutschland in einem der aufgeregtesten Momente, deren ich mich aus meinen jüngern Jahren zu erinnern weiß. Eben damals glaubte die Welt unmittelbar vor einem allgemeinen Conflikte der europäischen Mächte, vor einem neuen großen Coalitionskrieg gegen das übermächtige Frankreich zu stehen.

Zwanzig Tage nach der Hochzeit der Königin Viktoria, trat in Paris das Ministerium Thiers in das Amt, welches bestimmt war, in den europäischen Verhältnissen einen Sturm zu erregen, wie man einen solchen seit einem Vierteljahrhundert nicht erlebt hatte.

Louis Philippe hatte sich ungern dazu bequemt das persönliche Regiment aufzugeben, welches er, vermöge seines dominirenden Einflusses in dem Kabinet des 12. Mai 1839 ausgeübt hatte.

Wenn sich die Opposition unter Thiers und Guizot in großen und kleinen Dingen, dem Könige persönlich feindlich gezeigt hatte, so konnte sich Marschall Soult nicht gerade großer Erfolge in der auswärtigen Politik rühmen.

Die orientalische Frage war im Jahre 1839 in das bedenklichste Stadium des Kampfes zwischen Aegypten und der von England und Rußland beschützten Pforte getreten. Die Schlacht bei Nisib am 24. Juni zerstörte alle Illusionen über das Genügen moralischer Unterstützungen und über die Vermeidlichkeit unmittelbarer kriegerischer Leistungen von Seite Rußlands und Englands im Kampfe gegen den ägyptischen Pascha. Der Tod des Sultans Mahmud, der Verrath der türkischen Flotte, und die Thronbesteigung des sechszehnjährigen Abdul Medjid, schienen zu sagen, daß die Pforte aufgehört habe eine Macht zu sein.

Das Erbe derselben anzutreten rüstete sich der Sieger von Nisib, welcher sich knirschend in den Wunsch Frankreichs fügte, nicht weiter in seinen Eroberungen fortzuschreiten. Aber dieses Verlangen, welches durch den Adjutanten Soults, den Major Cullier selbst überbracht war, schloß das Versprechen in sich, daß der König Louis Philippe sich für den Besitz von Syrien Mehemet Ali gegenüber verbürgte. So stellten sich Frankreich und die Ostmächte einander schroff gegenüber.

Ob es gelingen konnte, England auf Seite der Franzosen festzuhalten, hätte Louis Philippe wenigstens so lange bezweifeln müssen, als Lord Palmerston am Ruder der äußern Politik stand, denn dieser war, wie er es doch selbst ausgesprochen hatte, entschlossen Frankreich zu demüthigen. Dem haltlosen Ministerium Soults spielte die Opposition noch den üblen Streich, daß das Parlament die Dotation des Herzogs von Nemours aus Anlaß von dessen Vermählung mit meiner Cousine verweigerte.

In der letzteren Beziehung fand der König, daß die Minister nicht genug in der Sache gethan hätten. So war die Lage Thiers nach keiner Seite beneidenswerth, als er am 1. März 1840 an die Spitze der Regierung trat. Daß der König gezwungen wurde, selbst in den äußerlichsten Fragen und Angelegenheiten vor dem ministeriellen Regiment zu capituliren, ist bekannt genug, und die siegreiche Opposition ersparte es Louis Philippe nicht, möglichst öffentlich damit zu prunken, daß der persönliche Einfluß der Krone, dem strengen constitutionellen Systeme gewichen sei.

Während die öffentliche Meinung in Frankreich gegen Rußland und England einen immer gereizteren Ton angenommen hatte, war die Regierung durch den Vertrag der vier Großmächte, mit Ausschluß von Frankreich, vom 15. Juli, vor die Frage von Krieg und Frieden gestellt. Der Kriegslärm in Deutschland und Frankreich begann. Niemand vermochte sich dem populären Geschrei von hüben und drüben zu entziehen. Wie dort selbst Litteraten, wie Edgar Quinet, der seit Jahren den wissenschaftlichen und geistigen Ausgleich von Deutschland und Frankreich erstrebt und gepredigt hatte, von einer unwiderstehlichen Begierde nach deut-

schem Boden ergriffen worden waren, so zerstörten in Deutschland die Erinnerungen an die großen Befreiungskriege, rasch die liberalisirenden Sympathien für das freisinnige Frankreich der Julidynastie.

Es sind gute Worte, in welchen einer der besten deutschen Kenner Frankreichs die Lage der Dinge bezeichnete und welche ich hier gerne auch auf die Entwickelung meiner eigenen aus dieser Zeit stammenden deutschen Empfindungen angewendet wissen möchte:

„Das waren die Tage der Empfängniß für Deutschland. Der Einheitsgedanke, mit dem es seit dreißig Jahren geliebelt, wohl auch geschmollt, faßte erst Wurzel, als sich die französischen Völkerbefreier und Völkerbeglücker so unvorsichtig als ländergierige Eroberer verriethen; aus war es für den Kern der Nation mit den französischen Idealen, Heine'schem Imperialismus, Börne'schem Jakobinerthum, Rotteck-Welcker'schem Constitutionalismus — die bis jetzt vielfach gehemmte Strömung der nationalen historischen Freiheitsliebe gewann in jenen Stunden der Aufregung für immer die Oberhand."

Die Haltung Louis Philippes in dem Streite der Mächte war eine in vieler Beziehung widerspruchsvolle, und es hat nicht an Männern gefehlt, welche meinten, daß es nie die Absicht des Königs war, sich in einen Krieg verwickeln zu lassen, welcher seine Krone auf's Spiel setzte. Eben in jenem Augenblicke faßten die Napoleonischen Reminiszenzen in Frankreich festeren Fuß, als je zuvor. Thiers entfesselte die politischen Ideen des Kaiserreichs und Louis Philippe suchte den Schatten des Kaisers durch die Ehren und Huldigungen zu besänftigen, welche seiner Asche und seinem Bilde von Amtswegen erwiesen wurden.

Während der lebende Erbe des Kaiserthums, Louis Napoleon nach dem Boulogner Attentat seiner Verurtheilung entgegensah, waren die Leidenschaften der Nation gegen die Coalition noch einmal wachgerufen worden, welche dessen Oheim gestürzt hatte.

Hatte Louis Philippe sich wirklich stark genug gefühlt, mit diesen gewaltigen Fragen zu spielen? War es ihm, wie andere sagten, nur um die Befestigungen von Paris zu thun, welche die Stadt endlich im Zaume halten sollten, die noch ein Jahr zuvor in dem Aufstande Barbés und Blanquis das unheimliche Gespenst der sozialistischen Revolution erscheinen sah?

Es gibt keinen besonnenen Geschichtsschreiber, welcher auf diese Fragen nach dem bisher vorliegenden Materiale eine unbedingte Antwort zu geben vermöchte. Der Mann, welcher wahrscheinlich das begründetste Urtheil über diese persönlichsten und intimsten Gründe der folgenschweren Ereignisse besaß, war König Leopold. In den entscheidendsten Tagen, nach dem Abschluß der Convention vom 15. Juli, war er selbst in Paris anwesend, die einzige Person,

welche im Range der Könige den Beherrscher Frankreichs zugleich und den Schwiegervater zu sprechen und zu beobachten Gelegenheit hatte. Er hatte sich somit ohne Vermittlung eines Ministers, welcher Louis Philippe verhaßt war, ein Urtheil bilden können.

Die Ansicht des Königs über den ganzen Kriegslärm wird man vielleicht am besten aus einigen Worten eines Briefes meines Bruders vom 22. August entnehmen:

„Louis Philippe soll außer sich darüber sein, — es ist von der spanischen, Espartero begünstigenden, Politik Lord Palmerstons die Rede — und es bringt ihn dies noch mehr gegen England auf, als selbst die orientalischen Angelegenheiten. Onkel Leopold ist seit 14 Tagen ungefähr hier und schlägt sich mit allen Gesandten und Ministern herum, um den Frieden zu erhalten, den der Unverstand vieler Leute gefährdet."

„Er sagte mir gestern mit halbgeschlossenen Augen und feinem Lächeln: „Oxenstierna hat gesagt, es wäre zu verwundern, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert würde."

Im September darauf war König Leopold in Wiesbaden und schrieb von hier einen höchst eingreifenden Brief an Metternich, der ohne Zweifel nicht wenig beitrug, daß der Krieg vermieden wurde:

Wiesbaden, 15. Septbr. 1840.

„Es wird mir schwer Euer Durchlaucht auszudrücken, wie sehr mich Ihr langes und vertrauensvolles Schreiben beglückt hat, und welchen tiefen Eindruck das praktische und milde Auffassen dieser verwickelten und unangenehmen Complicationen auf mich gemacht hat. Es gilt mehr als je, diese Complicationen einer praktischen und verständigen Lösung zuzuführen."

„Ich erhielt von Lord Palmerston die Mittheilung der endlich abgegangenen Depesche, begleitet von einem Schreiben vom 4. Septbr., in dem er sehr aufgeregt war über die Redensarten des Mr. de Pontois zu Constantinopel."

„Gegen Vieles in der Redaktion der Depesche habe ich nichts einzuwenden; es war natürlich, daß er sich vertheidigte, gleicher Maßen war es unsre Ansicht zu Windsor, daß es nicht nöthig sein würde herauszuheben, daß man über die Hauptsache, die Erhaltung der Pforte, immer einverstanden gewesen wäre; desgleichen, daß die Mächte durchaus keinen andern Zweck vor Augen gehabt hätten, noch eigenen Vortheil in der Sache verfolgten."

„Man hätte aber die Depesche versöhnlicher gewünscht, sowie auch, daß sie bestimmt ausspräche, daß man nun über die Gesammtfragen sich unter den fünf Mächten verständigen müsse. Dies hingegen scheint weit hinausgeschoben und nur als Folge der gänzlichen Execution der Convention zugelassen zu werden."

„Palmerston erklärte mir am 23. August, die Depesche kann nur ein Früh=

stück sein, wogegen unsere Declaration, bei Mittheilung der Convention, nach erfolgter Ratifikation an Frankreich bestimmter die Nothwendigkeit fernerer unmittelbarer Unterhandlungen mit Frankreich aussprechen könne."

„Ich habe am gestrigen Tage dem 14., da ich erst einige Auskunft abwarten wollte, an die Königin, Melbourne und Palmerston meine aufrichtige Meinung über die Gefahren des jetzigen Zustandes der Dinge ausgesprochen. Diese Mittheilungen werden zu Folge der jetzt erleichterten Communikation am 17. schon ihre Bestimmung erreichen."

„Nun halte ich es aber für meine Pflicht nicht einen Augenblick zu zögern, um Euer Durchlaucht ebenfalls meine gewissenhafte und weiß es der Himmel, ganz unpartheiische Ansicht mitzutheilen. Sie allein, mein theuerster Fürst, können hier heilsam einwirken, denn wessen Rath, wessen Meinung sollte wohl in England größern Eindruck machen, als die Ihrige!"

„Meine Ansicht ist diese:"

„Werden alle ferneren Unterhandlungen mit Frankreich bis nach der Execution der Convention aufgeschoben, so glaube ich, daß Frankreich dann nicht mehr darauf entriren wird und daß überhaupt Krieg und Verwirrung unvermeidlich sind."

„Da man von den Leuten nichts verlangen muß, was sie nicht mit Anstand zugestehn können, so habe ich die Stellung des englischen Ministeriums in Bezug auf ein versöhnliches und nachgiebiges Benehmen beleuchtet und sie scheint mir wie folgt: Durch die Convention ist der den Engländern höchst unangenehme Tractat von Unkiar Skeleßy beseitigt. Ferner ist die Convention selbst, wenn sie mit Moderation gehandhabt wird, höchst wahrscheinlich das Mittel, die Turco Egyptisch Question zu erledigen. Das englische Cabinet hat also offenbar einen wahren Succes gehabt."

„Nichts fehlt hieran, als daß dies Alles sich nun auch ohne Fehde mit den europäischen Mächten endige. Um dies zu bewerkstelligen gibt es nur ein Mittel, selbst nach Euer Durchlaucht gehaltvollem Ausspruch, nämlich: mit Frankreich über die Gesammtfragen zu unterhandeln, welcher Vertrag dann die Convention absorbiren könnte, wie der Tractat vom 19. April 1839 dem Tractat vom 15. Novbr. 1837 in einer besondern Art ein Ende macht, sowie auch der Convention vom 27. Mai 1833."

„Euer Durchlaucht werden mit dem, Sie so sehr auszeichnenden praktischen Blicke sogleich erkennen, daß Unterhandlungen dieser Art der einzige Schild sind, was König und Minister in Frankreich den Parteien und der ausgelassenen Presse entgegen halten können. Ja das einzige Mittel, wenn etwas der Art vorkommen sollte, um in Frankreich einen Ministerwechsel zuzulassen."

„Ohne existierende Unterhandlungen über einen Gesammtvertrag kann

weder Thiers nunmehr aus seinen Kriegs-Rüstungen heraus, noch wäre es einem neuen Ministerium möglich einzutreten. Man muß dem Land sagen können: es existieren Unterhandlungen, die gestatten, daß wir ohne unserer Ehre etwas zu vergeben, die Orientalish Question arrangiren; laßt nur das Gouvernement gewähren und beruhigt euch."

„Schlägt man dagegen ab, jetzt gleich Unterhandlungen anzufangen, die sich immer denn etwas in die Länge ziehen möchten, so exasperirt man l'amour propre Français dergestalt, daß man bei der ungeheuren Ungeduld dieser Leute ganz bestimmt einer offenen Fehde nicht entgehen wird."

„Palmerston wünscht natürlich den Krieg auch nicht, doch glaubt er, daß es hinlänglich ist, den Franzosen so viel als möglich die logischen Gründe hierzu weg zu demonstriren."

„Hierüber habe ich ihm aber meine Ansicht nicht vorenthalten; bleibt Frankreich ganz frei und ungebunden, durch im Gange sich befindende Unterhandlungen, so kann es kaum fehlen, daß nicht die Zwangsmittel, die die Exekution der Convention nöthig machen, entweder eine Insulte in specie für Frankreich herbeiführen, oder Begebenheiten, von denen Frankreich sagen könnte, sie bringen dem Gleichgewicht in Europa, oder dem französischen Interesse Gefahr. Um diesem zu begegnen, würde es entweder Krieg führen, oder sich irgend ein Pfand nehmen, Candia zum Beispiel."

„Zum Schluß muß ich Euer Durchlaucht beschwören, zu bedenken, daß in Frankreich die ganze Jugend nichts so leidenschaftlich wünscht, als den Krieg, daß der jetzige Zustand von Ungewißheit alle bösen Leidenschaften, die sich bis jetzt an Unmöglichkeiten den Kopf nicht einstoßen wollten, wieder aufleben macht, und daß ich weiß, daß deutsche Liberale geäußert haben, den jetzigen Zustand in Deutschland können wir nur durch Krieg loswerden."

„Palmerston denkt eigentlich über dies alles wie ich, aber seit er vor vier Jahren in der spanischen Frage einen ihm empfindlichen Widerspruch von Seiten des Königs Louis Philippe erfuhr, ist er noch nicht versöhnt und aus Rachsucht geneigt, Frankreich schonungslos zu behandeln. Ich schreibe Ihnen dies nur im größten Vertrauen, doch weiß ich von Melbourne selbst, daß es so ist."

„Selbst im jetzigen Augenblick ist das englische Cabinet leidenschaftlich für die Anarchisten in Spanien. Ich habe wegen Espartero eine große Fehde zu bestehen gehabt, jedoch meine Ansicht über dessen schändliches Betragen tapfer vertheidigt. Wenn man dies Alles genau kennt, so kann man nicht umhin, die seltsamen Complikationen zu bewundern, die vielleicht Ursache sein werden, daß Oesterreicher und Preußen Krieg machen werden, weil Palmerston unzufrieden über seine in Spanien gegen Don Carlos nicht erfolgte Intervention ist."

„Der jetzige Augenblick ist meines Bedünkens der gefährlichste, den wir seit sehr langer Zeit gehabt, ungleich gefährlicher als 1830, und es gilt, Frankreich aus seiner falschen Stellung herauszuhelfen.“

„Es hat mich sehr gefreut die Bekanntschaft des Bundestags-Präsidenten zu machen; seine Art zu sein, gefällt mir erstaunlich und es spricht sich leicht und ersprießlich mit ihm. Es ist Zeit meinen langen Brief zu enden und ich füge nur noch den Ausdruck meiner herzlichen und innigen Verehrung hinzu, vergangenes Jahr konnte ich dies mündlich thun, wäre dies nur jetzt auch möglich.“

Leopold.

König Leopold war, wie man sieht, überzeugt, daß Louis Philippe nicht ernstlich den Krieg wollte und er baute auf diesen Umstand. Die Rathschläge, welche er Metternich für den anzubahnenden diplomatischen Ausgleich ertheilte, wurden thatsächlich genau befolgt. Wie richtig aber König Leopold den König Louis Philippe und seine Franzosen beurtheilt hatte, bewiesen die nachfolgenden Ereignisse, unter denen der Sturz Thiers jedenfalls die Erhaltung des Friedens zu bedeuten hatte.

Am 29. Oktober trat Guizot an die Spitze der Regierung. Er inaugurirte den Frieden mit England und eine Politik der Freundschaft, welche die Stimmung beruhigte, bald aber dem neuen Ministerium den Beinamen des „englischen“ eintrug. Die Kanonen der nunmehr verbündeten Westmächte bewirkten im Oriente, daß Syrien von Egyptens Herrschaft befreit und Mehemet Ali gedemüthigt wurde. Rußland aber sorgte dafür, daß der brauchbare Rivale der Pforte nicht ganz vernichtet wurde.

Guizot stellte auch mit Preußen und Oesterreich ein Einverständniß her, so daß die allgemeine Abrüstung des Continents ihren friedlichen Fortgang nehmen konnte. Freilich mußte der König Louis Philippe den deutschen Mächten die Erklärung geben, daß er seine Armee auf das äußerste zu reduzieren bemüht sein werde und daß er sie nur so stark erhalte, um Frankreich vor der Revolution zu behüten. Denn da die Armee die einzige wirkliche Stütze sei, auf die man sich in Frankreich verlassen könne, so möge man ihm, setzte er bittend hinzu, nicht die Kniesehnen durchschneiden, wenn er sich überhaupt behaupten solle. Dies freilich war mehr, als der Stolz der Nation vertragen konnte. Langsam, aber in immer weitern Kreisen brach das Gefühl durch, daß das Julikönigthum abwärts schreite.

Den deutschen Mächten war der diplomatische Triumph über das kriegslustige Frankreich in erster Linie zu Gute gekommen. Aber wenn man die Hilflosigkeit betrachtete, mit welcher Deutschland dem französischen Angriff ent-

gegengesehen hatte, so lag darin eine Mahnung, von welcher die Nation erwarten konnte, daß sie die beiden Großmächte zu einer Neugestaltung der deutschen Bundesverhältnisse bestimmen sollte.

Unmittelbar nach dem Ausbruch des großen Kriegslärms des Jahres 1840 war am 7. Juni Friedrich Wilhelm III. gestorben und im mystischen Glauben an Zahlen, knüpfte man unter dem Hinweis auf die Säcularfeier des Regierungsantrittes Friedrichs II. an den Namen und die Person des Nachfolgers, die weitgehendsten Hoffnungen.

Das alte Europa gefiel sich noch in der patriarchalischen Art der Veröffentlichung von Testamenten, in welchen sich dahingeschiedene Monarchen zum letztenmale mit moralischen und politischen Anweisungen an ihre Völker und Nachfolger zu wenden pflegten.

Mit vieler Rührung las man in konservativen preußischen Kreisen auch den letzten Willen Friedrich Wilhelms III., „an seinen lieben Fritz", den er vor der um sich greifenden Neuerungssucht, ebenso wie vor aller zu weit getriebenen Vorliebe für das alte warnte.

Bedenklicher noch als diese wohlgemeinte Phrase war es, daß der alte Herr in der großen Politik seinem Sohn nichts besseres zu rathen wußte, als die festeste Eintracht und unerschütterliches Festhalten an Rußland und Oesterreich. Und dies in einem Augenblick, wo man in dem großen Streite der Nationen vor allem Deutschland bedroht sah und nach Preußen blickte, welches keine Miene machte, die Fahnen von 1813 zu entrollen.

Friedrich Wilhelm IV. erklärte dem französischen Gesandten Bresson gegenüber, er habe den Vertrag vom 15. Juli nur unter der Bedingung ratifizirt, daß er nicht genöthigt werde, zum Schwerte zu greifen. Einen Augenblick nahm er die Stellung eines selbständigen Mannes an, um sofort sich dem Drängen Rußlands wieder zu beugen.

Die preußischen Generäle kamen nach Dresden und Wien, um die eventuellen Kriegsmaßregeln zu besprechen aber ebenso rasch und demonstrativ wurden sie heimberufen, als der Friede kaum winkte. Viel schwerere Sorgen bereiteten dem neuen Könige die von ihm selbst erregten Hoffnungen, für die Erfüllung jener Versprechungen, die sich auf die Einführung verfassungsmäßiger Zustände bezogen und welche schon sein Vater gegeben, aber nie eingelöst hatte.

Als der neue König am 7. September in Königsberg die Krönung vollzog, ließ er zum erstenmale das dunkle Wort von dem historischen Boden vernehmen, welcher das System der repräsentativen Verfassung in Preußen ausschließe. Seine Rede war nur halb verstanden worden; die Liberalen redeten sich ein, daß der geistreichste Prinz unmöglich ein Reactionär sein könne.

Die eigenthümliche Verbrämung, Verquickung und Verzerrung von Fortschritt

und Freiheit mit Mittelalter und Autoritätsglauben hatte noch keine politisch greifbare Gestalt erhalten und vermochte nicht rasch verstanden zu werden. Die Zukunft sollte Belehrung genug geben.

Man bejubelte die Ernennung Eichhorns zum Kultusminister, als Altenstein bald seinem Könige in's Grab gefolgt war und man konnte nicht begreifen, daß ein vertrauter Freund Schleiermachers bald darauf ein entgegengesetztes System verfolgen sollte.

Es kam die Zeit der offiziellen Philosophie Schellings und des Romantikers auf dem Throne. Es wäre für mich verlockend, die merkwürdige geistvolle und doch in gewisser Art so unglückliche Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. gleich hier nach allen Seiten zu schildern; der König steht mir wohl in viel größerer Deutlichkeit vor Augen, als den meisten noch lebenden Zeitgenossen, aber es mag gestattet sein, in diesen Lebenserinnerungen, nach dem Muster eines guten Dramas, die volle Kenntniß der Personen eben erst in solchen Momenten zu vermitteln, wo die Haupthandlung ihren Verlauf nimmt. Und da es mir ja auch vergönnt war, in den hervorragendsten Momenten der Geschichte Friedrich Wilhelms zu den mithandelnden Personen der Action zu gehören, so wird sich Gelegenheit finden, den König alsdann voll und ganz zu zeichnen.

Zunächst hatte ich eine kleine mehr auf meine persönlichen und auf die Coburgischen Verhältnisse bezügliche Begegnung mit Friedrich Wilhelm IV., die so charakteristisch war, daß sie wohl etwas breiter erzählt werden darf.

Der Regierungswechsel in Preußen hatte meinem Vater die Hoffnung gegeben, auch in einer particularen Angelegenheit von Coburg mit Preußen zu einem Abschlusse zu gelangen. Da man nun wußte, daß Friedrich Wilhelm IV. schon als Kronprinz mir gewisse Zeichen seiner Zuneigung gegeben hatte, so war ich dazu ausersehen, den König in Berlin nicht nur persönlich zu begrüßen, sondern auch als Vermittler in der verwickelten Rechtsfrage unseres Hauses zu dienen.

Die Sache betraf die endliche Durchführung des Tausches jenes Ländchens am Rhein, welches Preußen im Wiener Congreß so ungern als Enclave in die Hände meines Vaters übergehen sah. Die Stürme der Julirevolution hatten, wie oben bemerkt, die Unhaltbarkeit des kleinen Besitzthums deutlicher gemacht.

Im Jahre 1833 war endlich ein Vertrag zwischen den beiderseitigen Regierungen festgesetzt worden, dem nur noch die Ratifikation von Seiten des Königs von Preußen fehlte. Die Sache schien aber so gut, wie abgemacht und Coburg sollte durch Domänen in der Provinz Sachsen Ersatz für das Fürstenthum Lichtenberg erhalten.

Man glaubte so sehr, daß alles in Ordnung wäre, daß mein Vater dem Fürsten Metternich Mittheilung davon machte und hierauf von diesem das fol-

gende Schreiben erhielt, nach welchem wohl kein Zweifel ist, daß die Sache wirklich als abgeschlossen betrachtet worden war. Am 31. Juli 1833 schrieb Metternich an meinen Vater:

Euer Durchlaucht

„verehrtes Schreiben vom 24. d. M. habe ich gestern empfangen."

„Ich begreife die Gefühle, welche Höchstdieselben in Beziehung auf das abgeschlossene Geschäft hegen. Wenn es Schmerz gekostet haben muß, ein souveränes Gebiet gegen Domänen zu vertauschen, so ist das Geschäft auf anderer Seite durch solche Betrachtungen motivirt, daß es im Resultate dennoch zu den guten gerechnet werden muß."

„Die deutschen Regierungen haben in unserer bewegten Zeit Mühe genug, Ordnung in den Theilen ihrer Gebiete zu erhalten, welche unter dem direkten Einflusse der Central-Regierungen stehen. Wie es mit entfernten Gebietstheilen geht, wenn diese insbesondere in einem schlechten Länderstriche, wie das linke Rheinufer, gelegen, beweist die tägliche Erfahrung."

„Ich wünsche Euer Durchlaucht daher aufrichtig Glück zu der getroffenen Maßregel, sie ist eine der Ruhe für Sie und das Land."

„Geruhen Höchstdieselben die Versicherung der vollkommensten Anhänglichkeit und Verehrung zu genehmigen mit der ich verbleibe, Euer Durchlaucht

gehorsam ergebener Diener

Metternich."

Königswarth, 31. Juli 1833.

Allein die Meinung, daß wir nun am Ziele wären, stellte sich alsbald als eine Täuschung dar.

Mein Vater begieng den Fehler, daß er sich die ihm zugedachten Domänen in der Provinz Sachsen besah, und dadurch die Aufmerksamkeit des Publikums erregte. Der damalige Oberpräsident und spätere Minister Rochow machte hierauf den damaligen Kronprinzen bei Gelegenheit einer Truppeninspektion in der Provinz Sachsen auf den für die Krone Preußens angeblich höchst ungünstig abgeschlossenen Vertrag aufmerksam und wie wir später erfuhren war es der Kronprinz selbst, der die Ratifikation des Vertrages bei seinem königlichen Vater zu hindern wußte.

Als nun Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung kam, glaubte mein Vater den passenden Moment gekommen, um bei dem neuen Könige die Sache durchzusetzen.

Ich reiste von Dresden nach Berlin und suchte mich zunächst bei den Ministern über die Ursachen der Verzögerung der Ratifikation des Vertrages zu informiren. Allein bei diesen Amtspersonen fand ich wenig mehr als Achsel-

zucken und mysteriöse Andeutungen über die hier vorliegenden Schwierigkeiten, die nun nicht allein sachlicher, sondern höchst persönlicher Natur geworden wären.

Als ich so vergeblich den gewöhnlichen Weg betreten hatte, entschloß ich mich zu einem direkteren Vorgang und ergriff bei der Tafel des Königs die Gelegenheit zu bemerken, wie ich wohl hier nichts erreichen würde, wenn ich nicht in die Lage käme, dem Könige selbst die Angelegenheit vorzutragen. Mit größter Liebenswürdigkeit beschied mich Se. Majestät gleich am nächsten Vormittage zu einer Conferenz.

Ich setzte mich zur rechten Stunde in Bewegung und kam, mit Akten und Papieren wohl ausgerüstet, beim Könige an, wobei ich nicht unterließ, mir ein wohlüberlegtes juridisches Exposé zu entwerfen.

Der König hörte mich anscheinend fast zustimmend an, aber wie ich ausgeredet hatte und endlich an das königliche Wort erinnerte, welches sein Vater gegeben hatte, gefiel er sich in einer unglaublichen Szene.

„Glauben Sie wohl, daß ich alle die Dummheiten, welche mein Vater geschehn ließ, fortsetzen werde," schrie er mit zorngeröthetem Gesicht, „diese Rathgeber waren Dummköpfe, welche alles und jedes verdorben und verfahren haben." Und indem er immer donnernder seinem Unwillen gegen die verflossene Regierung Luft machte, schlug er das Tintenfaß entzwei, daß es weithin spritzte und der peinliche Moment gleichsam durch ein Ungefähr beendigt wurde.

Darauf entschuldigte er sich, wurde ganz sanft und fügte alsdann nur noch höflich und freundschaftlich hinzu, daß er den Austausch des Gebietes gegen Abtretung von Domänen, wirklich nicht genehmigen könne.

So endete die Conferenz.

Ich glaube kaum hinzufügen zu müssen, daß ich starr war, und ich weiß nicht mehr, was sich alles in meinem Innern über den räthselhaften Mann damals bewegte. Ich erinnerte mich wohl an die welthistorische Affaire, der von Napoleon zerbrochenen kostbaren Tasse im Schlosse von Leoben, aber ich fand den Gegenstand nicht ebenbürtig und welthistorisch genug, um seinethalben den Napoleon zu spielen. Es war also des Königs eigenste Natur, auf diese Weise aus sich herauszugehen. Der König, der mich noch mit dem Zauber seiner frühern kronprinzlichen Freundlichkeit umstrickt hielt, war damals ein Mann von 44 Jahren und genau noch einmal so alt als ich. Dieses Altersverhältniß trifft zwischen zwei Menschen nur einmal im Leben zu; mit den zunehmenden Jahren verschwindet die Differenz des Alters und nur zu häufig auch die Illusion, die man sich von der Bedeutung anderer gemacht hat.

Bei König Friedrich Wilhelm IV. war ich um diese Erfahrung schon nach Verlauf von einem Dezennium bereichert.

Zweites Buch.

Vor der Revolution.



Erstes Capitel.

Vermählung und Regierungsbeginn.

Man pflegt zu behaupten, daß fürstliche Heirathen im neunzehnten Jahrhundert längst aufgehört hätten eine politische Bedeutung zu beanspruchen. Die Welt, meint man, sei aufgeklärt genug, sich von den Schicksalen zufälliger ehelicher Verbindungen nicht mehr wie ehemals beeinflussen zu lassen, und der Gang der Dinge stehe im heutigen Europa hoch über den persönlichen Verhältnissen und Beziehungen einer Anzahl von historischen Familien. Ich halte diese Anschauung des staatlichen Lebens für gründlich unwahr und glaube vielmehr, daß man sich durch dieselbe das richtige Verständniß für eine Menge von historischen Ereignissen selbst muthwillig versperrt.

Doch ist es nicht meine Absicht über die politische Wichtigkeit der Ehen in den regierenden Familien hier im Allgemeinen mich zu verbreiten; ich kann nur mit Rücksicht auf meine eigenen Erfahrungen bemerken, daß unter den zahlreichen Verheirathungen, die ich in verwandten und befreundeten Häusern sich vollziehen sah, oder deren Zeuge ich gewesen bin, nur sehr wenige zu nennen wären, die nicht im Laufe der Begebenheiten irgend eine Rückwirkung auf die allgemeinen Angelegenheiten genommen hätten.

Von sehr vielen aber konnte ich die Wahrnehmung machen, daß sie unmittelbar und sehr entscheidend, auch noch in unsern Tagen, auf die Politik der Staaten nach innen und nach außen eingewirkt haben. Mehr als eine Ehegeschichte stand in dieser Beziehung den bourbonischen, habsburgischen, tudorschen und stuartschen Heirathen des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, gewiß nur sehr wenig nach.

Wann hätte es auch eine Zeit gegeben, wo fürstliche Frauen nicht einen direkten und noch mehr einen indirekten Einfluß auf die Angelegenheit genommen hätten!

Wenn ich auf meine Lebenszeit blicke, so will ich nur an die vier Schwestern aus dem bairischen Hause erinnern. In welchen andern Bahnen würde man sich die europäische und besonders deutsche Politik vorstellen müssen, wenn man

von diesen geistvollen und eingreifenden Damen absehen dürfte. Auf nichts mehr bleibt das Talleyrand'sche Wort où est la femme, auch heute noch anwendbar, als auf die Politik.

Wenn ich dem Laufe der Begebenheiten meines Lebens folgend, nun aber von meiner eigenen Ehe spreche, so meine ich vermöge meiner eigenen Stellung keineswegs, daß jene Gesichtspunkte auf dieselbe Anwendung fänden; wenn aber nach beinahe fünfzigjähriger Ehe, zwei völlig übereinstimmende Menschen sich so freundschaftlich verbunden fühlen, wie am ersten Tage, so darf ich hier wohl ausdrücklich bemerken, daß die Erinnerungen, welche ich in diese Zeitgeschichte zu verweben habe, fast ebenso der guten und edlen Frau gehören, die ich im Jahre 1842 heimgeführt, als mir selbst.

Wie ich schon früher erwähnte, scheiterte ein Versuch mich mit einer Tochter Louis Philippes zu vermählen an confessionellen Schwierigkeiten. In ähnlicher Weise war auch die Absicht mich mit dem bairischen Hause zu verbinden, unausführbar, weil an den katholischen Höfen eine Richtung die Oberhand gewonnen hatte, welche in den vorhergegangenen Zeiten confessioneller Indifferenz fast unbegreiflich erschienen wäre.

Unter den Kindern des Königs Ludwig, mit welchem mein Vater und insbesondere König Leopold, seit der Zeit der französischen Herrschaft, in den besten Beziehungen gestanden hatten, war die Prinzessin Adelgunde, die nachher den Herzog Franz von Modena heirathete, mir zugedacht worden.

Die Königin Marie von Sachsen wäre sehr geneigt gewesen, diese Verbindung zu begünstigen, wenn der Anspruch auf katholische Kindererziehung, den man auch in Deutschland schon bei gemischten Ehen zu erheben begann, Aussicht auf Erfüllung gehabt hätte. Unter diesen Umständen hatte sich das bairische Heirathsproject bereits zerschlagen, als ich nach meiner Rückkehr aus Spanien im Sommer 1840 mit einer Anzahl von sächsischen Offizieren, das Lager von Nürnberg besuchte.

Während der Dauer desselben vom 1. bis 15. September, hatte ich Gelegenheit mit dem König Ludwig und seiner Familie täglich zu verkehren und denselben näher kennen zu lernen. Sein eigenthümliches Wesen, welches sich in manchen Scherzen und lustigen Einfällen zeigte, machte auf alle, die mit ihm umgingen einen unauslöschlichen Eindruck und er lieferte auch während des Nürnberger Aufenthalts manchen Stoff zu unvergeßlichen Anekdoten.

Das Lager von Nürnberg und die Uebungen der bairischen Armee boten wenig interessantes in der damaligen Zeit. Die Stunden in denen weder manövrirt noch getafelt wurde, waren schwer genug auszufüllen und an Unterhaltungen für die vielen Fremden und einheimischen Offiziere war ein offenbarer Mangel.

An einem heißen Nachmittage nach einem ziemlich mittelmäßigen königlichen Diner auf der Burg, richtete der König, da ich mich verabschieden wollte, eine sehr kritische Frage an mich: „Wo in aller Welt können Sie nun den heutigen Abend todtschlagen?" Ich mußte die Wahrheit bekennen und sagte mit einiger Verlegenheit, daß ich in Ermanglung von etwas besserem gesonnen sei, ein Affentheater zu besuchen. Der König ergriff dies mit wahrhaft kindlicher Freude, „da gehe ich mit", rief er und obwohl ich zu protestieren versuchte, so setzte er doch seinen Willen durch und nach kurzer Zeit hatte ich mit dem gekrönten Haupte unter Marketendern, Unteroffizieren und vielem Volke in der Bude vor dem Thore Platz genommen.

Die Affen thaten unter rauschendem Beifalle ihre Schuldigkeit und als sie zum Schlusse mit Brot und Aepfeln vom Publikum belohnt wurden, entstand eine gewisse Bewegung, da der Bürgermeister ganz plötzlich im vollen Ornat in der Bude erschienen war und in einer Rede seiner Freude über die Anwesenheit seines volksthümlichen Königs patriotischen Ausdruck zu geben begann. Seine Worte vermengten sich mit dem auf allen Seiten entstandenen Beifall der Zuschauer. Da sprang der König auf eine Bank und sprach mit seiner bekannten lauten Stimme: „Wem gilt das eigentlich, mir oder den Affen?" Und hiemit lief denn alles auseinander. Nach Jahren noch fragte mich manchmal der König, wenn ich ihn wiedersah, ob ich ihn nicht noch einmal in ein Affentheater führen wollte.

Mein freundschaftlicher Verkehr mit der bairischen Familie war durch das Scheitern meiner Absicht, mit derselben in Verbindung zu treten, niemals gestört worden. Ueber andere Prinzessinnen, um deren Hand ich werben konnte, schrieb mir um jene Zeit mein Bruder mit dem dringendsten Wunsche mich bald verheirathet zu sehen am 4. September:

„Da wir mit England und Frankreich, Belgien und Portugal auf einer Karte stehen, so müssen wir diese Beziehung auch ehrlich halten. Heirathen indeß, halte ich für Dich für nothwendig und die Wahl sehr beschränkt. . . . Die einzig annehmbare Parthie wäre die Tochter des Großherzogs von Baden. Für diese stimme ich nach allem was ich habe in Erfahrung bringen können, entschieden; Viktoria desgleichen und Onkel Leopold willigt wohl auch gerne darein. Sie ist demnächst die am leichtesten zu sehende und am gefahrlosesten zu sondirende. Ich würde im Herbst Karl Leiningen besuchen und von da aus mir sie, ohne Aufsehn zu machen, ansehen und dann die Sache wieder überlegen. Sie soll sehr liebenswürdig sein."

Indessen hatte ich noch früher und ungezwungener als mein Bruder erwartete, Gelegenheit mit der badischen Familie in Berührung zu kommen.

Im Herbst 1840 fand in Schwetzingen eine Zusammenziehung des achten

deutschen Armeecorps statt, wozu ich mit denselben Offizieren, die in Nürnberg anwesend waren, von dem Könige von Sachsen kommandirt worden war. Der Großherzog von Baden hatte selbstverständlich in Schwetzingen sein Hoflager aufgeschlagen und war mit seiner ganzen Familie daselbst anwesend.

Ich sah hier die Prinzessin Alexandrine, seine älteste Tochter in noch nicht vollendetem zwanzigsten Jahre einfach und in ungekünstelter Natürlichkeit, also in dem Schmuck, der ihr im ganzen Leben der werthvollste war und der an ihr von hohen und niedern Menschen immer am meisten bewundert blieb. Dennoch würde es der Wahrheit nicht ganz entsprechen, wenn ich behaupten wollte, daß schon diese Begegnung es gewesen wäre, welche meine spätere Verheirathung herbeiführte, aber durch eine besondere Verkettung von Umständen sollte es zu einer rascheren Entscheidung kommen, als ich erwartet hatte.

Mein Vater hatte vor allem den Wunsch mich in Coburg zu stabilisiren, wozu ihm meine baldige Verheirathung als Hauptmittel erschien. Bei einem kurzen Aufenthalt des Prinzen Wilhelm von Preußen und seiner Familie in Reinhardsbrunn, befreundete sich mein Vater sehr mit dem Gedanken, daß ich die Prinzessin Marie zur Gemahlin nehmen sollte.

Prinz Wilhelm und mein Vater waren Kameraden aus den Freiheitskriegen und lebten sich ebenso rasch in das Project einer künftigen Verbindung ihrer beiden Kinder ein, wie sie von den vergangenen Tagen in jugendlichen Erinnerungen schwärmten.

So kam es zu einer Verabredung, die indessen keine bindende Verlobung genannt werden konnte, man wollte beiderseits für einige Zeit noch freie Hand behalten.

Während ich im Winter von 1841/42 mein Soldatenleben in Dresden in den geschilderten Bahnen fortsetzte, begleitete ich einmal den König zu einer Jagdpartie, zu welcher ihn die Stadt Leipzig eingeladen hatte. Während ich auf der Fahrt dahin über den garstigen Wintertag und die vermuthlich ungünstige Jagd nachdachte und zum Fenster hinaus in die langweilige Ebene blickte, fragte mich einer meiner Kameraden, welcher kürzlich Flügel-Adjutant des Königs geworden war, ob ich von der neuesten Verlobung in Berlin wüßte?

Er erzählte hierauf, daß der Kronprinz von Baiern mit der Prinzessin Marie versprochen worden sei und daß die Ehe schon im nächsten Jahre geschlossen werden sollte.

Der Mann wußte nicht, wie nahe mich seine Geschichte angieng, aber ich konnte aus dem Verhalten des Königs entnehmen, daß die Sache ihre Richtigkeit haben müsse und daß ich, der einzig Betroffene, zugleich der einzige zu sein schien, vor dem diese Angelegenheit verborgen geblieben war; keine erfreuliche Situation, doch konnte ich nichts thun, als schweigen.

An demselben Abend wurde in Leipzig das Nachtquartier genommen. Der Zufall wollte, daß ich im Gasthofe den Fürsten von Fürstenberg traf, der mit der Prinzessin Amalie, der Schwester des Großherzogs von Baden vermählt und somit der Oheim meiner nachherigen Frau war.

Noch ganz erfüllt von dem, was ich am Vormittage gehört hatte, war ich sehr wenig geneigt, die nöthige Aufmerksamkeit zu einer Spielparthie mitzubringen, zu der mich der Fürst am späten Abend noch aufgefordert hatte.

Ich brachte daher bald das Gespräch auf das Thema, welches mich innerlich am meisten beschäftigte und indem ich mich erinnerte, wie ich die badischen Herrschaften und die Prinzessin Alexandrine vorher zu Schwetzingen gesehen hätte, erklärte ich dem Oheim, daß ich mich gerne verheirathen wolle, und fragte ihn mit rasch entschlossener Offenheit, was er in dieser Beziehung von einer Bewerbung um die Hand seiner Nichte dächte. Er behauptete, daß man mich am badischen Hofe mit Freuden aufnehmen würde und daß ich keine glücklichere Wahl treffen könnte.

So stand mein Entschluß auch sofort fest und als ich nach Dresden zurückkehrte, eröffnete ich mich der Königin, von der ich ja wußte, daß sie an meinem Schicksale den innigsten Antheil nahm. Ich bat sie, da mich das Benehmen des preußischen Hofes doch keineswegs gleichgültig lassen konnte, nach der andern Seite etwas für mich zu thun, worauf sie versprach, sich am badischen Hofe zu informiren. Aber die Antwort blieb peinlich lange aus und die Königin kam bei wiederholten Begegnungen nicht wieder auf die Sache zurück.

Nun pflegte ich um Neujahr von Dresden aufzubrechen, um am 2. Januar den Geburtstag meines Vaters in Gotha zu feiern. Am 28. Dezember läßt mich die Königin rufen und sagte, daß ich sicher sein könnte, in Karlsruhe bestens aufgenommen zu werden, wenn ich einen Besuch dort machen wollte.

Ich eilte nach Gotha und war entschlossen, sofort von dort nach Karlsruhe zu reisen. Die Frage war nur, wie man das Einverständniß meines Vaters erlangte. Dieser meinte, die Sache sei nicht genügend vorbereitet, und nicht richtig angefaßt worden. Indessen blieb ich standhaft und ohne, daß der Zweck meiner Reise irgend verlautbart wurde, begab ich mich nach Karlsruhe, um der Einladung des dortigen Hofes zu folgen.

Als ich mich dem Großherzog vorstellte, fand ich bei ihm die beste und liebenswürdigste Aufnahme, aber nach dem ganzen Gang der Unterhaltung vermochte ich den Gedanken immer weniger zu unterdrücken, daß der treffliche Fürst von meinen eigentlichen Absichten entweder gar nicht unterrichtet sei, oder ihrer Erwähnung absichtlich aus dem Wege gienge. Die Situation war höchst wunderbar und ich gedachte im Stillen meines Vaters und seiner üblen Prophezeiungen.

Als sich aber auch mit der Großherzogin dieses Spiel wiederholte und

man von allem möglichen, nur nicht von dem Zwecke meiner Reise hören zu wollen schien, hatte meine Verlegenheit einen bedenklich hohen Grad erreicht, und ich sah, daß hier außerordentliche Umstände im Spiel sein müßten.

Nun konnte doch die günstige Nachricht, die mir die Königin Marie gegeben hatte, unmöglich auf einem Mißverständniß beruhen, und es war ja auch nicht zweifelhaft, daß ich in Karlsruhe erwartet worden war. Ich zögerte deshalb nicht länger, sondern redete die Großherzogin mit dem Begehren an, um dessentwillen ich, wie sie wohl wisse, gekommen sei. Nun hieß es, daß man dies von Herzen gern gesehen hätte, daß aber die Hauptsache, die Entscheidung der Prinzessin selbst sei.

Ich brauche wohl nicht zu sagen wie rasch und wie mit einem Male die ganze Situation nun klar vor meinen Augen lag und kann nicht leugnen, daß durch dieses kleine Intermezzo meine Brautfahrt mir nicht uninteressanter zu werden schien.

Die Prinzessin kam, man ließ uns allein. Es war ein Moment der Sprachlosigkeit. Sollte mein Vater Recht gehabt haben, wenn er sagte, die Sache wäre nicht richtig vorbereitet? Indem ich die Prinzessin betrachtete, fand ich mich wie von selbst in die Ueberzeugung versetzt, daß hier ein Wesen sei, dem nichts als die schlichteste Natur und Wahrheit erfreulich sein würde.

So sagte ich gerade heraus, daß ich nach Karlsruhe mit dem Zwecke gekommen sei, um ihre Hand zu werben. Entweder, fügte ich hinzu, erklären Sie, daß Sie mit meiner Absicht einverstanden sind, und alsdann bleibe ich, und wir lernen uns näher kennen, oder Sie sagen einfach das Wort, welches die Eltern aus Rücksicht und Aengstlichkeit vielleicht zurückhielten. Dann verlasse ich dieses Haus in der guten Ueberzeugung, daß niemand weiter von der Sache erfährt, die sich hier zugetragen hat.

Man wird begreiflich finden, daß ich die Worte, welche hin und her gesprochen wurden, nach so vielen Jahren nicht im einzelnen wiederzugeben im Stande bin. Doch besinne ich mich noch, daß die Herzogin sagte, es könne ihr nichts besser gefallen, als einen Mann zu finden, der so gerade heraus, frei und ehrlich mit ihr spreche, wobei sie mit liebenswürdigster Menschenkenntniß noch hinzufügte, das Sichkennenlernen führe im Leben oft erst recht zu Täuschungen und das beste wäre Glauben und Vertrauen. So schlug sie ein und erklärte, daß wir gleich als verlobte Brautleute erscheinen könnten.

So hatte mein Vater Recht behalten, diplomatisch unvorbereitet war meine Heirath wirklich. Menschlich sollte sie aber um so besser gelingen.

Ich selbst kann nur hinzufügen, was ich in einem Briefe an meinen Oheim Leopold am 7. April 1842 sagte:

„An Alexandrine hat mich der Himmel finden lassen, was nur je für mich zu wünschen war“.

Unser Brautstand dauerte ungewöhnlich kurze Zeit. Hiezu trugen die Verhältnisse in der badischen Familie manches bei. Ganz unwillkürlich und lediglich durch das Vertrauen, welches mir von einem großen Theil der in Karlsruhe wohnenden Verwandten entgegengebracht wurde, war mir der Wunsch nahe gelegt worden, meine Braut bald in den sichern Hafen zu geleiten.

So fand unsere Vermählung schon am 3. Mai 1842 statt und diese rasche Folge der Ereignisse war Ursache, daß von meiner Familie nur mein Vater und Fürst Leiningen in Karlsruhe anwesend waren.

Mein Bruder und die Königin von England hatten den Wunsch, daß wir den honey moon bei ihnen zubringen sollten, da durch die augenblickliche politische Situation in England ein anderes Arrangement, wie auch aus dem Buche über den Prinzen Albert zu ersehen ist, völlig ausgeschlossen war.

Zunächst führte ich jedoch meine junge Frau in ihre neue Heimath, wo uns von meinem Vater das Schloß Kallenberg zum Wohnsitz gegeben wurde. Wir hielten in Coburg unter großem Enthusiasmus des Volkes unsern feierlichen Einzug.

Ein paar Tage später betrachteten wir zusammen von dem bekannten Söller des Schlosses Kallenberg das weite Land, welches sich dort den Blicken eröffnet und das sonnige Landschaftsbild schien uns die glücklichste Zukunft zu verheißen. In nicht geringerem Grade war mein Vater von der gewinnenden Persönlichkeit meiner Frau erfreut und rasch entwickelte sich der herzlichste und innigste Familienverkehr zwischen ihm und ihr.

Im Juli traten wir endlich die Reise zu unsern Verwandten nach Brüssel und London an. Ein so schönes Band der Freundschaft ist selten geknüpft worden wie zwischen der Königin von England und meiner jungen Frau, welches alle Stürme des spätern Lebens überdauerte.

In dem Buche über den Prinzen Albert hat sich die Königin noch selbst der freudevollen Tage unsers Aufenthaltes erinnert, welcher leider nur durch die Schreckensnachricht von dem Tode des Herzogs von Orleans in Paris getrübt wurde.

Wir brachten die meiste Zeit unseres englischen Aufenthalts in Claremont zu, von wo wir am 21. August auf den Kallenberg zurückgekehrt waren, und den wir nur im Herbst auf kurze Zeit verließen, um nach Dresden zu gehn, wo ich meine Frau am Hofe einführte. Im übrigen kam die Zeit heran, wo ich in die Regierungsangelegenheiten unmittelbaren Einblick nehmen sollte. Mein Vater führte mich selbst in die Geschäfte ein.

Ich wurde wirkliches Mitglied des Ministeriums, an dessen Sitzungen und Arbeiten ich eifrigen Antheil nahm. Es war natürlich, daß ich in den Verwal-

tungsfragen nicht immer mit den Ansichten meines Vaters übereinstimmte, dennoch aber hatte ich die Freude, daß nie eine Differenz von ernsterer Natur entstanden war. Ich faßte meine Thätigkeit hauptsächlich als eine informative auf und hatte nicht die entfernteste Ahnung, daß der Moment, wo ich von meinen Studien und Erfahrungen unmittelbaren Regierungsgebrauch zu machen hatte, so sehr nahe wäre, ja schon für die nächste Zeit in trauriger Aussicht stand.

Indessen hielt ich meine Beziehungen zur sächsischen Armee auch in Coburg sorgfältig aufrecht.

Kurz vor meiner Verheirathung war ich zum Generalmajor ernannt worden und obwohl ich von der unmittelbaren Dienstleistung enthoben worden war, so wurde ich doch auf den Wunsch des Königs im Herbste 1843 zu den Uebungen berufen, wobei ich das Commando einer combinirten Brigade übernahm, um mich in der Führung größerer Truppenkörper auszubilden.

Im Jahre 1843 fand am 20. April die Vermählung meines Vetters August mit der Prinzessin Clementine, Tochter Louis Philippes in Paris statt. Ich war von meinem Vater als Abgesandter des Coburger Hauses dahin entboten worden und benutzte diese Gelegenheit, um zugleich meine Frau an dem französischen Hofe vorzustellen.

Wir brachten die erste Zeit unseres Aufenthaltes mit dem königlichen Hofe in St. Cloud zu, den spätern Theil in dem bekannten Schlosse Elysée Bourbon, wo uns ein eigener Hofstaat zur Disposition gestellt worden war. Ich hatte in den zwei Monaten dieses Aufenthalts hinreichend Zeit, mich mit den Zuständen, sowie den maßgebenden Persönlichkeiten bekannt zu machen, und ich konnte mich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Verhältnisse dort immer unheimlicher wurden.

Den geheimen Gesellschaften, deren unterwühlende Thätigkeit überall bemerkbar war, schien es gelungen zu sein, selbst bei den meisten Gliedern des königlichen Hauses, große Beängstigungen wach zu rufen. Man hatte die Empfindung auf einem Vulkan zu stehen.

Diejenigen der Prinzen, welche, wie der Herzog von Nemours, vermöge ihres Alters schon größere Commandos in der Armee zu führen hatten, wandten ihre ganze Thätigkeit ausschließlich derselben zu. Der Herzog von Aumale organisirte einige Zeit später die Zouaven, schrieb hierüber eine sehr anerkannte Brochure, und ist mehr oder weniger der Erfinder der neuen Gefechtsordnung in der französischen Armee geworden, besonders im Hinblick auf die Verwendung der leichten Infanterie.

Mit Thiers erneuerte ich meine im Jahre 1837 angeknüpfte Bekanntschaft. Ich sah ihn später in der Verbannung in England oftmals wieder und zuletzt

noch in Versailles im Jahre 1870, wo wir Zimmernachbarn waren und uns oft an die Zeit erinnerten, als er der Führer der Opposition gegen Louis Philippe war.

Unter den höhern Offizieren lernte ich damals die Marschälle Oudinot und Gérard kennen und fand in beiden interessante Berichterstatter aus den Napoleonischen Feldzügen. Beiden war mein spezielles Vaterland genau bekannt, denn Oudinot befehligte 1812 unsere sächsischen Contingente, Gérard war längere Zeit Commandant in Gotha. Mitte Juni gieng ich in meine Heimath zurück und sollte Paris unter der Regierung der Orléans nicht wiedersehen.

Nur allzubald hatte das Schicksal beschlossen, mich aus meiner mehr beschaulichen Lebensstellung zu den Pflichten der eigenen Regierungsthätigkeit zu berufen, denn mein guter Vater war am Morgen des 29. Januar 1844, nach eben erst vollendetem 60. Jahre ganz unerwartet gestorben.

Wenn in dem Buche der Königin erzählt ist, daß mein Bruder auf die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses durch Stockmar vorbereitet gewesen sei, so ist dies eine Hypothese, darauf gestützt, daß dieser als Arzt dergleichen geahnt haben werde. Allein mein Bruder war in Wahrheit so unerwartet von dem schweren Schlage getroffen, wie ich selbst und wie das Land, welches den rüstigen Fürsten, der sich bis zuletzt einer großen Popularität erfreute, tief betrauerte.

Es besagt wenig, wenn man aus den Tagen ertragener Schmerzen die Papierschnitzel sammeln wollte, welche von dem Zustande unseres Gemüths Kunde geben. Selbst die eigenen Worte, welche der Kummer einem leidenden Herzen abgepreßt hat, geben dem spätern Leser nur einen sehr unvollkommenen Begriff von dem, was und wie man gelitten.

Ich will daher auch in diesen Aufzeichnungen alles vermeiden, was der Ausdruck einer rein persönlichen Empfindung wäre, oder was keinen ernsteren Anspruch auf das Andenken der Welt zu erheben vermöchte. Der Platz ist leer, auf welchem der Dahingeschiedene gestanden, und ein anderer kommt und füllt ihn aus. In dieser harten Regel vereinigt das Schicksal Große und Kleine, Hohe und Niedere. Nach Jahren und Jahrhunderten knüpft die Geschichte an diesen Wechsel der Menschen zuweilen Perioden und Epochen der Staaten, aber im wirklichen Laufe des Lebens pflegen selbst Könige und mächtige Fürsten zu sterben, ohne daß die unmittelbare Gegenwart nur die geringste Veränderung wahrnimmt.

Im Familienleben blieb die Kluft jahrelang ungeschlossen, da mein Vater als Senior des Gesammthauses den Mittelpunkt alles Verkehrs bildete. Ich stand nun allein; von der ältern Generation lebten in der Heimath nur meine Stiefmutter und Großmutter in großer Zurückgezogenheit.

Die Letztere, welche der Leser aus der Lebensgeschichte meines Bruders hinreichend kennt, besaß in ihrem langen Leben kaum einen Feind und genoß bis an ihren Tod im Jahre 1848 eine wahrhaft seltene Verehrung im ganzen Lande.

Indessen empfand ich in meinem neuen Wirkungskreise weder Bedürfniß noch Wunsch, den stattgefundenen Wechsel in der Regierung sofort fühlbar zu machen.

Ich hatte die feste Ueberzeugung, daß die Welt, daß insbesondere Deutschland vor einer Epoche der gewaltigsten politischen Veränderungen stand, ich ahnte, daß von den Fürsten Deutschlands, die an die Regierung kamen, keiner einem ruhigen Dasein entgegengieng, wie es der Generation meines Vaters in den letzten 30 Jahren beschieden war, aber ich war zunächst weit entfernt, von meinem bescheidenen Standpunkt aus die Steine ins Rollen zu bringen. Alles was mir an der Spitze zweier der kleinsten deutschen Staaten als Aufgabe erscheinen konnte, war, daran zu denken, die Segel vor dem Sturme zu reffen.

Ich hatte einen ziemlich umfassenden Brief, gewissermaßen eine Regierungsdenkschrift an meinen Oheim gerichtet, welche mir noch vorliegt, und in welcher ich genauen Bericht über die Zustände des engern und weitern Vaterlandes, über Absichten und Pläne, Grundsätze und Reformen meiner Regierung erstattete. Die Gebrechen der bisherigen und die Verbesserungen der künftigen Verwaltung wurden besprochen und ins Auge gefaßt, ich suchte mir selbst klar zu machen, welche Stellung ich den größern Mächten Deutschlands gegenüber einnehmen mußte, ich suchte mich in jeder Beziehung auf den realen Boden der politischen Dinge zu stellen, besonders aber alles das zu vollenden, was mein Vater begonnen hatte.

„Nun sind mehr als vierzehn Tage seit dem ensetzlichen Morgen verflossen," schrieb ich am 14. Februar 1844 an den Oheim in Brüssel, „die Wunden bluten noch, aber ich habe mich meinem schweren Berufe zugewendet und suche mir Rechenschaft zu geben, welche Bahn ich zu gehn, welchen Grundsätzen ich zu huldigen habe."

Ich fand in Bezug auf die innern Verhältnisse Gotha in besserm Zustand als Coburg. In Gotha herrschte in den meisten Zweigen der Verwaltung volle Ordnung. Eine Folge davon war die Ruhe, der Wohlstand, der allgemein über das Fürstenthum verbreitet und täglich im Zunehmen war. Ein treffliches Straßennetz brachte einen regen Verkehr hervor und der Stand der Stadt Gotha konnte nur ein blühender genannt werden.

Unter den gothaischen alten Ständen gab es viele fähige und gewiegte Leute, und so hatte die Gesetzgebung in den letzten Jahren wohl Fortschritte gemacht. Ich fand nicht, daß in diesen lokalen Verhältnissen irgend eine große

Veränderung in der Verfassung sofort herbeizuführen wäre; nur war mir das Bedürfniß klar, daß den beiden Herzogthümern gleichmäßige constitutionelle Verfassungen und ein gewisser Zusammenhang ihrer Institutionen durchaus nöthig wären.

Ich will zwar nicht verschweigen, daß ich schon nach Verlauf von einem Jahr die Dinge in etwas schwärzeren Farben erblickte und das Gefühl hatte, nicht vorurtheilslos und freisinnig genug von den Beamten unterstützt zu werden. Hier will ich aber zunächst nur hervorheben, wie wenig geneigt ich von vornherein war, niederzureißen, wo ich ein irgend brauchbares Gemäuer zu haben glaubte.

Anders als in Gotha standen die Dinge in Coburg, wo das Land an Wohlstand nicht zugenommen und die ständischen Verhältnisse durch gegenseitiges Verkennen des constitutionellen Princips sehr unerquicklich waren. Aber auch, wo eine Neugestaltung unerläßlich schien, konnte ich in Bezug auf die Verwaltung im Innern, in den schon von meinem Vater eingeschlagenen Bahnen bleiben, denn mit ihm selbst hatte ich noch wenige Stunden vor seinem Ende eine Generalreform besprochen, mit deren Grundzügen er vollständig einverstanden war.

Das wichtigste Moment in meinen, mit dem König Leopold gepflogenen Erörterungen, war ohne Zweifel die Stellung meines Hauses zu den Fürsten Deutschlands. Ich kann die Worte des Aktenstückes auch heute noch nicht ganz der Oeffentlichkeit anheim geben, doch wird mir zu sagen gestattet sein, daß ich in den Verhältnissen, in welchen das Coburgische Gesammthaus in jenem Augenblick zu den meisten deutschen Höfen stand, keine Befriedigung erblicken konnte.

Ich glaubte die Feindschaft, welche zum Theil gegen unser Haus bestand, einem Mangel an Thätigkeit in den eigentlich deutschen Fragen zuschreiben zu sollen und darf es heute unumwunden aussprechen, daß es sicher ehrlich deutsch gedacht war, wenn ich an den König Leopold mit dürren Worten schrieb:

„Wir haben es dahin gebracht, daß wir uns nie mehr als deutsche Bundesfürsten aus einem der ältesten deutschen Häuser, sondern meist nur als Anverwandte der hohen westlichen Monarchen gerirten, daß Coburg als der Sitz aller undeutschen, dem Bunde entgegenwirkenden Intriguen, als der Sitz des im Westen verbreiteten Ultraliberalismus angesehn und als ein verrufener Ort verschrieen wird . . . Wir müssen wieder ehrlich deutsch werden“ . . . „und alle Streitfragen zu Grabe tragen.“

„Als junger deutscher Bundesfürst muß ich frei und mit gutem Gewissen mich der Discretion und Nachsicht von 36 Genossen empfehlen können.“

„Dies ist der Punkt, auf den ich den Bundesfürsten gegenüber appuiren muß, nicht aber die hohe Verwandtschaft im Westen, denn ich bin sehr unschul-

dig daran, daß du König von Belgien, Albert Gemahl der Königin von England und Ferdinand König von Portugal ist. Eine Freude ist es für mich, daß Ihr alle meine Verwandte und so Gott will, mir freundlich zugethan seid, daß Ihr groß und herrlich als Männer und Herrscher von der Welt anerkannt dasteht, aber sicher darf ich mich nicht bei meinen Bundesgenossen mit Eurem Ruhme schmücken."

Allerdings konnte ich nur einem so großen und edeldenkenden Manne wie der König war, so schreiben ohne mißverstanden zu werden und der König mißverstand mich keinen Augenblick.

Er begriff, daß ich mich bestreben mußte, „mich den hauptsächlichen Höfen, besonders dem von Wien und Berlin vermöge meiner Stellung als deutscher Fürst anzuschließen."

Wie schwierig dies aber in jenem Augenblicke war, verhehlte ich mir nicht. Beziehungen zum Kaiserhause waren mir leider kaum fortzuführen möglich, da man sich von dort aus förmlich bemühte, ein wärmeres Entgegenkommen zu verhindern. Eine Anlehnung in Berlin zu suchen, war dem Politiker trotz des persönlich freundlichen Verhältnisses zum König nicht weniger leicht.

„In Berlin ist in diesem Augenblick," so endigte ich mein Exposé, „der Sitz alles unklaren, sich widersprechenden; die für das Bestehen der preußischen Monarchie gefährlichsten Prinzipien werden vom Könige selbst ausgeheckt, und doch huldigt man keinem wahrhaften Liberalismus."

Zunächst waren meine guten Vorsätze für deutsche Bundestreue jedoch durch den unerwarteten Gang einer Angelegenheit, welche ihren Anfang lange vor meinem Regierungsantritt genommen hatte, auf eine harte Probe gestellt worden. Ich kann über dieselbe nur das wiederholen, was ich am 10. Mai 1844 an König Leopold schrieb:

„Du wirst sehr lachen über alle diese Ereignisse, man glaubt sich in die Zeiten des westphälischen Friedens versetzt."

Die sächsischen Herzöge waren sonderbarer Weise aus den Zeiten des Rheinbundes ohne neue Titulaturen, deren sich alle übrigen Fürstenhäuser in überschwenglichster Weise zu bemächtigen gewußt hatten, in die Zeiten des deutschen Bundes hinübergetreten und blieben auf der Stufe des Ranges stehen, welcher auch den Mediatisirten nicht bestritten werden konnte.

Es war daher an den sächsischen Herzogs-Höfen mehrfach die Titelfrage in Anregung gekommen und es wurden Verhandlungen über die Annahme von „Hoheit" gepflogen, welche sich jedoch endlos hingeschleppt hatten.

Es war nicht zu verkennen, daß uns in dem Verkehr insbesondere mit auswärtigen Höfen mancher Nachtheil aus unserer der Zeit in keiner Weise entsprechenden Titulatur entsprang, indem wir als regierende Fürsten in den

westlichen Königreichen sämmtlichen den Titel Altesse royale führenden Prinzen nachstehen mußten.

Daß unter diesen Umständen etwas geschehen sollte, war klar und auch von allen Seiten, selbst von den deutschen Regierungen anerkannt. Aber wie ich bei meinem Regierungsantritt diese Angelegenheit übernahm, so konnte sie nicht anders als verfahren genannt werden.

Nach den Aachener Beschlüssen konnte kein Zweifel sein, daß die ganze Sache keine deutsche Bundesangelegenheit sei, und anderseits wollte man in Wien und Berlin keine selbständige Anerkennung des Titels Hoheit gewähren, sondern versprach im besten Falle die Unterstützung bei dem Bundestag, dessen Competenz erst wieder fraglich war.

Ich war daher gewis, daß aus diesem Dilemma nur durch ein fait accompli herauszukommen war und indem ich nichts mehr fürchtete, als die diplomatisch juristischen Untersuchungen über einen solchen Gegenstand, wie sie beim deutschen Bundestage üblich waren, so vereinigte ich mich im April 1844 mit den Herzögen von Altenburg und Meiningen zu einem Haus- und Familienbeschluß, dessen Inhalt folgender war:

Von Gottes Gnaden,
Wir Joseph, Herzog zu S. Altenburg,
Wir Bernhard, Herzog zu S. Meiningen,
Wir Ernst, Herzog zu S. Coburg-Gotha,

Haben in Erwägung der im Laufe der Zeiten veränderten Titel- und Rangverhältnisse in Deutschland, insbesondere wegen der geschehenen Ausdehnung des Prädikats „Durchlaucht" und wegen der hieraus erwachsenen Beeinträchtigung der den Herzogen von Sachsen zustehenden Ehrenrechte, für angemessen und nöthig erachtet, den Rang und die Würde Unserer Herzoglichen Häuser durch Abänderung obigen Prädikates hervorzuheben und Uns daher zu nachstehendem Haus- und Familienbeschlusse vereinigt:

Art. I.

Die regierenden Herzoge von Sachsen, deren präsumtive Regierungsnachfolger und direkte Nachkommen in erster Generation, führen statt des bisherigen Prädikats „Herzogliche Durchlaucht" fortan das Prädikat „Hoheit".

Art. II.

Dasselbe Prädikat sollen auch die Brüder des jetzt regierenden Herzogs von Sachsen Altenburg, sowie der Prinz Ferdinand von Sachsen Coburg Gotha erhalten.

Art. III.

Diese Prädikatserhöhung soll in den Herzogthümern Sachsen-Meiningen Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg Gotha, durch eine Verordnung gleichmäßig promulgirt, auch allen auswärtigen Höfen notifizirt und der deutschen Bundesversammlung durch den gemeinschaftlichen Bundestagsgesandten mitgetheilt werden.

Zu dessen Urkund haben Wir gegenwärtigen Haus- und Familienbeschluß in drei gleichlautenden Exemplaren ausfertigen lassen und denselben, unter Vordrückung unsrer herzoglichen Siegel, eigenhändig vollzogen.

So geschehen,

Altenburg den 15. April 1844.
Meiningen den 2. April 1844.
Coburg den 10. April 1844.

L. S. Joseph, H. z. S.
L. S. Bernhard Erich Freund, H. z. S.
L. S. Ernst, H. z. S.

Man mußte auf einigen Sturm gefaßt sein, aber man erwartete nicht, daß die Angelegenheit eine so lange und beharrliche Bewegung unter den deutschen Mächten hervorbringen könnte. Heute erscheint die Sache wohl nicht wichtig genug, um sie in allen Stadien zu verfolgen. Damals habe ich meiner Meinung in einem Briefe an den König Leopold Ausdruck gegeben, in welchem es heißt:

„Es wird Dir nicht unbekannt geblieben sein, welche entsetzliche Aufregung die Annahme von „Hoheit" hervorgebracht hat und wie man von allen Seiten bemüht ist, uns diesen Schritt entweder gar nicht anzuerkennen, oder doch wenigstens ungünstig zu deuten und rechte Unannehmlichkeiten zu machen. Dem mag es sein wie es will. Die Sache ist ein fait accompli und muß so angesehen werden und wer a sagt, muß auch b sagen."

„Auch haben wir wohl voraus gewußt, daß, da wir uns erkühnt haben, vor der Hoheit das Wörtchen „herzoglich" gegen den uns ausgesprochenen Wunsch der beiden großen Cabinette wegzulassen, wir von diesen nicht gerade freundliches hören werden. Daß aber die übrigen deutschen Bundesstaaten, an die unsere Notifikation ergieng, gleichfalls keine Antwort geben würden, war wenigstens von Allen nicht mit Bestimmtheit vorauszusehen."

Meine Hoffnungen konnten unter diesen Umständen hauptsächlich nur auf die Anerkennung des Titels von Seite der Höfe in Paris, London und Brüssel gerichtet sein, aber eben da diese erfolgte, ergab sich eine neue Schwierigkeit in der Uebersetzung des Wortes „Hoheit" und der Umstand, daß für die in Deutschland gebräuchlichen und genau unterschiedenen Hoheiten, in der diplomatischen Sprache kein entsprechender Ausdruck zu finden ist, hatte noch im August die Cabinette Deutschlands, sowie auch endlich den Bundestag ernstlich beschäftigt.

Wenn man sich heute dieser Dinge erinnert, so hat man die Empfindung, daß das Jahr 1848 einen tiefen Einschnitt in der Auffassung, wie in der Behandlung staatlicher Dinge gemacht hat, und man begreift kaum mehr die Aufregungen, welche diese reine Formsache damals hervorzubringen vermochte.

In Berlin war man so weit gegangen, daß der Armee durch eine besondere Ordre verboten wurde, den sächsischen Herzögen, auch nur in Privatsachen, einen andern Titel als Durchlaucht zu geben. Erst nach und nach beruhigte man sich in der diplomatischen Welt über diese Angelegenheit, und so hatte mein weiser Oheim in Brüssel richtig prophezeit, wenn er schon am 3. Juni schrieb:

„Es wird hievon das Sprichwort gelten: Ende gut, alles gut."

Nach wenigen Jahren war der viel bestrittene Titel der sächsischen Herzoge so eingebürgert, als hätte er niemals anders gelautet und heute werden viele, welche nicht allen den geschichtlichen Minutiositäten mit gleichem Eifer nachgehen, vielleicht mit einigem Erstaunen vernehmen, worüber sich der deutsche Bundestag in einer Zeit erhitzte, in welcher schon überall die Anzeichen weit ernsterer Stürme hervortraten, als die, welche die damalige alternde Staatskunst in einem Wasserglase hervorrief.

Bevor ich aber an dieser Stelle zu einer objectiven Darstellung der allgemeinen Lage Europas und Deutschlands, welche der großen revolutionären Bewegung vorherging und dieselbe erzeugte, herantrete, mag es gestattet sein, über einige persönliche Verhältnisse und über einige Ereignisse in meinen eigenen Ländern in den ersten Jahren meiner Regierung noch zu berichten.

Am 31. März traf mein Bruder aus England in Gotha ein.

Dieses erste schmerzliche Wiedersehn nach dem Tode unseres Vaters gab uns Gelegenheit, in eingehender Weise über die Bedürfnisse der beiden Länder, über die politischen Verhältnisse Deutschlands, über die Richtung, welche meine Regierung einzuschlagen hätte, uns zu besprechen.

Ich darf nun hiebei nicht verschweigen, daß wir in vielen Dingen verschiedener Meinung waren, und daß mein Bruder durchaus nicht der energischen Richtung zuzustimmen geneigt war, welche ich gleich nachher im Hinblick auf die Durchführung des constitutionellen Systems einschlug. Er widerstrebte damals und in spätern Jahren einer Trennung der Staats- und Hausangelegenheiten, wie ich sie mir von Anfang an als unabwendbar dachte, und war damals und später noch in dem Gedanken befangen, daß die patriarchalischen Zustände, welche in den deutschen Staaten ihren schärfsten Ausdruck noch immer in der vermögensrechtlichen Frage der Domänen fanden, fortzubestehen vermöchten.

Wer den Prinzen Albert, wenn einst alle todt sein werden, die ihn kannten, nur aus seinen Briefen und offiziellen Reden und Schriften beurtheilen und

schildern wird, der dürfte nur eine einseitige Vorstellung von seinem hervorragenden, aber eigenartig angelegten Wesen geben können.

Welche fast wunderbaren Gegensätze in seinem Charakter schlummerten, welche Widersprüche in seinem ehrlichen Gemüthe kämpften, wird man niemals nach jenen Darstellungen ahnen, die heute noch als die entscheidendsten zu gelten scheinen.

Seine milde Liebenswürdigkeit paarte sich in Wirklichkeit mit einer kritischen Strenge, die wie ein psychologisches Räthsel erschien. Die größte Wärme und opferfähigste Neigung vermochten sich zuweilen in schmerzliche Kälte zu verwandeln und oftmals sah man ihn an jener Grenze, die für Mächtige und Hochgestellte so verführerisch sein mag, in Urtheilen und Anschauungen sich gefallen, die einem gewissen Hange zur Menschenverachtung entspringen. Und dennoch war mir in meinem Leben niemand vorgekommen, der für die Menschheit im Abstracten reiner empfand.

Was jemals unter dem Worte einer philantropisch gestimmten Seele schönes und edles verstanden worden, war in ihm lebendig vorhanden. Es war eine ewige Gedankengährung in ihm, darauf gerichtet, die Menschen zu beglücken, und er konnte gegen den Menschen sich so hart wie möglich zeigen. Dann kam sein ganzer scharfer, logischer Verstand in gewaltige Thätigkeit; mit unbarmherziger Dialektik zerpflückte er die Meinungen und Handlungen der andern. Es war wie wenn das reiche Register seiner Herzenstöne, wie an der Orgel, mit einem Griff verschlossen würde.

Aber wenn er eine rücksichtslose Kritik wie in politischen, so auch in künstlerischen und wissenschaftlichen Dingen zu üben pflegte, so konnte der Freund, der ihn näher kannte, doch niemals die guten Wurzeln verkennen, die nur durch zu scharfe Reflexion eine andere Richtung genommen hatten.

Er war seiner Natur nach ein Feind alles Halbwahren, ein Verächter der Lüge, ein Verfolger der Phrase. Indem er die Schwächen der Menschen und ihrer Werke in dieser Richtung rascher kannte und stärker empfand als viele andere, hat ihn der Kampf des Lebens auch rauher und rechthaberischer im Urtheil gemacht.

Indem er in seiner Doctrin sich tiefer und tiefer verwickelte, brachte er sich selbst oft nur zu sehr um den angebornen Frohsinn und die Freude an seinen eigenen Schöpfungen.

Ich bin weit entfernt zu behaupten, daß durch das englische Leben und Wesen der herrlich angelegte Charakter meines Bruders so von des Gedankens Bläſſe angekränkelt wurde, aber eine Stelle in einem Briefe des Königs Leopold, in einem ganz andern Sinne und Zusammenhang und ganz im allgemeinen einmal gesagt, fällt mir hierbei ein:

„Die Engländer wissen gar nicht was das Wort „froh sein" bedeutet; wenn sie lachen, ist es über das Zerfleischen eines Mitbürgers, geht eine Fête, die immer als Arbeit betrachtet wird, passable vorüber, so heißt es: it went very well off, wie von einer überstandenen Arbeit. In Amerika soll es noch ärger sein und jemand wirklich Froher eine Seltenheit."

„Was dabei bedenklich macht, ist, daß doch immer ein klein wenig der Zweck des Lebens bleibt, nicht unnöthig unangenehm dieses Geschenk des Himmels zu verbrauchen".

Aber wenn es auch auf den ersten Blick wahrscheinlich erscheinen durfte, daß die harte Umgebung dieses englischen Wesens in einem deutschen gemüthvollen Prinzen so starke Veränderungen hervorbringen mochte, so konnte ich doch niemals zweifeln, daß es noch ein ganz anderer Einfluß sei, welcher die schwere Lebensstimmung meines Bruders hervorrief.

Die historische Litteratur der letzten Jahre hat den Namen Stockmar in eine Beleuchtung gesetzt, welche im ganzen und großen gewiß nur erfreulich sein kann. Es ist selten, daß die Nachwelt dem Wirken von Männern gerecht wird, welche nicht gerade in den öffentlichen Stellen des Staates, oder auf den Rednerbühnen der Parlamente eine laute Rolle gespielt haben. Nur zu sehr wird der stille Einfluß, welchen bald treue Diener, bald aufrichtige Freunde, bald verborgene Rathgeber mittelbar auf die großen Angelegenheiten zu nehmen vermögen, in dem Getöse der öffentlichen Meinung vergessen.

Wenn also die eingreifende Thätigkeit eines Mannes wie Stockmar, von den berufensten Federn gleichsam sicher gestellt wurde, so konnte man dies nur mit wahrem Vergnügen als einen Gewinn für die Kenntniß der Zeitgeschichte betrachten. Aber eben deshalb weil Stockmar heute in der Reihe der unbezweifelten historischen Persönlichkeiten steht, erscheint es berechtigt, von dem trefflichen Manne nach allen Seiten hin ein richtigeres Bild zu geben.

Bei näherer Kenntniß der Dinge wird man jedoch nicht läugnen, daß die Hand Stockmars oft vielmehr zu geben schien, als sie thatsächlich darbot. Ich weiß nicht, ob jemand einmal über den politischen Dilettantismus von medizinischen Gelehrten in der Geschichte geschrieben hat. Sicher hat es aber in alter und neuer Zeit sehr viele Aerzte gegeben, welche von ihrer Praxis bei Fürstlichkeiten und Staatsmännern mehr oder weniger eingreifende Ausflüge in die Gebiete der Staatskunst gemacht haben. Auch Stockmar gehört in die Reihe dieser fast durchweg merkwürdigen und geschichtlich höchst interessanten Personen und Charakterköpfe.

Die Rolle, welche Stockmar, abgesehen von allen seinen persönlichen Beziehungen zu unserm Hause, zu Frankfurt im Jahre 1848 spielte, hebt ihn für immer über die Reihe der gewöhnlichen Menschen unseres Zeitalters hinaus, und

viele seiner Ausarbeitungen und Journalartikel zeichneten sich durch eine damals in Deutschland seltene Klarheit aus.

Er war scharfsichtig und kenntnißreich und mit einem gewissen politischen Ahnungsvermögen begabt. Aber seine Stärke war die Beobachtung und seine Orientirung über die Geschäfte und Ereignisse des Staatswesens war einem kleinen Kreis von zwar feinen, tiefgebildeten und aufgeklärten, aber durchaus nicht immer in der Welt entscheidenden Personen entlehnt.

Wie ein Consilium der Aerzte mit Geringschätzung auf den Laien hohen und niedern Standes hinblickt, und höchstens lächelnd duldet, daß auch jemand außerhalb des erwähnten Kreises etwas wissen zu können meint, so behandelte Stockmar in politischen Dingen die Geschäfte und beurtheilte so die Menschen.

Diese Denkungsweise kam der doctrinären Ader, die mein Bruder schon in unsern Studienjahren in hohem Grade besaß, recht zu Hilfe. Man steigerte sich in abfälliger Beurtheilung der vornehmen, sowie der niedern politischen Halbwelt, welche sich vermaß zu praktiziren und in das Leben einzugreifen.

Wie sich in solchen Berufsständen, in denen sich der Wissende vom Laien leicht unterscheiden läßt, ein gewisser Hochmuth des Gedankens gerne entwickelt, so war auch in dem Kreise Stockmars eine Art von Kastengeist vorhanden, der beinahe auf Unfehlbarkeit Anspruch zu machen pflegte.

Stockmars eigenthümliche Stellung in unserm Hause gestattete ihm stets als Rathgeber aufzutreten, aber niemals brauchte er für Handlungen aufzukommen; er war ein treuer Begleiter, wie der Chor in der griechischen Tragödie, aber nie hätte er ein verantwortlicher Diener zu sein vermocht, der für die Thaten seines Herrn einzutreten, oder für seine eigenen Ideen den offenen Kampf zu führen vermocht hätte.

Wenn ich mit Rücksicht auf die mich umgebenden Verhältnisse in den ersten Jahren meiner Regierung dem Könige Leopold klagte, wie ich manches im Staatskörper krank darniederliegend gefunden, so darf ich hinzufügen, daß mir von keiner Seite die Dinge sehr erleichtert worden sind. Bezeichnend hiefür mag ein Brief sein, den ich am 12. April 1845 schrieb:

„In einem sind wir, d. h. besonders ich, bemüht, durch organische Verbesserungen so manches aus dem Schlamm zu ziehen, was man früher wohl absichtlich hineingerathen ließ."

„Leider müssen wir nur noch zu oft die Früchte alter Sünden kosten und so manches liegt im Staatskörper krank darnieder. Vieles habe ich in den letzten Jahren bereits durchgesetzt und wenigstens das erreicht, daß das gänzlich gesunkene Vertrauen sich wieder etablirt hat, und man meinen guten Willen und meinen festen Vorsatz diesen durchzusetzen allgemein anerkennt."

„Vieles hätte noch geschehen müssen, aber leider wurde ich bis auf wenige Köpfe schlecht unterstützt und mein guter alter Lepel kann das Zopfflechten auch nicht vergessen. „Man hat gleichzeitig mit Mangel an den nöthigsten Mitteln, wie an Intelligenz zu kämpfen."

Die organischen Verbesserungen, deren ich in diesem Briefe Erwähnung that, bezogen sich auf die Verwaltung und die Verfassung. Sehr bald, nachdem mein Bruder Anfangs April 1844 die Heimath wieder verlassen hatte, waren sowohl in Coburg wie in Gotha erhebliche Schwierigkeiten mit den Ständen beider Herzogthümer entstanden. In Coburg, wo die Verfassung liberal war, gab die Ordnung der Domänenfrage Anlaß zu Streitigkeiten. In Gotha dagegen war mir ein förmlicher Kampf gegen Herren und Ritterstand aufgedrungen worden, welche in ständischer Abgeschlossenheit jeder Neuerung im Gebiete der Verfassung entgegentraten.

Was die Verwaltung anbelangt, so hatte ich schon am 24. Juli und 1. August 1844 im Wege der Verordnung eine vollständige Trennung der herzoglichen Privat- von den Staatsangelegenheiten durchgesetzt. Das Ministerium erhielt die Bezeichnung eines herzoglichen Staatsministeriums und wurde von der Führung der den Landesfürsten persönlich angehenden Privatangelegenheiten entbunden. In Folge davon war eine fast vollständige Neubesetzung der obersten Aemter nöthig, und ich darf wohl hinzufügen, daß mir die Auswahl von Personen keineswegs ganz leicht wurde.

Bis dahin hatte an der Spitze des Ministeriums der Freiherr von Lepel gestanden, ein Mann, der bei vieler Geschäftserfahrung, ebenso wenig geeignet wie geneigt war, die Leitung der Angelegenheiten beizubehalten. Er war nicht nur ein Feind jeder Neuerung in der Verwaltung und jeder Umänderung der Regierungsorganisation, sondern wußte auch die von mir in Aussicht genommenen Propositionen von repräsentativen Einrichtungen zu verhindern. In Folge dessen war während des Jahres 1845 eine förmliche Stockung in den Landtagsverhandlungen eingetreten und als ich auf der Durchführung meiner Ansichten bestehen wollte, bat Lepel um seine Enthebung.

Ich besitze noch die Schriftstücke, in welchen dieser konservative Mann seinen Austritt motivirt und wenn auch der Umfang derselben zu groß ist, um sie hier ganz mitzutheilen, so ist es doch zu bezeichnend für die dem Jahre 1848 unmittelbar vorhergehende Zeit, wenn derselbe noch im Dezember 1845 schrieb: „er halte es für ein großes Uebel, daß in den meisten deutschen Staaten Repräsentativ-Verfassungen nach dem Muster der englischen und französischen eingeführt worden seien. Je kleiner die Staaten sind, desto hemmender sind solche Verfassungen für die Staatsregierung. Wo indessen dergleichen einmal existiren, wie im Herzogthum Coburg, da müssen sie zwar manutenirt werden,

allein jede Erweiterung der ständischen Rechte, jede fernere Beschränkung der Regierungsgewalt ist gefährlich; denn dergleichen Conzessionen können nicht widerrufen werden."

„Man sucht ständischer, oder was in der Regel gleichbedeutend ist, liberaler Seits, das mit dem schönen Ausdruck Fortbildung des constitutionellen Prinzips zu benennen, aber im Grunde ist es nichts weiter als mitzuregieren, oder die Entscheidung streitiger Verwaltungsfragen den Civilgerichtshöfen zuzuwenden, wo man dann sicher sein kann, daß von zehn Fällen neun zum Nachtheil der Staatsregierung entschieden werden."

„Eben daher stammt denn auch das unablässige Drängen, die Staatsdiener und insbesondere die oberste Verwaltungsbehörde, durch Verantwortlichkeitsgesetze einzuschüchtern und zu knebeln, während die Landstände nur Gott und ihrem Gewissen verantwortlich sein wollen."

„Wohl wissend, was der höchstselige Herr mit der Verfassung von 1827 geben wollte und was er gegeben hat, habe ich mich den Anforderungen der Stände zu widersetzen nicht bloß berechtigt, sondern mich verpflichtet gehalten; mit demjenigen, was ich in dieser Beziehung nachgegeben habe, ist das Maaß dessen, was ich nachzugeben mich entschließen kann, erschöpft."

„Wollen Ew. Hoheit noch ein Mehreres nachgeben, so vermag ich, wie ich wiederholt bestimmt erklärt habe, dazu nicht mitzuwirken und müßte schon aus diesem Grunde unterthänigst bitten, meinem Pensionirungsgesuche zu willfahren."

Die sonstigen Gründe Lepels für seinen Austritt aus dem Staatsdienste waren hauptsächlich aus den Neuerungen in Bezug auf die Verwaltungsangelegenheiten genommen. Mit einem Zeugnisse, welches ich gern acceptirt hatte, schloß er sein Schriftstück, wenn es heißt:

„Ew. Hoheit neigen stark auf die liberale Seite, ich bin monarchisch und konservativ durch und durch."

„Ew. Hoheit sind rasch in ihren Entschlüssen und möchten sie ebenso rasch ausgeführt sehen; ich huldige der Maxime Eile mit Weile; ich erwäge gern eine Sache mit Bedacht und entschließe mich ungern zu einer Aenderung, ehe ich mich von ihrer Zweckmäßigkeit überzeugt habe."

„Ew. Hoheit lassen sich von Eindrücken des Augenblicks leicht zu Ausnahmen verleiten, ich bin consequent bis zum Eigensinn. Ew. Hoheit möchten alle Bedenken und Hindernisse beseitigt sehen, ich erblicke deren aber überall und zögere deshalb mit den Verfügungen. Gleichwohl bin ich zu alt um mich zu ändern."

Der heutige Leser dieser Zeilen wird nicht zweifeln, daß der Erfolg der Dinge wohl lehrte, daß es für Deutschland kein Unglück gewesen wäre, wenn vor dem stürmischen Jahre unsere Fürsten „stärker auf die liberale Seite sich geneigt hätten". Im Jahre 1845 aber war es so schwer gemacht worden, die

Dinge in eine zeitgemäße Bahn zu lenken, daß selbst mein Bruder über meinen Conflikt mit Lepel ganz unglücklich war.

„Lepels Austritt — schrieb er am 17. Februar 1846 — bedaure ich unendlich, er hatte die unschätzbaren Eigenschaften der Ehrlichkeit, Erfahrung, Sparsamkeit und großer Consequenz, die schwer in einem Manne zu vereinigen sind."

Meine vorzüglichste Sorge war nun in Coburg auf verfassungsmäßigem Wege die Domänenfrage mit Zuziehung des Landtags zu lösen.

Ich ließ daher einen Gesetzentwurf vorlegen, nach welchem „unbeschadet der Patrimonial-Eigenthumsqualität der Domänen das Einkommen aus denselben nach einem angemessenen Verhältniß auch zur Deckung der Staatsverwaltungskosten mit beitragen solle".

Die Bestimmungen, welche die Ausführung dieses Prinzips im einzelnen erläutern, gaben im August 1846 zu sehr erregten Debatten Anlaß. Die Stände bestrebten sich möglichst umständlich zu deduciren, daß dem Lande an unserm Domänenbesitzthum rechtsbegründete Ansprüche von solchem Umfange zuständen, daß eine den gesammten Abwurf dieses Besitzthums absorbirende jährliche Forderung sich rechtfertigen lassen würde.

Die Stände wollten sich gleichsam nur aus Billigkeit auf eine gleiche Theilung des Reinertrages der Domänen zwischen dem Lande und dem Fürsten einlassen und ich konnte nicht zugeben, daß meine freiwillig gemachte Proposition in dieser Weise amendirt wurde.

„Wir glauben vielmehr," hieß es in dem Rescripte der Regierung an die Stände, „es ebensowohl Unserer eigenen Stellung als Landesherr, wie insbesondere auch dem Lande selbst schuldig zu sein, auf Rücksichten der Billigkeit gegen Uns, wie sie von der ständischen Commission angedeutet worden, freiwillig Verzicht zu leisten und würden demnach für den Fall, daß die Gesammtheit Unserer getreuen Stände der obigen Ansicht der aus ihrer Mitte gewählten Commission beipflichten sollte, zu Unserem aufrichtigen Bedauern Uns in die Nothwendigkeit versetzt sehen, Unsere Proposition wegen Ueberlassung einer Quote des Reinertrages von Unserm Dominialbesitzthum an die Landeskasse hiemit wieder zurückzunehmen, getreuen Ständen es dagegen überlassen, die vermeintlichen Ansprüche des Landes an den Abwurf der Domänen auf verfassungsmäßigem Wege auszuführen und geltend zu machen. Denn je mehr Wir geneigt waren durch Opfer, welche wir uns freiwillig auferlegten, Unsern hiesigen getreuen Unterthanen eine namhafte Erleichterung zu gewähren, desto weniger würde es sich mit Unseren Regierungsmaximen vereinbaren lassen, an getreue Stände ein Ansinnen zu stellen, das ihrer Meinung nach dem Lande die Verpflichtung auferlegen würde, auf unbestreitbare Rechtsansprüche zu Unsern Gunsten zu verzichten."

Der Landtag gieng indessen resultatlos auseinander und auch bei der am 12. November 1846 erfolgten Wiedereröffnung desselben, war keine Einigung erzielt worden. Erst im Landtagsabschiede vom 5. Juli 1847 konnte ich der Freude Ausdruck geben, daß die Propositionen in Betreff der Domänen vollständig erledigt und das Gesetz über den Beitrag der Domänen zu den Staatslasten angenommen worden war.

Da auf demselben Landtag auch ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Staatsbeamten wegen Verfassungsverletzung und eine neue Wahlordnung zu Stande gekommen waren, so konnte man in der That wohl sagen, daß in dem kleinen Coburgischen Herzogthum alle verfassungsmäßigen Garantien, um welche in den großen Staaten in dem nächsten Jahre stürmisch gekämpft werden sollte, in ausgedehntestem Maaße vorhanden waren.

Bei weitem weniger günstig entwickelte sich indessen die Verfassungsfrage im Herzogthum Gotha.

Als ich im Winter 1846 den Landtag berufen hatte, eröffnete ich ihn mit einer Rede, welche unzweideutig meinem Wunsche Ausdruck gab, auch hier zu der vollen constitutionellen Staatsform überzugehn. Man faßte in- und außerhalb Deutschlands, meine Worte in dem Sinne eines Versprechens in dieser Beziehung auf und mein Bruder schrieb mir etwas ängstlich und zaghaft hierüber:

„Deine Rede bei der Eröffnung der gothaischen Stände habe ich mit Interesse gelesen; ich hoffe nur, daß die Stelle: „wenn es sich ereignen sollte, daß Wir gemeinsame Veränderungen in den ererbten ehrwürdigen Formen wünschen könnten, in denen jetzt unser Land vertreten wird," nicht zu Mißverständnissen führen möge; die Zeitungen haben darin wenigstens sogleich das Versprechen einer modernen Constitution gesehen, und als solches ist es auch in die englische Presse übergegangen."

Im Landtage selbst traten die Curien der Grafen und der Ritterschaft meinen Propositionen scharf entgegen und außerdem zeigte sich in gewissen Kreisen der Gothaischen Bürgerschaft für dieselben äußerst wenig Interesse. Ich wäre in die Nothwendigkeit versetzt gewesen, die bestehende Verfassung geradezu umzustürzen, wenn ich auf meinen Absichten beharrt hätte.

Aber diese alte ständische Verfassung war nach der deutschen Bundesverfassung in „anerkannt rechtlicher Wirksamkeit", und würde eine Klage der Stände an den Bundestag gebracht worden sein, wie es zehn Jahre später auch noch geschehen war, so hätte diese hinsiechende Körperschaft damals keinen Augenblick gezögert, die Absichten und Reformen eines Fürsten zu proscribiren, welcher von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß man wahrhaft segenbringend nur in ruhigen Zeiten unhaltbare und veraltete Zustände und mittelalterliche Ueber-

bleibsel wegräumen könne und daß man dem drohenden Sturme, dessen Anzeichen nicht zu verkennen waren, zuvorkommen müsse.

Wie die Sachen lagen, so wollte der Eigensinn der allgemeinen deutschen Einrichtungen und der besondern ständischen Verhältnisse auch in Gotha, daß man rettungslos in die Revolution hineintrieb.

Ich brauchte meinerseits, nachdem mir der besonnene Weg durch aufgethürmte und völlig unverrückbare Hindernisse versperrt worden war, und da ich ein gutes politisches Gewissen haben konnte, vor den unbekannten Gefahren einer sicher geahnten Bewegung wenigstens keinerlei Angst zu haben. Noch war ich mir deutlich bewußt, der Zeit um einige Ideen voran zu sein und ich hätte nur gewünscht, daß man allerorten in Deutschland, wo die größte Aufregung und böseste Stimmung von Tag zu Tage wuchs, hätte das gleiche sagen können.

Von meinem Standpunkte aus brauchte ich daher auch, soweit es der Regierung eines kleinen Landes bundesrechtlich und verfassungsmäßig gestattet war, keinerlei populäre Strömung zu scheuen, oder zu hindern. Die Presse erfreute sich der größtmöglichsten Freiheit und der thüringische Sängerbund durfte schon im Juli 1844 jedem Drange deutscher Freiheits- oder Einheitslieder in Gotha ungestörten Ausdruck geben.

Da es mit der Politik zunächst nicht vorwärtsgehen wollte, suchte ich zunächst auf andern Gebieten für das Intresse des Landes zu wirken. Die geistigen Elemente, namentlich in Gotha, wurden auf jede Weise von mir unterstützt; für den materiellen Aufschwung des Landes war der Bau der thüringischen Eisenbahn aufs kräftigste gefördert worden. Die Vollendung und Eröffnung dieses Schienenwegs im Jahre 1847 wurde in unsern Ländern um so freudiger begrüßt, als man den hohen Werth der Eisenbahn, in diesem Nothjahr der Theuerung auch in den untern Schichten des Volkes sofort kennen und begreifen lernte. Auch für das Zustandekommen der Werrabahn wurde von Seite meiner Regierung schon seit 1845 die größte Anstrengung gemacht; die Sache zog sich durch das eigennützige und zum Theil kurzsichtige Vorgehen der bairischen und meiningischen Regierungen zu meinem größten Aerger in die Länge.

Im ganzen war es klar, daß auch in den kleinsten Ländern Deutschlands kein großer Schritt geschehen konnte, so lange Preußen und Oesterreich auf ganz entgegengesetzten Wegen waren.

Da namentlich die Dinge in Preußen alle Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu verscheuchen schienen, so steigerte sich die Meinung immer mehr, daß man am Vorabend der Revolution stand. Wie sich diese zu entwickeln und nach Deutschland zu verpflanzen vermochte, mag in einem nächsten Capitel gezeigt werden. Hier soll zum Schluß nur noch ein Brief von mir an König

Leopold vom 6. März 1847 Raum finden, der die Situation vielleicht nicht übel charakterisirt und zugleich dem Unmuth Ausdruck gibt, den man über die verfahrene Politik von Preußen in jenem Augenblicke empfand.

„Dein Schreiben überzeugt mich nun wieder von einer alten Beobachtung, daß sich Preußens König und dessen Staatsmänner noch immer im vorigen Jahrhundert wähnen. Eine wahrhaft constitutionelle Idee können sie nicht fassen und glauben immer noch, daß man nach Belieben heute monarchisch, morgen liberal demokratisch, im ganzen despotisch handeln könne."

„Alles was in Preußen geschieht, trägt diesen Charakter und darum sind die Zustände gefährlich. Die deutschen Völkerstämme emanzipiren sich langsam, sie schreiten aber dennoch vorwärts. Die allgemeinen Ideen der freien Volksvertretung, das Geschrei nach Oeffentlichkeit gewinnen immer mehr Raum und sind nicht mehr zu dämpfen. Eine constitutionelle Verfassung sucht man ebensosehr als Schutz gegen den Despotismus, als umgekehrt auch als einen Sieg der Monarchie über letzteren. Die meisten deutschen Fürsten sind entweder offen oder unter dem Deckmantel der Liberalität die unklugsten Despoten."

„Den eigentlichen Begriff eines Monarchen nach unserm modernen Staatsrecht konnten nur wenige fassen, und unter diesen ist der König von Preußen ebenso wenig wie der König von Baiern. In Deutschland wird das constitutionelle Leben eine andere Entwicklung nehmen, als in Frankreich oder England, daher wird auch seine innere Politik noch einen andern Charakter bekommen."

„Wir werden nicht mehr lange zu leben brauchen, um einzusehn, daß mancher geheime Plan in deutschen Cabinetten ausgeheckt, nicht mehr ausführbar ist, oder vielmehr, daß man kein Mittel mehr findet, ihn auszuführen."

„Nach gemachten Erfahrungen wird das Feuer, wenn es losbricht, in den nächsten Jahren in Oesterreich losbrechen. Der Zündstoff häuft sich und die Völkerschaften in den alten Hausstaaten werden den Sprung mit einemmale machen wollen, den man im übrigen Deutschland nach und nach that."

„..... Hier leben wir, abgesehen von der furchtbaren Theuerung in einer glücklichen Ruhe."

„Der Thüringer ist zwar ein sehr eigensinniger, aber ein höchst überlegter, zuverlässiger Mensch. In ihm sind eigentlich die guten Eigenschaften des Deutschen repräsentirt."

„Wir stehen im Begriff die Eisenbahn hier zu eröffnen."

Zweites Capitel.

Deutschland, Oesterreich und Preußen.

Die Ereignisse des Jahres 1848 waren von vielen politisch kundigen Männern vorhergesehen und von mehr als einem auch ausdrücklich prophezeit worden. Ich hatte in den ersten Jahren meiner Regierung, abgesehen von meiner ausgebreiteten Correspondenz, Gelegenheit, den Zustand fast sämmtlicher Länder Europas eingehend und durch unmittelbare Anschauung wiederholt kennen zu lernen.

Meine Meinung von den öffentlichen Verhältnissen der meisten Staaten war eine sehr hoffnungslose und ich habe derselben in mehr als einem Briefe Ausdruck gegeben. Indessen bekenne ich mich doch zu der Ueberzeugung, daß es an den meisten Orten zu einer nachhaltigen und erfolgreichen Bewegung, wie das Jahr 1848 sie aufwies, nicht gekommen wäre, wenn die Orléans in Frankreich sich nicht so vollständig verbraucht hätten.

Als der eigentliche Herd der Revolution war ohne Zweifel Paris zu betrachten. In welchem Maße unmittelbar vor dem Jahre 1848 Frankreich das politische Wesen und Thun in Deutschland beherrschte und beeinflußte, davon macht man sich heute kaum mehr eine genügende Vorstellung. Die Massen des Volkes waren durch die radikalen und sozialistischen Lehren weit mehr unterwühlt als gewöhnlich zugestanden wird.

Louis Blanc hatte in den vierziger Jahren in Deutschland einen enormen, und vielleicht einen ebenso ausgebreiteten Leserkreis gefunden als in Frankreich und die Uebersetzungen der radikalsten französischen Schriften waren bis in die untersten Bürgerkreise, trotz aller Censur und aller Präventivmaßregeln verbreitet worden. Ich weiß auch aus meinen frühesten Regierungsjahren mich recht wohl zu erinnern, daß ich oft Gelegenheit fand, darüber zu staunen, wie bei den verhältnißmäßig so gering entwickelten Verkehrsmitteln, es möglich war, bis in die kleinsten und verborgensten Orte Bücher und Broschüren einzu-

schwärzen, deren Vorhandensein ein steter Gegenstand der Sorge für die geheime und öffentliche Polizei war.

Als entscheidend kam noch etwas zweites hinzu, was weniger zu Tage lag. Seit den zwanziger Jahren waren sehr viele deutsche Arbeiter in Paris beschäftigt. Sie waren in die geheimen Gesellschaften aufgenommen, hatten in denselben zuweilen Grade erworben, kamen in späterem Alter nach Deutschland zurück und verbreiteten die radikalen Lehrmeinungen mit um so größerem Erfolg, als auch von den Gebildeten Deutschlands das fortgeschrittene Frankreich als Muster des Staatswesens allerorten empfohlen wurde.

Manche von diesen Arbeitern hatten die Julirevolution mitgemacht und waren in ihren spätern Tagen mit der Gloriole der Freiheitskämpfer in ihren Heimathsorten aufgetreten. In Gotha erinnere ich mich eines Schuhmachers Ludwig und Schlossermeisters Menzel, mit denen ich in den Tagen der Bewegung sogar persönlich in Berührung gekommen bin. Sie waren Mitglieder der Gesellschaft Marianne in Paris und fanden für ihre radikalen und theilweise revolutionären Redensarten immer ein dankbares und bewunderndes Publikum.

In den Fabriksorten und Distrikten am Rhein und in Sachsen, so wurde versichert, spielten die geheimen Gesellschaften von Frankreich eine noch größere Rolle.

Ich empfand keineswegs ein so dumpfes Grauen vor diesen Dingen, wie es vielleicht an manchen andern Regierungssitzen lähmend vorhanden war, aber ich hatte die Meinung, daß etwas geschehen müsse, um das gedrückte politische Leben in geregeltere Bahnen zu leiten.

Aber wie sollte das möglich sein? In den besitzenden und gebildeten Ständen hatten die im Jahre 1815 gemachten Versprechungen, da sie nirgends erfüllt wurden, ein bedeutendes Mißtrauen erzeugt, zu welchem die falsche Art, mit der die Jugend wegen demagogischer Umtriebe gemaßregelt wurde, viele Erbitterung hinzufügte. Auch die zu Recht bestehenden Verfassungen der Regierungen wurden von den allermeisten regierenden Häuptern nicht nur als eine fortwährende Aergerlichkeit, sondern geradezu als eine Gefahr des Staates angesehen.

Man hatte weder die Ruhe noch den starken Willen das politische Leben, welches in den Kinderschuhen einherlief und seine Kinderkrankheiten durchmachen wollte, entsprechend sich entwickeln zu lassen.

In den Kammern war viel unverstandener Constitutionalismus und Liberalismus vorhanden. Die Opposition richtete sich fast nirgends gegen das regierende Beamtenthum, sondern enthielt einen Stachel, der die Fürsten mitunter auch in ihren guten Absichten traf. Statt daß die Landesherren in der Opposition eine Controlle des Beamtenthums hätten erblicken sollen, fühlten

sie sich selbst bedroht und es fehlte nicht an solchen, welche einen republikanischen Geist entdeckten und die Gefahren desselben ins Unendliche malten.

Während nun immer deutlicher hervortrat, daß große Maßregeln nur von den tonangebenden Mächten ausgehn könnten, um die deutschen Verhältnisse günstiger zu gestalten, gewöhnte man sich bei der gänzlichen Unmöglichkeit einer Regeneration Deutschlands in Verbindung mit dem polyglotten Oesterreich, mehr und mehr seine Blicke auf Preußen zu richten.

So erwartete man seit 1840 mit Bangen und Ungestüm gleichsam täglich die rettende That von Friedrich Wilhelm IV. Schließlich aber brachte es der König, indem er von einem Extrem in's andere sprang, nur dahin, daß Niemand mehr ahnen konnte, was seine Meinung und sein Ziel eigentlich wäre. Erst später löste sich vollends das psychologische Räthsel, welches dieser Fürst der steten Anläufe und der niemaligen Vollendung in seiner Regierung, wie in seiner Person dargeboten hatte.

Man ist heute längst darüber hinaus, dem Könige einen Vorwurf daraus zu machen, daß er sich bei seinen constitutionellen Anwandlungen in den ersten Jahren seiner Regierung nicht als ein Bewunderer jener constitutionellen Schablone zeigte, die in oft blinder Nachahmung der westlichen Verfassungen Europas den Deutschen aufgedrängt werden sollte. Man kann es dem Könige gewis gerne gönnen, daß es ihm an geschichtschreibenden Lobrednern nicht gefehlt hat, welche in seiner Abneigung, sich zum vulgären Constitutionalismus zu bekennen, eine Art von weitem Scharfblick preisen und weiter verkünden, wie er in der Erkenntniß der Mängel jenes Systems allen seinen Zeitgenossen geistig weit überlegen gewesen wäre.

Dennoch aber darf man dieser Auffassung entgegenhalten, daß wenn der König etwas neues, oder im wesentlichen so abweichendes in's Leben führen wollte, dazu doch wenigstens ein ungewöhnlicher Grad von Energie, und festem Willen gehört hätte.

Wenn aber ein Herrscher gerade an diesen Eigenschaften so großen Mangel litt, wie Friedrich Wilhelm IV., so schmilzt sein Verdienst, etwas gewollt zu haben, was nicht eben nach der staatsrechtlichen Schablone war, in der That sehr zusammen und wird leicht mehr nach seiner Eigenartigkeit beim Volke den Eindruck von Eigensinn hervorbringen. Auch darf man nicht verkennen, daß es immer etwas mißliches hat, von dem Throne herab die Frage, welches die beste Staatsform sei, entscheiden zu wollen. Selbst im vorigen Jahrhundert, wo die Monarchen noch so viel mehr Gewalt hatten und wo man ihnen mit so viel mehr Vertrauen entgegenkam als heutzutage, sind so viele Regierungen an dem Versuche Staatsformen construiren zu wollen, gescheitert. Wie viel mehr mußte ein preußischer König, der ringsum von be-

stehenden Verfassungseinrichtungen umgeben war und der nur ein Wort einlösen sollte, das seit Dezennien gesprochen vorlag, mit prinzipiellen Neuerungen im Gebiete der staatsrechtlichen Einrichtungen scheitern. Im besten Falle durfte man sagen, man verstand ihn nicht.

Ich erinnere nur kurz an die bekannten Ereignisse des Verfassungsstreites, wie nach dem stürmischen Begehren der Provinzialstände von Königsberg und Stettin im Jahre 1842 der König zuerst mit seiner unglücklichen Idee der Vereinigung ständischer Ausschüsse debütirte.

„Diese Vereinigung, sagte der König am 19. August 1842, ist eine Entwicklung der ständischen Institutionen, wie solche von meines Hochseligen Herrn Vaters Majestät in reiflicher Ueberlegung der Bedürfnisse seines Volkes und seiner Länder gegeben sind, indem sie den ständischen Beirath der einzelnen Provinzen durch ein Element der Einheit ergänzt."

„Die selbständige Wahrnehmung der einzelnen Landestheile ist durch die Provinzial-, Communal- und kreisständischen Verfassungen genugsam gesichert, aber es fehlte bisher noch an einem Vereinigungspunkte, um die Ausgleichung abweichender Interessen da, wo eine solche für das Gesammtwohl des Staates sich als nöthig erweist, herbeizuführen und die Mitwirkung ständischer Organe bei allgemeinen Maßregeln in Fällen zu beschaffen, wo der Landesherr sie auf möglichst kurzem Wege nöthig erachtet. Dieser Vereinigungspunkt ist nunmehr in den Ausschüssen gegeben."

Man weiß aus den jetzt veröffentlichten Papieren Bunsens allgemein, daß der Hauptgesichtspunkt des Königs der war, aus den ständischen Ausschüssen ja keine Reichsstände entstehen zu lassen. Er hatte den außerordentlichen Plan am 1. Mai 1845 sämmtliche Provinzialstände zu einer allgemeinen Versammlung nach Brandenburg zu berufen und denselben zu eröffnen, daß sie „bei großen Erlebnissen" der Monarchie auch künftig zusammentreten sollten.

In dem Kreise von Politikern, welche den König umgaben, war damals die Idee von einer besondern Natur- und Staatsprädestination der germanischen Völker lebendig. Das mit 1789 beginnende Repräsentativsystem wurde als ein Auswuchs des Romanismus angefeindet und obwohl Bunsen selbst zugestehen mußte, „daß diese Form als das unabwendbare Gespenst hinter jeder germanischen Regierung steht, welche die geschichtlich ständische Verfassung nicht zur rechten Zeit d. h. ehe sie dazu gedrängt wird, endlich und ohne Rückhalt herzustellen Muth und Geschick hat," so mangelte es dem Könige doch an der vollen Kraft, um seinem Lieblingsplan einer historisch-germanischen Original-Verfassung die Verwirklichung zu geben. Hiebei war aber die Furcht vor Oesterreich und Rußland der Hauptgrund aller Lähmungen seines Willens.

Indem er bei den beiden verbündeten Mächten mit seinen Versprechungen,

daß er jedem Versuche die Grundsätze von 1789 in Deutschland einzubürgern, ernstlich entgegentreten wolle, gar wenig Glauben fand, ließ er sich von den dilatorischen Rathschlägen Metternichs thatsächlich gängeln und von dem Kaiser Nikolaus einschüchtern. Wie sehr dies der Fall, zeigte sich in der Unterredung des Königs mit Lord Aberdeen am 10. August 1845, über welche Bunsen Aufzeichnungen gemacht hat.

Charakteristisch genug, erwartete Friedrich Wilhelm IV. von Oesterreich, daß es ihm in der Verfassungsfrage „seine Mitwirkung“ werde zu Theil werden lassen. Aberdeen versicherte aber, daß er den König nicht recht begriffen habe, und als er mehrere Tage später den Fürsten Metternich sprach, war er nur im Zweifel, ob jener überhaupt die reichsständischen Ideen des Königs zurückweise, oder ob er nur selbst nicht wisse, was zu machen sei.

Deutlicher sprach sich dann Metternich in Frankfurt aus, wo ihn Lord Aberdeen, nach einer Unterredung mit dem Könige viel vergnügter gefunden als vorher. Il parait que le projet de la constitution a été provoqué, j'espère même il y aura renoncé entièrement.

Wenn Metternich um dieselbe Zeit in Johannisberg gesagt haben soll:

„Il n'est plus question de la constitution en Prusse, j'ai tué ce projet“ so kann man nicht zweifelhaft sein, daß der König es war, dessen Unentschlossenheit die Verzögerungen in der Verfassungsfrage bewirkten und nicht die innern Schwierigkeiten, die sich der Sache in Preußen entgegenstemmten, wie eine wohldienerische Geschichtschreibung berichtet hat.

Es lag im Charakter Friedrich Wilhelms IV. absichtlich dunkel zu sein, um nach allen Seiten freie Hand zu behalten. Dabei hatte er stets die arrière pensée, daß seine eigene Klugheit allen andern überlegen sei.

Erst am 3. Februar 1847 erschienen bekanntlich die königlichen Verordnungen, welche auf die ständischen Einrichtungen Bezug hatten und die Frage der Reichsstände durch Bildung eines vereinigten Landtages aus sämmtlichen Provinzialständen löste.

So ward also das von dem Könige seit Jahren ausgeheckte, sonderbarste Verfassungsproject, welches die moderne Geschichte kennt, in einer für die große Masse damals völlig unerwarteten Weise in die Welt gesetzt und befriedigte in keiner Beziehung. Mein Prognostikon über all dies Zaudern, über all diese Halbheit sprach ich damals in einem Briefe an den Onkel Leopold in folgenden Worten aus:

„Der politische Horizont in Deutschland verfinstert sich immer mehr, die Liberalen siegen und die Fürsten sind meist blind. In Oesterreich liegt der Fürst Metternich mit seiner Politik wie mit seinem Körper so eigentlich in den letzten Zügen. In Preußen ziehen schon die Gewitter auf, die Luft ist so schwül,

daß der hohe Herr selbst nicht mehr so athmet wie sonst. Alles bereitet sich auf einen nahen Kampf vor. Die Aussichten sind wirklich sehr schlecht."

König Leopold selbst nahm freilich diesen Ereignissen und Verhältnissen gegenüber einen etwas conservativeren Standpunkt ein, als wir Jüngeren und er sah in Folge dessen die Dinge nach anderer Seite hin, noch für viel trüber und verfahrener an. Er war nie der Mann, welcher, wie man zuweilen annimmt, sich stets in den gelehrten, staatsrechtlichen Mantel der constitutionellen Doktrin gehüllt hätte. Er pflegte die politischen Verhältnisse von ihrer praktischen Seite zu fassen, auf den Werth des Erfolges hin zu ermessen und mit Rücksicht auf die Consequenzen zu beurtheilen.

„Die preußische Constitution sieht zuletzt noch recht unschuldig aus, wird sie es auch bleiben?" — schreibt er am 27. Februar 1847 und in einem Briefe vom 6. April 1847 heißt es:

„Was in Deutschland vorgehen wird, läßt sich noch nicht bestimmen; begnügen sich die preußischen Stände mit dem, was ihnen geboten worden und wird zu ihrer Wiederzusammenberufung kein regelmäßig fixirter Zeitpunkt festgestellt, so kann das höchstens eine Zeit lang gut thun. Doch sind Assembléen nicht immer so leicht während ihrer Dauer zu handhaben als bei ihrem Anfang. Die Assemblée nationale von 1790 war mild und gut und im Januar 1793 wurde Ludwig XVI. recht anständig guillotinirt, cela n'est pas très encourageant."

„Da jedoch der König den Leuten so viel vom vorwärtsgehen spricht, so muß dies irgend wohin führen. Da nun aber die Erde rund ist, so kommt man finalement rückwärts. Das thut aber nichts, beweist jedoch, daß Demuth den Kindern der Erde das natürlichste wäre."

Indessen war trotz aller Verwahrungen und Widersprüche der Liberalen im Lande, der Landtag am 11. April 1847 zusammengetreten und bot dem deutschen Volke wenigstens zum erstenmale den Anblick einer großen parlamentarischen Körperschaft. In den Curien und in den Commissionen wurde viel gesprochen und viel gearbeitet und eine Reihe glänzender Persönlichkeiten traten hier zuerst auf, welche für die Geschicke des gesammten Deutschlands epochemachend geworden sind.

Ich befand mich sowol im Jahre 1846 wie 1847 längere Zeit in Berlin und stand an der Wiege des politischen Wirkens der meisten Männer, welche das spätere Verfassungsleben in Deutschland begründet haben. Von den Persönlichkeiten der Herrencurie kannte ich übrigens sehr viele schon seit längerer Zeit.

Als ich im Mai 1847 dem politischen Treiben eine Weile zusah, konnte ich keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß der Onkel in Brüssel, mit seiner Vorhersagung über die Assembléen in vollem Rechte gewesen sein werde.

Ich hatte Beziehungen zu dem Fürsten Lichnovsky, von dem ich trotz

vieler Warnungen, die mir von allen Seiten und auch von meinen Verwandten zugekommen waren, nicht unbedeutende Stücke hielt. Er besaß ein thatkräftiges Wesen, an welchem in Deutschland niemals Ueberfluß gewesen ist.

Er war klar und bestimmt und für einen größern politischen Styl gemacht. Wenn ihm trotz all dieser günstigen Eigenschaften etwas im Wege war, so war es wohl seine mangelhafte Erziehung und sein Abenteuerthum.

In den Kreisen der Herrencurie des Landtags, wo Lichnowsky als Führer einer fortgeschrittenen Richtung galt, hatte man wenig Hoffnung, daß der König irgend welche weiteren Zugeständnisse machen würde. Selbst eine bindende Zusage über die periodische Wiederkehr der Landtagsverhandlungen vermochte man nicht von ihm zu erwarten.

Dabei darf ich nicht versäumen eines Mannes zu gedenken, dessen Name in der ganzen gebildeten Welt mit Liebe und Achtung genannt wurde. Ich meine Alexander von Humboldt, dem ich seit Jahren näher getreten war und dessen Theilnahme und Neigung ich zu meiner großen Freude erworben hatte. Er gab mir auch in politischer Beziehung mancherlei interessante Winke und wußte auch in spätern Jahren mich auf vieles aufmerksam zu machen.

Indessen hatte der Berliner Witz sich aller Orten der königlichen Reden und angeblichen Aeußerungen bemächtigt und in den Kammern regnete es Anträge auf Anträge, um dem zweifelhaften Embryo zu einer stattlichen Verfassungsgeburt zu verhelfen, worüber sich Friedrich Wilhelm IV. in bitterer Ironie ergieng. Am meisten Sorgen machten ihm dabei die Juden; denn die schönen Ideen des christlichen Charakters seiner Schöpfung erfüllten ihn mit innerlichster Freude und mit größtem, freilich nur allzu vergänglichem Stolze.

Es ist nicht meine Absicht, den Gang der Debatten und Beschlüsse hier im einzelnen zu verfolgen. Als der vereinigte Landtag am 26. Juni geschlossen wurde, nachdem der König verstimmt und unter den Anzeichen der größten Angst vor den möglichen Folgen seiner Unternehmung nach Schlesien gereist war, sah man das Ganze als ein völlig gescheitertes Project an; überall erhob sich der revolutionäre Sinn, man spürte die Rückwirkung in den kleinen Staaten.

In Hessen machte der Kurfürst Anstalt, die Verfassung zu beseitigen, ich selbst war in der gothaischen Verfassungsfrage mit den Ständen um keinen Schritt weiter gekommen.

Der Einfluß Preußens zeigte sich auch darin, daß Leute wie Blittersdorf, Hassenpflug u. s. w. überall Unterstützung fanden. So war nach dem Sturz des ersteren in Baden der Fall vorgekommen, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht übel Lust zeigte, die parlamentarische Bewegung durch Truppenverlegungen einzuschüchtern. Er wollte dem Großherzog privatim eine preußische Brigade zur Verfügung stellen. Alles dies geschah in Folge des Auftretens von Welcker.

Es ist vielleicht hier am Platze, einen bisher ungedruckten Brief meines Bruders an den König mitzutheilen, der sich in seinem ersten Theile auf die allgemeinen deutschen Angelegenheiten bezieht, der Hauptsache nach aber den Versuch macht, mit Rücksicht auf die Verfassungsfragen, den König in eine glücklichere Bahn zu leiten.

Mein Bruder hatte ein großes Vertrauen zu König Friedrich Wilhelm und hielt an dem Gedanken fest, daß von ihm die Regeneration der einzelnen Staaten und des ganzen Deutschlands ausgehen müsse. So schrieb er, man könnte sagen, in der letzten Stunde vor der Fluth:

Osborne 12. Dezember 1847.

Euer Majestät

fühlte ich mich unmittelbar bei dem Empfange Ihres so gnädigen und vertrauensvollen Schreibens vom 6. vorigen Monats gedrungen, meinen wärmsten Dank für diesen neuen Beweis Ihrer Freundschaft zu sagen. Nichts konnte für mich belohnender und zugleich aufmunternder sein, als die Versicherung: „meine Denkschrift sei Ihnen — bis auf zwei Stellen — aus der Seele geschrieben".

„Wenn ich dem ohngeachtet diesem Drange nicht augenblicklich folgte, so geschah dies, weil ich, in dem Bedürfnisse mich in allen Punkten mit Euer Majestät zu verständigen, und übereinstimmend zu fühlen, mir vorgenommen hatte, Ihnen eine längere Antwort zu schreiben, in welcher jene beiden von Ew. Majestät mißverstandenen Ansichten meines Schwagers von Leiningen, genauer entwickelt werden sollten. Da kam die Schweizer Lawine, um allem meinem Vorhaben für den Augenblick den Weg zu verschütten. Und jetzt noch, ehe ich in dieser Angelegenheit wieder Licht sehe, bricht ein neues und wenigstens für Deutschland noch gefährlicheres Ereigniß herein, das mich antreibt, Sie jetzt vor Allem um unmittelbares Einschreiten gegen diese Gefahr anzurufen, ja anzuflehen. —"

„Ich meine den drohenden Umsturz der hessischen Verfassung."

„Wohl theile ich mit Ew. Majestät die ganze Ausdehnung Ihrer Besorgnisse wegen der radikalen und sozialen Gährung in Europa und namentlich in Deutschland, sowie auch wegen des Impulses, den diese Gährung durch den Sieg der Radikalen in der Schweiz erhalten muß."

„Auch hier haben diese gezeigt, worin ihre Macht liegt, nämlich in ihrer Anzahl und der eigenthümlich entschiedenen Verbindung politischer, sozialer und religiöser, d. h. antireligiöser Grundsätze, von denen sie getrieben werden, gegenüber von Staaten und Kirchen, die über ihren eigenen Beruf und über ihr gegenseitiges Verhältniß in auffallender Unklarheit und Zerissenheit dastehen."

„Es ist aber meine feste Ueberzeugung, daß der einzige Weg, auf welchem diesem drohenden Andrange begegnet werden kann, der ist, dem bemittelten und intelligenten Theilen des Volkes (d. h. dem eigentlichen Volk) durch vertrauensvolle Zulassung zur Theilnahme an der Verwaltung seines eigenen Landes an die Regierung zu ketten, während dieses Volk, solange es von der Regierung getrennt erhalten wird, weder Interesse noch Fähigkeit hat, derselben in ihrem ungleichen Kampfe beizustehen, ja nicht umhin kann, wohl gar über die etwaigen Niederlagen einer ihm verhaßten Büreaukratie, (verhaßt weil es sich durch dieselbe von der ihm gebührenden Thätigkeit und von dem unmittelbaren Verkehr mit seinem Fürsten ausgeschlossen sieht), heimlich zu freuen und sich durch dieses Verhalten dem Radikalismus selbst bei seinen Zerstörungsplänen zum Stützpunkte herzugeben."

„Ist es aber schon politisch unweise von einer Regierung, auf dieses ihr zu Gebote stehende sichere Rettungsmittel zu verzichten, wie viel wahnsinniger erscheint es, dieses Mittel, wo es schon bestanden, wieder unterdrücken zu wollen, und das Volk selbst, — nicht die radikale Partei — durch einen Angriff auf sein bereits erlangtes, politisches Thätigkeitsrecht, zum — ich möchte sagen — gesetzmäßigen Aufstande zu zwingen. Könnte der böse Geist der Revolution und zugleich der böse Feind Deutschlands, sich einen bessern Bundesgenossen wünschen, als einen Fürsten, der sich zu einem solchen Angriffe verleiten ließe?"

„Wäre dies nicht jetzt ein verwegenes Herausfordern des von seinen Erfolgen in der Schweiz noch siegestrunkenen Radikalismus zum Kampfe mit dem monarchischen Prinzip gerade in einem Falle, in dem der Vertreter desselben das entschiedenste Unrecht hat und die öffentliche Meinung in ganz Europa gegen sich haben wird? Gewiß ist der Augenblick schlecht gewählt, um nach so manchen frühern Vorfällen das deutsche Volk aufs neue daran zu erinnern, daß in Deutschland es nicht die Völker, sondern die Fürsten waren, die angefangen haben das Bestehende umzustürzen und daß der Ursprung des jetzigen, sich für legitim und historisch ausgebenden monarchischen Prinzips, doch in der That nichts ist als eine Nachahmung des französischen Absolutismus, wie er von Richelieu und Mazarin ausgebildet und von Ludwig dem XIV. zur Schau gestellt worden ist, über den Trümmern der altgeschichtlichen Standes- und Volksrechte."

„In Deutschland haben, wie Euer Majestät besser wissen als ich, diese Rechte noch bis zum westphälischen Frieden fast überall ungeschmälert bestanden und ein Wiederverlangen derselben seitens der deutschen Völker und wo dieselben wiedergegeben worden sind, ein muthiges Festhalten daran, kann ich nicht als französisch und radikal, sondern muß ich als echt deutsch und conservativ ansehen."

„In dem vorliegenden Falle von Hessen ist es Ew. Majestät aus den Acten wohlbekannt, daß ein Schmälern, oder gar Umstoßen der von dem verstorbenen Kurfürsten urkundlich ertheilten und brieflich bestätigten Ständeverfassung seitens des Nachfolgers, ein offener Bruch des Fürstenwortes sein würde. Denn wollte man annehmen, daß ein Souverän durch die Versprechungen und Handlungen seines Vorgängers nicht gebunden sei, so würde ein Grundsatz, den ich für die wichtigste Basis des monarchischen Prinzips halte, zertrümmert werden, nämlich der Grundsatz, the king never dies, oder le roi est mort, vive le roi!“

„Ein Staat, dessen Verfassung an den Wechsel und die jedesmalige Willkühr des Souveräns gebunden wäre, würde nicht besser fahren, als die unglückselige polnische Wahlmonarchie. Bei dem Kurfürsten kommt noch hinzu, daß er 17 Jahre lang Regent mit und unter der Verfassung gewesen ist, die er jetzt umstoßen will, und die Antecedentien seiner selbst sowohl als die seines Vaters und Großvaters nicht der Art sind, das Zutrauen des Volkes zu einem unumschränkten Regiment zu erwecken.“

„Es kann überdies Ew. Majestät kaum verborgen geblieben sein, daß es in Deutschland allgemein im Munde des Volkes ist, der von dem Kurfürsten beabsichtigte Umsturz der Verfassung sei die Erfüllung einer ihm vom Fürsten Metternich auferlegten Bedingung, um die Anerkennung seiner Kinder aus der Ehe mit Madame Lehmann zu erlangen; für einen solchen Zweck gäbe er die verbrieften Rechte und Freiheiten seines Volkes als Preis! Mag dieses Gerücht nun wahr sein oder nicht, so bleibt doch ohnedies der Schritt eine Handlung, die, wenn irgend etwas als rechtlos und gottlos und im schlimmsten Sinne des Worts „Subversiv“ zu bezeichnen ist, diese Bezeichnung verdient.“

„Auf wen anders als auf Ew. Majestät richten sich in dieser neuen Gefahr nun die Blicke Deutschlands ja Europas!? Von wem anders kann Deutschland Schutz und Hilfe erwarten als von Ew. Majestät? Von Ihnen, gnädigster König, als dem anerkannten wahrhaften Beschützer des bestehenden Rechts, hofft man, daß Sie nach Kräften einem Attentat auf dieses Recht entgegen treten werden, von Ihnen, als dem Hort deutscher Einheit und Stärke, erwartet man mit Zuversicht die Hintertreibung eines Planes, der in Deutschland sowohl zwischen Fürsten und Völkern, als zwischen den einzelnen Staaten selbst, eine neue Saat der Zwietracht ausstreuen muß; von Ihnen, als dem reinsten Spiegel deutscher Fürstenehre, ist man überzeugt, daß Sie versuchen werden, die Hand aufzuhalten, mit der ein deutscher Fürst diese Ehre zu beflecken und damit zugleich seines Standes theuerstes Gut, das Vertrauen zwischen Volk und Fürsten aufs neue zu gefährden im Begriffe steht.“

„Erlauben mir Ew. Majestät, daß ich in Rücksicht auf diese Gründe Sie

als Deutscher, als Fürst und als Politiker beschwöre, alle Ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu ergreifen, um eine Handlung zu verhindern, die die gesetzliche Entwicklung Deutschlands aufhalten, unsere Fürstenehre beflecken und gerade in diesem Augenblicke den Feuerbrand in einen reichlich aufgehäuften Zündstoff schleudern würde."

„Indem ich Ew. Majestät für das vielleicht zu ungestüme Drängen dieses Briefes mit dem Drange der Umstände gütigst zu entschuldigen bitte, verbleibe ich mein gnädigster König in dankbarer Ergebenheit und aufrichtiger Anhänglichkeit, ꝛc. ꝛc."

Albert.

Ich möchte hinzufügen, daß das Drängen dieses Briefes besonders berechnet war, auf den König selbst, mit Rücksicht auf dessen eigene Lage und Verfassungsangelegenheiten einen Eindruck zu machen. Es wird nachher gezeigt werden, wie in unsern Kreisen die Idee ergriffen worden war, durch Preußens Einfluß auf den deutschen Bund die große deutsche Angelegenheit in Gang zu bringen; aber wenn von Preußen die widersinnigsten Maßregeln in Kurhessen geduldet, die reaktionären Stände in allen kleinen Staaten mit der Autorität der preußischen Großmacht gedeckt und aufgemuntert wurden, so war es doch klar, daß die gesammte politische Operation jeder gesunden Basis entbehrte.

Bei dem aufrührerischen Geist, der seit 1845 die großen Städte Sachsens beherrschte, und bei dem halben Kriege, der zwischen Hannover, Braunschweig und Preußen seit 1843 in den Zollvereinsverhandlungen schwebte, hätte die preußische Regierung und vor allem der König selbst allen Grund gehabt, die Stimmen der Freunde zu hören.

Die weitaus stärksten Mahnungen, das Schicksal Deutschlands zu bedenken, kamen damals in immer entschiedener Weise von Süden her. Baiern und Baden nahmen die Aufmerksamkeit der deutschen Staatsmänner in immer größerem Maße in Anspruch. Baiern erlebte in jenem Augenblicke eine persönliche politische Wandlung seines Monarchen und von Baden war man seit längerer Zeit gewohnt, die Agitation für die nationalen Fragen in die unmittelbarste Consequenz des Verfassungsstreites gebracht zu sehen.

Man kann das Uebergewicht der badisch-deutschen Oppositionspartei von dem Austritt Blittersdorf aus dem Ministerium im Jahre 1843 datiren. Wenn die Kämpfe der Liberalen gegen Blittersdorf eine starke Heftigkeit verriethen, so war er der Mann, dem die überlegene Macht des Staates doch nie aus den Händen zu winden war. Aber seine Nachfolger waren durchaus schwache Männer.

Nebenius und Rettig hatten mit der Auflösung der Kammern im Jahre 1846 ihr letztes Mittel der steigenden Bewegung Herr zu werden, erfolglos

verbraucht. Der Großherzog war ganz erfüllt von dem loyalsten Wunsche, mit seinen Ständen in Eintracht zu regieren.

Der Eintritt Becks in das Ministerium und die Eröffnung der Kammern durch den Großherzog am 9. Dezember 1847 gab der liberalen Richtung hier das Uebergewicht und diese Thatsache wirkte weit über die Grenzen des kleinen Staates hinaus.

Die deutsche Zeitung wurde seit dem 1. Juli 1847 ein gemeinsames Organ der nationalgesinnten Liberalen in Nord und Süd und seit in Heppenheim im Oktober die Versammlung von Kammermitgliedern fast aller deutschen Staaten stattgefunden hatte, gewöhnte man sich, den Anstoß zu einer Reform der nationalen Zustände von der liberalen Partei ausgehen zu sehen.

Schon war den konservativen Kreisen und vor allem den regierenden Mächten Deutschlands die deutsche Frage gleichsam aus den Händen gewunden. Für die fernere Gestaltung der Dinge war dieses Bündniß von ganz entscheidender Bedeutung und wenn man will eine Schwierigkeit, von welcher die Regierungen nicht unvorbereitet und nicht ganz unverdient betroffen worden waren.

Da der Bund der Fürsten immer nur hindernd aufgetreten war, so gewöhnte sich die Welt zu glauben, daß die Wiederherstellung der staatlichen Vereinigung von Deutschland, nur durch die Opposition über den Köpfen der Regierungen hinweg, und schließlich nur auf demokratischem Wege zu Stande kommen könnte.

Und nun war auch das ultrakatholische Baiern in plötzlichem Sprunge zu der liberalen Richtung bekehrt worden. Nicht leicht erinnere ich mich einer überraschenderen politischen Neuigkeit, als der aus Baiern gekommenen Kunde vom Sturze Abels. In neuerer Zeit wurde, wie ich glaube mit Recht, betont, daß der König Ludwig schon auf dem Landtage von 1846 gegen Abel mißtrauisch geworden wäre und die Krise dieses Ministeriums begann ohne Zweifel schon mit der Ernennung Schenks zum Unterrichtsminister.

Die eigenthümliche Art aber, unter welcher der Münchener Liberalismus das alte particularistisch jesuitische Baiern aus dem Felde schlug, gab viel zu denken. Auf alle Fälle war mit dem Staatsrath Maurer und dem Fürsten Wallerstein, der aber wahrlich kein Liberaler war, in einem Theile Deutschlands, wo man dergleichen am wenigsten erwartet hatte, ein heftiger Kampf gegen die kirchliche Richtung eingeleitet worden.

In Württemberg war die liberale Opposition durch die Vermählung des Kronprinzen mit der Tochter des Kaisers Nikolaus noch steifer und mißtrauischer geworden und büreaukratische Maßregeln gegen Vischer und Robert Mohl hatten in weiten Kreisen Erbitterung verursacht.

Bei den Brotkravallen in Stuttgart im Laufe des Jahres 1847 zeigte

sich bei dem persönlichen Einschreiten des Königs, ein äußerst böser Geist unter der Bevölkerung. Die Vorgänge in der Schweiz übten hierauf eine so große Rückwirkung auf die Stammverwandten in Württemberg, daß die Thronrede vom 22. Januar 1848 ausdrücklich derselben Erwähnung zu thun und Beschwichtigungsworte anzuwenden, für gut fand.

Der schwäbische Liberalismus konnte in der Farbe noch um einige Töne tiefer und grauer dargestellt werden, als der der benachbarten Länder; er trat im Augenblicke nicht so lärmend hervor wie in Baden, aber er war demokratischer in seinem Sinn und Wesen und gefährlicher für den Fall einer fortschreitenden Bewegung. Die Büreaukratie war dort seit alter Zeit geschulter und hielt das Heft der Regierung zur Zeit noch fester in Händen; aber in den gebildeten Ständen war die Linie des Zusammenhanges von Volk und Dynastie viel weiter überschritten als anderswo.

Wenn man in diesen Kreisen von Deutschland und seiner Einheit sprach, so dachte man vielleicht an entferntere Tage und weiter entlegene Zeiten, allein das später gesprochene Wort, daß der Kaiser mit demokratischem Oele gesalbt werden müsse, hatte eine stille aber weite Verbreitung.

In diesem Punkte fand ich im Jahre 1847 Nord- und Süddeutschland außerordentlich ähnlich entwickelt. Der sonstige durchaus nicht schwächer gewordene Particularismus glich die Gegensätze zwischen Nord und Süd immer mehr und mehr in der gleichmäßigen Abnahme der Pietät und des eigenthümlichen Attachements der Bevölkerungen an die Landesherren aus. Ohne alle Frage wehte insbesondere aus Süddeutschland ein sehr starker republikanischer Luftzug, der zunächst sogar die Richtung auf die deutsche Einheit wesentlich übertraf.

Indessen waren die besten und besonnensten Kräfte in der That an der Arbeit, um die allgemeinen Bundes- und Staatsverhältnisse Deutschlands neu zu gestalten. Einer Reihe von Vorschlägen zu Verbesserungen des Bundeswesens, insbesondere von Radowitz angeregt, habe ich schon oben gedacht.

Von größter Wichtigkeit war es allerdings, daß am 22. Juli 1846 Preußen den Antrag auf Aufhebung der provisorischen Bestimmungen über die Presse in Frankfurt stellte und einen Entwurf zu einer neuen Preßgesetzgebung vorlegte. Von Württemberg war fast zu gleicher Zeit der Antrag auf Veröffentlichung der Bundesprotokolle eingebracht worden, aber die Halbheit und Schwäche, mit der alle solche Dinge vertreten worden waren, gestattete jede Entscheidung hinauszuschieben.

Ich folge hier der Aussage von Radowitz selbst, der in seiner Schrift über König Friedrich Wilhelm IV. ausdrücklich eingesteht, daß dieser sich zu seiner ersten und höchsten Pflicht gemacht habe, „Oesterreich zu der endlichen Einsicht

zu bringen, daß es die höchste und letzte Zeit sei, dem bisherigen Todesschlafe ein Ende zu machen und den Bund zu einem neuen Leben zu erwecken"; dann aber, wenn dieses Ziel erreicht sei, beabsichtige, von der Führung zurückzutreten und die „Leitung der ferneren Schritte Oesterreich zu überlassen".

Es ist wohl selten ein vernichtenderes Urtheil über eine politische Action gesprochen worden, als Radowitz hier mit wenigen Worten über die ganze Stellung Preußens zur deutschen Frage gleichsam unabsichtlich aussprach. Allein ich muß es leider bestätigen, daß dieses Urtheil zutreffend war. Nur der äußerste politische Optimismus konnte doch bei Friedrich Wilhelm IV. die Idee aufkommen lassen, Oesterreich werde „die Leitung" der Bundesreform übernehmen.

Das Verdienst des Generals von Radowitz um die Entwicklung Deutschlands bleibt übrigens ein unbestrittenes und gleichsam prophetisches. Ich habe nachher den merkwürdigen, geistvollen und seltenen Mann näher und näher kennen gelernt; er schien gleichsam vom Schicksal bestimmt gewesen zu sein, den Gedanken der heutigen Gestaltung Deutschlands zu einer Zeit zu modelliren, wo in den persönlichen Verhältnissen noch nicht die entfernteste Möglichkeit einer Ausführung vorhanden war.

Radowitz war eine Figur wie aus dem Mittelalter, ein politisirender Soldat wie aus den Zeiten Frundsbergs und Schärtlins und zugleich ein Bischof in Rüstung, ein Mann von großem Wissen und großer Belesenheit. Er stammte aus einer ungarischen Familie, war aber zu Blankenburg am Harz geboren. Er hatte seine Bildung auf einem Lyceum, wenn ich nicht irre, in Altenburg erhalten und gieng aus der westphälisch-französischen Armee hervor, wo er sich die tüchtigsten militärischen Kenntnisse erworben hatte. Während der Schlacht bei Leipzig kommandirte er eine französische Batterie. Dann wurde er preußischer Generalstabsoffizier und als Militärbevollmächtigter beim Bunde in Frankfurt gleichsam in die Richtung auf die deutsche Politik und Reform getrieben.

Er besaß ein phänomenales Gedächtniß, welches weit über die gewöhnliche Stärke hinausreichte. Ein mäßiges Buch konnte er in einem Nachmittage lesen und wußte nachher fast jeden Satz auswendig, ja vermochte die Seite anzugeben, wo er stand. Eine Stelle wiederzufinden vermochte er in einem Augenblick. Durch diese Eigenschaften war er, man möchte sagen, spielend, zu seiner außerordentlichen Vielwisserei gekommen, von der seine Bücher selbst nur ein dürftiges Zeugniß geben.

Die beste Vorstellung von gedächtnißmäßiger Schlagfertigkeit dieses merkwürdigen Sammelgeistes erhält man aus seinen Ikonographien der Heiligen und aus seinen Devisen und Mottos, die er eben fast alle im Gedächtniß hatte.

Er citirte aus Büchern so, daß man meinte, es müsse gelogen sein; ich habe ihn aber öfters beim Worte genommen und die Probe darauf gemacht, indem ich die Citate aufschrieb und aufsuchen ließ. Fast immer habe ich die Sache richtig gefunden.

Die einzige unangenehme Eigenschaft, die sich bei ihm aus dieser Masse des Wissens ergab, war, daß er sich einen ewig docirenden Ton angewöhnte, welcher von niemandem, als von seinem Herrn und König eingeschränkt werden konnte, mit dem er überhaupt manche Aehnlichkeit des Charakters besaß.

In Folge dessen bemächtigte er sich sofort jedes Gegenstandes und verbreitete sich dann mit Ausschluß aller Discussion darüber. Er hatte eine gleichsam poetische Auffassung von den meisten Dingen, und diese vermochte ihn in religiösen Fragen zu einer Richtung fortzureißen, von der man zweifelhaft sein konnte, ob sie ihm eine nach allen Seiten hin freie und selbständige Bewegung gestattete, oder ob er nicht vielmehr in manchen Willensfragen an die ganz bestimmten Impulse oder Regeln seiner katholischen Cirkel gebunden war. Aber dieses hinderte sein persönliches Urtheil in keiner Weise. Hellsehend und scharfsichtig in Allem, was die Politik betraf, war er für jeden strebsamen Politiker ein vortefflicher Lehrer. Aber der Mann des Handelns war er nicht. Einem Fürsten oder Staatsmann, der nicht selbst die Kraft und Initiative des Wollens besaß, konnte er eher gefährlich als nützlich werden; er gehörte zu der Classe der unschätzbaren, immer bereitwilligen und geistreichen Rathgeber; er war Kritiker, aber er zählte entschieden nicht zu denen, die auf die Mensur giengen.

Seine Stellung und Bedeutung in der Politik und speziell für die Entwicklung der preußischen Angelegenheiten, war daher vor 1848 größer als nachher, wo es nicht an Rathschlägen und Möglichkeiten gebrach, wohl aber an festem Willen und an der Fähigkeit zu handeln. Niemand hatte die Bedürfnisse des Bundes dem Könige Friedrich Wilhelm so schön und deutlich auseinander zu setzen gewußt, so lange es darauf ankam, dies theoretisch und akademisch zu thun. Glaubte er aber auch später noch, daß man durch die Anpreisung dessen, was der König seit seinem Regierungsantritt für Deutschland gethan hatte oder hätte thun wollen, eine erhebliche Wirkung hervorbringen werde, so lag darin sicher die Schwäche einer zum Handeln nicht geschaffenen Natur.

Am 20. November 1847 übergab er dem Könige eine Denkschrift über die vom deutschen Bunde zu ergreifenden Maßregeln. Es war eine Anklageschrift gegen den Bund seit seiner Gründung. Sie bezeichnete klar und frisch die unbedingte Nothwendigkeit einer Preßgesetzgebung mit Wegfall der Censur, die Oeffentlichkeit der Protokolle der Bundesversammlung, die Institutionen für die Wehrhaftigkeit Deutschlands, für den Rechtsschutz und für die materiellen Interessen.

Das Memorandum sagte dem König in dürren Worten alles, was er zu thun verpflichtet wäre, aber der Weg, den er einzuschlagen hätte, um zur Erreichung dieser Absichten zu gelangen, war keineswegs ebenso sicher zu bezeichnen.

Schließlich und das ist vielleicht sehr zu beachten, hatte doch Radowitz schon damals eine Ahnung davon, „daß doch auch der Fall fest angeschaut werden müßte, daß der Einfluß von Wien und die selbstsüchtigen Triebe einzelner Regierungen es unmöglich machen könnten, auf dem Bundestage irgend etwas Gedeihliches zu erzielen".

Wenn aber in dem Memorandum weiter gesagt wird, daß Preußen alsdann zu andern Mitteln greifen müsse, so ist man gespannt zu hören, was Radowitz seinem Könige für diesen Fall anrieth, wird aber freilich sehr enttäuscht sein, nichts besseres zu erfahren, als daß man sich mit dem „besseren Geiste der Nation" verbinden müsse.

Inzwischen war aber auch in offizieller Weise manches geschehen, um die Neugestaltung des deutschen Bundes vorzubereiten. Bunsen war von seinem Minister des Auswärtigen, Baron Kanitz, schon im Laufe des Sommers 1847 aufgefordert zu erwägen, ob es nicht möglich sein sollte, sich praktisch mit England über die leitenden Punkte der Gegenwart besser zu verstehen. Aus diesem Anlasse erörterte derselbe auch die deutsche Frage in einem Sinne, welche den König zu der Ansicht bringen sollte, daß „der Maßstab von Preußens politischem Einfluß in England mehr als je seine Macht in Deutschland, d. h. seine Leitung des deutschen Fortschritts sei".

Bunsen suchte der preußischen Regierung auf alle Weise klar zu machen, daß der Boden des Verständnisses für eine Neugestaltung Deutschlands in England geebnet wäre. Man mag dahin gestellt sein lassen, ob Bunsen diese optimistische Anschauung von dem Interesse, welches das englische Volk und die englische Regierung an der deutschen Frage genommen haben sollten, wirklich hegte, oder ob er sich damit nur seines Einflusses rühmte, um auf diese Weise seinen König in dem von ihm vertretenen Sinne vorwärts zu treiben.

Wenn jemand in England diese warme Empfindung für Deutschland und seine wünschenswerthe Erhebung wirklich hegte, so war es mein Bruder und durch ihn beeinflußt, die Königin. Ob dagegen die Bemerkungen Bunsens in seiner Denkschrift vom 25. September 1847 für die Ansichten Palmerstons und der damaligen englischen Regierung auch nur einigermaßen bezeichnend und zutreffend wären, ließ sich billig bezweifeln.

Nur in dem engsten Kreise meines Bruders waren damals die Ideen von dem Berufe und den Pflichten des Königs von Preußen für und gegen Deutschland lebendig geworden und hier waren diese Fragen, ein fortwährender Gegenstand der Erörterung und zuweilen auch excentrischer Hoffnungen.

Die ersten Anregungen zu der Erwägung der deutschen Frage datirten eigentlich bei meinem Bruder von seinem Aufenthalt mit der Königin in Coburg und Gotha im August und September 1845. Damals wurde der Plan gefaßt, auf den König Friedrich Wilhelm eine unmittelbare Einwirkung zu versuchen.

Mein Bruder fand in Coburg und Gotha zahlreiche fürstliche Gesellschaft. Der Großherzog von Baden war mit dem Erbprinzen, meinem Schwager, anwesend; sämmtliche sächsische Herzöge waren zu Besuch gekommen und die deutschen Zustände wurden eingehend besprochen. Im darauf folgenden Sommer verweilte ich wieder in England und meine Beobachtungen über Berlin aus dem Mai 1847, deren ich schon oben gedacht habe, waren meinem Bruder genau bekannt geworden und veranlaßten ihn, dem Könige so ernstlich wie möglich zuzureden.

Auf diese Weise hatte sich Albert seit dem Jahre 1846 mit dem Könige von Preußen in einen Briefwechsel eingelassen, von dessen Inhalt und Zweck, außer dem Könige Leopold und mir, unser Vetter Prinz Karl von Leiningen, außerdem aber auch Stockmar und Bunsen unterrichtet waren.

Es versteht sich von selbst, daß der Grad der Hoffnungen, die man auf diese Experimente setzte, bei Verschiedenen verschieden war. Die nachfolgenden Ereignisse hatten mir leider nur zu sehr Recht gegeben, wenn ich im Jahre 1846 die Ueberzeugung aussprach, aus dem Könige Friedrich Wilhelm werde niemals ein deutscher Kaiser werden.

Auch Prinz Albert konnte sich, wie selbst aus dem Buche der Königin, wenn auch bescheiden und dürftig genug hervorgeht, manchmal des Gedankens nicht erwehren, daß mit „den subjectiven Brandenburgischen, Hohenzollernschen, Friedrich Wilhelmschen Ansichten nicht weit fortzukommen sein werde".

Schon im Jahre 1846 aus Anlaß der polnischen Angelegenheiten und in Folge der Krakauer Spoliation drängte Albert den König, endlich die Bahnen der heiligen Allianz zu verlassen und den modernen Staatsgedanken Raum zu geben. Allmälig gieng er spezieller in die deutschen Verfassungsfragen ein und endlich schickte er dem Könige das tiefeingreifende Memorandum von Adverikie vom 11. September 1847, welches der Zeit nach einen kleinen Vorsprung vor der vorhin erwähnten Denkschrift des Generals von Radowitz hat und also wohl einzig in seiner Bedeutung dasteht.

Sehr glücklich war es, daß unser Vetter, Fürst Leiningen, der beredte und mit der nöthigen persönlichen Energie ausgerüstete Dolmetsch der in dem Memorandum ausgesprochenen Ansichten war. Höchst falsch benahm sich dagegen Stockmar, der den Prinzen Albert in jeder Weise zurückhielt und nach seiner Art, wenn es Ernst wurde, den Dingen aus dem Wege gieng.

Wir andern waren im Gegensatz zu Stockmar überzeugt, daß niemand besser als mein Bruder in seiner unabhängigen und dem Könige von Preußen wohl gewachsenen Stellung, geeignet sein konnte ganz klar und offen mit demselben zu sprechen. Man konnte über den Erfolg eines solchen Schrittes sehr verschiedener Meinung sein, aber die epochemachenden Grundsätze der deutschen Zukunftspolitik mit solcher Schärfe ausgesprochen zu haben, bleibt in der Geschichte unserer Zeit das unbestreitbare Verdienst des Prinzen Albert.

Es war gerade das Talent und die eigenthümlich fleißige Art meines Bruders, Gedanken, die man im allgemeinen erkannt und aufgestellt hatte, in feste Formen zu bringen und zu einer Art von System herauszuarbeiten.

So stehen denn an der Spitze der Denkschrift vom 11. September zwei dürr ausgesprochene Thesen, welche von Staatsmännern und Publicisten mit vielen Umschweifen aufgestellt worden waren, welche aber nur mein Bruder dem Könige von Preußen ohne alle Umstände aussprechen konnte:

1. Ausbildung volksthümlicher Regierungsformen,

2. Herstellung eines einigen Deutschlands.

Die Vorschläge der Denkschrift zur Herbeiführung dieser Ziele waren sehr gemäßigt und im ganzen durchaus praktisch. Ueber das Verhältniß Oesterreichs zu einer Bundesverfassung, an deren Spitze Preußen zu stehen hätte, war zwar keine volle Klarheit zu erlangen, da eine radikale Ausscheidung der österreichischen Bundesländer noch gefährlich und unthunlich erschien, aber der Hauptgedanke des Memorandums, daß es Bundesangelegenheiten gäbe, welche eine schärfere Einheit der Institutionen verlangen, war im Grunde doch derselbe, an welchem alle Politiker in den nächsten Jahren arbeiteten und welcher für die Entwicklung Deutschlands wirklich maßgebend geworden ist.

Wenn Stockmar dem Prinzen Albert einredete, daß der Zustand Deutschlands vornehmlich im Jahre 1847 einen antidynastischen Charakter gehabt habe, so waren seine diesfälligen Aeußerungen immerhin sehr bezeichnend für die augenblickliche Lage, nur waren sie zersetzend und negativ. Etwas positives zu rathen, war ihm viel weniger gelungen als meinem Bruder, der, im Verkehr mit dem Fürsten Carl und mir, in diesem Punkte der Wahrheit und Nothwendigkeit der Dinge viel näher gekommen war, als alle andern.

Was die Antworten Friedrich Wilhelms IV. anbelangt, so ist schon aus dem von mir oben angeführten Schreiben des Prinzen Albert vom 12. December 1847 ersichtlich, daß der König so that, als sei er mit allem bis auf zwei Punkte einverstanden; vom Deliberiren bis zur That aber war ein weiter Weg.

Vor allem blieb das Verhältniß zu Oesterreich eine für Friedrich Wilhelm IV. unüberwindliche Schwierigkeit. Er dachte nicht anders, als daß er es dahin bringen müßte, die Reform des deutschen Bundes gleichsam im Auf-

trag und als Mandatar des östereichischen Kaisers auszuführen. Ja er gefiel sich sogar in der Redensart: „Ich bin nur dazu da, dem Kaiser von Oesterreich den Steigbügel zu halten." Wer aber die österreichischen Zustände kannte, mußte sich sagen, daß für jede Nachgiebigkeit und Bereitwilligkeit in Betreff der deutschen Bundesreform in jenem Staate nicht nur das Wollen, sondern auch die Möglichkeit fehlte.

Ueber diese Dinge war ich in genauerer Kenntniß, als die sogenannten bestunterrichteten Diplomaten und Berichterstatter. Denn durch meine ausgedehnten Besitzungen im Herzen von Oesterreich und durch den in Wien und Ungarn residierenden Zweig unserer Familie war man in Coburg wahrscheinlich besser über das ausgedehnte habsburgisch-lothringische Reich unterrichtet, als irgendwo sonst in Deutschland.

Im Sommer des Jahres 1847 hatte ich zudem noch mit der Herzogin die österreichischen und ungarischen Länder gründlich bereist. Wir hatten uns im Juli nicht nur in Oesterreich und Wien einige Zeit aufgehalten, sondern wir verkehrten auch im August in Preßburg und Pest mit vielen ungarischen Herren und erkannten die volle Unmöglichkeit, daß es hier zu irgend einer Entschließung kommen könne.

Ich unternahm speziell eine Reise durch Ungarn, Siebenbürgen und Buckowina, theilweise um die dortigen Gestüte und Landwirthschaften zu besehen, theilweise um bei einigen Dynasten zu verweilen. Unter andern war ich auch einige Zeit auf einem Gute des Fürsten Paul Esterhazy zu Besuch. Hier waren eine Menge der einflußreichsten Ungarn aller Farben versammelt, und aus ihren Gesprächen wurde mir klar, daß auch in diesem merkwürdigen Lande in der kürzesten Zeit alles für die Revolution reif sein werde; dem Erzherzog Stephan, der eben an die Spitze der Landesregierung getreten war, konnte es nicht gelingen , die großen Gegensätze zu vereinigen.

Ein Reich, welches so zu sagen jeder monarchischen Regierung entbehrte, in den bittersten Finanznöthen steckte und von allen Seiten bedrängt und bedroht war, konnte nur durch die Aufrechthaltung des Bestehenden vor dem Untergange bewahrt bleiben. Wenn man noch dazu erwog, daß der einzige Staatsmann, den es besaß, Fürst Metternich war, der in seinen jungen Jahren dies Erhaltungsprincip als seine höchste Maxime betrachtete und nun in vorgeschrittenen Jahren alle Neuerungen als den Anfang vom Ende des gesammten europäischen Staatensystems ansah, war es doch höchst bedenklich zu erwarten, daß Preußen von österreichischer Seite aufgefordert werden könnte, eine Umgestaltung Deutschlands vorzunehmen.

Vor allem bot das weitschichtige Reich in seinem Innern keinerlei Aussicht, sich verfassungsmäßig zu consolidiren. Der täuschende Begriff des sogenannten

österreichischen Kaiserthums, welches dem auswärtigen Politiker die Meinung gab, als hätte er es mit einem einheitlichen Staat zu thun, verschwand dem Reisenden, wenn er die ungarische Grenze überschritt; eine Grenze, die durch scharfe Zollschranken bezeichnet war und sich unsern Blicken weit deutlicher bemerkbar machte, als die Grenzen, welche der Deutsche in den Zeiten vor dem Zollverein in seinem Lande gekannt hatte. Dazu kam noch das offen ausgesprochene Bestreben des ungarischen Volkes, sich immer mehr von der sogenannten Monarchie zu trennen und der Umstand, daß der vornehmste Adel des Landes an der Spitze einer Bewegung stand, welche die Gründung eines besondern ungarischen Staates nur als eine Frage der Zeit erscheinen ließ.

Daß unter diesen Verhältnissen die Erwartung des preußischen Königs und seiner Staatsmänner auf die Uebereinstimmung der österreichischen Regierung in Betreff der Bundesreform nicht in Erfüllung gehen konnte, mußte mir, wie man zugeben wird, wohl klar sein, als ich mit der Herzogin Mitte September über Prag, Karlsbad und Eger nach Coburg zurückgekehrt war.

Charakteristisch für die Auffassung, welche Metternich von den preußischen Verfassungsversuchen hatte, waren seine Conversationen und Correspondenzen mit dem König Leopold, durch welche ich immer rechtzeitig von der ganz unveränderten Haltung des österreichischen Cabinets unterrichtet war. Mein Oheim selbst ließ sich von dem österreichischen Staatskanzler in dieser Frage ganz ins Schlepptau nehmen und es ist charakteristisch, in welchem steten Revolutionsfieber so hervorragende Persönlichkeiten wie Metternich und König Leopold befangen waren.

So schrieb der Letztere am 9. Mai 1847 unter anderm an den Fürsten Metternich:

„Seit O'Sullivans Abreise nach Wien haben wir keinen Mangel an wichtigen Ereignissen gehabt. Eines derselben hat mich ganz vorzüglich interessirt, ich spreche von der Eröffnung der Stände zu Berlin. Bei dieser Gelegenheit habe ich mir zurückgerufen, was mir Euer Durchlaucht im Schloß zu Coblenz 1845 hierüber gesagt haben."

„Es ist ein gefährliches Spiel, was man dort treibt, und die Freude Reden zu halten scheint theuer erkauft. Die praktische Klugheit verlangt hier, daß alles langsam gehe, und daß die nächste Vereinigung der Stände nicht zu nahe anberaumt werde."

„Die Unterbrechung verschiebt die Steigerung, die auch bei ziemlich gut componirten Versammlungen unausweichlich sonst stattfindet."

„Die spanische Question hat sich ruhiger gestaltet, sie ist aber leider ein chronisches Uebel; bekommt die Königin keine Kinder, so gibt dies bestimmt bedeutende Eifersucht."

„Mit Bedauern werden Euer Durchlaucht von einem theilweisen Wechsel in dem französischen Ministerium hören; es kann nicht wohl günstig wirken und dennoch ist in Frankreich ein konservatives Ministerium ganz besonders wichtig. Würden von dort aus Revolutionen als normaler Zustand der Völker anempfohlen, so wäre die Gefahr groß."

„Graf W..., mit dem ich sehr zufrieden bin und der hier sehr beliebt ist, wird Euer Durchlaucht Auskunft über hier geben können."

„Die Katholiken, durch ihren ursprünglichen Haß gegen die Regierung, haben uns hier die verrückte Constitution aufgebürdet, von der die immerwährenden Electionen das auflösendste Element sind; wie ich ihnen dies von Anfang an gesagt hatte, so sind sie es, die am meisten hierunter leiden."

„Aus den Städten sind sie bereits verdrängt, und ich fürchte, daß die nahen Electionen sie aufs neue schwächen werden. Seit Belgien besteht und selbst seit 1815 hat man kein tüchtigeres Ministerium hier gehabt, als das jetzige; nichts desto weniger geschieht alles, um seine Existenz schwierig zu machen. Man ist geneigt, wenn man das wunderliche Treiben mit ansieht, was jetzt in Europa in's Leben tritt, an ein großes Tollhaus zu denken."

„Möchte die nahe schöne Jahreszeit günstig auf Euer Durchlaucht wirken, mich treibt Krankheit in wenig Tagen nach Wiesbaden."

„Doch will ich nicht zu weitläufig werden und schließe mit dem Ausdruck meiner herzlichsten Verehrung."

Leopold R.

Nichts ist für die unerschütterte Hoffnung, die das konservative Europa auf Oesterreich setzte, bezeichnender, als daß mein Oheim von der unglücklichen Idee nicht zurückzubringen war, daß man in dem alternden Kaiserstaat an der Donau einen geeigneten Rückhalt gegen die überall als drohend erkannten Revolutionen besitzen werde.

Und doch hatte die österreichische Politik damals bereits drei Niederlagen zu verzeichnen, von denen sich das Metternich'sche System nie mehr erholen sollte. Man hatte Krakau in der Absicht einverleibt, um die polnische Bewegung zu ersticken und die von den Westmächten auf das bitterste getadelte Verletzung der von der österreichischen Regierung so sorgfältig behüteten Verträge hatte nichts anderes zur Folge, als daß der finanziell ohnehin am Rande des Abgrunds stehende Staat zu enormen Rüstungen schreiten mußte, welche dennoch nicht geeignet waren, die polnische Bewegung zum Stillstand zu bringen.

Gleichzeitig hatte Metternich bei der Wahl des Papstes Pius IX. eine beschämende Zurückweisung in den Kreisen seiner guten Freunde erfahren, und in Oberitalien kam der Besitzstand der Monarchie in ein bedenkliches Schwanken. Und zu diesen innern Schwierigkeiten gesellte sich der Sonderbundskrieg in der

Schweiz, wo die alte Metternich'sche Staatskunst gleichsam vor den Augen von ganz Europa kläglich gescheitert war.

So befand sich das alte Oesterreich in einer Situation, wo es nur eines energischen Willens in Preußen bedurft hätte, um Deutschlands Unabhängigkeit zu sichern. Indessen wäre es müßig, die Frage aufzuwerfen, was geschehen konnte, wenn Friedrich Wilhelm IV. wirklich den Hoffnungen gerecht geworden wäre, die man auf ihn setzte. Wie der thatsächliche Gang der Dinge verlief, so sollte der Anlaß zu einer neuen Epoche europäischer Staatsverhältnisse abermals von Frankreich kommen und durch eine Revolution in Paris eingeleitet werden.

Welche Momente es waren, die seit dem Jahre 1846 zu dem Sturze Louis Philippes führten, wird mir an der Hand einiger persönlicher Erlebnisse zu zeichnen im folgenden Capitel nicht schwer sein.

Drittes Capitel.

Spanien und Portugal.

Für die Stellung Louis Philippes in Frankreich und sein Verhältniß zu England ist in den letzten Jahren seiner Regierung die Geschichte der sogenannten spanischen Heirathen entscheidend geworden. Heute machen sich nur noch wenige Menschen einen Begriff davon, welche weitreichende Bedeutung die Frage, mit wem die beiden Töchter der verwittweten Königin Marie Christine verehlicht werden sollten, in der europäischen Politik erlangte.

Alle Anstrengungen des französischen Ministeriums seit dem Sturze Thiers giengen dahin, die mühsam erreichte Intimität zwischen den beiden Nachbarreichen aufrecht zu erhalten, aber die Verhältnisse der pyrenäischen Halbinsel bildeten einen fortwährenden Gegenstand der Eifersucht und Gereiztheit in den Beziehungen der Cabinete von St. James und Versailles. In England betrachtete man das Verhalten Frankreichs in der spanischen Heirathsangelegenheit als den eigentlichen Prüfstein der Loyalität Louis Philippes und seines Hauses und in Frankreich wollte man doch nicht auf den hergebrachten Einfluß auf die spanischen Verhältnisse verzichten. Es ist daher begreiflich, daß Guizot in den spätern Jahren seines Lebens das Bedürfniß fühlte, durch seine Memoiren besonders das Verhalten zu rechtfertigen, welches er gegenüber diesen Ereignissen beobachtet hatte. Man war allgemein der Ueberzeugung, daß der Zusammenbruch der englisch-französischen Allianz von so erheblichen Folgen für ganz Europa gewesen war, daß jeder Theil die Schuld davon dem andern zuzuschreiben sich bemühte.

Eben in jener Zeit, wo alle Politik der Mächte mit ängstlichster Spannung den Vorgängen in Spanien sich zugewendet hatte, war ich im Begriffe mit meiner Frau eine Reise in dieses Land zu unternehmen, welches damals noch ganz außerhalb des Verkehrs lag und nur ausnahmsweise von Touristen betreten worden war.

Man rüstete sich zu einer Wanderung durch die schöne Halbinsel, wie man heute eine Expedition in das Innere von Afrika zu unternehmen pflegt und der Versuch, mit Frauen die unsichern Provinzen des alten Königreiches zu durchziehen, galt für ein abenteuerliches und schweres Unternehmen. Ich hatte die

Absicht, von Spanien auch einen Ausflug nach Afrika zu machen und von da nach Portugal zu gehen, wo ich am königlichen Hofe den lieben Verwandten auch meine junge Gemahlin vorzustellen wünschte. Eine solche Unternehmung war fast ganz unmöglich ohne die Unterstützung der französischen und englischen Regierung, und da uns diese in reichstem Maße zu Theil geworden war, so betrachtete man mein Erscheinen in Spanien wie eine Angelegenheit von politischer Bedeutung. Allein es war nichts als ein sonderbarer Zufall, der mich in die große Frage der Zeit verwickelte und mich ausersehen zu haben schien, einen gewissen Antheil an der Entwicklung und Geschichte der berühmten spanischen Heirathen zu erhalten.

Ohne jede Absicht in eine Verbindung mit der auf der Halbinsel spielenden Politik zu treten, verließ ich am 23. März 1846 Deutschland in Begleitung meiner Frau und meiner Vettern Alexander und Arthur Mensdorf mit zwei Cavalieren und einer Dame. Wir giengen über Straßburg, Besançon, Lyon, Avignon nach Marseille. Man hatte noch die manigfachsten Scharmützel mit unverschämten Postmeistern und unzuverlässigen Postillons zu bestehen, und erst die Reise auf der Rhone, die wir auf dem Dampfboot Syrius thalabwärts machten, gewährte Stimmung und Genuß der südlichen Natur.

Obwohl ich unter fremdem Namen reiste, konnten dennoch offizielle Empfangsfeierlichkeiten nicht ganz vermieden werden. Die Regierung Louis Philippes war nicht abzuhalten, meinem Unternehmen offenbar in Rücksicht auf die damals schon spielenden diplomatischen Scharmützel ein auffallend öffentliches Gepräge zu geben. Wir machten die mannigfaltigsten Versuche uns den Peinlichkeiten offizieller Empfänge zu entziehen, es war vergeblich und in Folge davon kam es zu manchen erheiternden Zwischenfällen.

Nach kurzer Besichtigung der Sehenswürdigkeiten von Toulon, seiner Fortifikationen, Arsenale und Gefängnisse begaben wir uns nach Marseille und schifften uns am 2. April an Bord des Amsterdam, eines französischen Schiffes, welches ich gemiethet hatte, nach Barcelona ein. Hier, wo ich vor sechs Jahren den Sturz der Königin Christine und das Emporkommen Esparteros miterlebt hatte, betraten wir den Boden der spanischen Halbinsel.

Was hatte sich seit jenen Tagen in dem Musterlande der Militär-Revolutionen alles zugetragen. Die Königin, welche dem glücklichen General damals weichen mußte, war wieder zurückgekehrt und hatte die Zügel der Regierung wieder von neuem ergriffen. Während Espartero am 21. Juni 1843 mit 8000 Mann gegen General Prim zu Felde ziehen wollte, der mit dem Gelde der Königin Christine in Catalonien die Gegner des Diktators vereinigte, landete Narvaez in Valencia und pflanzte die Fahne der Moderados auf. Er brachte ein Heer von 30,000 Mann auf, vor welchem der Anhang Esparteros zerstob und der

Diktator sich genöthigt sah, nach dem Süden zu entfliehen. Am 30. Juli verließ er auf einem englischen Schiff von Cadix aus Spanien, ohne daß ihm volle Gerechtigkeit für seine Verdienste um die Ruhe und Sicherheit des Landes zu Theil geworden wäre.

Allein die Progressisten waren mit der Kirche in zu tiefen Conflikt gerathen, als daß das Spanien der vierziger Jahre ihr Regiment hätte lange ertragen können. Als am 10. November 1843 die Königin Isabella in den Cortes für volljährig erklärt wurde, hatte Narvaez zwar einen kurzen Frieden mit den Progressisten gemacht, indem er Olozoga in das Cabinet aufnahm; aber der letztere war schon nach drei Wochen wieder entlassen worden und eine moderirte Camarilla sammelte sich um den französischen Gesandten General Bresson, der Mühe hatte diese Partei von den äußersten Thorheiten gegen die Progressisten abzuhalten. Dies war der Moment, wo Marie Christine ihr Exil in Paris verlassen zu können meinte und in Spanien erschien, um die Rechte einer Königin Mutter in voller Ausdehnung in Anspruch zu nehmen.

Am 4. Februar 1844 hielt sie ihren Einzug in Barcelona, am 23. zu Madrid. Kurz vorher war ihre Schwägerin Louise Charlotte, die Gemahlin Franz de Paulas gestorben, welche an der Vermählung eines ihrer Söhne mit der Königin Isabella eifrig gearbeitet hatte, um auf diese Weise größeren Einfluß auf die Regierung zu erlangen,

Jetzt aber war Maria Christine wieder Herrin der Situation und alle Welt glaubte, daß diese Regierung so viel bedeute, als das Uebergewicht des französischen Cabinets in Spanien.

Daß die Königin indessen in mancher Beziehung ihre eigenen Wege gieng, zeigte sich gerade in der Heirathsangelegenheit ihrer Töchter, welche in jenen Jahren den Angelpunkt der europäischen Politik zu bilden begonnen hatte.

Das gute Einvernehmen zwischen Maria Christine und Narvaez dauerte indessen nicht lange. Die Stellung des allmächtigen Generals war durch den Finanzminister Salamanca erschüttert worden. Als ein Theil der Gemäßigten die weitgehenden Reactionsmaßregeln Narvaez' in den Cortes zu bekämpfen begann, unternahm es Miraflores im Jahre 1846 ein neues, freilich sehr vorübergehendes Ministerium zu bilden. Die im März erfolgte Zurückberufung des noch immer unentbehrlich scheinenden Generals endete am 4. April mit seinem plötzlichen Sturze, durch welchen er sich bestimmt sah, Spanien zu verlassen.

An demselben Tage erhielt ich zu Barcelona durch den mir seitdem stets befreundet gebliebenen französischen General-Consul Lesseps, denselben, dessen Name durch den Suez-Canal berühmt geworden ist, die erste Nachricht von den großen Ereignissen in Madrid.

Mit Staunen verzeichnete die Herzogin die Eindrücke des Gegensatzes zwischen den Herrlichkeiten der Landschaft und den trostlosen politischen Zuständen des Landes in ihrem Tagebuche. Für den Wandel solcher Dinge ist mir nichts bezeichnender geblieben, als daß ich 1840 fast an demselben Tage Spanien verlassen hatte, an welchem diese Königin Marie Christine vor einem progressistischen Offizier sich demüthigen mußte und daß ich es hier fast in demselben Augenblicke wieder betrat, wo dieselbe einen loyalen und moderirten General, der dem Königthum unbedingt ergeben war, in den Staub trat.

Ueber dieses eigenthümliche Zusammentreffen von Umständen schrieb mir mein Bruder am 20. April in launiger Weise nach Gibraltar:

„Du scheinst einen ungünstigen Einfluß magnetischer Art auf die Schicksale Spaniens auszuüben, denn jedesmal, wenn du dich da zeigst, wird der Regent fortgejagt und Aufstände, Mord und Todtschlag zeigen sich in allen Theilen des Landes. Du wirst am Ende als eine Art Ahnfrau betrachtet werden, deren Erscheinen Unheil für das Haus verkündet."

In Wahrheit nahm man aber in England die Wendung der Dinge in Spanien viel ernsthafter als aus diesen Worten hervorgeht, denn man erblickte in Marie Christine immer nur ein Werkzeug Louis Philippes, gegängelt von General Bresson, dem französischen Gesandten; ja man verbitterte sich in Nebenbuhlerschaft und Eifersucht gegen Frankreich mehr und mehr.

Wir Reisenden hatten indessen in Spanien wenig Zeit gefunden, uns in die hohe Politik zu mischen. Die Hauptstadt des Landes vermieden wir; die Ziele unserer Reise waren Malaga und Granada, das Mekka unsrer Pilgerfahrt hier die Alhambra. Seit jener Zeit ist diese Tour oft genug beschrieben, aber auch viel bequemer geworden. Während die Herzogin mit Entzücken in ihrem Tagebuche einiger Daguerreotyp-Aufnahmen von herrlichen Bauwerken erwähnt, mit denen man sich damals begnügen mußte, sind heute die trefflichsten Abbildungen von der vergangenen Größe Spaniens fast in jedermanns Händen.

Auf der Reise von Valencia nach Malaga wurden wir von einem der größten Seestürme überrascht, welche ich je erlebte. Schon bei unserer Abfahrt am 7. hatten wir schlechten Wind und in der folgenden Nacht ballte sich drohendes Gewölk am Horizont zusammen. Der von den Dichtern als friedfertig beschriebene stille Mond hatte zu unserm Erstaunen und zur geringen Freude der Schiffsmannschaft einen tricoloren Hof um sich versammelt. Das Wetter war während der Nacht so unfreundlich, daß es mich von meinem Platz auf dem Verdeck in den mir schon längst verhaßten Salon trieb, wo ich bei der entsetzlichen Hitze einen mehrstündigen Kampf mit der Seekrankheit zu bestehen hatte.

Als ich der Niederlage gewiß war, stürzte ich auf das Verdeck und schwankte, von den Wellen wie von den Furien verfolgt, einem kühleren Lager zu, das

mir die Sorgfalt des Kapitäns verschafft hatte. Die See war inzwischen ganz toll geworden und die Wellen stürzten Zimmer hoch über das Verdeck hinweg. Das Schiff flog von einer Seite auf die andere und lag oft so, daß das Wasser in den Rauchfang drang und das Feuer der Maschine zu verlöschen drohte.

Mit jeder Stunde verstärkte sich der Sturm, die See heulte fürchterlich und der Morgen und Vormittag gieng bei einem fruchtlosen Kampfe unsers Schiffes gegen den widrigen Wind vorüber; am Nachmittag erschien der Kapitän vor mir mit dem Wunsche, das Schiff drehen zu dürfen, um in einer Bucht am Ufer Schutz zu suchen. Ich gab gerne meine Zustimmung, und so langsam wir zuvor gefahren waren, wir hatten in fünf Stunden eine Meile zurückgelegt, so rasch flogen wir jetzt vom Sturmwind getrieben der Küste zu. In der kleinen Bucht von La Roquetas giengen wir gegen Abend vor Anker, wo mehr als zwanzig größere und kleinere Fahrzeuge ihre Zuflucht gefunden hatten.

Erst am 10. April langten wir des Morgens in Malaga an. Die Reise nach Granada wurde von hier über das Gebirge von Colmenar zu Pferd und zu Wagen gemacht. Die schönen Tage, welche der Besichtigung der wunderbaren Reste arabischer Cultur gewidmet wurden, mußten für die schweren Anstrengungen entschädigen, die damals nöthig waren, um zu dem Genusse dieser Schönheiten zu gelangen.

Ueber Cordova und Bailen fuhren wir nach Sevilla. Man gab uns zu Ehren ein großes Stiergefecht, dessen Aufregungen besonders von den Damen nur mit dem Aufgebot aller ihrer Tapferkeit überstanden werden konnten. Auf dem Guadalquivir setzten wir die Reise nach Cadix fort, von wo wir einen interessanten Ausflug nach Afrika unternehmen konnten, da uns die Königin Viktoria das Kriegsdampfschiff Phönix, Capitän Dennis, zur Verfügung gestellt hatte.

Wir giengen in Tanger vor Anker, und nach einem mehrtägigen Aufenthalte daselbst trennte sich unsere Reisegesellschaft, da ich einen Ausflug nach Tetuan zu Lande unternehmen wollte, während die Herzogin auf dem Phönix verbleiben und zur See dahin gelangen sollte.

Tanger war die Hauptstadt einer der bedeutendsten Provinzen des maroccanischen Kaiserthums und stand unter dem Befehl des Pascha Russelham ben Ali Astod.

Da wohl noch nie ein deutscher Souverän das maroccanische Gebiet betreten hatte, so fand sich der Pascha nach gründlicher Communication mit dem englischen Consul bestimmt, uns außerordentliche Ehren zu erweisen. Da man aber in Marocco noch auf das allerstrengste an den mohamedanischen Gebräuchen fest-

hielt und diese dem Muselmann das Betreten eines von Christen bewohnten Hauses verboten, so stattete mir der Statthalter des Sultans auf dem freien Platze vor dem Hafen seine Visite ab.

Ein Theil der Leibwache des Paschas erschien und brachte ein mit reichstem Sattelzeug geschmücktes Streitroß, welches ich besteigen mußte, während der Pascha selbst mit großem Gefolge heranritt, um mich feierlich zu begrüßen. Er war ein sehr stattlicher Mann von etwa sechszig Jahren, kräftiger Haltung und energischen Gesichtszügen. Nach einigen Complimenten, welche wir uns unter Vermittlung des englischen Consuls gemacht hatten, setzten wir uns alle in Bewegung, um den Pascha in seinem Alcazar zu besuchen, der uns aus besonderer Vergünstigung ganz gezeigt werden sollte.

Die Burg liegt auf einem ansehnlichen Hügel am obersten Ende der Stadt. An den Thoren stiegen wir ab, der Pascha reichte mir die Hand und führte mich allein in die innere Halle des Serails. Der Befehl, daß Frauen und Sklavinnen rechtzeitig sich entfernen sollten, mochte wahrscheinlich nicht pünktlich ausgeführt worden sein, denn als ich in die Gemächer des Paschas eintrat, stoben noch allerlei reizende Gestalten wie scheues Wild auseinander; erst allmälig war das Terrain so rein, daß mich der Pascha mit beruhigter Miene weiter geleiten konnte.

In einer Halle wurde ein maurisches Goûter, bestehend aus Thee und einer eigenthümlich zubereiteten Speise aus Mais servirt. Nachdem ich mich verabschiedet, machte ich einen Ritt nach den die Stadt beherrschenden Anhöhen, von wo sich die reizendste Aussicht bot.

Am folgenden Morgen den 1. Mai begannen wir die Wanderung über das Gebirge des kleinen Atlas nach Tetuan. Wir ritten mit einer vom Pascha mitgegebenen militärischen Begleitung, mit Vor- und Nachhut auf beschwerlichen Pfaden landeinwärts, dem gebirgigsten Theile des Landes zu und machten erst Mittags auf dem Gipfel eines bewaldeten Berges Halt.

Von da schlängelte sich unser Weg an steilen, reich bewachsenen Bergwänden hin und wurde immer romantischer. Nachdem die Höhe überstiegen war, gieng es über Felsenblöcke in tiefe Schluchten hinab, von wo durch Engpässe hindurch der steinige Weg in ein üppig bewachsenes Thal mündete, welches von allen Seiten von waldigen Bergen begrenzt war und mich an manche Partien der Walliser Alpen erinnerte.

Auf einem sanft aufsteigenden Bergrücken im Glanze der Nachmittagssonne tauchte Tetuan auf, und als wir uns der Stadt bis auf eine kleine Wegstunde genähert hatten, erschien ein Trupp Reiter, an deren Spitze ein alter, ergrauter Soldat und der junge Mr. Buttler, Sohn des englischen Consuls uns entgegen kamen. Als wir in die alte Maurenstadt einzogen, schien die ganze Bevölkerung auf den Beinen zu sein, so daß wir uns kaum durchdrängen konnten.

Im Hause des alten Mr. Buttler einquartirt, genoß ich beim Untergange der Sonne vom Dache der bequemen, in maurischem Stile erbauten Villa des Consuls den reizenden Anblick der blendend weißen Stadt mit ihren vielen Kuppeln und Thürmchen, in einem länglichen Viereck regelmäßig erbaut. Im Hintergrunde erhoben sich die Berge, die wir am Nachmittage herabgestiegen waren. Gegen Norden dehnte sich eine weite Ebene aus, mit Gärten und fruchtbaren Feldern bedeckt, von Pinienwäldern begrenzt und am äußersten Horizont zeigte sich ein blauer spiegelnder Wasserstreifen, der die Nähe des mittelländischen Meeres verrieth.

Dort sollte am selben Abend der Phönix vor Anker gehen, auf welchem sich, wie man weiß, die Damen unserer Gesellschaft befanden. Aber ein furchtbarer Sturm hatte die Reisenden bis auf die Höhe von Algier verschlagen und erst nach 12 stündigem Kampfe mit den Wellen war der Phönix der Küste von Tetuan nahe gekommen. Als ich am Morgen des 2. Mai an den Strand des Meeres hinausritt, so war es keine geringe Ueberraschung, den Phönix in einer Situation zu erblicken, die jede Landung unmöglich machte.

Während ich von der Küste aus das furchtbare Schwanken des Schiffes auf der empörten See beobachten konnte, hatte die Herzogin vergeblich den Capitän bestürmt, sie in einem Boote landen zu lassen. Die Verzweiflung der armen Frauen war grenzenlos und dennoch mußte man den Phönix für diesen Tag seinem Schicksale überlassen.

Ich ritt daher allein und enttäuscht zur Stadt zurück, wo ich mich zum Pascha Hadschi Abdullah Aschach begab, der mich schon am Thor seines Alcazars erwartete. Er hatte alles nicht nur für meinen, sondern auch für den Empfang meiner Frau vorbereitet, aber das Schicksal hatte es anders bestimmt, und er mußte sich begnügen, seine Galanterie lediglich durch Uebersendung einer Rose, die er mir mit einem arabischen Dichterwort überreicht hatte und andere zahlreiche schöne Geschenke zum Ausdruck zu bringen.

Nur mit Mühe vermochte ich mich mit meinen Begleitern am nächsten Tage bei fortdauernd bewegter See auf dem Phönix wieder einzuschiffen, denn als wir uns am Ufer eingefunden hatten, war die Lage nur wenig verändert und Capitän Dennis hatte seinen Reisenden auch jetzt die Landung verweigert.

Als er gegen Mittag endlich selbst auf seinem Gigue zu uns herangerudert kam, waren wir bereits entschlossen uns nach Gibraltar zu wenden und vertrauten uns dem schwankenden Boote, welches mehr als eine halbe Stunde brauchte, um uns an den Phönix heranzubringen.

Die Anker wurden gelichtet und wir nahmen den Cours gegen Ceuta, wo uns noch ein herrlicher Anblick der afrikanischen Küste und der Säulen des Herkules zu Theil wurde, worauf wir alsbald den heißen Welttheil hinter uns

verschwinden sahen und dem majestätisch aus dem Meere steigenden Felsen von Gibraltar entgegen trieben. Hier wurden wir mehrere Tage von dem englischen Commandanten und den Offizieren der Armee und Marine mit Freundlichkeiten überhäuft und schieden nur ungern von diesem merkwürdigen Bollwerk der englischen Machtstellung, da uns die Zeit vorgezeichnet war, wo wir in Portugal erwartet worden waren.

Gerade in den Tagen meines interessanten Aufenthaltes in Marocco, war ich indessen von der Lenkerin der spanischen Monarchie, der Königin Marie Christine in die Angelegenheiten der großen Politik viel tiefer verwickelt worden, als ich irgend erwartet und persönlich zu wünschen Anlaß gehabt hätte.

Seit mehr als 4 Jahren hatten sich die westmächtlichen Cabinette mit der Frage beschäftigt, wer der glückliche Auserwählte sein sollte, der an der Seite der jungen Königin Isabella das schöne Spanien mitbeherrschen sollte.

„Die Königin Isabella" — so bemerkt Guizot in seinen Memoiren, — „war erst zwölf Jahre alt, aber ihre Verheirathung war schon in Spanien, Frankreich und ganz Europa, der Gegenstand der Erwägungen aller, ein wenig vorausschauenden Politiker geworden."

Hiebei vergaß der leitende französische Staatsmann nur zu erwähnen, daß er es selbst war, der die Angelegenheiten unnöthig frühzeitig aufgerollt hatte. Er legte in seiner Rechtfertigungsschrift sehr viel Gewicht darauf, daß die Königin Christine und die gemäßigte Partei in Spanien zu allererst den Herzog von Aumale zum König-Gemahl von Spanien haben wollten und weiß nicht genug die außerordentliche Mäßigung und Loyalität Louis Philippes zu rühmen, wodurch das für Frankreich so vortheilhafte Project von vornherein abgeschnitten worden sei.

Eine Folge davon wäre die Aufstellung der verschiedensten Candidaten, deren Wahl für Frankreich nicht gleichgültig sein durfte, gewesen. Man kann dies zugeben, ohne jedoch anzuerkennen, daß auf die Neigung der Königin Christine für eine orleanische Heirath ihrer Tochter allzuviel Gewicht zu legen sei. Sie hatte Louis Philippe gegenüber, wenn sie seiner Hilfe bedurfte, allezeit viele Schmeicheleien bereit; fühlte sie sich dagegen frei, so stand sie nicht an, Schritte zu thun, welche keineswegs mit der unbedingten Ergebenheit und Anhänglichkeit an den königlichen Oheim in Paris verträglich schienen. Ich hatte bei meinem Aufenthalte daselbst im Jahre 1843 Gelegenheit Marie Christine im intimsten Verkehre des königlichen Hauses oft zu sehen und zu sprechen.

Während sie hier in der Verbannung lebte, wußte sie dem Könige mit nichts angenehmerem in den Ohren zu liegen, als daß sie und die Moderados für eine orleanische Heirath der Königin Isabella eintreten würden. Natürlich setzte

dies voraus, daß sie erst wieder die Herrschaft in Spanien haben mußte, wofür es Louis Philippes Unterstützung zu erstreben galt.

Als nun aber Marie Christine im Jahre 1844 dieses Ziel ihrer Wünsche erreicht hatte, erfüllte sie keineswegs die Hoffnungen der Orleans auf den spanischen Thron, sondern war in Wahrheit bestrebt, ihrem Bruder, dem Herzog von Trapani, die Hand ihrer Tochter zu sichern.

Das Gewirr von diplomatischen Verhandlungen, die seit dem Jahre 1844 ins Unendliche anwuchsen, führte mehr Täuschungen als Aufklärung herbei, denn es ist unglaublich wie vielen Staub die beiden Diplomaten Bulwer und Bresson in Madrid aufwirbelten, um ihre eigene Bedeutung bei der Sache in einem möglichst glänzenden Lichte erscheinen zu lassen.

Dieser diplomatische Gegensatz, welcher in den Memoiren Guizots durch die Mittheilung jedes unbedeutenden Zwischenfalls und jeder kleinsten Diskussion den stärksten Ausdruck erhielt, brachte die neuesten Geschichtsschreiber des Ereignisses zu der Meinung, daß die spanische Heirath von vornherein unter den Gesichtspunkten der Coburgischen und Orleanischen Hausinteressen aufgefaßt worden wäre. Allein wenn auch Hillebrandt in seiner Geschichte Frankreichs mit Recht sagen durfte: daß das „herzliche Einvernehmen" zwischen England und Frankreich auf demselben Grunde, wo es zehn Jahre früher unter Thiers und Palmerstons Lootsenschaft gestrandet war, in Spanien Schiffbruch gelitten, so war doch von vornherein zwischen den Höfen nicht die leiseste Spur einer Rivalität auf dem Gebiete der spanischen Heirathen vorhanden.

Man darf nicht vergessen, daß eben die Coburgischen Verwandtschaften das Band gebildet haben, welches sich um den englischen und französischen Hof schlang, und daß man an nichts weniger dachte, als an die Möglichkeit, wie aus neuen Familienverbindungen eine Entzweiung der verwandten Häuser entstehen könnte.

Wenn Palmerston die Meinung hegte, daß die Candidatur eines Coburgers als Gemahl der spanischen Königin weit mehr ein französisches als englisches Interesse gewesen wäre, so entsprach dies wirklich der Lage der Dinge und man dürfte nicht denken, daß Palmerston durch diese Betrachtung etwas günstiges für die coburgischen Aussichten in Spanien gesagt haben wollte; er hatte nur der Haltung Aberdeens gegenüber jede mögliche Opposition machen wollen.

Sein Candidat war Don Enrique, der zweite Sohn Franz de Paulas, welcher der Königin Christine als der gefährlichste schien, weil er am meisten Zusammenhang mit den Progressisten hatte, die ihre größten und unversöhnlichsten Feinde waren.

Wenn andererseits sein älterer Bruder, der Herzog von Cadix, der Königin Mutter vom moralischen Standpunkt ebenso widerwärtig erschien, wie jener vom politischen, so dürfte man schwerlich deshalb einen Tadel gegen sie aussprechen.

Daß überhaupt von diesem, für eine Ehe gänzlich unfähigen Manne, in dem diplomatischen Getriebe die Rede sein konnte, das ist ohne Frage der dunkelste Punkt der ganzen Angelegenheit, welcher allen Betheiligten gleich wenig zur Ehre gereichte.

Es ist kein Geheimniß, daß der Mann, den man nachher der Königin Isabella als Gemahl aufgedrungen hat, kein Mann war, vielmehr wurde allenthalben davon gesprochen und darüber gescherzt, ohne daß die Diplomatie jener Tage sich gescheut hätte, die Eventualität einer solchen Verheirathung der Königin Isabella in Ueberlegung zu ziehen. Man betrieb vielmehr von einigen Seiten diese Verbindung zu dem Zwecke, damit die Ehe der Königin, wie man sich thörichter Weise schmeichelte, kinderlos bleiben sollte.

So standen die Dinge zu der Zeit, als die Besuche der beiden Höfe von Frankreich und England in den Jahren von 1843—1845 die in ganz Europa bekannte Freundschaft noch mehr zu sichern schienen. Im Jahre 1843 war die Königin Viktoria mit meinem Bruder in Eu erschienen, darauf kam Louis Philippe mit Guizot nach Windsor und im folgenden Jahre fand der zweite Besuch der englischen Herrschaften in Eu statt.

Bei dem letzten wurden bestimmte Verabredungen über die spanische Heirathsangelegenheit getroffen. Viele Einzelheiten über die Begegnung der Monarchen sind aus dem Buche der Königin über das Leben meines Bruders allgemein bekannt.

Der eigentliche Inhalt der gegenseitigen Versprechungen ist bis jetzt aber nie anders als vermuthungsweise angegeben worden. Was man darüber gesagt hat, ist mehr oder minder richtig errathen, beglaubigt werden diese Verabredungen erst durch einen Brief meines Bruders an mich erscheinen, welchen ich weiter unten mittheilen werde.

Hier will ich nur noch bemerken, daß in Stockmars Denkwürdigkeiten die Stellung meines Bruders zu der Sache nicht ganz richtig bezeichnet erscheint und die Punkte, welche in den verschiedenen Verhandlungen zu Eu als abgemacht galten, hier keineswegs zutreffend angegeben wurden. Die ganze Darstellung dieses oft wörtlich benutzten Werkes hat in Bezug auf die letzteren Fragen auch nicht viel mehr Werth als den einer historischen Combination.

Die englischen Herrschaften hatten sich während der vergnügten Tage in Eu unzweifelhaft etwas zu sehr durch das Versprechen engagirt, daß sie sich selbst alle Mühe geben wollten, eine bourbonische Heirath herbeizuführen. Lord Aberdeen der sich dem Könige Louis Philippe um jeden Preis angenehm zu machen suchte, vernachläßigte es absolut eine den beiderseitigen Verpflichtungen entsprechende Formulirung zu finden, so daß nachher jeder Theil sich für seine Sache auf die Abmachungen von Eu beziehen konnte und alle nach-

träglichen sattsam bekannten Recriminationen auf diese höchst unglücklichen Punktationen zurückgiengen.

Königin Viktoria und mein Bruder hatten durch das Versprechen der Unterstützung der bourbonischen Candidaturen sich um jede Freiheit der Bewegung gebracht, während Guizot Gelegenheit hatte bei dem weiten Begriff des bourbonischen Hauses alles so lange zu drehen und zu wenden, bis für die Königin Isabella Niemand übrig blieb, als der Herzog von Cadix, der soviel als Ehelosigkeit zu bedeuten schien.

Alsdann glaubte Guizot Hoffnung zu haben, den Thron von Spanien durch die Vermählung des Herzogs von Montpensier mit der zweiten Tochter Christinens dem Hause Orleans zu sichern.

Als mein Oheim Ferdinand mit seinem jüngsten Sohne, dem Prinzen Leopold, im Jahre 1846 eine Reise nach Portugal unternahm, unterlegte die französische Regierung derselben sogleich eine Bedeutung, welche gegen die Verabredungen von Eu zu verstoßen schienen und die englischen Herrschaften empfanden dies um so unangenehmer, als sie kaum in der Lage waren gegen die Unterstellungen Guizots zu reagieren.

Es war der schwache Punkt ihrer Stellung, daß ihnen durch Aberdeens unglückseliges Verhalten in Eu die Hände weit mehr gebunden worden waren, als sie es selbst sich gestehen wollten.

Als ich hierauf meinerseits die geschilderte spanische Reise unternahm, war man in Frankreich, wie schon oben erwähnt, bemüht, derselben einen möglichst offiziellen Charakter zu geben, damit den englischen Herrschaften insinuirt werden könnte, das coburgische Haus verzichte auf seine spanischen Ambitionen durchaus nicht. In Wahrheit lag es uns aber allen gleich fern, ein Ereigniß mit herbeiführen zu wollen, das in die sorgfältig gepflegten Beziehungen zu dem Hause Orléans einen bedenklichen Riß machen konnte. Dazu kam, daß die Hauptperson in diesem Drama, der Prinz Leopold selbst, keineswegs eine starke Initiative entfaltete. Seine Reise in Spanien und Portugal hatte niemals die Gestalt einer Bewerbung um die Sympathien der Spanier oder ihres Hofes angenommen.

Er vermied es nach Madrid zu gehen und am wenigsten war sein Vater, der schon die Heirath seines ältern Sohnes nach Portugal nur mit äußerstem Widerstreben zugegeben und den letzteren eben im Augenblicke in nicht sehr angenehmer Situation gefunden hatte, für die Aussichten seines jüngsten Sohnes zu enthusiasmieren. Man hatte also vielmehr die größte Mühe, den sich darbietenden Möglichkeiten nicht geradezu durch die Mitglieder des Hauses selbst entgegen wirken zu lassen.

Für meine Person war ich ganz überzeugt, daß die Heirath des Prinzen

Leopold für Spanien ein großes Glück gewesen wäre. Er hatte sich in den letzten Jahren gut entwickelt, und König Leopold, dem es an Menschenkenntniß wahrlich nicht fehlte, lobte ihn und versicherte, daß er etwas verspreche.

Gewiß wäre es in Spaniens Interesse mehr gelegen, die junge lebhafte und eigenartige Königin des Landes an einen solchen Mann zu knüpfen, der ihr eine Stütze werden konnte und der sie in die geordnete Bahn eines sittlichen Familienlebens gebracht hätte. Ich darf es also ungescheut und ohne Voreingenommenheit für meine Familie aussprechen, daß ich der Ansicht war, die Heirath hätte wohl zu Stande gebracht werden müssen.

Es mag sein, daß dies am spanischen Hofe und vor Allem der Königin Christine bekannt geworden war, ohne daß ich mich irgendwie offiziell dadurch hätte bemerkbar machen wollen oder können. Aber der Unterschied zwischen meiner und meines Bruders Stellung zu der Sache war der, daß mich die Königin persönlich kannte und daß ich mit sehr vielen Leuten verkehrte, welche direkten oder indirekten Einfluß auf die Regierung in Spanien nehmen konnten.

Daß sich die Königin Christine in ihrer bedrängten Lage nun an mich geradezu wendete, war ein Schritt, über welchen in den Depeschen der Diplomatie die wunderbarsten Vermuthungen aufgestellt wurden. Wie sie dazu gekommen ist und was sie dazu bestimmt hat, darüber hatte sich insbesondere Guizot monatelang den Kopf zerbrochen. Er schob die Schuld an der Sache, wie man aus seinen Depeschen sieht, Bulwer in die Schuhe, indem er von demselben behauptete, er hätte die Königin auf den außerordentlichen Gedanken gebracht, den Knoten durch eine direkte Bewerbung um die Hand des Prinzen Leopold zu durchhauen. Ich bin der Ueberzeugung, daß Bulwer so wenig wie nachher Palmerston einen Schritt zu Gunsten des Coburgischen Hauses aufrichtig gemeint haben wird. Wenn Lord Aberdeen zu St. Aulaire sagte: „N'en accusez pas Bulwer, il n'a fait et ne fera rien pour favoriser ce mariage“, so war dies ganz gewiß richtig, und ich begreife nicht, wie der letztere mit solcher Sicherheit hinzufügen konnte: „Sous ce dernier rapport, Lord Aberdeen s'était trompé.“

Gewiß ist nur, daß man auch in England schließlich daran glaubte, daß Bulwer sich zu eigenmächtig in der Sache benommen hätte und daß Lord Aberdeen kurz vor seinem Sturze der Connivenz gegen Frankreich ein letztes Opfer brachte, indem er den angeblichen Urheber des aufregenden Schreibens der Königin Christine von seinem Posten abrief.

In dem vielbesprochenen Briefe selbst aber, der nun hier zum erstenmale bekannt gegeben werden soll, spricht die ausdrückliche Alternative, nach welcher die Königin nur in der Wahl zwischen dem Prinzen Leopold und dem Herzog von Trapani schwankte, nicht gerade dafür, daß die englischen Diplomaten

von Bulwers Schule mit ihrer ausgesprochenen Tendenz für den progressistischen Don Enrique hinter der Briefschreiberin gestanden haben. Dieselbe schrieb am 2. Mai 1846:

A son Altesse Royale
Le duc Régnant de Saxe-Cobourg.

Altesse Royale,

„Le contenu de cette lettre expliquera pourquoi je m'adresse à Votre Altesse Royale, comme ami et comme chef de la famille de Saxe-Cobourg.“

„Le bonheur de la Reine Isabelle et la tranquillité de l'Espagne exigent la prompte solution de la question du mariage de ma fille avec un choix convenable.“

„Or les vues qui ont été formées dans ce but paraissent chaque jour plus difficiles à se réaliser, attendu que les Princes de la maison d'Espagne sont éloignés par la part qu'ils ont pris plus ou moins dans les parties qui s'agitent ici, et que le Prince mon frère ne paraît pas fixer sur lui le désir du pays.“

„Le Roi des Belges sait qu'en pareilles circonstances j'ai toujours pensé au Prince Léopold, j'y pense encore et je désirerais cette alliance comme étant propre à concilier le bonheur de ma fille avec celui de la Nation Espagnole.“

„Je prie donc Votre Altesse Royale qui par son Altesse Royale le Prince Albert est assez identifié avec la cour d'Angleterre de faire parvenir à Sa Majesté la Reine Victoria qui comme Reine et comme mère comprendra l'intérêt que j'ai dans l'établissement de ma fille et dans la paix et le bien-être de ce Royaume.“

„Une juste appréciation de la position de l'Espagne, les relations de la famille qui me lient avec la cour de la France, et la reconnaissance que je garde pour l'amitié de Sa Majesté le Roi des Français, me feront toujours désirer que la Reine Isabelle conserve les relations les plus intimes avec la France et avec le Roi Louis-Philippe et que la politique Espagnole ne donne jamais de justes causes de grief à un voisin si puissant.“

„Dans ce but je serais disposée à lier les deux familles de France et d'Espagne par l'union de ma seconde fille avec le duc de Montpensier.“

„Dans ce but j'ai essayé jusqu'ici de favoriser le mariage de la

Reine Isabelle avec le comte de Trapani, mais je ne dois pas non plus oublier que ma fille est la Souveraine d'un pays que j'ai moi-même gouverné et qui est à juste titre jaloux d'une indépendance que personne n'a le droit de lui ôter, ni la raison de lui contester.“

„J'ai toujours entendu dire, que Sa Majesté la Reine d'Angleterre est animée, comme moi-même, de sentiments d'amitié sincère envers la France et qu'ainsi Sa Majesté a été prête à approuver et même à appuyer une combinaison qui sans être fatale aux intérêts anglais était de préférence auprès de Sa Majesté le Roi des Français; mais j'ai toujours entendu dire aussi, que Sa Majesté la Reine d'Angleterre soutenait comme moi-même l'indépendance de l'Espagne dans cette affaire espagnole avant tout, et je désirerais savoir avec une franchise égale à celle qu'on doit trouver dans cette lettre si, dans le cas où ma fille choisirait le Prince Léopold de Saxe-Cobourg, ce choix serait agréable à sa famille, et si la Reine d'Angleterre soutiendrait alors, comme on m'a assuré qu'Elle a soutenu jusqu'ici le principe d'indépendance dont j'ai parlé et nous aiderait ensuite à mitiger d'injustes ressentiments, s'il y en avait, ce que je ne puis croire.“

„Dans la position actuelle de cette affaire, je trouve que cette démarche est mieux faite comme demande particulière entre les deux cours et les deux familles qu'entre deux cabinets, ce qui livrerait peut-être prématurément cette question au public.“

„Votre Altesse Royale donc prendra en bonne part cette communication toute intime et confidentielle.“

„Je profite de cette occasion pour assurer à Votre Altesse Royale les sentiments qu'a pour Elle et pour toute la famille qui désire constamment son bonheur et se dit

de Votre Altesse
La dévouée
Marie Christine.

Madrid 2. May 1846.

Wie man leicht sieht, deutet der Wortlaut dieses Briefes in keiner Weise auf ein großes Einverständniß mit den Wegen der englischen Politik.

Wenn man schon die Hintergedanken des Schreibens der Königin Christine errathen wollte, so müßte man vielleicht annehmen, daß sie den englischen Hof zu einer endlichen Erklärung und Entscheidung nach der einen oder der andern Seite hin drängen wollte, um sich endlich freie Hand zu verschaffen.

Bei der unthätigen Zurückhaltung, welche den englischen Herrschaften seit

der unglücklichen Zusammenkunft von Eu aufgenöthigt worden war, konnte man es nur begreiflich finden, daß die Mutter Isabellas sich schließlich zu einer selbständigen Handlung genöthigt sah und dies um so mehr, je weniger sie in jenen Wochen mit dem König Louis Philippe sich verständigen zu können schien. Hatte doch eben damals ein Aufsatz in der Madrider Zeitung, von dem Sekretair des Herzogs von Rianzares unterzeichnet, der zu Gunsten der Candidatur des Herzogs von Trapani ausgelegt wurde, die höchste Entrüstung Louis Philippes erregt, welche er der Königin Christine gegenüber selbst deutlich genug ausdrückte.

Ohne Vorurtheil und ohne Voreingenommenheit gegen den einen oder gegen den andern Theil der Interessenten bei dieser Sache, durfte ich den Brief als den natürlichen Ausdruck eines mütterlichen Wunsches betrachten, das wahre Glück einer Tochter und den Vortheil Spaniens nach so vielen und fruchtlosen Verhandlungen sicher zu stellen.

Ich glaubte auch dieser meiner unbefangenen Auffassung der Sache meinen Verwandten gegenüber Ausdruck geben zu sollen, ohne daß ich mich irgendwie gewaltsam in eine Angelegenheit mischen wollte, welche ihrer Natur nach hauptsächlich die Höfe und die Politik des westlichen Europas berührte. In diesem Sinne schrieb ich am 16. Mai 1846 von Lissabon, wo ich den Brief empfangen hatte, an König Leopold:

„Ich übersende Dir hiebei die Abschrift eines Briefes der Königin Mutter von Spanien, den sie mir hierher schrieb und der mir von Ferdinand übergeben wurde. Obgleich ich vermuthen darf, daß Du auf indirektem Wege von dem Inhalte dieses merkwürdigen Schreibens unterrichtet sein wirst, bleibt dennoch die Art und Weise, in welcher dasselbe abgefaßt ist, sowie die Angelegenheit selbst, die es behandelt, ein höchst wichtiges Ereigniß für uns alle."

„Mit vieler Geschicklichkeit ist wirklich eine Frage unserer Familie in die Hände gespielt, deren Lösung unabsehbare Folgen nach sich ziehen kann. Es ist hier weder der Ort noch meine Aufgabe, die Sache selbst zu beleuchten und meinen Rath zu geben zu dem Einen oder dem Andern. Alles dies muß ich Euch allein überlassen, jedoch glaube ich dadurch, daß sich die Königin in so eigenthümlicher Weise an mich gewendet hat, mehr oder minder solange die Mittelsperson bei den Verhandlungen bleiben zu müssen, bis ihr mich offiziell dieser Pflicht entbindet."

„Ich glaube richtig gehandelt zu haben, indem ich der Königin auf die verbindlichste Art den Empfang ihres Briefes meldete und ihr neben meinem Dank meine Dienste anbot. Die Abschrift dieses Briefes liegt hier bei. Auch habe ich an Albert in dem nämlichen Sinne geschrieben, wie an Dich und so meinen Auftrag erfüllt."

Die vorstehend erwähnte vorläufige Antwort auf den Brief der Königin lautete:

Madame,

„Ce n'est qu'à mon arrivée toute récente à Lisbonne que je viens de recevoir la lettre dont Votre Majesté a bien voulu m'honorer, et je m'empresse de lui exprimer ma profonde gratitude de cette preuve de confiance, et de ce nouveau témoignage de bienveillance dont Votre Majesté n'a jamais cessé de me combler et qui m'a toujours rendu si heureux."

„Il me sera donc un doux devoir de faire part à la Reine Victoria, ma sœur, des sentiments que Votre Majesté a bien voulu me communiquer avec tant de franchise, et j'ose exprimer le désir bien sincère que l'avenir veuille accomplir tous les vœux que Votre Majesté forme autant pour le bonheur de Sa Majesté la Reine Isabelle, son Auguste fille, que pour la paix et le bien-être de l'Espagne."

„Si toutefois Votre Majesté me juge digne de sa confiance, elle me trouvera toujours discret et disposé à me rendre à ses ordres."

„Je profite de cette heureuse occasion, Madame, pour réitérer à Votre Majesté les vœux les plus sincères que je forme pour la constitution de Son bonheur, ainsi que pour celui de Son Auguste famille, et pour renouveler l'expression du plus profond respect avec lequel je me dis de Votre Majesté

Le très humble et très dévoué serviteur

Lisbonne 12. May 1846. Ernest".

Wie man sieht, war in diesem Briefe jede Andeutung über den eigentlichen Gegenstand der Frage und also eine sachliche Antwort auf das sorgfältigste vermieden worden. Zwar hatte ich nicht vermuthet, daß die Entscheidung der Dinge sich nachher so lange hinausziehen werde, aber zunächst konnte ich mir bei der unklaren Stellung der englischen Politik in der That kein Bild darüber machen, wie man die Sache dort aufnehmen werde.

Um eine richtige Vorstellung von dem wirklichen Eindruck zu geben, den man in England bei der ängstlichen Rücksichtnahme, die im Augenblick gegenüber dem französischen Hofe das vorherrschende Gefühl war, von der Lage der Dinge erhalten hatte, muß ich daran erinnern, daß ich damals die Absicht hatte, meine Rückreise über England zu machen. Nun hatten sich aber manche Hindernisse dagegen erhoben und mein Bruder hatte, wie er in dem folgenden Schreiben bemerkt, zu bedauern, daß in Folge des spanischen Briefes aus

dieser Reise nichts werden sollte. Wenn man aber meinen würde, daß die Königin Viktoria und mein Bruder in dieser Affaire der angeblichen Coburgischen Hauspolitik ganz und gar aufgegangen wären, so würde dies andererseits ein nicht minder großer Irrthum sein. Alle Theile waren nachher höchst vergnügt, da unsere Rückreise dennoch über England genommen werden konnte und der erste Eindruck der Verlegenheit, welche sich in dem folgenden Briefe meines Bruders ausspricht, war kein sehr nachhaltiger.

Als den sachlich wichtigsten Theil des folgenden Briefes wird man indessen, wie schon früher bemerkt, das anzusehen haben, was mein Bruder über die Abmachungen von Eu darin mittheilt und was dann freilich die Politik Lord Aberdeens als keine besonders neutrale erscheinen läßt.

Buckingham Palace 26. Mai 1846.

Lieber Ernst!

„. . . Du wirst unter diesen Umständen begreifen, wie leid es uns thut, Deinem Wunsche über hier zu gehen, nicht entsprechen zu können. Nun kommt noch ein zweiter Punkt hinzu: das Anerbieten, das die Königin Christine gemacht hat. Wir sind dadurch in die größte Verlegenheit gesetzt."

„Wir hatten uns Frankreich gegenüber verbindlich gemacht, falls der König sein Wort hielte und keinen seiner Söhne vorschöbe, allen Einfluß zu gebrauchen, um eine Bourbon-Heirath zu Stande zu bringen, welche vom König und der Königin Christine gewünscht wurde und in Spanien selbst populär war."

„Wir haben indessen zugleich erklärt, daß wir Frankreich das Recht nicht zugestehn, über die Heirath der Königin Isabella den Spaniern irgend etwas vorzuschreiben, zu diktiren, daß wir die Independenz Spaniens, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen, aufrecht erhalten würden, daß also im Falle eine Bourbon-Heirath in Spanien nicht annehmbar sein würde, trotz unsrer Bemühungen sie herbeizuführen, jede andere Heirath, sobald sie in Spanien gewünscht wird, uns vollkommen recht sein wird."

„Dies war auf dem Punkte sich zu verwirklichen, die Bourbons sind unmöglich geworden und eine Erklärung Spaniens, daß dies so ist, würde den Knoten gelöst haben. Da ließ sich Bulwer herbei, Partei zu nehmen in einem Schritt der Königin Christine, den sie sich allein, des König Ludwig Philippes wegen, nicht getraute."

„Dies gibt uns nun den Anschein der Wortbrüchigkeit, der Intrigue, Treulosigkeit &c. &c. und Frankreich gerechten Grund zur Klage."

„Wir haben uns gezwungen gesehn, uns die Hände zu waschen und Frankreich zu erklären, daß wir ganz unbetheiligt an dem Schritte sind. Dies wird uns natürlich nicht geglaubt und Deine durch kein Motiv erklärbare Reise

nach Spanien während der gleichzeitigen Anwesenheit Onkel Ferdinands ist ein Factum, welches zu sehr den Schein wider uns gibt."

„Soll die Heirath mit Leopold gelingen, so gibt es nur einen Weg und der ist, daß Frankreich de bon coeur in die Sache geht, sonst ist, selbst wenn die Sache durchgesetzt wird, Spanien und Portugal für die Zukunft politisch gefährdet. Dazu gehört, daß Frankreich vor der Welt nicht als von uns übervortheilt erscheine und dadurch in seinem Nationalgefühle verletzt werde; also daß die Heirath nicht als ein englisches Machwerk in die Welt gehe, sondern womöglich als französisches. Darin würde ein Hierherkommen jetzt, nach dem was geschehen, die Aussichten Leopolds für immer zerstören."

„Es ist keine Frage, daß für Spanien Leopolds Wahl bei weitem die glücklichste ist und Frankreich wird dies einsehen müssen. Könnte sie mit einer Heirath Montpensiers mit der Infantin verbunden werden und vor der Welt von Frankreich selbst ausgehn, so ist sie gesichert und darauf haben wir zu wirken. Ob sie für Leopold selbst zu wünschen ist, wage ich nicht zu entscheiden; hier kommt es darauf an, ob er Lust und Muth zu der Sache hat. Ist dieses so, so ist die Position, da sie eine hohe, ehrenvolle und mächtige ist, auch eine gute für ihn, ist es nicht der Fall, so werden ihm die wenigen Reize der Königin und die viele politische Plage, die ihn bestürmen muß, eine unerträgliche Last werden. Ferdinand weiß hierüber am meisten und hat, glaube ich, Leopolds Vertrauen hierüber genossen."

„Ich schließe nun mit der Bitte, Du mögest Onkel Ferdinand und Ferdinand (Vetter) diesen Brief zu lesen geben, da mir meine Zeit nicht erlaubt, mich zu wiederholen.

Ewig
Dein getreuer Bruder
Albert.

Der Gedanke, von welchem mein Bruder sich völlig erfüllt zeigte, war also, den König Louis Philippe für die coburgische Heirath zu gewinnen.

Auch König Leopold billigte diese Idee und es war demnach natürlich, daß die Antwort, die ich der Königin Christine schuldig war, sehr lange auf sich warten ließ. Als ich mit meiner spanischen Reisegesellschaft im Juni von Lissabon abreiste und nach England gieng, war natürlich noch nicht die mindeste Idee vorhanden, was in dieser Sache gethan werden sollte. Ungünstig wäre vielleicht der Umstand nicht gewesen, daß sich eben während dieser Zeit Louis Philippe und Marie Christine über die Wahl bourbonischer Prinzen völlig entzweit hatten und daher die coburgische Candidatur einige Chancen mehr gewinnen konnte. Allein man durfte doch schwerlich von der französischen Regierung erwarten, daß sie selbst noch den Prinzen Leopold mit klingendem Spiel in Madrid einführen

sollte. Diese Idee der englischen Regierung erinnerte, wenn man eine friedlich diplomatische Unterhandlung mit einem großen Krieg vergleichen dürfte, an das Verlangen, das man im spanischen Successionskrieg 130 Jahre zuvor an den König Ludwig XIV. gestellt hatte, er möchte selbst seinen Enkel aus Spanien vertreiben.

Während meiner Anwesenheit in England konnte im übrigen gar nichts geschehen. Die Königin bedurfte nach der Geburt ihrer dritten Tochter eine längere Schonung und Ruhe, und zudem war der Sturz des Ministeriums Peel und der Uebergang der auswärtigen Geschäfte von Aberdeen an Lord Palmerston eben nicht geeignet, die coburgische Heirathsangelegenheit wesentlich zu fördern.

Von einem Familienrath, von welchem neuere Schriftsteller wissen wollen, war vollends nie die Rede. Es war peinlich, daß Marie Christine ohne Antwort bleiben mußte und König Leopold war gezwungen sich zu entschließen, sie deshalb um Entschuldigung zu bitten. Er schrieb mir deshalb aus:

Buckingham Palace 5. August 1846.

„Ich benutze die Abreise des Couriers um Dir zu schreiben. Ich habe Dich mündlich bei der Königin Marie Christine bereits entschuldigen lassen und das Briefconcept, das Dir Albert zugesandt, thut es deutlich und bündig und wirklich verdient es Deine Approbation."

„Wie die Sachen jetzt stehen, so war es nothwendig sich zu erklären. Vor allen Dingen muß es klar sein, daß die spanischen Candidaten inadmissible sind. Dann ist es wünschenswerth, daß Frankreich es annehme. Ohne diese beiden Dinge würde die Lage des Candidaten elend sein . . ."

„Kommen hiezu noch politische Difficultäten, so wäre der Zustand gar zu penibel. Entweder nun wird gar nichts aus der Sache, oder sie wird auf ziemlich solide Chancen angenommen und gibt Hoffnung soutenable zu sein."

Wenn man sich nun aber erinnert, daß Marie Christine inzwischen die Erfahrung machte, daß ihr Brief in London selbst große Verstimmung verursacht hatte, so daß Lord Aberdeen deshalb seinen Gesandten, wie schon oben bemerkt, abberufen wollte, so ist es erklärlich, daß in ihrer Correspondenz vom Juni und Juli mit König Louis Philippe der Coburgischen Candidatur gar nicht mehr gedacht wurde, und daß sie unsere schließliche Antwort nur noch als eine Formsache betrachtete. Ich habe dieselbe wörtlich so abgeschickt, wie es meinem Bruder und Onkel erwünscht schien. Albert hatte in einem längern Schreiben dieselbe motivirt und ich fand meinerseits nicht den mindesten Grund, die Wege der englischen Herrschaften zu kreuzen, muß aber auch hier das Bekenntniß machen,

daß ich nicht ganz begreifen konnte, warum sich dieselben dann nachträglich in so großen Eifer gegen den König Louis Philippe setzten.

Mein Bruder hatte noch am 2. Juni auf meine Mittheilung von der vorläufigen Antwort, die ich der Königin Christine gegeben, mit größter Ruhe geantwortet:

„Deine Antwort an die Königin Christine war vorsichtig und klug und kann die Sache weiter nicht kompromittiren. Von Paris haben wir noch keine Antwort auf Lord Aberdeens Erklärung au Comte St. Aulaire. Weitere Schritte in Opposition zu Frankreich würden wahrscheinlich Guizot seine Wahlen und sein Ministerium kosten. Ich habe daher im gegenwärtigen Augenblicke zu meinem letzten Briefe über diesen Gegenstand nichts hinzuzufügen."

Und nun erfolgte unter demselben Datum, an welchem König Leopold das oben citirte Schreiben an mich abgehen ließ, der entscheidende Brief meines Bruders, welcher wie für Spanien so für die französisch-englische Allianz gleich verhängnißvoll geworden ist:

Buckingham Palace 5. August 1846.

Lieber Ernst!

„Ich schicke Dir Benda als Courier, der Dir diesen Brief bringen wird. Der Zweck ist die spanische Angelegenheit, die täglich verwickelter wird, durch den Wechsel Lord Palmerstons gegen Lord Aberdeen nicht erleichtert ist und bei dem wirklich unsinnigen Beharren Louis Philippes und Guizots auf ihrer ungerechten Anforderung noch zu allerhand Gefahren führen kann. Es ist uns klar, daß wenn Leopold auch durch den Willen der Königin Christine auf den Thron gebracht werden kann, dies für ihn noch keine Chance von Succeß gibt, wenn er ganz Frankreich zum persönlichen Feind hat, und Don Enrique an der Spitze der spanischen Demokraten von Lord Palmerston und dem Morning Chronicle gestützt, zum politischen Gegner in Spanien."

„Die Bourbons und Don Enrique sind unmöglich, doch dies muß in Spanien selbst und von Frankreich erst anerkannt werden, ehe ein Anderer Chance haben kann."

„Die arme Königin Christine ist indessen schändlich behandelt worden wegen ihres Schrittes an Dich und man geht in Frankreich so weit, dem armen Ferdinand alle möglichen Schwierigkeiten auf den Hals zu hetzen, um den Beweis seiner Unfähigkeit als Grund gegen Leopold brauchen zu können."

„Die Königin erwartet noch immer eine definitive Antwort von Dir, auf ihren vor drei Monaten geschriebenen Brief, die nun Decorums halber nicht länger mehr aufgeschoben werden kann. Ich schicke Dir hier Concept des Briefes, den Viktoria, König Leopold und ich wünschen, daß Du schreiben

möchtest. Er ist nach langer Erwägung, genauer Kenntniß der Sachlage und in consequentem Einklange mit der ganzen Stellung, die wir in der Sache genommen haben, abgefaßt und ich bitte, daß Du ihn wörtlich adoptirest und uns den Brief an die Königin adressirt und versiegelt durch Benda möglichst bald zuschickst; wir werden ihn dann weiter besorgen."

P. S. „Du solltest Onkel Ferdinand Copie Deines Briefes an die Königin von Spanien auf sicherm Wege schicken. Er muß davon in Kenntniß gesetzt werden und am besten durch Dich."

Als Ergänzung zu dem Voranstehenden mag aus einem folgenden Briefe meines Bruders vom 31. August gleich hier Notiz über das Verhalten der englischen Regierung beigefügt werden. Denn bevor noch mein von den Verwandten gewünschter Brief an die Königin Christine gelangt war, hatte das neue Ministerium schon einen gewaltigen Anlauf genommen, um dieselbe durch die Unterstützung der Candidatur Don Enriques auf das äußerste gegen alles zu erbittern, was ihr von England gerathen und zugemuthet wurde.

Mein Bruder schreibt hierüber unter dem erwähnten Datum mit einer Ruhe, die mich im Vergleich zu der späteren Erregung des englischen Hofes in Verwunderung setzte:

„Deinen Brief nach Madrid habe ich besorgt; Lord Palmerston verfolgt mit Anstrengung den Succeß Don Enriques. Da er innerhalb der französischen Candidatur liegt, und Lord Palmerston die Aufgabe hat, sich mit Louis Philippe nicht zu verfeinden, so läßt sich dagegen auch nichts einwenden."

Daß aber unter diesen Umständen mein Brief an die Königin Christine in der That nur noch als eine bloße Höflichkeitssache aufzufassen war, scheint klar, und ich darf wohl hinzufügen, daß mich daher der weitere Gang der Angelegenheiten bei weitem weniger überraschte, um nicht zu sagen, daß ich darnach die Handlungsweise Louis Philippes nicht allzustrenge zu beurtheilen vermochte.

Das erwähnte Concept des Briefes an die Königin lautete:

A Sa Majesté
La Reine douairière d'Espagne.

Madame,

„Votre Majesté a une connaissance trop profonde des affaires et de la situation politique de l'Europe, pour ne s'être point déjà expliquée à Elle-même les causes du retard que j'ai dû mettre à répondre d'une manière plus positive à la lettre dont Votre Majesté m'a honoré. Cependant il me tardait de pouvoir entrer moi-même en quelques

détails à cet égard, afin que mon silence ne fût point attribué à l'indifférence pour la haute preuve de confiance que Votre Majesté m'a donnée. A peine Votre Majesté eut-elle fait cette démarche qu'elle fut connue à Paris et ailleurs."

„Cette espèce de publicité créa déjà une première et grande difficulté dont la gravité n'échappera point à Votre Majesté. Cependant elle ne m'eût pas seule arrêté si à mon arrivée en Angleterre je n'en eusse pas rencontré d'autres qui m'imposaient en quelque sorte l'inaction. Je trouvai le ministère anglais disposé à quitter la direction des affaires et nulle résolution pouvait être prise avant de savoir quelle serait, sur l'importante affaire en question, la pensée politique du nouveau cabinet dont l'avénement était journellement attendu."

„Enfin mon oncle, le roi des Belges, m'avait fait savoir qu'il avait l'intention de se rendre en Angleterre et de faire de l'importante communication que j'avais reçue, le sujet d'un entretien approfondi avec Sa Majesté la reine Victoria, mon frère le prince Albert, et les ministres anglais."

„C'était pour moi un nouveau motif d'attendre le résultat de cet entretien."

„Aujourd'hui, Madame, je suis heureux de pouvoir répondre à Votre Majesté. Vous n'ignorez point que Sa Majesté le roi des Français, persistant à sa première déclaration, que la main de la reine Votre Auguste fille devait être le partage d'un prince de la maison de Bourbon, se montre jusqu'aujourd'hui hostile à la combinaison que Votre Majesté, avec une égale constance, a toujours préférée à toute autre."

„Dans cet état des choses, et la question ayant été examinée à Londres sous toutes ses faces, il a semblé, Madame, que dans l'intérêt de l'Espagne aussi bien que dans l'intérêt du bonheur de Sa Souveraine, il importait de ne point provoquer l'inimitié d'un voisin dont le concours ou l'opposition doivent être toujours d'un si grand poids dans la balance."

„Il a semblé en outre que la position d'un prince qui à son arrivée aurait à lutter contre cette inimitié et contre la pensée qu'un prince Espagnol répondrait mieux aux vœux de la nation, que cette position, dis-je, deviendrait fort difficile, fort périlleuse même, à moins qu'il n'eût été préalablement bien constaté qu'il y a des objections insurmontables au choix d'un Bourbon, et que cette conviction fût entrée dans l'esprit des Puissances qui ont défendu l'Espagne par le

traité de la quadruple-alliance, et surtout de l'Auguste chef de la maison de Bourbon qui paraît le plus éloigné de cette conviction."

„Toute autre marche, Votre Majesté le comprendra, exposerait l'Espagne à de fâcheuses complications et serait contraire à la résolution prise par Sa Majesté la Reine Victoria de ne point s'écarter de la ligne de conduite politique tracée par son ministère. J'ai lieu de croire, qu'à l'heure qu'il est, Votre Majesté a reçu par Sa correspondance ordinaire avec Londres les développements nécessaires pour bien faire saisir cette pensée que je crois pleine de sagesse et de prudence et dictée tout entière par les vues les plus désintéressées."

„Lorsque Votre Majesté recevra ces explications ultérieures écrites ou verbales, Elle sera, je l'espère, convaincue que je serais aussi hautement flatté de la continuation de Sa confiance que je l'ai été de la première marque que j'en ai reçue."

„Agréez, Madame, l'expression des sentiments avec lesquels je suis

de Votre Majesté
le tout dévoué cousin
Ernest."

Die Ereignisse am spanischen Hofe nahmen nun bekanntlich einen raschen Verlauf. Je mehr Lord Palmerston für Don Enrique zu wirken suchte, desto besser wurden die Aussichten seines Bruders, des Herzogs von Cadix, welchen Guizot nun offen als den einzig möglichen Candidaten zu erklären begann. Aber die Verheirathung Isabellas mit diesem beklagenswerth schwachen Manne sollte nun auch noch durch die gleichzeitige Vermählung der Schwester Isabellas mit dem Herzog von Montpensier einen besonderen Triumph der französischen Politik zu bedeuten haben.

Je mehr der französische Hof diesem ihm so erwünschten Ziele sich näherte, desto stärker wurden die Winkelzüge der Diplomatie. Bald hieß es, Bresson in Madrid habe seine Vollmachten überschritten, und bald wieder wurde die Handlungsweise Louis Philippes durch die coburgische Candidatur, deren sich vorübergehend sogar Palmerston schuldig gemacht haben sollte, gerechtfertigt. Selten hat ein so lustspielartiger Stoff in der Politik zu so tragischen Folgen geführt.

Ich unterlasse es selbstverständlich das anekdotenhafte Material, welches mir in Erinnerung ist, hier zu vermehren. Der Infant Franz de Paula, welcher nun König von Spanien werden sollte, war natürlich der Gegenstand endloser Erzählungen. Daß der Königin Isabella es nicht verborgen geblieben ist, wie wenig bei der Wahl ihres Gatten auf ihr eheliches Glück Rücksicht genommen war, gab zu den bittersten Sarkasmen Anlaß.

Während sich die böse Welt an Geschichtchen belustigte, welche dem monarchischen Prinzip in Europa nicht eben zur besten Empfehlung gereichten, ahnte man kaum, daß unter den Verbündeten von Eu über die tolle Heirathsgeschichte eine Verstimmung ausgebrochen war, die auf den Gang der Weltbegebenheiten in der That einen eingreifenden Einfluß erlangte und welche so vieles und wesentliches beitrug, das schwankende Königsfahrzeug der Julimonarchie in Frankreich zum Scheitern zu bringen.

Heute ist auch dieser große Zwist zwischen den Monarchen des Westens mit allen kleinsten Details bekannt, und die betheiligten Staatsmänner, wie die Monarchen selbst, haben in breitester Weise ihre Politik und Schritte dargelegt, begründet und zu rechtfertigen gesucht.

In dem Buche der Königin über meinen Bruder wurde der Angelegenheit ein sehr ausgedehnter Raum gewidmet, und es gibt wohl kaum einen besonnenen Geschichtschreiber, der nicht den schlichten und edlen Briefen Victorias gegenüber den bogenlangen Ausführungen Louis Philippes, — besonders an seine Tochter, die Gemahlin König Leopolds, — das Zeugniß der Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe geben würde.

Alles, was die Königin von England über diese Angelegenheit sprach und schrieb, trägt den Charakter einer tiefen Kränkung eines nur freundschaftlich gesinnten Herzens, aber freilich läßt sich nicht leugnen, daß die Unbestimmtheit und der Wechsel der Politik der englischen Minister es der edlen Königin ganz unmöglich gemacht hatten, von vorneherein eine Stellung einzunehmen, durch welche man gesichert gewesen wäre, von Frankreich nicht düpirt werden zu können.

Daß man in England dieses schmerzliche Gefühl hatte, und daß man in demselben sich immer mehr erzürnte, konnte ich in den Briefen meines Bruders gleichsam von Stufe zu Stufe wahrnehmen.

„Du wirst Dich auch" — schrieb er am 17. September 1846 von Osborne, — „über den plötzlichen, sonderbaren Ausgang der spanischen Angelegenheit gewundert haben."

„Nichts kann treuloser sein, als die vom französischen Hofe verfolgte Politik. Man hat uns hinters Licht geführt und triumphirt nun; ein armseliger Triumph einen Freund düpirt zu haben und zwar den einzigen, den man hat, und in dem Augenblicke, da er der Freundschaft Opfer bringt. Denn die armen Königinnen haben bis zur letzten Stunde an Leopold gehangen und es nur aufgegeben, als ihnen Bulwer erklärte, wir könnten nicht dafür stimmen und müßten für Don Enrique eintreten, der als Bourbon auch Frankreichs Beistimmung habe."

„Da benützte Bresson die üble Laune der Damen ihnen Don Francesco . . . . aufzudringen und schloß für die Infanta

mit Montpensier ab. Der König Louis Philippe hatte uns sein Ehrenwort gegeben, nie an diese zweite Heirath zu denken, bis die Königin verheirathet sei und Kinder habe, et cela ne serait pas une affaire politique."

„Jetzt erklärt er, er sei seines Wortes entbunden, weil Leopold als Candidat genannt worden sei, was, wie Aberdeen versprochen hätte, nie geschehen solle. Eine reine Erfindung!" „Die bonne entente hat ausgezappelt, doch wird es jetzt nicht heißen „nicht gerippelt", „nicht gerappelt", denn wir sind mit Recht höchst aufgebracht und in Spanien ist das Volk in vollem Aufruhr. Wir müssen auf das Sprichwort bauen: „Ehrlich währt am längsten."

Eine bei weitem ruhigere Auffassung der Dinge bewahrte König Leopold, welcher ohne weiteres Lord Palmerston für den üblen Ausgang der Sache verantwortlich machte.

„Die spanische Geschichte, — schrieb er mir am 13. November, — war unfehlbar ohne Lord Palmerston, denn dadurch, daß er Don Enrique wählte und mit ihm die Progressisten nach Spanien bringen wollte, zwang er die Königin Christine, der Sache ein schnelles Ende zu machen."

Und nicht ohne einige Besorgniß erblickte er die immer weiter und weiter sich öffnende Kluft zwischen den beiden Westmächten, wodurch das ganze System, welches die Politik seit dem Jahre 1830 beherrschte, erschüttert zu werden drohte:

„Die große Politik, — klagte daher der König am 25. Februar 1847, — ist leider, seit man in England mit mehr Eifer als Geduld sich auf eine so sehr hostile Basis gestellt hat, in einem höchst prekären Zustand."

Wenn Königin Viktoria noch Ende September in ihrem schönen und würdevollen Schreiben an die Königin Louise von Belgien die Erwartung aussprach, daß die spanische Doppelheirath noch rückgängig werden müßte, so wurde diese Hoffnung rasch zerstört.

Schon am 10. Oktober wurde die Doppelhochzeit in Madrid gefeiert. Aber Königin Viktoria hatte richtig vorausgesehen, wenn sie sagte, daß diese Angelegenheit die Familie Orleans selbst großen Gefahren aussetzen würde.

Nicht in Spanien, sondern in Frankreich selbst, erlitt sie schließlich ihren Schiffbruch. Aber auch in dem Lande, wo das französische Cabinet durch die Doppelheirathen einen unwiderstehlichen Einfluß erlangt zu haben glaubte, erlebte es eine unglaublich rasche Niederlage.

Der Gemahl der Königin Isabella, wurde nach wenigen Wochen von der Seite seiner Neuvermählten vertrieben. Der Herzog von Montpensier erlangte nicht den mindesten Einfluß in Spanien. Wenn die Regierung nicht ausschließlich an einen Günstling gelangte, so war die Ursache die, daß man der Königin

deren vielleicht zu viele aufzudringen gesucht hatte. Politisch schloß sie sich an die Progressisten an und das Regiment der Moderados wurde durch Pacheco und Salamanca gebrochen. Die Königin Christine zog sich nach Paris zurück und obwohl es Narvaez gelang im Oktober 1847 noch einmal an die Spitze des Ministeriums zu kommen, so war es ihm doch nur dadurch möglich, sich zu behaupten, daß er seinen Frieden mit Espartero und den Progressisten machte.

Die französische Politik Guizots hatte trotz der glänzendsten Außenseite, eine Niederlage erlitten, von welcher sich seine Staatskunst nie mehr erholte.

Die politischen Verhältnisse Spaniens und die Verwicklung des coburgischen Hauses in dieselben haben mich in meiner Darstellung indessen weit ab von dem Wege geführt, welchen ich mit meiner spanischen Reisegesellschaft im Frühjahr 1846, wie sich der Leser erinnert, einschlug. Wie uns aber das freundnachbarliche Portugal von den Küsten Spaniens und Afrikas zu sich heranzog, so war auch in den politischen Verhältnissen der beiden iberischen Königreiche noch immer ein gewisser Parallelismus und inniger Zusammenhang vorhanden.

Dieser Umstand wird auch hier gestatten, die kleinen Erlebnisse unserer Reise mit den allgemeinen Zuständen und politischen Ereignissen jener Tage in gewisse Verbindung zu bringen und in meiner Darstellung als Dinge erscheinen zu lassen, die sich wenigstens in dem Geiste des Erzählers zu einem untrennbaren Ganzen verbunden haben. Und so wird es dem Leser nur erwünscht sein, von den großen Welthändeln und dem Getöse erzürnter Depeschen und Acten zu den stilleren Tagebüchern zurückzukehren, welche wir auf unsrer Reise unverdrossen und ohne irgend eine Rücksicht auf die politischen Händel der südlichen Welt geführt haben.

Nach zweitägiger Fahrt von Gibraltar auf dem Phönix, landeten wir Vormittags den 11. Mai in Belem bei Lissabon, wo die ganze königliche Familie von Portugal versammelt war und wo wir in einem Augenblicke erschienen, in welchem das kaum beruhigte Land im Beginne einer neuen lang dauernden Revolution stand.

Wenn ich schon bei meiner ersten Reise in Portugal die großen Vorzüge der Königin Marie kennen und schätzen zu lernen Gelegenheit hatte, so gewährte die Tapferkeit, mit welcher sie jetzt in schwierigster Lage, gerade während unserer Anwesenheit in Portugal sich benahm, einen Anblick seltener Seelenstärke.

Es war ein unbeschreiblich tiefer Eindruck, welchen diese bedeutende Frau mitten im Kampfe der Revolution auf uns alle gemacht hat. Um sie in dieser

Beziehung zu charakterisiren, will ich eines speziellen Ereignisses gedenken, das mir noch lebhaft im Gedächtnisse ist.

Es war am 24. Mai, als wir mit den Majestäten einen längeren Ritt in die Umgegend von Lissabon machten. In der Hauptstadt waren die Parteien in offenen Conflikt gerathen. Ein Theil der Truppen hielt zur Regierung, ein anderer focht mit der Opposition und der Kampf tobte in den Straßen. Während alles auf uns den Eindruck machte, als wäre Stadt und Umgebung in voller Revolution begriffen, wurde die Königin überall von der Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt.

In später Abendstunde saßen wir in Belem auf der Terrasse beim Thee; auf der Rhede dicht vor uns lag eine zum Schutz der königlichen Familie beorderte Fregatte, deren Musikbande die Töne des bekannten Strauß'schen Gabrielenwalzers wie zur Ironie herübersandte. Von dem auf der andern Seite des Tajo auf einem hohen Bergrücken gelegenen Fort Almada vernahm man Kanonendonner und erkannte das Kleingewehrfeuer von angreifenden Colonnen.

Das Fort hatte kaum mehr als eine Compagnie königlicher Truppen zur Besatzung und ohne Zweifel hieng die Sicherheit der Königin persönlich in nicht geringem Grade davon ab, ob sich der Platz behaupten werde.

Länger als eine Stunde dauerte das Gefecht und erst gegen Mitternacht verminderte sich das brüllende Geschrei der Angreifer und der Lärm der Waffen. Aber die Königin hatte der ganzen aufregenden Scene kaum eine tiefere Beachtung geschenkt. Als sie sich zurückzog, schien ihre Stimmung keine andere als an einem jeden der vorangegangenen Abende. Wir andern glaubten hingegen jeden Augenblick einer Katastrophe gewärtig sein zu sollen, wozu wir auch durch die ernstere Stimmung des Königs veranlaßt waren. Wir warfen uns daher in unsere heimischen Uniformen und blieben bis gegen Morgen zusammen, wo endlich alles still geworden zu sein schien.

Als die Königin des andern Tages davon hörte, lachte sie über die Vorsicht der Männer und wollte durchaus nicht zugeben, daß die Revolution für sie gefährlich werden könnte. Sie fühlte sich in dem Bewußtsein ihrer guten Intentionen sicher und nichts war treffender, als was das Tagebuch der Herzogin von ihr und von dem König Ferdinand enthielt:

„Nur mit Bewunderung und Rührung kann ich von beiden sprechen und die Ergebenheit und den Muth preisen, womit sie, namentlich Donna Maria in ihrem vorgerückten Zustande, alle die Widerwärtigkeiten erträgt und den Gefahren, die sie bedrohen, kühn und entschlossen entgegensieht. Sie ist eine liebe, starke, ehrliche Seele, die man von Herzen lieben und hochachten muß, wenn man das Glück hat, sie näher zu kennen."

Die politischen Bewegungen hinderten den Hof nicht, mit uns nach Cintra zu übersiedeln, von wo aus die interessantesten Ausflüge gemacht wurden; besonders zogen das Schloß und der herrliche Park von Péna unsere Aufmerksamkeit auf sich. Auf der Fahrt dahin betraten wir das Schloß Queluz, wo uns im Billardsalon von einem Augenzeugen, dem General Grafen St. Leger, die Stelle gezeigt wurde, wo König Don Miguel seinen Freund, den Marquis Loulé, in Gegenwart des Hofes erdrosselt hatte, nachdem er mit demselben während der Zwischenacte einer Liebhabertheatervorstellung in Streit gerathen war.

Unser Aufenthalt in Portugal hatte beinahe einen vollen Monat gewährt. Endlich schifften wir uns nach einem schmerzlichen Abschied am 12. Juni auf dem Tajo ein und fuhren in einem königlichen Boote an die englische Kriegsfregatte Polyphemus, die uns bald auf die hohe See brachte. Mehrmals erschien und verschwand noch am östlichen Horizonte die Küste des schönen Landes, welches wir so ungern in so bewegter Zeit eines drohenden Bürgerkrieges verlassen hatten. Schon waren wir an Oporto und an dem Cap Finisterre vorüber, und nach einer stürmischen Fahrt landeten wir am 18. Juni im Hafen von Southampton.

Wie schon erwähnt war unser Reiseplan noch zuletzt geändert worden, und daß es möglich war, die Königin und Albert dennoch jetzt wiederzusehen, gab unserer ereignißreichen Reise den schönsten Abschluß. Meine ungesuchten politischen Erfahrungen, welche ich während des Aufenthaltes auf der Halbinsel zu machen gehabt hatte, gaben vielen Stoff zu Besprechungen, noch aber ahnte niemand, daß alle diese Angelegenheiten den schon erzählten eingreifenden und traurigen Abschluß nachher finden würden.

Wir verlebten einige vergnügte Tage, nachdem wir am 19. in Cowes gelandet waren, zu Osborne und feierten meinen Geburtstag im Kreise der königlichen Familie, welche vier Wochen zuvor durch die Geburt der Prinzessin Helene erfreut worden war.

Am 22. Juni reisten wir nach Ostende, weilten drei Tage zu Laeken bei König Leopold und kehrten am 27. Juni über Mainz und Frankfurt glücklich und froh in die Heimath zurück.

Indessen waren die Verhältnisse in Portugal auch nach unserer Abreise so verwickelt geblieben, daß es einer großen Umsicht und Aufmerksamkeit bedurfte, um sich ein Urtheil über dieselben zu zutrauen. Der entscheidende Punkt war, daß die constitutionellen Formen, wie überall so auch hier, nicht so rasche und bequeme Besserung des allgemeinen Staatszustandes gebracht hatten, wie man

allerorten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit einer unglücklichen Eilfertigkeit voraussetzte.

Der Charakter des Südländers, die tiefe Verwicklung der Armee in die politischen Verhältnisse und die Leichtigkeit, mit welcher die verschiedenen Parteien sich auf Kosten des Staates bereichern konnten, gaben den constitutionellen Krankheiten Portugals jeden Augenblick eine revolutionäre Richtung.

Der Wechsel der Beamten griff bei jedem Umsturz der Regierung bis in die untersten Grade, die Armee war durch den Wechsel der meisten Officiere an jeder politischen Affaire betheiligt. Dazu kam, daß der Einfluß Englands als ein ausländischer empfunden wurde, und daß die englische Politik in Portugal eben nichts weniger als uneigennützig genannt werden konnte.

In den sechs Jahren, innerhalb welcher ich das Land nicht gesehen hatte, war offenbar sehr vieles geschehen. Es waren Verbesserungen in jeder Beziehung deutlich zu bemerken. Wenigstens war zur Herstellung von Straßen ein Anfang gemacht worden. Mancherlei Neubauten, welche General Eschwege im königlichen Schlosse zu Pena leitete, gaben dem Hofe größeren Glanz.

Die äußeren Verhältnisse des königlichen Haushalts waren insbesondere durch unseren schon öfters erwähnten Coburger Landsmann Dietz in Ordnung gebracht worden. In der Staatsverwaltung bildete zwar der beständige Wechsel der Ministerien und die althergebrachte Neigung des Adels, sich im Wege des Besitzes von Staatsämtern zu bereichern, noch immer die Tagesordnung, aber man sah doch auch hier die Anfänge zu bessern Einrichtungen.

Der Mittelstand begann sich zu heben, empfand das Bedürfniß nach Ruhe und Ordnung und wurde allmälig zu einer festeren Stütze der Monarchie. Alle diese Fortschritte wurden langsam gemacht, aber sie waren nachzuweisen, wenn auch der Lärm äußerer Ereignisse und der Kampf der Parteien sie häufig verdunkelte.

In England war man jedoch geneigt, die fortwährenden revolutionären Bewegungen als die Folge einer Mißwirthschaft zu betrachten, für die man zumeist den Hof verantwortlich glaubte. Und weil die englischen Geschäftsträger ihre eigene Unbeliebtheit im Lande und bei Hofe zu bemänteln wünschten, wurde von ihnen Sorge getragen, einen Mann, der um Portugal und um die königliche Familie die größten Verdienste hatte, als den eigentlichen Sündenbock aller Uebelstände hinzustellen. Eben derselbe Dietz war es, welcher den Diplomaten im Wege zu stehen schien und sonderbarer Weise war auch unser Vetter Alexander Mensdorff, den die Königin Viktoria wiederholt mit der Untersuchung der Angelegenheiten betraut hatte, dem deutschen anspruchslosen Erzieher des Königs Ferdinand nicht eben günstig gesinnt.

In Folge aller dieser Umstände bildete sich ein förmlicher Sagenkreis um

den Mann, der sich in Wahrheit die größten Verdienste um das portugiesische Königshaus erworben und auch auf die Zustände des Landes den wohlthätigsten Einfluß gewonnen hatte. Die englischen Zeitungen, welche von dem auswärtigen Amte ihre Nachrichten bezogen, scheuten sich nicht, die Sache so darzustellen, als ob die Unruhen in Lissabon hauptsächlich gegen Dietz, als einen Fremden und Günstling gerichtet gewesen wären.

In einigen Zeitungen und Büchern wurde sein Weggang vom portugiesischen Hofe im darauf folgenden Jahre als eine Concession gedeutet, welche der aufständischen Partei hätte gemacht werden müssen, während das Gegentheil davon wahr ist. Dietz hatte kaum einen Feind unter den portugiesischen Politikern der verschiedensten Farben, am wenigsten unter den Progressisten, denen er, schon vermöge seiner freisinnigen, religiösen Anschauungen eher geneigt zu sein schien. Er hatte so gut die Grenzen, welche einem Fremden vorgezeichnet waren, einzuhalten gewußt, daß er persönlich kaum jemals von einer Partei angegriffen worden ist. Seine Entfernung vom Hofe der Königin Marie war ausschließlich das Werk des englischen Cabinets, welches nicht wenig erstaunt war, daß es nach seinem Weggang in Portugal nicht nur nicht besser, sondern entschieden schlechter wurde.

Während Dietz den König Ferdinand abhielt, sich in die Streitigkeiten der Clubs und in die persönlichen Rivalitäten ihrer Führer zu mischen, schien sich später der Hof, mit der von den Engländern empfohlenen Parteistellung mehr zu identifiziren und eine Szene, wie wir selbst noch in Belem erlebt hatten, wo die Königin völlig über den kämpfenden Fractionen stand, wäre später kaum noch möglich gewesen.

Ich will nur kurz an den allgemeinen Gang dieser Ereignisse erinnern.

Die Revolution vom Jahre 1846 war im Grunde nichts anderes als ein Versuch, durch die Coalition der extremsten Parteien, den seit einiger Zeit ruhig gewordenen constitutionellen Gang der Dinge zu durchbrechen. Migueliſten und Septembristen wären für sich zu schwach gewesen, die gewonnene monarchisch constutionelle Basis zu erschüttern; man versuchte es von Seite der absolutistischen und kirchlichen Reactionäre mit dem seither in allen Ländern Europas wohlbekannten Mittel, den Radikalismus als Sturmbock gegen die Verfassung zu gebrauchen. So wurde zwischen den Extremen jene furchtbare Allianz geschlossen, zu deren Bewältigung die treffliche Königin nicht mehr stark genug, sondern spanische und englische Hilfe anzurufen genöthigt war.

Den verhängnißvollen Beginn dieser Bewegung hatte ich während unserer Anwesenheit in Belem beobachtet; es war ein Ministerium Palmella-Saldanha gebildet worden. Nachdem der Letztere sich jedoch im Oktober mit dem Herzog von Terceira verständigt hatte und an die Spitze des Ministeriums getreten war, erhoben die Septembristen das Banner des Aufstandes zu Oporto,

wo sich eine provisorische Regierung unter dem Vorsitz von das Antas, Sa da Bandeira und Bomfin bildete. Die Königin war genöthigt das constitutionelle Garantiegesetz zu suspendiren, und es brach ein förmlicher Bürgerkrieg aus, in welchem beide streitende Parteien sich die Wage hielten.

Don Miguel bereitete sich schon vor, eine Expedition nach Portugal zu machen und in England besorgte man das äußerste. Königin Viktoria sendete abermals Alexander Mensdorff nach Lissabon, aber die Acten über diese merkwürdige Episode der englischen Politik, welche mir zu Gebote stehn, wären sehr geeignet das Blaubuch, welches Lord Palmerston über die portugiesische Affaire damals veröffentlichte, nicht nur zu ergänzen, sondern auch vielfach zu widerlegen. Jedoch müßte man eine förmliche Geschichte von Portugal schreiben, um zu zeigen, wie völlig irre geführt die öffentliche Meinung in England, besonders durch die Depeschen des Obristen Wylde war, da dieser in den Revolutionären immer eine Art von englischen Whigs zu schildern suchte und dadurch die Antipathien gegen eine Monarchie recht eigentlich erst schuf, welche die trefflichsten häuslichen und staatsmännischen Eigenschaften in sich vereinte und bei richtiger Kenntniß ohne allen Zweifel gerade unter dem englischen Volke die größte Achtung sich erworben haben würde.

Von Interesse dürfte das Urtheil des Königs Leopold über die englische Politik hier sein, welcher mir am 13. November 1846 schrieb:

„Die portugiesische Geschichte erscheint in einem bösen Lichte, ich fürchte sie ist mit großer Unvorsichtigkeit geführt worden. England benimmt sich schändlich dabei; nicht allein encouragirten sie beinahe die Rebellion, sondern sie verhinderten auch Spanien, sich hilfreich zu zeigen, so daß sie, nachdem sie in der spanischen Geschichte Leopold ruinirt haben, nun vielleicht auch Ferdinand zu Grunde richten dürften."

Und noch deutlicher sprach der König seine Meinung am 6. April 1847 aus, indem er schrieb:

„Die Zeiten sind etwas verwirrt, wozu, ich muß es gestehn, England, d. h. das jetzige Cabinet unendlich viel beigetragen hat. Sie haben sich in der spanischen Affaire ungemein einfältig benommen und da Lord Palmerston dies sehr fühlt, so wird er zornig, grob und drohend; lauter Dinge, die ihn zu neuen Fehltritten verführen; so haben wir nun unvorhergesehene Fälle, Kriegsmöglichkeiten ꝛc."

Gerade ein Jahr nach unserer Anwesenheit in Belem, mußte die arme Donna Maria, am 22. Mai 1847 zu London, den Interventionsvertrag abschließen, welcher zu so großen Anklagen der englischen Liberalen gegen sie Anlaß gab.

Indessen war durch Admiral Parker Das Antas mit mehr als 2000 Mann

gefangen genommen worden. Im Juni 1847 rückten spanische Truppen unter General Mendez Vigo in Portugal ein und besetzten Braganza.

Sa da Bandeira ergab sich auf Setubal den Engländern. Obwohl die Junta zu Oporto die Annahme der Friedensbedingungen noch immer verweigert hatte, so mußte zuletzt doch auch Oporto vor den spanischen Truppen capituliren. Am 2. Juli rückte Saldanha daselbst ein. Die Königin versprach eine allgemeine Amnestie, sowie die baldige Berufung der Cortes und die Veranstaltung neuer Wahlen nach hergestellter Ruhe.

Wiewohl in den portugiesischen Angelegenheiten die Rivalität zwischen Frankreich und England eine viel geringere Rolle spielte, als in Betreff der gleichzeitigen Ereignisse in Spanien, so zeigte sich doch auch in diesem Falle die Rückwirkung des Zusammenbruchs der entente cordiale.

Auf Grund des Vertrages der Quadrupel-Allianz war die Intervention Englands und Spaniens in Portugal kaum möglich ohne Zustimmung Frankreichs. Allein bei der ganzen Angelegenheit war Louis Philippe völlig ignorirt worden. Es war für die französische Regierung nur ein sehr schwacher Trost, daß man die Liberalen glauben machen wollte, das Cabinet Louis Philippes habe sich absichtlich von einer angeblich so reaktionären Maßregel, wie die Unterdrückung der portugiesischen Revolution, fern gehalten. In der That war in dem selbständigen, rücksichtslosen Vorgange Englands, im Verein mit Spanien, die erste deutliche Anwort gegen das Verhalten Louis Philippes in der Heirathsangelegenheit zu erblicken.

In der Noth seiner Lage sah sich Louis Philippe gezwungen, den letzten Schritt auf der abschüssigen Bahn seiner zunehmenden Unpopularität zu machen, und eine Anlehnung an Oesterreich zu suchen. So erlebte Metternich den Triumph, den greisen Günstling der Revolution und seine doctrinären Minister in sein Lager übergehen zu sehen, wo sich alle conservativen Gewalten, — freilich sehr geschwächt, — noch einmal zusammenfanden, um in Italien, in der Schweiz und in Deutschland, das zunehmende Feuer der Revolution zu ersticken.

Zwar war die neue österreichisch-französische Allianz, durch die polnische Sache und die Einverleibung Krakaus einigermaßen gefährdet. Aber verständnißvoll nahm Metternich den nichtssagenden Wortschwall eines französischen Protestes zu seinen Acten, um seinerzeit die geschickte Art anzuerkennen, mit welcher das französische Cabinet die öffentliche Meinung des Landes beschwichtigt zu haben glaubte. Dafür hatte Metternich jede Theilnahme an einer Erklärung gegen die spanische Heirath Montpensiers, welche Palmerston seitens aller Mächte gerne zu Stande gebracht hätte, förmlich verweigert und dadurch den König Louis Philippe in Entzücken versetzt.

Man erlebte nun, daß der König der Julirevolution, Hand in Hand mit

Metternich, die Jesuiten in der Schweiz unter das gemeinsame Protectorat nahm. Schon war das Bündniß bis zu der Absicht gediehen, daß die beiden Mächte sich in der Schweiz begegnen und Europa das Schauspiel bieten sollten, wie sich die alten Feinde jetzt zu einer militärischen Besetzung in schöner Harmonie vereinigten, um die neue Ordnung der Dinge in der Schweiz rückgängig zu machen. Auch der König von Preußen zeigte durch die Sendung von Radowitz nach Paris die volle Begünstigung der reactionären Tendenzen der beiden großen Cabinette gegenüber der Schweiz.

In gleicher Weise stellte sich Louis Philippe auf Oesterreichs Seite, als dieses Ferrara besetzte, um selbst wider Willen des Papstes die Ruhe Italiens zu sichern.

Nun fand Palmerston Gelegenheit die Autorität Frankreichs systematisch zu untergraben. Indem Louis Philippe sich mit Metternich einigte, auch Italien durch gemeinsame militärische Maßregeln in Schach zu halten, und während Oesterreich seine Truppen in der Lombardei verstärkte, Frankreich ein Corps in Toulon zusammenzog und die Transportflotte nach Civita vecchia bereit hielt, unterstützte Lord Palmerston unter dem Beifall der französischen Opposition das aufstrebende Sardinien und die Reformen im Kirchenstaat.

Mit zunehmender Blindheit schrieb Guizot an den Prinzen Joinville:

„Ich beunruhige mich nicht über den Anflug von Popularität, mit welchem England jetzt in Italien herumstolzirt. Das ist eine hohle und eitle Popularität ... ich weiß die vorübergehende Inpopularität zu ertragen, die dauernde zu erwarten."

Drei Monate später war das Julikönigthum gestürzt und halb Europa in voller Revolution.

Es ist oft und zuweilen in ausgezeichneter Weise mit viel psychologischer Charakteristik die allmälige und gleichsam mit logischer Consequenz fortschreitende Umwandlung Louis Philippes aus dem liberalsten und populärsten Monarchen in den eigenwilligsten Reactionär gezeichnet worden, worauf aber gewöhnlich weniger geachtet wird, das sind die Umstände in der königlichen Familie, welche weit mehr Einfluß auf den Gang der Dinge hatten, als man annimmt.

Louis Philippe war ein Charakter voll persönlicher und gemüthlicher Instinkte. Wie sehr und tief er von dem ganzen Zusammenspiel seiner so unendlich liebenswürdigen Familie ergriffen und beeinflußt war, kann man nur völlig ermessen, wenn man ihn öfter in diesem seinem patriarchalischen Verhältniß gesehen und beobachtet hatte. Er übertrug dann seine gemüthliche Auffassung der Dinge aus dem Hause auch auf den Staat und dessen Diener. Seine Beziehungen zu seinen Ministern sollten und wollten immer etwas persönliches haben.

Aus diesem Widerspiel von Sympathie und Antipathie erklärt sich die Stellung Guizots und Thiers.

Guizot behauptete sich erst von dem Momente dauernd, wo die frühere Kälte in eine aufrichtige Freundschaft umgeschlagen war. Thiers und der König haben sich niemals verstanden und es blieb zwischen ihnen immer eine unausfüllbare Kluft. Als ich Thiers einige Jahre später in England wiedergesehen habe, sagte er mir einmal das treffende Wort: Le roi Louis Philippe n'a jamais voulu me comprendre.

In der That hatte Louis Philippe eine an Aberglauben streifende Abneigung gegen den kleinen Mann. Ich erinnere mich noch aus meinem ersten Aufenthalt am königlichen Hofe des köstlichen Vorkommnisses, wie bei der Besichtigung der Bilder in Versailles Thiers vermöge seiner Kurzsichtigkeit heftig mit der Nase an eine Staffelei stieß und der König unter dem Gelächter der Versammelten ihm zurief: Voyez c'est qui arrive, quand on met son nez partout.

Noch in den letzten Stunden seiner Regierung, als sich der König entschließen sollte, Thiers wieder an das Ruder des Staates zu berufen, schien ihm der Gedanke der Abdankung fast erwünschter, als der Verkehr mit dem verhaßten Minister. Louis Philippe war überhaupt bei weitem mehr müde zu regieren, als regierungsunfähig.

Der größte Schlag war und blieb für Louis Philippe, wie schon früher bemerkt, der Tod des Herzogs von Orléans. Der König besaß an ihm seinen Rathgeber. Nach dem Verluste des Herzogs war Niemand in der Familie, mit dem Louis Philippe herzliche Verständigung suchte, oder Einverständniß fand, zumal da die Prinzen Joinville und Aumale in den entscheidenden Momenten in Afrika waren. So war der König ausschließlich auf die Frauen gewiesen, diese aber waren durchaus klerikal.

Unter den Söhnen war nur Nemours nicht radikal. Mit Joinville gab es furchtbare Auftritte und Dispute. Als Joinville seine bekannte Broschüre veröffentlichte, war Louis Philippe wie vom Donner gerührt. Er überwand nie ganz diesen „Zerfall seines Hauses", wie er es nannte und gieng sehr ernstlich mit dem Gedanken um, zurückzutreten. Weniger bekannt dürfte sein, daß den König seit einiger Zeit der Wunsch beschäftigte hatte, seinem Schwiegersohne, dem Könige der Belgier, für die unmündigen Enkel die Regierung in die Hand zu geben. Vielleicht war der Gedanke der Vereinigung Belgiens in ihm noch nicht ganz erloschen. Zwischen ihm und meinem Onkel fand hierüber ein lebhafter Briefwechsel statt. Ich erinnere mich noch des Scherzes meines Onkels, indem er mir einmal sagte: „Ja nun, der gute alte Herr mag nur seine Suppe selber essen."

So war denn eine gewisse Unsicherheit und Willenlosigkeit in den Tuillerieen vorhanden, seit sich vom Jahre 1846 ab, die Verhältnisse immer mehr verfinsterten.

Die Söhne des Königs genossen unbedingtes Ansehen und vollen Respekt bei der Armee, aber bei ihrer Abhängigkeit vom Könige, konnten sie nicht wagen, das Heft rechtzeitig in die Hand zu nehmen. Wäre man von Seiten der Dynastie entschlossen gewesen, unter allen Umständen Gewalt zu gebrauchen, so wäre gar keine Gefahr für das Haus Orléans in Frankreich vorhanden gewesen. Aber der Degen war dem Könige lange vor den Reformbanquetts entsunken und er konnte vor dem Gedanken schaudern, daß seine Regierung vielleicht nur durch neues Blutvergießen aufrecht erhalten werden sollte.

Er verweichlichte sich gewissermaßen in seinem Gemüthe und es ist vielleicht interessant zu wissen, daß in dieser Beziehung ein Buch, welches seine Aufmerksamkeit eben damals in Anspruch nahm, eine Art lähmenden Eindrucks auf ihn machte: Lamartines Girondisten. Der König las das schön geschriebene Werk in den Abendstunden seiner Familie nicht nur vor, sondern ergänzte es erklärend noch aus seinen lebhaften Erinnerungen. So lebte er in seinen alten Tagen in den Schrecken seiner Jugend und die Bilder des Elends und der Verbannung schwebten den Damen seines Hauses beständig vor. —

Hinter der äußerlich festen Haltung des Königs verbarg sich ein eingeschüchtertes Wesen, auf welches die vom Clerus geleiteten Frauen den größten Einfluß hatten. So kam es, daß er in der Stunde der Gefahr nicht mehr die Festigkeit hatte zu schlagen, obwohl die Armee durchaus treu und sicher war. Ich sah ihn im Jahre 1849 in Richmond in seiner Verbannung, er war noch immer sehr aufgeregt, wenn er von dem Ausgange seiner Regierung sprach. Auf und abschreitend sagte er mir mit altbekannter Lebhaftigkeit: „Je vous expliquerai tout. Mes ministres m 'ont trompé sur la situation; ce n'est que l'ambition de Mr. Thiers qui amena la chute du trône." Er sei mächtig genug gewesen, jeden Widerstand der Massen zu besiegen, aber er sagte: „j'ai vu assez de sang." Oft wiederholte er diese letzten Worte, mit denen er auch am Tage der Entscheidung verweigert hatte, den Truppen Befehl zum Angriff zu geben.



Drittes Buch.

1848—1849.



Erstes Capitel.

Heimathliche Angelegenheiten.

Auf die Ereignisse des Jahres 1848 konnte recht eigentlich der Erfahrungssatz angewandt werden, daß man gerade von den Dingen am meisten überrascht wird, die man am sichersten erwartet. Man wußte längst, daß man am Vorabende großer Bewegungen und wichtiger Staatsveränderungen stand, und gar manche hatten dem Jahre 1848 annähernd richtig das politische Horoskop gestellt, aber niemand hatte eine Vorstellung von den Tollheiten und Sonderbarkeiten, welche den Märztagen folgten. Lange schon hielt man allerorten die Augen offen, um den erwarteten Ausbruch des Vulkans zu erspähen, aber niemand schien vorbereitet zu sein, daß ihn selbst demnächst das Feuer ergreifen werde, welches überall und an jedem Orte aus dem Boden hervorbrechen sollte.

So war man auch überall in Deutschland von den Ereignissen überflügelt worden und die meisten Regierungen verloren bei der ersten Erschütterung das Gleichgewicht und selbst die Besinnung.

Ich durfte mich sicherlich zu jenen rechnen, welche die Revolution auch in unseren Ländern vorhergesehen haben, aber was auch mir unerwartet erschien, war die Allgemeinheit ihrer Leistungen und die Gleichzeitigkeit ihres Auftretens in großen und kleinen Staaten und Städten. Am überraschendsten war mir der vollständige Mangel jeglicher Widerstandskraft der Regierungsgewalten und die Hilflosigkeit, mit welcher sich die ganze Gesellschaft, hoch und niedrig, einestheils von den thörichtsten Wahngebilden, anderntheils von den lähmendsten Schreckgestalten gleichsam gefangen nehmen ließ. Nun erlebte man Scenen der Muthlosigkeit bei den einen, der Unverschämtheit bei den andern, welche niemals möglich gewesen wären, wenn an den richtigen Stellen und zu der rechten Zeit Kraft, Einsicht und Gewissensruhe nicht gefehlt hätten.

In den meisten Staaten entfiel den regierenden Herren das Heft plötzlich, unvermittelt und hilflos aus den Händen. Die Organe der öffentlichen Gewalt versagten, von heimlichen Sympathien für die Revolution erfüllt, den Dienst ebenso häufig aus Absicht, wie aus Feigheit. In der gesammten deutschen

Beamtenwelt war eine tiefgehende Unzufriedenheit großgezogen worden. Der hauptsächlichste Grund dieser Erscheinung lag in dem weit verbreiteten Gefühle einer unbegründeten Bevorzugung des Adels, welcher ohne äußere und innere Berechtigung in den meisten Staaten in die oberen Stellen und Aemter erhoben worden war. Aber auch außerdem fehlte es nicht in den unteren Graden der allmächtigen Bureaukratie an einer Art von Streberthum, welchem die steigende Flut der Revolution zu höheren Stellungen und besseren Einnahmen verhelfen sollte. Je häufiger und andauernder während der nimmer enden wollenden Bewegung die Ministerportefeuilles in den 36 Staaten Deutschlands wechselten, desto besseres Fortkommen schien sich für die unten sitzenden jüngeren Beamten ergeben zu müssen.

So hatte der eingefleischte bureaukratische Geist, welcher Deutschland seit dem westfälischen Frieden beherrschte, gleichsam in sich selbst die Geißel erzeugt, mit welcher gegen die höheren Stände und vor allem gegen die regierenden Herrn geschlagen worden war. Und merkwürdigerweise hatte in dem wüsten Treiben fast niemand beachtet, daß diese Brotneidsbewegung unter den Beamten das Uebel stetig vermehrte, und daß der Hauptsitz der chronisch gewordenen Krankheit hauptsächlich darum nicht zu beseitigen war, weil diejenigen, welche die Ordnung machen sollten, sie vielmehr heimlich untergruben.

Der Dichter Hebbel hat bekanntlich in seinem „Trauerspiel in Sizilien" einen Zustand geschildert, wo die Wächter des Gesetzes selbst zu Verbrechern werden und glaubte nach seinen einleitenden Worten in diesem Gegensatze recht eigentlich das Wesen des Tragikomischen enthüllt zu haben. In gewissem Sinne war der Inhalt des Stückes für die Revolution in Deutschland bezeichnend, wo die bestellten Vertreter der Ordnung zwar nicht zu Dieben und Räubern geworden waren, aber durch jede Art von politischer Pflichtvergessenheit der Bewegung Vorschub leisteten und mit der Miene der Unschuld nach unten die Rath- und Hilflosigkeit nach oben hin vermehrten und beförderten.

Hierin lag sicherlich auch eine Art von Tragikomik, welche uns unwillkürlich ergreift, wenn wir das Jahr 1848 mit seinen so traurigen und ernsten Ereignissen und seinen komischen Episoden in unserer Erinnerung auffrischen. Hierbei ist es aber natürlich, daß man in der damaligen Zeit von der tragischen Seite der Dinge nur zu sehr übermannt worden war, während man nachträglich nur die Thorheiten und Lächerlichkeiten der Zeit wahrzunehmen schien. Und so sind die Schilderungen dieser verwickelten Zustände immer der Gefahr ausgesetzt geblieben nach der einen oder andern Seite zu viel und zu wenig zu thun, so daß ein gelungenes Bild von diesen verwirrten Zeiten wohl zu den größten Seltenheiten gehören mag. Eben in der erwähnten Doppelnatur jener Erscheinungen liegt der Grund, daß kaum eine einzige Geschichte dieser Revolution vorliegt,

welche der wirklichen Sachlage entspricht. Die Einen verdüstern das Tableau durch ein allzu starkes nicht selten auch falsches Pathos, die Andern verflachen dasselbe durch Unterschätzung des tiefen Ernstes und der wahrhaft traurigen Momente der sonderbaren Epoche.

Im Beginne des Jahres hatte die politische Situation eine bedenkliche Spannung zwischen den großen Mächten Europas gezeitigt. Neben einer gewaltigen innern Beunruhigung des Continents schwebten die Gefahren neuer Allianzen, unerwarteter Veränderungen des politischen Gleichgewichts. Die Auflösung der entente cordiale, welche ich früher schon geschildert habe, brachte in England ein gewisses Unbehagen hervor. Indem man den französischen König ganz in die Bahnen des alten reactionären Europas einlenken sah, war den Engländern wieder einmal die völlige Schutzlosigkeit ihrer Küsten, die Mangelhaftigkeit ihrer militairischen Einrichtungen in den Sinn gekommen, und der Herzog von Wellington selbst hielt es für zweckmäßig seinen Landsleuten zu Gemüthe zu führen, daß ihre insulare Lage keineswegs allein jene Garantie zu geben vermöchte, welche man für alle Fälle als erwünscht erachten müßte.

Der Gedanke der älteren englischen Politiker, daß die Beherrscherin der Meere continentaler Bundesgenossenschaft nicht gänzlich zu entbehren vermöge, war in den Tagen der Auflösung des französischen Bündnisses in den englischen Regierungskreisen wieder lebhaft erwacht.

Der neuen französisch-österreichischen Verbindung hatten sich Rußland und Preußen noch nicht unbedingt angeschlossen, aber man arbeitete bereits an einer engen Allianz der vier großen continentalen Mächte, um sich künftig mit mehr Erfolg gegen die bedenklichen Zustände des südlichen Europas wenden zu können. Für Rußland mußte es im größten Maaße verlockend sein durch Vermittlung Oesterreichs eine Annäherung an Frankreich zu versuchen, um England desto besser zu isoliren.

Mein Bruder richtete bei dieser Lage der Dinge sein Augenmerk mit Vorliebe natürlich auf Preußen, von welchem er hoffte, daß es sich bei zunehmender fortschrittlicher Richtung des Königs gerade jetzt am sichersten an England anschließen müßte. Schon seit zwei Jahren suchte er sich dem Könige Friedrich Wilhelm wie wir gesehen haben, in diesem Sinne zu nähern. Durch Bunsens Stellung als preußischer Gesandter am englischen Hofe war die Idee einer Verständigung der beiden Königreiche gleichsam äußerlich repräsentirt und beständig wach erhalten. Die sogenannte Freundschaft des Königs für Bunsen gestattete es überdies dem letzteren immer wieder die täuschende Hoffnung zu verbreiten, daß sich Friedrich Wilhelm IV. sowohl von seinen österreichischen Velleitäten, wie auch von seiner durch Gunst und Sympathie gleichmäßig bedingten Hingabe an den Kaiser Nicolaus demnächst frei machen werde.

Unter diesen allgemeinen politischen Constellationen sollte eine Beobachtungsreise, welche ich an den Hof von Berlin, sowie zu den Verwandten nach Brüssel und London im Anfange des Jahres 1848 unternahm, von dem allergrößten Interesse sein. Ich gieng am 22. Januar nach der preußischen Hauptstadt und hatte Gelegenheit die dortige Situation vollkommen zu überblicken. Während sich in der Bevölkerung ein starkes Gewaltbewußtsein geltend zu machen anfing, war man in der Regierung schwankend und in jeder Beziehung unsicher. Die gesammten Zustände machten den allerbeunruhigendsten Eindruck. Das Ministerium schien weder von der Gefährlichkeit der Lage recht unterrichtet, noch war es derselben geistig gewachsen.

Den König selbst fand ich ahnungslos gegenüber der nächsten Zukunft und dennoch voll Unruhe und Unentschlossenheit. Er vermochte sich durchaus nicht vorzustellen, daß es in Frankreich mit dem Königthum zu Ende gehen könnte, er hielt dafür, daß Louis Philippe sich noch lange auf dem Throne behaupten werde. Pessimistischer faßte der Prinz von Preußen die Dinge auf und zog hieraus den zutreffenden Schluß, daß in den deutschen Angelegenheiten nothwendig und zwar demnächst schon etwas geschehen müsse.

Daß man in dieser Beziehung gerade von Preußen die Anregung erwartete, war auch in den Berliner Regierungskreisen nicht unbeachtet geblieben, aber über Reformvorschläge, welche etwa am Bundestage zu machen gewesen wären, war man sich in jeder Beziehung unklar. Den sogenannten zeitgemäßen Forderungen nach Preßfreiheit und Constitution in den Bundesländern blieb der König stets im höchsten Grade abgeneigt; eine Umgestaltung des Bundes im Sinne einer einheitlicheren Führung durch Preußen war zwar, wie wir wissen, von manchen Seiten als nothwendig erkannt, aber das entscheidende Wort, welches auf allen Lippen schwebte, durfte aus Rücksicht für die befreundeten Regierungen nicht ausgesprochen werden.

Was den von meinem Bruder gewünschten und von Bunsen empfohlenen Anschluß Preußens an die englische Politik betraf, so perhorrescirte Friedrich Wilhelm IV. denselben hauptsächlich wegen der Begünstigung, welche das englische Cabinet den immer lauter werdenden revolutionären Umtrieben Italiens zu Theil werden ließ. Daß es für Preußen eine Politik geben könne, welche sich gegen die traditionelle Machtstellung Oesterreichs in Italien irgendwie aufzulehnen vermöchte, hielt der König geradezu für ein Unding. Er wußte mir in Berlin nicht genug übles von einem Cabinet zu sagen, welches mit den verhaßtesten Verschwörern Italiens unter einer Decke zu spielen schien.

Wenn der König dennoch unter diesen Umständen mit dem englischen Hofe und besonders mit meinem Bruder freundschaftliche Beziehungen gewissermaßen im Gegensatz zu dem englischen Cabinet durch mich anknüpfen ließ, so über-

zeugte man sich doch bald wieder in London, daß eine förmliche Lossagung und Abtrennung Preußens von seinen alten Allianzen und Freundschaften als ein Bunsensches Hirngespinnst zu betrachten sei, für dessen Verwirklichung nicht der leiseste Anhaltspunkt vorlag.

Ich hatte in Berlin Gelegenheit genug, zu bemerken, daß es dort an jedem kräftigen Auftreten mangeln werde, wenn eine unerwartete Katastrophe eintreten sollte; und ich verließ die preußische Hauptstadt mit den unbehaglichsten Empfindungen für die nächste Zukunft am 2. Februar. Die Herzogin, welche mir nach Berlin gefolgt war, begleitete mich nach Brüssel, wohin wir über Köln giengen und wo ich den König Leopold in demselben Maße besorgt und von den französischen Zuständen ebenso afficirt fand, wie Friedrich Wilhelm sich zuversichtlich gezeigt hatte. Mein Oheim stellte die schlimmsten Betrachtungen über die Pariser Zustände an und erklärte die Lage Louis Philippes für eine hoffnungslose. „Mein Schwiegervater, sagte er zu mir, wird demnächst vertrieben, wie Karl X. Die Katastrophe bricht unvermeidlich über Frankreich und in Folge dessen über Deutschland herein.“ Daß sein Wort sich bewahrheiten sollte, noch bevor wir nach Deutschland zurückgekehrt waren, konnte man allerdings nicht vermuthen.

Wir schifften uns am 6. Februar an Bord der Guarland zu Ostende nach Dover ein und erreichten Windsor schon um 5 Uhr Abends. Hier und in Claremont sowie in London brachten wir die entscheidenden vier Wochen des verhängnißvollen Jahres zu, innerhalb welcher der politische Vulcan zum Ausbruch gekommen war. Prinz Albert und die Königin erwarteten das schwere Ereigniß fast stündlich und man sah es fast als selbstverständlich an, daß es so kommen mußte, als die Pariser Nachrichten vom 24. Februar eintrafen.

Die Ankunft Louis Philippes in England und die tragischen Schicksale der ganzen unserm Hause so nahe stehenden Familie hielten uns Tag für Tag so sehr in Athem, als wären wir unmittelbar von der Revolution selbst betroffen worden. Die aufregenden Umstände, unter welchen beinahe die ganze Familie der Orléans versprengt wurde, und die traurigen Erlebnisse vieler einzelner Mitglieder derselben machten einen peinlichen Eindruck. Bekannt genug ist es, wie die arme Herzogin von Montpensier nach den mannigfachsten Abenteuern in England von den nöthigsten Dingen so sehr entblößt anlangte, daß ihr die Königin Kleider zusenden mußte, um sie in Windsor sehen zu können*). Den Herzog von Nemours habe ich selbst bei seiner Landung empfangen. Die Königin sendete einen Extrazug nach Dover, um ihn rasch nach London zu bringen. Es wäre ermüdend an alle die Szenen zu erinnern, deren Zeugen wir fortwährend gewesen sind.

---

*) Prinz Albert II. 24. Hillebrand II. 786.

Die aus meinen eigenen Ländern mir zugekommenen Nachrichten nöthigten mich, meine Abreise von England zu beschleunigen. Gleichsam als ein am Beginn des Jahres eingetretenes böses Vorzeichen, war uns auch eine häusliche Trauerkunde in den Tagen der politischen Bewegung nicht erspart geblieben. Während unseres englischen Aufenthaltes war am 22. Februar meine Großmutter, die Herzogin Caroline, in Gotha gestorben und von diesem Augenblicke drängten sich die Hiobsposten aus der Heimath. Mein Minister von Stein ließ es auch nicht an den drängendsten Mahnungen zur Rückkehr fehlen. Er wünschte meine persönliche Einwirkung in den täglich schlimmer sich gestaltenden thüringischen Verhältnissen und sprach es mir in jedem Briefe aus, daß man in den Ländern meine Anwesenheit dringend begehre.

Ich darf sagen, daß sich die öffentliche Meinung in diesen schwierigen Zeiten mir eher zuneigte, als entgegenstellte und daß von den Märztagen an während der ganzen harten Zeit des Jahres 1848 Minister und Beamte mich stets als den betrachtet haben, der ihnen Schutz gegen den Ansturm gewähren sollte, während nur zu viele andere Herren in Deutschland genöthigt waren, hinter der vergänglichen Popularität ihrer hastig gewechselten Ministerien Deckung gegen die Verkehrtheiten ihrer eigenen Unterthanen zu suchen.

Ich hatte bereits vor meiner Abreise von Gotha im Januar neuerdings meine fortschrittsfreundlichen Gesinnungen zu zeigen Gelegenheit, indem ich am 19. ein Gesetz über die Oeffentlichkeit der Verhandlungen bei den Stadtverordneten publiciren ließ. Zwei Tage später hatte ich auch noch die ständischen Vertreter, welche zum Deputationstage in Gotha anwesend waren, empfangen und denselben neuerdings meine Ueberzeugung ausgesprochen, wie unhaltbar und unvollkommen die Verfassungszustände unseres Landes wären.

Nicht an mir hatte es demnach gelegen, wenn Verbesserungen in dieser Beziehung noch immer nicht ins Leben zu treten vermochten. Es dauerte auch nicht lange, so erhielt ich von Herrn von Stein Berichte über laute Aeußerungen der Unzufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen Gothas. Schon am 7. Februar schrieb mir der Minister nach London:

Euere Hoheit!

„.... In der Bevölkerung kann dem Beobachter eine leichte Erregbarkeit gegen die frühere Indolenz nicht entgehn. Die alte nur dem materiellen zugewandte Gesellschaft stirbt nun nach und nach ab, und die neue ist eben lebendiger gegen politische Fragen. Recht auffallend war mir das z. B. auch bei der Aufführung von Tendenzstücken wie Zopf und Schwert und Uriel Acosta, in welchen gewisse Stellen ganz lebhaft aufgefaßt und auch beklatscht wurden, was sonst nie geschah. Auch die Petition, von der ich Euerer Hoheit früher sagte und die ich hier

in Abschrift beilege, geht auf dem Lande immer weiter herum und findet, wie ich höre, Unterschriften."

„Neulich waren hier ungefähr 12 Schultheißen aus guten Landorten in Brandversicherungsgeschäften beieinander, da brachte der von Bußleben, ein Halbstudirter, auch Uhlan und Jagdliebhaber, die Verfassungssache zur Sprache und bald vereinigten sich Alle zu dem Ausspruch: Wir sind ebensogut wie die Coburger, wir wollen auch Antheil an der Landschaft!"

„E. H. werden mir nicht zutrauen, daß mich solche Reden beunruhigen, doch in solchen Kleinigkeiten erkennt man seine Zeit, wer auf sie nicht achtet, wird das politische Wetter nie voraussehn können. Höchstdieselben kennen auch genugsam meine Ansichten über die Verfassungsfrage, daher schweige ich darüber, nur Eins glaube ich nicht oft genug wiederholen zu können: Je später zu der unumgänglich nöthigen Reform der hiesigen landschaftlichen Verhältnisse geschritten wird, je weiter muß man gehn. Mit jedem Jahre steigen die Ansprüche, werden die Forderungen dringender, und was voriges Jahr mit großer Freude aufgenommen worden wäre, genügt kaum dieses Jahr und wird im nächsten gar nicht mehr befriedigen. Ja sogar der conservative Trütschler sagte mir gestern: Es geht so nicht weiter, wir müssen auch hier eine andere Vertretung haben."

Schon nach Verlauf von vier Wochen war die Revolution in Sicht. „Bis heute", schrieb Stein, „ist es gelungen, die Ruhe und gesetzliche Ordnung in Stadt und Land so ziemlich, ja im Vergleich zu vielen anderen Gegenden sogar gut zu erhalten. Die guten Gothaer werden aber täglich aufgeregter und ich garantire die gesetzliche Ordnung keine drei Tage mehr, wenn E. H. nicht inzwischen hier eintreffen sollten. Mit welcher wahren Sehnsucht ich Höchstdero Rückkehr erwarte, bedarf keiner Versicherung."

Ich war bereits auf der Heimreise. Wir hatten am 4. März England verlassen und waren über Ostende, Brüssel und Köln nach Hause geeilt. Ein kurzer Aufenthalt bei meinem Oheim gab mir die frohe Ueberzeugung, daß sich an dem constitutionellen Königthum Belgiens die Wogen der französischen Revolution zu brechen schienen. Auch die gothaische Verfassungsfrage besprach ich mit König Leopold und war glücklich, daß er in allen Punkten mit meinen Absichten und Plänen übereinstimmte.

Ich hatte den gothaischen Verhältnissen angemessen einen Constitutionsentwurf ausgearbeitet, welcher die volle Zustimmung des Königs erhielt.

Am 7. März Abends traf ich mit der Herzogin in Gotha ein und wurde von einer dichtgedrängten Masse von Menschen mit Enthusiasmus empfangen. Ich hatte an demselben Abend ein Decret unterzeichnet, welches die Aufhebung jeder Censur in Preßangelegenheiten verfügte.

13*

Die Petitionen, welche in den nächsten Tagen an mich gelangten, waren gemäßigt und verständig und ich glaubte keinerlei Besorgniß für die Aufrechterhaltung der Ruhe in Gotha hegen zu müssen. Die Mitglieder des Deputationsausschusses derselben Stände, welche ein Jahr zuvor meine Propositionen ohne weiteres abgelehnt hatten, waren jetzt gekommen, um eine Repräsentativverfassung von mir zu erbitten. Sie verlangten für die gesammten Unterthanen des Landes zeitgemäße, landständische Rechte zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staatsvermögens und ich konnte nur darauf hinweisen, daß meinen gleichen Intentionen, wie bekannt, nur die Landstände selbst bisher entgegengestanden hatten.

Eine Petition der Stadt und Landgemeinden, die etwas umständlicher aber im ganzen in den billigsten und anständigsten Formen motivirt war, erkannte sogar Wissen, Gelehrsamkeit und guten Willen der bisherigen Landesvertretung an und enthielt kaum mehr als jene Forderungen, von denen man wußte, wie sehr sie meinen Ansichten und Wünschen entsprachen.

So konnte ich am 15. März mit gutem Muthe und ohne den leisesten Schein einer Zwangslage eine Proclamation erlassen, durch welche für das Herzogthum Gotha eine Repräsentativverfassung auf den Grundlagen jener des Herzogthums Coburg in Aussicht gestellt wurde. Mein Wunsch war aber wie früher, so auch jetzt, in Vereinbarung mit der bestehenden Vertretung das neue Verfassungsrecht zu Stande zu bringen. Die Regierung erklärte daher die Absicht, die Landschaft in üblicher Form zu berufen. Das Ausschreiben zu einem außerordentlichen Landtag war vorbereitet und ich wollte mit Rücksicht auf meine schon im Jahre 1846 abgegebenen Erklärungen von den Ständen die Zustimmung zur Einführung einer Repräsentativverfassung verlangen. Bevor aber noch die Berufung des Landtags publicirt worden war, konnte die Regierung sich überzeugen, daß sie nicht nur auf der Fürsten- und Grafenbank, sondern auch von einem großen Theile des Herrenstandes entschiedensten Widerspruch zu erwarten hätte.

Unter diesen Umständen mußte ich mich zur Einberufung einer constituirenden Abgeordneten-Versammlung zum Zwecke der Berathung eines neuen Grundgesetzes entschließen und unterzeichnete am 19. März das entscheidende Aktenstück. Zugleich durfte meine Regierung darangehn den Ballast reactionärer Maßregeln und Gesetze zu beseitigen, welche noch in Kraft gestanden hatten. Am 26. März wurden die Bundes-Ausnahmegesetze vom 20. Sept. 1819, 30. Mai, 28. Juni und 8. November 1832, sowie die Beschlüsse der geheimen Ministerial-Conferenzen von 1834 durch landesherrliche Verfügung aufgehoben. Dadurch waren die Schranken beseitigt, welche einer gesetzlichen Fortentwickelung verfassungsmäßiger Zustände von Bundeswegen in den Einzelstaaten gesetzt

worden waren. Die Frage war nur, ob auf diese Weise der aufrührerische Geist der Zeit gebannt sein werde, welcher in allen benachbarten Ländern täglich bedrohlichere Symptome zu Tage förderte.

In Coburg war seit den ersten Märztagen ein unruhigeres Treiben und eine bewegtere Stimmung bemerkbar, als in Gotha. Die Erhebung hatte dort schon am 3. März ihren Anfang genommen. An diesem Tage hatte die damals sogenannte Mannheimer Adresse ihren Weg zu der Coburger Bürgerschaft gefunden. In derselben waren vier Forderungen aufgestellt worden, welche sich dadurch, daß sie die gesammten deutschen und nationalen Angelegenheiten mitbetrafen, von sonstigen Petitionsstürmen der particularen Körperschaften unterschieden. An der Spitze dieser durch ganz Deutschland hin weitverbreiteten Adressen nach dem Mannheimer Muster befand sich das Schlagwort: „ein deutsches Parlament".

Außerdem verlangte man in denselben Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Geschwornen-Gerichte. Mehrere Bürger von Coburg übergaben dem Magistrate der Stadt den Entwurf einer „Petition an den Herzog", um darüber in öffentlicher Bürgerversammlung Berathung pflegen zu lassen. Der Entwurf enthielt, was meine Person betraf, die bündigsten Versicherungen der Treue und Anhänglichkeit, war aber im ganzen so charakteristisch für die Zustände und Stimmungen, daß man nur ein unvollständiges Bild empfangen würde, wenn man das Jahr 1848 ohne Wiedergabe des sonderbaren Wortschwalles, der damals die Welt beherrschte, zu schildern versuchte.

Eine eigenthümliche Art von Zwiegesprächen zwischen Fürsten und Völkern hatte sich in der adressenreichen Zeit entwickelt, wovon denn auch meine loyalen Coburger mir ein blühend stilisirtes Beispiel am 6. März zugesendet hatten:

„Eintracht zwischen Fürst und Volk, Einigkeit ganz Deutschlands ist jetzt der Ruf, der von allen Wohlgesinnten des Vaterlandes, der von der deutschen Presse und vom deutschen Bunde ergeht. Soll dieser Ruf im deutschen Volke Nachhall finden, den er finden muß, wenn die plötzlich sich erhebenden Gefahren von dem Vaterlande abgewehrt werden sollen, so muß die Presse frei, so muß der deutsche Bund volksthümlich sein. Volksthümlich aber ist der Bund nur dann, wenn er ein Organ der auf innere Einheit gerichteten Bestrebungen von ganz Deutschland, wenn er im vollen Sinn des Wortes ein Vertreter, wie der deutschen Fürsten, so des deutschen Volkes ist. Nur unter diesen Bedingungen wird eine Volksbewaffnung ihren Zweck erfüllen, die Ruhe im Innern und die Sicherheit gegen Außen zu erhalten."

„Gnädigster Herzog, verehrtester Fürst! Handelte es sich nur darum die

Eintracht zwischen Euerer Hoheit und Ihrem Volke zu bewahren, wahrlich! so stände es gut um uns. Euere Hoheit haben durch Ihre edelmüthige Regierung Sich Ihr ganzes Land zu Danke verpflichtet. Das ist das festeste Band, welches sämmtliche Landesangehörige, namentlich die Coburger Bürgerschaft an Euere Hoheit fesselt. Allein es handelt sich jetzt um das höchste und edelste Gut eines großen Volkes — um die nationale Existenz des Vaterlandes. Daß das ganze deutsche Volk einem gemeinsamen Feinde gegenüber zusammenstehe, wie ein Mann, kann nur erreicht werden durch die Erfüllung lang gehegter Wünsche und gerechter Forderungen aller Stämme Deutschlands um volksthümliche Institutionen — eine Erfüllung, welche herbeizuführen auch in der Hand Euerer Hoheit als Bundesglied liegt."

„Vor unserem gnädigsten Herzog und Herrn legen wir daher vertrauensvoll die ehrerbietigste Erklärung nieder, daß wir uns den in diesen Tagen aller Orten in Deutschland kund werdenden Petitionen um Preßfreiheit, Volksvertretung bei dem deutschen Bunde, Volksbewaffnung und Geschworenen-Gerichte anschließen, weil wir überzeugt sind, daß nur durch Einführung dieser Institutionen das Vaterland vor den äußeren Gefahren gesichert, im Innern verjüngt werden kann."

„Unter den jetzigen drängenden Umständen glauben wir aber wird es sehr zur Beruhigung des Landes gereichen, wenn die Stände unserm gnädigsten Fürsten zur Seite stehen. Darum bitten wir unterthänigst Euere Hoheit wolle die sofortige Einberufung der Ständeversammlung gnädigst verfügen."

Meine Antwort auf diese Adresse erfolgte in Form einer Proclamation am 10. März:

„Bürger meiner Residenzstadt Coburg! Die aus Euerer Mitte hervorgegangene an mich gerichtete Adresse von 6. d. M. gibt mir die willkommene Veranlassung Euch meine vollste Zufriedenheit über die ruhige gesetzliche Haltung auszudrücken, die Ihr in den Tagen einer allgemeinen politischen Aufregung bethätigt habt. Für die Gesinnungen treuer Anhänglichkeit, die Ihr darin ausgesprochen, empfangt meinen wärmsten Dank. Wohl muß dies alles für ein untrügliches Zeichen Glück verheißender Eintracht gelten."

„Diese Eintracht zwischen mir und meinem Volke mehr und mehr zu befestigen, soll das Ziel meines eifrigsten Bestrebens sein."

„Das Vertrauen, womit Ihr Euere Wünsche freimüthig und offen, wie ich es liebe, dargelegt habt, thut meinem Herzen wohl, ich werde, soviel an mir liegt, es zu rechtfertigen wissen. Ich habe mich entschlossen die Stände meines Herzogthums Coburg auf den 2. künftigen Monats zu berufen, um vereint mit ihnen zu erwägen, was in diesem ernsten Augenblicke die Interessen des Landes

mit Rücksicht auf die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes erheischen."

„Inzwischen werde ich zur Vorlage an dieselben ein Gesetz über Einführung vollständiger Preßfreiheit vorbereiten lassen. Die letztere stimmt ganz mit Meinen Grundsätzen überein und Ich gewähre sie gern. Ebenso wird den Ständen ein Gesetzentwurf auf Abänderung des § 79 der Verfassungsurkunde mitgetheilt werden, damit das Petitionsrecht und das Recht der Volksversammlung frei ausgeübt werden könne. Die Vorzüge der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege mit Schwurgerichten habe ich bereits seit längerer Zeit erkannt und die zur Einführung dieses Gerichtsverfahrens nöthigen Vorbereitungsmaßregeln schon im vorigen Jahre angeordnet. Auch dieser zeitgemäßen Institution soll Mein Herzogthum Coburg theilhaftig werden." —

„Sehr gern werde ich zur Einführung eines Wehrsystems die Hand bieten, welches die Last der stehenden Heere den Bundesstaaten erleichtert und für die Sicherheit des Bundes die nöthige Gewähr leistet. Ich werde hierüber mit den mitverbündeten deutschen Fürsten in Berathung treten. Bis dahin, wo allgemeine Volksbewaffnung eintreten kann, würde Ich die Aufstellung einer Bürgergarde in den Städten gern gestatten. Wegen Vereidigung des Militärs auf die Verfassung wird eine Gesetzvorlage an die Stände gelangen."

„Als ein Mann von deutscher Gesinnung und durchdrungen von der wärmsten Vaterlandsliebe habe ich mich bereitwilligst den Bundesfürsten angeschlossen, welche in der Vertretung der deutschen Nation am Bunde das wirksamste Mittel zur Erstarkung Deutschlands und zur Beförderung seiner gemeinsamen Interessen erkennen. Ich habe bereits meinen Bundestagsgesandten instruirt, den Antrag auf ein allgemeines deutsches Parlament nach Kräften zu unterstützen."

„Coburgs Bürger! möchtet Ihr in diesen Eröffnungen den Beweis finden, wie gern Ich geneigt bin, Wünsche, welche dem wahren Bedürfnisse der Zeit entsprechen, in Erfüllung zu bringen. Steht mir mit der erprobten Treue fernerhin zur Seite, um die öffentliche Ruhe und Ordnung in dieser bewegten Zeit aufrecht zu erhalten. Vertrauensvoll stelle ich sie unter Euern Schutz.

Bröhmer. Ernst.

Noch hatte sich, wie man sieht, die Bewegung in ihren Anfängen ganz und gar in den allgemeinen, deutsch-patriotischer Bahnen gehalten, in welchen ich von ihr wahrheitsgemäß sagen konnte, daß sie meine Sympathien von jeher hatte.

Allein wenn in den ersten Tagen des März dieser — man möchte sagen ideale Zug noch vorherrschte, so stellten sich doch auch in den kleinen thüringischen Ländern alsbald Einflüsse von ganz anderer Art hervor, und antimonarchische,

sozialistische und anarchische Bestrebungen traten an die Oberfläche. Zahlreiche Volksversammlungen wurden abgehalten, von allen Seiten regnete es Petitionen und Resolutionen, man sah sich mit einem Male in ein zielloses Treiben hinein versetzt, von welchem man lediglich hoffen konnte, daß es vorübergehend sein würde und daß der Zusammentritt der legalen Landesvertretungen ein Gegengewicht bieten werde.

Schon kamen die bedenklichsten Dinge zum Vorschein: man verlangte alsbald die Ablösung aller Feudallasten in Bezug auf die Hutgerechtsame, Beseitigung der Ständeunterschiede und des erblichen Rechts bei der Landesvertretung, Einverleibung des Domanialvermögens in das Staatsgut, Besetzung aller Staatsämter mit „volksthümlichen Männern", Durchführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der gesammten Verwaltung, Sicherstellung der Holzbedürfnisse des Volkes, Aufhebung der Verbrauchssteuern, Ermäßigung der Stolgebühren, Abschaffung des Jagdrechts u. s. w.

Der erste Anprall dieser losgelassenen Windsbraut des politischen Unverstandes hatte zuweilen etwas Komisches an sich und unter diesem Eindruck vermochte ich am 15. März an den König Leopold zu schreiben:

„In Coburg hatten sie sich gleichfalls recht ungestüm — bis auf die Gesundheit und langes Leben — alles von der Regierung erbeten, was ein Sterblicher nur verlangen kann, unter anderem auch „Redefreiheit". Die ruhig Denkenden sind wie gewöhnlich sowohl im politischen Leben, wie auf dem Felde der Presse unsichtbar."

Daß die inzwischen eingetretenen Ereignisse in den größeren deutschen Staaten insbesondere in Preußen und Sachsen, sowie auch in Oesterreich die politische Zersetzung und die zerstörenden Tendenzen jedoch auch in den thüringischen Ländern wesentlich förderten, war zu erwarten, und wenige Wochen später war ich genöthigt die Bewegung ernster und schlimmer zu charakterisiren. Was ich damals über dieselbe an meinen Oheim in Brüssel schrieb, halte ich noch heute größtentheils für vollkommen bezeichnend und glaube es daher hier mittheilen zu sollen:

„Wir leben in einer furchtbaren Zeit. Innere und äußere Stürme haben den Organismus aller deutschen Staaten zertrümmert, die Gesetzlichkeit ist verschwunden und die Gewalt der Menge macht sich allein geltend. Die Regierungen müssen sich in Lagen schicken, die an das schimpfliche grenzen. Ich habe auch nicht die geringste Hoffnung, da das allgemeine Vertrauen zu irgend einer Regierungsform geschwunden und dafür eine allgemeine Muthlosigkeit auf der einen und eine durchgehende Zügellosigkeit auf der andern Seite eingetreten ist. Wir haben keine allgemeine Revolution im Sinne allgemeiner Principien und Tendenzen gehabt; eine solche würde etwas bestimmtes hervorgebracht haben;

wir haben in jedem Ländchen, in jedem Städtchen, in jedem Dorf eine besondere Umwälzung erlitten, die meist verschiedene Gründe und daher auch verschiedene Folgen gehabt hat. Nur die eine Folge ist überall dieselbe gewesen, daß vollkommene Anarchie eingetreten ist, welche überall noch nicht, natürlich mit Abstufungen, bezwungen werden konnte. Handel und Gewerbe liegen darnieder, und die brotlosen Arbeiter treten mit jedem Tage gebieterischer auf. Dabei ist der Geldmangel so entsetzlich, daß wir wahrscheinlich alle innerhalb weniger Monate den Staatsbankerott erreicht haben werden. Eisenbahngesellschaften und größere und kleinere Banquiers stellen bereits ihre Zahlungen ein. Alle die, welche noch vor drei Wochen aus Furcht vor einer Reaction die Regierungen mit frechem Ungestüm hinderten, die Gesetzlichkeit und Gewalt aufrecht zu halten, treten jetzt mit der nämlichen Brutalität auf und fordern von uns, wo die Gewalt gleich Null geworden ist, der Anarchie zu steuern, aber niemand gehorcht mehr."

Wenn ich am Schlusse dieses Schreibens noch zu sagen in der Lage war: „Ich vermag noch viel, weil man noch unbedingtes Vertrauen zu mir hat", — so fand ich in diesen und den nächsten Wochen in der That Gelegenheit genug mit meiner eigenen Person für die Sache der Ordnung und des Gesetzes einzutreten. Fast an jedem Orte wurden mißliebige Personen und Beamte mißhandelt.

Unter den letzteren hatte der Oberpolizei-Commissar Eberhardt die allgemeine Meinung gegen sich und es war unvermeidlich geworden denselben zu entfernen. Ebenso war der Staatsrath Heß bereits in den ersten Tagen der Bewegung als ein Opfer der erregten Stimmung gefallen. Er wurde beschuldigt, gegen die Verfassung gesinnt zu sein, und ich mußte ihn einstweilen vom Dienste entheben.

Mehr und mehr kam das elende System der Proscriptionen der Angestellten durch die Presse in die Mode und ich wurde unzähligemale aufgerufen, meine eigenen Beamten in Schutz zu nehmen. Sowohl in Coburg wie in Gotha waren seit Anfangs April bedenkliche Unruhen vorgekommen. In Gotha hatte man mehrfache Attentate auf das Leihhaus unternommen; die Arbeiter verlangten erhöhten Lohn und machten Anstalt die Forderung mit Gewalt durchzusetzen, selbst das Zuchthaus war in Gefahr gestürmt zu werden. Ich war genöthigt an 400 Mann des Gothaer Bataillons scharfe Patronen vertheilen zu lassen, und die Bürgergarde mußte am 16. April während der Nacht unter den Waffen bleiben.

Zu den schlimmsten Erscheinungen des Revolutionsjahres gehörten die Versuche die Disciplin der Truppen zu untergraben; auch von diesem Uebel sollten wir in Thüringen nicht verschont bleiben. Man mischte sich in die An-

gelegenheiten der Militairjustiz, man hetzte die Mannschaften gegen die Offiziere. In Coburg waren Erscheinungen dieser Art schon im April so bedenklich geworden, daß ich ernste Maßregeln zu ergreifen genöthigt war. Da man von Seite der Bevölkerung gegen mehrere Offiziere zu Gunsten der Soldaten Partei ergriffen hatte, so beschied ich am 21. April die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sowie die Hauptleute der Bürgergarde in das Schloß und erklärte meinen Standpunkt mit aller Entschiedenheit. Ich wahrte dem Kriegsgerichte das Recht über die Angeschuldigten allein zu urtheilen und sagte es rund heraus, daß sich Militairverhältnisse nicht nach den Ansichten des Civilstandes bemessen ließen.

Ich war im Schloßhofe mitten unter die Versammelten getreten und stellte denselben mit gutem Erfolge vor, wie ich darauf halten müsse, daß die Untersuchung zum Ziel geführt werde, mag ein verurtheilendes oder freisprechendes Urtheil erfolgen. „Wie ich immer den gesetzlichen Weg gegangen bin", fügte ich mit erhobener Stimme hinzu, „so werde ich auch hierin meine Pflicht und Stellung wahrnehmen. Ich hoffe, daß die hiesige Bürgerschaft meine Ansichten theilt, daß Gesetz und Ordnung herrschen müssen. Dem habe ich keine Mahnung und keine Bitte hinzuzusetzen."

Man konnte doch bemerken, daß ein persönliches Eingreifen seine Wirkung nicht verfehlte, aber man hätte allgegenwärtig sein müssen, um der zunehmenden Zersetzung der socialen und politischen Ordnung wirksam zu steuern. Eines köstlichen für die Zeit charakteristischen Erlebnisses erinnere ich mich aus dem Monate Mai, wo ich auf einer meiner vielen kleinen Reisen zwischen Coburg und Gotha eines Tages beim Herabfahren vom Thüringer Wald gegen das Hennebergische einem Wagen begegnete, dessen Insassen sich mir sofort als Justiz-, Rent- und Forstamtmann von Cella St. Blasii zu erkennen gaben.

Sie waren in größter Aufregung und erklärten mir, daß sie sich auf der Flucht nach Gotha befänden. Sie seien durch die Revolution aus Cella St. Blasii vertrieben worden und wollten den Schutz der Regierung suchen. Arbeiter der Gewehrfabrik des Ortes hätten sich mit allerlei Gesindel verbunden und die Beamten lebensgefährlich bedroht. Ihre Wünsche und Forderungen wären so tumultuarisch vorgebracht worden, daß nichts anderes übrig geblieben sei, als den furchtbaren Ort eiligst zu verlassen.

Die Herrn waren in einem so verzweifelten moralischen Zustand, daß meine erste Idee, dieselben sofort persönlich in den Ort zurückzuführen, unausführbar war.

Ich fuhr daher allein in das Städtchen und stieg bei einem auf dem Markte gelegenen Wirthshause ab. Einige hundert Menschen waren auf dem öffentlichen Platze versammelt und vom Brunnen herab wurden Reden gehalten. Ich ließ mir von dem halbangetrunkenen Wirthe, welcher mich erkannt hatte,

eine Art von Tanzsaal aufsperren und bemächtigte mich eines zufällig anwesenden Gemeindeschreibers, der mir geeignet schien, etwa ein Protokoll zu führen.

Inzwischen verbreitete sich das Gerücht von meiner Ankunft, und ich nahm keinen Anstand durch den Wirth, sowie durch einen Forstaufseher, der sich eingefunden hatte, den Leuten bekannt machen zu lassen, daß ich bereit wäre ihre Klagen und Beschwerden selbst zu vernehmen. Der Magistrat des Ortes, sowie die besseren Bürger und Fabriksbesitzer waren nirgends zu finden und hatten sich entweder versteckt, oder waren, wie meine Beamten, davon gegangen. So füllte sich der Saal, in welchen ich mich begeben hatte, alsbald mit einer bunten Menge von Fabrikarbeitern, Holzhauern und niederen Bürgern, welche mich schreiend umringten. Ich verlangte eine regelrecht gewählte Deputation, um die Sachlage vernehmen und über dieselbe verhandeln zu können. Dies fand Anklang und der Haufe verließ den Saal; nach einer Stunde, während welcher es auf dem Platze sehr lebhaft zugegangen war, erschien eine Deputation von ungefähr 50 Personen, welche in wenig parlamentarischer Form eine Unzahl von Klagen gegen die Beamten vorbrachten.

Ich suchte nun den Leuten begreiflich zu machen, daß es unmöglich sei, durch Anwendung von Gewalt gegen untere Beamte in diesen Dingen etwas zu erreichen, und daß es daher nöthig sei, eine Deputation an das Ministerium nach Gotha zu senden, damit die Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden könnten. Hierbei müsse aber die Voraussetzung gemacht werden, daß man die Beamten in Cella wieder ruhig einziehen lasse, da ich nicht zugeben könne, daß dieselben durch lebensgefährliche Bedrohungen und Gewaltäußerungen in ihrer Pflichterfüllung verhindert würden. Wiewohl man dies nach einigem Widerstreben zugestand, so wollte sich doch niemand bereit finden, den Schutz und die Sicherheit der Beamten zu garantiren, und ich war genöthigt in Erinnerung zu bringen, daß dann eine Compagnie Soldaten in den Ort gelegt werden müßte, welche längere Zeit hier bleiben und deren Verpflegung die Einwohner von Cella zu tragen haben würden. Die sogenannte Deputation erklärte nun, daß sie sich von ihren Auftraggebern Instructionen holen wollte, und so verließen die Leute wiederum den Saal, um erst in einer halben Stunde wiederzukommen.

Meine Frage, ob die gesammte Bürgerschaft der Stadt den Schutz der Beamten übernehmen wolle, wurde zwar bejaht, aber man wollte bei der großen Aufregung und bei den vielen Fremden, die sich angeblich im Orte aufhielten, keine Garantien geben. Um der Sache ein Ende zu machen, wandte ich mich an einige der nächststehenden, lobte ihre guten Gesinnungen und Absichten und redete ihnen zu, ein kurzes Protokoll zu unterschreiben, in welchem sie sich verpflichteten, die Sicherheit der Beamten, wenn sie nach Cella zurück-

kehrten, wahrzunehmen. Es fanden sich schließlich an dreißig Personen, welche unterzeichneten.

Bald fanden sich auch noch andere Bürger aus besseren Klassen ein, und es bildete sich eine Art von Schutzverein zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ich schickte indessen einen Diener nach Gotha, um die entflohenen Beamten wieder zu holen, und dieselben nahmen nach wenigen Tagen ihre Posten wieder ein. Die zu Papier gebrachten Beschwerden der Leute von Cella schmolzen auf ein Minimum zusammen und wurden der Regierung übermittelt. Im folgenden Jahre hatte ich die Genugthuung, daß die Gemeinde, als zwei von den dortigen Beamten versetzt werden sollten, eine Bitte an die Regierung richtete, man möchte diese geschätzten und so beliebten Männer dem Orte ihrer gesegneten Thätigkeit doch ja nicht entreißen*).

Die Verhältnisse hatten mir gleichsam inmitten des tollsten Freiheitsschwindels ein nur allzu persönliches Regiment aufgedrungen und wenn ich an meinen Bruder schon am 20. März von Gotha geschrieben hatte: „Mein Haus ist wie ein Hauptquartier, von wo alle Befehle persönlich ausgehn müssen", so dauerte dieser unerquickliche und unruhige Zustand durch Wochen und Monate fort. In solchen Widersprüchen bewegte sich diese wunderbare Zeit!

Während sich alles gegen die Fürsten erhob, erwartete und forderte man von ihnen das unmittelbarste und persönlichste Eingreifen und oft genug die unmöglichsten Dinge. Während man ihnen jede Macht und selbst ihren Besitz bestritt und entfremdete, sollten sie für das Eigenthum ihrer Unterthanen und für die erworbenen Rechte der anderen Sorge tragen und Schutz gewähren.

„Wie soll ich Worte finden", schrieb ich an meinen Bruder, „um meine Gefühle zu beschreiben? Wäre ich ein Privatmann, ich würde vielleicht mitjubeln. Aber in meiner Stellung mit all den Pflichten, die mein Beruf mir auferlegt, die Hoffnungslosigkeit des Zustandes erkennend, sehe ich nur den Abgrund vor und hinter mir gähnend offen. — Dabei könnte man den Verstand verlieren!"

„Mein Entschluß ist der, den ich in der Schlacht als Soldat befolgen würde: treu meiner Pflicht, treu mit meinem Volke durch alle kommenden Stürme bis zum Ende auszuhalten. Die schönen Tage der Vergangenheit liegen nach allem, was wir seit 4 Wochen erfahren und durchgemacht haben, wie ein

---

*) Mit Rücksicht auf das Ereigniß in Cella schrieb mir Herr von Stein: „Die persönliche Macht des Regenten ist Gott sei Dank noch sehr wirksam in unserm Volke, selbst bei den Aufgeregten. Dieser klare, feste unmittelbare Zuspruch Ew. Hoheit hat gewiß mehr gethan, als wir durch ein Regiment auszurichten im Stande gewesen wären. Der Amtmann Regel war noch ganz ergriffen von dem guten Effect."

verflossenes Leben, wie ein schöner Traum hinter mir und ich preise die Vorsehung, daß sie mir keine Kinder beschieden hat, denn für diese würde ich zittern. Ich will meinem Gefühl nicht weiter Raum geben, wer von uns deutschen Fürsten wird aber wohl anders denken, anders fühlen?"

Und noch bezeichnender für meine Anschauung von der damaligen Lage war es, wenn ich einige Tage später den Schilderungen der deutschen Zustände das kurze Wort beifügte: „Wir Fürsten wackeln sehr, da wir unter uns zu wenig Intelligenz, Muth und Verständniß des Zeitgeistes hatten."

Indessen waren die Ständeversammlungen sowohl in Coburg wie in Gotha eröffnet worden. Es ist hier am Platze, daran zu erinnern, daß das Jahr 1848 in den meisten deutschen Ländern eine Aenderung der fürstlichen Titulaturen herbeigeführt hat und daß die landesherrlichen Decrete und Ausschreibungen damals mit Hinweglassung der Bezeichnung von „Gottes Gnaden" zu erscheinen pflegten. Ich hatte diese zweifelhafte Neuerung keineswegs angefangen, aber ich hatte mich derselben gerne angeschlossen, ohne zu erwarten, daß nach Verlauf von kurzer Zeit auch diese Formsache zu einer wichtigen Angelegenheit der Reaction in Deutschland gemacht werden würde.

So wenig Gewicht ich nun aber auch darauf legen möchte, daß im Sturme des Jahres 1848 das Gottes-Gnadenthum, an welches in den Duodezstaaten ohnehin sich keine pietätvolle Ueberzeugung mehr anschloß, beseitigt worden war, so unverständlich ist es mir immer geblieben, wie ich mich entschließen hätte können, die einmal abgeschaffte Formel nach dem Muster mancher mittleren und selbst der kleinsten deutschen Staaten nachträglich und gleichsam reumüthig wieder in die Titulatur aufzunehmen.

In Coburg und Gotha ist daher die alterthümliche Form meines landesherrlichen Titels nicht bloß für die Dauer einer bösen Zeit, sondern für immer und thatsächlich beseitigt worden, ohne daß der Werth der Landesgesetze dadurch ersichtlich alterirt worden wäre.

Was nun den Coburger Landtag anbelangte, so war er, wie ich schon in meiner Proclamation an die Bürgerschaft versprochen hatte, zu einer außerordentlichen Session berufen worden. Es wurden Gesetzesvorlagen über die gleichfalls schon an jenem Orte bezeichneten Punkte, vor allem zur Einführung vollständiger Preßfreiheit, freier Ausübung des Petitionsrechtes, Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und mehreres andere gemacht. Aber in der Zeit zwischen dem 13. März und 3. April, an welchem letztern Tage der Zusammentritt des Landtags erfolgte, war eine lebhafte Agitation auf dem Lande entstanden, welche sich auf Wald- und Jagdrecht bezog.

Wie überall so suchte man auch in Thüringen die Landbevölkerung durch Fragen dieser Art in eine demokratisch-sozialistische Richtung zu drängen. Unter diesen Umständen entschloß ich mich kurzweg zu einem Schritte, der eine nicht geringe Ueberraschung verursachte. In der Thronerde, mit welcher ich den außerordentlichen Landtag eröffnete, entäußerte ich mich freiwillig der Jagdberechtigung auf fremdem Grund und Boden und trat dieselbe an diejenigen Gemeinden entschädigungslos ab, zu deren Flurmarkung die jagdpflichtigen Grundstücke gehörten. Ich stellte lediglich die Bedingung, daß die Jagd nicht von den Gemeindegliedern, sondern von verpflichteten Jägern oder Pächtern ausgeübt werde und der Ertrag der Gemeindekasse zufiele.

Etwas ähnliches hatte Herr von Stockmar für seine wie für die Besitzungen des Königs Leopold bereits im privatrechtlichen Wege ins Werk gesetzt. Ich glaubte daher auch in der Thronrede die Hoffnung aussprechen zu sollen, daß die übrigen Jagdberechtigten in meinem Herzogthum diesem Beispiele folgen werden; doch fand ich bei denselben nicht eben großen Beifall. Im übrigen begann alsbald im ganzen Thüringer Wald und vorzugsweise auf meinem eigenen Grund und Boden ein wahrer Vernichtungskrieg gegen alles, was da auf dem Boden läuft, in der Luft fliegt und im Wasser schwimmt.

Im übrigen habe ich noch aus meiner Eröffnungsrede des Coburger Landtags einer Proposition zu gedenken, welche nachhaltige Verhandlungen und manche größere politische Action im Gefolge hatte, und wohl eine der wichtigsten Lebensfragen meiner beiden Herzogthümer berührte:

„Doch wird — so schloß ich meine Rede — noch manche andere hochwichtige Angelegenheit einer ernsten Berathung bedürfen."

„Ich rechne dahin namentlich einen Wunsch, den ich schon länger gehegt, dessen Erfüllung jedoch lediglich auf dem Einverständnisse meiner beiden Landestheile beruht, Ich meine die Vereinigung meiner Herzogthümer Coburg und Gotha durch eine gemeinschaftliche Verfassung."

„Die großartigen Vortheile hiervon sind zu einleuchtend, als daß es hier einer näheren Bezeichnung derselben bedürfen könnte und kaum möchte jemals zur Ausführung dieses Planes ein so günstiger Zeitpunkt sich wiederfinden als jetzt, wo nicht bloß eine Revision und zeitgemäße Reform des hiesigen Staatsgrundgesetzes nöthig erscheint, sondern auch dem Herzogthum Gotha eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Repräsentativverfassung zu Theil werden wird."

„Prü en Sie dieses Projekt, dessen Ausführung im Interesse Meiner beiden Landestheile Mir zur wahren Freude gereichen würde."

Allein zur Durchführung einer so eingreifenden, wenn auch höchst nahe-

liegenden staatsrechtlichen Umgestaltung hätte es eines ruhigen und besonnenen Wirkens aller betheiligten Factoren bedurft. Während alle Welt damals jedoch auf die höchsten Fragen des nationalen Staatslebens das Augenmerk gerichtet hatte und bezeichnend genug in jedem kleinsten Kreise die größten Angelegenheiten mit um so stärkerer Vorliebe behandelt wurden, je weniger Einfluß auf dieselben genommen werden konnte, waren die meisten Menschen fast unfähig, das einfachste und zunächst praktische zu bedenken und zu ordnen.

In der coburg-gothaischen Vereinigungssache war um so weniger zu einem Abschluß zu kommen, als die obersten Räthe beider Länder selbst in der eifersüchtigsten Weise verhindernd wirkten und in provinzieller Getheiltheit einander widerstrebten. Es bedurfte mehrjähriger Anstrengungen, um eine Verfassungseinheit zwischen den beiden thüringischen Kleinstaaten wenigstens annäherungsweise zu bewerkstelligen. Der im April zusammengetretene Landtag hatte sich in jeder Beziehung ablehnend gegenüber den Forderungen der Zeit und des Landes verhalten und wurde in Folge dessen gleichsam genöthigt, zu Gunsten eines neuen Hauses abzudanken, welches auf einer weit demokratischeren Basis des Wahlrechts berufen werden sollte.

Dieser neue außerordentliche Landtag wurde alsdann in einer Zeit der größten Unruhen in Deutschland, von denen in anderem Zusammenhange zu sprechen sein wird, zum 20. September von mir berufen. Die Gesetzentwürfe, welche vorgelegt wurden, betrafen die Ablösung der Grundlasten, die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, das Hypothekarwesen, die Einführung der allgemeinen Einkommensteuer, die Durchführung des Jagdabtretungsrechtes. Die Regierungsanträge fanden fast ausnahmslose Zustimmung. Dagegen war ich mit der Erneuerung des Versuchs die Vereinigung von Coburg und Gotha anzubahnen abermals nicht glücklicher, als zuvor.

„Wenn ich beim vorigen Landtag — sagte ich in der Eröffnungsrede am 22. September — die Ausführung dieses Planes als einen Wunsch bezeichnete, dessen Erfüllung mir im Interesse beider Landestheile zur Freude gereichen würde, so stellt sich derselbe jetzt, wo das Bedürfniß einer möglichst gleichartigen Gesetzgebung und gemeinsamer staatlicher Einrichtungen in den deutschen Ländern immer klarer hervortritt, in der That als unabweisliche Nothwendigkeit dar."

„Sie werden dies, meine Herrn, in der Proposition näher begründet und ausgeführt finden, die Ihnen demnächst hierüber vorgelegt werden wird."

„Nur soviel glaube ich noch besonders hervorheben zu müssen, daß ohne jene Verbindung beider Landestheile zu einem organischen Ganzen die dringend nothwendige Umgestaltung und Vereinfachung der Verwaltung in sehr unvollkom-

menem Maaße zu erreichen sein, ja wohl gar das Fortbestehen der bisherigen Selbständigkeit des Landes gefährdet werden könnte."

„Möchten Sie, meine Herren, sowie die demnächst gleichfalls zusammentretenden Abgeordneten des Herzogthums Gotha die Nothwendigkeit einer solchen Vereinigung anerkennen und die Hindernisse, die der Ausführung derselben vielleicht hier oder dort noch entgegenstehen könnten, werden alsdann gewiß ihre vollständige Beseitigung finden."

Zur Erklärung der in dieser Frage bald nachher hervortretenden Erscheinungen muß ich hier die Bemerkung beifügen, daß weder meine coburgischen noch gothaischen Räthe die von mir ausgesprochenen Ueberzeugungen ernstlich und innerlich theilten. Die außerordentlichen Verhältnisse des Jahres 1848 haben auch mir verstattet, von der gewöhnlichen constitutionellen Praxis der Vorlage rein ministerieller Programme mittelst der Thronreden einigermaßen abzuweichen. Das, was ich zu den Coburger Abgeordneten in Betreff der Vereinigungsfrage sprach, waren im eigentlichsten Sinn meine Worte, und ich kann kaum bezweifeln, daß Staatsrath Bröhmer, welcher die Geschäfte von Coburg mit ministerieller Vollmacht führte, dieselben schwerlich in allen ihren Consequenzen guthieß. Er trat mir in der erwünschten Angelegenheit nur eben nicht offen entgegen und lavirte herüber und hinüber, um die größere Schuld des Mißlingens auf Gotha abwälzen zu können.

Und in der That, dort war die Abneigung gegen das Aufgeben des äußersten Partikularismus nicht viel geringer, als in Coburg. Während die tollsten republikanischen Träumereien mit Zugrundelegung territorialer und föderativer Institutionen immer mehr und mehr in die Aehren geschossen waren, konnte man die Beobachtung machen, daß die Kirchthurmspolitik das unausrottbarste Erbtheil der Deutschen zu sein schien, und während selbst leidlich gute und verständige Menschen einem nationalen Größenwahne verfallen waren, fehlte es an der Möglichkeit die einfachste Landschaftsangelegenheit entsprechend zu lösen.

Diese Situation wurde in einem Briefe des Staatsministers von Stein treffend bezeichnet, wenn er am 24. Oktober schrieb:

„Wenn auch vielleicht die Majorität der Nationalversammlung sich gegen die Mediatisirung der kleinen Staaten ausspricht, sie müssen doch zu Grunde gehen, denn, was denselben die Centralgewalt auch noch läßt, das wird von den speziellen gesetzgebenden Versammlungen so beschnitten und verkümmert, daß sich die kleinen Einzelregierungen doch nicht lange mehr halten können. Hierzu kommt noch die finanzielle Bedrängniß und so müssen sie an der Auszehrung untergehen. Für Coburg und Gotha kommt noch die Trübsal des Sondergeistes zwischen Coburg und Gotha hinzu, der hier namentlich im Steigen ist und

zu den unangenehmsten Störungen führt. Ich habe gestern wieder hierüber Erfahrungen zu machen gehabt! ..."

In dem voranstehenden Schreiben erscheint das verhängnißvolle Wort der Mediatisirung hier zum ersten male in meiner Darstellung des Jahres 1848, aber dasselbe spielte neben all dem inneren Verfassungshader der kleinen Länder durch das ganze Jahr und auch in den folgenden Zeiten noch eine Rolle, von der ich ausführlich zu sprechen haben werde. Zunächst führt mich die auf dem Coburger Landtag gestellte Frage der Vereinigung meiner beiden Länder zu den Gothaischen Verfassungsangelegenheiten, über die ich wenigstens in den Hauptumrissen berichten muß.

In den altständischen Verhältnissen von Gotha hatte der Adel sich ein bedeutendes Uebergewicht zu wahren gewußt. Seit alter Zeit beherrschte er das Hof- und Staatswesen so sehr, daß ohne unmittelbares Eingreifen der landesherrlichen Gewalt hier wohl keine Veränderungen zu erzielen gewesen wären. Sollte die Revolution verhindert werden alle Schranken der Ordnung zu durchbrechen, so mußte nothwendig von der Regierung selbst Hand an das Werk einer Neugestaltung gelegt werden. Ich hielt daher die Zeit für gekommen, um auf dem Wege der Verordnungen vorzugehen.

In den Hofeinrichtungen wurde durch ein Ministerialrescript die alte Institution der adeligen Kammerjunker aufgehoben und dadurch die Scheidewand, welche Volk und Hof in bedenklichem Maße überall in Deutschland trennte, mit einem Male beseitigt. Der gothaische Adel hat mir diesen Schritt niemals vergeben mögen, aber auch vergeblich auf den Zeitpunkt gewartet, wo mich sein Fernhalten bestimmen konnte in die beliebten Reactions- und Restaurationsbahnen einzulenken, auf denen man anderwärts bemüht war, das was im Jaher 1848 geschah, so schnell wie möglich wieder zu vergessen. Der Hof von Gotha hatte sich wie ohne das Gottesgnadenthum, so ohne Kammerjunker auch ferner und nun schon eine recht lange Zeit hindurch zu behelfen vermocht.

Ganz ähnlich war auch der Versuch des gothaischen Adels die Verfassungsangelegenheit aufhalten zu wollen ein sehr mißlungener, obgleich die ritterschaftliche Curie noch beim Deputationstage im Februar 1848 dem Votum der städtischen in Bezug auf die Verfassungsfrage mit empfehlenden Worten beigetreten war. Die Regierung war nun genöthigt zu einer provisorischen Verordnung zu schreiten, welche den Boden der Verfassung einigermaßen verließ. Es wurde eine Notabelnversammlung berufen, welche zu einem Theile aus allgemeinen Wahlen hervorgehen und ein neues Staatsgrundgesetz berathen sollte. Die Verordnung war mit folgenden Worten motivirt worden:

„Wir Ernst 2c. haben den Wünschen bereitwilligst entsprochen, welche uns

von unsern Unterthanen im Herzogthum Gotha in Bezug auf eine zeitgemäße Aenderung der Landesverfassung vorgelegt worden sind, mittelst Bekanntmachung vom 7. d. M. bereits die Zusicherung ertheilt, daß ihnen durch eine Repräsentativverfassung gleiche politische Rechte gewährt werden sollten, wie sie im unserm Herzogthum Coburg dermalen gesetzlich festgestellt sind."

„Während nun von Uns zur Vorbereitung des Verfassungs-Entwurfs alsbald die erforderliche Anordnung getroffen worden ist, hat es Uns nöthig geschienen aus den verschiedenen Ständen und Volksklassen Unseres Herzogthums Gotha in weiterem Umfange, als die bisherigen landständischen Einrichtungen zuließen, Abgeordnete um Uns zu versammeln, um ihnen den Grundgesetzentwurf vorzulegen, mit ihnen über diese wichtige, die künftige Wohlfahrt unserer Unterthanen so nahe angehende Angelegenheit zu Rathe zu gehen und die einzelnen Bestimmungen mit ihrer Einwilligung definitiv festzustellen."

„Wir verordnen daher provisorisch über die Zusammensetzung dieser Abgeordneten-Versammlung die Bedingungen der Wahlberechtigung und Wählbarkeit behufs der Theilnahme an der Versammlung und über die Formen der Wahlen in den einzelnen Klassen selbst mit Rücksichtsnahme auf die darüber in den Verfassungsgesetzen Unseres Herzogthums Coburg enthaltenen Bestimmungen: rc. rc."

Nach der von mir vorgeschlagenen und in Aussicht gestellten Wahlordnung wurde nun das Verhältniß der städtischen und ländlichen Abgeordneten zu den ritterschaftlichen zu Gunsten der ersteren wesentlich verbessert, dennoch gab es mancherlei Kämpfe, Proteste und Verhandlungen, bis die Wahlen zu Stande gebracht waren. Schließlich entsendeten, abgesehen von der Virilstimme der Fürsten Hohenlohe, welche ihnen als Herren der Grafschaft Obergleichen gewahrt wurde, der Stadtrath von Gotha einen, die Bürgerschaften der Städte Ohrdruff, Waltershausen und Gotha zusammen fünf, die Rittergutsbesitzer fünf und die amtssässigen Städte, Flecken und Dörfer 12 Abgeordnete in diese außerordentliche Landesversammlung, welche auf den 18. Juni berufen worden war.

Ich hatte die Absicht die neue Volksvertretung mit denselben Feierlichkeiten zu eröffnen, welche sonst bei den Landtagen gebräuchlich waren. Da erhielt ich zu meinem Ergötzen offenbar aus Abgeordnetenkreisen einen Brief, worin mir gesagt wurde, es würde einen besseren Eindruck machen, wenn ich allen militärischen und fürstlichen Prunk vermeiden wollte. Ich ließ den Herrn hierauf bedeuten, daß wenn ihnen die bisherige Form nicht gefiele, so könnte ich gern in meinem Jagdanzug erscheinen. Der kleine Scherz brachte die Gemüther zur Besinnung und ich eröffnete die Versammlung in herkömmlicher Weise mit folgender Rede:

„Meine Herren! ich heiße Sie herzlich willkommen! Vor wenig Jahren stand ich auf der nämlichen Stelle und verkündete mit Freude und Offenheit

den um mich versammelten Gliedern der alten Landschaft, wie es mein Wunsch und fester Wille sei, den Ansprüchen der Zeit zu genügen und, wenn sich die Gelegenheit dazu bieten sollte, die zwar ehrwürdige aber veraltete landständische Verfassung gründlich zu reformiren. Je mehr dieses meinen getreuen Gothanern gemachte Versprechen Anklang und Beifall fand, und jemehr die allgemeine Stimme nach einer zeitgemäßen Vertretung mir bekannt wurde, desto mehr beeiferte ich mich diesem Wunsche nachzukommen."

„Innere und äußere Hemmnisse traten aber meinem Vorhaben gebietend entgegen, und ich erkannte bald, daß nur die Zeit dieselben bezwingen werde. Meine Ansicht bestätigte sich und woran man damals kaum zu denken wagte, ist jetzt schon zur Wirklichkeit geworden. Ein verjüngtes Leben ist über unserem Vaterlande aufgegangen, mit Freuden schließe ich mich ihm an. Das Ziel meiner Bestrebungen sei die Verwirklichung der Freiheit und Wohlfahrt der Einzelnen, wie der Gesammtheit. Möchten alle meine getreuen Unterthanen mit Entschiedenheit und Wahrheit, aber auch mit Erkenntniß dessen, was wahre Freiheit ist, mit mir nach jenem Ziele streben!"

„Freudig schwebte mir dies Ziel vor Augen bei der Abfassung des Staatsgrundgesetzes, welches im Entwurf Ihnen nun vorgelegt werden wird und welches auf der Grundlage ausgedehnter Betheiligung der Staatsbürger an den öffentlichen Angelegenheiten und auf sichere Garantie für die Volksrechte erbaut wurde."

„Vertrauensvoll wende ich mich an Sie, meine Herren! Ihre unbefangene Erwägung für folgenden Gegenstand in Anspruch nehmend. Als ich Sie nach der provisorischen Wahlordnung durch die Verordnung vom 19. März berief, welche erstere damals sowohl dem Rechte, als den Forderungen der Zeit zu genügen schien, war nicht zu vermuthen, daß die Zeit schneller vorangehen würde, als die Wahlen, in Folge deren ich Sie um mich versammelt sehe."

„Die rechtliche Anschauung der Gegenwart hinsichtlich der Wahl und des Umfangs der Theilnahme des Volks an der Gesetzgebung, dem Gemeinwesen, dem Staatshaushalte ist heute ein verändertes. Man erkennt nur derjenigen Versammlung die Berechtigung zu, den Volkswillen zu repräsentiren, zu welcher Deputirte einberufen worden sind, die aus dem Volke nach den Grundsätzen gleicher Berechtigung gewählt wurden, Grundsätze, wie sie der Entwurf des Verfassunggesetzes und der Wahlordnung enthält."

„Möchten Sie meine Herren mich nicht mißverstanden haben und mit Rücksicht auf das Gesagte ihre Berathungen nur auf die „Wahlordnung und die einschlägigen Paragraphen des Entwurfs beschränken, um dadurch in kurzem, vereint mit der Staatsregierung, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, auf welcher eine neue Wahl angeordnet und ein dem Volkswillen gemäßeres Organ ins Leben gerufen wird, welches die übrigen Theile des Verfassungsgesetzes zu

prüfen und mit der Staatsregierung festzustellen hat, wobei ich mich der Erwartung hingebe, daß sich eine innigere Vereinigung der jetzt noch so scharf geschiedenen Theile des Herzogthums Coburg-Gotha als nützlich für das Ganze darstellen werde."

Meine Rede, welche ein möglichst freier Ausdruck meiner Ueberzeugung sein sollte und daher sich nicht streng an die Schablone ähnlicher Enuntiationen hielt, war darauf berechnet die Versammlung von der Betretung eines falschen Weges abzuhalten. Die Zeit, in welcher die Notabeln des Landes zusammengekommen waren, zeigte bereits so starke Symptome einer allgemeinen Auflösung gesetzlicher Zustände, daß man befürchten mußte, die Kammer könnte sich zu einer Art von Miniatur-Constituante aufschwingen und alsdann jede friedliche und legale Herstellung einer neuen Verfassung sehr erschweren.

Indessen waren die Elemente, die sich zusammenfanden, von bester Art und ich darf wohl sagen, daß mein entgegenkommendes aber bestimmtes Auftreten auch die Radicalen darunter entwaffnet hatte. Die Versammlung gieng auf meine Wünsche ein und es wurde wirklich nur jener Theil des gesammten Entwurfs des Grundgesetzes in die Berathung gezogen, welcher sich auf das Wahlrecht und die Wahlordnung bezog. Die meisten Beschlüsse waren fast ganz conform den Regierungsanträgen gefaßt worden und so wurde die neue Landtagswahlordnung für das Herzogthum Gotha in vier Sitzungen festgestellt und angenommen.

Schon am 23. Juni konnte dieses kürzeste der vielen Vorparlamente des Jahres 1848 aufgelöst werden. Das neue Gesetz beruhte auf dem System allgemeiner aber indirecter Wahlen mit Ausschluß aller ständischen Gliederung und mit approximativer Zugrundelegung einer Zahl von 5000 Landeseingebornen auf einen Deputirten. Danach bestand der Landtag des Herzogthums aus 20 Mitgliedern. Schon am 28. Juni erfolgte die Publication des neuen Wahlgesetzes auf Grund dessen ein ordentlicher Landtag auf den 2. Oktober berufen wurde.

Es waren mancherlei unruhige und radicale Elemente in diese Kammer gewählt worden,. und die Regierung besaß in der Person des Staatsministers von Stein keine gerade sehr energische Vertretung. In Oesterreich und Preußen hatte man sich endlich aufgerafft dem anarchischen Treiben ein Ziel zu setzen, in den kleinen Staaten glaubte sich dagegen der revolutionäre Geist desto sicherer, und fieng daselbst an sich erst recht breit zu machen. Unter diesen Umständen zogen sich die Verhandlungen über die Verfassungsvorlagen ins endlose und die Deputirten waren schwierig zu behandeln.

Die Aufgaben, welche dem Landtage gestellt wurden, waren allerdings sehr

umfassender Natur. Bei der endgiltigen Feststellung des zur Berathung überreichten Verfassungsentwurfs mußten die Beschlüsse in Betracht gezogen werden, welche inzwischen von der deutschen Nationalversammlung in Betreff der Particularrechte der deutschen Staaten gefaßt worden waren. Vielfach legten dieselben dem Verfassungsrecht der einzelnen Länder größere Beschränkungen auf, als vorhergesehen worden war; in andern Punkten waren die Ausgleichsfragen zwischen dem Reiche und den Einzelnen, sowie auch zwischen den Staaten untereinander, eben noch in der Schwebe zu erhalten.

Auch abgesehen von diesen Schwierigkeiten hatte der Entwurf des gothaischen Grundgesetzes einen Umfang von über hundert Paragraphen, deren gewissenhafte Durchberathung auch in ruhigeren Zeiten viele Monate in Anspruch genommen hätte. Außerdem aber war es unaufschiebbar ein Gesetz über die Umwandlung der Guts- und Grundherrlichen Lasten zu Stande zu bringen, woran sich Entwürfe zur Aufhebung der Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, ingleichen eine sich hierauf beziehende Vollzugsverordnung anschlossen. Ferner sollte der Landtag eine Reform der Besteuerung durchberathen. In der allgemeinen Einkommensteuer hoffte die Regierung eines der Mittel zur Erleichterung des ärmeren Theils der Staatsangehörigen bei der Tragung der Staatslasten zu finden.

Endlich faßte ich eine neue Ordnung der Militärpflicht ins Auge. Man hoffte damals im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten und mit Vorbehalt der Genehmigung der Centralgewalt ein System der allgemeinen Volkswehr ins Leben führen zu können, welches durch möglichste Ausdehnung der Dienstverpflichtung die intensiven Lasten zu verringern und eine Verstärkung der Streitmacht ohne allzu große Steigerung der Geldopfer zu bewirken vermochte.

So groß sich auf diese Weise das Arbeitsprogramm für den neuen reformirten Landtag darstellte, so wenig konnte ich es indessen verschweigen, daß die Hauptaufgabe für denselben in der staatsrechtlichen Umgestaltung des Verhältnisses von Coburg und Gotha zu suchen wäre. Ich betonte deshalb auch in der Eröffnungsrede des Gothaer Landtages diesen Punkt mit derselben Schärfe, mit welcher ich auch in Coburg meine Anschauung über diesen Punkt ausgesprochen hatte.

„Allein die Ausführung — so schloß ich meine Worte — aller dieser Pläne, sowie überhaupt der gedeihliche Erfolg Meines der Wohlfahrt des hiesigen Landes so aufrichtig gewidmeten Bestrebens ist vorzugsweise bedingt durch eine Vereinigung des erstern mit dem Herzogthum Coburg in einer gemeinschaftlichen Verfassung."

„Schon bei Eröffnung des vorigen Landtages wies ich auf die Nützlichkeit einer solchen Maßregel hin, jetzt wo das Bedürfniß einer möglichst gleichartigen

Gesetzgebung und gemeinsamer staatlicher Einrichtungen in den deutschen Ländern immer klarer hervortritt, wo die Idee eines einigen Gesammtvaterlandes ihre praktische Förderung vorzugsweise auch in den kleineren Bestandtheilen desselben gebietet, jetzt wo diese Förderung möglicherweise als eine Bedingung des Fortbestehens dieser letzteren sich darstellt, jetzt erscheint jene Vereinigung in der That als eine unabweisbare Nothwendigkeit."

„Im Gefühle derselben habe ich den jetzt an Sie gelangenden Entwurf des Staatsgrundgesetzes auch dem am 22. des vorigen Monats in Coburg eröffneten Landtage als Grundlage einer politischen Gleichstellung beider Landestheile vorlegen lassen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie sowohl als die Stände zu Coburg die Nothwendigkeit einer solchen Gleichstellung und möglichster Gemeinsamkeit in den Verwaltungsorganen mit Mir erkennen und die Erreichung dieses Ziels auf dem von Mir eingeschlagenen Ihnen zu geigneter Zeit näher zu bezeichnenden Wege als einen Hauptgegenstand Ihrer Thätigkeit betrachten werden."

Es kann nicht meine Absicht sein, den Leser mit dem Detail der Landtagsverhandlungen hier zu ermüden, welche sich bis in den März des Jahres 1849 erstreckten. Daß in dem Staatsgrundgesetze, wie es von den Abgeordneten nun meiner Regierung vorgelegt wurde, eine Reihe von Bestimmungen vorhanden waren, welche die Signatur des Jahres 1848 unverkennbar an sich getragen haben, war keinen Augenblick zu verkennen. Aber die Zeit war schwerlich zu einem Verfassungsconflict in einem kleinen Land geeignet; die ungeeignete Formulirung mancher Verfassungsparagraphen war auch bis zu einem gewissen Grade der Nachgiebigkeit des Ministers Herrn von Stein zur Last zu legen.

Dem Landesfürsten blieb nach dieser Verfassung ein bloßes Suspensivveto den Beschlüssen der Kammer gegenüber vorbehalten. Steuerverwilligung und Verweigerung sollte das ausschließliche Recht der Stände sein. Noch härter traf den Landesherrn und die Rechte meines Hauses die Einziehung des Kammerguts in das Staatsvermögen.

Ich bestätigte dennoch dieses so vielfach veränderte Statut in der Voraussicht, daß die Stände selbst auf ganz legalem Wege die Remedur der Mängel finden werden. Was die Domänenfrage anbelangte, so war dieselbe mehr durch die Minister, als durch die Stände selbst in eine falsche Bahn gebracht worden. Von Seite meines Bruders und meiner beiden Oheime Leopold und Ferdinand war sogleich ein Protest gegen die die Regentenrechte beschränkenden Verfassungsbestimmungen erhoben worden und in der Domänenfrage verwahrten, mir persönlich gegenüber schon damals, förmlich aber auch noch in den späteren Jahren, sämmtliche Agnaten ihre Rechte gegenüber den Beschlüssen des Landtags.

Mein Bruder war in diesem Punkte entschlossen, nöthigenfalls den Rechts-

weg gegenüber den Bestimmungen der neuen Verfassung zu betreten, und war in seinen Correspondenzen auch gegen mich sehr heftig und bitter geworden, wodurch meine Lage nicht eben erleichtert worden ist.

Mit welcher Gewaltsamkeit man in der damaligen Zeit verwickelte Eigenthumsfragen lösen zu können meinte, wäre kaum zu beschreiben. Die Landtagsabgeordneten giengen von der Voraussetzung aus, daß alles fürstliche Vermögen, selbst Wohngebäude und Schlösser zu Staatsgut erklärt werden dürfen. Darunter befand sich vieles, was nachweislich aus dem Allodialbesitz meiner Mutter herstammte, und es wäre eine sehr mühevolle Arbeit gewesen, die verschiedenen Besitztitel actenmäßig zu eruiren. Dem gegenüber machte es sich die Revolutionszeit bequem, indem einfach Beschluß gefaßt wurde. Im § 14 der neuen Verfassung wurde wenigstens dem jedesmaligen Landesherrn die freie Benutzung einer Anzahl genannter Schlösser und Hofgebäude vorbehalten. Nur mit Mühe vermochte ich das Verfügungsrecht über das Hoftheater, welches ausschließlich eine fürstliche Schöpfung war, zu erreichen. Ich mußte zu diesem Ende andere Vortheile wie z. B. das Benutzungsrecht des Schlosses in Tenneberg u. a. m. opfern.

Im ganzen und großen hatte ich indessen doch die Genugthuung, daß das Staatsgrundgesetz als ein Werk anerkannt werden konnte, welches für die Dauer geschaffen war und nicht in nächster Zeit, wie mit sovielen anderen Verfassungen des Jahres 1848 geschehen ist, demnächst wieder umgestoßen zu werden brauchte. Dieses Resultat war aber nur dadurch erreicht worden, daß es mir selbst in den schlimmsten Monaten des Jahres 1848 an einer gewissen rein persönlichen Autorität niemals gefehlt hat, durch welche ich die gemäßigteren Elemente oben zu erhalten und die in den übrigen thüringischen Ländern nur zu sehr verbreiteten republikanischen und anarchischen Bestrebungen entschieden zurückzuweisen vermochte.

Meine Stellung in Coburg und Gotha blieb während des bösen Jahres stets so gesichert, daß ich unter Umständen selbst auf die allgemeineren Verhältnisse der sächsischen Herzogthümer mit einem gewissen Ansehn und Erfolg einwirken konnte. In dem östlichen Theile Thüringens war seit Anfangs Juli eine aus den sächsischen Fabrikbezirken sich fortpflanzende Bewegung entstanden, welcher die Regierungen in keiner Weise gewachsen waren. Insbesondere wurden in Altenburg durch die gefährliche Wirksamkeit einiger talentvoller, aber in ihren Mitteln eben nicht wählerischer Republikaner alle Verhältnisse verschoben. Die unbemittelten Massen waren durch die unhaltbarsten Versprechungen aufgeregt worden. In der Kammer hatte der Minister von Planitz die thörichtesten Anträge auf Geldbeschaffung zur Unterstützung brodloser Arbeiter nicht ferne zu halten vermocht.

Da die finanzielle Unmöglichkeit solcher Pläne keinem Zweifel unterlag, so stieg die künstlich erzeugte Aufregung der Bevölkerung immer mehr und mehr. Der Herzog und der gesammte Hof wurden beschuldigt, die volksfreundlichen Absichten der Radicalen zu verhindern, und es wurde behauptet, die reactionäre Partei wolle königlich sächsische Truppen herbeirufen, um die gerühmten Errungenschaften und Freiheiten des Volkes zu unterdrücken. Revolutionäre Banden umlagerten das Schloß, in welchem die gesammte herzogliche Familie gleichsam in einem Zustand der Gefangenschaft war. Man erzählte überall als ganz gewiß, daß der Herzog in diesen Tagen genöthigt würde abzudanken und die Republik in Altenburg alsdann proklamirt werden sollte.

Thatsächlich gährte und brauste es überall. Die demokratisch-republikanischen Vereine hatten durch ganz Thüringen eine große Verbreitung und standen in einer innigen Verbindung untereinander. In Jena war unter dem Vorsitz des communistisch gesinnten Dr. Lafaurie ein Centralverein gebildet worden, von welchem für die Beseitigung der thüringischen Herzogthümer ganz offen agitirt wurde. Mit den kleinen Fürsten dieser Länder hoffte man am schnellsten fertig werden zu können; nach ihrer Vertreibung beabsichtigte man eine vereinigte thüringische Republik zu gründen, welche gleichsam im Herzen Deutschlands befestigt, den Ausgangspunkt weiterer Eroberungen der Demokratie bilden sollte. Nicht zufällig waren zu derselben Zeit in den angrenzenden Fürstenthümern, in Gera und in Rudolstadt Unruhen ausgebrochen. An ersterem Orte war am 5. Juli überdies eine sehr bedenkliche Soldatenmeuterei vorgefallen. Aus Anlaß der Verlesung der Kriegsartikel revoltirten die Truppen in förmlichster Weise und die Herbeiziehung von sächsischem Militär war ganz unvermeidlich.

Alle diese inneren Unruhen hatten eine doppelte Bedeutung; sie waren für den Bestand der thüringischen Fürstenthümer an und für sich gefährlich, sie hatten aber auch im Hinblicke auf die allgemeinen politischen Tendenzen der Mediatisirung der Kleinstaaten einen tieferen Hintergrund. In der Frankfurter Nationalversammlung war die Frage an der Tagesordnung, ob nicht eine Vereinigung aller sächsischen Länder im Interesse Deutschlands anzustreben wäre. Ebenso ernstlich wurde die Zusammenfassung der thüringischen Staaten unter Weimarischer Herrschaft ins Auge gefaßt. Je unhaltbarer sich die kleineren Regierungen gegenüber den republikanischen Ausschreitungen erwiesen, um so mehr Grund hatte die Centralgewalt auf die Mediatisirung hinzudrängen, und es gehört mit zu den interessantesten Episoden des Jahres 1848, welche fast gänzlich in Vergessenheit gerathen sind, die Bestrebungen und Verhandlungen zu verfolgen, welche bald in Absicht auf die Gründung eines thüringischen Gesammtstaates, bald zum Zwecke der Vereinigung der herzoglich sächsischen Länder mit dem Königreiche Sachsen in Gang gekommen waren.

Für diese halben und ganzen Mediatisirungstendenzen waren Ereignisse, wie sie in Altenburg vorgekommen waren, fast erwünscht. Um mich über die in Weimar vorherrschende Stimmung zu orientiren, eilte ich selbst dahin und conferirte mit den dortigen Ministern. Man klagte sehr über die gefährlichen Zustände der thüringischen Staaten und glaubte zur eigenen Rettung des Großherzogthums die Idee des thüringischen Gesammtstaates keineswegs ganz von der Hand weisen zu können. Ueber den Stand der Dinge in Altenburg erzählte man geradezu unglaubliches und behauptete auf das bestimmteste, daß sich die herzogliche Familie in der äußersten Gefahr befände. Niemand könne auch nur einige Tage mehr für das Leben des unglücklichen Fürsten einstehen.

In der äußersten Unruhe, in welche mich diese Nachrichten versetzt hatten, beschloß ich sofort selbst nach Altenburg zu gehn. Von meinem Secretair, dem späteren Staatsrath Brückner begleitet, setzte ich mich wie ein gewöhnlicher Reisender in ein Eisenbahncoupé zweiter Klasse und kam so ziemlich unerkannt in Altenburg an. Mein Begleiter und ich giengen nun in ein nahe gelegenes Gasthaus, wo wir während des Essens gute Gelegenheit fanden, den Wirth darüber zu vernehmen, was in Altenburg geschehen sei und welches der Stand der Dinge hier wäre. Nicht ohne eine Art von tiefinnerster Ueberzeugung versicherte uns der Wirth, daß man in Altenburg am Vorabende der größten Ereignisse stände: es sei wahr und ganz richtig, der Herzog sei gefangen und von aller Welt abgeschnitten. Auf die Frage: von wem? antwortete der Mann mit dem Pathos eines Schulmeisters, welcher soeben die Schrecknisse der französischen Revolution und die Leiden der Gefangenen des Tempels geschildert hat: „Er befindet sich in der Gewalt der provisorischen Regierung und wird von der Bürgergarde bewacht.“ —

„Sollte es unmöglich sein, in das herzogliche Palais zu gelangen?“

„Ganz unmöglich“, antwortete ohne Zaudern der Wirth, und als ich immer neugieriger gemacht nunmehr nach dem Oberhofmarschall von Münchhausen fragte, da ich denselben zu besuchen die Absicht hätte, versicherte derselbe ebenso zuversichtlich, es werde gleichfalls ganz unmöglich sein, denn auch Herr von Münchhausen werde in seinem Hause bewacht.

Ich war von diesem allen so überrascht und aufgebracht, daß es mich unwillkürlich aneiferte, meine Absicht um jeden Preis durchzusetzen. Trotz Brückners Abrathen gieng ich zu dem Hause des Oberhofmarschalls, wo ein Bürgergardist von nicht allzu militärisch-imposantem Aussehn, wenn ich nicht irre mit einer alten Hellebarde bewaffnet, mir im Altenburger Dialekt ziemlich gutmüthig den Eintritt weigerte. Ich kann nicht mehr recht deutlich sagen, wie es eigentlich geschah, aber mit einer sanften Bewegung schob ich den Mann zur Seite und trat unbehindert in das Haus. Als ich nun vor Münchhausen erschienen war, zeigte

er sich auf das heftigste erschrocken und fragte ängstlich nach meinem Begehren und wie ich nur hieher käme.

„Ich wünsche weiter nichts, als daß Sie mich sofort zum Herzog bringen", war meine kurze Antwort, welche den Oberhofmarschall zu einer Flut von Ausflüchten und Schilderungen hinriß, aus denen im Grunde nichts zu entnehmen war, als daß hier am Orte alles vollständig den Kopf verloren hatte. Da Herr von Münchhausen sich weigerte, mit mir — wie er sich ausdrückte, in den sichern Tod zu gehn, so blieb mir nichts anderes übrig, als mein Glück allein zu versuchen.

Die Auffahrt zu dem hochgelegenen Schlosse von Altenburg war bei der nächsten Straßenecke durch eine Barrikade gesperrt und die Wache hatte Befehl, Niemanden aus und einzulassen. In dem Augenblicke, als ich anlangte, wollte es ein guter Zufall, daß ein Offizier von der Bürgergarde eben die Wache abzulösen kam. Ich wendete mich sofort an diesen und sagte ihm wer ich wäre und daß ich den Herzog zu sprechen hätte. Meine sehr freundlichen Worte und der ganz außerordentliche und in keiner Weise vorgesehene Fall, daß ein benachbarter Fürst ganz unerwartet sich zu einem Besuch des Herzogs einfand, mochten den biedern Altenburger Bürgersmann in seiner revolutionären Rolle sehr erschüttert haben. Dennoch glaubte ich eine List anwenden zu dürfen, um für alle Fälle die angebliche provisorische Regierung von schlechten Streichen abzuhalten. In der Voraussetzung, daß der Bürgergardeoffizier nicht säumen werde von allem, was vorgefallen und gesprochen worden war, seiner Behörde Meldung zu machen, bemerkte ich beiläufig, daß eine mobile Truppencolonne in der Nähe der Stadt wäre und daß dieselbe zuverlässig einrücken würde, wenn ich nicht bald zurückkehrte.

Nach allen diesen Unterhandlungen war ich endlich in das Schloß gelangt, und meinte über die größten Schwierigkeiten hinweg zu sein. Doch darin täuschte ich mich, denn die schlimmsten Erfahrungen hatte ich erst noch mit dem Herzog selbst zu machen. Der moralische Zustand, in welchem sich Joseph selbst, sowie seine schon damals sehr kränkliche Gemahlin und die unglücklichen Töchter befanden, läßt sich kaum beschreiben. Zwischen Unnachgiebigkeit und Hoffnungslosigkeit hin und herschwankend, schien es fürs erste fast unmöglich, eine ruhige Discussion mit dem Herzog zu führen. Es mußte einige Zeit verstreichen, ehe ich nur über die ganze Lage der Dinge ins Klare kommen konnte.

Unter den Beamten des Herzogs war insbesondere der Regierungspräsident Herr von Seckendorf der revolutionären Partei verhaßt. Er war zu allem mehr geeignet als zu einem Geschäftsmann. Unter dem Namen Isidorus Orientalis war er als schöngeistiger Schriftsteller bekannt und offenbar auch bei den Damen am Hofe gut angesehen. Der Herzog hatte dagegen eine geringe Stütze

an ihm, denn als die Tumulte ihren Anfang nahmen, hatte sich der Regierungspräsident in alle Winkel verkrochen und überließ die gesammten Angelegenheiten einem Volksmann, Dr. Cruciger, vor dessen volltönenden Redensarten und unverfrorenem Auftreten die gesammte Regierung die Segel gestrichen hatte. Der Herzog mußte sich schon nach den im Juni stattgefundenen Bewegungen entschließen, ihn zum dritten Minister zu ernennen und er wurde am 21. Juni als solcher verpflichtet.

Er war so zu sagen der Vertrauensmann der Volkspartei im Cabinet, aber der Herzog suchte ihn so viel wie möglich, von seiner Person fern zu halten. Als er indessen wenige Tage nach meiner Anwesenheit in Altenburg den Sturz seiner älteren Collegen erreicht und die Gewalt in seine Hände gebracht hatte, nahm er aus seinem reichen Repertoire die Rolle des Staatsmanns heraus, zeigte sich ziemlich gemäßigt und war später keineswegs einer der schlimmsten deutschen Minister.

Wie die Dinge standen, so war mir sofort klar, daß man den Volksmann vor allem kommen lassen mußte und daß der Herzog in nähere und bessere Beziehungen zu demselben treten sollte. Man konnte jedenfalls nur von Herrn Krutziger erfahren, was denn eigentlich „der Volkswille" wäre und was man mit den unbegreiflichen revolutionären Maßregeln eigentlich bezwecken wolle. Einen Vorschlag dieser Art wollte aber der Herzog um keinen Preis annehmen; in seiner ganzen Familie war der Gedanke, daß Herr Krutziger die Ehre eines Ministers genießen und an den Hof gezogen werden könnte, als der Gipfelpunkt alles erdenklichen Unglücks angesehen worden. Erst nach langem Zureden von meiner Seite, war endlich der Entschluß gefaßt worden, Cruciger herbeizurufen und mit ihm zu unterhandeln.

Anfangs wollte sich nun auch dieser nicht für seine Person zu einer Verhandlung bereit erklären und die Verantwortung auf sich nehmen. Er erschien endlich in Begleitung von Freunden und Vertretern republikanischer Vereine und es begann eine große Debatte, in welchen die Leute ihre Forderungen anfangs in sehr stürmischer, bald aber in bescheidenerer Form vortrugen, nachdem sie gesehen hatten, daß ich mich in keiner Weise einschüchtern ließ. Ich hatte zuweilen nach drastischen Auskunftsmitteln greifen müssen, um die Leute zur Vernunft zu bringen und stellte ihnen die Schrecken der Bundesexecution, von der sie ereilt werden würden, in allernächste Aussicht. Im Allgemeinen fand ich die Neigung der Herren nicht sehr groß, sich auf einen Kampf mit Feuergewehren einzulassen.

Mein Minister von Stein, der sich die Affaire vom Staatsrath Brückner wenige Tage später in Gotha erzählen ließ, schrieb mir nachher am 15. Juli charakteristisch genug für die Situation nach Coburg: „Die Relationen Brückners haben mich im höchsten Maße interessirt und gefreut. Hiernach haben Eurer

Hoheit den Cruciger ganz erobert und soll derselbe bei der Discussion wie ein Braten geschwitzt haben."

Die Vermittlung, die ich übernahm, machte es freilich nöthig, daß der Herzog, wenn auch mit schwerem Herzen eine Art von Capitulation unterschreiben mußte. Wenige Tage später nahm der Präsident von Seckendorf „zerrütteter Gesundheit halber" seine Entlassung.

Was die sachlichen Fragen anbelangte, so war in der Conferenz, welche der Herzog und ich mit den beiden Ministern von Planitz und Jese und später auch mit Cruciger abgehalten hatten, ein Protokoll festgestellt worden, zu Folge dessen die altenburgische Regierung auf alle Absichten verzichtete, zu Gunsten des Königs von Sachsen abzudanken. Sollten die Unruhen in Altenburg fortdauern, so übernahm ich es im agnatischen Interesse an die Bundescentralgewalt zu appelliren und die Execution zu verlangen. Dagegen sollte auch die von Weimar beantragte Bildung eines thüringischen Gesammtstaates nur insofern von der altenburgischen Regierung in Erwägung genommen werden, als man für einen engeren Verein der thüringischen Staaten in Betreff der Verwaltung unbeschadet der Rechte des Reichs und der Centralgewalt zu wirken sich allerseits für verpflichtet erachtete.

Die Hauptsache blieb doch, daß der Herzog aus einer sehr abscheulichen Lage befreit und der Bestand des Fürstenthums in Altenburg gesichert blieb. Die lokalen Verhältnisse besserten sich in den nächsten Wochen so, daß die constitutionellen Vereine wieder das Haupt erheben konnten. Der rasch emporgestiegene Löwe des Tages selbst, Herr Cruciger, fand es nachgerade für klüger, sich nach Deckung von rückwärts einigermaßen umzusehen. Als ich am Tage nach der großen Vermittlung durch die friedlich wieder geöffneten Thore des Altenburger Schlosses auf den Bahnhof fuhr, war die ganze Bevölkerung auf den Beinen. Herr Cruciger, zwar noch im Costume des Volksmanns, hielt die verbindlichsten Anreden und machte mir, wenn auch nicht mit weißer Cravatte, doch trotz einem gewiegten Hofbeamten die Honneurs bei meiner Abfahrt.

Wenn indessen auch in den thüringischen Ländern die republikanischen Elemente wenig Aussicht hatten die Oberhand zu gewinnen, so machte ein wüstes Treiben der Parteien, wie ich es eben in Altenburg erlebt hatte, doch nach außen hin einen sehr erschreckenden Eindruck. Die Reichsregierung in Frankfurt faßte daher den Plan ins Auge durch Bundestruppen die Ruhe und Sicherheit in den kleineren Staaten zu erhalten. Das Kriegsministerium befahl die Mobilmachung von zwei oder drei Armeecorps, wovon eins auch in die thürin=

gischen Länder verlegt werden sollte. Es war schwer zu glauben, daß hiebei nicht gewisse Hintergedanken im Spiele gewesen sein sollten, welche mit den Mediatisirungstendenzen der Paulskirche im Zusammenhange waren. Eine wirkliche Gefahr für die Ordnung in den thüringischen Staaten lag meiner Meinung nach nicht vor.

In den überall auftauchenden republikanischen Conventikeln fehlte es an jeder Thatkraft und einiger Muth von Seite der kleinen Regierungen hätte sich überall ausreichend erweisen müssen, um dem thörichten Treiben die Spitze abzubrechen. Im wesentlichen waren es nur die blutigen Redensarten der Führer und die aufreizenden Artikel der radikalen Blätter, welche diesen Ländern den Anschein gaben, als befänden sie sich in voller Revolution.

Man macht sich allerdings schwer eine Vorstellung, in welchem Maße die gesammte Presse in Deutschland das erlaubte Maß der freien Discussion über die zu erreichende Staatsform damals überall überschritten hatte und wie gänzlich jede Justiz in Preßsachen aus der Welt verschwunden war. Dazu kam, daß sich alle Parteien durch gewaltsame und aufregende Behauptungen und Phrasen gleichsam zu übertreffen suchten; es war wie wenn die politische Desorganisation auch eine gänzliche Verwilderung des Geschmacks und guter Bildung mit sich bringen sollte.

Man vermochte kaum eine Zeitung zur Hand zu nehmen, ohne dem blühendsten Unsinn in der Farbe jeglicher Parteischattirung zu begegnen. In dieser Beziehung glichen sich fast ausnahmslos die Journale aller Richtungen. Ich las einmal in der sonst gut redigirten und in der Hauptsache auch wohlgesinnten Coburger Zeitung, welche gleichfalls durch die Märztage an das Licht der Welt getreten war, den köstlichen gegen die Octoberrevolutionen gerichteten Satz: „Schmach und Schande den Feinden des Vaterlandes, die eine Saat von Fürstenzähnen in die aufgerissenen Aecker der Zeit streuen wollen ohne zu bedenken, daß diese Kadmussaat sich selbst erwürgende Despoten erzeugen muß“. Die republikanischen Winkelblätter vollends waren von einer Sorte ungebildeter Menschen redigirt, welche in plumper Sprache und in rohester Gesinnung täglich die wahnsinnigsten Aufforderungen und Aufreizungen zum Bürgerkriege zum besten gaben.

Daß die Regierungen dieser traurigen Erscheinungen nicht Herren zu werden vermochten, war eine Thatsache, welche jedoch keineswegs auf die kleinen Staaten beschränkt blieb. In den letzteren aber sollte daraus die Folgerung fließen, daß dieselben lebensunfähig seien und wie in Frankfurt, so erörterte man auch in den ernstesten Kreisen meiner thüringischen Heimath die Frage ihrer Auflösung. Ueber die Art und Weise, wie jedoch die Kleinstaaten in die Größern „aufgehn“ sollten, herrschten begreiflicher Weise die verschiedensten Meinungen.

Historische Reminiscenzen aus den ältesten Jahrhunderten wurden hervorgesucht, um einen falschen Einheitstrieb zu documentiren. Bald sollte die Stammesgemeinschaft der Thüringer, bald der Begriff des alten Sachsens der Ottonischen Kaiserzeiten, bald wieder die dynastische Zusammengehörigkeit des wettinischen Gesammthauses zur Grundlage neuer Formationen dienen.

Meinen Standpunkt in dieser Sache habe ich meinem Bruder am 19. Juli ausführlich dargelegt und durch alle Wirren hindurch in gleicher Weise festgehalten. Eben in jenem Momente handelte es sich in erster Linie um die Weimarischen Anträge, gegen welche meine Einwendungen gerichtet waren und die nicht ohne historisches Interesse sein dürften:

„Auch in unserer nächsten Nähe gehen Dinge vor, die mich sehr beunruhigen und denen entgegen ich mit aller Kraft zu operiren suche. Weimar .... ist mit seiner Farbe deutlich herausgegangen und hält, den monströsen Zustand in Altenburg vorschützend, die Vereinigung der Thüringischen Vereinsstaaten, nämlich des Großherzogthums und der drei Herzogthümer Sachsens, aller Reuß und der beiden Schwarzburg zu einem ganzen ..... als unumgänglich nothwendig, erstens für Deutschlands Einheit, und dann besonders für die Wohlfahrt der betreffenden Länder. Beide Gründe beruhen auf falschen Praemissen ...."

„Ich will hier die Sache selbst nicht bekämpfen, indem es ja augenfällig für Deutschland einerlei ist, wenn im Ganzen noch Souveränetäten bestehen sollen, ob es Staaten in sich schließt, die ein- oder fünfhunderttausend Seelen zählen; die einzelnen kleinen Staaten würden mit mehr Vortheil und Lust in Deutschland, als Großes Ganzes, als in Weimar aufgehen. .... Eine Menge Gegengründe könnte ich noch weiter anführen, ich halte sie aber für unnöthig, ..."

„... Dies wäre .... leicht zur That geworden, indem der Herzog von Altenburg nicht mehr regieren kann, nach Allem, was bei ihm vorging und vorgeht und für seine Person sobald als möglich sich zurückzuziehen gesonnen ist. Er hat sogar mit dem König von Sachsen unterhandelt, um sein Land diesem Staate anzuschließen."

„Zweitens hat Weimar mit den Reuß, gleichfalls mit der Rudolstädter Regierung ähnliche Verhandlungen gepflogen und viel Bereitwilligkeit gefunden; so sagen es die Weimarischen Minister; wegen Altenburg habe ich an Ort und Stelle die Akten selbst eingesehen."

„Drittens hat Weimar an dem Delegirten Wydenbrugk in Frankfurt einen eifrigen Verfechter seiner Pläne, und leider wird die Sache nächstens vor das Parlament kommen, was höchst günstig ist, da ... die Ansicht verbreitet ..., als ob unsere Herzogthümer dem Vereinigungsplan geneigt seien. Alles dies gebot ein rasches kräftiges Einschreiten, ich eilte zuerst nach Weimar und .... nach Altenburg. Meine Ueberrumpelung hatte die besten Folgen. Man be-

richtete mir ausführlich und ich brachte es sogar dahin, daß Altenburg mich zum Vermittler wählte, sowohl für die Vereinigungspläne als auch für die eigenen Angelegenheiten. Letztere betrieb ich sofort an Ort und Stelle, suchte ein neues Ministerium zu bilden und unterhandelte persönlich mit dem Republikanerclub, der Altenburg regiert. Neun Stunden schlug ich mich mit den „Jacobinern" herum, blieb aber Sieger. . . . ."

„Eine kleine Vermittlung gelang mir und wenigstens glaube ich, daß für ein paar Wochen die Maschine dort weiter gehen könne. Den Herzog mußte ich wie einen Kranken behandeln, ... und daher ist mir der Zustand erklärlicher geworden. Mit heißen Thränen wurde ich von den armen Leuten entlassen und konnte selbst mich nicht der Wehmuth enthalten, da ich sah, wie wir dem Untergang entgegengehen! Auf den 22. ist es mir gelungen Weimar, Altenburg, Meiningen, die Reuß und die Rudolstädter zu vermögen, Abgeordnete nach Gotha zu einer Hauptconferenz zu senden, der ich selbst vorsitzen werde. Die Hauptschlacht muß dann geliefert werden. Stockmar ist ganz meiner Ansicht, daß man nämlich der Constituirung nicht vorgreifen dürfe, sich aber in das fügen müsse, was die Majorität und der Reichsverweser beschließen werden."*)

In der That trat am 22. Juli die Conferenz in Gotha zusammen. In derselben wurde die Frage der Vereinigung der sämmtlichen thüringischen Staaten sehr lebhaft erörtert, aber was der weimarische Minister Herr von Watzdorf von allen Seiten hören konnte, mochte für seine Pläne wenig tröstlich sein. Die Gegner des Weimarischen Projectes hatten in ganz correcter Weise ihren Standpunkt dahin präcisirt, daß eine Reihe von Reformen in der Justiz und

*) In den früheren Auflagen enthält der an meinen Bruder gerichtete Brief neben den thatsächlichen Mittheilungen eine Anzahl von Urtheilen über das Vorgehen der Weimarischen Regierung in der thüringischen Vereinigungsfrage während des Revolutionsjahrs. Ich sah hierin nichts, als einen historischen Beleg für meine damalige Auffassung und mein damaliges Verhalten in dieser Angelegenheit. Die bezüglichen Stellen mochten aber das Mißverständniß zulassen, als wollte ich meine damalige Auffassung dem Leser für dessen eigenes Urtheil auch heute als maßgebend aufdrängen. Ich lasse daher in Folge mehrerer an meine Regierung gerichteter Zuschriften der großherzogl. Sachsen-Weimarischen Regierung d. d. 6. Febr., 22. Febr. und 24. März 1888 aus dem voranstehenden Briefe alles weg, was nicht thatsächlicher Natur ist. Indem ich aber nun dem Leser den Beweis schulde, daß meine Mittheilungen aus dem Juli 1848 an meinen Bruder über die thüringischen Angelegenheiten durchaus auf den aktenmäßig erlangten Informationen beruhten, so theile ich jetzt, da die Aufnahme der Aktenstücke in den Text nicht im ursprünglichen Plane gelegen hatte, das Protokoll über die Verhandlung mit dem Herzog von Altenburg und seinen Ministern, sowie das Schreiben des Weimarischen Ministers von Watzdorf vom 8. Juli 1848 in den Beilagen dieses Bandes mit.

Verwaltung durch engeres Zusammenwirken der Regierungen ermöglicht werden könne, ohne daß eine Vereinigung zu einem thüringischen Gesammtstaate in monarchischer Beziehung als erstrebenswerth anerkannt worden wäre.

In Bezug auf eine gewisse Gemeinsamkeit der Institutionen war ohnehin schon der Anfang gemacht worden. In Jena hatte der Oberkirchenrath Schwarz auf einer Versammlung der thüringischen Geistlichkeit schon 14 Tage vorher eine einheitliche Kirchenverfassung in Anregung gebracht. Von meiner Seite lag gegen die organische Verbindung der Kirche in Thüringen um so weniger ein Hinderniß vor, als ich in Gotha schon nach dem Entwurfe der den Ständen vorzulegenden Verfassungsurkunde §. 43 auf die Rechte als oberster Bischof des Landes zu verzichten im Begriffe stand.

In ähnlicher Weise konnte noch eine Reihe von gemeinsamen Instituten in den thüringischen Ländern geschaffen werden, und man mußte sich vielmehr wundern, daß sie nicht schon früher und in weniger bewegten Zeiten als ein starkes Bedürfniß erschienen waren. Von meinem Minister von Stein darf ich sagen, daß er sich auch allen solchen praktischen Vereinigungsfragen gegenüber sehr entgegenkommend verhielt, und auch später noch, wie sich zeigen wird in dieser Richtung wirkte. Dagegen trat er ebenso bestimmt, wie ich selbst, den Anträgen der Weimarischen Regierung entgegen.

Acht Tage nach der erwähnten Ministerconferenz hielten die constitutionellen Vereine Thüringens gleichfalls in Gotha einen Delegirtentag ab, wobei sich zeigte, daß auch in diesen Kreisen das Weimarische Gesammtstaatsprojekt keine Anhänger von großer Zahl hatte. Trotz aller rednerischer Anstrengungen wurde kein der Weimarischen Sache genügend günstiger Beschluß zu Stande gebracht. Die gewöhnlichen Resolutionen über die constitutionelle Monarchie mit demokratischen Grundlagen mußten über die wirklichen Schwierigkeiten hinweghelfen oder täuschen, in Wahrheit waren die Vertreter der constitutionellen Vereine mehr geneigt die Constituirung Deutschlands von Frankfurt zu erwarten, als die Ordnung der heimathlichen Zustände in Weimar zu suchen. Denn dort war man selbst in Betreff der eigensten Angelegenheiten weit hinter der Entwickelung der anderen Landesverfassungen zurückgeblieben. Bei den Stadtverordnetenversammlungen war die Oeffentlichkeit noch nicht durchgesetzt worden und die dem Landtag zu machenden Vorlagen zu Reformen des Gerichtswesens und der Verwaltung standen zunächst noch aus.

Die republikanische Partei in Thüringen durfte demnach hoffen, daß durch eine Mediatisirung der kleinen Staaten im Grunde genommen ihre Geschäfte besorgt worden wären. Da sich jedoch diese Aussichten sehr bald trübten, so fingen die sogenannten Volksvereine im September an auf ihre eigene Faust die Revolution vorzubereiten und die Masse der Bevölkerung zu unterwühlen.

Hiezu gaben Schwäche und Muthlosigkeit der Regierenden überall und jederzeit Gelegenheit. So ereignete sich in den letzten Tagen des Juli in Schleiz ein wahrhaft trauriger Vorfall, indem eine Deputation von radicalen Vereinen dem Fürsten eine Petition vortrug, welche diesen so sehr verletzte, daß er sich zu einigen harten Worten gegen die Führer bestimmen ließ. Sofort wurde eine Volksversammlung abgehalten, man sandte eine große und drohende Deputation zum Fürsten, verlangte Genugthuung und erreichte es wirklich, daß nicht nur alles früher Abgeschlagene gewährt, sondern auch eine schriftliche Ehrenerklärung von dem Fürsten gegeben worden war.

Die ernsteste Gefahr kam übrigens nicht aus den fürstlichen Residenzen, sondern aus der Festung Erfurt, wo inmitten der preußischen Truppenmacht sich ein wirkliches Revolutionscomité eingenistet hatte, welches systematisch die Republikanisirung Thüringens betrieb. An der Spitze dieser Bewegung stand Berlepsch, der es denn auch endlich zu blutigen Kämpfen in Erfurt brachte.

Von den thüringischen Waldorten sollte der republikanische Aufstand soutenirt werden, nachdem man sich der Festung bemächtigen wollte. Im Gothaischen war es insbesondere im Amt Georgenthal dem Revolutionscomité gelungen, Propaganda zu machen. Da das Ministerium genaue Nachrichten von den Vorbereitungen hatte, welche die Republikaner getroffen hatten, um an einem bestimmten Tage loszuschlagen, so hatte ich vier Compagnien in Gotha consignirt, um sofort einschreiten zu können.

Während ich mich selbst in Reinhardsbrunn befand, wurde ich wenige Tage vor dem Ausbruch der Erfurter Revolution Nachts geweckt. Man machte die Meldung, daß in Finsterbergen der Rendezvousplatz wäre, wo sich die Aufständischen versammeln wollten. Ich schickte sofort nach Gotha, befahl, daß zwei Compagnien ausrücken sollten, und daß man die Truppen auf rasch zu requirirenden Wagen befördern solle, um gegen 7 Uhr des Morgens vor dem drei Meilen entfernten Orte eine Stellung einzunehmen. Ich selbst begab mich zu Pferde nach Finsterbergen und fand, da meine Befehle pünktlich ausgeführt worden waren, die Truppen auf dem Platze. Ich ließ ohne großes Aufsehen die Zugänge zu dem hochgelegenen Orte besetzen und ritt in Begleitung eines Adjutanten in den Ort hinein. Es waren Barrikaden aufgeführt worden, welche von einer großen Zahl von aufgeregten Holzarbeitern und vielem fremden Volke besetzt waren. Auf meine energische Ansprache wurde die nächste Barrikade soweit geräumt, daß ich bis zu dem Gemeindehause gelangen konnte, wo sich der Bürgermeister und eine Anzahl von gutgesinnten Leuten zusammenfanden, welche über mein Erscheinen außerordentlich erfreut waren und wieder Muth und Fassung erhielten.

Ich erklärte kurz, daß ich die Auslieferung der Rädelsführer verlangte,

und ihre Festnahme eventuell mit Gewalt ins Werk setzen lassen werde. Aber wie zu erwarten, erklärten sich die Gemeindevorsteher und Beamten außer Stande mein Verlangen zu erfüllen, und in der That war dasselbe bei der Masse des zusammengeströmten Gesindels kaum ausführbar. So ließ ich den Truppen den Befehl zukommen, einzurücken und nach wenigen Augenblicken hatten sich die Tumultuanten von den Barrikaden zurückgezogen. Ungehindert marschirten die beiden Compagnien vor dem Gemeindehause auf und ich nahm ungefähr 20—30 Personen gefangen. Sie wurden auf Wagen gebunden, nach Gotha geführt und dem Gerichte übergeben, welches die Meisten ernstlich aburtheilte.

Mit dem Mißlingen des Aufruhrs in Finsterbergen war die Stimmung im ganzen Walde sofort umgeschlagen. Eine große Volksversammlung, welche Berlepsch nach Ohrdruff vor die Stadt ausgeschrieben hatte, endete höchst kläglich. Er erschien dort selbst bewaffnet und mit rother Fahne, und es hieß, daß er die Republik proklamiren wolle, aber eine große Anzahl Holzhauer, welche gouvernemental gesinnt waren, hatten sich verabredet thätlich einzugreifen, wenn die verkündete Absicht ausgeführt werden sollte. Da die Revolutionäre von der Gegenströmung Kunde hatten, so zogen sie es vor alle Provocationen zu vermeiden und räumten das Feld.

Für die Mediatisirungstendenzen war aus den Ereignissen in Coburg und Gotha kaum Capital zu schlagen. Dennoch habe ich keinen Augenblick daran gezweifelt, daß Umstände eintreten konnten, wo im Interesse des gesammten deutschen Vaterlandes eine weitgehendere Verzichtleistung auf Souveränetätsrechte am Platze sein mußte. Ja ich darf sagen, daß ich dieser Eventualität furchtlos ins Auge gesehen habe. Mein Bruder und mein Oheim waren in letzterer Beziehung allerdings nicht in allen Punkten mit meiner Anschauung einverstanden, dachten vielmehr weit conservativer in Bezug auf die Souveränetätsrechte unserer Familie; indessen war der Prinz in Bezug auf die allgemeinen deutschen Fragen so durchaus patriotisch gesinnt, daß auch er keinen Augenblick angestanden hätte, den Schein einer Macht fallen zu lassen, welche im weiten deutschen Reich keinen Raum haben mochte, wenn es vollständig und wahrhaft geeinigt worden wäre.

„Das thüringische Königreich — so antwortete mein Bruder auf meinen Brief vom 19. Juli — würde die deutsche Confusion noch confuser machen und Weimar hat gar keine prétensions es zu seinem Eigenthum zu erklären. Ich glaube indessen nicht, daß die Idee von dem Weimarischen Hofe ausgeht. Die thüringische Idee ist eine alte — von der Jenaer Burschenschaft, wie überhaupt die meisten der jetzigen Gedanken, soweit sie nicht französischen Ursprungs,

die Ergebnisse früherer Studententräume sind. Meyer kannte die meisten der Frankfurter Helden von der Universität her und findet ihre Ansichten alle wieder. An der Ausbildung der thüringischen Idee hat er vor 20 Jahren selbst in Jena theilgenommen. Dieser Umstand verdient Beachtung, weil er eine Menge Anhänger der Idee, von denen man nichts weiß, ahnen läßt. Uebrigens wäre ein stehendes Mittel vereinigt handeln zu können für die sächsischen Häuser und Lande von großem Werthe. Letzteres wäre der fruchtbare Theil des Planes und sollte darum cultivirt werden. Dasselbe scheint auch dein Gefühl gewesen zu sein, als du den Congreß nach Gotha beriefest. Die Hauptsache wird sein, die praktischen Vortheile herauszuheben und der poetischen Idee entgegenzustellen, z. B. alle drei Jahre das Zusammenkommen von einem Ausschusse der Deputirten der verschiedenen Länder zur Vereinbarung über tausenderlei Interessen wäre höchst wohlthätig."

In diesem Sinne war mein Bruder auch mit den Resultaten der Gothaischen Conferenz sehr einverstanden und schrieb hierüber am 9. August: „die Punkte, die besprochen wurden, sind alle praktisch und man erstaunt nur, daß es der Revolutionen des Jahres 1848 erst bedurfte, um eine so offenbar nothwendige Verständigung herbeizuführen. Die Regierungen und die Büreaukraten haben wirklich viel zu verantworten."

War die Angelegenheit der thüringischen Ländervereinigung so von meinem Bruder im objektivsten Sinne aufgefaßt und beurtheilt worden, so gehört ein von meinem Oheim am 16. October 1848 über die Mediatisirungsfrage der kleinen Staaten geschriebener Brief unzweifelhaft zu den hervorragenden staatsmännischen Schriftstücken jener Zeit, welches ich gern vor der Vergessenheit geschützt sehen will:

Laeken, 16. Oktober 1848.

.... Nun komme ich zu dem Hauptpunkte, der mich veranlaßt, dir meinen getreuen Liebmann zuzusenden. Dr. Meyer kam am 14. Abends von Frankfurt und berichtete mir, wie die Anstrengungen dahin giengen, die kleinen Fürsten freiwillig abdiciren zu machen, und daß Carl Leiningen vorzüglich diese Sache betreibt. Meyer sagt, daß er dich kürzlich gesehen und daß er dir seine Meinung in Betreff der Stellung mitgetheilt habe, die er für die passendste halte, die gegenüber den constituirenden Ständen (in Gotha) genommen werden könnte. Was er mir hierüber sagte, erschien mir gut. Diese constituirenden Stände sind eine große Gefahr für dich, und eigentlich, da zugleich die Nationalversammlung in Frankfurt tagt, begreife ich ihren Zweck nicht. Auf alle Fälle solltest du dich anstrengen, um auf einem recht freundlichen Fuß mit ihnen zu bleiben und

ihnen vorstellen, was sie, sollten sie Bestandtheile eines größeren Staates werden, alles verlieren müßten."

„Nächstdem mußt du ihnen erklären, daß du alles anwenden würdest, um zur Einigkeit und respective Einheit Deutschlands beizutragen. Bereits vor der Revolution vom Februar war die Idee, das Militärwesen zur Bundessache zu machen, ausgesprochen worden. Manche andere Concessionen können in diesem Sinne gemacht werden. In einer Sache sei aber unerschütterlich: nicht für die Hausdomänen eine Civilliste anzunehmen! So wie die Sachen stehen, wäre dies das größte Unglück, was dir widerfahren könnte. Dies brauche ich dir nicht zu entwickeln."

„Nun zum zweiten Theil. Die wirklichen Unitarier hatten die Idee, daß Preußen in Deutschland aufgehen sollte, daß es an die Spitze des deutschen Gemeinwesens gestellt werden sollte und daß die übrigen Staaten dem Beispiele des in Deutschland aufgehenden Preußens zu folgen hätten. Dies war Stockmars Idee. So hart mir diese Idee auch erscheinen möge, so ist doch nicht zu leugnen, daß wenn die Unität strenger zu nehmen ist, sie sich ungefähr so ausnehmen muß. Durch die Complicationen in Preußen selbst gieng nun dieser erste Plan nicht durch und es erschienen mehrere neue Pläne, die du kennst. Der allerneueste, von dem ich schon von Meyer gehört hatte, ist nun, daß man die Staaten überreden will, selbst ihre Existenz aufzugeben, die scheinbar keine hinlängliche Lebenskraft besitzen, um sich selbst zu erhalten."

„Hiezu rechnet man 1. Baden, 2. Kurhessen, 3. Nassau, 4. Hohenzollern, 5. Altenburg, Meiningen u. s. w.; man wünscht es eben auf alle Kleinen auszudehnen, und sie sollen ihre Souveränetätsstellung auf eigenen Antrieb niederlegen. Ueber das Resultat, welches daraus gezogen werden soll, höre ich zwei Versionen. Die erste ist, daß man daraus als zukünftigen Kern das erste reichsunmittelbare Land zu creiren habe. Preußen, welches im September noch etwas lebendigeren Antheil an den Sachen nahm, merkte aber, wo das hinaus sollte und war sehr dagegen."

„Die zweite Version ist die, daß die sich selbst zu regieren unfähigen, kleinen Staaten an die größeren abgegeben werden sollen."

„Soll in Rücksicht auf den Wunsch einer allgemeinen Unität den einzelnen Staaten ein vollständiges Ende gemacht werden, so begreife ich, daß die kleinen Staaten sich der Sache unterwerfen; sollten jedoch die kleinen Staaten an die größeren abgegeben werden, so hindert dies offenbar die deutsche Einheit noch mehr, weil es den Particularismus der Königreiche noch stärkt und die Einigung hiedurch noch schwieriger wird. Zu einem solchen Zustande durch freiwillige Abdication beizutragen, welche der Einheit doch nicht zu Gute käme, wäre die Handlung eines schlechten Patrioten und noch obendrein eine wahrhaft

einfältige Selbstentleibung. Den Rechtszustand muß man niemals selbst aufgeben, denn dann ist er für immer verloren; Gewalt ist nicht Recht, sie mag sich gebärden wie sie will. Solch eine Selbstabdication kannst du überdies auch nicht ohne Zuziehung der Agnaten vornehmen, sowie ich selbst gegenüber von den constitutionellen Ständen rathen würde, dich hinter die Agnaten zu verschanzen. Die Agnaten sind collectiv, was immer ein Vortheil ist, sie haben unbezweifelte Rechte, die man ihnen nicht so abnehmen kann ohne sie zu consultiren, wozu auch du in deiner Stellung auf keine Weise berechtigt bist. Der nächste Agnat ist in England in ganz guter Stellung, der andere bedeutendste hier mit dem Schlüssel zu Deutschland in seinen Händen, was auch einige Berücksichtigung verdient."

„Nun kommt noch die historische Stellung dazu. Fast alle die größeren Staaten und mehrere der Kleineren sind ein Mosaik verschiedener Territorien. Dies gilt von Baden, Nassau, Würtemberg, Baiern und Preußen. Sachsen allein besitzt in beiden Linien nichts, was das Haus nicht seit Jahrhunderten besessen hätte. Beide Linien sind sogar um einen Theil ihrer alten und zum Theil wirklichen Familienbesitzungen gebracht worden. Die Verluste der älteren Linie, die für die damalige Reformation die Kastanien aus dem Feuer zog, sind seit 300 Jahren bedeutend genug gewesen. Von dieser älteren Linie sind nun denn doch nicht unbedeutende Zweige in Europa gerade solche, welche dem constitutionellen Wesen glänzende Dienste geleistet haben!"

„Ich resumire: In den ständischen Verhandlungen viel Freundlichkeit und Geneigtheit zur Verständigung beizutragen, auch Opfer zu bringen, aber keine Annahme einer Civilliste, die immer den Fürsten zu einer Art Staatsbettler macht. Gegenüber vom Reich: Aufgeben aller Souveränetätsmomente, welche dem Gesammtreiche zu Gute kommen können. Will das Reich das Verschwinden aller Separatstaaten: herzliches und patriotisches Zu- und Beistimmen zu solch einem Schritt. Handelt es sich jedoch nur um Separatspoliation und Selbstmord, alsdann höfliches Hinweisen auf allgemeines Recht, le droit commun und auf internationales Recht und in keinem Falle selbst abdiciren! —..."

Der Brief meines Oheims, welcher seiner ganzen Fassung und Stilisirung nach die Eile des Augenblicks nicht verkennen läßt, war in der Voraussetzung geschrieben, daß ich den Strömungen der Zeit allzusehr nachzugeben geneigt wäre, was nicht ganz zutreffend genannt werden konnte. Betrachtet man aber seine Darstellung der allgemeinen Lage, so wird man demselben eine tiefe politische Erkenntniß der Situation nachrühmen müssen. Wie ich mich zu seiner Auffassung stellte, geht am besten aus einem Schreiben von mir hervor, welches Mittheilung von den preußischen Vorschlägen zur Einsetzung eines Fürstenrathes

machte, wovon später in größerem Zusammenhange zu sprechen sein wird. Hier will ich nur das hervorheben, was ich als Antwort auf die Befürchtungen des Königs speciell bemerken wollte:

„. . . . der Weg ist nun gebahnt zu einer theilweisen Ausführung der preußischen Vorschläge . . . . Hiermit hoffe ich auch die unselige Verschmelzung der kleinen Staaten zu einem thüringischen Königreich, an dessen Spitze Weimar stehen wollte, ganz unmöglich gemacht zu haben. Läge mir nicht am Allgemeinwohl und wäre ich nicht Feind aller revolutionären Bestrebungen, so wäre es mir ein leichtes gewesen, mich an die Spitze einer noch viel größeren Vereinigung zu stellen.

Es klingt wie Dünkel, aber — leider — möchte ich sagen, genieße ich in dieser Zeit einen Einfluß und Popularität in diesem Theile von Deutschland, wie ich es mir nie geträumt hätte. Unbewußt und ohne daß ich es nur im geringsten gesucht hätte, bin ich zu der zweifelhaften Ehre eines „Volksmannes“ gekommen und so unbequem und kitzlich die Stellung auch ist, so habe ich doch die Macht, der deutschen Sache großen Vorschub zu leisten, um mit Hintansetzung meiner eigenen Interessen dem ganzen zu dienen. Verschiedenen Herrn Vettern habe ich dadurch schon manchen Dienst geleistet, nichtsdesto weniger sind sie sehr eifersüchtig auf die Stellung, die ich einnehme.“

Wer übrigens die Verhältnisse aus eigener Anschauung kannte und keinen leeren Theorien nachhing, dem konnte auch in diesen Zeiten nicht entgehn, wie der kleinstaatliche Geist in den breitesten Massen des Volkes viel tiefer saß, als man in Frankfurt glauben machen wollte. Der größte Theil der Thüringer wollte von allen Verschmelzungsideen überhaupt sehr wenig wissen, und auch der Mediatisirungsgedanke hätte, wenn er Gestalt angenommen, das deutsche Einheitswerk gewiß nicht gefördert. Merkwürdigerweise gehörte mein eigener Vetter Leiningen mit zu den hervorragendsten Persönlichkeiten, welche in Frankfurt die Kleinstaaten beseitigt wissen wollten. Er hatte als Präsident des Reichsministeriums diesen Gedanken recht eigentlich auf die Bahn gebracht, und lag mir auch persönlich fortwährend in den Ohren, daß ich diese Richtung vertreten sollte. Dem gegenüber dürfte es am Platze sein, eine Adresse des Gothaischen Landtags nicht in Vergessenheit kommen zu lassen, welche dieses Thema in erschöpfendster Weise behandelte. Sie war von Männern verfaßt worden, welche auf Grund von ausgedehntesten Wahlen das Land vertraten, und in allen innern Angelegenheiten nicht genug liberale und demokratische Garantien verlangen zu können meinten. Dieselben richteten am 10. November 1848 die folgende lesenswerthe Zuschrift an die Frankfurter Nationalversammlung:

„Von den Bewohnern des Herzogthums Sachsen Gotha sind wir im Wege unbeschränkter Wahl dazu berufen worden, eine den jetzigen Bedürfnissen des Landes entsprechende, von unserm freisinnigen Herzog entworfene Verfassung zu berathen und festzustellen, sowie die hiernach unseren Mitbürgern in ihrer Gesammtheit zustehenden Rechte auszuüben. Von geringem Umfange ist das Land, auf welches sich unser Beruf beschränkt, das Herzogthum Gotha zählt etwa 105 000 Einwohner, aber der Gothaner hat zu seinem engern Vaterlande — dem thüringischen Hochgebirge und dessen nächster Umgebung nach Norden hin — eine innige Anhänglichkeit, er verehrt eine lange Reihe edler Fürsten, die Landgrafen von Thüringen und die Herzöge von Sachsen als die seinigen, er liebt die Stadt Gotha, als den Wohnsitz hochverdienter deutscher Männer, als den fürstlichen Stammsitz, von wo aus Herzog Ernst der Fromme, der Stammvater des Gesammthauses Gotha über das Herzogthum regierte, als dasselbe noch Meiningen, Hildburghausen, Coburg-Saalfeld und Altenburg mit umfaßte. Seit 6 Wochen sind wir hier zusammen, um diesem Lande Freiheit und Ordnung nach den Anforderungen der Neuzeit zu sichern und drückende Lasten des Mittelalters theils zu beseitigen, theils zu erleichtern, um die Staatsabgaben nach richtigem Verhältniß zu vertheilen, um die Verfassung so zu gestalten, wie die Rücksicht auf diejenige Einheit Deutschlands es verlangt, welche von Ihnen hochverehrte Männer des Vertrauens unseres großen gemeinsamen Vaterlandes erstrebt wird."

„Auch zweifeln wir nicht daran, daß es uns auf dem Wege der Uebereinkunft mit unserem Herzoge gelingen werde, den von den Vertheidigern des Mediatisirungssystems, wie von den Anhängern der Republik rücksichtlich des übermäßigen Regierungsaufwandes in den kleineren deutschen Staaten gleichmäßig erhobenen Bedenken auf eine zunächst den Wünschen unserer Landesbewohner entsprechende Weise für die Zukunft zu begegnen. Mitten in unserer Pflichterfüllung richten sich unsere Blicke nach dem Beschlusse der hohen Nationalversammlung vom 30. Oktober d. J. hin, wonach verschiedene Anträge auf Mediatisirung oder Vereinigung der kleineren Staaten Deutschlands dem Verfassungsausschuß zur Erörterung und Berichterstattung überwiesen worden sind."

„Wir dürfen wohl auch hinsichtlich der Entscheidung dieser Frage zu der Umsicht und Gerechtigkeit der hohen Nationalversammlung das beste Vertrauen hegen; insbesondere finden wir hiebei das Herzogthum Gotha durch die Darstellung auf das Vollständigste vertreten, welche unser vom Herzogthum Gotha zum Mitglied der deutschen Reichsversammlung erwählter Mitbürger J. G. Becker aus Gotha an die hohe Versammlung unterm 4. d. M. abgegeben hat. Indeß wollen wir für allen Fall hiermit ausdrücklich die zuversichtliche Hoffnung aus-

sprechen, daß man im Herzogthum Gotha ein Stammland anerkennen werde, dessen meiste Bestandtheile durch frühere Ländertheilungen von ihm losgerissen worden sind."

Die Adresse war von sämmtlichen Mitgliedern des Landtags unterzeichnet worden. Indem Ziel und Absicht derselben klar vorliegt, brauche ich kaum zu bemerken, daß die ganze thüringische Frage in der That im Schooße der Nationalversammlung lag und um so mehr einen acuten Character anzunehmen drohte, als die von dem Reichsministerium verfügten militärischen Maßnahmen Thüringen unmittelbar betrafen, und zahlreiche dahin verlegte Bundestruppen, deren Einquartierung dem Lande äußerst lästig war, den Glauben allgemein verbreiteten, daß es sich um eine gewaltsame Mediatisirung handle. In Folge dessen hatte der Abgeordnete Becker auch von Landgemeinden eine Anzahl von Petitionen und Gegenerklärungen erhalten, und dieselben seiner in der Adresse des Landtags schon erwähnten Eingabe an die Nationalversammlung beigelegt.

Den Bundestruppen war von der Centralgewalt ein Reichscommissar beigegeben worden, welcher in der Person des Herrn von Mühlenfels das thüringische Vereinigungsprojekt auf alle Weise beförderte. Bei der Nationalversammlung selbst war der weimarische Bevollmächtigte Herr von Wydenbrugk für dasselbe thätig und hierbei merkwürdigerweise von preußischen Abgeordneten der Provinz Sachsen unterstützt worden. Daß aber durch die Gründung eines neuen Mittelstaates Preußen keineswegs einen Freund in Deutschland gewonnen hätte, sondern die Gegnerschaft Sachsens und Hannovers nur verstärkt worden wäre, schien klar zu sein.

Ueber diese Lage der Dinge schrieb mir Herr von Stein im December einen Bericht aus Fankfurt, welcher zwar den Ereignissen und Verhandlungen, die zunächst folgten, hier einigermaßen vorgreifen wird, aber wegen seiner objectiven und kenntnißreichen Darlegung der Verhältnisse gleich hier eine passende Stelle finden mag:

„So richtig es mir auch erscheint an Sachsen zu halten, und bei dem Zustandekommen des Deutschen Reichs mit Sachsen zu gehn, so mißlich möchte dies sein, wenn im andern Fall das königlich sächsische Cabinet mit Baiern und Oesterreich sich mehr von Preußen entfernt. Kommt der gefürchtete Riß in die deutsche Sache, so liegt es sicher im Interesse der kleinen deutschen Staaten sich so fest und innig wie nur irgend möglich mit Preußen zu verbinden."

„Nur mit Preußen deutsch, sonst lieber preußisch! Dies ist wenigstens meine Ansicht und ich vermuthe in Mitteldeutschland die der Mehrheit. In Frankfurt machte ich mir viel zur Aufgabe zu erforschen, worauf die Abneigung und

das sichtbare Mißtrauen unseres Reichscommissärs und respective der Reichsminister gegen Sachsen beruhe und hierin ist mir Folgendes klar geworden. Mühlenfels ist intimer Universitätsfreund von Wydenbrugk und ist der Schwager von Professor Duncker in Halle; ersterer aber bekanntlich der Schöpfer der Idee des thüringischen Gesammtstaats und letzterer ein Hauptprediger in Frankfurt für die preußische Hegemonie."

„Die Preußen und Preußen-Freunde in Frankfurt trauen Sachsen nicht wegen dessen noch immer fortdauernder Abneigung gegen alles Preußische, und hat man mir auch eingeräumt, daß in Verbindung mit einer Million Thüringer oder solchen acht Ländern, welche gewohnt wären sich nach Preußen zu richten, die beregte Antipathie gemildert werden würde, so ist man doch und zwar mit Recht besorgt, daß aus dieser Verbindung heraus sich ein republikanisches Herz Deutschlands bilden könnte, zu welcher Besorgniß die Wahlen Sachsens zum Parlament und die neuesten zum sächsischen Landtag nur zu gegründete Veranlassung gaben und geben. Auch läßt sich hiergegen nur auf eine starke Reichsgewalt hinweisen und kommt diese nicht, dann ist es gewiß besser die Verbindung mit Sachsen nicht zu suchen".

Herr von Stein nahm in den voranstehenden Worten schon auf eine Phase der Verhandlungen Rücksicht, welche erst nach dem Scheitern des Weimarischen Projektes eingetreten war. Um die Entwicklung der Dinge hier im Zusammenhange darzulegen muß ich nochmals auf die Beschlüsse der National-Versammlung rückkommen.

Bei der Berathung des deutschen Verfassungsentwurfs waren am 30. October alle zu Paragraph 5 und 6 gestellten Anträge auf Mediatisirung oder Vereinigung der kleineren Staaten erst noch an den Verfassungsausschuß zur Erörterung und Berichterstattung zugewiesen worden. Dennoch war für die Thätigkeit des Reichscommissars von Mühlenfels in Thüringen die Aufgabe gestellt worden, das Vereinigungswerk der kleineren Staaten durch Conferenzen der Minister zu befördern. Die Hauptversammlung war auf den 15. December nach Gotha berufen worden und fand statt, um, wie es im Protokoll heißt, „sich über die künftige politische Stellung der thüringischen Staaten theils dem Gesammtvaterlande, theils einander selbst und den respectiven Ständeversammlungen gegenüber zu besprechen und zu verständigen".

Wie weit das Reichsministerium seinen Commissar im einzelnen instruirt hatte, oder ob derselbe zum guten Theil auf seine eigene Hand vorgehn zu können glaubte, vermag ich mit Sicherheit nicht festzustellen, und da die Conferenzen fast nur negative Resultate darboten, so schien es mir damals nicht nothwendig den Gegenstand nach allen Seiten hin zu verfolgen. Bei den ge-

sammten Unterhandlungen zeigte sich viel Unpraktisches und Willkürliches neben einer so großen Zahl von nothwendigen und wünschenswerthen Bestrebungen, daß man im Ganzen nur gerne gesehen hätte, wenn die Sachen in geschickteren Händen gewesen und die Zeitläufte günstiger dafür gewesen wären. Den Ministern aber die in Gotha zusammengetreten waren, durfte das Zeugniß nicht vorenthalten werden, daß sie mit der größten Resignation alle möglichen Uebel der Kleinstaaterei anerkannten, herausfanden und zu Protokoll gaben, freilich ohne daß von irgend einer Seite ein praktisch möglicher Vorschlag gemacht, oder etwas gesagt worden wäre, was eine neue Bahn der Entwicklung eröffnet hätte.

Herr von Mühlenfels hatte drei Punkte zur Discussion in der Form von Fragen aufgestellt:

1) Inwiefern ist es möglich oder nothwendig, daß die Thüringischen Staaten der Centralgewalt gegenüber den status quo ihrer Selbständigkeit allenthalben aufrechterhalten.

2) Falls dieser status quo nicht aufrecht zu halten wäre, inwiefern ist dann der Anschluß einzelner dieser Staaten, oder aller an größere Staaten, und zwar an welche räthlich?

3) Oder aber, wenn sich dies nicht empfehlen sollte, ist es möglich und räthlich, daß die Thüringischen Staaten sich untereinander zu einer Art von Gesammtstaat vereinigen?

Von den anwesenden Ministern Watzdorf aus Weimar, Stein aus Gotha, Speßhardt aus Meiningen, Gablenz aus Altenburg, Chop aus Sondershausen, Röder aus Rudolstadt, Bröhmer aus Coburg und Otto aus Greiz wurden die Fragen ziemlich umfassend protokollarisch beantwortet. Mit Ausnahme des Herrn von Watzdorf constatirten zunächst alle einstimmig, daß die Stimmung in der Bevölkerung im Ganzen entschieden für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten sei. Wenn man die Aussagen der durchaus nicht vorwiegend conservativen Mitglieder der Conferenz heute noch einmal durchliest, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß ein großer Theil der im Jahre 1848 laut gewordenen Aeußerungen der sogenannten öffentlichen Meinung keine weite Unterlage im Volke hatten, sondern meist nur Eigenthum kleiner Kreise des Mittelstandes waren.

Die Einsicht in die Nothwendigkeit einer politischen Einheit war in den Regierungskreisen offenbar stärker vorhanden, als in der breiten Masse und ein ersprießliches Wirken für die großen Ideen der Zeit konnte daher auch nur aus dem redlichen Zusammenwirken der Fürsten und ihrer Minister selbst hervorgehn. Aber gerade dies war der Punkt, welcher von den liberalen Parteien der Einzelnkammern sowie von der deutschen Nationalversammlung am meisten übersehn und verkannt worden war.

Unter den sächsischen Staatsministern hatte in Betreff dieser Umstände Herr von Speßhardt jedenfalls den denkbar einfachsten Standpunkt gewählt. Namens der meiningischen Regierung erklärte er bei der Conferenz rund heraus, daß in den politischen Verhältnissen der Kleinstaaten überhaupt und im Besondern gar keine Veränderungen nothwendig wären. Er ließ es zwar gelten, daß im Hinblick auf die deutschen Bundesverhältnisse die deutsche Nationalversammlung jetzt berufen sei, durch ihre eventuellen Beschlüsse in Betreff der künftigen Verfassung auch auf die Stellung der Einzelrechte und Particularverfassungen Einfluß zu nehmen, aber im Uebrigen beendigte er seinen auf die Erhaltung der Selbständigkeit der kleinen Staaten hinzielenden Vortrag mit der durch eine anerkennenswerthe Offenheit bemerkbaren Erklärung:

„Ich führe noch einen Grund für unsere Selbständigkeit der Centralgewalt und ihren Wünschen gegenüber an: Wir haben selbst einen viel festeren Stand als die Centralgewalt. Wir haben für uns einen historischen Boden, während der Boden für die Centralgewalt ein gar lockerer ist".

Im Verlaufe der Debatte hatte der Reichscommissar Gelegenheit gefunden zu betonen, daß außer dem Vertreter von Meiningen Niemand die Aufrechthaltung des status quo für möglich erachte. Dennoch war man so gut wie ganz außer Stande eine neue Form für irgend eine Vereinigung der thüringischen Staaten zu bezeichnen und der Regierungscommissar mußte die Unfruchtbarkeit der Erörterung nach dieser Seite hin selbst gewissermaßen zugestehen.

Der Minister von Stein bedauerte, daß man in Frankfurt nicht auf das Projekt einer Kreiseintheilung eingegangen sei. Herr von Watzdorf erklärte sich entschieden gegen ein Aufgehn der kleinen Staaten in einen der Größern, er wollte in dieser Beziehung von Sachsen so wenig etwas wissen, wie von Preußen. So liebenswürdig nach seinem Ausspruche das sächsische Volk ihm erscheinen mochte, so wäre es in Bezug auf die deutsche Frage nicht besser, als das preußische und ebenso particularistisch, als dieses.

Man schlug einen gemeinsamen thüringischen Landtag vor, welcher im Allgemeinen vielen Beifall fand, aber als es auf die Frage der Competenz desselben ankam, so zeigte es sich äußerst schwierig denselben in passender Weise zu beschäftigen. Eine Vereinigung der Finanzen wollte Niemand als möglich erkennen, die Militärangelegenheiten blieben voraussichtlich der Centralgewalt und dem Parlamente vorbehalten, die allgemeinen Handelsverhältnisse waren durch den Zollverein in Anspruch genommen.

Als endlich Herr von Watzdorf einen von ihm verfaßten Entwurf zu einem Staatsvertrage vorlegte, welcher die Regierungen in ein engeres Verhältniß zu Weimar setzen sollte, so platzte Herr von Speßhardt nach der Vorlesung mit den

Worten heraus: „Der Schlußparagraph dieses Entwurfs sollte ja eigentlich lauten: Von jetzt an seid ihr thüringischen Staaten nicht mehr selbständig, sondern Weimarisch".

Das Resultat der Berathung über das 18 Paragraphe enthaltende thüringische Staatenprojekt war im Ganzen ein rein negatives, und eine Idee, welche in einer anderen Zeit und vornehmlich zehn oder zwanzig Jahre früher nicht ohne Werth und Verdienst gewesen wäre, schien damit zunächst zu Grabe getragen worden zu sein. Die weiteren Versuche zu einer größeren Zusammenfassung der thüringischen Staaten zu gelangen, bewegten sich auf einer ganz veränderten Basis. Von Weimar wurde nach dem Widerstande, welchen das erste Projekt gefunden hatte, eine Schwenkung zu der sächsischen Auffassung vollzogen. Im Februar 1849 trat Herr von Watzdorf mit einem sehr umfassenden Projekt eines großen sächsisch-thüringischen Staatenvereins hervor. Er sendete von Frankfurt einen Entwurf an die Regierungen, nach welchem neun Staaten, an ihrer Spitze das Königreich Sachsen den Staatenverein bilden sollten, welcher sich sowohl auf die militärischen Angelegenheiten, wie auch auf die Gesetzgebung und auf die Verwaltung erstrecken und eine gemeinsame Vertretung der unirten Staaten in ihren Beziehungen zu dem deutschen Bunde herbeiführen sollte.

Unter den Vorschlägen, welche in dieser Richtung bis dahin gemacht worden waren, zeichnete sich der neue Plan der Weimarischen Regierung durch große Bestimmtheit und Klarheit aus. Meine Regierung verhielt sich demselben gegenüber in durchaus wohlwollender und entgegenkommender Weise, ohne daß es jedoch möglich war, etwas entscheidendes zu thun, so lange über den Abschluß der deutschen Frage, welche sich damals immer bestimmter in der Richtung auf das preußische Kaiserthum bewegte, nicht Klarheit gewonnen war. Das schlimmste an dem Projekte aber war, daß die königlich sächsische Regierung selbst demselben gegenüber nicht aus der zurückhaltenden Reserve heraustrat, welche sie sich in allen Unionsfragen von Anfang an auferlegt hatte.

Trotzdem hat man sowohl von weimarischer, wie auch nachher von sächsischer Seite es meiner Regierung ganz besonders zur Last gelegt, daß diese Pläne nicht zur Ausführung gekommen wären. Ich habe nicht nur selbst der Sache alle Aufmerksamkeit geschenkt, sondern auch meinen Bruder von den Verhandlungen in volle Kenntniß gesetzt. Schon über die Dezember-Protokolle verbreitete er sich in einer sehr umfassenden Denkschrift, die in persönlicher und sachlicher Beziehung von größtem Interesse war:

Windsor Castle, 9. Januar 1849.

„Ich habe das Protokoll der Conferenz der Minister der thüringischen Staaten und ihre die Bildung eines thüringischen Staatenbundes betreffende Uebereinkunft aufmerksam durchgelesen und es haben sich mir dabei folgende Gedanken aufgedrängt: 1. So wünschenswerth auch die Begründung dieses Staatenbundes gewiß ist und so nothwendig, daß die Regierungen sich über die Formulirung eines Planes dazu schan jetzt verständigen, so scheint es mir doch weise, die Ausführung des Werkes bis zur definitiven Feststellung der deutschen Reichsverfassung zu verschieben, indem von dem zweckmäßigem Eingreifen des in Thüringen zu bildenden Räderwerks in die große deutsche Staatsmaschine der Erfolg und das Bestehen jenes Werkes selbst abhängen wird. Man suche darum den Plan soviel als möglich weiterzubilden, lasse sich aber, bis die Reichsverfassung ins Leben getreten ist, die Hand zur letzten Ausführung frei."

„2. Eine vollständige Durchführung des constitutionellen Systems und namentlich eines auf der breitesten demokratischen Grundlage errichteten, wie es jetzt in Deutschland allgemein in Anspruch genommen wird, ist in den sehr kleinen leicht an das bloß persönliche angrenzenden Verhältnissen der einzelnen thüringischen Staaten nur zu einem gewissen Grade zu verwirklichen. Zu einer vollständigen Verwirklichung haben diese Staaten erst durch eine vereinte Volksvertretung die Möglichkeit erlangt. Nun scheint es aber, wie ich mit Bedauern sehe, daß jenes System mit allen seinen Verwickelungen neben dem vereinten Landtag, auch noch in den Einzelstaaten fortgeführt werden soll. Dies würde ich für einen politischen Fehler halten. Denn wenn das Bewußtsein des Mangels mancher wesentlicher Vorbedingungen um einen vollständigen constitutionellen Staat darzustellen, schon jetzt dazu beigetragen zu haben scheint, die thüringischen Staaten zu dem Entschluß zu bringen, in ihrer Vereinigung die Garantie ihres Bestandes zu suchen, um wie viel fühlbarer wird dieser Mangel werden, wenn erst alle größeren deutschen Interessen von einem deutschen Reichstag und verantwortlichen Ministerium, die mehr partiellen Interessen aber von einem thüringischen Landtag entschieden werden, und der Spielraum der Einzelconstitutionen also lediglich auf die kleinsten Localinteressen beschränkt wird. Gewiß, fortbestehen muß die Vertretung auch für die Einzelstaaten, aber sie muß hier auf einen Spielraum verwiesen werden, der meines Erachtens nur die Befugnisse von Provinzialständen und Verwaltungsbehörden begreifen sollte und von dem namentlich ein Zwei-Kammersystem und die Verantwortlichkeit des Ministerums ausgeschlossen bleiben müßte."

„3. Dieses Zwei-Kammersystem aber, ohne welches ein wirklich constitutionelles System gar nicht ausführbar ist, verlange ich für die Organisation des vereinten Landtags, und zwar so, daß nach dem Vorbilde der Reichsverfassung

und der preußischen Constitution Abgeordnete der Einzel-Landstände das Oberhaus, für den ganzen Staatenverband gewählte Vertreter aber das Unterhaus bilden. Eine solche Organisation würde mit dem Princip in Einklang stehen, nach welchem sich das constitutionelle System in Deutschland überhaupt herzustellen trachtet. Dabei sollen die Staaten zugleich Bedacht nehmen, den volljährigen Prinzen ihrer Fürstenhäuser in dem Oberhause einen Sitz anzuweisen, da es jetzt mehr als je von Bedeutung ist, diesen Prinzen die Möglichkeit einer öffentlichen, konstitutionellen und volksthümlichen Erziehung und eines früh beginnenden, lebendigen Antheils an der Thätigkeit für die Wohlfahrt ihrer Länder zu geben."

„4. Wenn die Thüringer Regenten und Fürstenhäuser bei der bevorstehenden Umwandlung ihrer bisherigen Patrimonialstaaten in demokratisch constitutionelle und zugleich der Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen konstitutionellen Bundesstaat sich ihre auf Achtung und Liebe der Unterthanen gegründete fürstliche Stellung erhalten wollen, so dürfen sie keine Civillisten annehmen, sondern müssen zur Unterhaltung ihres Hofs und Haushaltes ein Hausvermögen besitzen, das wo möglich keiner Zuschüsse aus Steuern bedarf, und über das keine Kammer Autorität ausüben kann. Die Domänen der sächsischen Herzogthümer waren bisher gemischtes Gut, gemischten Ursprungs und aus ihrem Ertrag, der auch wieder mit Steuern vermischt wurde, schöpften sowohl der Regent, als der Staat die Mittel zu ihren Ausgaben. Da hierin jetzt eine Trennung eintreten soll, so ist es schon dem Prinzip nach gerecht und billig, daß die Domänen selbst zwischen Staat und Regenten getheilt werden, nämlich, daß ein Theil derselben reines Staatseigenthum, der andere reines Eigenthum der Regentenfamilien werde. Die Steuern aber müßten fortan nur dem Staate zufließen. Hierin sehe ich die einzige gerechte und nicht minder für das Volk, als für den Regenten wohlthätige Lösung einer höchst schwierigen Streitfrage, die wenn nicht so gelöst, fortwährend die Existenz sowohl des Staates, als der Regenten gefährden muß. Die thüringischen Staaten müßten die vorgeschlagene Lösung zu einem Theil ihres Vertrages machen, mit einstweiliger Ueberlassung der Theilungsmodalitäten an die Einzelstaaten."

Wie man aus der Denkschrift meines Bruders ersieht, war unser Haus kein Hinderniß für irgend eine der erstrebten Einigungen in Deutschland, weder in den Angelegenheiten des engeren noch in den großen Fragen des gesammten Vaterlandes. Wenn es weder hier noch dort zu praktischen Erfolgen kam, so konnten wir unsererseits uns sagen, daß es an der Macht gefehlt hat, den besten Intentionen von unserer Seite die Ausführung zu sichern. Wenn aber schon auf dem politischen Gebiete nichts zu erreichen war, so hätte wenigstens gehofft

werden dürfen, daß die Einheitsbestrebungen in militärischen Angelegenheiten einen besseren Verlauf nehmen würden.

Anregungen zu einer neuen Ordnung der Armeeverhältnisse waren vom Reichsministerium schon wiederholt gegeben worden. Im August 1848 waren Anträge gemacht worden, einen engeren Anschluß der thüringischen Contingente an die sächsische Armee zu bewerkstelligen. Im Februar 1849 waren von dem Generalmajor von Holtzendorf Conferenzen nach Weimar berufen, um über die Formation der thüringischen und fürstlich reußischen Reichscontingente zu einer selbständigen Division zu berathen.

Um mich nun zuvor über die Gesinnungen und Absichten des sächsischen Hofs und Ministeriums zu unterrichten, begab ich mich am 18. Januar nach Dresden und blieb daselbst durch längere Zeit. Leider war mein Eindruck nur der, daß man sich dort in jenen Tagen in einer Situation befand, die jede Art von Entschlüssen unmöglich machte. Ganz richtig hatte mir schon Herr von Stein am 26. Dezember geschrieben:

„Wenn es Eurer Hoheit große Beruhigung gewährt noch vor der Conferenz mit dem Könige von Sachsen und seinen Ministern zu sprechen, so will ich nicht widerrathen. Die Thür nach Sachsen kann und darf uns durch die Conferenz nicht verschlossen werden, und ganz gewiß wird Meiningen wenigstens in militärischer Beziehung mit uns bei Sachsen halten. Daß man aber in Dresden sofort wahr und deutlich das Verhältniß des Cabinets zu Oesterreich und Preußen enthüllen werde, daß man sagen sollte, was man thun will, wenn das Reichsproject scheitert, muß ich um so mehr bezweifeln, da ich eher glauben möchte, man weiß dies in Dresden selbst noch nicht recht."

Letztere Bemerkung bezeichnete die Lage sowohl bei Hofe, wie im sächsischen Ministerium. Merkwürdigerweise wurde gerade mir nachträglich in Dresden die Schuld beigemessen, daß sich das Projekt einer sächsischen Militärconvention zerschlagen hätte. Da ich selbst im sächsischen Militärverbande stand und meine treuesten Erinnerungen an der Armee von Sachsen hafteten, so war mir dies sehr schmerzlich und gab Veranlassung zu einer äußerst unerquicklichen Correspondenz mit dem sächsischen Kriegsminister Rabenhorst, deren retrospective Betrachtungen auf die Verhältnisse von 1848 und 1849 ein Licht werfen.

Selbstverständlich lagen die Gründe des Mißfallens, welches ich bei der sächsischen Regierung erregt hatte, mehr in den politischen Verhältnissen des Jahres 1850, als in meiner Haltung in der Frage der Militärconvention, aber in dem Vollgefühle des Triumphes, welchen die österreichisch-sächsische Politik davon getragen hatte, ließ man mich es empfinden, daß die thüringisch-sächsischen Projekte nicht zu Stande gekommen waren.

Ich will aus den Correspondenzen an diesem Orte nur dasjenige hervorheben, was sich auf die Frage der Militärconventionen bezog, anderes einer späteren Benutzung in meiner Erzählung vorbehaltend. Der Leser wird daraus am besten meine Stellung zu Sachsen kennen lernen:

„Ich will Euer Excellenz, schrieb ich an den Kriegsminister, nur an die Conferenzen erinnern, welche den Winter des Jahres 1849 ausfüllten und zum Zwecke hatten, die Herzogthümer Sachsen auf immer von ihrer agnatischen Verbindung zu trennen und einen sogenannten thüringischen Gesammtstaat zu bilden. Meiner Thätigkeit und meinen Bemühungen allein gelang es jenen unseligen Plan zu nichte zu machen. Ich wollte aber nicht dabei stehen bleiben und, neue Verwickelungen voraussehend, suchte ich das königlich sächsische Gouvernement zu bewegen, den allgemeinen Drang nach einer engeren Verbindung der kleinen mitteldeutschen Staaten benutzend, ein Bündniß herzustellen, an dessen Spitze das Königreich Sachsen gestanden hätte und dessen nächste Folge die Vereinigung jener kleinen Contingente mit der sächsischen Armee gewesen wäre. Meine Bemühungen blieben unbelohnt. Das damalige sächsische Ministerium hatte nie den ernsten Willen jenen für Sachsen, wie für uns so wichtigen Plan durchzuführen."

„Es kam der Frühling heran, der Feldzug in Schleswig machte weiteren Unterhandlungen in jenem Sinne ein Ende, die Krise in Dresden erfolgte und kurz darauf schloß das Königreich Sachsen in Verbindung mit Preußen und Hannover das sogenannte Dreikönigsbündniß. Ein so wichtiger Schritt dieses war, um so mehr mußte ich mich schon damals verwundern, daß man die Herzogthümer gänzlich unberücksichtigt ließ; sie fanden sich von ihren nächsten Agnaten verlassen und waren durch die Umstände gezwungen einzeln und unter verschiedenen Bedingungen nun auch jenem Bündniß beizutreten."

„Wie wichtig wäre es gewesen, wenn Sachsen mit den Herzogthümern in einer engern Verbindung dieses wichtige Bündniß geschlossen hätte. Nur wenige Monate vergingen, als sich Sachsen bewogen fand aus Gründen, die zu beurtheilen ich nicht berufen bin, sich von der Union abzuwenden, bis es ihm endlich gelang, definitiv aus derselben zu scheiden. Hat Sachsen vielleicht in der ganzen für uns peinlichen Zeit versucht, uns für seine Interessen und Pläne zu gewinnen? Wir wurden unberücksichtigt gelassen und Sachsen suchte unsern Interessen entgegengesetzte, ja sogar feindliche Verbindungen, so daß hiedurch eine Kluft entstehn mußte, welche leicht zu den bedauerlichsten Conflicten hätte führen können."

In der Antwort des Ministers von Rabenhorst, aus der ich jedoch nur das Wesentlichste hervorhebe, hieß es unter anderm: „das Königshaus Sachsen hat nicht verkannt, daß die Verwirklichung der Idee eines thüringischen Gesammtstaats mit Lösung des agnatischen Verhältnisses zu dem Königshause unter

Eurer Hoheit entschiedener Mitwirkung gescheitert ist. Euer Hoheit Scharfblick hatte durchschaut, daß die Ideen eines Herrn von Mühlenfels — eines Mannes, der früher wenigstens ganz anderen Zwecken ergeben gewesen sein soll, als der Befestigung von Thüringens einzelnen Staaten, oder eines thüringischen Gesammtstaates, — daß sage ich, die Verwirklichung dieser Idee weder das Interesse des Königreichs Sachsen, noch das der thüringischen Staaten selbst gefördert haben würde, namentlich nicht das Interesse derjenigen kleineren derselben, welche vielleicht einem größeren thüringischen Staate anheimgefallen wären."

„Ebensowenig erlaube ich mir auch nur einen Augenblick daran zu zweifeln, daß ein Bündniß der kleineren mitteldeutschen Staaten mit dem Königreiche Sachsen in Eurer Hoheit Absicht gelegen habe; und ich beklage es mit Eurer Hoheit aufrichtig, daß Hochdieselben in diesen Bestrebungen so wenig Unterstützung von den übrigen Fürsten Thüringens erfahren haben. Aus den Aeußerungen ihrer Minister war eine Geneigtheit der Thüringischen Staatenhäupter zu einer engeren Verbindung mit dem Königreiche Sachsen nicht zu erkennen. Ja, es schien mir, seitdem der Minister Stein kurz nach den Gothaer Verhandlungen bei der Centralgewalt in Frankfurt beglaubigt worden, mit dem wahrzunehmenden Wechsel der Ansichten des Herrn von Stein auch eine nicht unwesentliche Veränderung selbst in der Politik des Cabinets Ew. Hoheit eingetreten zu sein, ohne daß dies, mir bewußt, von Seite des königlich sächsischen Hauses verschuldet worden wäre. In den Conferenzen schien fast eine Abneigung der kleineren Staaten gegen ein solches Bündniß hervorzutreten. Eine gemeinsame Zustimmung erschien mehr als unwahrscheinlich. Ebenso scheiterte die angebahnte Vereinigung der Contingente an Weimars entschieden dargelegter Hinneigung für das Interesse der Krone Preußen; und der Bevollmächtigte Meiningens schien hierbei abermals mit keinen oder nicht mit ausreichenden Instruktionen versehen worden zu sein."

„Mit offener Hinneigung zu Ew. Hoheit hat die königlich Sächsische Regierung dessen ungeachtet sich beeilt, Ihren Wünschen bei Gelegenheit des Feldzugs in Schleswig, soweit sie beansprucht wurden, entgegen zu kommen, und es war meinem Königlichen Herrn eine Genugthuung des Herzens denen voranzugehn, die Ew. Hoheit erfolgreiches Streben in diesem Feldzuge mit aufrichtiger Wärme anzuerkennen sich gedrungen fühlten."

„Se. Majestät der König, mein Herr, hat diese Gefühle für Ew. Hoheit bewahrt; mit ungetheilter Hinneigung werden Se. Majestät nicht minder bestrebt sein das Band zu erhalten, welches das Königshaus mit allen übrigen thüringischen Staaten vereint."

Im weitern Verlauf des Schreibens besprach Rabenhorst die gesammte deutsche Politik Sachsens während des Jahres 1849 und 1850 und ich will seinerzeit auf diese Theile des Briefes zurückkommen.

Hier sei nur noch bemerkt, daß es der Kriegsminister an einem Versuche fehlen ließ, das Verfahren und die Haltung des Ministeriums Oberländer auch nur entfernt zu vertheidigen. Die Sachen standen in Dresden vor der Maikrisis des Jahres 1849 so verwirrt, daß sich zu dem sächsischen Ministerium, in welchem der eine Theil nichts als den äußersten Radicalismus vertrat und der andere Theil durch Herrn von Pfordten repräsentirt war, keine Anknüpfung finden ließ.

Die allgemeinen deutschen Angelegenheiten nahmen eine Richtung, wo Preußen allein entscheidend werden mußte, und in den heimathlichen thüringischen Verhältnissen waren alle Gesammtstaatsprojekte, alle Militärconventionen vollständig zu Boden gefallen.

Ich begann daher in den ersten Monaten des Jahres 1849 noch ernstlicher als früher wenigstens in meinen eigenen Ländern eine Verbesserung der Verhältnisse durch die Vereinigung von Coburg und Gotha anzustreben und richtete nun alle meine Anstrengungen dahin, zum mindesten in den Verfassungen der beiden Herzogthümer eine gemeinsame Grundlage des Staatswesens zu schaffen.

Merkwürdigerweise fand ich aber jetzt, wie in den Landtagen und bei den Ständen, so auch selbst bei meinen eigenen Beamten einen Widerstand, der zu bezeichnend für die Zeit ist, als daß ich ihn hier nicht etwas eingehender besprechen sollte. So wenig diese Verwaltungs- und Beamtenschwierigkeiten, wie ich sie jetzt erlebte, für die Entwickelung der geschichtlichen Dinge im Großen eine Bedeutung haben mochten, so dürfte es doch passend erscheinen, dieses Capitel mit der Schilderung jener Regierungsleiden zu schließen, welche im Jahre 1848 niemandem und auch dem nicht erspart bleiben sollten, der wirksam und sicher genug war, für seine Person nichts fürchten zu müssen.

Die beiden Männer, welche in Coburg und Gotha das Staatswesen an oberster Stelle leiteten, waren nach dem älteren Organismus der Verwaltung nicht eigentlich einander untergeordnet. In den inneren Angelegenheiten war Staatsrath Bröhmer in Coburg so selbständig, wie der Minister von Stein für Gotha. Die auswärtigen Angelegenheiten besorgte jedoch der letztere.

Um den verderblichen Zustand der getrennten Verwaltung und Verfassung der beiden Länder gleichsam stets vor Augen zu erhalten, und in den leitenden Persönlichkeiten zu repräsentiren, so verfolgten sich die beiden hohen Beamten mit einem leidenschaftlichen Hasse von unbeschreiblichster Art. Bröhmer in Coburg fand sich gegenüber dem gothaischen Minister stets zurückgesetzt und

gekränkt, war von einer geradezu peinlichen Eifersucht geplagt, und beschwerte sich in endlosen Schriftstücken über seinen Nebenbuhler.

In Bezug auf die Stellung Steins in der Beamtenhierarchie konnte es Bröhmer niemals verwinden, daß jener keine regelmäßigen juristischen Studien gemacht hatte, aus dem Verwaltungsdienste hervorgegangen und ursprünglich Forstmann war. Er hielt ihn daher für eine Art von Parvenu und machte ihm seine Ueberlegenheit in der Jurisprudenz bei jeder Gelegenheit bemerklich.

Meine Abwesenheit im Anfange des Jahres 1848 gab Gelegenheit, daß die beiden Staatsmänner sich gerade zu der Zeit recht in die Haare geriethen, wo die beginnende Revolution die größte Einheit der Regierungsgewalten erfordert hätte. Statt dessen befehdeten sich die beiden Regierungen von Coburg und Gotha mit allen nur erdenklichen Chicanen des Büreaukratismus offen und heimlich, während ich als gemeinsamer Landesherr von beiden Seiten aufgerufen, bald hier bald dort zu schlichten und zu versöhnen genöthigt wurde.

Herr von Stein war ein äußerlich ganz unabhäniger, wohlhabender Mann, Aristokrat im alten guten Sinne des Wortes, uneigennützig, ohne alle persönlichen Interessen und Prätensionen und in ruhigen Zeiten ein trefflicher Regierungsbeamter. In der Zeit der großen Bewegung zeigte er sich den aufkommenden Ideen gegenüber durchaus nicht ablehnend, vieles ergriff er mit fast jugendlicher Theilnahme. Dagegen fehlte ihm jedes Talent selbst einzugreifen und dem Sturm zu gebieten, oder gar die Ansichten seines Landesherrn zu verfechten, wo er dessen Vertreter sein sollte. Noth und politische Drangsale wirkten allzusehr auf seine Anschauungen und der Wunsch jeder Unpopularität zu entgehen, machte ihn während der Zeit so gewaltiger Aufregungen schwankender, als seinem Wesen sonst entsprach.

Ich habe mit ihm und mit Bröhmer, wie ich gleich zeigen werde, die sonderbarsten Scenen erlebt und die hartnäckigsten Kämpfe geführt, aber Stein behielt immer ein vornehmes Wesen, während Bröhmer polternd und lärmend wurde und in freimüthigen Aeußerungen gegen seinen Landesherrn briefliche Leistungen aufzuweisen hatte, von denen es in der That schade wäre, wenn nicht wenigstens einiges davon in der Erinnerung aufbewahrt würde.

Ich behielt jedoch trotzdem für Bröhmer stets eine gewisse Vorliebe, und das geradezu unglaublichste, was er sich gegen mich gestattete, vermochte ich meistens nicht anders als mit einem gewissen freundschaftlichen Humor aufzunehmen. Dies kam daher, weil ich in dem merkwürdigen Manne eine innerlich und äußerlich ganz ungewöhnliche Persönlichkeit erblickte.

Er war ein alter Burschenschafter. Im Herzen Demokrat, vermochte er auch auf seinem curulischen Sitz die verklungene demagogische Natur in sich nicht ganz zu unterdrücken. Je mehr er in seinem Gemüth zu schwärmerischem Idea-

lismus neigte, desto mehr trieb ihn sein Amt und der „unglückselige Fürstendienst" zu advokatischer Rabulisterei. Seine feine und umfassende juristische Bildung machte ihn fähig, jede von ihm ernstlich gewollte Sache zu glücklichem Ende zu führen, aber seine Ueberzeugungen hatten überall keine Festigkeit, weil sein Herz an viel weiter gehenden, wenn auch wie ihm klar war, nicht erreichbaren politischen Dingen hieng.

So konnte er zwar ein treuer und ergebener Diener eines Herrn sein, für den er persönliche Anhänglichkeit empfand und der ihm ein moralisches und geistiges Interesse einflößte, aber diese Treue galt mehr der Person, als der Sache, der er als Beamter dienen sollte. Wenn man den jetzt seit dreißig Jahren in der politischen Welt so mächtig aufgekommenen Ministergebrauch, bei jeder geringsten Differenz sofort die Dienstesentlassung zu nehmen, auf seinen Ursprung untersuchen wollte, so könnte man meinem alten Bröhmer ohne alle Frage das Verdienst zuschreiben, daß er einer der Hauptbegründer dieser constitutionellen Regierungsmethode der Neuzeit war. Er hat in fünfzehn Monaten nicht weniger als zehnmal schriftlich um seine Entlassung nachgesucht und ist immer wieder im Amt geblieben. Nun war freilich in einem so kleinen Staat, wie Coburg, die Nachahmung des großen constitutionellen Inselreichs und seiner Ministerkrisen nicht leicht zu einer so aufregenden und den Ehrgeiz befriedigenden Angelegenheit hinaufzuschrauben, aber mehr als einmal drohte mir Bröhmer doch förmlich, daß er vor die Stände hintreten und die latente Krisis zum öffentlichen Bruche treiben werde.

Ich war im März 1848 kaum aus England zurückgekehrt, als er schon am 28. d. M., obwohl er in seinem Schreiben selbst anerkannte, „daß die Aufkündigung des Dienstverhältnisses sehr zur Unzeit geschehe," um Entlassung aus dem Staatsdienste bat. Ich hatte nur immer zu bedauern und zu beschwichtigen. „Daß Sie meine Briefe wiederum übel aufgenommen, antwortete ich ihm unter anderem am 30. März, und meine Bemerkungen auf sich gedeutet haben, thut mir leid. Ich kann aber bei dem Drang der Geschäfte und dem täglichen Bestürmen der Supplicanten nicht lange studiren, wenn ich an „meine ergebensten Räthe" in dieser bösen Zeit schreibe."

Aber man könnte nicht behaupten, daß mein geheimer Staatsrath dergleichen freundschaftliche Aeußerungen besonders gut aufgenommen hätte. Die Jagdangelegenheiten, die Domänenfrage, die Coburg-Gothaische Vereinigung, die Militärsachen gaben immer erneuerte Gründe zur ewig wiederkehrenden Erklärung, daß er sich jetzt genöthigt finde, auf sein Amt zu verzichten.

Als die tolle Bewegung in den letzten Monaten des Jahres 1848 gar nicht zur Ruhe zu bringen war, suchte ich Bröhmer sowohl, wie auch den Minister von Stein zu ermuntern, doch endlich mit etwas energischeren Maß-

regeln einzugreifen. Als ich im November, des ungesetzlichen Treibens der Massen im Gothaischen müde, nach Coburg gieng, schrieb ich dem Minister, daß mich der gesetzlose Zustand hinweggetrieben habe. Nun war sofort die Reihe auch an Herrn von Stein gekommen, an seine Abdankung zu denken.

„Wenn dies ernstlich gemeint sein sollte, antwortete Herr von Stein, so begreife ich gar nicht, wie Ew. Hoheit mich nur noch einen Tag in meiner Stelle belassen mögen. Es wird doch irgend jemand zu finden sein, der es nicht so miserabel macht, wie Höchstdenselben mein Verfahren erscheint. Die Gefahr ist dringend, denn ich sehe mein angebliches Unrecht nicht ein und so ist an Aenderung nicht zu denken."

Die Hauptschlacht mit den beiden Ministern stand aber erst bevor, als im Anfang 1849 die Unionsfrage der Herzogthümer ernster ins Auge gefaßt wurde. Ich hatte die Idee gefaßt dem Staatsrath Bröhmer die Leitung des gesammten Ministeriums beider Herzogthümer zu übertragen, da Stein die Sache nicht mehr auf seine Schultern nehmen wollte. Hiergegen wollte Bröhmer zwar neben Stein ein Ministerium leiten, aber er verlangte ein auch formell für Coburg anerkanntes, denn, sagte er, die Coburger wollen nicht als ein bloßer Annex von Gotha erscheinen.

Wenn ich die Sache mit Bröhmer besprach, so war er gewöhnlich im Prinzip dafür, und machte höchstens Einwendungen in Bezug auf die Ausführung derselben. Aber der Eifer des coburgischen Staatsraths trat, wenn er vor den Ständen sich aussprechen sollte, nur noch im Gewande des pflichtbewußten Beamten an den Tag, welcher objektiv und mit strenger Amtsmiene eine Idee vertheidigte, gegen welche er sich im geheimen und unter Freunden ganz anders aussprach.

Ich hatte bald die Beweise in der Hand, daß in Coburg wie in Gotha im Grunde niemand mehr gegen die Union der Herzogthümer eingenommen war, als die Beamten selbst. Mit halben Worten, zweideutigen Reden und vielsagenden Mienen wurde im Privatverkehr zurückgenommen, was in der Amtssprache als Nothwendigkeit erklärt worden war. So erschien schließlich das ganze Projekt als eine Laune des Fürsten, dem zwar die Concession gemacht worden war, daß dasselbe officiell verhandelt und vertheidigt wurde, aber man war ganz zufrieden, wenn dagegen geschrieben und gesprochen worden war.

Im Februar 1849 richtete ich unter diesen Umständen das folgende Schreiben an Bröhmer, worin ich mich so offen als möglich aussprach, da die Intimität unserer Correspondenz dies gestattete:

Bester Bröhmer!

„Ich hatte bereits ein Schreiben an Sie beendet, als ich das Ihrige vom 6. erhielt. Ich glaube auf den Inhalt desselben nun anders antworten zu müssen als vor dessen Empfang. Erlauben Sie mir, daß ich unbefangen und offen, wie ich es zu thun gewohnt bin, als Freund Ihnen meine Ansichten mittheile. Ich will Ihr ganzes bisheriges Benehmen, welches oft unbegreiflich schien, nicht weiter erörtern, ich will auch die Blicke, welche mir durch das vergangene Jahr ermöglicht wurden und welche mir manches Räthselhafte erklärten, vergessen; ich will Ihnen aber, ehe es zu spät ist, ein „Halt ein" zurufen, um Sie von einer Bahn abzubringen, welche Sie zum Unglück des Landes, wie unserer Familie betreten haben."

„Ich spreche frei und offen aus, daß ich nach allem, was vorhergegangen ist und trotz Ihrer Bemühungen, Ihren wahren Zweck nicht erkennen zu lassen, doch mit tiefem Kummer einsehe, daß Sie einer Verschmelzung und Vereinigung der Herzogthümer von vornherein entgegen waren und seit einer Reihe von Monaten, wo es ganz bei Ihnen gelegen hätte, sich dieser wichtigen Sache anzunehmen, alles aufsuchten, um formell die Trennung herzustellen."

„Ihre freie, unabhängige Stellung in Coburg, das unbedingte Vertrauen, welches ich Ihnen wegen Ihrer Kenntnisse und ungewöhnlichen Fähigkeiten in allen Landesangelegenheiten zu schenken vermochte, ja sogar meine stete Bemühung, Ihnen bei dem Publikum, welches in Bezug auf Ihre Ansichten wegen der Erinnerung an die Vergangenheit oft noch schwankte, die allgemeine Popularität zu verschaffen, welche ein Minister in der jetzigen Zeit haben muß, wurde von Ihnen lediglich benutzt, um Ihren Plan zu verfolgen. Die ewigen Zänkereien und Eifersüchteleien im Ministerium, oft über Formsachen, wurden von Ihnen benutzt das arme stets betrogene Volk in den Wahn zu versetzen, daß es, wenn es in diesem Augenblicke sich aus der losen Verbindung mit Gotha gänzlich herauswindet und die Zahl der Bundesstaaten noch um Einen vermehrt, unter Ihrer väterlichen Leitung goldene Zeiten zu erwarten habe, während ich, wie Sie, wie jeder Hellsehende weiß, daß nur in der Vereinigung der Herzogthümer die Möglichkeit vorhanden ist, sie beide zu erhalten, und Coburg allein, als ein wahres staatliches Ridicüle, sicher sofort untergehen müßte. Sie veranlassen Artikel in diesem Sinn, Sie rufen in einem gutgesinnten Bürgerverein Adressen hervor, welche Ihre Ansichten mir vorlegen müssen; Sie greifen sogar zum letzten Mittel und benutzen meine Ständeversammlung, welche von Ihnen gänzlich dominirt wird, und in der ein jegliches Mitglied an Geist, wie an Kenntnissen und Erfahrungen tief unter Ihnen steht, um Ihre Pläne bei dem Landesherrn durchsetzen zu helfen. Gesetzt nun ich

wäre blind, oder schwach genug mich zu fügen, um mit Ihnen ein selbständiges Herzogthum Coburg zu begründen, was wäre dann gewonnen?"

„Ruhig habe ich Sie bis jetzt handeln, sprechen, schreiben lassen, ich habe Vorwürfe, die Sie mir machten, mit eben dem Gleichmuth hingenommen, wie Ihre gereizten Ergießungen und die stete Einreichung Ihrer Entlassung. Ich habe in Ihnen nur Ihr Gutes und Vorzügliches gesucht und bin über die vielen Eigenthümlichkeiten hinweggegangen, indem ich Ihre ausgezeichneten Eigenschaften hoch zu schätzen weiß; aber glauben Sie ja nicht, daß ich in einer Angelegenheit mich neutral verhalten werde, wo es das Wohl der Länder, meines Hauses, meiner Ehre selbst gilt. Noch einmal rufe ich Ihnen als alter Freund zu: „Halten Sie ein."

„Lesen Sie diese Zeilen mit der Ruhe durch, mit der sie geschrieben sind; sie sollen nicht beleidigen, sie sollen nur die Wahrheit sprechen. Antworten Sie mir auch nicht sogleich darauf, sondern überlegen Sie sich ruhig, wie Sie das Spiel beenden wollen, das Ihrer unwürdig ist. Ich sende Ihnen einen Vortrag anbei, der eine Art Rechtfertigung sein soll. Seien Sie groß, wenn andere klein sind, und glauben Sie mir, daß ich meine guten Gründe hatte, als ich Sie so dringend bat, das Directorium des Ministeriums zu übernehmen."

„Warum verwerfen Sie es und wollen sich ein ähnliches doch einrichten, aber für Coburg allein? Ist das weise und edel? Lassen Sie mich schließen und Ihr Handeln abwarten und kommen Sie mir jetzt nicht wieder mit Ihrer Entlassung. Sie müssen den Kelch schon austrinken, den Sie für mich gefüllt haben."

Ihr 2c.

Die Antwort Bröhmers erfolgte wider meine Warnung sofort:

Gnädigster Herr!

„Ew. Hoheit Zuschrift vom 8. d. M. ist mir in voriger Nacht behändigt worden. Sie wünschen nicht, daß ich dieselbe schon heute beantworten möge, weil es mir an der erforderlichen Ruhe und Fassung fehlen dürfte. Gnädigster Herr! an der nöthigen Zeit hat es mir im Drange unaufschieblicher Geschäfte und so vielfacher persönlicher Behelligungen gefehlt, so daß ich heute nicht zur umständlichen Beantwortung Ihres Schreibens gelangen konnte, nicht aber an der nöthigen Gemüthsruhe. Angriffe gegen mein Amt und das, was mir durch dasselbe anvertraut ist, können mich zu leidenschaftlichem Kampfe erhitzen. Ihre Beschuldigungen sind gegen meine Person gerichtet und da sie ungegründet sind, ich ein gutes Gewissen habe, so trüben sie meinen Seelenfrieden nicht. Ich darf heute noch weiter gehen. Die Blumensprache ist mir fremd. Ich

rede da, wo es gilt, stets mit der entschiedensten Offenheit, darum auch hier. Gnädigster Herr! Ihre Beschuldigungen sind so wunderlicher Art, daß der Inhalt Ihrer Zuschrift, als ich sie heute früh gegen 2 Uhr las, mich überraschte. Wer auch zwischen Ew. Hoheit und mich sich stellen, und wie auch mein künftiges Schicksal sich gestalten möge, dessen bin ich überzeugt, Höchstdieselben werden bereuen, den in meinen Händen befindlichen Brief geschrieben zu haben. Morgen empfangen Ew. Hoheit meine abgenöthigte Antwort. Wie Höchstdieselbe es von mir begehrt, bitte ich Ew. Hoheit unterthänigst, handeln Sie großherzig, weise und gerecht."

„In tiefster Ehrfurcht verharrend Ew. Hoheit

unterthänigster G. J. Bröhmer.

Coburg, am 9. Febr. 1849.

In der umständlicheren Rechtfertigungsschrift, die hierauf folgte, hatte Bröhmer eigentlich nur meine freundschaftlichen Vorstellungen zu einer Reihe von Anklagen juristisch zugespitzt, von denen er behauptete, sie wären, wenn sie wahr wären, einzig und allein geeignet, ihn auf Hochverrath zu belangen. Mehr gerechtfertigt und sachlicher war sein Nachweis, daß er in den vertraulichen Sitzungen der Ständeversammlung: „ungeachtet des Bewußtseins, hierdurch einen großen Theil meiner zeitherigen Popularität zu verlieren, die Vereinigung der beiden Länder nach allen Richtungen hin als ausführbar, räthlich, ja als eine nothwendige Maßregel darzustellen versucht habe."

In der That war während der nächsten Monate die Angelegenheit ernstlicher in Angriff genommen, und zwischen den beiderseitigen Landtagen wurden Verhandlungen gepflogen und Schriften gewechselt.

Die Reihe der Oppositionsmacherei kam nun wieder an die Gothaer Abgeordneten und Beamten. „Die Abgeordnetenversammlung zu Gotha, — konnte jetzt Bröhmer am 14. Juni klagen — hat auch die neuerlichen Propositionen der hiesigen Stände in der Vereinigungsangelegenheit von der Hand gewiesen, und wie früher hat auch diesmal das dortige Ministerium, hat der dortige Regierungscommissar zu dieser ablehnenden Erklärung still geschwiegen und auch nicht den entferntesten Versuch gemacht, die Gothaischen Abgeordneten zu billigeren Rücksichten gegen das hiesige früher blühende, durch Gotha aber arm und unglücklich gewordene Schwesterland zu bestimmen."

Während dieser letzten Verhandlungen war ich in Schleswig und athmete die frischere Luft eines nationalen Unternehmens, dessen vorläufig freilich tragischen Abschluß ich in nächster Nähe miterleben sollte. Ich werde davon im Zusammenhange erzählen können, hier sei nur noch bemerkt, daß ich mich auch in dieser Stellung in einer Art von Gegensatz gegen mein Ministerium befand.

Von Gotha und von Coburg machte man mir die größten Schwierigkeiten in Bezug auf die Führung des Commandos bei der schleswigschen Reichsarmee. Die beiden Minister bedrängten mich fortwährend mit der Erklärung, daß ich meine Länder in so schweren Zeiten nicht verlassen sollte. Und allerdings war während meiner Abwesenheit die Verwirrung noch gewachsen. Der einheimische Hader zwischen den Ständen und den Beamten miteinander und untereinander hatte den höchsten Grad erlangt. Die Stellung der beiderseitigen Regierungen zur deutschen Frage, die Beziehungen zur Centralgewalt und zu den Nachbarstaaten hatte das Gleichgewicht der regierenden Fraktionen völlig gestört und mehr und mehr war Herrn von Stein in Gotha, wie Bröhmern in Coburg das Heft der Gewalt entfallen.

Unter dem Drucke der allgemeinen deutschen Verhältnisse waren neue Conflicte mit meinen Ministern unvermeidlich geworden. In bogenlangen Erörterungen bestürmte mich Bröhmer mit dem Wunsche und der Hoffnung, sobald als möglich nach Coburg zurückzukehren: „Diese Rückkehr, sagte er, wird immer nöthiger, ist bereits jetzt zur dringenden Forderung geworden. Ew. Hoheit müssen Höchstsich mit einem neuen Ministerium umgeben. Lassen Ew. Hoheit den Gedanken nicht bei Sich aufkommen, als wollte ich, da ich selbst zurücktrete, aus diesem Grunde auch die Gothaischen Mitglieder dieser Behörde daraus entfernt wissen."

Als ich in der deutschen Frage zu derselben Zeit bestimmtere Stellung nehmen mußte, fand auch dies von Seite Bröhmers Widerspruch und er sah sich „in die Nothwendigkeit versetzt", unter dem 3. Juli 1849 „selbst noch vor der Rückkehr Eurer Hoheit um gnädigste Gestattung meines Austritts aus dem Staatsministerium unterthänigst zu bitten". Die Zänkereien zwischen Stein und Bröhmer hatten damals eine neue Nahrung in mehreren Finanzfragen erhalten, rücksichtlich welcher der letztere dem ersteren jeden Mißbrauch der Amtsgewalt zum Vorwurf gemacht hatte.

Es war nun an der Zeit, daß ich nach Hause zurückkehrte und in den heimischen Zuständen Ordnung zu machen suchte, wo man ein Wort Metternichs anwenden konnte, welches er in jenen Jahren mit einer gewissen Genugthung und Vorliebe zu gebrauchen pflegte, und mit dem er seine Regierungsepoche zu rechtfertigen meinte. In der That auch in Coburg und Gotha fand ich bei meiner Rückkehr: „Confusion auf allen Seiten".

Ich war am 2. August 1849 in Gotha eingetroffen, den trüben Zeitverhältnissen entsprechend, hatte ich mir hier und in Coburg, wo ich des andern Tages spät Abends anlangte, alle Empfangsfeierlichkeiten verbeten. Alles, was in den letzten Monaten vorgefallen war, hatte in der engeren Heimath wie im weiteren Vaterlande nur den Eindruck tiefsten Schmerzes und eines gänz-

lichen Scheiterns aller kühnen Hoffnungen der vergangenen Jahre zurücklassen können.

Um diesen Verlauf der Dinge zu begreifen, sind zunächst die Ereignisse in den großen Centren Deutschlands seit Beginn des Jahres 1848 insbesondere in Frankfurt und Berlin ins Auge zu fassen. Was ich vorerst von meinen thüringischen Bergen und Thälern und von den Stürmen zu erzählen hatte, welche seit den Märztagen bis in die fernsten Winkel des Waldes sich verbreitet hatten, waren meist Bilder, die an und für sich von localem Interesse, aber für die ganze Zeit charakteristisch blieben; sie wurden deshalb dem Leser mit vielen Einzelheiten vorgeführt. An den großen und allgemeinen Fragen war ich aber während derselben Epoche so sehr betheiligt, daß ich dieselben in ihrem ganzen historischen Zusammenhange nunmehr darzustellen in der Lage sein werde.

Zweites Capitel.

Der Kampf um das Reich.

In den Zeiten der Reaction, nach dem Jahre 1850, bemühte man sich von vielen Seiten darzuthun, wie wenig den deutschen Staaten, welche konstitutionelle Verfassungen eingeführt hatten, dieser Umstand auch nur den mindesten Schutz gegen die Revolution des Jahres 1848 gewährt hätte. — An vielen Orten machte man diese Beobachtung gegen das konstitutionelle System mit Glück geltend; man führte dieses Argument insbesondere denjenigen gegenüber ins Treffen, welche gern auf Belgien oder England zu verweisen pflegten und die Ruhe und den Frieden dieser Länder in den Revolutionsjahren eben aus ihren Institutionen erklärten.

Ich will hier selbstverständlich nicht in eine allgemeine politische Discussion eintreten und auch nicht die Frage erörtern, ob in Deutschland die Folgen der Pariser Revolution vermieden worden wären, wenn in den Staaten Mitteleuropas gleichmäßig wie in England, Holland und Belgien ein konstitutionelles Regierungssystem ehrlich gehandhabt worden wäre. Thatsache ist es, daß während der Stürme des Jahres 1848 für die meisten liberal denkenden Menschen in dem ruhigen Verhalten der wahrhaft konstitutionellen Länder eine Art von Trost und Befriedigung lag; und ich schrieb in diesem Sinne mehr als einmal an den König Leopold und an den Prinzen Albert (12. April 1848):

„Unser einziger moralischer Halt ist Belgien, indem es den Beweis liefert, daß die Monarchie auch mit liberalen Institutionen bestehen kann und zugleich eine sichere Garantie gegen die Anarchie bildet. Wir fühlen dies Alle recht deutlich, auch ist diese Ansicht recht in's Volk gedrungen."

Wenn ich mich auf meine eigenen Erfahrungen beziehen sollte, so war mir das Urtheil über den Werth meiner konstitutionellen Principien schwer genug gemacht worden; ich hatte es, wie im vorigen Capitel gezeigt worden ist, mit zwei Ländern zu thun, wovon das eine seit lange seine Repräsentativverfassung, das andere altständische Einrichtungen besaß, aber man hätte hinterher nicht

behaupten können, daß der Unterschied der Bewegungen in dem einen und in dem andern Theile ein sehr großer gewesen wäre. Dennoch darf ich sagen, daß die staatliche Autorität in meinen kleinen Herzogthümern niemals verloren gegangen ist.

Wenn dagegen von reactionärer Seite den deutschen Regierungen der Vorwurf gemacht wurde, daß man in dem unglücklichen März statt zu transigiren und nachzugeben, nur die Gewalt hätte ernstlich brauchen müssen, so wird vergessen, daß diese Gewalt in den Händen von Menschen war, welche sich eben durch die Vernachlässigung der zeitgemäßen konstitutionellen Forderungen in ihrem eigenen Gewissen bedrückt und unsicher fanden.

Das Schlimmste war überall in den großen, wie in den kleinen Staaten das, was ich zu meinem Bruder schon am 25. März in Betreff so mancher deutschen Fürsten, in einem scherzhaften Tone, aber mit richtiger Bezeichnung der Lage sagte: „Die armen Herren haben mit ihren Gesinnungen als Antiliberale geprahlt; aber wo es zum Handeln kam, machten sie bloß schiefe Gesichter; dahinter stecken sie Alle voll von Reactionsideen, die man ihnen gleich auf den ersten Blick ansieht."

Der allgemeine Schrecken, von welchem in Deutschland die regierenden Klassen plötzlich erfaßt worden waren, hatte seinen Ursprung recht eigentlich im Bundestag selbst genommen. Es hatte etwas eigenthümlich gespensterhaftes, als dieses Instrument der verstocktesten Reaction mit einem Male anfing, nationale und liberale Weisen zu spielen.

Am ersten März hatte die Bundesversammlung eine Proklamation erlassen, worin Fürsten und Völker zur Eintracht aufgefordert wurden; die sämmtlichen Regierungen seien sich ihrer Pflichten gegenüber den Gefahren der Zeit bewußt. Der Bundestag wolle die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens muthig in seine Hand nehmen.

Man fragte sich erstaunt, woher diese veränderte Sprache komme und welche Absicht die beiden Großmächte mit derselben verbänden; und da man die letztere nicht zu deuten vermochte, so wurde die Maßregel des Bundestags lediglich als eine Folge der Revolutionsfurcht angesehen. Metternich wollte im Grunde genommen nur eine kleine Schwenkung zu den in Deutschland populären Ideen hinüber machen, um sich und Oesterreich die deutsche Bundeshilfe besser zu sichern.

Er hatte in der Pariser Revolution nur den Anfang einer gegen Italien gerichteten Bewegung erblickt; er glaubte, daß die Mailändischen Demonstrationen gegen Oesterreich und die Bewegungen im Kirchenstaate mit den Pariser Ereignissen unmittelbar zusammenhingen und er erwartete einen Einbruch der Franzosen in Italien in nächster Zeit.

Alte Gewohnheit der Gedanken und die Differenzen mit der sardinischen

und päpstlichen Regierung lenkten das Augenmerk des österreichischen Staatskanzlers mit Nothwendigkeit auf die deutschen Staaten, an denen man den einzigen Rückhalt haben konnte, im Falle es zu kriegerischen Verwickelungen kam. Das alte österreichische Mittel, in französisch-italienischen Nothlagen das heilige römische Reich zu Hilfe zu rufen, sollte auch jetzt wieder angewendet werden, und es galt also in Deutschland Stimmung zu machen. Man entschloß sich zu jener erstaunlichen Ansprache des Bundestags an das deutsche Volk und schien kaum zu ahnen, daß hier ein wirkliches Feuer bereits brannte, in welches man nur Oel goß.

Wiewohl der alte Fürst nachträglich stets behauptete, er habe Alles vorhergesehen, so ist doch nichts gewisser, als daß er in der ersten Woche des März von der unterwühlten Lage von Deutschland keine vollständige Kenntniß hatte, oder dieselbe unterschätzte. Er verhandelte mit Preußen über die zu treffenden militärischen Maßregeln gegenüber der französischen Revolution, er ließ in den einzelnen Staaten Deutschlands und in den der österreichischen Regierung offen stehenden Blättern die Idee der Bundesreform betonen. Er machte endlich den unerwartet kühnen Vorschlag zu Ministerconferenzen in Dresden, welche den Bedürfnissen der Zeit entgegenkommen sollten.

Eine Circulardepesche, welche am 7. März 1848 an die deutschen Regierungen ergangen war, bildete recht eigentlich den Schwanengesang Metternichs, und war ein seltsamer Schlußcommentar zu alledem, was durch dreißig Jahre hindurch versäumt worden ist. Da hieß es:

„Den verhängnißvollen Begebenheiten, welche sich soeben in Frankreich zugetragen haben und den daraus für Deutschland entspringenden Gefahren gegenüber, hat die deutsche Bundesversammlung sicher schon die durch die Umstände gebotenen ersten Maßregeln ergriffen."

„Weitere Eröffnungen, die kräftigste Vertheidigung des deutschen Bundesgebiets gegen jeden Angriff von Außen her betreffend, werden der Bundesversammlung demnächst von Seite der beiden Höfe, von Wien und Berlin, gemacht und daselbst ohne Zweifel sofort zum Beschluß erhoben werden. Hiedurch glauben aber auch diese Höfe das Maß der ihnen in diesem entscheidenden Augenblick obliegenden Verpflichtungen gegen das gemeinsame Vaterland keineswegs erschöpft zu haben."

„Es wird vielleicht der Anstrengung der Gesammtkräfte dieses Vaterlandes, es wird der innigsten Vereinigung der verschiedenen Stämme Deutschlands, sowie zwischen dessen Fürsten und dessen Völkern bedürfen, um uns und unseren Nachkommen die Unabhängigkeit, die Freiheit und die höchsten Güter, welche die menschliche Gesellschaft zu bieten vermag, zu bewahren."

„In solcher Lage der Dinge sind Befestigung des Nationalbandes, welches alle Theile Deutschlands umschlingt, Kräftigung des vaterländischen Geistes durch Verbürgung der Güter, welche alle Deutschen unter dem Schutze des Bundes genießen und genießen sollen, — Befriedigung gerechter Wünsche der Nation endlich, insofern dieselbe mit Erhaltung der Rechte der Krone und des wahren Volkswohls vereinbarlich ist, — Gegenstände, welche unmittelbar in das Auge gefaßt und über welche Deutschlands Fürsten und Städte sofort Beschlüsse fassen müssen."

„Wir bringen in Gemeinschaft mit Preußen zum Behufe einer solchen Berathung die sofortige Versammlung eines Minister-Congresses in Antrag. Derselbe würde in der nächsten Woche und zwar zu Dresden stattzufinden haben. Jede der 17 Stimmen im engern Rath der Bundesversammlung würde den Congreß durch einen Bevollmächtigten zu beschicken haben. Das Programm der in demselben in Verhandlung zu setzenden Punkte, sowie den für dessen Eröffnung zu bestimmenden Tag, werden wir in kürzester Zeit in Gemeinschaft mit Preußen zur Kenntniß unserer Bundesgenossen bringen."

„Die Aufgabe des Congresses würde die Aufstellung von Normen und leitenden Grundsätzen sein, deren Ausführung sodann Sache der Bundesversammlung wäre. Einstweilen wollen Euer . . . die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, von unserer Absicht unterrichten und dieselbe einladen, daß sie sofort in Gemeinschaft mit den in derselben Curie mit ihr vereinigten Regierungen die Wahl des nach Dresden zu entsendenden Bevollmächtigten treffen und uns zur Kenntniß bringen möge."

„Das Gefühl, welches wir bei allen unseren Mitverbündeten voraussetzen, daß heute den Gefahren des Vaterlandes eben so schleunige, als ausgiebige Hilfe entgegengesetzt werden muß, dieses Gefühl ist uns Bürge von der freudigen Bereitwilligkeit, mit welcher sämmtliche Regierungen Deutschlands unserm und Preußens Antrag entgegenkommen werden. Empfangen ꝛc."

In der zwölften Stunde vor dem Ausbruche des Vulkans gedachte also die österreichische Regierung noch einmal mit den alten Mitteln ihrer Politik die Unterstützung der deutschen Fürsten zu erlangen, aber wenn auch einzelne unter denselben geneigt gewesen wären, auf das erneuerte Spiel der Conferenzen einzugehen, so war doch in der breiten Masse des Volkes bis hoch in die gebildeten Stände hinauf jedes Vertrauen verloren gegangen. Die liberale Draperie des alten Bundestages verfing nicht mehr, und die hohlen Phrasen in dem zahnlosen Munde desselben wirkten lediglich ermunternd für die Revolution.

Preußen hatte sich zwar in voller Aufrichtigkeit zum Bundesgenossen auch dieser letzten Phase der Metternich'schen Politik gemacht, aber es erwartete doch

einige Concessionen in Betreff seiner Stellung in Deutschland und in den Bundesangelegenheiten. Gewohnt, alle Verbesserungen seiner Lage von der Gefälligkeit Oesterreichs zu erwarten, hoffte es durch gute Dienste im Falle einer französisch-italienischen Verwickelung in die Lage zu kommen, einige kleine Vortheile einzuheimsen. Friedrich Wilhelm IV. dachte aber nicht weiter, als etwa an den Wechsel im Präsidium des Bundestages. Im Uebrigen machte man in Berliner Regierungskreisen mancherlei nationale Anläufe und Redewendungen und die preußischen Zeitungen gaben zunächst die Parole des deutschen Bundesstaates an Stelle des Staatenbundes aus.

Dem gegenüber gieng aber von Baiern am 12. März ein Cirkularschreiben aus, welches sich rundweg gegen die nutzlosen Ministerconferenzen und vollends in Dresden, als einem weit entlegenen Orte erklärte. Von derlei Conferenzen behauptete die Depesche, daß sie bloß dazu dienen könnten, „an Karlsbad, Verona und Wien zu erinnern":

„Der König hat die Absicht, freudig zu Allem mitzuwirken, was den großen Zweck einer nationalen Erstarkung Deutschlands fördern kann; aber in dem wahren, wohlerwogenen Interesse der Regierungen, wie der Regierten vermag er an Berathungen über deutsche Fragen nur Theil zu nehmen, sofern das Berathen an dem Bundestage in gebührender Form stattfindet, und die Berathungsergebnisse dem hoffentlich bald zur Veröffentlichung gelangenden Bundesprotokolle einverleibt werden."

Fürst Metternich war nicht mehr in der Lage, das bairische Cirkularschreiben zu beantworten, und auch in Preußen waren bereits ganz andere Hände mit der Fortentwickelung der deutschen Frage beschäftigt. Noch in der ersten Woche des März hatte man weder in Wien noch in Berlin einen so raschen Fall der Staatsmaschine erwartet. Die Ereignisse in den kleinen Staaten war man sehr geneigt, lokalen oder ganz besonderen Hofverhältnissen zuzuschreiben, in den großen Staaten dagegen schien die Treue und Verläßlichkeit der Armeen einen unbedingten Schutz gegen die Revolution gewähren zu müssen.

Indessen hätte gerade das Beispiel von Baiern zu zeigen vermocht, wie leicht in jenen Tagen besondere und lokale Verhältnisse zu allgemeinen Veränderungen Anlaß gaben und kleine Ursachen große Wirkungen erzielten. Mit der Entfernung der unglücklichen Gräfin Landsfeld schien das persönliche Zerwürfniß zwischen dem König und seinen Münchnern sicherlich beseitigt, aber seit dem zweiten März hatte die Bewegung einen rein revolutionären Charakter. Man verlangte die Entfernung des Ministers Beck und am 4. und 6. März kam es zu offenem Aufruhr, welcher erst durch die umfassendsten Zugeständnisse des Königs gedämpft worden war.

Mein Vetter, Fürst Leiningen, hatte dem Könige schon am 2. März gerathen, der Bewegung zuvorzukommen und die Kammern zu berufen, jetzt war dem Könige dieses Versprechen durch Gewalt abgenöthigt worden und er mußte erklären, daß die Kammern am 16. März eröffnet werden sollten. Dem Fürsten Leiningen gegenüber hatte Wrede den König zu bereden gewußt, daß er sich ganz auf die Truppen verlassen könne und möge. Als es aber zu den Emeuten vom 4. und 6. März kam, dachte niemand im Ernste daran, wirklich zu schlagen und die Folge davon war, was später überall so verderblich wurde, daß sich der Pöbel einbildete, er habe einen großen Sieg über die „Söldner des Königs" erfochten. Diese in den Märztagen entstandene Wahnvorstellung von den Niederlagen der militärischen Macht der Fürsten war in München, wie in allen deutschen, insbesondere den größern Städten, der eigentliche Quell alles folgenden Uebels.

Als die Bestätigung des eingebildeten Triumphes des Volkes konnte die sogenannte Vereidigung des Militärs auf die Verfassung gelten, welche sich König Ludwig, als einer der ersten Fürsten in Deutschland schon am 6. März abringen ließ. Gleichzeitig wurde das Ministerium Wallerstein gänzlich entlassen, ohne daß man nur über einen Nachfolger des Fürsten zu verfügen gehabt hätte. Thatsächlich war Baiern mehrere Tage ohne Regierung, bis Graf Waldkirch aus Karlsruhe zur Uebernahme des Ministeriums berufen, in München eingetroffen war.

So war Alles und Jedes binnen wenigen Tagen in's Schwanken gekommen und der König befand sich in einer fast verzweifelten Lage, aus welcher sich ihm der Gedanke an die Abdankung immer fester und bestimmter entwickelte. Er hatte seit der Lolaepisode die größten inneren Kämpfe zu bestehen und den unsäglichsten Aerger und Kummer erlebt. Denn diese unglückselige Sache hatte den Frieden seines eigenen Hauses und seiner Familie vielmehr untergraben, als man nach dem sanguinischen Naturell des geist- und gemüthvollen Königs äußerlich annehmen mochte.

Als am 16. März das Gerücht von der Anwesenheit der Gräfin Landsfeld in München neue Unruhen hervorbrachte, scheute man sich selbst in den engsten Hofkreisen nicht, zu erzählen, daß der König mit der Gräfin Landsfeld im Polizeigebäude eine lange Unterredung gehabt habe.

Alle diese Umstände vereinigten sich, um den König zu dem Entschlusse zu bringen, die Regierung niederzulegen. — Das Volk hatte bekanntlich auf das Gerücht hin, daß diese Absicht bestände, sofort den Glauben an eine Zwangslage gefaßt. Man beruhigte sich erst, als Ludwig I. einer Bürgerdeputation mit eigenem Munde die Zusicherung gab, daß keinerlei fremder Einfluß auf seinen Entschluß gewirkt habe.

In Bezug auf die politische Umwälzung, die eben vor sich gegangen war, dürfte im allgemeinen gesagt werden, daß die Gräfin Landsberg, oder ihr Anhang, den König in eine Richtung gedrängt hatte, welche die von ihm gewünschte Stellung Baierns in Deutschland erreichbar scheinen ließ. Allein der Gang der Ereignisse war dem Könige Ludwig nach zwei Seiten hin völlig unerträglich und verderblich geworden.

Das neue Verhältniß, in welches die königliche Macht zu den verantwortlichen Ministern des Staates treten sollte, schien dem König ebenso unannehmbar, wie die abhängige Stellung, in welche Baiern zu der von allen Seiten geforderten deutschen Einheit zu gerathen drohte. In beiden Beziehungen waren dem Könige die Tendenzen, welche selbst solche Persönlichkeiten, wie die Fürsten Leiningen und Wallerstein hervortreten ließen, auf das Tiefste verhaßt. Als die Briefe Leiningens an den König in einer Broschüre veröffentlicht worden waren, gab der König seinem Unmuth über die verderbliche Richtung der Zeit, die Staatsgeschäfte vor die Oeffentlichkeit zu bringen, in den stärksten Worten gegen den Fürsten Wallerstein Ausdruck. — In dem Handbillet des Königs an den letzteren, — so wurde mir wenigstens damals berichtet, ohne daß ich die Thatsache geradezu verbürgen möchte, — soll sogar der Passus enthalten gewesen sein, daß „der König zu dem Fürsten ohnehin niemals irgend ein Vertrauen gehabt habe".

Die Regierung Maximilians II kündigte sich als eine streng constitutionelle an. Ein Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister wurde veröffentlicht. Der Landtag, den noch König Ludwig auf den 23. berufen hatte, wurde bereits von seinem Nachfolger eröffnet.

Weniger stürmisch, aber nicht minder folgenreich als in Baiern, waren indessen in den kleineren westlichen Staaten die Bewegungen aufgetreten. — In Baden war am 1. März durch eine Mannheimer Deputation eine Art Sturmpetition der ohnehin tagenden Kammer überbracht worden, deren 12 Punkte von dem Ministerium gebilligt worden waren. Die Tendenz der Bewegung wendete sich hauptsächlich den allgemeinen deutschen Fragen zu, von denen gleich nachher zu sprechen sein wird.

In Würtemberg zeigte der König anfänglich Lust, sich den Forderungen der Massen entgegenzustellen, endlich wählte er am 9. März ein Ministerium aus der bisherigen äußersten Opposition des Landtags. — Im Großherzogthum Hessen machte sich der Einfluß von Mainz aus, wo von Anfang an ein Hauptheerd der Revolution brannte, geltend. Der Großherzog nahm am 5. März seinen Sohn, den Thronfolger Ludwig III, zum Mitregenten an, und Heinrich von Gagern wurde an die Spitze des Ministeriums gestellt.

In Nassau war die Verwirrung so vollständig, daß man gleich auf den ersten Schreck hin nicht nur alle möglichen und unmöglichen politischen Concessionen machte, sondern auch die gesammten Domainen dahingab. Von dem damaligen Minister Grafen v. Dungern erzählte man die spaßhafte Anekdote, daß er selbst Befehl gegeben habe, die Eisenbahn unfahrbar zu machen, damit ihm nicht etwa Bundestruppen zu Hilfe kommen könnten.

In Kurhessen hatte die Revolution, wie im Jahre 1831, so auch 1848 einen besonders scharf ausgeprägten persönlichen Charakter. Während man in den politischen Forderungen gemäßigter aufgetreten war, als in manchen andern kleinen Ländern, erhob man sich gegen die Person des Kurfürsten in Ausdrücken, wie sie bis dahin in Deutschland wohl noch nie vorgekommen waren.

In Hanau hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, welche an den Kurfürsten ein Ultimatum sendete, worin es hieß, derselbe müsse sich binnen drei Tagen unterwerfen, denn man mißtraue nicht bloß seiner Regierung, sondern ihm ganz persönlich. Am 10. März wurde Alles gewährt, was die Hanauer forderten; der Kurfürst kapitulirte, aber mit der festen Absicht, sobald als möglich seine Versprechungen zurückzunehmen.

In Oldenburg und Braunschweig waren den Fürsten, in Hamburg, Frankfurt und Bremen den Stadtmagistraturen die üblichen Concessionen während der Woche vom 3. bis 10. März durch tumultuarische Auftritte abgerungen worden.

Nirgends ein rechtzeitiges Zugeständniß, überall ein Abwarten schmählicher Tumulte und wüsten Geschreies des sogenannten Volkes. Hierin lag das wahrhaft beschämende und demoralisirende Moment der deutschen Bewegung, wodurch selbst in den kleinsten Orten alle Autorität der Behörden für die nächsten Monate von vornherein untergraben worden war. Schlimmer noch war die Sache in einigen Gegenden des obern Deutschlands, wo die Bauern das Beispiel der städtischen Tumultuanten mit derberen Fäusten nachahmten und sich an dem Eigenthum der adeligen Herrschaften vergriffen. Insbesondere litt hierunter der fränkische Adel, dem von den Regierungen leider gar keine Hilfe und Unterstützung gegen die muthwilligen und barbarischen Verwüstungen seines Eigenthums gebracht werden konnte.

Man glaubte sich im Bauernkriege von 1525. Aber Erscheinungen dieser Art mußten eintreten, um denen die Augen zu öffnen, welche die tief revolutionäre Bedeutung der Ereignisse zu verkennen schienen. Auch mein Bruder war in England sehr geneigt, sich ein günstigeres Bild von den Umwälzungen in Deutschland zu machen und die sozialen Schwierigkeiten zu unterschätzen, die sich drohend erhoben hatten.

Mein Bruder hatte den Beginn der deutschen Bewegung fast mit einer Art von Enthusiasmus begrüßt, und seine optimistisch akademische Art, in welcher

er die Sache anfangs behandelte, leuchtete aus einem Briefe vom 14. März in außerordentlich merkwürdiger Weise hervor:

„In Deutschland" — heißt es da, — „sieht es trüb aus, doch verliere ich die Hoffnung nicht, daß wenn der erste Ausbruch vorüber und einiges von den Regierungen Versäumte nachgeholt worden ist, eine deutlichere Erkenntniß des Rechten eintreten wird. Die Beweise von Anhänglichkeit an die Fürsten und deren Häuser sind doch nicht zu verachten und das Streben nach deutscher Einheit ein lobenswerthes. Zu bedauern ist, daß die Aufregung in Deutschland es den denkenden Deutschen unmöglich macht, dem Pariser Experiment mit ungetheilter Aufmerksamkeit zu folgen".

„Es ist eines der merkwürdigsten Schauspiele, die die Geschichte je geboten hat und voller nützlicher Lehren für alle Staatsmänner und Staatskundige. Man sieht so recht, wie das vermessene Eingreifen der tolldreisten Menschenhand in das Räderwerk der sozialen Maschine, die mehr von Naturkräften und nach Naturgesetzen getrieben wird, als durch menschliche Weisheit, die Maschine zerstört und alle die Naturkräfte gegen die Societät entfesselt. Der Kreis wird immer enger und enger und die Katastrophe rückt sichtlich heran. Ein Ausbruch nach Deutschland hin wird schwer ausbleiben; und Gnade Gott den Deutschen, wenn auch sie gegen die Natur gesündigt haben und nicht einig sind."

Selbst die hierauf eingetretenen Erschütterungen in Wien und Berlin konnten die frohen Hoffnungen meines Bruders nicht trüben. Ja, er schrieb am 21. März an meinen Oheim:

„Seitdem ist eine neue Katastrophe eingetreten: in Wien! Metternich irrt flüchtig umher! So entsetzlich eine solche Disreption eines lange gespannten Systems ist und so sehr man dabei vor Excessen zittern muß, so sehe ich doch in diesem Ereignisse die Rettung Deutschlands und auch Italiens. In Deutschland wird es den Fürsten das Vertrauen der Völker wiedergeben, die nun durch keinen geheimen Einfluß mehr angeregt werden, falsch zu spielen, viel zu geben und heimlich wieder abzuziehen; den König von Preußen wird es auf seine eigenen Füße stellen und die Unmöglichkeit beseitigen, constitutionelle und absolute Staaten in einem Bunde zu politischem, gemeinsamem Wirken zu vereinigen."

„In Italien wird der Prätext von österreichischer Aggression zu Boden fallen und der Lombardei selbst das zugestanden werden, um dessentwillen sie sich von Oesterreich losreißen wollte."

„Was nun in Berlin geschieht, ist höchst wichtig, leider brechen unsere Nachrichten in der Mitte eines Kampfes in den Straßen ab; Gott gebe, daß der König wenigstens in den Straßen Sieger geblieben ist! Der Einfluß Rußlands auf Deutschland ist nun wohl hin und auch dieser Druck von den Regierungen, dieser Argwohn von den Völkern genommen. Ich bilde mir ein, daß Folgendes

der neue Zustand werden wird: Oesterreichische Provinzialstände in Böhmen, Mähren, Tyrol, Oesterreich, Krain, Steyermark, Venedig, der Lombardei — vereinigter Landtag in Wien, nach Muster des preußischen. Förmliche moderne Constitution in Ungarn. Volksthümlich organisirter deutscher Bund mit deutschen Ständen, eine zwischen Oesterreich und Preußen alternirende Reichsverweserschaft (mit gewissen executiven Prärogativen), Zollverband für ganz Deutschland."

„Wenn dies organisirt ist und gut erscheint, Nachahmung desselben Zustandes in Italien, italienischer Bund- und Zollverband, in welchen Oesterreich gleichfalls mit seinen dortigen Provinzen tritt. Oesterreich durch seine Macht der Schwerpunkt in beiden Staatenbünden und dadurch das Vereinigungsglied zwischen beiden. Die ganze Mitte Europas so zu einer conservativen einigen Masse verschmolzen, die den asiatischen Barbaren in seinen Schranken hält und ebenso den unruhigen Störenfried, den Gallier: Moderne, constitutionelle, industrielle Verwirklichung der mittelalterlichen Idee des heiligen römischen Reichs."

Selten mag in diesen Tagen der Unruhe und in der ewigen Noth des Augenblicks ein größeres und, wenn man will, reineres politisches Phantasiegebilde von einem politisch denkenden und einflußreichen Manne entworfen worden sein, als das voranstehende; ich hatte aber meinerseits die Ueberzeugung, daß, wenn auch der Grundgedanke eines politischen Systems, wie es mein Bruder sich dachte, anziehend genug sein mochte, zunächst gar keine Aussicht zu dessen Verwirklichung vorlag.

Die Revolution in den großen Staaten Deutschlands, von deren Zukunft mein Bruder in dem voranstehenden Briefe ein so hoffnungsvolles Bild entwerfen zu können meinte, rechtfertigte seine Vorhersagungen keineswegs. Was vor Allem Oesterreich anbelangte, so waren die Erschütterungen des alten habsburgischen Länderbundes viel verderblicher, als Prinz Albert vermuthet hatte. Vom ersten Augenblicke der Bewegung zeigte sich eine Tendenz gänzlicher Auflösung in der ungleichartigen Masse von ehemals selbständigen Königreichen und Nationalitäten. Die Existenz der Monarchie war mehr als zweifelhaft, und die österreichischen Fonds und Papiere erlitten sofort eine Entwerthung, wie sie seit den Napoleonischen Kriegen in Europa nicht mehr erhört worden war.

Die Bewegung der Märztage selbst hatte in ihrem Beginne in Wien mehr den Charakter einer Hof- und Palastrevolution, wie einer Volksbewegung; erst in Folge des Sturzes der bestehenden Regierung wurde die allen politischen Angelegenheiten entfremdete Bevölkerung in ein revolutionäres Treiben gesetzt, welches insbesondere von den Italienern, Ungarn und Polen unterhalten wurde. Ueber dem Lärm der akademischen Schuljugend, der Arbeiterbevölkerung und des Straßengesindels, dessen die verschiedensten Ministerien nicht Herr zu werden

vermochten, war der unglückselige Ursprung der Wiener Revolution fast ganz vergessen worden und pflegt auch heute noch nicht in seiner Einfachheit völlig erkannt zu sein.

Das Verhängnißvolle in dem Untergange des Metternich'schen Systems in Oesterreich lag am meisten darin, daß der alte Kanzler bis zuletzt noch die revolutionären Brände Europas überall auszulöschen bestrebt war und kaum bemerkte, daß er in nächster Nähe, in der alten historienreichen Hofburg selbst von Gefahren bedroht war. Bekanntlich hatte die Vormundschaftsregierung des Kaisers Ferdinand, das Triumvirat Metternich, Kolowrat und Erzherzog Ludwig schon seit Jahren nur mit großer Mühe gegen den Andrang der Hofpartei gekämpft, welche sich mehr um die Erzherzogin Sophie schaarte.

Da in diesem Reiche der außerordentliche Fall vorhanden war, daß eine Regentschaft für den regierungsunfähigen Monarchen fungirte, ohne daß dieselbe durch irgend ein Staatsgesetz, eine ständische Anerkennung oder durch irgend einen öffentlichen Akt autorisirt gewesen wäre, so war es nicht allzu schwer, den Sturz des Systems herbeizuführen.

Im größeren Publikum hatte man kaum von dem Bestand dieser Regentschaft genaue Kenntniß, und da der Monarch noch fähig war, seinen Namen zu schreiben, so erhielt sich die Fiction von der Regierung Ferdinands bis zu dem Augenblicke, wo ein Theil der kaiserlichen Familie selbst eine Aenderung in dieser Regierung herbeizuführen strebte. In dem Rathe der Drei aber waren bereits seit dem Ausbruche der italienischen Bewegungen erhebliche Differenzen vorhanden, und über die Behandlung der inneren Fragen war mit Rücksicht auf Ungarn, Polen und Böhmen eine Einigkeit nicht mehr zu erlangen.

Mit Metternichs Flucht und der Vertreibung des höchst unschuldigen Bürgermeisters von Wien waren alle Bande der Ordnung gelöst; eine anfänglich gutmüthige, aber völlige Anarchie setzte sich dauernd fest. Die Revolution machte jedoch vor dem Namen des Kaisers und vor der Person des kindlichen Monarchen bezeichnenderweise Halt. Das eitle Spiel mit Institutionen und Regierungsprogrammen, welches sich in den nächsten Wochen zwischen dem armen Ferdinand und einer im Ganzen patriarchalisch gewöhnten Bürgerschaft in Wien vollzog, sicherte wenigstens die Monarchie vor den ernsthafteren Angriffen der Provinzen. — Man mußte zufrieden sein, den Centralpunkt aufrechtzuerhalten und so wurden die ursprünglichen Pläne der Thronveränderung auf eine geeignetere Zeit vertagt.

Die Verwaltung wurde der Hauptsache nach durch einen alten Büreaukraten, dem es glücklicherweise an einer augenblicklichen Popularität nicht mangelte, neu zusammengefaßt, und die Staatskanzlei folgte zu sehr dem Gesetze der Trägheit, als daß der rasche Wechsel unter den Nachfolgern des gewaltigen

Fürsten der alten Diplomatie eine große Veränderung in den auswärtigen Beziehungen der habsburgisch-lothringischen Hausmacht hätte hervorbringen können. Fiquelmont, Lebzeltern, Wessenberg, warfen sich alle drei mit großer Vehemenz auf die deutsche Frage und sahen ihre Hauptaufgabe darin, die Lehre des abgegangenen Meisters aufrecht zu halten: alles Andere eher und lieber geschehen zu lassen, als eine Stärkung der preußischen Macht in dem staatenbündischen Reiche des mittleren Europa.

Eine der merkwürdigsten Folgen der Wiener Ereignisse lag in der Rückwirkung derselben auf die deutschen Staaten selbst. Der Sturz des Systems in Oesterreich, in welchem so viele deutsche Regierungen ihren einzigen Rückhalt erblickt hatten, raubte den conservativen Kräften in den kleinern Staaten ihre letzte Hoffnung und ihren letzten Muth. Jetzt erst fühlte sich das revolutionäre Philisterthum der kleinen Residenzen völlig siegestrunken, da der gefürchtete Meister der deutschen Bundespolizei nicht mehr von seinem gesicherten Winkel an der Donau gefährlich zu sein vermochte.

So war auch in Sachsen das berechtigte Selbstvertrauen des Königs, mit welchem er dem Andringen der Tumultuanten fast 14 Tage Widerstand geleistet hatte, durch die Nachricht von den Wiener Ereignissen gebrochen worden. Die Leipziger Demonstrationen in den ersten Märztagen waren noch von dem Könige muthig zurückgewiesen worden und nichts schien ihn in dem Entschlusse wankend machen zu können, nur auf dem Wege der gesetzlichen Ständeverhandlungen Reformen zuzugestehen. Aber das Verlangen nach unbedingter Aufhebung der Censur war doch ein zu sehr begründetes, als daß man auf die Beschlüsse der Stände hätte warten wollen. Am 6. März nahm der Minister von Falckenstein seine Entlassung, aber in der Proclamation des Königs vom gleichen Tage, war die Berufung der Stände erst auf den Anfang Mai versprochen worden. Diesen sollte alsdann ein Preßgesetz vorgelegt werden. Der König glaubte noch durch Ermahnungen wirken zu können und forderte, man möge im Vertrauen auf ihn den Befugnissen der selbstgewählten Vertreter nicht vorgreifen.

Aber die Bildung eines neuen Ministeriums ließ sich nicht bis zum Zusammentritte der Stände vertagen und eine Reconstruction des alten unter dem Vorsitz von Könneritz und mit Beibehaltung von Wietersheim, gehörte zu den Unmöglichkeiten, wenn man die Ruhe von Leipzig und Dresden nicht mit Gewalt aufrecht zu halten vermochte. So sah sich der König in wenigen Tagen genöthigt, immer weiter nach links zu gehen, und nach neuen Räthen seiner Krone zu suchen. Es wurde endlich am 16. März das Ministerium Braun gebildet, welches bis zu dem radicalen Oberländer alle Schattirungen der Opposition in sich vereinigte und gleich vom ersten Momente den vom König bezeich-

neten verfassungsmäßigen Weg verließ, um bis gegen Ende des Monats März im Wege der Octroyirungen dem Lande alle möglichen Freiheiten in der üblichen Weise der seltsamen Zeit zu gewähren.

Der Kriegsminister in dem neuen Cabinete war Oberst von Rabenhorst, derselbe, welcher die Vereinigung der sächsischen und thüringischen Armee, wie ich im früheren Kapitel gezeigt habe, als ein Ziel seiner Aufgabe in's Auge gefaßt hatte. Neben ihm hatte der Leipziger Professor von der Pfordten in diesem Ministerium seine politische Carriere begonnen, welche nachher in Baiern fortgesetzt und für die gesammten deutschen Verhältnisse wichtig und verhängnißvoll geworden war. Er war, wie man in Leipzig zu erzählen wußte, in den ersten Märztagen in keiner Weise besonders hervorgetreten und da er kein Sachse war, so trug er auch Scheu, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen.

Es soll ein reiner Zufall gewesen sein, daß man ihm, weil der Rector im Gedränge der Zeit nicht fertig zu werden vermochte, die Abfassung einer Adresse der Universität an den König übertrug, welche am 3. März von dem Senate beschlossen worden war. Dieser Umstand wurde für das Leben von der Pfordtens entscheidend; denn eben dadurch war er am Hofe und in der Bevölkerung bekannt geworden und durfte unter den liberalen Ministern des 16. März nicht fehlen.

Eine eigenthümliche Verkettung von Umständen hatte bewirkt, daß Herr von Beust, der in London Gesandter war, nicht schon damals das Ministerium des Aeußern übernahm; der König hatte ihn wirklich dazu bestimmt und nach Dresden berufen, Herr v. d. Pfordten hatte ihm aber in plötzlich erlangter Popularität den Rang abgelaufen, um anderthalb Jahre später, im Frühjahr 1850 an der Zerstörung der letzten Hoffnungen auf die Einheit Deutschlands gemeinsam mit ihm zu wirken. So eigenthümlich waren die Wege, welche den aufstrebendsten und für die nächsten Decennien eingreifendsten Menschen durch die Revolution von 1848 gebahnt worden waren!

Daß sich gerade in Sachsen, wo man nicht radical genug vorgehen zu können schien, aus der Märzbewegung die beiden Staatsmänner, welche den Fortschritt des deutschen Einheitsgedankens am meisten verhinderten, entpuppten, war eine schon nach kurzer Zeit hervortretende Ueberraschung, die gewiß Niemand weniger voraussah, als der aufrichtige und ehrliche König Friedrich August.

Inzwischen hing die nächste Zukunft Deutschlands an Berlin; wie sich dort die Verhältnisse gestalteten, mußte bei dem Umstande, daß die Dinge überall in's Wanken gekommen waren, geradezu entscheidend sein. Daher die gespannte Aufmerksamkeit, mit welcher alle denkenden Politiker auf den König blickten.

In meiner nächsten Umgebung, wie bei meinen nächsten Verwandten herrschte das zuversichtlichste Vertrauen vor. Besonders günstig schien sich die Sache Preußens zu gestalten, da Berlin in den ersten beiden Wochen des März ziemlich ruhig verblieb und es den Anschein hatte, als ob der König das Heft fest in seiner Hand hielte. Er hatte am 6. März die Sitzungen der vereinigten Ausschüsse geschlossen, und dabei die Periodicität des vereinigten Landtags in unbefangenster Weise als eine in der Natur der Institution begründete Sache erwähnt.

In den Provinzen, voran in Köln, waren zwar einige Ruhestörungen vorgekommen, denen solche in Breslau, Magdeburg, Königsberg gefolgt waren, aber die Adressen, welche von den Gemeindebehörden dieser und anderer Städte angenommen und nach Berlin gesendet wurden, hielten sich innerhalb enger Schranken, und mit Ausnahme von Königsberg nahmen die Dinge nirgends einen gefährlichen Charakter an. Dennoch gerieth das Ministerium schon diesen geringfügigen Agitationen gegenüber ganz außer Fassung. Es vermochte sich weder zu energischen Maßregeln, noch auch zu Concessionen zu entschließen. Der Forderung nach Preßfreiheit wurde durch eine höchst unglückliche Cabinetsordre vom 8. März im Principe nachgegeben, während der Ausführung gleich wieder durch eine Verschiebung bis zur Zustandebringung eines Bundespreßgesetzes die Spitze abgebrochen werden sollte.

Der König ergieng sich in diesen Tagen in endlosen Reden an die verschiedensten Deputationen. Der Berliner Magistrat brachte einige dieser königlichen Worte zur öffentlichen Kenntniß und doch konnte man nur erstaunen, in einer so drängenden Zeit soviel theoretische Erörterungen von höchster Stelle des größten deutschen Staates zu vernehmen. Da war wieder von der in der germanischen Natur begründeten Standschaft die Rede, da sollte mit Worten, wie „freie Fürsten, freie Völker", mit Wahlsprüchen wie „kühn und bedächtig" einer Bewegung Bahn und Ziel vorgezeichnet werden, welche doch nicht zu verkennen war, wenn sie dem festen Gefüge der preußischen Verwaltung gegenüber zunächst auch nur leise auftrat.

In dieser Lage versagten die alten Räthe vollständig den Dienst. Die zwitterhaften Geschöpfe des königlichen Vertrauens, welche mit ihrer halben Frömmigkeit und halben Liberalismus seit 1840 alle Halbheiten des Staates unterstützen, fanden sich nun auf einmal zu schwach und riethen zu Concessionen, die sie jedoch nicht selbst verantworten wollten. Sie glaubten Andere vorschlagen zu sollen, welche die Ausführung der neuen Ordnung der Dinge zu übernehmen hatten. Denn um dem königlichen Herrn persönlich und seinen Gesinnungen nach wohlzugefallen, aber doch zugleich sagen zu können, daß sie die Nothwendigkeit von Reformen rechtzeitig angerathen hätten, reichten sie ihre Entlassung in dem

schwierigsten Momente ein, und der König genehmigte dieselbe im Geheimen. So bestand in Preußen an dem verhängnißvollen Tage des 18. März thatsächlich keine eigentliche Regierung und der König stand allein und befand sich in einer Lage, die allerdings einzig in ihrer Art und nur zu sehr geeignet war, Mißverständnisse in allen Richtungen herbeizuführen.

Man fühlt sich gedrungen, in einem historischen Rückblicke auf diese unglückliche Zeit durch diese Erwägung Friedrich Wilhelm IV. einigermaßen von den Vorwürfen zu entlasten, welche die Zeitgenossen und insbesondere die Militärs auf ihn gehäuft haben. Unenträthselt blieb es auch mir, welche Bewandtniß es eigentlich mit dem Befehl des Rückzuges der Truppen nach vollkommen erlangtem Siege hatte.

Das wenige, was ich damals darüber zu erfahren vermochte, schrieb ich in mehreren Briefen aus dem März 1848 an meinen Bruder:

Gotha, 20. März.

„Soeben kehrt Alvensleben aus Berlin zurück, er war Zeuge der furchtbaren Ereignisse! Die letzte Hauptstadt Deutschlands ist nun dem ultraliberalen Princip verfallen. Die Monarchie hat dort die letzte Schlacht verloren. „Wer nicht hören will, muß fühlen", bleibt wahr. Noch ist ungewiß, ob der König sich wird halten können. Er hatte nachgegeben und wollte dann noch kämpfen; Blut ist in Strömen geflossen; die Truppen, wie die Bürger haben wie Löwen gefochten, ich kann sagen wie Ritter, denn die Bürger haben ohne Ingrimm gegen die Truppen sich geschlagen und haben diese, nachdem zwei Tage lang der Kampf unentschieden geblieben war, als sie der König aus der Stadt schickte, mit Jubel hinausbegleitet. Die Stadt wurde gestern illuminirt."

„König und Königthum hat sich der bewaffneten Masse des Volkes auf Gnade und Ungnade ergeben und es wird von dessen Großmuth nun abhängen, was es für Befehle und Bestimmungen ertheilen wird. Bis jetzt war noch Vieles zu halten, um im Verein mit den Liberalen und Gutgesinnten der Revolution vielleicht Einhalt zu thun."

25. März.

„Die Berliner Zustände drohen die meiste Gefahr. Der König will sich an die Spitze stellen und wird die Zügel schießen lassen, um nicht sofort über Bord geworfen zu werden; nie wird er aber aufrichtig der deutschen Sache dienen.

„Alles dies läßt uns befürchten, daß er für die Ultraradicalen, deren es viele und mächtige gibt und die nur den gänzlichsten Umsturz aller Verhältnisse wollen und auch ganz anticonstitutionell sind, der gefundene Mann ist: sie benutzen ihn, um uns ruhige Liberale und besonders alle Fürsten so ziemlich

aus dem Sattel zu bringen und lassen ihn dann zur richtigen Zeit fallen. Natürlich fallen wir dann mit und ein Verhältniß wird hergestellt, wie das Schweizer, was den Leuten im Allgemeinen sehr gefällt. Diese Befürchtung ist allgemein und wir gehen einer sehr gefährlichen Zeit entgegen. Beherzige das wohl, die Ansichten sind nicht ungegründet aufgestellt. Solltet Ihr influiren können, so thut es, sucht besonders herauszubringen, was der König im Schilde führt. Man spricht allgemein davon, daß er, um selbst sicher zu stehen, uns kleine Fürsten zu opfern gedenkt. Die Stimmung ist im Augenblicke jedoch ganz gegen ihn."

Mein Bruder ließ sich dagegen in seinem Vertrauen auf den König durchaus nicht erschüttern, und es wird von Interesse sein, die Erwiderungen desselben wenigstens in einigen charakteristischen Hauptpunkten kennen zu lernen.

Buckingham Palace, 30. März.

„Ich habe zwei liebe Briefe von Dir erhalten, für welche ich herzlich danke. Wenn gleich die Aufregung in Deutschland noch sehr groß sein muß, und europäisch sich die Zustände immer mehr verwickeln, so scheint doch jetzt Deutschland sich wieder consolidiren zu wollen. Ich begreife nicht, warum die Handlungsweise des Königs von Preußen nicht Deinen Beifall hat. Er hat das allein gethan, was ihm zu thun übrig blieb und dadurch Deutschland einen ungeheueren Dienst geleistet. Das neue Deutschland wird und muß geformt werden und übernimmt es ein bedeutender deutscher Fürst nicht, so fällt das Werk in Hände von Clubs, Vereine, Professoren, Theoretiker, Schwindler; und wird das Werk nicht bald begonnen, so läuft die Demokratie damit davon. Ohne Kaiser als Oberhaupt wird eine Republik daraus mit endlicher Auflösung in einen Amerikanischen oder Schweizer Zustand."

„Ich habe mich auch darüber gemacht, einen constituirenden Plan auszuarbeiten, der mir mehr Garantien für eine erfreuliche Zukunft gibt, als der Heidelberger mit seinem der Pariser Constituante nachgemachten Parlament von 90. Gefällt er Dir, so adoptire ihn und suche ihn nach Möglichkeit zu unterstützen; es gilt etwas Fertiges vorbringen zu können. Ich habe ihn auch nach Berlin, Wien, Dresden, München etc. geschickt. Thue das Deinige dazu."

„P. S. Der arme Prinz von Preußen ist zu sehr zu bedauern, under a cloud zu sein und ganz ungerechter Weise, denn er geht franchement in's Neue ein."

„P. S. (2.) Noch ein paar Worte. Soeben erhalte ich Deinen lieben Brief vom 25. Ich finde wieder Mißtrauen gegen den König von Preußen. Ich kann Dir versichern, daß ich in des Königs Charakter die größten Garantien für die Sicherheit der anderen Souveräne finde. Er hat dem Pietätsgefühle

gegen Oesterreich und die anderen deutschen Souveräne zu Liebe seine meisten politischen Fehler gemacht, und in seinem energischen Vorschreiten ist allein Rettung zu suchen; darum auch die Wuth der Radicalen darüber. Ihr Hauptkniff wird sein, die Fürsten durch kleinliche Considerationen getrennt und dadurch geschwächt zu erhalten. Um Gotteswillen laßt Euch in diesen Fallen nicht fangen. Eure Souveränetät würde dadurch am meisten gefährdet und endlich einer Republik unterliegen. Predige dies rechts und links."

Wie man aus voranstehenden und noch manchen anderen Briefen, auf die ich nachher zurückkomme, ersieht, hatte mein Bruder die preußischen Angelegenheiten und Ereignisse mit denen von Deutschland vollkommen identificirt. Er vermochte kaum zu denken, daß König Friedrich Wilhelm seine Entschlüsse in den entscheidenden Tagen des März aus einem anderen Gesichtspunkte gefaßt hätte, als aus dem des deutschen Einigungswerkes. In dieser Anschauung wurde er, wie zum Theil alle Welt, durch das Auftreten nach dem Abzuge des Militärs von Berlin bestärkt.

Wie bekannt hatte Friedrich Wilhelm IV. zwar schon vor dem Ausbruche der Revolution verkündet, daß er im Begriffe stehe, Vorschläge zur Regeneration des Bundes zu machen; aber erst am 21. März erschienen die seltsamen Worte, die mit den Thatsachen im schreiendsten Widerspruch zu stehen schienen, nach welchen der König die Leitung und Führung Deutschlands zu übernehmen sich bereit erklärte. Wenn er jetzt davon sprach, daß Preußen in Deutschland „aufgehen" sollte, so sah man hierin nur den Angstruf eines geschlagenen Mannes, und aus dem gleichen Grunde erhob sich das altpreußische Bewußtsein gegen eine nationale Idee, welche wie zur Rettung angerufen worden war.

Wenn Heinrich v. Arnim, der in das nun von dem Grafen Arnim-Boitzenburg gebildete Ministerium berufen wurde, später behauptete*), daß die Proklamation des Königs vom 21. März „von dem übrigen Deutschland mit Hohn und schnöder Verachtung aufgenommen worden und Deutschland daher noch nicht reif für jene Gedanken gewesen sei", so entspricht dies, wie aus meinem oben angeführten Briefen hervorgeht, der Sachlage nicht vollkommen. Man häufte allerdings auf den mit der schwarzrothgoldenen Fahne umherreitenden König Spott, weil man bemerkte, daß er dies in einem Augenblicke that, wo er jede Macht, deren er sich nicht zu bedienen wußte, als er sie besaß, verloren hatte. Wenn selbst Stockmar**), dem das Eingeständniß unendlich schwer fiel, damals einräumte, daß der König total abgewirthschaftet habe, so ist doch gewiß nicht

*) Frankfurt und Berlin S. 18. Stockmar Denkw. S. 457.

**) Denkwürdigkeiten, ebendas.

davon zu reden, daß die anderen Deutschen für die Einheit Deutschlands nicht reif gewesen wären.

Der Umschwung der öffentlichen Meinung in den dem preußischen Wesen selbst am nächsten stehenden Staaten und Gebieten war denn auch leider ein vollständiger. Alles wandte sich von der nordischen Sonne ab, um den von Südwest her aufgegangenen, freilich höchst zweifelhaften Gestirnen der nationalen Wiedergeburt zuzujubeln.

Im Westen von Deutschland, wo man noch in den Traditionen des alten deutschen Reiches lebte, wo man immer noch die Erinnerung an die alten Centren fränkischer und schwäbischer Kaisermacht pflegte, konnte man nicht anders denken, als daß die Regeneration Deutschlands von unten herauf sich vollziehen müsse und daß Volk und Kammern dieser eigentlichen Reichsländer in erster Linie berufen wären, die nationale Neugestaltung zu bewirken.

Aber die Ideen, welche über die Wiederherstellung der deutschen Centralgewalt von hier aus verbreitet wurden, hatten etwas so nebelhaftes und unbestimmtes, daß man sich kaum vorzustellen vermochte, wie denn ein solches Reich neben den die unbeschränktesten Gesetzgebungsrechte in Anspruch nehmenden Länderkammern eigentlich bestehen sollte.

In den einzelnen Staaten wollte man auch durchaus nichts von Vorbehalten zu Gunsten der Bundesgesetzgebung hören und ich hatte selbst in meinen eigenen Herzogthümern die Erfahrung gemacht, daß gerade die bundestreuen Aeußerungen in meinen Proklamationen die allerwenigste Befriedigung hervorgerufen hatten. Man wollte eben Alles auf einmal erlangt und zugestanden haben, und was das deutsche Reich anbelangte, so dachte sich der größte Theil der nationalgesinnten Deutschen irgend ein republikanisches Gebilde in der traumhaften Gestalt alter Kaisererinnerungen.

Ich weiß nicht, ob die aus jenen Tagen so vielfach citirte Anekdote von dem Verlangen des Volkes nach der Republik mit dem Großherzog auf irgend einem thatsächlichen Ereigniß beruhte, aber der Sache nach war der Sinn der Meisten wirklich auf eine Gestaltung Deutschlands gerichtet, bei welcher die engeren Vaterländer in aller Schärfe selbständiger constitutioneller Monarchien gedacht, aber das deutsche Reich als Ganzes nur als republikanisches Ideal vorgestellt wurde.

Die von Römer und Itzstein veranlaßte Zusammenkunft der Mitglieder deutscher Kammern zu Heidelberg hatte am 5. März stattgefunden. Die ersten Erklärungen des Bundestages, die deutsche Reform betreffend, folgten in den Tagen vom 6.—10. März und die deutsche Proclamation des Königs von

Preußen am 18. desselben Monates. Die Heidelberger Richtung schritt bekanntlich zum Vorparlament in Frankfurt fort, welches vom 31. März bis 3. April tagte und den fünfziger Ausschuß zurückließ. Der Bundestag verstärkte sich in der Zwischenzeit mit den Vertrauensmännern der siebzehn Stimmen und reformirte sich in seinem Personalstand durch lauter Männer von liberaler und populärer Richtung.

Daneben waren aber in Berlin die größten Anstrengungen gemacht worden, um die nationale Bewegung mit den Bestrebungen Preußens zu identificiren, und wirklich hatte es einen Augenblick den Anschein gehabt, als ob die Ideen, für welche Radowitz seit Jahren den König von Preußen zu gewinnen strebte, Aussicht auf Verwirklichung hätten. Da die von Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich ergangene Einladung zu den Conferenzen nach Dresden keine Annahme gefunden hatten, so war man in Berlin auf den glücklichen Gedanken gekommen, die Bundesversammlung nach Potsdam zu berufen, und es ist eine der merkwürdigsten, gegenwärtig gänzlich vergessenen Thatsachen der Geschichte, daß Oesterreich wirklich in den Märztagen dieser Maßregel seine volle Zustimmung ertheilte. Schon hatte Graf Colloredo als Bundestagspräsident den Auftrag von seiner Regierung erhalten, die Sitzungen in Frankfurt zu schließen und sich nach Potsdam zu begeben, wohin, wie es in der Depesche hieß, der Bundestag temporär verlegt sei.

Aber bevor noch am 25. März die Conferenzen in Potsdam eröffnet werden konnten, war plötzlich eine ungeheuere Wendung in der österreichischen Politik vor sich gegangen und mit derselben Entschiedenheit, mit welcher man eben auf die Anträge Preußens eingegangen war, erhob man sich jetzt gegen dasselbe. Der dem Bundestagspräsidium ertheilte Befehl, nach Potsdam überzusiedeln, ward widerrufen, und in einer Circulardepesche vom 24. März gegen alle preußischen Absichten Mißtrauen gesät und Widerspruch erhoben.

„Man sei zwar", hieß es darin, „gerne auf die Idee des Königs von Preußen, den Bundestag zeitweilig nach Potsdam zu verlegen, eingegangen, aber man habe dabei nur das Bestehende erhalten wollen." — „Es ist aber," bemerkt der österreichische Minister wörtlich, „seit Abgang meines diesfälligen Circulars durch die öffentlichen Blätter das von Sr. Königl. Preußischen Majestät erlassene Proclama vom 21. März zu unserer Kenntniß gekommen."

„Selbes ändert in unseren Augen wesentlich die Lage der Dinge. Wenn uns auch über die nähere Folge und Entwickelung, welche den im erwähnten Actenstücke angedeuteten Ideen königlich preußischer Seits gegeben werden, — sowie über die Form, in welcher deren Verwirklichung erfolgen soll, von dem Berliner Cabinette eine Mittheilung bis jetzt nicht gemacht ist, und wir sonach, wie billig, unser volles Urtheil noch zurückhalten, so steht uns doch bereits so

viel fest, daß nicht Revision, sondern völlige Umkehr des Bestehenden beabsichtigt sein kann und dies zwar nicht im Wege freien und vertragsmäßigen, sondern in jenem einseitig willkürlichen Vorangehens."

„Entschiedener als je wollen Sr. Majestät der Kaiser unter solchen Umständen an der Grundlage des Vertrages festhalten, welchen Allerhöchstdero in Gott ruhender Vorfahr auf dem Thron am 8. Juli 1815 mit Deutschlands Fürsten und freien Städten abgeschlossen hat; und welcher zwar im gemeinsamen Einverständnisse abgeändert und verbessert, nicht aber mit rechtlicher Wirkung einseitig gelöst werden kann."

„Der bestehende Bund ist — welches auch seine nicht geleugneten Lücken und Mängel sind — immer noch das Palladium deutscher Einheit und deutscher Kraft dem Auslande gegenüber. Kein Fürst wird in Deutschland gefunden werden, der an diesem heiligen Bande wird rütteln wollen."

„Die Stadt Frankfurt ist nach Artikel 9 der Bundesacte der Sitz der Bundesversammlung. Nur in Frankfurt und nur in der nach den bestehenden Bundesgesetzen sich bewegenden Bundesversammlung wird sonach der kaiserliche Präsidialgesandte an den Verhandlungen Theil nehmen, welche das Revisionswerk einzuleiten und die Form, unter denen es bewirkt werden soll, zu bestimmen haben werden; von jeder andern einseitig und ungeregelt geführten Verhandlung aber sich sofort zurückziehen, Seine Majestät dem Kaiser alles Fernere vorbehalten."

„Deutschland soll und muß verjüngt werden, dies ist Oesterreichs in seiner heutigen Gestaltung entschiedener Wunsch und fester Entschluß. Ebenso ungebeugt steht aber auch unsere Ueberzeugung, daß dieses hohe Ziel nur zu erreichen ist auf rechtmäßig gebahnten Wegen und unter dem Zusammenwirken Aller."

„Von diesen unseren Beschlüssen wollen Ew. . . . der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, Kenntniß geben. Dieselbe wird den bundestreuen vaterländischen Sinn, von dem sie eingegeben sind, Gerechtigkeit zu leisten, sicher nicht ermangeln und sich, wie bisher, gern an den Kaiserhof anschließen, der für sich nichts will, sondern nur gleiches Recht und — durch verbündete Kraft — gleichen Schutz für alle Theile unseres großen ruhmreichen deutschen Vaterlandes."

Unter diesen Umständen war man in Berlin genöthigt, auf die Potsdamer Versammlung Verzicht zu leisten; aber man glaubte damit noch keineswegs die preußischen Pläne auf eine durchgreifende Umgestaltung des Bundes aufgeben zu müssen. Die Anwesenheit einer Anzahl von Bevollmächtigten und Ministern deutscher Staaten wurde benützt, um freie Conferenzen abzuhalten, über welche das Ministerium in einer Circulardepesche vom 27. März umständlich berichtete,

und in welchen preußischer Seits ein Programm deutscher Entwickelung officiell angenommen erschien, zu dessen Verwirklichung nur leider ein starker und entschiedener königlicher Wille fehlte.

Bei den Berliner Conferenzen waren Würtemberg, Sachsen, Baden, Darmstadt und Nassau vertreten; unter den Bevollmächtigten erfreute sich Gagern schon damals des größten Ansehens und in seiner Mitwirkung sah man eine Gewähr dafür, daß das preußische Programm sich in den Kammern der einzelnen Staaten bei der liberalen Partei durchsetzen ließe. Wiewohl die Beschlüsse der Conferenz in der bescheidenen Form von Fragen mitgetheilt wurden, so zeigte sich doch in dem Bilde, welches von der Zukunft Deutschlands entworfen war, die größte und erwünschteste Klarheit.

Man setzte die einheitliche Leitung des Bundes unter Einem Oberhaupte voraus. Es sollte ein Oberhaus aus den Bundesgliedern oder ihren Delegirten, und ein Unterhaus aus den Ständen der einzelnen Staaten im Verhältnisse eines Abgeordneten auf 100000 Einwohner bestehen. Die Competenz des Bundesoberhauptes und beider Häuser des deutschen Parlaments wäre erstreckt worden auf: Heerwesen und Volksbewaffnung, Gesetzgebung über Heimaths- und Staatsbürgerrecht, Gerichtsverfahren, Strafrecht, Handelsrecht, Bundesgericht, Herbeiführung eines gemeinsamen Systems des Zollwesens, der Münze, Maaße, des Gewichts, Eisenbahnen, Wasserstraßen, endlich auf die Herstellung gemeinschaftlicher Vertretung des Bundes im Auslande. —

So bestimmt nun auch dieses preußische Programm in der Idee auftrat, so unklar war es in Bezug auf die Art, wie es durchzusetzen war. Während man die Beschlußnahme über die obigen Punkte dem bisherigen Bundestage und selbst den verfassungsmäßigen Gewalten der einzelnen Staaten vorbehielt, befand man sich in einer Zeit, wo nur Thaten entscheiden konnten, im großen Nachtheil gegenüber den populären Agitationen, welche von Frankfurt ausgegangen waren.

Das preußische Cabinet unterließ zwar nicht die bündigsten Versicherungen von dem entschiedenen Willen des Königs zu geben, die einheitliche Leitung des Bundesvereins unter Einem Oberhaupte zu bewirken, und es wies auf die Erklärung Sr. Majestät, diese Leitung für die Tage der jetzigen Gefahr selbst übernehmen zu wollen hin, aber die Schwäche, welche dem Aufruhr in Berlin gegenüber gezeigt worden war, vermochte wenig Vertrauen bei den Conservativen, wenig Begeisterung für die preußische Leitung der deutschen Angelegenheiten bei den fortschrittlichen und liberalen Parteien zu bewirken.

Alles wandte sich in blinder Erregung von den preußischen Versuchen, die nationale Einheit zu schaffen, ab und folgte dem Sirenengesange der Frankfurter Stürmer. Der ruhig denkende Politiker, welcher wußte, daß von Preußen kein weiterer Schritt zu erwarten sei, der dem Enthusiasmus der Zeit entgegen-

kommen würde, mußte sich mit den Gegensätzen abzufinden suchen, wie es eben gehen mochte.

Von Seite meines Bruders war nichts unterlassen worden, um mich bestimmt in die Richtung einer starken Centralgewalt und zwar mit preußischer Spitze zu drängen, ich konnte aber nur finden, daß Engagements nach allen Seiten zunächst verfrüht sein würden. Wenn ich in der Theorie den Ansichten Alberts auch vollkommen beipflichtete, so hegte ich doch gegründete Zweifel, daß bei der Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. in jener Zeit etwas Dauerndes und Großes von Preußen geschaffen werden könnte. Schließlich war auch Stockmar mehr und mehr in die bundestreue Frankfurter Richtung übergegangen, obwohl er sich lange Zeit weigerte, die ihm angebotene Vertretung Coburgs im Vertrauensmännerausschuß anzunehmen. Er war sehr unentschlossen und nach allen Seiten hin unentschieden, als ihm die Berliner Vorgänge alle seine Concepte gleichsam bis in den Grund und Boden verdorben hatten.

Unter diesen Umständen erhielt die Frankfurter Richtung ein immer größeres Uebergewicht und die Persönlichkeiten, die sich dort, theils als Bundestagsgesandte, theils als Vertrauensmänner seit Anfang April zusammengefunden hatten, gaben derselben auch ein äußerliches Relief, dem man sich, auch wenn man die Dinge noch so praktisch und realistisch beurtheilte, schwer zu entziehen vermochte. Dazu kam, daß die Vertreter Preußens, Usedom und Dahlmann, in Frankfurt selbst die Meinung verbreiteten, als ob es möglich wäre, den König und die preußische Regierung in die nun einmal volksthümlich gewordene Bahn hinüber zu ziehen.

In England verbreitete Bunsen den Glauben, daß der König, auf den er doch auch persönlichen Einfluß zu üben schien, sich werde bewegen lassen, die von Frankfurt dargebotene Hand anzunehmen. Es machte den Eindruck, als ob man gut segeln könnte, wenn man sich für den Augenblick der von der neugestalteten Bundesversammlung ausgehenden Luftströmung anvertrauen würde.

Da Oesterreich durch die Ernennung Schmerlings zum Bundestagsgesandten ebenfalls den Wünschen des Reiches sich zu unterwerfen schien, so steigerte sich in den mir nächststehenden Kreisen die Hoffnung auf eine Lösung der Frage vom Standpunkt des Bundesrechtes und ohne Zweifel wäre der legale Weg der Entwicklung am meisten gewahrt geblieben, wenn eine Verständigung aller Bundesglieder in Frankfurt ermöglicht worden wäre und aus dem bisherigen Staatenbund der Bundesstaat sich gleichsam organisch entwickelt hätte.

In diesem Sinne verfaßte auch mein Bruder die Denkschrift vom 28. März, von welcher er in dem oben angeführten Schreiben (S. 266) sprach. Abschriften davon waren den größeren Regierungen und insbesondere dem Könige von

Preußen zugegangen, welcher das Projekt meines Bruders mit seinen eigenen Bemerkungen begleitete und eigenhändig beantwortete.

Ich lasse den Wortlaut dieser interessanten Actenstücke hier folgen.*)

Buckingham Palace, März 28.

„Deutschland soll aus einem Staatenbunde ein Bundesstaat werden, das ist die Aufgabe, die gelöst werden muß. Soll diese Lösung heilbringend und dauernd sein, so muß sie aus dem jetzigen Thatbestande entwickelt und der Ausgangspunkt der ganzen deutschen Geschichte werden. Sie darf nicht eine gemachte Theorie sein, sondern die endliche Darstellung eines von dem deutschen Volke seit lange geahndeten und ersehnten Zustandes, in welchem zugleich alle Bedingnisse und Erfordernisse des Staates überhaupt auf das genügendste befriedigt worden. Wir haben in Deutschland individuell verschiedene Völker, in sich vollkommene Staaten, Dynastien, Kronen, die alle vereinigt werden sollen. Die Individualitäten der Völker durch eine über denselben Leisten geschlagene Centralisation zu verflachen und zu verwischen, wäre sündlich, denn in der Eigenthümlichkeit und Gesetzlichkeit derselben besteht die vielseitige Lebenskraft und Lebensfrische des deutschen Volkes. Die Kronen und Dynastien, die mit der Persönlichkeit dieser Staaten Eins sind, dürfen nicht verletzt oder erniedrigt werden, wenn die von ihnen dargestellte Persönlichkeit und Executivmacht der einzelnen Staaten nicht zerstört werden soll; aber beide, Staaten und Völker, sollen als ein Ganzes politisch zusammengefaßt und lebendig dargestellt werden.

Ich denke mir die Lösung so:

Die Fürsten des deutschen Bundes zusammen mit den vier Bürgermeistern der freien Städte bilden einen Fürstentag und wählen aus ihrer Mitte auf Lebenslänge oder eine Anzahl von Jahren (10?) einen deutschen Kaiser. X

Die Stände der verschiedenen deutschen Staaten wählen aus der Mitte je ihrer beiden Kammern**) eine nach Einwohnerzahl und Bedeutung der einzelnen Staaten abgemessene Zahl ihrer Mitglieder und beschicken damit einen deutschen Reichstag."

„Ein Reichsgericht, dem ein nicht entfernbarer Kanzler vorsitzt, bilde ein oberstes Gericht, zusammengesetzt aus den juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten, entscheidend in allen Fragen zwischen den verschiedenen einzelnen

*) Dieselben sind zwar in einer Schrift: „Zum Verständniß der deutschen Frage", Stuttgart 1867, gedruckt worden, die Broschüre ist aber so selten, daß ich den Wiederabdruck aus meinen eigenen Papieren gerechtfertigt erachte. Die im Originale roth, hier schwarz angebrachten Striche und Kreuze rühren, wie aus dem folgenden Briefe des Königs zu ersehen ist, von diesem selbst her.

**) An den Rand hat der König „optime" geschrieben.

Regierungen und ihren Ständen, sowie in allen deutschen Successions- und Regentschaftsfragen auch Theilungen und Erbfällen."

„Dem Kaiser fällt die Repräsentation Deutschlands zu. In seinem Namen werden alle Reichsgeschäfte getrieben. Er besetzt mit dem Fürstentage die Stellen. Er eröffnet an der Spitze des Fürstentages den jedesmaligen Reichstag. Er kann die Anträge des Fürstentags abschlagen und ein Reichsbeschluß wird nur durch seine Sanction rechtskräftig. Er kann sich gelegentlich durch einen andern Fürsten vertreten lassen. Seine Minister sind der Minister des Aeußern und die beiden Vorsitzer einer Handelskammer und eines Kriegsraths. Diese Minister sind dem Reichstage verantwortlich. Das Ministerium des Auswärtigen hat mit den fremden Gesandten zu verhandeln und in außerordentlichen Fällen Botschafter an fremde Höfe zu schicken."

„Die deutsche Handelskammer, zusammengesetzt aus Dienern der einzelnen Staaten, hat unter sich das deutsche Zoll-, Schiffahrts-, Straßen-, Eisenbahn-, Post- und Verkehrswesen."

„Der deutsche Kriegsrath, gebildet aus den Generälen der verschiedenen Armeen, leitet die Organisation des aus den Truppen der verschiedenen einzelnen Staaten zusammengesetzten deutschen Heeres, an der Spitze dessen in Kriegszeiten ein Bundesfeldherr steht. Desgleichen stehen unter dem Kriegsrathe die deutschen Festungen und (in Aussicht) die deutsche Flotte."

„Den Fürstentag bilden die deutschen Souveräne selbst, oder die sie vertretenden Prinzen ihrer Häuser. Er hat ein Veto gegen die Beschlüsse des Reichstags und gegen die Besetzung von Aemtern durch den Kaiser. Er besetzt unter Vorsitz des Kaisers die drei Reichskammern. Er hat die von dem Kaiser an den Reichstag zu machenden Anträge zu sanctioniren. Er stimmt nach Majorität, doch so, daß die Fürsten größerer Staaten eine verhältnißmäßig größere Stimmenzahl haben. Jeder Fürst kann durch Procuration abstimmen. Der Fürstentag erwählt mit dem Kaiser den Bundesfeldherrn für den Fall und die Dauer eines Krieges."

„Der Reichstag versammelt sich alle drei Jahre. Die ihn bildenden Abgeordneten (Reichsboten (?)) der beiden Kammern der verschiedenen Staaten sitzen und verhandeln zusammen, stimmen aber in zwei jenen Kammern entsprechenden Curien." X

„Ein jedes Mitglied spreche von seinem Sitze aus. Der Reichstag stimmt durch Majorität, sodaß zur Entscheidung die Uebereinstimmung beider Curien nothwendig ist. Die Zahl der Mitglieder sei nicht zu groß. Nicht über 50 in der ersten, nicht über 150 in der zweiten Kammer, zusammen 200. Ein Reichstagsmarschall, von dem ganzen Reichstag aus der ersten Curie erwählt, führe den Vorsitz." X

„So haben wir denn: einen Kaiser als Repräsentanten und Personifizirung deutscher Einheit und als oberster Handhaber der executiven Gewalt. Seine Würdigkeit, verbürgt durch die Wahl von und aus 37 souveränen Häuptern, auf die andererseits ein Theil des Glanzes der aus und von ihnen gekürten Würde zurückfällt. Ferner, als Gliederung der executiven Gewalt, ein verantwortliches Ministerium in den Vorsitzern der drei Reichskammern und einen Bundesfeldherrn, dessen Tüchtigkeit durch das Augenblickliche und Zeitweilige seiner Wahl verbürgt wird. Ferner einen Fürstentag als unmittelbaren Theilnehmer sowohl der executiven Gewalt, als repräsentativen Bedeutung des Kaisers, der durch diese nothwendige Theilnahme den ungeschwächten Fortbestand der Macht und Hoheit aller deutschen Kronen vollkommen sichert. Dann einen Reichstag als Ausdruck des Gesammtwillens des ganzen deutschen Volkes, doch so zusammengesetzt, daß zugleich die Individualität eines jeden einzelnen deutschen Volkes und Staates durch Entsendung der Reichsboten aus seinen eigenen Ständen vollkommen vertreten ist. Endlich haben wir ein oberstes Reichsgericht als Ausdruck der gesammten deutschen juristischen Weisheit, durch seine Unabsetzbarkeit allen äußeren Einflüssen enthoben."

„Die Befugniß aller dieser Behörden erstreckt sich natürlich nur auf Angelegenheiten allgemein deutscher Bedeutung — die näher zu bestimmen sein werden, — ohne in das Gesetzgebungs- und Verwaltungsgebiet der einzelnen Staaten einzugreifen."

Albert.

Als mir mein Bruder die Abschrift dieses Entwurfes zugesendet hatte, erblickte ich in dem Versuche einen Kaiser nur auf 10 Jahre oder selbst auf Lebenszeit wählen zu lassen, sofort einen Mißgriff, der für das ganze Projekt tödtlich werden mußte, und ich freute mich nachher, als ich aus der Antwort und den Bemerkungen des Königs Friedrich Wilhelm IV. ersah, daß ich mich in dieser Beziehung nicht täuschte. Indessen wetteiferte andererseits die Auffassung des Königs von Preußen in doctrinärer Aufstellung von Unwahrscheinlichkeiten und Unmöglichkeiten offenbar mit dem Entwurfe meines Bruders so sehr, daß auch auf diesem Wege nichts herauskommen konnte. Ich darf mich noch heute darüber freuen, daß ich dies gleich damals nach der einen und anderen Seite offen ausgesprochen habe.

Der König befand sich in Potsdam, als die Schrift meines Bruders ihm zukam, und er ließ seine Antwort, ohne daß sie an irgend eine Person speziell gerichtet gewesen wäre, gleichsam wie ein vertrauliches Circular an befreundeten Höfen bekannt werden. Es war damit, der außerordentlichen Zeit entsprechend, gewissermaßen auch ein außerordentlicher Meinungsaustausch unter den Souveränen auf die Bahn gebracht worden, welcher mehr als zwei Jahre

lang in Correspondenzen fortgesetzt wurde, ohne deren Kenntniß kaum eine rechte Einsicht in den Gang der Begebenheiten möglich wäre.

Das unoffizielle Circularschreiben Friedrich Wilhelms IV. an die Mitfürsten Deutschlands lautete:

„Von allen Verfassungsprojekten für Teutschland entspricht dieser des geistreichen und klugen Prinzen am meisten meinen Ansichten. In Einzelheiten kann ich jedoch auch diesem Projekte nicht beipflichten. Was in demselben meine besondere Zustimmung hat, habe ich roth angestrichen, was ich vom Uebel halte, mit schwarzem Andreaskreuz bezeichnet. Als actives Bundeshaupt mundet mir der Kaiser nicht. Ein Kaiser auf Zeit gewählt, ist eine Monstruosität gegen die ich geradezu protestire. Sollte das Bundes-Oberhaupt wirklich nur auf Zeit gewählt sein (was ich vom Uebel halte), so darf der Kaisername nicht an ihm verschwendet und geschändet werden. Er heiße Regent. Aber auch dem lebenslänglichen Oberhaupt kann man, wie ich unten zeigen will, um Oesterreichs willen nicht den Kaisertitel geben."

„Teutsche Nation hat ein tausendjähriges Recht, daß sein Haupt das unbestritten Erste Haupt der Christenheit sei. Es ist aber nicht denkbar, daß der Erbe von 30 römischen Kaisern, der erstere Erbkaiser nemlich, diesem geführten Oberhaupte den Rang cedirt. Ja, es ist gar nicht einmal zu fordern. Gewiß, wie etwas gewiß sein kann, ist es aber, daß der russische Kaiser, dieser Gattung teutschen Kaisers den Rang nun und nimmermehr gibt. Aus dem allen weiß ich einen ganz leichten, ja für die teutsche Sache ersprießlichen Ausweg."

„Erkenne man als Ehren-Haupt teutscher Nation, den römischen Kaiser wieder an. Erneuere man die römische Kaiserwürde, und wie bis zum Jahre 1806 unauflöslich mit dem Erbkaiserthum Oesterreich — wenn man will pro honoris causa. Man lasse ihm aber auch gewisse bezeichnende Ehren. Ich bin ganz für das Kühren des besonderen teutschen Reichs-Oberhauptes. Nenne man dasselbe, wenn es, wie ich zu Gott hoffe, auf Lebenszeit geführt und dann — echt teutsch — auch als die von Gott eingesetzte höchste Reichsobrigkeit anerkannt wird, (und nicht à la polonaise als Spielball der Magnaten-Ambitionen betrachtet wird) — nenne man dasselbe „König der Teutschen" — wie vor Alters. Ich wünsche, daß die Könige des Bundes (die ihrem Titel den kurfürstlichen wieder gesellen sollten) den Wahlact allein begehen; demnächst aber die übrigen souveränen Fürsten zur Zustimmung auffordern. Beides die Sache weniger Stunden, die Könige und Großherzoge etwa im s. g. Conclave des Bartholomäusdoms zu Frankfurt, die Fürsten im Chor. Darauf wende man sich an den Röm. Kaiser und ersuche ihn ehrfurchtsvoll, die Wahl zu bestätigen. Das kann durch einen bevollmächtigten Erzherzog in derselben Minute geschehen. Dann aber werde, wie vor Alters der Dom dem Volke geöffnet und seine

Acclamation vollende die Wahl. Bald darauf werde der teutsche König gesalbt und gekrönt (eben wie auch der Römische Kaiser bei seinem erblichen Regierungsantritt) und zwar, wenn er römisch-katholisch ist, durch den Erzbischof von Köln, der Reichskanzler würde — ist er evangelisch, durch einen zu ernennenden Erzbischof von Magdeburg, Primas Germaniae."

„Durch diese Einrichtung der Römischen Kaiserwürde auf das Haupt des österr. Erbkaisers wird Oesterreich dem Teutschen Reich erst gewiß. Oesterreich wird für immer Teutschland gewonnen und mit ihm die schönsten, ersten Länder Teutschlands dem neuen (alten) Reiche gesichert — Tyrol, Vorarlberg, Ober- und Niederösterreich, Steyermark, Kärnten, Krain und Istrien. Trägt Oesterreich nicht die höchste Krone, so ist an ein Beugen desselben vor dem teutschen Wahloberhaupte unmöglich zu denken, wenn es jemals wieder einigermaßen zu sich kommt. Und wer wollte daran verzweifeln? Der Fürstentag scheint mir ein ungemein gesunder Gedanke zu sein. Nur denke ich ihn mir gegliedert, ähnlich dem alten Reichstag, in ein Collegium der Könige und Großherzoge, der Herzoge, der Fürsten. Durch die mediatisirten Fürsten und Grafen (theils viritim, theils in Bänken getheilt) verstärkt, würde der Fürstentag alle 3 Jahre das teutsche Oberhaus des Reichstags bilden, dessen Unterhaus das Haus oder die Curie der Reichsboten wäre. Nur empfehle ich aufs dringendste, daß bei der Stellung des Ober- zum Unterhause nie vergessen werde, daß souveräne Fürsten seinen Kern bilden und unter ihnen 2 Großmächte (daß sich Gott erbarme)."

„Auch die Providirung der verantwortlichen Ministerien spricht mich gar sehr an. Ob dem Oberhaupte, zumal wenns der König der Teutschen ist, nicht etwas mehr freie Hand gelassen werden kann, laß ich dahingestellt. Ich fordere aber unter gewissen, namentlich kriegerischen und rebellischen Zuständen die Diktatur für den teutschen König . . Vergessen habe ich meinen förmlichen Protest gegen das Zusammendeliberiren des Fürsten- und Reichsboten-Hauses. Das thut nimmer gut und setzt die höchsten Herren möglicherweise Avanieen aus, die vermieden werden müssen. Die Einzwängung von 50 Fürsten und 150 Reichsboten ist ungerecht und gibt ohne weiteres einen Reichsboten-Sieg. Unter den Reichsboten wünsch' ich die Reichsritterschaft vertreten zu sehen mit Assessoren des übrigen teutschen Adels; dann aber Abgeordnete der Städte und Landgemeinden, die aber nicht gezwungen sein müssen, aus ihrer Gemeinde zu wählen, deren Wahlgang frei ist."

„Ich will hier vor der Hand meine Bemerkungen schließen und empfehle dieselben aufs wärmste dem Leser."

Wie man sieht war die Verfassungsconstruction des Deutschen Reiches eine eingreifende Beschäftigung der höchsten Kreise geworden und niemand würde

die gesammte Haltung des Königs Friedrich Wilhelm in den nächsten zwei Jahren richtig zu verstehen im Stande sein, der nicht die in der vorstehenden Denkschrift desselben bezeichneten Grenzen nach allen Seiten hin fest ins Gedächtniß geprägt hätte. Friedrich Wilhelm IV. hatte die eben hier ausgesprochenen Grundgedanken thatsächlich zu seiner unwandelbaren Richtschnur in den an ihn herantretenden Ereignissen gewählt.

Inzwischen war im April in Frankfurt der Siebzehner Ausschuß der Vertrauensmänner in volle Thätigkeit getreten und außerdem hatte das Vorparlament seine Berathungen begonnen. In beiden Versammlungen trat Dahlmann mit bestimmtesten Vorschlägen hervor und sein Elaborat über die künftige Gestaltung des Reiches wurde bekanntlich als Verfassungsentwurf der Siebzehner verbreitet und zur Annahme empfohlen.

In Amerika und England wie auf dem Continent beschäftigte man sich eingehend mit demselben, während in Deutschland die Bewegung längst darüber hinausgegangen war und wohlmeinende und abfällige Kritiken nur noch als unschuldige akademische Unterhaltungen erscheinen konnten.

Es ist bekannt, daß Friedrich Wilhelm IV. persönlich dem Verfassungsentwurf alle Aufmerksamkeit zuwendete, wie auch König Max von Baiern denselben durch seine Regierung beantwortete.*)

Die abfällige Kritik, welche mein Bruder endlich dem Entwurfe zu Theil werden ließ, bedarf zu ihrem vollen Verständniß einiger Mittheilungen aus unserer Correspondenz:

Coburg, 5. April 1848.

„Ich schreibe Dir heute wieder, indem jeder Tag Neues bringt und die Entwickelung unserer allgemeinen deutschen Verhältnisse so rasch vorschreitet, daß man kaum zu berichten Zeit hat. Wir stehen nun bald am Ziel, wo es sich erklären wird, ob es noch Fürsten in Deutschland geben soll, oder ob die Republik nach amerikanischem Vorbild constituirt werden soll. Im ersteren Fall werden folgende Bedingungen von den regierenden Herren zugestanden oder vielmehr eingewilligt werden müssen:"

„1. Constituirung eines Bundesoberhauptes unter dem Namen Präsident.

2. Ein deutsches Parlament, aber in Einer Kammer.

3. Ein diesem Parlament verantwortliches Ministerium.

4. Ein Bundesfeldherr.

5. Die regierenden Fürsten müssen sich aller der Souveränetätsrechte entäußern, welche sie früher zur Vergrößerung ihrer landeshoheitlichen Würde sich

*) Alle diese Actenstücke sind aus Dahlmanns Nachlaß bekannt und wiederholt mitgetheilt.

aneigneten. Dazu gehört, daß keiner der Herren mehr eigenes Militär haben kann u. s. w.

6. Volksbewaffnung; Abschaffung aller stehenden Heere.

7. Umänderung der schon bestehenden Verfassungen; Abschaffung des Zweikammersystems.

8. Abschaffung des Adels und aller Feudellasten.

9. Einführung allgemeinen deutschen Gewichtes, Geldes, Steuersystems u. s. w."

„Aller historische Boden soll verlassen und nur nach amerikanischem Vorbild gearbeitet und constituirt werden. Ich habe hier nur die wichtigsten Punkte angeführt; es sind deren aber noch viele von weniger allgemeinem Interesse."

„Wäre alles oben Erwähnte das fernste Ziel, wonach gerungen würde, so könnte man sich wenigstens der Hoffnung hingeben, daß man vielleicht mit weniger ultraliberalen Principien fertig werden könnte: So sind aber jene Punkte das nächste Ziel und die letzte Hoffnung, die uns bleibt vor der Republik."

„Man soll ja nicht glauben, daß diese vielleicht allgemein gewünscht würde; leider hat sich aber herausgestellt, daß bei dem allgemeinen Wetteifer, sich im Liberalismus immer vor dem andern hervorzuthun, die deutschen Stämme sich selbst soweit gebracht haben, daß sie nun staunend vor den Thoren der Republik angelangt sind, ohne es eigentlich gewollt zu haben. Dies ist der eigentliche Stand der Verhältnisse, der leider kein Imaginationsgebilde eines allerdings gedrückten Gemüthes ist, sondern das traurige Resultat, was ich durch Briegleb's Vermittlung aus den Mittheilungen der Führer der ganzen Bewegung als Welcker, Bassermann, Itzstein erfahren habe . . ."

„Morgen am 30. werden nun in Frankfurt Abgesandte aller deutschen Fürsten zusammenkommen, um über die Einführung und Ausführung jener Punkte zu berathen. Leider wird es sich aber nur darum handeln, ob sie diese Punkte pure annehmen oder nicht. Fügen sich die Herren nicht ruhig in Alles, so haben die Abgeordneten der meisten süddeutschen und mitteldeutschen Staaten beschlossen, sich in Unterhandlungen gar nicht einzulassen und sich der zweiten Versammlung, dem allerdings illegalen Körper, anzuschließen, welcher in Frankfurt gleichzeitig zusammenkommt und aus freiwillig sich vereinigenden Männern aus ganz Deutschland besteht, welche ihre Privatansichten und Beschlüsse mit Gewalt durchsetzen wollen. Es kommt dann darauf an, diesen gefährlichen Körper zu leiten und dem Unheil soviel als möglich vorzubeugen."

„In allen Fällen sehe ich für uns sehr schwarz. Ich habe, um consequent zu bleiben, Briegleb nach Frankfurt gesendet. Er ist jung, kräftig und von

scharfem Verstand und gewiß kein Conservativer. Seine Berichte werde ich Euch mittheilen, sie sind denn das Richtigste, was man über die Bewegung erfährt."

„P. S. Soeben erhalte ich Deine Zeilen vom 25. Ich bedaure, daß Stockmar für den Augenblick außer Stand ist, eine Mission, wie die Brieglebs, zu übernehmen, auch glaube ich, daß seine Besonnenheit zu wenig den Enragés gepaßt haben würde, welche uns jetzt Gesetze vorschreiben werden. Man müßte Alles verwünschen, wenn man bedenkt, daß, wenn der König von Preußen 3 Tage früher das gethan hätte, was er jetzt zu thun sich gezwungen fühlt, Deutschland einer sicheren Zukunft hätte entgegen gehen können."

Gotha, 6. April 1848.

„Deine beiden Briefe mit der Einlage, die Formation des Bundes betreffend, habe ich erhalten, und bedaure nur, keine Zeit zu haben, um ausführlich genug darauf zu antworten. Du wirst mir verzeihen, wenn ich eine Befürchtung ausspreche, daß Du nämlich in Folge Deiner Umgebung und der näheren Bekanntschaft mit Bunsen, sowie durch die Anwesenheit des Prinzen von Preußen die ganze Lage der Verhältnisse in Deutschland allzusehr von dem preußischen Standpunkt aus betrachtest."

„Ich habe kein Mißtrauen gegen den König von Preußen, halte ihn aber — und das ist die Stimmung ganz Deutschlands — für den jetzigen Augenblick für unmöglich!! Sein Name reicht leider schon hin, um eine jegliche Sache, mit der er in Verbindung tritt, zu verderben. Auch ist sein Bild in München, Stuttgart und Karlsruhe und Frankfurt von dem Volk beschimpft und öffentlich verbrannt worden. Wären in Berlin nicht so grobe Fehler gemacht worden, so müßte und könnte es auch mit seinem König die Leitung der Sache, wenn diese noch ein Monarch übernehmen kann, an sich reißen. Leider stehen die Dinge aber weit schlimmer, als Du sie ansiehst und als sie in der Ferne erscheinen mögen."

„Sei versichert, daß bis auf den heutigen Tag in ganz Deutschland die vollkommenste Anarchie herrscht und daß Alles von dem „souveränen" Volk jetzt abhängt. Die Verhandlungen der 800 Männer in der Paulskirche in Frankfurt, welche Papiere ich Dir sende, mußt Du aufmerksam lesen, sie sind der Beweis, daß die Republikaner nur für den Augenblick zurückgetreten sind, leider sind sie aber d. h. die Führer wieder als Stellvertreter der 50er permanenten Glieder ernannt worden (zu diesen 50 wurde auch Briegleb ernannt)."

„So illegal auch diese Versammlung sein mag, so ist dennoch der Bundestag mit ihr in eine Art von Communication getreten und wird nur einstweilen durch sie aufrecht erhalten. Inzwischen werden nun in Deutschland die Wahlen

zum Parlament beginnen. Auf 50,000 Einwohner ein Deputirter. Man muß wirklich an Ort und Stelle sein, um den Zustand begreifen zu lernen. Wenn Du nur recht viele deutsche Zeitungen in diesem Augenblick Dir hieltest, Du würdest bald einsehen, daß Dein Vorschlag, so vortrefflich er auch ist, wie um ein Jahrhundert hier zu spät zu kommen scheint. Deiner Voraussetzung sind wir näher, als Du es Dir vor acht Tagen dachtest. Die Demokraten haben eigentlich schon gesiegt. Es handelt sich hier um die Friedensbedingungen. Hätte Preußen vier Tage früher gehandelt, ehe man es dazu zwang, so war Aussicht zu einem neuen schönen Verhältniß. Jetzt kommt man zu spät."

In gleichem Sinne schrieb ich meinem Bruder auch am 17. April, daß er den Gang der Dinge immer noch viel zu optimistisch beurtheilte. Charakteristisch war es ja in der That, daß der Fünfziger Ausschuß, der gar keine legale Gewalt besaß, nicht nur Proklamationen verfaßte, sondern auch an die Regierungen Decrete erließ, und hierin vollständig von der Bundesversammlung und von den Siebzehnern unbeirrt blieb.

„Ferner", heißt es in meinem Schreiben, „ist thatsächlich, daß in diesem Augenblicke der Fünfziger Ausschuß neben dem deutschen Bunde als eine Art von Mitregent über Deutschland regiert und so illegal er sich auch constituirt hat, dennoch von sämmtlichen deutschen Gouvernements anerkannt worden ist. Sogar in Geschäftsverkehr ist man mit demselben getreten! Die Ursache davon konnte sicherlich in keinem Plan des Volkes, oder irgend eines Gouvernements liegen, aber ich nenne sie die „Consequenz des Zeitgeistes."

Zur Zeit als der oft erwähnte Siebzehner Entwurf erschien, war er nicht ein mal mehr geeignet auf die Wahlen zum Parlament, welche inzwischen in Gang gekommen waren, einen großen Einfluß zu nehmen. Für mein Herzogthum Gotha war charakteristisch, daß damals Briegleb bereits als ein Ultraconservativer galt und nur mit Mühe gegen die Radicalen durchzusetzen war.

Erscheinungen dieser Art ließen den Siebzehner Entwurf in der That als ein unpraktisches und hoffnungsloses Operat eines Doctrinarismus erkennen, welcher kaum eine starke Fühlung mit den großen Kreisen des Volkes hatte. Das Eine konnte man höchstens einräumen, daß für die zu erörternden Fragen der künftigen Verfassung wenigstens ein Substrat geschaffen war, welches die Verhandlungen vor dem Versinken in's Bodenlose schützen konnte.

Ich war daher wirklich erfreut, als Albert den Entwurf in einer Weise kritisirte, von der man weiß, daß sie selbst auf die Mitglieder des Siebzehner Ausschusses einen tief niederschlagenden Eindruck hervorbrachte. Mein Bruder hatte überhaupt schon in der Mitte April erkannt, daß das Frankfurter Treiben

radicale und doctrinäre Ausgeburten nur allzusehr begünstige und schrieb mir deshalb von Osborne am 11. April.

„Strenge Dich an, daß Frankfurt nicht die Hauptstadt von Deutschland bleibt. Es ist ein schlechter Ort und so leicht von dem Badenser, Mainzer, Darmstädter, Mannheimer etc. Gesindel überlaufen; viel zu nahe auch an der französischen Grenze. Nürnberg ist das Centrum Deutschlands und in einem guten Landstriche gelegen."

Im Uebrigen wollte mein Bruder noch am 13. April die Hoffnungslosigkeit des deutschen Verfassungswerkes noch nicht anerkennen und schrieb mit gewohnter Offenheit fast vorwurfsvoll über meine Schilderungen vom 6.: „daß die, welche Ordnung wollen, nur nicht gleich schreien dürften, es ist Anarchie da"! Er glaubte noch, man dürfte nur „die rechte Hefe in das Gebräu hineinwerfen", und tadelte mich, „daß ich mich rein negativ verhielte."

„Ob Preußen," fuhr er dann fort, „an die Spitze tritt oder nicht, ist in meinem Plane (vom 28. März) ganz unberührt geblieben, sein wesentlicher Unterschied von dem Heidelberg-Frankfurter Plane liegt darin, daß Commons Commons bleiben, Pairs Pairs, Souveraine Souveraine, und doch ein constitutionelles Ganzes daraus wird. Und nur so kann etwas daraus werden; denn der Kaiser von Oesterreich kann doch wahrhaftig nicht zu Hause Kaiser und in Deutschland Pair sein! Diese Punkte überging man indessen in Frankfurt ganz, weil eben die Leute nur auf die Construction der Versammlung und des Theiles der Constitution gespannt waren, in der sie selbst künftig zu figuriren haben werden; wie das Andere sich macht, war ihnen ziemlich einerlei. Wirf die Sache nicht so leicht von Dir; Du wirst es bereuen, wenn es zu spät ist."

Die letztere Ermahnung meines Bruders war kaum nöthig; doch sah ich bis dahin in der Entwicklung der deutschen Dinge noch keinerlei brauchbare Handhaben und war daher froh, als ich mit Albert in Bezug auf den Siebzehner Entwurf vollständig zur Uebereinstimmung kam. Er selbst sprach sich mir gegenüber natürlich viel unumwundener aus, als in dem Memoire, welches durch Bunsen an Dahlmann gelangt ist:

„Die Hauptsache," schrieb er am 4. Mai, „bleibt nun die Constitution für Deutschland. Der Plan, von dem ich, als von den Siebzehnern angenommen, höre, ist entsetzlich! Ihr müßt Euer Aeußerstes thun, um wenigstens einen Punkt zu modificiren. Der Patriotismus kann sich Allem unterwerfen, aber keiner Principsverwechslung. Daß die Souveraine mit anderen Reichsräthen als solche am Bunde sitzen sollen, ist nicht möglich, lieber gar nicht! Gehorcht dem deutschen Kaiser und Parlamente — meinetwegen, aber laßt Euch nicht zumuthen, zu Hause Herzog, Großherzog, Kurfürst und König zu sein und in Frankfurt einer von 200 Reichsräthen. Ich begreife nicht, wie man einen

solchen Bock schießen kann. Es wird aber nöthig sein, daß Ihr Souveraine Euch einmal untereinander über die Dinge verständigt; und dringt auf Verlegung der Residenz von Frankfurt. Das ist ein entsetzlicher Ort als deutscher Centralpunkt!"

„P. S. Soeben kommt mir Dein Brief mit Einschlüssen zu . . . Was das allgemeine Deutsche angeht, so rathe ich unbedingt sich temporär einer Centralgewalt unterzuordnen, wenn eine solche sich bilden läßt und für die Zukunft hauptsächlich darauf hin zu arbeiten, daß Oesterreich im deutschen Staatsverbande bleibt und dann sich in ein Boot mit ihm zu setzen. Bei Oesterreich, Preußen und Baiern werden gewisse Dinge absurd zu verlangen sein. Ist nur noch Preußen übrig, so ist sein Uebergewicht so groß, daß man den Uebrigen Schmähliches zumuthen wird. — Beschränkt und sehr beschränkt müssen die einzelnen Staaten werden, aber sie brauchen nicht heruntergesetzt zu werden, um die Einheit darzustellen."

Eine Antwort auf dieses Schreiben war mein Brief vom 9. Mai:

„Mit Riesenschritten eilen wir den Tagen der Entscheidung entgegen. Die Hoffnungen zur Constituirung eines einigen, festen Zustandes für Deutschland sind nicht gering, dagegen die Hoffnung zur Erhaltung der kleinen deutschen Fürsten gleich Null. Als für den Augenblick Wichtigstes habe ich Dir mitzutheilen, daß wir kleinen Fürsten der constituirenden Versammlung gegenüber uns im Plenum beim Bunde nun vertreten lassen werden, da wir selbst nicht erscheinen können. — Ein jedes Ländchen hat dann seine Virilstimme. Zu dem Ende habe ich mich gedrungen gefühlt, auch für Coburg-Gotha einen besonderen Mann als Gesandten zu wählen. Nur Stockmar konnte der Mann sein! Und ich kann Dir nun mit Freuden berichten, daß er nicht nur bereitwillig darauf eingegangen ist, sondern sich selbst so viel besser fühlt, daß er morgen nach Frankfurt abreisen kann. Ich halte dies sein Erscheinen beim Bunde für ein glückliches Ereigniß. Er bat mich heute, Dir es mitzutheilen, indem er erst von Frankfurt aus Dir schreiben könne."

„Mit bangem Erwarten sind Aller Herzen nun nach Frankfurt gerichtet, wo täglich und stündlich die Abgesandten des Volkes zur Constituirung eintreffen. — Briegleb, der bis jetzt Secretair der Fünfziger gewesen und nun ins Parlament selbst eingetreten ist, eilte für wenige Stunden hierher, um mit mir und Stockmar über die wichtigen Fragen unserer Zukunft Rücksprache zu nehmen. Ich werde mich bemühen, Dir in wenig Worten die Lage der Dinge, wie Briegleb sie in Frankfurt und wir von hier aus beurtheilen, zu erklären."

„Die Republik zählt nur wenige, wenn auch thätige Anhänger. Diese sind meist Anarchisten. Man will Gesetzlichkeit und Kraft von oben, nach Innen

wie nach Außen. Man will aber die Monarchie nicht der Fürsten willen, sondern nur, weil man einsieht, daß die Republik gefahrvoller für die Freiheit ist, als die Monarchie, — natürlich immer nur die constitutionelle."

„Alle dynastisch persönlichen Rücksichten für Fürstenhäuser, wie für Einzelne von uns, sind ganz in den Hintergrund getreten, so sehr auch einzelne Stämme Liebe und Achtung für ihre Fürsten hegen und ausdrücken. — Preußen und dessen König soll an die Spitze treten, aber nur, weil es Preußen ist, der größte und wichtigste Bundesstaat. Die Person des Königs, so verhaßt sie auch augenblicklich erscheinen mag, ist Nebensache, kommt nicht in Betracht. Der Einheit und Kraft nach Innen und Außen sollen nun einmal ungeheuere Opfer gebracht werden, — um einen gebietenden Großstaat zu bilden. Der Himmel gebe seinen Segen dazu; aber manches Herz muß erst brechen, und manche Thräne wird fließen müssen. Hunderte von Familien werden von einer zwar kleinen, aber sorgenfreien Existenz unmittelbar an den Bettelstab kommen. Möchte die Zeit nie kommen, wo sie bereuen könnten, was sie jetzt sicher ausführen wollen." —

„Oesterreich ist im Augenblicke im Begriff sich zu zersetzen. Wollen die Deutschen im Kaiserstaat nicht von Slaven, Czechen und Magyaren vernichtet und zu Grunde gerichtet werden, so müssen sie dem Parlament sich auf Gnade und Ungnade in die Arme werfen. Sehr wahrscheinlich ist es, daß Rußland im Sinne hat, den Oesterreichern für die lange Freundschaft einen Streich zu spielen. Schon seit Jahren arbeitet man daran, die südlichen Provinzen abtrünnig zu machen."

„Soeben erhalte ich Dein liebes Schreiben vom 4. d. — Ich freue mich darüber, daß Du gegen den Verfassungsentwurf der Siebzehner Vertrauensmänner eingenommen bist. Ich habe die Arbeit für schlecht und die Ansichten für unpraktisch gehalten und mit mir Viele. Dennoch kommt es zu etwas Aehnlichem, nur daß man uns kleinen Fürsten gar keine Stellung einräumen will. Wir sollen nicht nur auf die Stellung der Mediatisirten, sondern mit diesen und dem Adel zu einem demokratisirten Bürgerthum herabsteigen,. Die Absichten sind recht freundlich. So viel ist aber gewiß, daß wir kleine Fürsten uns unmöglich erhalten können, da wir, nachdem der Kaiser mit den Hauptsouverainetätsrechten beschenkt wurde, und wir auch in Bezug auf Gesetzgebung alles Nothwendige im Allgemeinen von dem künftigen Parlament erhalten werden, wirklich viel zu theuere und schlechte Oberpräsidenten abgeben würden. — Ich will darüber nur abbrechen, denn in wenig Wochen werden wir wissen, woran wir sind."

Wenige Tage später erhielt ich das gegen den Siebzehner Entwurf gerichtete Memoire meines Bruders selbst und antwortete am 16. Mai.

„Deine Angaben stimmen ganz mit meinen Ansichten überein und Deine Gründe sind schlagend; leider aber ganz im Widerspruch mit den Wünschen unserer Liberalen, die nur einen Scheinkaiser haben wollen, der ihnen in seiner Unbedeutendheit lieber, als erblich oder als wählbar, ist."

„Meiner Ansicht nach ist der Sinn des ganzen Entwurfs in dem politischen Rahmen der französischen Centralisationsideen gefangen, ohne daß man irgend den Verhältnissen Deutschlands ein Verständniß entgegengebracht hätte."

„Könnten wir Fürsten," schrieb ich zum Schlusse des citirten Briefes, — „jetzt so handeln, wie wir sollten und möchten, so würden wir uns schnell mit den Gemäßigten zu einem festen Bund vereinigt, und dann mit diesen die neue Verfassung gemacht haben. So aber stehen wir immer unter dem Drucke des Mißtrauens, das, wenn es auch gering ist, von den Ultraliberalen dennoch rege erhalten wird. Das Geschrei wegen Reactionsversuchen ertönt immer noch, so ungegründet es auch ist."

Drittes Capitel.

Die Nationalversammlung und der Reichsverweser.

Um die Lage in Frankfurt zur Zeit des Zusammentrittes der Nationalversammlung zu begreifen, muß man auf die Ereignisse zurückgehen, welche im Schoße des Bundestages selbst seit der Mitte des März vor sich gegangen waren. Man war sich vollkommen klar darüber, daß die alte Bundesversammlung weder über noch neben einem deutschen Parlamente, dessen Berufung zugestanden worden war, fortbestehen konnte. Es war aber weit leichter gewesen, die Nationalversammlung zu schaffen, als eine Regierungsgewalt zu bilden, welche derselben gegenüber zu stehen vermochte. Daß der bisherige Bundestag als Executivorgan des Reiches von der Nationalversammlung niemals anerkannt werden würde, darüber konnte sich Niemand täuschen. Wollte man nicht auf alle Continuität des Rechtes Verzicht leisten und Deutschland den Ungewißheiten einer demokratischen Constituante preisgeben, so mußte ein Organ geschaffen werden, welchem die Gewalten des Bundestages rechtskräftig übertragen werden konnten.

Der Antrag Preußens, die Leitung der Angelegenheiten zu übernehmen, war zurückgewiesen worden, und die selbständigen Versuche des preußischen Ministeriums, eine Reform des Bundes zu bewirken, waren zu Boden gefallen. Gegenüber diesen Tendenzen der Berliner Regierung scheute sich nicht der König von Baiern durch seinen Gesandten in Frankfurt vertraulich erklären zu lassen: „Wenn es ein Mittel gebe, um die furchtbar aufgeregte National-Stimmung bis auf die Höhe der Explosion zu steigern und den Bundestag vollends zu nullifiziren, so sei dies Mittel in derartigen Demonstrationen zu finden." Die Regierungen von Baden, Hessen, Nassau zogen sich gleichfalls von der eingeschlagenen Richtung rasch zurück und behaupteten die Unmöglichkeit, dem Programm des preußischen Ministeriums zur Zeit folgen zu können.

Ich war, wie man aus meinen schon mitgetheilten Briefen ersieht, nicht weniger der Meinung, daß ein energischer Anschluß an die preußische Politik,

wie die Stellung des Königs in diesem Augenblick nun einmal war, in den meisten Ländern gerade so viel zu bedeuten gehabt hätte, als sich selbst vollständig aufzugeben.

Wollte der König von Preußen sein Wort vom 21. März in Bezug auf die deutsche Sache zur Wahrheit machen, so mußte er den Umweg über Frankfurt nicht scheuen. Wenn in den meisten Darstellungen der Parlamentsgeschichte des Jahres 1848 nun aber behauptet wird, daß sich hierbei das Interesse und das Benehmen der Süddeutschen der preußischen Politik als ein unüberwindliches Hinderniß entgegengestellt habe, so ist dies, wenigstens für den Beginn der Bewegung, doch nur in sehr bescheidenem Maße richtig.

Würtemberg hatte gleich anfangs die Anträge der vereinigten Höfe von Darmstadt und Karlsruhe auf Errichtung einer Dictatur und einer Nationalvertretung in einer Weise beantwortet, die kaum bisher hinreichende Beachtung gefunden hat. Selbst die zwischen den süddeutschen Mittelstaaten gewechselten und daher vom preußischen Einfluß unabhängigen Schriftstücke dieser Tage beweisen, wie außerordentlich günstig die Chancen für Friedrich Wilhelm IV. auch da standen, wo man gewöhnlich nach dem Laufe späterer Ereignisse nichts als die äußerste Opposition vorauszusetzen pflegte. Der König von Würtemberg billigte nicht nur die Absichten der zur Reform des Bundes in preußischem Sinne thätigen Höfe, sondern gab selbst folgende viel zu wenig beachtete Erklärung:

„Seine Majestät der König halte es für unabwendbar zur Rettung des gemeinsamen Vaterlandes, daß die bis jetzt vereinigten Regierungen ihre Bereitwilligkeit erklären, die Leitung der Angelegenheiten demjenigen der höchsten deutschen Regenten anzutragen, auf welchen sich die vereinigten Stimmen fixiren und Se. Majestät ist bereit, jene Leitung Preußen anzuvertrauen; da es jedoch die Ueberzeugung der vereinigten Höfe ist, daß die Leitung Preußens nur dann möglich, daß die öffentliche Meinung und Unterstützung von ganz Deutschland nur dann zu gewinnen sein dürfte, wenn Preußen seinem Volke im Wesentlichen dieselben Rechte und Freiheiten verleiht, welche die süd- und westdeutschen Länder bereits besitzen, so würden die bis jetzt vereinigten Höfe nur unter obiger Voraussetzung sich einen Erfolg ihrer Bemühungen versprechen können."

„Die Bevollmächtigten der vereinigten Höfe hoffen und erwarten eine Eröffnung von Preußen möglichst bald zu erhalten, und würden im Falle der Zustimmung sich für autorisirt halten, weiter nach Berlin zu reisen und vereinigt mit den Bevollmächtigten möglichst aller deutschen Höfe daselbst zu einem Beschluß zu kommen, sei es ein definitiver, sei es nur ein vorläufiger in Erwartung der Zustimmung eines unterdessen von Preußen vorgeschlagenen Fürsten-Congresses."

Der gute Wille und der günstige Augenblick hatten inzwischen keine Früchte getragen und alle unmittelbaren Verhandlungen der Fürsten und ihrer Regierungen waren in die Brüche gegangen. So wäre es in der That dringend nöthig und nützlich gewesen, daß Preußen am Bundestage sich zu einer erhöhteren Thätigkeit entschlossen hätte; aber sein Gesandter, Graf Dönhoff, erschöpfte seine Kraft in den alten Mitteln der eifersüchtigen Ueberwachung des Bundespräsidiums, welches in den letzten Tagen des März in die Hände des Grafen Colloredo und sechs Wochen später an Herrn Anton v. Schmerling übertragen worden war.

Eine positive Thätigkeit wurde vom preußischen Gesandten in Frankfurt in keiner Weise entfaltet und was in dieser Beziehung in Berlin geschehen war, erregte den Verdacht, als handle es sich nicht um das allgemeine Deutschland, sondern nur um eine Vergrößerung Preußens.

Bei dieser vollständigen Führerlosigkeit des Bundestags konnte freilich nicht fehlen, daß der vollkommen illegale Fünfziger Ausschuß einen dominirenden Einfluß gewann. Keine Sitzung des Bundestags fand statt, ohne daß man sich nicht mit Anträgen dieser mandatlosen Körperschaft zu beschäftigen gehabt hätte. Die Gründung einer provisorischen Centralgewalt wurde von allen Seiten in immer neuen Formen angeregt, aber es kam zu keinerlei Entschlüssen. Mit stummer Erwartung sah man dem Zusammentritt der Nationalversammlung erst am 13. Mai und alsdann auf Andringen Preußens, mit einer Verschiebung der Eröffnung auf den 18. Mai, entgegen. Die einzige glückliche, wenn auch nicht eben schwierige Action war Preußen in dem Punkte gelungen, daß es die Aufnahme seiner ehemals nicht zum Bund gehörigen östlichen Provinzen in das neue Deutschland durchsetzte und dadurch die Anzahl seiner Mitglieder im Parlament wesentlich zu vermehren im Stande war.

In der 37. Sitzung des Bundestags am 18. April hatte der Badische Gesandte dem von allen Seiten erfolgten Drängen auf die Schaffung einer Bundesvollziehungsbehörde, durch einige formelle Anträge Ausdruck gegeben. Die Executivbehörde sollte mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen im „Namen des Bundes in allen dringenden Angelegenheiten, die den Umständen und Verhältnissen angemessenen Maßregeln ausführen.“ Sie sollte gebildet werden durch drei Commissaire, von welchen den einen Oesterreich, den anderen Preußen und den dritten sämmtliche übrigen Bundesstaaten und zwar aus drei von Baiern vorzuschlagenden Männern zu ernennen hätten.

Aehnliche Anträge hatte der weimarische Minister von Watzdorf speciell in der sächsischen Curie schon früher in Anregung gebracht, und unläugbar standen die Regierungen der Nationalversammlung gegenüber fester und gesicherter da,

wenn sie in einer Vollziehungsbehörde dieser Art vereinigt waren. Man konnte aber andererseits nicht verkennen, daß Preußen in einem Triumvirat durch Oesterreich und Baiern leicht überstimmt werden konnte, während die Fortdauer der alten Bundesverhältnisse wenigstens einer Neugestaltung durch preußische Vorschläge nicht präjudicirte. Man wartete leider vergeblich auf einen Antrag Preußens über das Executivorgan, welchem man in der Bundesversammlung hätte beizustimmen vermocht.

Vorläufig hatte der Fünfziger Ausschuß den Bundestag zu Entschlüssen gedrängt, die höchst zweifelhafter Natur waren. Man begann sich im Ausland vertreten zu lassen, ohne daß das Rechtssubject der Vertretung zu definiren gewesen wäre. Auch der Siebzehner Ausschuß drängte zu einigen die deutsche Seemacht betreffenden Beschlüssen, welche, besonders England gegenüber, wo man die Schiffe erwerben wollte, besser vorläufig unterblieben wären. — So waren die Bundestags-Verhältnisse in Frankfurt gegen Ende April ganz unhaltbar geworden und ich theile hier einen um diese Zeit von dem sächsischen Gesandten v. Gablenz verfaßten Bericht mit, der, wie mir scheint, die Lage scharf und mit großer Sachkenntniß erörterte und mir am 27. April von Frankfurt zukam:

„Die Verhältnisse hier sind sehr zu beklagen und es ist dringend nothwendig, daß die Fürsten Deutschlands der bevorstehenden constituirenden Versammlung gegenüber zeitig eine bestimmtere Haltung nehmen, wenn nicht volle Anarchie oder der Sieg der republikanischen Partei eintreten soll."

„Die Bundesversammlung ist dermalen viel zu schwach, um ihre hohe Bestimmung erfüllen zu können. Graf Colloredo ist dem Präsidium nicht gewachsen und Graf Dönhoff, zwar ein sehr tüchtiger Mann, aber durchaus nicht mehr an seinem Platz. Es ist unbegreiflich, daß man in Berlin noch nicht dafür gesorgt hat, ihn durch einen populären Mann zu ersetzen. Als Nachfolger des Graf Colloredo bezeichnet man Herrn von Wessenberg*)."

„Auch jetzt noch macht sich die gegenseitige Eifersucht Oesterreichs und Preußens zum größten Nachtheil bemerklich. Jeder der beiden Gesandten scheut sich dem andern größere Popularität zuzuwenden, und daher kommt es, daß keiner es wagt, den Uebergriffen der Fünfziger entgegenzutreten, sobald der Andere Miene macht, nachzugeben. Daneben sind neuerdings auch Elemente in die Bundesversammlung gekommen, von denen man durchaus nicht sicher ist, ob sie nicht absichtlich der extremen Partei selbst in die Hände arbeiten, oder doch es an jeder Energie mangeln lassen, wo es gilt, derselben entgegen zu treten."

*) Bekanntlich wurde es Schmerling.

„So kann es denn dahin kommen, daß die constituirende Versammlung sich geradezu mit den Fünfzig und nicht mit dem Bundestag in Benehmen setzt, zumal wenn es bei der Einberufung am 1. Mai bleibt, wo die republikanisch gesinnten Süddeutschen in Ueberzahl hier eintreffen und dominiren werden. Da nun eine Uebereinstimmung aller Regierungen über Annahme der Weimarischen Vorschläge, oder der des Badenschen Gesandten wegen Bestellung eines Triumvirats schwerlich zeitig zu erlangen ist, so bin ich auch der Ansicht, daß nur durch freiwillige Anerkennung eines Oberhauptes von Seiten der Fürsten das monarchische Princip oder doch der Bestand der kleineren fürstlichen Häuser noch zu retten ist. Hierzu ist es gar nicht nöthig, daß gleich alle Fürsten über die Wahl eines Oberhauptes einverstanden sind, indem auch Einzelne mit einer solchen freiwilligen Unterwerfung vorausgehen können und dann desto sicherer auf günstige Bedingungen zu rechnen haben werden."

„Die Wahl kann nach Lage der Dinge nur zwischen Oesterreich und Preußen schwanken. Aber ich glaube, daß ersteres viel zu sehr selbst in dem Zustand innerer Auflösung ist, als daß es noch irgend einen Halt gewähren könnte. Daneben ist man in Oesterreich durchaus noch nicht gemeint, die Einheit der österreichischen Monarchie der Einheit Deutschlands zum Opfer zu bringen, so daß an eine vollständige Verschmelzung Deutschlands mit Oesterreich jetzt nicht zu denken ist. Dies wird auch immer mehr allgemein anerkannt und der Enthusiasmus, der anfangs für die hier in die Versammlung der Fünfzig eingetretenen Oesterreicher herrschte, fängt an, sich sehr abzukühlen."

Wie sehr begründet das Urtheil des Berichterstatters über die Zerfahrenheit aller Parteien am Bundestage war, zeigte sich auch in den Militärangelegenheiten, wo es trotz des am 27. April schon gefaßten principiellen Beschlusses*) zu der wirklichen Wahl eines Bundesoberfeldherrn niemals gekommen ist. Ich hatte meinerseits mir Mühe gegeben, die Wahl für die Stelle des Oberfeldherrn auf den General von Wrangel und für die Stelle eines Generallieutenants die Wahl auf den Fürsten Theodor von Thurn und Taxis zu lenken.

Zu derselben Zeit war die letzte Hoffnung der liberalen Staatsmänner der Bundesversammlung in die Vorlage des Verfassungsentwurfs der Siebzehner gesetzt worden. Man meinte, daß der Bundestag genöthigt sein werde, sich an den letzten Rettungsanker einer legalen Entwicklung der Dinge zu klammern. Allein dem Urtheile der meisten Höfe der mittleren und kleineren Staaten über denselben war lange vor einer zu erwartenden Abstimmung am Bundestage durch eine von Herrn von der Pfordten in Dresden verfaßte Denkschrift präjudicirt wor-

*) Vergl. Separatprotokoll der 42. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 27. April 1848.

den, welche sehr eifrig verbreitet wurde und die namentlich in der Richtung des Widerspruchs gegen die Gründung einer erblichen Kaiserwürde nicht ohne großes Geschick auftrat:

„Die Herstellung einer erblichen Kaiserwürde", sagte Herr von der Pfordten in seinem Memorandum, „ist zwar sehr wünschenswerth, und für die Zukunft im Auge zu behalten; zur Zeit aber erscheint dieselbe aus vielen kaum der Erörterung bedürfenden Gründen als unmöglich. Oesterreich ist in einer Krisis befangen, deren Ende kaum zu ahnen ist, schwerlich aber in seiner Kräftigung im deutschen Sinne bestehen wird; seine neue Constitution hat mehr einen slavischen als deutschen Staat gegründet. Auch Preußen ist nicht consolidirt und hat fast überall im Volke unüberwindliche Antipathien gegen sich. Die übrigen Staaten sind nicht stark genug, um eine erbliche Kaiserkrone zu tragen und ein Kaiser ohne Land ist vollends nur theoretisch denkbar, nicht aber praktisch möglich."

„Ist hiernach ein Erbkaiser jetzt unmöglich, so ist ein Wahlkaiserthum für immer zu verwerfen, wenn man nicht alle Lehren der Geschichte vergessen will. Ebenso entschieden muß man sich aber auch gegen ein Collectiv-Oberhaupt, sei es nun der ganze Bundestag oder ein Collegium von Dreien erklären, das hieße die bisherige Schwäche der Bundesgewalt fortsetzen. Nur ein einzelnes Oberhaupt mit einem verantwortlichen Ministerium an der Seite kann der Träger einer starken Centralgewalt sein, wie Deutschland sie braucht, wenn es nicht den auswärtigen Feinden und der Anarchie verfallen soll und nur eine solche monarchische Centralgewalt kann eine Garantie für die monarchische Verfassung der einzelnen Staaten bilden. Wird die Centralgewalt republikanisch gebildet, so wird sie sehr bald die Einzel-Monarchien verschlingen."

„Nach allen diesen Erwägungen scheint folgender Vorschlag allein ausführbar und beruhigend zu sein: Die Würde des Oberhauptes wechselt von fünf zu fünf Jahren zwischen dem Kaiser von Oesterreich und den deutschen Königen nach ihrer bisherigen Rangordnung, so jedoch, daß jetzt aus diesen das erste Oberhaupt durch Stimmenmehrheit der deutschen Bundesglieder im engeren Rathe gewählt würde, nach demselben aber jedenfalls der Kaiser von Oesterreich, sofern er nicht etwa jetzt gewählt würde, den Turnus begönne."

Daß der Vorschlag des Herrn von der Pfordten Aussicht gehabt hätte, irgendwo Anklang zu finden, möchte ich nicht behaupten, aber es war durch denselben dem Entwurf des Siebzehner Ausschusses thatsächlich die Spitze abgebrochen. Auch Baiern hatte einen Schachzug gegen den letzteren durch Vorlage eines eigenen Programms unternommen, in welchem die badische Triumviratsidee eine umfangreiche Entwicklung und Ausbildung erfuhr. Ich war

sehr zweifelhaft, ob es dem sächsischen und bairischen Cabinet auch nur im Entferntesten Ernst mit diesen Vorschlägen gewesen sei, man wollte die Sache bloß compliciren, um bei einer allfälligen Abstimmung Hinterthüren zu haben.

Was für den Augenblick das Entscheidende blieb, war der wüste Lärm und die Opposition des Fünfziger Ausschusses in Frankfurt, der dafür sorgte, daß die Regierungen völlig entwaffnet der constituirenden Nationalversammlung gegenüber stehen sollten. Hier wurde also das Triumvirat so gut wie jede Consolidirung des Bundes auf das Aeußerste bekämpft und da die Schwäche der Fürsten und ihre Uneinigkeit dem Fünfziger Ausschuß allen Boden überlassen hatten, so blieb die Zukunft dem Wirken des Parlaments zunächst allein vorbehalten.

Seit Anfangs Mai versammelten sich die Vertreter des gesammten deutschen Volkes in Frankfurt, von welcher Stadt alte Reminiscenzen und der unpraktische Sinn der deutschen Politiker nun einmal nicht weichen wollten. Jeder andere Ort hätte sich für den Zusammentritt der großen Nationalversammlung, wie mein Bruder richtig vorausgesagt, besser erwiesen. Dessenungeachtet läßt sich nicht läugnen, daß unsere Befürchtungen in Bezug auf die Zusammensetzung der ersten großen gesetzlichen Vertretung Deutschlands übertrieben waren.

Man überzeugte sich bald, daß die Körperschaft, welche hier zusammengekommen war, der Mehrzahl nach einen Aufwand von Geist und Bildung in ihrer Mitte barg, welcher bewundernswerth gewesen wäre, wenn politische Erfahrung und Kenntniß der wirklichen Staats- und Personalverhältnisse ihr in gleicher Weise zur Seite gestanden hätten. Ihr Gebrechen war, daß die meisten der Gemäßigten ohne klare Einsicht dessen, was ihre Aufgabe gewesen, in Frankfurt erschienen und gleichsam erst dort eine Art von Inspiration erwarteten; daher ließen sich die Mitglieder durch zufällige Ereignisse und durch das Gewicht geschickter Redner allzusehr beherrschen.

Ich hatte frühzeitig Vorsorge getroffen, um über die Vorgänge in und außerhalb der Paulskirche genau unterrichtet zu sein. Seit Mitte Mai hatten die sächsischen Herzogthümer, so gut wie alle anderen einzelnen Staaten für die Virilstimmen am Bunde je einen besonderen Vertreter nach Frankfurt gesendet. In Folge dessen war, wie schon oben bemerkt, Stockmar für Coburg-Gotha bevollmächtigt worden; auch Meiningen wählte den mir nahe stehenden, alten Lehrer aus Bonn, Professor Perthes. Ich hatte außerdem einen trefflichen Beobachter und genauen Berichterstatter in G. v. Meyern nach Frankfurt gesendet, der mich in der besten Kenntniß von Personen und Dingen erhielt. Es ist indessen nicht meine Absicht aus den mir von diesen trefflichen Persönlichkeiten gelieferten reichen Materialien eine Geschichte der großen Versammlung

zu liefern, sondern nur die Hauptpunkte hervorzuheben, welche ihrer Natur nach, wie auf alle einzelnen Regierungen, so auch auf mich ihre Rückwirkung ausübten.

Seitdem das Bundespräsidium von Seite der österreichischen Regierung an den bisherigen Vertrauensmann der Siebzehner Herrn v. Schmerling übertragen worden war, hatte sich der Bundestag ohne alle Frage eine etwas ehrenvollere Stellung vor seinem gänzlichen Abscheiden zu erringen gewußt, aber die Frage der Neugestaltung des Bundes hatte dadurch wenig gewonnen; vielmehr war die Richtung und Partei, welche Deutschland unter die preußische Führung zu bringen strebte, noch mehr in den Hintergrund gedrängt worden.

Stockmar fand unter diesen Umständen in Frankfurt keinen Einfluß, er war enttäuscht und zurückhaltender als jemals. Anfangs Mai machte Max von Gagern, der Bruder Heinrichs, von Brüssel eine Reise nach London und besuchte daselbst den Prinzen Albert. So wurde auch diesem, wie er mir schrieb, „Gelegenheit gegeben, viel in die Karten sehen zu können". In einer enttäuschten Stimmung, wo meinem guten Bruder sein ironisches Wesen zu Hilfe kam, bemerkte er über die „Errungenschaften der Neuzeit": „Die meinige besteht in einem Schnupftuch mit den deutschen Farben, das man mir aus Frankfurt, dem Sitze der „Sich selbst Ich'schen deutschen Männer, Brüder, Bürger, Vertreter, Fünfziger, Meinungstüchtiger zugeschickt hat, und ich kann mich nun zeitgemäß schnäuzen."

Während der Bundestag auf alle Weise verhindert worden war, eine provisorische Reichsbehörde zu schaffen, war bei dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Einsetzung einer Vollziehungsgewalt sofort als die erste und nothwendigste Aufgabe bezeichnet worden. Dem Radicalismus war es nur darauf angekommen, dem Bundestage, als dem Vertreter der Fürstenrechte, die wichtige Angelegenheit zu entziehen; „dem Volkswillen", wie man sich mit Vorliebe auszudrücken pflegte, „durfte nicht vorgegriffen werden," aber die Nationalversammlung überwies den rasch eingebrachten Antrag auf die Einsetzung einer Vollziehungsgewalt einem Ausschusse von fünfzehn Mitgliedern.

In Bezug auf die Sache selbst machte man bald die Beobachtung, daß sich in der Nationalversammlung genau dieselben Schwierigkeiten erheben würden, welche den Bundestag verhinderten zu Beschlüssen zu gelangen. Es waren andere Personen, welche agirten, aber dieselben Grundsätze walteten vor. Genau wie im Bundestag standen sich Oesterreicher und Preußen geschlossen gegenüber und hier wie dort suchte man das Auskunftsmittel der Trias. Der Gedanke des Triumvirats wurde im Parlament in einer mehr demokratischen Gestalt

wiedergeboren, indem man die zukünftigen Lenker Deutschlands nicht als Bevollmächtigte der Regierungen, sondern lediglich als Beauftragte des Parlaments eingesetzt wissen wollte.

Die Regierungen sollten die Triumvirn nur bezeichnen, aber die Wahl derselben und ihre Bevollmächtigung lediglich Sache der Nationalversammlung sein. Man nannte Gagern, Schmerling und Camphausen als die künftigen Reichsregenten und tröstete die Anhänger der fürstlichen Rechte damit, daß jene volksthümlichen Männer nur provisorisch fungiren sollten. Bei Constituirung der definitiven Centralgewalt, hieß es, wolle man sich erinnern, daß es auch Fürsten gebe.

Erst um die Mitte Juni hatte der Ausschuß für die Einsetzung der Centralgewalt seine langwierigen Verhandlungen abgeschlossen und war so weit gekommen, um Anträge im Sinne eines provisorischen Bundes-Directoriums mit möglichst weitgehendem Wirkungskreise zu formuliren. Aber um diese Zeit hatte bereits ein vollständiger Wechsel der Stimmung stattgefunden und man neigte sich entschieden zu einer mehr monarchischen Form der provisorischen Regierung. In Bundestagskreisen, sowie unter den österreichischen und süddeutschen Abgeordneten, war unvermerkt der Name des Erzherzogs Johann aufgetaucht und populär gemacht worden.

Das österreichische Gouvernement mochte allen Grund haben, den am Wiener Hofe wenig einflußreichen Erzherzog als geeigneten Platzhalter des Bundespräsidiums gegenüber den preußischen Aspirationen zu fördern oder, richtiger gesagt auszuspielen. Um Stimmung für ihn zu machen, verbreiteten die Oesterreicher einen ganzen Dunstkreis von Liberalismus um seine Person, und die Versicherungen seiner deutschen Gesinnungen, welche er schon beim Kölner Domfest im Jahre 1842 kundgegeben haben sollte, wurden mit vielem Glück und mit zeitgemäßer Veränderung des Wortlauts seiner Aeußerungen umhergetragen. Fast kein einziger von allen den in Frankfurt versammelten deutschen Volksvertretern kannte den österreichischen Prinzen, welchen Raveaux jedoch „den ersten deutschen Biedermann" nannte. Einige romantische Erzählungen von seiner Verheirathung, Lebensweise und angeblichen Zurücksetzung am Kaiserhofe gewannen ihm, wie fernher klingende Alpensagen, die Herzen guter Menschen. Andere deutsche Fürsten waren unter den Volksvertretern noch weniger bekannt, als er, und konnten daher auch nicht in Betracht gezogen werden.

In Preußen war man dagegen keineswegs der Meinung, daß die Erhebung eines österreichischen Erzherzogs zum Reichsverweser so naiv zu nehmen wäre, wie in der Paulskirche thatsächlich der Fall war. Man verkannte nicht in Berlin den politischen Hintergrund einer solchen Wahl und sträubte sich so gut und so lange wie möglich gegen dieselbe. Aber bevor noch die mit soviel

Sorgfalt und Gründlichkeit erwogenen Anträge des Ausschusses für die Einsetzung der Vollziehungsgewalt vor das Plenum gekommen waren, hatte sich bereits eine feststehende Majorität gebildet, die für die Einherrschaft gewonnen war. In der Abendsitzung des 17. Juni stimmte das Centrum, beiläufig 300 Abgeordnete, für die Einsetzung Eines provisorischen Oberhauptes.

Man sprach davon, daß sich auch „ein Fürst" den Bedingungen unterwerfen könne und werde, welche für die provisorische Dreiherrschaft aufgestellt worden waren, um die Regierung des Bundes im monarchischen Sinne zu übernehmen. Der Name „Reichsverweser" wurde dann später der sorgfältig vorbereiteten Sache hinzugefügt. Gleichzeitig war die Rechte aus Rücksicht für das monarchische Princip ebenfalls der Einherrschaft gewonnen worden und so war es möglich, daß selbst Vincke am 21. Juni im Parlamente die zuversichtliche Erwartung aussprach: Auch Preußen werde sich der Wahl des Erzherzogs Johann gerne fügen. Ohne auf die Einzelheiten des parlamentarischen Kampfes näher einzugehen, theile ich einen Bericht meines Geschäftsträgers aus Frankfurt vom 23. Juni mit, der auch heute noch seinen Werth nicht verleugnen dürfte:

„Endlich ist die Entscheidung ziemlich unzweifelhaft, das Triumvirat scheint ganz aufgegeben zu sein, nicht etwa, weil seine Zweckmäßigkeit durch Gründe widerlegt wäre — im Gegentheil, diese ist selbst von seinen Gegnern vielfach anerkannt worden, — sondern weil man das Princip der Einheit von vornherein gewahrt wissen will, und weil die Anhänger des Triumvirats in der Nationalversammlung die Vertheidigung desselben entweder sehr matt oder gar nicht geführt haben, wozu noch kommt, daß diese Anhänger zwar aus den gelehrtesten und tiefsten Denkern im Parlamente bestehen, aber durchaus keine Redner und daher mit ihren besten Vorschlägen fast vertheidigungslos allseitigen Angriffen ausgesetzt sind. Briegleb meint, das Triumvirat sei hauptsächlich durch die Zuversicht gefallen, mit welcher außerhalb der Paulskirche alle seine Gegner behauptet hätten: Es geht ja nicht! Es denkt ja keiner ernstlich daran! Es hat gar keine Anhänger! Dadurch hätten seine wirklichen Anhänger, die ihre eigene Zahl nicht gekannt, sich für isolirt gehalten und das ganze Projekt aufgegeben. In der gestrigen Abendsitzung, die übrigens so unbedeutend und meistens eine solche Wiederholung von schon dagewesenem war, daß ich ein spezielleres Bild derselben zu geben für überflüssig halten muß, glitt man deshalb auch über die Dreiherrschaft ganz hinweg und ließ die Debatte sich großentheils nur um die Qualität des provisorisch zu wählenden einen Oberhauptes drehen."

„Ob Fürst, ob Privatmann, das ist jetzt die Frage. Ist es ein Fürst, so deutet die Richtung auf einen künftigen Kaiser, ist es ein Privatmann, auf

einen künftigen Präsidenten hin. Dies leuchtet Jedem ein. Aber was für Gründe auch noch dafür und dagegen werden vorgebracht werden, die Entscheidung der Majorität steht fest, Oesterreicher, Preußen und Baiern werden sich gegen die Republik, um diesen einen Anker der Monarchie, den provisorischen Fürsten vereinigen. Es wird nur noch darauf ankommen, ob die Majorität eine bedeutende ist, denn Keiner verhehlt sich, daß die möglichste Einstimmigkeit in der Wahl der Centralgewalt auch allein die möglichste Macht und Lebensfähigkeit geben wird."

„In dieser Hinsicht ist es von außerordentlichem Werthe, daß Gagern ganz decidirt erklärt hat, er werde auf keinen Fall und um keinen Preis die provisorische Präsidentenstelle annehmen, weil er sich nicht für tüchtig genug halte und dann, weil er wohl wisse, daß man ihn durch eine solche Wahl nur von seinem jetzigen Posten, auf welchem er dem Vaterlande nützlich sein könne, entfernen wolle."

„Hierdurch werden mehr vom linken Centrum, welche im Hinblick auf Gagerns Persönlichkeit sich für den provisorischen Präsidenten entschieden haben würden, sich der Macht eines Fürsten zuwenden. Auch soll eine vorläufige Zählung über mehr als 300 Stimmen für den Fürsten schon jetzt ergeben haben."

„Aber nicht bloß über den Stand, auch über die Person hat sich die Majorität schon geeinigt. Der Erzherzog Johann ist ein alter Mann, daher die große Politik von Vincke, daß er vorgestern sagte, Preußen werde sich gewiß dem Erzherzog gern unterordnen. Er denkt schon an die Erbschaft."

„Ueber die Annahme der Wahl von Seiten des Erzherzogs scheint auch kein Zweifel. Schmerling wenigstens äußerte: dieselbe werde bei der Wichtigkeit des Postens unbedingt erfolgen, und fragte dabei den Herrn v. d. Gabelentz, ob er sich schon wegen des Vorschlags, falls dieser, wie zu erwarten, den Fürsten überlassen wird, von seiner Regierung Instruction erbeten; manche der Gesandten setzen übrigens, wie es scheint, die Ermächtigung, den Erzherzog Johann vorzuschlagen, voraus."

Ueber die Ereignisse im Schooße des Bundestags selbst, während der letzten Tage seines Bestandes, war wenig Sicheres in die Oeffentlichkeit gedrungen. Eine förmliche Instruction zu Gunsten der bevorstehenden Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser dürfte wahrscheinlich von keinem der Fürsten nach Frankfurt abgegeben worden sein; doch waren die Gesandten mehr oder weniger versichert, daß sie dem Eifer des österreichischen Präsidiums, zu Gunsten der Reichsverweserschaft noch ein legales Votum des abtretenden Bundestags zu bewirken, nicht eben förmlich entgegentreten dürften.

Das Verhalten Preußens blieb bis zuletzt schwankend, aber schließlich erkannte man allgemein, daß auf feste Entschließungen von dort nicht zu rechnen sei; auch Stockmar hielt sich nun überzeugt, daß der König nichts thun wolle. Mein Vertreter am Bundestage war am 2. Juni in einer Weise, welche sich nur aus den Sonderbarkeiten dieses merkwürdigen Mannes erklären ließ, heimlich von Frankfurt, wenn ich so sagen soll, entwichen und hatte sich, ohne mir oder dem Ministerium etwas mitzutheilen, nach Berlin begeben, um den König noch im letzten Momente in die Action zu bringen. Er erntete nichts, als den größten Mißerfolg, über welchen jetzt in seinen, sowie in Bunsens Denkwürdigkeiten alle wünschenswerthen Details zu finden sind.

Interessant ist, daß auch der Legationssecretair v. Meyern über das Unternehmen Stockmars unklar blieb und nur zu melden wußte, derselbe sei „heute früh unvermuthet verreist". Selbstverständlich hatte man in Frankfurt aber doch in Erfahrung gebracht, daß ein letzter Versuch geschehen sei, Friedrich Wilhelm IV. zu einer That zu drängen und die Folge davon war keine andere, als daß man in den Kreisen des Bundestags die feindlichen Operationen der letzten Juniwoche vor meiner Gesandtschaft möglichst geheim hielt. Es ließ sich indessen dennoch nicht läugnen, daß die sterbende Bundesversammlung die Einsetzung der Reichsverweserschaft nicht ungeschickt in Scene gesetzt hatte. So schrieb man mir am 30. Juni von Frankfurt: „Der Bundestag ist noch zuletzt der Nationalversammlung zuvorgekommen, und wird gewiß deshalb Gegenstand erbitterter Angriffe Seitens der Linken werden. Gleich nach dem Schlusse der Parlamentssitzung hat er gestern selbst Session gehalten, ein schon im Entwurf vorliegendes Beglückwünschungsschreiben an den Erzherzog Johann, in welchem man sich unter Anderm freut, ihm anzeigen zu können, daß sich sämmtliche Regierungen bereits im Voraus mit seiner Wahl einverstanden erklärt hätten*), und daß man ihn zum baldmöglichsten Antritt seines hohen Postens einlade, angenommen und dasselbe ohne Verzug per Estafette abgehen lassen. Der Erzherzog erhält daher die Nachricht seiner Wahl zuerst vom Bundestage, da die Deputation der Nationalversammlung erst heute Morgens abreist."

Daß die Enttäuschung in den Kreisen Stockmars peinlich und grausam gewesen war, versteht sich von selbst. Und nicht wohl sein Alter von 60 Jahren,

*) Wenn eine solche Einstimmigkeit im Bundestage, was sich kaum mehr wird konstatiren lassen, wirklich herrschte, so dürfte dieselbe sich nur daraus erklären, daß die Stimme Stockmars nicht gezählt worden ist, da das Votum vermuthlich im engern Rath gefaßt worden und Stockmar keineswegs die sächsische Virilstimme führte. Stockmar verhielt sich im Uebrigen, wie man schon aus Voranstehendem sieht, so selbstherrlich, daß ich auf sein Verhalten auch nicht den mindesten Einfluß übte.

wie es in seinen Denkwürdigkeiten heißt, sondern die Einsicht der völligen Unhaltbarkeit seiner Stellung, bewog ihn, mir schon am Tage vor der Auflösung des Bundestags seinen Austritt anzuzeigen und für die Vertretung der Herzogthümer bei dem Reichsverweser den Dr. Perthes zu empfehlen, welcher auch Meiningens Gesandter war.

Indessen war die durch die Zeitungen hindurchgehende große Befriedigung über die Wahl des Prinzen aus einem Hause, von dem man nicht behaupten konnte, daß es in den letzten Zeiten viel deutsche Sympathien genossen hätte, eine sehr gemachte. Auch in Frankfurt selbst war erst sehr allmählich die freudige Aufregung in Gang gebracht worden, und es bedurfte sehr vieler Toaste, um, wie man sagte, den „Johann ohne Land“ auch nur unter seinen Wählern recht beliebt zu machen. Gagern selbst, dessen kühnem Griff, oder Mißgriff, wie Andere wollten, die Sache gelungen war, hielt sich die nächsten Tage, wie Beobachter meldeten, recht still und beantwortete die Huldigungen, die man ihm brachte, kurz, würdevoll und freudelos.

Eine äußerst drollige Erinnerung verbindet sich für mich mit der Wahl des Reichsverwesers, welche wie allerorten, auch in Coburg und Gotha festlich und feierlich begangen wurde und worüber alsdann ein anhaltender und sehr heftiger Prozeß entstanden ist, wer die Kosten des Vergnügens bezahlen sollte. Denn die Staatskassen, Landschaftskassen, Stadtkassen, kurz Jedermann weigerte sich, die verschiedenen Centner Pulver zu bezahlen, welche für den neuen Reichsverweser am 9. Juli, sowie später auch am 6. August, verschossen worden waren.

Inzwischen war die Reichsdeputation von Frankfurt nach Wien geeilt, und in der bekannten Weise wurde Erzherzog Johann von seiner Wahl zum Reichsverweser unterrichtet und dann feierlich nach der Residenzstadt der neuen provisorisch schwankenden Reichsgewalt gebracht. Er reiste über Dresden und Eisenach nach Frankfurt und ich unterließ es nicht, auf diese Nachricht hin, sofort von Coburg nach Gotha zu gehen, um das Reichsoberhaupt in meinem Lande würdig zu begrüßen. Da sich der Erzherzog meiner aus früheren Begegnungen noch erinnerte, so war unsere kurze Unterhaltung von derart, daß ich sofort auf die brennenden Fragen einzugehen vermochte. Ich sprach, da ich meinerseits nichts zu verhüllen hatte, von den nothwendigen Opfern, welche die deutschen Fürsten dem Einheitswerke schuldig seien und mochte dabei eine größere Lebhaftigkeit, als der Erzherzog erwartete, an den Tag gelegt haben, denn er äußerte sich nachher gegen Stockmar in Frankfurt darüber höchst erfreut, aber fast in erstaunter Weise, so viel Entgegenkommen auch bei solchen Fürsten gefunden zu haben, die er im preußischen Fahrwasser wähnte.

Gänzlich taktlos dagegen war es von Herrn Heckscher, des Erzherzogs nachherigem Minister, daß er auf der Tribüne der Nationalversammlung, bei seinem Berichte über die Reise und den Empfang des Reichsverwesers, mir, sowie auch dem Könige von Sachsen und Großherzog von Weimar nicht nur eine Art Wohlverhaltungszeugniß aussprach, sondern uns drei sogar den andern deutschen Regenten, deren Reichstreue nicht über allen Zweifel stände, zum Muster anempfahl, — eine Aeußerung, die man besonders in Preußen sehr übel empfand und für welche man uns gewissermaßen mit verantwortlich machte.

Im Uebrigen erregte der Erzherzog, wie ich mich dunkel erinnere, in manchen Punkten nicht eben den Eindruck, als ob er sich in den deutschen Verhältnissen völlig heimisch fände. Er legte sich offenbar die größte Reserve auf, während ich mich ungeschminkt und in dem Bewußtsein aller Consequenzen der damaligen Zeitlage äußern konnte. Wir waren in Deutschland längst daran gewöhnt, die Situation der Einzelstaaten für gefährdet zu halten und besprachen die Fragen der größeren oder geringeren Mediatisirung, wie der Leser aus dem früheren Capitel ersehen hat, nicht mehr mit ängstlichem Zagen nur im vertraulichen Kreise, sondern meist sehr offen und ganz officiell. Der Erzherzog setzte sein unsicheres, damals unzweifelhaft redlich gemeintes, aber programmloses Auftreten in Frankfurt fort und behielt, wie ich auch später beobachten konnte, das Gefühl eines Mannes, welcher sich plötzlich in ganz fremden Verhältnissen zu bewegen genöthigt schien.

Sein erster Regierungsakt war die Mittheilung von der Constituirung der provisorischen Centralgewalt, deren Leitung er am 12. Juli übernommen und deren Vollziehung am 15. Juli in die Hände eines Ministeriums gelegt wurde, welches zunächst nur aus Heckscher, dem preußischen Generalmajor von Peucker und Herrn von Schmerling bestand.

Der letztere konnte sowohl die innern, wie die auswärtigen Angelegenheiten fürs Erste mit um so größerer Leichtigkeit vereinigen, da der Wirkungskreis für beide ein sehr imaginärer war. Zunächst kündigte der Reichsverweser seinen Regierungsantritt in einem Rundschreiben an alle Bundesstaaten an. Obgleich dasselbe merkwürdigerweise ausdrücklich nur an die Staatsministerien und nicht von Fürst zu Fürsten ging, so habe ich doch geglaubt, dasselbe persönlich und in der Form beantworten zu sollen, wie es bei einem wirklichen Regierungsantritt zu geschehen pflegt. Ich weiß nun nicht, ob dies von allen Regenten in gleicher Weise geschehen, oder ob meine persönliche Huldigung einen besonderen Eindruck hervorgebracht hat, jedenfalls fühlte sich der Reichsverweser bestimmt, mir in einem Briefe, ohne ministerielle Contrasignatur, zu danken, der daher hier mitgetheilt zu werden verdient:

„Ew. Hoheit geehrtes Schreiben vom 25. v. M. ist mir gestern über Wien zugegangen. Mit Freuden finde ich in demselben Gesinnungen ausgesprochen, welche in den ernsten Verhältnissen, unter welchen ich die Würde eines Reichsverwesers angetreten habe und die uns noch zur Stunde umgeben, einen um so höhern Werth für mich haben müssen."

„Groß und schwierig ist die Aufgabe, welche mir anvertraut worden und zu deren Uebernahme nur die reinste Vaterlandsliebe mich bewegen konnte. Gottes Beistand, wie die feste Stütze, welche volles Vertrauen und aufrichtige Zuneigung der deutschen Fürsten und Völker mir gewähren, vermögen mir Muth und Kraft zu verleihen, das begonnene Werk zu allgemeinem Heile mit Erfolg durchzuführen. Ich kann es daher nur mit innigem Danke anerkennen, wenn, wie Ew. Hoheit dies in so freundschaftlicher Weise thun, die Zusicherung dieser Unterstützung, dieses unbedingten Vertrauens gegeben wird. Beides redlich zu erwidern, soll mir stets heilige Pflicht sein und da Eintracht stark und glücklich macht, dürfen wir hoffen, daß auch unser herrliches deutsches Vaterland es auf diesem Wege werden wird."

„Meine erste Sorge nach meinem Wiedereintreffen in Frankfurt war die Vervollständigung des Reichsministeriums. Es ist mir gelungen, dieselbe zu bewerkstelligen und die Leitung der Geschäfte Männern zu übertragen, deren Erfahrung, Einsicht, Volksthümlichkeit und anerkannter Patriotismus eine Bürgschaft für gerechte und ersprießliche Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten bieten werden."

„Genehmigen Ew. Hoheit die erneuerte Versicherung meiner persönlichen aufrichtigsten Hochachtung und Ergebenheit.

Frankfurt, den 9. August 1848.

Erzh. Johann."

Die Vervollständigung des Reichsministeriums, von welcher der Erzherzog in dem voranstehenden Briefe sprach, bestand darin, daß mein Vetter, Fürst Karl von Leiningen, sich entschlossen hatte, das Präsidium zu übernehmen, während Duckwitz, Beckerath und Mohl für Handel, Finanzen und Justiz neben den schon früher ernannten Ministern für das Innere, das Aeußere und den Krieg eintraten und also ein vollzähliges Ministerium bildeten. Die Wahl Leiningens war gewiß eine glückliche und geeignet, dem schwankenden Begriff des deutschen Reiches in den Augen der großen europäischen Welt ein ernsteres Gewicht zu verleihen. Der Name meines Vetters vermochte insbesondere in England das zur Herstellung diplomatischer Beziehungen trotz aller demokratischen Phrasen auch 1848 nicht zu entbehrende Ansehn der Personen zu gewähren. Auch galt der Fürst für sehr energisch und in Bezug auf die Her-

stellung der deutschen Einheit als entschlossen, selbst vor der Mediatisirung der Fürsten nicht zurückzuschrecken.

Auch mir und meinem Bruder gegenüber hatte er sich ernsthaft und rücksichtslos dahin ausgesprochen, daß die kleinen Länder ganz unhaltbar wären. Er trug in dieser Beziehung einen Radicalismus zur Schau, welcher bei einem solchen Manne vielleicht ganz unerklärlich gewesen wäre, wenn man sich nicht erinnert hätte, daß er als Chef eines mediatisirten Hauses in diesem Gange der Entwicklung nur eine Art von ausgleichender Gerechtigkeit zu sehen vermochte.

So theilte mir mein Bruder schon am 29. Juli ziemlich ärgerlich von ihm mit:

„Karl schreibt wieder, daß die Fürsten sich überhaupt nicht halten können und räth ihnen, schnell zu abdiciren und einen guten Handel wenigstens zu schließen. Dies ist aber eine niedrige Auffassung hoher Interessen. — Ich glaube noch immer an die Vereinigung zu einer Föderalmonarchie. Preußens Stutzigwerden wird gut wirken, nur muß der Erzherzog von Abgeordneten der einzelnen Staaten umgeben werden. Wen schickst Du zu ihm ab? — Von Preußen, höre ich, geht Camphausen; Bunsen wird vielleicht auswärtiger Minister, denn er ist plötzlich nach Berlin berufen worden."

Als die Nachricht von Leiningens Ernennung nach England kam, schrieb mein Bruder indessen doch mit einer gewissen freudigen Theilnahme:

„In Frankfurt ist nun Karl an die Spitze des ersten Ministeriums getreten. Ich dachte mir gleich, er wollte Etwas werden, als er den Brief in die Oberpostamtszeitung rücken ließ, den ich sehr gemißbilligt habe, so daß ich ihm darüber zu Leibe gegangen bin. Indessen ist es höchst wichtig, daß ein Mann von Stand an der Spitze des Ministeriums steht, und Karl hat Talent für auswärtige Politik. Ob er die nöthige Ausdauer haben wird, muß sich zeigen. — Stockmar wird wohl etwas souffliren. Ich bekomme die allerverschiedenartigsten Mittheilungen."

Was meine eigene Anschauung von der Wahl unseres Vetters und Freundes zum Ministerpräsidenten betraf, so verhehlte ich mir keineswegs, daß bei allen trefflichen Geistesgaben desselben seine Regierung keinen Bestand haben konnte. „Zu einem solchen Geschäft gehört Stabilität in den Ansichten und Handlungen und gänzliche Aufopferung aller eigenen Interessen und Bequemlichkeiten", — bemerkte ich Albert am 11. August. —

Leiningen stand, geboren im Jahre 1804, auf der vollen Höhe des Lebens und im Zenith seines politischen Ansehens und seines Einflusses. Durch seine

langjährige Thätigkeit als Reichsrath in den bairischen und badischen Kammern vor dem Jahre 1848, war er in den parlamentarischen Formen geschult und besaß das, was man den Muth der Oeffentlichkeit nennt, im vollkommensten Maße. Der frühe Tod seines Vaters und die Verheirathung seiner Mutter mit dem Herzoge von Kent hatten bewirkt, daß er den größten Theil seiner Jugend in England zubrachte und bis zu einem gewissen Grade englische Anschauungen gewonnen hatte. Doch studirte er in Göttingen und bildete sich zu einem tüchtigen Kenner des deutschen Rechts aus. Das geistige Leben der deutschen Nation war ihm in keiner Richtung fremd geblieben, und er hatte sehr viele Beziehungen zu den hervorragendsten Gelehrten und Schriftstellern. Vor Allem war er ein großer Freund von Humboldt, durch dessen Verkehr ihm auch die Kenntniß der Berliner Verhältnisse erleichtert worden war.

Er schrieb sehr gewandt und mit seltener Schnelligkeit, wobei er, seinem ganzen Temperamente nach, wenig auf die Form zu geben pflegte. Der Sache nach zeigte er sich aber immer scharf und zutreffend im Urtheil über Personen und Verhältnisse, und war nicht leicht geneigt, sich Täuschungen zu machen. Wenn man seine Briefe gesammelt hätte, so würden sie einen noch viel stärkeren Commentar zu den Zeitereignissen liefern, als diejenigen meines Bruders, denn er führte nach allen Seiten hin eine schneidige Waffe. — Er war in den politischen Fragen der Zeit mehr süddeutsch, als preußisch gestimmt, und erzürnte meinen Bruder häufig durch üble Aeußerungen über die Bedeutung Preußens, welche er für Deutschland nicht gelten lassen wollte. — Es gab Zeiten, wo er mit dem Könige Leopold, dem er unter den älteren Mitgliedern der Familie mit am nächsten gestanden hatte, in deutschem Pessimismus wetteiferte.

Alles wäre eher von ihm zu erwarten gewesen, als ein festes Beharren in einer und derselben Richtung — er griff eine Idee rasch und entschieden auf, aber er ließ sie auch eben so schnell fallen. Wenn er jetzt die Mediatisirung proklamirte, so war ich zwar weit entfernt zu glauben, daß er dieselbe durchzuführen im Stande wäre, aber die Folge davon war, daß die meisten Fürsten von Deutschland von einem unüberwindlichen Mißtrauen gegen ihn und das gesammte Ministerium des Reichs nicht minder, wie gegen die Nationalversammlung erfaßt worden waren. — Als man in den Verhandlungen der letzteren Hannover, weil der König die unbedingte Annahme der Beschlüsse über die Centralgewalt im Juli nicht zugestanden hatte, förmlich proscribirte, so zeigte sich eine tiefe Verstimmung selbst unter jenen Fürsten, welche zu Opfern für die Einheit Deutschlands geneigt gewesen wären.

Durch einen Zufall hatte der Herzog von Meiningen einer Sitzung des Parlaments beigewohnt, in welcher unter anderm der Antrag gestellt worden war, der König von Hannover solle abgesetzt und sein Land für reichsunmittelbar

erklärt werden. Fast zu derselben Zeit waren auch der König von Würtemberg, die Großherzöge von Baden und Darmstadt und der König von Baiern in Frankfurt anwesend.

Mit welchen Eindrücken die Herren fortgegangen waren, ist unbeschreiblich. — Ich fand den Herzog von Meiningen, der noch ganz in den Traditionen der strengsten fürstlichen Legitimität lebte, starr vor Entsetzen, als er wieder zu Hause angekommen war. Wenn das Beispiel Hannovers nicht sogleich von Allen nachgeahmt wurde, so waren sie nur durch die Furcht und durch die augenblickliche böse Lage davon zurückgehalten. — Die meisten blickten mit wahrer Genugthuung auf Baiern und Preußen, welche, sowie die kurhessische Regierung nicht länger säumten, die partikularistischen Elemente in der Armee und auch in den Ständeversammlungen zu stärken und groß zu ziehen.

Schon gegen Ende Juli war ich von sehr vertrauenswürdiger Seite unterrichtet worden, daß sich der König von Baiern mit dem in Innsbruck weilenden österreichischen Hofe und speziell mit jener Partei in das engste Einvernehmen gesetzt hatte, welche alle Fäden einer klerikalen und militairischen Reaction zusammenfaßte. — Ein unausgesetzter heimlicher Courierwechsel fand zwischen München und Innsbruck durch eingeweihte Persönlichkeiten, wie Herr von Türkheim u. a. statt. Aristokratie und Geistlichkeit hatten sich im katholischen Süden und Osten bereits die Hände gereicht, um die Partikular-Selbständigkeit gegen die Centralgewalt kräftigst zu behaupten. In Baiern setzte man alle Hoffnungen auf die Wahlen zur Kammer, mit deren Hilfe man der Nationalversammlung entgegenzutreten hoffte.

In Preußen war der Gegensatz gegen die Frankfurter Uebergriffe durch die Verordnung der Centralgewalt über die Annahme der deutschen Farben bei den Armeen zu Tage getreten. Bekanntlich sollten die Truppen aller deutschen Staaten am 6. August die schwarz-roth-goldene Cocarde aufstecken und unter diesem Symbol der Centralgewalt eine Art von Huldigung leisten. Aber mit dieser Zumuthung hatte man selbst in liberalen Kreisen einen Punkt berührt, welcher alle Traditionen des preußischen Selbstbewußtseins in Aufregung brachte.

So hatte die Centralgewalt mit einer ihrer ersten allgemeinen Maßregeln zu meinem größten Bedauern nur einen sehr dürftigen, im Ganzen fast beschämenden Erfolg erzielt. Nichts war hiefür bezeichnender, als der Umstand, daß man mein reichstreues Verhalten bei dieser Gelegenheit in Frankfurt nicht nur als ein ungemein lobenswerthes und erfreuliches Ereigniß hinstellte, sondern auch mich und andere kleine Landesherren — von deren nothwendiger und demnächstiger Mediatisirung und Beseitigung man doch eben noch überzeugt war — nunmehr als „Stützen der Centralgewalt“ bezeichnete.

Es war mir gelungen, den 6. August in Gotha möglichst feierlich zu

gestalten. Ich hatte ein großes Volksfest auf einem in der Nähe der Stadt befindlichen Haideland veranstaltet und dazu mein Truppen-Contingent, sowie die Wehrmannschaften einberufen. Indem ich das Commando über diese ansehnliche an 10000 Mann zählende Menge persönlich übernahm, hielt ich eine Ansprache, die mir als persönliche Erinnerung an jene bewegten Tage werth geblieben ist. Die Worte waren vor der Front vom Pferde herab gesprochen und hatten ihre Wirkung nicht verfehlt:

„Auf den ausdrücklichen Wunsch unseres Reichsverwesers sollen sich an dem heutigen Tage alle deutschen Truppen um ihre Fürsten sammeln und vereint mit diesen ihre Bereitwilligkeit erklären, nach den Bestimmungen der Reichsgewalt Blut und Leben für die deutsche Sache hinzugeben."

„Freudig hob sich meine Brust bei dieser Aufforderung und in dem Bewußtsein, daß ich in diesen Gauen nicht allein die Größe des gemeinsamen Vaterlandes als schönes Ziel vor Augen habe, berief ich neben den stehenden Truppen auch noch die waffenfähigen Männer meines treuen Volkes."

„Mit Freude und Stolz ruht mein Auge auf diesen zahlreichen Schaaren."

„So laßt uns nun aus vollem Herzen verkünden, daß wir Alle Deutsche sein und gleich einer ehernen Mauer unser schönes Vaterland schützen wollen vor dem Eindringen äußerer Feinde, sowie wir, gleich einem feurigen Schwerte diejenigen vernichten werden, welche unsere Erinnerungen, unsere Rechte, unsere Freiheit beschimpfen möchten."

„Als Zeichen Eures ernsten Willens stimmt mit mir ein in den begeisterten Ruf: Es lebe der Reichsverweser!"

Der Verlauf des nationalen Festes bei Gotha konnte ein glänzender genannt werden. Zahlreicher Besuch aus den benachbarten Ländern gab demselben eine über das Herzogthum weit hinausreichende Bedeutung. Es war mir nicht unbekannt gewesen, daß man in Preußen und andern Königreichen die Feier des 6. August offiziell zu unterdrücken bestrebt war. Recht im Gegensatze hierzu war Gotha ein gut gelegener Platz zu einer Demonstration, welche für mich den doppelten Zweck hatte, dem demokratischen und republikanischen Treiben in den thüringischen Städten, insbesondere auch in Gotha entgegenzuwirken und andererseits meinen fürstlichen Nachbarn — ich will sagen — ein gutes Beispiel zu geben.

Es war mir sehr wohl bekannt, daß der preußische Kriegsminister von Schreckenstein ein Rundschreiben an die General-Commandanten hatte ergehen lassen, worin die Verordnung der Centralgewalt über die Annahme der deutschen Cocarde in höchst eigenthümlicher Weise interpretirt worden war. Auf Befehl des Königs, hieß es, sollte die Armee die Mittheilung von der Errichtung der

deutschen Centralgewalt nach Lage der Umstände erhalten, jede Bekanntmachung aber speziell am 6. August ernstlichst vermieden werden. Während sich hierin der Widerwille gegen die Frankfurter Bestrebungen bereits im vollsten Maße ausdrückte, vermied es Friedrich Wilhelm IV. wenige Tage später nicht, mit dem Reichsverweser bei dem Dombaufest in Köln zusammenzutreffen.

Die Begegnung hatte in Folge dessen den Charakter eines diplomatischen Schachzugs, bei welchem ich froh war, der Gelegenheit nicht nachgegeben zu haben, dabei zu erscheinen. Denn bei der Ankunft der Frankfurter Deputation und des Ministeriums, bei dem Fackelzuge der Bürger und bei der Tafel der Fürsten wurde Alles aufgeboten, um die hohe Eintracht zwischen dem Könige und seinem erzherzoglichen Gaste vor der Welt leuchten zu lassen.

Für die Eingeweihten und insbesondere für militärische Kreise war es aber kein Geheimniß, daß zwischen Berlin und Frankfurt seit dem 6. August die Brücke abgebrochen war.

Sonderbar waren dabei nur die Täuschungen der preußisch gesinnten Mitglieder des Parlaments. Das sattsam bekannt gewordene Wort Friedrich Wilhelms, mit welchem er die Vertreter der Nationalversammlung daran erinnerte, daß es noch Fürsten in Deutschland gäbe und daß auch Er einer darunter wäre, legte man sich in einer Weise zurecht, welche zu weiteren doctrinären Mißgriffen führte. Ja Gagern behauptete in seinem der Nationalversammlung gemachten Berichte über das Kölner Dombaufest, daß in jener Aeußerung des Königs nichts als ein unschuldiger Scherz zu erblicken wäre, wie der geistreiche Mann dergleichen zu machen liebte.

In Wahrheit war der König gegen alle von den Unitariern aufgestellten Programme auf das Entschiedenste eingenommen und ich war damals bereits sowohl von König Leopold, als auch von meinem Bruder, die gewiß gute Nachrichten hatten, versichert, daß er „weder für die Gründung von Reichsländern in Folge von Mediatisirungen, noch auch für ein Aufgehen Preußens in Deutschland zu gewinnen sei, sondern höchstens dem von seinem Ministerium damals auf die Bahn gebrachten Projekte einer siebenstimmigen Staatenvertretung der deutschen Fürsten in einem Bundesrathe einige Unterstützung vorläufig zu Theil werden lassen wollte". Aber auch dieses Zugeständniß machte er nur mit halbem Herzen und das wirklich Bezeichnende dürfte ohne Zweifel bleiben, was ich eben damals am 11. August 1848 dem Könige Leopold schrieb:

„König, Armee, Ministerium und Volk ziehen nach verschiedenen Seiten und keine jener Größen hat Ansehn und Entschlossenheit genug, um einen Schlag von irgend einer Bedeutung zu führen. Dahin rechne ich auch die preußischen Vorschläge wegen der Vertretung bei der Centralgewalt. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß Deutschland neben der Centralgewalt in der

Nationalversammlung ein Organ der einzelnen Staatsregierungen bedarf und daß selbst die provisorische Constituirung des Reiches eine solche vermittelnde und die Sonderinteressen beschwichtigende Behörde nicht wohl entbehren kann."

„In dem Gesetz über die Centralgewalt ist das Bedürfniß einer Verbindung des Reichsverwesers mit den einzelnen Regierungen anerkannt und durch Bestellung von Gesandtschaften in Frankfurt zu erreichen gedacht. Der preußische Vorschlag jedoch geht zu weit und will aus Staatenbevollmächtigten ein beschlußfassendes Collegium bilden gegenüber der Nationalversammlung. So zweckmäßig es auch wäre, die unsinnige Mißstimmung Preußens gegen die Nationalversammlung gemindert zu sehen, so liegt doch auf der Hand, daß jener Vorschlag ohne weiteres nicht ausgeführt werden kann, ohne die Nationalversammlung darüber zu fragen."

Wie bekannt, ist die erwähnte Abneigung Preußens stark genug geblieben, um jede lebensfähige Institution der Staatenvertretung an der Seite des Reichsverwesers zu verhindern und wenn man die Gründe des Mißlingens der Einheitsidee im Ganzen erwägen wollte, so lag in diesem Umstande gewiß eines der hervorragendsten Momente. Denn nun blieb die Nationalversammlung in demokratischer Einseitigkeit immer unfruchtbar und jeder neue Conflict mit den einzelnen Staaten mußte die Ohnmacht derselben in den Augen des Realpolitikers desto klarer herausstellen.

Unter diesen Gegensätzen war nun die Frage des Waffenstillstandes, welchen Preußen zu Malmoe mit Dänemark geschlossen hatte, geeignet, die Erbitterung auf das Höchste zu steigern: Ich will in einem besonderen Capitel die auf Schleswig-Holstein bezüglichen Angelegenheiten nachher im Zusammenhang erörtern und beschränke mich hier darauf mit Rücksicht auf die Entwickelung der Nationalversammlung diese Dinge nur anzudeuten. Es war in den letzten Tagen des August, als die Nationalversammlung ihre erste große Irrfahrt in die Angelegenheiten der auswärtigen Politik unternahm, und es konnte nicht anders kommen, als daß sich eine ungeheuere Kluft zwischen ihrem Wollen und Können eröffnete.

Die Politik, mit welcher Fürst Leiningen und das Reichsministerium in den auswärtigen Angelegenheiten debütirte, litt gleichzeitig an Kinderkrankheiten und an Marasmus. Von Leuten, die sich auf diplomatischem Boden zu bewegen gewußt hätten, fand sich Niemand, der die Gesandtschaftsgeschäfte übernommen hätte. Bunsen war durch seine preußischen Dienstverpflichtungen nicht in der Lage, eine Stellung bei der Centralgewalt anzunehmen, und Stockmar, der immerfort Rathschläge gab und Prophezeiungen machte, war von nichts weiter entfernt, als die Sache wirklich anzugreifen und mitzuwirken.

Die drei Gesandten, welche man an die großen Mächte sendete, waren Auerswald, Raumer und Andrian, gewiß vortreffliche Männer, aber ohne jede diplomatische Vergangenheit und wahrscheinlich auch ohne Zukunft auf diesem Gebiete. So hatten sich zu den Mißgriffen im Innern, die Mißgriffe nach Außen hinzugesellt. Ende August hatte man bereits eine Menge Gesandtschaften creirt, welche aber nach der eigenen Erklärung Heckschers nichts anders zu thun hatten, als die offizielle Anzeige des Regierungsantrittes des Reichsverwesers und Aufklärungen über die Frankfurter Verhältnisse zu bewirken. Jede ernste auswärtige Action des Ministeriums war aber schon durch die endlosen Interpellationen unmöglich gemacht worden, mit welchen die Nationalversammlung sich tagelang beschäftigte. Zu diesen vor den Augen von ganz Europa würdelos verhandelten Gegenständen gehörte nun in erster Linie die schleswig'sche Waffenstillstandsfrage.

Der Sturm in Bezug auf diesen letzteren Punkt, welcher die traurigsten Ereignisse herbeiführen sollte, brach in der Nationalversammlung am 4. September los. Am darauf folgenden Tage wurde die Sistirung des Rückzugs der Reichstruppen in Schleswig-Holstein beschlossen. Das Reichsministerium in seiner Gesammtheit reichte seine Demission ein. Dahlmann, dessen kritischem Geiste gelungen war, die Verwerfung des Waffenstillstandes zu bewirken, hatte den Muth, die ganze Verantwortung und Bürde dieser Ereignisse auf sich zu laden, ohne die Bildung eines neuen Cabinets bewirken zu können.

In diesem Augenblicke größter Aufregungen in und außerhalb der Paulskirche, und am Vorabende einer scheußlichen Revolution, traf ich selbst in Frankfurt ein. Ich hatte schon seit längerer Zeit die Absicht, mich persönlich dahin zu begeben, um ein eigenes Urtheil zu gewinnen. Da die Situation täglich einen drohenderen Charakter annahm, beschleunigte ich meine Reise, kam Morgens am 6. September an und fand zu meinem Erstaunen ein gestürztes Ministerium vor.

Ich hatte die Absicht insbesondere mit dem General von Peucker als Kriegsminister einige das Coburgische Contingent betreffende Angelegenheiten zu ordnen, jetzt war mir nur möglich, über das Geschehene meine Beobachtungen zu machen und die Rathlosigkeit zu konstatiren, in welcher sich Alles befand. Denn auch unter den Deputirten war ein großer Theil über ihren Sieg betroffen und die Antragsteller der Verwerfung des Waffenstillstandes wußten am wenigsten, was zu thun sei.

Ich hatte mich noch am selben Tage dem Reichsverweser vorgestellt, verkehrte mit Leiningen und machte auch Gagern meinen Besuch. Von meinem Vetter erfuhr ich, daß England, Frankreich und Rußland drohende Noten ge-

sendet hatten und von der Reichsregierung unbedingt forderten, daß man sich in die Bedingungen des Malmoeer Waffenstillstandes füge. Die Hoffnungen des Ministeriums beruhten darauf, daß Dahlmann, der es gestürzt hatte, ein neues Cabinet schlechterdings nicht zu bilden vermochte und daß man daher erwarten könne, bei der Abstimmung über die Hauptfrage die Differenz von 20 Stimmen, mit denen Dahlmann gesiegt, noch zu wenden. Uebrigens zeigte Leiningen wenig Lust, die Geschäfte fortzuführen.

Als ich zu dem Reichsverweser selbst kam, fand ich ihn gefaßter, als ich nach dem, was mir gesagt worden war, vermuthen mußte. Er sprach ziemlich ruhig über den am Tage vorher gefaßten Beschluß der Nationalversammlung und hatte sich ein System zurecht gemacht, nach welchem er Preußen möglichst scharf zu tadeln vermochte, aber die Ausführung des Waffenstillstandes sichern zu können meinte: „Die Frage des Krieges mit Dänemark, sagte er, muß man durchaus von der Frage über das Benehmen Preußens trennen. Den Waffenstillstand muß man annehmen, obgleich Preußen seine Vollmachten überschritten hätte."

Er begann sich hierauf in eine große Heftigkeit gegen Preußen zu reden und man bemerkte, daß es ihm recht von Herzen ging, wenn er das Benehmen Preußens von der schlimmsten Seite beurtheilte. Es ärgerte ihn besonders, daß von den drei Bedingungen, unter welchen die Centralgewalt die Vollmacht zum Abschlusse des Waffenstillstandes ertheilt hatte, auch nicht eine einzige berücksichtigt worden wäre. Es war unschwer zu erkennen, daß der Reichsverweser hierin eine absichtliche Vernachlässigung seiner Person und seiner Stellung erblicken zu sollen meinte. Hierin bestärkte er sich in Erwägung des Umstandes, daß der Abgeordnete der Reichsgewalt von dem General von Below, auf Grund geheimer Instructionen, die von Berlin gekommen wären, absichtlich getäuscht worden sei.

So sehr nun Erzherzog Johann seinen preußischen Antipathien den Zügel schießen ließ und so sehr er auch eine Art von Mitgefühl für die beleidigte Nationalversammlung hatte, so schien er doch völlig unbekannt mit Allem, was nun geschehen sollte. Man hoffte, daß der Austritt Heckschers aus dem Ministerium den Sturm der Paulskirche besänftigen werde und daß die übrigen Minister erhalten werden könnten. Mir machte die lange und stürmische Sitzung der Nationalversammlung, der ich am nächsten Tage beiwohnte, nicht den Eindruck, als ob man ruhigen Tagen entgegen ginge.

In der Loge der Paulskirche, wo ich meinen Platz hatte, war ich glücklich, einige alte Bekannte, wie Erbach, Fürstenberg und Lichnowsky, sowie Radowitz und meinen alten Lehrer Löbell von Bonn zu sehen, deren unterrichtende Gespräche mir über die nichtssagenden Phrasen der meisten Redner und über

die abscheulichen Zänkereien zwischen Wesendonck, Vogt und dem Präsidenten Gagern hinweghalfen. Als auch am zweiten Tage die, wie man mich versicherte, nur eben zufällig so skandalösen Verhandlungen keine bessere Meinung von der Zukunft Deutschlands in mir zu erwecken geeignet waren, so verließ ich rasch wieder Frankfurt und reiste am 10. September mit wahrem Behagen, aber auch nach den größten Enttäuschungen ab.

Ich hatte sehr viele Personen gesprochen und kennen gelernt. Bei der Gemahlin des Reichsverwesers, der Baronin von Brandhof, traf ich abermals mit dem letzteren selbst zusammen und er verwickelte mich in ein Gespräch über die Ministerkrisis. Er verlangte nichts Geringeres, als daß ich auf Stockmar Einfluß nehme und diesen vermöchte, ein Ministerium zu bilden. Ich konnte hierin nur eine Unkenntniß der Personen erblicken, mit welchen es der Reichsverweser zu thun hatte und zweifelte sofort an der Möglichkeit eines solchen Ministeriums. Wirklich versicherte mich Stockmar gleich nachher lächelnd, daß es ihm nicht in den Sinn kommen würde, einem solchen Begehren des Reichsverwesers nachzukommen, er meinte sogar, daß es für den Fürsten Leiningen jetzt das Beste wäre, auszuscheiden, weil er hierzu nicht leicht wieder eine günstigere Gelegenheit finden würde.

Bekanntlich trat Leiningen trotzdem, daß nachher von der Nationalversammlung der Malmoeer Waffenstillstand ratificirt worden ist*), aus dem Amte, und Herr von Schmerling übernahm das Ministerpräsidium. Meine Eindrücke von dem Allen habe ich, ein wenig stark markirt, in einem Briefe an meinen Bruder niedergelegt, welcher mir heute wie ein historisches Dokument erscheint und deshalb der Hauptsache nach hier veröffentlicht werden mag, obwohl der Leser wohl erwägen wird, daß der Drang und die Erregung des Augenblicks manches Wort härter gewählt hat, als man vielleicht in der Ruhe des Rückblicks dies gethan haben würde.

Lieber Albert!

„Da ich vermuthe, daß Du durch Alexandrinens Brief an Victoria in Kenntniß gesetzt bist von meinem hiesigen Aufenthalt, so wirst Du mir auch verzeihen, daß ich von den ungeheueren Eindrücken, die die hiesigen Verhältnisse auf mich machen, nur in aller Eile flüchtige Skizzen entwerfe."

„Der Zweck meiner Reise war, mich mit den Ministern und einzelnen Deputirten, besonders den unserigen, über Gegenstände zu besprechen, welche allein unsere sächsischen Interessen betreffen. Der Sturz des Ministeriums Leiningen und die furchtbar verhängnißvolle Krise änderten natürlich in Vielem meinen Operationsplan. Ich bin durch Bekanntschaft mit den meisten Männern des

*) Vgl. weiter unten Buch IV, Cap. 2. S. 359 ff.

Tages nun mitten hinein in die Bewegung gekommen und die gute Stimmung, die hier für mich herrscht, öffnete mir den Weg einerseits die Verhältnisse genau kennen zu lernen, andererseits Einfluß darauf zu gewinnen. Mehr ist mir jetzt unmöglich zu schreiben; folgende Bilder will ich Dir aber doch entwerfen:"

„1. Ministerium: Mangel an aller Lebensfähigkeit und darum baldiger Sturz. Karl ist neben Peucker der Einzige, der als Persönlichkeit jetzt genügte. Die Uebrigen sind beinahe Alle zu Ministern in der jetzigen Lage unfähig. Lange Listen von Verkehrtheiten, die die Herren mit einem seltenen sang-froid ausübten, liegen vor."

„2. Nationalversammlung. Eine Gesellschaft von Menschen, die zum Theil weder begreifen, was ihre Aufgabe ist, noch zum anderen Theil verstehen, wie man sich in einem Parlamente benimmt. Im Einzelnen große Capacitäten, die aber vereinzelt zu wirken glauben und eben, weil sie nur allein glänzen wollen, sich gegenseitig verdunkeln und aufheben. Eine Rechte und eine Linke, aber keine geregelte Partei. Keine rechten Führer und ohne Partei-Treue! Das Ministerium fiel besonders darum, weil einige Narren — wenn auch Dahlmann dazu gehört — um als Märtyrer sich bemitleiden zu lassen, in eine Minorität zu kommen wünschten und die Versammlung durch ihre Reden so hinrissen, daß sie eine Majorität erlangten und ihr eigenes Ministerium fallen machten. Jetzt stehen sie auf dessen Trümmern und können unmöglich ein Ministerium aus dieser Majorität herausbringen."

„Ganz Deutschland ist in ängstlicher Spannung. Ich habe furchtbaren Sitzungen beigewohnt. Ich begreife nun, daß Stockmar um keinen Preis in dies Ministerium will; mit solchen Leuten, wie wir sie hier haben, kann er nichts gemein haben wollen."

„3. Reichsverweser. Man traut ihm nicht. Ob mit Recht oder Unrecht will ich nicht erwägen."

„Von eigentlicher Politik, von der Art, wie man mit fremden Mächten umgehen muß, haben die Leute hier keine Ahnung. Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man daran denkt, wohin wir kommen, wenn man hier so fortfährt. Vielen gehen nun zwar die Augen auf und sie erschrecken über sich selbst, viele sind aber blind vor Dünkel und Selbstinteresse."

Ich habe Dich mit Deinem ruhigen Verstande hierher gewünscht, um ihnen den Staar zu stechen. Wenn Du einmal Karl wiedersiehst, so erinnere ihn an diese Periode und Du wirst die Bestätigung dessen finden, was ich schrieb. Meine Zeit ist zu Ende.

Frankfurt, 8. September 1848. Dein

Ernst."

Meine trübe Anschauung von den Dingen in Frankfurt sollte nach wenigen Tagen eine über alle Erwartungen schreckliche Bekräftigung finden. Als am 16. September die in sich gegangene Majorität der Paulskirche den Beschluß gefaßt hatte, die Vollziehung des Waffenstillstandes von Malmoe nicht zu hindern, war dieselbe nicht mehr vor den Elementen sicher, welche die Linke in und außerhalb des Parlamentes verblümt und unverblümt wachgerufen hatte. Was sich im Parlament unter dem Namen von republikanischen und demokratischen Principien noch verschämt den Anschein eines legalen Kampfes zu geben suchte, hatte vor den Parlamentsthoren schon am 17. die Hülle abgeworfen und die nackte Revolution zu Tage treten lassen. Die Argumente, welche in dem elfstündigen Redekampfe nicht mehr zu siegen vermocht hatten, sollten den conservativen und ehrlichen Männern dieser unglücklichen Versammlung nunmehr durch die Fäuste des Pöbels klar gemacht werden.

Nur durch eine List vermochte man die die Paulskirche verlassenden Mitglieder der Rechten vor den am Thore harrenden Massen zu retten, indem man sie durch einen unbewachten Seitenausgang hinausgehen ließ, wodurch die Freunde der republikanischen Linken irre geführt worden waren.

Am 17. September hatten die republikanischen Vereine in Frankfurt eine Petition an die Nationalversammlung beschlossen, in welcher sie forderten, daß der Beschluß in Bezug auf den Waffenstillstand zurückgenommen werde. Alle die, welche für denselben gestimmt hätten, hieß es darin, wären Landesverräther. Als nun am 18. die Sitzung des Parlaments eröffnet wurde, drangen bewaffnete Volkshaufen in die Kirche, welche nur durch die Geistesgegenwart Gagerns zurückgescheucht wurden; draußen aber erhoben sich Barrikaden.

In der Nacht vom 17. auf den 18. waren hessische, preußische und österreichische Truppen aus Mainz herbeigezogen worden, welche am Vormittage noch ohne Blutvergießen Herrn der Bewegung zu werden vermochten. Am Nachmittage aber begann sich der Kampf ernster und allgemeiner zu gestalten. Von der Frankfurter Bürgergarde hatte sich nicht der zehnte Theil zum Schutze der Nationalversammlung eingefunden; dagegen sah man viele davon auf der Seite der Aufständischen, unter welchen selbst Mitglieder der Linken des Parlaments auch nicht fehlten.

So sehr man in jener Zeit an Scenen des Schreckens gewöhnt worden war, so war ich, da ich noch acht Tage zuvor so viele der bedrohten Menschen persönlich sah und sprach, von den Frankfurter Nachrichten doch auf das Tiefste erschüttert. Kaum hatte sich die erste Kunde von dem räuberischen Angriff auf die Nationalversammlung verbreitet, so folgte unmittelbar darauf auch schon die Mittheilung von dem Tode Auerswalds und Lichnowskys. Ich werde diese Momente nie vergessen, und wiewohl alle die ergreifenden Ereignisse be-

kannt genug sind, so hat es doch vielleicht mehr als einen persönlichen Werth, wenn ich hier einige der getreuen Schilderungen einfüge, welche mein gut unterrichteter und ruhiger Beobachter in Frankfurt aus unmittelbarer Anschauung damals an mich gelangen ließ:

„Nach der Sitzung," so berichtete von Meyern, am 18. um 4 Uhr Nachmittags, „ist der Scherz indeß etwas ernster geworden. Am Eingange der Hasengasse in die Zeil war eine Barrikade gebaut — das Heckerlied ertönte dahinter. Die österreichischen Sappeurs hieben sie nieder, und es sah prächtig aus, wie hierauf die Weißröcke darüber hinwegstürmten und die Rebellen dem Namen der Straße Ehre machen ließen. Noch war kein Schuß gefallen. Aber nicht lange und bei der katholischen Kirche an einer neuen Barrikade schoß man den Oesterreichern 2 Mann todt. Ein Pelotonfeuer war die Antwort. Das Resultat derselben ist noch unbekannt."

„Ich ging von dort in den römischen Kaiser, um mit dem Obermarschall Wangenheim zu diniren. Etwa 150 Schritte von hier, wo die Zeil in 2 kleine Straßen ausläuft, wurden zwei Barrikaden, größer als die bisherigen gebaut. Eine preußische Abtheilung stellte sich unter dem römischen Kaiser auf. Sie wurde von der Barrikade aus verhöhnt, aber rührte sich nicht. Man schoß einige der ihrigen aus den Häusern mit Büchsen unter meinen Augen todt; sie rührte sich nicht. Endlich durfte sie schießen. Einige Pelotonfeuer stäubten die Insurgenten auseinander; aber hinter den Barrikaden weg und aus den Fenstern über denselben, verwundete man ihnen mit Büchsenkugeln auf entfernte Distance noch mehrere Mann. Ohne Kanonen und ohne Sappeurs konnten die Preußen nichts ausrichten. Um unnöthige Verluste zu verhüten, zogen sie sich an der Seite der Straße zurück. Auf dem Balcon vom römischen Kaiser meine Cigarre rauchend, hör' ich eine Kugel vor meiner Nase vorbeipfeifen und — das Feuer meiner Cigarre ist ausgegangen, denn die Kugel hatte sie halb durchgeschlagen."

„Die armen Blessirten, die unten liegen, finden allgemeines Bedauern. Einen dieser wackeren Leute habe ich sehr gelassen sterben sehen. Heute gegen Abend werden bei 10 000 Mann hier sein, würtembergische Artillerie, Nassauer, Großherzogl. hessische Truppen und Zuzug aus Mainz. Morgen früh also wird die feige Demokratenmasse, die auf offener Straße stets davonläuft, aus allen Thoren gesprengt sein. Es kann höchstens die Folge haben, daß die Nationalversammlung nach Nürnberg verlegt wird, wovon schon Viele sprechen."

Frankfurt, 19. Sept. früh Morgens.

Hoheit, gnädigster Herzog und Herr!

„Es ist eine traurige Pflicht, welche ich erfüllen zu müssen glaube, wenn ich mich in meinem heutigen Berichte persönlich an Ew. Hoheit wende, um das unglückliche Schicksal des Fürsten Lichnowsky anzuzeigen. Derselbe ist gestern Abend schmählicher Weise tödtlich verwundet worden und wird die Nacht schwerlich überlebt haben. Verwegen genug, mit dem General Auerswald der würtembergischen Artillerie entgegenzureiten, fällt er vor dem Eschenheimer Thore einer Demokratenbande in die Hände, welche beide Reiter sogleich mit Schüssen verfolgt und Lichnowsky, ihren geschworenen Feind, „dessen Eingeweide in die Straßen zu streuen" man in der vorgestrigen Volksversammlung geflucht, verwundet. In die Enge getrieben, springen sie von den Pferden und flüchten in ein Haus. Hier aber werden sie, unbewaffnet wie sie waren, ergriffen, der alte General Auerswald mit Knitteln todtgeschlagen und Lichnowsky — es ist zu empörend — Lichnowsky, der Ritterliche, von zweien dieser Menschelmörder gehalten und von einem dritten auf zwei Schritte durch den Leib geschossen."

„Mit dieser tödtlichen Wunde, dazu mit zerhacktem Arme und noch einer Kopfwunde hat man ihn, — ich weiß nicht, wie es gekommen, — zu Bethmanns getragen, wo er die ganze Scene noch selbst erzählt haben soll: „Mich haben sie todtgeschossen," sollen dabei seine Worte gewesen sein, — „aber den armen Auerswald — das mag ich gar nicht erzählen." Gestern Abend sollte er besinnungs- und hoffnungslos im Hospital liegen*). Es ist so empörend, daß die Begebenheiten in der Stadt davor fast in den Hintergrund treten."

„Nachdem ich meinen Bericht von gestern Nachmittag zur Post gebracht, schwieg das Feuer. — Abgeordnete von der Linken glaubten sich als Parlamentäre zu den Barrikaden begeben zu sollen, um zu vermitteln. — Bis halb 7 Uhr trat ein Waffenstillstand ein. Unterdessen langten Truppen von allen Seiten, auch Darmstädter und Würtemberger Artillerie, sowie Cavallerie an. — Nichtsdestoweniger verlangten die frechen Insurgenten Zurückziehung der Truppen aus der Stadt. „Sie haben hier gar keine Bedingungen zu machen," soll General Nobili, der Commandirende, den Barrikaden-Abgeordneten geantwortet und sie ohne weiteres zurückgeschickt haben. Alles Blut, was vergossen werden würde, ist dabei natürlich auf ihn gewälzt worden."

„Nach Ablauf der Unterhandlungsfrist zerschmetterte man mit wenigen

*) Lichnowsky blieb bei Bethmanns und war dahin auf seinen Wunsch gebracht worden.

Kanonenschüssen die Barrikaden am Eingange der Zeil, — wie ich vom Balkon des römischen Kaisers wieder mitansehen konnte — und nahm sie mit preußischer und darmstädtischer Infanterie im Sturm."

„Herr von Boddien, jetzt Adjutant des Erzherzogs, war dabei mehreremale zu den Insurgenten hineingeritten und hat bei der Gelegenheit einmal ein ganzes Pelotonfeuer von ihnen ausgehalten. Das Feuer in den Straßen der entfernteren Stadttheile dauerte noch bis gegen 11 Uhr Abends — dann wurde es ruhig. Frankfurt ist vom Reichsministerium in Belagerungszustand erklärt und das Standrecht verkündet worden. Im englischen Hofe hörte ich es unter großem Jubel verlesen. Es war aber auch nöthig."

„Die armen Truppen wurden in ihren dichten Haufen auf den Straßen — fast wehrlos könnte man sagen — niedergeschossen und sie — machten Gefangene, die vielleicht einmal zu Freiheitsstrafen verurtheilt werden! — Unsere deutschen Truppen sind entsetzlich gutmüthig, wie ich mehrmals zu bemerken Gelegenheit gehabt. Die Preußen hatten gestern Abend einen Offizier, Hauptmann Jürgens, todt und einen zweiten blessirt; die Darmstädter einen Stabsoffizier schwer verwundet, durch den Leib geschossen, und einen zweiten blessirt. Dem kurhessischen Bataillon, jetzt Fuldaern, hat man nicht getraut und sie zurückgehalten."

„Lieutenant v. Griesheim aus Mainz, den ich Abends im englischen Hofe gesprochen, hat gestern mit 50 Mann einen Streifzug nach Hanau gemacht, dort die Eisenbahn abgebrochen, um neuen Zuzug aus diesem Raubneste zu verhindern, und auf dem Rückwege in einem Dorfe, in welchem man auf seine Leute schoß, ein kleines wirkliches Räubernest ausgenommen; einen Polen haben seine Leute gespießt und 6 Rädelsführer, darunter einen Frankfurter Bürgerschützen in Uniform, der mitgeschossen, gefangen genommen. Was die Frankfurter Bürgerwehr überhaupt betrifft, so hat sich meine Meinung von ihr bestätigt; beim Generalmarsch ist nicht $^1/_{10}$ erschienen, und mehrere hat man hinter den Barrikaden gesehen. Aber auch Abgeordnete von der äußersten Linken will man unter den Insurgenten erblickt haben. Ebenso haben die Preußen im römischen Kaiser einen Fremden arretirt, der dort die Frechheit gehabt hat, aus dem Fenster zu schießen."

„Heute Morgen scheint Alles ruhig zu sein. Die preußischen Deputirten halten Conferenz und die Nationalversammlung — wird in den Grundrechten fortfahren."

„In tiefster Ehrerbietung ꝛc.

v. Meyern.

In einem nachfolgenden Schreiben erzählte Meyern, daß außer Auerswald und Lichnowsky auch der alte Jahn von den Insurgenten verfolgt und ver-

wundet worden sei. — Heckscher aber, der sich am 18. in Soden aufgehalten hatte, wurde in Höchst aus dem Waggon gezogen und mißhandelt. Es wurden ihm die Kleider vom Leibe gerissen und nur mit eigener Lebensgefahr soll ihn die dortigen Schutzwache habe retten und nach Mainz schaffen können. Bei der Ueberrumpelung der Paulskirche hatten 18 Mitglieder der Rechten, darunter Gagern selbst auf der Proskriptionsliste gestanden.

Als ein wahres Schreckbild des schauderhaftesten Fanatismus endlich noch theilte mir Meyern mit, daß es eine Frau gewesen sei, welche den Mördern das Versteck Lichnowskys gezeigt hatte. Das furchtbare Weib schlug, als er schon sterbend und verlassen auf der Erde lag, noch mit dem Sonnenschirm wüthend nach seinem Kopf.

Bei den nahen Beziehungen, die ich seit so vielen Jahren zu Lichnowsky hatte, kann man ermessen, welchen Eindruck diese Berichte auf mich hervorbrachten. Ich hatte eine aufrichtige Freundschaft für den viel verlästerten, ritterlichen Märtyrer der deutschen Revolution. Trotz seines excentrischen Wesens hatte er etwas Weiches und sehr Sympathisches an sich. Während meines Aufenthaltes in Frankfurt hatte ich einmal Gelegenheit zu beobachten, wie sehr der Fürst bekannt und verhaßt war. Denn als er mich am späten Abend aus einer Gesellschaft von Bethmann nach Hause begleitete, waren wir alsbald von einer Masse Volkes umringt worden, welche ihrer Mißstimmung gegen den Fürsten lauten Ausdruck gab. Ich suchte ihn rasch dieser bedenklichen Gesellschaft zu entziehen und verfehlte nicht, ihm die Gefahr zu schildern, in welcher er sich befand, wenn er fortfuhr, die Demokraten in seiner bekannten Weise zu reizen.

Ich bewahre den letzten Brief, den er an mich und wahrscheinlich überhaupt geschrieben hat. Seine von einer merkwürdigen Ahnung erfüllten Zeilen waren mir fast gleichzeitig mit der Nachricht von seinem Tode zugekommen. Nicht ohne tiefe Rührung liest man in denselben seine Absicht, an demselben 18. September nach Berlin reisen zu wollen, „falls ihm die Ereignisse in Frankfurt nicht über den Kopf wachsen.“ Ich will für das Andenken des tapferen Degen das Meinige beitragen, indem ich seine Worte hier mittheile. Ich hatte ihm, nach meiner Rückkehr von Frankfurt, eine Ueberraschung durch Uebersendung des ernestinischen Hausordens zu bereiten gedacht. Er antwortete:

Gnädigster Herr!

„Ew. Hoheit gnädiges Schreiben vom 14. habe ich die Ehre gehabt zu erhalten. — Die Ordensdecoration, die Höchstdieselben mir zu verleihen geruht haben und die Herr v. Meyern mir überbracht hat, wird mir stets ein werthes Pfand der Gesinnungen sein, die Sie, gnädigster Herr, auf eine so liebens-

würdige Weise in Ihrem Schreiben ausdrücken, und auf die ich einen hohen Werth lege. Genehmigen Ew. Hoheit, daß ich für Beides meinen wärmsten Dank hier ausdrücke."

„Ueber den gestrigen so hochwichtigen Tag und seine 12stündige Sitzung wird Herr v. Meyern berichtet haben. Es war der mühsam errungene Sieg der gesunden Vernunft und der Ordnung über Wahnsinn und Umsturz. Wie lange das halten wird, steht in den Sternen geschrieben. Die Combinationen Dahlmann und Herrmann waren bereits in der Zeugung erstickt worden; ein Replâtrage des vorigen Cabinets hat sich durch den gestrigen Tag unmöglich bewiesen. Es bleibt somit nur ein entschieden preußisches Cabinet möglich, da der gestrige Tag vor Allem sich als Sieg der preußischen Hegemonie gezeigt hat, zu dem die beiden Deputirten Ew. Hoheit Landestheile das Ihre redlich und mannhaft beigetragen haben. — Das scheint auch Gagern einzusehen, denn ihm ist meine Abreise fatal, und auf sein Zureden hat der Erzherzog heute Morgen den Grafen Schwerin zu sich beschieden. — Dennoch werde ich mich nicht abhalten lassen und gehe morgen früh nach Potsdam und von da nach Schlesien. In 10—12 Tagen gedenke ich zurückzukehren und will dann, wenn die Ereignisse mir nicht über den Kopf wachsen, Ew. Hoheit in Gotha meine Aufwartung machen. — Dies ist Alles, was ich heute zu sagen vermag. — Gestern hatten wir Krawall, heute soll eine verbesserte Auflage davon aufgeführt werden. — Indem ich bitte, mich Ihrer Hoheit, der Frau Herzogin, ehrfurchtsvoll zu Füßen legen zu wollen, verharre ich mit wahrer Anhänglichkeit

Ew. Hoheit
gehorsamster Verehrer
F. Lichnowsky."

Noch vor Abgang der Post hatte Lichnowsky dem Briefe ein Beiblatt hinzugefügt, in welchem er eine Fürbitte in einer Privatangelegenheit an mich richtet und dann schließt: „In Berlin und Potsdam sieht es schlecht aus. Excesse haben nun auch bei den Garde-Kürassieren stattgefunden. — Hier spricht man von einem Interims-Cabinet und dann von einem Ministerium Gagern. Nous verrons!"

Frankfurt, 17. September Abends.

Mein Bruder, welcher in früheren Zeiten, wie man sich erinnern wird, gegen Lichnowsky wegen dessen spanischer Abenteuer ein Mißtrauen behalten hatte, erfreute mich durch die Anerkennung, welche er dem gefallenen Manne zollte:

„So wenig ich früher Lichnowskys Treiben zugethan war, so sehr habe

ich sein Rednertalent und seinen politischen Muth bewundert, eine Gabe, die seltener ist als irgend eine andere in unserer Zeit, und so sehr hat mich sein schreckliches Ende ergriffen. Möge man jetzt endlich zu strengeren Maßregeln gegen die Wühler übergehen, sonst bleibt kein Stein auf dem andern und das Elend wird unabsehbar."

Das Reichsministerium hatte nach dem Frankfurter Septemberaufstande die löblichsten Absichten, für die Herstellung der Ordnung in den verschiedenen Theilen von Deutschland Sorge zu tragen, wo die Mittel der Landesregierungen zu diesem Zwecke nicht auszureichen schienen; leider fehlte es aber auch in dieser Beziehung an allem Zusammenwirken der öffentlichen Gewalten, an einheitlichem Willen und erfolgreicher Ausführung der getroffenen Maßregeln. Von den Landesgewalten in keiner Weise unterstützt, mit Preußen in offenem Conflikt, wurden die zusammengezogenen Reichstruppen nie am richtigen Orte verwendet und erregten in manchen Ländern, wie insbesondere in Thüringen lediglich den Verdacht, als sollten sie dazu dienen, die Mediatisirungsabsichten der Nationalversammlung ins Werk zu setzen.

Während in Preußen offener Aufruhr in verschiedenen Theilen der Monarchie herrschte, fühlten sich die Bewohner angrenzender Länder durch die Reichstruppen beschwert und belästigt, ohne daß ihre Anwesenheit als nöthig erachtet wurde. Im Königreich Sachsen machte die innere Auflösung immer größere Fortschritte, aber die mobilisirten Corps der Reichsarmee lagen in den sächsischen Herzogthümern. In Baden war der Einfall der Struwe'schen Freischaaren zur Zeit und im Zusammenhang mit dem Frankfurter Aufstand schon vor der Ankunft der Reichscontingente von den Landestruppen zurückgewiesen worden, und als sie anlangten, so vermochten sie dort so wenig wie in Hessen und der Pfalz die unterwühlende Thätigkeit der revolutionären Propaganda zu verhindern.

Es war eine wunderbare Zeit: während die Untauglichkeit der Fürsten fast von jeder Stelle aus gepredigt und demonstrirt wurde, hatten die augenblicklichen Machthaber doch kein Verständniß dafür, daß nur Etwas geschaffen werden konnte, wenn die legitime und historische Regententhätigkeit mit der Gründung neuer Gewalten und neuer Institutionen Hand in Hand gieng.

Viertes Capitel.

Das Ende der Frankfurter Träume.

Von einer selbständigen Action des Reichsministeriums konnte immer nur insofern die Rede sein, als die beiden großen Mächte Deutschlands demselben den nöthigen Spielraum ließen. So lange nun die Zustände in Preußen und Oesterreich jede entschiedene Regierungsthätigkeit hinderten, und sowohl in Berlin, wie in Wien der Bestand des Staates jeden Tag in Frage gestellt schien, konnte man sich in Frankfurt immerhin in der Täuschung wiegen, als hätte die Centralgewalt in den Ueberzeugungen des ganzen großen Deutschlands in der That einen sichern moralischen und materiellen Halt.

Alle diese Illusionen der Paulskirche waren durch die Ereignisse in Oesterreich und Preußen während des Octobers und Novembers hinfällig geworden. Indem die beiden Großmächte sich innerlich consolidirten, die Revolution in ihrem Innern dämpften, sich gleichsam staatlich wiederfanden, erhielten die in Frankfurt herüber und hinüber spielenden doctrinären Erörterungen über ein zukünftiges Deutschland einen politisch vertiefbaren Inhalt. Wenn man jetzt von der Hegemonie Preußens, von der Stellung Oesterreichs in Deutschland, von der Frage des Erb- oder Wahlkaiserthums sprach, so hatte dies doch insofern einen Hintergrund bekommen, als ein politisch denkender Mann sich wirklich dabei vorstellen konnte, das Eine sei von dieser oder jener Macht zu erwarten, und das Andere nicht.

In Oesterreich war nach den Octoberstürmen, welche den Hof und die Regierung in die Festung Olmütz verscheuchten, am 21. November der Fürst Felix Schwarzenberg an die Spitze der Geschäfte getreten. Durch diesen energischen Mann erhielt die österreichische Politik endlich wieder eine bestimmte Richtung und Farbe, man vermochte in Deutschland mit einem realen Faktor zu rechnen. Das Ministerium, welches Schwarzenberg gebildet hatte, war am 27. November mit einem Programm vor die Oeffentlichkeit getreten, in welchem es erklärte, daß es seine Aufgabe wäre, alle Länder und Stämme der Mo-

narchie zu einem Staatskörper zu vereinigen. „Dieser Standpunkt", hieß es weiter, „zeigt zugleich den Weg in der deutschen Frage; erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sein werden, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treu zu erfüllen."

Diese Ankündigung schien einigermaßen Hoffnung zu geben, daß ein Verständniß zwischen Deutschland und Oesterreich möglich wäre, aber was der Fürst Schwarzenberg unter dem verjüngten Deutschland verstanden hatte, sollte erst einige Zeit später mit Schrecken erkannt werden. Daß aber die Ziele Oesterreichs alledem diametral entgegengesetzt waren, was man in Frankfurt damals anfing mit dem Schlagworte des weitern Staatenbundes und bald nachher mit dem Namen des Gagern'schen Programmes zu bezeichnen, konnte selbst den unverbesserlichsten Optimisten nicht lange verborgen sein.

Mir war die vollständigste Kenntniß dieser entgegengesetzten Richtungen durch den Gang der baierischen Politik von einem aufmerksamen Beobachter in München vermittelt worden. Wie weit jedoch dem Erzherzog in Frankfurt der Abstand der Schwarzenbergischen Politik von den Wegen jeglicher Partei, die in der Nationalversammlung verständigerweise ihren Platz behaupten wollte, klar bewußt geworden war, vermag ich nicht zu beurtheilen.

Da der Reichsverweser und sein Ministerpräsident ihre Beziehungen zu Schwarzenberg in tiefes Geheimniß zu hüllen wußten, so war es nicht möglich, hinter die Wege der österreichischen Regierung in Frankfurt zu kommen; aber für den Ausgang der Angelegenheiten mußte es schließlich gleichbleiben, ob der Reichsverweser nur getäuscht war, oder ob er das Spiel der Schwarzenbergischen Politik selbstthätig mitmachte. Unter allen Umständen bestand die Aufgabe darin, die versprochene Bundestreue Oesterreichs so zu interpretiren, daß der Erzherzog die österreichische Position in Frankfurt so lange wie möglich aufrecht erhalten sollte, bis die passende Zeit kam, mit den wirklichen österreichischen Absichten hervorzutreten.

Anders, und wenn man so sagen darf, ehrlicher hatte sich das Verhältniß der Frankfurter Parteien zu dem neuen preußischen Ministerium entwickelt. Denn als nach dem kurzen Ministerium Pfuel-Eichmann, Graf Brandenburg am 2. November die Bildung eines Ministeriums der Ordnung übernommen hatte, so lag seine nächste Aufgabe zwar darin, den Bestand der preußischen Monarchie verfassungsmäßig zu sichern, aber er war auch entschlossen, die deutsche Frage nicht fallen zu lassen.

Bei vollständigem Verständniß für die preußischen Bedürfnisse hatte Graf Brandenburg ein warmes Herz für Deutschland und beabsichtigte ernstlich die Pflichten Preußens gegen dasselbe in einem größeren Stil, als bisher zu er-

füllen. Da sein Bevollmächtigter Camphausen in Frankfurt sofort einen ernstlicheren Einfluß zu nehmen begann, so steigerten sich auch selbstverständlich unter den preußisch gesinnten Unitariern der Paulskirche die Hoffnungen gewaltig.

Als Graf Brandenburg am 9. November in der Berliner-Kammer erschien und eine königliche Botschaft vorlas, welche die Versammlung nach Brandenburg verlegte, wo sie am 27. ihre Sitzungen wieder beginnen sollte, hatte man in ganz Deutschland das Gefühl der Befreiung von einem Alpdrücken, man glaubte, daß Preußen sich endlich sammle und einen großen Schritt zu machen gedenke.

Ich unterlasse es, in Einzelheiten hier einzugehen; man weiß, wie zunächst die preußische Nationalversammlung aufgelöst und die Verfassung vom 5. December octroyirt wurde. Die Intentionen des Grafen Brandenburg entsprachen jedoch dem Könige vom Anfange an nur theilweise. Das Unglück Preußens war die Verbindung des Ministerpräsidenten mit einem Manne, der den Gesinnungen des Königs weit näher stand, als jener selbst.

Zur Ausführung der erwähnten Maßregeln bedurfte Graf Brandenburg eines rücksichtslosen Collegen für die inneren Angelegenheiten und ein solcher mochte vielleicht schwer außerhalb des Kreises von jenen Männern zu finden sein, welche soeben begannen die an sich ganz guten preußischen Beamten- und Armeetraditionen in ein politisches Programm der Reaction zu verwandeln. In dieser neuen Partei spielten die Manteuffel eine Rolle, welche dem Könige wohl gefiel und welche den von Graf Brandenburg selbst gewählten Minister des Innern befähigte, auf die deutschen Angelegenheiten einen Einfluß zu erlangen, welcher die Absichten des Ministerpräsidenten stets zu kreuzen wußte.

Die Partei hatte während der Unglücksmonate des Jahres 1848 ein sorgfältiges Netz um den ganzen Hof zu spinnen verstanden, und da sie des Königs persönlich nur zur Hälfte sicher war, so sorgte sie um so mehr dafür, alle Einflüsse zu entfernen, welche in einer ihr entgegengesetzten Richtung sich bei Friedrich Wilhelm geltend machen konnten. Lichnowsky, welcher bei der Partei nicht ohne Vertrauen war, unterrichtete mich, daß man auch mich zum Angriffsobjekte bei dem König ausersehen hatte und Gleiches wurde mir auch später von anderen Seiten bestätigt. Mit außerordentlicher Geschicklichkeit suchte man besonders jene Personen von dem Verkehre mit dem König fern zu halten, die seine ablehnende Haltung in der ganz besonders verhaßten deutschen Frage alteriren zu können drohten.

Ich hatte durchaus nicht, wie mir mein Bruder oft vorgeworfen hatte, ein persönliches Mißtrauen gegen den König und noch weniger eine Abneigung gegen ihn, ich stand gar sehr auf seiner Seite. Aber wenn man bedachte, daß

nunmehr eines der Häupter jener Partei das Ministerium des Innern leitete und alle Mittel hatte, den König zu beeinflussen, so konnte man doch unmöglich die Hoffnung hegen, daß es zwischen Frankfurt und Preußen zu einer Verständigung kommen werde. Unter diesen Umständen durfte man sich nicht einer Vereinigung mit anderen größeren Mächten entgegensetzen, sofern eine solche zur Sicherung der staatlichen Ordnung dienen konnte.

Als daher um diese Zeit in der Nationalversammlung der Gedanke einer Verbindung der herzoglich sächsischen Militär-Contingente mit der königlich-sächsischen Armee in Anregung gekommen war, so widersetzte ich mich, wie schon in einem früheren Capitel (S. 239) berichtet wurde, keineswegs. Allerdings verhehlte ich mir nicht, daß in dem Falle, wenn Sachsen nicht gut deutsch blieb, durch den Anschluß Thüringens dem preußischen Staate eine Concurrenz geschaffen wurde, die für die Erreichung der Einheit Deutschlands sehr gefährlich werden konnte.

In Frankfurt war inzwischen durch die Rivalität der österreichischen und preußischen Aspirationen eine eigenthümliche Lage geschaffen worden, welche ganz verhängnißvoll werden mußte. Anstatt daß die Herstellung der staatlichen Ordnung in den Großstaaten ein Signal geworden wäre, um die Bildung einer conservativen auf die Einheit des Reiches hindrängenden Partei zu ermöglichen, ließen sich nahezu alle Theile des Parlaments zu einem heillosen Geschrei über die Reaction hinreißen und Niemand hatte den Muth, die Freiheitsphrasen definitiv bei Seite zu werfen. Selbst das Reichsministerium wagte nicht geradeaus zu gehen, sondern that immer so, als ob es in der Sache auch für die Freiheit in Oesterreich und Preußen einzustehen hätte und Wächter des sogenannten allgemeinen Fortschrittes sein müßte.

Ganz undiplomatische Sendungen an die österreichische und an die preußische Regierung wurden, mindestens zum Scheine in Scene gesetzt, damit das Reichsministerium die Unterstützung der halben oder ganzen Linken nicht verliere. Hierbei schreckte man selbst vor sehr zweifelhaften Mitteln nicht zurück. So hatte man das richtige Gefühl, daß man in Oesterreich wohl schwerlich geneigt sein würde, nachdem man Blum eben erschießen lassen, mit dessen Collegen noch viel zu verhandeln.

Man brauchte daher, um das vom Parlament verlangte Ansehn der Reichsregierung zu wahren, einen vornehmen Mann, und kam auf die Idee, meinen Vetter nach Olmütz zu senden. Ohne ihn jedoch vorher gefragt zu haben, wollte man ihm eine Instruction aufdrängen, mit welcher sich ein in auswärtiger Politik erfahrener Mann für immer lächerlich gemacht hätte und die er daher nicht acceptiren zu können erklärte. Dennoch berühmte sich

noch das Ministerium seines unglückseligen Conceptes vor der Nationalversammlung und erklärte sich gern bereit, die dem Fürsten Leiningen vorgelegte Instruction dem Hause mitzutheilen. In Wahrheit war die Ernennung des Fürsten Leiningen in der Oberpostamtszeitung bekannt gemacht worden, ohne daß der Letztere seine Zustimmung gegeben hätte.

Noch sonderbarer war das Verhalten in Betreff der preußischen Angelegenheiten, wo das Ministerium mit der Linken fast um die Wette um das Schicksal der früher doch selbst bekämpften Berliner Nationalversammlung besorgt zu sein schien. Man sendete Reichscommissäre an die preußische Regierung, mit dem Verlangen der Rückverlegung der Kammern nach Berlin!

Man glaubte auf der Ministerbank eine gewisse Schadenfreude gegen Preußen zu bemerken, als die unsinnigsten Anträge im Parlamente eingebracht wurden, wie z. B. die Zusammenziehung der Reichstruppen gegen Preußen; die Anweisung an den Kriegsminister, zu diesem Zwecke die Contingentserhöhung der kleineren und mittleren deutschen Staaten binnen 2 Mal 24 Stunden zu bewirken; oder das Verlangen, die in Berlin anwesenden Reichscommissäre sollten dort die Ernennung eines Ministeriums bewirken, welches das Vertrauen des Landes besitze, und vieles Aehnliche. Zwar wurden Thorheiten dieser Art im Schooße der Nationalversammlung selbst erstickt, aber der moralische Niedergang der großen Versammlung war von Tag zu Tag weniger zu verkennen.

Nur sehr allmählich bildete sich eine kompaktere Majorität der preußischen und der mit Preußen gehenden Abgeordneten unter Führung Gagerns.

Der Letztere war Ende November nach Berlin gegangen, und bei seiner Rückkehr glaubte man in Frankfurt an ein Einverständniß zwischen ihm und der preußischen Regierung. Während sich aber die Tendenzen für die Gründung eines preußisch-deutschen Kaiserthums zu stärken schienen, war von Seite Oesterreichs und Baierns der Entschluß gefaßt worden, das ganze stolze Gebäude der neuen Reichseinheit um jeden Preis in die Luft zu sprengen.

Man bediente sich hiezu theils der in der Paulskirche sitzenden österreichischen und ultramontanen Deputirten, theils des Reichsverwesers selbst. Der Letztere mußte sich zwar den Austritt Schmerlings aus dem Ministerium gefallen lassen, und wohl oder übel ein preußisch gefärbtes Cabinet unter Gagerns Vorsitz annehmen, aber mit Hilfe einer Allianz zwischen der äußersten Linken und den Oesterreichern hoffte man die Verfassung so demokratisch und den neu anzuschaffenden Thron für den König Friedrich Wilhelm IV. so unbequem wie nur immer möglich zu gestalten.

Es wird von Interesse sein, einen Bericht Meyerns hier einzuschalten, der schon um die Mitte Dezembers, wenige Tage vor der Uebernahme des Reichs-

ministeriums durch Gagern, mir die allgemeine Lage in einer, wie ich glaube, höchst zutreffenden Weise schilderte:

„In Beziehung auf das künftige Reichsoberhaupt und über die hiermit in engstem Zusammenhange stehende definitive Constituirung Deutschlands überhaupt, namentlich auch über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland, ist hier neuerer Zeit viel im Geheimen verhandelt worden. Das Resultat, welches ich mir über den jetzigen Stand der Sache nach verschiedenen Mittheilungen habe zusammenstellen können und das mir heute vom Geh. Regierungsrath Kohlschütter bestätigt und noch erläutert wird, ist ungefähr folgendes:

Der Verfassungsausschuß, im Verfassungsentwurf beim Abschnitte vom Reichsoberhaupte angelangt, hat wieder eine Subcommission zur Vorberathung erwählt. Diese, in welcher Dahlmann und Beseler und ich glaube auch Droysen sind, ist mit ihrer Arbeit fertig und in derselben auf das erbliche Kaiserthum zurückgekommen, welches auf die preußische Dynastie übertragen werden soll. Die Nationalversammlung soll wählen, der König von Preußen soll annehmen, und dem fait accompli soll sich der zu erwartende Widerspruch anderer Staaten beugen, während Oesterreich außerhalb dieses mit preußischer Spitze versehenen Bundesstaates gelassen wird. In einem Reichsrathe, der dem Kaiser mit lediglich berathender Stimme zur Seite stehen würde, sollen die Staaten zweiten Ranges entschädigt werden."

„Diese Idee ist, wie schon an der Fortsetzung des „kühnen Griffes" bei der Selbstwahl der Nationalversammlung zu sehen, zugleich die Gagern'sche. Gagern mit seinen Centren würde ihr auch in der Nationalversammlung die Majorität verschaffen, obgleich die Linke (der Märzverein mit 140 Stimmen) des erblichen Kaiserthums wegen, und die Rechte (Vincke mit 40 Stimmen) der Selbstwahl und der mangelnden Vereinbarung halber, dagegen sein müssen."

„Allein nicht innerhalb sondern außerhalb der Nationalversammlung stehen ihr die hauptsächlichsten Hindernisse entgegen. Vor Allem soll der König von Preußen selbst, den Gagern in Berlin zur Annahme zu bewegen gesucht hat, seine Bereitwilligkeit von der Zustimmung der übrigen deutschen Regentenhäuser abhängig gemacht haben. Auch soll Gagern in der Voraussetzung von Berlin zurückgereist sein, daß der König die preußische Verfassung bis zur Proklamation der hiesigen suspendiren werde, um sodann mit der deutschen Krone zugleich die deutsche Verfassung für Preußen annehmen zu können. Allein Gagern scheint auch die unterdessen nöthig gewordene Octroyirung einer preußischen Verfassung für kein Hinderniß in der Hauptsache zu halten und muß doch wohl auch Hoffnung haben, daß der König einmal von der Nationalversammlung gewählt, annehmen werde, da er nach seiner Zurückkunft von Berlin, eifriger als je, sich um die oben angeführte Idee bemühen soll."

„Ferner soll, Zeitungsnachrichten entgegen, Oesterreich gegen seinen Ausschluß von Deutschland zu Gunsten einer preußischen Hegemonie sein, vielmehr durch einen Erzherzog schon seine Ansprüche auf Gleichberechtigung seiner deutschen Staaten mit den übrigen deutschen Staaten auf Grundlage der Bundesakte und seine Ansichten über das Band, welches fernerhin alle deutschen Staaten ohne Ausschluß enger verbinden könne, haben aussprechen lassen. Dies würde also jedenfalls ein Zurückkommen auf einen, wenn auch enger geschlossenen Staatenbund sein, wie Gervinus schon in seinem Artikel vom 6. dieses Monats in der Beilage zur deutschen Zeitung als österreichische Politik vorhergesagt hat."

„Baiern aber endlich und die anderen süddeutschen Mächte zweiten und dritten Ranges, als der preußischen Hegemonie obenein unter der Form eines erblichen Kaiserthums feindlich schon bekannt, sollen ganz entschieden gegen die Selbstwahl der Nationalversammlung sein und da sie von dem, was in dieser Beziehung hier vorberathen wird, vollkommen unterrichtet sind, nächstens — wie mir Herr Kohlschütter sagt — um sich gegen den beabsichtigten coup eines fait accompli zu schützen, mit einer Erklärung an die Nationalversammlung hervorzugehen gedenken, in welcher sie entschieden ihr nunmehr in Ausübung kommendes Recht auf Vereinbarung in Anspruch nehmen würden."

„Hannover scheint hierin, nachdem was Herr Kohlschütter äußert, mit Baiern (und Oesterreich) einverstanden zu sein. Ueber Sachsen speziell spricht er sich nicht aus, läßt aber errathen, daß dasselbe sich auch wohl betheiligen werde, indem er, die Achseln zuckend, meint: man könne wohl beklagen, daß der fromme Wunsch der deutschen Einheit nicht in Erfüllung gehe; aber zu helfen sei nicht, da man sich an dem Bestehenden halten müsse!! Da könnte man also niemals zu etwas Großem gelangen!"

„Ja selbst die hiesigen auswärtigen Diplomaten sollen verlauten lassen, daß ihre Cabinette sich einmischen und die preußische Hegemonie nie genehmigen würden! Von den kleinen Staaten scheinen die Mächte zweiten Ranges zu erwarten, daß sie sich in diesem Zwiespalt auf Seite der preußischen Hegemonie schlagen würden. Die Mächte zweiten Ranges mit Oesterreich beabsichtigen ein Bundesdirektorium an der Stelle des Reichsoberhauptes vorzuschlagen. Zu allem Ueberfluß muß auch noch Herr v. Blittersdorff sich der Gagern'schen Idee als Hauptvertheidiger annehmen, der ihr durch seinen Namen allein schon mehr als eine Macht schaden wird. Mit ihm gehört v. Armin zu ihren Anhängern."

Zu den im voranstehenden Berichte erwähnten Schwierigkeiten, in Absicht auf die preußische Kaiseridee, hätte überdies noch angeführt werden können, daß seit dem 2. Dezember 1848 die Thronbesteigung des Sohnes des Erzherzogs

Franz Karl und die Abdankung Kaiser Ferdinands in österreichisch gesinnten Kreisen den Gedanken an ein österreichisch-deutsches Kaiserthum aufkommen ließ.

Wiewohl die Einfügung Oesterreichs in den Rahmen einer deutschen Verfassung sich in den Parlamentsverhandlungen täglich schwieriger und unmöglicher erwies, so dachten die Oesterreicher doch keineswegs daran, von ihrem Platze zu weichen, und der Reichsverweser selbst gab sich seit der Mitte des Dezembers mehr und mehr mit Hinweglassung aller deutschen Draperien als Vertreter der österreichischen Interessen und Intentionen zu erkennen. Seine Stellung zu dem von ihm gewählten, oder ihm lieber aufgedrängten Gagern'schen Ministerium war die sonderbarste und nur in einer Zeit denkbar, wo man gewohnt gewesen, das Widersprechendste und Unnatürlichste mit und neben einander gehen und wirken zu sehen.

Gänzlicher Pessimismus bei den Einen, neue Hoffnung auf Revolution und Anarchie bei den Andern war die Folge der Spaltung zwischen dem Reichsverweser und seinem Ministerium. — Sehr interessant waren die Beobachtungen, welche Herr v. Stein bei seinem Aufenthalt in Frankfurt vor Weihnachten mir mitzutheilen Gelegenheit fand:

„Unsere ganze deutsche Frage liegt einmal wieder in einer argen Krisis und findet sich nicht bald eine Lösung unverhofft, so ist ein Auseinanderreißen unausweichlich und zwar schlimmer als jemals. Sowohl Fürst Leiningen, als der alte erfahrene Diplomat, Smidt von Bremen, sagten mir, daß sie gar keine Idee darüber fassen könnten, wie es sich für das Gesammtvaterland gestalten werde; ein Bundestag schien beiden für den Augenblick näher zu liegen, als der Reichstag; höchst zweifelhaft erscheint das Zustandekommen der Reichsverfassung."

„Man denke sich als möglich, daß man sich mit einem Provisorium auf drei Jahre begnüge, daß der jetzige Reichsverweser dem König von Preußen Platz mache und dieser nur auf Zeit mit schwacher Majorität erwählt werde. Fürst Leiningen, der leider gestern nach Karlsruhe gefahren, sieht sehr schwarz, glaubt an ein immer schärferes Hervortreten der Sonderinteressen, an Wiederholung von Revolutionsscenen und an Anarchie in vielen Kreisen, sieht das Reich im Fallen, räth daher vorläufig nicht zu einem Aufgehen in demselben, wohl aber für die minder mächtigen Fürsten Deutschlands das Aufsuchen eines Stützpunktes in inniger Vereinigung, oder im Anschluß an mächtigere Staaten."

„Die thüringer Vereinigung sprach ihn an, wenn er auch der Ansicht ist, daß ein Anschluß an die Krone Sachsen schon deshalb vorzuziehen sei, da in ihm die bevorrechtete Stellung als Prinzen des Hauses am sichersten gewahrt sei. Das unmittelbare Reichsland hörte ich nur erwähnen als ein Erforderniß für den Ort, in welchem künftig der Reichstag seinen Sitz habe."

„Die von Deputirten und Diplomaten sehr besuchte Soirée beim Reichsverweser gestern Abend kam mir wie gerufen, machte mir aber den komödienhaften Eindruck wie eine Vereinigung von Vorübergehenden im Passagierzimmer der Post oder im Wartesaal eines Bahnhofes, denn das Schicksal alles Irdischen leuchtete dort zu sehr hervor, und die Unsicherheit des Provisoriums war mir wenigstens auch in der Gesellschaft fühlbar. — Ich sprach fast alle Minister und viele Deputirte. Die Persönlichkeit des Reichsverwesers ist vielleicht zu unbedeutend, auch die im Salon anwesende Gattin vermag sie nicht zu heben. — Satirisch lächelnd begegnete ich im Gewühl dem Minister Nothomb, der von Berlin kommend und nach Brüssel gehend, ein paar Tage hier verweilt. Er blickt auf die preußischen Zustände nicht ohne Vertrauen, erwartet wenig Genießbares aus der deutschen Küche hier. — Radowitz und Vogt von Gießen im langen, eifrigen Gespräche zu sehen, wäre zum Lachen gewesen, wenn es nicht ein trauriges Bild der Richtung gewährte, welche die Gruppirung im Parlamente nimmt; beide Extreme widerstreben dem Vernünftigen und haben den Wunsch gemeinsam, daß nichts zu Stande komme."

Da Gagerns kaum 14tägiges Ministerium übrigens in eben diesen Tagen sehr in's Schwanken gerathen war, so machte Herr v. Stein nachher die Bemerkung, daß es fraglich wäre, ob sich dann überhaupt noch ein Ministerium bilden ließe. „Als Lockspeise", schrieb er, „sei den Ministern monatlich 2000 fl. votirt, doch wäre es räthlicher, sie auf Wochenlohn zu setzen."

Man sieht, daß sich um die Jahreswende, der deutschen Frage gegenüber, eine Art von Humor geltend machte, der auf ein rasches Ende schließen ließ. — Indessen sollte es noch schlimmer kommen, denn dem Parlament war durch ein temporisirendes Verhalten der österreichischen und baierischen Regierung Zeit vergönnt worden, das Verfassungswerk wirklich zu vollenden. Die Unausführbarkeit desselben sollte nicht von denen, die dagegen am meisten intriguirten, sondern von Preußen und seinem König ganz persönlich proklamirt werden.

Man mußte indessen zugestehen, daß in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres die Partei Gagerns ernstlich, ausdauernd und nicht ohne parlamentarische Geschicklichkeit daran arbeitete, die Verfassung selbst gegen die stärksten Minoritäten unter Dach und Fach zu bringen. Eine lang entbehrte strengere Disciplin hatte in der Noth dieser Tage in den nationalgesinnten Fraktionen des Parlaments endlich doch Platz gegriffen. Konnte auch nicht gehindert werden, daß eine Reihe von Bestimmungen in das Verfassungswerk aufgenommen wurde, die selbst einem persönlich viel liberaleren Fürsten als Friedrich Wilhelm IV. nicht annehmbar erschienen wären, so war am Ende das erbliche Kaiserthum, mit einer freilich minimalen Majorität, sowie die Wahl des Königs von Preußen doch zu Stande gekommen.

Ich hatte meinerseits dieses Resultat nicht abgewartet, um, was an mir war, den König in die Richtung zu drängen, welche als das einzige Heilmittel für Deutschland gelten mußte. Sobald ich sicher war, daß nur erst der Verfassungsausschuß in Bezug auf die Kaiserfrage sich entschieden hatte, richtete ich an König Friedrich Wilhelm IV. das folgende Schreiben:

Gotha, 14. Januar 1849.

Durchlauchtigster Großmächtigster König!
Hochgeehrtester Herr Vetter!

„Der Verfassungs-Ausschuß der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt am Main hat sich in seiner Mehrzahl dafür entschieden, daß an die Spitze des deutschen Reichs ein Kaiser gestellt werde."

„Nur auf diese Weise kann Deutschland zu größerer Einheit gelangen, durch welche seine Erhebung zu höherer politischer Bedeutung nach Außen und das Gedeihen wahrer Freiheit im Innern bedingt ist."

„Ich hoffe daher, daß der künftige Beschluß der Nationalversammlung jener Entscheidung sich anschließen, das Geschick Deutschlands aber in die Hand eines Fürsten gelegt werden wird, der Willen und Kraft besitzt, den hohen Beruf vollständig zu erfüllen."

„Ew. Majestät sind hiernach von der göttlichen Vorsehung bestimmt, das deutsche Vaterland einer glücklicheren Zukunft entgegen zu führen. Deshalb werden Ew. Majestät keinen Anstand nehmen, dem Rufe zu der erhabenen Stelle zu folgen, sobald er an Hochdieselben gelangt sein wird."

„Ich spreche damit einen Wunsch aus, von dem gewiß die Mehrheit der Fürsten Deutschlands gleichmäßig beseelt ist, und säume nicht, Ew. Majestät noch besonders die Erklärung zu Füßen zu legen, daß ich Hochdieselben mit Freuden an der Spitze Deutschlands sehen werde."

„Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit, womit ich bin

Ew. Majestät

dienstwilligster Freund, Vetter und Diener

von Stein. Ernst H. z. S. C. u. G."

Sr. Majestät
dem König von Preußen.

Man hatte in Berlin stets den größten Werth darauf gelegt, daß die deutsche Kaiserwahl durch eine Uebereinstimmung der Fürsten zu Stande kommen sollte; mein entgegenkommender Brief hätte wenigstens als ein Symptom aufgefaßt zu werden verdient, daß sich wirklich Fürsten in Deutschland fanden, welche mit

mir den angedeuteten Weg zu betreten entschlossen waren; aber an solchen Aeußerungen war man in Berlin vorübergegangen, oder würdigte sie höchstens einer ablehnenden Antwort, deren Gründe stets die gleichen waren, und welche in zahlreich bekannt gewordenen Schreiben Friedrich Wilhelms über die Kaiserfrage ausgedrückt vorliegen. Das einzig richtige Mittel der Berufung eines Fürstencongresses wurde dabei nicht in Erwägung gezogen.

Während in Frankfurt der parlamentarische Kampf um die Verfassung und das Erbkaiserthum alles Andere zurückdrängte, machte sich in Berlin das Spiel der Parteien auf diplomatischem Boden in immer leidenschaftlicherer Weise geltend. Es war, wie wenn um die Seele des unschlüssigen Königs zwischen Himmel und Hölle gestritten werden sollte. Während auf der einen Seite die Reichstreuen, eine Art von idealistischen Diplomaten, die Gagern, Stockmar, Bunsen, Dahlmann die eifrigsten Anstrengungen machten, um Friedrich Wilhelm IV. in das deutsche Fahrwasser hinüberzuziehen, verbanden sich drei Elemente, um den König aus der Umgarnung dessen, was man bereits kurzweg die Revolution nannte, zu befreien: die auswärtige Diplomatie, eine deutsch-österreichische Hofcoalition und der preußische Partikularismus.

Um diesem dreifachen Angriff nicht zu unterliegen, suchte Camphausen in Frankfurt noch vor der zweiten Lesung des Entwurfs der Reichsverfassung die Bevollmächtigten aller einzelnen Regierungen für eine bestimmte Haltung und Stellungnahme zu gewinnen. Gagern und die Verfassungspartei schoben die Berathung und Beschlußfassung im Parlament so lange hinaus, bis die nöthigen Instructionen der Bevollmächtigten der einzelnen Staaten eingelangt sein konnten. Die letzteren bemühten sich auf jede Weise die ihnen aufgetragene Verständigung zu erreichen.

In den ersten zwei Wochen des Februar fanden unter Vorsitz von Camphausen, im Rath der Bundesgesandten Conferenzen über den Verfassungsentwurf statt. Leider konnten aber eine Reihe von Bevollmächtigten in Frankfurt zu diesen freien Verhandlungen nicht beigezogen werden. So Welcker und Wydenbrugk für Baden und Weimar, weil sie unter allen Umständen preußenfeindlich waren, so der altenburgische Republikaner Krutziger, und was den sächsischen Gesandten Kohlschütter betraf, so mußte er sich im Auftrage seiner Regierung fern halten.

Oesterreich verhandelte direkt mit Hannover, um das Verfassungswerk im Keime zu ersticken, und Herr v. Schmerling, welcher seit dem Rücktritt vom Ministerium als österreichischer Bevollmächtigter fungirte, brachte ein Projekt auf die Bahn, nach welchem der Eintritt der deutschen Provinzen Oesterreichs in einen engeren Bundesstaat zugestanden werden sollte, wenn man sich dagegen bereit erklärte, ein Direktorium von sechs Stimmen und zwar die des Kaisers

und der fünf Könige zuzugestehen. Dafür versprach man möglichst vollständige Annahme der Grundrechte und nach einiger Zeit den Eintritt in den Zollverein.

Selbstverständlich waren diese österreichischen Vorschläge nur darauf berechnet, Baiern, Hannover und Sachsen um so sicherer von der Idee der preußischen Spitze zurückzubringen, und demgemäß hatte man auch in den Mittelstaaten Alles gethan, um den Gegensatz gegen Preußen zu schüren. Das Stärkste wurde hierin in Baiern geleistet, wo die Ultramontanen ihr Haupt mit prophetischem Blick in die Zukunft der nächsten Jahre erhoben. Aber auch in Sachsen zog man vor, das republikanische Unkraut wachsen und gedeihen zu lassen, weil man darin ein Mittel gegen die angebliche Absicht Preußens erblickte.

In Wahrheit bestanden diese Absichten aber gar nicht, denn man ließ sich in Berlin zwar schieben und drängen, aber als die nächste Aufgabe erblickte man nichts anderes, als die Beseitigung der Revolution, wo und wie immer sie noch sich zeigen und erheben würde. Der König drückte bekanntlich diese Idee den verschiedensten Abgeordneten des Frankfurter Parlaments und Gagern selbst gegenüber in allerlei sehr höflichen Formen aus, innerlich wünschte und hoffte er aber nichts anderes, als daß die Nationalversammlung bald möglichst ihre Rolle ausgespielt haben und die Frankfurter Episode ein rasches Ende nehmen möchte.

Dieses zu bewirken, überließ man in Berlin mit vollem Vertrauen und nach alter Methode dem lieben Verbündeten Oesterreich und seinem Reichsverweser, der zum Zwecke phlegmatischen Abwartens bei scheinbarer Geschäftigkeit nicht geeigneter gedacht werden konnte. Der Erzherzog hatte es, wie männiglich bekannt, wirklich einzurichten gewußt, daß er bis zum Juni in Frankfurt alle erdenklichen Uebel über sich ergehen ließ, um nur den verlorenen Posten nicht aufzugeben. Mit einer fast bewunderungswürdigen Resignation sah er das Werk, welches mit seinem guten Namen nun doch einmal verknüpft war, bis in den Grund und Boden hinein verderben und schließlich selbst der Lächerlichkeit anheimfallen.

Aber auch der König von Preußen sollte nicht ganz ungestraft sein Doppelspiel mit dem Frankfurter Kaisertraume gemacht haben. Eine harte Beschämung lag ohne Zweifel in der kläglichen Art für ihn, wie seine Wahl in Frankfurt mühselig von seiner Partei zu Stande gebracht wurde und in der wahrhaft peinlichen Situation, in welcher er sich genöthigt sah, eine dargebotene Krone von imaginärster Art noch mit dem Anscheine, als ob er sich geschmeichelt fühle, ablehnen zu müssen.

Ich weiß wohl, daß die herkömmliche Art, diese Dinge aufzufassen und darzustellen, eine andere ist; Eitelkeit und Rechthaberei haben die Thatsache,

daß das Kaiserthum in der Nationalversammlung mit einer Majorität von 4 Stimmen schließlich angenommen wurde, im Andenken der Geschichte fast ganz verdunkelt. Man vergaß oder wollte vergessen, daß bei der Wahl Friedrich Wilhelm IV. nicht vielmehr, als ein Drittel von jener stolzen Versammlung, die ein Jahr zuvor zusammengetreten war, und in welcher Fürstenkronen und Rechte mehr als einmal als eitler Tand erklärt worden waren, an der Abstimmung Theil genommen hat. Daß es in Geschichtsbüchern noch immer möglich ist, die Meinung zu verbreiten, auch ein minder mächtiger Fürst hätte dieses Rumpfkaiserthum aus diesen Händen anzunehmen vermocht, gehört zu den Zeichen geringer politischer Einsicht.

In Wirklichkeit konnte Friedrich Wilhelm IV. über die Resultate der langen Geburtswehen des Frankfurter Kaiserthums kein anderes Gefühl haben, als das einer schweren Niederlage. Dabei war in den drei Monaten, seit der Verfassungsausschuß seine Arbeit vollendet hatte, von der preußischen Regierung nicht das Mindeste eingeleitet worden, um eine Zustimmung zu erhalten, wie ich sie am 14. Januar unaufgefordert dem Könige von meinem geringen Theil aus, hatte geben zu sollen geglaubt. Das Resultat der ganzen Action konnte kein anderes sein, als die Ablehnung des Kaiserthums von Seite Friedrich Wilhelms IV.

Mein Bruder, dem es an dem nöthigen Ernst in Sachen der deutschen Frage, welcher er so oft sein Nachdenken gewidmet hatte, wahrlich nicht fehlte, konnte sich doch der scherzhaften Bemerkung nicht enthalten:

„Was soll nun aus der armen Nation werden, da der König von Preußen den Kaiser der Deutschen, der sich eben auf die Beine stellen wollte, ins Wasser geworfen hat?"

Als der letzte Act der Frankfurter Kaisertragödie zu Ende März abgespielt wurde und am 3. April die Ablehnung der deutschen Krone erfolgt war, befand ich mich in Schleswig-Holstein, und hatte meinen Wunsch, aus dem Jammer der Politik heraus in's Feld ziehen zu können, erreicht. Ich will in den nächsten Capiteln von diesen Dingen im Zusammenhange erzählen, hier jedoch noch zur Ergänzung dessen, was über die Entwickelung der deutschen Angelegenheiten im allgemeinen zu sagen ist, nur an einige Hauptpunkte erinnern.

Auch nach und trotz der Ablehnung Preußens war die Frage der Annahme der von der Nationalversammlung ausgearbeiteten Verfassung seitens der einzelnen Regierungen nicht zu umgehen. Die Centralgewalt theilte den Bevollmächtigten der Regierungen die beglaubigten Abschriften der beschlossenen Reichsverfassung mit; ob dieselbe in den einzelnen Ländern anerkannt und proklamirt werden sollte, mußte unmittelbar entschieden werden.

In einer Conferenz des Reichsministeriums mit den Geschäftsträgern der einzelnen Länder am 14. April wurde in Frankfurt noch die Erklärung abgegeben, daß die Centralgewalt nunmehr ihre Aufgabe darin erkenne, die Reichsverfassung zur Geltung und Ausführung zu bringen. Hierauf erhob sich Schmerling in seiner Eigenschaft als österreichischer Bevollmächtigter, Namens seiner Regierung, mit der Eröffnung, daß Oesterreich die Endgiltigkeit der Verfassung nicht anerkenne, sondern nach wie vor auf dem Vereinbarungsstandpunkte stehe. Die Erbkaiserlichen erwiderten, daß sie in dieser Sache soeben im Begriffe seien, eine Antwort auf die Ablehnung der Kaiserkrone zu formuliren und daher noch in Verhandlung mit Preußen ständen.

Die weitere Folge war, daß die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt Seitens ihrer Regierung abgerufen worden waren. Von den mittelstaatlichen Regierungen dagegen wurde eine temporisirende Politik befolgt. In Baiern hatte das mühsam gebildete Ministerium Pfordten den Weg schriftlicher Unterhandlung über die Annahme der Reichsverfassung betreten und in umfangreichen Schriftstücken die annehmbaren und unannehmbaren Bestimmungen der Reichsverfassung kritisch feststellen lassen.

Da auch von andern Seiten noch mit größter deutscher Gründlichkeit diese Prüfungen erfolgten, so darf man wohl sagen, daß in den 36 Staaten Deutschlands über diese nie ins Leben getretene Verfassung ein Actenmaterial aufgehäuft wurde, dessen Bewältigung schwerlich jemals einer schriftstellerischen Feder gelingen mag. Was meine Regierung anbelangte, so nahm dieselbe die Reichsverfassung einfach an.

In Sachsen, Baden und der Pfalz hatten die republikanischen und anarchistischen Elemente eine letzte Anstrengung gemacht, unter der scheinbar gesetzlichen Fahne der Frankfurter Verfassung, den Aufstand gegen die Landesgewalten zu organisiren. In der Bekämpfung der Revolution bot sich dem preußischen Staate noch einmal eine günstige Gelegenheit dar, mit der rettenden That für Deutschlands Sicherheit auch eine Rettung der legitimen Ideen seiner Einheit zu versuchen.

Der einzig mögliche Weg, welcher sich darbot, war der, mit starker Hand an die Stelle der immer mehr und mehr versinkenden Centralgewalt in Frankfurt zu treten. Aber gerade diesen vermied der König auf das Allerentschiedenste, obwohl der Reichsverweser in eine immer feindseligere Richtung gegen Preußen eintrat und zuletzt mit Beseitigung des Ministeriums Gagern auch die letzten Rücksichten gegen die preußische Regierung gefallen waren.

Fast zu einem lächerlichen Nachspiel führte die Einsetzung des Ministeriums Grävell-Jochmus, worüber mir ein Bericht zukam, den ich zur vollständigen

Charakterisirung der jetzt in Frankfurt eingetretenen Zustände der Nachwelt erhalten sehen möchte.

Vorausgeschickt muß jedoch werden, daß in Preußen am 15. Mai ein Edikt des Königs erging, wonach den preußischen Abgeordneten ihr Mandat in Frankfurt entzogen wurde, und daß man in Berlin gleichzeitig die Meinung hegte, der Erzherzog werde das Amt des Reichsverwesers in die Hände des Königs von Preußen legen, wie man denn wirklich aus Frankfurt berichtete, daß der Erzherzog schon zur Abreise bereit wäre. — Aber im letzten Augenblicke wurden diese Dispositionen des Reichsverwesers verändert und die Sitzung der Nationalversammlung vom 16. Mai bot ein unvergeßliches Situationsbild dar:

„Man zeigte die Abberufung der preußischen Deputirten an. Die Antwort der letzteren sowie der ganzen Nationalversammlung — alle gegen zwei Stimmen — war, daß keine Regierung das Recht habe, Abgeordnete zurückzurufen. Die preußischen Deputirten erklärten noch besonders, daß sie nur gehen würden, wenn, ihrer Ansicht nach, die Versammlung fernerhin den legalen Weg zur Durchführung der Verfassung verließe. Der Abgeordnete Grävell zeigte schriftlich seinen Austritt an. Nach einiger Zeit erschien er jedoch in Person und zwar auf der Ministerbank. Allgemeines Hohngelächter empfing ihn und einzelne Stimmen ließen sich mit „Hinaus" vernehmen. Von guten Freunden gewarnt, zog er wirklich vor, sich zu entfernen, da er als Abgeordneter ausgetreten und als Minister noch nicht eingeführt wäre. Bei solchem unglücklichen Debüt des jetzigen Reichsministerpräsidenten dürfte nöthig sein, über seine Persönlichkeit etwas zu sagen."

„Grävell, preußischer Abgeordneter, ein Mann von hochrothem Gesicht und schneeweißem, aber, wie es scheint, nicht vom Alter gebleichtem Haar, ist das einzige Mitglied der Nationalversammlung, das Moritz Mohl den Rang in der Lächerlichkeit streitig macht. Theils wegen seines komischen Wesens, theils wegen seiner seit einem Jahre gestellten ungeeigneten Anträge hat er fast nie die Tribüne bestiegen, ohne ausgelacht zu werden, ja hat gewöhnlich selbst über sich mitgelacht. — Diesen, sonst übrigens wie es heißt, rechtlichen Mann hat der Erzherzog für gut befunden, zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern zu machen. Jedermann hielt es, als vorgestern und gestern die Kunde davon laut wurde, für einen schlechten Spaß; allein es war Wahrheit. Grävell kam bald nach seinem unglücklichen Abtreten wieder und überreichte dem Präsidenten ein Schreiben."

„Der Präsident verlas darauf seine officielle Ernennung. Unter einem wahren Sturm von Lärm bestieg der neue Präsident die Tribüne. Aber noch größer und nur durch anhaltendes Beschwichtigen von allen Seiten

her zu dämpfen war der Aufruhr, als derselbe seine „Collegen" nannte: Detmold, der kleine großdeutsche Verfechter des Direktoriums auf der äußersten Rechten, Minister der Justiz. — Mar, ein unbedeutender Hamburger, Handelsminister; ein, wegen einer noch von ihm gestellten Bedingung noch nicht zu nennender Kriegsminister; (Fürst Wittgenstein, General aus Darmstadt, wo er, wie es heißt, hat abgehen müssen) und als Krone von Allen Jochmus, ehemals hamburgischer Commis, dann türkischer General, auch Pascha mit 2 Roßschweifen, von unbekanntem Lebenslaufe und zweifelhaftem Glauben, deutscher Reichsminister des Auswärtigen."

„Die Empörung, die ein solches Possenspiel und ein solcher, der Nation in's Angesicht geschleuderte Hohn hervorrief, ist unter allen Parteien allgemein, am größten aber ist sie, wenn ich gewissen Anzeichen trauen darf, auf Seite der preußischen Bevollmächtigtenschaft — (i. e. der zu Preußen haltenden Regierungsbevollmächtigten)."

„Heute um 4 Uhr wird das Ministerium sein Programm vorlegen, das darauf hinausgehen soll, die Centralgewalt werde sich um das Verfassungswerk nicht kümmern und hoffe, daß sich die Nationalversammlung nicht in die Administration mischen werde. Daß hierauf ein Mißtrauensvotum folgen wird, ist bestimmt, aber nicht unwahrscheinlich ist auch, daß man den Reichsverweser absetzen wird."

„In letzterer Beziehung hat der Dreißigerausschuß bereits Bericht erstattet und den Antrag auf Einsetzung einer Reichsregentschaft von 5 Mitgliedern gestellt" *).

*) Eine der reizendsten Charakteristiken, welche der Minister Grävell über sich selbst und zugleich über seinen erzherzoglichen Gebieter vor aller Welt zum besten gab, ist fast ganz in Vergessenheiten gerathen. Er hatte unter dem Titel „Mein Glaubensbekenntniß, angehend den politischen Zustand Deutschlands", nach Uebernahme des Ministeriums ein Memoire drucken lassen, welches er dem Reichsverweser als sein Programm überreicht hatte und welches wie er sagte, denselben bestimmte, ihn zum Minister zu wählen. Den haarsträubenden Unsinn, welchen diese Schrift enthält, und von der Herr Grävell versichert, „daß er die auf ihn gefallene Wahl am besten rechtfertigt", kann man wohl noch in einer hinreichenden Anzahl von Exemplaren in Bibliotheken finden. Weniger bekannt dagegen ist das Circularschreiben Grävells, mit welchem er sein jammervolles sogenanntes Programm den Regierungen mittheilte. Dasselbe ist vom 20. Mai und lautet: „Es ist meine innigste Ueberzeugung, daß die geistige Thätigkeit der deutschen Nation einen Aufschwung erfahren hat, der unvertilgbar ist und gegen welche jede andere Kraft vergeblich anstrebt. Sonach ist die öffentliche Meinung eine Macht, die nicht bloß Ehrerbietung verlangt, sondern mit welcher sich zu befreunden auch nur der Uebermuth vernachlässigen kann."

„Bei jeder Kraft kommt es darauf an, welche Richtung sie nimmt und die Rich-

Die allmähliche Auflösung der Nationalversammlung und die Uebersiedelung des Rumpfes derselben nach Stuttgart, die Erklärung des Reichsverwesers, daß diese Versammlung ungesetzlich sei, ihre wahnsinnigen Beschlüsse und Proklamationen und ihr endliches Ende durch militairische Maßnahmen, alle diese Dinge sind dem Leser entweder noch in Erinnerung oder aus unzähligen Darstellungen bekannt, welche freilich meist nur ein undeutliches Bild von der Hoffnungslosigkeit und Niedergeschlagenheit der Zeitgenossen darbieten. Denn daß die nationale Einheitsbestrebung ein so überaus schmähliches Ende finden werde, war doch mehr, als der schlimmste Pessimist erwartet hatte.

Nicht minder niederdrückend war aber die Rolle, welche der Reichsverweser noch bis zuletzt in Frankfurt fortsetzte. Alle diplomatischen Versuche Preußens, mittelst Conferenzen jener Bevollmächtigten der 29 Staaten, welche sich zu Gunsten der Reichsverfassung ausgesprochen hatten, zu positiven Abschlüssen und zur Uebernahme der Geschäfte des Reiches selbst zu gelangen, scheiterten an der Berechnung des von dem österreichischen Cabinet klug soufflirten Reichsverwesers, seinen Posten in keinem Falle aufzugeben. Um also keine Lücke in der Reichsexecutive eintreten zu lassen, leistete der Erzherzog das Außerordentliche, daß er sogar seinen Fortgang von Frankfurt, welcher thatsächlich mehr einer Entweichung zu vergleichen gewesen wäre, offiziell in die Form einer Badereise kleidete und den Bevollmächtigten der Staaten vorspiegelte, er denke die Reichsregierung unverdrossen weiter zu führen, indem er seinen verantwortlichen Minister Jochmus mit sich nehme, und um seine Person behalten werde.

Als der Darmstädtische Bevollmächtigte Eigenbrodt, der von seiner Regierung nach Berlin beordert war, am 25. Juni sich von dem Erzherzog verabschiedete, äußerte dieser: „er werde 6 Wochen in ein Bad gehen und den

---

tung der Entschließung der Menschen und Völker geht entweder aus von der Vernunft, oder von dem sinnlichen Begehrungsvermögen. Je mehr das Nachdenken, die Aufklärung der Vorstellungen und die Deutlichkeiten der Einsichten zunimmt, desto mehr Einfluß und Kraft muß die Vernunft über die öffentliche Meinung und die von ihr regierte Willenskraft gewinnen.

„Aus dieser Betrachtung hat es mir von wesentlichem Nutzen geschienen, die anliegende Schrift in allen Theilen Deutschlands unter dem Volke zu verbreiten, welche zugleich eine Thatsache und eine Ansprache an den Volksverstand ist. Ich füge davon 80 Exemplare bei, mit dem ergebensten Ersuchen, das Eine Ihrem Souverain zu überreichen und die anderen Ihrer Regierung behufs deren Vertheilung zu übersenden."

An den
Bevollmächtigten bei der provisorischen
Centralgewalt Herrn Staatsminister
Freih. v. Stein.

Der Reichsminister des Innern
Dr. Grävell.

General Jochmus mitnehmen, wobei er hoffen könne, daß während dieser Zeit Oesterreich in Italien und Ungarn Herr geworden sein, und Preußen sodann einen anderen Ton als jetzt anschlagen werde".

Die Abberufung des preußischen Bevollmächtigten und dessen Erklärung, daß seine Regierung die Centralgewalt nicht mehr anerkenne, änderte an der dem Erzherzog, wie man vermuthete, von Wien aus vorgezeichneten Komödie nichts. Als er am 30. Juni sang- und klanglos mit seinem Minister Jochmus von Frankfurt abreiste, erließ der Letztere das folgende Circularschreiben an die sämmtlichen Bevollmächtigten der deutschen Staaten bei der Centralgewalt, welches zwar schon damals in die Oeffentlichkeit kam, aber wohl zur Charakteristik einer verzweifelten Politik in keiner Darstellung jener Zeit fehlen dürfte:

„Seine kaiserliche Hoheit, der Erzherzog Reichsverweser, hat beschlossen, daß der unterzeichnete Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten und die Marine Höchstdieselben während der Dauer Ihrer Abwesenheit von Frankfurt in dem Bade Gastein begleite, und hat demzufolge durch Decret vom heutigen Tage den Herrn Präsidenten des Reichsministeriums Fürsten von Sayn-Wittgenstein-Berleburg mit der Leitung der Geschäfte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine beauftragt."

„Indem der Unterzeichnete sämmtliche Herren Bevollmächtigte hiervon in Kenntniß setzt, kann er nicht umhin, sein Bedauern über die Unterbrechung der freundlichen Beziehungen, in welchen er während der kurzen Dauer seiner Amtsthätigkeit zu denselben gestanden hat und zugleich die angenehme Erwartung auszusprechen, diese seiner Zeit nach erfolgter Rückkehr auf seinen Posten wieder anknüpfen zu können."

Der Reichsminister
für die ausw. Angelegh. u. die Marine.
Frankfurt, 29. Juni 1849. Jochmus."

So verlassen und zum Theil verathen, sah die deutsche Nation die Hoffnungen untergehen, welche durch dreißig Jahre genährt worden waren und die der täuschende Völkerfrühling des Jahres 1848 erfüllen zu sollen schien. Es war, wie sich Dahlmann ausdrückte, ein „Scheitern im Hafen". Kein Wunder, daß unter diesen Umständen durch die Mairevolutionen des Jahres 1849 mitunter auch der bessere Geist der Nation compromittirt wurde, und daß die anarchischen und fahnenflüchtigen Elemente der badischen, pfälzischen und sächsischen Rebellen ein legitimes Aushängeschild für ihre verwerflichen Absichten zu wählen vermochten.

Man sah Leute, welche sonst treu ihrer staatsbürgerlichen Pflicht und Schuldigkeit gelebt hatten, in tiefe politische Irrthümer verfallen. Die Statistik wies eine exorbitante Zunahme von Irrsinnsfällen in allen Theilen von

Deutschland nach und die Gesellschaft schien sich in demselben Maße in ein Labyrinth von reactionären Stimmungen und Anwandlungen zu verwickeln, in welchen sie noch kurz vorher in Fieberträumen des Umsturzes befangen war.

Da ich durch meinen Antheil an dem populären schleswig-holsteinischen Krieg eben damals etwas mehr im Vordergrund der Volksthümlichkeit stand, so hatte ich mehr als eine Gelegenheit die Störungen in dem politischen Gewissen der sonst ruhigsten und bravsten Männer wahrzunehmen. In fast tragikomischer Erinnerung sind mir zahlreiche Aufforderungen und Zumuthungen geblieben, mich an die Spitze einer großen nationalen Erhebung zu stellen.

Ein Brief dieser Art von einem mir bekannten Manne, im Mai 1849 an mich gerichtet, war vielleicht für die politische Lage der Zeit bezeichnender, als alle in öffentlichen Blättern gelieferten Artikel. Und so mag das köstliche Actenstück, wenn auch ohne den Namen des Autors hier in nicht allzu ernster Weise das Frankfurter Trauerspiel schließen. Da sich der Mann in seinem Briefe selbst als leberleidend bezeichnete, so wird man nicht zu sehr erstaunt sein, wenn er in den Laubwäldern Kissingens vielleicht in romantischer Erinnerung an die Zeit, wo die fränkischen Bauernschaften das tausendjährige Reich aufrichten wollten, oder die Edelleute gegen die treulose Fürstenmacht aufstanden, mich als Anführer eines großen Volksheeres dachte, der die Krone Karls des Großen wieder zu Ehren bringen sollte.

Kissingen, 11. Mai 1849.

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

„Während Ew. Hoheit in Schleswig-Holstein für die deutsche Sache mit Hingebung kämpfen und ihr gegen einen übermüthigen Feind mit Nachdruck Geltung verschaffen, ist dieselbe verrathen und verlassen worden von denen, auf die der Deutsche hinblickte, als auf diejenigen, welche derselben den Sieg zu verschaffen durch ihre Macht und hohe Stellung allein berufen schienen. Ew. Hoheit kennen die Erklärungen des Königs von Preußen und die damit zusammenhängenden der Könige von Baiern, Hannover und Sachsen. Ew. Hoheit haben aber auch von dem Entsetzen des deutschen Volkes über jene Erklärungen Kunde, sowie von der Begeisterung desselben für die Reichsverfassung, von den Ereignissen in Stuttgart und Dresden und von der Haltung und Erhebung des Volkes, namentlich in Rheinbaiern, in den drei Franken, in Rheinpreußen, Westphalen und Hannover.“

„Kein Besonnener zweifelt mehr, daß die deutsche Sache siegen werde; nur das kann in Frage sein, ob dieser Sieg tausend, oder ob er — wie die Haltung der Könige dies erheischen wird — hunderttausend Menschenleben,

vielleicht die edelsten, die besten kosten werde; ob dieser Sieg in wenig Monden oder in einem Jahrzehnt, ob er auf dem Boden des Rechts, oder dem der blutigen Revolution mit Umsturz alles Bestehenden, mit Vernichtung des Wohlstandes und der Bildung Deutschlands auf lange Zeit hinaus werde erkämpft werden."

„In dieser schreckenerregenden Lage sieht Deutschland sich nach einem Retter um, und dieser Retter ist kein Anderer als Sie, Hoheit; das sage nicht ich, das sagen mehr oder minder laut fast alle Stämme Deutschlands. Alle Besonnenen — ihre Zahl ist groß, die ebenso vor dem Verrath der deutschen Sache, wie vor der entsetzenerregenden rothen Republik zurückschrecken, sprechen laut aus, daß nur Rettung zu finden sei, wenn ein deutscher Fürst sich für Ein- und Durchführung der Reichsverfassung an die Spitze der Bewegung stellt; daß kein anderer Fürst den deutschen Sinn, die Hingebung an die deutsche Sache, den Heldenmuth, die Hochherzigkeit hierzu besitze, als Sie, Hoheit, der Sieger bei Eckernförde; daß kein anderer Fürst als Sie, der Zweig eines hochberühmten Fürstenstammes, welcher die Geschicke der Nationen Europas zu lenken augenfällig berufen ist, dieses Heldenwerk zu vollbringen vermag, daß, wenn Ew. Hoheit mit einer Schaar deutscher Krieger, mit einem Aufruf an das deutsche Volk, für die Reichsverfassung, für die deutsche Sache sich um Sie zu schaaren, auftreten würden, die Waffenfähigen aller deutschen Stämme zu Ihnen stoßen, daß Sie in kürzester Zeit Herr einer Macht sein würden, die der deutschen Sache sofort den Sieg verleihen, die den verderbenbringenden Bruderkrieg mit einem Male, ja vielleicht ohne Schwertstreich ein Ende machen; daß Ihnen die Liebe, die Verehrung, der Dank einer großen Nation werden und die Geschichte Sie den ersten und edelsten Helden beizählen würde."

„Wohl kann es vermessen erscheinen, daß ich mich in Angelegenheiten mische, in die ich nicht einzugreifen berufen bin; doch die Liebe zu meinem Volke, das ich an einem schauderhaften Abgrund erblicke, die Gewißheit, daß Ew. Hoheit durch Ihre hohe Stellung und durch Ihren Heldensinn dazu berufen sind, legt mir die Pflicht auf, Ew. Hoheit zu offenbaren, mit welchem Vertrauen, mit welchen Hoffnungen das deutsche Volk zu Ihnen aufblickt; die Ueberzeugung, daß ich zu einem hochherzigen Fürsten rede, den ich mit Gluth und Begeisterung für die deutsche Sache von uns scheiden sah, daß ich zu meinem Fürsten rede, den ich wahrhaft zu lieben und zu verehren so glücklich bin, hat mich diesen Schritt wagen lassen, auch auf die Gefahr hin, etwas Unpassendes zu thun."

„Ew. Hoheit werden Ihres Volkes Retter werden. Sie werden es, mit der gerechten Sache ist Gott, vielleicht in wenig Tagen."

„Ich schreibe dies von Kissingen aus, wo ich mich zum Gebrauche des Bades gegen ein schweres Leberleiden seit einigen Wochen aufhalte, und wo ich täglich Gelegenheit habe, zu erfahren, daß die Herzen fast aller deutschen Stämme Ew. Hoheit entgegenschlagen."

In tiefster Verehrung
Ew. Hoheit ꝛc. ꝛc.

Viertes Buch.

Erinnerungen aus Schleswig-Holstein

1848—1851.



Erstes Capitel.

Die Schleswig-Holsteinische Bewegung.

Vor dem Jahre 1848 war im mittleren und südlichen Deutschland außerordentlich wenig Theilnahme für den Jahrhunderte alten Kampf vorhanden, welcher in den nördlichen Marken des Kaiserreiches zwischen Deutschen und Dänen seit mehreren Dezennien mit erneuter Kraft geführt worden war. Eine genauere Kenntniß von den Fragen, um die es sich eigentlich bei den Streitigkeiten zwischen den Herzogthümern Holstein und Schleswig einerseits, und dem Königreiche Dänemark andererseits handelte, fehlte selbst bei den politisch gebildeten Ständen fast gänzlich. Man hatte nur einen sehr dunkeln Begriff davon, daß seit dem Regierungsantritt Christians VIII. heftige Gährungen in den deutschen Herzogthümern entstanden waren und daß die Patente dieses Königs Anlaß zu staatswissenschaftlichen und juristischen Bedenken und Erörterungen gegeben, denen auch schließlich der deutsche Bundestag seine Aufmerksamkeit nicht zu entziehen vermochte.

Daß sich in Schleswig ein Bruchtheil dänischer Bevölkerung, von Kopenhagen hierzu aufgeregt, gegen das deutsche Element erhoben hatte, daß in Dänemark eine gewaltige Agitation vorhanden war, um das Herzogthum Schleswig dem dänischen Staate einzuverleiben, daß man in Holstein andererseits die Untheilbarkeit der beiden Herzogthümer mit Zähigkeit vertheidigte, alle diese Umstände erregten damals noch kaum eine Ahnung von der gewaltigen Bedeutung, welche die dänische Erbfolge und das schleswig-holsteinische Recht bald darauf für das ganze Deutschland, ja recht eigentlich für das deutsche Nationalbewußtsein, erlangen sollten.

Nur sehr vereinzelte Journale gaben vor dem Jahre 1848 manchmal davon Kunde, daß sich im hohen Norden ein Kampf vorbereite, bei welchem die Nationalitätenfrage eine Rolle mitzuspielen hatte: Die Augsburger Allgemeine Zeitung hatte sich dadurch ein wahres Verdienst erworben, daß sie seit 1844 gut orientirende Artikel über die Zustände in den Herzogthümern brachte und das populäre Interesse für die verwickelte Angelegenheit zu wecken trachtete.

Eine Anzahl deutscher Männer stritten und litten unter dänischer Gewaltherrschaft und mußten für ihr freies Wort in Schrift und Rede büßen, genug für die damalige Stimmung in Süd- und Mitteldeutschland, um der Sache der Herzogthümer Freunde zu erwerben. Aber neben dieser für den Liberalismus der Zeit empfehlenden Außenseite zeigte sich in der Frage ein dynastischer Kern, dessen volles Verständniß, wie man wohl sagen darf, dem deutschen Volke des 19. Jahrhunderts, sowohl 1848 wie auch 25 Jahre später im Allgemeinen nur schwer zugänglich zu machen war.

Ich bezeichne damit nur die Lage der Dinge, wie sie wirklich war, und will keineswegs mit der Erkenntniß dieser Thatsache eine Geringschätzung der rechtlichen Erbfolgefragen ausgesprochen haben, die in Dänemark und den Herzogthümern vorlagen und ohne Zweifel demnächst erledigt werden mußten.

Ein Erbfolgestreit, vielleicht ein Erbfolgekrieg, gehörte für die staatlichen Interessen des vorigen Jahrhunderts zu den beliebtesten Aufgaben der Politik; aber in unseren Tagen herrschte gegen Dinge dieser Art eher Widerwillen; und der revolutionäre Geist des Jahrhunderts schien geneigt in das entgegengesetzte Extrem einer Auffassung zu verfallen, der zufolge dergleichen dynastische Fragen die Völker wenig angingen. Ich glaube deshalb, daß es für die Beurtheilung des Ursprungs, wie des Fortgangs der schleswig-holsteinischen Frage von größter Wichtigkeit ist, daran zu erinnern, wie wenig populär die Form war, in der sie zuerst bekannt geworden ist. Ich bin durch ein halbes Menschenalter hindurch so oft und mannigfaltig in diese Angelegenheiten verwickelt gewesen, daß ich nach meinen Erinnerungen vor allem die Schwierigkeit betonen muß, die es mir jederzeit verursacht hat, in und außerhalb Deutschlands das erwünschte Interesse für eine nationale Frage zu erwecken, die in einer wenig schmackhaften juristischen Form in die Welt getreten war. Unzähligemale beklagten sich Engländer und Franzosen bei mir über die Unmöglichkeit, diese complicirten Rechtsdeductionen zu begreifen, mit welchen die Deutschen ihre Ansprüche gegen Dänemark begründeten. Ueberall verschanzte man sich hinter der Behauptung, man könne die schleswig-holsteinische Frage nicht eigentlich fassen und auch in Deutschland vermochte die Umständlichkeit dieser rechtlichen Erörterungen der erwachten Begeisterung für die deutsche Sache nur Zügel anzulegen.

Die Uneinigkeit im oldenburgischen Hause selbst und der starre Sinn der einzelnen Zweige dieser großen Familie, die Leidenschaften, welche zwischen denselben herrschten und die Schwierigkeiten, zwischen den politischen und dynastischen Interessen einen annehmbaren Ausgleich zu finden, gaben dem staatsrechtlichen Prozeß, obgleich er mit der größten Gelehrsamkeit und von Seite der Holsteiner mit den ehrenwerthesten Waffen der Jurisprudenz geführt wurde, etwas

Peinliches. Auch in nahestehenden und befreundeten Häusern empfand man in der Sache eine Verlegenheit, deren Lösung sich nicht recht absehen ließ, da die Existenz des Staates Dänemark, wie er nun seit Jahrhunderten bestand, mit den Anrechten der regierenden Familie in den schärfsten Widerspruch gerathen war. Denn der Ausgang des Mannsstammes der dänischen Hauptlinie nach dem voraussichtlich kinderlosen Tode Christians VIII. und des Erbprinzen Friedrich VII. eröffnete die Wahrscheinlichkeit, daß der dänische Staat in zwei Theile zerfallen werde, sei es, daß man in Dänemark der weiblichen Nachfolge nach dem bekannten Königsgesetz den Vorzug geben sollte, sei es, daß die agnatischen Linien des Hauses ihre sich widerstreitenden Ansprüche auf die verschiedenen Theile der dänischen Monarchie bei der Bevölkerung und bei den auswärtigen Mächten zur Anerkennung zu bringen vermochten.

Ein solcher Zerfall der nun schon seit Jahrhunderten unter einer gemeinsamen Regierung stehenden Theile Dänemarks widerstrebte — das kann wohl nicht geläugnet werden — den einfachsten und elementarsten Grundsätzen der Politik des modernen Europas, und es lag im Grunde eine Art von mittelalterlicher Anschauungsweise darin, wenn man die Erhaltung oder die Gestaltung dieses Staates lediglich aus dem Gesichtspunkte der dynastischen Verhältnisse behandeln sollte. Eine natürliche Pflicht und Empfindung stellte den Königen von Dänemark die Aufgabe für die Conservirung des dänischen Staates, wie er nun einmal völkerrechtlich bestand, zu wirken, während die einzelnen Ländertheile vermöge ihrer Zusammensetzung diesem dänischen Beginnen nur desto mehr widerstrebten. Christian VIII. hatte eine Vorstellung davon, daß in dieser Beziehung etwas geschehen müßte, aber es fehlte ihm jede Fähigkeit, eine klar bezeichnete und feste Stellung zu der Frage zu finden. Seine Regierungskunst erschöpfte sich in Auskunftsmitteln und in haltlosem Schwanken zwischen den Parteien.

Während nationale und konstitutionelle Ideen auf allen Seiten mehr und mehr hervordrängten, und die 40er Jahre geeignet waren, den Radikalismus unter Dänen und Deutschen zu zeitigen, stand das dänische Königthum mit seinem Anspruche und Wunsche, die Monarchie als solche auch über die letzten Ausläufer des dänischen Zweiges hinaus zu retten, allein da, ja fast ohne Unterstützung von irgend einer legalen und konservativen Körperschaft und fast ohne die Mitwirkung von Räthen der Krone, welche vielmehr schon vermöge der Trennung der Verwaltung in den obersten Kanzleien geneigt waren, den einstigen Auseinanderfall der Länder der dänischen Krone in's Auge zu fassen.

Diese hilf- und haltlose Lage der beiden letzten Könige bewirkte, daß man sich, sowohl in Dänemark wie in Holstein, frühzeitig gewöhnte, auf die auswärtigen Mächte zu blicken. Der innere Streit wurde durch das Bewußtsein

und die Erkenntniß vermehrt, daß das Schicksal von Mächten zweiten und dritten Ranges ohnehin mehr in der Hand des europäischen Areopags, als in dem Kraftvermögen der eigenen Entschlüsse ruhe. Also entstand Furcht, Neigung und Verdacht vor auswärtigen Conspirationen.

Das verwandte Rußland, der skandinavische Norden, das eifersüchtige England, das küstenbedürftige Preußen und der alte französische Alliirte des dänischen Staates konnten sämmtlich die Kreise der einheimischen Politik in jedem Augenblick perturbiren; die Voraussetzung von geheimen Machinationen und Ränken war vielleicht in keiner politischen Frage der neuern Zeit so gewöhnlich, wie in der dänisch-holsteinischen Sache.

Als ich das Schicksal hatte, in persönlicher Weise diesen Dingen näher zu treten und Bekanntschaft mit fast allen hervorragenden Personen der holsteinischen Bewegung zu machen, hatte der Gegensatz seine volle Höhe bereits erklommen und kein Einsichtiger konnte mehr zweifeln, daß von einer Verständigung, im Sinne der Erhaltung der dänischen Integrität, für die Länge der Zeit keine Rede sein konnte.

Zwischen den beiden Nationalitäten, insbesondere da, wo sie wie im nördlichen Schleswig eng aneinander wohnten, hatte sich tödtliche Feindschaft entwickelt, die nicht mehr zu beschwichtigen war, wenn auch eine besondere Hinneigung der deutschen Bevölkerung zu dem politischen Begriff von Deutschland weder in Holstein noch in Schleswig zu finden war. Selbst in den Kampfesjahren von 1848—1850 mußte ich, als ich die Dinge in der Nähe betrachtet hatte, großen Zweifel hegen, ob man eigentlich die Bewegung als eine deutschnationale in dem Sinne bezeichnen durfte, wie sie als solche im übrigen Deutschland vorzugsweise aufgefaßt worden ist; und wenn manche deutsche Fürsten mit ihrem Eifer und ihrer Hilfe für die schleswig-holsteinische Sache zurückhaltender waren, weil sie von einer übertriebenen Scheu vor der in den Herzogthümern angeblich herrschenden revolutionären Gesinnung befallen waren, so befanden sie sich in der That in einer großen Täuschung.

Es liegt mir ferne, in den Ursprung des nationalen und Sprachenkampfes, der in Schleswig entstanden war, hier tiefer einzugehen. Daß die Initiative und die Priorität des Angriffs den Dänen zuzuschreiben war, dürfte alle unbefangene Geschichtschreibung wohl zugestehen, mag sie nun darin ein Verdienst oder ein Verbrechen erblicken. Im Anfang des Jahrhunderts war in der breiten Masse des Volkes noch keine Spur von Nationalitätenhaß vorhanden, und den höheren Ständen blieb derselbe auch noch in den Jahren der Revolution fast fremd. Daher kam es, daß bei aller Feindschaft der beiden Stämme die Parteien nicht müde wurden, den Vorwurf der Initiative des Streites wie einen Makel ihrer Rechtlichkeit von sich abzuwälzen. Dennoch kann aber kein

geringster Zweifel darüber bestehen, daß die Danisirungsbestrebungen der Kopenhagener liberalen und radikalen Parteien thatsächlich schon weit gediehen waren, als der politische Gedanke der Vereinigung von Schleswig mit Dänemark durch die Gewaltakte Christians VIII. und Friedrichs VII. anfing, Gestalt zu bekommen.

Christian VIII. verfolgte den alten dänischen Gedanken, die deutschen Herzogthümer in eine dynastisch gesicherte Verbindung mit dem Königreiche zu bringen seit dem Jahre 1840 mit größtem Nachdruck; doch war er nicht der Mann, um einen großen Plan ins Werk zu setzen. Sein ganzes Wesen widerstrebte zu sehr einer dauernden und zielbewußten Thätigkeit, als daß er im Stande gewesen wäre, die vielen Hindernisse zu beseitigen, die von allen Seiten sich entgegensetzten. Seine Augustenburgischen Verwandten konnten daher durch viele Jahre noch die Hoffnung aufrecht halten, der König werde niemals das Aeußerste zu thun entschlossen sein.

Christian VIII. war ein genußsüchtiger Lebemann und scheinbar gutmüthig, er blieb mit den Herzogen von Augustenburg in freundschaftlichem Verkehr und nichts schien anzudeuten, daß er den Rechten derselben Abbruch thun wolle.

Aus dieser Zuversicht sollte indessen Schleswig-Holstein schon 1846 durch den offenen Brief gewalsam gerissen werden. Derselbe schloß ein System des Trugs, welches gegen die Landesrechte seit Jahren schon in Anwendung gekommen war. Der deutsche Bundestag selbst wurde durch den Akt der königlichen Willkür aus seinem Schlaf gerüttelt und nahm die Rechte der Herzogthümer gegenüber der Vereinigungsabsicht der Dänen wahr.

Man darf es als einen der glücklichsten Umstände für die Entwickelung Schleswig-Holsteins betrachten, daß selbst noch vor den Stürmen des Jahres 1848 die Frage der rechtlichen Stellung der Herzogthümer zur Bundessache erklärt worden war; denn ohne dieses Präjudiz wäre in den regierenden Kreisen Deutschlands nachher noch viel weniger Neigung gewesen, dieser, der verhaßtesten Revolution so verdächtigen Angelegenheit, Unterstützung zu gewähren.

Zur Zeit als Christian VIII. den offenen Brief erließ, war Prinz Friedrich von Noer Statthalter und kommandirender General in den Herzogthümern und trat aus diesem Anlasse von seiner einflußreichen und angesehenen Stellung sofort zurück. Auch der Herzog von Augustenburg erhob als Chef des Hauses sofort Protest gegen den von der dänischen Regierung unternommenen Schritt.

Aber eben dadurch war zugleich die dynastische Seite der ganzen Angelegenheit so sehr in den Vordergrund getreten, daß es der ganzen schweren Ereignisse des Jahres 1848 bedurfte, um daran zu erinnern, daß hinter den sich bekämpfenden Zweigen des oldenburgischen Hauses eigentlich doch nationale Interessen verborgen wären. Das Besondere, welches diese Lage darbot, lag

in dem Umstand, daß weder die eine, noch die andere von den beiden streitenden Parteien mit den nationalen Dingen etwas zu thun haben mochte. Man muß sich hier vielmehr erinnern, daß es Beiden zum größten Verdrusse gereichte, wenn sich die dänischen und deutschen Bestrebungen erst nur in Rücksicht auf die sprachlichen und litterarischen Zwecke, bald aber auch mit der vollen nationalen Leidenschaft an die hervorragenden Namen der königlichen und der Augustenburgischen Familie anzuklammern suchten.

Immer wieder wehrte Christian VIII. jede Gemeinschaft mit den Eiderdänen, mit dem Club der Preßfreiheit, mit den Casinomitgliedern ab, und eben so wenig mochten die Augustenburger mit den nationalen Regungen zu thun haben, die sich nach ihrer Ansicht sehr unnöthiger Weise in die Herzogthümer verirrt hätten. Wiewohl es Taktik der beiden dynastischen Parteien war, sich gegenseitig die bedenkliche Gemeinschaft mit dem nationalen Radikalismus zum Vorwurf zu machen, so liegt doch kein Grund vor, den vielfältigen, brieflichen und mündlichen Erklärungen Christians VIII. zu mißtrauen, nach welchen er sich gegen alle Danisirungstendenzen jederzeit verwahrte. Ebenso hat unter den Augustenburgern sich der Prinz von Noer, selbst noch viele Jahre später, da er seine Aufzeichnungen aus 1848 und 1849 veröffentlichte, bestimmt gefunden, seine kosmopolitische Denkungsweise aus seiner Erziehung und Entwickelung förmlich zu beweisen und gegen die Vermuthung ausdrücklich zu protestiren, daß er bei seinem Verhalten in jenen Jahren von irgend einem Nationalgefühl beeinflußt gewesen wäre.

Und in der That dürfte es vorzugsweise eine Folge dieser allzu nüchternen Denkungsweise gewesen sein, daß den Augustenburgern das, was man unter Popularität im Sinne einer Begeisterung der gebildeten Classen, oder des Mittelstandes überhaupt, für die Träger gewisser moderner Ideen zu verstehen pflegte, in keiner Weise entgegengebracht worden ist.

Als ich die Verhältnisse von Schleswig-Holstein kennen lernte, hätte ich es als eine große Täuschung empfinden müssen, wenn ich geglaubt hätte, dort Stimmungen zu finden, wie sie die Geschichte von Fürstentreuen und ritterlichen Kämpfern für die gekränkten Rechte verfolgter Prätendenten zuweilen erzählt. Davon war nach 1848 nichts und vorher sicherlich noch weniger in Schleswig-Holstein zu bemerken. Was den ernsten und patriotischen Politiker an das Interesse der Augustenburgischen Familie knüpfte, war eine nüchterne Rechtsfrage geblieben, welche jedoch nur sehr wenig von persönlichen Beziehungen und persönlicher Hingabe in den Herzen der Menschen zu bewirken vermochte.

Dazu kam, daß der Fall des Rechtsbruches von Seite der dänischen Machthaber, als die Bewegung des Jahres 1848 ausbrach, noch nicht thatsächlich eingetreten war, sondern daß überall nur erst über die Einleitungen

zu einem solchen Schritte geklagt werden konnte. Der handgreifliche Streitpunkt war zunächst nur auf die verfassungsmäßige Stellung Schleswigs gerichtet, welches wiederum in der übeln Lage war, daß es nicht zum deutschen Bunde gehörte, während das Herzogthum Holstein für sich selbst doch wohl zu schwach erschien, um das verschwisterte und untheilbar verbundene Land sich zu erhalten.

Der Angriff der Dänen war demnach zunächst und in der hergebrachten Weise ihrer allzu findigen Politik nur auf das Verfassungsrecht gerichtet und die Augustenburgische Erbfolgefrage blieb bei dieser Sache unberührt, ja es schien die Möglichkeit vorhanden, als könnte sich der Familienstreit durch eine Vereinbarung lösen lassen, nach welcher die ganze dänische Monarchie an das Augustenburgische Haus dereinst zu fallen vermöchte.

Wiewohl nun jede derartige Aspiration von dem regierenden Herzog von Augustenburg öffentlich und officiell zurückgewiesen worden ist, so muß man zum Zwecke des historischen Verständnisses doch sich gegenwärtig halten, daß eine Möglichkeit dieser Art bestand, und daß sie vor und nach dem Jahre 1848 in maßgebenden Kreisen häufig besprochen worden ist. Man hätte mit dieser Lösung der Dinge die Wünsche jener Großmächte, welche den damaligen Bestand der dänischen Monarchie für alle Zeit gesichert haben wollten, vielleicht am meisten befriedigt, aber indem der Schutz des schleswig-holsteinischen Verfassungsrechtes zugleich eine Trennung der Theile Dänemarks in sichere Aussicht stellte und hierin das einzige Mittel lag, um einen ansehnlichen Theil des deutschen Volkes vor Untergang und dänischer Vergewaltigung zu retten, so hätte man erwarten sollen, daß wenigstens die deutschen Mächte einhellig und kräftig für das Recht der Augustenburger auftreten würden. Von diesem Gedanken geleitet, schrieb der König Friedrich Wilhelm IV. im Januar 1848 auch den bekannten Brief an den Herzog von Augustenburg, in welchem er die Ansprüche desselben zu schützen versprach, dessen Inhalt jedoch mit der Politik nur wenig vereinbar zu sein schien, welche Preußen unmittelbar nachher verfolgt hat.

Die Bewegung des Jahres 1848 hatte in Dänemark und in den schleswig-holsteinischen Herzogthümern einen von den Pariser Februarereignissen weit unabhängigeren Ausgangspunkt genommen, als in den meisten anderen Ländern. Mit der Thronbesteigung Friedrichs VII. begann im Januar sofort der Verfassungsstreit zwischen Holstein und Dänemark, welcher zum Kriege geführt hat. Der neue König machte mit der von Christian VIII. vorbereiteten Gesammtstaatsverfassung sofort Ernst und ordnete durch das Patent vom 28. Januar die Vereinigung der Stände sämmtlicher Theile der dänischen Monarchie an.

Wenn Christian VIII. noch zuweilen Zweifel in die Rechtmäßigkeit seines Vorhabens gesetzt hatte, so war Friedrich VII. gerade genug entschlossen, um alle Rücksichten gegen Verwandte und Unterthanen bei Seite zu setzen. Eine Persönlichkeit wie dieser König erinnerte an die unglücklichsten Zeiten der Monarchie in Europa.

Friedrich VII. war durch sein körperliches Befinden kaum in der Lage, sei es in moralischer, sei es in physischer Beziehung, eine Energie zu entfalten, wie sie bei der Schwierigkeit der Verhältnisse in Dänemark nöthig gewesen wäre. Bei zeitweilig eintretenden Zuständen vollständiger Apathie konnte er in manchen Augenblicken seine Umgebung wohl an die Eigenthümlichkeiten von südländischen Charakteren aus dem Cinque cento erinnern. Er liebte die ungewöhnlichsten Dinge seiner Umgebung zu erzählen, welche sich so anzustellen hatte, als ob sie alles, was der König sagte, wortwörtlich glaubte. Er erzählte von Schlachten, die nie stattgefunden hatten, an welchen er aber mitgefochten. Seine Abenteuer waren bald den Erlebnissen von John Falstaff, bald den Sagenberühmten Zügen Alexanders des Großen nach Indien nachgebildet. Zu alledem kam, daß in dem Glauben der Menschen ein dunkler Schatten auf der Herkunft des Königs ruhte, wodurch es dem Radikalismus jener Zeit sehr erleichtert worden ist, den vom Mißtrauen erfüllten Herrscher ganz und gar dem dänischen Chauvinismus zu unterwerfen.

Trotz der Bereitwilligkeit des Königs, die Deutschen auf alle Weise zu vergewaltigen, befriedigte Friedrich VII. durch das Patent vom 28. Januar doch auch die Dänen nicht. Diese verlangten vielmehr in steigendem Maße die vollständige Incorporirung Schleswigs, während die Stände von Holstein die Verfassungsfrage nur durch den engeren Anschluß des alten Bruderstammes zu ungetheiltem Ganzen gelöst sehen wollten. Von allen diesen Parteirichtungen konnte im Grunde keine als eine wirklich konservative bezeichnet werden.

Der alte Rechtszustand mit seinen partikularen Gesetzgebungen, mit seinen besonderen ständischen Vertretungen, befriedigte, wenn man die Wahrheit sagen soll, keinen Theil, und wollte von Niemandem aufrecht erhalten werden. Die Methode zu einem modernen Staate und zu modernen Institutionen zu gelangen, war eben sehr verschieden und von allen Theilen gleich einseitig vertheidigt worden. Die königliche Gewalt — und dies kann man ihr schwer zum Vorwurf machen — suchte nach einer Einheit der gesammten Monarchie, welcher Dänen und Deutsche gleichermaßen widerstrebten. Die Deutschen schrieben alle Schuld an dem ausbrechenden Kriege jenen Sachwaltern der dänischen Interessen in Schleswig zu, welche in Clubs und Zeitungen die liberalen Einheitsideen verfochten. Sie hatten unzweifelhaft recht darin. Daß man aber das Ziel einer Zusammenfassung der deutschen Herzogthümer doch nur auf dem

Wege einer völligen Trennung Schleswigs von Dänemark erreichen konnte, scheute man sich überall ehrlich und offen einzugestehen*).

Vielmehr entschlossen sich die Deutschen in Holstein nur sehr schüchtern die Forderung zu stellen, daß Schleswig dem deutschen Bunde beitreten sollte, denn auch dieser Gedanke war nur durch eine völlige Veränderung der staatsrechtlichen Zustände ausführbar. Daß von den maßgebenden Persönlichkeiten unter den holsteinischen Patrioten es unterlassen worden ist, scharf und deutlich und ohne diplomatische Spitzfindigkeiten das Ziel der Unabhängigkeit der Herzogthümer ins Auge zu fassen und zu bezeichnen, daß man den Kampf desselben nicht als einen nationalen und freiheitlichen erklärte, fand bei einem Theile der Holsteiner Mißbilligung, und es fehlte nicht an lauten Aeußerungen litterarischer Kreise, welche durch ihr radikaleres Programm die Mächte in Deutschland in Angst und Schrecken versetzten.

Unter den historischen Arbeiten, welche über diese Zeit massenhaft zu Tage gefördert wurden, sind heute die meisten vergessen, aber man kann in einem übrigens werthlosen Buche von Otto Fock lesen, welcherlei Art die Stimmungen und Bestrebungen waren, die in der sogenannten schleswig-holsteinischen Fortschrittspartei herrschten. Seine Darstellung kann es dem Leser zum mindesten ersparen jene Zeitungen und Flugblätter selbst aufzusuchen, welche später von der Reaction mit so viel Glück benützt worden sind, um die schleswig-holsteinische Bewegung als eine Sache des Radikalismus dem furchtsameren Geiste mancher Staatsmänner verdächtig zu machen.

Vergebens hat die schleswig-holsteinische Diplomatie dem gegenüber durch eine Unzahl von Rechtserörterungen und Verweisungen auf das legale Verhalten der eigentlich maßgebenden Leiter der Bewegung eine Beruhigung der Gemüther in den höhern Regionen versucht. Ich brauche kaum zu sagen, daß ich meinerseits in Bezug auf diese Angelegenheit vom deutschen Bunde durchaus keine entscheidenden Schritte erwartete; doch hatte man in Berlin zur Zeit meines Aufenthaltes daselbst Ende Januar 1848 eben eine gewisse Protektormiene in Bezug auf Schleswig-Holstein und das Augustenburgische Haus angenommen.

Unmittelbar darauf wußte man dagegen schon wieder dem Verfassungsprojekte des Königs Friedrich VII. vom 28. Januar eine gewisse Anerkennung zu verschaffen. Friedrich Wilhelm IV. erblickte in der beabsichtigten Ständevereinigung etwas von seinem eigenen Geiste, und soll erfreut gewesen sein,

*) Ueber die Ursachen und die Bedeutung des Krieges zwischen Deutschland und Dänemark. Schleswig 1849. — Und wer ist Schuld am Kriege zwischen Dänemark und Deutschland — Hamburg, Perthes 1849. In letzter Schrift ist der Ursprung des Krieges am besten geschildert.

daß auch Friedrich VII. der modernen constitutionellen Schablone aus dem Wege gegangen wäre, daß er etwas dem vereinigten Landtag in Preußen sehr Aehnliches in Scene zu setzen beabsichtigte, daß er vollends sich mit Vertrauensmännern umgeben wollte, welche das Verfassungsprojekt erst noch zu prüfen hätten. In der That konnte es ja erscheinen, als ob die Ständeausschüsse und ihre nur vom freien Königswort abhängigen Zusammenkünfte, die vereinigten Landtagsbotschaften und alle jene Versuche, welche der preußische König recht eigentlich als seine eigensten politischen Geistesblüthen betrachtet hatte, nunmehr in Dänemark eine gewisse Nachbildung erfahren würden.

Allein diese Hoffnungen sollten sich nicht lange behaupten, und es darf als einer der größten Glücksumstände für die holsteinische Sache gelten, daß dieselben wirklich von den Dänen selbst und von den in Kopenhagen an das Ruder des Staates gelangten Radikalen zuerst vernichtet worden sind. Denn daß man in den meisten deutschen Regierungskreisen die Monrad, Orla-Lehmann und Hvidt für noch schlimmere und gefährlichere Parteigänger hielt, als die Prinzen von Augustenburg, die Reventlows und selbst die Beseler und Olshausen, war sehr natürlich.

In Folge dessen konnte es der holsteinischen Regierung alsbald gelingen, eine gewisse offizielle Verbindung und Beglaubigung bei den deutschen Machthabern zu erlangen. Man war sehr geneigt, hierin ein Zeichen der Anerkennung für eine gerechte Sache von Seite Preußens und der deutschen Mächte zu erblicken, fühlte sich aber, als diese Verhältnisse sich änderten und abklärten, in eine desto schlimmere Täuschung versetzt.

Bevor ich diese intimeren und wichtigeren Beziehungen der schleswig-holsteinischen Sache zu den größeren Mächten im Einzelnen schildere, will ich indessen nur mit einigen Worten an die bekannten Ereignisse erinnern, welche zur Bildung der provisorischen Regierung in Holstein führten. Ich habe über den äußeren Gang der Dinge, welcher oft genug erzählt worden ist, nicht viel Eigenthümliches zu sagen. Ich bin aber nachträglich zu so vielen dabei betheiligten Personen in nahe Beziehung getreten, daß ich gegenüber den dänischen Anschuldigungen mich gleichsam verpflichtet fühle, ausdrücklich zu bestätigen, daß die Männer, welche am 23. März sich vereinigt hatten, die Regierung zu übernehmen, ihrem Königs-Herzog Friedrich VII. gegenüber ganz bona fide gehandelt haben. Zwei Dinge sind mir aus den intimsten Kreisen der provisorischen Regierung als maßgebend für die Ereignisse des 23. und 24. März in Kiel und Rendsburg angegeben worden: Die Nachricht von der Revolution in Kopenhagen, welche die Regierung in die Hände des Casinos brachte und das Ausbleiben der am 18. März nach Kopenhagen gesendeten schleswig-holsteinischen Deputation, deren Rückkehr in Kiel am 23. vergeblich

erwartet worden war. Denn nun war man nicht ohne Grund überzeugt, daß das neue dänische Ministerium unmittelbare Gewaltmaßregeln gegen Schleswig zu verhängen entschlossen wäre.

Man befand sich im Stande der Nothwehr. Wie sehr auch die dänische Geschichtschreibung sich bemüht hat, die Vorgänge in Kiel und die Ueberrumpelung und Besitznahme der Festung Rendsburg als einen Akt der Revolution zu bezeichnen, darin wird vor der Nachwelt kein Zweifel bestehen dürfen, daß die Partei, welche sich in den Herzogthümern in diesem Augenblicke der Gewalt bemächtigte, nichts als ein Widerstandsrecht geübt hat, welches so alt ist, als germanische Freiheit und Rechtsbewußtsein blinden Gehorsam gegen Verfassungsbruch und Gewaltthat verworfen hat.

Auf dem Kieler Rathhause tagte an demselben 23. März, an welchem sich die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein konstituirte, allerdings eine Versammlung, welche in ihrer Mehrheit viel weitergehende Ideen verfolgt haben mochte; aber Thatsache bleibt, daß die Proklamation der provisorischen Regierung, welche die einfache Wahrnehmung des gesetzlichen Zustandes und der unabhängigen Rechte der königherzoglichen Gewalt Friedrichs VII. als einzige Aufgabe ihrer Thätigkeit erklärte, schließlich von allen Seiten gebilligt wurde und daß diese provisorische Regierung selbst, wenn auch unter manchem Widerspruch, Anerkennung gefunden hat.

Der Prinz von Noer hat in seinen Aufzeichnungen der Versammlung auf dem Rathhause in Kiel geradezu republikanische Tendenzen vorgeworfen. Gleich an jenem Abend des 23. März erklärte er sich thatsächlich und offen gegen die Männer, welche den Namen der Fortschrittspartei für sich in Anspruch nahmen; und so konnte es geschehen, daß in den Kreisen der deutschen Regierungen mehr und mehr die Befürchtung Platz griff, daß neben den legitimen Ansprüchen, die man unterstützen wollte, das Treiben einer radikalen Partei in den Herzogthümern für die monarchischen Zustände Deutschlands überhaupt äußerst gefährlich zu werden vermochte.

In Berlin war man besonders mit Klagen dieser Art rasch bei der Hand, und die provisorische Regierung hatte große Mühe sich von dem Verdacht einer Art von Bruderschaft mit diesen fatalen nordelbingischen Elementen zu reinigen.

Allerdings war im Schooße der provisorischen Regierung nicht viel innere Harmonie ersichtlich. Die Männer, welche die Gewalt gemeinsam auszuüben berufen waren, zeigten untereinander die lebhaftesten Gegensätze des Charakters und der politischen Denkungsart, und es wird kaum zu viel gesagt sein, wenn man behauptet, daß sie einander widerstrebten.

Die provisorische Regierung bestand anfänglich aus Beseler, Reventlow, dem Prinzen von Noer und dem von Beseler vorgeschlagenen Advokaten Bremer

aus Flensburg, zu denen an Stelle des Herrn Bargum, gegen welchen die Partei auf dem Rathhause sich erhoben hatte in der Nacht vom 23. auf den 24., noch der Commandeur der Kieler Bürgergarde, der Kaufmann M. T. Schmidt hinzutrat.

War eine so vielgliederige Regierung nur dadurch gerechtfertigt, daß man die verschiedensten Parteien des Landes in derselben vertreten wissen wollte, so war ihre innere Stärke dadurch keineswegs sehr vermehrt. Als dann die ständische Deputation, welche fünf Tage zuvor nach Kopenhagen gesendet worden war, von ihrer muthigen Expedition zurückkehrte, schien es nothwendig auch den Eisenbahndirektor Olshausen in die Regierung aufzunehmen, da derselbe augenblicklich unzweifelhaft als der populärste Mann im Lande gehalten werden mußte. Beseler übernahm es, die Aufnahme Olshausens in die provisorische Regierung zu beantragen und zu bewirken; aber in dem hohen Rathe der Herzogthümer waren auf diese Weise unversöhnliche Gegensätze entstanden, welchen der Prinz von Noer in seinen Aufzeichnungen den schroffsten Ausdruck gegeben hat. Die persönliche Abneigung, welche zwischen dem Prinzen und Olshausen vorhanden war, übertrug sich dann auch auf die Fragen der Landesvertheidigung und der Kriegsführung, und während der Prinz ein Todfeind aller jener ephemeren militärischen Einrichtungen war, die das Jahr 1848 mit mehr Begeisterung als Verständniß an die Oberfläche brachte, glaubten die demokratisch gesinnten Mitglieder der Regierung mit Freischaren und Landstürmern gegen die dänische Macht aufkommen zu können.

Ueber die Nützlichkeit und Leistungsfähigkeit der Freicorps, die sich denn auch in Schleswig-Holstein in der kürzesten Zeit aus allen Theilen Deutschlands gesammelt hatten, ist viel gestritten und geschrieben worden, und es mag für den Spezialgeschichtsschreiber der schleswig-holsteinischen Bewegung gewiß eine sehr unerquickliche Aufgabe sein, festzustellen, wie viel oder wenig Werth der in den ersten Tagen des April aufgestellten Truppenmacht der Herzogthümer beizumessen gewesen wäre.

Für mich war es damals und auch heute kein Zweifel, daß ohne die legale Mitwirkung des deutschen Bundes und in Folge dessen der preußischen Armee, diese schleswig-holsteinischen Truppen nicht lange das Feld behauptet hätte Die schleswig-holsteinische Sache wäre noch rascher als die Bewegung in Deutschland unterdrückt worden, und es bleibt fraglich, ob sie noch einmal zum Leben erweckt worden wäre. Aber diese bittere Wahrheit wollte die große Masse in den Herzogthümern niemals glauben und blieb daher nur allzusehr geneigt in der Ueberschätzung eigener Kraft, die Hilfe der deutschen Staaten gering zu schätzen. Jene Ansicht freilich, welche der Prinz von Noer in seinen Aufzeichnungen aussprach, daß der Brief des Königs von Preußen an den Herzog von

Augustenburg, wenn er nur rechtzeitig gekommen und bekannt geworden wäre, die dänischen Gewaltpläne besser zurückgewiesen hätte, als die gesammten Ereignisse des 24. März in Holstein, dürfte sich noch weniger als eine stichhaltige erweisen lassen.

Friedrich Wilhelm IV. hätte keinen Mann marschiren lassen, wenn er nicht der populären deutschen Stimmung für Schleswig-Holstein hätte ein Zugeständniß machen wollen. Außerdem wirkte noch ein ganz anderer Gesichtspunkt als der der deutschen Rechte zu dem Entschlusse der Kriegserklärung mit. Es kam ihm ganz gelegen, der preußischen Armee und speziell dem Gardecorps Genugthuung für die unglücklichen Befehle des 18. März zu geben. So wählte er auch Wrangel insbesondere deshalb zum Führer seiner Truppen, weil der alte General mit der ihm offenen Geradheit gegen alle streitenden Parteien sich gleichermaßen erklärte und die Aufgabe am besten zu erfüllen schien, die Ruhe und nichts als Ruhe und Ordnung in den deutschen Herzogthümern zu erhalten.

In Holstein war aus dem deutschen Bundescontingent die sogenannte schleswig-holsteinische Armee gebildet worden; aber sie besaß fast keinen einzigen Offizier. Die Dänen, welche das Contingent von jeher commandirten, waren selbstverständlich zurückgetreten und die Deutschen hatten es seit lange schon verschmäht, den Dienst in dänischen Cadettenhäusern zu erlernen. Der Prinz von Noer stand jetzt an der Spitze dieser unsicher geführten Truppenmacht und fand mit seinen Organisationsplänen als geschulter Militär bei der liberalen Partei nur Widerspruch, ja bei den eigenen Collegen in der provisorischen Regierung nur wenig Unterstützung. Selbst unter den Soldaten verwelkte seine schwache Popularität schon nach sechs Wochen und die viel beliebten Freicorps erblickten in ihm noch einen größern Gegner, als in Wrangel.

Nach dem unglücklichen Treffen bei Bau fing die provisorische Regierung endlich an zu begreifen, daß die ganze Zukunft des Landes in den Händen der deutschen Mächte ruhte. Mehr und mehr erwies sich die Stellung, welche diese zu der schleswig-holsteinischen Frage nahmen, als das entscheidende Moment. In Zeitungen und Clubs erging man sich in unfruchtbaren Streitigkeiten über die Ursache der Niederlage; in steigenden Wahnvorstellungen befangen, verlangten die Demokraten große revolutionäre Schritte und in manchen Städten begann der nordelbingische Republikanismus sich breit zu machen. Die provisorische Regierung hatte große Mühe, sich in den Bahnen einer staatsmännischen Leitung der Bewegung zu erhalten, und man durfte es wohl als großes Glück für die Herzogthümer preisen, daß die conservativen Elemente derselben stark genug waren, um eine regelrechte diplomatische Beziehung zu den legitimen Mächten Deutschlands herbeizuführen.

Wollte die provisorische Regierung ihre Sache nicht rettungslos verloren gehen sehen, so mußte sie in erster Linie die Unterstützung des deutschen Bundes gewinnen, und zu diesem Zwecke war es vor Allem nöthig, die Regierungen von den aggressiven Tendenzen des Dänenthums zu überzeugen. Man suchte diplomatische Verbindungen mit allen äußern Mächten anzuknüpfen und man sorgte für politische Agenturen in allen größeren Staaten.

Es war zwar nicht leicht, Männer zu gewinnen, welche geeignet waren, die Geschäfte des auswärtigen Dienstes bei den fremden Regierungen zu besorgen, aber es wurde, wie man gestehen muß, doch mehr und Besseres geleistet, als irgend erwartet werden konnte. Der Geist des Jahres 1848 gefiel sich vorzugsweise in der politischen Metamorphose von Professoren und Studenten und so verstand es sich, daß die Kieler Universität zum Hauptmusterungsplatz rasch verkleideter Diplomaten der schleswig-holsteinischen Regierung gemacht werden mußte. Die gelehrten Herren vertauschten ihren Talar mit dem goldgestickten Frack und fanden in der neuen und ungewohnten Stellung in Berlin, Frankfurt, Hannover und selbst an den kleinen Höfen nicht immer eine durchaus ernsthafte Aufnahme. Ob man für Mecklenburg mit Absicht einen Licentiaten der Theologie zum Agenten der provisorischen Regierung erwählen zu müssen glaubte, ist nicht bekannt; aber da dieser Herr Fock damals zu den radikalsten Journalisten gehörte, so war es nur zu sehr erklärlich, daß er unter den mecklenburgischen Herrschaften nicht viel Begeisterung für Schleswig-Holstein erweckte.

Günstiger wurde dagegen die Sache der Herzogthümer in Hannover aufgenommen und die Raschheit, mit welcher dort die Bundestruppen in Bewegung gesetzt worden waren, hatte auch in Berlin den Beschluß beschleunigt, sich zum Herrn in Schleswig-Holstein zu machen. Daß dies von vornherein mit der Absicht geschehen wäre, um im Interesse Dänemarks die radicalen und republikanischen Elemente niederzuhalten und die Trennung der Herzogthümer von Dänemark zu verhindern, war eine Annahme, welche schon vor dem Malmöer Waffenstillstand vielen Glauben fand, aber sicherlich zu verwerfen bleibt. An die Mission des preußischen Majors Wildenbruch wurde gleichwohl ganz speziell die Behauptung geknüpft, daß er von König Friedrich Wilhelm IV. nur gesandt worden sei, um Dänemark über die Ziele seiner Politik zu beruhigen; und in der That herrschte auch in der dänischen Diplomatie die Meinung, daß das Ziel Preußens mit dem Interesse Dänemarks vollkommen identisch sei.*)

Die provisorische Regierung der Herzogthümer wurde in Berlin durch einen

*) Aktenstücke zur neuesten schleswig-holsteinischen Geschichte 1852 p. 71. Note des Grafen Knuth vom 8. April 1848.

der achtbarsten Gelehrten Deutschlands, den Professor Waitz, vertreten, welcher alle Gelegenheit hatte, die Absichten des Ministeriums in Bezug auf die Intervention zu erforschen. Nach seinen Mittheilungen an die provisorische Regierung habe er Heinrich von Arnim der schleswig-holsteinischen Sache im Allgemeinen sehr wohlgeneigt, aber von äußerster Sorge vor einer größeren Verwickelung erfüllt, gefunden.

Man fürchtete in Berlin insbesondere die Allianz zwischen Dänemark und Schweden und einzelne Minister, wie Camphausen, waren durchaus gegen jede Unterstützung der schleswig-holsteinischen Sache von Seite Preußens. Dennoch durfte sich die provisorische Regierung eines gewissen Erfolges in Bezug auf die Besetzungsfrage der Herzogthümer rühmen; denn Preußen wollte anfänglich nichts, als Holstein zum Gegenstand der Bundesexecution machen und war nicht geneigt, über Rendsburg hinaus zu gehen. Eine Besetzung Schleswigs fand der schleswig-holsteinische Vertrauensmann ganz außer den Absichten des preußischen Ministeriums gelegen.

Glücklicherweise war schon früher der Herzog von Augustenburg, der sich in Berlin befand, energisch gegen eine solche halbe Maßregel aufgetreten und endlich wurde für Wrangel dem Könige die Ordre gleichsam entrissen, auch Schleswig zu besetzen.

Im Uebrigen nahm die provisorische Regierung den richtigsten Standpunkt ein, wenn sie in Berlin, sowie an den anderen europäischen Höfen sich lediglich als Vertreterin des legitimen König-Herzogs und des Rechtes der Herzogthümer gegenüber dem dänischen Revolutionsministerium deklarirte.

Mir ist von befreundeter Hand eine Uebersicht der diplomatischen Thätigkeit der provisorischen Regierung während der ersten Monate der Bewegung mitgetheilt worden, woraus zu ersehen ist, daß das Ministerium in Berlin wirklich auf die subtile Unterscheidung eingegangen war, nach welcher die provisorische Regierung, zwar nicht im Auftrag, aber doch im Namen des legitimen Monarchen functionirte. Durch diese Voraussetzung war es der preußischen Regierung möglich, die schleswig-holsteinische Regierung anzuerkennen.

Dagegen hatte man in Berlin die Frage der Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund von Anfang an sehr kühl behandelt, schob die Initiative in der Sache ausschließlich dem Bundestage zu, instruirte aber den preußischen Gesandten in Frankfurt keineswegs in einer entschiedenen und durchaus günstigen Weise in dieser Angelegenheit. So blieben die Beschlüsse des Frankfurter Bundestags, trotz des Drängens des Fünfziger Ausschusses, Halbheiten und die definitive Aufnahme Schleswigs in den Bund sollte schließlich den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben.

Unter diesen Umständen fand aber England schon im Mai Gelegenheit mit

der Absicht hervorzutreten, als Vermittler zwischen den streitenden Parteien aufzutreten.

Lord Palmerston wollte schon damals vier Punkte zu sofortiger Annahme vorlegen: 1. Nordschleswig falle Dänemark zu — für Südschleswig trete der Herzog dem deutschen Bunde bei. 2. Aufhören der Feindseligkeiten zu Wasser und zu Lande — Herausgabe von Gefangenen, Geiseln und erbeutetem Geschütz. 3. Die Herzogthümer werden in angemessener Zeit von den Bundestruppen geräumt. 4. Definitive Verhandlungen würden in London stattfinden.

Es ist sehr merkwürdig zu beobachten, daß Palmerston auf die Grundsätze dieser Maipropositionen, obwohl er sie zunächst fallen lassen mußte, auch später immer wieder zurückkam, und es ist gut sich zu erinnern, daß Englands vermittelnde Haltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit schon aus der ersten Zeit der Verwickelung selbst stammt. In Deutschland war damals die Meinung sehr stark verbreitet, daß ein energisches Vorgehen der deutschen Bundesmächte hauptsächlich durch England verhindert worden sei. Von Rußland dagegen, welches seinen Einfluß in Berlin ausübte, war weit weniger die Rede, und doch ist kein Zweifel, daß der König von Preußen gerade nach dieser Seite hin Zusagen gemacht hatte, bevor er die Truppen in Schleswig einrücken und an der Grenze von Jütland Halt machen ließ.

Bis zur Höhe des Petersburger Cabinets hatte die provisorische Regierung in keiner Weise vorzudringen gewagt, ja sie hatte kaum Gelegenheit gefunden, Fühler nach dahin auszustrecken. Von Berlin war durch die genannten wenig geübten Geschäftsträger über das Verhältniß zu Rußland wenig Sicheres in Erfahrung gebracht worden, und so ist denn bis auf den heutigen Tag der Einfluß, welcher von dorther seit dem Beginn der schleswig-holsteinischen Bewegung in Berlin genommen wurde, leider nur ein offenes Geheimniß gewesen, dessen Details von der preußischen Regierung auch heute noch nicht preisgegeben werden können oder dürfen.

Zweites Kapitel.

Der erste Waffenstillstand.

Am 18. April hatte Lord Palmerston durch den Grafen Westmoreland eine Note in Berlin übergeben lassen, in welcher auf Grund des Garantievertrages vom 3. Juni 1720 gegen den Einmarsch preußischer Truppen in Schleswig protestirt und eventuell verlangt wurde, daß dieselben sofort zurückgezogen werden sollen. Daß man in England vorherrschend Sympathien für die Dänen zeigte, war hauptsächlich das Werk des englischen Gesandten in Kopenhagen Mr. Wynne, welcher nicht nur sein Ministerium, sondern auch die führenden Zeitungen in die vollkommenste Täuschung zu setzen wußte. In diesem Sinne machte mir mein Bruder auch schon im April die zutreffende Bemerkung:

„Die dänische Sache ist etwas verfänglich und ich fürchte, unser gutes Publikum hier, das nicht gern über foreign matters liest und denkt, ergreift aus Instinct die dänische Seite und ist schwer dazu zu bewegen seine Meinung einer weiten Untersuchung der facta und Rechtspunkte zu unterwerfen."

Unter diesen Umständen mußte es als ein verzweifelter Beschluß der deutschen Bundesversammlung angesehen werden, als dieselbe schon am 22. April erklärte, „daß die bona officia Englands zur Ausgleichung der Differenz zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde anzunehmen seien, und daß Preußen ermächtigt werde, Namens des Bundes hiernach zu verfahren und weitere Mittheilung hierüber machen wolle".

Der deutsche Bundesgesandte in London, Herr Banks, wurde überdies beauftragt „zur Vorbeugung aller Mißverständnisse dem königlich Großbritannischen Cabinet die einfachen Gründe des Rechts und der nationalen Würde und Ehre darzulegen, durch welche das Verfahren des deutschen Bundes in der mit der Krone Dänemarks entstandenen Differenz in Betreff des Bundeslandes Holstein und dessen unzertrennliche Verbindung mit Schleswig geleitet worden ist". Auch sollte der Gesandte darauf hinweisen, „daß die Auffassung, als werde vom

deutschen Bunde beabsichtigt, dem König von Dänemark das Herzogthum Schleswig zu entziehen, unbegründet sei*)."

Wirklich gelang es, das englische Cabinet einer ruhigeren und gerechteren Beurtheilung der Sache zugänglich zu machen, und Lord Palmerston bemühte sich alsbald, mit Vermittlungsvorschlägen hervorzutreten. Preußen erklärte seinerseits schon am 30. April dem großbritannischen Gesandten in einer Note seine Bereitwilligkeit auf die Bedingungen des status quo in Schleswig Frieden schließen und seine Truppen zurückziehen zu wollen, und da der Bundestag zur Einleitung von Verhandlungen Vollmacht gegeben hatte, so schien die Herstellung eines Einvernehmens in der That in naher Aussicht zu stehen.

Indessen hatte der russische Gesandte in Kopenhagen Gelegenheit gefunden, mit dem Vorschlage eines sofort abzuschließenden Waffenstillstandes hervorzutreten und der englische Gesandte Mr. Wynne unterstützte dieses Ansinnen, welches nun direkt an General Wrangel gestellt, aber von diesem abgelehnt wurde.

Gleichzeitig intervenirte Rußland unmittelbar in Berlin und setzte sich in drohendster Weise gegen die deutschen Bundesregierungen in Bewegung. Daß das preußische Cabinet diesem Auftreten Rußlands nicht sofort energisch begegnete, ist die Ursache des späteren Verhängnisses von Schleswig-Holstein und aller Uebel geworden, welche nach dem Jahre 1848 über Deutschland hereingebrochen sind. Bei der Sinnesart des Königs von Preußen glaubte aber das Ministerium Arnim nichts Besseres thun zu können, als sich gegenüber der russischen Einmischung ganz und gar der Vermittlung Lord Palmerstons anzuvertrauen. Da inzwischen auch Schweden gegen die Besetzung Jütlands durch deutsche Bundestruppen protestirt und mit einer Expedition gedroht hatte, so war das preußische Ministerium Schritt für Schritt von seinen ursprünglich günstigen Absichten abgedrängt worden und mußte sich endlich gefallen lassen, Waffenstillstandsunterhandlungen auch ohne vorhergegangene Feststellung einer Friedensbasis anzunehmen. Die dänische Regierung kam auf diese Weise in die vortheilhafte Lage, über die künftigen Friedensbedingungen, welche Bunsen schon am 18. Mai in bündigster und befriedigendster Weise aufgestellt hatte, zu schweigen und die Zeit abzuwarten, in welcher der Krieg neuerdings aufgenommen werden konnte.

In der an Lord Palmerston gerichteten preußischen Denkschrift wurde von Seite Preußens gefordert, daß der König von Dänemark den Beschluß der Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark förmlich zurücknehme und das Recht Holsteins auf unzertrennliche Verbindung mit Schleswig aner-

*) Protokoll der Bundesversammlung vom 22. April 39. Sitzung.

kenne. Es war hierbei vorausgesetzt worden, daß die vereinigten Herzogthümer mit Dänemark nur durch die Person des Souveräns vereinigt bleiben werden, so lange der Mannsstamm des Hauses Oldenburg in Dänemark herrscht. In Bezug auf die Verwaltung, die Finanzen, die Armee und Flotte und die öffentliche Schuld war eine völlige Trennung im Wege gütlicher Verständigung in Aussicht genommen worden und außerdem sollte der König von Dänemark in die Aufnahme des vereinigten Herzogthums in den deutschen Bund einwilligen.

Vergegenwärtigt man sich diese von Preußen selbst im Mai 1848 in Aussicht genommenen Friedenspunkte mit dem Zustand, zu dessen Herbeiführung Preußen nachher seine Hand geboten hat, so bietet sich ein Räthsel dar, welches um so auffallender ist, als Lord Palmerston in seiner Antwort vom 19. Mai sich durchaus nicht ablehnend gegen diese Propositionen verhalten hatte, sondern nur den dänisch redenden nördlichen Bewohnern Schleswigs die Freiheit der Entscheidung darüber gewahrt wissen wollte, ob sie in den deutschen Bund aufgenommen oder zur dänischen Monarchie geschlagen werden wollten. Gegen diese Zerreißung Schleswigs hatte sich der holsteinische Gesandte bei dem deutschen Bundestage allerdings principiell erklärt, die Bundesversammlung nahm jedoch in der 59. Sitzung am 30. Mai diese Bedingungen als Präliminarien eines Friedensschlusses an und genehmigte das Vorgehen Preußens sowohl, wie die Vermittlung des englischen Cabinets.

Während solchergestalt die streitenden Theile sowohl Dänemark, wie die Herzogthümer dem Abschlusse des Friedens Schwierigkeiten bereiteten, hatte die preußische Regierung schon im Juni den Grafen Pourtalès bevollmächtigt, unter Vermittlung Schwedens einen Waffenstillstand zu verhandeln, welcher zuerst in Malmoe entworfen, wenige Wochen später in Bellevue am 19. Juli nicht unwesentlich modifizirt worden ist. In beiden Entwürfen war jedoch von einer definitiven Ordnung der Verhältnisse in den Herzogthümern bereits Abstand genommen worden und es handelte sich lediglich darum, eine Form zu finden, unter welcher die Verwaltung der Herzogthümer in der Zeit des Waffenstillstandes ihren Fortgang nehmen konnte.

Aber selbst in dieser Frage hatte der preußische Unterhändler Zugeständnisse gemacht, welche schlechterdings unausführbar waren, da sich unter den Holsteinern schwerlich Männer fanden, welche in eine Regierung eintreten mochten, deren Mitglieder zum Theil von dem Könige von Dänemark ernannt werden konnten, ohne daß ihr Name vor Abschluß des Waffenstillstandes bekannt gegeben zu werden brauchte. Auch die Frage der Genehmhaltung der von der provisorischen Regierung ergangenen Gesetze und Verordnungen war in den Waffenstillstandsentwürfen ungelöst geblieben.

Es verursachte große Schwierigkeiten, die Zustimmung Deutschlands zu einem Waffenstillstand dieser Art zu erlangen, wo in Frankfurt die Regierung des Reichsverwesers und des Reichsministeriums gerade jetzt erst in volle Thätigkeit getreten war und eben den Beweis liefern sollte, daß sie die Nation nach außen besser zu vertreten im Stande wäre, als der alte Bundestag (S. 306).

Es war eine schwierige Aufgabe des Ministers von Auerswald die deutsche Reichsregierung für die preußischen Waffenstillstandsverhandlungen zu gewinnen. Mit anerkennenswerther Offenheit erklärte nun der Leiter der preußischen Politik, daß es hauptsächlich die Rücksicht auf Rußland sei, welche die Fortführung des Kampfes gegen Dänemark verbiete*).

Die Gründe, welche Auerswald, dem Reichsministerium gegenüber für den Abschluß des Waffenstillstandes anführte, machten den Eindruck vollkommener Aufrichtigkeit, und wenn man in Frankfurt nachher über den Verrath Preußens an der deutschen Sache geklagt hat, so war in diesem Stadium der Angelegenheit dies nur aus der vollständigen Unkenntniß der großen politischen Verhältnisse zu erklären.

Zweckmäßig waren dagegen die Forderungen, welche die Reichsregierung in Bezug auf den definitiven Abschluß des Waffenstillstandes Preußen gegenüber gestellt hatte. Danach sollten die preußischen Unterhändler nur unter der Bedingung die Vollmacht haben, im Namen der Reichsregierung die Abmachungen von Malmoe und Bellevue anzunehmen, wenn von dänischer Seite zur ausdrücklichen Anerkennung gebracht würde:

1. Daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den contrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart worden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen.

2. Daß unter den in Art. VII erwähnten in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien.

3. Daß die nach Art. VIII. in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers bleiben**).

gez. Johann.
Fürst Leiningen.

Gleichzeitig war aber von der Reichsregierung ein Bevollmächtigter über

*) Instruktion der Königl. Preuß. Regierung an den General von Below d. d. 27. Juli 1848.

**) Vollmachts-Instrument für Preußen vom 7. August 1848.

Berlin nach den Herzogthümern gesendet worden, welcher den Gang der Geschäfte, wie die Sachen standen, eher erschweren, als befördern konnte, da die Dänen die Regierung des Reichsverwesers nicht als vollberechtigt eingeführt erklärten und daher auch nicht anerkennen wollten. Die schwierige Mission, welche zuerst Heckscher übernehmen sollte, war später von dem Unterstaatssekretair Max v. Gagern ausgeführt worden, ohne daß es möglich gewesen wäre, den aufgestellten Bedingungen der Reichsregierung Eingang zu verschaffen. Die preußische Mediation war in Malmoe ausschließlich in die Hände des Generalmajors v. Below gelegt, welcher nicht einen einzigen von den Frankfurter Punkten rein und voll zur Annahme brachte, sondern sich damit begnügte, daß es der einzusetzenden Regierung frei stehen solle, ob sie die nach dem 17. März für die Herzogthümer erlassenen Gesetze und Verordnungen annehmen wolle oder nicht.

Die Niederlage, welche der Reichscommissair in der Person des Herrn Max v. Gagern außerdem dadurch erfahren hatte, daß er weder zu den Unterhandlungen in Malmoe zugezogen, noch auch in unmittelbaren Geschäftsverkehr mit dem preußischen Unterhändler General v. Below zu treten vermochte, sondern alle Aufklärungen über den Gang der Dinge in Malmoe auf dem Umwege des auswärtigen Amtes von Berlin erhielt, diese offenbare Beiseitesetzung des Beamten der Centralgewalt von Seite Preußens hatte viel zu der Gehässigkeit beigetragen, welche dem Waffenstillstand von Malmoe in Frankfurt entgegengebracht wurde.

Man hielt sich für berechtigt, anzunehmen, daß Preußen mit böser Absicht vorgegangen wäre und daß mit der Heimlichkeit des Abschlusses vom 26. August sich die Tendenz verbinde, Reichsregierung und Nationalversammlung in eine Zwangslage zu versetzen. Welche Folgen aus diesen unglückseligen Mißverständnissen für den Gang der Begebenheiten sich in Frankfurt selbst ergeben haben, konnte ich, wie ich schon erzählt habe, mit eigenen Augen beobachten. Daß ich nicht in das Geschrei jener einzustimmen vermochte, welche Preußen schon damals in den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten für treulos erklärten und alle seine Schritte in Sachen des Malmoeer Waffenstillstandes für ein hinterlistiges diplomatisches Spiel erachteten, dessen wird man sich aus meinen Briefen über die Frankfurter Verhältnisse, die ich oben mitgetheilt habe, erinnern.

Daß die Lage für Preußen in jenem Augenblicke eine sehr schwierige war, und daß Auerswald gewiß Recht hatte, wenn er schon im Juli bemerkte, wie wenig auf das englische Cabinet im Falle einer großen und europäischen Verwickelung zu zählen gewesen wäre, war mir ebenfalls nur zu wohl bekannt. Die siebenmonatliche Waffenruhe konnte die Sache Dänemarks unter keinen Umständen günstiger gestalten, als sie im Sommer 1848 stand; wohl aber war zu hoffen, daß inzwischen eine Consolidirung der deutschen Verhältnisse eingetreten sein würde,

die alsdann eine andere Sprache gegenüber den auswärtigen Mächten erlaubt hätte. Alles kam freilich darauf an, daß die preußische Regierung den Muth fand, das Nothwendige zu thun. Jedenfalls mußte es sich zunächst bei den zu eröffnenden Friedensverhandlungen zeigen, wie weit König Friedrich Wilhelm IV. die den Schleswig-Holsteinern — durch den Mund des Herzogs von Augustenburg beim Ausbruch der Verwickelung — gemachten Versprechungen halten werde, oder nicht.

Der §. 11 des Waffenstillstandes erklärte es für ausdrücklich verstanden, daß die Bestimmungen dieser Convention in keiner Weise den Bedingungen des definitiven Friedens präjudiciren, über welchen die Unterhandlungen unmittelbar eröffnet werden sollten, und daß weder der deutsche Bund, noch Dänemark die Ansprüche und Rechte aufgeben, welche sie jederseits geltend gemacht haben.

Zunächst bereitete es schon sehr große Schwierigkeiten, nach stattgefundener Ratification des Waffenstillstandes die im Artikel VII in Aussicht genommene gemeinsame Regierung für die Herzogthümer zu constituiren, und erst am 9. October erklärten, nach langen Verhandlungen, die Herren Boysen, Heintze, Moltke, Preußer und Reventlow sich bereit, die ihnen im Sinne des Waffenstillstandes übertragene Gewalt annehmen zu wollen. Den Vorsitz in diesem obersten Regierungscollegium führte Graf Theodor von Reventlow zu Jersbeck und Stegen. Als Reichscommissar fungirte K. Stedtmann, während die Dänen bezeichnend genug das nach Art. VIII des Waffenstillstandes ihnen zustehende Recht der Bestellung eines Commissars unter dem Vorwande, daß die Convention durch die Verkündigung des Staatsgrundgesetzes in den Herzogthümern gebrochen worden wäre, alsbald fallen ließen.

So rasch und wohlgeordnet nun die schleswig-holsteinische Verwaltung in Gang gebracht wurde und so vorzügliche Männer auch an die Spitze der Ministerien getreten waren, so blieb der Zustand der Herzogthümer doch ein mehr als zweifelhafter, so lange nicht die Friedensunterhandlungen selbst einen günstigen Verlauf nahmen. Auf die Thätigkeit zweier Ministerien kam es unter diesen Umständen am meisten an, auf das auswärtige Amt und das Kriegsdepartement. In dem letzteren hatte der Prinz von Noer dem General Bonin Platz gemacht, welcher während des Winters die bewaffnete Macht der Herzogthümer in ansehnlichem, wenn auch bei weitem nicht in ausreichendem Maße vermehrte und verbesserte; dem ersteren stand der Regierungsrath von Harbou vor, welcher mit großer Umsicht auf die auswärtigen Regierungen einzuwirken wußte und insbesondere in England und Frankreich nicht geringe Erfolge erzielte.

Was die Friedensverhandlung betraf, so lagen zur Zeit, als die gemeinsame Regierung in den Herzogthümern eingesetzt wurde, drei Vorschläge für die Erledigung der Differenzen zwischen Deutschland und Dänemark vor, zwei waren

vom britischen Cabinet ausgegangen, den dritten bezeichnete die dänische Regierung als einzig mögliche Lösung des Streites, und fand hiebei die lebhafteste Unterstützung Schwedens und Rußlands, anfänglich auch Frankreichs.

Der erste und älteste Vorschlag zur Ordnung der schleswig'schen Angelegenheiten war der, welchen Lord Palmerston seit Beginn des Conflicts festgehalten hatte und nach welchem eine Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten eintreten sollte.

Die letztere Lösung der Frage hatte ich auch meinerseits stets als die geeignetste angesehen und obwohl ich damals weniger unmittelbar in die diplomatischen Verhandlungen einzugreifen Gelegenheit hatte, so vertheidigte ich doch, wo ich konnte, diese nationale Trennung der schleswig'schen Aemter. Ich bewahre noch eine Karte, auf welcher ich nach den unmittelbaren Erfahrungen und Beobachtungen, die ich im Jahre 1849 in Schleswig machen konnte, die erwünschte Grenze durch einen Strich bezeichnet habe, welcher merkwürdiger Weise 28 Jahre später eine seltene Bestätigung seiner Richtigkeit erfahren hat, als man den bekannten fünften Artikel des Prager Friedens schloß.

Ich habe schon im Jahre 1848 und 1849 mit vielen deutschen und englischen Staatsmännern die erwähnte Theilung besprochen und glaube, daß meine Zustimmung nicht ganz ohne Einfluß darauf geblieben ist, daß das englische Cabinet diesen Gesichtspunkt so hartnäckig und andauernd festhielt.

Dagegen wurde von Seite der Holsteiner die Theilung Schleswigs so heftig bekämpft, daß Palmerston zunächst bei den Verhandlungen von 1848/49 die Sache fallen ließ. Er befürwortete hierauf den Status quo des Waffenstillstandes in der Weise, daß Schleswig mit Holstein beim Friedensschluß in gemeinschaftlicher Regierung und durch gemeinsame Stände verbunden bleiben sollte und mit keinem Theile, weder dem deutschen Reiche noch Dänemark incorporirt werden sollte.

Dagegen ging der dänische Vorschlag dahin: Schleswig erhält nicht nur die in der kgl. Proclamation vom 27. März d. J. zugesicherten Rechte der abgesonderten Verwaltung und des Schutzes der Sprache und Nationalität der Bewohner, sondern auch ein eigenes schleswig'sches Ministerium in Kopenhagen an Stelle der bisherigen deutschen Kanzlei, eine eigene Ständeversammlung, mit selbständiger Finanzverwaltung, nach Abzug der gemeinsamen Kosten des Staates für Civilliste, öffentliche Schuld, Vertretung im Auslande, Armee und Flotte.

Die Unannehmbarkeit des letzteren Vorschlags als Grundlage der Friedensconvention war von allen Seiten zugestanden worden und selbst das englische Cabinet anerkannte in ganz loyaler Weise die in demselben ausgesprochenen

Absichten einer versteckten Incorporation von Schleswig. Wenn Preußen selbstständig und entschieden auftrat, so mußte es sofort deutlich werden, daß Dänemark den Frieden überhaupt nicht wollte. Die Negociation war aber diesmal um so bereitwilliger der Frankfurter Centralgewalt überlassen worden, je mehr dieselbe von Monat zu Monat das nöthige Ansehen gegenüber den auswärtigen Mächten verloren hatte. Durch eine Reihe der gehässigsten Maßnahmen suchten die Dänen die durch Vertrag eingesetzte gemeinsame Regierung in den Herzogthümern zu untergraben und bei den auswärtigen Mächten zu discreditiren.

Gleich nach dem Schluß des Waffenstillstandes protestirte Dänemark gegen die von der gemeinsamen Regierung ergangene Sanctionirung aller Gesetze und Anordnungen der provisorischen Regierung seit dem 22. März 1848. Alsdann gab die Verwaltung auf den Inseln Alsen und Arroe alle erwünschte Gelegenheit, um die gemeinsame Regierung des Vertragsbruchs anzuklagen.

In weiterer Consequenz des gegen die gemeinsame Regierung eingeschlagenen Verfahrens erließ die sogenannte schleswig-holsteinische Kanzlei in Kopenhagen am 15. November ein Rescript, welches die gemeinsame Regierung der Herzogthümer als eine insurrectionelle Behörde bezeichnete und die Bewohner Schleswigs zum Ungehorsam gegen die Anordnungen derselben, namentlich zur Steuerverweigerung aufforderte.

Mit dieser von Kopenhagen ausgegangenen Intrigue, deren Geschichte ganze Bände von diplomatischen Acten füllte, stand die Insurgierung der dänisch redenden Nordschleswiger in unmittelbarster Verbindung. Es kam dem dänischen Cabinet darauf an, vor Europa, besonders aber den Engländern gegenüber zu beweisen, daß das Land mit der durch die Waffenstillstandsconvention herbeigeführten Trennung von Dänemark unzufrieden wäre. Zu diesem Ende wurde ein sogenannter Protest geschmiedet und den auswärtigen Cabinetten zur Kenntniß gebracht, in welchem die angebliche Bevölkerung des ganzen Schleswig sich gegen jede Verbindung mit Deutschland erklärte und unter keinerlei Vorwand von Dänemark losgetrennt werden wollte.

Wenn man noch hinzunimmt, daß sich über die Rückstellung der mit Beschlag belegten Schiffe, über Grenzverhältnisse und Truppenmärsche, über die Auswechslung der politischen und Kriegsgefangenen, über die wiederherzustellenden Postverbindungen und vieles Aehnliche, endlose Streitigkeiten entwickelt hatten und die letzteren mit dänischer Zähigkeit in immer neuen Beschwerdeschriften vor das englische Cabinet als Garanten der Waffenstillstandsconvention gebracht wurden, so war der Wunsch, einen definitiven Zustand in den Herzogthümern herbeizuführen, begreiflich genug.

Alle Bemühungen Palmerstons aber, die Unterhandlungen im Gange zu

erhalten, blieben lange fruchtlos, und erst im Februar 1849 wurden die vielen Projecte, welche inzwischen ausgearbeitet und begründet worden waren, in der diplomatischen Conferenz in London einer genauern Erörterung unterzogen. Die Vertretung der schleswig-holsteinischen Rechte war dabei sozusagen zu einer Privatangelegenheit des Ritters von Bunsen geworden, welcher trotz seiner Ueberzeugung, daß sein Herr und König den Frieden um jeden Preis wollte, die Vollmacht acceptirte, für die deutsche Centralgewalt zu unterhandeln.

Das Reichsministerium hatte seinerseits die Meinung Gagerns acceptirt, daß ohne Preußen in der schleswig-holsteinischen Sache nun einmal nichts zu erreichen wäre.

Unter diesen Umständen entschloß sich Bunsen auf seine eigene Faust Anfangs Januar ein Friedensprojekt aufzustellen, welches durch die Allseitigkeit und Vollständigkeit der Lösung der gesammten schleswig-holsteinischen Fragen zwar überraschte und Erstaunen erregte, aber außerordentlich wenig Aussicht darbot, in diesem Zeitpunkte Annahme zu finden. Dennoch gelang es dem rührigen Gesandten Preußens, welcher in dieser Sache — ich möchte sagen ausnahmsweise — durch meinen Bruder auf den Hof, sowie durch Palmerston auf das Cabinet Einfluß übte, seinem Friedensentwurfe Eingang in die Conferenzen zu verschaffen. Niemand aber täuschte sich hierüber, daß die meisten Vorschläge des Ritters Bunsen den Dänen lediglich durch Gewalt aufzudrängen gewesen wären.

Wenn diese sich gefallen ließen in die Erörterungen derselben einzugehen, so geschah es nur, weil ihnen dadurch Gelegenheit geboten war, mit ihren wahren Absichten hinterm Berg zu halten und die Verhandlungen bis zum Ablauf des Waffenstillstandes hinzuziehen.

Nach Bunsens Ansicht sollten die Dänen für eine Personalunion zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark gewonnen werden können, ähnlich, wie sie zwischen Norwegen und Schweden besteht, wenn man die Erbfolgefrage in einem solchen Sinne lösen würde, daß die Aufrechthaltung des gesammten Staates für alle Zukunft gesichert wäre.

Es liegt mir ein Bericht des damaligen Agenten der schleswig-holsteinischen Regierung in London Karl Sammers über diese Bunsen'schen Propositionen vor, welcher zugleich die Situation im Beginne des Jahres 1849 charakterisirt. Sammer war unter der gemeinsamen Regierung Bureauchef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten*) und nach London gesendet worden, um insbesondere durch Bunsen und Stockmar die Anschauungen der schleswig-holstei-

*) Staatshandbuch für die Herzogthümer Schleswig-Holstein auf das Jahr 1849.

nischen Regierung bei dem englischen Cabinet zum Verständniß zu bringen. Seine Berichte an die Regierung sind aus den besten Quellen geschöpft worden und es wird daher von Werth sein, Einiges aus denselben mitzutheilen. Er schreibt am 7. Januar:

„In Folge einer Denkschrift über die Friedensbedingungen zwischen Deutschland und Dänemark ist Herr von Bunsen ersucht worden, schleunigst nach Berlin zu kommen, um seine Ansichten näher darzulegen und dann über Frankfurt wieder hieher zurückzukehren. In Frankfurt soll derselbe versuchen, eine Vereinigung über die Instructionen zu erzielen."

„Bunsen ist gestern Abend nach Berlin abgereist. Er hat mir vorher vertraulich den Inhalt der Denkschrift vollständig mitgetheilt; es ist im Wesentlichen dieser: Dänemark verzweifelt an der Möglichkeit den gegenwärtigen Bestand der Monarchie zu retten, deshalb will es Holstein je eher je lieber von derselben abtrennen, es würde es am liebsten sofort abtreten. Hierbei ist zugleich die Hoffnung mitwirkend, daß es dadurch den Strom der von Deutschland herkommenden demokratischen Ansteckung abdämme."

„Dagegen will es Schleswig um so viel fester an die Monarchie knüpfen. Unter dem Titel der Selbstständigkeit Schleswigs mit gleicher Erbfolge bringt es eine Friedensproposition vor, welche unannehmbar ist und als casus belli betrachtet werden muß. Denn es ist eine verkappte Incorporation und etwas Schlimmeres als diese. Es sollen die Civilliste, Armee, Flotte, Staatsschuld für Schleswig mit Dänemark gemein sein und die Ausgaben hiefür vom dänischen Reichstag bewilligt werden."

„Es ist nun klar, daß die Schleswiger bald wünschen werden, ihren gesonderten Landtag aufzugeben und an dem dänischen Theil zu nehmen, damit sie doch ein Mitbestimmungsrecht erhielten und daß so eine „vollständige Incorporation und zwar durch den guten Willen der Schleswiger eintreten würde."

„Die Hartnäckigkeit, mit der die Dänen auf diesem Projekt bestehen und soweit bestehen werden, daß sie lieber den Krieg wollen werden, hat ihren einzigen Grund darin, daß sie Holstein wegen seiner Erbfolge und seiner Gesinnung doch verloren geben. Will man also keinen Krieg, so muß man Dänemark ein Projekt aufstellen, wodurch es Muth erhält, Holstein zu behalten."

„Einen Krieg kann man aber nicht wollen; denn derselbe würde schwerlich von den Herzogthümern allein durchgeführt werden können. Das dänische Heer ist 25 000 Mann stark, die 18 000 Mann der Herzogthümer sind junge Truppen ohne Disciplin und werden mehr durch Bonin als durch etwas Anderes zusammengehalten. Wenn sie dennoch mit Hilfe der Freischaaren siegten, so würde durch diese Art der Hilfe der Krieg doch zwischen Dänemark und Deutschland wieder ausbrechen. Unterliegen sie aber, so würde bei der noch in Deutsch-

land waltenden Gesinnung unmöglich sein, nicht zu Hilfe zu kommen. Ein deutsches Heer aber, welches die Eider wieder überschritte, könnte ohne Schmach nicht acht Tage in Schleswig bleiben, sondern müßte die jütische Grenze überschreiten, und hier würde dann der Fall eingetreten sein, an den Rußland und Schweden die Kriegserklärung gegen Deutschland geknüpft haben."

„Ebenso unmöglich würde es sein, den jetzigen status quo auf eine sehr lange Zeit hinaus auszudehnen. Denn die Dänen betrachten denselben als unerträglicher, als einen Krieg. Sie haben eingesehen, daß sie mit jedem Augenblick seiner Fortdauer mehr verlieren."

„Man hat in den belgischen Verhältnissen von 1830 freilich das Beispiel eines ähnlichen sehr festen status quo; aber der Unterschied ist, daß dieser Status quo von allen europäischen Mächten gewollt wurde und Alle sich gegen denjenigen gewendet haben würden, der ihn brechen wollte, daß aber im vorliegenden Falle Rußland und Frankreich entschieden für Dänemark sind und nur England nicht geradezu gegen Deutschland."

„Bei dem Friedensgeschäft sind folgende Punkte festzuhalten: Man darf nichts Unmögliches und Unleidliches von Dänemark fordern — man darf nichts bestimmen, was an sich, oder wegen der Stimmung des Landes in den Herzogthümern unmöglich ist. Deutschland und Preußen müssen mit Ehren aus den Verhandlungen hervortreten, auch muß sich Preußen der Sache, trotz des erfahrenen Undankes wie früher annehmen, denn es hat sich zuerst und am Bestimmtesten über die Sache ausgesprochen."

„In Frankfurt kommt man doch auch schon zur Selbsterkenntniß, daß man ohne Preußen Nichts vermag, wie sich schon in der Nothwendigkeit zeigt, einen preußischen Gesandten zum Unterhändler zu machen. Endlich muß man an die Palmerston'schen Vorschläge vom Januar jede Verhandlung anknüpfen. Hier ist eine Grundlage gegeben in zwei Alternativen; die Theilungsalternative ist aber unmöglich, denn erstens will man die Theilung in den Herzogthümern nicht und ferner will Dänemark sie nicht. Die zweite Alternative ist durch die deutsche Verfassung § 2 und 3 unmöglich geworden. Es bleibt daher nur übrig, Schleswig und Holstein zu Dänemark so zu stellen, wie Norwegen zu Schweden; nur so wird man Dänemark Muth machen, Holstein zu behalten. Schweden befindet sich ganz gut bei dieser Verbindung und Norwegen ist doch nur ein Viertel des Gesammtstaates, die Herzogthümer sind zwei Fünftel."

„Die Basis der Friedensverhandlung muß demnach sein: Schleswig und Holstein sei ein parlamentarisch verbundenes Herzogthum, so jedoch, daß die Besorgniß verloren gehe, daß dies Verhältniß nur Vorläufer der Lostrennung sei."

„Die Residenz des Ministeriums in den Herzogthümern ist dabei eine unabweisliche Nothwendigkeit, der Fortbestand der Kanzlei in Kopenhagen unmög-

lich. Es werden Provinzialständeversammlungen für beide Herzogthümer gebildet, dieselben haben in ihrer Competenz diejenigen Angelegenheiten, für welche die deutsche Reichskanzlei in Holstein zuständig ist."

„Also die schleswig'schen Stände verhandeln getrennt in Betreff der Armee, Flotte, Handelsrechte, Wege, Straßen, Kanäle, Repräsentation. Man muß Dänemark aber zugleich die Feststellung einer gemeinschaftlichen Erbfolge mit den Herzogthümern für alle Zeiten anbieten, denn nur so ist es sicher, daß das obrige Projekt nicht nach wenig Jahren die Losreißung beider Herzogthümer zur Folge hat".

„Die Verhandlung mit den dänischen Thronberechtigten wird keine Schwierigkeiten haben. Unter den agnatischen Ansprüchen sind die augustenburgischen die unbestrittensten, die russischen die unbegründetsten, aber letztere durch die Macht Rußlands gefährlich. Daher muß man die gottorfische Linie in ihrem jüngsten Zweige der augustenburgischen vorsetzen, letzterer aber Oldenburg als Entschädigung geben. Es scheint so, als wolle man den fünfjährigen Sohn des Prinzen Christian von Glücksburg dänischer Seits zum Thronfolger machen, der Erbgroßherzog von Oldenburg ist aber noch in einem Alter, daß er eine dänische Erziehung erhalten kann und daß das Entschädigungsäquivalent, welches er den Augustenburgern bieten kann, Rußlands wegen vorzuziehen."

„Diese Verhandlung wegen einer gemeinsamen Erbfolge bietet aber zugleich die Gelegenheit, Rußland für den Plan zu gewinnen und es hineinzuziehen. Man hätte Rußland schon diesen Sommer als vermittelnde Macht annehmen müssen; daß es nicht geschah, war ein Fehler, der aber wegen der „öffentlichen Meinung" in Deutschland gemacht werden mußte. Es steht zu hoffen, daß auf die angegebene Weise derselbe gut gemacht werden kann."

„Dies im wesentlichen der Inhalt der Ansicht des Herrn Bunsen, wie er solche dem Berliner Cabinet dargelegt hat. Ich brauche nicht zu bemerken, daß am wenigsten die sachlichen Fehler meiner Reproduction beizumessen sind. Zur Erläuterung füge ich noch einige betreffende Aeußerungen hinzu, die Bunsen mir gesprächsweise machte, indem ich gegen den Plan diejenigen Gründe geltend machte, welche sich von selbst ergeben."

„Der so geschaffene Zustand brauche nicht ewig zu dauern, es komme nur darauf an, vorläufig die Sache zu ordnen. Es gäbe kein Aequivalent, welches man Dänemark für die Zustimmung zur Aufnahme Schleswigs in das deutsche Reich bieten könne, jedes sei zu klein, da Rußland entschieden dagegen sei."

„Das Anerbieten der Abstimmung nach dem Plan des Grafen Reventlow werde Dänemark als einen schlechten Scherz betrachten, da es sich schon gegen die Abstimmung nach dem Plan Palmerstons sträubte, indem es einwandte: durch die Macht und den Einfluß einer deutschen Regierung müsse jede unter ihr vorgenommene Abstimmung unglücklich ausfallen."

„Die Successionsverhältnisse unentschieden zu lassen, sei allerdings besser, aber schwerlich zu erreichen. Uebrigens sei von Deutschland die Succession des Mannsstammes niemals als Ziel aufgestellt, der Brief des Königs von Preußen an den Herzog von Augustenburg habe keinen offiziellen Charakter."

„Bei der Verhandlung über den Frieden müsse der Unterhändler wissen, wo der casus belli liege; dieser könne aber in Frankfurt nicht bestimmt werden, weil daselbst wohl ein Krieg beschlossen, aber nicht ausgeführt werden kann."

„Die oben entwickelte Ansicht Bunsens ist übrigens nicht mehr ein bloßer privativer Entwurf. Bunsen hat die Grundzüge an L. Palmerston mitgetheilt und derselbe ihm geantwortet: er sehe nicht ein, weshalb dieser Plan nicht gehen sollte. Er hat denselben ferner Brunnow mitgetheilt und derselbe diese Mittheilung sehr freundlich aufgenommen und sich dem Plan nicht abgeneigt erklärt, und in diesem Sinne an den russischen Hof geschrieben; hatte aber gestern noch keine Nachricht erhalten."

„Beide, sowohl Palmerston als Brunnow, hatten in Betreff der Bestimmung über die Erbfolge bemerkt, sie begreifen nicht, weshalb die Sache durch Hineinziehen der Erbfolge noch verwickelter gemacht werden solle, als sie schon sei. Bunsen hat ihnen indeß klar gemacht, daß Dänemark ohne diese Bestimmung für den Plan nicht zu gewinnen sein werde. Die preußische Regierung hat sich gegen Bunsen im Allgemeinen einverstanden erklärt und auch an Meyendorff Mittheilung darüber gemacht."

„Bunsen erzählte mir endlich, daß Graf O. Rantzau in einer kurzen Denkschrift sich gegen Lord Palmerston dahin erklärt habe, daß der gedachte Plan ihm durchaus als gut erscheine."

„Unter diesen Umständen und bei der Kürze der Zeit, die mir dazu gelassen war, habe ich meinestheils nur im Allgemeinen gegen dieses Projekt, welches meiner Ansicht nach, wenn ausgeführt, einen unausgesetzten Streit, fortgehende politische Erregung und am Ende einen neuen Ausbruch zur Folge haben würde, Einwürfe machen können."

„Speziell habe ich Bunsen darauf aufmerksam zu machen gesucht, daß wenn Palmerston und Brunnow dasselbe mehr oder weniger, auch ohne Hineinziehen der Erbfolge billigten und nur Dänemark dieses Hineinziehen wünschen sollte, es doch verkehrt sein würde, von deutscher Seite mit Gewalt diesen Punkt neben einem Projekt aufzustellen, welches Dänemark in Betreff Schleswigs kein Opfer zumuthe und welches von Palmerston in einer für uns viel günstigeren Gestalt schon aufgestellt sei, ohne die Perpetuirung der Personalunion zu verlangen, daß endlich dieses Zugeständniß künftig immer noch gegen die Zustimmung Dänemarks für die Aufnahme Schleswigs ins Reich gemacht werden könne."

„Ich habe ferner darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn das Projekt überhaupt ausführbar sei und nicht sofort in den Herzogthümern scheitern sollte, zweierlei Punkte unerläßlich seien: 1. daß die Gemeinschaftlichkeit der Ständeversammlung als Regel festgehalten werde und 2., daß die Sonderung der Administration von der dänischen auch in denjenigen Punkten vollständig durchgeführt werde, wo für Schleswig keine Gemeinschaftlichkeit mit Holstein stattfindet."

„Beides ist nach Bunsens Plan nicht der Fall; Schleswig soll mit Dänemark die Armee und Flotte und Repräsentation gemeinschaftlich haben. Auf seinen Wunsch habe ich ihm hierüber eine kurze schriftliche Auseinandersetzung mitgetheilt."

„Schließlich erlaube ich mir noch zu bemerken, daß zu befürchten stehen dürfte, daß der Plan des Herrn Bunsen in Berlin noch abgeschwächt wird. Ich glaube es zu wissen, daß das Berliner Cabinet noch vor Kurzem den casus belli nicht in einer vollkommenen Sonderung eines selbstständigen Schleswigs von Holstein, sondern nur in einer Incorporation fand. Immer möchte ich glauben, daß die Furcht vor einer Erneuerung des Krieges gegenüber dem in Wirklichkeit oder scheinbar kriegslustigen Dänemark dazu führen wird, daß wenigstens bei den Verhandlungen, wo es doch immer auf ein gegenseitiges Nachgeben ankommt, von dem Bunsen'schen Plan soweit abgewichen werden wird, daß der Banks'sche Plan als Ergebniß bleibt."

„Ich möchte daher zur Erwägung einer hohen Regierung vorstellen, ob es nicht vielleicht zweckmäßig sei, auf die Berathungen in Berlin durch einen vertraulich Abgeordneten einen Einfluß zu üben, sowie Herrn Francke dahin zu instruiren, bei den demnächstigen Berathungen in Frankfurt dahin zu wirken, daß die Festhaltung der parlamentarischen Verbindung als Regel, sowie die vollkommene Getrenntheit der schleswig'schen Administration von der dänischen als conditio sine qua non aufgestellt und wo möglich die Erbfolgefrage neben diesem Projekt nicht berührt werde."

Soweit der schleswig-holsteinische Geschäftsträger in London. In der That war das Friedensprojekt des preußischen Gesandten schon während seiner Abwesenheit von London so gut wie fallen gelassen worden. Palmerston, welcher durch die fortwährenden Verletzungen der Waffenstillstandsconvention mehr und mehr zur Ueberzeugung gekommen war, daß an eine Erneuerung oder Verlängerung des Waffenstillstandes nicht zu denken sei, drang immer ernstlicher auf die Eröffnung der Friedensverhandlungen auf Basis der von ihm gemachten Proposition einer Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten.

Als Bunsen von Berlin und Frankfurt nach London zurückgekehrt war

fand er sich bereit, den Frieden zu unterhandeln und Dänemark alle Zugeständnisse zu machen, welche in Bezug auf Schleswig gefordert wurden, so daß selbst Lord Palmerston die deutsche Sache besser zu vertreten schien, als die preußische Regierung.

Mit Rücksicht auf diese Wendung der Dinge, schreibt Sammer am 23. Februar:

„Worauf Bunsen sich übrigens stützt, um seine Instructionen zu vertheidigen, ist ein Bündniß Rußlands, Frankreichs und Schwedens mit Dänemark, von welchem eine Hohe Regierung indessen wohl schon über Berlin Nachricht hat. Bunsen sagt mir, er habe selbst den Brief des Kaisers von Rußland an den König von Preußen gelesen."

„Er schreibe, er wolle ihm selbst lieber die Anzeige des abgeschlossenen Bündnisses machen, als daß er es durch Andere erfahre. Das Bündniß geht nach Bunsens Erklärung dahin: Bricht der Krieg wieder aus, so schickt Rußland 30,000, Frankreich 30,000, Schweden 6000 Mann nach Schleswig; wird von den deutschen Truppen die jütische Grenze überschritten, so läßt Rußland 100,000 Mann in Ostpreußen einrücken. Der supponirte Fall ist natürlich, daß zwischen Deutschland und Dänemark der Krieg erneuert werde."

Wie man sieht, ließ es die preußische Diplomatie nicht daran fehlen, nicht nur sich selbst auf alle Weise zu ängstigen, sondern auch ihre Verbündeten und vor Allem die unglückliche Regierung in Schleswig-Holstein in Schrecken zu setzen. Denn daß es bis zur Ausführung dieses zweifelhaften Bündnisses noch mancher Umstände bedurfte, war nicht eben schwer einzusehen. Aber es paßte dem preußischen Cabinet am besten, wenn es sich als gezwungen und genöthigt hinstellen konnte, die im Grunde verhaßte Sache durch Preisgebung Schleswigs rasch zu Ende zu bringen.

Ganz richtig hatte daher Stockmar, welcher damals in London war, den Schleswig-Holsteinern die Versicherung gegeben, daß sie, wenn sie sich nicht selbst helfen könnten, von Preußen sicherlich verlassen sein würden. Wie insbesondere aus den Berichten Sammers deutlich hervorgeht, so gab sich Stockmar schon damals keiner Täuschung in Bezug auf die preußische Unterstützung hin, und vermuthlich mag es auch auf seinen Einfluß zurückzuführen sein, wenn selbst mein Bruder die holstein-schleswig'sche Angelegenheit für so verfahren erklärte, daß er einen raschen Frieden um jeden Preis als wünschenswerth erachtete.

Indessen waren Abgeordnete von Schweden und Dänemark zu den in London beginnenden Conferenzen eingetroffen, was aber nicht verhinderte, daß die kriegerische Stimmung Dänemarks durch dessen Bevollmächtigten Reventlow in unverhüllter Weise zur Schau getragen wurde. Die demnächst zu erwartende

Kündigung des Waffenstillstandes von Seite Dänemarks war von ihm als eine ganz selbstverständliche Sache erklärt worden.

Ungewiß schwankte die Diplomatie in London zwischen der Frage der Verlängerung des Waffenstillstandes und dem schleunigen Abschluß eines Friedens um jeden Preis. Noch am 23. Februar trat Lord Palmerston mit dem formellen Antrag der Ausdehnung des Waffenstillstandes bis zum 26. Juni hervor, aber es war dafür gesorgt worden, daß selbst die unvermeidlichsten Modifikationen der Bestimmungen von Malmoe mindestens eben so viele Schwierigkeiten darboten, als die Friedenspräliminarien selbst.

Für die letzteren war die Selbstständigkeit Schleswigs als einzige Basis anerkannt worden, und Bunsen arbeitete abermals mit unermüdlicher Behendigkeit ein umfassendes Memorandum aus, dessen Weitschweifigkeit und Unklarheit den Dänen jede Gelegenheit darbot, die Unterhandlungen scheitern zu machen. Mehr und mehr überzeugte man sich, wie ganz ungeeignet Bunsen war, einem Feinde dieser Art gegenüber etwas zu erreichen. Und Sammer selbst schrieb bemerkenswerth hierüber am 26. Februar:

„Aus den Verhandlungen über diese Arbeit habe ich mich von Bunsens Unfähigkeit die Verhandlungen zu führen, vollkommen überzeugt. Baron Stockmar stimmt hierüber mit mir überein, hofft indessen auf die Fehler, welche die Dänen machen werden. Gegenüber der Sachkenntniß und Verschlagenheit der Dänen, wird Bunsen bei den mündlichen Verhandlungen im Allgemeinen, wie im Einzelnen sich die größten Blößen geben und seine geistige Gewandtheit wird ihm ihrer Festigkeit gegenüber nur wenig helfen."

„Das Schlimmste ist, daß ihm der Glaube inwohnt, daß er ganz und durchaus befähigt sei. Ich meinestheils vermag dieses nicht lange anzusehen und werde mich mit ihm bei der ersten Gelegenheit vollkommen entzweien müssen".

In den Verhandlungen über den Friedensentwurf waren in der That die unglaublichsten Dinge vorgekommen. In dem Protokoll über die Unabhängigkeit Schleswigs hatten die Dänen die Einschiebung einer Phrase verlangt, welche lautete: Laissant intacte l'union indissoluble qui existe entre le dit Duché et la couronne de Danemarck.

Um die Phrase annehmbarer zu machen, hatte sie Palmerston ohne Vorwissen der Dänen verändert und in abgeschwächter Form den deutschen Cabineten mitgetheilt. Als Bunsen spät genug bemerkte, daß er in der Sache ganz getäuscht worden sei, gestand ihm Palmerston zwar seine Fälschung der ursprünglichen Anträge Dänemarks ein, verlangte aber dennoch, es müsse Deutschland die von den Dänen eingeschobenen Worte in der englischen Formulirung schon deshalb annehmen, um das Cabinet nicht zu kompromittiren.

Alle diese sichtbaren Intriguen bewirkten, daß die deutsche Sache um die Mitte März diplomatisch nicht unvortheilhaft zu stehen schien. Die Friedensliebe Deutschlands und selbst der schleswig-holsteinischen Regierung ließ sich nicht wohl in Zweifel setzen. Einer geschickten und energischen Geschäftsführung hätte es, wie im Jahre 1864, schon damals gelingen müssen, den Beweis der Hartnäckigkeit und der Friedensstörung gegen Dänemark zu erbringen und die vermittelnden Mächte zu nöthigen, sich gegen die dänischen Prätensionen auszusprechen.

Ohnehin waren selbst die Freunde Dänemarks der bramarbasirenden Haltung des dortigen Cabinets in Bezug auf die Waffenstillstandsfrage vollkommen müde. Schweden ließ eine sehr ernste Note nach Kopenhagen ergehen, worin es erklärte, daß, wenn Dänemark den Waffenstillstand kündige, es alles Unrecht auf seine Seite wälze, und daß es sich alsdann aller Verpflichtungen frei erkläre und nicht zu Hilfe kommen werde.

Auch die Russen fanden sich nachgerade bestimmt, den ungalanten Schützling zu ermahnen. Brunnow hatte wenigstens sowohl Bunsen, als Palmerston erklärt, daß er eine Aufkündigung des Waffenstillstandes auf das Höchste mißbilligen würde und daß er den Dänen gesagt hätte, sie verdürben dadurch ihre Sache vollkommen, da hierin eine Kriegserklärung und Aggression läge.

Aber selbst für solche günstige Momente hatte man in Berlin damals kein rechtes Verständniß. Man hörte von dort immer nur von dem Bestreben, den Krieg um jeden Preis zu vermeiden. Die Hindernisse des Friedens, welche angeblich nur von Schleswig-Holstein und Frankfurt herrühren sollten, wurden in manchen Kreisen der preußischen Residenz ganz besonders übel beurtheilt und als eine traurige Consequenz der politischen Entsittlichung, des Verfalls der Unterthanentreue, des demokratischen Unwesens, und wie die Lieblingsphrasen alle heißen mochten, bezeichnet.

Es liegt mir fern, ein vollständiges Bild der Verhandlungen zu entwerfen, in welchen von Seite Preußens stets zur vollsten Nachgiebigkeit gedrängt worden war. Bunsen selbst gerieth in solchen Zorn, daß er die Rolle, welche Deutschland spielte, eine tief erniedrigende nannte und von Preußen ohne Scheu behauptete, es hätte sich bereits um alles Ansehen in der Welt gebracht.

Es würde mich von den Zwecken meiner Darstellung zu weit abführen, wenn ich Schritt für Schritt das Verhalten der Mächte gegenüber dem kriegslustigen Dänemark schildern wollte: wie dieselben sich schließlich darein fanden, daß der ungebärdige Schützling auf seine eigene Faust den Waffenstillstand kündigen durfte, wie sie das dänische Cabinet zu bestimmen suchten, mit den Feindseligkeiten wenigstens bis zum 15. April inne zu halten, wie sie sich endlich damit befriedigten, daß eine Waffenruhe bis zum 10. April versprochen wurde und wie sie auch noch hierin von dem kleinen Staate getäuscht worden waren,

indem derselbe den Krieg sofort nach Ablauf des Waffenstillstandes schon am 26. März erklärte und die Feindseligkeiten am 3. April eröffnete.

Alle diese für Deutschland, wenn auch nicht eben ehrenvollen, so doch in gewissem Sinne vortheilhaften Umstände waren in der zweiten Hälfte des März in London so deutlich zu Tage getreten, daß keine Macht auch nur entfernt an eine Unterstützung Dänemarks in diesem Augenblicke denken konnte. Man hatte gemeint, daß das kleine Königreich, welches den „Gernegroß" zu spielen anfing, seine mächtigen Freunde aufrufen werde, um bei ihnen gegen die aggressiven Tendenzen Deutschlands und Preußens Schutz zu suchen, aber den Krieg, welchen es jetzt zu beginnen im Begriffe war, konnten doch auch seine Gönner nur als Verwegenheit bezeichnen.

In Kopenhagen muß man aber über die Berliner Verhältnisse fast besser unterrichtet gewesen sein, als in Frankfurt und in Süddeutschland, wenn man dem Verfahren der dänischen Regierung auch nur die mindeste Besonnenheit beilegen soll. Ich stelle zwar nicht die Behauptung auf, daß in Preußen irgend ein Mann den Dänen entgegenzukommen beabsichtigt hätte, aber was ich bald nachher persönlich sah und erfahren sollte, zeigte wenigstens, daß eine Art von prästabilirter Harmonie zwischen den beiderseitigen Kriegsgöttern vorhanden schien, gleichwie in der Iliade sich die Olympischen untereinander verabreden, während um Troja der Männerkampf wogt.

Ueber die Lage der Dinge in London am 31. März 1849 kann ich mir nicht versagen, einen interessanten Bericht Sammers hier zum Schlusse des Capitels beizufügen: „Das dänische Ultimatum kam erst vorgestern Abend spät in Bunsens Hände und erst, nachdem die für die Annahme gesetzte 24 stündige Frist abgelaufen war. Bei dem drawing-room am 29. d. M. hatte sich Graf Reventlow gegen Bunsen geäußert: er habe den Courier, der die Antwort Bunsens, oder vielmehr die Annahme des Ultimatums nach Kopenhagen zurückbringen sollte, bis zum äußersten Termin zurückgehalten."

„Erst dadurch erfuhr Bunsen etwas von der Existenz dieses Ultimatums, wandte sich dann an Lord Palmerston und da stellte es sich heraus, daß dieser das Ultimatum, ohne es gelesen zu haben, schon über 24 Stunden besessen hatte, die 24 Stunden, in denen Bunsen antworten sollte. Denn die begleitende an Lord Palmerston gerichtete Note erklärt: Man habe die Zeit genau so berechnet, daß der Courier, der dieses Ultimatum gebracht habe, wenn in 24 Stunden die Annahme desselben durch den deutschen Bevollmächtigten geschehe, früh genug zurückkehren werde, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern. Lord Palmerston schickte diese Note mit dem als Contreprojekt

bezeichneten Ultimatum Bunsen am Abend des 29. zu, jedoch ohne formell als vermittelnde Macht die Annahme desselben zu empfehlen."

„Ich fand das Ultimatum gestern Morgen bei Bunsen vor. Sein Unwohlsein hatte sich leider so sehr verschlimmert, daß ich fast für seine Festigkeit besorgt wurde. Dazu kam, daß eine jener amtlich-vertrauten Depeschen des Grafen Arnim an diesem Morgen eintraf, die nicht gerade geeignet war, Bunsens Muth zu heben. Diese letzte Depesche, welche durch einen Feldjäger überbracht wurde, enthielt Folgendes: „Es habe ihn, Grafen A., sehr verwundern müssen, daß Bunsen nach den letzten Nachrichten das Protokoll vom 13. d. M. noch nicht unterzeichnet habe, er hoffe indeß, daß dies nunmehr geschehen sein werde. Sollte dies noch nicht sein, so werde man gezwungen werden, das hiebei folgende dänische Ultimatum anzunehmen."

„Obwohl ich mich ziemlich versichert halten konnte, daß Bunsen nicht weichen werde, ging ich doch noch zu Baron Stockmar und Dr. Meyer, um sie zu bestimmen, ihn bei seinen früheren guten Vorsätzen festzuhalten. Ersterer ist für Bunsen Autorität, Letzterer vermag viel über ihn durch seine zwanzigjährige Freundschaft. Beide haben ihn davon abgerathen, sich irgendwie auf eine Diskussion über das Ultimatum einzulassen."

„Noch gestern ist die Note an L. Palmerston abgegangen, wodurch Bunsen es ablehnt. Er erklärt in derselben, nicht berechtigt zu sein, es anzunehmen. Ueberdies fügt er hinzu, sei es unerhört, einen 24 stündigen Termin für die Erwägung eines solchen Ultimatums zu setzen, namentlich wenn man wisse, daß der Bevollmächtigte darüber nicht instruirt sein könne. Ferner sei es auffallend, in einem solchen Protokolle im Grunde den Frieden und nicht dessen Präliminarien machen zu wollen, wie dies durch die Besetzung Schleswigs gegeben sein werde."

„Diese Note verräth übrigens gerade kein großes Selbstgefühl, wie denn die unglückliche Aeußerung darin vorkommt, daß Deutschland im Frieden über die künftige Gestalt der Dinge in Schleswig das Einzelne nicht festsetzen, sondern sich nur mit der Feststellung der Basis begnügen wolle."

„Indessen die Bunsen'schen Noten werden regelmäßig von Palmerston, der sich über ihre Zahl und Länge beklagt, nicht gelesen."

„An das preußische Ministerium berichtete Bunsen gleichfalls noch gestern und zwar: Seine Stellung als Bevollmächtigter der deutschen Centralgewalt sei noch dieselbe. Diese habe ihm ausdrücklich verboten, Art. 3 des Protokolls vom 13. d. M. anzunehmen, also könne an die Annahme des Ultimatum gar nicht gedacht werden."

„Ich bemerke übrigens noch, daß Bunsen, der die Dinge überhaupt leicht etwas persönlich nimmt, meint, daß die Dänen durch das Ultimatum ihm nur

hätten bange machen wollen, und daß an den Ausbruch der Feindseligkeiten nicht zu denken sei. Ich finde keinen Anlaß, diese Meinung zu bestreiten."

„Arnim'sche Depeschen werden auf Bunsen nicht leicht Einfluß haben, ihn von klarer Pflicht gegen die Centralgewalt abzubringen, selbst wenn er auch annimmt, daß diese Depeschen nur die Gesinnung des Königs ausdrücken. Wie es wird, wenn der König erst selbst an ihn schreiben sollte, weiß ich nicht. Ich fürchte, er wird nicht beständig bleiben. Daß aber vom König nach Ausbruch des Krieges Alles angewandt werden wird, um rasch einen Frieden herbeizuführen, ist hier Niemand zweifelhaft."

Drittes Capitel.

Der Krieg des Jahres 1849.

Im Laufe der Verhandlungen über Frieden oder Waffenstillstand während des Winters 1848/49 war man auf allen Seiten im höchsten Grade interessirt, zu erfahren, wie es mit der schleswig-holsteinischen Militairmacht stände. Man hörte viel von der Thätigkeit des schleswig-holsteinischen Kriegsdepartements und die momentane Popularität des Namens Bonin sorgte dafür, daß man im hohen Norden des deutschen Reichs die höchste Meinung von diesem Heere hegen zu können glaubte.

Genauerer Einblick in die militairischen Verhältnisse der Herzogthümer war indessen geeignet, die Sache weniger glänzend erscheinen zu lassen. Sprachen die den Herzogthümern wohlgesinnten Blätter leichtfertig genug von einer Armee von 25—30,000 Mann, welche die Dänen bereit finden würden, so wurden auch in der Paulskirche in Frankfurt bei jeder Gelegenheit sehr übertriebene Hoffnungen in Betreff der schleswig-holsteinischen Kriegsmacht erregt.

Die eigene Regierung des Landes hatte auch ihrerseits ein Interesse, die Stärke und Ausrüstung der Armee so günstig als nur möglich zu bezeichnen, einerseits, um den Muth im eigenen Lande zu heben, andererseits, um den diplomatischen Forderungen möglichsten Nachdruck geben zu können. Dennoch lauteten ihre offiziellen Mittheilungen bei weitem bescheidener.

In einer aus schleswig-holsteinischen Regierungskreisen stammenden Aufzeichnung, die mir vorliegt, ist die effektive Stärke der Armee auf 19,503 beziffert, hierunter sind 3,729 zur Reserve beurlaubt. 3,500 Mann sollten zum 10. März und abermals 3,500 zum 10. Mai ausgehoben werden können. In dieser Gesammtziffer war aber auch schon die Artillerie begriffen, welche 3000 Mann stark war, und 6 vollständige Batterien darunter zwei 12 ℔, eine reitende und 8 Fußbatterien, jede zu 8 Geschützen. Cavallerie fehlte gänzlich. Im Januar standen in Schleswig, um diesen Mangel zu decken, noch zwei Schwadronen Hanseaten, welche jedoch, in Folge der Reclamation Dänemarks, zurückgezogen worden waren.

Da die Ausrüstung der Armee noch sehr vieles zu wünschen übrig ließ, so griff man nicht zu niedrig, wenn man annahm, daß Bonin nach Ablauf des Malmoeer Waffenstillstandes im keinem Falle mit mehr als 15,000 Mann im Feld erscheinen konnte. Man mag darnach ermessen, wie wenig stichhaltig die Hoffnung war, daß sich Schleswig-Holstein selbstständig gegen Dänemark behaupten werde.

Stockmar und vor allem Bunsen hatten in London das Vorurtheil genährt, die Schleswig-Holsteiner könnten durch ihre eigene Kraft zum Ziele kommen. Allerdings waren beide Staatsmänner zu genau unterrichtet, um einer Ueberschätzung der schleswig-holsteinischen Wehrkraft in dem Maße zu huldigen, wie dies in den liberalen Kreisen Deutschlands üblich war; aber es war ein starker politischer Fehler, in diesem Punkte auch nur den leisesten Irrthum bestehen zu lassen.

Bei der Centralgewalt in Frankfurt hatte man sich glücklicherweise keinen Täuschungen dieser Art hingegeben. Der General von Peucker war ein viel zu ernster und gewiegter Militair, als daß er die Nothwendigkeit verkannt hätte, eine ansehnliche Zahl von Reichstruppen nach den Herzogthümern zu senden.

Ohne sich durch die Friedensunterhandlungen irre machen zu lassen, wurde im Kriegsministerium rechtzeitig und fleißig vorgearbeitet, um beim Ausgange des Waffenstillstandes eine Invasion der Dänen zu verhindern. Schon am 3. März hatte das Reichskriegsministerium die von den einzelnen Bundesstaaten zu stellende Truppenanzahl fixirt und die Listen überall hin im größten Geheimniß versendet.

Die Gesammtstärke der nach Schleswig beorderten Armee betrug 46,646 Mann. Coburg und Gotha stellte ein Bataillon von 800 Mann, welches den Marschbefehl von Frankfurt am 11. März erhielt und am 24. die Elbe überschreiten und in Altona einzutreffen hatte. Die weiteren Ordres sollten dort von dem Oberbefehlshaber der gesammten Truppenmacht dem Bataillon ertheilt werden.

Zum Ober-Commandanten der zur Bildung einer Operations-Armee bestimmten Reichstruppen war am 17. März der kommandirende General des Königl. Preuß. Garde-Corps, Generallieutenant v. Prittwitz und zum Chef des Generalstabs der Generalmajor v. Hahn ernannt worden, welcher sich in gleicher Eigenschaft auch im verflossenen Jahre bei dem damaligen Oberbefehlshaber General v. Wrangel befunden hatte.

Wenn diese Anordnungen ein vollständiges Zusammengehen und ein festes Einverständniß zwischen der Centralgewalt und der preußischen Regierung, mindestens in militairischer Beziehung, voraussetzen zu lassen schienen, so erregte auch die Wahl eines Mannes, wie Prittwitz, die Hoffnung, daß der Krieg energischer und ernstlicher geführt werden würde, als im früheren Jahre.

In jener Zeit nun, als die Mobilmachung der deutschen Bundestruppen in Frankfurt beschlossene Sache war, ließ ich neuerdings bei dem Reichskriegsministerium in Erinnerung bringen, daß ich eine militairische Verwendung suchte und an dem bevorstehenden Feldzuge Theil zu nehmen wünschte. Ich hatte dem Minister v. Stein, der im März ohnehin nach Frankfurt gegangen war, aufgetragen, diese meine Angelegenheit sorgfältig ins Auge zu fassen; und obwohl ich wußte, daß mein alter und besorgter Staatsmann nur ungern seinen Landesherrn ins Feld ziehen sah, so zweifelte ich dennoch nicht, daß er sich zur Erreichung meines Zweckes alle Mühe gegeben haben werde. Allein Herr v. Stein fand Schwierigkeiten, welche er erst nur unbestimmt andeutete, die aber nachher in die Formel gefaßt wurden, daß es bei dem Umstande, als so sehr viele ältere Generäle zu berücksichtigen wären, äußerst schwer sei, mir eine meinem Range entsprechende Stellung bei der Armee in Schleswig-Holstein anzubieten.

Ob man einem Fürsten, dessen deutsche und populäre Richtung bekannt war, einen größeren Wirkungskreis aus politischen Gründen versagte, vermag ich nicht zu behaupten; zur Charakteristik der Situation kann ich mir aber nicht versagen, die entscheidende Anfrage, welche Minister von Stein am 18. März endlich an mich richtete, hier wörtlich mitzutheilen:

„Euer Hoheit haben auf meine dieser Tage unterthänigst vorgetragene Anfrage wegen eines allenfalls an Höchstdieselben zu übertragenden Militair-Commando's mir noch keine Resolution zugehen lassen und sehe ich mich genöthigt eine Estafette mit gegenwärtigem Bericht abzusenden, indem soeben General v. Peucker bei mir war und mir folgende Eröffnung machte: Es sei thunlich, Euer Hoheit ein Commando bei der Armee in Schleswig zu geben, doch nur das über die fünf thüringischen Bataillone: Weimar, Meiningen, Altenburg, Reuß und Coburg-Gotha; er müsse aber, um dies bewirken zu können, Höchstdero Erklärung darüber haben, daß Euer Hoheit überhaupt ein Commando in diesem Kriege wünschten und daß Höchstdieselben nicht Anspruch machten auf ein solches, wie es Ihre Stellung als General eigentlich bedingt."

„Wenn ich nun auch nicht im Zweifel darüber bin, daß Euer Hoheit ein solches Commando im gegenwärtigen Augenblick nicht annehmen können, da zu dessen Uebernahme sich 100 Ersatzmänner finden, während Höchstdero Berufspflichten als Herzog von Coburg-Gotha gerade jetzt, wo es sich darum handelt, die deutsche Verfassung und in ihr das Verhältniß der Einzelstaaten festzustellen, wo die Vereinigungsfrage zwischen Coburg und Gotha entschieden werden soll, wo die Landtage beider Herzogthümer in voller Thätigkeit sind, an keinen Andern übertragen werden können, so bin ich doch verpflichtet, die Aeußerung des Kriegsministers so schnell wie möglich zu Höchstdero Kenntniß zu bringen."

„Die wohl mit einigen Worten des Dankes zu verknüpfende Ablehnung

wird Euer Hoheit minder schwer werden bei der Erwägung, daß Sie doch sehr leicht unter das Commando des hessischen Generals Spangenberg gestellt werden könnten und daß das Höchstdenselben gebotene Commando ein solches ist, welches auch ein Obrist führen kann."

Verehrungsvollst
v. Stein.

Frankfurt, 18. März 49, Mittags 1 Uhr.

Es war deutlich genug zu sehen, daß man in Frankfurt wenig Geneigtheit hatte, meinen Wünschen zu entsprechen, aber ich war sofort entschlossen, auch unter diesen Umständen die Anträge des Kriegsministers ohne Bedingung zu acceptiren. Ich sandte den Rittmeister v. Fritsch, denselben, welcher als General 1866 die sächsische Cavallerie in so vorzüglicher Weise befehligte, nach Frankfurt, um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen und traf zu Hause alle Vorbereitungen, um nach entsprechender Ordnung meiner Regierungspflichten ungesäumt zur Armee abgehen zu können. Die Motive meines Entschlusses, der von der Bevölkerung mit ebenso großem Jubel, als in Regierungskreisen, nicht nur meiner eigenen Länder, sondern auch anderwärts mit kritischen Seitenblicken aufgenommen worden war, habe ich meinem Bruder mit gewohnter Offenherzigkeit dargelegt:

„Ich schrieb Dir bereits im letzten Herbst, daß mir die Centralgewalt das Anerbieten gestellt hat, im Fall der Noth ein Commando zu übernehmen. Ich ging damals schon darauf ein, indem ich wohl voraussah, daß die Hauptentscheidungen mit dem Degen in der Hand erfolgen werden. Die Zeiten sind nicht besser geworden, sondern schlimmer. Das deutsche Volk hat weder Kraft noch Energie in seinem Innern, es weiß weder, was es will, noch was es soll. Die Fürsten sind zwar noch auf ihren Thronen, sie liegen aber bereits wieder in den Banden der Cabinets- und Hofintriguen. Für uns Kleine hat man ganz besonders wenig Gutes im Schilde."

„Die eigenen Ständeversammlungen arbeiten gewaltig an dem Selbstmord, und die größeren Staaten legen Schlingen und stellen Fallen in Menge, um die hohen Herren zu fangen. In diesem unerfreulichen Zustande stellte in diesem Augenblick die Centralgewalt durch das Reichskriegsministerium die Anfrage an mich, ob ich in dem Feldzug gegen die Dänen das Obercommando über unsere thüringischen Contingente übernehmen wolle."

„Ein jegliches andere Commando dieser Art würde ich abgelehnt haben, dieses konnte ich nicht von der Hand weisen, indem es bei der Lage unserer Staaten darauf ankommt, die Executive selbst in der Hand zu behalten. Ich will hier keine politischen Gründe auf- und anführen, indem Du, wenn Du die deutschen Verhältnisse richtig beurtheilst, nur meine Ansichten theilen wirst. Ich

habe gestern Abend die Ordre zum Einrücken erhalten und konnte erst heute deswegen unseren Ständen die Ueberraschung damit machen. Auf beiliegendem Zettel habe ich mich bemüht, so wörtlich als möglich meine Worte an die Abgeordneten wiederzugeben, Du wirst daraus entnehmen können, wie ich denke*)."

„Die Abgeordneten nahmen zu meiner großen Freude die Sache mit wirklichem Enthusiasmus auf. In der ganzen Stadt, welche natürlich erst seit wenig Stunden im Besitze dieser Nachricht ist, erregt sie auch mehr Begeisterung als Klage. Ich werde in den nächsten Tagen Alles hier ordnen, gehörige Instruction ausarbeiten. Der Tag meiner Abreise ist noch nicht bestimmt. Ich werde als sächsischer General das Commando führen und habe mir aus unserer Armee selbst einen Generalstab gewählt, der ausgezeichnete Männer umfassen wird."

„Den Fall des erblichen Kaisers hatte ich mir erwartet und so befinden wir uns wieder vis-à-vis de rien. Man kann uns nur bedauern, daß wir von Narren und Bösewichtern jetzt abhängen. Schon oft hab' ich mit sehnsüchtigen Blicken nach Euch geschaut; wir könnten gesunden Verstand und besonders eine Flotte jetzt brauchen, noch mehr aber Geld."

„Ich führe so eigentlich mit Dänemark selbst Krieg, indem ich nebenbei auch noch die Verpflegung von hier aus besorgen muß, was unsere Länder nicht aushalten können. Der Krieg hat nirgends große Sympathien, im Reich nennt man die Reichstruppen Strandläufer und in Schleswig will man von den Deutschen nichts wissen."

„Demohngeachtet kann man sich nur dazu gratuliren, indem unsere Truppen hier, wie überall nur durch die Feuerprobe wieder gebessert werden können. Die „Rothen" haben sie alle furchtbar unterwühlt, und ich dankte dem Himmel, als ich die Unsrigen gestern mit dem Dampfwagen abfahren sah. Nun muß ich für heute schließen. In wenig Tagen ein Mehreres."

Für die Stimmung und Situation war mein nächster Brief von Hamburg am 31. März bezeichnend und so mag er gleich hier noch Platz finden:

„Ich schreibe Dir schon von hier, um es Dir möglich zu machen, wenn

*) Leider ist mir diese kleine Aufzeichnung verloren gegangen. Meine Proklamation vom 24. März: An die Bewohner des Herzogthums Coburg-Gotha lautete: „Ein ernster verhängnißvoller Augenblick drängt Mich, geliebte Landsleute, an Euch diese Ansprache zu richten" rc. und schloß: „Landsleute, wenn auch bewegt, doch mit männlichem Mute und vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Sache, der Ich zu dienen berufen bin, verlasse ich den heimischen Heerd und Alles, was meinem Herzen am nächsten steht, um unter den Reihen eurer Söhne als deutscher Krieger mit zu kämpfen für Deutschlands Ehre und Deutschlands Größe. — Landsleute! euch allen reiche Ich die Hand zum herzlichen Abschied — auf baldiges und — wolle Gott — freudiges Wiedersehen."

Du mir Nachrichten zukommen lassen willst, mein Hauptquartier zu finden. Freilich mußt Du die Karte zu Hilfe nehmen. Ich werde in der rechten Flanke der Hauptarmee eine aus neun deutschen Contingenten combinirte Brigade von ohngefähr 10 000 Mann, wie ich hoffe, commandiren. Ich stehe ganz isolirt zwischen Eckernförde und Friedrichsort, um, wenn es, was wir sehr wünschen, zum Schlagen kommt, die Dänen am Landen zu verhindern. Die Truppen sind voller Begierde und es fehlt nur noch der Feind."

„In Berlin, wo ich gestern war, will man vom Kaiser der Deutschen nichts wissen. Was soll daraus werden? Bei uns habe ich Alles im Freudentaumel der Verfassung verlassen. Vor wenig Stunden bin ich erst hier angekommen, wo es wirklich reizend ist. Ich bin wohl, und glücklich einmal den Schreibtisch und die einheimischen Philister im Rücken zu haben."

Als ich die voranstehenden Mittheilungen machte, war bereits in der Zusammensetzung meiner Brigade eine Aenderung getroffen worden. Während dieselbe ursprünglich aus den thüringischen Contingenten, dann einer Batterie Hessen, einer Batterie Nassau und den beiden hanseatischen Schwadronen bestehen sollte, wurden auffallenderweise die Bataillone Weimar und Altenburg diesem Verbande entnommen und durch ein Bataillon Würtemberger und ein Bataillon Baden ersetzt.

In meiner Eigenschaft als königlich sächsischer General erbat ich mir, da hierüber weder von Frankfurt, noch von dem Höchstcommandirenden der Armee eigens eine Verfügung zu erwirken war, von dem sächsischen Kriegsministerium den Obersten von Treitschke zum Chef des Stabes und den Rittmeister von Fritsch, sowie den Hauptmann von Stieglitz zu Adjutanten für den bevorstehenden Feldzug, wozu der König von Sachsen die Genehmigung auf das Freundlichste ertheilte. Alle drei Offiziere kannte ich aus meiner Dienstzeit bei der sächsischen Armee als ausgezeichnete Männer, deren hervorragende militairische Eigenschaften im Laufe der Jahre zu ebenso allgemeiner Anerkennung gekommen sind, wie ihr persönlicher Charakter eine wahrhaft freundschaftliche Verbindung ermöglichte, deren ich mich auch später und bis zum Tode dieser liebenswürdigen Kameraden stets erfreute.

Inzwischen waren nach dem Feldzugsplane die preußischen und schleswigholsteinischen Truppen nach Schleswig und Flensburg vorgeschoben worden, während die unbedeutenden Reichscontingente, welche meinem Commando unterstellt waren, zwischen Eckernförde und Friedrichsort unter dem Namen einer Reservebrigade aufgestellt wurden.

Da zu derselben die Würtemberger und Badenser noch nicht gestoßen waren, so befand sich die Brigade vorerst in äußerst reduzirter Anzahl. Eine

Instruction für dieselbe war vom General von Prittwitz erst auf Andringen meines Stabes am 31. März von Gettorf erlassen worden und ich hatte persönlich von derselben, als ich von Hamburg unmittelbar in das Hauptquartier abging, um mich bei dem Oberbefehlshaber der Armee zu melden, noch keine Kenntniß.

Von Prittwitz war am 1. April von Gettorf nach Schleswig aufgebrochen und ich traf ihn noch am Abend vor seinem Abmarsch von dort, so daß sich Gelegenheit zu einer längeren Unterredung fand. Ich beklagte ihm gegenüber sofort die mangelhaften Dispositionen, die von dem Reichsministerium getroffen worden waren, und legte mit Freimuth die Schwierigkeiten dar, in welche die Reservebrigade kommen konnte.

General von Prittwitz hatte mich kühl und mehr oder minder ironisch empfangen. Er wundere sich sehr, entgegnete er auf meine Klage, daß ich als Reichsgeneral nicht von Frankfurt her spezielle Instructionen erhalten und mitgebracht, und er hätte in dem Glauben, daß dies geschehe, so lange gezögert, bestimmte Anordnungen in Betreff der thüringischen Contingente zu treffen. Jetzt sei die Sache aber geordnet und ich sollte nach der Ordre de bataille das Commando der von ihm gebildeten Reservebrigade führen, welche freilich vorderhand sehr schwach sei.

Auf mein Befragen, wo denn die Brigade sei, theilte er mir mit, daß sie bis jetzt nur aus drei Bataillonen Gotha, Meiningen und Reuß und einer leichten Batterie Nassau bestände, und Reservestellung bei Gettorf nehmen solle, welche es gestatte, den Punkten Eckernförde, Friedrichsort und Kiel, je nachdem einer derselben besonders bedroht erscheine, rechtzeitig Hilfe zu senden. Wie natürlich mußte ich es sehr bedauern, daß diese Aufgabe einer minimalen Truppenmacht gestellt sei und er versprach mir, die badischen und würtembergischen Contingente in einigen Tagen nachzusenden.

Mein Mißmuth war deutlich genug und ich bemerkte, wie es mir an allen Mitteln fehlte und wie selbst für die wenigen Truppen nicht einmal eine Intendantur und keine Lazarethe vorhanden seien. Meine gerechten Beschwerden beantwortete General von Prittwitz damit, daß er sich selbst über seine Lage zu beklagen anfing.

Seine Stellung sei eine höchst schiefe und unerquickliche, indem dieselbe weder den nichtpreußischen Reichstruppen, noch auch der schleswig-holsteinischen Armee gegenüber klar bezeichnet und abgegrenzt sei. Der General von Bonin wolle sich nicht unterordnen und habe ihm nicht einmal die Ehre erwiesen, die von ihm ausgegebene Parole und sein Feldgeschrei zu adoptiren; es müsse dies zu allerhand Unzuträglichkeiten führen und werde mir auch selbst unbequem genug sein, da mir schleswig-holsteinische Truppen zugetheilt werden würden.

Soviel Richtiges und Unerfreuliches nun auch in diesen von Prittwitz an-

geführten Thatsachen liegen mochte, so konnte ich doch nicht zugeben, daß die mir zugedachte Position eine durchaus nothwendige gewesen wäre. Die isolirte und rückwärtige Aufstellung, welche der Reservebrigade angewiesen war, schien mich während des ganzen Feldzugs zur Unthätigkeit verurtheilen zu sollen.

Ich konnte nicht annehmen und drückte dies auch aus, daß die im Norden von Schleswig sich sammelnde dänische Armee sich in der Weise zersplittern würde, um wichtige Operationen im Süden vorzunehmen. Wären aber solche wirklich zu erwarten, alsdann müßte ich gestehen, sei den Reichstruppen unter meinem Commando eine Aufgabe gestellt, welche nach der Natur der Sache und der geographischen Lage der mir zur Vertheidigung angewiesenen Punkte mit einer so geringfügigen Macht kaum zu erfüllen wäre.

General von Prittwitz gab zu, daß meine Stellung unter Umständen allerdings sehr wichtig und schwierig werden könne, aber, fügte er mit aller der Ironie, welche er jedesmal bei der Erwähnung der Reservebrigade zeigte, hinzu: man habe mir und den Reichstruppen gerne eine große Aufgabe anvertraut, damit wir unsere Tüchtigkeit und Geschicklichkeit vor aller Welt dokumentiren könnten. Im Laufe seiner halb ernsthaften, immer aber höchst verbindlich klingenden Reden ließ er das Wort fallen, daß wahrscheinlich gerade von uns der erste Schuß in dem Kriege fallen werde.

Mir war diese Bemerkung in jenem Augenblicke ebenso unverständlich, als sie mir nach viermal 24 Stunden auffallend und seltsam erschienen war. Wußte von Prittwitz also, was uns in der Stellung von Eckernförde bevorstand? Und hatte er sich in ein Geheimniß gehüllt, welches uns verhängnißvoll werden konnte?

Jedenfalls zeigte sich in dieser ganzen Unterredung, daß die Reichstruppen von dem preußischen General nun einmal mit besonderen Maßen behandelt und gemessen wurden. Ich suchte nur noch über meine Stellung in politischer Beziehung klar zu werden, indem ich um die nöthigen Instructionen für meine Beziehungen zur Landesregierung und zu dem schleswig-holsteinischen Kriegsdepartement bat. Hierin, erklärte mir der Oberbefehlshaber, sollte ich ganz freie Hand haben, unmittelbar mit der Statthalterschaft in allen Landesangelegenheiten zu verhandeln und zu verkehren.

Was die Besatzungen von Kiel, Eckernförde und Friedrichsort betreffe, so seien dieselben aus schleswig'schen Reservetruppen gebildet und verstände es sich, daß dieselben meinem Commando unterstellt werden müßten; doch seien die Meinungen über die Stellung der schleswig-holsteinischen Armee zwischen dem Kriegsdepartement und dem Obercommando eben sehr getheilt.

Damit endete die Unterredung mit dem Obergeneral, welche mich mit wenig Befriedigung und Hoffnung auf die nächste Zukunft blicken ließ, indem

ich das Gefühl hatte, daß man hier vor Geheimnissen, unklaren Aufträgen und unsicheren Zielen stände und daß der Kobold, welcher im Märchen mit dem Bauer aus dem verbrannten in das neuerbaute Haus gezogen war, auch in der Politik nur die diplomatischen Kanzleien mit dem Feldlager vertauscht hatte.

Am folgenden Tage, den 2. April, ritt ich von Schleswig nach Gettorf, wo ich das Commando der Truppen persönlich übernahm und mein Hauptquartier aufschlug. Die Reichstruppen hatten bis dahin die Avantgarde gebildet und waren jetzt in die Cantonnements ihrer Reservestellung zurückgenommen worden.

Es war Montag in der Osterwoche.

Am Dienstag den 3. wollten die Dänen die Feindseligkeiten zu Wasser und zu Lande beginnen, und ich suchte daher die nächsten Tage zur Recognoscirung der Stellungen und zur Besichtigung der Orte Eckernförde, Kiel und Friedrichsort bestmöglichst auszunützen.

Von der schleswig-holsteinischen Regierung waren allerdings mancherlei Vertheidigungsmaßregeln, aber in jeder Beziehung ungenügend getroffen worden. Die in den genannten Orten befindlichen Truppen waren ausschließlich Rekruten. Was die localen Verhältnisse anbelangte, so waren zwar die genannten Hauptorte untereinander, sowie auch mit Gettorf und der Festung Rendsburg, welche unter allen Umständen eine sichere Rückendeckung darbot, durch sehr gute Straßen verbunden, aber im Ganzen bot das Terrain, welches von der Reservebrigade besetzt war, für militairische Evolutionen große Schwierigkeiten dar.

Wald und moorige Flächen, zwischen denen jedes kleinste Fleckchen Erde fleißig bebaut ist, wechseln hier stets miteinander ab. Zahlreiche Gräben und Dämme, bewachsen mit verschiedenen Arten von Strauchhölzern, sowie die sorgfältig gepflegten Hecken (Knicks) und Zäune zur Abgrenzung des Eigenthums durchziehen das Land. Diese Bodenverhältnisse erschwerten die Bewegung größerer Truppenabtheilungen; selbst Infanterie vermochte die von Dämmen und Gräben eingeschlossenen Feldflächen, die man hier „Koppeln“ nennt, nur sehr mühsam zu durchschreiten; Reiterei und Artillerie waren jederzeit ausschließlich auf die gebahnten Wege gewiesen.

Die Formation der Küste war den Landungsversuchen der Dänen außerordentlich günstig, denn die vielen bewaldeten Buchten und Landzungen hätten eine weit bedeutendere Macht als die meinige erfordert, wenn alle Punkte gesichert sein sollten.

Auch die Einquartierung hatte ihre großen Schwierigkeiten, sowohl in Bezug auf die Erhaltung der Disziplin, wie auch in Rücksicht auf rasche Alarmirung und Sammlung. Die Ortschaften liegen vereinzelt und die Gehöfte zerstreut in dem Lande. Die Vereinigung eines Bataillons, trotzdem, daß auf

einzelnen Höfen oft ganze Compagnien untergebracht werden konnten, erforderte nicht selten zwei und mehr Stunden Zeit.

In Eckernförde und von da ab südlich, im dänisch Wohld, waren die Bewohner, deren kernige, gesunde und liebenswürdige Natur man von Tag zu Tag mehr schätzen lernte, mit Leib und Seele der deutschen Sache ergeben. Sie betrachteten den Krieg als in ihrem Interesse geführt und ertrugen die Opfer mit freudigem Muthe, so groß dieselben auch sein mochten.

Nördlich von Eckernförde dagegen, im Schwansen und in Angeln, an den Ufern der Schlei, war man der deutschen Sache weniger ergeben und die Dänen hatten dort unter den Landbewohnern und insbesondere unter den Schiffsleuten viele Freunde, welche auch in ausgedehntestem Maße Kundschafterdienste besorgten und den dänischen Schiffen genaue Mittheilungen machten.

Was ich an Vertheidigungsmitteln vorfand, glaube ich hier aus den militairischen Akten, welche mein Adjutant, Hauptmann von Stieglitz, später in einer Uebersicht zusammenfaßte, urkundlich anführen zu sollen, da es gerade mit Rücksicht auf die alsbald folgenden Ereignisse, an der Küste von Eckernförde, nicht an Täuschungen darüber gefehlt hat, in wie weit die Schleswig-Holsteiner befähigt gewesen wären, sich selbstständig gegen Dänemark zu behaupten. Ich glaube daher unparteiisch zu verfahren, wenn ich den trockenen Wortlaut jener militairischen Aufzeichnungen folgen lasse:

1. Eckernförde. Der Busen von Eckernförde wurde durch zwei Strandbatterien, die Nord- und Südbatterie, vertheidigt. Die erstere befindet sich bei Louisenberg, etwa 20 Minuten von Eckernförde entfernt. Sie war mit zwei 64 ℔ eisernen Bombenkanonen, zwei 24 ℔ eisernen Kanonen, zwei 18 ℔ eisernen Kanonen armirt, zu deren Bedienung 40 schleswig-holsteinische Artilleristen bestimmt waren.

Die Südbatterie liegt 5—600 Schritte von der Stadt und war mit vier 18 ℔ eisernen Kanonen armirt, die Bedienung bestand aus einigen 30 schleswig-holsteinischen Artilleristen.

Hauptmann Jungmann, früher in königlich preußischen Diensten, später Instructor bei der türkischen Armee, von welcher Bestimmung derselbe nur seit einigen Wochen zurückgekehrt war, befehligte diese Artillerie, deren Mannschaft meist aus Rekruten bestand.

Ferner stand in Eckernförde, unter dem Befehle des Hauptmanns Irminger, das 3. schleswig-holsteinische Reserve-Bataillon, welches nach Abzug einer nach Friedrichsort entsendeten Compagnie ohngefähr 600 Mann stark war. Fast lauter Rekruten, per Compagnie meist nur 1 Offizier.

Als Stadtcommandant fungirte der schleswig-holsteinische Hauptmann Wiegand, dessen Wirkungskreis der eines Etappencommandanten war. Jeder

Commandant handelte im Uebrigen nach seinem Gutdünken, ein Vereinigungspunkt im Commando fehlte.

2. Friedrichsort. In dieser Festung waren 20 Geschütze auf die Bettungen gebracht, meist 24 ℔ eiserne Kanonen, nebst vier 80 ℔ eisernen Bombenkanonen. Die Besatzung bestand aus der erwähnten Compagnie des 3. schleswig-holsteinischen Reservebataillons und der nothdürftig ausreichenden Artilleriemannschaft. Der königlich preußische Hauptmann von Thoschesky war Commandant der Festung.

Friedrichsort gegenüber, auf dem nordöstlichen Ufer des Busens bei Laboe, befand sich eine offene Schanze, mit vier 18 ℔ eisernen Kanonen armirt, zu deren Deckung eine Compagnie des in Kiel stationirten Reserve-Jäger-Corps in den nahegelegenen Ortschaften lag. Laboe stand zu Friedrichsort in dem Verhältnisse eines detachirten Forts.

3. Kiel. Hier stand ein schleswig-holsteinisches Jägercorps in der Stärke von 1000 Mann, befehligt von dem schleswig-holsteinischen Major von Hedemann.

Oberstlieutenant v. Zeska war in ähnlicher Weise, wie Hauptmann Wiegand in Eckernförde, Stadtcommandant in Kiel.

Im Kieler Hafen befanden sich das Kriegsdampfschiff „Bonin" mit 6 Kanonen, sowie 6 fertige Kanonenboote, je 2 Geschütze führend. Diese Schiffe standen unter der sogenannten Marine-Commission, deren Präses der Ingenieur-Major Jeß war. Von dieser Marine-Commission war bei Düsternbrook 20 Minuten von Kiel gegen Friedrichsort zu eine Strandbatterie, an der Westseite des Busens, zu 4 Geschützen eingerichtet und armirt worden. Lage und Einrichtung gaben das Bild einer Spielerei.

In Rendsburg endlich war der königlich preußische Major Schmidt Festungs-Commandant, der schleswig-holsteinische Major Knobbe Stadtcommandant. Die Besatzung, in ihrer Stärke oft wechselnd, bestand meist aus Mannschaften des vom Oberst von Fabricius commandirten schleswig-holsteinischen Reservecorps — Stab Itzehoe — meistentheils Rekruten.

Die Reservebrigade endlich bestand bei Uebernahme des Commandos am 2. April aus:

1 Bataillon Meiningen, Oberst v. Buch und als zugetheilter Stabsoffizier der Erbprinz von Meiningen, 731 Mann, einquartiert in Alt und Neu Wittenbeck.

1 Bataillon Gotha, Major v. Brandenstein, 758 Mann, einquartiert in und um Gettorf.

1 Bataillon Reuß, Oberst v. Heeringen, 560 Mann, einquartiert in und bei Eckernförde.

1 Batterie Nassau, Hauptmann Müller.

Wenn ich in Hamburg die Truppe, die zu meiner Verfügung sein würde,

auf 10 000 Mann schätzte, wie man sich aus dem mitgetheilten Briefe an meinen Bruder erinnert, so waren nach meiner Ankunft in Schleswig diese Erwartungen sehr zusammengeschmolzen. Alles in Allem gerechnet, sah ich mich in meinem Hauptquartier Gettorf nach den vorliegenden Listen an der Spitze von 3815 Mann Infanterie, 370 Mann Artillerie und 40 Geschützen, wozu nach der ordre de bataille die schleswig-holsteinischen Contingente hätten hinzutreten sollen, denen aber gewissermaßen es erst begreiflich zu machen war, daß sie wirklich zur Reservebrigade gehörten und meinem Commando unterstanden.

Man wird zugestehen, daß mit bescheideneren Mitteln nicht leicht an die Erfüllung einer Aufgabe im Kriege geschritten werden konnte, und ich mußte wirklich einen starken Glauben an meinen Glücksstern haben, wenn ich jene Aeußerung des Generals von Prittwitz recht verstehen sollte, daß die Reservebrigade möglicherweise bestimmt sein könnte, den ersten Schuß zu thun. Was es aber auch mit dieser geheimnißvollen Andeutung für eine Bewandtniß haben mochte, soweit war sie mir verständlich, daß es hier auf die größte Wachsamkeit ankam und daß ein sorgfältiger Kundschafterdienst Noth that.

Zum Zwecke schleuniger Benachrichtigung war bereits im Jahre 1848 vom Schwansener Distrikt bei Waabs über Eckernförde, Gettorf nach Kiel und von da bis nach Schönberg ins Holsteinische eine optische Telegraphenlinie errichtet worden, deren Knotenpunkt der Thurm in Gettorf bildete.

Ein Bewohner dieses Orts, der Tischlermeister Callsen, hatte sich das Verdienst erworben, diesen Telegraphenpunkt eingerichtet zu haben, welcher mir von unschätzbarstem Werthe war und den ich daher auf alle Weise verbessern ließ. Callsen hatte auf dem an sich schon hohen Thurme der Kirche ein Gerüste von achtzig Fuß angebracht, so daß man mit einem guten Fernrohr die See bis nach Alsen hin genau beobachten konnte. Dabei hatte aber Callsen mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, welche wieder ein grelles Licht auf die schleswig-holsteinischen Zustände warfen; denn der Kirchenpatron auf Gettorf war der Landjägermeister von Ahlefeld, welcher, wie manche andere Herren vom Adel in jener Gegend, die holsteinische Bewegung für nichts als eine republikanische Schilderhebung erachtete und dem Treiben höchst unwillig zusah.

Es wurde vorgegeben, daß Kirche und Thurm durch den Aufbau des Gerüstes bedroht wären und so entwickelte sich über die Telegraphenstation eine Art von häuslichem Krieg, für dessen endliches Aufhören ich mich erst noch zu bemühen hatte. Der Telegraph that indessen seine Schuldigkeit und die durch denselben ankommenden Nachrichten hatten es immerhin möglich gemacht, Landungsversuchen der Dänen rechtzeitig entgegenzutreten.

Nur allzubald sollte unsere Wachsamkeit ihre Probe bestehen. Als ich am 4. April gegen Abend von Friedrichsort nach Gettorf zurückgekehrt war, über-

raschte mich Herr Callsen mit der Nachricht, daß ein ansehnliches dänisches Geschwader von Alsen her gegen die Kieler Bucht steuere — er habe das Linienschiff Christian VIII. darunter erkannt und außerdem mindestens 9 Segel gezählt. Die Fregatte Gesion mit 48 Kanonen blokirte, vom Capitain Meyer befehligt, schon seit dem 3. April die Häfen von Kiel und Eckernförde. Es war also eine so ansehnliche Seemacht hier vereinigt, daß ich keinen Augenblick an der Absicht einer Landung zweifeln konnte.

Man hat dem gegenüber zwar später öfters behauptet, die Dänen hätten es bloß auf eine Demonstration abgesehen gehabt, um den Vormarsch der preußischen Truppen zu verhindern und um einen Vorstoß gegen die im Norden aufgestellte schleswig-holsteinische Armee desto besser ausführen zu können. Aber gegen die Annahme eines solchen Scheinmanövers sprachen die eigenen Angaben des Chefcapitains Paludan in der von dänischer Seite geführten kriegsgerichtlichen Untersuchung über die Eckernförder Ereignisse.

In meiner Ueberzeugung, daß es sich um einen ernsten Angriff handle, wurde ich durch die inzwischen eingelaufenen Meldungen, welche von allen Seiten übereinstimmend und sehr detaillirt waren, vollkommen bestärkt.*) Nach neun Uhr traf die erste Nachricht von dem Commandanten von Friedrichsort, Hauptmann v. Thoschesky ein und lautete:

„Euer Hoheit beehrt sich die Commandantur von Friedrichsort die gehorsamste Meldung zu machen, daß heute gegen Abend neun feindliche Kriegsschiffe südlich der Schlei am schleswig'schen Ufer vor Anker gegangen sind, nämlich 1 Fregatte, 1 Kutterbrigg, 2 Corvetten, 2 Dampfschiffe, 3 Kanonenboote oder Transportschiffe. Es scheint auf eine Landung abgesehen zu sein. Der Wind ist von der Art, daß sie, so lange er anhält, diesseits Noer, an der schleswig'schen Küste nicht wohl stattfinden kann. Im Innern des Eckernförder Busens, jenseits Noer, ist sie aber auch jetzt thunlich."

Theilweise übereinstimmend, theilweise ergänzend kamen noch andere Berichte von dem Commandanten des Bataillons Reuß, von der Batterie zu Laboe, von dem Feldwachcommandanten auf Noer, auch von dem Secretair des Prinzen

*) In dem kriegsgerichtlichen dänischen Bericht über die Affaire wird dem Capitain Paludan nachgewiesen, daß die früher ihm gegebene Instruction, nach welcher er landen oder mindestens die Fortifikation bei Eckernförde zerstören sollte, am 4. oder 5. contremandirt worden sei, weil der gleichzeitige Angriff bei Sundewitt unterblieb. Indem nun Paludan erklärte, daß dieser Befehl ihm nicht zugekommen sei, so ist damit hinreichend erwiesen, daß die Affaire von Eckernförde nur auf Grund der ersten Instruction beurtheilt werden kann und also als ernste Offensive, nicht als demonstrative Operation aufgefaßt werden kann.

Friedrich vom Schlosse Noer und von dem Oberstl. v. Zeska als Commandanten von Kiel. Darnach war festzustellen, daß unter den Kriegsschiffen sich der gewaltige Christian VIII. und jedenfalls eine Anzahl Transportschiffe mit Landungstruppen befanden.

Um 11 Uhr Nachts wurden demnach folgende Anordnungen getroffen: Bataillon Reuß verbleibt in Eckernförde, von wo 2 Compagnien des daselbst stehenden schleswig-holsteinischen Reservebataillons zur Deckung der Nordbatterie abgehen. Das Bataillon Coburg-Gotha rückt an den Strand beim Schnellmarker Holze, gefolgt von der Nassauer Batterie und das Bataillon Meiningen marschirt nach Gettorf, theils als Reserve für die Eckernförder Stellung, theils um sofort nach Kiel abzurücken, falls jener Ort angegriffen werden sollte.

Oberst von Treitschke war unterdessen mit meinem Adjutanten von Stieglitz an den Strand nach Aschau geritten, um sich persönlich von der Wahrheit der Meldungen zu überzeugen. Bei der mondhellen Nacht vermochte er die Flotte deutlich vor Anker liegen zu sehen, und da die Landung am frühen Morgen zu erwarten war, so brach ich mit meinem eigenen Bataillon schon um Mitternacht auf und ging, nachdem dasselbe um 3 Uhr Morgens Stellung genommen hatte, nach Eckernförde, unmittelbar in die Nordbatterie, wo ich den Hauptmann Jungmann fand, der sich auf den Kampf vorbereitete und dem ich selbst noch alle Instructionen gab. Wie sich später aus den bekanntgewordenen Papieren des Capitains Paludan ergab, hatte derselbe den Befehl und die wirkliche Absicht, um 3 Uhr des Morgens eine Landung der dänischen Truppen zu bewerkstelligen. Dieselbe war nur unterblieben, weil Paludan, welcher von der schleswig'schen Küste aus mit Nachrichten sehr gut bedient war, von unserm nächtlichen Marsch unterrichtet wurde.

Beim Anbruch des Tages glaubte man daher, daß die Dänen dem Kampfe ausweichen wollten und die Kriegsschiffe sich zurückzögen.

Als man im Morgengrauen die Flotte deutlicher wahrzunehmen begann, waren mehrere Schiffe im Begriffe rückwärts zu gehen und man glaubte für Eckernförde nichts mehr befürchten zu sollen. Ich hatte mich aus der Nordbatterie an den Strand von Eckernförde begeben, wo ich so lange verbleiben wollte, bis der Abzug der Schiffe sicher gestellt wäre. Dann erst konnte Befehl gegeben werden, daß die Truppen in ihre Cantonnements abrücken dürften.

Es sollte aber anders kommen. Plötzlich sah man das Linienschiff Christian, die Fregatte Gefion und die beiden Dampfschiffe Geiser und Hekla sich dem Ufer nähern. Man konnte nicht zweifeln, daß die Flotte eine Angriffsbewegung gegen die Nordbatterie im Eckernförder-Hafen auszuführen begann. Um halb 8 Uhr waren die Schiffe auf Schußweite herangekommen und aus der Nordbatterie fiel der erste Kanonenschuß, der mit einem mörderischen Feuer

sofort von allen vier Schiffen, welche zusammen nicht weniger als 156 Geschütze führten, beantwortet wurde.

In der Nordbatterie, auf deren Zerstörung es jedenfalls zunächst abgesehen war, leistete Hauptmann Jungmann mit seinen noch ungeschulten Artilleristen wahrhaft Erstaunliches, und mit größter Ruhe und Sicherheit wurde auf die Schiffe gefeuert.

Im Schnellmarker Holz hatte jedoch der Hauptmann Müller mit vier Kanonen eine gute Aufstellung und vermochte die Nordbatterie von hier aus wenigstens eine Stunde hindurch kräftig zu unterstützen.

Eines der beiden Dampfschiffe, der Geiser, hatte sich dem Schußbereiche so sehr genähert, daß er bald darauf stark beschädigt, die hohe See suchen mußte und nachher nur noch sehr ungenügende Dienste thun konnte. Die Nassauer Batterie selbst erlitt keinen Verlust, so wenig wie das gedeckt aufgestellte Bataillon Gotha, da die Kartätschen der Schiffe sämmtlich zu kurz, die Kugeln und Granaten zu hoch gingen.

Dagegen hatte die Nordbatterie durch das ununterbrochene Feuer des Linienschiffs und der Fregatte stark gelitten und war bereits zum Schweigen gebracht worden.

Doch ich lasse über den weiteren Gang des Gefechtes und über meine unmittelbare Betheiligung an dem Kampfe jetzt einen Bericht des Obersten v. Treitschke an das sächsische Kriegsministerium sprechen:*)

---

*) Der ungedruckte Bericht des Obersten von Treitschke wird in seinen Einzelheiten von dem kriegsgerichtlichen Resumé der Dänen so genau ergänzt und unterstützt, daß ich beide Actenstücke zur Vergleichung nebeneinander stelle. Man ersieht aus diesen Berichten, daß zuweilen der Antheil der Reservebrigade unterschätzt worden ist; und wenn ich auch weit entfernt bin, die außerordentlichen Leistungen des Hauptmanns v. Jungmann und des Unteroffiziers Preußer an diesem Tage geringer zu achten, so ist es doch wahr, daß man in den meisten Darstellungen des Hauptmanns Müller viel zu wenig ehrenvoll gedenkt. Der kriegsgerichtliche Bericht schildert den Gang des Gefechts von dem erwähnten Momente an, wie folgt:

„Nach Angabe des Commandanten Capitain Paludan, soll das Linienschiff 850 Ellen von der Batterie B (Südbatterie), 1850 Ellen von der Batterie A (Nordbatterie) entfernt gelegen haben, wie auch diesen Abstand während der ganzen Affaire innegehalten haben. Einige während der Untersuchung abgegebene Erklärungen gehen inzwischen dahin, daß das Schiff etwas auf den Grund getrieben sei."

„Mit der Fregatte kam Capt. Meyer, dem der Com. Capt. Paludan die Wahl gelassen hatte, mit dem Spring im Röring des Schwerankers oder mit einem Warpanker hinten aus zu ankern, innerhalb einer Viertelstunde, nachdem das Linienschiff seinen Platz eingenommen, auf der Stelle vor dem Linienschiff vor Anker, die ihm an-

„Gegen 10 Uhr ungefähr fuhren die beiden entsendeten Geschütze der Nassauer Batterie, jedoch auf einem anderen Punkte, als ihnen früher zugedacht war und zwar zwischen der Stadt an der Nordbatterie, auf und begannen auf das Linienschiff zu feuern, welches seine eigenen Batterien nun gegen diese richtete, obgleich sie der großen Entfernung und des geringen Kalibers wegen füglich keinen Schaden thun konnten. Ein sehr glücklicher Erfolg für die Nordbatterie, welche diese für eine halbe Stunde ihr gewordene Ruhe zur Wiederherstellung dreier beschädigter Geschütze benutzte."

„Nach also beinahe 4 Stunden lang fortgeführtem Kampfe wendete das Linienschiff sich mehr gegen die Südbatterie und näherte sich dabei der Stadt bis auf ungefähr 600 Schritte; die Gefion folgte ihr und beide überschütteten nun die Südbatterie und die Stadt mit Geschossen aller Art."

„In diesem Augenblicke, wo eine Landung wohl ausführbar schien, führte der Brigadier selbst, nur von dem Adjutanten Hauptmann v. Stieglitz begleitet, das zum Theil hinter der Stadt aufgestellte Bataillon Reuß in dem lebhaftesten Feuer vor, hinter die längs dem Ufer sich hinziehenden Dämme, woselbst dieses Bataillon bis zum Ende des Gefechtes ausharrte."

„An der Windmühle von Borby bei der Stadt, wo der Brigadier hierauf bis zur Beendigung des Gefechtes hielt, war derselbe, wie man später von gefangenen Offizieren erfuhr, von den Schiffen aus erkannt und mit seinem Ge-

---

gewiesen war, mit einem Kabeltau von hinten aus am Backbord, fest im Röring des täglichen Ankers und 30 Faden Kette zur Beting. Die Fregatte eröffnete sodann von beiden Seiten ein lebhaftes Feuer gegen die Batterien."

„Die Batterie A wurde in kurzer Zeit fast zum Schweigen gebracht, so daß von derselben in der Zeit von 8 Uhr 15 Min. bis gegen 11 Uhr nur einzelne Schüsse fielen. Als indeß das Feuer hier so gut wie aufgehört hatte, wurde von der Nordseite mit einigen Feldstücken, die hinter einem Gehölze nördlich von A aufgefahren waren, gegen die Schiffe gefeuert. Die Batterie B, deren Feuer besonders gegen die Fregatte gerichtet war, vermochte man, ungeachtet sie stark beschossen ward, nicht zum Schweigen zu bringen."

„Nachdem, soweit man aus den verschiedenen hierüber abgegebenen Aeußerungen erkennen kann, ungefähr während ½ oder ¾ Stunden ein lebhaftes Feuer unterhalten worden war, kam die Fregatte Gefion aus ihrer Lage in Drift und swayte vor'm Winde mit dem Hinterende gegen die Batterie B, von der sie nun der Länge nach beschossen ward, wodurch großer Verlust zugefügt wurde, während die Fregatte auf den Gebrauch ihrer hintersten Kanonen beschränkt war. Es wurde sogleich versucht zu swayen durch Einholen auf dem Spring und durch Stecken auf die Kette, von der bis 50 Faden zur Beting ausgestreckt wurde. Allein es wollte nicht gelingen, die Fregatte in ihre frühere Lage zurückzubringen und damit sie nun nicht zum Linienschiff hintreibe, ward der Toyanker geworfen, worauf dann nach dem auf dem Geiser

folge lebhaft beschossen worden, worauf er sich zu den Truppen am Südstrande begab, wohin jedoch nur auf einem großen Umwege zu gelangen war, da die dicht am Ufer führende Straße des mörderischen Feuers wegen durchaus nicht betreten werden konnte."

„Bis nach 1 Uhr dauerte das Geschützfeuer ununterbrochen, doch konnte schon jetzt bemerkt werden, daß die Schiffe, welche zu tief in den Hafen gegangen waren und nun bei dem immer stärker werdenden Ostwinde schwer wieder zurückkonnten, im Nachtheile sich befanden. Da wurde auf dem Linienschiffe die weiße Flagge aufgezogen."

„An den schleswig'schen Artillerie-Commandanten gelangte darauf durch einen Parlamentär der Antrag des Commandirenden der Flottille, Capitainchefs Paludan, um freien Abzug der Schiffe, widrigenfalls man die Stadt in Brand schießen werde und die Verantwortung auf den diesseitigen Commandanten werfe."

„Die Antwort besagte: „Beschießung einer wehrlosen Stadt sei gegen das Völkerrecht, die Verantwortung falle daher auf den dänischen Commandanten. Das Feuer werde binnen Kurzem wieder beginnen und andauern, so lange man noch eine Kugel habe."

„Die eingetretene Waffenruhe war auch für uns höchst erwünscht, sie gab den Strandbatterien Zeit, sich zu fernerem Kampfe zu rüsten, vergönnte dem Brigade-Commando wieder mit der Stadt in Verbindung zu treten und mit

---

geführten Journal 8 Uhr 30 Min. diesem Dampfschiffe signalisirt wurde, daß es behilflich sei, das Hinterende der Fregatte soweit gegen den Wind zu swayen, daß man einen Warpanker fallen lassen könne."

„Capitainlieutenant Wulff begab sich mit genanntem Dampfschiff, das auf dem Wege von der Batterie B heftig beschossen wurde, unverzüglich zur Fregatte, nahm von ihrem Hinterende ein Schlepptau, um sie zu swayen, mußte aber, da die Perkleine sprang oder zerschossen wurde, mit dem Versuche innehalten, der indeß nach kurzer Zeit 8 Uhr 45 Min. erneuert wurde und ward damit nur aufgehört, weil man annahm, daß weitere Hilfe nicht nöthig, worauf das Dampfschiff auf seinen früheren Platz südöstlich von der Batterie B zurückging, von wo aus es *sowohl gegen diese Batterie, als gegen Kanonen feuerte, die inzwischen im Süden der Batterie B aufgefahren waren.* Es gelang zwar nach Verlauf von etwa einer halben Stunde die Fregatte zu swayen, aber in der Zwischenzeit war sie hart mitgenommen unter der Beschießung der Schiffslänge nach, welche nur schwach von ihren Spiegelkanonen beantwortet werden konnte, von denen die eine Schanzenkanone demontirt und der Backbordsbatteriekanone die Broken und Talljen zerschossen wurden."

„Bereits 10 Uhr hatte man eine Anzahl Todte und Verwundete am Bord der Fregatte, wogegen das Linienschiff damals noch nicht sehr gelitten hatte. In der Fortsetzung des Kampfes litt die Fregatte auch großen Schaden an Masten und Takelage. Wegen dieses bedeutenden Schadens der Fregatte und wegen des beunruhigen-

der Fortsetzung des Gefechtes ganz einverstanden, über die eigene Mitwirkung Beschluß zu fassen."

„Diese konnte nur darin bestehen, die Batterie eine Stellung am Ufer, nahe dem südlichen Ausgange der Stadt Eckernförde nehmen zu lassen, von wo sie den Schiffen sehr gefährlich werden konnte."

„Der Entschluß war schwer, denn obgleich die schwierige Lage der dänischen Schiffe nicht unbekannt war, konnte man für deren Dauer nicht einstehen."

„Die Batterie mußte den größten Theil des Weges am Ufer ohne Deckung zurücklegen und konnte sich nur für eine kurze Strecke eines Seitenweges bedienen; wenn das Feuer unserer Strandbatterien zu frühzeitig wieder begann, oder die Dänen die weiße Flagge wieder einzogen, mußte die Batterie unendlich leiden, ja konnte schwerlich in die ihr zugedachte Aufstellung gelangen."

„Inzwischen das Glück hatte schon viel für uns gethan, man konnte etwas wagen, und so wurde der Entschluß gefaßt und schlug zum Heile aus."

„Der Commandant der Nassauer Batterie, Hauptmann Müller, entledigte sich seines Auftrages mit der größten Entschlossenheit, erreichte die Stadt glücklich, fuhr hinter dem Damme auf, ließ denselben, soweit nöthig, abräumen, sendete seine Pferde hinter die Häuser zurück und stand nun der Breitseite des Linienschiffes auf ungefähr 450 Schritte gegenüber. Kaum war er in dieser Verfassung, als nach 4 Uhr das Feuer von den Batterien fast gleichzeitig wieder begonnen wurde."

---

den Zustandes, worin sie sich befand, ferner, da man nicht annehmen konnte, daß es gelingen würde die Batterie B zu demontiren, da gleicher Zeit bedeutende Truppenmassen überall an der Küste bemerkbar wurden, wo auch Feldbatterien aufgefahren waren, die von verschiedenen Stellen auf die Schiffe schossen, fand Commd. Capitain Paludan nach zweistündigem, ununterbrochenem Gefechte, daß es nothwendig wäre die Schiffe aus dem Feuer zu bringen. Das Linienschiff signalisirte gegen 10 Uhr dem Dampfschiffe Hekla herzukommen und es in's Schlepptau zu nehmen; aber indem das Dampfschiff quer vor's Linienschiff kam, erhielt es von jeder Seite einen Schuß in den Ruderstamm oben über dem Wassergang, so daß Ruderstamm und Ruderhacke völlig zerschossen wurden, was den Chef Capitain Aschlund nöthigte, sich außerhalb der Schußweite zu ziehen und südwärts zu steuern, um den Schaden vor Anker zu repariren."

„Da Commandeur Capitain Paludan annahm, daß es gelingen könnte, die Kriegsschiffe durch Warpen herauszubringen etc., etc."

Die zu diesem Zwecke unternommenen Manöver sind in dem Kriegsberichte des weiteren geschildert; da jedoch die Versuche keinen Erfolg hatten, wurden „Hekla und Geiser" nach Ausbesserung ihres Schadens noch zweimal commandirt, die Schiffe herauszubugsiren. Geiser erhielt einen Schuß in den Maschinenraum, Hekla machte gegen 1 Uhr einen neuen Versuch, kehrte aber in Folge davon, daß Batterie A neuerdings

„Die Nassauer Batterie räumte zuvörderst durch Kartätschenschüsse das Deck und die Masten des Linienschiffes, welches, nach lebhaftem Lagenfeuer gegen jene, sich vom Ufer weiter zu entfernen strebte, was ihm jedoch bei zerschossenen Segeln und Masten nur auf einige hundert Schritt Entfernung gelang, so daß es nunmehr völlig festsitzend, dem Feuer aller drei Batterien um so mehr ausgesetzt war."

„Die Fregatte hatte eine so unglückliche Lage erhalten, daß sie der Nordbatterie den Spiegel bot und viele Längenschüsse erhielt; sie nahm an dem Gefechte nicht mehr Theil, nachdem das Schlepptau, mit welchem das Dampfschiff sie fortziehen sollte zweimal zerschossen, und dieses selbst durch empfangene Beschädigungen in das hohe Meer zu gehen genöthigt worden war."

Soweit der Bericht meines Generalstabschefs über das für die Dänen so unglückliche und blutige Seegefecht. Was ich von persönlichen Erlebnissen während dieser aufregenden Stunden hinzufügen könnte, wird sich aus einem Briefe ersehen lassen, welchen ich unmittelbar nachher an die Verwandten nach England schrieb und welchen ich später mittheilen will.

Hier sei nur noch das Ende der Eckernförder Affaire mit wenigen Worten aus meiner Erinnerung geschildert: Es war halb sieben Uhr, als von der Nassauer Brigade mir die Meldung gemacht worden war, Capitain Paludan begehre zu capituliren, nachdem der Christian VIII. bereits vorher die Flagge

---

in Thätigkeit kam, um. Capitain Aschlund hatte sich später darauf berufen, daß er als langjähriger Führer von Bugsirschiffen, auch abgesehen von dem Schaden, den Hekla am Ruder erhalten hatte, es für unmöglich habe halten müssen, bei einer Marssegelkühlte, die Kriegsschiffe außer Schußweite zu bringen. In der kriegsgerichtlichen Untersuchung hatten sich sehr verschiedene Meinungen darüber ergeben, ob die „Hekla" nicht dennoch hätte Hilfe leisten sollen. Der kriegsgerichtliche Bericht schreibt dem Fortgange der „Hekla" die Katastrophe zu. Gleich nach dem Wiederbeginn des Kampfes habe die Fregatte ihre Kampfunfähigkeit erkannt und sei nun berathen worden, ob das Schiff auf den Grund zu setzen sei, was unterlassen worden wäre, weil dadurch das Linienschiff definitiv verhindert worden wäre, aus dem Kampfe sich zurückzuziehen, da die Fregatte kaum vom Linienschiff frei gekommen wäre.

Zusammenfassend will ich nur noch zum Schlusse bemerken, daß die Schüsse, welche die Dampfschiffe kampfunfähig gemacht hatten, aller Wahrscheinlichkeit nach von den Feldbatterien gekommen waren. Jedenfalls ersieht man aus dem kriegsgerichtlichen Bericht, daß Herr von Treitschke seinen Bericht an das sächsische Kriegsministerium wahrlich mit der größten Objektivität und ohne alle Voreingenommenheit für die, meinem unmittelbaren Commando unterstehenden Truppenabtheilungen, erstattet hat.

gestrichen und das Feuer in Folge dessen auf allen Seiten aufgehört hatte. Als ich am Ufer ganz in der Nähe der Südbatterie anlangte, war eine nach hunderten zählende Menge von jubelnden Menschen aus der Stadt und über die den Hafen umgebenden Höhen herbeigeströmt. Alles war so voll von Bewegung und tiefster Erregung des Gemüthes, daß es schwer war, besonnene und zweckmäßige Anordnungen zu treffen. Bürger und Soldaten sah man weinen und jubeln zugleich. Als ich zu der Nassauer Batterie kam, übermannte es den braven Hauptmann Müller so, daß er alle militairische Ordnung bei Seite setzte und mir um den Hals fiel.

Als die Mannschaft der beiden Schiffe in Booten an das Land gesetzt wurde, was bei dem Mangel aller dazu geeigneter Fahrzeuge nur sehr langsam von statten ging, war volle Dunkelheit hereingebrochen und man bemerkte, daß das Linienschiff brenne. Es war unmöglich, etwas zur Rettung desselben zu thun, ich mußte mich darauf beschränken, den Mannschaften und Verwundeten der Schiffe soviel wie möglich Beistand leisten zu lassen. Im Uebrigen wußte Niemand recht, wessen Befehlen eigentlich zu gehorchen sei, und Stadt- und Seebehörden, sowie die Truppencommandanten von Eckernförde machten allerlei Anordnungen bunt durcheinander.

Was mir an geeigneten Maßregeln durchzusetzen gelang, verdankte ich mehr meiner persönlichen Einflußnahme, als meinem militairischen Commando. Um jedoch die äußere Ordnung zu sichern, ließ ich einige Abtheilungen des Bataillons Reuß am Strande aufmarschiren. In späterer Nachtstunde, nach dem Eintritt der unvermeidlichen Katastrophe des Linienschiffes, wurden diese Truppen zum Theil auf die Fregatte Gefion gebracht, um den Besitz derselben so gut es eben möglich war, zu sichern*).

Ich war inzwischen in die Stadt zurückgekehrt und beschied den Commandanten Capitainchef Paludan, sowie den Capitain Meyer in mein Quartier, wo dieselben in Begleitung ihrer Adjutanten alsbald erschienen und mir ihre Degen überreichten. Ich lud die Herren zum Thee ein und stellte den andern Tag den unglücklichen Capitainen ihre Waffen zurück.

Ich kann aber nicht behaupten, daß die Charakteristik Paludans nach der verlorenen Schlacht zutreffend wäre, wenn man ihn zuweilen als gebrochenen Mann und tief gedemüthigt geschildert findet. Ich war vielmehr über die Gleichgiltigkeit erstaunt, mit welcher die Dänen ihre Niederlage hinnahmen, oder welche sie wenigstens zur Schau trugen. Sie schienen die Sache als ein Ele-

*) In den Aufzeichnungen des Prinzen Friedrich von Noer wird auch der Affaire von Eckernförde in einer Weise gedacht, welche Alles, nur nicht freundlich und correct genannt werden kann.

mentarereigniß zu betrachten und sich wie der Schiller'sche König Philipp über den Untergang der unüberwindlichen Armada zu trösten.*)

Doch blieb auch, abgesehen von dem Verluste der besten Schiffe, die Niederlage für die Dänen empfindlich genug, da sie eine so große Anzahl ihrer besten Seeleute und Mannschaften verloren.

Endlos mußten die Boote an die Schiffe heranfahren, um die drängenden Matrosen und Soldaten als Gefangene an das Land zu bringen. Man zählte 44 Offiziere und 981 Mann, welche nach Mitnahme aller ihrer Effekten und Habseligkeiten gerettet wurden. Aber auf dem Christian VIII. befanden sich immer noch zahlreiche Menschen, als man schon das Feuer aus allen Luken des Schiffes hervorbrechen sah. Plötzlich entluden sich einige Kanonen auf dem Schiffe und bald darauf folgte ein furchtbarer Knall und eine gewaltige Feuersäule stieg zum Himmel empor. Holz und Eisenstücke, ganze Schiffstrümmer, sowie Geschütze und Geschützestheile flogen in die Luft, als wären es Spielbälle, und bedeckten im nächsten Augenblick den Strand und das wogende Meer. Wie durch ein Wunder mußte es geschehen sein, daß von den vielen Menschen, die rings um den Hafen standen und das Schauspiel betrachteten, kein Einziger getödtet worden war. Tausende von Flammen beleuchteten die erschütternde Scene; glühende Kugeln sah man an das Ufer hingestreut, neben brennenden Balken und allerlei Stoffen. Dazwischen krachten und knallten zerspringende Granaten und sich entladende Patronen. Als der Lärm der Elemente zu schweigen begann, folgten die Schreckenstöne der hilfesuchenden Schiffsmannschaften, die den letzten Kampf des furchtbaren Tages mit den Wellen des Meeres bestanden.

Unter den zahlreichen Opfern, welche die Katastrophe forderte, befand sich der dänische Lieutenant Krieger und von unserer Seite der tapfere Commandant der Südbatterie, der Feldwebel Preußer, dessen Geschick so oft beschrieben und eben so oft beklagt worden ist. Aber sein Tod war im Grunde eine Folge des eben noch vorhandenen Mangels militairischer Disciplin; denn Preußer hatte sich ohne meinen Auftrag und Erlaubniß an Bord des Christian VIII. begeben und soll dort die verkehrtesten Anordnungen getroffen haben. So habe er, behauptete man, die schon geöffneten Wasserhähne wieder schließen lassen und das Auswerfen der Munition verhindert. Tragisch war das Geschick des

---

* Da man keine Schiffe hatte, so blieb die Vertheidigung der eroberten Kriegsfregatte bei eventuellem Angriff der Dänen eben nach wie vor Sache der Landarmee und der Strandbätterien und in diesem Sinne waren auch alle unsere Dispositionen in den der Schlacht folgenden Tagen getroffen worden.

Mannes wohl zu nennen, der im Hochgefühl eines unerhörten Sieges, seine Eigenmächtigkeit mit dem Tode bezahlte.

Weniger bekannt dagegen ist das merkwürdige Schicksal eines Norwegers, welcher als Freiwilliger die Seecampagne der Dänen mitmachte und wunderbar gerettet wurde. Es war Schiffslieutenant Graf Wedel Jarlsberg, welcher als Adjutant Paludans mitgefangen worden und im Gefolge desselben in meinem Quartier erschienen war. Er bat mich nach kurzer Anwesenheit um die Erlaubniß, auf das Schiff zurückkehren zu dürfen, um einige in der Eile vergessene Papiere des Capitainchefs Paludan zu holen. Ich gab ungern meine Zustimmung, ließ den Grafen aber gewähren, da er das Handgelöbniß leistete, auf dem Schiffe nichts Feindliches unternehmen und zurückkehren zu wollen. Rittmeister v. Fritsch und Hauptmann Stieglitz begleiteten denselben an den Strand und ließen sich nur ungern abhalten, mit ihrem Gefangenen ein Fischerboot zu besteigen, in welchem dieser sich so rasch wie möglich zu dem brennenden Schiffe rudern ließ. Im nächsten Augenblicke aber erfolgte die Explosion; man hielt den muthigen Mann für todt und in den Wellen begraben.

Nachts wurde ich geweckt und der ritterliche Officier stand, triefend vom Wasser, vor mir, indem er sich als zurückgekehrt meldete. Er war durch die Explosion weit ins Meer hinaus geschleudert worden, ohne daß er jedoch Schaden genommen hätte. Ein guter Schwimmer, vermochte er an den Strand zu gelangen; als Ehrenmann löste er das gegebene Wort und stellte sich mir als Gefangener wieder.

Zwanzig Jahre später, am Tage meines Regierungsjubiläums in Gotha, im Januar 1869, trat ein etwas ergrauter schwedischer Admiral bei mir ein, der, wie er sagte, die weite Reise in steter Erinnerung an den 5. April des Jahres 1849 besonders gemacht habe, um mir seine herzlichen Glückwünsche darzubringen. Es war Wedel Jarlsberg, der jetzt zu den hervorragendsten und angesehensten Persönlichkeiten der schwedischen Marine gehörte. Er hatte an jenem Tage, vor zwanzig Jahren, seine Feuertaufe und zugleich Wasserprobe als tapferer Seemann bestanden.

Die Schlacht von Eckernförde war nach dem übereinstimmenden Urtheile aller kundigen Männer, wenn auch nicht eine der großen, so doch eine der seltensten und merkwürdigsten Begebenheiten, welche die Kriegsgeschichte kennt. Wie sich jedoch von selbst versteht, gehörten außerordentliche Glückszufälle dazu daß dieser Erfolg erreicht werden konnte. Indem aber die Thatsache gegeben und ein Ereigniß eingetreten war, welches die Phantasie der Menschen auf das Seltenste beschäftigte, so war die politische Wirkung davon eine ganz außerordentliche.

Wenn man die unzähligen Zeitungsblätter in Deutschland, welche den Sieg von Eckernförde just in den Ostertagen feierten, mit der gleichgiltigen Stimmung verglich, welche vor dem Ausbruch des Krieges in Bezug auf diese verwickelte und gleichsam leidige nordische Angelegenheit herrschte, so durfte man behaupten, daß die Schlacht von Eckernförde nicht bloß die seemännischen Phantasien der Deutschen entfesselte, sondern auch im eigentlichsten Sinne des Wortes den Krieg gegen Dänemark erst populär gemacht hatte. Geradezu unzählig waren die Gedichte und Zuschriften, die mir täglich zugekommen sind und selbst bei den Engländern, welchen das Ereigniß ein gleichsam verwandtes Interesse zu bieten schien, regte sich jetzt etwas von Mitgefühl und Beifall für uns Deutsche. Ich glaube, meinen Antheil an der Herbeiführung der Affaire und des Erfolgs niemals überschätzt zu haben, aber das Ereigniß selbst konnte nicht leicht hoch genug angeschlagen werden. Was ich an meinen Bruder darüber schrieb, möchte vielleicht eine Art urkundlichen Werth haben und daher hier Platz finden:

Gettorf, den 6. April 1849.

„Obgleich ich vermuthe, daß Du von unserer glänzenden Waffenthat bereits indirekt Kunde bekommen hast, so verfehle ich doch nicht, Dir in wenig Zeilen Nachricht davon zu geben. Der Ueberbringer derselben ist der holsteinische Baron v. Heinze, ein Mitglied der Statthalterschaft, der den Patriotismus hat, um Dir eine offizielle Kunde zu bringen, auf seine Kosten nach England zu gehen. Vor wenig Tagen erst hier angelangt, um mein Corps zu formiren, erhielt ich am 4. Abends die Kunde, daß bei Eckernförde eine dänische Flottille in Sicht sei."

„Ich ordnete Alles zur Vertheidigung an, erfuhr jedoch erst den andern Morgen um halb acht Uhr den Angriff. Das Feuer wurde zugleich auf die Stadt und die beiden Batterien eröffnet. Wir hielten uns wacker und beschädigten die Dampfer so stark, daß sie schon nach den beiden ersten Stunden den Hafen verlassen mußten. Ihnen folgten bald die beiden Briggs, von denen eine durch glühende Kugeln, welche ich besonders schießen ließ, merkbar brannte."

„Gegen zwölf Uhr legte sich das Admiralschiff und die Fregatte auf 400 Schritte vor die Stadt und die eine Batterie. Jetzt galt es Alles, eine Landung zu verhüten, was auch gelang. Ich selbst hielt über zwei Stunden im Kartätschenfeuer aus."

„Um halb 2 Uhr hörten die Schiffe zu feuern auf, zogen die weiße Flagge und schickten mir einen Parlamentair, welcher das Ansuchen stellte, daß, wenn ich mein Feuer einstellen würde, die Schiffe den Hafen verlassen würden. Ich

forderte unbedingte Unterwerfung, was nicht angenommen wurde. Dagegen eine Waffenruhe von zwei Stunden. Um 4 Uhr begann das Feuer wieder furchtbar."

„Während der Ruhezeit war es mir gelungen, 4 Geschütze der Nassauer hinter einem Sandaufwurf dicht vor die Schiffe hinzustellen. Sie richteten einen furchtbaren Schaden an und tödteten die halbe Bedienung der Geschütze. Nach 6 Uhr ergaben sich beide Schiffe ....

„Möchte dies die erste und letzte Waffenthat in diesem Kriege sein, der das schöne Land zu Grunde richtet und den Dänen keine Scholle mehr zurückgibt. Der Patriotismus ist hier ein ungeheuerer. Ich glaube, daß Du viel dazu beitragen kannst, uns den Frieden zu verschaffen.

Dein 2c.

Ernst."

„Ich habe Deinen Brief aus Hamburg — antwortete Prinz Albert am 10. April — erhalten, in dem Du mir Deinen Abgang zu Deiner Brigade anzeigtest und zwei Tage darauf, nämlich gestern schon, die Nachricht von einem großen Siege unter den merkwürdigsten Umständen. Du bist ein Glückskind und kommst mir vor wie ein Jäger, der auf den Schnepfenstrich geht und dem ein Hirsch von 14 Enden in die Hände läuft. Es konnte nichts Glücklicheres vorkommen, und der Verlust der Schiffe mag Dänemark bereiter machen, Vernunft zu hören und sich zu einem Frieden zu verständigen, der ihm und Deutschland Noth thut."

Daß man in Schleswig-Holstein an einen so glänzenden Beginn des Kampfes weit mehr kriegerische Hoffnungen knüpfte, als ich und mein Bruder in den obigen Schreiben, ist erklärlich. Man erwartete von demselben nicht einen sofort zu schließenden Frieden, sondern eine energische und durchgreifende Demüthigung der Dänen*). In diesem Sinne sind meistens auch die offiziellen

*) Es dürfte von Interesse sein, die Auffassung der schleswig-holsteinischen Regierung hier kennen zu lernen und ich will daher anmerkungsweise Einiges aus den Berichten mittheilen, was zur Ergänzung unserer Darstellung dienen kann. So schreibt Schleiden: „Von hier an kann ich aus eigener Anschauung sprechen, da ich gerade während der kurzen Waffenruhe mit Dr. Lorenzen in Eckernförde ankam. Die Nassauer Batterie fuhr etwas nördlich von unserer Südbatterie hinter dem Christians-Pflegehause auf und begann, da das Linienschiff, der ablehnenden Antwort ungeachtet die Parlamentairflagge nicht niederließ, sondern Anstalten traf, seine Lage zu verändern, das Feuer. Dr. Lorenzen und ich, die wir gerade zwischen der Nassauer und Südbatterie waren, hatten Mühe, uns hinter das Pflegehaus zu retten, in welches denn auch gleich eine Kugel niederschlug. Die Steine rasselten dicht hinter uns nieder. Dr. Lorenzen behielt dort während der ganzen Kanonade seinen Platz. Ich

Berichte der Statthalterschaft über die Eckernförder Affaire an ihre auswärtigen Geschäftsträger gehalten. Dennoch aber findet sich auch in einer solchen an Sammer nach London gerichteten Zuschrift das kleinlaute Zugeständniß: „Es bedurfte eines so großartigen Ereignisses wie das gestrige, um bei den schlechten Nachrichten aus Berlin nicht den Muth zu verlieren“.

---

flüchtete, einigermaßen durch die Kirchhofsmauer von Kartätschen gedeckt, in die Stadt und sah dem Rest des Gefechts von der Höhe von Borby zu. Das Feuer, welches anfangs ziemlich lebhaft war, wurde bald schwächer und nachdem ich die vierte Kugel in das Linienschiff einschlagen gesehen, strich dieses gegen 6 Uhr die Flagge. Ein allgemeines „Hurrah“ begrüßte diesen Moment, doch wagten wir anfangs kaum zu hoffen, daß dies das Zeichen der Ergebung sei. Die Fregatte hatte während des zweiten Kampfes nicht geschossen. Als wir an den Strand und in die Nähe der Batterien zurückkamen, hörten wir aus dem Munde des Herzogs von Gotha, der mit jubelndem „Hoch“ empfangen wurde, daß beide Schiffe sich auf Gnade und Ungnade ergeben hätten. Sofort begann auch die Ausschiffung der Mannschaft des Linienschiffs und gleich von den ersten Matrosen, die bereits ziemlich weit vom Ufer ins Wasser gesprungen waren, um die Böte zurückgehen zu lassen, erfuhren wir, daß das Schiff brenne — eine glühende Kugel hatte es entzündet. Andere wollten wissen, daß es an drei Stellen brenne. Der Adjutant von Paludan versicherte heilig, daß man dänischer Seits das Schiff nicht angezündet habe. Der Herzog hat zwei Stunden im Kugelregen gehalten und ist ihm ein Pferd todt geschossen. Er war des Erfolges sehr froh. Unser Verlust besteht in einem Todten, fünf leicht Verwundeten, 2 Pferden der nassauischen Batterie. Außerdem ist ein Reußischer Soldat und eine kranke Frau im Pflegehause in ihrem Bett getödtet. In der Stadt sind viele Dächer durchlöchert, doch ist die Drohung, dieselbe in Brand zu schießen, nicht ausgeführt“ . . . . . .

In einem folgenden Briefe sind die Verluste der Dänen angeführt und verdienen diese Angaben, obwohl in unseren Berichten geringere Ziffern vorkommen, einige Beachtung. „Heute kommt die Schattenseite des glänzenden Bildes von gestern. Wir wissen nämlich jetzt, daß mit dem Linienschiff noch circa 200 Menschen in die Luft geflogen sind, darunter von den 35 oberen Chargirten 12, namentlich die Capitain-Lieutenants Krieger und Marstrand. . . . rc. . . ., die Aerzte Smith und Ibsen. Am betrübendsten, daß unser wackerer Artillerie-Unteroffizier Preußer, der mit Stinde die Südbatterie kommandirt hatte und dem der Ehrenposten auf dem Schiff angewiesen war, gleichfalls mit in die Luft geflogen ist; ein norwegischer Freiwilliger, Lieutenant Wedel Jarlsberg, sprang im Moment der Explosion ins Wasser und rettete sich, nur durch ein niederfallendes Brett an der Schulter verletzt, durch Schwimmen ans Land. Die Wirkungen der Explosion scheinen fürchterlich gewesen zu sein. Halbe Leichen und einzelne Glieder sollen umherliegen. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß ein Theil der verunglückten Mannschaft sich aus Furcht versteckt hatte, denn wie sich jetzt ergeben, ist bei der Fregatte nicht sowohl deren Ramponirung, als die Furcht der wenig geübten Mannschaft, die in den letzten Stunden, selbst mit

Gewalt, nicht mehr an die Kanonen zu bringen war, Schuld an der Uebergabe derselben. Freilich haben die Kugeln auch fürchterlich gewirkt. 40—60, nach Andern gar 120 Todte und Verwundete am Bord der Fregatte, die von vielen Längenschüssen durchlöchert sein soll. Die inneren Räume bieten, wie Harbou, der sie gesehen, mir sagt, einen schrecklichen Anblick. Das Linienschiff soll von der Nassauischen Batterie 16 Schüsse durch den Spiegel erhalten haben, von welchen jeder durchschnittlich 3 Mann umwarf. Die Fregatte ist in der vorigen Nacht in den inneren Hafen gebracht worden. Capitain Donner war um zwei Uhr mit ca. 200 Matrosen angekommen. Das Schiff soll in circa 14 Tagen nothdürftig reparirt werden können und würde sofort im Stande sein, als Batterie zu dienen, wenn die Dänen einen Versuch machen sollten, die Fregatte nachträglich wieder abholen zu wollen. Die beiden Dampfschiffe liegen noch vor dem Hafen und haben zweimal ein Parlamentairboot geschickt, um sich nach dem Schicksale der Besatzung des Christian VIII. und speziell eines Sohnes ihres Höchstcommandirenden, des Cadetten Garde zu erkundigen, welcher Letztere gerettet ist. Die Kriegsgefangenen, nach der Aussage des Commandanten 1023 Mann, darunter 44 von höheren Graden, sind heute nach Rendsburg abgeführt.

Die Affaire bei Eckernförde absorbirt natürlich noch alles Interesse; heute ist eine Proclamation in dieser Veranlassung erschienen. 2c. 2c. Schleiden."

Schleswig, den 6. April 1849.

Viertes Capitel.

Politik und Gesellschaft im Feldlager.

Als ich zur Uebernahme meines Commandos nach Holstein abgegangen war, traf mich in Hamburg die Nachricht, daß die Waffenstillstandsregierung in den Herzogthümern zurückgetreten sei. An Stelle derselben war von der Reichscentralgewalt eine Statthalterschaft eingesetzt worden, die aus drei Männern bestehen sollte.

Beseler hatte vermöge seiner Verbindungen in Frankfurt es durchgesetzt, daß er und der Graf Reventlow nicht allein selbst zu Statthaltern ernannt wurden, sondern daß man ihnen auch die Wahl ihres dritten Collegen überließ. Nichts war nun aber bezeichnender für den ganzen Zustand, in welchen die Dinge in Deutschland gerathen waren, als daß die beiden Statthalter sich über ihren dritten Mann weder selbst zu vereinigen vermochten, noch auch die Centralgewalt stark und angesehen genug war, ohne die Zustimmung der beiden Gewalthaber die Statthalterschaft zu vervollständigen.

Man dürfte nun durchaus nicht denken, daß diese allerdings eigenthümliche Situation der Landesregierung mit patriotischem Schweigen in den Herzogthümern hingenommen worden wäre. Ich fand vielmehr, da die Kriegsführung zu solchen Beobachtungen alsbald Zeit genug übrig ließ, das Land in schroffe Parteien gespalten, überall tiefe Uneinigkeit unter den leitenden Persönlichkeiten und mitunter die gehässigsten Streitigkeiten zwischen Adel und Volk. So sehr auch gegenüber von Dänemark auf die Zusammengehörigkeit mit Deutschland gepocht wurde, so wenig Sinn für Unterordnung, so wenig Bedürfniß für die Einheit des Reiches war hier vorhanden.

An ein Aufgeben particularer Rechte gegenüber der Centralgewalt dachte man wenig. Von vereinzelten Individuen in den Städten und insbesondere in Litteratenkreisen konnte man sagen, daß sie preußische Sympathien hegten und das Uebergewicht der preußischen Offiziere auch in ihrer eigenen Armee gerne sahen, aber diese Gesinnung vermochte sich wegen Preußens ganzer Haltung nicht hervorzuwagen und war überhaupt der größeren Masse unverständlich.

Ein Theil des Adels sympathisirte mit den in Preußen mehr und mehr hervortretenden reactionären Strömungen, mußte sich aber zur Zeit wohl hüten, solchen Meinungen Ausdruck zu geben.

Die schwierige äußere Lage des Landes hinderte nicht, daß in Schleswig-Holstein fortwährend ganz ähnliche Eingriffe gegen die Rechte des Adels von Seite der Massen vorgekommen waren, wie in allen übrigen Theilen von Deutschland.

Wie in Franken und Schlesien erhob man sich auf alle Weise gegen die noch bestehenden Rechte der Gutsbesitzer und wie in meinen thüringischen Ländern, so wurden auch in Schleswig-Holstein Wälder devastirt und die Jagdrechte verletzt. Auf den großen Gütern der Augustenburger und insbesondere auf denen des wenig beliebten Prinzen von Noer führten die Bauern einen förmlichen Krieg gegen die Herrschaft, und wenn sich Prinz Friedrich in seinen Erinnerungen beklagt, daß er von den Reichstruppen unter meinem Commando schrecklich zu leiden gehabt habe, so ist es vielmehr umgekehrt richtig, daß er fortwährend unseres Schutzes gegen die ihm äußerst feindseligen Unterthanen bedurfte. Uebrigens verloren sich diese Mißverhältnisse im Laufe des Feldzugs mehr und mehr, und zur Zeit meiner Rückkehr nach Deutschland hatte man in Schleswig den Eindruck geordneter Zustände.

Die Popularität der augustenburgischen Fürsten war nirgends sehr groß, sie galten als hocharistokratisch und volksfeindlich. Der Prinz von Noer bewegte sich in den erstaunlichsten Täuschungen über sein Ansehen und seine Macht im Lande. Ich lernte ihn nach der Eckernförder Bataille kennen und hatte dann lebhaften Verkehr mit ihm und seinem regierenden Bruder, dem Herzog August. Es waren liebenswürdige und prächtige Männer in persönlicher Beziehung. Ritterlich, ehrenhaft, treu und verläßlich, aber steif in ihren Meinungen und Ueberzeugungen und von unbesiegbarem Eigensinn in allen Punkten, welche sich auf ihre Rechte und Ansprüche bezogen. So machten diese trefflichen Prinzen den tragischen Eindruck, daß sie von dem Lande nur wenig anerkannt waren, für dessen Sache sie Alles geopfert hatten, während sie gleichzeitig von der europäischen Diplomatie in einem Maße für verantwortlich gehalten wurden, welches in gar keinem Verhältniß mit ihrer wirklichen Wirksamkeit und mit ihrem Einflusse stand.

Uebrigens war der Herzog ein Mann von großem, staatsmännischem Wissen und genauer Kenntniß der europäischen Verhältnisse und würde unter günstigen Umständen die Regierung des Landes in eine ganz entsprechende Bahn monarchischer Beziehungen zu den übrigen Mächten Deutschlands zu bringen gewußt haben. Der Prinz von Noer war der Gegenstand harter Angriffe von Seite der liberalen Partei und zugleich des größten Hasses von Seite der Dänen

und ihres Königs. Ich fand ihn daher schon im Jahre 1849 in jener sehr verbitterten Stimmung, welche er in gesteigertem Maße nachher in seinen vielfach schon genannten Memoiren zum Erstaunen mancher seiner Anhänger an den Tag legte. Er war ein Mann von herzensguter Denkungsart, aber in seinen Aeußerungen sehr verletzend. Das Imponirende seines persönlichen Auftretens verstärkte die Wirkung seines kritischen Wesens. Er war ein großgewachsener Mann, voll Ebenmaß seines kräftigen Gliederbaues, in jeder Beziehung eine schöne, stolze Erscheinung. Da er überall viel mehr und bestimmter hervortrat als der Chef des Hauses, so erschien er unwillkürlich als der Führer der kleinen Partei, welche damals als augustenburgisch bezeichnet werden konnte.

Die Männer dieser Richtung waren der Statthalterschaft und in mancher Beziehung mit vollem Rechte nicht eben sehr wohlgesinnt. Beseler hatte alle Fehler eines politischen Dilettanten an sich, welchen die Umstände aus einer kleinstädtischen Advokatenwirksamkeit zu den staatsmännischen Geschäften emporgehoben hatten; aber nichts lag dem Charakter des Statthalters ferner, als ein falscher Schritt. Nicht ohne einen gewissen kleinbürgerlichen Ehrgeiz, aber gerade und sicher, wie seine Haltung, war auch sein Weg. Er vereinte in sich ein sonderbares Gemisch von übertriebener Vorsicht und blindem Hineintappen.

Wenn er sich mit seinem Amtsgenossen, dem Grafen Reventlow Preetz, wie schon bemerkt, über die Wahl eines dritten Mitgliedes der Statthalterschaft nicht zu vereinigen vermochte, so war es dafür eine desto erfreulichere Erscheinung, daß, trotz gänzlicher Verschiedenheit des Charakters, in der Wirksamkeit der beiden Männer kein innerer Gegensatz sichtbar wurde. In der That, nur durch den wahren Patriotismus, von welchem sie Beide beseelt waren, ließ sich die Ungleichheit ihrer Grundanschauungen überbrücken.

Graf Reventlow war ein Idealist in des Wortes schärffster Bedeutung, und wie solche zu sein pflegen, leidenschaftlich und unvorsichtig, aber ritterlich und unbestechlich. Es fehlte nicht in der Verwaltung des Landes an einer gewissen Ordnung und die Justiz wurde in Ansehung politischer Vergehen mit einer fast verwunderlichen Gesetzestreue gehandhabt. Sind doch bekanntlich auch in jenen Jahren in Schleswig-Holstein Beleidigungen des Königs von Dänemark, mit welchem als dem Landesherzog nach der geltenden Fiction sich die Herzogthümer nicht im Kriege befanden, auf das schärffste gestraft worden.

Eines der merkwürdigsten Beispiele einer schiefen und unklaren Jurisprudenz wird es immer in der Geschichte bleiben, daß es möglich war, Leute, welche man gegen Dänemark bewaffnete und die ihr Leben daran setzten, in denselben Kampfestagen mit Zuchthaus zu bestrafen, wenn sie gegen den König dieses Landes in den Zeitungen eiferten, oder gar seine Beseitigung verlangten.

Rücksichten dieser Art war jedoch die Statthalterschaft nicht bloß den äußeren politischen Verhältnissen, sondern auch dem eigenen Volke gegenüber schuldig, denn dieses war, meiner Beobachtung nach, in ganz Schleswig, und nicht bloß im dänisch redenden Theile, im Frühjahr 1849 in der That noch in verwunderlicher Mehrheit sehr gut königlich gesinnt. Bei aller Bereitwilligkeit der Grundbesitzer, die Opfer des Krieges zu tragen, fand man unter dem Volke doch ein großes Attachement an das königliche Haus.

Die Masse suchte sich in ihrem Gewissen durch die Fabel zu beruhigen, daß der König in Kopenhagen gefangen und gezwungen sei, zu thun, was er nicht selbst wollte und daß er mit seinem Herzen ganz bei der schleswig-holsteinischen Sache wäre. Wie weit sich diese Täuschung in naiver Form von unten nach oben ausdehnte, hat man lieber ununtersucht gelassen; daß aber die Statthalter an ein moralisches Einverständniß zwischen sich und ihrem König wirklich geglaubt hätten, möchte ich wohl in Abrede stellen können. Wesentlich verändert hat sich diese Stimmung übrigens seit dem Blutbade von Friedericia, wo sich der Dänenhaß auch gegen König und Dynastie in vollstem Maße entwickelte.

Ich hatte in dienstlicher Beziehung manche peinlichen Conflikte mit der Statthalterschaft, welcher ich inzwischen persönlich in aller Freundschaft nahe getreten war. Aber die Unklarheit der Commandoverhältnisse, die Unvorsichtigkeit und Unbotmäßigkeit einzelner Organe der schleswig-holsteinischen Armee und die häufigen Einmischungen des Kriegsdepartements unter der wahrlich wenig militairisch geschulten Leitung Jacobsens in die Angelegenheiten des Felddienstes brachten Zerwürfnisse aller Art hervor.

Nichts war in dieser Beziehung vielleicht charakteristischer, als die Anordnungen, welche nach dem Gefecht von Eckernförde über das Schicksal der eroberten Gefion getroffen worden waren. Das Brigade-Commando erfreute sich bei dieser Gelegenheit der seltsamsten Befehle und Gegenbefehle, 1. vom Reichsministerium, 2. vom Obercommando, 3. vom General Bonin, 4. von der Marine-Commission in Kiel, 5. von der Statthalterschaft, 6. von den Ortsbehörden. In Folge dessen stritten der Capitain Donner, der Senator Lange, der Major Jungmann, welcher am 12. April zum Commandanten von Eckernförde ernannt worden war, und endlich das Zeugamt zu Rendsburg mit dem Brigade-Commando wochenlang über die nothwendigen Vorkehrungen, die in Bezug auf die Fregatte zu treffen wären.

Eine wirkliche Verlegenheit war der Statthalterschaft und mir aus einem Vorfalle bei Friedrichsort entstanden, an welchem das englische Kriegsschiff „Hecate“ unter dem Commando des Capitains Aldham unangenehm betheiligt war.

Eine dem Batterie-Commandanten von Friedrichsort fern erscheinende Fregatte segelte mit einem dänischen Schiffe gleichzeitig gegen die Bucht. Der Commandant von Friedrichsort gab den erforderlichen Avisoschuß zum Halten, allein das an der Spitze segelnde Schiff, welches nicht rechtzeitig als ein englisches erkannt worden war, setzte seinen Curs fort. Hierauf erfolgte ein zweiter scharfer Schuß quer über Deck. Die Engländer waren sogleich bereit, hierin eine Beleidigung ihrer Flagge zu erblicken und als dem englischen Consul Hodges in Hamburg von dem Ereigniß Nachricht zugekommen war, verlangte dieser Satisfaction von der Statthalterschaft. Es entspann sich ein sehr unangenehmer Depeschenwechsel, und der den Schleswig-Holsteinern sehr feindlich gesinnte Consul berichtete in ungünstiger Weise an die Admiralität in London*).

---

*) Es dürfte nicht ohne Interesse sein, das Schreiben von Hodges an den Statthalter Grafen Reventlow mitzutheilen, um zu zeigen, wie entstellt der Hergang der Sache erzählt worden war:

Her Britanic Maj. Mission Hamburg 1. June 1849.

Monsieur le Comte!

I very much regret to have occasion to call the attention of the governing authorities of the duchies of Schleswig and Holstein to an insult offered to Her Majesty's Flag under the following circumstances.

Her Majesty sent two war steamers to proceed, one to the Elbe and Weser and the other to the Prussian and other ports in the Baltic to report upon the efficiency of the Danish Blockade. Her Majesty's Steamer Hecate, commander Aldham, on such service latered the Port of Kiel on the afternoon of the 30° ult.° and was boarded by an officer in a boat sent from an armed gun boat, lying a short distance from the Steamers course, as Her Majesty's Steamer was immediately stopped, but at the same moment a blank gun was fired from the fort at Friederichsort. The officer from the gun boat on coming on board asked where the Hecate came from, and being informed from Swinemünde and that her commander wished to proceed to Kiel, where he expected, that despatches from his Government awaited him, he was informed by the officer from the gun boat, that he had permission to proceed to Kiel.

As soon as the Boat and officer from the gun boat were clear of Her Majesty's steamer she proceeded on her course, when scarcely 2 or 3 minutes had elapsed before a shot from the fort passed close a head of the Hecate much to the surprise of her commander, who could not understand why such an outrage should be committed upon his country's Flag, but particularly, after the officer who boarded the steamer from the gun boat had said you have permission to proceed. On this Her Majesty's Steamer was stopped a second

Um die Sache auszugleichen, hatte ich inzwischen die Offiziere der Hecate nach ihrem Einlaufen in den Kieler Hafen zu mir geladen und mit allen möglichen Liebenswürdigkeiten zu beruhigen gesucht. Auch unterrichtete ich meinen Bruder und die Königin von der Sache und bemerkte, daß wir in Gefahr gekommen wären von dem dänischen Dampfer Hekla und einer Fregatte, welche unter dem Schutze der Hecate einlaufen wollte, beschossen zu werden. So konnte ich der Statthalterschaft schon am 1 Juni melden, daß Capitain Aldham mir erklärt habe, die ganze Sache als ein Mißverständniß ansehen zu wollen, wodurch der Zwischenfall glücklicherweise beigelegt erschien.

Mein Ergreifen in dieser und vielen anderen Angelegenheiten hatte mir indessen nicht nur viele Sympathien bei der Bevölkerung eingetragen, sondern ich gewann auch das vollste Vertrauen der Statthalter selbst.

---

time, and boarded by an officer from the fort, who desired to know, why the Flag at the fort had not been saluted by Her Majesty's Steamer. This officer was informed by Commander Aldham, that it was not customary in the British Naval service for Steamers to salute any Flag, they having so few guns and that his instructions were very stringent respecting salutes, and Commander Aldham then demanded, why a shotted gun had been fired at the Hecate from the fort, after she had been visited from the gun boat, and to whom her commander had explained the reasons for entering the harbour of Kiel. The commander of Hecate further stated, that he considered such an act an insult to the British Flag, and that he should report the same to his government. The officer from the fort made a short apology or excuse for the offense committed, but left the Hecate, when she again proceeded on her course to Kiel.

The forgoing is the substance of commander Aldham's report of this occurrence, which I assure you I very sincerely regret, but however unpleasant my duty in this case may be I cannot help calling upon the government of the Duchies for that reparation which I think the circumstances of the case require, which is, that by order of that government an officer be sent on board of Her Majesty's Steamer Hecate on her return to the Port of Kiel, who shall there apologise for the insult offered to Her Britannic Majesty's Flag under the circumstances above stated.

I am asking in this case no more than is usually granted under like occurrences and such as I deem myself bound to require.

I beg to assure you of the high consideration and respect with which I have the honour to be etc.

Hodges.

To count Reventlow etc. etc.

„Meine Stellung," so durfte ich meinem Bruder damals schreiben, „ist eine sehr schwierige, da ich beinahe ohne alle Instructionen bin und Prittwitz in seiner höchst zweideutigen Stellung halb unter dem Reich, das nicht besteht, halb unter preußischer Diktatur den selbständigen Corpsführern lieber keine Befehle schickt, als bestimmte, die ihn nach der einen oder andern Seite einst kompromittiren könnten. Da ich ganz von der Hauptarmee getrennt bin und in Südschleswig und Holstein allein commandire, so spiele ich eine Art Reichs-militair-Gouverneur. Die Statthalter Reventlow und Beseler haben sich eng an mich angeschlossen und ich nehme an vielen Conferenzen Theil und habe mir auf die Landesverhältnisse keinen unbedeutenden Einfluß verschafft. Trotz alledem ist die Stellung höchst eigenthümlich und konnte nur in den jetzigen verrückten Zeiten sich so gestalten."

Ich glaubte meinen Einfluß bei der Regierung in politischer Beziehung wesentlich im Sinne des Friedens und rascher Herstellung des Waffenstillstandes benutzen zu sollen, und suchte einerseits für Annahme mäßiger Bedingungen im Lande zu wirken, andererseits meine Verwandten in England zu bestimmen, einen mächtigeren Druck auf die dänische Regierung üben zu lassen, als bisher geschehen war. Schon am 11. April schrieb ich in diesem Sinne an Albert:

„Es dürfte Dir vielleicht nicht uninteressant sein, einige Bemerkungen über die Punkte zu vernehmen, welche sich wohl am besten eignen würden, um die Friedensunterhandlungen mit Dänemark wieder aufzunehmen."

„So wie der Krieg hier geführt wird, ist nicht abzusehen, einmal, wie lang er dauert, ein andermal, zu welchen Verwickelungen er noch führen kann. Die Dänen sind Herren der See und haben in dem Besitz der Insel Alsen eine Stellung, welche es ihnen möglich macht, den Krieg à l'infini hinauszudehnen. Wollen sie nicht angreifen, so sind wir Alle unthätig und es bleibt nur eine Eroberung Jütlands übrig, um sie vielleicht zum Wiederaufnehmen der Feindseligkeiten zu zwingen. Dies ist aber immer sehr ungewiß und langwierig."

„Uns aus Schleswig zu vertreiben, ist ganz unmöglich; wir sind zu stark und die Mehrzahl der Bevölkerung ist auf der deutschen Seite. Dabei ist es klar, daß die herrlichen Herzogthümer durch den Krieg furchtbar leiden, wir unsere Kräfte hier verlieren und den Dänen selbst mehr Nachtheil als Vortheil gebracht wird. Die Hauptsache wird sein, daß die Dänen gezwungen werden, einen mehrmonatlichen Waffenstillstand einzugehen, während dem die obschwebenden Fragen rasch und energisch gelöst werden."

„Wäre der König voriges Jahr in die Herzogthümer gekommen, hätte allgemeine Amnestie ausgesprochen und beruhigende Versprechen gemacht, so würde nach der Meinung aller mit dem Geiste des Landes Wohlvertrauter die Wahr-

scheinlichkeit vorhanden gewesen sein, die Wünsche des Königs erfüllt zu sehen. Jetzt ist die Erbitterung furchtbar und die Lage für Dänemark eine viel schwierigere. Die Kluft ist breiter geworden und das Beispiel von Holland und Belgien ganz anwendbar. Jetzt ist der Bruch mit Dänemark in den Herzen der ruhigen und intelligenten Landbewohner mehr als nothwendig gewurzelt, als im vergangenen Jahre, wo die Schwindler und Demokraten an der Spitze standen. Der Dänischgesinnte selbst murrt und mißbilligt den Ausbruch des Krieges."

„Durch meine Stellung als deutscher Fürst und dadurch, daß ich mich gänzlich auf dem Standpunkt der Unparteilichkeit halte, höre ich von allen Seiten. In Kopenhagen selbst will nur die Plebs, welche durch die enormen Rüstungen gewinnt, den Krieg, ein großer Theil des Volkes ist gleichgiltig oder dagegen."

„Schafft nur Waffenstillstand, denn mit jeder Woche steigt die Erbitterung, und die gemäßigten Friedensvorschläge verlieren an willigem Gehör. Je länger die Feindseligkeiten dauern werden, desto mehr werden die spätern Unterhandlungen erschwert. Auf die Fragen selbst gehe ich nicht ein, indem ein Jeder seine individuellen Ansichten hat und ich die meinigen Dir nicht aufdringen will. Ich wünschte Dich nur davon zu überzeugen, daß bald eingeschritten werden muß, sonst erlaubt es die Ehre nicht mehr, Einhalt zu thun."

„Meine Stellung ist eine ebenso lehrreiche als schwierige: Ich bin des besten Muthes, ich habe die ganze Provinz unter mir, baue Schanzen und Forts, rüste Dampfschiffe und Kanonenboote aus, kurz bin äußerst beschäftigt und angeregt. Durch den glücklichen Erfolg meiner Waffen genieße ich ein unverdientes Vertrauen und finde weniger Widerspruch als vielleicht ein Anderer. Genugsam habe ich mich aber bereits überzeugt, daß man auch hier mehr spricht, als handelt und daß Energie, wie überall in Deutschland fehlt."

Wie im vorstehenden Briefe, so habe ich auch in den nächsten Wochen es nicht unterlassen, zu einer ernsten Mediation zu rathen, aber meine Nachrichten über den Gang der politischen Dinge stimmten wenig mit meinen Hoffnungen überein und je ungünstiger die Lage der Dänen geworden, desto sicherer schienen sie auf den Beistand der Mächte und auf die Unentschlossenheit Preußens rechnen zu können.

Mein Bruder hatte schon im März die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Friedensunterhandlungen besonders deshalb scheiterten, weil es Rußland mit Frankreich vereint auf eine politische Demüthigung Deutschlands abgesehen hätte. Nach dem Ausbruch des Krieges schrieb er am 13. Mai:

„Euer Krieg macht gar keine rechten Fortschritte und alle unsere Negotiationen ebensowenig. Beide nicht wegen Rußland, welches Preußen zum Hochverrath an Deutschland anhält und zur lauen Betreibung des Krieges räth,

zugleich aber Dänemark hier in der Unbeugsamkeit stärkt und steift. Das englische Publikum ist dabei ganz auf der dänischen Seite und Lord Palmerston braucht neuen Succeß nach den vielen Schlappen, die er sich neuerdings geholt hat."

Erst in der zweiten Hälfte Juni erschien die Lage meinem Bruder geeigneter Friedenshoffnungen zu hegen und zwar aus einem Grunde, welcher sehr merkwürdig und wenig beachtet worden war.

„Der Krieg," schreibt er am 19. Juni, „wird nun doch bald zu Ende gehen, da man in Kopenhagen Furcht vor den eigenen Demokraten bekommen haben soll. Die russische Flotte soll ebensowohl gegen diese als gegen Schleswig gerichtet sein. Man hat ihren Plan entdeckt, Jütland auch hingeben zu wollen und dagegen eine Republik der Inseln zu errichten."

In Schleswig-Holstein hatte sich indessen das Mißtrauen gegen die preußische Politik und gegen die preußische Führung immer weiter und weiter verbreitet, und selbst unter den Truppen der deutschen Bundeskontingente gährte es seit den Maiaufständen in Sachsen, Baden und der Pfalz gewaltig.

Die Vorgänge in der Heimath hatten natürlich auf die im Felde stehenden Soldaten ihre Rückwirkung geübt und waren nicht geeignet die ohnehin nicht sehr feste Disciplin zu stärken. Nicht bloß unter den schleswig-holsteinischen Truppen, wo es immerwährende Schwierigkeiten mit den neu eingestellten Rekruten, politisirenden Studenten und demokratischen Handwerkern gab, sondern auch bei den Baiern, Badensern und Thüringern hörte man Aeußerungen der Unzufriedenheit.

Als ich am Ende des Feldzuges in Veile kurze Zeit verweilte, erlebte ich, daß die Soldaten eines baierischen Bataillons über den General von Prittwitz und die ganze preußische Führung in meiner Gegenwart laut zu schimpfen wagten. Es war, wie im dreißigjährigen Krieg und in Wallensteins Lager, ein ewiges Parlamentiren über die Generale und ihre Fähigkeiten, Unternehmungen und Unterlassungen zu vernehmen.

Ein höchst charakteristischer Vorfall ist mir noch lebhaft im Gedächtniß, welcher sich zur Zeit des badischen Aufstandes ereignete. Ein gewisser Hauptmann Schwarz, von dem unter meinem Commando stehenden Bataillon Baden, meldete sich eines Tages bei mir und überreichte mir die ihm kurz vorher ausgezahlte Gage mit der Erklärung, daß er das Geld, wenn es nicht von der provisorischen Regierung in Baden ausgezahlt worden sei, keinesfalls annehmen dürfe. Einen Großherzog hätte er nicht mehr und von Preußen, welches gegen sein Vaterland Krieg führe, möchte er nicht einen Groschen haben wollen. Er sei daher genöthigt, ohne Gage zu dienen.

Wenn im Uebrigen der Prinz von Noer die Reichstruppen mit einer wil-

den Schaar vergleicht, in welcher weder Dienst, noch Ordnung, noch Gehorsam zu Hause gewesen sei, so darf man dies als eine arge Uebertreibung bezeichnen, wie sie in den Aufzeichnungen des sonst so trefflichen Mannes, der so viele Enttäuschungen erfahren hat, nicht selten sind.

Vielmehr darf ich nicht unerwähnt lassen, daß sich im Laufe des Feldzugs das beste Verhältniß zwischen den Reichstruppen und der schleswig'schen Landbevölkerung gebildet hatte. Wie ich selbst von Tag zu Tage mich mehr in Land und Leute zu finden wußte, so gestalteten sich auch meine Beziehungen zu Männern aus den verschiedensten Ständen immer intimer.

„Ich fange wirklich an, mich in die hiesigen Leute zu verlieben," schrieb ich im Juni an meinen Bruder, „sie sind die bestgesinnten und vernünftigsten, die ich je in Deutschland antraf, dabei ist das Land gar anziehend und heimlich. Schleswig-Holstein ist unser deutsches England. Neben der äußeren Erscheinung des Landes sind Sitten und Gebräuche ganz englisch, nur gibt es hier auf dem Lande keine Armen, eine merkwürdige Erscheinung! Die einfache Ursache ist der Mangel an Städten und Fabriken und eine naturgemäße Eintheilung des Grund und Bodens. Das tolle Schenkenleben, das bei uns auf dem Lande so viel Unheil bringt, ist hier unbekannt. Der Sonntag ist hier naturgemäß so still, wie in England, wo ihn mehr die strenge Kirchensitte, als der Antrieb des niederen Volkes zu jenem Tage der ärgsten Langenweile gemacht hat. Da es hier wenig Kirchen gibt und die Gemeinde oft Stunden weit in einzelnen Höfen auseinanderliegt, so ist die Kirchlichkeit nicht sehr groß und dennoch steht die Moralität hier auf einem höheren Grade, als bei uns. Von den Städten Kiel und Rendsburg kann man das zwar nicht behaupten, und die Demokratie hat auch dort warme Anhänger, welche, wie überall, das Volk zu demoralisiren suchen."

Allmählich hatte selbst das gesellschaftliche Leben, wenigstens in der Gegend von Kiel, Rendsburg und Schleswig eine vollkommen friedliche Physiognomie erlangt. Von der Beunruhigung abgesehen, welche die dänischen Schiffe fortwährend an der Küste verursachten, wodurch die schärfste Wachsamkeit der Reservebrigade beständig herausgefordert wurde, befanden sich seit Ende April die beiden Herzogthümer in einer militairisch gesicherten Lage. Es entwickelte sich ein angenehmer und liebenswürdiger Verkehr zwischen meinem Hauptquartier in Gettorf und einer Reihe von hervorragenden Familien des Landes.

Unter den Freunden, die ich damals in Holstein gewonnen, verweilen meine Erinnerungen mit wahrer Freude bei dem Grafen von Reventlow auf Altenhoff und seiner klugen und hochgebildeten Frau, einer geborenen Gräfin Voß. Die ruhige und sichere Art des Urtheils und die umfassende Kenntniß des

Landes und der Verhältnisse, welche man bei diesen beiden trefflichen Menschen fand, machten es wahrhaft belehrend, sich über den Gang der Dinge mit ihnen zu unterhalten, und ich blieb mit Beiden noch lange in einer lebhaften Correspondenz, nachdem wir im Juli bereits, in Folge der Abreise des Grafen in politischen Geschäften nach Berlin, genöthigt waren, uns zu trennen.

Kaum weniger Vergnügen gewährte der Umgang mit der Familie Baudissin, welche gewissermaßen die guten Reminiscenzen an die alte dänisch-holsteinische Zeit repräsentirte, aber mit ehrenwerthester Entschlossenheit seit dem offenen Brief ihren deutschen Patriotismus hervorgekehrt hatte.

Wenn man die ruhige und verständige Art erwog, mit welcher die ältere Generation noch des einstigen friedlichen Verhältnisses zwischen Dänen und Deutschen gedachte, so fand man den Muthwillen fast unbegreiflich, mit welchem dieser tüchtige und wohlhabende deutsche Adel vom dänischen Hof und Volk abgestoßen worden war. Bei den größeren Grundbesitzern blieb eine natürliche Empfindung bestehen, daß der höhere Stil des Lebens, der von dem dänischen Königsthron ausging, in einem kleinen Staatswesen nicht aufrecht erhalten werden möchte, und man schmeichelte sich in diesen Kreisen daher gern mit der Hoffnung, daß der Friede schließlich eine Personalunion bringen müßte, welche die alten Beziehungen zum königlichen Hofe wieder anknüpfen ließe.

Ich war durch den vielen Umgang mit Männern von dieser Denkungsart recht innig davon durchdrungen, daß eine Lösung solcher Art ein großes Glück gewesen wäre, aber ich war, vermöge meiner Informationen von London und Berlin wenig in der Lage, die Hoffnungen der Freunde zu theilen.

Indessen fehlte es der schleswig-holsteinischen Sache wenigstens nicht an persönlicher Theilnahme und zunehmendem Interesse von Seite der deutschen Fürsten und anderer illustrer Persönlichkeiten, welche der Regierung und Bevölkerung des Landes, durch ihr Erscheinen auf dem Kriegsschauplatze, viele Aufmerksamkeit zollten. Im Mai erhielten wir den Besuch des Herzogs von Nassau und des Erbgroßherzogs von Weimar.

Anfangs Juni war man allgemein der Ansicht, daß die russische Flotte, welche nun in den dänischen Gewässern erschienen war, jeden Augenblick einige tausend Mann in Schleswig landen könnte. Unter diesen Umständen war ich für meine Person überzeugt, daß ich bei der langsamen Kriegsführung und der täglich wachsenden Gefahr auswärtiger Complicationen noch längere Zeit auf meinem Posten ausharren mußte und so erfüllte ich gern einen Wunsch meiner Frau, mich im Feldlager besuchen zu dürfen. Die Herzogin reiste am 23. Juni über Erfurt und Hamburg nach Kiel und ich brachte sie am 26. Abends von dort nach Gettorf.

Die innigen Beziehungen, welche ich zu Land und Leuten gewonnen hatte,

und welche ich so eben in den Hauptumrissen gezeichnet habe, konnten durch die Anwesenheit meiner Frau nur gestärkt und vermehrt werden. Wo sie sich mit mir zeigte, war heller Jubel und aufrichtige Freude. Man schien in unserem gemeinsamen Aufenthalt in den schicksalsbedrängten deutschen Gauen des Nordens mit gutem Recht ein Zeichen verwandter Gesinnung und Zuneigung zu erblicken.

„Ich bin ganz betrübt," schrieb mir damals die Gräfin Reventlow, die mit ihrem Manne, wie schon bemerkt, nach Berlin gegangen war, „jetzt nicht in der Heimath zu sein. Wie unendlich gern würde ich der Frau Herzogin aufgewartet haben, ein Glück, welches mir vielleicht nie wieder zu Theil werden wird. Ich hoffe, daß die Anwesenheit der Frau Herzogin Gettorf so verschönern wird, daß sie auch eine rückwirkende Kraft auf die langen, traurigen Monate ausübt, die Sie bereits dort zugebracht haben. Sollte die „Apotheke" endlich doch einmal in Gettorf zu klein werden*), so wird man sich vielleicht an Altenhoff erinnern, wenn es auch auf keiner Karte steht. Dach und Fach ist trotz dessen vorhanden."

Ich müßte fürchten, die Geduld der Leser zu ermüden, wenn ich in eine vollständige Schilderung dieser frohen Tage eingehen wollte, die mit ihrem freundlichen Verkehr einen eigenthümlichen Gegensatz zu den traurigen Kriegsvorfällen und erschreckenden Friedensnachrichten bildeten. Die Herzogin schwelgte in den schönen Wäldern von Aschau, oder am Meeresstrande, wo man jedoch nicht selten in Gefahr gerieth, von den kreuzenden Schiffen der Dänen unliebsam begrüßt zu werden. Als wir einmal bei den Vorposten eben vorbeiritten, hatte ich Noth, die Herzogin aus dem Bereich der feindlichen Kugeln zu bringen, welche Skiold und Freia aus nächster Nähe gegen uns und eine arme vereinzelte Vedette entsendeten. Die Herzogin ließ sich indessen dadurch so wenig ihre vergnügte Stimmung verkümmern, daß sie alle Bewunderung verdiente und erfuhr.

Wir hatten fast täglich Freunde gesehen und besucht: die lieben Familien von Hirschfeld auf Georgenthal, Webeser-Rosenkranz, die Hamann und Baudissin und viele andere. Die Nähe von Noer machte uns zu häufigen Gästen des Prinzen Friedrich, und den Herzog Christian August trafen wir mit seiner Gemahlin in Gottorp. Ihre beiden Söhne, Friedrich und Christian, damals im Alter von 20 und 18 Jahren, standen in einem Dragonerregiment bei der Operationsarmee. Wer hätte gedacht, daß es uns später beschieden sein werde, mit der liebenswürdigen, viel geprüften und arg verfolgten Familie in engste verwandtschaftliche Beziehungen zu treten.

*) In der Apotheke des Herrn Birkenstock hatte ich von Anfang mein Quartier.

Doch mag es genug sein der flüchtigen Skizzen dieser eigenartigen Zustände; und so kehre ich zur Erzählung dessen zurück, was der Krieg und die Diplomatie inzwischen bewirkt und gethan hatten.

Schon am 7. April war General von Prittwitz als Commandirender der Reichsarmee von der Centralregierung beauftragt worden, die Offensive mit allem Nachdruck zu ergreifen, nachdem die Feindseligkeiten von Seite Dänemarks eröffnet waren. In der Ordre hieß es mit wünschenswerthester Deutlichkeit, der General „habe dahin zu wirken, durch entscheidende Schläge den Gegner in möglichst kurzer Zeit zu Boden zu werfen, ehe die Diplomatie Zeit und Gelegenheit erhielt, ihre lähmenden Einwirkungen auf die freie und kräftige Handhabung des deutschen Schwertes geltend zu machen, damit ein ehrenvoller Friede baldmöglichst errungen werde".

Und weiter hieß es: „daß sobald als möglich überall die Offensive ergriffen und der Boden der Herzogthümer von dänischen Truppen ganz befreit werden sollte".

Die Dänen waren diesen Intentionen der deutschen Centralgewalt schon zuvorgekommen, indem das Kriegsministerium in Kopenhagen „um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, schon am 8. der Armee den Befehl gab, das Sundewitt'sche zu verlassen, um auf Alsen den Augenblick abzuwarten, wo die Umstände es erlauben würden, dem Feinde Mann gegen Mann zu begegnen". Die Ausführung dieses Befehls wurde von den Deutschen dadurch beschleunigt, daß sie am 13. die Düppeler Schanzen in fünfstündigem Kampfe, an welchem die Sachsen und Baiern vorzugsweise betheiligt waren, erstürmten. Im Norden waren die Dänen seit dem 10. im vollen Rückzug über die Königsau, und General von Prittwitz besetzte die von denselben verlassenen Punkte langsam und allmählich, als hätte er zu den Befehlen des Reichsministeriums sogleich seinen diplomatischen Commentar zu liefern.

Die Statthalterschaft beeilte sich sowohl in Frankfurt wie in Berlin vorzustellen, daß eine rasche Eroberung Jütlands allein den Krieg beendigen würde, und daß die Jahreszeit in Mitte April volle Sicherheit gegenüber einer fremden Intervention gewähre, während wenige Wochen später das Auslaufen der russischen Flotte zu erwarten stände. Allein von solcher entscheidenden Kriegsführung wollte man in Berlin nichts wissen.

Wenn man die Lage des commandirenden Generals unter diesen Umständen ins Auge faßte, so konnte man sie in der That nur beschwerlich finden. Prittwitz war schon wenige Wochen nach Eröffnung des Krieges der ange-

feindetste Mann im Lande, ohne daß er seine Gesinnungen und seine den Schleswig-Holsteinern gewiß durchaus zugethanen Ansichten irgend geändert hätte. Die Hände waren ihm so gebunden, daß er zu den geringfügigsten Vorwärtsmärschen Ordre von Berlin erwartete, während ganz ernsthafte Männer in schleswig-holsteinischen Regierungskreisen behaupteten, daß er seinerseits solche Befehle nur Sonntags zu geben pflege und nie an einem Wochentage eine Vorwärtsbewegung beschließe.

Daß unter solchen Umständen das Verhältniß zwischen Prittwitz und Bonin sich nicht günstiger gestalten konnte, als ich es schon bei meiner ersten Berührung mit Prittwitz erkannt hatte, lag klar auf der Hand.

Bonin war, obwohl preußischer General, doch durch seine Stellung in schleswig-holsteinischen Diensten wenigstens nicht für die einzelnen Operationen, nicht für jeden Schachzug des Krieges an eine dirigirende Hand gebunden und hätte sich auch, vermöge seines Charakters und der ihm innewohnenden Energie, nicht in solcher Weise leiten lassen. Er hatte seinerseits durch die Statthalterschaft Kenntniß von dem Befehl des Reichskriegsministeriums vom 7. April und marschierte, wie bekannt, wirklich an die Grenze von Jütland, ohne sich durch das Obercommando irremachen zu lassen.

Er hatte in seinem Stabe einen der tüchtigsten Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee, den Hauptmann Delius, gleichfalls aus der preußischen Armee, als Chef. Dieser war leider zu früh dem General entrissen worden, und man hat später allerdings sehr ungerecht und malitiös bemerkt, Bonin wäre zweimal bei Friedericia geschlagen worden, das erste Mal noch während der Schlacht, als der Hauptmann Delius von ohngefähr durch eine dänische Kugel getroffen worden war. Da die schleswig-holsteinische Armee im Norden fast ebensowenig Verbindungen mit dem Obercommandanten hatte, wie die Reservebrigade im Süden von Schleswig, so konnte es geschehen, daß dieselbe am 20. April Kolding besetzte, während die allernächsten preußischen und Reichstruppen, mit denen nicht die geringste Fühlung vorhanden war, in Apenrade noch volle acht Meilen entfernt standen.

General von Prittwitz hat sich später darauf berufen, daß Bonin den Gehorsam vollständig verweigert und wider die ausdrücklichen Dispositionen des Hauptquartiers soweit vorgerückt sei, daß ihm bei einem Angriffe der Dänen keinerlei Succurs hätte zu Theil werden können. In der That hatte Bonin die ganze dänische Armee vor sich und sein Anmarsch war, so zu sagen, ein Herausforderung, welche General Rye, so wenig Neigung er auch zu offenem Kampfe hatte, schon der Ehre halber nicht ablehnen konnte. Er hatte sich am 20. April, offenbar in der Meinung, daß die deutsche Armee hinter dem Bonin'schen Corps stände, eiligst auf der Straße nach Veile zurückgezogen, machte aber am

22. Halt und ließ, von der Lage Bonins wohl unterrichtet, seine Truppen noch am Abend desselben Tages bis auf eine halbe Meile von Kolding vorgehen.

Der linke Flügel des Bonin'schen Corps erstreckte sich bis nach Wanderup, die Artillerie stand theilweise noch zurück in Christiansfelde, die Avantgarde hatte die Höhen jenseits von Kolding besetzt. Die Stellung war demnach für eine so kleine Macht eine sehr ausgedehnte, und es gehörte alle Entschlossenheit dazu, um sie ohne jede Hoffnung auf Unterstützung der Hauptarmee zu behaupten.

Daß Bonin es gethan, war für die schleswig-holsteinische Sache politisch von größter Bedeutung, und es war eine kleinliche Beurtheilung des großen Erfolges, wenn man im Hauptquartier sowohl, wie von Seite mancher Schriftsteller nachträglich an die entschlossene That Bonins und seiner tapferen Truppen mit der Kritik der militairischen Theorie herantrat.

Ich lasse einen Bericht über die Schlacht folgen, welcher unter dem frohen Eindrucke des Sieges am 24. in dem schleswig-holsteinischen Kriegsdepartement nach den ersten Mittheilungen des Generalstabes verfaßt worden war.

„Am 23. Morgens um 6 Uhr griffen uns die Dänen bei Wanderup an, später etwa um 8 Uhr eröffneten sie das Gefecht vor Kolding und entwickelten starke Truppenmassen auf der Straße von Fridericia. Das Gefecht war bald allgemein und sehr heftig, namentlich auf dem linken Flügel, den der Feind umgehen oder durchbrechen wollte."

„Auf der Straße nach Veile bei einer hochbelegenen Windmühle, hinter Kolding, schlugen sich zwei Stunden lang zwei Compagnien des ersten Jägercorps gegen einen überlegenen Feind. Eine dänische Husarenschwadron war dabei völlig aufgerieben. Sie machte einen Angriff auf eine kleine von den unsrigen besetzte Verschanzung. Die Jäger ließen sie bis auf 40—50 Schritte herankommen und eröffneten dann erst ihr Feuer. Nur 5—6 Husaren entrannen dem Tode."

„Etwa um 10 Uhr gab Bonin Befehl, die Stadt Kolding zu räumen. Die Avantgarde führte den Rückzug in schönster Ordnung fechtend aus und wurde diesseits Kolding von der ersten Brigade aufgenommen. Inzwischen war die Artillerie herangezogen. Die auf den Höhen diesseits Kolding postirten 12-Pfünder unterhielten ein wirksames Feuer auf den Feind jenseits der Stadt, das Gefecht kam aber dessenungeachtet überall zum Stehen und zwar mehrere Stunden lang. Die Sache war kritisch, nahm aber nach 1 Uhr eine andere Wendung. Bonin schob nämlich die Avantgarde im Centrum vor, beorderte die erste Brigade zum Sturm auf die Stadt Kolding und die zweite zum weiteren Angriff."

„Diese Bewegungen entschieden; die brennende Stadt ward Haus bei Haus unter Absingung des Liedes: „Schleswig-Holstein meerumschlungen" mit

Sturm genommen. Das Vordringen des linken Flügels brachte den Feind zum Weichen, der um 3½ Uhr auf allen Punkten den Rückzug antrat. Unsere Cavallerie verfolgte auf der Straße nach Veile so gut es bei ihrer Schwäche gehen wollte."

„Die Stadt Kolding ist in einen Trümmerhaufen verwandelt. Schon Morgens brannten einige Häuser ab. Mittags gab Bonin Befehl, sie in Brand zu schießen, als es erwiesen vorlag, daß die Bürgerschaft sich am Kampfe betheiligte. Namentlich ist aus den Häusern auf unsere sich zurückziehenden Truppen aus Jagdflinten geschossen worden."

„Alle Truppentheile haben am Gefechte fast unausgesetzt Theil genommen, sie haben sich ausgezeichnet geschlagen. Mit „Hurrah" ist stets zum Angriff übergegangen, kein Corps hat etwas zu wünschen übriggelassen."

„Dänischerseits hat Rye selbst commandirt. Der Verlust auf beiden Seiten liegt noch nicht bestimmt vor, Bonins Schätzung auf 1000 Mann ist nur eine ungefähre. Die Zahl der gemachten Gefangenen ist noch nicht bekannt. Bei Steibers Abreise aus dem Hauptquartier waren 60—80 eingebracht, unter ihnen Orla Lehmann, der augenblicklich auf dem Schlosse Gottorp sitzt, bis über sein Schicksal entschieden sein wird. Was er bei der Armee gewollt hat, weiß man nicht, er ist unter höchst verdächtigen Umständen gefangen; sein Betragen gegen unsere Offiziere, namentlich den Obristen St. Paul, ist höchst unverschämt gewesen, man hat ihn daher auch sofort weggeschickt."

„Ich lasse die Thatsachen reden; der Wunsch der Dänen, es mit den Schleswig-Holsteinern allein zu thun zu haben, ist für einmal erfüllt und sie sind geschlagen. Sie sind geschlagen von einer numerisch schwächeren Armee, die keinen Mann als Reserve hinter sich hatte, auf die sie sich stützen konnte. Die Schlacht bei Kolding am 23. April wird vielleicht unsere Sache rasch zur Entscheidung bringen wegen des moralischen Gewichts, welches sie in die Wagschale legt."

So weit der Berichterstatter aus dem schleswig-holsteinischen Kriegsdepartement. Seine zuletzt ausgesprochene Hoffnung wurde von vielen Militairs und Staatsmännern getheilt; in London legte man namentlich, wie ich später noch ausführlicher zeigen werde, stets ein übertriebenes Gewicht darauf, daß sich die Schleswig-Holsteiner selbst helfen müßten.

Auch nach der Affaire von Kolding konnte Prittwitz von Berlin noch immer nicht die Erlaubniß erlangen, die jütische Grenze zu überschreiten, erst nach vollen 14 Tagen rückten die Preußen gegen Veile vor und besetzten die Stadt nach einem unbedeutenden Gefecht. Die holsteinischen Truppen hatten sich nach einem siebenstündigen Kampfe um das Defilee von Gudsoe Fridericia genähert und fingen an, die Festung einzuschließen.

Bonin erhielt von dem Obercommando den Auftrag, sich des Terrains zwischen Kolding, Veile und Fridericia zu bemächtigen und daselbst feste Stellung zu nehmen. Ein Versuch, die Festung durch ein Bombardement zur Uebergabe zu bestimmen, scheiterte und schon am 16. Mai war Bonin der Ueberzeugung geworden, daß die Dänen Fridericia so lange wie möglich halten wollen. So begann er die verhängnißvolle Belagerung.

General von Prittwitz nahm am 13. Mai sein Hauptquartier in Veile und die Dänen verschanzten sich bei Sonderburg, wo sie von Aarhus starke Zuzüge erhielten und sich bis zum 23. behaupteten. Am 30. Mai waren die deutschen Truppen endlich bis Aarhus vorgedrungen und hatten das ganze südliche Jütland bis Ringkjöbing besetzt.

Mit diesen unter einigen Wechselfällen des kleinen Krieges erlangten Erfolgen war die Thätigkeit der Reichstruppen so gut wie abgeschlossen. Wochenlang war nichts von der Armee im Norden mehr zu hören, nur die fast nutzlosen Belagerungsarbeiten und Kämpfe der schleswig-holsteinischen Armee vor Fridericia brachten einige Abwechselung in die Stille des mysteriösen Feldzuges.

Bei meiner Reservebrigade hatten einzig und allein die dänischen Schiffe Sorge getragen, daß wir nicht allzu sorglos von einem Tage auf den andern leben durften. Unzählige Allarmirungen und Neckereien der Dänen hielten meine Bataillone in Athem. Ich hatte in der ersten Woche Aprils durch Herstellung zahlreicher Verschanzungen und Errichtung von Blockhäusern die Küste nach Möglichkeit sichern lassen und benutzte eine Zeit der Ruhe, welche uns durch den Eintritt anhaltender Ostwinde vergönnt worden war, zur Instandsetzung der Ausrüstung und Bekleidung der Mannschaften, sowie zu weiteren Recognoscirungen und zur Begehung und Verbesserung der Communicationswege innerhalb der von den Abtheilungrn belegten Cantonnements.

Am 25. April war die Reservebrigade durch einen Befehl des Obercommandos überrascht worden, nach welchem die Insel Fehmarn von derselben besetzt und vertheidigt werden sollte. Dieser Auftrag war um so auffallender, als noch Tags vorher die Aufgabe der Reservebrigade von Prittwitz dahin bezeichnet worden war, daß ihr „der Schutz der Küste von Eckernförde bis zum Fehmarn'schen Sunde und bis zum Hafen von Neustadt hinab anvertraut wurde".

Von der Insel selbst war bislang nicht die Rede und eine Unterstützung der dortigen Vertheidigungskräfte würde nur durch Absendung einer ganzen Abtheilung möglich gewesen sein.

Der Befehl des Obercommandos war durch die Statthalterschaft erwirkt worden; und es war in dem Schreiben des Generals von Prittwitz selbst auf die Schwierigkeit einer der Insel zu leistenden Unterstützung aufmerksam gemacht

worden. Unter diesen Umständen machte ich insbesondere auf Anrathen meines Generalstabchefs von Treitschke Vorstellungen gegen die Zersplitterung des Corps und sendete den Major Siegfried zur Ermittelung der Verhältnisse nach Fehmarn. Es fanden sich dort 4 Kanonen und ebensoviele Kanoniere, nebst einem Unteroffizier vor, und da die Insel auf drei Seiten Landungen sehr gut gestattete, so war es klar, daß jede militairische Besetzung eine förmliche Aufforderung zu einer kleinen Expedition für die Dänen gewesen wäre.

Das Projekt schien einer der vielen verhängnißvollen Eingriffe zu sein, welche die schleswig-holsteinische Regierung auf die Kriegsoperationen auszuüben versuchte; doch darf ich nicht unbemerkt lassen, daß man mir in diesem Falle von der andern Seite versicherte, die Statthalterschaft habe nur im Allgemeinen auf die bedrohte Lage von Fehmarn hingewiesen, sei aber an dem Befehle des Obercommandos selbst ganz unschuldig gewesen.

Indessen konnte mir die Aufgabe, welche der Reservebrigade nunmehr gestellt war, auf die Länge immer weniger genügen. Ich bat daher das Obercommando wiederholt um die Vergünstigung, im Norden Verwendung zu finden. Ich hatte mein Augenmerk auf Alsen gerichtet, welches noch immer in dänischen Händen war. Von schleswig'schen Patrioten und insbesondere vom Herzog von Augustenburg selbst war ich mehrfach aufgefordert worden, auf die Wegnahme der wichtigen Insel bei dem Obercommando hinzuwirken.

Es wurden genaue Studien über den Angriffspunkt, sowie die entsprechendste Art der Operation gemacht und ich hatte 1864 die Freude, zu erleben, daß Prinz Friedrich Karl die Eroberung von Alsen in derselben Weise verwirklicht hat, wie ich sie mit meinem Generalstab in meinem Hauptquartier in Gettorf schon 1849 projektirte.

Das Obercommando wollte aber weder einen Angriff auf Alsen zugeben, noch gestattete es meine Theilnahme am Kriege bei der Hauptarmee. Meine Wünsche wurden zwar freundlich und in für mich ehrenvoller Weise, aber bestimmt und wiederholt abgelehnt. Unter den in dieser Beziehung gewechselten Schriftstücken verdient ein Brief des Generals von Prittwitz wegen der Allgemeinheit der Gesichtspunkte, die darin Ausdruck fanden, vollständig bekannt zu werden:

„Euer Hoheit danke ich gehorsamst für das Wohlwollen und das gütige Vertrauen, welches Höchst Sie mir in dem geehrten Schreiben vom 29. v. M. auszusprechen die Geneigtheit hatten. Gestatten Höchst Sie mir gewogentlichst ganz offen antworten zu dürfen:

„Die Art der Kriegsführung, welche die Dänen angenommen haben, läßt mit Sicherheit erwarten, daß sie überall einem ernsten Stoße ausweichen und da, wo ein solcher geführt werden könnte, sich in ihre Schlupfwinkel oder auf

ihre Schiffe zurückziehen werden. Das Gefecht bei Kolding vom 23. April zeugt nicht gegen diese Voraussetzung; die Dänen griffen hier nur an, weil sie die Schleswig-Holsteiner allein wußten und sie, wie im vorigen Jahre, leicht zu besiegen hofften. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Feind bei einem weiteren Vordringen der Reichstruppen ganz Jütland aufgeben und seine Truppen nach Fühnen übersetzen wird, wenn dies nicht schon geschehen ist."

„Von der anderen Seite ist mit gleicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Dänen jede Gelegenheit ergreifen werden, um da, wo keine oder nur wenig Truppen sich befinden, zu landen oder wenigstens Lärm zu machen. Alle Punkte können nicht geschützt werden, wohl aber muß dies mit den wesentlichsten geschehen. Hierzu rechne ich:

„1. Eckernförde und Kiel. Sie scheinen mir, wenn auch nicht augenblicklich, wohl aber bei längerer Dauer des Krieges ernstlichst bedroht, schwerlich durch die ganze Macht der Dänen, wohl aber durch eine Truppenzahl, welcher die Reservebrigade gewachsen sein dürfte."

„2. Die Insel Alsen. Die Insel bildet ein verschanztes Lager, der Brückenkopf bei Sonderburg sichert den Uebergang. Der Feind kann hier leicht 15 bis 20 Bataillone versammeln. Es wird daher darauf ankommen, ihm in Sundewitt stets eine gleich starke Zahl entgegenstellen zu können. Hierzu gehören 1½ Division."

„3. Fridericia und Snoghoi. Sie fallen fast in dieselbe Kategorie, wie die Insel Alsen, auch hier werden mindestens 1½ Division zur Beobachtung aufgestellt werden müssen."

„Sonach wird nur etwa eine Division und ein oder zwei Cavallerie-Regimenter zu den militairischen Promenaden in Jütland und zu vielfältigen Detaschirungen auch nach der Westküste übrigbleiben."

„Es scheint mir, daß die Aufgabe, Eckernförde und Kiel nebst einem großen Theile der Küste zu beschützen, ebenso ehrenvoll und angenehmer ist, als die, den Brückenkopf vor Sonderburg, oder die Festung Fridericia zu beobachten, oder endlich militairische Promenaden in Jütland zu machen. Rechnen Euer Hoheit hinzu, daß Höchst Sie mit der Brigade bereits eine Waffenthat vollführt haben, die sich vielleicht nur in mehreren Jahrhunderten einmal wiederholen wird!"

„Gewiß verdient der Drang der Führer und der Truppen nach Thätigkeit das höchste Lob; bei der Eigenthümlichkeit des Kriegsschauplatzes und bei dem bestehenden Mißverhältnisse der Kräfte zur See aber werden durch die Macht der Umstände mindestens ¾ der überlegenen Armee in die Defensive versetzt, während nur ¼ zu Offensivbewegungen von zweifelhafter Wirkung übrigbleibt."

„Diese Lage der Dinge zu ändern, liegt außerhalb des Bereiches meiner Kräfte, in ihr aber zugleich meine Rechtfertigung für die der Reservebrigade

zugewiesene Thätigkeit. Uebrigens habe ich die Division des zweiten Aufgebots nach dem Sundewitt gezogen, weil ich die Truppentheile, aus denen sie besteht, weniger zu den schnellen Bewegungen geeignet halte, die vielleicht Aufgabe der Reservebrigade werden dürfte."

„Lassen Euer Hoheit mich hoffen, daß die hier entwickelte Ansicht geeignet sein möge, den ehrenwerthen und von mir gewiß nicht verkannten Skrupeln entgegenzutreten, welche Höchst Dero Feder geleitet haben."

Ehrfurchtsvoll nenne ich mich

Euer Hoheit

gehorsamster
Prittwitz,
Generallieutenant.

Christiansfeld am 27. Mai 1849.

Man kann nicht leugnen, daß in der Auffassung des Obercommandanten viel Wahres und Verständiges lag, aber was damit gesagt war, mußte eigentlich als eine Selbstanklage betrachtet werden gegenüber jenen Aufgaben, welche das Reichskriegsministerium in der Ausführung rascher Schläge und schneller Beendigung des Krieges sechs Wochen vorher bezeichnet hatte. Jetzt war es allerdings zu Allem zu spät gegenüber einem Feinde, dessen Stärke darin lag, daß er sich zurückzog, abwartete und einen kleinen Krieg in's Endlose fortzusetzen bereit war.

Auch darin hatte Prittwitz recht gesehen, daß Kiel und Eckernförde fortwährende Zielpunkte der feindlichen Neckereien waren, und daß die Dänen diesen beiden verhaßten Orten gar zu gern einen empfindlichen Schlag versetzt hätten.

Wie vorwiegend jede militairische Maßregel in diesem Kriege von politischen Gesichtspunkten aufgefaßt und verstanden werden mußte, zeigte eine Weisung des Obercommandos vom 3. Juni, nach welcher das Einlaufen russischer Kriegsschiffe in die schleswig-holsteinischen Häfen nur in dem Falle verhindert werden durfte, wenn dieselben angriffsweise verfahren sollten.

Während die Hauptstärke unserer Vertheidigungsmittel eben darin bestand, das Einlaufen feindlicher Schiffe zu verhindern, war uns nunmehr zur Pflicht gemacht, die russischen Kriegsschiffe so lange zu respektiren, bis sie sich in den Häfen befanden und ihre Absichten nicht durch Kanonenkugeln zu erkennen gaben. Es war daher unbehaglich genug, als am 8. Juli von Friedrichsort die Nachricht einging, daß vier russische Linienschiffe, acht Fregatten und zwei Dampfschiffe in Sicht wären. Sie waren auf der Fahrt nach Norden begriffen und ohne Zweifel war die russische Regierung damals bereits versichert, daß weitere Drohungen nicht mehr nöthig seien.

Auch ich war, wie sich gleich nachher zeigen wird, bereits auf privatem Wege davon unterrichtet, daß der Abschluß des Waffenstillstandes in Berlin nur noch auf Stunden verschoben sein könne. Der Chef meines Stabes, Oberst von Treitschke, war schon am 19. Juni von der sächsischen Regierung unter den ehrenvollsten Verhältnissen abberufen worden, indem er an die Spitze des neu zu errichtenden Generalstabes der kgl. Armee gestellt worden war.

Alle Anzeichen sprachen dafür, daß das tragische Spiel seinem Ende entgegenginge; da aber die Ansicht verbreitet war, daß die Dänen vor der Ratifikation des Waffenstillstandes speziell noch gegen die Reservebrigade einen Schlag vorbereiteten, wie sie einen solchen gegen Bonin zu führen im Begriffe waren, so bedurfte es bis zuletzt aller Vorsicht und Aufmerksamkeit.

Am 9. Juli besuchten mich mehrere achtbare Männer aus Kiel, worunter der Vorstand der Marineschule in Holtenau, um mir mitzutheilen, wie ihnen aus Kopenhagen ein Vertrauter über Lübeck zugesendet worden sei, mit der Notiz, daß die Ratifikation des Waffenstillstandes nicht eher erfolgen solle, bis ein Versuch gegen Eckernförde stattgefunden habe.

Fast gleichzeitig theilte das Obercommando mit, es wären größere Abtheilungen aus Fridericia eingeschifft worden, und eine Demonstration an der schleswig'schen oder holsteinischen Küste sei wahrscheinlich. Ich unternahm mit einer combinirten Colonne eine Recognoscirung nach dem Schwansen und hatte zwei Kanonenboote von Kiel in die Schleimündungen beordert. Die muthigen Capitaine hatten auch die doppelte Blockade gebrochen und waren am frühen Morgen an Ort und Stelle. Wir ließen uns gleichsam zur Belohnung in eine Kanonade mit einer dänischen Fregatte ein, wodurch die ganze Gegend in Erregung versetzt wurde. Ich hatte selbst das eine von unsern Kanonenbooten bestiegen, aber auf die Nachricht von dem Herannahen einer dänischen Escadre sah ich mich genöthigt, mich zurückzuziehen und meine sämmtlichen Truppen abermals um Eckernförde und Kiel zu concentriren.

Wirklich erschienen am 14. Juli Nachts acht Segelschiffe und drei Dampfer vor dem Kieler Hafen und allarmirten die Truppen, wie sie es unzählige Mal gethan, um am Morgen sich wieder zu entfernen. Es war die letzte Hoffnung der Brigade noch zu einer Waffenthat zu kommen und für den Ueberfall, welchen die armen Schleswig-Holsteiner vor wenig Tagen bei Fridericia erlitten hatten, Revanche nehmen zu können.

Denn darüber war man in jenen Tagen fast nur einer Meinung, daß die schwere Niederlage Bonins in einem Augenblicke, wo in Berlin der Friede so gut wie abgeschlossen war, nur ein Manöver sein konnte, um die Stimmung und Gesinnung in Schleswig-Holstein zu erdrücken, das Land

zu demüthigen und die Armee der Herzogthümer zu vernichten oder doch zu schwächen.

Daß bei diesem unglücklichen Zusammentreffen der Umstände von den Blättern in Schleswig=Holstein auf den General von Prittwitz mit offenen Worten alle Schuld des Mißgeschickes gewälzt wurde, war zu erwarten. Von den kleinen Localblättern abgesehen, welche die Statthalterschaft zu unterdrücken Muth fand, hatte sich auch die schleswig=holsteinische freie Presse unter Olshausens Leitung zur Aufgabe gemacht, gegen das Obercommando zu plaidiren. Dieses Journal hatte eine große Verbreitung nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch unter den Soldaten; und es klingt sehr komisch, wenn sich ein Redacteur des Blattes noch 14 Jahre später in seinen Denkwürdigkeiten darüber beschwerte, daß von Prittwitz gegen die „Freie Presse" übel gestimmt war.

Die Partei, welche Olshausen führte, war seit Fridericia völlig aus Rand und Band gekommen; um so erfreulicher ist es dagegen anzuerkennen, daß die Regierung des Landes überhaupt und die meisten höher gestellten Personen in diesem schweren Augenblicke einen seltenen Patriotismus und eine fast antike Ruhe an den Tag gelegt hatten. Was ich in einem mir zu Gebote stehenden Briefe eines Regierungsbeamten an eine dritte Person lese, ist eine vollkommen richtige Zeichnung der Situation:

„Das Land ist ruhig und gefaßt. Man merkt nichts von weibischer Muthlosigkeit oder Wuth, sondern nur männliche Entschlossenheit, festes Vertrauen auf das gute Recht und Bereitwilligkeit zu allen Opfern an Gut und Blut. Dagegen herrscht in der ganzen Armee nach Briefen von Soldaten aus den gebildeten Ständen der Glaube, daß Prittwitz sie verrathen habe und dieses auch ferner thun werde. Es ist dies die traurige Folge der wunderbaren Kriegführung."

Vom militairischen Standpunkt betrachtet, wurde dem General von Prittwitz hauptsächlich zur Last gelegt, daß er die bei Veile und Aarhus stehenden Dänen losgelassen habe, ohne Bonin von ihrem Abzug Mittheilung gemacht zu haben. Wenn er darum wußte, daß die Dänen sich einzuschiffen Anstalt trafen, so hätte er nicht zweifeln können, daß sie die Absicht hegten, den größten Theil ihrer Macht gegen Bonin zu führen.

Von anderer Seite dagegen wurde es als eine Verwegenheit Bonins bezeichnet, daß er gegenüber einer Festung, wie Fridericia, seine Soutiens in der letzten Zeit in die Cantonnements verlegt und dadurch den Ausfall der Dänen aus der Festung verhängnißvoll gemacht hatte. Die Vertheidiger des tapfern Generals pflegten aber zu erwidern, daß die Dänen mit so überlegenen Streitkräften überhaupt nicht hätten erscheinen können, wenn Prittwitz sie gewissenhaft beobachtet hätte.

Ich darf hier nicht unerwähnt lassen, daß ich in meinem Hauptquartier zu Gettorf thatsächlich von dem Abzuge der dänischen Armee von Veile und Aarhus vollkommen unterrichtet war und auch den General Bonin benachrichtigt hatte.

Leider traf meine Estafette erst während des Gefechts ein, wie mir Bonin selbst später dankend mittheilte. Selbstverständlich war es nicht möglich, dem General von der Reservebrigade Succurs zukommen zu lassen. Aber beachtenswerth war, daß auch in Kiel seit mehreren Tagen das Gerücht verbreitet war, die Dänen concentrirten sich in Fridericia.

Ein unaufgeklärtes Moment bei dem verhängnißvollen Ereignisse blieb ferner der Umstand, daß von Prittwitz zwar Bonin versprechen ließ, Succurs zu senden, doch gleichzeitig versicherte, daß derselbe vor dem siebenten Juli nicht in Fridericia eintreffen könne. Um die geringe Uebereinstimmung und das mangelhafte Zusammenwirken der beiden Generäle zu begreifen, muß man sich erinnern, daß sie schon seit Anfang des Feldzugs sich gleichsam gegenseitig daran gewöhnt hatten, einander wenig zu beachten und wie mit zwei verschiedenen Armeen zu operiren.

Wenige Tage nach der Affaire von Fridericia erklärte mir persönlich der Obercommandant zu seiner Vertheidigung, er habe dem schleswig-holsteinischen Corps von Anfang an nur die Aufgabe gestellt, die Festung zu beobachten, und die Hauptarmee gegen Ausfälle von dort und gegen eine Landung von Fünen her zu decken. Aber Bonin habe immer auf seine eigene Faust gehandelt und so habe er auch lediglich aus eigener Bewegung die Aufgabe sich gestellt, die Festung zu erobern.

Ein so ganz ungünstiges und sonderbares Verhältniß, wie es sich zwischen den beiden Generälen, die doch derselben Sache dienen sollten, auch persönlich ausgebildet hatte, konnte bis zu einem gewissen Grade aus den Unklarheiten und Unordnungen der Zeit erklärbar sein; aber ich hatte immer die Ueberzeugung, daß es ohne Mitwirkung diplomatischer Beweggründe niemals zu solchen Consequenzen hätte führen können.

Später war ich durch Kenntnißnahme von manchem Actenstück darüber aufgeklärt worden, daß der Mangel jeglicher einheitlichen Leitung der Operationen sehr viel tiefere Gründe hatte. Man befand sich merkwürdigerweise in einem sehr weit verbreiteten Irrthum über die Nothwendigkeit selbständiger Actionen der Regierung und Armee von Schleswig-Holstein. Sei es, daß man dadurch das Mißtrauen eifersüchtiger Mächte gegen Deutschland und Preußen einschläfern, sei es, daß man die Lebensfähigkeit eines schleswig-holsteinischen Staatswesens demonstriren wollte, man encouragirte von allen Seiten den particularen Regierungs- und Armeestandpunkt.

Der Erfinder der möglichsten Selbständigkeit der schleswig-holsteinischen Armee und Regierung war im eigentlichsten Sinne des Wortes Bunsen in London. Gewöhnt auf die Unterhandlungen und Eingebungen Lord Palmerstons ein übermäßiges Gewicht zu legen, beredete er sich und seine ganze Umgebung, daß den Schleswig-Holsteinern nur dann geholfen werden könnte, wenn sie den Beweis ihrer Eigenständigkeit durch unabhängige Leistungen im Kriege, durch selbständige Thaten und volle politische Unabhängigkeit erbringen könnten. Auch Stockmar war ganz und gar von diesem am Kaminfeuer ausgedachten Plane erfüllt, und man setzte nun alle möglichen Hebel in Bewegung, um auf die Statthalterschaft und das Kriegsdepartement sowohl, wie auf das Obercommando in diesem Sinne einzuwirken. Man wandte sich gleich zu Anfang des Krieges an das Reichsministerium, damit Prittwitz dahin instruirt werde, er möchte die Holsteiner selbständig vorgehen lassen. Daß man im Sundewitt Hannoveraner und nicht Holsteiner in erster Linie einrücken ließ, machte diese Herren ganz aufgeregt und man lag der Landesregierung unaufhörlich in den Ohren, daß sie auf Prittwitz hinwirke, „diesen politischen Gesichtspunkt obenan zu stellen“.

Ob Bunsen bei seiner Vertrauensstellung zum Könige von Preußen auch in Berlin für seine auf das englische Zeitungspublikum berechnete Kriegspolitik der Schleswig-Holsteiner Propaganda machen konnte, bleibt dahingestellt. Sollte aber Prittwitz auch von dem dortigen Ministerium in dieser Richtung instruirt worden sein, so wäre sein Verhalten als Oberbefehlshaber hinreichend erklärt, wenn man auch zweifeln müßte, ob er es als Soldat zu rechtfertigen im Stande wäre. Jedenfalls konnte man in militairischen Kreisen die selbständigen Actionen der schleswig-holsteinischen Armee unmöglich ebenso sanguinisch betrachten, wie in den diplomatischen Salons von London, und so wurde dem Mißerfolg der schleswig-holsteinischen Armee die bittere Deutung gegeben: „sie habe es selbst nicht anders gewollt“.

Das Traurigste war, daß im Augenblicke des Echecs das Schicksal des Landes schon besiegelt war und auch ein Sieg nichts mehr zu nützen vermochte. In den Kreisen der schleswig-holsteinischen Regierung täuschte man sich mit der Meinung, daß es nach der Affaire von Fridericia unmöglich wäre, Waffenstillstand zu schließen. „Unter dem Eindruck dieses Ereignisses,“ so schrieb ein Beamter der Regierung in diesem Augenblick, „wird man in Berlin nicht unterhandeln wollen und wir lassen deshalb den Muth nicht sinken.“ In Wahrheit war dagegen die Nachricht von dem unglücklichen Ueberfall bereits am 8. Juli in Berlin und am 10. ward der Waffenstillstand geschlossen.

Ich hatte detaillirte Nachrichten von den beiden schleswig-holsteinischen Freunden, den Reventlows von Altenhoff und ich lasse Einiges aus den Mittheilungen der geistreichen und patriotischen Frau zunächst hier folgen:

„Die Verhandlungen," schrieb sie schon am 10. Juni aus Berlin, „zwischen Herrn von Reedtz und Schleinitz sollen noch zu keinem Haarbreit von Verständigung geführt haben, ebenso sicher aber ist es, daß kein Erfolg der Waffen, kein Sieg, kein Opfer der armen verkannten Sache, der auch Euer Hoheit mit Ihrem guten Schwerte zu dienen nicht verschmäht haben, mehr nützen kann, und daß alles Blut, was jetzt noch dafür vergossen wird, umsonst ist. Und jeder solcher Blutstropfen brennt deshalb auf dem Herzen! Es wird immer noch nicht leicht hier in Berlin, rings um mich her immer wieder zu hören: „Rebellen, Republikaner, oder schlechte Menschen, wie Francke in Frankfurt". Die Undankbarkeit des Letzteren gegen Preußen kann man nicht leugnen — wie sehr die Herzogthümer trotz der Schlacken, die ihre Sache natürlich angesetzt hat, die ersten Anklagen im Allgemeinen oder Einzelnen verdienen . . . . das, gnädigster Herr, werden Sie selbst am besten entscheiden! Der Gedanke, daß Sie zuweilen im Schatten unserer alten Bäume wandeln, freut mich wahrhaft! Vielleicht ist es noch ein letztes Glück, was diese stummen Zeugen einer herannahenden Zukunft noch erleben. Die Geschicke finden unaufhaltsam ihren Weg und so werden sie auch eindringen in den so lange unstörbaren Frieden meiner heimathlich lieben Waldeinsamkeit. Möge Gott dies Alles zum Besten lenken in dem Augenblick, wo Großes und Kleines so ganz aller menschlichen Berechnung entzogen scheint und Euer Hoheit ferner behüten."

Wiewohl mir der Inhalt dieses Briefes auch von offiziellen Seiten bestätigt wurde, so überraschte doch auch mich indessen die Art und Weise, wie in Berlin das Stück zu Ende gespielt worden war:

Berlin, den 12. Juli 1849.

„Obgleich ich nicht bezweifle, daß Sie, gnädigster Herr, von Allem, was hier geschehen ist und geschieht, völlig unterrichtet sind, so kann ich es doch nicht lassen, Ihnen in den Momenten der bittern Entscheidung unserer verhängnißvollen und mißhandelten Landesangelegenheiten aus Berlin selbst Nachricht darüber zu geben. Freilich ist Alles über allen Ausdruck traurig! Langsam sah man den schmählichen Abschluß heranrücken, wußte, daß die neu angeordnete Cholera-Quarantaine nur dazu dienen könne und vielleicht sollte, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, tröstete sich jedoch mit der Zusage der Unterhandelnden, daß jetzt kein Blut mehr fließen würde und ein faktischer Waffenstillstand eingetreten sei. Dies ward so bestimmt ausgesprochen, so wiederholt versichert, daß man es nach den früheren Begriffen von Treue und Glauben nicht bezweifeln konnte.

Die Perfidie des Feindes benutzte den halben Zustand zu seinen Gunsten und die Nachrichten von der Niederlage vor Fridericia trafen den 8. offiziell

ein. Man wußte, daß die Unterhandlungen einem Abschlusse nahe waren, aber unwillkürlich erwartete man, daß man, ehe dieser letzte Act aufgeklärt, ehe man über das vergossene Blut im Klaren sei, ja ich möchte sagen, ehe man es betrauert habe, nicht die letzte Hand an den Vertrag gelegt werden würde! Herr v. Schleinitz sagte förmlich dem hier von der Statthalterschaft beauftragten Herrn v. Moltke zu, ihm eine Mittheilung zu machen sowie die Acte unterzeichnet seien. Die Unterzeichnung fand am 10. Mittags statt. Den 11. Abends aus der Zeitung erfuhr es Moltke und alle diejenigen, deren Wohl und Wehe jetzt wahrscheinlich rettungslos in den Abgrund geschlendert worden ist. Man hat die Geister der Unterwelt heraufbeschworen und der Revolution Thür und Thor geöffnet! Die Art und Weise, wie man diese Sache betrieben und geendet hat, wird sich rächen, nicht in dem Zugrundegehen der Herzogthümer allein, sondern ganz im Allgemeinen."

„Ueber die Waffenstillstands-Bedingungen herrscht noch großes Dunkel. Doch scheint soviel gewiß, daß eine Demarkationslinie durch Schleswig gezogen werden wird und der Norden von 2000 Mann Schweden, der Süden von 6000 Mann Preußen besetzt wird. Die Herzogthümer sollen verschiedene Verwaltungen bekommen. Die Regierung in Schleswig soll eingesetzt werden aus einem von Dänemark und einem von Preußen zu ernennenden Mitgliede und einem englischen Obmann. Die schleswig-holsteinische Armee soll hinter die Eider zurückgezogen werden. Finde die Sache Schwierigkeiten, so wird man sämmtliche preußische Offiziere und Bonin zurückberufen und uns den Händen der Demokraten und Radikalen übergeben. Die Demarkationslinie ist uns unbegreiflich, weil jeder Gedanke an eine Theilung Schleswigs bei dem Frieden gänzlich ausgeschlossen ist."

„Die Stimmung hier soll getheilt sein, in einigen Kreisen Freude über die Beendigung der letzten „Märzschwierigkeit" des vorigen Jahres. Da wo noch das alte preußische Ehrgefühl vorherrscht, bittere Kränkung über eine so erfolglos betriebene Sache! Morgen geht der Flügeladjutant des Königs, Herr v. Manteuffel, nach Schleswig ab. Da er der ganz reactionären Partei angehört, fürchte ich sehr, daß er nicht durch seine Erscheinung mildernd auf die Schwierigkeiten wirken wird. Ich bin überhaupt so weit, daß ich auf keine glücklichen Umstände mehr zu hoffen wage, sondern die einzige Beruhigung darin finde, daß unser Schicksal in eine Phase übergegangen ist, wo es aller menschlichen Berechnung und Einwirkung entrückt ist, und man nur das Gefühl hat, unter einem schweren Verhängniß oder vielmehr Züchtigung des Himmels zu stehen! Mein armer Mann kam vorgestern zurück; er ist tief ergriffen von diesen traurigen Entwickelungen. Obgleich es uns von hier wegdrängt, will er doch die Nachricht der in Kopenhagen vollzogenen Ratifikation erst abwarten."

„Wir sind sehr gespannt zu hören, wann Ew. Hoheit Ihr Hauptquartier aufgeben werden und denken mit Wehmuth an die guten hoffnungsreichen Tage des Aprils zurück. Ich hoffe, daß die Anwesenheit der Frau Herzogin dem Ende des Feldzugs 1849 doch noch einen poetischen Schmuck verliehen hat und daß Sie deshalb den armen Herzogthümern nicht alle bösen Stunden dieses Sommers anrechnen werden."

„In dieser traurigen, mehr wie umwölkten Zeit werden die „guten" Stunden mit Ihnen uns immer ein lichter Punkt bleiben und möchten Ew. Hoheit diese nicht auch ganz in Ihrer Erinnerung ausstreichen." 2c.

Elisabeth Reventlow.

Schwerlich vermöchte man die Stimmung, welche in patriotischen Kreisen über den 10. Juli herrschte, besser zu schildern, als es die unmittelbar empfundenen Worte der bedeutenden Frau thun, deren natürlicher Scharfblick nur zu richtig in die Zukunft sah. Der fachmännische Politiker konnte auch nicht günstiger urtheilen, wenn er den Gang der Verhandlungen und die hervortretenden Tendenzen der preußischen Regierung im Einzelnen beachtete.

Denn der verzweifelte Inhalt des Berliner Waffenstillstandes war ein mit aller Ueberlegung zielbewußt vorbereitetes Werk der europäischen Reaction.

Nichts ist unrichtiger, als daß man sich nur nothgedrungen dem Zwange auswärtiger Complikationen gefügt hätte, vielmehr gaben die Unterhandlungen den Beweis, daß man sich der Sache künstlich und mit allen Mitteln bemächtigte, um sie todt zu machen. Denn die Revolution sollte erstickt werden, und wenn man sich äußerlich gegenüber der schleswig-holsteinischen Regierung einer gewissen sanfteren Methode dabei befliß, so geschah dies nur, weil der König und die preußische Armee seit April des Vorjahres in diese Angelegenheit zu tief verwickelt waren, und mit Anstand und Vorsicht aus der Sache gezogen werden mußten.

Ich bin heute in der Lage, meine damals durch persönliche Beziehungen gewonnene Ueberzeugung durch mannigfache Depeschen des diplomatischen Verkehrs jener Tage, die mir vorliegen, controlliren zu können, und glaube Einiges in dieser Richtung mittheilen zu sollen.

Als Ausgangspunkt der politischen Thätigkeit des Berliner Cabinets in der Friedensfrage muß man vor Allem die Thatsache festhalten, daß der König bereits Ende März dem Ministerium die Aufgabe gestellt hatte, einen Separatfrieden zu schließen.

In London war man wenige Tage vor der Wiedereröffnung des Krieges von diesem Zwischenfall unterrichtet worden und Bunsen war darüber von Palmerston interpellirt worden, welcher seinen Ehrgeiz noch darein setzte, daß

ihm die Vermittlerrolle nicht verkümmert werde. Auch wußte Lord Palmerston, daß die Königin selbst der schleswig-holsteinischen Sache zugethan war, und daß sie wünschte, England möchte kräftig zu Gunsten der Rechte der Herzogthümer einschreiten.

Durch die Eckernförder Bataille erhielt nun diese Richtung einen sehr starken Impuls. In einem mir vorliegenden Berichte der schleswig-holsteinischen diplomatischen Agenten in London wird die Situation in den leitenden Kreisen so anschaulich geschildert, daß ich Einiges daraus mittheile:

„Ich empfing gestern Morgen die Nachricht von dem herrlichen Siege bei Eckernförde, diesem wahren Gottesgerichte. Ich machte sofort Bunsen damit bekannt, der sich nicht minder freute. Er fühlte dadurch sich zugleich seinem Könige gegenüber erleichtert. Er rieth mir sofort nach Windsor-Castle zu fahren, wo der Hof seit Donnerstag ist, um dem Prinzen Albert und Baron Stockmar die Nachricht zu überbringen. Ich that das sofort. Der Umstand, daß des Prinzen Bruder das Obercommando geführt, trug natürlich dazu bei, die Freude desselben zu erhöhen. Ich habe indeß schon früher bemerkt, daß der Prinz nicht allein deutsch, sondern vom Rechtsstandpunkt aus zugleich speziell schleswig-holsteinisch gesinnt ist."

„Im privy council, in dem er als eventueller Regent Sitz hat, nützt er der Sache sehr. Wie mir Stockmar nachher sagte, der die Königin einen Augenblick gesprochen, war dieselbe gleichfalls darüber sehr erfreut gewesen, daß endlich die Schleswig-Holsteiner und obendrein unter ihrem Schwager gesiegt haben. Die Hofumgebung dagegen war ganz verdutzt gewesen und hatte die Sache noch ein wenig bezweifeln wollen."

„Ein deutscher Seesieg ist freilich hier ebenso unangenehm als unglaublich. Baron Stockmar, sowie der Prinz erklärten Beide, daß dieser Sieg in seiner moralischen Einwirkung auf die Alliirten der Dänen entscheidend werden kann, und Lord Palmerston werde wahrscheinlich nun auch von seiner Meinung, daß die schleswig-holsteinischen Truppen beim ersten Kanonenschuß davonlaufen werden, zurückkommen. Von Wichtigkeit wird jetzt die Bunsen'sche Erklärung vom 5. April, daß durch den Ausbruch der Feindseligkeiten Alles in Frage gestellt sei. Die Zurückziehung der Friedensbasis, von ihm ohne ernstliche Absicht dadurch ausgesprochen, wird sich jetzt von selbst verstehen. Ich beabsichtige noch heute mit ihm darüber ernstlich zu sprechen."

In der That weigerte sich Bunsen, in den nächsten Tagen die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen und wollte neue Anträge von Seite Dänemarks auf dem Wege der englischen Vermittelung abwarten. Als nun aber das Reichsministerium die bisherige Basis der Unterhandlungen wirklich zurückzog

und die engere Verbindung Schleswigs und Holsteins verlangte, so folgte etwa am 19. Mai ein verhängnißvoller Schritt von Berlin, welcher die gesammte politische Lage veränderte.

An diesem Tage erhielt Bunsen den Befehl, sich fernerhin jeder Handlung im Namen der provisorischen Centralgewalt, in Betreff der schleswig-holsteinischen Sache, zu enthalten. Man motivirte diese Entschließung des Cabinets damit, daß das Gesetz über die Errichtung der provisorischen Centralgewalt die Bestimmung über Krieg und Frieden der Reichsregierung in Verbindung mit der Nationalversammlung beigelegt hätte. Letztere könne aber nicht mehr von Preußen anerkannt werden und mithin entfalle auch das Recht der Centralgewalt, Verfügungen über Krieg und Frieden zu treffen. Dies sei aber nur ein formelles Motiv, materiell komme hinzu, daß die Centralgewalt zu schwach sei, um so wichtige Beschlüsse, wie in Betreff des dänischen Krieges, zu fassen.

Zugleich erhielt Bunsen die Anzeige, daß ein ähnlicher Befehl dem General von Prittwitz ertheilt und dem Erzherzog Reichsverweser Mittheilung von diesen Verfügungen des preußischen Cabinets gemacht worden sei.

Es wurde ferner erklärt, daß sich Preußen für verpflichtet halte, die Leitung der gesammten für dasselbe so wichtigen schleswig-holsteinischen Angelegenheiten durchaus allein und selbständig in die Hand zu nehmen.

So war man im Grunde auf den Standpunkt des Separatfriedens zurückgekehrt und zwar in der verschärften Form einer vollkommenen Negation der Reichsgewalt. Ich war nun weit entfernt anzunehmen, daß man deshalb die militairische und politische Situation gegenüber von Dänemark als verschlimmert zu betrachten brauchte; die Frage war nur, welchen Gebrauch Preußen von der Actionsfreiheit, die es sich vorbehalten, machen wollte.

Die Dänen waren zuletzt in London mit dem Vorschlag hervorgetreten, einen Waffenstillstand bis zum Ende des Jahres zu schließen und eine Demarkationslinie südlich von Husum und Flensburg zu ziehen. Der südliche Theil von Schleswig sollte in den Händen der Preußen bleiben. Selbst Lord Palmerston hatte diesem Verlangen gegenüber auf das Bestimmteste erklärt, daß die Dänen nur sofort darauf verzichten möchten. Aber die Berliner Staatsmänner nahmen weniger Anstoß an dem dänischen Vorschlag, als der englische Minister, und die Demarkationslinie wurde wirklich die Basis, auf welcher der neue Waffenstillstand in Berlin unterhandelt werden sollte.

Gleich auf die erste Nachricht von der eingetretenen Wendung der Politik und von den in Berlin zu führenden Negociationen suchte sich die schleswig-holsteinische Regierung einen Einfluß auf die Verhandlungen zu sichern. Nachdem sich Dänemark bereit erklärt hatte, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu

senden, bat auch die Statthalterschaft in sehr bescheidener Form, „daß sofern eine Verhandlung über einen abzuschließenden Waffenstillstand mit der kgl. dänischen Regierung sollte eingeleitet werden, den Herzogthümern dabei eine angemessene Betheiligung nicht versagt werden möge". Einen Monat lang blieb dieses Ansuchen von dem preußischen Ministerium ganz unbeantwortet und erst, als die Unterhandlungen gesichert waren, wurde der Statthalterschaft bedeutet, daß es „schwer sein würde, eine Form zu finden, unter welcher eine direkte Betheiligung Schleswig-Holsteins an den Verhandlungen in Vorschlag gebracht werden und von Dänemark zugelassen werden könnte" *).

In der Zwischenzeit hatte Herr v. Reedtz mit Schleinitz unter Mitwirkung des Grafen v. Westmoreland als Repräsentanten der vermittelnden Macht die Friedens- und Waffenstillstandsfrage in aller Stille erörtert, und obwohl es in der ersten Woche schien, als ob sich Preußen gegen die unverschämten Zumuthungen des dänischen Bevollmächtigten sträube, so hatte man sich in eingeweihten Kreisen doch keine Illusionen machen können, wie der Leser schon nach dem Cassandraruf der Gräfin Reventlow, den ich zuvor mitgetheilt, selbst erkannt haben dürfte.

Herr von Reedtz hatte wirklich die Demarkationslinie zum Ausgangspunkte der Waffenstillstandsverhandlungen gemacht, und Schleinitz verschanzte sich nur noch hinter die Frage von Garantien, welche für den nachträglich zu schließenden Frieden gefunden werden sollten. Um die Pille zu versüßen, wurde das nördliche Schleswig den Schweden überliefert, im südlichen übernahmen die Preußen die Rolle, welche Palmerston einige Wochen vorher als abgeschmackt bezeichnete.

Westmoreland war nie so vergnügt wie seit dem Zusammenbruch der deutschen Reichsillusion, weil seine Gemahlin mit der Lady Cowley rivalisirte, deren Mann, beim deutschen Reich accreditirt, einen höheren Rang beanspruchen wollte. Er faßte seine Vermittlung in dem eigenthümlichen Sinne auf, daß er das Mögliche und Unmögliche für Dänemark wirkte. Lord Palmerston fand jetzt mit einem Male, daß der englische Handelsstand um jeden Preis den Frieden wolle und daß sich das Ministerium nicht länger den berechtigten Wünschen entgegensetzen könne. Er instruirte, rieth und ermahnte Preußen auf alle Weise zur Nachgiebigkeit und es fehlte nicht an Drohungen.

Nicht ganz bekannt ist die einflußreiche, wenn auch stille Thätigkeit der Königin Victoria geblieben, ohne deren edelmüthige Dazwischenkunft die englische

*) Die letzteren Noten vom 23. Mai, 19. und 28. Juni sind gedruckt in „Actenstücke, betreffend den zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand". Kiel 1849.

Diplomatie noch in viel entschiedenerer Weise in das dänische Fahrwasser hinübergegangen wäre. Als Lord Westmoreland in seinem seltsamen Vermittlungseifer gegen Ende Juli meldete, daß Herr von Schleinitz noch nicht völlig bereit sei, die Versprechungen seines Königs an die Schleswig-Holsteiner fallen zu lassen, so beantragte Palmerston im Ministerrath den bestimmten Entschluß auszusprechen, daß England sich auf Seite Dänemarks stellen werde, wenn der Krieg nicht bis zum ersten Juli beendigt würde. Da war es nun die Königin, welche energisch gegen diesen Wechsel in den Principien sich erhob und verlangte, daß die Bahn einer über beiden Parteien stehenden Politik unwandelbar festgehalten werde. Es gab einen sehr harten Kampf zwischen Palmerston und der Königin, in Folge dessen der edle Lord sich bestimmt sah, ein Memoire zu überreichen, welches die Gründe seines Friedenseifers darlegte, aber die Königin durchaus nicht zu beruhigen und umzustimmen vermochte. Palmerston sah sich daher genöthigt, die bedrohliche Note abzuschwächen und durch nachträgliche Depeschen Lord Westmoreland zu beauftragen, daß er in Berlin nur einzelne Stellen vorlesen und keine Abschrift dem Ministerium zurücklassen dürfe.

Freilich war dies Alles im Grunde nicht nöthig, denn für die Mahnung zum Frieden war in Berlin selbst gesorgt. Die russische Pacification in Ungarn wurde dem König Friedrich Wilhelm als die correcteste Lösung solcher Erhebungen dargestellt, wie sie in Schleswig-Holstein gegen den Landesherrn Platz gegriffen hätten und er glaubte sich täglich mehr durch seine Beschirmung einer revolutionären Sache beschämt. So hatte die Conferenz sich nicht nur in den Waffenstillstandsfragen ganz und gar den dänischen Forderungen unterworfen, sondern was vielleicht noch schlimmer war, auch die künftige Friedensbasis in übereilter Weise von vornherein verdorben. Dieselbe wurde in vollem Widerspruche zu jenen Bestimmungen definirt, welche die deutsche Reichs-Centralgewalt schon vor dem erneuerten Ausbruch des Krieges aufgestellt hatte.

In dem Protokoll, welches dem Berliner Waffenstillstands-Vertrage beigefügt ist, hieß es Art. 1: „Das Herzogthum Schleswig soll, was seine gesetzgebende Gewalt und seine innere Verwaltung betrifft, eine abgesonderte Verfassung erhalten, ohne mit dem Herzogthum Holstein vereinigt zu sein und unbeschadet der politischen Verbindung, welche das Herzogthum Schleswig an die Krone Dänemarks knüpft". In dem Schreiben des Reichsministerpräsidenten Herrn v. Gagern an den englischen Gesandten Lord Cowley vom 3. Februar war hingegen die von der britischen Regierung vorgeschlagene Friedensgrundlage dahin angegeben, daß Schleswig eine abgesonderte Verfassung erhalten solle, verschieden von der dänischen auf der einen Seite und von der holsteinischen auf der anderen.

Wie man sieht, hatte eine Umänderung des Wortlauts im Protokoll stattgefunden und wenn sich das Notifikationsschreiben des Grafen Brandenburg an die Statthalterschaft daher auf jene Basis des Reichsministeriums berief, so hatte die letztere in der Antwort hierauf sich mäßig und zurückhaltend geäußert, wenn es in der Note hieß*):

„Die Statthalterschaft muß es tief beklagen, daß der königlich preußische Bevollmächtigte zum Abschluß eines die Rechte der Herzogthümer entschieden verletzenden Präliminar-Protokolls, in Voraussetzung der Gebundenheit an eine von der provisorischen Centralgewalt längst wieder zurückgenommene frühere Friedensbasis und in irrthümlicher Annahme der Uebereinstimmung mit dieser Basis sich hat verleiten lassen."

Wenn indeß die Statthalterschaft ihren Widerspruch gegen das Protokoll auf die Hoffnung gründete, daß „Deutschland" den preußischen Abschluß nicht anerkennen werde, so zeigte sich hier wie in so vielen Schritten der schleswig-holsteinischen Regierung eine geringe praktische Auffassung einer gegebenen Lage. „So lange Sinn für Recht und Ehre in Deutschland herrscht, ist dies nicht möglich", sagte die Statthalterschaft. Aber jenes Deutschland, welches durch die Centralgewalt in diesem Augenblicke repräsentirt war, — das Reichsministerium Jochmus und ein Reichsverweser, welcher sich zum Vertreter ausschließlich österreichischer Absichten in Deutschland gemacht hatte, waren nicht die Instanzen, auf die man sich gegen den preußischen Waffenstillstand berufen konnte.

---

*) Die letzten Actenstücke a. a. O. S. 29.

Fünftes Capitel.

Abschied von Holstein und Schluß.

So tief ergriffen man durch die Berliner Abmachungen vom 10. Juli sein mochte, für den praktischen Politiker gab es kein Mittel, um sich den Folgen dieses verhängnißvollen Schrittes der einzigen reellen Macht in Deutschland zu entziehen.

Fester Anschluß des freisinnigen und fortschrittlichen Theils der Nation an Preußen konnte der Reaction in Berlin Schranken setzen, das unverlorene Fürstenrecht der Augustenburger konnte möglicherweise auch der Sache Schleswig-Holsteins wieder Hilfe bringen; aber eine Berufung auf Deutschland gegen Preußen zu versuchen, dies glaubte ich sofort als einen schweren Fehler der Statthalterschaft erkennen zu müssen.

Ich war durch diese Politik persönlich in eine keineswegs angenehme Situation gekommen. In jedem Augenblicke konnte von dem Obercommando der Befehl zum Rückmarsch und zur Auflösung der Reservebrigade eintreffen; als Commandeur der letzteren hatte ich selbstverständlich zu gehorchen. Gleichzeitig war nun aber von der Statthalterschaft an alle deutschen Fürsten die Aufforderung ergangen, sich dem Waffenstillstand von Berlin zu widersetzen, die Truppen in Schleswig-Holstein zu lassen und den Krieg gegen Dänemark fortzuführen: für einen Fürsten, der im Felde stand, wie man leicht ersieht, eine Situation der peinlichsten Art.

Obwohl die Statthalterschaft von ihren eigenen Agenten bereits Mittheilungen erhalten hatte, daß Sachsen und Hannover, wahrscheinlich auch Baiern schon die Annahme des Waffenstillstands erklärt hätten, so rechnete man in den schleswig-holsteinischen Regierungskreisen doch noch immer auf verschiedene deutsche Staaten, wie Hessen, Nassau, die thüringischen Herzoge und andere.

Ich würde meinen Erinnerungen hier fast nicht völlig vertrauen können, wenn ich es nicht in offiziellen, mir jetzt vorliegenden Acten der Statthalterschaft noch neuerdings bestätigt gefunden hätte: man that mir wirklich die Ehre an, auch auf Coburg ganz besonders bei dem Widerstand gegen den preußischen

Waffenstillstand zu zählen. Ohnehin hatte die Statthalterschaft ihren Protest an alle deutschen Regierungen versendet, sie sprach die Erwartung aus, daß die Truppen in Schleswig-Holstein zurückgelassen werden würden. Selbst nachdem die Statthalter vom General von Prittwitz als Obercommandanten die Erklärung persönlich empfangen hatten, daß er den Waffenstillstand pünktlich ausführen werde, erwarteten dieselben eine Scission unter den fürstlichen Contingenten.

Es wurde Beschluß gefaßt, an alle deutsche Höfe noch Spezialgesandte zu senden, um den Erwartungen der Statthalterschaft Nachdruck zu geben. Francke, Heintze, Reventlow-Farve und mehrere andere bereisten Deutschland nach allen Richtungen hin, um den Fürsten und ihren Ministern die Sache persönlich zur Erwägung vorzutragen.

Beseler, welcher unter dem Eindrucke der Enttäuschung und des Schmerzes der Bevölkerung die radikalen Elemente mit einem großen Theile der conservativen Partei in der Landesversammlung zu sehr patriotischen, aber wenig staatsmännischen Beschlüssen fortgerissen hatte, beherrschte die Situation. Er bildete sich ein durch seine Ueberredungskunst selbst auf Bonin und auf die preußischen Offiziere Eindrücke der weitgreifendsten Art machen zu können und diese, an die preußische Disciplin so gewöhnten Kriegskameraden durch seine Rechtsbelehrungen und seine schleswig-holsteinischen Weisthümer irre machen zu können. Zu der Trauer über den abgeschlossenen Waffenstillstand gesellten sich die Schrecken des politischen Doctrinarismus, welcher nun einmal die Gewalt in den Händen hielt.

So war mir der Abschied von dem Lande, welches ich so sehr lieben lernte, doppelt schwer gemacht worden. Durch die Umfrage der Statthalterschaft an die deutschen Regierungen war zwar im Grunde mehr das Staatsministerium von Coburg-Gotha, als der Landesherr zu der entsprechenden Antwort verpflichtet, und ich hätte es ruhig abwarten können, ob meine beiden populären Minister von Stein und Bröhmer dem Königreich Dänemark den Krieg erklären würden oder nicht. Bei den nahen Beziehungen, die ich nun aber persönlich zu den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten einmal hatte, glaubte ich, auch ohne constitutionelle Contrasignatur der Minister, der Statthalterschaft die Nutzlosigkeit und Fehlerhaftigkeit ihrer Schritte vorstellen zu dürfen.

Ich schrieb daher an den Grafen Reventlow-Preetz in der freundschaftlichsten Weise, um ihn zur Annahme des Waffenstillstandes zu bewegen. Ich stellte namentlich vor, wie unrichtig es wäre, wenn man das Land in seiner weiteren Führung von seiner voraussichtlich zukünftigen Dynastie, den Augustenburgern, trennen wollte, und wenn man diese nun in eine ganz falsche Position brächte.

Ich wies auf die Gefährlichkeit der Lage hin, wenn Schleswig-Holstein isolirt sich in weitere Kämpfe stürzen sollte. Ich wußte ja, welche Antwort die Herren von der Statthalterschaft von den Fürsten zu erwarten haben werden! Ich versprach meinerseits alle guten Dienste, die ich nur immer dem Lande leisten könnte, in England, Brüssel, Berlin und wo immer ich Freunde oder Verwandte hätte.

Die Antwort des Statthalters erfolgte in größter Eile, als fürchtete er, daß seine schon am 15. und 16. verreisten Diplomaten in ihren Bekehrungsversuchen der deutschen Regierungen, unter denen selbst der Kurfürst von Hessen nicht fehlte, aufgehalten oder gestört werden könnten. Das Schreiben Reventlows lautete:

Schleswig, d. 17. Juli 1849.

Hochgeehrter Herr Herzog!

Gnädiger Herr!

„Ew. Hoheit geehrtes Schreiben vom 16. d. M. habe ich erhalten und spreche gern meinen tiefgefühlten Dank für die darin dargelegte rege Theilnahme aus, wie ich denn auch das Gewicht der von E. H. angeführten Gründe für eine Nachgiebigkeit von unserer Seite nicht verkenne.“

„Zunächst erlaube ich mir E. H. beigehend die in der letzten Zeit erwachsenen Actenstücke mitzutheilen. E. H. wollen daraus ersehen, daß wir zunächst in Berlin Verwahrung eingelegt, demnächst aber eine Circularnote an sämmtliche Regierungen Deutschlands, namentlich auch an die Regierung Ew. Hoheit erlassen haben.“

„Es ist zwar möglich, daß die deutschen Regierungen gegenwärtig nicht in der Lage sind, uns mit fernerem, materiellem Schutze beizustehen, aber Rath und sonstige Verwendung dürfen wir jedenfalls erwarten. Wir halten es auch für eine unabweisbare Pflicht, zunächst eine Anfrage an Deutschland zu stellen, ehe wir den als Deutsche und mit Deutschland unternommenen Kampf aufgeben. Es darf auch gehofft werden, daß Preußen selbst die Nothwendigkeit dieses Schrittes einsehen und sich deshalb nicht verletzt fühlen werde, besonders da in unseren Aeußerungen jede Bitterkeit gegen Preußen vermieden ist.“

„Daß unsere Sache höchst gefährlich steht, läßt sich nicht verkennen, um so mehr, da die Regierung an der einen Seite volle Energie beweisen muß, um die Leitung im Lande und in der Armee in ihrer Hand zu behalten, zugleich aber auch nichts zulassen darf, was unnöthiger Weise verletzt, um sich für den Fall, daß wir von allen Bundesgenossen verlassen werden sollten, die Möglichkeit demnächstiger Vermittelung nicht abzuschneiden. Der gegenwärtige Mangel einer effektiven Centralgewalt Deutschlands vermehrt unsere Schwierigkeit vollends.“

„Ew. Hoheit gütiges Anerbieten, für unsere Sache ferner und namentlich auch in England nach Kräften zu wirken, nehme ich mit dem lebhaftesten Danke an. Wir geben der Hoffnung Raum, daß es der gewichtigen Verwendung Ew. Hoheit und dem Gefühle, daß den Herzogthümern nach redlicher Anstrengung aus muthigem Kampfe gar Schweres auferlegt sei, gelingen werde, eine geneigtere Stimmung für uns zu veranlassen."

„Unsere Hoffnung beruht zunächst darauf, daß nach dem Wortlaute der preußischen Friedenspräliminarien den Dänen mehr zugestanden scheint, als in der von England und der provisorischen Centralgewalt aufgestellten Friedensbasis enthalten war, und daß es deshalb gelingen könnte, eine günstige Interpretation, namentlich des gebrauchten Wortes „politische Verbindung" zu erzielen. Gelänge dieses, so läßt sich die Möglichkeit einer ruhigen Entwickelung denken, gelingt dies nicht, ist für den ersten Augenblick kein friedlicher Ausweg zu ersehen."

„Ew. Hoheit bemerken, daß wir die Augustenburger nicht von uns stoßen sollen; ich kann versichern, daß diese Absicht mir, wie allen meinen Freunden, ferne liegt. Unser Kampf wird für die Rechte des Augustenburger Hauses nicht minder geführt, als für die Rechte des Landes, ihre Sache ist eben die unsrige. Nur die Besorgniß der dänischen Insinuation, als sei unsere Erhebung lediglich durch die ehrgeizigen Pläne der Augustenburger hervorgerufen, hat uns veranlaßt, im eigenen Interesse des Augustenburger Hauses den Herzog von Augustenburg möglichst wenig voranzustellen. Gerne ergreifen wir jede Gelegenheit, um dem Hause Augustenburg und dadurch dem Lande nützlich zu sein und Ew. Hoheit werden wir uns sehr verpflichtet fühlen, wenn Sie uns Mittel und Wege an die Hand geben könnten."

„Schließlich spreche ich Ew. Hoheit nochmals meinen innigsten Dank für die thätige Betheiligung an unserm Kampfe und die warme Theilnahme für unsere Sache aus. Unsere Sache muß doch keine schlechte sein, wenn die besten Fürsten und Männer Deutschlands in die Schranken treten. Wenn bei der gegenwärtigen, unglückseligen Zerrüttung Deutschlands auch unsere Sache gegenwärtig sinken muß, so gebe ich doch die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich wieder kräftig ermannen und daß dann unsere Sache auch siegreich hervorgehen werde. Mit größter Hochachtung und Verehrung Ew. Hoheit

ganz gehorsamster
Reventlow."

Die Hoffnungen auf die deutschen Regierungen hatten sich natürlich, noch bevor ich die Grenze Holsteins verlassen hatte, schon in ihrer vollen Nichtigkeit gezeigt. Es ist nur zu bekannt, wie alle und jeder von den Fürsten und Ministern der kleinen und mittleren Staaten zwar mit großem Bedauern, aber

entschieden abzulehnen genöthigt waren, ferner etwas für den meerumschlungenen Bruderstamm zu thun.

Die Art und Weise aber, wie sich die Statthalterschaft diese Gewißheit verschaffte, ist für die Zeitverhältnisse so bezeichnend, daß es mir gestattet sein mag, aus Depeschen Harbous, worin über die Mission seiner Agenten berichtet ist, einiges auf die Gefahr hin mitzutheilen, die Geduld des Lesers zu ermüden:

„Heute sind," schreibt Harbou am 26. Juli, „endlich Berichte von Francke aus München und Baron Liliencron aus Braunschweig gekommen. Ersterer berichtet, daß er am 20. d. in München angekommen sei und sofort eine Conferenz mit dem Minister v. d. Pfordten, sowie am folgenden Tage eine Audienz beim Könige gehabt habe. Die preußische Regierung habe die Zustimmung Baierns zu den Verträgen bereits beantragt gehabt; doch sei schon am 20. eine offizielle ablehnende Antwort nach Berlin abgesandt, die theils auf den formellen Grund gestützt wurde, daß die Centralgewalt allein befugt sei, solche Verträge zu schließen, theils auf den materiellen Inhalt der Verträge, denen Baiern seine Zustimmung versagen müsse."

„Der Minister v. d. Pfordten, welcher Herrn Francke dies mittheilte, habe zugleich hinzugefügt, daß dem Prinzen von Altenburg bereits der Befehl zum Rückzuge des baierischen Contingents ertheilt sei, weil man fürchte, eventuell in den Herzogthümern mit Preußen kämpfen zu müssen, da man zu oft vom Grafen Brandenburg getäuscht sei, als daß man seiner Versicherung, Preußen werde im Falle thatsächlichen Widerstandes lediglich seine Truppen zurückziehen, nicht eben Glauben schenken konnte. Außerdem fürchte man, daß Dänemark von Schweden, Rußland, England und Frankreich werde unterstützt werden."

„Auch könne Baiern seine Truppen um so weniger entbehren, als höchst wahrscheinlich ein Kampf Oesterreichs und Baierns gegen Preußen wegen der deutschen Frage bevorstehe. Nur falls Preußen neutral bleibe, würde Baiern möglicher Weise einer Aufforderung der Centralgewalt, seine Truppen in Schleswig-Holstein zu belassen, nachgeben. In ähnlichem Sinne hat sich der König persönlich ausgesprochen."

„Ebensowenig erfreulich sind die heute eingelaufenen Berichte der Herren Baron Liliencron und Reiche über die Verhandlungen mit der braunschweigischen Regierung. Nach Conferenz mit dem Minister von Schleinitz, einem Bruder des preußischen Ministers, sowie mit den anderen Ministerien vom 20. und 21. d. M. und längeren Unterredungen mit dem Herzoge zu Blankenburg am 22. ist das Interesse für unsere Sache in Braunschweig groß und der Wille gut, aber mit Rücksicht auf die Lage der Dinge in Deutschland glaubt man dennoch nicht aktiv zu unseren Gunsten auftreten zu können, weil man es für

eine Nothwendigkeit hält sich Preußen anzuschließen, dem man auch gute Absichten für den demnächstigen Frieden zutraut."

„Zugleich fürchtet man eine russische Intervention und erklärt deshalb mit Bestimmtheit für den Augenblick nichts für uns thun zu können. Dagegen beabsichtigt man nicht sofort eine zustimmende Erklärung nach Berlin zu senden, vielmehr will man erst Ereignisse und Vorgänge der nächsten Zukunft abwarten. Der Herzog persönlich hat wirksame militairische Hilfe in Aussicht gestellt, sobald der Zeitpunkt geeignet sei. Der Enthusiasmus der Bevölkerung für unsere Interessen wird als sehr groß gerühmt. Freiwillige meldeten sich bei den Abgesandten, und auch die Ständeversammlung wird wahrscheinlich einen Antrag zu unseren Gunsten stellen, jedoch ohne reellen Erfolg."

„Graf Baudissin ist gestern aus Oldenburg zurückgekehrt, hat jedoch von dort ebenso wenig Tröstliches mitgebracht. Der Minister Schleufer spricht mit der größten Erbitterung über das Verfahren Preußens, wollte jedoch mit Rücksicht auf die bedrängte Lage Oldenburgs zwischen Hannover und Preußen keine direkte Hilfe in Aussicht stellen. Der Großherzog, welcher in den Erbansprüchen des Mannsstammes die Hauptrechte der Herzogthümer sieht, fühlt sich durch die Anzeige Preußens, daß Dänemark gewissermaßen den offenen Brief zurückgenommen und die Erbfolge für zweifelhaft erklärt habe, als Agnat beruhigt und meint, die Herzogthümer müßten sich freuen, mit einem blauen Auge aus diesen Märzgeschichten herauszukommen. An höchsten Thränen und Versicherungen der Theilnahme hat es nicht gefehlt, aber die oldenburgischen Truppen sind zurückberufen."

„Nach einem Berichte von Stemann aus Kassel vom 24. herrscht auch dort Entrüstung über das Verfahren Preußens und Theilnahme für die Herzogthümer; jedoch zugleich die Ueberzeugung, daß Kurhessen allein nicht im Stande sein werde, die seinen Wünschen entsprechende thatkräftige Unterstützung zu gewähren. Doch wolle das Ministerium den ausgesprochenen dänischen Sympathien des Kurfürsten unter keinen Umständen Einfluß auf die Sache gestatten, eher aus dieser Angelegenheit eine Cabinetsfrage machen."

An einem der folgenden Tage hieß es in einer Depesche, „Herr Francke hätte der Statthalterschaft aus Stuttgart vom 24. berichtet, daß er aus dem Regen der Münchener Unterhandlungen dort völlig in die Traufe gerathen sei. Der König hätte ihm in einer Audienz nicht nur offen seine Unzufriedenheit mit Allem, was in Frankfurt geschehen, sondern zugleich die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Deutschland nur bis zur Eider geht, er habe nur auf Andringen der Centralgewalt Truppen nach Schleswig-Holstein gesandt; und Dänemark müsse ein Bollwerk gegen Rußland bleiben; er könne durchaus nicht helfen und die Herzogthümer müssen suchen, ihren Frieden so gut zu machen wie möglich.

Baron Liliencron ist aus Dresden zurückgekehrt, ohne mehr als schöne Worte gehört zu haben."

Doch ich breche die Leidensberichte über die Irrfahrten der Statthalterschaft hier ab. Den meisten Regierungen lag daran, die Sache zu benützen, um möglichst schlechte Stimmung gegen Preußen zu machen, aber in Wahrheit waren sie froh, daß nun auch das revolutionäre Land des Nordens gedämpft und beruhigt worden sei.

Wer immer von dem großen Zusammenhange der Cabinette etwas verstand, redete zum Frieden. So war auch Reventlow-Altenhoff zurückgekehrt und rieth zu Ruhe und Unterwerfung. Ich war meinerseits der Ueberzeugung, daß das, was für die Herzogthümer in der Zukunft zu retten sein würde, nur auf dem Wege des dynastischen Interesses, auf welches die Familie der Augustenburger Anspruch hatte, einzig und allein zu gewinnen sein werde. Ich hatte daher den Grafen Reventlow-Altenhoff, um gleichsam einen letzten Rathschlag zu ertheilen, noch unmittelbar vor meiner Abreise darauf hingewiesen, wie nützlich es wäre, wenn sich der Herzog von Augustenburg selbst nach London begeben würde. Er hätte dort Gelegenheit finden müssen, durch meinen Bruder, der ihn ohne Zweifel auf das Beste aufgenommen hätte, mannigfachen Einfluß zu gewinnen.

Bezeichnend war indessen für die Schwerfälligkeit, die in Schleswig-Holstein in diesen Angelegenheiten herrschte, daß mir Graf Reventlow sofort die Mittheilung machte, der Herzog von Augustenburg könnte sich zu einer solchen Reise nicht leicht entschließen, wenn er nicht eine ausdrückliche Aufforderung vom englischen Hof bekäme. Reventlow selbst war bewandert genug, um die Unmöglichkeit einer solchen Einladung zu einem Besuche zu begreifen, welcher nach englischen Verhältnissen immerhin als eine politische Angelegenheit angesehen werden konnte.

Als Alles zu spät war, wendete sich der Prinz von Noer an die Königin, damit seine von den Dänen angegriffene Ehre durch ein Gericht englischer Gentlemen rehabilitirt würde. Auch dann noch war die Form, die er vorschlug, eine wenig praktische und von einem englischen Cabinet schwer zu erlangen*). Hätten die vortrefflichen Prinzen früher schon in England bessere Beziehungen aus eigenem Antrieb gesucht, so wäre es kaum denkbar gewesen, daß ihr damaliger Sturz so tief und hart gewesen wäre.

---

*) Aufzeichnungen des Prinzen S. 413. Anlage 9, 10. Die Königin konnte selbstverständlich nicht anders, als den Brief Lord Palmerston zur Amtshandlung zu geben, der die Wünsche des Prinzen nicht erfüllen zu können erklärte.

In der Zwischenzeit waren vom Obercommando alle Anordnungen für den Rückzug der Reichscontingente und mithin auch der Reservebrigade getroffen worden. Der Abmarsch der letzteren sollte am 24. Juli beginnen. Am 19. nahm Prittwitz in kühlen, man könnte sagen, gedrückten Worten Abschied von den Truppen und nichts war charakteristischer für den freudelosen Auszug, als der Schluß des Tagesbefehls, wo es hieß:

„Endlich muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß während des Rückmarsches möglicher und wahrscheinlicherweise den Truppen ungünstige Urtheile über die Entschließungen und Betheiligungen ihrer Regierungen an den zur Beendigung des Krieges ergriffenen Maßregeln bekannt werden dürften. Der Soldat, vom höchsten Offizier bis zum letzten Grade herab, hat aber die Verpflichtung, dergleichen Erörterungen zu vermeiden, Urtheile über die Maßregeln der Regierungen durchaus außerhalb der Grenzen seines Wirkungskreises zu halten und die Cardinaltugend des Soldaten, unbedingten Gehorsam, auch hier zu bewähren."

Beim Aufbruche der Brigade übertrug ich das Commando dem Oberst von Buch und begab mich selbst zum General von Prittwitz, um persönlichen Abschied zu nehmen. Sein Hauptquartier war noch in Veile in Jütland und die Reise dahin war um so belohnender, als sie mir Gelegenheit bot, sowohl Prittwitz, als auch Bonin, und zwar beide unmittelbar nach einander zu sprechen.

Sie waren über die augenblickliche politische Situation ganz derselben Meinung, aber desto verschiedenerer Ansicht über das unmittelbar Vergangene, sowohl in Betreff der militairischen, wie der diplomatischen Verhältnisse.

Prittwitz hatte den beiden Statthaltern sogleich nach dem Abschluß des Waffenstillstandes erklärt, daß er andere Befehle als die seines Königs nicht anerkenne, und Bonin hatte ebenfalls auf die einfache Nothwendigkeit hingewiesen, unter den obwaltenden Verhältnissen den schleswig-holsteinischen Dienst verlassen zu müssen. Prittwitz hatte Vollmacht, die Zurückberufung aller preußischen Offiziere aus den Herzogthümern auszusprechen und Bonin war nicht im Entferntesten gewillt, sich einer solchen Ordre eventuell zu widersetzen. Die Statthalterschaft wollte noch Versuche machen, in Berlin die Erlaubniß für ihren General zu erwirken, bleiben zu dürfen; aber an der Gewährung einer solchen Bitte zweifelten die Herren von der schleswig-holsteinischen Regierung selbst.

Als ich zu General von Prittwitz kam, fand ich ihn sehr erzürnt über die Statthalterschaft, über die schleswig-holsteinische Armee und über den ganzen Feldzug, der ihm nichts als Verdruß gemacht und wenig Ehre eingetragen hätte. Niemandem hätte man es zu Danke thun können. Die delicaten Aufträge seiner Regierung wären sehr schwierig zu erfüllen gewesen und von den

Schleswig-Holsteinern habe er nichts als Gehässigkeiten erfahren. Seine besten Intentionen seien an dem Eigenwillen und dem Widerstande der Statthalterschaft und des Generals Bonin gescheitert, welcher immer nur an sich und seinen Ruhm gedacht hätte. Er kam auf Fridericia zu sprechen und versicherte, daß er Bonin wiederholt gewarnt hätte. Zum Danke für das, was Preußen für die Herzogthümer gethan hätte, werde er und die ganze Armee auf das Abscheulichste verläumdet*).

Am nächsten Tage besuchte ich auf der Rückreise Bonin, der es als eine ausgemachte Sache hinstellte, daß er schuldlos in's Verderben geführt wurde. Er erzählte allerlei Details über die Behandlung, die ihm Prittwitz angedeihen ließ und schob die Schuld von Fridericia ganz und gar auf das Obercommando. Welchen unsäglich traurigen Eindruck dieser Gegensatz der beiden Generäle auf mich hervorbrachte, brauche ich nicht zu bemerken.

Einen Trost fand man nur in dem Anblick der stattlichen Truppen, welche nach dem Unglück der letzten Tage völlig ungebrochen und im besten Glauben an die Zukunft des Landes ihren freiwillig diplomatischen Rückmarsch angetreten hatten. In Kolding machte ich den Einzug des ersten schleswig-holsteinischen Jägercorps unter dem Major Wrangel, einem Vetter des Generals mit, der sich auch in den spätern für uns so glorreichen Feldzügen als tapferer und umsichtiger General bewährt hat und mir aus der Schlacht von Fridericia allerlei Details erzählte. In der Kirche lagen zahllose Verwundete, die ich besuchte und bei denen man nur Aeußerungen der höchsten patriotischen Empfindungen antraf. Es sind unauslöschliche und wirklich erhebende Erinnerungen gewesen, die ich von den Schmerzenslagern dieser tapferen Männer des unglücklichen Bruderstammes mit mir in die Heimath nehmen sollte.

Meine Brigade fand ich am 29. Juli bei meiner Rückkehr aus Jütland noch im Holsteinischen. Sie befand sich bei dem Dorfe Burgwedel, da wo die Straßen von Kiel und Segeberg nach Altona zusammenstoßen, zum letzten Male in vereinigter Aufstellung. Nur die zweite hanseatische Schwadron hatte ihren

---

*) Ich glaubte weder aus Anlaß der oben S. 424 mitgetheilten Bemerkung des Justizraths v. Schleiden, noch hier auf die Streitfragen eingehen zu sollen, welche über das Verfahren von Prittwitz zuerst von der Norddeutschen freien Presse vom 1. August, dann in mannigfachen Werken von Lüders, Baudissin, Fock u. a. erörtert worden sind. Was Fock S. 195 erzählt, daß Prittwitz von den Lazarethärzten verhindert wurde, die Verwundeten zu besuchen, weil die Erbitterung zu groß wäre, ist nicht ganz unglaubwürdig. Ich fand ihn daher in einer erklärlichen Aufregung, die höchst betrübend war.

Rückmarsch direkt genommen. Hier nahm ich Abschied von den Truppen, und da meine vom Pferde herabgesprochenen Worte von freundlich gesinnten Offizieren aufgezeichnet worden sind, so mögen sie, wenn auch ganz ohne alle Bedeutung, doch in diesen Erinnerungen nicht fehlen:

„Da nach den Befehlen des Obercommandos die Reservebrigade in ihrer bisherigen Verbindung aufgelöst wird, so rufe ich sämmtlichen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften noch ein herzliches Lebewohl zu."

„Möchten die vier Monate unserer Vereinigung dazu beigetragen haben, den kameradschaftlichen Sinn nach den verschiedenen Richtungen hinzutragen, wo ein Jeder die besondere Heimath findet. Wenn die Erinnerung an die Commandoführung der Brigade mir stets einen frischen und freudigen Rückblick gewähren wird, so knüpft sich daran die Hoffnung und der Wunsch, daß auch mir ein kameradschaftliches Andenken erhalten werden möge."

Ich sollte die Herzogthümer indessen nicht verlassen, ohne noch eine bittere Erfahrung über die furchtbar aufgeregte Stimmung gemacht zu haben, welche allerorten herrschte. In Altona fand ich unter der Bevölkerung einen so feindseligen Geist, daß ich nicht zu zweifeln vermochte, es werde hier bei den Truppendurchmärschen zu Conflikten kommen. Ich hatte daher die traurige Pflicht, eine defensive Stellung gegenüber der Stadt und ihren Bewohnern einzunehmen. Es mußten alle Vorsichtsmaßregeln getroffen werden: Ich ließ die öffentlichen Locale besetzen und zwei Bataillone auf den Plätzen bivouakiren. Starke Patrouillen durchstreiften während der Nacht die Stadt. Ich selbst blieb die ganze Nacht in Kleidern und war immer noch sehr froh, als die Truppen den andern Tag unbehelligt und ungeschmäht nach verschiedenen Richtungen auf der Eisenbahn abgehen konnten.

Wie sehr die von mir getroffenen energischen Vorsichtsmaßregeln nöthig gewesen waren, zeigte sich wenige Tage später, als die preußischen Truppen Altona besetzten. Es erfolgte eine blutige Erhebung und mancher der braven Kameraden, welche ehrenvoll gegen die Dänen gestanden hatten, fand seinen Tod von deutscher Hand, unter anderen auch einige Reiter der Hamburger Schwadron.

Ich begab mich zunächst nach Berlin, denn nach allen den sonderbaren Nachrichten, die aus der preußischen Hauptstadt während meines langen Aufenthaltes im Feldlager schattenartig angelangt waren, als wären sie bestimmt, Pessimismus und Schwarzseherei unter den Deutschen zum Nationalcharakter zu erheben, wollte ich selbst sehen und hören, wollte ich mich selbst überzeugen von dem, was hier vorging und was man zu ersinnen begann.

Ich meldete mich unmittelbar nach meiner Ankunft in Sanssouci, wo der König weilte. So vieles Seltsame ich von Friedrich Wilhelm erfahren

hatte, so machte mir sein Empfang von damals doch einen der unvergeßlichsten Eindrücke. Als ob er die längste Zeit her von mir nichts gehört hätte, fragte er mich, wo ich denn herkäme, wo ich gewesen, und warum ich seit so lange nicht in Berlin war. Aber ohne auch nur die Antwort abzuwarten, erging er sich in einem Schwall von Worten über die schlimme Zeit, in welcher nichts mehr gesund wäre, außer seiner Armee.

Von Schleswig-Holstein war nicht mit einem Worte die Rede. Bei dem langen Diner in Sanssouci war es von allen Seiten auf das Aengstlichste vermieden worden, von dem Feldzuge in Schleswig zu sprechen, oder die Frage zu berühren, welche in diesem Augenblicke in ganz Deutschland als die brennendste Wunde betrachtet wurde. An der königlichen Tafel fiel von keiner Seite ein Wort der Theilnahme für diese deutsche Sache, an welcher die preußische Armee selbst betheiligt und für welche so viel deutsches Blut bereits geflossen war. Der König erzählte seinerseits in der harmlosesten Weise von seiner letzten Zusammenkunft mit dem Könige von Dänemark.

Bei der Heimfahrt nach Berlin setzten sich Wrangel und Humboldt zu mir ins Coupé, welche beide in den freundlichsten Worten mir ihre Theilnahme für meine Kriegserlebnisse aussprachen. Daß ein gutes deutsches Recht von dem kleinsten und unbedeutendsten der Erbfeinde unserer Nation jetzt mit Füßen getreten wurde, stand nach den Begriffen einer rührigen Partei der Berliner Gesellschaft auf einer Linie mit dem Aufruhr, welchen der Radikalismus im Vereine mit meuterischen Soldaten in Baden angezettelt hatte.

Auf diesem heißen Boden von Berlin war also diesmal meines Bleibens nicht und ich ging so rasch wie möglich, traf in Halle noch mein Bataillon und zog mit demselben am 3. August in Gotha ein. Ich hatte, wie ich schon in einem früheren Capitel erzählt habe, alle Feierlichkeiten verbeten, und man beschränkte sich auf ein freudiges Zurufen aus tausend Kehlen.

„Die Stimmung allein," so konnte ich damals an meinen Bruder schreiben, „besonders für meine Person, ist gut, wie sie sonst nie war. Bei vielen Gelegenheiten gibt sich dies kund und würde einen kleinen Ersatz für das viele Erlittene bieten, wenn man nicht wüßte, wie wandelbar alles ist."

Für meine Thätigkeit im Felde hatte ich schon im Monat Mai das Commandeurkreuz des königlich sächsischen Heinrichsordens erhalten; charakteristisch für die Stimmung in Berlin war es, daß mir hierauf im Herbst ohne irgend eine persönliche Mitwirkung Se. Majestät des Königs der Orden pour le mérite, welcher mir auf Vorschlag des Generals von Prittwitz verliehen worden war, zugesendet wurde.

Wenn ich der Entwickelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten nach meiner Rückkehr in die Heimath, soweit es in den Kräften eines einzelnen deutschen Fürsten stand, auch ferner manche Thätigkeit gewidmet habe, so waren doch meine unmittelbaren Beziehungen zu den traurigen Ereignissen des nächsten Jahres in den Herzogthümern, ich möchte fast sagen, glücklicherweise unterbrochen. Dennoch kann ich nicht unterlassen, selbst bekannte Thatsachen hier in den Hauptumrissen zusammenzufassen, weil nur auf diesem Wege das Verständniß jener wenigen Punkte möglich sein wird, wo ich zu persönlicher Einwirkung aufgefordert und in der Lage war.

Die äußeren Begebenheiten in Schleswig-Holstein vom August 1849 bis August 1850 sind in ihrer erschütternden Einfachheit und in ihren schmerzlichen Folgen äußerst leicht zu begreifen, aber in ihren tieferen Ursachen und ihrer persönlichen Motivirung Gegenstand lebhafter Controversen gewesen.

Der heldenmüthige Versuch eines verlassenen Volkes, auf seine eigene Hand, durch eigene Kraft sein gutes Recht bis zum Aeußersten zu vertheidigen, spricht so sehr für sich selbst, daß selbst die reactionärsten Gegner der unglücklichen Sache nicht gewagt haben, die blutige Austragung des Ehrenhandels einfach zu verhindern; aber inmitten der europäischen Reaction von 1850 war es nicht zu verwundern, daß sich auch bei den Freunden Schleswig-Holsteins nur noch die Empfindung eingestellt hatte, es handle sich um einen ehrenvollen Untergang.

Die Statthalterschaft war bei allen ihren Maßregeln und Vorbereitungen für diesen letzten Waffengang in der ungünstigsten Lage von der Welt. Während man von ihr forderte, zur Erreichung des Zweckes alle Mittel der Revolution zu ergreifen, glaubte sie aus Achtung für halbbefreundete Regierungen die strengsten Grenzen eines legalen Verhaltens in keinem Augenblicke verlassen zu dürfen.

Man forderte eine Erhebung en masse, Aufnahme ungarischer und polnischer Offiziere, Bildung von Fremdenlegionen, Herbeiziehung aller der revolutinären Elemente, welche in Baden, in der Pfalz, in Ungarn, Italien soeben unterdrückt worden waren. Die Statthalterschaft wollte und sollte dagegen, nach wie vor, auch den leisesten Schein vermeiden, ihre Sache mit derjenigen von Rebellen zu vermischen. In ihren Friedensanträgen und in ihrer Kriegsführung spielte sie die einmal ergriffene Rolle vollkommener Unterthanentreue gegen ihren Landesherrn und Königsherzog bis an das Ende fort.

In verschiedenen Geschichtsdarstellungen ist der Ausgang des schleswig-holsteinischen Kampfes lediglich unter dem Gesichtspunkte geschildert, daß die Halbheit und Schwäche der Statthalterschaft Alles zu Falle gebracht hätte. Vielfach verbreitet findet man auch heute noch die Meinung, daß Schleswig-

Holstein gerettet worden wäre, wenn man die Rathschläge der Fortschrittspartei im Lande, der äußersten Linken in der Landesversammlung befolgt hätte.

Wiewohl ich nun durchaus nicht das Amt einer Vertheidigung Reventlows und Beselers übernehmen könnte, so glaube ich indessen nach guter damaliger Information eine Bemerkung machen zu sollen, die sehr wohl bedacht werden muß. Im Punkte des Widerstandes gegen die radikale und revolutionäre Strömung des Landes nach dem Berliner Waffenstillstand hatte die Statthalterschaft überhaupt keine Wahl.

Es war beschlossene Sache, an dem Tage, wo die Statthalterschaft eine Wendung dieser Art gemacht hätte, im Namen des deutschen Bundes gegen dieselbe sofort aufzutreten. Wie man sich beim Waffenstillstand auf die Vollmacht der Centralgewalt berufen hatte, obwohl man die letztere als solche gar nicht mehr anerkannte, so war man auch entschlossen, im Namen derselben eventuell die Statthalterschaft durch ein schon vorbereitetes Decret ihrer Gewalt zu entkleiden.

Alsdann wäre die Execution des Jahres 1851 schon 1849 erfolgt, und die Revolution wie in anderen Ländern von Bundeswegen unterdrückt worden. Ob und welche ausdrückliche Garantien die Statthalterschaft für ihr Verhalten in Berlin gegeben hat, ist mir heute nicht möglich festzustellen. Die Sache hing aber mit dem Aufschub der Rückberufungsordre der preußischen Offiziere auf das Engste zusammen.

Wie ich schon früher bemerkte, hatten sich die Statthalter im Juli, beim Abmarsch der Bundestruppen, in Berlin dafür verwendet, daß Bonin gestattet werde, noch ferner in schleswig-holsteinischen Diensten zu bleiben. Man zeigte sich willig von Seite der preußischen Regierung, bis an eine gewisse Grenze die Statthalterschaft zu unterstützen. Viele preußische Offiziere blieben zunächst in der Armee, und die Statthalterschaft sorgte für Fernhaltung aller revolutionären europäischen Elemente.

Wie müßig und nichtssagend die Beurtheilung der Dinge von Seite jener Partei war, welche sich unter dem Schlagworte der kräftigen Maßregeln im Winter von 1849 auf 50 in der Landesversammlung, in Wählerversammlungen und Clubs hören ließ, bedarf kaum eines weiteren Beweises. Ernstlicher dagegen waren ohne Zweifel die Vorwürfe jener besonnenen Männer gegen die Statthalter zu nehmen, welche die Organisation und Führung der Armee Bonin und den preußischen Offizieren dauernd anvertraut wissen wollten.

Unter denselben befanden sich auch die Baudissins. Graf Adalbert Baudissin hat in seinem so überaus fleißigen Werke über den schleswig-holsteinischen Krieg insbesondere der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Bonin und die hervorragendsten Führer der Armee den preußischen Dienst quittirt haben und

in Holstein geblieben sein würden, wenn man ihre Zukunft durch entsprechende Dotationen sicher gestellt hätte.

Da für Bonin als Organisator der schleswig-holsteinischen Armee kein Preis zu hoch gewesen wäre und da die Geldmittel, welche der Statthalterschaft zu Gebote standen, durchaus ausgereicht hätten, so müßte es geradezu tragikomisch erscheinen, wenn eine so große Sache an der kleinlichen Sparsamkeit und an den knappen bürgerlichen Geldbegriffen der Regierung dieses Landes zu Grunde gegangen wäre. Es geziemt indessen die Wahrheit zu bekennen, daß Beweise für Bonins Neigung in Schleswig-Holstein unter den gegebenen Umständen zu verharren, überhaupt nicht beigebracht worden sind; und unter den Gründen, welche andererseits für die Statthalterschaft in jenem Augenblicke entscheidend waren, wirkte auch der, daß Bonin in Holstein niemals sehr beliebt war, weil er eine zu bestimmte und entschiedene Persönlichkeit gewesen ist.

Dagegen muß ich noch einer anderen, damals verbreiteten Meinung Ausdruck geben. In manchen politischen Kreisen, namentlich in London, glaubte man, daß die in Kiel regierenden Männer sich nur unbedingter und rückhaltsloser hätten Preußen in die Arme werfen müssen. Bunsen verbreitete immer noch in London die Hoffnung, es möchte sich der König und die preußische Regierung durch mehr Liebe, durch vollkommenere Hingabe und innigsten Anschluß zu einer Wendung ihrer Politik haben bestimmen lassen.

Daß die Statthalterschaft eine gewisse, schwankende Haltung in den deutschen Fragen, wie sie im Frühjahr 1850 sich gestalteten, zeigte, ja daß man an gewissen Frankfurter Veilletäten hing und wohl gar auch noch glaubte, man dürfe sich mit Oesterreich nicht das Spiel verderben, ist richtig und unleugbar. Wenn ich auch begreiflich fand, daß nach allem Vorangegangenen Preußen gerade in Holstein nicht viel Vertrauen erwarten konnte, so durfte sich die Statthalterschaft doch nicht verhehlen, daß außerhalb der Union der Fürsten, die sich jetzt enger um Preußen zu schaaren im Begriffe waren, für ihre Sache nirgends und gar kein Heil zu suchen wäre.

So gern man nun zugestehen mag, daß die Situation der Statthalterschaft wirklich eine außerordentlich schwierige war, so bot dieselbe doch für Niemanden einen erfreulichen Anblick. Man erwartete Thaten oder wenigstens eine ausgeprägte politische Haltung; aber das, was man von den Maßregeln der Regierung sah, glich überall einem mit mehr oder weniger Geschick ausgeführten Eiertanz, bei welchem man meistentheils selbst die Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen scheute.

Während die Kraft der Regierung in Holstein zu erlahmen anfing, drangen aber die Klagen und das vae victis der schleswigischen Brüder lauter und

lauter über die Grenzen. In Holstein mehrte sich täglich das Heer und in Schleswig täglich die Gewaltacte der dänisch-preußischen Gewalthaber. Täglich wurden neue Mannschaften eingestellt, neue Kanonen gegossen und täglich verlangte die Regierung größere Enthaltsamkeit und Zurückhaltung von der Bevölkerung. Schon durfte kaum mehr ein erzürntes Wort gegen die Dänen, kein Schrei der Entrüstung über das, was jenseits der Eider vorging, laut werden. Die Regierung bereitete den Krieg und unterdrückte die Stimmung für denselben.

Nachdem die Statthalterschaft und die sämmtlichen Regierungsabtheilungen am 25. August 1849 nach Kiel übersiedelt waren, begann in Flensburg die sogenannte Landesverwaltung ihre Thätigkeit. Sie war durch den preußischen Oberpräsidenten Bonin und den dänischen Geheimen Conferenzrath v. Pechlin eingeführt worden, und bestand aus dem von der preußischen Regierung entsendeten Grafen Eulenburg und dem dänischen Cabinetssecretair v. Tillisch; der englische Consul Hodges war von der das Schiedsrichteramt führenden englischen Regierung in die Verwaltungscommission ernannt worden. Bei der Einführung derselben hatten die Dänen bezeichnend genug verweigert, den Titel des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig zu gebrauchen, obwohl der Oberpräsident Bonin die Erwähnung desselben verlangt hatte. Selbst in solchen kleinen Formalitäten war das damalige Preußen nicht im Stande, etwas bei einer Macht wie Dänemark durchzusetzen. Aehnlich ging es auch in Bezug auf das Verhältniß von Eulenburg und Tillisch. Der erstere war so wenig in der Lage, die Uebergriffe und Gewaltsamkeiten des letzteren zu verhindern oder auch nur zu mäßigen, daß man selbst in Berlin von dem Gange der Dinge überrascht war.

Der König von Dänemark erließ am 27. August in deutscher und dänischer Sprache eine Proklamation an die Schleswiger, welche den Ton eines Siegers über die Rebellen anschlug und den auf Abwege gerathenen, durch traurige Erfahrungen belehrten Unterthanen Nachsicht und Vergessenheit versprach, wenn sie mit aufrichtigem Gemüthe zu ihrem Könige zurückkehrten.

Nach wenigen Monaten war in Schleswig gegen alle Prediger und Beamten, gegen Gemeindevorstände und Richter, welche sich nicht unbedingt unterworfen hatten, mit Absetzung vorgegangen worden und der Zustand des Landes glich dem einer unterworfenen Provinz. Im südlichen Schleswig bot zwar die preußische Besatzung zur Execution der Regierungsbeschlüsse nicht in dem Maße die Hand, wie die schwedischen Truppen im Norden des Landes; doch wußte die dänische Rachsucht die einzelnen Individuen, welche sie zu treffen wünschte, überall sicher zu finden. Trotz dieses Uebergewichts des dänischen Commissars

über den preußischen entschlossen sich Einzelne und Gemeinden zu Bittschriften und Adressen an den König von Preußen, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, denen das deutsche Land entgegenging, wenn der Friede im Sinne des Protokolls vom 10. Juli zu Stande kam. Man sollte nicht sagen, daß man in Berlin nicht mit dem bekannt gewesen wäre, was Dänemark that und was es noch Weiteres vorbereitete.

Schon im Januar 1850 hatte Esmarch eine treffliche actenmäßige Zusammenstellung der Thaten der Flensburger Regierung geliefert und die Beweise gesammelt, mit welcher Zähigkeit auch noch in diesem Momente die deutsche Bevölkerung in Schleswig an ihrer Sache festhielt.

In späterer Zeit hat Baudissin in seinem vielgenannten, fleißigen Werke alle Einzelheiten der schleswig'schen Leidensgeschichte, wie sie nach dem Berliner Waffenstillstand eingetreten waren, aufgezählt und ich will mich hier darauf beschränken, auf diese Bücher zu verweisen.

Weniger beachtet und bekannt ist das Verfahren der Dänen gegen die Augustenburgischen Besitzungen in Schleswig, welche sofort sequestrirt und wohl offenbar mit der Absicht, hiedurch den Herzog Christian August zur Verzichtleistung auf seine Rechte zu nöthigen, mit Beschlag belegt wurden. Der Herzog wendete sich in dieser Angelegenheit an mich, und da im Mai 1850 die Verhandlungen wegen der deutschen Verfassung durch persönliche Betheiligung der Fürsten in Gang gekommen waren, so hatte ich auch Gelegenheit nach mehr als einer Seite hin, auf die Lage dieser mißhandelten deutschen Fürstenfamilie zu verweisen.

Das Schreiben des Herzogs Christian August orientirt den Leser sowohl in Bezug auf den Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten wie auch in Betreff der Stellung des Landes und des Herzogs zur großen deutschen Unionsfrage so vollständig, daß ich wenig hinzuzufügen habe, obgleich die letztere in ihrem ganzen Zusammenhange erst in einem nächsten Capitel behandelt werden wird.

„Euer Hoheit!

wollen mir erlauben, Ihnen meinen Dank für Ihr sehr freundliches Schreiben abstatten zu dürfen, welches ich schon früher gethan haben würde, wäre ich nicht seit längerer Zeit unpäßlich gewesen."

„Wenn ich nun gerade heute die Feder ergreife, um Ihnen, gnädigster Herr, zu schreiben, so geschieht dies insbesondere, um Ihnen meine Freude darüber auszusprechen, daß es Ihren patriotischen Bestrebungen geglückt ist, eine Zusammenkunft eines Theiles der deutschen Fürsten zu bewirken."

„Möge dieser Schritt von glücklichen Folgen für Deutschland sein, jedenfalls haben Sie die Genugthuung, denselben, der so Großes zu bewirken im

Stande ist, veranlaßt zu haben und Ihr Name wird als ein lichter Punkt in dem Nebel glänzen, der die Zukunft birgt. Wenn die Fürsten Deutschlands nur mit Einigkeit und Muth fest zusammenhielten, so würden die inneren und äußeren Feinde bald überwunden sein. Durch Uneinigkeit und Schwäche geht aber Alles verloren und wir gerathen in die Hände der rothen Republik oder der Russen."

„Was unsere Lage in den Herzogthümern betrifft, so ist diese eine ganz eigenthümliche, indem man uns mit einer russischen Intervention, von England begünstigt, droht. Ich bin nun weder vor Russen noch vor Dänen bange, solange nur Deutschland nichts gegen uns unternimmt, denn wir wollen mit unserer Armee uns den Feind wohl vom Halse halten."

„Dänemark intriguirt aber stark mit Oesterreich und hofft durch Oesterreichs Hilfe zu bewirken, daß die für Deutschland einzusetzende Centralgewalt gegen uns oder gegen Holstein einschreiten werde, sobald die Verhandlungen in Kopenhagen zu nichts führen sollten. Die russische Hilfe fürchtet man in Kopenhagen sehr und man wird Alles thun, um sich von derselben zu befreien. Wäre unsere Statthalterschaft nicht so bornirt und aller politischen Einsicht baar, so wäre ich für einen einigermaßen glücklichen Ausgang nicht besorgt und dennoch muß man dieselbe wohl halten, weil man nicht weiß, was an deren Stelle kommen würde."

Sie, gnädigster Herr, haben sich stets als ein warmer Freund unserer Sache gezeigt und ich wage zu hoffen, daß Sie, wo Sie können, den Rechten der Herzogthümer und meines Hauses das Wort reden werden. Auch was meine persönlichen Verhältnisse betrifft, so bitte ich Sie an geeigneter Stelle ein gutes Wort einzulegen. Sie wissen, wie die Dänen mit meinen Besitzungen und meinem Vermögen umgegangen sind, und wenn Preußen und England sich in dieser Beziehung meiner beim Friedensschluß nicht annehmen, so werden die Dänen mir nichts herausgeben. Deren Absicht ist unfehlbar: meine Besitzungen und mein Eigenthum, in dessen Besitz sie sich befinden, zu behalten und nur gegen Concessionen von meiner Seite oder gegen Einräumung aller ihrer Forderungen in Betreff der Erbfolge wieder auszuliefern."

„Wird beim Abschluß des Friedens es nicht zur Bedingung gemacht, daß Dänemark mir meine Besitzungen und mein geraubtes Eigenthum wieder zurückliefert, so werde ich dasselbe wohl niemals wieder erhalten. Um so mehr muß ich daher wünschen, daß man von deutscher oder englischer Seite dieses berücksichtigen wolle."

„Entschuldigen Sie, gnädigster Herr, daß ich mir erlaubt habe, Ihnen dieses vorzutragen; Ihre mir stets erwiesene freundliche Gesinnungen aber lassen mich hoffen, daß Sie mit Nachsicht und Güte dieses aufnehmen wollen."

„Schließlich bitte ich um die Fortdauer Ihres Wohlwollens und Ihrer Güte und bitte zugleich die Versicherung der großen Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit entgegennehmen zu wollen, mit welcher ich bin Euer Hoheit ergebener

Kiel, den 9. Mai 1850. Chr. August,
H. v. Schl.-Holstein.

Daß das Verfahren der dänischen Regierung gegen die Augustenburgische Familie und ihren Besitz völkerrechtswidrig sei und Alles an Gewaltthätigkeit übertraf, was im europäischen Staatsleben seit lange vorgekommen war, konnte in der That nirgends geleugnet werden. Die Schriften, welche die dänische Regierung verfassen ließ, um Gründe und Beweise für den angeblichen Verrath des Herzogs und seines Bruders und für die verhängte Confiscation ihres Vermögens beizubringen, machten in Deutschland keinen Eindruck; in England verharrte aber, trotz der entgegenstehenden Stimmung der Königin und meines Bruders, das Ministerium in seiner übelwollenden Richtung gegen Schleswig-Holstein und seine Fürsten.

Die Situation war so verzweifelt, daß Prinz Albert in Wahrheit schon seit geraumer Zeit viel hoffnungsloser war, als es nach den neuerdings in Bunsens Leben mitgetheilten Aussprüchen und Aeußerungen desselben erscheinen möchte. Schon seit Anfang 1850 hatte er vollständig resignirt, gegen das Gestrüpp von Lügen und Intriguen, welches gegen die schleswig-holsteinische Sache und gegen die Augustenburger insbesondere aufgerichtet worden war, anzukämpfen. Es lag nicht in seiner Natur, seinen Einfluß für eine, wie ihm schien, verlorene Sache auf das Spiel zu setzen. Seine klare Erkenntniß der Verhältnisse lähmte seine Herzenskraft. Mit dem Lakonismus, der ihm in solchen Fällen eigen war, schrieb er mir die kurzen und sehr denkwürdigen Worte:

„In der schleswiger Sache sind die Großmächte determinirt, Deutschland über den Löffel zu barbieren. Lebe wohl ꝛc.“ Buckingham Palace, 30. April 1850.

Wenn Albert im Verkehr mit Bunsen und Stockmar das persönliche Interesse für die gute Sache in vollem Maße aufrecht hielt, so entsprach dies eben mehr seiner Gesinnung, seinen Wünschen, als seiner Verstandeseinsicht und seinem Handeln.

Wie in England auf diese Weise alle Hoffnungen der Augustenburger an dem Widerstreben des Volkes und des Ministeriums scheitern mußten, so war man in Preußen zunächst ungeneigt für dieselben einzutreten. Aeußerst undankbar war unter diesen Umständen die Rolle, welche Herzog Christian August in der Landesversammlung in Kiel während des Jahres 1850 spielte.

Von den liberalen und radikalen Elementen derselben fortwährend als ein

Hinderniß ihrer begehrten kräftigen Maßregeln angesehen und in Folge dessen mit Mißtrauen behandelt, machte man es dem unglücklichen Fürsten auf der andern Seite in vielen höchsten Kreisen von Deutschland zum Verbrechen, daß er sich von der ganzen Sache nicht zurückzog. Und während nach der ganzen Denkungsart des Herzogs seine Handlungsweise einzig und allein aus den stärksten Legitimitäts-Principien folgte, machten ihn Mißverständnisse in der Berliner Hofluft zu einer Art von Revolutionär.

Als es im April 1850 in der Landesversammlung zu einem heftigen Angriff gegen die Regierung über die Frage der Kriegserklärung gegen Dänemark gekommen war, hatte der Herzog von Augustenburg seinen Einfluß zu Gunsten eines nochmaligen, unmittelbaren Friedensversuches bei dem Könige von Dänemark geltend gemacht. Er drang mit seinen Vorstellungen nicht durch, mußte der stärkeren Strömung weichen und erlitt, sammt der Regierung, eine peinliche Niederlage in der Kammer, welche seine Stellung noch verhängnißvoller machte. Das Schlimmste für ihn war, daß er vor der Welt nun auch bei seinen eigenen Landsleuten als macht- und einflußlos erschien und daß seine legitimen Ansprüche dadurch compromittirt worden waren.

Obwohl die Statthalterschaft keineswegs im Einklange mit der Landesversammlung stand, so machte sie dennoch im April, bevor es noch zur Anwendung kräftigster Mittel kommen sollte, einen letzten Versuch zu einer Verständigung mit der dänischen Regierung und erließ am 20. April ein Circularschreiben an alle deutschen Regierungen, in welchem sie ihre Friedensliebe hervorhob und zu beweisen suchte, wie kein Mittel unversucht gelassen worden sei, um den König-Herzog zu versöhnen.

Ich will hier, des Zusammenhanges wegen, nicht unterlassen, mit wenigen Worten an die Verhandlungen zu erinnern, welche die Statthalterschaft schon seit dem November 1849 in Kopenhagen in Gang zu bringen versucht hatte.

In Folge eines Schreibens, welches Reventlow und Beseler am 16. November persönlich an König Friedrich VII. gerichtet hatten, war es zur Wahl von drei Vertrauensmännern gekommen: des Obergerichtsraths Mommsen, Stadtsyndicus Prehn und des Med. Dr. Steindorff, welche, ohne als Bevollmächtigte der Statthalterschaft erscheinen zu dürfen, ihre Anträge zur Herstellung eines friedlichen Unterthanenverhältnisses stellen durften. Aber schon Ende Januar waren diese Versöhnungsversuche als gescheitert zu betrachten.

Unter diesen Umständen waren die Aprilverhandlungen in Kopenhagen, welche von dem Grafen Reventlow-Farve, Heinzelmann und Prehn persönlich geführt wurden, hoffnungslos genug begonnen worden, und es ist wohl kein Zweifel, daß der Hauptzweck derselben nur der sein konnte, auf diesem Wege die Minimalforderungen Schleswig-Holsteins offiziell kund zu geben. Die Ver-

trauensmänner wurden, wie es in dem handschriftlich gedruckten Berichte der Statthalterschaft heißt*): „Am 24. April von dem Landesherrn, des König-Herzogs Majestät, gnädig und entgegenkommend empfangen. Wochenlang aber harrten sie auf die erbetene Anknüpfung einer Berathung mit dem dänischen Ministerium, dem einzig möglichen Wege, um zum Ziele zu gelangen, da deutsche Staatsmänner dem Landesherrn rathend nicht zur Seite stehen."

„Es wurde von den Vertrauensmännern die ausdrückliche Erklärung gefordert, daß sie nicht als Abgeordnete der Statthalterschaft zu betrachten wären. In ihrer Liebe zum Frieden stellten sie diese Erklärung aus, und von demselben Motiv geleitet, sowie überall nicht in der Lage, Anträge der Statthalterschaft an den Thron gelangen zu lassen, brachten sie eine Art der Vereinigung zur Sprache, deren Grundlage den Rechten der Herzogthümer nicht entspricht und die daher von der Statthalterschaft nicht ausgegangen ist. Die hierauf mit einzelnen Mitgliedern des dänischen Ministeriums zugelassenen Besprechungen hatten indessen nur das Ergebniß einer schnellen Beendigung der Berathung, indem dänischer Seits in Ansehung von Sachen, wie von Personen Vorschläge gestellt wurden, die gleichweit hinausgingen wie über das Recht, so über die Interessen und die Wohlfahrt der Herzogthümer, und selbst die von den Vertrauensmännern zur Erörterung hingestellten Punkte in jeder Hinsicht hinter sich ließen."

„Die Abgesandten verließen Kopenhagen, nachdem sie zu ihrer Rechtfertigung eine Eingabe an den König-Herzog dem dänischen Conseilspräsidenten behändigt hatten. Der Graf von Reventlow-Farve brachte seiner Versöhnlichkeit das Opfer noch länger in Kopenhagen zu bleiben, um eine Antwort zu erwarten. Nach kurzem Verlauf am 13. d. M. ward ihm jedoch Namens des dänischen Ministeriums die Ankündigung, daß auch er Kopenhagen verlassen müsse."

Dies ist die kurze offizielle Darstellung vom 26. Juni 1850, welche unter Beigabe der hauptsächlichsten Actenstücke den Beweis erbringen sollte, daß die Herzogthümer das Ihrige gethan, um Frieden an die Stelle neuen Kampfes treten zu lassen. Der Krieg war unvermeidlich, aber er war vom politischen Standpunkte betrachtet zu spät gekommen. Denn am 2. Juli hatte die preußische Regierung den Berliner Frieden abgeschlossen, welcher ohne jede Feststellung der Rechte Schleswigs den Stand der Dinge vor dem Kriege wiederherstellte, alle Rechte vorbehielt, aber die Räumung Schleswigs von den preußischen Truppen zugleich festsetzte.

---

*) Actenstücke zur schleswig-holsteinischen Frage 3 Hefte. Die Friedensverhandlungen in Kopenhagen. Man findet jedoch auch bei Baudissin a. a. O. 496 ff. die Acten ziemlich vollständig gesammelt und mitgetheilt.

Das Schlimmste war jedoch Artikel IV des sogenannten Friedenstraktats, welcher es dem Könige von Dänemark, als Herzog von Holstein, nach deutschem Bundesrechte freistellte, zur Herstellung seiner legitimen Gewalt in Holstein, als deutschem Bundesland, die Intervention des Bundes zur Pacifikation des Landes jederzeit zu verlangen.

Der Krieg konnte auf diese Weise nur bei einem sehr glücklichen Verlaufe außerordentliche Erfolge für Schleswig-Holstein bringen. Das aber, was der Herzog von Augustenburg in seinem oben mitgetheilten Schreiben als die ungünstigste Wendung betrachtete, war nach dem Berliner Frieden in jedem Fall vorauszusehen: dem siegenden, wie dem besiegten Holstein drohte in gleichem Maße die Bundesexecution.

Preußen hatte zu dem Friedensinstrument eine Erläuterungsschrift hinzugefügt und dieselbe sowohl an die Statthalterschaft, wie auch an die deutschen Regierungen vertheilt. In derselben nimmt sie in entschiedener Weise in Anspruch, den Frieden im Namen des deutschen Bundes abgeschlossen zu haben und deutet die Vortheile, welche Deutschland durch den Frieden erhalten hätte, dahin, daß Holstein mit Lauenburg sich der deutschen Verfassungsveränderung anschließen könne, wie ihm zugleich gesichert sei, daß die nicht politischen Bande materieller Interessen zwischen Schleswig und Holstein aufrecht erhalten werden.

Die volle Competenz des Bundes in Ansehung der Vereinbarungen zwischen dem Könige von Dänemark und dem Herzogthume Holstein bleibt, so verkündete die Erläuterungsschrift, dem deutschen Bunde für jetzt und künftighin gewahrt.

Ohne in eine vollständige Erörterung der zahlreichen diplomatischen Schriftstücke hier einzugehen, welche über den Frieden von Berlin sofort gewechselt wurden, mag gerne zugestanden werden, daß sich bei einigen der preußischen Staatsmänner die Zukunft Schleswig-Holsteins in einer besseren Perspective gezeigt haben mochte, wenn sie der Hoffnung Raum gaben, daß Preußen dem Bunde eine neue Gestalt geben werde.

Unter der Voraussetzung, daß eine festere Vereinigung der deutschen Staaten, daß ein Bundesstaat sich bilden würde, konnte man noch immer denken, daß der Vorbehalt des Berliner Friedens die Dänen hindern würde, die Landesrechte vollkommen zu beugen. Usedom, welcher den Berliner Frieden unterhandelte, gehörte jedenfalls zu jener Reihe von Diplomaten, welche noch entfernt nicht daran glaubten, daß hinter dem Artikel der Bundesexecution österreichische Absichten zur Geltung kommen würden.

Noch war im Anfang Juli nicht alle Hoffnung auf die preußische Führung des deutschen Bundesstaates begraben, und in Berlin wiegte sich daher ein

kleiner Theil von Diplomaten noch in dem Glauben, daß der Friede für Schleswig-Holstein in der That nicht ungünstig wäre. Ich für meine Person theilte dieses Gefühl nicht, ich schrieb sofort, nachdem ich den Wortlaut des verhängnißvollen Friedensinstrumentes kennen gelernt hatte, an meinen Bruder:

„Den schleswig'schen Handel mit einem solchen Frieden schließen zu wollen, ist schrecklich. Die Sache ist verdorben und wird nun erst in eine neue Periode eintreten, aus der sie schwieriger zu lösen sein wird, als früher. Preußen spielt eine furchtbare Rolle und seine Feinde lachen sich in's Fäustchen. Man möchte auch rufen, wie der Thüringer Schmied es gegen seinen Landgrafen that: O König werde hart! In Frankfurt habe ich wirklich Unglaubliches vernommen; dort ist das wahre Schlachtfeld für die österreichische Politik."

Als ich diese Worte am 17. Juli niederschrieb, hatten die Preußen in Folge des geschlossenen Friedens Schleswig bereits geräumt und die holsteinische Armee überschritt am 14. die Grenze des Herzogthums. Sie stand seit dem 8. April unter dem Oberbefehl des Generals Willisen, welchen die Statthalterschaft an Stelle Bonins gesetzt hatte, nachdem dieser, vermöge seiner Stellung im preußischen Dienste, abzutreten gezwungen war. Daß die schleswig-holsteinische Regierung auf das Verbleiben der preußischen Offiziere in der Armee für die Dauer und für alle Fälle nicht zu zählen vermochte, war ein offenes Geheimniß. Man hatte aber so lang wie möglich den provisorischen Zustand der Armee bestehen lassen, weil die Wahl eines Nachfolgers von Bonin große Schwierigkeiten fand.

Die Organisation der Armee war Bonins Werk, es war äußerst schwer, einen Andern für seine Stelle zu gewinnen. Der Prinz von Noer hatte sich als ein Gegner der neuen Einrichtungen erklärt und auch Willisen löste die von Bonin getroffene Ordnung der Dinge wieder auf. Bei dem Uebermaße von militairischen Fehlern, welche seit dem Frühjahre 1850 bei der schleswig-holsteinischen Armee an die Tagesordnung kamen, wird es auch der sorgfältigsten Kritik niemals mehr gelingen, einen nach allen Seiten hin gerechten Maßstab an diese Ereignisse zu legen.

Gleich nach der Beendigung des Krieges entstanden die lebhaftesten Controversen in der militairischen Litteratur, und es fehlte nicht an heftigen Beschuldigungen und Vertheidigungen. Was aber die Wahl Willisens zum Nachfolger Bonins betrifft, so hat dieselbe wenig Billigung erfahren.

Ich selbst war vom Grafen Reventlow zur Zeit des Berliner Fürstencongresses wegen Willisen consultirt worden. In einer von ihm erbetenen geheimen Unterredung fragte mich der Statthalter, ob ich den General geeignet hielte im bevorstehenden Krieg eventuell den Oberbefehl zu behalten. Als ich darauf erwiderte, daß ich seine Anstellung für den größten Fehler ansähe, wel-

chen man in Schleswig-Holstein habe machen können, so kannte das ärgerliche Erstaunen des Grafen keine Grenzen. Als ich ihm jedoch ruhig die Gründe meines Urtheils entwickelte, so ging er sehr niedergedrückt von mir, und ich habe Anlaß zu glauben, daß Graf Reventlow bedauerte, mich nicht sechs bis acht Wochen früher consultirt zu haben.

Meine Beurtheilung des Generals beruhte wahrlich nicht auf einer Unterschätzung. Ich bemerkte sofort, daß ich Willisen als Schriftsteller hoch genug achtete, und ihn sowohl, wie seine beiden Brüder zu den geistig hervorragendsten Offizieren Deutschlands zählte. Gleichwohl hatte der alte General wenig von einem richtigen Soldaten an sich. Einem solchen mußte er vielmehr den Eindruck eines Doctrinärs von der gefährlichsten Art machen. Sollte er selbst ein Commando führen, so konnte man sicher sein, daß seine zersetzende Kritik sich gegen seine eigenen Anordnungen wenden und es nicht fehlen werde, daß er im nächsten Augenblick contremandirte, was er eben angeordnet hatte. Ich kannte ihn und seine beiden Brüder zu gut, als daß ich mich nur einen Augenblick darüber hätte täuschen können, wie ungeeignet er für die Stellung in Schleswig-Holstein war, wo auch entschlossene und willensstarke Männer vermöge der Unklarheit und Schwierigkeit aller Verhältnisse in entscheidenden Augenblicken ins Schwanken gerathen konnten.

Dazu kam ein Umstand, welcher es auch als einen besonderen politischen Fehler erscheinen ließ, Willisen an die Spitze der schleswig-holsteinischen Armee gestellt zu haben. Der General, welcher schon vor mehr als 10 Jahren durch seine Aufsätze über den russisch-polnischen Krieg bekannt geworden war, galt dem Kaiser Nikolaus als ein verstockter und gefährlicher Revolutionär und er hielt ihn für seinen ganz persönlichen Feind.

Wenn man in Schleswig-Holstein sich sorgsam gegen alle ungarischen und polnischen Emigranten aus Rücksicht für die legitimen Mächte wehrte, so konnte man es ein eigenthümliches Mißgeschick nennen, daß man einen in der Ungnade seines Königs verabschiedeten preußischen General zum Obercommandanten wählte, welchen der allmächtige Czar als einen Polenfreund schon seit Jahren nur zu sehr im Auge behalten hatte und von dem er sich und die russische Armee beleidigt glaubte. Charakteristisch war es doch, daß Reventlow, der mit Beseler zusammen stets so gethan hatte, als müßte die schleswig-holsteinische Regierung auch die feinsten diplomatischen Rücksichten beobachten, von allen diesen Verhältnissen des neuen Commandanten kaum eine Ahnung hatte, und sehr betroffen war, als ich ihm die Augen öffnete. Es hinderte mich dies indessen, dem Grafen gegenüber nicht, meiner Ueberzeugung den vollsten Ausdruck zu geben, daß es unfehlbar schief gehen werde, falls es in Schleswig zum Schlagen kommen sollte.

Ich unterlasse es, in die Darstellung des Krieges hier einzugehen. Hatte die Statthalterschaft schon im früheren Jahre gegenüber von Prittwitz und Bonin weit größeren Einfluß auf die Operationen genommen, als wünschenswerth gewesen, so fand sie in Willisen einen Feldherrn, welchem das Correspondiren und Diplomatisiren auch zur eigenen Befriedigung gereichte.

Wenige Tage nach der Ueberschreitung der Grenze war von der Statthalterschaft ein Manifest erschienen, welches für die Schreibseligkeit der gesammten schleswig-holsteinischen Regierung höchst bezeichnend ist. Dieses einzig in seiner Art dastehende Manifest umfaßte 23 enggedruckte Seiten und verbreitete sich über die Rechtsfragen und die politische Lage mit einer Gründlichkeit, die selbst den begeistertsten Patrioten einzuschläfern geeignet war.

Ebenso unerschöpflich war Willisen im Schreiben von Briefen und Befehlen, und als sich die Armeen schon gegenüber standen, versuchte er es selbst mit dem commandirenden General der dänischen Armee, ob sich der Krieg nicht durch Noten beendigen ließe. Während er in seinen Correspondenzen mit der Statthalterschaft vor der Uebernahme des Commandos eine Art von Guerillakrieg in Aussicht genommen zu haben schien, war er beim Ausbruch des Kampfes für defensive Stellungen entschieden und hatte nur auf starkes Zureden der Regierung die Position von Rendsburg verlassen, um sich nach der Unglücksschlacht von Idstedt so rasch wie möglich dahin zurückzuziehen. Die von der Statthalterschaft nach langen peinlichen Verhandlungen mit Willisen bewirkten neuerlichen Angriffsoperationen scheiterten, wie man weiß, bei Missunde und Friedrichstadt.*) Mit dem Rückzug war der Krieg zu Ende.

Vorsichtig und klug wie immer, hatten die Dänen die sogenannte Pacifikation des deutschen Bundeslandes Holstein lieber den deutschen Großmächten überlassen. In der Nacht vom 11. Januar 1851 hatte die Landesversammlung in Kiel auf Antrag der Statthalterschaft den folgeschweren Beschluß gefaßt, sich der Bundescommission zu unterwerfen. Beseler dankte sofort ab, Graf Reventlow führte die Geschäfte bis zum Ende des Monats. Die Bundesexecution wurde trotz des gegentheiligen Versprechens der Commissaire über Holstein verhängt, die tapfere Armee wurde aufgelöst und das Land gebunden der Rache der Dänen überliefert.

Je weniger Preußens Verfahren verstanden werden konnte, desto mehr hatte sich der König in der Idee bestärkt, daß es auch hier gegolten hätte, die Revolution zu bändigen. Im Gefolge der österreichischen Politik und im Bunde

---

*) Die Vertheidigung Willisens wurde mit beachtenswerther Ausdauer in der Litteratur betrieben, wobei er selbst mehrmals hervortrat. Es liegt mir selbstverständlich ganz fern, die bekannten Bücher und Aufsätze zu kritisiren.

mit den österreichischen Truppen nahm Friedrich Wilhelm IV., man möchte hoffen ohne Ahnung von den nahen Folgen dieser Aussaat, das Odium der Bundesexecution auf sich.

Wie indessen die Dinge lagen, so war der augenblickliche äußere Untergang der schleswig-holsteinischen Sache in seiner Gefährlichkeit für die spätere Entwickelung fast überboten worden durch die internen Vorgänge der europäischen Diplomatie. Mir war es daher klar, daß man die Hebel des Widerstandes nur noch bei dem internationalen Forum ansetzen konnte, wo man eben im Begriffe war, auch die Zukunft des deutschen Landes an Dänemark zu verrathen. Ich fand Gelegenheit, das Verhalten der deutschen Mächte nach dem äußeren Falle der holsteinischen Sache auch in Bezug auf diese Frage noch einigermaßen zu beobachten und will hierüber noch einiges vielleicht weniger Bekanntgewordenes bemerken.

Man muß sich zu diesem Zwecke daran erinnern, daß am 2. August 1850 das Londoner Protokoll geschlossen worden war. Von dem beabsichtigten Inhalte desselben hatte Lord Palmerston zuerst am 2. Juli dem preußischen Botschafter Kenntniß gegeben an demselben Tage, an welchem man in Berlin den Frieden unterzeichnet hatte.

Während man hier die Zurückführung der Zustände auf den Stand der Dinge vor dem Ausbruche des Krieges beschlossen hatte, verlangten in London die dänischen Protectoren, Rußland und Frankreich, von der englischen Regierung eine gemeinsame Erklärung, wonach die Succession in Dänemark lediglich auf Grund der Erhaltung dieses Staates in seiner vollen Integrität geregelt werden sollte. Des deutschen Bundes und seiner Rechte wurde auch nicht mit einem Worte gedacht und Preußen nur für sich eingeladen, dem Protokoll beizutreten. Auf die Frage Palmerstons an Bunsen, ob er diese Vereinbarung der Mächte unterzeichnen könne, lehnte derselbe jede Mitwirkung ab. Dadurch verzögerte sich der Abschluß der Sache, und das Protokoll wurde von Rußland, Frankreich und England erst am 2. August allein unterzeichnet.

Der Inhalt des Protokolls entfernte sich aber auch von jener loyalen Richtung, welche die englische Regierung noch bis dahin in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eingehalten und welche die Königin als Ehrensache einer vermittelnden Macht bei mehr als einer Gelegenheit bezeichnet hatte.

In der That enthielt die Erklärung der drei Mächte ein volles Zugeständniß an die russischen Aspirationen eines Protektorates von Dänemark und war schwerlich von der Idee des Gleichgewichts der nordischen Staaten Europas getragen, wovon das Protokoll sprach.

Niemandem außer dem Kaiser Nikolaus konnte eine so gewaltsame Lösung einer Legitimitätsfrage wünschenswerth sein, Niemand anderer, als er, hatte die-

selbe beantragt. Lord Palmerston hatte sich auch wirklich erst im Laufe einer anderen politischen Frage jener Tage zu dieser russischen Auffassung der Dinge bekehrt. Man erinnert sich, wie die englische Regierung damals durch verschiedene Uebergriffe im Orient und insbesondere in Athen in ein arges Gedränge gerathen war. Die Uebereilungen, welche Palmerston sich gegen die griechische Regierung zu Schulden kommen ließ, hatten eine ernste Differenz zwischen England einerseits und Rußland in Verbindung mit Frankreich andererseits herbeigeführt.

Es handelte sich um die Entschädigung des durch diese Angelegenheit so zu sagen berühmt gewordenen Don Pacifico, dem der athenische orthodoxe Pöbel Haus und Möbel zertrümmert hatte, und zu dessen Nutz und Frommen der Admiral Parker mit 15 Schiffen im Hafen von Salamis erscheinen mußte. Unter dem Proteste Rußlands und Frankreichs legten die Engländer Embargo auf griechische Handelsschiffe, der englische Gesandte verließ Athen und begab sich auf das Admiral-Schiff der Executionsflotte.

Die ganze kleinliche Sache hatte den ungeheuersten Lärm in Europa hervorgebracht und gab Lord Palmerston Gelegenheit, im Parlamente eine seiner berühmtesten Reden zu halten und über seine Gegner einen Triumph der außerordentlichsten Art im Unterhause zu feiern.

Mit der Anrufung des stolzen Römerwortes „civis Romanus sum“ hatte Palmerston das englische Selbstgefühl wachgerufen und seine Ankläger zurückgeschlagen, aber die Begeisterung seiner Partei hätte schwerlich lange vorgehalten und ihm das Portefeuille gewiß nicht gerettet, wenn er nicht mit dem Russen Brunnow seinen Frieden heimlich schon gemacht hätte und versichert gewesen wäre, daß die Sache keine weiteren internationalen Folgen mehr haben würde. Brunnow war beruhigt worden, die Franzosen gaben nach. Sollte Palmerston nicht diesen diplomatischen Waffenstillstand um den Preis von Schleswig-Holstein erworben haben?

In der That fragte sich gleich damals die ganze Welt, ob nicht zwischen Don Pacifico und dem Londoner Protokoll ein greifbarer Zusammenhang wäre? Aber eine bestimmte Antwort wußte Niemand. Dagegen hatte mir mein Bruder die positive Versicherung geben können, daß der Handel zwischen den Ministern wirklich abgeschlossen worden war. Kaiser Nikolaus legte einen solchen Werth auf die Erklärung der Integrität von Dänemark, daß Brunnow den Auftrag erhalten hatte, seine diplomatischen Feindseligkeiten gegen Palmerston einzustellen und dessen Einladungen wieder zu acceptiren. Schleswig-Holstein aber mußte für den Juden Don Pacifico bluten als ein unvergängliches Merkzeichen für die Rolle, welche Deutschland in der diplomatischen Welt damals spielte.

„Die armen Schleswiger müssen nun Alles büßen,“ schrieb mein Bruder

nach der Unterzeichnung des Protokolls am 9. August, „sogar auch die Sünden unsers auswärtigen Engels, der sich mit dem Protokoll Rußlands und Frankreichs verscherzte Freundschaft auf Deutschlands Kosten wieder gekauft und so den griechischen Handel abgeschlossen hat. Deutschland geschieht es ganz recht, wenn es vom Auslande verachtet wird, aber wehe denen, die daran die Schuld tragen: denn alle Schuld rächt sich auf Erden, singt der Harfner in Wilhelm Meister*)."

Da das Protokoll zunächst von Preußen und Deutschland zurückgewiesen wurde, so kam Alles darauf an, dasselbe vom Standpunkte der legitimen Successionsfrage zu bekämpfen. In den juristischen Ansprüchen des Augustenburgischen Hauses lag der einzige Anker, den man auswerfen konnte, um den Dänen ihren Einheitsstaat einigermaßen zu verleiden. Denn wenn man von dem Umstande Vortheil zog, daß die nach dem dänischen Königsgesetz festgestellte weibliche Succession allerdings nach dem Tode des Königs Friedrich in Kraft treten mußte, so war für den Fall, daß die hessischen Ansprüche mit dem Tode der Landgräfin Charlotte hinfällig werden mußten, das Erbrecht der Augustenburger auf den dänischen Thron selbst nicht zweifelhaft.

Ich verband mich mit einigen vorzüglichen Kennern des dänischen Staats- und Erbrechts und die Untersuchungen, welche ich über den Gegenstand anstellen ließ, hatten ein den Augustenburgern so günstiges Ergebniß, daß ich sofort entschlossen war, im diplomatischen Wege diese Ansicht der Dinge persönlich zu vertreten. Ging man in Deutschland und vor Allem in Preußen auf meinen Standpunkt ein, so war man in der Lage, den Einheits- und Gesammtstaats-Ideen der Dänen einen tödtlichen Streich zu versetzen oder zum mindesten die schöne Harmonie unter den Großmächten wankend zu machen.

Bei der Ueberfülle von Rechtsdeductionen, welche in Ansehung der dänischen Erbfolge gewiß Jedermann bekannt geworden sind, will ich aus meiner Denkschrift, der übrigens die Autorschaft eines sehr ausgezeichneten Juristen zur Seite stand, nur einige Sätze hervorheben. Es wurde darin gezeigt, daß die so sehr gewünschte und durch das Londoner Protokoll anerkannte Integrität der Gesammtmonarchie und die Ruhe des Nordens für die Dauer nur gesichert werden könne, wenn man den Punkt ins Auge faßt, in welchem alle Interessen coincidiren. Diesen Punkt bieten die Erbrechte des Augustenburgischen Hauses,

*) Der merkwürdige Zusammenhang zwischen dem Don Pacifico und dem Londoner Protokoll ist bislang gänzlich unbeachtet oder unbekannt geblieben. Um so interessanter war es mir, daß jetzt auch Graf Vitzthum in seinen Denkwürdigkeiten die Sache bestätigen konnte. Die obige Darstellung habe ich lange vor dem Erscheinen des Vitzthum'schen Werkes geschrieben.

welches in Absicht auf Holstein und Schleswig nächstberechtigt in Betreff der dänischen Krone unmittelbar nach der Landgräfin Charlotte von Hessen und den beiden ohnehin kinderlosen Töchtern des Königs Friedrich VI., welche alle drei bereits im hohen Alter standen, zur Succession berufen waren.

Ich sendete diese Staatsschrift persönlich an den König von Preußen und amtlich an das österreichische Cabinet. Ich theile das eigenhändige Concept meines Briefes an den König hier mit, da ich nicht mehr weiß, ob die Reinschrift nicht vielleicht Aenderungen enthalten hat.

Gnädigster König!

„Euer Majestät werden vielleicht ungeduldig werden, wenn Sie wiederum die Handschrift Ihres unterthänigen Dieners erblicken; an wen sollte sich aber ein deutscher Fürst besser wenden, als an den König von Preußen? Ich bin so frei, Euer Majestät eine kleine Denkschrift zu unterbreiten, mit der Bitte, dieselbe Höchstselbst zu lesen, sowie dieselbe Ihrem hohen Staatsministerium zur Prüfung zu übergeben. Sie behandelt die Successionsfrage in Dänemark und den Herzogthümern, sie ist keine Parteischrift und mein patriotisches Herz hat keinen Theil daran, sie ist rein objektiv gehalten; meine Absicht war, die in dem dänischen Königsgesetz von 1665 begründeten Erbansprüche des Herzoglich Augustenburgischen Hauses auf den dänischen Thron einfach darzulegen und auf die großen Gefahren hinzuweisen, die damit verbunden sind, wenn man das Problem der Erhaltung der Integrität der derzeitigen dänischen Gesammtmonarchie, wie es das Londoner Protokoll bezeichnet, lösen will.“

„Der eigentliche Zweck der Schrift ist aber nicht der, dahin wirken zu wollen, daß das Augustenburgische Haus einst die dänische Königskrone erbe, indem der Herzog von Augustenburg in keiner Weise lüstern nach jener Krone ist, sondern allein dem dänischen Cabinet in seinem Bestreben Hindernisse zu bereiten, die es auf dem jetzt eingeschlagenen Wege zu beseitigen nicht im Stande ist. Das dänische Cabinet hat nämlich, wenn ich den Ausdruck wagen darf, glücklich auf die mangelhafte Kenntniß der Verhältnisse von Seiten der Großmächte spekulirt und mit Hilfe Rußlands das unglückliche Londoner Protokoll zu Stande gebracht, das, wie ich hoffe, bis jetzt von Eurer Majestät noch nicht unterzeichnet ist.“

„Es scheint nun nothwendig, das dänische Cabinet aus seiner Position zu verdrängen und dasselbe auf einen Vergleich mit den Herzogthümern hinzuweisen, der auf eine Theilung Schleswigs auslaufen muß. Diesen Zweck wünschte ich durch meine Denkschrift zu erreichen. Wird nämlich von Seiten der deutschen Mächte auf die Verbindung der Herzogthümer, auf die legitime Erbfolge in denselben und auf die in meiner Schrift ausgeführten Interpreta-

tionen des Königsgesetzes fest bestanden, so wird Dänemark sicher genöthigt sein, auf einen Vergleich und auf die Theilung Schleswigs mindestens einzugehen. In jenem Vergleich müssen die Augustenburger ihre rechtmäßigen Forderungen auf den dänischen Thron fallen lassen und Dänemark die derzeitig behauptete Integrität der Monarchie aufgeben. Beide werden sich darin vereinigen können, daß Schleswig zwischen Dänemark und Holstein getheilt werde. Ew. Majestät werden sich gnädigst erinnern, daß schon im Jahre 1848 ein ähnlicher Vorschlag der Theilung von England gebracht wurde, der sich, abgesehen von einigen Modifikationen, des Einverständnisses Dänemarks und Rußlands zu erfreuen hatte; leider wurde jener Plan vereitelt durch den Mangel an politischem Scharfblick jener Männer, welche damals provisorisch das Regiment in den Herzogthümern führten."

„Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach wird man immer auf eine nach den Nationalitäten geordnete Theilung Schleswigs zurückkommen müssen, wenn ein dauernder Friedenszustand geschaffen werden soll, da ein jegliches andere Arrangement sicher den Keim der baldigen Auflösung in sich tragen wird."

„Ew. Majestät müssen diese lange Epistel huldvoll hinnehmen, denn wovon das Herz voll ist, geht der Mund über.

Ew. Majestät ꝛc. ꝛc."

Ich ließ ein ähnliches Schreiben an den Fürsten Schwarzenberg verfassen, in welchem die sachlichen Argumente wörtlich aus meinem Briefe an den König wiederholt wurden und erhielt von beiden Seiten alsbald Antworten, welche ohne Zweifel ein großes historisches Interesse bei dem Gange der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten und bei den vielen Wandlungen Oesterreichs und Preußens in dieser Sache behaupten können.

Höchst bezeichnend war, daß die Antwort des Königs von Warschau aus am 23. Mai 1851 gegeben worden ist:

Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter!

„Ew. Hoheit bezeuge Ich Meinen Dank für die Mittheilung der auf die dänische Erbfolgefrage sich beziehenden Denkschrift. Nach dem Vortrage, welchen Ich mir darüber habe erstatten lassen, scheinen zwar die begründetsten Zweifel gegen die in dieser Denkschrift ausgeführte Ansicht obzuwalten, daß die Frau Landgräfin Charlotte von Hessen, falls sie nach dem Aussterben des Königlichen Mannsstammes auf den dänischen Königsthron berufen werden sollte, die Krone nach den Bestimmungen des Königsgesetzes nicht auf ihre Descendenz, sondern auf die noch lebenden Töchter Königs Friedrich VI. übertragen und, in diesem Wege, die Thronfolge demnächst an den Herzog von Augustenburg gelangen würde. Indessen bin Ich vollkommen mit Ew. Hoheit darüber einverstanden,

daß die Bestrebungen für die im Interesse Europas wünschenswerthe Erhaltung der Integrität der dänischen Gesammtmonarchie mit der Berücksichtigung bebestehender Erbfolgerechte und der Befugnisse des deutschen Bundes Hand in Hand gehen müssen. In diesem Sinne wird Meine Regierung, soweit sie an der weiteren Entwickelung dieser Angelegenheit Theil zu nehmen berufen ist, die Richtschnur für ihre Mitwirkung bei den Verhandlungen finden."

„Empfangen Ew. Hoheit die erneuerte Versicherung der besonderen Hochachtung und Freundschaft, womit ich verbleibe Ew. Hoheit

freundlicher Vetter

Warschau, 23. Mai 1851. Friedrich Wilhelm."

Hier stand es also mit dem verhängnißvollen Datum von Warschau ganz bestimmt ausgesprochen, daß auch der König von Preußen die Erhaltung der Integrität der dänischen Monarchie jetzt für ein europäisches Interesse betrachtete! Im Vergleiche damit war die Antwort des österreichischen Ministers, Fürsten Schwarzenberg fast günstiger. Fürst Felix schrieb kaum mehr als acht Tage nach Empfang meiner Denkschrift:

„Gnädigster Herr!"

„Ew. Hoheit erstatte ich meinen ehrerbietigen Dank für den ausgezeichneten Beweis des Vertrauens, womit Höchstdieselben durch das gnädige Schreiben vom 31. v. M. mich zu beehren geruhten. Bei dem hohen Interesse, welches sich an die dänische Thronfolgefrage und die damit zusammenhängenden Verwickelungen knüpft, ist es von ganz besonderem Werthe für mich gewesen, die in dem Schreiben und in der Denkschrift Ew. Hoheit niedergelegten Ansichten kennen zu lernen, die in so ansprechender Weise zugleich von warmer Liebe für eine vaterländische Sache und von tief eindringender ernster Beschäftigung mit den zu lösenden Aufgaben Zeugniß geben."

„Nach der seitherigen Lage der Angelegenheit ist das kais. Cabinet, wie Ew. Hoheit bekannt ist, noch nicht berufen gewesen über die verschiedenen in Frage stehenden Erbansprüche ein Urtheil abzugeben. Dem Könige von Dänemark gebührt, wie jedem Souverain die Initiative bei der Regelung der bestrittenen Erbfolge in die von ihm regierten Länder und die Mächte, die dieses anerkannt haben, können den Ausspruch über die verschiedenen möglichen Eventualitäten nicht aus eigener Bewegung an sich ziehen, so wichtig es ihnen auch erscheinen mag, daß der nur allzulange fortdauernden Ungewißheit ein Ziel gesetzt werde."

„Ew. Hoheit werden daher in meiner Stellung gewiß die genügende Entschuldigung finden, wenn ich auf den Inhalt der Denkschrift nicht näher einzugehen mir erlaube und mich auf die Versicherung beschränke, daß die leitenden

Grundsätze des Rechtes und der Legimitität, von welchen Höchstdieselben bei Behandlung der Frage ausgehen, auch von mir als die obersten anerkannt werden. Müßte ich mich überzeugen, daß das Londoner Protokoll, welches Ew. Hoheit als ungücklich bezeichnen, diesen Grundsätzen entgegenstehe, deren Aufrechthaltung das Ziel aller meiner Bestrebungen ist, so würde ich der Erste sein, meinen Irrthum einzugestehen; ich vermag aber jene Erklärung der Mächte nur als den einfachen und vollkommen rechtmäßigen Ausdruck einer ohnehin bestimmt gegebenen Sachlage zu betrachten."

„Die Mächte, die an der Unterzeichnung Theil genommen haben, halten das Zusammenbleiben der Bestandtheile der dänischen Monarchie für wünschenswerth, sie haben daher dem Könige von Dänemark das Versprechen gegeben, ihn in dem gewiß sehr erlaubten Bestreben der Herstellung einer einheitlichen Erbfolge in seine sämmtliche Besitzungen zu unterstützen."

„Oesterreichs Beitritt zu diesem Protokoll ist insbesondere nur unter ausdrücklicher Wahrung der Rechte des deutschen Bundes erfolgt und vielleicht ist es Ew. Hoheit nicht unbekannt geblieben, daß auf unser Begehren alle Ausdrücke des ursprünglichen, von Frankreich, Rußland und England bereits paraphirten Protokollentwurfs abgeändert worden sind, in welchen möglicher Weise ein Präjudiz für die streitigen Rechtsfragen hätte gefunden werden können."

„Gegen die Vermuthung Ew. Hoheit, daß Dänemark mit Hilfe Rußlands die mangelhafte Kenntniß der übrigen Mächte benutzt habe, um das Protokoll zu Stande zu bringen, glaube ich mich daher in aller Bescheidenheit verwahren zu dürfen. Daß an und für sich an der Möglichkeit von Combinationen nicht zu zweifeln sei, durch welche die verschiedenen sich entgegenstehenden Ansprüche im Interesse der Erhaltung der dänischen Gesammtmonarchie einer rechtlichen Ausgleichung zugeführt werden könnten, dies haben Ew. Hoheit in Höchstihrer Arbeit in einer bestimmten Richtung nachzuweisen selber unternommen."

„Fragt man endlich in der ganzen Sache ausschließlich nach den wohl verstandenen Interessen Deutschlands, so werde ich jederzeit bereit sein, auch auf diesem Felde die Controverse anzunehmen. Man würde nach meiner Ueberzeugung eine sehr unsichere und herben Enttäuschungen ausgesetzte Bahn einschlagen, wollte man auf eine durch streitigen Abgang zufällig in Aussicht gestellte, aber schwerlich ohne einen nordischen Krieg zu verwirklichende Lösung des uralten Verbandes zwischen Dänemark und den Herzogthümern hinwirken, statt die großen Vortheile zu verfolgen, welche dieser Verband nach den bestehenden Verhältnissen Dänemarks und des deutschen Bundes diesem zu gewähren verspricht."

„Ich erlaube mir in dieser Beziehung mich auf die von Ew. Hoheit lichtvoll auseinandergesetzte Wahrheit zu berufen, daß das europäische Interesse der

Integrität der dänischen Gesammtmonarchie keineswegs ein bestimmtes mit dem althergebrachten Rechte der Herzogthümer und mit dem deutschen Interesse unvereinbares Verhältniß der einzelnen Landestheile erfordert."

„Seine Majestät der Kaiser, bei Allerhöchst welchem ich des gnädigen Auftrages mich zu entledigen die Ehre hatte, haben mir anbefohlen, Ew. Hoheit für die ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen auf das Verbindlichste zu danken und die Versicherung hinzuzufügen, daß Se. Majestät der Aussicht einer baldigen persönlichen Bekanntschaft mit wahrem Vergnügen entgegensehen würden."

„Genehmigen Höchstdieselben den Ausdruck der tiefen Verehrung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein

Ew. Hoheit

gehorsamergebener Diener

Wien, 15. April. F. Schwarzenberg."

Radowitz, dem ich einige dieser Schriftstücke nach Erfurt, wo er sich damals aufhielt, übersendete, sprach sich in seiner Antwort kurz und sehr gut über das Schwarzenbergische Schriftstück aus:

„Eurer Hoheit

verfehle ich nicht, die anvertrauten Schriften unterthänigst zurückzureichen. Wenn Ew. Hoheit die Gnade haben wollten, mir eine Abschrift der Denkschrift zu gewähren, so würde ich sie sehr dankbar empfangen. Es ist eine sehr eindringliche Darstellung der ganzen Sachlage, voll neuer Gesichtspunkte und schlagender Argumente. Von der Antwort des Fürsten Schwarzenberg muß man rühmen, daß sie gewandt genug abgefaßt ist und vortrefflich um den eigentlichen Hauptpunkt herumgeht. In treuester und ehrerbietigster Ergebenheit Ew. Hoheit

unterthänigster Diener

Erfurt d. 21. April 1851. v. Radowitz.

Unverkennbar waren in dem Stadium, in welches die schleswig-holsteinische Angelegenheit jetzt in den Augen der Großmächte getreten war, selbst dynastische und legitimistische Principien nicht mehr stark genug, um dem gewaltigen Herzenszuge nach einer plumpen Wiederherstellungspolitik einigermaßen Halt zu gebieten.

Die Bundesexecution in Holstein wurde mit allem Aufwand der bekannten Restaurationsmittel ins Werk gesetzt. Wenn den beiden neu verbündeten deutschen Großmächten durch andere deutsche Fürsten kein Gegengewicht geworden wäre, so würde man sich ganz an das Muster der bourbonischen Restaurationen in Frankreich gehalten haben. Wahnsinnige Verfolgung von Beamten und Offi-

zieren kam nicht nur von Seite der Dänen in Schleswig an die Tagesordnung, auch die holsteinische Armee und vor Allem die in derselben noch zurückgebliebenen deutschen Offiziere wurden schonungslos ins Elend gestoßen. Von Seite Oesterreichs war glücklicherweise mein Vetter Alexander Mensdorff zum Bundeskommissar ernannt, durch dessen Vermittlung ich manchem Manne in den Herzogthümern noch einige Hilfe leisten konnte.

Die allgemeinen geschichtlichen Thatsachen pflegen in ihrer stummen Ueberlieferung meistens sehr wenig von den persönlichen Schicksalen zu verkünden, die in ihrem Gefolge einherschreiten. Aber ich würde meine Erinnerungen an diese Begebenheiten für unvollkommen halten, wenn ich nicht sagen sollte, welche Masse von tiefem Elend sich mir in Folge des verhängnißvollen Ausgangs dieses Krieges eröffnet hat, da Hunderte von unglücklich gewordenen Menschen und Familien bei mir ein Herz für die deutsche Sache vermutheten und die Meinung hatten, ich könnte helfen.

Ich bewahre noch die ansehnliche Zahl von Jammerbriefen und Bittschriften, welche vertriebene Schleswig-Holsteiner, oder in ihre Heimath zurückgekehrte und von den eigenen Regierungen verstoßene Offiziere an mich gerichtet haben. Manche dieser Schriftstücke sind laute Anklagen einer schweren Reactionszeit. Vor Allem hatte sich Preußen durch Härte gegen alle jene bemerkbar gemacht, welche der Abberufung aus der schleswig-holsteinischen Armee nicht sogleich und unbedingt Folge gegeben hatten. Andere, welche Willisen erst mit sich gezogen hatte, und die zuvor ihren Dienst, ja selbst die Staatsangehörigkeit in Preußen quittiren mußten, waren im eigentlichsten Sinne Bettler geworden. Mancher gute Familienname erscheint hier in Briefen, die nur die äußerste Verzweiflung dictirt haben konnte.

In Sachsen und Hannover verweigerte man gleichfalls die Wiederaufnahme der Zurückgekehrten im Staatsdienst und in der Armee. Wie viel auch die militairische Kritik dem Generalstab Willisens zur Last legen mochte, die Behandlung, welche dem Major von Wynecken in Hannover zu Theil wurde, wird nicht als eine Strafe für seine Fehler, sondern als ein Martyrium für seine Leistungen gelten können. Der Generalmajor von W . . . l wäre ohne die Hilfe meines Bruders der größten Dürftigkeit Preis gegeben gewesen.

Noch viel ungerechter war die Lage jener zu nennen, welche 1848 und 1849 mit vollster Zustimmung ihrer Regierungen in den schleswig-holsteinischen Dienst traten und im Feldzuge invalide geworden waren. Ihre Pension bezahlte die schleswig-holsteinische Regierung natürlich nur bis 1851 und nach der Pacifikation half solchen Männern oft selbst ihr früher geleisteter Dienst in der preußischen Armee nichts, um den nöthigsten Lebensunterhalt zu finden. „Haben

Ew. Hoheit die Gnade", so ohngefähr lautete der Refrain in ungezählten Briefen dieser Unglücklichen, „meine Bitte recht bald zu erhören, denn meine liebe Familie darbt und dies muß auch ein altes Soldatenherz brechen."

Was die Schleswig-Holsteiner selbst betrifft, so hatte die preußische Regierung für vertriebene Professoren und Beamte bis zu einem gewissen Grade Sorge getragen. Die, welche zu stark kompromittirt waren, oder als allzu große Revolutionäre galten, wie Francke und manche Andere, wurden mit Vorliebe meiner Regierung abgetreten, wie sich auch andere Kleinstaaten und Fürsten in diesem Falle immer noch als ein leidliches Hilfsmittel gezeigt hatten, um den überschüssigen Liberalismus nicht zur hellen Verzweiflung zu treiben.

Aber auch abgesehen davon, daß selbst Männer, wie Lüders, gar lange auf das Stellenpetitioniren angewiesen waren, so traf ein besseres Loos im Allgemeinen immer nur die verhältnißmäßig geringere Zahl der höchstgebildeten Stände. Welches Elend und welche Erbitterung dagegen in etwas tieferen Lagen der Gesellschaft erzeugt wurde, davon wußten nur die Auswandererschiffe, oder die ganz unzulänglichen Unterstützungsvereine, welche sich trotz allerlei Schwierigkeiten der größeren Regierungen gebildet hatten, zu erzählen. In diesen Classen der vortrefflichen schleswig-holsteinischen Bevölkerung mögen diese traurigen Jahre dramatische Stoffe von ungeahnter Größe gezeugt haben und manche Tragödie guter Menschen ist unbeschrieben geblieben, welche bei ihren Handlungen nicht die Ahnung eines politischen Verbrechens, sondern die reinste Vorstellung des Rechts und des staatstreuesten Patriotismus gehabt hatten.

Auch aus dieser Reihe von Lebensschicksalen bieten sich mir Erinnerungen an mir persönlich bekannte Menschen, deren einfache Existenzen von der Verwüstung des Sturmes nicht verschont geblieben waren. Da ist ein holsteiner Oberwegbeamter, der 1848 und 1849 für militairische Zwecke Bauten besorgte. Er hatte die Eckernförder Schanzen errichtet und vor Fridericia Fortifikationen gemacht. Da er drei Jahre nachher bei seinen Eltern im Schleswig'schen das Weihnachtsfest feiert, wird von den Dänen das Haus umstellt und der unglückliche Mann in's Gefängniß gebracht. Man kann ihm kein Verbrechen nachweisen, aber er muß Amt und Haus verlassen und in der Fremde sein Brod suchen.

In meiner Darstellung des Feldzugs von 1849 habe ich des braven Tischlermeisters Callsen gebührend gedacht, welcher die Strandtelegraphen errichtet hatte und mit den einfachen Mitteln seines Handwerkes so eifrig verbesserte, daß uns sein Wartthurm immer mit reichlichen Nachrichten von den Ereignissen auf der See versah. Nach der Ankunft der Dänen flüchtete er sich aus Schleswig und war mit seiner Familie in die größte Noth gekommen, welche nur noch durch Mildthätigkeit gelindert werden konnte.

Aber noch rührender war vielleicht das Schicksal des Oberfeuerwerkers Clairmond aus Rendsburg, welcher in der Nordbatterie von Eckernförde neben Rekruten der einzig gediente Artillerist gewesen war. Hauptmann Jungmann hatte damals und später versichert, daß es diesem allein zu verdanken war, wenn die Batterie, nachdem sie zum Schweigen gebracht worden ist, am Nachmittage das Feuer wieder eröffnete. Ich erhielt von einer dritten Person im Mai 1851 einen Brief, worin mir mitgetheilt wurde, daß der Mann nach 33 Jahren, die er in der holsteinischen Armee gedient hatte, entlassen sei und mit seinen vier Kindern nicht Brod besitze, um sich zu sättigen. Das war einer von denen, welcher dem deutschen Vaterlande die Flagge des größten Kriegsschiffes zu Füßen gelegt hatte, die jemals genommen wurde und die schöne Fregatte eroberte, welche jetzt in den Besitz von Preußen übergegangen war.

Freilich auch diese durfte den Namen von Eckernförde, den sie zu Ehren des Sieges zwei Jahre getragen hatte, in der preußischen Marine nicht führen; denn nach dem Beschlusse der nunmehr Gewaltigen sollten Thaten und Menschen dieser Zeit am liebsten in das Meer der Vergessenheit fallen.



Fünftes Buch.

Hoffnungen und Enttäuschungen.



Erstes Capitel.

Reichs-Verfassung und Dreikönigsbündniß.

Im vorhergehenden Buche war ich durch meine mannigfachen persönlichen Beziehungen zu der schleswig-holsteinischen Sache bemüßigt, um des Zusammenhanges willen, weit über den Zeitpunkt hinauszugreifen, wo die deutsche Frage auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt war. Ich kehre nun zu den allgemeinen Angelegenheiten zurück, deren Verlauf die politische Welt in die Spannung und Aufregung einer neuen blutigen Revolution versetzt hatte.

Der Zusammenbruch der Frankfurter Nationalversammlung und der Ausgang der Reichsverweserschaft gewährten ein unvergeßliches Bild von zugleich tragischen und komischen Wirkungen. Ich stand noch im Feldlager von Gettorf, als mir bald aus meiner engern Heimath, bald auch aus weitern Kreisen des deutschen Volkes, und von den schiffbrüchigen Fraktionen der Paulskirche die seltsamsten Zumuthungen und Aufforderungen zugekommen waren, mich an die Spitze einer Partei zu stellen, welche die Reichsverfassung mit dem Schwerte in der Hand zur Wahrheit machen wollte*).

Ich schrieb damals an meinen Bruder, nachdem ich meinen Secretair Berlet unmittelbar vorher nach Frankfurt geschickt hatte, um die Lage der Dinge zu erforschen:

„Erst vorgestern erhielt ich Deine Zeilen und danke Dir herzlich dafür. Es ist eine wohlthuende Empfindung in einer Zeit, wo alle Ansichten sich widersprechen, doch Jemanden zu finden, der in der politischen Anschauung unserer Wirren Gleiches fühlt. Könnte man nur handeln wie man wollte und wäre man immer in der Stunde der Gefahr am rechten Orte. Es wird Dir kein Geheimniß geblieben sein, wie sehr man wünscht, mich an die Spitze der Bewegung zu bringen. Ich habe von Frankfurt aus und von manchen mir

*) Vergl. oben III. Buch, 4. Cap. Seite 336.

gänzlich unbekannten Leuten in Süddeutschland dringende Aufforderungen erhalten. Es war auch nahe daran, daß ein großer Theil der nun in gänzlicher Auflösung begriffenen Nationalversammlung mir geradezu offizielle Anträge gemacht hätte. Glücklicherweise ist der bittere Kelch an mir vorübergegangen."

„Die Zeit ist schon hinter uns, in der mein ehrlicher Name und meine Vermittlung vielleicht den furchtbaren Stoß aufgehalten hätte. So verbluten sich nun unsere herrlichen Kräfte; die Freiheit ist in den Händen von Schurken, und die Fürsten müssen, wenn sie nicht ganz schlimm bestehen wollen, an die Restauration von Verhältnissen und Zuständen gehen, die eben, weil sie faul und unzeitgemäß waren, unsere Revolution hervorriefen."

„Eine furchtbare Aussicht!"

Für die Grundursache dieses heillosen Zustandes wurde damals und später die Ablehnung der Kaiserkrone von Seite des Königs von Preußen erachtet. Doch lag der Fehler Friedrich Wilhelms IV. nicht sowohl in der Zurückweisung des Frankfurter Kaiserthums, als vielmehr in der allzu schwankenden Politik, mit welcher er oft die besten Einleitungen und Schritte seines eigenen Ministers, des Grafen Brandenburg, in der deutschen Frage durchkreuzte.

Ohne feste Grundlage der Legitimität, ohne alle Zustimmung der deutschen Fürsten, ohne jeden Vorbehalt fremder Rechte, bloß als ein Geschenk des Souveränetätsglaubens der Nationalversammlung konnte kein Fürst sich mit dem Titel eines noch obenein erblichen Kaisers an die Spitze von Deutschland stellen.

Was der König jedoch versäumt hatte, war die entschlossene Wahrnehmung der deutschen und zugleich preußischen Interessen in dem Augenblicke, wo noch die Lage Oesterreichs, der fortdauernde Aufstand in Ungarn, der Krieg in Italien, ihm alle Macht in Deutschland thatsächlich und nun zum zweiten Male seit Jahresfrist in die Hand gegeben hatte.

Noch fehlte dem preußischen Ministerium und voran dem Grafen Brandenburg keineswegs ein volles Verständniß für das, was man die Mission Preußens nennen durfte. Während der König über das angeblich alte Anrecht Oesterreichs auch das deutsche Kaiserthum in einer wahrlich unbegründeten Weise vor aller Welt vertheidigte und für Preußens Stellung in Deutschland an einer leeren Formel mit größter Zähigkeit festhielt, war man im auswärtigen Amte in Berlin bemüht, die Ablehnung der Krone in offiziellen Depeschen mildernd zu interpretiren: „und deshalb sei," so sagte man, „dieselbe eine unbedingte gewesen, damit einem Einverständnisse der Regierungen, durch welche die getroffene Wahl allein eine Rechtsgiltigkeit erlangen konnte, in keiner Weise vorgegriffen würde".

Noch präciser und hoffnungsvoller war der Standpunkt der preußischen Politik in der Circulardepesche vom 7. April bereits bezeichnet worden, deren

Wortlaut man sich daher gegenwärtig halten muß, wenn man die Lage eines deutschen Bundesfürsten in diesem Augenblicke richtig beurtheilen will. Ich muß daher dem Leser die oft gedruckte Depesche ins Gedächtniß zurückrufen:

„Je größere Gewissenhaftigkeit in dieser Beziehung bewiesen wurde, um so mehr ist auch die Regierung Sr. Majestät der Verpflichtung sich bewußt, soviel an ihr ist, die Geschicke Deutschlands auf der Bahn jener Entwicklung zu fördern und der ersehnten Vollendung entgegenzuführen. Sie hält sich daher selbst für ebenso verbunden als berechtigt, in dieser Angelegenheit ein offenes Wort an die übrigen deutschen Regierungen zu richten."

„In Betracht, daß der Erzherzog Reichsverweser den Entschluß gefaßt hat, seine Stelle niederzulegen und in Betracht der großen Gefahren, welche Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen können, sind Se. Majestät der König bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen."

„Se. Majestät sind, dem ergangenen Rufe Folge leistend und eingedenk der Ansprüche, welche Ihm Preußens Stellung in Deutschland gewährt, entschlossen an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten."

„Die Formen dieses Bundesstaates werden davon wesentlich abhängen, wie viele und welche Staaten sich demselben anschließen. Mit Rücksicht auf die politischen Zustände von ganz Deutschland und auf die Lage, in welcher die deutsche Nationalversammlung sich gegenwärtig befindet, darf ein zu fassender Beschluß nicht aufgehalten werden."

„Aus diesem Gesichtspunkte ist der Unterzeichnete beauftragt, dem Herrn Staatsminister die ebenso ergebene als dringende Aufforderung auszusprechen, die herzoglich sächsische Regierung wolle mit größtmöglichster Beschleunigung einen besonderen Bevollmächtigten in Frankfurt a./M. bestellen, welcher bindende Erklärungen abzugeben im Stande wäre:

1. Ueber den Beitritt zum Bundesstaat resp. die Bedingungen, unter welchen er erfolgt.

2. Ueber die Stellung, welche die solchergestalt zu einem Bundesstaat zu vereinigenden Regierungen demnächst zu der deutschen Nationalversammlung in den von ihr bereits gefaßten Beschlüssen einzunehmen haben, mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinbarung über die Verfassung unverzüglich in Angriff genommen wird.

3. Ueber das Verhältniß zu denjenigen Staaten, welche diesem Bundesstaat beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth und nach diesseitiger Ansicht anzustreben ist, die noch bestehenden Bundesverhältnisse der neuen Staats-

reform anzupassen. Die allerhöchste Regierung des Unterzeichneten wird binnen längstens 8 Tagen einen Bevollmächtigten in Frankfurt mit der erforderlichen Instruction und Autorisation versehen haben und glaubt sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die übrigen Regierungen mit gleichem Eifer diese wichtige Angelegenheit behandeln und wenigstens ungesäumt ihre Erklärungen über das Provisorium, wie über die übrigen Vorschläge nach Berlin gelangen lassen werden, damit die diesseitige königl. Regierung binnen längstens 14 Tagen in den Stand gesetzt sei, eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abgeben zu können."

Es schien aus den vom Grafen Brandenburg aufgestellten Punkten wenigstens das eine mit Sicherheit hervorzugehen, daß das preußische Gouvernement in Verbindung mit andern deutschen Regierungen auch gegen den Willen Oesterreichs und Baierns das deutsche Einheitswerk fortzuführen Neigung hatte.

Die Schwierigkeit lag in der Frankfurter Reichsverfassung, an deren stricte Aufrechthaltung indessen Niemand glaubte. Für die kleineren Staaten war fürs erste die Annahme derselben unvermeidlich, wollten sie nicht der Revolution verfallen, welche allenthalben ihr Haupt erhob.

Entscheidend konnte indessen auch in dieser Hinsicht die Frage werden, wie sich Preußen zur noch vorhandenen Centralgewalt zu stellen entschlossen war; doch gleich bei dieser ersten Action versagte sich der König seinem Ministerium. Dadurch wurde es dem Reichsverweser und seinem sogenannten Ministerium in Frankfurt möglich, das schon früher hinreichend bezeichnete Spiel fortzusetzen. Statt die Zügel der Gewalt dem Platzhalter des österreichischen Bundestags rasch aus der Hand zu nehmen, begann schon in den nächsten Wochen ein widerwärtiges Schauspiel des Streites um das Bundespalais und seine Bedeutung.

Unter diesen Umständen erhielten die Klagen des Reichsverwesers über Preußen eine gewisse Berechtigung, welche derselbe während der nächsten Wochen gegen Duckwitz äußerte*).

Denn in der That vermochte Niemand zu errathen, wohin der König eigentlich steuere, wenn er nicht die in der Circulardepesche doch ausdrücklich versprochene provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten übernahm. Unter diesen Umständen vereinigten sich nicht weniger als 30 Regierungsbevollmächtigte

---

*) Nach den Mittheilungen von Duckwitz, Denkwürdigkeiten S. 282 war der Reichsverweser am 7. April offenbar noch ohne bestimmte Instructionen seiner Regierung, sonst konnte er nicht die Aeußerung machen, er werde in 14 Tagen abreisen u. s. w. Am 9. Mai (S. 319) ist der öster. Kriegsplan gegen die bundesstaatlichen Absichten dagegen bereits fertig und die Rolle vorgezeichnet, welche der Erzherzog zu spielen hat.

in Frankfurt, unter denen allerdings die der größern Staaten fehlten, zu einer Erklärung an den preußischen Gesandten von Camphausen und sprachen in einer Collectivnote ihre Bereitwilligkeit aus, in ein bundesstaatliches Verhältniß zu Preußen zu treten.

Diese Collectivnote ist als der eigentliche Ausgangspunkt der Unionsbestrebungen anzusehen, an welche sich die Hoffnungen Preußens und Deutschlands durch anderthalb Jahre anschließen durften.

Hatte man auch von Seite der Bundesregierungen die Annahme der Reichsverfassung noch als eine Bedingung hingestellt, so geschah doch auch dies gleich jetzt unter der Voraussetzung von Modificationen, wie sie ja auch später von Seite Preußens zugestanden wurden. Im Uebrigen war die Idee aus der Frankfurter Reichsverfassung heraus zum Bundesstaate zu gelangen mit aller erwünschten Deutlichkeit hervorgehoben, und ich habe in der Collectivnote stets den eigentlichen Embryo der Union gesehen, welcher durch das drei Königsbündniß lebenskräftig gemacht werden sollte.

Das wichtige Actenstück selbst, so bekannt es auch sein mag, dürfte in einer Darstellung dieser Ereignisse daher nicht fehlen:

„Die von den Unterzeichneten vertretenen hohen Regierungen haben mit lebhafter Befriedigung aus der gedachten Note und deren Beilage ersehen, daß Se. Majestät der König von Preußen geneigt sind, an die Spitze des deutschen Bundesstaates zu treten. Wenn Se. königl. Majestät die Rechtsgiltigkeit der durch die Nationalversammlung getroffenen Wahl noch von dem freien Einverständniß der betheiligten Regierungen abhängig gemacht haben, so verdient die Ansicht, welche dabei die leitende gewesen ist, nicht nur die höchste Anerkennung, sondern es wird darin, im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Zeit, auch das Bestreben nach Herstellung derjenigen Garantien erkannt werden müssen, welche dem deutschen Verfassungswerke dann zu geben geeignet sind."

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes nur in der Errichtung eines kräftigen Bundesstaates gedeihen könne und daß für diesen Zweck von Einzelnen Opfer gebracht werden müssen, nehmen die Unterzeichneten keinen Anstand, Namens der von ihnen vertretenen hohen Regierungen, hiedurch ihr volles Einverständniß mit der von der Nationalversammlung getroffenen Wahl zu erklären."

„Anlangend die Verfassung des deutschen Reichs, so entspricht diese zwar, sowie sie von der Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossen worden, nicht in allen Punkten den Ansichten, welche von den hohen Regierungen der Unterzeichneten gehegt und schon früher hervorgehoben worden sind; allein abgesehen davon, daß einzelne dieser Regierungen die Beschlüsse der Nationalversammlung im Voraus als verbindlich anerkannt haben und daß der von Andern,

ebenso wie von der königl. preußischen Regierung festgehaltene Standpunkt der Vereinbarung in seiner consequenten Durchführung die Erreichung eines gedeihlichen Resultats leicht unmöglich machen würde, erachten sie die von ihnen gehegten Bedenken nicht im richtigen Verhältniß zu den großen Gefahren, welche ein längerer Verzug des Verfassungswerkes dem gemeinsamen Vaterlande nothwendig bringen müßte."

„Indem daher die Unterzeichneten Namens ihrer Regierungen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung des deutschen Reiches, sowie sie vorliegt, anerkennen und annehmen, geben sie sich der Erwartung hin, daß die königl. preuß. Regierung in Berücksichtigung der für alle Theile Deutschlands gleichmäßig dringenden Beweggründe denselben Grundsätzen folgen und die Ueberzeugung gewinnen werde, daß sie auf diese Weise dem hohen Berufe, den ihr die Neugestaltung Deutschlands anweist, zu genügen im Stande sein werde. Sie gehen dabei von der Ueberzeugung aus, daß unter dieser Voraussetzung allen deutschen Regierungen, welchen der Eintritt in den zu errichtenden Bundesstaat nicht durch ihre besondern Verhältnisse gegenwärtig unmöglich ist, von gleicher patriotischer Auffassung geleitet, einer völligen großartigen Einigung sich anschließen werden und daß es daher einer Regulirung mit diesen außerhalb der Verfassung nicht bedürfen werde."

Wiewohl ich für meine Person nicht verkennen konnte, daß ein Festhalten von 28 bis 30 kleinen Staaten an der Reichsverfassung im Gegensatze zu den sämmtlichen Königreichen sehr wenig zu bedeuten hatte, so gab ich dem Minister von Stein doch die bestimmteste Erklärung, daß ich meinerseits für die Anerkennung der Verfassung, in Ermangelung von etwas Besserem, stehen und fallen wolle. In den thüringischen Staaten war dadurch meine Popularität sehr gewachsen und es ist wohl kein Zweifel, daß es diesem Umstande zu danken war, wenn die Revolution in Sachsen und Altenburg Halt machte und besonders unsere beweglichen nach dem Süden und seinen radikaleren Tendenzen hin gravitirenden Coburger sich während des unglücklichen Maimonats ruhig verhielten.

Indessen waren die Nachrichten, welche meiner Regierung sowohl aus Frankfurt wie aus Berlin über die Absichten Preußens zukamen, viele Tage hindurch sehr schwankend, und mein alter Minister von Stein gab sich den schönsten Täuschungen hin, als wollte Preußen wirklich nachgeben und in einem großen Charakterzug sich selbst übertreffen.

Er hatte den General von Radowitz gesprochen und glaubte denselben überzeugt zu haben, daß die Verfassung nur auf dem Wege der Annahme verbessert werden könne. „Hierauf," so schrieb er mir, „sei Radowitz selbst nach Berlin gegangen, um dem Könige zuzureden".

Auch aus Frankfurt wurde mir berichtet, daß Camphausen versichert habe,

die Collectivnote habe in Berlin erhebliche Wirkung gehabt und die entscheidende Antwort des Königs sei ehestens zu erwarten.

„Wie diese ausfallen wird, — hieß es in dem Schreiben weiter — schien dem preußischen Bevollmächtigten selbst noch unbekannt zu sein. Da er sein Bedauern kundgab, daß eine vermittelnde Lösung nun nicht mehr möglich sei, er auch ausdrücklich sagte, daß seine Einwirkung auf des Königs Entschließung jetzt fast Null sei, so erwartet er, wie es scheint, eine extreme Erklärung nach der einen oder andern Seite. Habe ich ihn richtig verstanden, so ist seine Vermuthung vorwiegend für das, was unserseits gewünscht wird. Als der Wunsch geäußert wurde, Preußen möchte mit Anerkennung der Verfassung zunächst nur mit den zustimmenden Regierungen den Bundesstaat gründen, fand derselbe nicht nur unter den Bevollmächtigten der Collectivnote vielfachen Beifall, sondern auch Herr von Camphausen schien ihn nicht ungern zu vernehmen."

Inzwischen brachten schon die nächsten Tage nur zu viel Klarheit in die Situation und Herr von Stein schrieb mir am 1. Mai in mein schleswig'sches Hauptquartier den folgenden trostlosen Brief:

„Euer Hoheit schrieb ich vor wenig Tagen. Ich erwartete tröstliche Nachrichten von Berlin, doch es kamen andere als die zu erwarten standen. Die Auflösung der Kammer und die bestimmte Nichtannahme der Verfassung, sowie die Ablehnung der Kaiserwahl kamen außer mir sehr Vielen überraschend. Wie dies in Preußen wirkt, wer mag das voraussehen, ich wage nichts mehr zu prophezeien. Aus anliegendem Stückchen Dresdener Journal wollen Höchstdieselben die Ihnen wohl schon bekannt gewordene Auflösung der Kammern in den dargelegten Motiven entnehmen und wie es in München steht, aus dem gleichfalls angeschlossenen Bericht von Elsholtz ersehen. Nachdem Preußen die deutsche Sache verläßt, wird sie natürlich in Dresden und München gewinnen, und in Stuttgart hat das Volk bereits den König wider Willen zu einem deutschen König gemacht. Wenn sich doch nur um Gottes willen die Hof-Parteien überzeugen würden, daß das Streben nach Einigung ein allgemeines in Deutschland sei."

„Es gibt nun eine curiose Zusammenstellung. 28 mindermächtige Staaten haben die Verfassung anerkannt, ein paar größere werden jedenfalls dieser Tage gezwungen und so kann es kommen, daß sich drei Massen bilden:

1. Oesterreich, 2. Preußen, 3. Kleindeutschland.

„Werden nun diese drei Größen zusammentreten, so könnte der Bund künftig aus 3, statt aus 38 bestehen. In Frankfurt wird man sich übrigens alle erdenkliche Mühe geben, Revolutionen loszulassen und wenn es auch in Berlin ruhig ist, es wird da, wo man keinen Wrangel & Cie hat, nicht überall so bleiben."

Der Bruch mit Frankfurt und allen seinen Werken war aber in Berlin eine festbeschlossene Thatsache und folgerecht wurden demgemäß die Maßregeln der preußischen Regierung, bis zur Abberufung der Deputirten und selbst des Bevollmächtigten bei der Centralgewalt getroffen, wie ich schon früher erwähnt habe (S. 332).

Um aber den Faden der Verständigung mit den Fürsten und den einzelnen Regierungen nicht abzubrechen, wurde am 2. Mai die Circularanfrage gestellt, ob „die jenseitigen Regierungen nicht geneigt wären, zu weiteren Berathungen über den jetzt einzuhaltenden Gang und die fernere Entwicklung des Verfassungswerkes mit den dazu bereiten deutschen Regierungen einen Bevollmächtigten nach Berlin zu schicken?"

„Die diesseitige königliche Regierung, — hieß es weiter —, ist gerne bereit, ihre Ansichten in dieser wichtigen Angelegenheit umfassend darzulegen und mit Vorschlägen ihren Verbündeten entgegen zu kommen."

Meine Regierung beantwortete die Aufforderung Preußens mit der Versicherung, daß wir stets zu Preußen gehalten, seiner Führung in Frankfurt uns angeschlossen und seine Tendenzen der Gründung eines Bundesstaates aufs lebhafteste ergriffen hätten. Dann aber hieß es in unserer Note:

„Diese Gesinnungen der treuen Ergebenheit für Preußen bewahrt die hiesige Staatsregierung fest, und sie werden auch künftig maßgebend für dieselbe sein. Gern hat man unter Preußens Leitung an dem Verständigungswerke in Frankfurt über die deutsche Verfassung Theil genommen und wahrhaft bedauert, daß dasselbe nicht dahin geführt, Preußen zur Annahme der deutschen Reichsverfassung zu bewegen. Die hiesige Staatsregierung hat die von der Nationalversammlung beschlossenen und von der Centralgewalt verkündigten Gesetze stets als bindend anerkannt und sie sonach ohne weiters im hiesigen Lande zur Verkündigung gebracht. Dies ist auch mit dem 16. Stücke des Reichsgesetzblattes geschehen, welches die Reichsverfassung enthält."

„Mit dieser ist man unserer Seits keineswegs in allen Punkten einverstanden, doch ein Einverständniß aller Interessenten über alle Bestimmungen hält die hiesige Staatsregierung für unmöglich und hofft mit Zuversicht Hebung der Mängel im Verfassungswerk auf verfassungsmäßigem Wege durch die Verhandlungen mit den beiden Häusern des Reichstags, wünscht lebhaft, es möge auch die königl. preußische Regierung auf demselben Wege die ihr nöthig scheinenden Aenderungen herbeizuführen suchen."

Vorstellungen dieser Art waren in Berlin leider nutzlos, aber sie mußten gemacht werden, wenn man nicht mit Sachsen, Baiern und Baden in die Revolution hineingerathen wollte.

Ohnehin waren die thüringischen Staaten von der Revolutionspropaganda

sehr bestimmt ins Auge gefaßt worden und man hoffte im Mai den Aufstand von Dresden bis nach Karlsruhe hin fortsetzen zu können. Die Vorbereitungen hiezu waren ernsthafter und in ihrer Anlage größer als man gewöhnlich glaubt und annimmt. Es war daher natürlich, daß mein Ministerium mich mit Gesuchen um baldige Rückkehr überhäufte und selbst in Gesammteingaben mich zu bestimmen suchte, meine schleswig'sche Expedition abzubrechen. Ich war jedoch durch meine militairische Ehre zu sehr an der schleswig-holsteinischen Sache betheiligt, als daß ich vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes hätte heimkehren dürfen und theilte die Befürchtungen des Ministeriums nicht, daß in meinen eigenen kleinen Ländern eine Schilderhebung stattfinden würde. Ich wußte, daß ich in Bezug auf meine Person des größten Theils der Bevölkerung ganz sicher war.

So kam es, daß ich die unglücklichen Vorgänge in dem mir so nahe stehenden Sachsen und dem wohlbekannten lieben Dresden nur aus der Ferne zu beobachten Gelegenheit hatte und auch bei der Kunde von der Flucht meines schwiegerväterlichen Hauses aus Karlsruhe stummer Zuschauer zu bleiben genöthigt war.

Indessen fehlte es mir nicht an mancherlei Aufregung, welche die Nachrichten aus der Heimath verursachten.

Am 8. Mai war der Fürst Löwenstein mit seiner Mutter flüchtig aus Dresden in Coburg angelangt und die Fürstin war vom Nothwendigsten beinahe entblößt, so daß der Hofstaat mit allem auszuhelfen genöthigt war. Die Schilderung von den Zuständen in Sachsen, welche die erschreckte Familie gemacht hatte, stimmte leider nur zu sehr mit anderen Mittheilungen überein, welche mir der General von Rhaden zukommen ließ. Der Letztere hielt sich eben damals in Sachsen auf und begegnete in Leipzig, im Vogtland und in Altenburg allüberall den rothen Fahnen der nach Dresden strömenden Freischärler.

Wenn Herr von Friesen in seinem neuesten Buch über diese Ereignisse*) erzählt, daß der Kriegsminister von Rabenhorst sehr überrascht über die Allgemeinheit der Bewegung im Lande gewesen wäre, so war ich in Schleswig von den Dingen besser unterrichtet, als die königl. sächsischen Behörden.

Es war nur allzusehr bezeichnend, daß ein einziges Jahr hingereicht hatte, in dem sonst so trefflich verwalteten Königreich eine vollständige, innere Auflösung herbeizuführen und der arme König mit seiner Familie gezwungen worden war, unter den Kanonen des Königsteins Schutz zu suchen.

*) Erinnerungen I. 149.

Es fehlte an allen militairischen Vorbereitungen, und obwohl das freischärlerische Gesindel überall im Lande, wo es nur der geringsten Truppenmacht begegnete, feig auseinanderstob, so gewann der Aufstand in Dresden durch die Verzögerung energischer und strenger Maßregeln doch eine solche Ausdehnung, daß er ohne die preußische Mitwirkung nicht mehr zu unterdrücken gewesen wäre.

Wie traurig die Lage des Königs und seiner Familie auf dem Königstein war, ist mir von Augenzeugen in lebendigster Weise geschildert worden. Die Städte Pirna, Königstein und Schandau hatten sich für die Insurgenten erklärt, so daß die Festung bald nachdem die königliche Famlie dort eintraf, fast ganz von Dresden abgeschnitten wurde und sich gewissermaßen im Belagerungszustand befand. Man hatte für nöthig erachtet, die am Festungsberge befindlichen Pulvermagazine in die inneren Räumlichkeiten zu verlegen, was die Lage der unglücklichen Bewohner noch unheimlicher gestaltete.

Seit den Tagen der französischen Kriege waren die Zugbrücken an den Thoren nicht aufgezogen worden; jetzt erinnerte den König auch diese Aeußerlichkeit an die traurigsten Zeiten der sächsischen Familiengeschichte. In der Festung selbst war so wenig Raum, daß die Zellen der Gefangenen zu Wohnungen für die Beamten und Hofleute dienen mußten. Welch ein beseligender Augenblick es war, als man am 9. Mai durch ein gutes Fernrohr die weiße Flagge auf dem Kreuzthurm in Dresden erblickte, läßt sich wohl denken. Alles gab sich den rührendsten Freudenbezeugungen hin.

Die Mitglieder der Familie eilten bewegt an das Fenster, von wo man die Frieden verheißende Fahne sehen konnte. Hatte man doch jeden Kanonenschuß, der in Dresden gefallen war, auf dem Königstein gehört, so daß die ganze königliche Familie in unausgesetzter Aufregung geblieben war.

Als nachher die Szenen, welche bei der Einnahme von Dresden stattgefunden hatten und die von der furchtbaren Erbitterung der Truppen Zeugniß ablegten, im Einzelnen bekannt geworden waren, soll sich des edlen Königs eine tiefe Weichheit bemächtigt haben und vielleicht trugen diese Umstände am meisten dazu bei, den erschreckten sächsischen Hof in die Bahn hinüberzuleiten, für welche der Fürst Schwarzenberg in immer weiteren Kreisen Proselyten machte.

In Dresden hatte der Sturm der Maitage den Minister von Beust, welcher seit dem 24. Febr. 1849 die äußeren Angelegenheiten leitete, zum Herrn der Situation gemacht.

Es war eine schwere Aufgabe, den sächsischen Staat noch einmal über das trübe Wasser der Revolution zu heben und dabei die Selbständigkeit des Königreichs dem preußischen Retter gegenüber zu erhalten.

Friesen hat in seinen Erinnerungen aus jenen Tagen die Mittheilung ge-

macht, daß Herr von Beust in einem Augenblicke der Schwäche die Befürchtung ausgesprochen habe, die preußische Hilfe werde Sachsen zu theuer zu stehen kommen, und es wäre vielleicht besser sich mit den Insurgenten über die Annahme der deutschen Reichsverfassung zu verständigen. In der Gegenschrift hat Herr von Beust dergleichen vollkommen geleugnet und sich darauf berufen, daß eine Unterhandlung mit den Insurgenten gar nicht möglich gewesen wäre. Ich glaube nach den mir damals gewordenen Eindrücken meinerseits mich in diesem historischen Streite der beiden leitenden Männer in der sächsischen Regierung ohne weiters auf Seite des Herrn von Beust stellen zu sollen, der mir lange genug persönlich bekannt war, um mich die Ueberzeugung gewinnen zu lassen, daß ihm in dem Augenblicke der militairischen Verbindung mit Preußen gewiß jede Zweideutigkeit fern lag.

Herr von Beust hat das Schicksal mancher Staatsmänner in Deutschland getheilt, daß sie in allen ihren Handlungen gleichsam nach einem einzigen Gesichtswinkel beurtheilt worden sind. Weil im Laufe eines längeren Zeitraumes sich zwischen der sächsischen Politik und der preußischen ein Antagonismus gebildet hat, so meinte man auch schon im Beginne der Verbindung jeden einzelnen Schritt, selbst jede persönliche Aeußerung des sächsischen Ministers als einen Ausfluß seiner Preußenfeindlichkeit ansehen und deuten zu müssen.

Es wird daher gleich hier am Platze sein, über die Stellung Sachsens zu Preußen einiges zu bemerken.

Uebereinstimmend war bei Hofe und im Ministerium die Ueberzeugung, daß man das preußische Bündniß in erster Linie zur Unterdrückung der Revolution bedürfe. Wirklicher Gegner der politischen Consequenzen des militairischen Bündnisses mit Preußen war aber von Anfang her der Kriegsminister von Rabenhorst.

Man dürfte nicht behaupten, daß in der sächsischen Armee damals noch die Gegensätze der Jahre 1813—15 nachgewirkt hätten, es herrschte vielmehr im Offiziers-Corps ein chevalereske und gut deutscher Geist, doch war der Gedanke an eine mögliche Unterordnung der sächsischen Truppen unter preußische Führung einem großen Theil der Armee noch unsympathisch.

General von Rabenhorst stand diesen Eifersüchteleien nicht ferne und unterstützte sie so viel er konnte. Er gehörte zu jenen Politikern, welche überhaupt nicht begreifen konnten, daß an der bisherigen Bundeskriegsverfassung mit ihren naturgemäß gegliederten zehn Armeecorps etwas geändert zu werden brauchte und hielt alle Behauptungen in dieser Richtung für Geschwätz der Demokraten. Er war noch im Beginn des Jahres 1848 Major und dem Kriegsministerium zugetheilt. Sein eigenes rasches Avancement hatte ihn, wie es schien, den Kopf ein wenig höher heben lassen, als es mit der militairischen Bedeutung eines

Mittelstaates verträglich war. Die Unterstellung der sächsischen Truppen unter das Commando von Prittwitz in Schleswig war eben auch nicht geeignet, die Abneigung mancher Offiziere gegen Preußen abzuschwächen und selbst meine besten Freunde und nächsten Kameraden aus dem schleswig-holsteinischen Feldzuge waren in dieser Beziehung nicht ganz unbefangen.

Aus alledem entwickelte sich ein Mißtrauen gegen Preußen, von welchem man nur denken konnte, daß es Vergrößerungen suche, sobald es nicht für die einfache Wiederherstellung der alten Bundesverhältnisse eintreten mochte.

Man würde nun Herrn von Beust sehr unrecht thun, wenn man dächte, daß er im Mai des Jahres 1849 auf derselben, oder auch nur auf einer ähnlichen Linie der politischen Anschauungen gestanden hätte. Er gehörte, wie man schon damals im Gegensatze zu den alten Metternich'schen Systematikern zu sagen pflegte, zu der neuen Schule von Diplomaten.

Es war wirklich ein klargezeichneter Vorzug seines Wesens, daß er sich von allem doctrinären Eigensinn in der Politik fern hielt. Seine Rücksichten für die Opportunität durfte man jederzeit eher zu hoch als zu niedrig anschlagen. Daß er damals und selbst noch etwas später wirklich zu Preußen stand, möchte ich bestimmt behaupten.

Und Herr von Radowitz, dessen Vertraulichkeit gegen mich oft groß genug war, pflegte sogar in Bezug auf den sächsischen Minister noch etwas mehr zu sagen, was ich mit aller Reserve wiederhole, aber als die Meinung eines so kundigen Mannes nicht unterdrücken will.

Er war der Meinung, daß Herr von Beust bei der preußischen Sache leicht festzuhalten gewesen wäre, daß man es jedoch mit preußischer Steifigkeit an allen Aufmerksamkeiten hätte fehlen lassen, welche ein so begabter und verdienstvoller Mann wohl fordern durfte. Selbst kleineren Wünschen, wie sie Beust in persönlicher Beziehung als Minister Sachsens hegte, war keinerlei Rechnung getragen worden.

Herr von Radowitz beklagte sich bitter, daß man in Bezug auf Decorationen in Berlin nicht freigebiger war, und wenn es sich auch von selbst versteht, daß solche Dinge die Lage der Politik im Großen nicht zu verändern pflegen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß in Deutschland durchaus nicht immer Abneigung gegen Preußen dort von vornherein vorhanden war, wo viel häufiger durch Unaufmerksamkeiten eine solche erst künstlich erzeugt worden ist.

Wie die Dinge im Mai in Sachsen standen, müßte man Herrn von Beust in der That eines thörichten Benehmens für fähig halten, wenn man, der Friesen'schen Darstellung folgend, ihn sofort der Hinterlist gegen den Bundesgenossen zeihen würde. Man kann ihm nicht Unrecht geben, wenn er sich dem

gegenüber auf einen preußischen Offizier, den Grafen Waldersee beruft*), welcher als Commandeur des Alexander Grenadier-Regiments in der Schilderung des Kampfes in Dresden dem Verhalten der Minister des Königs Friedrich August das höchste Lob gespendet hat. Freilich war die Probe des Bündnisses, welches Herr von Beust jetzt geschlossen hatte, in so schlimmen Tagen leichter zu bestehen, als in den günstigen und übermüthigen, welche darauf folgten.

Daß der sächsische Aufstand so rasch und gründlich niedergeworfen wurde, erschien als ein um so größeres Verdienst der Regierung, als die Mairevolutionen in der That in innigstem Zusammenhange unter einander gestanden und auswärtige Einflüsse in viel stärkerem Maße dabei thätig waren, als bekannt geworden ist. Ich habe einige Zeit später detaillirte Mittheilungen über die Londoner und Pariser Revolutions-Clubs erhalten, auf die ich noch zurückkommen werde; hier will ich nur daran erinnern, wie die Bewegungen in Köln, Elberfeld, Crefeld, Neuß, Düsseldorf der Zeit nach genau zusammenfielen mit dem Dresdener Aufstand und wie man in Baiern nur deshalb mit dem Losbrechen zögerte, weil man hoffte, das Militair gleich wie in Baden abtrünnig machen zu können.

Ganz ohne Aeußerungen thörichter Aufreizung ging es aber selbst in Gotha nicht ab, und am 9. Mai erschien einer jener schwülstigen Aufrufe, durch welche sich der deutsche Republikanismus in jenen Jahren überall das Brandmal der Lächerlichkeit aufgedrückt hat.

„Der Augenblick zum Handeln ist gekommen! — hieß es da, — die Anarchie einiger Könige (!) ist gegen die Verfassung aufgetreten, unsere höchsten Güter sind durch die alte Willkürherrschaft bedroht, die Blutlachen in Sachsen zeigen uns, wie groß die Gefahr ist. Sehen wir nicht zu, bis sich der Koloß der Tyrannei auch auf unser gesegnetes Thüringen stürzt u. s. w."

Wenn man auf diesem Plakate des revolutionären Unsinns selbst in dem, im Ganzen friedlichen Gotha, neben den Namen von Schneidern, Schuhmachern und Schlossern, auch den eines Mannes aus gebildeten und gelehrten Kreisen unterzeichnet fand, wie auch am Rhein und in Baden Dichter und Schriftsteller der besten Art sich unter die Herrschaft der Phrase und des Pöbels gestellt hatten, so konnte man sich schwer der Vermuthung entschlagen, daß ein großer Theil dieser Leute nicht wußte, in wessen Solde die Revolution gemacht wurde.

Aber auch Fürsten und Regierungen kämpften gegen dieselbe, ohne den eigentlichen Gegner zu kennen, der hinter den Barrikaden stand. So war in Baden die Regierung von der Soldatenmeuterei geradezu überrascht worden.

---

*) Erinnerungen von F. Graf von Beust, S. 29.

Während der Großherzog in aller Loyalität bei den Frankfurter Achtundzwanzigern ausgeharrt und die Reichsverfassung angenommen hatte, traf ihn der schwere Schlag der Revolution in seinem Lande fast ohne jede Vertheidigung und Ahnung und doch war, was hier geschah, seit Monaten mit größter Sorgfalt vorbereitet worden.

Ich erhielt die Nachricht von der Flucht meines Schwiegervaters schon am 16. Mai über Berlin, zuerst durch unsere jetzige Kaiserin Augusta, die in fleißigem Briefwechsel mit mir gestanden hatte.

Man war am preußischen Hofe von dem Soldatenaufstande telegraphisch in Kenntniß gesetzt und durch das Ereigniß tief bestürzt. Dennoch herrschte eine außerordentliche Unschlüssigkeit über das, was man thun mußte und sollte. Ein Truppencorps wurde zwar zusammengezogen, aber man mochte sich nicht entschließen, es ohne weiteres in der Pfalz und Baden einrücken zu lassen. Die fatalen Differenzen zwischen dem Reichsverweser und der preußischen Regierung über die Uebernahme der Centralgewalt, welche gerade in diesen Tagen den Höhepunkt erreicht hatten, hinderten den König an jedem festen Entschlusse. Die preußischen Offiziere, welche mit der Brigade des Generals von Schack, dessen Freundschaft ich durch lange Jahre genossen habe, durch Gotha nach Hessen marschirten, waren noch am 24. Mai vollständig im Unklaren über den Ort ihrer Bestimmung. Dem Aufstand in Baden war auf alle Weise Zeit gelassen worden, sich zu verbreiten und festzusetzen. Wäre nicht glücklicherweise die Unfähigkeit der provisorischen Revolutionsregierungen in der Pfalz und in Baden so groß gewesen, daß sich selbst Raveaux mit Abscheu von den Schwätzern abwendete, so hätte die Zeitversäumniß böse Früchte tragen können. Erst als der Prinz von Preußen an den Rhein gesandt wurde, um das Commando des Corps zu übernehmen, wurden ernstere Anstalten zur Unterdrückung des Aufstandes gemacht.

Auch der Prinz von Preußen war indessen angewiesen worden, mit dem Erzherzog Reichsverweser in Gemeinschaft und voller Uebereinstimmung seine Operationen einzuleiten. Es wurde ein Corps von Reichstruppen den Preußen an die Seite gestellt; mancherlei Eifersucht und gegenseitige Behinderung waren die Folgen davon, wobei es als ein Verdienst des Generals von Peucker bezeichnet werden mußte, durch seine geschickte Vermittlung mancherlei Unheil verhindert zu haben.

Aber auch vom politischen Standpunkt mußte man sich über die Rücksichten gegen die sogenannte Centralgewalt in dem badisch-pfälzischen Aufstand um so mehr verwundern, als dieselbe preußische Regierung zur selben Zeit in Bezug auf Schleswig-Holstein ein gerade entgegengesetztes Verfahren eingeschlagen und

am 26. Mai die Unterstellung der sogenannten Reichscontingente unter den Oberbefehl von Prittwitz' einfach decretirt hatte.

Während demnach für Schleswig-Holstein die Centralgewalt von Preußen bereits als abgeschafft erklärt zu sein schien, nahm es in Süddeutschland fast furchtsam die schonendsten Rücksichten auf dieselbe.

Um die Mitte Mai war von Berlin der Oberst Fischer an den Reichsverweser abgesandt worden, um denselben zur Niederlegung seines Mandats zu bestimmen. Widrigenfalls, erklärte man, sich alle Rechte über Krieg und Frieden in den Reichsangelegenheiten selbst vorbehalten zu müssen. Wenige Tage später hatte der Wankelmuth des Königs das Ministerium aber schon wieder zu dem neuen Beschluß gebracht, nicht ohne die Zustimmung von Oesterreich und Rußland in Deutschland vorgehen zu wollen.

Man sendete den General Rauch nach Warschau und den General Kanitz nach Wien, um die directe Erlaubniß zu erhalten, in Baden interveniren zu dürfen. Beide Großmächte waren eben damals mit der Pacification von Ungarn vollauf beschäftigt, aber dies hinderte den Kaiser Nikolaus nicht, sich als den eigentlichen Herrn der Situation auch in Deutschland zu proclamiren.

In der Hauptstadt Preußens erzählte man sich die bezeichnende Antwort des Czaren an den König: „er sei erfreut, wenn derselbe mit der Revolution endlich abzurechnen in der Lage sei, im Uebrigen sei seine Flotte zum Auslaufen und seine Armee zum Einrücken überall dahin bereit, wo sich rebellische Unterthanen gegen die Rechte ihrer Fürsten erhoben hätten".

Alle diese diplomatischen Rücksichten, Umfragen und Schlauheiten bewirkten aber nur, daß Name und Autorität von Preußen in traurigstem Maße herabgedrückt worden und nichts mehr übrig war als die tapfere Armee, welche Achtung und Furcht zu erzwingen gegen jeden Feind im Stande gewesen wäre.

Am 13. Juni rückten unter General v. Hirschfeld die preußischen Truppen zwischen Kreuznach und Saarbrücken in die Pfalz ein. Während dessen ging die Reichsarmee auf der Bergstraße so bedächtig vor, als wollte sie beweisen, daß sie des Erbtheils ihres Namens würdig wäre. Bei beiden Corps fehlte es nicht an kleinen Schlappen, welche die Revolutionsregierungen zu großen Freiheitssiegen aufzublasen wußten. Dadurch war es dem polnischen Führer der badischen Revolution möglich gemacht, mit immer neuen Versuchen und Angriffen die unzweifelhafte Entscheidung und Unterwerfung hinauszuschieben. Erst nach den Kämpfen am 29. und 30. Juni gaben die Häupter der Revolution ihre Sache verloren*).

*) Ich darf mich mit Rücksicht auf Häussers Buch über die badische Revolution so kurz wie möglich fassen. In demselben sind auch die persönlichen Verhältnisse der

Einige derselben fanden aber noch Zeit, Schlösser und Besitzungen des Großherzogs und des Fürsten von Fürstenberg auf der Flucht zu plündern. Der Uebertritt der Insurgenten auf Schweizer Boden konnte gar nicht verhindert werden und gab Anlaß zu den bei solchen Gelegenheiten immer wieder auftauchenden Auslieferungsschwierigkeiten.

Aber auch an einem Nachspiel des diplomatischen Kriegs zwischen Preußen und der noch immer bestehenden Centralgewalt fehlte es nicht. Um den Prinzen von Preußen zu ärgern, forderte der Reichsverweser das Einrücken der Oesterreicher von Bregenz in den Seekreis. Von München aus wurde dieses Begehren der Reichsgewalt lebhaft unterstützt und man berief sich auf die dringende Nothwendigkeit, daß an der Pacification Badens alle benachbarten Bundesländer und folglich auch Oesterreich seinen Antheil haben müßte, obwohl es durchaus keinen Ueberfluß an verfügbaren Truppen hatte. Allein man wollte das Princip wahren und der Prinz von Preußen ließ sich zu einer geharnischten Erklärung gegen das ohnmächtige Reichministerium bestimmen, welches letztere dagegen auf seiner angeblichen Berechtigung bestand, auch österreichische Truppen in Baden einrücken lassen zu dürfen.

Die Mairevolutionen hatten, wenn man solchen Ereignissen überhaupt etwas Gutes nachrühmen könnte, wenigstens die eine Wirkung, daß die Nothwendigkeit einer engern Staatenverbindung in Deutschland doch nicht in Vergessenheit gerathen konnte. Nachdem das Frankfurter Verfassungswerk in Berlin als demokratischer Unfug beseitigt und der Kaiser von Deutschland, wie sich mein Bruder ausgedrückt hatte, vom König von Preußen tapfer ins Wasser geworfen worden war, so waren positive Elemente für die Gründung des unerläßlich Neuen nur sehr schwach vorhanden.

Die Annäherung der königlichen Höfe untereinander war mehr ein Nothbehelf gegen die Gefahren der Revolution, als ein Ausfluß patriotischer Wünsche für die Neugestaltung des Reiches. Die mächtige Partei, die in Berlin den König umschwärmte, hatte nichts als einfache Negation auf ihre Fahne geschrieben. Aber mit dem Feldgeschrei „nur nichts Neues“ ließ sich natürlich nicht praktisch regieren und so kämpfte sich der Graf von Brandenburg von einem Tage zum andern durch, um die deutsche Frage gegen den Ansturm der Hof- und Kreuzzeitungspartei dem Gehöre seines königlichen Herrn doch noch vernehmlich zu erhalten.

---

großherzogl. Familie, besonders was die Flucht von Karlsruhe betrifft, wie ich bestätigen kann, auf Grund von besten Informationen geschildert.

Es ist eine der gewöhnlichsten und selbstverständlichsten Geschichtsüberlieferungen jener Tage, daß die sogenannte Union als gegebenes Erbtheil der preußischen Politik auch der durchschlagende Gesichtspunkt der gesammten Action in Berlin gewesen sei. Aber wenn man nicht etwa den Grafen von Brandenburg als Hohenzoller zugleich als den Träger dieser Ideen betrachten wollte, so müßte man vielmehr sagen, daß alles, was in dieser Beziehung geschah, recht im Widerspruche gegen die augenblicklich vorherrschenden Wünsche und Stimmungen durchgesetzt werden mußte.

Widerwillig und verdrießlich ging der König an ein Werk, welches ihn mit seinen russischen und österreichischen Freunden in Differenzen oder gar in Conflicte bringen konnte, und wenn es dem Grafen Brandenburg programmlos gelang, den König einen oder den andern Schritt weiterzuschieben, so war dies nur unter der fortwährenden täuschenden Hoffnung möglich, daß die Verwandten in Oesterreich und der russische Schwager Preußen doch schließlich einige Concessionen gewähren müßten.

Als man endlich in Berlin die Entdeckung machte, daß eine engere politische Verbindung der deutschen Staaten sich am Ende gleich der Gründung des Zollvereins aus den wurmstichigen Paragraphen der alten Bundesacte rechtfertigen lassen würde, so glaubte man damit eine ausgezeichnete Legitimation für eine bundesstaatliche Politik gewonnen zu haben und man vermochte auf diesem Wege das Gewissen des Königs zu beruhigen.

Inzwischen wollten die zwischen Baiern, Sachsen, Hannover und Preußen gepflogenen Erörterungen über die Stellung der Königreiche zu der Verfassungsfrage durchaus zu keinem rechten Ende kommen. Ueber den Gang derselben erhielt das deutsche Publikum endlich in München einige angebliche Aufklärungen.

Als die bairischen Kammern am 17. Mai eröffnet worden waren, so trat Herr von der Pfordten mit einer Erklärung hervor, welche sich der Absicht, die frankfurter Reichsverfassung unter der Voraussetzung einiger Modifikationen anzunehmen, gerade soweit näherte, als man sich in Berlin und Dresden davon entfernt hatte. In einer den Kammern am 18. Mai vorgelegten Denkschrift über die deutsche Verfassungsfrage theilte Herr von der Pfordten mit, daß die bairische Regierung „daher bereitwillig auf die Einladung der königl. preußischen Regierung eingegangen sei, eine Vereinigung der Ansichten unter den Regierungen durch Verhandlungen in Berlin zu erzielen“.

„Diese bereits begonnenen Verhandlungen — heißt es dann weiter — werden mit möglichster Beschleunigung gepflogen, und es ist um so mehr ein gedeihliches Resultat derselben zu hoffen, als auch die k. k. österreichische Regierung sich bei derselben betheiligt hat.“

Die Wahrheit lag gerade im Gegentheil von dem, was Herr von der Pfordten mit Rücksicht auf die österreichische Antheilnahme verheißen wollte. Die Unterhandlungen mit Baiern konnten am 18. Mai vorläufig als gescheitert betrachtet werden und Preußen war eben im Begriffe, den von ihm eingeschlagenen Weg in Gemeinschaft mit Sachsen und Hannover allein zu verfolgen.

Daß man in Berlin diesen energischen Schritt that, war den Meisten ganz unerwartet gekommen, denn nur wenigen ist es damals und später bekannt geworden, daß das Verdienst, die drei Könige in diesem Momente vorwärts geschoben zu haben, im Grunde genommen dem Herzog von Braunschweig gebührte.

Dessen Regierung hatte am 16. Mai in einer von Herrn von Schleinitz gezeichneten Note den 28 die Verfassung anerkennenden Staaten eine Reihe von Anträgen gemacht, welche in Berlin die höchste und peinlichste Sensation erregten.

Man sollte sich ohne weiters auch ohne die die Verfassung nicht anerkennenden Königreiche zu einer selbständigen Staatengruppe vereinigen, die Leitung der Angelegenheiten Würtemberg übergeben und endlich dahin wirken, daß der von der Nationalversammlung ausgeschriebene Reichstag thunlichst bald eröffnet werde.

Schon am 22. Mai antwortete Graf Brandenburg, obwohl ihm von der braunschweigischen Note keine offizielle Mittheilung gemacht worden war, schon in der Voraussetzung, daß den einzelnen Regierungen die gefährliche Aufforderung zugekommen sein möchte, in einer so beweglichen, ernsten und umfassenden Weise, daß man wohl erkennen konnte, wie sehr man sich in Berlin getroffen fühlte.

„Die königliche Regierung, — hieß es da, — würde nur mit großem Bedauern die befreundeten Staaten einen Weg einschlagen sehen, welcher ihrer Ueberzeugung nach die innere Auflösung nur befördern könnte . . . einen Weg, der Preußens Bestrebungen für die volle Einigung Deutschlands sowohl, wie für den Schutz und die Sicherung der Regierungen der deutschen Staaten nur zu sehr paralysiren müßte."

Dann hieß es in der meiner Regierung zugegangenen Ausfertigung der Depesche noch im besondern weiter:

„Die königliche Regierung hat durch ihren Gesandten dem herzoglich braunschweigischen Staats-Ministerium ihre Absicht über das Unzeitige und Bedenkliche des von ihm gethanen Schrittes offene und ernste Vorstellungen machen lassen. Sie hegt das Vertrauen zu der herzoglichen hochlöblichen Regierung, daß dieselbe in einer ruhigen und besonnenen Erwägung der Dinge und in ihrem lange bestandenen, engbefreundeten Verhältniß zu Preußen hinreichende

Motive finden werde, um sich von dem Eingehen auf einen Schritt abhalten zu lassen, welcher den Bemühungen der königl. Regierung direkt entgegentreten würde; sie hat es aber eben in Berücksichtigung dieses freundschaftlichen Verhältnisses nicht unterlassen wollen, der herzoglichen, hochlöblichen Regierung noch besonders diese vertrauliche Mittheilung über ihre Ansicht von diesen Vorschlägen zu machen."

Die exakte und loyale Erklärung des Grafen von Brandenburg war, wie ich kaum zu sagen brauche hinreichend, um den braunschweigischen Vorschlag zu Boden fallen zu machen. Ob man aber in Berlin die Verantwortlichkeit solcher Rathschläge erkannte, die doch den vollen Einsatz Preußens für die Sache der Einigung zur Voraussetzung haben sollten, mußte dahingestellt bleiben. Man hatte nur, wie bei allen Schritten der preußischen Regierung, das peinliche Gefühl des Auf- und Abwogens von Hoffnungen und Täuschungen.

Am 28. Mai erhielten wir die Mittheilung von dem Abschluß des Dreikönigsbündnisses und die Einladung zum Beitritt zu demselben. Der Entwurf, welchen die drei Könige für die Verfassung des deutschen Reiches vorlegten, war noch immer als ein ganzes Arsenal von Rechten und Freiheiten zu bezeichnen, welche der deutschen Nation gesichert worden waren. Das Wahlgesetz enthielt durchaus verständige Einschränkungen, wenn es auch bei der zunächst herrschenden Stimmung größere Schwierigkeiten machen mochte, die Zustimmung der Landesversammlungen zu denselben zu erlangen. Schon am 30. Mai war auch der Entwurf zu einem provisorischen Bundesschiedsgericht den verbündeten Staaten vorgelegt und allen beitretenden Regierungen war der Eintritt in den in Berlin activirten Verwaltungsrath vorbehalten worden.

Ich kann hier darauf verzichten, das reichhaltige Actenmaterial mitzutheilen, welches sich an die Gründung des Dreikönigsbundes knüpfte und häufig genug in vollem Umfange gedruckt worden ist. Nur daran will ich um des Zusammenhanges der Erzählung willen hier kurz erinnern, daß es in der Circularnote des Grafen von Brandenburg ausdrücklich hieß:

„Daß der rechtsgiltige Abschluß auf der freien Zustimmung der Nationalvertretung beruhe und daß die Regierungen daher einen Reichstag in dem Umfange und nach den Wahlbestimmungen berufen werden, welche der Verfassungs-Entwurf vorläufig bezeichnet."

Da überdies auch den in den engern Bund nicht eintretenden Regierungen alle aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten vorbehalten waren, so konnte man einen Augenblick im Ernste glauben, daß die von Friedrich Wilhelm IV. so sehr gewünschte Verständigung mit Oesterreich wirklich gefunden worden wäre.

Inzwischen hatte bei den Bevollmächtigten der 29 Staaten in Frankfurt gerade jener Vorbehalt neben dem als liberal bezeichneten Wahlgesetz ein gewisses Hinderniß rascher Annahme der preußischen Propositionen hervorgebracht, und während die Könige ihr Bündniß auf den Artikel 11 der Bundesacte gründeten, waren die fortgeschritteneren Regierungsvertreter vielmehr der Meinung, daß die ganze Centralgewalt aus den Händen des Reichsverwesers in diejenigen Preußens und seiner Verbündeten übergehen müsse.

Für die kleinen Staaten lag eine gewisse Schwierigkeit darin, die Zustimmung der Landesversammlungen für den unbedingten Beitritt zu dem Bündniß zu erlangen. Ueberall wo in diesen Ländern die traditionelle Ministerschwächlichkeit noch an der Tagesordnung war, erlebte man die unglaublichsten Dinge. Die thüringischen Minister, statt so rasch wie möglich zuzugreifen, versammelten sich wiederholt unter der sehr zweifelhaften Einflußnahme des Herrn von Watzdorf, welcher vermuthlich noch nicht vergessen konnte, welche beklagenswerthe Rolle er soeben als Reichs-Commissar beim Dresdener Aufstand gespielt und wie wenig freundliche Aufnahme er bei Herrn von Beust gefunden hatte.

In Coburg machte mir Bröhmer allerlei Vorstellungen über die Nothwendigkeit der Ständeeinwilligung in Betreff aller auswärtigen Bündnisse, und in Gotha hielt Herr von Stein es ebenfalls für nöthig, die Sache vor die Landesversammlung zu bringen.

Mein Bruder, welcher das Königsbündniß mit wahrem Enthusiasmus begrüßt hatte, schrieb mir daher schon am 5. Juni voll Ungeduld und Theilnahme:

„Die Proklamation der deutschen Constitution, die Preußen mit Hannover und Sachsen ausgearbeitet hat, ist ein so wichtiger Act, daß ich mich gedrungen fühle, Dir darüber meine Ansicht mitzutheilen. Ich halte sie nämlich für das einzige Rettungsmittel für Deutschland und ihre Annahme von Seite der kleinen Regierungen als deren heilige Pflicht. Wohl weiß ich, daß Preußens Zögerungen den armen kleinen Staaten die Stellung entsetzlich erschwert haben, indem Bürger und Stände an den meisten Orten wie auch in Coburg schon die Frankfurter Constitution beschworen haben, doch muß ein Ausweg aus dieser fausse position gefunden werden. Mir scheint der passendste der, daß, sich berufend auf den Beschluß der Nationalversammlung, welcher erforderte, daß die Constitution als Ganzes angenommen werde und es dem Könige von Preußen nicht einmal gestattete, eine Condition an die Annahme der Kaiserkrone zu knüpfen: die Regierungen jetzt beweisen, daß das Ganze der Constitution, welche beschworen wurde, gar nicht existirt hat, noch je existiren wird. Alle Bedingungen fehlen; namentlich die erste Bestimmung über die Ausdehnung und den Bestand des Reiches, dem Preußen, Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover und somit

⁵/₆ der Bestandtheile abgehn, dann das Oberhaupt, da Preußen die Kaiserkrone ausgeschlagen etc., endlich die Nationalversammlung selbst, die im Stande wäre, die durch die veränderte Lage der Dinge nothwendig gewordenen Veränderungen in der Constitution zu bewerkstelligen."

„Der Anschluß an den preußischen constitutionellen Staatenverein sollte so schnell als möglich geschehen, weil nur darin die Möglichkeit gefunden werden kann, dem Fortschritte der Anarchie eine Grenze zu setzen und weil ein längeres Zögern Deutschland entsetzlichen Gefahren aussetzen wird."

„In Frankreich wird der Kampf mit der rothen Republik immer gefährlicher, die Armee ist angegriffen von dem socialistischen Gifte. Kein General traut dem Heer mehr auf lange Zeit. Es durch einen Krieg zu retten, liegt darum nahe und wird den Franzosen täglich wünschenswerther erscheinen, sei die retrograde Partei oder die rothe Republik am Ruder."

„Baden ist der Punkt, an den sich eine Kriegspolitik zunächst anknüpfen läßt. Die Republik steht dort mit der französischen in steter Verbindung, soll sie unterdrückt werden, so wird an Frankreich der Hilferuf ergehen und gehört werden. Ist dann Deutschland noch nicht constitutionell organisirt, hat Preußen nicht legal und vertragsmäßig die obere Leitung der deutschen Angelegenheiten, so sieht es schlimm um das arme Vaterland aus!!"

„Darum beschwöre ich Dich, thue alles was Du nur kannst, um einen baldigen Abschluß zu Stande zu bringen. Lebe nun wohl, ewig Dein treuer Bruder

Windsfor Castle, 5. Juni 1849. Albert."

Ich zögerte keinen Augenblick mein volles Einverständniß mit diesen eilig hingeworfenen Gedanken meines Bruders kundzugeben, glaubte aber die Schwierigkeit der Situation deutlicher zeichnen zu sollen, und so mag meine Antwort vom 9. Juni dem Leser zugleich als Stimmungsbild dienen und ihn über die Lage besser orientiren.

„Gestern Abend erhielt ich Deine lieben Zeilen vom 5. d. M."

„Ich habe wiederum mit Freuden ersehen, daß wir für die jetzigen deutschen Verhältnisse einerlei Ansichten haben. Es ist dies ein wahres Glück, da man in unsern verwirrten Zeiten selten zwei Menschen findet, die einerlei politische Ueberzeugung hegen. Wenige Stunden, ehe Dein Brief mich erfreute, eilte schon ein Courier nach Gotha, mit ähnlichen Instruktionen, wie Du sie mir vorschlägst. Die Sache ist höchst schwierig, so vernünftig und einfach sie auch ist."

„Das Mißtrauen und der Haß gegen Preußen sind sehr vorherrschend und werden durch Volksversammlungen und geheime Agitationen stets wach erhalten.

Ich lege einen Brief Meyerns bei, aus dem Du die Maßnahmen unserer Bevollmächtigten in Frankfurt ersehen wirst."

„In Gotha wird durch die Nähe Erfurts vielleicht eher ein Nachgeben zu erlangen sein; in Coburg ist das Terrain ganz schlecht. Bröhmer leistet aus Schwäche den Anarchisten allen erdenklichen Vorschub und wird, wenn alles verfault ist und zum Umsturz reif, sich selbst aus dem Geschäft zurückziehen."

„Dabei unterhält er künstlich eine Opposition mit dem Gothaischen Ministerium und führt die im Ganzen gute Coburgische Ständeversammlung an der Nase herum. Trotz aller Liebe und Treue, die mir dort von vielen Seiten versichert wird, muß es zu dem Aufstande und der Waffenentscheidung kommen. Bricht in Coburg ein Aufstand zu Gunsten der Reichsverfassung aus, so haben wir im ganzen Franken die Wiederholung der Badener Ereignisse. Die Sturmvögel sind bereits da; ich meine damit die überall commandirenden Demokratenanführer, welche in Berlin, Wien und Dresden die Sache leiteten und stets entwischten."

„Bröhmer nahm sie in Coburg auf, um ihnen vor den Verfolgungen der reactionären Regierungen ein Asyl zu gönnen. Ich sehe ganz klar und habe auch diese Gefahren an jeden nur irgend gut und muthig Gesinnten geschrieben, wie Oberländer, Eberhardt etc., von denen ich genau über die Stimmung au courant erhalten werde. Dies ist alles umsonst, wenn man den Preßunfug duldet, die Clubs bestehen läßt und berüchtigte Schreier und Aufwiegler nicht ausweist oder einsteckt. Möchte ich Unrecht behalten!"

„Du könntest durch Stockmar und Briegleb auch wirken lassen. Neues weiß ich Dir von hier nicht zu schreiben."

Dein treuer Bruder

Gettorf bei Kiel 9. Juni 1849. Ernst.

Ich will nicht auf die Einzelheiten der Verhandlungen mit den Ständen von Coburg und Gotha über den Anschluß an das Dreikönigsbündniß hier des weiteren eingehen. Die Coburger hatten noch am 6. Sept., nachdem ich wiederholt den Staatsrath Bröhmer gedrängt hatte, eine Vorlage zu machen, ihre Zustimmung einfach verweigert. Bevor es dazu gekommen war, hatte sich Bröhmer in den heftigsten Ausdrücken gegen mich ergangen, daß ich, wie er einmal schreibt, wohl gänzlich vergessen zu haben scheine, auch ein Herzogthum Coburg zu besitzen.

In Gotha war die Sache etwas besser verlaufen, wenigstens wurde hier keinerlei Ablehnungsvotum gegenüber dem Bündniß der drei Könige erzielt und der Anschluß konnte daher vollzogen werden. Aus der geistreichen Feder, die mir so treffende Bilder von den Frankfurter Zuständen früher entworfen hatte,

erhielt ich über die diesbezügliche Verhandlung der Gothaischen Landesversammlung einen köstlichen Bericht, welchen ich auch hier dem Leser nicht vorenthalten möchte, damit das Heitere, welches auch jenen schweren Tagen nicht fehlte, in diesen Erinnerungen nicht ganz vergessen sei.

Gotha 11. Juli 1849.

„Der Herr Minister von Stein, der morgen früh nach Berlin abreisen will, beauftragt mich, Euer Hoheit über die heutige Sitzung der Abgeordnetenversammlung kurzen Bericht zu erstatten und zwar wie er hinzufügt, nach Analogie meiner Frankfurter Berichte. Um letzterem Zusatze zu genügen, werde ich mich bemühen müssen, in Miniatur zu schreiben."

„Auf der Tagesordnung stand die deutsche Frage. Gegenwärtig waren 18 Abgeordnete. Die Parteistellung schien mir sehr einfach zu sein. Der Ausschußbericht (Referent Ritz) enthielt ein Excerpt der Bestimmungen des Gothaischen Conferenz-Programms und die Zustimmung zum Anschlusse an das preußische Bündniß unter Voraussetzung dieser Bestimmungen. Etwas weiter links beantragte Henneberg noch den Zusatz eines die Volkssouverainetät wahrenden Protestes. Die äußerste Linke bildete Schwerdt, der eine Hinausschiebung der ganzen Angelegenheit durch Einstreuung verschiedener Vorfragen beabsichtigte."

„Rechts vom Ausschußantrage dagegen schlug Ausfeld (offenbar im Sinne Briegleb's, den er neuerdings in Coburg getroffen) vor, ganz einfach in Bausch und Bogen das Gothaische Programm anzunehmen und dadurch in wahrscheinlicher Uebereinstimmung mit den übrigen thüringischen und vielen anderen deutschen Ständen zu handeln."

„Schwerdt, den ich den Gothaischen Zitz nennen möchte, eröffnete die Debatte mit einer geharnischten Rede gegen die absolute preußische Politik, ließ sich unnöthigerweise zweimal zur Ordnung rufen und gab am Ende zu, daß man sich zuletzt doch Preußen anschließen müsse. Zu demselben Resultate gelangte nach ihm Henneberg, der gemäßigte Gothaische Simson."

Nichts anderes vertheidigte aber auch Ritz, der Excerpent des Gothaischen Programms und genau die gleiche Absicht hatte Ausfeld, der nur die Mühe das Programm noch zu exerpiren für eine überflüssige hielt. Einige unschuldige Landbewohner am äußersten Ende des Tisches gaben ihr herzliches Einverständniß durch unzweideutige Zeichen des Schlummers oder doch gänzlicher Abwesenheit der Gedanken zu erkennen und ihr Vorsprecher Küttner bethätigte wenigstens die letztere in wahrhaft halsbrecherischer Rede."

„Bei so überaus erfreulicher Harmonie unter sämmtlichen Anwesenden hätte man glauben sollen, daß die patriarchalischen, für einen an strenge Geschäftsordnung Gewohnten, aber wirklich absolutistischen Bemühungen des Präsidenten Brückner die Versammlung einem dem Ausfeld'schen Antrage günstigen Be-

schlusse zuzuführen, gänzlich überflüssig sein würden, und daß ein einstimmiger Beschluß ohnehin das nothwendige Resultat sein müsse: wie groß war daher die allgemeine Ueberraschung, als nach dreistündiger Debatte, noch dazu im gemüthlichsten Conversationston geführt, gar kein Beschluß zu Stande kam! Niemand wollte von der ihm vorgeschlagenen Form der Erklärung weichen, der Ausschußantrag fiel mit 10 gegen 8 Stimmen, der Ausfeld'sche mit derselben Zahl und die übrigen Amendements unterlagen mit absoluter Minderheit."

„Wenn die Abgeordnetenversammlung der Ausdruck des Gothaischen Volkes ist, so darf man hienach behaupten, daß persönlicher Eigensinn und Ehrgeiz hervorstechende Charaktereigenthümlichkeiten in demselben sind."

„Was die Staatsregierung betrifft, so kann sie, wie auch Herr von Stein und die Versammlung sich sogleich gegenseitig versicherten, ganz zufrieden mit diesem Mangel eines Resultates sein, da ja alle Theile der Versammlung nur in formell verschiedener Weise sich zum Anschlusse an die preußische Allianz ausgesprochen haben."

„Herr von Stein wird deshalb, wie oben gemeldet, morgen nach Berlin abreisen und von dort aus sofort Eurer Hoheit selbst berichten."

Wie sich schon aus dem Inhalte des voranstehenden Schreibens ergibt, war die Versammlung über den Anschluß Gothas an das Königsbündniß schon unter dem Einflusse der Zusammenkunft der beiden Centren der aufgelösten Frankfurter Nationalversammlung erfolgt, welche in den letzten Tagen des Juni in Gotha selbst stattgefunden hatte.

Als ich von der Absicht der Führer dieser Partei, die man später bekanntlich kurzweg die Gothaer genannt hat, zuerst erfuhr, war ich nicht übermäßig erfreut, mußte aber nachher zugestehen, daß das Ergebniß der Berathungen in Gotha ein überraschend günstiges war. Man hatte sich mit der Erklärung, daß die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher ständen, als das starre Festhalten an der Form, auf einen Standpunkt erhoben, welcher dem preußischen Entwurfe der Reichsverfassung in jeder Weise entgegenkam und wenn endlich die Beschlüsse der Gothaer Verhandlungen in den beiden Sätzen gipfelten:

1. auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Conferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken,
2. an den Wahlen zum nächsten Reichstage sich zu betheiligen,

so konnte man glauben, daß in Berlin die dargebotene Hand einer großen Anzahl höchst angesehener Männer willkommen geheißen würde.

Leider war das Uebergewicht einer blinden Reaction dort schon so entschieden, daß alles, was nur an die Frankfurter Versammlung erinnerte, für be-

denklich angesehen wurde. Indem ich von dieser Stimmung in den höchsten Kreisen nur zu gut unterrichtet war, fürchtete ich, daß das Wiederauftauchen der Namen Gagern, Bassermann, Beckerath und so vieler anderer den König an seinem eigenen Werke nur noch irre machen werde.

Der Staatsminister Herr von Stein, der solche Besorgnisse nicht hegte, schrieb dagegen die erfreulichsten Berichte über die Gothaischen Verhandlungen, obwohl es ein böser Streich der Demokraten war, daß sie sich mit dem frankfurter Centrumsmitgliedern gleichzeitig in Gotha einfanden und auch ihrerseits Beschlüsse faßten.

„Während die Frankfurter Cidevants bei der höheren Bourgeoisie wohnen," berichtete mir Herr von Stein am 26. Juni, „logiren die Demokraten in den niederen Classen, während erstere im halbrunden Saale des Theaters Sitzung halten, sitzen letztere in der „Stadt Coburg". Hoffentlich kommen sie einander nicht noch näher, denn unsere Militairmacht ist hier bis auf 150 Mann herabgesunken, nachdem 200 Mann vor ein paar Tagen nach Wolkenrode ausrückten."

Indessen verlief alles zu Herrn von Steins großer Befriedigung. Er theilte mir umständlich die Verhandlungen und die Reden mit, welche bei einem dreistündigen, obgleich nur aus drei Gerichten bestehenden Diner im Mohren gehalten worden wären. Sein Schlußurtheil faßte der Minister am 29. im folgenden zusammen:

„Euer Hoheit berichte ich unterthänigst, daß die hiesigen Conferenzen der ehemaligen Centren sehr gut abgelaufen sind. Die Männer waren sehr fleißig und auch recht einig, so daß gestern am dritten Tag schon die beiliegende Erklärung fertig wurde. Diese Erklärung ist besser, versöhnender und nachgiebiger, als ich sie erwartete, wird namentlich den kleinen Staaten gegenüber den Landesversammlungen ganz gute Dienste thun. Heute gehen schon viele Ehemalige wieder fort. Die Gagerns, Graf Giech und noch einige andere machen mit mir eine Waldpartie, Briegleb geht mit Simson, Beseler und Hergenhahn nach Coburg. Alles ist sehr vergnügt und aus der Bevölkerung kam kein Mißton."

Vierzehn Tage später war der Minister von Stein in meinem Auftrage und, da die Stände beider Herzogthümer zu keiner positiven Zustimmung gebracht werden konnten, unter meiner persönlichen Verantwortung und auf meine eigene Gefahr hin nach Berlin gegangen, um den Anschluß an das Bündniß vom 26. Mai zu verhandeln.

„Euer Hoheit," schrieb er am 13. Juli, „melde ich meine gestern erfolgte Ankunft in Berlin. Ich glaube nicht, daß die Verhandlungen hier sehr verwickelter Natur werden, denn man nimmt die Bevollmächtigten nicht ohne Absicht einzeln vor, hört sie mit ihren Bedenken, eröffnet alles Mögliche für die

Zukunft als Erstrebungs-Möglichkeit, fordert aber einstweilen Beitritt zum vorläufigen Bündniß, dem Wahlgesetz und dem Schiedsgericht."

„Gemeinsames Verhandeln mit den Bevollmächtigten wurde bisher nicht begünstigt, wie es scheint von diesen auch nicht gesucht."

„Weimar hat schon unterschrieben, Darmstadt und Oldenburg sind auch so gut als fertig, Seebeck (für Meiningen und Altenburg) wird nicht lange säumen, ich aber werde nur das Geschäft einleiten, den Platz offen halten, aber nicht abschließen, bevor ich Euer Hoheit die Vorlage zur höchsten Entscheidung vorgetragen habe."

„Ich habe mich bereits bei Se. Majestät dem König melden lassen, auch beim Grafen Brandenburg, werde diesen heute noch sprechen, sowie wohl auch die Herren vom Verwaltungsrath ... Die Hoffnungen auf das deutsche Reich sind noch sehr schwach. Die ultrapreußische Partei wird immer stärker, ist auf dem Punkt hier etwas unangenehm zu werden und zu meiner Betrübniß höre ich, daß Herr von Zeschau eine ganz reactionäre absolutistische Richtung verfolgen soll. Solche Extreme sind das beste Futter für das Ungethüm der Revolution."

Bei den Verhandlungen in Berlin fanden die sämmtlichen Vertreter der kleinen Staaten die größte Schwierigkeit wegen des Wahlgesetzes, welches bei der damals in den ständischen Versammlungen noch vorherrschenden Stimmung in der That eine große Gefahr für das Zustandekommen eines von dem Verwaltungsrath der Bundesstaaten zu berufenden Reichstags gewesen war. Es gehörte ein gewisser Muth dazu, wenn die kleineren Landesherren sich für die unpopulärste aller Maßregeln einzusetzen gleich von vornherein von Bundeswegen genöthigt worden waren und hiezu war man durch dasselbe Preußen gedrängt, welches 16 Jahre später das allgemeine Stimmrecht mit einem Federstrich als das einzig sichere Heilmittel der deutschen Einheit verkündete.

Vielleicht mag dieser Umstand jenen Männern einigermaßen zur Entlastung dienen, welche damals in den ständischen Versammlungen und in den Landesregierungen, gleich meinen radicalen Coburgern und ihrem Landeschef Bröhmer, jede Art von Opposition gegen die preußische Union erhoben.

Im Laufe des August war indessen fast das ganze Deutschland nördlich von der Mainlinie in dem neuen Bundesstaate vereinigt und nur die süddeutschen Königreiche hielten sich entschieden fern.

Ich hatte meinerseits am 10. August den Bundesvertrag ratifizirt und den Staatsrath Seebeck, welcher die übrigen thüringischen Staaten im Verwaltungsrath vertrat, ebenfalls zu meinem Bevollmächtigten ernannt. Wegen der erwähnten ständischen Schwierigkeiten verzögerte sich die Auswechslung der Rati-

fications-Urkunden aber länger als mir lieb war, und noch im letzten Augenblicke suchte Bröhmer den entscheidenden Schritt zu verhindern.

Auch dem Großherzog von Oldenburg war es ähnlich mit seinen Ständen in der Sache des Anschlusses ergangen, aber noch segelte man unter scheinbar gutem Winde und Niemand ahnte, wo die Hauptfeinde des Bündnisses zu suchen wären.

Die Berichte Seebecks über die Verhandlungen des Verwaltungsrathes lauteten günstig genug, und zur Activirung des Bundesschiedsgerichtes waren alle wünschenswerthen Schritte gemacht worden.

Die allgemeine Lage der Dinge wird man am besten aus einem Schreiben des trefflichen Vertreters der thüringischen Staaten in Berlin, eines Mannes, dessen ausgezeichnete politische Wirksamkeit in den spätern Jahren der Reaction nur allzusehr der Vergessenheit anheim gegeben worden ist, vom 22. September entnehmen:

„Einem hohen herzoglichen Staatsministerium beehrt sich der gehorsamst Unterzeichnete hiemit zu berichten, daß nach Weisung des sehr verehrlichen Erlasses vom 15. d. M. sowohl die ihm zugefertigte Ratificationsurkunde, als auch die für ihn gnädigst vollzogene Vollmacht dem Verwaltungsrathe in dessen gestriger Sitzung von ihm überreicht und schon Tags zuvor dem Ministerpräsidenten Grafen von Brandenburg das an denselben gerichtete Ministerialschreiben vom 15. d. M. zugestellt worden ist."

„In derselben Sitzung sind dem Verwaltungsrathe auch die Ratificationsurkunden von Seiten des Großherzogthums Oldenburg und des Herzogthums Anhalt-Dessau und Köthen vorgelegt und von Seiten des Fürstenthums Schaumburg-Lippe, wie der freien Stadt Lübeck die Erklärung, dem Bündnisse vom 26. Mai nunmehr ohne weitern Verzug beitreten zu wollen, zur Kenntniß gebracht worden."

„Dagegen sind an das hiesige königl. Staatsministerium auf dessen wiederholte Anfrage von der landgräflichen Regierung in Hessen-Homburg und dem königlich niederländischen Gesandten für Limburg vorerst noch ablehnende Aeußerungen gelangt. Ob der Anschluß des Großherzogthums Luxemburg noch demnächst erfolgen wird, ist bis jetzt unentschieden, doch ist die Geneigtheit dazu schon vor Längerem zu erkennen gegeben worden."

„Die freie Stadt Frankfurt hat durch den jetzt hier anwesenden Syndicus Harnier vorläufige Unterhandlungen wegen des Beitrittes gepflogen. Es scheint, daß der baldige Eintritt gehofft werden darf."

„Die dem Bunde zugehörenden Staaten sind gegenwärtig Preußen, Sachsen, Hannover, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, S.-Weimar, S.-Coburg-Gotha, Altenburg, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, Braunschweig, Nassau, Oldenburg,

Anhalt-Bernburg, Dessau und Köthen, Reuß ä. L., Reuß j. L., Schaumburg-Lippe, Hamburg, Bremen, Lübeck. Letzteres in Folge seiner neuesten Erklärung, obwohl die Accession noch nicht förmlich vollzogen ist."

„Von S.-Meiningen und den beiden Fürstenthümern Schwarzburg ist der Beitritt erklärt, aber noch nicht ratifizirt. Baiern hat bestimmt erklärt sich nicht anschließen zu wollen. Die Entschließung Würtembergs ist noch zu erwarten. Wie dieselbe ausfallen wird, ist unter den dort jetzt obwaltenden Verhältnissen nicht vorauszusehen."

„Nach verlässigen Nachrichten scheint dort eine entscheidende Krisis nahe bevorzustehen. Die Geneigtheit, dem engern Bundesstaate beizutreten, würde wohl am ehesten rege werden, wenn erkannt würde, daß es mit der baldigen Berufung des Bundesparlaments Ernst sei. Daß dazu ohne längern Verzug das Erforderliche geschehen und namentlich für die Reichstagswahlen ein Termin anberaumt werde, ist in diesem wie in jedem andern Betracht unerläßlich."

„Diese Ueberzeugung theilen mit Ausschluß der Bevollmächtigten von Sachsen und Hannover sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsrathes, und da namentlich auch das hiesige Gouvernement sich entschlossen zeigt, nunmehr die Verwirklichung des engern Bundesstaates in der proponirten Verfassungsform mit Nachdruck zu betreiben, so liegt es in der Absicht, in einer der nächsten Sitzungen mit bestimmten dahin zielenden Anträgen vorzutreten. Ob dies von preußischer oder anderer Seite geschehen soll, ist noch unentschieden. Von besonderer Wichtigkeit wird in dieser Hinsicht sein, ob und wie die Absicht des hiesigen Ministeriums, statt des Herrn von Kanitz dem Verwaltungsrath einen andern Vorsitzenden zu geben, zur Vollziehung kommt. Graf Bülow, dem diese Stelle zuerst zugedacht war, weigert sich dieselbe anzunehmen. Herr von Radowitz will, wie gesagt wird, erst eintreten, wenn die Verhandlungen mit dem Reichstage beginnen. Herr von Usedom, der auch in Vorschlag kam, soll wegen des dänischen Friedens unterhandeln."

„Jetzt heißt es, daß Herr von Dönhof berufen werden soll. Ob dies geschehen wird, muß sich in den nächsten Tagen entscheiden. Gestern hat noch Herr von Kanitz präsidirt, doch hat er bei Gelegenheit zu verstehen gegeben, daß er nicht mehr lange an unsern Verhandlungen Theil nehmen werde."

„Zur Anberaumung eines Wahltermins machte sich vor Allem noch erforderlich, daß die verbündeten Regierungen die zum Wahlgesetz zu erlassenden Ausführungsverordnungen entwerfen und an den Verwaltungsrath zur Prüfung geben. Solche Verordnungen liegen bereits vor und sind vorläufig einer deshalb gebildeten Commission übergeben. Die noch fehlenden sind gestern in Erinnerung gebracht worden und der Unterzeichnete erlaubt sich deshalb die gehorsamste Bitte, daß das herzogl. Staatsministerium die Geneigtheit haben möchte,

sobald als möglich die für das Herzogthum noch zu erlassende Wahlverordnung ihm zur weitern Abgabe an den Verwaltungsrath zuzustellen, unter Beifügung der Motive, soweit dieselben zur Rechtfertigung der etwa nöthig scheinenden Modifikationen des zu Grund zu legenden Wahlgesetzes mitzutheilen sein werden."

Die Thätigkeit des Verwaltungsrathes zeigte sich den einzelnen Landesregierungen nicht bloß in Bezug auf die Wahlgesetzgebung entgegenkommend, auch in Betreff der Curien des Bundesrathes wurden einige entsprechende Veränderungen an der Verfassung vorgenommen, ja schon am 10. September war eine gedruckte Vorlage für die Geschäftsordnung des künftigen Reichstags gemacht worden. Alles schien einer raschen Constituirung des Bundesstaates entgegen zu gehen.

Man debattirte bereits über den Ort, in welchem der künftige Reichstag sich versammeln sollte.

Das Ansinnen des Senats von Frankfurt, welcher die Erklärung der alten Wahlstadt zum Reichstagssitze zur Bedingung seines Eintrittes in den Bund machen wollte, wurde mit vollem Rechte abgewiesen. Man sprach von Erfurt, Aachen, Gotha, Braunschweig als künftigen Versammlungsorten der deutschen Abgeordneten des Bundesstaates.

Am 29. September hatte der General von Kanitz als Präsident des Verwaltungsrathes sein Amt in die Hände des Ministers von Bodelschwingh gelegt und diesen den Bevollmächtigten vorgestellt. Die Wahl war in jeder Beziehung eine glückliche zu nennen. Die Entschiedenheit und Wärme, mit welcher der neue Vorsitzende sich entschlossen erklärte, der gestellten Aufgabe zu genügen, die Bestimmtheit, mit welcher er sich für das Bundesstaatsproject aussprach und die Hoffnungen, welche er daran knüpfte, wurden allerseits gerühmt, und mit größter Energie nahm er allerlei Reformen im bisherigen Geschäftsgebrauche des Verwaltungsrathes vor.

Wer freilich in Berlin über diese nächst betheiligten Kreise hinaus Beobachtungen sammelte, der konnte schon Ende September manche auffallende Erscheinungen wahrnehmen. Der Rücktritt von Kanitz selbst war unter Umständen und Erklärungen erfolgt, die mindestens nicht sehr bundesfreundlich erscheinen mochten und was man von den Verhandlungen der Regierungen von Oesterreich und Preußen über die Frage der Centralgewalt erzählte, erregte unter den Bevollmächtigten keine geringe Verwunderung.

In der Frage über die deutsche Flotte und was zunächst mit derselben vorzukehren wäre, hatte sich sofort das alte Oesterreich mit seiner ganzen damals noch unüberwundenen eifersüchtigen Politik und Feindseligkeit gegen Preußen

und die Bundesfürsten enthüllt und einen schlimmen Blick in die Zukunft der Union machen lassen.

Aus München lagen die düstersten Anzeichen geheimnißvoller Intriguen vor und die Nachrichten vom sächsischen Hofe ließen kaum verkennen, daß oberhalb der ministeriellen und offiziellen Luftströmung des Dreikönigsbundes bereits ganz andere Windrichtungen sich geltend machten.

Für unterrichtete Kreise war hier kein Geheimniß mehr vorhanden und mein Bruder schrieb, wie man leicht erklärlich finden wird, in voller Entrüstung über diese Vorgänge:

„In Deutschland kann nichts besser werden, bis die deutsche Frage geordnet ist, aber diese ist noch weit von ihrer Lösung. Der Sechs-Königsplan, der unter den sechs Kronen die sämmtlichen kleinen Staaten vereinigen und dann der Einheit Hohn sprechen soll, ist noch immer der Lieblingsgedanke der Königshöfe und keines mehr als Sachsens."

„Wie können sich nur die armen Könige einbilden, daß, nachdem sie abermals Verrath am gemeinsamen Vaterlande begangen haben werden, sie im Stande sein sollten, Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit in Deutschland wieder herzustellen und dies ohne Vertrauen und Einigkeit unter sich!!" —

War mein Bruder schon am 2. September in der Lage gewesen, so schlimme Blicke in die Karten der Mittelstaaten Deutschlands zu werfen, so dürfte man nicht verwundert sein, wenn er am 8. November schrieb:

„Dein Bild von den Zuständen zu Hause ist eben nicht so rosenfarb und ich fürchte doch getreu gemalt. Doch ist dies der nothwendige Zustand, in den ein Land nach einer Revolution geräth, deren Lösung noch nicht gefunden ist. Es scheint nun für die kleinen Staaten nichts zu thun, als muthig und geduldig ihr Schicksal zu tragen und treu und consequent an dem mit Preußen geschlossenen Bündnisse festzuhalten, aus dem allein eine Lösung der deutschen Frage zur Zufriedenheit der Majorität der Rechtdenkenden hervorgehen kann."

„Das Benehmen der Könige ist unter aller Kritik und kann ihnen keine guten Früchte tragen. Die Regierungen dürfen wahrlich Deutschland nicht wieder betrügen, sonst kommen noch größere Unglücksfälle über sie. Sie hatten die Frankfurter Constitution anerkannt, und nun da Preußen sie gerettet hat, ziehen sie sich von einem Bunde und einer Constitution zurück, die alle die Modifikationen enthält, welche sie darinnen zu sehen wünschten."

„Daß Oesterreich an einer deutschen Verfassung keinen Antheil nehmen konnte und je werde, wissen sie genau und doch ist eine Verfassung dem deutschen Volke nun zum 100. Male heilig versprochen."

„Es kann nichts anderes geschehen, als daß Preußen an die Spitze tritt,

und der Gewinn darin liegt mehr auf der Seite der deutschen Staaten, als Preußens, welches seine europäische Stellung opfern muß, während die übrigen Staaten nie eine gehabt haben und auch durch das Mediatisiren oder Berauben ihrer kleinern Nachbarn nie eine erlangen würden."

„Es gilt aber, Deutschland Europa gegenüber darzustellen und dies auf eine Weise, daß es den Rang einnimmt, der ihm gebührt. Die kleinen Staaten haben nur zu gewinnen, indem dies ihre Selbständigkeit, soweit sie je anders, als auf dem Papier bestanden hat, vollkommen sichert, und durch das Behandeln der deutschen Frage in einem großen Parlamente diese der kindischen Behandlung ihrer Kammern entzogen werden wird. Diese müssen überhaupt, wenn ein Organ für Deutschland gefunden ist, second fiddle spielen."

Als endlich gegen Ende des Jahres, wie sich sogleich zeigen wird, die Stellung des Bundesstaats noch bedenklicher geworden war, so schrieb Albert die beherzigenswerthen Worte am 26. Dezember:

„Das strenge Festhalten am preußischen Bündnisse halte ich trotz allem für eine Lebensfrage für die kleinen deutschen Staaten und bin daher sehr froh, daß Du eifrig daran festhältst. Das Benehmen Sachsens und Hannovers ist über alle Maßen schofel und ehrlos, politisch genommen besonders von Sachsen noch sehr dumm, dem es am meisten Noth, sich an einem starken Ganzen wieder aufzubauen und zu einem starken Ganzen zu kommen; ohne Preußen, oder auf dem Principe der Gleichberechtigung aller Staaten, ist es rein unmöglich. Das große Opfer, welches von diesen mächtigen (?) Königen gefordert wird, ist 1. Aufgeben ihrer speziellen Diplomatie, die bis jetzt eher Schande als Ehre den Königen gebracht hat, in der europäischen Politik nichts gilt und viel kostet; 2. Aufgeben des Oberbefehls der Flotte, die sie nie gehabt haben, 3. Dito der Heere im Falle des Kriegs, was die alte Bundesverfassung mit Militaircommission schon ebenso sehr verlangte. Wegen dieser drei Objekte soll Deutschland zu neuen Revolutionen und zu ewiger Schwäche verdammt werden."

Zweites Capitel.

Störende Mächte.

Neben den erhaltenden und rüstig vorwärts strebenden Elementen des Bundes war eine stillwirkende Opposition vorhanden, welche die Saugwurzeln ihrer Kraft weithin durch Europa in hohe und höchste Regionen erstreckte. Auf den obersten Plätzen, mitten unter den Bevollmächtigten des Verwaltungsrathes, saßen unsere Gegner, aufmerksam spähend, wo man die Maschen des Netzes aufzutrennen vermöchte, welches in einem Augenblicke der Noth von den drei Königen geknüpft worden war.

Jedes neu eintretende Mitglied des Bundes schien diese feindseligen Mächte und die hinter ihnen stehenden Ohrenbläser nur daran zu erinnern, daß man dem Werke nicht Zeit zur Erstarkung lassen dürfe.

Es liegt mir wahrlich fern, als meine Aufgabe hier zu betrachten die traurigen Empfindungen wieder zu beleben, von welchen jeder denkende Politiker einer so unpatriotischen Politik gegenüber erfüllt war; aus den eben citirten Briefen meines Bruders konnte man die Stimmung deutschgesinnter Kreise klar genug erkennen, und ich will auf den folgenden Blättern nur den Hergang und Zusammenhang der Dinge und Ereignisse erzählen, welche auch damals nur Wenigen bekannt und heute noch Wenigeren erinnerlich sein dürften.

Oesterreich hatte im März 1849 den Grafen von Trautmannsdorf, der seit 20 Jahren die Geschäfte in Berlin besorgte, von dort abberufen und den Herrn von Prokesch-Osten von Athen dahin versetzt. Obwohl Herr von Prokesch von den deutschen Verhältnissen sehr wenig wußte, ja kaum eine deutliche Kenntniß von den vorangegangenen Ereignissen hatte, und sich daher im Beginne seiner Amtsthätigkeit arge Blößen gab, so war seine Wahl in jenem Augenblicke doch ein ganz geschickter Schachzug des Fürsten Schwarzenberg. Prokesch stand im Rufe eines Schöngeistes, eines Philhellenen, eines ausgezeichneten Kenners Italiens und seiner Kunst und außerdem durfte er sich auch noch das Ansehen einer politischen Schwärmerei für die nationalen Interessen

Deutschlands geben, alles Dinge, welche geeignet schienen, den geistvollen und kunstverständigen König für den österreichischen Gesandten zu interessiren.

Auch besaß Herr von Prokesch in seinem Auftreten und Wesen eine glückliche Vereinigung von Gewandtheit und Grobheit, so daß er in Berlin genug Leute fand, welche seine Versicherungen für baare Münze hielten und sich überzeugen ließen, Oesterreich habe es mit Preußen niemals besser, ehrlicher und aufrichtiger gemeint, als eben jetzt.

Er war der richtige Mann, um in den reactionären Hofkreisen für Oesterreich Stimmung zu machen, während man gleichzeitig über den Köpfen der Diplomaten hinweg alle intimen Familienbeziehungen in Bewegung setzte, um an der Umkehr und Umstimmung des Königs zu arbeiten.

Heute sind wir durch die Correspondenz Metternichs mit Prokesch in willkommenster Weise darüber unterrichtet, mit welcher wahren Leidenschaft der alte gestürzte Kanzler sich seit dem Mai 1849 noch einmal auf die deutsche Politik geworfen hatte, um das Dreikönigsbündniß und den Bundesstaat mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die belehrenden Vorlesungen, welche Metternich seinem gelehrigsten Schüler, wie er ihn nannte, nach Berlin sandte, variirten unaufhörlich das Thema, daß die Lage der deutschen Dinge sich seit 1813 nicht geändert habe, daß die Aspirationen Preußens nur durch Eroberungen zu erfüllen wären und daß der Staatenbund die einzig mögliche Form sei, in welcher das alte Reich geeinigt bleiben könnte.

„Der Bundesstaat, so lesen wir jetzt in Metternichs Briefen an Prokesch, ist ein Spuk, ein keinen Körper bietendes Gespenst, ein leerer Ton, ohne eine andere mögliche Anwendbarkeit als zu der einer Larve zum Behufe der Eroberungsgelüste des Preußenthums."

Mit billigen Erörterungen solcher Art wußte Metternich nicht nur auf Herrn von Prokesch, sondern vor allem auch in Wien, wohin er nach seiner eigenen Angabe fleißig correspondirte, Einfluß zu nehmen. Er wiederholte beständig die nämlichen Sätze von der Unmöglichkeit der deutschen Einheit und schrieb unter anderm damals mit nicht geringem Stolze, daß er im Sommer 1847 Lord Palmerston am meisten durch den Ausspruch: L'Italie est un nom géographique geärgert hätte, daß aber ganz dasselbe auch von Deutschland gelte, „welches bei der Menge in der zweiten Linie der Gefühle und der Strebungen steht, während es von reinen oder berechnenden Phantasten, also von ehrlichen und kniffigen, auf die oberste Stelle erhoben wird."

Ich bin nicht etwa der Meinung, daß den rührigen Agitationen des 76 jährigen Staatskanzlers gegen die deutschen und preußischen Bestrebungen in diesen Jahren das entscheidendste Gewicht beizulegen sei, aber man dürfte

auch das Ansehen nicht unterschätzen, welches Metternich noch immer in den fürstlichen und Regierungskreisen allerorten genoß.

Es gab auch im Jahre 1849 in Deutschland eine ganze Anzahl von hohen Herrschaften, welche von dem österreichischen Orakel sich Belehrungen und Weisungen erbat. Den Erbgroßherzog von Mecklenburg rechnet Metternich in seinen Briefen ausdrücklich zu den Treuen und Verständigen, „mit dem der österreichische Botschafter" frei von der Brust weg reden darf. Der Erbgroßherzog selbst ist der Vermittler von eben dieser Metternich'schen Auffassung, die am Berliner Hofe erst ihre Anhänger in aller Stille, dann lauter und lauter anzuwerben weiß.

Im Sommer 1849 schien es Metternich passend, England zu verlassen, um den continentalen Verhältnissen näher zu sein. Er sprach in Brüssel den Wunsch aus, sich den Winter über nach Belgien begeben zu dürfen. Das Ministerium machte keine Schwierigkeiten und am 20. September schrieb König Leopold selbst einen sehr herzlichen Brief an Metternich, worin er seiner Freude Ausdruck gibt, „daß Euer Durchlaucht an uns hier gedacht haben, um einen Aufenthaltsort zu wählen; es wird mich wahrhaft befriedigen, wenn dieser Aufenthalt Ihnen angenehm sein wird."

Schon im Oktober kam Metternich nach Belgien herüber und es war in der That von höchstem psychologischen Interesse, wahrzunehmen, wie der kluge, bewegliche Greis meinen Oheim immer mehr und mehr in seine Gedankengänge zu ziehen suchte. Unverkennbar hatte Metternich sich ernste Mühe gegeben, den König Leopold mehr und mehr gegen die preußische Politik einzunehmen. Er stellte ihm die bundesstaatlichen Absichten der deutschen Fürsten als eine große Gefahr für den europäischen Frieden dar und der König ermangelte nicht, nach verschiedenen Seiten hin vor dem betretenen Weg der Unionsregierungen zu warnen, ja er beschuldigte sogar meinen Bruder, eine Politik zu begünstigen, welche zum Kriege führen müßte.

Keine geringe Genugthuung muß es dem alten Meister der Diplomatie gewährt haben, als er an Herrn von Prokesch nach Berlin zu schreiben vermochte:

„In den Gefühlen und der Erkenntniß begegne ich mich vollständig mit dem König Leopold." Und ein anderes Mal sagte er:

„Der König Leopold steht in der Erkenntniß der Wahrheit. Er gehört zu der leider nur zu seltenen Classe von Menschen, welche Illusionen nicht preisgegeben sind. Sein Urtheil über die Lage fließt sonach mit dem meinigen vollkommen zusammen."

Der alte Fürst irrte sich aber doch im Könige, wenn er meinte, daß dieser sich unbedingt den österreichischen Tendenzen zugewendet habe; was den Letztern

in der That schwer beunruhigte, war nur die Befürchtung, daß es in Folge der preußisch-österreichischen Differenzen zu einem kriegerischen Eingreifen Frankreichs kommen könnte; daß dagegen Deutschland von der österreichischen Politik etwas Gutes zu erwarten hätte, war die Meinung meines klar blickenden Oheims durchaus nicht.

Es wird bei dem Ansehen, welches das politische Urtheil des Königs Leopold vor dem Forum der Geschichte immer bewahren wird, daher gewiß von Interesse sein, wenn ich denselben hier selbstsprechend einführe.

In derselben Zeit, in welcher sich Metternich so sehr der Uebereinstimmung mit dem Könige rühmte, schrieb mir der Letztere doch in etwas anderm Sinne. Ich hatte nämlich meinen Oheim schon am 1. September 1849 auf die Wichtigkeit des projectirten Bundesstaates aufmerksam gemacht und die Abneigung beklagt, welche in Deutschland gegen Preußen herrschte. Der Grund dieser Erscheinung lag nach meiner Meinung darin:

„Daß man in Berlin das Talent hat, immer schlechter zu scheinen, als man ist, und durch die Art der Ausführung einer Sache sowohl ihre Motive, als auch ihre Zwecke vergessen zu machen. Dadurch macht man sich die allgemeine Stimme, wie es jetzt eigentlich sein könnte, statt freundlich, feindlich gesinnt. Trotz alledem — bemerkte ich weiter, — was Preußen für die Länder wie für die Fürsten in den letzten Monaten gethan hat, erntet es nur Undank, weil die Mittel ungeschickt und seine Sprache nicht vertrauenerweckend sind."

„Oesterreich kann den alten Bund nicht vergessen und sucht denselben à tout prix wieder zu erlangen."

„Von seinem Gesichtspunkt aus ist auch die Stellung, welche es de natura in dem Bunde einnahm und die durch sein Uebergewicht und die Schwäche der übrigen Bundesglieder zu einer monströsen wurde, die am meisten zu erstrebende. Das in sich vereinigte und erstarkte Oesterreich wünscht wieder die erste Rolle im Bund einzunehmen und wiegt dann so schwer, daß wenn es gar noch einige Verbündete hat, allein entscheiden und Preußen daneben trotz seiner eingebildeten Großmacht nichts mehr, als Sachsen und Würtemberg vorstellen wird."

„Während Preußen, ohne populär zu sein, doch wenigstens den Schein von Volksthümlichkeit bewahrt, denkt und handelt Oesterreich wie im Jahre 1847 und ist populärer als ersteres. Unbegreiflicher Widerspruch und Begriffsverwirrung des Volkes!"

Hierauf antwortete mein Oheim am 28. September 1849 aus Lacken:

„Während fast ganz Europa in einem so confusen Zustand ist und leider die Menschen so schlecht werden, so benehmen sich die unsrigen hier vortrefflich und crescendo besser."

„Was nun in Deutschland geschehen soll, beunruhigt mich sehr. Die

preußischen Kammern haben die begreifliche Absicht Deutschland zu monopolisiren; geht es aber wieder in die Hände der großen Versammlungen, so ist es ganz unmöglich zu sagen, was daraus werden wird, denn die Leute haben keine Praxis und gehen wie toll ins Zeug."

„Mein großer Wunsch ist, daß man praktisch verfahre: vor allen Dingen keinen Bruch im Innern! Ist man soweit, so kann man sich mittlerweile wieder etwas nähern, die Umstände werden auch dazu zwingen und finalement kommt ein engerer Bund zu Stande, der Deutschland die meisten Vortheile einer großen National-Föderation gewähren könnte."

„Etwas anderes halte ich nicht für möglich; wird, wie dies bisher geschehen, rein revolutionär ohne alle Rücksicht auf Verträge und Völkerrecht verfahren, so kommt es zum Kriege. Durch diesen Krieg wird Deutschland auf alle Fälle auf das Grausamste mißhandelt und zerrissen, das kann doch nicht der Wunsch sein, auch wird es unmöglich zu der vorgeschlagenen und anempfohlenen Einheit führen; überdies würde es auch Frankreich Luft geben, was vielleicht zur Erleichterung der deutschen Einheit das linke Rheinufer zu fischen suchen würde."

„Das sind die Folgen des unbegreiflichen Benehmens der Regierungen im Jahre 1848, was ohne irgend Jemand zu nutzen, so großes Unglück über Europa gebracht hat."

Und im Dezember schreibt der König:

„In Deutschland scheinen die Dinge noch immer nicht, wie ich es wünschte zu gehen, doch freut es mich herzlich, zu sehen, daß es sich bei Dir gebessert hat. Mit einigem Muth und Verstand ist es wirklich nicht so schwer die Anarchisten in Ordnung zu bringen; weshalb die Majorität sich so sehr fürchtet, ist nicht recht zu begreifen. In allen großen Fragen gilt es allen offenen Kampf zu vermeiden und nicht wieder die Einheit damit anzufangen, daß man sich untereinander todtschlägt. Dergleichen könnte auch nur wieder zu Abreißungen von Deutschland Vorwände geben, was sehr traurig und nächstdem auch in einem hohen Grade ridicüle wäre."

„Das Letztere scheint den Deutschen in diesem Augenblicke nicht so einzuleuchten, als es doch wirklich ist, und dennoch verdient es Berücksichtigung, um so mehr, da Deutschland durch die Begebenheiten von März 1848 bis jetzt nicht besonders in der Meinung anderer Völker gestiegen ist."

„Ich bin immer glücklich Alles zu thun, was unserm gemeinsamen Vaterlande frommen kann, doch zwischen Interessen läßt sich eher als zwischen Leidenschaften vermitteln."

Man sieht aus diesen brieflichen Mittheilungen, daß zwischen den höchst einfachen Bestrebungen des Fürsten Metternich, eine Reactivirung des alten

Staatenbundes zu bewerkstelligen und den für Deutschland warmen Empfindungen des Königs Leopold immerhin noch ein wesentlicher Unterschied herrschte, und wenn der König in einer Reihe von Briefen an den Fürsten Metternich, die mir jetzt vorliegen, betont, daß der Rechnungsabschluß der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in politischer Beziehung nicht sehr günstig zu sein scheine, oder daß das „woran wir festhalten möchten, le droit public wäre“, „und daß die Abänderungen, welche die Umstände erzwingen, auf dem Wege offener und ehrlicher Verständigung erlangt werden möchten“, so stimmten diese Aeußerungen des Königs Leopold jedenfalls nicht zu jener Summe von Hintergedanken und bedenklichen Absichten, welche soeben in Wien, München, Dresden und Hannover hervorzutreten begannen.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß sich damals die bairischen Schwestern auf den Thronen von Preußen, Sachsen und Oesterreich etwas tiefer in die politischen Dinge gemischt haben, als für die Entwicklung Deutschlands wohl nützlich gewesen sein dürfte.

Allein über das Gewebe frauenhafter Actionen in diesen tiefeingreifenden Geschäften der offiziellen Kreise wird leider die Geschichte niemals mehr quellenmäßige Aufschlüsse bringen, weil entscheidende Correspondenzen in Folge von diesbezüglichen Anordnungen für immer verloren gegangen sind.

Für die Erkenntniß der störenden Einflüsse, die sich seit September 1849 in den deutschen Unionsbestrebungen geltend machten, wird indessen schon aus den offiziellen Regierungscorrespondenzen das Richtige zu errathen sein.

Der erste Schachzug, welchen Fürst Schwarzenberg gegen den Fürstenbund unternahm, war der Vorschlag einer Interims-Regierung, die an Stelle des abtretenden Reichsverwesers die Centralgewalt übernehmen sollte. Die deutschen Bundesregierungen sollten im Einverständniß mit dem Reichsverweser ein Interim verabreden, wonach Oesterreich und Preußen „im Namen sämmtlicher Bundesregierungen die Aufrechthaltung der Bundesgemeinschaft bis zum 1. Mai 1850, insofern nicht früher deren neue Gestaltung definitiv erfolgt, nach Maßgabe der hier getroffenen Uebereinkunft gemeinsam wahrzunehmen haben“.

Die Vollmachten, welche Preußen und Oesterreich besitzen sollten, um den gesammten Bund und das gesammte Bundesgebiet zu erhalten, waren sehr ausgedehnter Natur, und indem man unter dem Deckmantel des Interims Oesterreichs alten Einfluß in Frankfurt wieder zur Geltung zu bringen suchte, war das Berliner Unionswerk im höchsten Maße bedroht. Jeder Unbefangene erkannte die Gefahr, und die Bevollmächtigten beim Verwaltungsrathe hatten sich schon Mitte September gegen die Consequenzen des österreichischen Vorschlages ernstlich verwahrt.

Bei einer Zusammenkunft einer Anzahl von Mitgliedern des Verwaltungs-

rathes stellte der Vertreter der thüringischen Staaten, Herr Seebeck, seinen Collegen vor, daß der Vorschlag Oesterreichs die Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt mit der Eigenschaft einer förmlichen Bundesregierung bezwecke und daß neben und unter dieser nicht ein Theil der Bundesregierungen sich als Bundesstaat mit einer Gemeinregierung nach Vorschrift des Verfassungsentwurfs vom 26. Mai constituiren könne, indem die Competenzen beider Gewalten dem Wesentlichen nach zusammenfallen.

„Ich beleuchtete ferner," schrieb Herr Seebeck, „die schwierige Stellung Preußens, welches in der Nothwendigkeit einerseits mit Oesterreich, andrerseits mit einem Fürsten-Collegium, einem Staaten- und Volkshause in Uebereinstimmung zu sein, die Unmöglichkeit, den Widerspruch zweier im Prinzip unterschiedener Regierungssysteme zu versöhnen, sehr bald an seinem eigenen Ruin erfahren würde. Die Bildung des engeren Bundesstaates zu vereiteln, sei auch offenbar ein vornehmlicher Zweck des österreichischen Projects. Dies erhelle namentlich daraus, daß als Zweck des Interims ausdrücklich bezeichnet werde, den Bund als einen unauflöslichen Verein *sämmtlicher* deutscher Staaten zu dem in der Bundesacte bezeichneten Zweck fortzuerhalten und daß die *definitive* Feststellung einer neuen Bundesverfassung an die allseitige Zustimmung der Bundesglieder geknüpft sei."

Man sieht aus diesen Mittheilungen Seebecks, daß die Tendenz der österreichischen Vorschläge sofort richtig erkannt worden war, wie denn der Vorgang des Fürsten Schwarzenberg keineswegs ein besonders feiner oder schwer zu verstehender genannt werden konnte. Nein! mit voller Sachkenntniß, mit vollem Bewußtsein ließ sich König Friedrich Wilhelm IV. in das Garn der österreichischen Bundesprojecte hereinlocken.

Unter diesen Umständen war selbst die Vermuthung nicht unausgesprochen geblieben, ob die Initiative zu dem Verständigungsversuche mit Oesterreich nicht etwa vom Könige selbst ausgegangen sei.

Zwar wurden die einzelnen Bestimmungen des Vertrags über die Interimscentralgewalt von der preußischen Regierung einigermaßen amendirt und modifizirt, aber der Abschluß hatte schon am 30. September in Wien stattgefunden. Auch hierbei zeigte sich, daß hinter dem Rücken des preußischen Cabinets Mächte thätig waren, die ganz andere Ziele verfolgten, als den engern Bundesstaat.

Der Minister des Auswärtigen mußte im Verwaltungsrathe die beschämende Erklärung abgeben, „daß der so rasche Abschluß des Vertrags durch den Gesandten in Wien dem Ministerium *unerwartet gewesen* sei und um so *unangenehmer*, als es noch vorher sich mit den Verbündeten der Krone Preußens in Einklang zu setzen beabsichtigt habe".

Als in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrathes Herr von Bodelschwingh den rectifizirten Vertrag vorlegte und die Mitglieder um Abgabe ihres Urtheils über denselben ersuchte, sprachen die Bevollmächtigten von Sachsen, Hannover und Mecklenburg-Strelitz ihre lebhafte Freude und Genugthuung über das Zustandekommen einer solcher Lösung der deutschen Wirren aus!

Dennoch glaubte die preußische Regierung diejenigen Mitglieder des Bundes, welche die deutsche Frage ernst nahmen, einigermaßen beruhigen zu sollen:

„Bei Vorlegung des Vertragsentwurfs bemerkte Herr von Bodelschwingh ausdrücklich, daß Preußen, sowie es seinerseits diesen Entwurf angenommen habe, denselben mit Oesterreich an die übrigen Regierungen als Vorschlag bringen werde. Außerdem versicherte er, Preußen werde innerhalb der Reichscommission sich nur als den Repräsentanten unseres Bundes betrachten und nie zu Maßregeln stimmen, die über die Grenzen der gewöhnlichsten Verwaltungsdispositionen hinausgehen, ohne vorher mit seinen Verbündeten sich in Uebereinstimmung gesetzt zu haben. Es werde namentlich keine Einmischung dulden, die der Bildung des engern Bundesstaates hinderlich werden könnte."

Indessen war König Friedrich Wilhelm durch die eifrige Beförderung der Interims-Centralgewalt von Seite Hannovers und Sachsens, während sie gleichzeitig alles thaten, um das Zustandekommen eines Reichstags im engern Bund zu verhindern, doch einigermaßen mißtrauisch geworden. Er sprach seine lebhafte Entrüstung gegen einzelne Mitglieder des Verwaltungsrathes über die Zweideutigkeiten der Mittelstaaten aus und erklärte in seiner scheinbar entschlossenen Weise, daß er in der Verfolgung des von Preußen einmal betretenen Weges unerschütterlich und für die schnelle Herstellung des engern Bundesstaates entschieden sei.

Den eigentlichen Anlaß zu offenem Widerstande gegen den Bundesstaat hatten Sachsen und Hannover in der Frage über die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstag bis zum 15. Januar gefunden. Die denkwürdige Sitzung, in welcher sich die beiden Königreiche zuerst in ihrer wahren Gestalt enthüllten, fand am 9. Oktober statt.

Die bewegten Vorgänge derselben mögen hier nach einem Berichte Seebecks in Erinnerung gebracht werden:

„Unter Rückbeziehung auf die neulich stattgehabte Berathung schlug Herr von Bodelschwingh vor, die preußische Regierung zu der Erklärung zu ermächtigen, daß nach dem Ausspruch der überwiegenden Mehrheit des Verwaltungsraths die Reichstagswahlen bis zum 18. Januar erfolgen müßten. Der sächsische Bevollmächtigte meinte hierauf sich nicht erklären zu müssen, vielmehr könne die Frage des Vorsitzenden nur wie an die Mitglieder der Mehrheit gerichtet, angesehen werden. Uebrigens bemerkte er, daß wenn die Mehrheit

der verbündeten Regierungen in dieser Art allein vorzugehen sich entschließen, würde eine Spaltung als Thatsache nicht zu verkennen sein."

„Die Beschlußfassung wurde daher von dem Vorsitzenden noch ausgesetzt. Meines Bedünkens ist Preußen bei dieser offenen Kundgebung seines redlichen Willens von denjenigen Regierungen, die von gleicher Gesinnung beseelt sind, um so weniger zu verlassen, als der moralische Eindruck, den dieses einträchtige Vorgehen der Mehrheit weithin machen muß, allein noch einen veränderten Entschluß der beiden königlichen Höfe von Hannover und Sachsen wird hoffen lassen."

„Zu dieser Vermuthung bin ich um so mehr berechtigt, als der hannoversche Bevollmächtigte mit lebhafter Besorgniß selbst darauf hinwies, „daß ein solches Verfahren auf seine Regierung eine, deren feste Haltung alterirende Wirkung äußern möchte."

„Am Schlusse der Sitzung hat übrigens derselbe Bevollmächtigte eine Rechtsverwahrung gegen das Zustandekommen eines engern Bundesstaates dem Verwaltungsrath vorgetragen, über welche natürlich sofortige Berathungen nicht stattfinden konnten.„

„Die preußische Regierung ist im Begriff eine Widerlegung abzufassen und wird sie wohl schon in der nächsten Sitzung an den Verwaltungsrath bringen. Abgesehen von der Schwäche der hannoverschen Rechtsausführung, glaube ich, daß die renitirenden Regierungen überhaupt ihre Sache dadurch sehr beeinträchtigt haben, daß sie dieselbe aus einer Frage der Opportunität zu einer Frage des Rechts machten. Eine ausführliche, scharfe, gediegene Deduktion über die beregte Rechtsfrage hat Herr von Lepel aus Darmstadt zu Protokoll gegeben, in welcher er die Belangung beider königlichen Regierungen beim Schiedsgericht seiner Regierung vorbehalten hat."

Der Bruch im Lager der Verbündeten war tiefer und unheilbarer, als man erwartet hatte. Einen Augenblick konnte das entschlossene Vorgehen Preußens noch über die Lage trösten, aber die Tendenz der Könige, den Bund zu sprengen, war kaum mehr zweifelhaft. Man wußte nicht genug des Lobes über Friedrich Wilhelm, über den Grafen von Brandenburg, über den Vorsitzenden des Verwaltungsrathes Herrn von Bodelschwingh zu berichten.

Das entschiedene Vorwärts, welches der Letztere den Bundesgenossen zurief, hatte auch in den kleineren Staaten die verschwindenden Hoffnungen auf Preußen für einige Zeit wieder belebt und es war nochmals ein Moment eingetreten, wo Preußen die Sympathien Deutschlands zu gewinnen vermochte.

Als Ende Oktober sich die Nachricht verbreitete, daß der sächsische und der hannoversche Bevollmächtigte, Herr von Zeschau und Herr von Wangenheim, aus

dem Verwaltungsrathe ausgetreten seien, kehrte sich der nationale Unwille mächtig gegen die feindseligen Mittelstaaten.

Um so hinterlistiger erschien ihr Benehmen, als es bekannt wurde, daß Herr von Wangenheim nur für seine Person seinen Austritt angemeldet habe und Hannover demnach eine Doppelrolle spielte.

Ich war meinerseits fest entschlossen, nunmehr auf alle Weise die preußische Regierung zu unterstützen. Ich hatte am 5. Dezember eine Note verfassen lassen, in der ich mich mit dem von der Krone Preußens, unbekümmert um die abweichenden Ansichten der königlich sächsischen und der königlich hannoverschen Regierung eingeschlagenen Wege vollkommen einverstanden erklärte und traf Anordnungen um die Wahlen zum Reichstage zu ermöglichen. Bei allen diesen Schritten fand ich persönlich die größten Schwierigkeiten in den eigenen Ländern, da insbesondere Coburg aufs Aeußerste widerstrebte, an dessen Spitze noch Bröhmer stand, obwohl seine Entlassung nunmehr zur unzweifelhaften Nothwendigkeit geworden war.

Wie die Sachen standen, durfte Preußen wenigstens den kleinen Staaten gegenüber nicht den mindesten Grund zur Beschwerde haben und mußte auf alle Weise bei seinen guten Vorsätzen erhalten werden. Ich bemühte mich, nicht nur in meinen Ländern die einsichtsvollen Kreise für diese Anschauung zu gewinnen, sondern ich wirkte auch unabläßig auf die mir verwandten und befreundeten Höfe hin, sich rücksichtslos der preußischen Führung anzuvertrauen.

Wirklich hatte die unerwartete Energie, welche Preußen für den Augenblick entwickelte, nicht verfehlt, in den Mittelstaaten einigen Eindruck hervorzubringen.

Am 11. Dezember machte Herr von Seebeck eine Mittheilung, welche den Glauben erregen konnte, als ob die abtrünnigen Könige es gerathen fänden, an eine Rückzugslinie zu denken:

„Von mehreren gut unterrichteten Seiten habe ich erfahren, daß man von Baiern und Würtemberg aus Neigung manifestirt habe, sich beim Zusammentritt des Reichstags insofern zu betheiligen, daß man Regierungscommissäre zur Verhandlung mit demselben und mit dem Verwaltungsrathe zu demselben absende. Freilich fragt es sich, ob und inwieweit die Basis, auf welcher eine solche Annäherung gewünscht wird, nämlich Vermehrung der Befugnisse des Fürstencollegiums, möglicherweise zugestanden werden kann."

„Merkwürdig ist aber, daß die Anregung zu diesem Schritt in München und Stuttgart von hannoverschen Staatsmännern ausgegangen sein soll, von deren bisherigem Auftreten man dies am wenigsten erwartet hätte. Zu verwundern wäre es freilich nicht, wenn ein unbefangener Blick in die Zukunft unsern Gegnern in den Mittelstaaten das Gefahrvolle ihrer Position mehr und mehr lebhaft zum Bewußtsein brächte."

Noch war die Unsicherheit und Ungewißheit des Ausgangs der Dinge so groß, daß selbst die eingefleischtesten Gegner Preußens, wie Herr von der Pfordten, sich nicht vollends hervorwagten, um dem Bundesstaate förmlich den Handschuh hinzuwerfen; wenige Wochen später war es geheimen Einflüssen jedoch gelungen, in München diese Scheu zu überwinden. Man arbeitete an einem Bündniß, welches den Bundesstaat gründlich und für immer zu beseitigen den Zweck hatte.

In Frankfurt waren in den letzten Tagen des Dezembers in aller Stille vier Bundes-Commissäre eingetroffen, zwei von Preußen und zwei von Oesterreich, um die Centralgewalt auf Grund des Vertrages vom 30. September aus den Händen des Erzherzogs Johann zu empfangen.

Der Letztere ließ sich die höchst traurige Rolle, die er dabei spielte, durch mancherlei Ovationen und durch militairische Serenaden versüßen. Ob der alte Herr von der Ironie des Schicksals eine Empfindung hatte, daß er, der vor anderthalb Jahren als volksthümliche Größe unter dem Jubelruf der Frankfurter einzog, nunmehr mit einem Fackelzug von böhmischen Soldaten verabschiedet worden war, ist mir nicht bekannt, aber dem Prinzen von Preußen war die schwierige Mission vorbehalten, sich noch persönlich bei dem Reichsverweser in Frankfurt empfehlen zu müssen.

Die Einigkeit in der Bundescommission war fürs erste nicht groß und General von Radowitz, welcher neben Böttticher von Preußen entsendet war, bemühte sich auf alle Weise von diesem Posten so rasch als möglich enthoben zu werden.

An seine Stelle trat General von Peucker, welcher mit den österreichischen Staatsmännern von Kübeck und General Schönhals ein besseres Verhältniß herzustellen wußte. Die von Oesterreich inspirirten Zeitungen versicherten, daß alle Differenzen, wenn auch nicht vollständig beglichen, doch nahezu beschwichtigt seien. Was von Seite Oesterreichs geschehen konnte, um den Frieden in der Interimsregierung herzustellen, verstand man so, daß alle Mittel in Bewegung waren, um Preußens bundesstaatliche Absichten aus dem Wege zu räumen. Die stärksten Hebel waren in dieser Beziehung in München in Bewegung gesetzt worden. Zunächst war freilich die gewünschte Uebereinstimmung zwischen Oesterreich und den Mittelstaaten nur negativer Natur.

Oesterreich hatte am 28. November förmlichen Protest gegen die Einberufung eines Reichstags erhoben, Baiern folgte sofort diesem Beispiele und Würtemberg, Hannover und Sachsen traten nun ebenfalls im Laufe des Dezembers mit mächtigen Protestationen hervor.

Bei aller Gesinnungsverwandtschaft hatten es aber die vier Könige zu keiner gemeinschaftlichen Erklärung zu bringen vermocht. Baiern trat noch im Hinblick auf die Unsicherheit dessen, was Oesterreich eigentlich im Schilde führte,

vorsichtig gegen Preußen auf. In der bairischen Erklärung wird Preußen nicht geradezu beschuldigt, gegen die Sicherheit des Bundes und der einzelnen Bundesstaaten etwas unternehmen zu wollen, aber inhaltlich wäre dergleichen die nothwendige Folge des Bündnisses vom 26. Mai.

Würtemberg bedauert den Dissens der beiden größten deutschen Staaten in der deutschen Frage und will nur verhindern, daß durch die Berufung von Volksabgeordneten nicht etwa Zwietracht unter den deutschen Bundesstämmen gesät werde.

Sachsen und Hannover als Mitschuldige des Bündnisses vom 26. Mai drehten und wendeten sich natürlich mit etwas größerer Schwierigkeit zu dem österreichischen Proteste in längeren Deduktionen hinüber. Schließlich verließ die hannoversche Regierung den prosaischen Amtsstil und wendete sich mit gefühlvollen Bitten an die preußische Regierung, im Interesse der Ruhe und Ordnung die beabsichtigte Maßregel der Einberufung eines Reichstags doch zu unterlassen.

Sehr treffend bemerkte Seebeck in einem Schreiben vom 18. Januar 1850, in welchem er über diese Proteste Bericht erstattete:

„Erinnert man sich daran, wie das kaiserliche Cabinet seinen Protest vornehmlich auf den Widerspruch der vier Königshöfe stützt und selbst sagt, daß es, wenn dieser Widerspruch nicht bestände, die ganze Frage anders ansehen würde und sieht dann wieder, wie hier die königlichen Regierungen nur die Einrede Oesterreichs zu ihrem Anhalte machen, so legt sich das Spiel unserer Gegner offen genug dar. Doch ein dauernder Bestand ist von einer solchen Verbindung nicht zu erwarten und schon höre ich auch, aus nicht unverläßlichem Munde, daß die vier königlichen Regierungen, eben weil das gute Vernehmen zwischen Oesterreich und Preußen, zu dem sie so dringend mahnen, sich einigermaßen herzustellen scheint, ihre Absichten auf das Einschlagen eines anderen Weges richten."

„Es sollen zwischen ihnen Verhandlungen zu dem Zwecke neuer gemeinsamer Vorschläge an Preußen wegen Constituirung des Bundesstaats im Gange sein. Ob und wie dies der Fall ist, wird nicht lange verborgen bleiben."

In der That hatte die österreichische Regierung noch nicht ganz darauf verzichtet, sich eventuell auch über den Köpfen der vier Könige mit Preußen zu verständigen.

Fürst Schwarzenberg hatte sich zunächst mit doppelten Karten versehen. Wenn es gelang, den König von Preußen in die österreichischen Reactionswege zurückzuführen, so war er sehr gerne bereit, die sogenannten Mittelstaats-Interessen den vier Winden preiszugeben und für die vier Könige hielt er alle

seine Sympathien bereit, wenn Preußen auf seiner deutschen Politik bestehen sollte.

Für die erstere Richtung hatte man damals von Frankfurt aus alle möglichen Versuche in Bewegung gesetzt. Man erinnerte sich sogar österreichischerseits des ersten Reichsministeriums unter dem Präsidium des Fürsten Leiningen, um die Idee einer preußisch-österreichischen Verständigung zu propagiren, und man scheint meinen Vetter als eine geeignete Persönlichkeit betrachtet zu haben, um die Allianzpläne zwischen den beiden Großmächten in denjenigen Kreisen, in welchen man alle Abneigung dagegen mit Recht voraussetzte, zu empfehlen.

Gegen Ende des Jahres versendete Fürst Leiningen von Frankfurt eine wohl unzweifelhaft von Oesterreich inspirirte Denkschrift an mich und alle meine Verwandten, in welcher es zum Schlusse heißt:

„Die Bestrebungen aller derjenigen, welche bisher zu den deutschen Patrioten sich zählten, müssen daher jetzt darauf gerichtet sein:

1. Einigung zwischen Oesterreich und Preußen — durch möglichste Beseitigung aller Hemmnisse, welche einer solchen Vereinigung im Wege stehen — herbeizuführen und
2. einerseits die wahren constitutionellen Freiheiten zu verfechten, andererseits nach Kräften dahin zu wirken, daß auch, soweit es unter veränderten Verhältnissen und bei veränderter Form möglich ist, demjenigen entsprochen werde, was man von einem einigen Deutschland gehofft und erwartet hätte."

Was zur Begründung dieser Ansichten in der ausführlichen Denkschrift des Fürsten Leiningen gesagt wurde, zeigte unverkennbare Beziehungen zu dem Inhalte österreichischer Noten vor und nach Abschluß des Interims.

Den gewünschten Effect vermochte die Abhandlung Leiningens daher nicht hervorzubringen; was mich anbelangte, so war ich insbesondere aus München, wie sich gleich zeigen wird, über das Doppelspiel des Fürsten Schwarzenberg zu genau unterrichtet; und mein Bruder war so sehr antiösterreichisch, daß ihn das Auftreten unseres Vetters zu dessen Gunsten nur noch mehr erbitterte. Hatte doch selbst Lord Palmerston nicht umhin gekonnt, in der deutschen Bundesstaatsfrage sich ganz und gar den Ansichten des Prinzen Albert zu conformiren.

Je gefährlicher indessen bei den Verhältnissen des Berliner Hofs die österreichischen Verlockungen und Freundschaftsbetheuerungen werden konnten, desto wichtiger und nothwendiger erschien es mir, genaue Kenntniß von den Vorgängen an den Königshöfen zu erhalten.

Ich war so glücklich, in Elsholtz einen so ausgezeichneten und scharfen Beobachter der Dinge in München zu besitzen, daß es mir durch ihn wirklich gelungen ist, die Verhandlungen der vier Könige und den Abschluß ihres Bünd-

nisses bereits zu einer Zeit aufzudecken, wo die Sache noch in tiefem Geheimniß bleiben sollte.

Leider war die Nachricht durch eine abscheuliche Indiskretion auch vorzeitig in die Spalten der Kölnischen Zeitung gedrungen und machte nicht nur ein außerordentliches und unliebsames Aufsehen, sondern hatte auch für meinen Münchener Diplomaten die tragische Folge, daß er sich von den Geschäften zurückzuziehen genöthigt wurde. Die ganze Angelegenheit wird der Leser am unmittelbarsten aus den Briefen von Elsholtz selbst entnehmen, deren vielfach unterhaltenden Inhalt ich freilich hier nur der Hauptsache nach mittheilen kann.

Die Münchener Gesellschaft hatte sich im Winter von 1849 auf 1850 den geselligen und Carnevalsfreuden in vollstem Maße überlassen, als wollte sie die Versäumnisse der letzten Jahre nachholen. In der diplomatischen Welt Münchens war aber dadurch der große Gegensatz nicht zu beschwichtigen, welcher durch ganz Deutschland hindurchging. Der österreichische Gesandte Graf Friedrich Thun war von dem einen größeren Theil der vornehmen Welt umschwärmt, wogegen der preußische Gesandte nur sehr vereinzelte Anhänger fand und sehr isolirt dastand. Während die österreichischen Staatsmänner noch einigermaßen zu bemänteln wußten, daß man sich rückhaltslos in die Arme der katholischen Kirche geworfen hatte, erhoben die Ultramontanen in München bereits freier und offener ihr Haupt.

So war hier recht eigentlich der Tummelplatz aller katholischen und preußenfeindlichen Bestrebungen und Elsholtz machte mir von dem Treiben dieser Parteien eine sehr lustige Beschreibung:

„Bei der bekannten höchst spärlichen Begegnung des Hofes mit dem diplomatischen Corps ist es dem Letztern nur in der Carnevalszeit vergönnt, sich der königlichen Familie zu nähern, was im Laufe der letzten Woche sogar zweimal geschah. Zuerst bei einer Masken-Akademie im Odeon, deren Besuch auf Einladung des Ceremonienmeisters, jedoch gegen Bezahlung stattfindet, sodann bei dem großen Hofball, zu welchem alle Hoffähigen berufen sind. Der Letztere konnte zugleich als ein Vereinigungsfest für die in zwei Hälften gespaltene Diplomatie nicht ganz mit Unrecht betrachtet werden. Hier aber zeigte sich, da die Vereinigung eine bloß äußerliche war, um so deutlicher die Spaltung im Innern."

„In dem Wonnemeer königlicher Bevorzugung und stolzer Selbstgenügsamkeit schwamm die eine größere Hälfte, das heißt, die sogenannten Großdeutschen, oder besser Schleppträger Oesterreichs; einsam und unberührt von dem Winde der Macht, welcher jenen die Segel schwellte, stand die andere Hälfte. Am spaßhaftesten aber trat die Triumphatormiene bei dem kgl. hannoverschen Geschäftsträger hervor, dessen persönlich gespreiztes Wesen durch die auffallende Wichtig-

keit noch unendlich gesteigert wird, welche man der Freundschaft seiner und aller andern dem preußischen Bündnisse abholden Regierungen so verschwenderisch hier beilegen sieht. Mit großer Belustigung vernahm ich daher als Nächststehender ein zwischen dem besagten von dem Knesebeck und dem kgl. sächsischen Geschäftsträger geführtes Gespräch über die Versammlung in Plochingen, welche von dem Letztern als sehr bedenklich angesehen ward und konnte kaum eines Lachens mich erwehren, als Herr von dem Knesebeck mit einem unnachahmlichen Ausdruck, wie wenn etwa er selbst als höchster Machthaber davon betroffen wurde, in die Worte ausbrach: „Ja, auch mir ist die Sache äußerst unangenehm". Indessen muß als Erklärung hinzugefügt werden, um solcher Naivetät Glauben zu verschaffen, daß wenige Augenblicke zuvor des Königs Majestät sich mit Umgehung meiner zu ihm gewendet und wie schon bei der Maskenballakademie auch hier geraume Zeit mit dem Glücklichen sich unterhalten hatte, wie denn auch der Herr Minister von der Pfordten nicht unterließ, seinen politischen Glaubensgenossen eine Aufmerksamkeit zu zeigen, welche mir alleinstehendem Gegenfüßler unerbittlich versagt blieb. . . . Im übrigen muß zugegeben werden, daß der österreichische Gesandte in seiner Haltung dem Schweise der Trabanten gegenüber am unbefangensten und wie wirkliche Macht immer auch am anspruchlosesten erscheint, mithin diese Macht mehr zu üben, denn zu zeigen bedacht ist, wie denn seinen Inspirationen auch der wesentlichste Einfluß auf den Gang der hiesigen Politik nicht abgesprochen werden kann."

Als eines der größten politischen Ereignisse wurde es aber in dem carnevalslustigen München aufgefaßt, als auf einem der nächsten Hoffeste der König dem hannoverschen Gesandten eine der seltensten Auszeichnungen zu Theil werden ließ:

„Was aber bei allen diesen Schätzen und Wundern von dem Beobachter wohl für das bedeutendste Moment dieses Festes zu halten war, bestand darin, daß des Königs Majestät im Beisein der anwesenden Gesandtenfrauen von Rußland, England, Preußen und Oesterreich, mit der Gattin des hannoverschen Geschäftsträgers den Ball eröffnete, was eines weitern Commentars nicht bedarf, insofern aber einen beunruhigenden Eindruck hervorbringen kann, weil die Rückwirkung dieses so zu sagen hier unerhörten Vorgangs auf den beglückten Ehemann eine nicht abzusehende ist. Er hatte denn auch kurz nachher mit dem anwesenden, von seiner Krankheit glücklich hergestellten Prinzen Wilhelm von Preußen, Vater der Königin, wie mit seines Gleichen verkehrt."

„Selbst mir begegnete er in seinem Glücke freundlicher, als jemals und theilte mir als Neuigkeit mit, daß er in der Person seines Laufburschen, eines

vormaligen Bedienten von mir, dessen geistige Gaben mir daher sehr genau, wiewohl nicht vortheilhaft bekannt sind, — daß er diesen als Courier mit Depeschen nach Hannover gesendet habe, woher er bereits glücklich zurückgekehrt sei."

„Wie spaßhaft aber auch die Eröffnung mir erschien, so begnügte ich mich doch mit der frommen Bemerkung:"

„Was Gott aus dem Menschen nicht alles machen könnte", welcher mein Interlocuteur denn auch, wiewohl etwas verlegen, seine Zustimmung gab. Zum Schlusse glaube ich aber auch die Bemerkung beifügen zu sollen, daß die leidenschaftliche Vorliebe für die Vier-Königs-Liga, an welcher man hier braut, noch keine sichern Symptome des Erfolges bietet."

„Wohlunterrichtete Personen sind der Meinung, daß Oesterreich weniger lebhaften Antheil nehme als gewünscht wird, daher eine Entscheidung sich noch sehr entfernt zeige."

In letzterer Beziehung klärten sich aber die Verhältnisse bereits in kürzester Zeit. Es fand sich, daß zwar Hannover den Abmachungen der Mittelstaaten nicht unbedingt beitreten wollte, aber doch die Opposition gegen den preußischen Bundesstaat redlich mitzumachen entschlossen war. Die drei andern Königreiche aber schlossen unter Vermittlung Oesterreichs schon nach wenigen Wochen ihren gegen Deutschland gerichteten Bund wirklich ab. Den Gang der Ereignisse berichtete Elsholtz Schritt für Schritt mit größter Genauigkeit;

München, den 17. Februar.

„Schließlich erlaube ich mir noch hinzuzufügen, daß der hiesige königl. hannoversche Geschäftsträger vorgestern plötzlich nach Hannover abgereist ist, dem Vernehmen nach, um seinem königlichen Herrn über die hier stattgehabten Vierkönigsverhandlungen, an deren wirklicher Existenz kein Zweifel mehr übrig bleibt, die angemessenen mündlichen Aufschlüsse zu ertheilen, woraus von Vielen, namentlich Gleichgesinnten, ein glückliches Ergebniß derselben und ein nahes Hervortreten damit gefolgert und geweißsagt wird, für mich aber und zwar nicht ohne Grund eine Wahrscheinlichkeit des Gegentheils sich an den Tag legt, worüber ich in wenigen Tagen nähere Aufklärungen zu geben werde befähigt sein, da es durch eine glückliche, wenn auch gewagte Combination mir gelungen ist, mich in den Besitz sämmtlicher, diese Besprechung betreffenden Papiere zu setzen, deren Inhalt daher, wenn es mir nicht gelingt, Abschriften zu erlangen, wenigstens auszugsweise und in übersichtlicher Darstellung mitgetheilt werden soll."

München, den 22. Februar.

„Als gewiß muß angenommen werden, daß in der deutschen Frage das Vertrauen des Monarchen in seine Minister wenigstens nicht erschüttert sei,

daß hier vielmehr ein vollkommenes Einverständniß vorwalte, ja daß, wenn eine Verminderung der bisherigen Zuversicht sich bemerklich machte, solche vielmehr auf Seite der Minister, als des Königs gesucht werden müsse, welcher in den österreichischen Bedingungen und Vorschlägen, bei denen man dem Vernehmen nach als einem nicht zu überschreitenden Ziel angekommen sei, nicht die Gefahr und die Consequenzen erblicken soll, welche die Minister darin zu erblicken vermeinen."

„. . . . Nur soviel wage ich daher hier noch hinzuzusetzen, daß nach der genommenen genauen Einsicht in die Lage der Sache nur die Monarchen, nicht aber deren verantwortliche Räthe in das bedenkliche großdeutsche Bündniß unter den österreichischen sine qua non Bedingungen kopfüber sich zu stürzen geneigt sind, weil eben erstere der strengen Verantwortlichkeit sich enthoben fühlen, welche den Letztern unnachsichtlich auf das Haupt fällt."

„So ist die Stimmung in Hannover, so ist sie hier, weniger vielleicht in Dresden und Stuttgart, wo alles auf das gewünschte Ziel unaufhaltsam hinzudrängen den Anschein hat."

München 25. Febr.

„. . . stehe ich nicht an, die aus derselben Quelle geflossene, ebenso wichtige als wohlverbürgte Nachricht mitzutheilen, daß der sogenannte Vierkönigsbund so gut wie gesprengt, oder doch mit einem gewaltigen Risse bedroht ist, indem Hannover die Unterzeichnung ablehnt und aller Theilnahme daran, wenn auch nicht ohne Hintergedanken, doch für den Augenblick sich völlig entzogen hat. Nach schweren Kämpfen und der eifrigsten Befürwortung des von hier dorthin berufenen Geschäftsträgers Herrn von Knesebeck ungeachtet, hat der König den wohlbegründeten, von dem Anerbieten ihres Rücktritts unterstützten Vorstellungen seiner Minister doch endlich Gehör gegeben und zu dem obigen Entschluß unter der Bedingung sich bewegen lassen, daß damit zugleich eine förmliche Lossagung von dem preußischen Bündnisse erfolge, wonach denn die geeigneten Weisungen nach beiden Seiten hin bewirkt wurden."

„In Berlin ist daher durch den hannoverschen Gesandten erklärt worden, daß seine Regierung ihre Beziehungen zu dem Vertrage vom 26. Mai 1849 als völlig gelöst und ihr Verhältniß zu den Theilnehmern derselben auf die Grundlage des deutschen Bundes zurückgeführt ansehe, während Oesterreich gegenüber die Gründe entwickelt wurden, weshalb man der in München verabredeten Uebereinkunft nicht beitreten könne, — Gründe, welche zum Theil der geographischen Lage des Landes entlehnt sind. Nicht minder ist Herr von Knesebeck, welcher mit dem Resultat seiner Bemühungen anscheinend sehr unzufrieden gestern Abend zurückgekehrt ist, beauftragt, der hiesigen sowohl als der würtembergischen Regierung über die Stellung Hannovers die angemessenen

vertraulichen Eröffnungen zu machen, mit dem Beifügen des Wunsches und der unveränderten Bereitwilligkeit zu einem vertrauensvollen Zusammenwirken für die günstige Gestaltung des deutschen Verfassungswerkes auch ferner die Hand zu bieten."

„Nach beiden Seiten also, da ähnliche Wünsche wegen Fortdauer des guten Einvernehmens auch in Berlin angebracht wurden, will die hannoversche Regierung sich den Weg offen halten, um je nach Umständen vielleicht dem Stärkern beitreten zu können, wie denn auch der König vor der Beschlußfassung lange rathlos hin- und hergeschwankt, ja selbst dem Gedanken vorübergehend Raum gegeben hat, durch einen Ministerwechsel seinen österreichisch-bairischen Sympathien Genüge zu thun. Ob unter diesen Umständen nun die hier beinahe schon für ausgemacht geltende Unterzeichnung des getroffenen Uebereinkommens noch stattfindet, muß freilich abgewartet werden und wird zunächst wohl von den aus Dresden zu erwartenden Weisungen abhängen, wohin von Hannover aus die Kunde schon gelangt ist und dessen Entscheidung jetzt doppelt wichtig erscheint, da, wenn Sachsen auch nicht dem Beispiele Hannovers sich anschließen sollte, dennoch der Zweck immer nur halb erreicht wird, und Oesterreich nach einer actenmäßigen Aeußerung des hiesigen Ministerpräsidenten stark im Verdacht steht, bei nicht erzieltem vollständigen Einverständniß sich ganz zurückzuziehen und auf Kosten der vier Königreiche mit Preußen gemeinsame Sache machen zu wollen."

München 28. Februar.

„Ich säume keinen Augenblick, die bis jetzt noch in das tiefste Geheimniß gehüllte Nachricht zu geben, daß die zwischen Oesterreich und den mittleren Königreichen hier besprochene Uebereinkunft von den Bevollmächtigten Baierns, Würtembergs und Sachsens gestern unterzeichnet worden ist. Der königl. hannoversche Geschäftsträger wurde seit seiner Rückkehr zu den Conferenzen gar nicht mehr zugezogen, seiner Regierung jedoch, sofern sie zum Beitritt noch sollte sich bewogen finden, die Möglichkeit dazu offen gehalten. . . ."

„Im Uebrigen hat Graf Hohenthal, der königl. sächsische Geschäftsträger, nicht einmal für nöthig erachtet, weder neuere Instruktionen, noch die Ankunft des hierher zu sendenden Geh. Legationsrathes von Carlowitz abzuwarten, und hat auf den Grund der ihm ertheilten früheren Instruktion ohne weiteres unterzeichnet, um, wie es scheint, weder seine Abreise verschieben, noch auch das wichtige und vielleicht ordenbringende Geschäft einem Andern überlassen zu dürfen, wie denn ein starkes Drängen von Baiern und Würtemberg aus Furcht eines neuen Abfalls denn auch wohl vorausgesetzt werden darf."

So wenig Einigkeit sich unter den Feinden des Bundesstaates, wie man aus den voranstehenden Berichten ersieht, auch gezeigt hat, so unterließ man.

als am 27. Februar das Actenstück des neuen Bundes unterzeichnet und von Oesterreich gutgeheißen worden war, es doch nicht der Welt zu verkünden, daß Deutschland durch die „uneigennützigen Absichten der Mittelstaaten" gerettet worden sei. Der gehoffte Vierkönigsbund war nun zwar zu einem Dreikönigsbund herabgesunken und in Berlin hatte das Benehmen der Könige durchaus keine Niedergeschlagenheit, sondern eine momentane Erbitterung und Erhebung zur Folge, dennoch berichtete der Minister von der Pfordten im bairischen Landtag mit nicht geringem Selbstgefühl über seine Leistungen und legte den Ständen die Actenstücke des Bündnisses schon am 13. März vor. Der Inhalt des Vertrages war schon vorher durch die Zeitungen bekannt gemacht worden.

Noch einmal sollte der großdeutsche Gedanke zum Leben erweckt werden, indem man der Bundesregierung eine Nationalvertretung und ein Bundesgericht zur Seite stellte und der deutschen Nation in Aussicht stellte, daß 300 gewählte Mitglieder aus den Landesvertretungen sich in Frankfurt bei dem Sitze der Bundesregierung regelmäßig versammeln werden. Von diesen 300 sollte das volle Dritttheil auf Oesterreich fallen, welches soeben vor aller Welt den Beweis zu liefern im Begriffe war, daß constitutionelle Zustände in seinem Innern unmöglich und unausführbar seien. Die Bundesregierung selbst war aus den vielberufenen sieben Stimmen: Oesterreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg und die beiden Hessen gebildet, wobei es den übrigen Staaten freigestellt war, „soweit nicht agnatische oder sonstige erbrechtliche Beziehungen, deren Verbindung mit der einen oder andern Stimme bedingen, sich mit einer oder der andern von den sieben zu verbinden. Das ganze Project enthielt ebenso wenig neues, als es irgend eine Wahrscheinlichkeit darbot, von Oesterreich ernst und ehrlich befördert werden zu können.

Die Hoffnungen der Mittelstaaten, bei dieser Gelegenheit sich ein wenig auf Kosten der Kleinen zu erweitern und auszudehnen und solchergestalt dann die gewünschte Einheit auf die Dauer unmöglich zu machen, wurde von einem ihrer Staatsmänner in die Worte gekleidet: „Mir scheint, die Wellen werden noch lange hochgehen und die Barke, worin fünfunddreißig sitzen, dürfte umschlagen; es wird sich dann zeigen wer schwimmen kann." Ungeschminkt aber erklärten die verbündeten Regierungen in der Collektivnote, die sie an Oesterreich und Preußen gleichlautend richteten, daß sie die freie Entwicklung des deutschen Volksgeistes nur in der unverminderten Aufrechthaltung des Dualismus von Oesterreich und Preußen erblickten, bei welchen den kleinen Rheinbundskönigen ihre Macht für immer gesichert bliebe.

In der Antwort Oesterreichs war die Offenheit, mit welcher dasselbe seine Absichten aussprach, den königlichen Cabinetten etwas unbequem geworden. Fürst Schwarzenberg erklärte nicht nur seine Zustimmung zu den Vorschlägen

der drei Regierungen mit der sehr kategorischen Bemerkung, daß er in denselben die unüberschreitbare Grundlage aller weiteren Verhandlungen erblicke, sondern er ergriff auch die Gelegenheit, um den Beitritt Oesterreichs mit seinen gesammten Ländern zu fordern, da dieses weder dem Rechte, noch der Zweckmäßigkeit, noch den Interessen Deutschlands zuwider sei.

Eine so absolutistische und barsche Sprache der österreichischen Regierung über Fragen, welche die Interessen des deutschen Volkes auf das Tiefste berührten, übertraf doch noch bei weitem alles das, was man aus den Metternich'schen Bundeszeiten in Erinnerung hatte und war wohl nicht geeignet dem neuen Königsbündniß viele Freunde zu erwecken. Dennoch glaubte der König von Würtemberg seiner Feindseligkeit gegen Preußen die Zügel schießen lassen zu können. Als aber Preußen seinen Gesandten von Stuttgart abrief, und dem würtembergischen in Berlin die Pässe zustellte, so fing man in ganz Süddeutschland an gar sehr kleinlaut zu werden; und hätte eine starke Hand in Berlin aus solchen Symptomen Nutzen ziehen wollen, so hätte man wohl zu der Ueberzeugung kommen müssen, wie wenig Muth hinter den volltönenden Worten der Verträge und Noten der Mittelstaatsregierungen steckte.

Als wenige Wochen später bekannt wurde, daß Preußen sich ernstlich zu rüsten beginne, so meldete mir Elsholtz von München, daß an den Höfen eine vollständige Panique eingetreten und die Angst ganz entsetzlich geworden sei, es möchten die Tage der mittelstaatlichen Größe am Ende doch gezählt sein.

Zu alledem enthüllte sich die österreichische Regierung mit jedem Tage mehr und mehr und zwar mit einer Unverfrorenheit, welche in München und Stuttgart die peinlichsten Gefühle erweckte. Da nach dem Wiener Abkommen vom 30. September das Interimisticum am 1. Mai 1850 in Frankfurt sein Ende fand, so erließ Oesterreich ohne weitere Umstände eine Einladung an die sämmtlichen deutschen Regierungen, sich bis zum 10. Mai in Frankfurt zu versammeln, um die Neugestaltung des Bundes definitiv zu berathen und zu vollziehen.

Niemand vermochte in dieser Maßregel etwas anderes als die Berufung des alten Bundestags zu erblicken, und obwohl es derselbe Graf Thun war, welcher bei den Münchener Verhandlungen Gevatter gestanden hatte, der nunmehr als k. k. Präsidial-Bevollmächtigter nach Frankfurt ging, so schien sich Herr von der Pfordten doch einigermaßen durch das heißspornige Vorgehen des Fürsten Schwarzenberg beunruhigt zu fühlen, denn obwohl man über den Fortgang der Dinge in München Triumphlieder sang, wünschte man doch auch wiederum sich gewisse Anknüpfungspunkte offen zu lassen, und Herr von der Pfordten ließ mich mitten in dem Restaurationstaumel des Frankfurter Bundestags sogar einmal ersuchen, ich möchte doch, als die hiezu geeignetste Persönlichkeit, eine Verständigung mit Preußen herbeizuführen trachten.

Elsholtz schrieb über diese Versuche in seiner launigen Weise einen Bericht, mit welchem ich auch hier am passendsten die Schilderung des Treibens beschließen will, welches von den Mittelstaaten noch fortgesetzt wurde, als man schon in Erfurt und Berlin die preußische Regierung zu entscheidenden Beschlüssen zu drängen hoffte.

. . .„Bei dieser Gelegenheit," schreibt Elsholtz, „that der Herr Minister-Präsident die Aeußerung, daß man die Vereinigung Preußens mit den kleinen norddeutschen Fürsten sich wohl dürfe gefallen lassen, in keinem Falle aber mit dem Erfurter Bunde unterhandeln und ihn anerkennen werde, so lange Baden in preußischen Händen, und wie Herr v. d. Pfordten sich ausdrückte, von dem preußischen Gesandten regiert sei, da Baiern namentlich jeden fremden Einfluß zurückweisen müsse und werde, welcher auf Süddeutschland und über die zu diesem gehörenden Städte Frankfurt und Mainz hinaus sich ausdehnen wolle."

„Dies ungefähr war der Kern seiner Worte, die meinerseits nicht ohne einige bescheidene Einwürfe hingenommen, schließlich aber noch mit einer wichtigen Bemerkung von dem Herrn Minister-Präsidenten begleitet wurden. Er erklärte, daß übrigens von seiner Regierung, die voll reinster Uneigennützigkeit nichts für sich wolle(!), eine Vereinigung und Verständigung dringend gewünscht, und mein gnädigster Herr, der Herzog, dem er, Herr v. d. Pfordten, persönlich sehr wohl bekannt zu sein die Ehre habe — daß also des Herzogs Hoheit zu solcher Vereinigung beizutragen und in Berlin dafür zu wirken gewiß vorzugsweise befähigt und berufen sei."

„Von dieser wohlwollenden Ansicht, für welche ich meinen Dank abzustatten nicht unterließ, versprach ich auch sofort den geeigneten Gebrauch zu machen und bitte daher — eingedenk der Abschiedsworte unsers gnädigsten Herrn und seines für Herrn v. d. Pfordten mir noch jüngst aufgetragenen schwer bestellbaren Grußes — Höchstdemselben die voranstehende Mittheilung nicht vorenthalten zu dürfen*)."

---

*) Einige Monate später wurde Elsholtz von seinem Schicksal ereilt und die hannoversche Regierung verlangte seine Entlassung aus dem diplomatischen Dienst. Herr von Elsholtz wurde hierauf von meiner Regierung beurlaubt, und die bairische Regierung erklärte mit der Abberufung meines Gesandten die Sache für vollkommen beglichen. Im November war der diplomatische Zwischenfall beendet.

Drittes Capitel.

Der Erfurter Reichstag und der Fürsten-Congreß.

Während man sich in den deutschen Bundesstaaten allerorten zu den Wahlen für das Erfurter Parlament rüstete und in manchen Ländern die unsäglichsten Schwierigkeiten zu beseitigen hatte, um das Werk zu vollenden, war in Berlin durch die endliche Feststellung der preußischen Verfassung und durch die glückliche Beendigung der Verhandlungen über den Königseid das Vertrauen in die Zukunft Preußens und seiner deutschen Stellung mächtig gewachsen. In den verbündeten Staaten, wo Kleinmuth und böser Wille, in Süddeutschland, wo Mißgunst und Eitelkeit sich gegen die preußische Führung der deutschen Angelegenheiten geltend machten, vermochte die Thatsache, daß Preußen in die Reihe der constitutionellen Staaten eingetreten war, nicht ohne Rückwirkung zu bleiben.

Als der König am 6. Februar vor den versammelten Mitgliedern beider Kammern, unter Vorantritt des Staatsministeriums und in Begleitung der Prinzen im Rittersaal des Schlosses erschien und die revidirte Verfassung vom 31. Januar 1850 anerkannte und beschwor, war noch einmal ein Moment eingetreten, wo die zahlreichen Versäumnisse der letzten zwei Jahre ohne alle Frage nachgeholt und manche begangene Fehler gut gemacht werden konnten.

Bei der Feierlichkeit selbst hatte sich der König zwar rückhaltslos seiner bekannten Neigung überlassen, in möglichst ungebundener Rede alles zu thun und zu sagen, was bei seinen Freunden den Eindruck der Sache abschwächen konnte, aber trotz aller vorangeschickten mystischen und staatsrechtlich dunkeln Lehrmeinungen konnte die Bedeutung des Actes von keinem einsichtigen Politiker verkannt werden.

Für die deutsche Verfassung, wie sie als Grundlage des Bündnisses vom 26. Mai angenommen worden war, ergab sich eine Schwierigkeit aus dem Widerspruch, in welchem viele Bestimmungen der nun vom König beschworenen preußischen Verfassung zu dem noch durch die Frankfurter Beschlüsse beein=

flußten deutschen Entwurfe standen, aber um so wichtiger war es das Zustandekommen des Erfurter Parlaments auf jede Weise zu beschleunigen, um diese Gegensätze desto rascher auszugleichen.

Der Verwaltungsrath der verbündeten Staaten hatte sich daher auf einen sehr verständigen Standpunkt gestellt, wenn er die in den Einzelstaaten nothwendig gewordenen Abänderungen an dem Wahlgesetze sowohl für das Volks- wie für das Staatenhaus in keiner Weise bemängelte, sondern die Beurtheilung und Prüfung der zu Stande gebrachten Wahlen dem Parlamente selbst überlassen sehen wollte.

In Coburg und Gotha war es der Thätigkeit und Umsicht eines Mannes, den ich soeben mit glücklicher Hand an die Spitze des Ministeriums gestellt hatte, gelungen, trotz aller Widersprüche, die noch vor Kurzem erhoben worden waren, die Wahlen etwas verspätet, aber doch noch zur rechten Zeit zu vollenden. Herr von Seebach ist seit dem Jahre 1849 bis zu diesen Tagen mein Staatsminister geblieben und hat demnach die Geschäfte meiner Herzogthümer durch nahezu 40 Jahre glücklich geführt, ein vielleicht einzig dastehendes Beispiel in den constitutionellen Staatsverhältnissen der Neuzeit.

Er war aus innerster Ueberzeugung Anhänger der bundesstaatlichen Richtung unter preußischer Führung und griff überall mit vielem Glücke durch.

Indem ich diesen liebenswürdigen Mann, der mir stets in treuester Gesinnung zur Seite gestanden hat, hier zuerst in diesen Aufzeichnungen erwähne, darf ich wohl am besten aus einem Briefe jener Tage an meinen Bruder die Worte der Anerkennung wiederholen, welche ich ihm sofort gezollt habe:

„Schon als Stein sich diesen Sommer zeitweise von den Geschäften zurückzog und ich genöthigt war, die Gothaischen Ministerialgeschäfte in die Hände der Direktoren der obersten Landescollegien zu legen, erkannte ich es als eine unbedingte Nothwendigkeit ein neues kräftiges Ministerium zu bilden, dessen erste Aufgabe es sein würde, das Vereinigungswerk der beiden Länder ins Leben treten zu lassen und als natürliche Folge alle Behörden zu reoganisiren."

„Wie schwer es mir wurde einen neuen Minister zu finden, und welche Leiden dieser provisorische Zustand mir verursacht hat, habe ich Dir glaube ich geschrieben. Endlich habe ich nun in Herrn von Seebach einen talentvollen, noch jüngeren Mann gefunden, welcher durch seinen geraden, aber versöhnlichen Charakter überall geachtet war und auch hier den besten Eindruck gemacht hat. Er gehört der conservativ-liberalen Partei an und speziell zu dem großen Theil der intelligenten Kursachsen, welche der deutschen Sache treu geblieben sind und für den Anschluß Sachsens an Preußens engeren Bund in die Dresdener Kammer gewählt haben."

„Also ganz die Politik, die wir hier einschlagen und der Du ja auch ergeben bist.“

Innere und äußere, heimatliche und allgemein deutsche Verhältnisse machten eine Zusammenkunft mit meinem Bruder dringend nothwendig, an welcher auch der Minister Herr von Seebach Theil nehmen sollte. Ich reiste, da mein Bruder England nicht verlassen zu können erklärte, am 19. Februar über Cöln, Brüssel und Calais nach London und fand viele Gelegenheit, aufklärenden Einfluß auf politische Kreise in und außerhalb Englands zu nehmen.

Vor allem kam es darauf an, dem Könige Leopold eine richtigere Vorstellung von den deutschen Verhältnissen zu geben. Ich fand ihn theils durch den Einfluß Metternichs in Brüssel, theils auch durch die Berichte und Bemühungen Leiningens ganz und gar gegen Preußen und die Bundesstaaten gestimmt. Es war ihm, der seit lange keine unmittelbare Anschauung mehr von den kleinstaatlichen Zuständen hatte, sehr schwer begreiflich zu machen, daß nicht mehr in Oesterreich die höchste und beste Garantie für die Existenz und die Rechte der kleineren fürstlichen Häuser gesehen werden sollte.

Daß Oesterreich die kleinen Staaten zu Gunsten einer Theilung Deutschlands in sieben homogene Mittelstaaten am liebsten ganz preisgeben möchte, wollte der König nicht glauben. Dem Fürsten Metternich war es wirklich damals gelungen, ihn von der vollständigen Uneigennützigkeit Oesterreichs zu überzeugen, indem er ihm fortwährend versicherte, wie ja dieses der „einzige saturirte Staat“ in Deutschland wäre.

Ich hatte einen sehr schwierigen Stand gegenüber dem trefflichen Oheim, welcher durch den Gang der französischen Angelegenheiten und das immer deutlichere Erwachen des Bonapartismus den trübsten Stimmungen und den schlimmsten Kriegsbefürchtungen förmlich erlegen war. Ich conferirte die Nacht bis zum frühen Morgen mit ihm und war zu der Ueberzeugung gekommen, daß den Einflüsterungen der österreichischen Partei einzig und allein von England her wirksam bei dem Könige begegnet werden konnte. Mein Bruder entschloß sich daher, nachdem ich ihm während meiner Anwesenheit in London auch über diese Brüsseler Verhältnisse genugsam die Augen geöffnet hatte, ein sehr entschiedenes Memoire an den Onkel zu schreiben, welches man heute ohne Zweifel als eines der werthvollsten Zeugnisse für die Richtigkeit der bundesstaatlichen Ideen des Jahres 1850 ansehen kann.

Buckingham-Palace 19. März 1850.

Gnädigster Onkel!

„Ich habe noch Deinen lieben Brief vom 11. zu beantworten, bedaure indessen, daß ich den in demselben ausgesprochenen Ansichten durchaus nicht bei-

stimmen kann. Mir scheint das Abweichen unserer Ansichten darauf zu beruhen, daß Du von dem Begriffe Deutschland abstrahirst, indem Du eine Lösung der jetzigen Wirren um jeden Preis verlangst, während ich mein Urtheil und meine Vorschläge lediglich auf diesen Begriff stütze und von diesem ausgehe."

„Du wünschest Preußen so viel als möglich contentirt und salutirt — ich nicht, denn ich will nur, daß Preußen soviel als seine Schuldigkeit gegen Deutschland thue und diesem die föderativ-constitutionelle Entwicklung sichere, die Deutschland Noth thut und die nur Preußen allein ihm sichern kann, weil Oesterreich undeutsch und antideutsch ist und bleiben wird, und die kleinen Könige durch ihren Souveränetätsschwindel verleitet werden, eher die Monarchie selbst in Deutschland zu Grunde zu richten und der rothen Republik die Thüre zu öffnen, als ehrlich anzustreben, eine lebensfähige Föderativ-Constitution für Deutschland zu schaffen."

„In ihrer Opposition sind sie nothwendig darauf angewiesen, die kleineren Staaten zu mediatisiren und zu incorporiren, während Preußen nothgedrungen ist, sie zu schützen und ihnen eine legale Macht und Stellung einzuräumen, um den Föderativstaat möglich zu machen. Man vergleiche nur das Erfurter Programm mit dem Münchener Bündnisse, in welchem Baden schon als nicht mehr bestehend gedacht wird!!"

„Ich kann mich darum nicht davor fürchten, Coburg von den Truppen einer fremden Großmacht (Preußen), wie Du sagst, besetzt zu sehen, wenn ich ein deutsches Bundesheer annehme, in welchem die preußischen, sowie die Truppen der andern Staaten und folglich auch Coburgs gleich incorporirt sind."

„Mir wäre Sachsen auch lieber als Preußen und zu dem sächsischen Corps würden die Herzogthümer auch nach der drei Königs-Constitution fallen; aber Sachsen verläßt das Bündniß! In ihm ist die Einigung der sächsischen Häuser, die Du wünschest und die auch ich wünsche, vertragsmäßig und constitutionell festgesetzt und durch seine loyale Sicherstellung moralisch möglich gemacht, außer dem Bündnisse und seinem Schutze ist sie nicht möglich und jeder Versuch scheitert an dem Mißtrauen, welches sie gegen einander hegen: daß das eine das andere in den politischen Veränderungen übervortheilen möchte."

„Das Benehmen der albertinischen Linie unter Moritz und stets seitdem ist allerdings, wie Du richtig sagst, die Ursache des Herunterkommens Sachsens. Doch was war dies Benehmen anders, als das Aufgeben Deutschlands für Frankreich und Polen, das Aufgeben des Protestantismus und Sichanlehnen an die katholische antideutsche Politik Oesterreichs mit der Verwandtschaft des Hauses mit allen italienischen und spanischen Bigotten."

„Diese fehlerhafte Politik der katholischen Albertiner hat das Haus vernichtet und Preußen die Stellung gegeben, die Deutschland von einem prote-

stantischen Hause als Schutz gegen habsburgischen, jesuitischen Druck bedurfte."

„Aber Sachsen thut auch jetzt unbelehrt und unverbessert wieder nichts anderes, als sich von der deutschen Sache und dem nordischen, protestantischen, constitutionellen Bündnisse abwenden und sich wieder gegen seine gesunde, naturgemäße Stellung Oesterreich anschließen. Und die Geschichte vor Augen, — sollten die sächsischen Herzogthümer Sachsen in seiner selbstmörderischen Politik folgen und sich ihm anschließen? Ich würde nimmer dazu rathen."

„Preußen hat allerdings einen Theil Sachsens erobert und führt das sächsische Wappen im Schilde. Es kann aber auch von Sachsen geradezu gezwungen werden, auch das übrige noch zu erobern und Oesterreich wird zu einem solchen Auswege aus der Gefahr ganz Deutschland vereint und unter preußischem Vorsitze zu sehen gerne die Hand bieten, ja hat schon öfters von der möglichen Nützlichkeit einer Theilung Deutschlands mit Preußen gesprochen und wird dann Sachsen gerade denselben Schutz verleihen, den es ihm verlieh, als Friedrich August sich nach Prag in die Hände des Kaisers Franz begab. —"

„Doch ich bin fürchterlich lang geworden, und muß um Verzeihung bitten, es lag mir aber viel daran, mich ganz frei über meine deutschen und gut sächsischen Ansichten auszusprechen."

„Lebewohl, ewig Dein treuer Neffe

Albert."

Wie man sieht, bedurfte mein Bruder keineswegs meiner Ermunterung, um ihn für die deutsche Sache in Bewegung zu bringen. Er hatte sich mit der ihm eigenen Festigkeit und Schärfe für dieselbe entschieden und die Frage, welche zwischen uns hauptsächlich zu verhandeln war, bestand nur darin, zu ermitteln, welche Schritte von seiner und von englischer Seite unternommen werden könnten, um den österreichischen Einflüssen an den deutschen Höfen entgegenzuarbeiten.

Ich hatte unmittelbar vor meiner Abreise von Hause noch gute Gelegenheit gehabt, den Stand der Dinge genau zu überblicken.

Fürst Leiningen hatte sich mehrere Tage bei mir in Gotha aufgehalten und theilte mir, in der Absicht mich von der Bundesgenossenschaft Preußens abzudrängen, alles das mit, was nach seiner Ansicht einen plötzlichen Umschwung des Königs von Preußen in Aussicht stellte. Hiebei war nur das eine höchst charakteristisch, daß die Organe der österreichischen Regierung mit auffallender Eile verkündeten, mein Vetter hätte wirklich seinen Zweck bei mir erreicht!

„Die Wahlen für Erfurt werden im Herzogthum, so wurde in angeblichen Correspondenzen aus Gotha insinuirt, nicht beeilt, indem man an höchster

Stelle sehr wohl weiß, wie wenig Vertrauen in Berlin selbst für das Zustandekommen herrscht, wie man in Dresden denkt und wie ernstlich Oesterreich entschlossen ist, seinen Einfluß in Deutschland aufrechtzuerhalten. Fürst Leiningen war kürzlich hier und gab, da er von Wien kam, merkwürdige Aufschlüsse in dieser Hinsicht."

Wenn nun aber auch das Letztere richtig war, so lag doch sowohl mir, wie meinem Bruder nichts ferner, als daß wir uns durch Missionen solcher Art hätten einschüchtern lassen.

Die bedenklichsten Erfahrungen hatte ich allerdings noch kurz zuvor in Weimar machen müssen, wo ich am 16. Februar den Geburtstag der Großfürstin mitfeierte, und wo sich auch die Prinzessin von Preußen eingefunden hatte. Sie machte über das zwischen dem Wiener und Berliner Hofe wachsende Einverständniß die interessantesten Mittheilungen, und als die von wärmstem Patriotismus und den richtigsten politischen Ueberzeugungen immer erfüllte Prinzessin am 19. zu uns nach Gotha zu Besuch gekommen war, wollte sie eben noch ganz schlimme Nachrichten erhalten haben.

In Wien und Dresden wurden alle Hoffnungen darauf gebaut, daß das Werk des Bundesstaates noch einmal auf parlamentarischem Wege vernichtet werden müßte. Man hoffte, daß der Erfurter Reichstag sich weigern werde, die Bestimmungen der Reichsverfassung, mit Rücksicht auf die preußische Constitution, die Friedrich Wilhelm ja beschworen hatte, zu verändern.

Die Unvereinbarkeit der beiden Richtungen dachte man alsdann zu benutzen, um dem König von Preußen die Rückzugslinie zu bereiten.

Durch freundliches Entgegenkommen meinte man den politischen Uebergang Preußens zur Sache des Frankfurter Staatenbundes zu erleichtern.

Um diesem Feldzugsplane entgegenzuwirken, verabredete ich in London mit meinem Bruder, es sollte dieser unmittelbar nach meinem Abgange von England an den Prinzen von Preußen den folgenden Brief abschicken, welchen wir zusammen verfaßt hatten und der in Berlin nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Gnädigster Vetter!

„Dein freundlicher Brief vom 24. v. Mts. hat mir große Freude gemacht, indem er so gute Kunde von Dir gab und wir kürzlich durch das Accident im russischen Hofe in Frankfurt ernst erschreckt worden waren. Da Du nun aber dessen gar nicht erwähnst, so dürfen wir annehmen, daß Du keineswegs üble Folgen davon verspürt hast."

„Der politische Zustand in Deutschland ist noch immer ein höchst unbefriedigender; doch kann man wenigstens Preußen von Herzen Glück wünschen, daß es mit seinem eigenen Constitutionswerke so glänzend zu Ende gekommen

und so der erste Staat geworden ist, der die Aufgabe, die ihm das Jahr 1848 gestellt hatte, auch wirklich gelöst hat, während alle übrigen in demselben Zweifel und derselben Rathlosigkeit noch befangen sind, in welche sie die Revolution gestürzt hat."

„Möge Preußen nun auch in dem zweiten Theil seiner Aufgabe der Reconstruktion Deutschlands ebenso viel Ausdauer und Consequenz beweisen und ein ähnlich glänzendes Resultat gewinnen, als es in seiner eigenen errungen hat! Daß, je näher der Augenblick des Zusammentritts der Erfurter Versammlung erscheint, desto heftiger auch die Opposition Oesterreichs und der Könige wird, ist ganz natürlich und beweist nur, daß jener Zusammentritt von ihnen für ihre Machinationen äußerst gefährlich angesehen wird und daß es zu beklagen ist, daß mit der Zusammenberufung so lange gezögert und dadurch so viel werthvolle Zeit und Kraft verloren worden ist. Hält Preußen furchtlos an seinem Unternehmen fest, so ist ihm nichts anzuhaben."

„Allerdings sucht Oesterreich die armen kleinen Staaten einzuschüchtern, doch hat es hiezu nur zwei Mittel: nämlich ihnen davor Angst zu machen:

1. Preußen wolle sie nur erobern und
2. Preußen werde sie im Stiche lassen, wenn es zu einem Bruche kommen sollte und sie dann der Rache Oesterreichs und der Könige überlassen."

„Auf beide Anschuldigungen kann Preußen keine bessere Antwort geben, als streng an seinem Programm festzuhalten und den Bundesstaat zu vollenden, selbst wenn nur die kleinen Staaten in ihm enthalten sein sollten. Diese werden sich dann, gegen Außen wie gegen Innen geschützt und gerettet, um so fester anschließen und Oesterreich wird den Haupthebel verlieren, mit dem es auf die Königreiche wirkt, nämlich die Besitznahme der kleinern Staaten."

„Darum hoffe ich auch, wird die Erfurter Versammlung einen dem Vorschlage Herrn Liebigs aus Braunschweig ähnlichen Beschluß fassen und Preußen sollte (meines Erachtens) auf das Zustandekommen desselben dringen: nämlich Annahme der Constitution als ganzem und Suspension aller Artikel in ihr, welche den Beitritt noch anderer Staaten voraussetzt. Mit diesem Beschlusse würde mir die Einheit und der Friede Deutschlands gerettet erscheinen."

„Die Staaten, welche im Bündnisse geblieben sind, werden sich unter Preußen gesetzlich reconstituiren können und die Königreiche würden bald ihre Macht- und Rathlosigkeit, sich außerhalb des Bündnisses reconstituiren zu können, einsehen; denn obgleich sie einem Zustandekommen des deutschen Bundesstaates unter Preußen sehr hinderlich sein können, so können sie selbst ohne Preußen (nach meiner festen Ueberzeugung) gar keine Art von politischem Körper bilden und am allerwenigsten unter Oesterreich, und allein und isolirt können sie nicht bestehen."

„Preußen gehe darum consequent in der Lösung seiner Aufgabe vorwärts und lasse Niemanden wähnen, es hätte selbst kein Zutrauen in sich und seine Sache. Der Ausspruch: „wenn uns alles verläßt, so haben wir doch unsere Ehre gerettet", den ich so häufig von Preußen gehört habe, sollte darum streng vermieden werden. Preußen wird bestimmt nicht verlassen, wenn es sich selbst und Deutschland nicht verläßt."

„Mein Bruder, der leider nur wenige Tage bei uns verweilen konnte, hat mir auch viel von der Furcht erzählt, die man den kleinen Staaten einzuflößen sucht, ist aber ebenfalls fest davon durchdrungen, daß sie im Bündnisse mit Preußen sich vor nichts zu fürchten haben. Dagegen flößt mir ein Gegenstand viel Furcht ein und das ist die Möglichkeit, daß sich der König aus edlem Gefühle gegen die Gutgesinnten in Neufchâtel dazu verleiten lassen könnte, sich mit der Schweiz in einen Streit einzulassen. Dies wäre das Unglücklichste und Gefährlichste, das ihm und Deutschland in diesem Augenblicke begegnen könnte, und der bloße Gedanke daran hat schon in Frankreich Gewitterwolken entstehen machen. Die Gefahr, der er dadurch ganz Europa aussetzen würde, ist gar nicht zu berechnen, während der mögliche Vortheil, der zu erlangen sein möchte, wohl kaum von irgend einem Werth sein kann."

„Ich freue mich, daß unsere Universal-Ausstellung Deinen Beifall gefunden hat und auf das Wort, das Du darüber hast fallen lassen, möchten wir gern die Hoffnung bauen, Dich mit der Prinzessin hier bei der Gelegenheit bewillkommnen zu können. Sehen wir dies einstweilen für abgemacht an."

„Victoria läßt Dir tausend Schönes sagen und ich bleibe in aufrichtiger Freundschaft und Verehrung

Dein treuer Vetter
Albert."

Windsor Castle 5. März 1850.

Um den außerordentlichen Werth dieser unmittelbaren und bestimmten Meinungsäußerungen meines Bruders in unserem Memoire über die deutsche Frage zu ermessen, muß man sich erinnern, daß die englische Regierung in Deutschland fast lauter diplomatische Vertreter hatte, welche den nachtheiligsten Bestrebungen der Höfe das Wort redeten. Dieselben verbreiteten recht absichtlich die Meinung, als hätte eine bundesstaatliche Politik Preußens lediglich Widerspruch von englischer Seite zu erwarten.

In Berlin war damals Lord Westmoreland, in Dresden Mr. Forbes Geschäftsträger Englands. Sie waren beide mir persönlich gut bekannt und ich stellte ihnen oftmals vor, welchen unverantwortlichen Schaden sie durch ihre privaten Antipathien der deutschen Sache brächten. Charakteristisch für diese

Zustände in der Diplomatie war es sicher, was einmal (22. März) mein Bruder schrieb:

„Unser E... Forbes räth Beust, die Gelegenheit eines Krieges dazu zu benützen, daß Sachsen seine Provinzen von Preußen wieder erobern, oder sich sonst vergrößern soll."

„Das Geheimniß ist vom Examiner neulich hübsch aufgedeckt worden mit den Worten: England keeps a dignified neutrality with the exception of our Pumpernickel Diplomatists at the small German courts who fear the extinction of their twaddlesome nothingness. Hier ist Forbes vortrefflich gezeichnet."

Leider ließ sich nicht allenthalben in Deutschland das Vorurtheil zerstreuen, als ob jeder einzelne englische Dutzenddiplomat die gesammte Meinung des Königreichs vertrete.

Unter diesen Umständen war es von größter Wichtigkeit, daß wenigstens in den höchststehenden Kreisen Berlins die Ueberzeugung wach erhalten wurde, daß der Prinz sowie die Königin ganz anders von dem deutschen Bundesstaate und dem Parlament von Erfurt urtheilten, als das, was sich im gewöhnlichen Gang des diplomatischen Getriebes an der Oberfläche für englische Anschauung ausgab.

Mein Bruder legte aus demselben Grunde auch großen Werth darauf, daß Stockmar in das Erfurter Parlament gewählt wurde. Der Vertraute des englischen Hauses sollte dort gewissermaßen auch für dessen Gesinnung Zeugniß geben. Obwohl man nicht behaupten könnte, daß Stockmar sich für diesen Zweck sehr rührig gezeigt hätte, so gaben wir uns in Coburg doch alle Mühe, seine Wahl für das Volkshaus zu Stande zu bringen. Er selbst war erst nach Eröffnung des Parlaments aus London in Erfurt eingetroffen und trat am 1. April in dasselbe ein. Er hielt sich jedoch sehr reservirt und legte mehr durch seine persönliche Autorität als durch lebendige Antheilnahme an den Verhandlungen hie und da ein Gewicht in die Waagschale.

Seiner Meinung nach standen die Dinge so hoffnungslos, daß er schon nach einem vier- bis fünftägigen Aufenthalt in Erfurt anfing die übelsten Prophezeiungen zu machen. Meiner Ansicht nach war ein solcher Pessimismus mindestens verfrüht und nur dazu geeignet, die Sache desto sicherer zu verderben*).

Der Charakter der Erfurter Versammlung war in jeder Beziehung achtunggebietend und ich bin auch heute noch derselben Ueberzeugung wie damals, daß eine ähnliche Versammlung in Europa niemals getagt hat, welche eine so große und staatsmännische Mäßigung an den Tag gelegt hätte.

---

*) Vgl. v. Stockmar Denkwürdigkeiten S. 599 ff.

Während Deutschland noch in leidenschaftlichster Weise zerklüftet war, gab es in Erfurt wohl ein Mehr oder Minder des Vertrauens zu Preußen, aber nur eine einheitliche Anschauung über das Wesen der deutschen Frage.

Entscheidend für die Auffassung, welche die meisten Mitglieder des Parlaments nach Erfurt mitbrachten, war ohne Zweifel der Name von Radowitz, welchen die preußische Regierung zum Commissär des Reichstags ernannt hatte und dessen Bevollmächtigung als ein Beweis genommen wurde, daß es dem Könige mit der Lösung der deutschen Frage wirklich Ernst sei. Man konnte nicht anders denken, als daß ein Mann, dessen preußisch-deutsches Programm schon aus der Zeit vor dem Jahre 1848 datirte und der daher von Friedrich Wilhelm IV. doppelt geschätzt worden war, jetzt nur auserwählt sein konnte, um die so nahe Ausführung desselben mit sicherer Hand zu leiten.

Als schon Ende Februar im Verwaltungsrathe zu Berlin die Gewißheit herrschte, Herr von Radowitz werde an die Stelle von Bodelschwingh treten, so nahm man dies trotz des größten Zutrauens, welches der Letztere genossen hatte, als ein sehr günstiges Zeichen. Man begriff zwar nicht, warum für den Fall der Nominirung des Herrn von Radowitz zum preußischen Commissär Herr von Bodelschwingh aus dem Verwaltungsrathe austreten wollte, aber Mißtrauen gegen die Person und Thätigkeit des rührigen und geistvollen Generals war erst lange nachher und zwar in Folge der Erfurter Verhandlungen aufgetreten. So machte Seebeck über die Vorgänge im Verwaltungsrathe noch am 9. März nur günstige Mittheilungen.

Radowitz hatte an diesem Tage den Vorsitz an Stelle Bodelschwinghs übernommen und hatte sofort die Genugthuung, daß alle seine Anträge, insbesondere auch sein Vorschlag angenommen wurde, Herrn von Carlowitz in Dresden mit zum Reichstags-Commissarius zu ernennen.

„So sind wir," schloß der Berichterstatter, „unserm Ziele nahe, Gott gebe, daß wir es noch im letzten Anlaufe rasch und glücklich erreichen. Das ihm anvertraute Pfand unverletzt in die Hand der Nation zu bringen, war die Aufgabe des Verwaltungsrathes. Nun möge es ihm ergehen wie dem Korne, das, ins Fruchtland geworfen, verwest, nur um die vollere Aehre hoch und kräftig zu Tage zu treiben."

Wie man aus diesen Worten sieht, fehlte es auch sehr gewiegten und ruhigen Männern in jenem Augenblicke nicht an einer gehobenen Stimmung.

Wenige Tage später befanden sich Minister, Verwaltungsräthe, Deputirte und Diplomaten aller Nationen auf der Reise nach der alterthümlichen, thüringischen Hauptstadt, die in ihren Mauern so viele Reichs- und Landtage und noch vor einem Menschenalter das Schauspiel einer Versammlung von Fürsten zu den Füßen des corsischen Eroberers gesehen hatte.

Erinnerungen der Größe und der Erniedrigung Deutschlands hafteten an den engen und mittelalterlichen Straßen der Stadt, so daß Präsident Simson nicht umhin konnte, in seinen Antrittsworten auch seinerseits dieser historisch weihevollen Stimmung Ausdruck zu geben. Er erinnerte daran, daß gerade vor tausend Jahren auch König Ludwig der Deutsche in diese Stadt einen Reichstag zur Regelung der öffentlichen Zustände berufen habe.

Die Linke in dieser Versammlung bestand aus Männern von vollständig conservativer Gesinnung, es waren meist die Mitglieder der Frankfurter Centren, welche sich ein halbes Jahr vorher in Gotha als Partei constituirten. Die Opposition saß hier eigentlich auf den Bänken rechts und hatte in ihrer Mitte die bekanntesten Kämpfer des preußischen Partikularismus, welche, wie Gerlach, Stahl, Kleist-Retzow sich mehr und mehr als Gegner jeder deutschen Einigung enthüllten. Wenn es zu Differenzen zwischen der Regierung und der Majorität des Reichstags überhaupt gekommen ist, so lag der Grund bekanntlich in der Formfrage, ob die Verfassung en bloc anzunehmen und die Revision der einzelnen Bestimmungen zu folgen hätte, oder ob die Verfassung im Ganzen zu verwerfen, aber in amendirter Gestalt neu auszuarbeiten wäre.

Hier war denn auch der verfängliche Punkt, an welchem das ganze Vertrauen, welches man Radowitz entgegenbrachte, scheiterte; hier war der Kampfplatz persönlicher Gegnerschaft, wie sie bei Bodelschwingh und Patow gegen den preußischen Commissarius hervortrat; hier fand die „Schlehdornpartei“ die Handhabe, um selbst das loyalste Vorgehen der Liberalen als revolutionär und antipreußisch zu verdächtigen.

Es liegt mir fern, die Verhandlungen des Parlaments im Volks- und Staatenhause im Einzelnen nach den allgemein zugänglichen Protokollen zu resumiren. Wenn aber das Verhalten von Radowitz und der preußischen Regierung damals und später als etwas räthselhaftes betrachtet worden ist, so können vielleicht einige Mittheilungen aus den Berichten über die Vorgänge im Verwaltungsrathe immerhin von Interesse sein. Hier hatte Radowitz offenbar mehr im Sinne seines königlichen Herrn als in voller Uebereinstimmung mit dem preußischen Ministerium auf die Anschauungen der Staatenbevollmächtigten zu wirken gesucht.

„Offenbar,“ hieß es, „wollte und will die preußische Regierung den Schein vermeiden, daß von ihr der Gang und Abschluß der bundesstaatlichen Entwicklung allein ausgegangen sei. Sie wünscht, daß ihr die Dinge gebracht werden, daß sie nur einer politisch historischen Nothwendigkeit zu weichen scheine.“

Man wird nicht irre gehen, wenn man bei diesen Worten unmittelbar an die Stimmung des Königs denkt, der die Verantwortung der Sache von sich

geschoben wissen wollte, der sich besonders Oesterreich gegenüber als der Bedrängte, Genöthigte darstellen und Rußland beweisen wollte, daß, wenn nicht Preußen den Frieden aufrecht hielte, die Revolution in neuer Kraft aufflammen würde.

Wenn dagegen behauptet wurde, daß Radowitz die en bloc-Annahme der Verfassung seinerseits gänzlich verworfen hätte, so widerspricht dem alles, was er hierüber im Verwaltungsrathe geäußert hatte.

Er verlangte nur den Vorbehalt sofortiger Revision durch einfache Majoritäten.

Bei der Annahme der Verfassung im Ganzen war eine Schwierigkeit in der That nicht zu verkennen, welche sich ohnehin von Tag zu Tag steigerte, daß es nämlich den unsichern Bundesgenossen dadurch sehr erleichtert worden wäre, von dem Bündniß abzuspringen.

Gleich hier begann der verhängnißvolle Einfluß Kurhessens und des Unheil sinnenden Kurfürsten.

Wenn man schon bei der Ernennung Hassenpflugs zum Minister von Kurhessen und bei dem Erscheinen dieses Mannes in Erfurt und Berlin allüberall Gewitterwolken heraufziehen sah, so war es doch kaum bekannt geworden, daß der Kurfürst persönlich mit Vertagungsanträgen an den König von Preußen herangetreten war.

Man schrieb mir darüber während der Ostertage aus Berlin, daß sich der Minister von Schleinitz nicht unbesorgt geäußert hätte:

„Vor Allem liegt daran — so lauteten meine Nachrichten — in Erfurt eine feste Formation rasch zu Stande zu bringen. In dem Fortschreiten auf diesem Wege wird sich Preußen auch nicht beirren lassen, wenn noch ein oder der andere Staat bei der Ausführung der Verträge vom 26. Mai zurücktreten sollte. Der Kurfürst von Hessen hat an den König von Preußen einen Brief geschrieben und ihn ersucht, den Reichstag zu vertagen, da jetzt andere Vorschläge gemacht seien und es zweckmäßig scheine, darüber erst zu verhandeln. Im Fall dies aber nicht angehe, möge Preußen wenigstens die Bevollmächtigten, auch der nicht dem Bunde angehörenden Staaten, nach Erfurt einladen."

„Der König hat hierauf eigenhändig in ablehnendem Sinne geantwortet und namentlich hervorgehoben, wie die Münchener Convention auf einer Verkennung der Rechte der kleineren Staaten beruhend, darauf berechnet sei, Gelüste nach deren Beeinträchtigung zu wecken, er sich aber überzeugt halte, daß bei dem Rechtssinne des Kurfürsten dies keinen Erfolg haben könne."

Die Gegner des Bundesstaates arbeiteten in jenem Augenblicke an der Zerbröckelung der Union durch unmittelbare Einwirkung auf die fürstlichen Herr-

schaften. Ich muß dies gleich hier um so mehr betonen, weil mein eigenes Eingreifen in den Gang der Dinge nachher eben den Zweck verfolgte, die drohende Desertion der Bundesfürsten unmöglich zu machen.

Wenn man in den Kreisen des Parlaments auch die löbliche Absicht hatte, der Annahme der Verfassung die Revision derselben unmittelbar nachfolgen zu lassen, so kam es doch vor Allem darauf an, die Zustimmung der einzelnen Regierungen und der Fürsten selbst so rasch und sicher als möglich zu erlangen. In dieser Richtung konnte man mit den Gesichtspunkten von Radowitz' ganz einverstanden sein und man kann nicht behaupten, daß seine Besorgnisse und seine Vorsicht unbegründet gewesen wären. Was aber gänzlich mangelte, war ein energisches und rückhaltsloses Angreifen der Mittel, welche zum Ziele führen konnten.

Einer der schlimmsten Zwischenfälle während der Spezialverhandlungen über die Verfassung fällt dem General zur Last, als man im Staatenhause an den Artikel über das Recht des Bundesstaates zu Krieg und Frieden gekommen war. Herr von Carlowitz war von Radowitz bestimmt worden, im Staatenhause Anträge zu stellen, welche in dieser Beziehung die weitestgehenden Concessionen zu Gunsten des weitern Bundes enthielten, während der Verwaltungsrath auf einer strikten Feststellung des Bundesrechts der Union bestand.

Herr von Carlowitz wollte seine Stelle als Commissarius in Folge dessen niederlegen und ich glaube, daß es nur meiner Ueberredung gelungen ist, ihn davon abzuhalten. Ich befand mich zur Zeit dieses bedenklichen Streits eben in Erfurt und vermittelte so gut es gehen wollte; man konnte aber nicht verkennen, daß Radowitz auch in diesem Punkte einem geheimen Wunsche des Königs nachgegeben hatte, sich in den wichtigsten Staatsfragen über Krieg und Frieden nicht von Oesterreich und dem alten Bundesverhältniß von 1815 abtrennen zu müssen.

Trotz diesen und manchen andern Nebengedanken, welche in Berlin noch nicht verstummt waren, hegte ich doch wieder neue Hoffnungen, als sich seit der Mitte April zeigte, daß das Volkshaus alle Punkte aus dem Verfassungsentwurf zu entfernen entschlossen war, welche einen Widerspruch gegen die preußische Constitution enthielten. Insbesondere war hiebei das besonnene Vorgehen der Abgeordneten in den Grundrechten entscheidend, denn mit der Tilgung aller radikalen Auswüchse des Frankfurter Verfassungswerkes aus dem Bundesstaatsentwurf vom 28. Mai schien den Fürsten jeder vernünftige Grund benommen, um einen Rücktritt von der Union zu motiviren.

In dem letztern Umstand war ohne Zweifel der Cardinalpunkt für die gesammte Existenz des Bundesstaates zu erblicken. Ich wendete daher auch allen meinen Einfluß auf die liberalen Deputirten an, um ihnen begreiflich zu machen,

daß alle Fragen der Verfassung nur nebensächlich seien, gegenüber der Nothwendigkeit, die Fürsten auf jede Weise festzuhalten.

Ich ließ durch die Herzogin, welche sich eben in Karlsruhe befand, meinem Schwiegervater die bündigsten Versicherungen über den günstigen Gang der Arbeiten des Reichstags und über das täglich wachsende Vertrauen zu der Sache zukommen und bereitete ihn auf die Nothwendigkeit vor, daß die Fürsten, noch während der Reichstag versammelt wäre, persönlich zusammentreten müßten.

Ich conferirte mit Radowitz und suchte ihm trotz seines Widerspruchs den Gedanken eines Fürstencongresses geläufig zu machen, andererseits fand ich auch Gelegenheit, den Herren von der preußisch-reactionären Opposition zu zeigen, daß ihre Liebhaberei für den alten Bundestag Preußen denn doch in eine Stellung bringen könne, die mit den Traditionen des Staats und seiner Stellung unter den europäischen Mächten wenig vereinbar sein möchte.

Zwischen Befürchtungen und Hoffnungen getheilt, waren meine Briefe an meinen Bruder in diesen unruhigen Tagen ein richtiges Abbild der wechselnden Stimmungen, an denen derselbe, bei seinem lebhaften Interesse, für das Einigungswerk den vollständigsten Antheil nahm. Ich lasse daher einen Theil dieser Correspondenzen zunächst hier folgen:

Gotha 26. März 1850.

Lieber Albert!

„Ich sende Dir anliegend zwei Briefe aus Erfurt. Die Sachen gehen dort ganz gut. Unbestritten ist die wahre Intelligenz Deutschlands dort im Auszug versammelt, ausgenommen — Karl und Blittersdorf. Ersterer nennt die Sache einen schlechten Spaß!!"

„Wenn es möglich wird, die Verfassung en bloc anzunehmen, wozu viel Hoffnung da ist, so sind wir einen großen Schritt vorwärts und dann mögen Russen und Oesterreicher nur drohen. Das Traurigste ist, daß sämmtliche Fürsten unseres Bundes, mit geringer Ausnahme, zu der wir sächsischen Herzöge uns zum Theil rechnen, nur gezwungen bei der Sache sind und handeln."

„Die bekannten Intriguen gewisser Leute haben nun auch in Karlsruhe und Darmstadt Wurzel geschlagen. Glücklicherweise hängt das Wohl Deutschlands nicht von seinen Fürsten allein ab. Was für eine Rolle könnten sie spielen, wenn sie die Sache des Volkes je verstanden hätten und sich zu den Trägern desselben gemacht hätten!

Dein ꝛc.

Ernst."

„Für Deine beiden letzten Briefe — antwortete mein Bruder unterm 8. April — nebst Einlagen herzlichen Dank. Die Berichte sind mir von großem Werthe und ich bitte mir deren Uebersendung noch einige Zeit fortfahren zu

wollen. Unsere Fürsten kommen mir wie die ägyptischen Pharaonen vor, die nach jeder Plage, die über sie und Aegypten gebracht worden, sogleich wieder verstockten Herzens wurden. Leider hat Deutschland noch nicht den rechten Moses gefunden!"

Unterdessen hatten sich in Erfurt die oben berührten Zwischenfälle und Streitigkeiten begeben, über welche ich am 15. April berichtete:

Lieber Albert!

.... „Ich war bereits mehrfach in Erfurt und habe den wichtigsten Sitzungen der Häuser sowie vielen Conferenzen beigewohnt. Ich will ein kurzes Bild zu entwerfen suchen, doch das Herz blutet mir bei dem Entwurfe desselben.

„Noch nie ist eine Versammlung, wie das Erfurter Parlament, in Europa erlebt worden; es gibt so eigentlich keine Opposition und keine Linke. Die Opposition allein bildet das preußische Ministerium mit Herrn von Radowitz. Sie opponiren ihren eigenen Vorschlägen und Propositionen an die Häuser! Es ist dies ein furchtbares Factum, was ebenso schreckliche Folgen haben kann, wenn nicht ein glücklicher Stern über Deutschland waltet."

„Gegen den Verwaltungsrath spielt man den Geheimnißvollen und dieser, das Organ der Union, wird ebenso rücksichtslos compromittirt als paralysirt. Der sächsische Regierungs-Commissär Herr von Carlowitz war gestern besonders bei mir, um mir als altem Freund und Gleichgesinnten zu erklären, daß es seine Ehre als Deutscher und sein politischer Ruf nicht mehr gestatten, in seiner Stellung zu verbleiben. Nach mehrstündigem Unterhandeln ist es mir gelungen, ihn dahin zu bestimmen, die Verhandlungen dieser Woche noch abzuwarten, ehe er austritt. Die Folgen eines solchen Schrittes wären nicht zu berechnen, indem dadurch ein offizielles Mißtrauensvotum eines der gerechtesten Männer vorliegen würde."

„Vorgestern ist also vom Volkshaus die Verfassung angenommen worden. Noch vor wenig Wochen war sie der Inbegriff aller Hoffnungen und Wünsche, jetzt agirt Berlin dagegen, desavouirt alle Vorlagen, und die Minister und Verfasser aller jener Vorlagen stimmten dagegen, blieben aber dennoch in ihren Stellungen."

„Nun gibt es nur zwei Wege, die gleich schlimm sind. Einmal kann das Staatenhaus die Annahme der Verfassung verwerfen. Man bemüht sich, das zu bewirken und ist auch die Möglichkeit dazu vorhanden, indem die vielen preußischen Aristokraten mit ihrem Ministerium gehen werden."

„B..... sagte mir selbst, er werde mit seiner Fraction alles aufbieten, um ein jedes Zustandekommen einer deutschen Verfassung zu hindern."

„Im andern Falle, nimmt das Staatenhaus die Verfassung an, dann bleibt nur übrig, eine neue Verfassung zu octroyren, oder das Parlament aufzulösen. Ein zweites wird aber nicht so leicht zu Stande kommen. Alles dies ist wiederum die Folge von russisch-österreichischen Noten. Man hofft in Berlin immer noch eine Vereinigung mit der Gegenpartei und hat den Muth nicht, den geraden Weg zu gehen."

„Hätte man in Erfurt mit einer andern octroyirten Verfassung begonnen, die Annahme wäre gewiß gewesen."

„Auf dem eingeschlagenen Wege compromittirt man sich und das Parlament und arbeitet nur einer Revolution in die Hände, oder gibt den Oesterreichern nach und dann gibt es Bürgerkrieg und kein Deutschland. So stehen die Sachen. Urtheile nun selbst. Karl war mehrere Tage hier und geht in wenig Tagen nach England. Natürlich lacht er sich ins Fäustchen. Morgen früh gehe ich wieder mit Löwenstein, der auch seit 8 Tagen bei mir ist, nach Erfurt. Man sagt, Stockmar spräche davon, nach England bald zurückzukehren! Ihr müßt das besser wissen."

„Nun lebe wohl! Das ganze Leben hat keinen Reiz, so lange die Würfel in Erfurt nicht gefallen sind.

Gotha 15. April 1850.

Dein ꝛc.

Ernst."

An demselben Tage, an welchem ich diesen Brief schrieb, hatten in Erfurt die Berathungen über die einzelnen Abänderungsvorschläge begonnen, welche vom Verfassungsausschusse und von verschiedenen Abgeordneten zu dem Entwurfe vom 28. Mai gestellt worden waren.

In Folge dessen hatten sich die preußischen Staatsmänner und vor allem Radowitz selbst über die Niederlage in Betreff der en bloc Annahme zu beruhigen begonnen. Ich hatte, wie man schon aus dem voranstehenden Schreiben sah, mit Männern aller Parteischattirungen ziemlich intimen Umgang. Viele Herren von der sogenannten Bahnhofspartei waren häufig zu mir nach Gotha gekommen. Mit Vincke, Auerswald und besonders mit Radowitz knüpfte ich eben in jenen Tagen wirksame Beziehungen an, aber auch die Ultra-Conservativen, besonders Gerlach, hatten es nicht verschmäht, meine von den ihrigen sehr abweichenden Ansichten mit mir zu discutiren. Es gab oft recht amüsante Scenen, wenn man mir von dieser Seite die Artikel der Kreuzzeitung, die Gerlach nicht selten selbst veranlaßt hatte, vorwies, um mich darauf aufmerksam zu machen, daß gewisse Fürsten in Deutschland noch immer mit der Revolution im Bunde wären.

„Einige der thüringischen Fürsten", wie es immer im Plural hieß, wo-

runter aber nur ich gemeint sein konnte, waren wegen ihrer bedenklich radikalen Gesinnungen gar hart und heftig, wenn auch unter der Blume, von dem Blatte angegriffen worden, welches soeben einen kaum für möglich gehaltenen Einfluß zu erringen im Begriffe war.

Als die Nachricht von der Annahme der Verfassung nach Berlin kam, brachten die Kreuzzeitung und die deutsche Reform, die letztere ein Organ der Regierung, wüthende Artikel gegen die gesammte Bundesstaatspartei.

Die Reform drohte den „doctrinär verblendeten" Mitgliedern des Volkshauses, daß Preußen auch nicht einmal den Schein eines Zwanges von denselben dulden würde und die Kreuzzeitung fragte, „ob der Adler Preußens in den Käfig von Gotha eingesperrt werden soll, damit Deutschland groß und mächtig werde unter seinen Fittigen".

Solche und ähnliche Aeußerungen von Blättern, die sonst mit entscheidenden Kreisen Fühlung hatten, mußte man als die Vorboten eines vollständigen Bruches zwischen Berlin und Erfurt betrachten; um so größer war daher das Erstaunen aller Parteien, als sich, wie bei einem scharfen Wetterwechsel, zwischen dem 13. und 15. April in den preußischen Regierungskreisen alle Wolken verzogen zu haben schienen und die Berathungen in beiden Häusern ihren Fortgang unter der freundlichsten Mitwirkung des Grafen Brandenburg und des Ministers Manteuffel nahmen. Radowitz, von welchem Seebeck am 13. meldete, daß er von der überwältigenden Majorität für die Annahme der Verfassung als Ganzes höchst betroffen in große Verstimmung verfallen sei, interessirte sich seit dem 15. auf das Lebhafteste für die Revision, und obwohl zwischen ihm und den preußischen Ministern bei den Abstimmungen einzelne Meinungsdifferenzen hervorgetreten waren, so konnte Seebeck am Abend des 15. April doch die erfreuliche Mittheilung machen: „Die Minister scheinen übrigens mit dem Gang der Dinge sehr wohl zufrieden zu sein".

Erscheinungen dieser Art haben es wohl unzweifelhaft gemacht, welch' hoher Grad rein persönlicher Entscheidungen in diesen Lebensfragen Deutschlands ausschließlich maßgebend gewesen ist. Welche speziellen Gründe der König hatte, mit einem Male so warm für die Union einzutreten, ist mir nicht möglich gewesen, zu erkennen, daß er aber in der zweiten Hälfte des Aprilmonats ganz stramm, ja fast begeistert für die gute Sache sich erwies, konnte ich unmittelbar und persönlich, wie sich gleich nachher zeigen wird, erfahren.

Was die Erfurter Verhandlungen selbst betraf, so boten sie durch weitere 14 Tage nunmehr ein Bild der besten Eintracht. Nachdem auch das Staatenhaus denselben Gang der Beschlußfassungen eingeschlagen, wie das Volkshaus und auch seinerseits an die Revisionsarbeit herangetreten war, blieben nur einige wenige Differenzpunkte, welche durch den Zusammentritt der Verfassungs-

ausschüsse beider Häuser beglichen werden sollten. Schon am 20. April berichtete in dieser Beziehung Seebeck:

„Ich glaube vermuthen zu dürfen, daß das Volkshaus das sonst so bereitwillig bewiesene Entgegenkommen des Staatenhauses erwidern und dessen abweichende Beschlüsse nachträglich auch seinerseits noch annehmen wird. Das definitive Endergebniß der Revision wird wohl schon in den ersten Tagen der neuen Woche gewonnen und somit die Hauptarbeit des Parlaments zur Erledigung gebracht sein. Daß die Regierungen mit den Arbeiten des Parlaments und dem ganzen Verhalten wohl zufrieden sein dürfen, scheint mir außer Zweifel zu stehen."

„Es ist wohl selten vorgekommen, daß eine zur Mit-Constituirung berufene Versammlung in Ermangelung jeder zureichenden Leitung von Regierungsseite mit so viel Besonnenheit, Mäßigung, Umsicht das den Zeitumständen Angemessene aufzufinden und festzuhalten gewußt hat. Man darf sich daher wohl der Hoffnung hingeben, daß sämmtliche verbündete Regierungen dies mit Befriedigung erkennen und das glücklich gewonnene Resultat sich und der Nation sicher zu stellen, sich gerne entschließen mögen."

„Sollte dies nicht geschehen, so möchte kaum zu hoffen sein, daß ein gleiches Parlament mit gleich gutem Willen zusammenkommen und die ihm gestellte Aufgabe lösen würde."

„Herr von Radowitz ist heute nach Berlin gereist, wird aber schon übermorgen hieher zurückkehren und beabsichtigt dann, sofort dem Verwaltungsrath mitzutheilen, in welcher Weise sein Gouvernement die weitere Behandlung der Verfassungsfrage für wünschenswerth ansieht. Dabei wird vermuthlich auch die Frage wegen Bildung eines neuen Organs für die Gesammtheit der deutschen Bundesstaaten mit zur Sprache kommen, da weder Preußen noch Oesterreich die Absicht haben, die Dauer des Interim über den 1. Mai hinaus zu verlängern."

In letzterer Beziehung waren auch schon in Erfurt die bedenklichsten Gerüchte über die Absichten Oesterreichs verbreitet, die deutschen Bundesstaaten demnächst zu Conferenzen nach Frankfurt einzuladen.

Der täuschende Name konnte den unsicheren Mitgliedern der Union neuen Grund zur Desertion verleihen und es war schon deshalb äußerst wichtig, daß das bundesstaatliche Werk einer raschen Vollendung entgegengeführt werde.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend waren alle Arbeiten der beiden Häuser des Parlaments bis zum 28. April vollendet worden, die Frage war nur, sollte dasselbe aufgelöst, vertagt, oder beisammenbleiben, bis die Annahme der Parlamentsbeschlüsse von Seite der Regierungen gesichert wäre.

Als Herr von Radowitz am 22. April von Berlin zurückkehrte, glaubte

man Grund zu haben, erfreuliche Mittheilungen von seiner Seite zu erhalten. Besorgniß erregten nur die österreichischen Bestrebungen, die Bundescommission in Frankfurt durch einen erweiterten Bevollmächtigten-Congreß, der dem alten Bundestag sehr ähneln würde, ersetzen zu lassen.

„Es sind mir gestern — so fährt Seebeck in seinem Berichte fort — diplomatische Noten vertraulich mitgetheilt worden, die eine große Rührigkeit des österreichischen Cabinets bekunden, die unirten Regierungen und namentlich auch Preußen zum Einverständniß mit dem gemachten Vorschlag zu bewegen. Divide et impera ist der Grundsatz, nach welchem Oesterreich auch hier wieder zu verfahren scheint. Interessant war es mir, in einer jener Noten die Versicherung zu finden, daß auch die österreichische Regierung durchaus nicht der Meinung sei, als ob die Münchener Vorschläge vom 27. Febr. zum Wiederaufbau der deutschen Verfassung als Grundlage dienen könnten. Es blickte hier das Geständniß, daß jene Vorschläge zunächst nur das Zustandekommen der Union stören sollten, ziemlich offen durch. Dasselbe mag vor Allem auch der neue Vorschlag bezwecken."

Die zuletzt so richtig bezeichneten Gefahren hätten den Verwaltungsrath bestimmen sollen, die Auflösung des Parlaments auf alle Weise zu verhindern. Allein Radowitz wußte durch eine Menge der oberflächlichsten Gründe dahin zu wirken, daß man schon am 23. April über diesen Punkt Beschlüsse faßte, welche schon vermöge ihrer Spitzfindigkeiten in so entscheidenden Momenten für höchst verfehlt gelten mußten. Man wollte das Parlament schließen, „aber den Schluß als das Ende einer Sitzungsperiode bezeichnen und dabei bemerken, daß man je nach sich ergebendem Anlaß den Anfang der nächsten bezeichnen werde". Auch gab in derselben Sitzung Herr von Radowitz die Erklärung, „daß er schon jetzt die Genehmigung sämmtlicher Verbesserungsanträge des Parlaments von Seite seiner Regierung versichern könne". Ferner wollte Preußen in Folge der österreichischen Vorschläge nur in Uebereinstimmung mit sämmtlichen Bundesgenossen handeln; allein alle diese guten Absichten konnten durch den zu erwartenden Widerstand einiger bundesstaatlichen Regierungen wesentlich geschädigt werden.

In der Botschaft selbst, welche Radowitz im Namen des Verwaltungsrathes im Volkshause, Carlowitz im Staatenhause verlesen hatten, war die Frage des Wiederzusammentritts des Parlaments völlig unbestimmt gelassen.

Es wurde nur gesagt, die Wiedereinberufung sei vorbehalten und als geschlossen wurde „diese Sitzung des Parlaments" erklärt.

Daß man jedoch ein wichtiges Instrument für den Fortgang der Sache aus der Hand gegeben habe, schien den Mitgliedern des Verwaltungsrathes und vor allem Herrn von Radowitz in keiner Weise einzuleuchten. Seebeck behauptete:

„Die Form des Schlusses war durchweg würdig und machte ebenso wie die Vertagung ohne Festsetzung eines Termins allem Anscheine nach auf die Abgeordneten einen im Ganzen günstigen Eindruck."

„Allein es gab sehr viele Mitglieder in beiden Häusern, welche es für einen Fehler des Verwaltungsrathes hielten, Herrn von Radowitz auf dieser Bahn gefolgt zu sein."

Es kam dazu, daß die Botschaft als eine Aeußerung des Verwaltungsrathes gleichsam im Namen sämmtlicher Bundesregierungen farblos und unpersönlich gehalten sein mußte und daher wenig geeignet sein konnte, auf die Mitglieder der beiden Häuser einen tiefen Eindruck zu machen, oder gar die Nation im größern Stil zu beleben und zu ermuntern. Den vielen feindseligen Stimmen und Blättern aus Süddeutschland ließ sich schwer entgegentreten, wenn sie die Meinung verbreiteten, das Parlament sei klanglos, freudlos und hoffnungslos auseinandergegangen.

Nach dem Schlusse des Reichstags hielt Herr von Radowitz, der sofort nach Berlin zu reisen im Begriffe war, noch eine kurze Sitzung des Verwaltungsrathes:

„In derselben wurde beschlossen, die von den Präsidenten beider Häuser eingereichten Parlamentsbeschlüsse nunmehr sofort an die verbündeten Regierungen gelangen zu lassen und dieselben um thunlichst baldige Mittheilung ihrer diesfallsigen Entschließungen durch die betreffenden Bevollmächtigten zu ersuchen. Die nächste Sitzung wird wieder in Berlin sein, vermuthlich nicht früher als am 10. Mai."

„Herr von Radowitz hofft, daß bis dahin die Bevollmächtigten im Stande sein werden, die Erklärungen ihrer Regierungen dem Verwaltungsrathe vorzulegen. Da nunmehr die deutsche Angelegenheit in jeder wesentlichen Beziehung in Berlin ihre Entscheidung finden wird, so werde ich es mir angelegen sein lassen, mich baldigst dorthin zu begeben und hoffe, auch schon am 2. Mai dort eintreffen zu können."

Mit diesen Worten theilte mir Seebeck die Absichten des Verwaltungsrathes in einem Augenblicke mit, wo Vorbereitungen zu einem unmittelbaren Zusammentritt der Fürsten selbst getroffen worden waren und von dem Könige von Preußen die Einladungen zu einem Congreß versendet wurden, welcher bei den nicht betheiligten Höfen Deutschlands den allergrößten Eindruck, ja momentan das Gefühl einer starken Niederlage hervorbrachte. Dieser Fürsten-Congreß hatte seine Geschichte, welche kaum irgendwo bisher richtig und wahrheitsgemäß erzählt worden ist.

Der Gedanke durch Berufung eines Fürsten-Congresses die Schwierigkeiten der deutschen Einigung zu überwinden, nahm seinen Ursprung mitten in den Verhandlungen des Reichstags und ich muß den Leser bitten, mir noch einmal in die Erfurter Augustiner Kirche zu folgen, um ihm ein volles Verständniß für eines der merkwürdigsten Ereignisse jener Tage zu ermöglichen. Eine der wichtigsten Sitzungen des Parlaments war die vom 12. April. Die Verhandlungen hatten an diesem Tage einen schwungvollen und bewegten Verlauf genommen und es hatten sich gleich zu Beginn 50 bis 60 Redner zum Worte gemeldet.

Berichterstatter für den Verfassungsausschuß war Herr von Camphausen, dessen Aufgabe keine geringe war, die verschiedenen Ansichten deutlich zu machen, von welchen der Bericht über die Annahme und Revision der Verfassung Rechenschaft zu geben hatte.

Präsident Simson theilte alle Anträge in zwei Gruppen: solche, welche vorweg die unveränderte Annahme der Vorlagen vom 20. März verlangten, gleichviel unter welchen Modalitäten und solche, welche alle andern Abstimmungen im Revisionsverfahren vorhergehen lassen wollten. Nach eben diesen zwei Gesichtspunkten wurde die Rednerliste zusammengestellt und Camphausen ergriff zuerst das Wort.

Ich hatte mich schon am frühen Morgen dieses Tages in Erfurt eingefunden, und als ich in die Augustinerkirche eingetreten war, bot sich mir in allen Räumen ein so bewegtes Bild dar, wie ich es seit den verhängnißvollen Tagen der Waffenstillstandsdebatte in der Paulskirche nicht mehr gesehen hatte. Man diskutirte die Frage des Tages, die unter gewöhnlichen Umständen nur als eine formale betrachtet worden wäre, mit einem Eifer und einer Leidenschaft, welche sicherlich nur aus einem zu großen Mißtrauen gegen die Regierungen zu erklären waren.

Herr von Radowitz selbst war von der allgemeinen Unruhe fortgerissen und hatte keinen glücklichen Tag. Als er das Wort ergriffen hatte, war seine Rede unsicher und unbedeutend und ein paar Herren von der äußersten Rechten thaten ihm den Schaden, zu applaudiren, während die Linke schwieg. Er hatte das Haus zu einer sofortigen Revision und zur Ablehnung der Verfassung als Ganzes aufgefordert, ja dringend ermahnt. Unter diesen Umständen war es Herrn von Manteuffel vergönnt, einen seltenen Triumph zu feiern, indem er warm und begeistert für die Idee eines Bundesstaates eintrat. Er erklärte sich ebenfalls für die Ablehnung der Verfassung als Ganzes und bekämpfte im Besondern die Ansicht, als ob dadurch den Fürsten neue Gelegenheit gemacht würde, noch weiter aus dem Bunde auszutreten. Er gebrauchte das Bild, daß diejenigen Fische, welche stark genug dazu wären, das Netz doch zerreißen würden, wenn man es auch durch die Verfassung geschlossen hätte.

Von größter Wirkung war es jedoch, als Manteuffel, nachdem er sich zuvor ernstlich verwahrte, an diesem Orte als preußischer Minister zu sprechen, in scharfer Anspielung auf Baiern und seine Verbündeten das kühne Wort von der „Mißgeburt einer Verfassung“ fallen ließ, die man „anderswo zu Tage gefördert und welcher man niemals zustimmen werde.“

Gleich nach der Rede von Manteuffels sprach ich mit einer Reihe von Notabilitäten und erklärte meine bestimmte Ueberzeugung, daß es die Aufgabe einer gesunden Politik sein müsse, die Fische im Netz zu erhalten. Es wollte aber Niemand ein Mittel wissen, wie dies möglich zu machen wäre, und auch von der Rednerbühne war kaum etwas Praktisches für die Lösung der Frage beigebracht worden. Es sprachen Keller und Stahl im Sinne von Manteuffel und Radowitz. Endlich trat Vincke auf und schien mit seiner glücklichen Beredsamkeit alle furchtsamen Argumente entkräftet zu haben, aber seine Hoffnungen waren eigentlich auf die Wirksamkeit des Reichsgerichtes gelenkt, von welchem er sich die außerordentlichsten Erfolge versprach. Es müsse die abgefallenen Bundesfürsten verurtheilen und die Schwankenden durch die Macht der Reichsidee festhalten.

Ich gestehe, daß ich nicht mit gleicher Zuversicht von dieser Seite eine Wirkung auf jene Persönlichkeiten erwartete, auf die es bei der Erhaltung des Bundes in erster Linie ankam. Ich glaubte, daß stärkere Mittel gefunden werden müßten, um die Theilnahme der Fürsten für die Sache zu sichern. Ich befürchtete, daß die widerstrebenden Parteien in den Bundesstaaten selbst den Fürsten den Vorwand liefern würden, um die ganze Neugestaltung des Bundes als unausführbar zu erklären.

Ich begab mich, nachdem die Sitzung um drei Uhr geschlossen worden war, mit Radowitz in dessen Wohnung und hatte eine lange Unterredung mit ihm, bei welcher er mir trotz anfänglichen Widerstrebens schließlich beistimmte und versprach, die Sache sofort nach meinem Sinne in die Hand zu nehmen.

Ich erklärte ihm meine Bedenken über die Annahme der Verfassung von Seite der Fürsten, ganz gleichgiltig ob die Revision vorher oder nachher erfolgt wäre. Das Entscheidende sei, bemerkte ich, daß nach dem Auseinandergehen des Parlaments das von demselben hinterlassene Werk einfach werde begraben sein. In einer Fluth von Einwendungen oder halben Zustimmungen werden die Bundesregierungen sich gegenseitig ermüden und bei dem Umstande, daß nach Auflösung des Parlaments weitere Vereinbarungen von selbst ausgeschlossen wären, werde es niemals zu einer definitiven Constituirung der Union kommen. So würden die Fürsten nacheinander abfallen, und der König vermöchte nur noch seinen Frieden mit der Gegenpartei zu machen.

Wenn schon das preußische Ministerium und Radowitz selbst den König für unsicher hielten, bloß deshalb, weil die Verhandlungen in Erfurt nicht ganz

genau nach der in Berlin vorgezeichneten Ordnung gingen, so durfte man fragen, was Friedrich Wilhelm thun werde, wenn Oesterreich und Rußland noch stärker auf ihn einwirken werden. Und daß man in allernächster Zeit österreichischerseits einen Hauptangriff auf die Politik des Königs vorbereitete, war mir durch den Fürsten Leiningen bekannt.

Unter diesen Umständen glaubte ich die Rettung der Union nur in einem Fürsten-Congreß erblicken zu können, welchen der König berufen und an welchem alle Mitglieder des Bundes persönlich theilnehmen sollten.

Während das Erfurter Parlament in Permanenz erklärt würde, sollten sich die Fürsten mit ihrer Person zur Annahme der Verfassung verpflichten und die von ihnen noch zu wünschenden Veränderungen konnten sofort mit dem Parlament vereinbart werden.

Radowitz vermochte gegen die Folgerichtigkeit meiner Vorschläge nichts einzuwenden und erklärte sich bereit, dieselben seinem Herrn und Könige selbst zu überbringen und ihre Annahme zu befürworten. Ich machte den Antrag, daß der Congreß in Gotha tagen sollte, wo die Nähe des Parlaments die schleunigste Geschäftsführung ermöglichte; ich erklärte mich bereit, die Einladungen an die Bundesfürsten zu vermitteln, ich erlaubte mir dem Könige die Bitte zu unterbreiten, über den Friedenstein in Gotha wie über sein Eigenthum zu verfügen und in dem alten sächsischen Schlosse, dessen Name dem König stets so wohl gefiel und der so Glück verheißend wäre, das deutsche Einheitswerk zu vollenden.

Je mehr wir uns in diesen Plan vertieften, desto wärmer wurde Radowitz für denselben gestimmt; er selbst brachte ihn rasch zu Papier und reiste mit meinen Anträgen noch in derselben Nacht zu seinem königlichen Herrn.

Noch vor dem Abend war eine Anzahl hervorragender Personen vertraulich mit der Sache bekannt gemacht worden, welche bei Allen den größten Anklang fand.

Näherstehenden Freunden glaubte ich zudem nicht verschweigen zu sollen, daß die Berufung des Congresses nach Gotha vielen der Mitfürsten angenehmer sein werde, als wenn sie nach Berlin befohlen würden, während es gleichzeitig im höchsten Interesse der Sache lag, daß der König aus einer Umgebung entfernt würde, die nachtheilig auf ihn wirken konnte.

Es war also ein doppelter Vortheil zu erreichen, wenn der König auf den Plan einging, in Gotha die Fürstenversammlung abzuhalten.

Und in der That, so unglaublich es klingen mochte, die große Nachricht verbreitete sich schon nach wenig Tagen, daß der König sich meine Idee des Fürsten-Congresses vollinhaltlich angeeignet hätte. Er wollte wirklich die Versammlung in Gotha abhalten, und in seiner enthusiastischen Weise hatte er das Wort gebraucht er wolle kommen um das Königsbanner auf dem Friedenstein aufzupflanzen. Schon am 20. April konnte ich meinem Bruder die merkwürdige Thatsache berichten:

Lieber Albert!

„Bei meiner letzten Anwesenheit in Erfurt gelang es mir, meiner Ansicht sowohl bei den Notabilitäten der Häuser, als dem Verwaltungsrathe und den Ministern Eingang zu verschaffen, wodurch die Sachlage bedeutend corrigirt werden und dem ewigen Schwanken ein Ende gemacht werden soll."

„Ich schlug nämlich vor, sofort einen Congreß der Fürsten der Union zusammenzurufen und sie zu vermögen, die neu revidirte Verfassung gleichfalls anzunehmen und auszuführen. Du wirst die Wichtigkeit der Sache einsehen und ihr beipflichten. Der König von Preußen ist zu Aller Erstaunen mit Feuer auf diese Idee eingegangen und wird selbst hier erscheinen. Der Tag ist noch unbestimmt. Ich eile heute auf zwei Tage nach Karlsruhe und Darmstadt, um die Herren zum Erscheinen einzuladen. Sind sie nur einmal beisammen, so soll es mir nicht schwer werden zu einem festen Entschluß zu gelangen, wenigstens müssen wir wissen wer treu bleibt."

„Radowitz schien erst nur ungern auf diesen Plan einzugehen. Er fürchtet, daß das versteckte Spiel endlich aufhören wird und mit ihm seine Alleinherrschaft."

Nun adieu, Dein treuer Bruder

Gotha 20. April 1850. Ernst.

Mein Bruder war, wie ich richtig vermuthete, mit dem Plane des Fürsten-Congresses in hohem Grade einverstanden und antwortete:

„Ich bin außerordentlich über Deinen Plan der Gothaischen Reunion erfreut. Gott lohne Dir die Mühe, die Du Dir um die deutsche Sache gibst. Der Plan ist vortrefflich, denn er zwingt zu einer persönlichen Besiegelung des durch Noten, Erlässe, Verträge, Debatten &c. &c. eingegangenen Bündnisses. Wenn nur Sachsen bewogen werden könnte beizutreten! Es ist wirklich reine persönliche Verblendung des Hofes, die es zurückhält."

Als diese Worte in England geschrieben wurden, hatte sich indessen die Situation in Deutschland schon wieder wesentlich geändert, und es war nichts bezeichnender für seine politischen Zustände, als daß man in Berlin die gefaßten Beschlüsse zum Theil schon wieder aufgegeben hatte, bevor noch zwischen London und Gotha Briefe gewechselt werden konnten.

Man hat schon damals über die rasche Veränderung der Entschlüsse des Königs in Bezug auf das Gothaer Project die mannigfachsten Conjecturen angestellt. Einige haben gesagt, es sei als unschicklich befunden worden, daß der König von Preußen in der Residenz eines kleinen Souverains Fürsten wie seine Gäste zu einem Congresse empfangen sollte.

Den Feinden Preußens gab diese Maßregel hinlänglichen Stoff zu neuen bösartigen Folgerungen. Andere wieder meinten, daß der Name Gotha, wegen des im Vorjahre hier stattgefundenen Nachparlaments der Frankfurter Centren in Berlin Verstimmung erregt habe. Die einfachste Erklärung war ohne Zweifel die, daß jene Kreise, welche man, wie schon bemerkt, in Gotha von dem König trennen wollte, gerade deshalb darauf bestanden, die unvermeidlich gewordene Versammlung in Berlin zu halten.

Indessen war am 29. April mein Minister Herr von Seebach mit meinem Einladungsschreiben an den König nach Berlin gegangen. Dasselbe lautete:

„Euer Majestät haben meinem durch Vermittlung des Generallieutenants von Radowitz zu Höchstderer Kenntniß gebrachten Wunsche, daß die Regenten der dem Bündnisse vom 26. Mai v. J. angehörigen Staaten in eigener Person, jedoch unter Zuziehung verantwortlicher Minister, in möglichst kurzer Frist hier in meiner Residenzstadt Gotha zu einer gemeinschaftlichen Berathung über die deutsche Verfassungsangelegenheit zusammentreten möchten, Höchst ihre Billigung zu Theil werden lassen und dadurch mich gleich Allen, die Ew. Majestät und dem obgedachten Bündnisse treu anhängen, dankbar verpflichtet."

„Nachdem ich in dessen Folge meinen Staatsminister von Seebach, den Ueberbringer dieses, beauftragt habe, Ew. Majestät den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes darzubringen, erlaube ich mir zugleich, an Höchstdieselben die ganz gehorsamste Bitte zu richten, mir durch denselben den Tag, an dem ich der Ankunft Ew. Majestät entgegensehen darf, näher bezeichnen zu wollen, an die übrigen Mitglieder des unter Ew. Majestät Schirmherrschaft stehenden engeren Bundes aber, die ich ebenfalls mit Freuden als meine Gäste empfangen werde, die Einladung zur Betheiligung an dem Congresse und zum gleichzeitigen Eintreffen mit Ew. Majestät Hochgeneigtest ergehen zu lassen."

„Auch gestatte ich mir noch das ergebenste Ersuchen beizufügen, Ew. Majestät wolle meinem vorgedachten Staatsminister von Seebach Allergnädigstes Gehör schenken und demselben in demjenigen, was gegen Ew. Majestät er in meinem Namen aussprechen wird, vollkommenen Glauben beimessen, besonders wenn er die Ehre haben wird, Ew. Majestät die Versicherung der hohen Verehrung und unwandelbaren Ergebenheit darzulegen, mit der ich zu beharren die Ehre habe

Ew. Majestät rc."

Mein Minister wurde am 1. Mai im Schlosse Bellevue vom Könige empfangen und entledigte sich seiner Aufträge zur vollen Zufriedenheit desselben. Friedrich Wilhelm war freundlich und gesprächig und trug ihm in den wärmsten Worten auf, mir seinen Dank zu überbringen. Auch glaubte Herr von Seebach

nach den Aeußerungen des Königs annehmen zu sollen, daß noch fortdauernd Gotha als Ort des Congresses im Auge behalten werde.

Am andern Tage begab sich Seebach zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herrn von Schleinitz. Während er im Vorzimmer wartete, erschien General von Radowitz, welcher das Arbeitszimmer des Ministers unangemeldet betrat und also ohne Zweifel von demselben erwartet worden war.

Als er sich entfernt hatte, wurde Seebach sofort empfangen und Herr von Schleinitz verbreitete sich über die Situation in einer Weise, welche erkennen ließ, daß er von dem ganzen Congreßgedanken nur sehr wenig erbaut zu sein schien. Das Wichtigste aber war, daß er erklärte, der König werde in der nächsten Zeit unmöglich in der Lage sein, Berlin zu verlassen. Sollte der Congreß überhaupt einen Zweck haben, so müßte er allsogleich berufen werden und könne daher nirgends anders als in Berlin selbst stattfinden.

Als Hauptgrund dieser wichtigen Veränderung in den Entschlüssen des Königs wurde die bevorstehende Vermählung seiner Nichte, der Prinzessin Charlotte mit dem Erbprinzen von Meiningen angeführt. Aber Niemand glaubte an dieses Motiv und Herr von Seebach hatte sofort den Eindruck, als wenn die Hochzeit eben nur den sehr erwünschten Vorwand dafür böte, die Fürsten am Hofe des Königs selbst versammeln zu müssen.

Am meisten dürfte die Rücksicht auf das Ausland maßgebend gewesen sein, daß das Ministerium den Gothaischen Congreß vermeiden wollte; denn im Zusammenhange mit dem preußischen Familienereignisse ließ sich der Zusammenkunft der Fürsten ein unbedenklicherer Charakter unterschieben; die hochpolitische Bedeutung des Congresses sollte den benachbarten Staaten gegenüber abgeschwächt erscheinen und bei gutem Willen konnten die russischen und österreichischen Politiker das Ganze wie eine Familienangelegenheit verwandter Fürstenhäuser ansehen.

Die preußische Regierung machte in großer Eile ihre Einladungen an die bundestreuen Fürsten zu einer Versammlung in Berlin unmittelbar vor der auf den 16. Mai bestimmten Hochzeitsfeierlichkeit. An mich schrieb der König einen eigenhändigen Brief, den Herr von Seebach überbrachte.

Bellevue 1. Mai 1850.

Mein theuerster Herzog!

„Während die offizielle Antwort auf Ew. Hoheit Schreiben vom 29. v. M. in der Kanzlei geboren wird, sende ich Ihnen Herrn von Seebach mit dieser vertraulichen Antwort zurück. Sie wissen durch General von Radowitz, wie gerne ich Ihre gütige Einladung zum Fürsten-Congreß nach Gotha annahm. Es sind jedoch Umstände eingetreten, welche die — wenn irgend mögliche Vereinigung der Fürsten sogleich und hier nöthig machen. Im tiefsten Vertrauen

sage ich Ew. Hoheit, daß Oesterreich uns mit Krieg bedroht und zwar ausgesprochener Maßen. Es erscheint unabweislich, daß die verbündeten Fürsten mit einer gewissen Feierlichkeit, also in persönlichem Zusammenkommen die hochwichtigen Beschlüsse, die der Augenblick erheischt, fassen, daß dieselben mir den Weg und die Sprache anweisen, die ich den süddeutschen Monarchen und den fremden Großmächten gegenüber in ihrem Namen zu führen haben werde. Deshalb lade ich Ew. Hoheit nach Berlin ein und zwar womöglich schon für den 8. dieses Monats Mai."

„Ich hoffe und wünsche, daß die ferneren Besprechungen über die Folgen des Erfurter Tages später zu Gotha stattfinden werden."

„Noch benutze ich die Gelegenheit, Ew. Hoheit zu bitten, das VII. Cürassier-Regiment (Wittwer des Großfürsten Michael) von mir anzunehmen, seinen Rock zu tragen und zu gestatten, daß Ihr Name in der Rangliste als Chef des VII. Cürassier-Regiments aufgeführt werden dürfe."

„Der Frau Herzogin lege ich mich zu Füßen und bitte um deren gütiges Andenken."

„Mich Ihrer Freundschaft von Herzen und erneut empfehlend, bin ich Ew. Hoheit ergebener Vetter

Friedrich Wilhelm."

Ich antwortete am 2. Mai:

Allergnädigster König!

„Euer Majestät huldvolles Handschreiben vom 1. d. M. habe ich heute Morgens erhalten und beeile mich, Euer Majestät meinen tief empfundenen Dank sofort auszusprechen."

„Wenn ich mit blutendem Herzen das glänzende Gebäude in Trümmer fallen sehe, welches ich mir durch die gnädige Zusage Euer Majestät in meinem Geiste erbaut hatte, so vermag ich dennoch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß es Euer Majestät gelingen werde, im Verein mit den Fürsten, welche die hinreichende Einsicht und den nothwendigen Patriotismus haben, das Gelingen des Bundesstaats als einzige Rettung für das gemeinsame Vaterland wie für sich selbst zu erkennen, um auch in Berlin muthig die Bahn zu verfolgen, die Euer Majestät Ihrem Volke wie ganz Deutschland gegenüber nicht verlassen können."

„Möchten Euer Majestät den so oft wiederholten Drohungen einer dem Fortschritt sowie der Entwickelung einer deutschen Nationalität feindlichen Macht Ihre eigene Stärke gegenüberhalten, welche in den Augen der Muthigen sich darauf stützt, daß Euer Majestät aus reinen edlen Zwecken der guten Sache Ihre Hand gereicht haben, daß diese gute Sache unterstützt wird, auf der einen

Seite durch ein unüberwindliches Heer, wie das Eurer Majestät, auf der andern Seite durch treue Verbündete, welche im Vereine mit der Majorität des deutschen Volkes gern ein jegliches Opfer bringen werden, wenn sie Euer Majestät auf dem einmal eingeschlagenen Weg der Ehre und des Rechtes ruhig weiter wandeln sehen."

„Der Allmächtige hat die gute und gerechte Sache noch nie verlassen, möchten wir auf ihn bauen und ihr selbst nicht untreu werden."

„Euer Majestät haben mir am Schlusse Ihres gnädigen Schreibens durch die huldvolle Uebertragung der Inhaberstelle des siebenten Cürassier-Regiments eine Freude bereitet, wie sie nur ein junger, dem Soldatenstande mit Begeisterung zugethaner Mann empfinden kann. Ich werde mich bemühen, durch die That meinen Dank Ew. Majestät zu beweisen."

„Dem gnädigen Befehl zu Folge, werde ich die Ehre haben, mich nächstens bei Ew. Majestät zu melden und möchte den Wunsch aussprechen, daß alle Fürsten, an die Euer Majestät Einladung ergeht, eine so wahre Gesinnung und ein so treues Herz Euer Majestät zu Füßen legten wie dasjenige, welches in meiner Brust schlägt.

Gotha 2. Mai 1850.

Euer Majestät ꝛc."

Ich hatte mich, wie man ersieht, persönlich über den Gang der Dinge nicht zu beklagen. In der königlichen Ernennung zum Chef des siebenten Cürassier-Regiments durfte ich eine umso größere Aufmerksamkeit erblicken, als dasselbe im Jahre 1815 aus einem Theile des sächsischen Garderreiter-Regimentes gebildet worden war, bei welch' letzterem ich in Dresden zuerst in militairischen Dienst getreten bin.

Ich wurde auch besonders noch in Kenntniß gesetzt, daß bei meiner Ankunft in Berlin für mich Gemächer im königlichen Schlosse bereit stehen würden. Es konnte deshalb fast undankbar erscheinen und dennoch blieb es bittere Wahrheit, was ich am 3. Mai an meinen Bruder schrieb: „man möchte blutige Thränen weinen, wenn man allen Anstrengungen zum Trotz Preußen nicht auf der geraden Bahn erhalten kann. Was werden die nächsten Folgen sein?"

Inzwischen war auch das offizielle Schreiben der preußischen Regierung in Gotha angelangt und gab genauere Auskunft über die Ziele, welche man verfolgte, und über die angeblichen Gründe, welche die Berufung des Congresses nach Berlin entschieden haben sollten:

Durchlauchtiger Fürst, freundlich lieber Vetter!

„In dem gegenwärtigen, wichtigen und ernsten Augenblick, wo das Ergebniß der Berathungen des Erfurter Unions-Parlaments der verbündeten Regierungen zur Beschlußnahme vorliegt und zugleich die allgemeinen deutschen Angelegenheiten an einem bedeutsamen Wendepunkte angelangt sind, empfinde Ich das lebhafte Bedürfniß, mit Meinen hohen Verbündeten Mich persönlich über den einzuschlagenden Weg zu besprechen, damit das in gemeinsamem Interesse unternommene Werk auch in voller und freier Gemeinsamkeit von Uns allen ins Leben geführt werden könne."

„Eure Hoheit sind diesem Bedürfnisse auf die erfreulichste Weise entgegengekommen, indem Sie Mir den Wunsch aussprachen, daß die Regenten der dem Bündniß vom 26. Mai v. J. angehörigen Staaten in eigener Person, jedoch unter Zuziehung verantwortlicher Minister, in möglichst kurzer Frist zu einer gemeinsamen Berathung zusammentreten möchten und auf die freundlichste Weise Ihre eigene Residenzstadt Gotha für diese Zusammenkunft anboten. Ich kann daher Euer Hoheit nur mit Vergnügen meine Bereitwilligkeit versichern, auf diesen Vorschlag einzugehen."

„Eine solche Zusammenkunft mußte Mir um so erwünschter sein, als die Gegenstände dieser Berathung die wichtigsten und bedeutendsten Fragen betrafen, bei welchen die persönliche Stellung eines jeden Fürsten ebenso sehr wie das Interesse seines Landes betheiligt ist. Es würde sich dabei handeln:"

„um die Beschlußfassung über die Annahme der Verbesserungen der Unions-Verfassung, wie sie von dem Parlamente in Erfurt in Antrag gebracht sind, sowie um eine genaue Prüfung der revidirten Verfassung, um zu erwägen, ob ein dringendes Bedürfniß den verbündeten Regierungen etwa noch weitere Verbesserungen empfehlen möchte;"

„um die Ermittlung derjenigen Punkte der Verfassung, welche bis zu endlicher Regulirung der allgemeinen deutschen Verhältnisse noch ruhen müssen;"

„endlich um eine vorläufige Vereinbarung über die Einrichtung eines einfachen Unions-Organs."

„Inzwischen sind aber die deutschen Angelegenheiten in ein Stadium getreten, welches die ernsteste Aufmerksamkeit aller deutschen Regierungen in Anspruch nehmen muß, eine beschleunigte Beschlußfassung zu doppelt dringendem Bedürfniß macht. Das durch gemeinsame Uebereinkunft geordnete Interim ist abgelaufen und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich hat die deutschen Regierungen eingeladen, durch Bevollmächtigte in Frankfurt a./M. zusammenzutreten, um über die Anordnung eines neuen Interim Beschluß zu fassen und zugleich über die definitive Regulirung der allgemeinen deutschen Verfassungsangelegenheit zu berathen."

„In beiden Beziehungen ist es mein Wunsch und meine Absicht, in voller Gemeinschaft mit Meinen Verbündeten zu handeln."

„Es wird dringend nothwendig sein, über die Stellung, welche die Staaten des Bündnisses vom 26. Mai zu dem Interim sowohl, als zu der definitiven Verfassung des weiteren Bundes einzunehmen haben, eine gemeinsame Verständigung und einen festen Entschluß herbeizuführen. Auch dies wird am sichersten und raschesten durch eine persönliche und vertrauensvolle Besprechung der Fürsten erreicht werden. Je höher die Pflichten sind, die Uns in diesem Augenblicke obliegen, um so wünschenswerther ist es, daß Wir persönlich uns darüber verständigen, wie Wir dieselben mit allem Nachdruck eines einigen Handelns erfüllen wollen. Die gemeinsamen Interessen, die gleiche Gesinnung der lebhaftesten Theilnahme an dem Geschicke des gemeinsamen Vaterlandes und das unter uns Allen herrschende, erfreuliche und herzliche Vertrauen wird eine solche Zusammenkunft zu einem unser Aller Wünschen entsprechenden Ziele führen und das deutsche Volk wird in dieser persönlichen Vereinigung der verbündeten Fürsten eine erfreuliche Beruhigung und die sicherste Bürgschaft für Unsern ernstlichen Willen finden, das in einer schweren Zeit gemeinsam begonnene Werk zum Heile der Uns von Gott anvertrauten Länder auf eine Unserer würdige Weise auszuführen."

„Euer Hoheit werden aber Meine Ansicht theilen, daß diese Berathung nicht hinausgeschoben werden darf."

„Da es Mir nun unmöglich sein würde, wegen des Meiner Familie bevorstehenden erfreulichen Ereignisses der Vermählung meiner Nichte der Prinzessin Charlotte königl. Hoheit vor dem 15. d. M. Berlin zu verlassen, so hoffe Ich, daß Euer Hoheit es freundlich aufnehmen werden, wenn ich Euer Hoheit sowie die andern verbündeten Fürsten hiemit einlade, selbst nach Berlin kommen zu wollen, um gemeinsam mit Mir und Unsern Verbündeten die zunächst vorliegenden Fragen zu besprechen."

„Da die Zeit drängt, bitte Ich Ew. Hoheit Mich spätestens bis zum 8. d. M. in Begleitung eines verantwortlichen Ministers mit Ihrem Besuche erfreuen zu wollen."

„Es wird dabei unbenommen bleiben, ob Wir nicht später noch in Gotha wiederum zusammenkommen können, um über die weiteren Fragen uns zu besprechen."

„Da Euer Hoheit gewiß mit mir von der dringenden Nothwendigkeit überzeugt sind, schleunig und ohne Verzug zu einem Einverständniß zu kommen, so darf Ich hoffen, daß Euer Hoheit meinem Wunsche freundlich und bereitwillig entgegenkommen werden, und Ich kann nicht zweifeln, daß diese gemeinsame Berathung deutscher Fürsten unter Gottes Beistand zu einem glücklichen,

die Wohlfahrt und friedliche Entwicklung Deutschlands sichernden Ziele führen werde."

„Ich verbleibe mit aufrichtiger Hochachtung und Freundschaft

Euer Hoheit
freundwilliger Vetter
Friedrich Wilhelm.

Charlottenburg 1. Mai 1850. (gezeichnet) Schleinitz."

Das offizielle Schreiben war nicht geeignet, meine dem König persönlich angedeuteten Befürchtungen zu beschwichtigen. Insbesondere die Rücksichtnahme auf die in Frankfurt laufenden Verwicklungen in der weiteren Bundesfrage schien ein störendes Moment zu sein und zu alledem hatte ich Nachrichten bekommen, daß die auswärtigen Mächte auf alle Weise gegen das Zustandekommen einer festeren Vereinigung der Fürsten Sturm liefen.

Mit um so geringeren Hoffnungen vermochte ich nach Berlin zu gehen, als auch die englische Gesandtschaft dort den Feinden des Unionswerkes sich angeschlossen hatte und mit übel angebrachtem Eifer die Meinung überall hin verbreitete, Lord Palmerston habe sehr bestimmt sich gegen Preußens Absichten auf einen engeren Bund erklären lassen. Ich bat daher meinen Bruder dringend um Succurs:

„Soeben erhalte ich beiliegenden Brief, aus dem Du zur Genüge ersehen wirst, wie die Sachen in diesem Augenblick stehen. Solltet Ihr uns auch nicht in Ruhe lassen und Palmerston wirklich sich auf die andere Seite neigen? Es wäre schrecklich, denn dann bringe ich sie in Berlin nicht vorwärts. Schreibe mir sogleich nach Berlin durch einen Courier und schicke für Westmoreland Instruktionen. Der ..... Mann schadet der deutschen Sache entsetzlich .... Ich reise morgen Nacht ab und werde am Dienstag früh am 7. in Berlin eintreffen. Stockmar spricht mir Muth ein als Vorkämpfer nicht zu ermüden. Er versprach mir, selbst nach Berlin zu kommen."

„Ich bin fest entschlossen die letzten Kräfte anzuwenden, ich habe aber wenig Hoffnung."

„Daß der Congreß hier nicht zu Stande kam, hat einen entsetzlichen Eindruck im Publikum gemacht. Man traut der Sache in Berlin nicht und ich werde von allen Seiten bestürmt. Das große Vertrauen, das mir geschenkt wird, freut mich zwar sehr, ich fürchte aber in Berlin so viele indirekte Schwierigkeiten zu finden, daß ich mit Bangigkeit der Zeit dort entgegensehe. Mag der Himmel helfen, die Menschen sind aber zu unfähig! Nun umarme ich Dich . . .

Dein treuer Bruder
Ernst."

Gotha 5. Mai 1850.

Aus der Antwort meines Bruders wird man leicht ersehen, wie dringend nöthig mir seine Theilnahme war, um den König in gutem Gange zu erhalten.

Lieber Ernst!

„Diese Zeilen sollen Dich in Berlin aufsuchen. Meine früheren Briefe müssen schon in Deinen Händen sein. Der Deinige vom 5. kommt soeben in die meinigen. Dein Brief an den König macht Deinem Kopfe und Herzen Ehre und richtet mich ein wenig wieder auf von der Scham und Indignation über die meisten deutschen Regenten. Ich habe gestern im selben Sinne wie Du an den König und den Prinzen von Preußen geschrieben. Wie konnte man in dem wichtigsten Augenblicke die Hauptstütze des Bundes wegwerfen, d. h. das Erfurter Parlament vertagen. Will man Krieg vermeiden, so muß man mit der öffentlichen Meinung im Bunde fechten. Der Patriotismus der Erfurter würde die Fürsten bei der Stange gehalten und Europa Achtung abgezwungen haben."

„Man suche den Fehler so schnell als möglich wieder gut zu machen. Fallen auch die Hessen ab und selbst noch andere, so müßten die Kleinen doch den engeren Bund noch zu retten suchen, Oesterreich hat insinuirt, es wäre ganz bereit sie an Preußen als Territorialvergrößerung abzutreten, wenn nur die deutsche Einheit aufgegeben würde. Darauf laßt Ihr Euch natürlich nicht ein und laßt Euch vom König von Preußen feierlich versprechen, daß er die Form eines engern deutschen Bundes (nicht preußischen) erhält. Dann ist doch noch der Kern gerettet, um den bei der nächsten Katastrophe, die nicht ausbleiben kann, sich ein deutscher Bundesstaat anlagern kann."

„In Frankreich steht ein naher Bruch bevor. Oesterreichs Vorschläge in Frankfurt werden dummes Zeug sein, und nur Dummheiten können herauskommen; doch Deutschland muß von der socialen Republik gerettet werden, und dies kann nur geschehen dadurch, daß die Rettungsform am Leben erhalten werde, damit in der nächsten Noth nicht dieselbe Rathlosigkeit die befalle, die jetzt so übermüthig alle Erfahrung sich aus dem Sinne schlagen."

Ewig Dein treuer Bruder

Buckingham Palace 8./5. 1850. Albert.

Indessen hatte die große Woche in Berlin schon ihren Anfang genommen, als ich in den Besitz der voranstehenden Zeilen meines Bruders gekommen war. Schon im Laufe des 7. Mai war gleichzeitig mit mir ein Theil der Bundesfürsten in Berlin angelangt. Am 8. waren sie mit Ausnahme des Herzogs von Nassau vollzählig beisammen. Der Kurfürst von Hessen hatte Vollmacht für den Großherzog von Darmstadt mitgebracht. Die Vorstände der freien

Städte schlossen sich den Fürsten an und nahmen nachher an den Berathungen derselben vollen Antheil.

Als ich mich nach meiner Ankunft beim König in Charlottenburg zu melden kam, hatte ich ein unerwartetes Zusammentreffen mit dem Prinzen Johann von Sachsen. Er hatte eben den König verlassen, da ich die Treppe des Schlosses in der Uniform als Chef des siebenten Cürassierregiments hinanstieg. Als ich ihn in alter herzlicher Verehrung bewillkommte, blieb er wie versteinert bei meinem Anblick stehen und seine Erwiderung meines Grußes war so frostig, wie aus der tiefsten Kluft, die nur immer zwei Menschen von einander trennen kann.

Es war kein Zweifel, daß man am sächsischen Königshofe über die Zusammenkunft der Fürsten tief verstimmt war. Da aber die Einladungen zum Congreß von der preußischen Regierung an alle Theilnehmer des Bündnisses vom 26. Mai versendet worden, ob sie daran festhielten oder nicht, so hatte es der König von Sachsen doch für nöthig erachtet, sein Fernbleiben durch den Prinzen Johann zu entschuldigen und begründen zu lassen.

Meine Audienz bei Friedrich Wilhelm IV. fand auf diese Weise unter dem unmittelbaren Eindruck der sächsischen Erklärungen statt. Der König empfing mich mit lebhafter Freundlichkeit und vielen Dankesworten für die Anregung, die von meiner Seite zu dem Congreß gekommen wäre; als ich aber dem Gespräche eine mehr sachliche Wendung zu geben versuchte, so war ich sehr erstaunt zu merken, daß der König gegen seine sonstige Art einsilbig wurde.

Seine deutlich wahrnehmbare Freude, so viele Fürsten um sich versammelt zu sehen, war wie ein träumerischer Ausbruch seiner persönlichen Gefühle, indem er aber die praktischen Aufgaben des Congresses erwägen sollte, so äußerte er sich unsicher.

Am wenigsten wollte er für möglich halten, daß der Congreß bindende Beschlüsse fassen könnte. Im besten Falle, meinte er, werde ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den österreichischen Propositionen zu erzielen sein. Dies wäre auch das Wichtigste und zunächst Praktische. Für die Verfassung der Union könne er sich nun einmal nicht enthusiasmiren und meinte, daß auch die Fürsten diese Sache lieber den Ministern überlassen werden. Ich suchte den König zu überzeugen, daß es doch von größter Wichtigkeit sein würde, wenn die Fürsten sich persönlich über die in Erfurt so glücklich gelungene Revision auszusprechen Gelegenheit fänden und die definitive Constituirung der Union bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments alsdann in Aussicht wäre. Hierauf bemerkte mir der König, er wäre mit einem solchen Ziel ganz einverstanden, doch glaube er nicht, daß die Fürsten sich dazu bereit finden würden; sollte mir es indessen gelingen, dieselben zu Verhandlungen dieser Art zu bewegen, so könnte ich seiner Unterstützung sicher sein.

Gleich darauf sprach ich auch die Minister, den Grafen Brandenburg und Herrn von Schleinitz, welche mir zuversichtlicher erschienen als der König. Vor allem zeigte sich Radowitz, welcher zum Commissär bei den Minister-Conferenzen ausersehen war, voll guten Muthes und froher Hoffnungen.

Trotz eines schweren Trauerfalles in seiner Familie, von welchem er in diesen Tagen betroffen worden war, hielt er mit Aufopferung bei den Geschäften aus und suchte die Minister-Conferenzen so fruchtbar wie möglich zu gestalten.

Indessen hatte Radowitz mit seinem Herrn und König gemein, daß er von augenblicklichen Stimmungen beherrscht und vollkommen unberechenbar im Laufe der Geschäfte war.

Beide ergingen sich gleich lebhaft in extravaganten Hoffnungen und lähmenden Befürchtungen, nur daß der herüber und hinüber schwankende Pendel nicht immer im gleichen Gange war. Bewegte er sich bei dem König rechts, so schlug er bei Radowitz links aus, und war dieser heute zu festen Entschlüssen gekommen, so war es jener gestern oder auch morgen.

Indessen war es mir geglückt, die meisten Fürsten gleich bei ihrer Ankunft dafür zu gewinnen, daß wir den Verhandlungen eine ganz parlamentarische Form geben, das Verfassungswerk persönlich besprechen, Paragraph für Paragraph durchnehmen und darüber abstimmen wollten. Ich hatte jedem Einzelnen von den fürstlichen Herren gleich bei den Antrittsbesuchen diesen Gedanken geläufig gemacht und fand bei den Allermeisten die größte Bereitwilligkeit. Keiner wollte hinter dem Andern zurückbleiben und was insbesonders erfreulich war, gerade die Aelteren gingen mit jugendlichem Eifer voran. Nur der Kurfürst von Hessen setzte sich vom ersten Momente unserer Bewegung in Opposition und suchte unsere Absichten zu durchkreuzen.

Es hatte sich gleichsam von selbst ereignet, daß meine Wohnung zum Sitzungslocal bestimmt wurde, und von vielen Seiten war der Wunsch ausgesprochen, daß ich das Präsidium übernehmen und die Debatten leiten sollte. Gleich am 8. Mai versammelten sich auf meine Einladung Abends die Großherzoge von Oldenburg, Mecklenburg, Baden, die Herzoge von Braunschweig, Altenburg und Dessau zu einer Vorbesprechung auf meinem Zimmer; anfänglich war auch mein Minister von Seebach anwesend, um die Fragen zu formuliren, über welche sich die Fürsten zunächst einigen sollten.

Als die Berathung bereits begonnen hatte, ließ sich der Kurfürst von Hessen melden. Da man jedoch wußte, daß seine Intentionen ganz andere seien, als die der versammelten Fürsten, so war man im ersten Augenblicke der Meinung, ich möge mich entschuldigen lassen. Der Großherzog von Oldenburg meinte jedoch, „es sei doch besser er kommt und man bitte ihn an der Be-

rathung Theil zu nehmen, so werde man doch hören was er eigentlich will". Indem man sich dafür entschied den Kurfürsten zu der Berathung beizuziehen, war es meine Aufgabe, ihn von dem Zweck derselben in Kenntniß zu setzen und zu bitten, daß er sich an derselben betheiligen möchte. Er erklärte sich bereit dazu, doch zeigte es sich bald, daß er bei dem Congresse überhaupt nur erschienen war, um jede Vereinbarung zu hindern. Dieser feindseligen Absicht gab der Kurfürst auch sofort den deutlichsten Ausdruck, und die Debatte gestaltete sich in Folge dessen sehr erregt. Als er mit seinen schwachen Argumenten sich alsbald in die Enge getrieben sah, so wiederholte er beständig, er müsse seinen Minister rufen: „Sie haben," so wendete er sich ganz wüthend gegen mich, „Ihren Minister hier, lassen Sie mich meinen Hassenpflug herbeiholen". Dies brachte bei den anderen Fürsten eine steigende Bitterkeit hervor, und der Herzog von Braunschweig wurde so erregt, daß er dem Kurfürsten wegen seines ganzen Regiments die schwersten Vorwürfe ins Gesicht warf: „Sie sind schon einmal daran gewesen aus dem Lande hinausgejagt zu werden, Sie wünschten dies Verhängniß auf alle deutschen Fürsten auszudehnen."

Die Scene wurde so leidenschaftlich, daß Herr von Seebach es für passend hielt, sich bei dem Streit der Fürsten zu entfernen. Ich hatte Mühe die Debatte soweit in ihren Grenzen zu erhalten, daß die Anträge zur Abstimmung kommen konnten.

Es hatten sich zweierlei Meinungen unter den Anwesenden Geltung verschafft. Die eine ging dahin, die Union sei sofort unter Einsetzung einer Unionsregierung zum Abschlusse zu bringen. Die andere wollte die Einsetzung einer Unionsregierung einstweilen auf sich beruhen lassen, aber die Unionsverfassung unter Vorbehalt weiterer Modifikationen provisorisch angenommen haben. Mit einer dritten Ansicht, der ganzen Unionsverfassung bis zur Feststellung des Verhältnisses zu den übrigen deutschen Staaten die Anerkennung zu verweigern, war der Kurfürst von Hessen ganz allein geblieben. Auf diese Weise waren doch fast alle Fürsten darin einig, daß der von dem Erfurter Parlament vorgelegte Verfassungsentwurf in Berathung gezogen werden sollte. Die Verhandlungen der Fürsten sollten neben denen der Minister in den nächsten Tagen vor sich gehen und in meiner Wohnung stattfinden.

Die Minister der meisten Staaten hatten sich ebenfalls am 8. Mai zu einer Vorberathung zusammengefunden und beschlossen, die Union durch Annahme der von dem Erfurter Reichstag acceptirten Verfassung mit den vorgeschlagenen Modifikationen, vorbehältlich weiterer Revision, definitiv zum Abschlusse zu bringen, eine Unionsregiecung einzusetzen und dieser die Vollmacht zu ertheilen, in Frankfurt als solche anstatt der Unionsmitglieder aufzutreten.

Die Sache hatte unzweifelhaft den günstigsten Anfang genommen, als der

König am 9. Mai die sämmtlichen Fürsten und die Vertreter der freien Städte im Schlosse feierlich versammelte und in seiner Weise mit einer freien, fast konnte man glauben, unvorbereiteten Ansprache bewillkommte.

Ich habe den Inhalt der königlichen Rede, welche niemals publizirt und selbst in offiziellen Blättern kaum getreu analysirt worden war, noch am selben Tage, unterstützt durch eine ähnliche Aufzeichnung des Bürgermeisters von Bremen Duckwitz, aufgeschrieben und theile das, was mir im frischesten Gedächtniß damals war, hier wörtlich mit:

Die Rede des Königs enthielt drei Hauptmomente und schien zur Aufgabe zu haben, sowohl eine Rechtfertigung der preußischen Politik nach Außen hin zu geben, als zu zeigen, welchen Weg Preußen für sich zu gehen gedenke, als Vorbild und maßgebend für die Schritte derjenigen Gouvernements, deren Fürsten vor dem Könige versammelt waren.

Das erste Moment enthielt eine klare Auseinandersetzung der Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich. Der König wußte zu trennen die engen Familienbande der beiden Häuser „von den Anmaßungen des Schwarzenbergischen Cabinets" und verglich den letzten Brief des Kaisers mit der letzten Note des Cabinets, um zu zeigen, wie die Familienbande noch stets die eng freundschaftlichen seien, während die Politik des Cabinets als eine rein feindliche sich ausspräche. Hievon ging der König zur speziellen Frage über Krieg und Frieden über und drückte sich folgendermaßen aus:

„Wenn Oesterreich wirklich das Fortbestehen des Bündnisses und der daraus sich entwickelnden Union zum Grund des Krieges zu machen gesonnen wäre, wozu in diesem Augenblick ebensoviel Möglichkeit als Unwahrscheinlichkeit vorhanden ist, so bin ich gesonnen, nicht den Krieg zu beginnen, sondern mich nach Kräften gegen den völkerrechtswidrigen räuberischen Einfall zu wehren. Ich rüste um deßwillen nicht, weil ich nach den Bestimmungen der Verträge, auf denen der deutsche Bund beruhte, einen Krieg innerhalb des Bundes für so völkerrechtswidrig als ungesetzlich halte; ich baue auf mein gutes Recht und auf die Stärke meiner Armee."

„Ich theile dies den hier versammelten Fürsten nur deswegen mit, damit sie einerseits sehen sollen, daß sich Preußen nicht durch Drohungen einschüchtern läßt, andererseits, damit ich von der Verantwortung frei bin, im Fall die dem Bündniß ergebenen Fürsten in den Krieg verwickelt würden. Ich rede keinem der verbündeten Herren zu, dem Bündniß treu zu bleiben und werde es auch ebenso keinem der Herren verargen, wenn er aus Rücksichten der Landeswohlfahrt in dem Augenblicke die Chancen des Krieges nicht laufen will und aus dem Bunde ausscheidet. Ich bitte die gnädigsten Herren, sich diesen Punkt genau zu überlegen."

Das zweite Hauptmoment der Rede enthielt eine kurze historische Darstellung über den Gang der Verhältnisse im Bund bis zu diesem Augenblicke. Der König hob besonders hervor, daß er den herzlichsten Dank schuldig sei den weisen und patriotischen Männern des Erfurter Parlaments und sagte:

„Es sind harte Worte gefallen, aber schwere Verwickelungen haben sich durch kluge Mäßigung gelöst. Ganz Deutschland und besonders wir Fürsten müssen es rühmlich anerkennen und dürfen es nie vergessen."

Die Verfassung nannte er „eine glücklich verbesserte".

Das dritte Hauptmoment enthielt die Vorschläge für den Augenblick, welche allerdings nicht mit der Klarheit gegeben wurden, wie man sie erwarten und verlangen konnte.

Nur soviel war mit Bestimmtheit daraus zu entnehmen, daß der König fest entschlossen sei, das Bündniß nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern die Union zu ihrer Perfection auszubilden. Es müsse aber durch den von Oesterreich einberufenen Congreß nach Frankfurt nur eine provisorische Gestaltung einstweilen eintreten, worüber er durch sein Ministerium den betreffenden Ministern seine bestimmten Vorlagen mittheilen lassen würde.

„Was die Verfassung anbelangt, so — sagte er — werde ich sie anerkennen. Ich bitte meine gnädigsten Herren das Wort „werde" nicht aus den Augen zu verlieren."

Das „Wann" blieb er schuldig.

In Betreff der Beschickung des Frankfurter Congresses sprach sich der König dahin aus, daß sie nur von dem factisch hier versammelten Fürstencollegium ausgehen könne, natürlich nur von denjenigen Fürsten, welche im Ganzen bei dem Bündniß, wie es jetzt liege, bleiben wollen.

Den Schluß bildeten allgemeine, herzlich gesprochene Worte an die Fürsten über ihr Beisammensein und die Vortheile ihrer gemeinschaftlichen Besprechung.

Auf die Anrede des Königs erwiderte der Großherzog von Baden als Doyen der Fürsten und in ihren Namen nach vorhergegangener Vereinbarung:

„Eurer königlichen Majestät danke ich im Namen der hier versammelten Fürsten für den neuen Beweis des schätzenswerthen Vertrauens und hoffen wir, daß Allerhöchstdieselben Ihr Ministerium beauftragen werden, die eben vernommene Eröffnung an unsere hier anwesenden Minister zum Zwecke der Berathung mitzutheilen, um diese so einzurichten, wie sie zum Heile des Vaterlandes gereichen werden."

Man war in einer sehr gehobenen Stimmung. Bei dem Diner, welches gleich nachher im weißen Saale des Schlosses stattfand, wurden warme und hoffnungsvolle Worte gesprochen. Selbst der Kurfürst von Hessen, welcher bei

der Tafel den Trinkspruch des Königs erwiderte, schien sich mit der Sache ausgesöhnt zu haben.

Er war vom Könige auf alle Weise ausgezeichnet worden, als sollte ihm ein bundesfreundlicheres Verhalten abgeschmeichelt werden. Wie wenig aber diese Absicht erreicht worden war, sollte sich gleich in den nächsten Tagen zeigen.

Im großen Publikum hatten die Nachrichten von dem, was bei dem Congresse sich ereignete, so wenig Sicheres und Zuverlässiges auch davon in Zeitungen verlautete, die freudigsten Erwartungen erweckt.

Als der König am 13. Mai bei Gelegenheit der großen Parade, Unter den Linden, mit den Fürsten im Gefolge sich zeigte, wurde er mit einem Jubel begrüßt, der ihn selbst zu überraschen schien.

An den Verhandlungen, die am 10. Mai begannen, hatte der König nicht persönlichen Antheil genommen. Die offizielle Vertretung des Fürsten-Congresses nach außen war dem Großherzog von Baden übertragen, welcher sich mit dem größten Eifer den gesammten Angelegenheiten gewidmet hatte und dessen patriotisches Herz in diesen Tagen des Fürsten-Congresses höher geschlagen, als es die Welt jemals gewußt oder anerkannt hat. Es war rührend zu sehen, wie mein schwergeprüfter, von der Revolution stärker, als die meisten andern Fürsten gebeugter Schwiegervater dem Einigungsgedanken mit ganzer Seele sich hingab, und nichts war wohl ungerechter und deprimirender, als wenn der Fürsten-Congreß von feindseligen Stimmen in Bezug auf die Lauterkeit seiner Absichten angegriffen wurde.

Ich darf auch heute noch meine Ueberzeugung aussprechen, daß in den langen und ereignißreichen Jahren der Entwickelung Deutschlands, die ich an mir vorübergehen sah, kaum ein Moment wieder gekommen ist, wo eine erhebliche Anzahl Fürsten in so entschiedener und theilnehmender Weise von Preußens deutschem Berufe erfüllt war.

In Wien und an den deutschen Königshöfen war man besser von dem schwerwiegenden Ernste der Congreßverhandlungen überzeugt, als in manchem Preßbureau und mancher Redaktion von sogenannten liberalen Blättern, von wo das Mögliche geschah, den Congreß herabzusetzen. Die deutschen Fürsten, hieß es da, werden nimmermehr von ihren Sonderinteressen lassen, sie werden nur ihr Veto gegen die deutsche Einheit einlegen, welche die Sache des Volkes ist und bleiben werde. In Wahrheit hatten dagegen die Verhandlungen der Fürsten den Charakter größter Aufrichtigkeit von Anfang bis zu Ende bewahrt.

Es fehlte nicht an eifrigen Wortgefechten, an scharfen Bemerkungen, an gewichtigen Erörterungen, an wohlgesetzten Reden, insbesondere von Seiten des Großherzogs von Oldenburg, der mit Eifer und Geschick die Sache der Union

vertheidigte. Fast alle Fürsten einigten sich im Laufe der Debatten über die Hauptgegenstände und was die Lesung des Verfassungsentwurfes anbelangte, so waren die Fürsten rascher zum Ziele gekommen, als die Minister. Wir hatten über jeden Paragraphen abgestimmt und die Annahme erfolgte durch jedesmalige Feststellung der Majorität von meiner Seite.

Ich hatte angenommen, daß der König von diesem Resultate sehr befriedigt sein werde und erstattete demselben in diesem Sinne Bericht. Unbegreiflicher Weise machte aber dieser Umstand gerade die entgegengesetzte Wirkung auf ihn. Er war beinahe ungnädig geworden, weil die Sache übereilt würde; es seien so viele Schwierigkeiten zu überwinden, daß er davon erdrückt wäre; im Sprunge ließe sich das Ziel nicht erreichen. Er endete seine lange, wenig ermunternde Rede mit der wiederholten Warnung: pas trop de zèle, mon cher ami, pas trop de zèle.

Mit seiner Ansicht, ein langsameres Vorwärtsschreiten wäre wünschenswerther, erkannte ich allerdings in voller Uebereinstimmung das sichtbare Bestreben des Hofes, die Fürsten durch eine fast unangenehme Menge von Festlichkeiten und Zerstreuungen von dem Ernste der Fragen abzulenken.

Die Ministerkonferenzen, an welchen Graf Brandenburg und Schleinitz für Preußen theilnahmen und deren Leitung dem General von Radowitz anvertraut wurde, waren am 10. Mai eröffnet worden.

Die Propositionen Preußens waren in einer Denkschrift vorher bekannt gemacht und die Verhandlung schloß sich in den vom 10. bis zum 14. Mai abgehaltenen vier Hauptsitzungen an den in der Denkschrift eingehaltenen Gang der Gegenstände.

Das preußische Ministerium schlug vor, es solle eine provisorische Unionsregierung bestehen, so lange die Ausführung der Unionsverfassung nicht möglich wäre. Bei Einrichtung derselben und bei Bestimmung ihrer Befugnisse soll im Allgemeinen das Vertragsstatut vom 26. Mai 1849 maßgebend sein. Sie soll gebildet werden durch den Vorstand des Fürstenkollegiums und ein die Verbindung zwischen diesen Beiden vermittelndes Organ. Dem Vorstand sollen mindestens diejenigen Befugnisse zustehen, welche das gedachte Statut der Krone Preußen beilegt. Das Fürstenkollegium wird gebildet aus den Bevollmächtigten der Unionsstaaten. Jeder dieser Staaten hat das Recht sich in demselben durch einen besonderen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, aber die Abstimmungen erfolgen curienweise.

Was die Stellung der Union zu dem von Oesterreich nach Frankfurt beschiedenen Congreß anbelangte, so machte Preußen den Vorschlag, derselbe solle von den Unionsregierungen beschickt werden. Doch würden eine Anzahl von Vorbedingungen als unerläßlich zu betrachten sein.

Vor allem sollten sich die Unionsregierungen über ihr Verhalten in Frankfurt nicht nur vorher verständigen, sondern die Beantwortung der österreichischen Einladung sollte auch von allen gleichlautend geschehen und den andern deutschen Höfen Mittheilung von den Motiven gemacht werden, welche für das gemeinschaftliche Vorgehen der Unionsregierungen maßgebend wäre. Auch sollte Anstalt getroffen werden, daß die Gründe, aus welchen und die Bedingungen, unter welchen der Frankfurter Congreß beschickt wird, in angemessener Form zur öffentlichen Kenntniß gelangen.

Da fast von Seite aller Minister über die Hauptpunkte volle Einigkeit zu erwarten war, so hatte Hassenpflug gleich bei der ersten Sitzung den Versuch gemacht, die Conferenz durch eine Vorfrage zu sprengen. Er hatte bei der auf 7 Uhr Abends anberaumten Sitzung längere Zeit auf sich warten lassen und entschuldigte sich bei seiner Ankunft recht absichtlich damit, daß er bei einem Diner des Herrn von Prokesch nicht rascher habe abkommen können. Dort war, wie nachher durch einen Theilnehmer an der Tafel verrathen wurde, thatsächlich ein Complot geschmiedet worden, um die Conferenz zu stören.

Herr von Hassenpflug behauptete, die Einladung wäre nur an die Fürsten unter Zuziehung der verantwortlichen Minister erfolgt, während in der Versammlung sich auch Mitglieder des Verwaltungsrathes befänden. Es kam zu einer heftigen Scene, die insbesonders für Radowitz verletzend war. Da Hassenpflug sich aller sachlichen Erklärungen mit der wiederholten Motivirung, daß in der Versammlung Personen wären, die nicht eingeladen seien, enthielt, so hatte sein Benehmen einen geradezu beleidigenden Charakter angenommen.

Nach dem Schlusse der Sitzung erschien mein Minister in großer Aufregung bei mir und theilte das Vorgefallene mit. Ich begab mich mit Herrn von Seebach zum Herzog von Oldenburg, der soeben auch von seinem Minister Eisendecher über das Geschehene unterrichtet worden war. Wir kamen überein am nächsten Vormittage eine Zusammenkunft der Fürsten mit Ausschluß des Kurfürsten von Hessen zu veranlassen und denselben vorzuschlagen, es sei dem Könige durch Vermittlung des Generals von Radowitz das tiefste Bedauern über den Vorfall in der Ministerkonferenz auszusprechen und von dem Beschlusse Kenntniß zu geben, mit dem kurhessischen Minister die Verhandlungen nur dann fortzusetzen, wenn derselbe wegen seines Verhaltens in der ersten Sitzung eine befriedigende Erklärung abgegeben haben werde.

In der Versammlung der Fürsten wurden am andern Tage meine Anträge einstimmig angenommen und mein Minister erhielt den Auftrag, dem General von Radowitz von der Auffassung und dem Beschlusse der Fürsten Kenntniß zu geben, und seine Vermittlung dem Könige gegenüber in Anspruch zu nehmen.

Radowitz war hierüber sehr erfreut und erklärte sich sofort bereit nach Bellevue zum König zu fahren. Er hoffte dort den Kurfürsten von Hessen zu finden, der zum Diner geladen war. Indessen hatte der Kurfürst, als Radowitz beim König seinen Vortrag hielt, Bellevue bereits verlassen und die Angelegenheit wurde schriftlich geordnet. Der König forderte den Kurfürsten auf, seinen Commissar anzuweisen, die gestrige Erklärung zurückzunehmen, wenn er nicht vorziehe einen andern Commissar zu bestellen.

Das Schreiben kam indessen zu spät in die Hände des Kurfürsten, und so erschien Herr von Hassenpflug ganz ahnungslos in der Ministersitzung Abends am 11. Mai.

Er wurde zu seiner Ueberraschung von Herrn von Schleinitz aufgefordert, entweder die Versammlung zu verlassen, oder die geforderte Erklärung abzugeben. Er entschied sich für das letztere und der Widerruf seiner gestrigen Erklärungen fand Aufnahme im Protokolle der zweiten Sitzung, welches der Welt bekannt wurde, aber in seiner etwas dunklen Fassung nicht ohne Commentar leicht zu verstehen war.

Da diese hessischen Manoeuvres auf solche Weise rasch zu Boden gefallen waren, so blieb Hassenpflug an den folgenden Tagen nichts anderes übrig, als die einfache Negation gegenüber den Beschlüssen der weitaus größten Majorität der Minister fortzusetzen. Nur Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe schlossen sich den Ablehnungsanträgen Kurhessens an, doch vermieden alle drei sorgfältig ihren Rücktritt von der Union zu erklären, oder auch nur zu beabsichtigen.

War auch über die künftige Verfassung der Union kein endgiltiger Beschluß gefaßt worden, so hatte man doch den Bestand derselben aufrechterhalten und sich über die Leitung für die nächsten Monate geeinigt. Das Fürstenkollegium trat mit seinen Bevollmächtigten an Stelle des Verwaltungsrathes, und in Bezug auf die Stellung des Bundes zu den auswärtigen Verhältnissen war volle Uebereinstimmung erzielt. Die Unionsregierungen verpflichteten sich zu gleichmäßiger Beantwortung der österreichischen Einladung nach Frankfurt und zu gleicher Instruktion ihrer Bevollmächtigten.

Die frankfurter Conferenz sollte nur als eine freie Versammlung der früheren Bundesverwandten erklärt und gegen den von Oesterreich erhobenen Anspruch auf die Ausübung des mit der alten Bundesverfassung erloschenen Präsidialrechts, sowie gegen die Annahme, daß die frankfurter Versammlung das Plenum des früheren Bundestags repräsentire, Verwahrung eingelegt werden.

Was als unerledigte Frage offen blieb, war in der That das Definitivum der inneren Organisation und hier zeigte es sich jetzt, welch gefährlicher Fehler

die Vertagung des Parlaments gewesen war. Alle streitigen Punkte über die Verfassung konnten erst erledigt werden, wenn das Parlament von Neuem zusammentrat.

Als man in der letzten Versammlung der Fürsten die Frage über den weiteren Gang der Angelegenheiten aufwarf, so suchte ich zu zeigen, wie nothwendig es sei, daß das Parlament so bald wie möglich wieder in Thätigkeit komme. Ich setzte eine Resolution auf, welche sich auf die Einberufung desselben bezog, und dieselbe wurde mit größter Majorität angenommen.

Mein Secretair von Meyern formulirte dieselbe in Reinschrift und ich veranlaßte die Herren, das Actenstück selbst zu unterschreiben. Ich verwahre noch heute dieses interessante Protokoll, welches alle Fürsten, mit Ausnahme des Kurfürsten von Hessen, eigenhändig unterzeichnet hatten. Nur der Großherzog Friedrich Franz machte den Beisatz: „nur soweit einverstanden, daß diese Sache unter den Herren Ministern zur Sprache gebracht wird“. Die Resolution lautete:

„Die endesunterzeichneten Fürsten haben sich damit einverstanden erklärt, ihre betreffenden Minister dahin instruiren zu wollen, daß dieselben bei den gemeinschaftlichen Conferenzen dahin wirken möchten, daß der Termin zur Wiedereinberufung des Parlaments nicht ganz auf unbestimmte Zeit festgesetzt, sondern vorläufig für den Monat August d. J. bestimmt werden möchte.“

Damit waren die Berathungen des Berliner Fürsten-Congresses zu Ende.

Man sprach von Seite der Verbündeten mir den Dank in freundschaftlichsten Worten aus, daß durch meine Leitung die Verhandlungen im eigentlichsten Sinne erst ermöglicht worden seien. Am 16. Mai fand der Schluß des Congresses im königlichen Schlosse statt.

Auf dem Thron empfing der König in feierlichster Weise eine Versammlung von deutschen Fürsten und Vertretern der freien Städte, wie er sie vorher und nachher in Berlin nicht wieder gesehen hat.

Friedrich Wilhelm hielt an diesem Tage eine seiner glänzendsten und merkwürdigsten Reden; er sprach frei und in gehobener Stimmung fast eine Stunde ununterbrochen. Was man davon in der Oeffentlichkeit erfuhr, vermochte kaum eine Ahnung von dem weitläufigen Inhalt zu geben, dessen Erhaltung der Nachwelt wahrscheinlich nur durch das glückliche Gedächtniß des Syndikus Banks ermöglicht worden ist, dessen Aufzeichnung mir zu Gebote gestellt wurde und die ich hier vollständig mittheilen will:

Berlin 16. Mai 1850.

Der König hatte die verbündeten Fürsten und Vertreter der freien Hansestädte heute um sich versammelt, um am Schlusse des Congresses die Resultate

desselben in gedrängter Uebersicht vor Augen zu legen und auf die Momente aufmerksam zu machen, welche für das Verhalten Aller und jedes Einzelnen maßgebend werden könnten, gleich wie in ähnlicher Weise der Congreß eröffnet worden war.

Ich führe den König redend an, bevorwortend jedoch, daß ich nicht den Redeausdruck wiederzugeben beabsichtige und Betrachtungen, auf welche der König wiederholt zurückkam, sofort zusammengezogen habe.

„Ich habe", sagte der König, „meine gnädigsten Herren und Vertreter der freien Städte, Ihnen im Beginn unseres Congresses die Gefahren nicht verhehlt, welche nach der drohenden Sprache Oesterreichs mit dem Festhalten und der Fortführung unserer Union möglicherweise verknüpft sein können. Von keiner Seite ist mir seitdem eine Erwiderung geworden, die gemeinschaftlichen Arbeiten haben ihren Fortgang genommen; Ihr Stillschweigen darf ich mir vielleicht auch als eine Antwort deuten. Mit Dank und freudiger Rührung blicke ich auf das Resultat unserer Arbeiten zurück. In patriotischem Sinne hat sich bei Weitem die Mehrzahl der Verbündeten über gemeinsame Einrichtungen und Maßnahmen geeinigt, ausgeschieden aus dem Bunde ist keiner. Wir haben in 9 Tagen vollbracht, wozu man in Wien 9 Monate gebrauchte."

„Ausgeführt konnte die revidirte Verfassung noch nicht werden, weil nicht Alle zugestimmt haben. An diejenigen, die mit ihren Entschlüssen noch zurückhalten zu müssen glauben, wende ich mich zunächst. Ich habe erklärt, daß ich Keinem grollen werde, der nach gewissenhafter Ueberzeugung in unserm Fortgange sich uns nicht anschließen mag; ich habe kein Recht und keinen Grund, an dieser Ueberzeugung zu zweifeln. Aber ich gebe Ihnen, meine gnädigsten Herren, zu bedenken, wie Sie sich Ihrem Volke gegenüberstellen. Die Zeiten werden immer ernster, schwere Stürme können unserm Vaterlande bevorstehen. Der kommunistische Aufruhr in Frankreich wächst, die Hälfte der Armee ist angesteckt, es ist sehr die Frage, ob es den Offizieren und Unteroffizieren gelingen wird, sie gegen die aufrührerischen Massen zu führen. Gelingt es ihnen nicht, dann ist die Regierung verloren und Krieg mit Deutschland ist die unvermeidliche Folge."

„Ich weiß, Ihre Truppen sind zuverlässig, soweit hat sich das Gift in Deutschland noch nicht verbreitet. Aber der kommunistische Aufruhr hat seine Verbindungen in Deutschland, Aufstände werden ausbrechen, können Sie sie besiegen mit eigenen Hilfsmitteln? Ich werde helfen, wo es nur immer sein mag, unter jedem Opfer. Aber wenn ich 300,000 Mann an den Rhein senden muß, werde ich helfen können? Wie ist es mir im eigenen Lande ergangen? In Berlin sind 300,000 Wohlgesinnte, 90,000 ohne Gesinnung, 10,000 Aufrührer und dennoch bin ich im März gefallen, weil jene 390,000 nichts thaten, um den Aufruhr zu erdrücken."

„Freilich (dies sprach der König mit erhöhter Stimme und voll Unwillen), freilich bin ich gefallen durch Verrath, durch schmählichen Verrath und das versichere ich Sie, so lange ich lebe, werde ich so nicht wieder fallen."

„Die Verfassung konnte wegen der mangelnden Erklärungen nicht ausgeführt werden, es mußte zu einem Provisorium geschritten werden."

„Ich richte mich nach dem mir gemachten Vortrage meiner Minister, auf das Detail lasse ich mich nicht ein. Sollte ich mich indeß irren, so bitte ich mich zu corrigiren. Es ist ein provisorischer Unionsvorstand eingesetzt und ein provisorisches Fürstenkollegium auf ausschließlicher Grundlage des Statuts vom 26. Mai. Die successive Aus- und Weiterführung wird, wie mich meine Minister versichern, keine Schwierigkeit finden."

„Auch über die Antwort an Oesterreich und den Congreß in Frankfurt ist eine erfreuliche Uebereinstimmung der großen Mehrzahl erzielt. Ich habe früher gedacht, daß das, was wir hier berathen und beschlossen haben, seine baldige Weiterführung auf einer Zusammenkunft in Gotha finden könnte, allein ich gebe der Vorstellung nach, daß eine solche Berathung während des Congresses in Frankfurt Anstoß und Hinderniß erregen könnte."

„Dieser Frankfurter Congreß kann nur ein wirklicher sein, auf welchem keiner durch Majorität überstimmt wird, wie es auch der hiesige war. Interimistisch muß für die Angelegenheiten des gemeinsamen Bundes gesorgt werden, den ich anerkannt habe und immer verpflichtend erachten werde."

„Aber dies Interim kann nicht von langer Dauer sein; die Angelegenheiten unseres deutschen Vaterlandes bedürfen einer baldigen Regelung."

„Zunächst liegt uns das Münchener Project vor, so wie es lautet."

„Welchen Zweck es habe, zu welchem Resultate Herr von der Pfordten es bestimmt hat, das bin ich außer Stande einzusehen, wenn es nicht den Zweck der Spoliation der kleinen Staaten hat. Dazu werde ich nimmermehr die Hand bieten; ich werde mit meiner ganzen Macht die kleinen Staaten schützen, das ist mein deutscher Beruf."

„Durch die österreichischen Bedingungen erhält das Project aber einen ganz andern Charakter. Oesterreich will mit seinem gesammten Staate eintreten; bemerken Sie es wohl, ausdrücklich wird der künftige Bund als ein deutsch-österreichischer Bund bezeichnet. Die Polen, Magyaren, Italiener sollen wir aufnehmen. Schon lange trachten diese Völker darnach, in Deutschland einzudringen, mit Ausnahme der Italiener freilich, denen ich die Lust des Eindrängens nicht beimessen will. Niemals werde ich darin einwilligen, daß Deutschland sich entfremdet werde."

„Fast als eine providentielle Fügung betrachte ich die Bildung unsrer Nation, sie soll Deutschland sich selber bewahren."

„Was ich für unser Vaterland für heilsam halte, habe ich in dem Verfassungs-Entwurf vom 26. Mai niedergelegt. Keine Vergrößerungssucht leitet mich, keine Begierde zu herrschen, ich betheure es vor Gott (hier hob der König wie zum Schwure seine Hand empor), ich will die Rechte aller Staaten, auch der kleinsten, schützen, das ist mein Beruf als Souverain des größten deutschen Staates. Niemandem sinne ich ein Opfer an, das ich nicht für das Wohl des Vaterlandes für nöthig erachtete."

„Mit dem reinsten Willen beschicke ich Frankfurt, sehnlichst wünsche ich eine Verständigung und werde mit allen Kräften dazu beitragen. Kommt aber nichts zu Stande und wäre auch unserer Einigung eine Störung bereitet, dann freilich werde ich mich auf mich selbst zurückziehen, ich werde Masse bilden und die Stürme mit Gottes Hilfe bestehen, die sich bereiten."

„Ich bin in einer andern Lage als Sie und kann anders sprechen und nöthigenfalls handeln, weil mich die Vorsehung an die Spitze von 16 Millionen gestellt hat, meine Verbündeten nur von 6 Millionen, aber mein Wille gehört dem deutschen Vaterlande."

„Und nun lassen Sie mich schließen mit dem Danke für Ihr Erscheinen, meine gnädigsten Herren, für die Ehre, die Sie mir erwiesen, für das Zutrauen, das Sie mir gewährt haben. Ich spreche zu Ihnen als Bruder, ich betrachte Sie als Brüder. Möge der Herr segnen, was wir in reiner Absicht begonnen haben!"

Es war insbesondere der Schluß der Rede, welcher bei vielen der versammelten Fürsten große Rührung hervorbrachte. Die älteren von den Herren drängten sich mit vielen Dankesworten an den König, es folgten herzliche Umarmungen und die ceremonielle Aufstellung löste sich allmählich auf. Der allgemeine Eindruck überwog zunächst alle kritische Erörterung.

In der That war es aber schwierig, von der Gefühlsseite abgesehen, aus der langen Rede den rechten Sinn zu finden. Das meiste von dem, was für die Zukunft entscheidend werden mußte, war so verschwommen, daß man am Ende der geistvollen Rede betroffen wie in das leere Nichts zu sehen meinte. Eines klang mir ganz besonders bedenklich und verhängnißvoll fortwährend in den Ohren, und ich fragte mich und andere, ob ich recht gehört hätte: Keine neue Zusammenkunft der Fürsten, keine Fortsetzung des Congresses in Gotha, keine Berufung des Parlaments, keine definitive Verfassung! Unzweideutig hatte es der König ausgesprochen: „er gebe der Vorstellung nach, daß eine Fortsetzung des Congresses in Gotha Anstoß erregen könnte".

Nicht lange sollte ich in Ungewißheit bleiben. In später Nachtstunde hatte sich noch Radowitz bei mir melden lassen. Er kam im Auftrage seines Herrn,

überbrachte zuerst den besonderen Dank des Königs für meine Bemühungen um die gute Sache und sprach mir hierauf das Bedauern aus, daß man in der Hauptsache gescheitert sei, da die Minister-Conferenzen nicht den Eindruck gemacht hätten, man werde in Bezug auf die Verfassung des Bundes zu einer Einigung gelangen können.

Ich verhehlte dem gegenüber dem General von Radowitz meine Ansicht nicht, daß das Scheitern wesentlich durch die preußische Regierung hervorgebracht sei, weil man den Widerstand der Uebelwollenden zu wenig ernstlich zurückwies und die kleinen unbedeutenden Differenzen zwischen den treuen Anhängern viel zu hoch anschlug. Herr von Radowitz widersprach mir nicht.

Ich vermochte leider nicht bei den Hochzeitsfeierlichkeiten meines Meiningischen Vetters in Berlin zu verweilen und reiste schon am 17. Mai nach Hause. Alles in Allem betrachtet war Einiges erreicht, die Hauptsache vielleicht verloren. Doch war ich weit entfernt die Arbeit aufzugeben. Ich suchte vor allem auch nach außen hin den üblen Eindruck, welchen die Resultate des Congresses machen konnten, nach Möglichkeit abzuschwächen und schrieb in diesem Sinne meinem Bruder, mit welchem ich während der ganzen Zeit des Congresses in lebhaftestem Briefwechsel geblieben war.

Da in dieser Correspondenz noch manche Einzelnheiten vorkommen, welche meine Erzählung zu ergänzen geeignet sind, so mag es gestattet sein, das Capitel mit der Mittheilung der zwischen mir und meinem Bruder in diesen bewegten Tagen gewechselten Schreiben zu schließen:

Berlin 13. Mai 1850.

„. . . Meinem festen Vorsatze zu Folge und nach den Besprechungen mit Stockmar (der mich aber hier im Stiche gelassen hat) emparirte ich mich der Frage und damit der Leitung der Angelegenheiten. Direkt erhielt ich auch vom König persönlich den Auftrag, die Fürsten gleichsam zu leiten und in vertraulichen Conferenzen mit der Gesammtheit derselben einerseits ihre Privatansichten kennen zu lernen, andererseits, wenn sie von einander sehr abweichen sollten, sie in Uebereinstimmung zu bringen. War es nun der Grund, weil ich für die deutsche Sache der eifrigste „Betreiber“ bin, oder weil sie wirkliches Vertrauen zu mir hatten, die hohen Herren erkannten mich quasi als Präsidenten an; ich leite die Conferenzen in meiner Behausung im Schloß; ich lade dazu ein und habe in Bezug auf die Führung, so viel es möglich war, parlamentarische Formen eingeführt, so daß sie nicht alle auf einmal reden können.“

„Dadurch sowohl, als weil keiner der übrigen Herren große Lust hat, sich mit dem preußischen Ministerium in direkte Verbindung zu setzen, bin ich das einzige Mittelglied geworden zwischen letzterem und den hohen Herren selbst.“

„Ich kann das Vertrauen nicht genug rühmen, das mir das Ministerium schenkt. Herr von Radowitz, der als Commissär die allerdings viel wichtigeren Conferenzen der Minister leitet, setzt sich jedes Mal vor und nach denselben mit mir genau in Rapport, so daß wir vollkommen in gegenseitigem Einverständniß handeln. So viel über die Art, wie verhandelt wird. Was dasjenige betrifft, was verhandelt wird, so sind nach den Vorschlägen der preußischen Regierung*) nur zwei Wege zu betreten möglich, wenn man nicht die Union sofort mit dem weiteren Bündniß aufheben will. Man abstrahirt dabei ganz von der Möglichkeit des Krieges und sieht beide Wege als rein aus dem freien Entschluß entspringend an."

„Erster Weg. Der König erklärt, daß er fest an dem Gegebenen halten wolle, er streckt die Fahne aus, um die sich unter allen Eventualitäten die der Union treuen Fürsten zu sammeln haben. Dieser Weg ist unbedingt der kühnste und den Ansichten vieler Fürsten und den meisten Völkern entsprechendste."

„Allein praktisch ausgeführt und politisch betrachtet finden sich folgende Bedenken: Bei Betretung desselben ist es als bestimmt anzunehmen, daß die thüringischen Fürsten, Oldenburg, Braunschweig, vielleicht Anhalt sich um die Fahne sammeln würden. Definitiv austreten würden dagegen beide Hessen, Nassau, beide Mecklenburg, Sachsen 2c. Eine Folge dieses Austritts würde sein:

1. Eine totale Veränderung der Stimmenverhältnisse im Bund, und dadurch die Unmöglichkeit ein Parlament zu erhalten,

2. die Gewißheit, daß nur ein durch einige kleine Staaten gleichsam vergrößertes Preußen entsteht."

„Ein solches Resultat aber können ebensowenig die treuen Fürsten wie das preußische Gouvernement wünschen. Auch ist nirgends die Möglichkeit eines physischen Zwanges die abfallenden Fürsten zu erhalten."

„Bei Einzelnen bedingt sogar die geographische Lage ihrer Staaten die Nothwendigkeit für den Fall, daß die Nachbarn austreten, sich selbst aus dem Bündnisse zu begeben, z. B. Baden."

„Zweiter Weg. Am Bündniß wird festgehalten und durch Protokoll bestimmt (für das Publikum), welche der Fürsten den ersten Weg haben gehen wollen. Der König erklärt sich mit der Verfassung einverstanden und verspricht, das Parlament sofort nach der Frankfurter Conferenz einzuberufen. Der König übernimmt provisorisch die Unionsregierung. Der Verwaltungsrath be-

---

*) Die folgenden Ausführungen sind eine zum Theil wörtliche Wiedergabe der Erklärungen des Generals von Radowitz, welche dieser der Fürsten-Conferenz im Auftrage des Königs als das Programm des preußischen Ministeriums, die Union betreffend, am 10. Mai gegeben hatte.

steht nicht fort. Alle Fürsten schicken Abgesandte nach Frankfurt, nicht wegen der österreichischen Drohung, auch nicht anerkennend die österreichische Präsidial-Befugniß, sondern aus völkerrechtlichen Rücksichten."

„Sämmtliche Abgeordnete der Fürsten erhalten ihre Instruktionen von dem factisch in diesem Augenblicke in Berlin versammelten Fürsten-Collegium als Unions-Collegium, aus welchem dann mittelst eines Ausschusses ein Fürstenrath gebildet und der provisorischen Unionsregierung zur Seite gesetzt wird."

„Obgleich dieser Weg weder der muthigste, noch allgemein genommen der empfehlenswertheste ist, so bietet er dennoch, die Schwierigkeiten des Augenblicks betrachtet, unendlich mehr Vorzüge für die Erhaltung der Union als der erste, welcher unter den obwaltenden Umständen sie gänzlich vernichten würde, denn: 1. diejenigen Fürsten, welche in diesem Augenblick aus Verkennung der Absichten des österreichischen Cabinets sich fürchten, die Union sofort ins Leben treten zu lassen, werden in derselben erhalten, ohne sich von dem, was in Frankfurt vielleicht hergestellt wird, auszuschließen. 2. Trifft dasjenige ein, was von den Frankfurter Verhandlungen zu erwarten ist, daß nämlich bei den bekannten Absichten des österreichischen Cabinets im Grunde nichts weniger als eine rechtliche Begründung eines neuen Bundeszustandes versucht wird, so werden viele der jetzt wankenden Staaten zu der Union ihre Zuflucht nehmen. Bei den Verhandlungen über jene Vorschläge gestalten sich nun die Parteien folgendermaßen:"

„Die sogenannten 8 thüringischen Staaten, Braunschweig und Oldenburg, der Herzog wie der Großherzog verdienen ganz besonderes Lob und sind meine festesten Stützen."

„Sämmtliche Anhalt gehen mit den Vorschlägen. Opposition bilden die beiden Hessen. Sie wollen aus der Union nicht heraus, sie aber auch nicht ins Leben treten lassen. Der Kurfürst ist eine furchtbare Persönlichkeit, noch schlimmer sein Minister Hassenpflug."

„Mecklenburg-Schwerin schwankt zwischen beiden Parteien, jedoch hoffe ich, daß bei der guten Disposition des Großherzogs wir ihn noch ganz gewinnen werden. Mecklenburg-Strelitz und Lippe-Schaumburg wollen gar nichts als hindern. Sie sind die äußerste Rechte und ganz österreichisch. Baden ist in der bösen Lage, bei dem besten Willen, wenn die Hessen und das gleichfalls schwankende Nassau abfallen, nicht bei der Union bleiben zu können; die geographische Lage ist die Hauptursache davon."

„Ich hoffe, daß Du hienach ein klares Bild von der Sachlage hast. Sehr weit sind wir nicht gekommen; jedoch stehen die Sachen für Deutschland und die Union in diesem Augenblicke viel besser, als sie in den ersten beiden Tagen schienen."

Die unmittelbar auf diesen Brief von meinem Bruder gegebene Antwort

zeigte eine starke Differenz unserer Ansichten. Leider mußte ich nachträglich gestehen, daß sein Pessimismus, welcher mir zunächst als ein sehr einfacher und leichter Standpunkt entgegentrat, schließlich doch Recht behalten sollte und daher für die retrospective historische Betrachtung wohl von größerem Interesse sein mag, als derselbe für mich damals erfreulich war.

Buckingham Palace 18. Mai.

„Herzlichen Dank für Deinen freundlichen Brief vom 13., der mir einen so ausführlichen Bericht über die Berliner Verhandlungen giebt. Du verdienst besonderes Lob für den Eifer, mit dem Du den Verfechter in der deutschen Sache machst. Von den beiden möglichen Wegen, die Du angiebst, hoffe ich indessen zu Gott, daß Ihr den ersten, den muthigen und nicht den zweiten gehen werdet, der mir keinerlei Art Vortheil zu bieten scheint. Wie ist es möglich anzunehmen, daß die Staaten, welche bei Ergreifung des ersten Weges d. h. der einfachen, ehrlichen Durchführung des Dreikönigbundes nach der Annahme der in ihm enthaltenen Constitution durch das Erfurter Parlament abfallen, oder gegen Alliirte, Parlament und Volk wortbrüchig austreten würden, daß man ihnen erlaubt, ungebunden nach Frankfurt zu gehen und dort den Intriguen Oesterreichs und der Könige sich auszusetzen?"

„Während Hessen allerdings Anstand nehmen mag, in Berlin im Angesichte seiner Verbündeten treulos zurückzutreten, so wird es in Gesellschaft des Kaiserstaates und aller Königreiche keine Art Scham oder Furcht mehr verspüren. Während jetzt die Frage einfach heißt: wollt Ihr Wort halten oder nicht? wird es in Frankfurt heißen: sollte man nicht alles aufbieten, um ein Verständniß herbeizuführen, die äußere Einheit Deutschlands zu erhalten, sollte man auch nur mit einem modificirten Bundestag wieder anfangen müssen? Kann Oesterreich, können die Könige nicht endlose neue unausführbare Vorschläge bringen, deren Berathung jedesmal wieder die Pflicht der Einzelstaaten wird, und von deren endlicher Zurückweisung Preußen jedesmal wieder die Verantwortlichkeit auf sich laden muß?"

„Nein! Die Staaten, die gerettet sein wollen, brauchen ein Definitivum; den vagen Vorschlägen einer Bundesrevision entgegengehalten, wird es gelingen, auf die Ueberzeugung der Regierungen durch die öffentliche Meinung zu wirken."

„Der edlere Theil der deutschen Nation ist zu lange schon hingehalten und gefoppt worden; es gilt hier sich nicht auch noch vor Europa auf immer lächerlich zu machen. Es war gewagt, die Fürsten zusammenzubringen; jetzt dürfen sie nicht auseinandergehen, ohne ihr Werk gelöst zu haben, besonders nachdem Erfurt das Seinige gelöst hat."

„Im Grunde bedurfte es gar keiner Verhandlungen. Die Fürsten hatten ihrem Parlamente Vorlagen gemacht, die dieses angenommen hat, und damit ist das Gesetz fertig. Es bedurfte nur eines formellen Sanctionsactes, den man von den Fürsten in Berlin noch verlangt. Wollen einige derselben wirklich Verrath an ihrem eigenen Werke üben, was ich kaum glauben mag, so ist es ihnen nie formell so schwer gemacht worden als jetzt in Berlin; ist es gute Politik, es ihnen zu erleichtern? oder auf später kommende Ueberzeugung zu warten bei Leuten, die, wenn sie jetzt nicht treu bleiben wollen, von 1848 und 1849 nichts gelernt zu haben, bewiesen haben werden."

„Doch ich muß schließen. Stockmar ist leider sehr krank an einer Halsentzündung in Coburg, wie mir Dr. Sommer schreibt, der ihn behandelt. Wäre er doch nur nach Berlin, statt nach Coburg gegangen."

Bevor noch dieses Schreiben in meinen Händen war, gab ich meinem Bruder schon Nachricht von dem Schlusse des Congresses, dessen Resultate, wie man sieht, sein sanguinisches Temperament durchaus nicht befriedigen konnten.

Berlin 16. Mai 1850.

„Endlich sind die Protokolle geschlossen und morgen früh stäubt alles auseinander. Das Resultat des Congresses ist, wenn man weniger mit dem theoretischen als mit praktischem Auge dasselbe betrachtet, dennoch ein befriedigendes zu nennen. Wir haben drei Hauptsachen erlangt, welche bei der allgemeinen Sachlage, und wenn man die Schwierigkeiten gekannt hat, welche zu überwinden waren, sowohl den Fürsten als dem deutschen Volk noch eine Hoffnung übrig gelassen hat zu definitiv guten Zuständen:"

„1. Haben wir die Union erhalten."

„2. Haben wir kein Glied aus derselben verloren und im Gegentheil, nach dem in meinem früheren Berichte angedeuteten Plan die Möglichkeit eröffnet, einzelne der schon abgefallenen Glieder wieder zu gewinnen."

„3. Haben wir versöhnlich gehandelt gegen Oesterreich und ihnen, wenn sie es wirklich ehrlich meinen sollten, den Weg gezeigt, den sie mit uns betreten können."

„Wenn ich die Sache kurz fassen soll, so ist Folgendes erlangt worden:"

„Das Bündniß besteht für zwei Monate fort. Der Verwaltungsrath hat aufgehört und das Fürsten-Kollegium tritt an dessen Stelle. Die Unions-Regierung wird eingesetzt, eine gemeinschaftliche Note an Oesterreich und die außer uns stehenden deutschen Staaten gerichtet, und endlich wird nach einer gemeinsamen Instruktion der Congreß in Frankfurt beschickt. Das Parlament bleibt bis nach Beendigung jenes Congresses vertagt. Preußen und die meisten der hier versammelten Fürsten haben die Erfurter Verfassung anerkannt, vorbehaltlich einiger Modifikationen."

„Die Protokolle, welche ich Dir, sobald sie gedruckt sind, zuschicken werde, und die ich bitte, mit Aufmerksamkeit zu lesen, werden Dir ebensowohl die einzelnen Modalitäten des oben Angeführten erklären, als Dir zeigen die ohnmächtige und an's Lächerliche streifenden Reservate Hessens und einiger Anderen."

„Der König schloß die Verhandlungen heute mit einer ergreifenden Rede, die Alle bis zu Thränen rührte."

„Sie enthielt eine detaillirte Recapitulation der Verhandlungen, eine wahre, mit Wärme vorgetragene Schilderung der gegenwärtigen Zustände und eine eindringliche Ermahnung für diejenigen Fürsten, welche die Ursache gewesen, daß wir kein Definitivum erlangt."

„Der Congreß verdiente den Namen des gemüthlichen. Die Fürsten unterhandelten mit einander wie Vettern, die sich kennen und schätzen, kein Rangstreit, kein lächerliches Mißtrauen, kein falscher Ehrgeiz tauchte auf. Man sprach warm und offen. Oft erhitzten sich die Gemüther, man schied aber als Freunde. Noch beim Abschied reichte mir der Kurfürst freundlich die Hand, und obgleich ich genöthigt war, ihm oft hart zu begegnen, so äußerte er mir von freien Stücken, er scheide ohne Groll von mir."

„Ich glaube, daß ich ganz in Deinem Sinne gehandelt habe und daß unser Haus auch hier sich als echt deutsches bewiesen."

„Magst Du nun das, was wir in der Hauptsache erlangt haben, für viel oder wenig halten, so bin ich doch stolz darauf, mich nicht nur als Urheber dieses Erlangten, sondern besonders auch als Mittel zum Erlangen anzusehen."

„Beim Abschied von den versammelten Ministern sagte mir der König vorhin die schmeichelhaften Worte: Wir dürfen nie vergessen, daß das glückliche Resultat Ihr Werk ist."

Osborne 26. Mai 1850.

Lieber Ernst!

„Habe Dank für Deinen freundlichen Brief vor Deinem Abschiede von Berlin. Es thut mir leid, Dich in dem Gefühle der Freude und hoher Zufriedenheit über das Berliner Werk stören zu müssen. Ich schrieb schon Stockmar, daß ich leider nüchtern von meinem Londoner Observatorium aus die Constellationen *ganz anders* erblicke, als sie Dir erschienen sein müssen."

„Nach meinem letzten Briefe wirst Du schon auf meine Ansicht vorbereitet sein, daß ich ein Provisorium auf zwei Monate für die Union, nach welchem die Fürsten wieder frei sind, ihre Entscheidung zu treffen und inzwischen auch frei sind, an den Plenarsitzungen in Frankfurt Theil zu nehmen und zu diesem Provisorium noch Vorbehalte — als Resultat eines Fürsten-Congresses nach Vollendung der Constitution durch das Erfurter Parlament für *schmerzlich*

ansehe und doppelt schmerzlich, daß es als Dein Werk, wie es der König nannte, in die Welt gehen soll. Fern sei es von mir, Dir Vorwürfe zu machen, oder die unendlichen Schwierigkeiten übersehen zu wollen, mit denen Du zu kämpfen hattest. Aber die Fürsten haben einen entsetzlichen Stoß durch solche Bankerotterklärung erlitten und das Bündniß vom 26. Mai ist neuen Gefahren ausgesetzt."

„Nun kann man nur noch hoffen, daß die Fehler, die Oesterreich und die Könige in Frankfurt machen werden, die Sache wieder etwas besser stellen werden. Denn es liegt soviel Wahrheit in dem Grundgedanken des Dreikönigsbündnisses, daß diese selbst durch dickes Gewölk durchscheinen wird; aber der Himmel ist auch sehr bedeckt."

„Lasse Dich indessen nicht entmuthigen, für die gute Sache fortzufechten, sondern im Gegentheil anfeuern, noch zu retten was zu retten ist."

„Da in der Welt das endliche Urtheil vom endlichen Succeß abhängt, so wird der Antheil, den Du an den Berliner Entscheidungen genommen hast, natürlich auch anders gerichtet werden, wenn die Union nach einer Frankfurter neuen Episode zur Ausführung kommen wird, oder wenn sie dort für immer vernichtet werden sollte."

So viel Schönes und Wahres auch dieses Schreiben meines Bruders enthielt, ich konnte nur mit folgenden Bemerkungen seine Reflexionen beantworten, die auch hier die Betrachtungen über den Fürsten-Congreß am passendsten schließen werden.

Gotha 3. Juni 1850.

„Habe Dank für zwei liebe Briefe, in denen Du Dein Herz über unsere traurigen deutschen Angelegenheiten ausschüttest. Ich stimme ganz Deinen Ansichten bei, da man aber nicht mit dem Kopf durch die Wand kann, so muß man nur Gott dankbar sein, daß nicht Alles verloren gegangen ist. Wäre der König zehn Tage früher nach Gotha gekommen, so hätte ein anderes Resultat erzielt werden können."

„Die Stahl-Gerlach'sche Partei umringt den König ganz, sie war es, welcher wir die furchtbaren Mißgriffe zu danken haben, welche man in Erfurt machte, über die ich mich dans le temps schon erboste."

„Der König hat sicher den besten Willen, diese Leute drängen ihn aber immer mehr nach der anderen Seite hin. Die wahre Reaction und der blutigste Bürgerkrieg stehen vor der Thür. Wir sind hierüber ganz hellsehend und 12 Fürsten theilen meine Ansichten. Der Bruch nach der einen oder anderen Seite hin muß erfolgen, möge das deutsche Volk dann die treuen Fürsten und die Verräther zu unterscheiden wissen. Bis jetzt, ehe die Abgesandten der unirten Fürsten in Frankfurt anlangen konnten, hüllte man sich in dichtes Geheimniß.

Dennoch ist es mir gelungen, durch die Mittheilungen eines Vertrauten Nachrichten zu erhalten, die ich Dir sende. Ich glaube nicht, daß Du mehreres von den Verhandlungen bereits wissen wirst. Ich bin immer leidend und sehr gedrückt, dabei sind Zeichen eines nahen Sturmes auch in den Gothaischen Ständeverhandlungen. Es werden ernste Tage kommen. Ich baue ganz auf Seebachs Muth und Geschicklichkeit."

Nun lebe wohl etc.:

Viertes Capitel.

Von Erfurt nach Olmütz.

Wenige Tage nach dem Ende des Fürsten-Congresses fand in Berlin ein Attentat auf den König statt. Er wurde glücklicherweise nur ungefährlich am Arme verwundet, aber die Kühnheit, mit welcher das Verbrechen ausgeführt worden war, erregte eine furchtbare Aufregung und Erbitterung unter den Parteien, welche, wie seither in solchen Fällen fast immer, sehr geneigt waren, sich eine Art Mitverantwortung zuzuschieben. Obwohl man den Mörder ergriffen hatte, so war die Berliner Polizei dennoch auf falsche Fährten gekommen; und in Kreisen der liberalen und demokratischen Partei wurden in Folge dessen Verhaftungen vorgenommen, die man als das Signal einer allgemeinen Reaction betrachten zu sollen meinte. Thatsächlich waren indessen Gründe vorhanden, Ereignisse wie das Attentat auf Einflüsse zurückzuführen, welche von den Emigranten und republikanischen Gesellschaften des Auslands wirklich ausgeübt wurden.

Ich hatte damals durch meine Verbindungen in England Kenntniß von der ausgebreiteten Organisation der geheimen Clubs erhalten, welche in ihren Versammlungen den Fürstenmord ganz offen betrieben.

Es existirten in London zwei deutsche, sozialrepublikanische Gesellschaften. Ein eigener Zweig der Mitglieder wurde mit dem Namen Blindlinge bezeichnet, deren es im Mai 1850 achtzehn bis zwanzig gab, wovon sieben in Deutschland und vier speziell in Berlin sich befanden.

Die Thätigkeit der Clubs war eben damals ohne Frage eine außerordentlich gesteigerte, und obwohl mir nicht bekannt wurde, daß die gerichtliche Untersuchung gegen den Meuchelmörder Selfeloge den Nachweis einer Verbindung desselben mit den Londoner Clubs zu Tage gebracht, so war es immerhin auffallend, daß am 2. Mai in einem Londoner Brief Mittheilung von bevorstehenden großen Thatsachen gemacht und der Rath ausgesprochen worden war, man möge in Berlin und am dortigen Hofe es an keiner Vorsichtsmaßregel mangeln lassen.

Der Berichterstatter, welcher versicherte, er werde demnächst selbst nach Berlin zu gehen genöthigt sein, um eine wichtige Meldung zu machen, beklagte sich auf das äußerste „über die Blindheit und unverzeihliche Nachlässigkeit des hiesigen preußischen Gesandten", der nichts thäte, um die englische Regierung zu veranlassen, gegen diese Brutstätten des Königsmordes einzuschreiten.

Statt dessen wurden in Deutschland Ereignisse und Gefahren der erwähnten Art von den reactionären Parteien nur dazu benutzt, um die noch vorhandenen Sympathien für die nationalen Bedürfnisse allenthalben als revolutionär und gefährlich zu verdächtigen und dem Könige persönlich die Nothwendigkeit einer vollkommenen und rückhaltslosen Umkehr zu den Grundsätzen der Stahl und Gerlachs zu beweisen.

Dazu war aber vorerst nicht die Zeit gekommen. Der König war durch das Verhalten Oesterreichs in Frankfurt und durch dessen offene Inanspruchnahme der alten Präsidialstellung im deutschen Staatenbunde doch empfindlicher berührt, als man vermuthet haben mochte, und die österreichische Partei am preußischen Hofe hatte ihn noch nicht soweit herabgestimmt, seinem jugendlichen Neffen, dem Kaiser von Oesterreich, die frühere, überragende Stellung im deutschen Bunde ohne Concessionen an die preußische Führung einzuräumen.

Daß man selbst so billige und einfache Vorschläge, wie die Theilung des Präsidiums zwischen Oesterreich und Preußen, in Wien kaltblütig zurückwies, verletzte den König persönlich und er wollte sich nur noch der russischen Verwandten versichern, um energischer im Sinne der Union und der Beschlüsse des Fürstentages aufzutreten.

Da der Kaiser von Rußland nach Warschau gekommen war, so ging der Prinz von Preußen unter der Form, ihn in der benachbarten Hauptstadt zu begrüßen, am 26. Mai dahin ab, und wurde von dem Bruder des Ministers Manteuffel, Flügeladjutanten des Königs begleitet. Letzterer überbrachte ein Schreiben des Königs an den Kaiser Nikolaus, in welchem, Zeitungsnachrichten zufolge, ausgesprochen war, daß Preußen unter keiner Bedingung die Wiedereinsetzung des alten Bundestags zugeben könne, und daß die Schwierigkeiten, welche das Einvernehmen Oesterreichs und Preußens in der deutschen Sache bisher vereitelt haben, in der neuerdings von Oesterreich befolgten Politik zu suchen seien.

Wie weit dieser Brief des Königs eine günstige Wirkung ausgeübt hatte, oder ob es der persönliche Einfluß des Prinzen war, welcher den Kaiser von Rußland überzeugt zu haben schien, daß man den Oesterreichern doch allzusehr die Zügel habe schießen lassen, vermag ich nicht zu beurtheilen.

Bekannt ist, daß Fürst Schwarzenberg sich beeilte nach Warschau zu gehen und seine Regierung dem allmächtigen Retter Oesterreichs gegenüber zu recht-

fertigen und daß der Kaiser von Oesterreich es vorzog, die schon geplante Reise nach Warschau persönlich zu unterlassen. Es herrschte in allen deutschgesinnten Kreisen, welche von den Warschauer Ereignissen Kunde hatten, große Freude über den Prinzen von Preußen. Auch mein Bruder theilte diese gute Meinung:

„Das einzig Gute für Deutschland — schrieb er mir damals — ist die feste und besonnene Haltung des Prinzen von Preußen, der wirklich außerordentlich gewonnen und viel gelernt hat in diesen trüben Zeiten. Seine russische Reise hat er mit Geschick und Würde zu benutzen gewußt, dem Kaiser die Augen zu öffnen."

Das Letztere gilt sicherlich in Bezug auf die deutsche Frage. In der schleswig-holsteinischen, welche jedenfalls auch einen Gegenstand der Verhandlungen bildete, war von Seite des Prinzen von Preußen, wie schon in den früheren Abschnitten bemerkt worden ist, gelinde gesagt, nicht mehr zu helfen. Was jedoch den Frankfurter Bundestag anbelangte, so hatte er damals vor den Augen des Czaren ebensowenig Gnade gefunden, wie die auf die Demüthigung Preußens abgesehenen Reformpläne der vier Könige und des Kaisers von Oesterreich.

Unter diesen Umständen war das Berliner Cabinet in der Lage, die durch den Fürsten-Congreß und die Berliner Conferenzen eingeschlagene Bahn der Politik zunächst eine Zeit lang weiter zu verfolgen.

Der Verwaltungsrath der Union erfüllte die ihm gesetzte Aufgabe und leitete die Geschäfte auf den Ausschuß des Fürstenkollegiums hinüber, welcher in den ersten Tagen des Juni zusammentrat. Den Protokollen der Berliner Conferenzen wurde nicht ohne Absicht die größte Publicität gegeben, und die Unionsregierungen nahmen die Instruktionen der preußischen Bevollmächtigten für Frankfurt Wort für Wort auch für ihre Abgesandten an. Fast gleichzeitig mit den beiden preußischen Bevollmächtigten, dem General von Peucker und Herrn von Mathis trafen auch diejenigen der übrigen Bundesregierungen ein. Sie traten in einer erfreulichen Uebereinstimmung gegenüber den Regierungen auf, welche unter dem Vorsitze von Oesterreich seit 14 Tagen bereits Bundestag spielten und nicht einmal die auf dem Fürsten-Congreß beschlossenen gemeinschaftlichen Noten vom 16. Mai beantwortet hatten.

Mit der erdenklichsten Unverzagtheit erklärte der österreichische Gesandte in Frankfurt die Bundesacte von 1815 und die Schlußacte von 1820 für zu Recht bestehend und berief sich darauf, daß durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 12. Juli 1848 jene Grundverträge nicht aufgehoben, sondern nur einstweilen außer Anwendung gesetzt worden seien, weshalb auch die Centralgewalt nur als eine provisorische bezeichnet worden wäre.

Ich habe mich damals bemüht, in einem Memorandum gegen diese Ansicht Oesterreichs besonders in England und Belgien zu kämpfen, und auch das preußische Cabinet zog in seinen seither oft genug gedruckten Denkschriften manchen Nutzen aus der mir von einem Freunde in Frankfurt zu Gebote gestellten Arbeit.

Eines aber ließ sich in dem diplomatischen Federkriege nicht läugnen: die politische Position des österreichischen Cabinets war durch den Umstand äußerst begünstigt, daß man ja auch das engere Bündniß vom 26. Mai 1849 auf die Bundesacte basiren zu müssen glaubte, und daß man sich dort so gut auf den §. 11 gestützt hatte, wie sich Oesterreich auf §. 6 und 7 und auf die Schlußacte Art. 12 berief. Der Fluch der Halbheit, welchen das preußische Cabinet bei der Gründung des Bundesstaats von vornherein auf sich geladen hatte, rächte sich jetzt bitter in den Frankfurter Conferenzen.

Die Stürme, welchen die Gesandten in Frankfurt entgegengingen, waren indessen von unserem Vertreter Seebeck schon in den letzten Sitzungen des Verwaltungsrathes in Berlin vorhergesehen worden.

Nicht nur, daß die längere Beurlaubung von Radowitz der Sache der Union nicht eben sehr günstig schien, auch der Umstand war bemerkt worden, daß es Sachsen passend fand, eben noch vor dem Zusammentritt des Fürstenausschusses, mit großem Geräusch auch formell aus dem Bunde auszutreten, wie es thatsächlich längst geschieden war, und daß Mecklenburg-Strelitz zur Ausführung der Bundesverfassung nicht mitwirken zu können erklärte: alles dies ließ die diplomatische Mobilmachung der Frankfurter Regierungen deutlich merken.

Dem gegenüber hatte die preußische Regierung in letzter Stunde vor der Abreise der Bevollmächtigten von Berlin den Entschluß gefaßt, die Forderung eines zwischen Oesterreich und Preußen alternirenden Präsidiums zur Bedingung seines Eintritts in die Frankfurter Conferenzen zu machen. Da man aber schon durch direkte Verhandlung zwischen Wien und Berlin sich überzeugt hatte, daß Oesterreich ein Zugeständniß dieser Art nicht machen wolle, so hatte es den Anschein, als sollten überhaupt die Frankfurter Conferenzen zum Scheitern gebracht werden. Wenn die Unionsregierungen ihrerseits mit der von Preußen gewünschten Forderung der Alternirung im Präsidium hervortraten, so war bei der voraussichtlichen Ablehnung derselben von Seite Oesterreichs nur noch der Rücktritt von den Frankfurter Conferenzen möglich.

Dieser Gefahr suchte nun die österreichische Regierung durch Anwendung aller Gewaltmittel entgegenzutreten.

In welcher Weise durch Kriegsdrohungen die Unionsregierungen einge-

schüchtert wurden, war damals hauptsächlich deshalb weniger bekannt geworden, weil Niemand ein Interesse hatte davon zu reden, was sich Preußen von den österreichischen Staatsmännern schon jetzt in Frankfurt bieten ließ. Allein die Berichte, welche ich aus Seebecks treuer Feder heute mitzutheilen vermag, waren schon im Juni 1850 nur allzu geeignet, die Katastrophe Preußens Schritt für Schritt voraussehen zu lassen:

„Morgen werden die preußischen Bevollmächtigten — schreibt Seebeck am 5. Juni, — dem Grafen Thun ihren amtlichen Besuch machen und dabei die Vorbedingung ihres Zutritts zu den Congreßverhandlungen zur Aussprache bringen. Dieselben wünschen, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen in entsprechender Weise sofort folgen, damit vor Allem die von der Einmüthigkeit ihres Verhaltens zu hoffende Wirkung nicht geschwächt werde."

„Da ich von mehreren Regierungen bereits ausdrücklich angewiesen bin, auch in dieser Angelegenheit durchaus nur mit den preußischen Bevollmächtigten in Uebereinstimmung zu handeln, so habe ich für diese Aufforderung Folge zu leisten . . . . ꝛc.

Schon am folgenden Tage kam der entscheidende Bericht über die Vorgänge vom 6. Juni:

„Nach vorher getroffener Verabredung begab ich mich heute um 3 Uhr zum General von Peucker, um dort im Vereine mit den Bevollmächtigten von Baden, Braunschweig, Oldenburg, Waldeck, Lippe, Hamburg und Lübeck zu vernehmen, welche Aufnahme und Erwiderung die preußischen Anforderungen hinsichtlich des Präsidiums beim Grafen Thun gefunden. Wir erfuhren, daß Letzterer es sehr willkommen geheißen, daß die preußische Regierung der Präsidialfrage einen präjudiciellen Charakter geben mochte, indem es nur sehr unerfreulich gewesen wäre, wenn er den deshalb erhobenen Anspruch in der Versammlung selbst als einen unberechtigten hätte zurückweisen müssen. Oesterreich lege auf den Vorsitz, nicht sofern es eine Ehrensache sei, Werth, sondern bestehe darauf nur deshalb, weil eben darin Begriff und Wesen der ganzen Versammlung mit begriffen sei."

„Dieselbe würde das Bundesplenum, welches Oesterreich in ihr erkenne und erkannt wissen wolle, von dem Augenblicke an nicht mehr sein, wo der Vorsitz in der vorgeschlagenen Weise alterniren würde. Als von preußischer Seite darauf bemerkt wurde, daß sonach Oesterreich seinerseits die Anerkennung der hiesigen Versammlung als der des vormaligen Plenums zur Vorbedingung für die Zulassung zu den Versammlungen zu machen scheine, bestätigte Graf Thun dies mit einem entschiedenen Ja und fügte noch hinzu, daß, wenn die preußischen Bevollmächtigten bei ihrem Eintritt in die Versammlung gegen den Plenarcharakter derselben protestiren wollten, er als Präses sie

sofort ersuchen müßte, wieder auszutreten, indem er dann ihre Mittheilnahme an den Verhandlungen nicht gestatten könnte. Er werde zwar wegen der vernommenen Mittheilungen alsbald seinem Hof berichten, glaube aber im Voraus mit Bestimmtheit versichern zu können, daß Oesterreich den einmal eingenommenen Standpunkt fest behaupten werde."

„Nachdem ich dies neben anderm minder Erheblichem vernommen, ging ich in Gemeinschaft mit dem Legationsrath Liebe zum Grafen Thun, wurde von demselben mit bequemer Treuherzigkeit aufgenommen und sofort, ehe ich selbst noch meines Auftrages erwähnte, von dem hauptsächlichen Ergebniß seiner Unterredung mit dem preußischen Bevollmächtigten unterrichtet."

„Auf meine Frage, ob Oesterreich grundsätzlich den Vorsitz fordere und die Anerkennung, daß die Versammlung das zur Reconstituirung der Verfassung des Gesammtbundes berufene und berechtigte Plenum sei, zur Vorbedingung für die Theilnehmer an den Verhandlungen der Versammlung mache, bejahte er dies mit dem Zufügen, daß wenn wir mit einem Protest hiegegen eintreten wollten, er uns auffordern müßte, die Versammlung wieder zu verlassen!"

„Wir kamen darüber in eine principielle Discussion über die Frage, ob und in wieweit die alte Bundesverfassung noch auf Rechtsgiltigkeit Anspruch habe. Dabei zeigte sich, daß er den Bundesbeschluß vom 12. Juli 1848 nur als ein provisorisches Zurücktreten der Bundesversammlung, nur als ein temporäres, durch die Umstände empfohlenes Verzichten derselben auf die Bundesleitung betrachtet wissen will. Jetzt, meinte er, sei es nöthig aus den Provisorien herauszutreten, dazu sollte das Plenum Beschlüsse fassen. Die alte Bundesverfassung wieder ganz so in's Leben zu führen, wie sie früher bestanden, sei nicht Oesterreichs Absicht, schon seine eigene veränderte Lage sei dem entgegen."

„Eingeladen seien Alle; wer nicht theilnehme, müsse die Beschlüsse der andern über sich ergehen lassen. Als ich fragte: aber wie denn, wenn Alle mittagen und eine Einmüthigkeit der Beschlußnahme, wie doch leicht möglich, nicht erreicht wird? antwortete er mit etwas gedämpftem Tone: dann freilich müßte wieder die alte Bundesverfassung ins Leben treten. Einem tieferen Eingehen in die juridische und politische Erörterung der Frage trat er mit dem Bemerken in den Weg, daß wir wohl schwerlich uns gegenseitig überführen würden, da unser Standpunkt zu different sei, und wenn wir uns auch persönlich zu verständigen vermöchten, darum doch unsere Vollmachtgeber noch nicht überein sein würden.

„Was der Graf von den österreichischen Verfassungsprojecten durchblicken ließ, ähnelte sehr dem Münchener Projecte, nur daß die parlamentarische Zuthat noch verringert erschien. Er vermochte dafür keinen ihm zusagenden Ausdruck zu finden, denn was man eigentlich Volksvertretung nenne, liege nicht in seiner

Idee. Es müsse mehr nur eine controllirende Körperschaft sein, die das Bundesregiment nicht nach der Art des früheren schlaff werden lasse."

„Von etwa erforderlichen Gewaltmaßregeln sprach er ziemlich leichtmüthig und auf das Bemerken, wie großes Unheil ein Conflict mit den Waffen bringen würde, räumte er zwar ein, daß ein Kampf unter Deutschen sehr zu bedauern wäre, meinte aber doch auch, daß am Ende ein solcher Kampf binnen 6 Wochen zum erstrebten Ziele führen möchte."

„Ew. Excellenz ersehen hieraus, wie die Dinge stehen. Oesterreich macht es wie ein vornehmer Mann, der einer derangirten Lage mit kecker Behauptung früherer Ansprüche und Gewohnheiten zu imponiren und bis zu bessern Zeiten sich durchzuhelfen sucht. Doch das Maß, welches in solcher Lage mit Takt wahrzunehmen ist, hat es überschritten. Während man selbst feierlich erklärt hat, eine deutsche Gesetzgebung nicht über sich anzuerkennen, zugleich hinzutreten und dem größten reindeutschen Staate sammt dessen Bundesgenossen eine Oberherrschaft nach eigenem Belieben octroyren zu wollen, ist eine Anmaßung ohne Gleichen."

„Was würden die zu erfahren haben, die sich ihr beugen möchten! Und doch fürchte ich, daß es an Solchen nicht ganz fehlen wird. Auch glaube ich, daß allein die Hoffnung, damit die Schwachmüthigeren zu intimidiren, Oesterreich zu einem solchen Auftreten bewegt."

„Man hofft damit den Unionsbund noch weiter zu verkleinern, während man gar wohl weiß, daß man zur Execution seiner Drohungen nicht die Kraft hat, zumal der russische Kaiser, wie ich aus guter Quelle vernahm, eine gewaltthätige Lösung des Conflicts entschieden mißbilligt."

„Unsere Unterredung behielt bei aller Unumwundenheit der Entgegnung einen durchaus ruhigen Charakter. Schließlich erklärten Liebe und ich, daß wir über die noch bestehende Differenz an unsere Regierungen berichten und deren Bescheidung erwarten werden; auf ein Eintreten in die Versammlung aber vorerst noch verzichten müßten."

„Graf Thun bedauerte, daß wir in dienstlicher Hinsicht uns noch ferne ständen, sprach aber dabei auch den Wunsch aus, daß dies auf das persönliche Verhältniß nicht influiren möge. Er seinerseits werde auch berichten, glaube aber mit Gewißheit voraussagen zu dürfen, daß seine Regierung nicht im Geringsten nachgeben werde."

„Zunächst wird zu erwarten sein, was in Berlin und was in Wien beschlossen wird. Bis dahin wird der mit den Verbündeten gemeinsam gewählte Standpunkt ruhig zu behalten sein."

Frankfurt 6. Juni 1850.

Zur Beurtheilung der österreichischen Politik, wie sie aus den Aeußerungen des Grafen Friedrich Thun hier in unverhüllter, massiver Gestalt zu Tage getreten war, braucht die Geschichtschreibung nur noch die jetzt bekannt gewordene Thatsache hinzuzufügen, daß dieser Vorgang selbst dem alten Fürsten Metternich „zu viel" war. „Ein drittes Zuviel," schrieb er an den Grafen Prokesch, „war die Achtserklärung der zu Frankfurt sich nicht einstellenden Stimmen. Eine solche Erklärung kann einem Theilnehmer — ist er auch der erste im Range — nicht zustehen, sie kann nur das Ergebniß eines Gremialausspruchs werden*)."

Durch Erwägungen solcher Art sich Zügel anzulegen, war nicht die Politik des Fürsten Schwarzenberg. Er billigte, wie Seebeck schon am 2. Juli melden konnte, die Erklärungen und das Verhalten des Grafen Friedrich Thun in vollkommenstem Maße und empfahl auf diesem Wege energisch weiter fortzuschreiten. In der That hatte er den traurigen Erfolg für sich, daß demnächst die großherzoglich-hessische Regierung in das sogenannte Bundes-Plenum eintrat und sich durch Herrn von Dalwigk vertreten ließ. Der Kurfürst von Hessen endlich schreckte nicht vor der treulosen Rolle zurück in der Union zu bleiben und gleichzeitig allen beim Fürsten-Congreß vereinbarten Bestimmungen durch seinen Eintritt in die Bundesversammlung entgegenzuarbeiten.

Das preußische Ministerium spielte dabei seine langmüthige Rolle fort. Man instruirte die Frankfurter Bevollmächtigten dahin, daß wenn von Wien aus keine förderlichen Antworten kommen sollten, in einer gemeinschaftlichen Note der Unionsbevollmächtigten das bisher nur vertraulich gestellte Verlangen zu wiederholen, sich protestirend auszusprechen und dadurch eine Gegennote zu veranlassen sei. Hiedurch sollte das bisher nur mündlich bekannt gegebene Verfahren Oesterreichs offiziell constatirt werden.

Dabei waren die Bevollmächtigten der Unionsfürsten in Frankfurt zu einem ewigen Abwarten verurtheilt, welches von Seebeck zutreffend als gänzlich würdelos bezeichnet worden war.

Am Depeschenkriege fehlte es denn auch in den folgenden Monaten nicht, wie man aus den Sammlungen der Actenstücke zur deutschen Frage sich leicht überzeugen kann. Entscheidende Momente lagen in dem ministeriellen Geplänkel keineswegs. Die alten Bundesgenossen Oesterreichs in Frankfurt sorgten dafür, daß die heimlichen Wünsche und Hoffnungen des großösterreichischen Programms nicht allzu üppig wurden, denn Hannover, Luxemburg, Strelitz und andere erklärten bereits in den Sitzungen des angeblichen Bundes-Plenums mit größter Offenheit, daß sie nichts als die alte Bundesverfassung in integrum restituirt

---

*) Aus dem Nachlasse des Grafen Prokesch II 379.

sehen, und von dem Eintritt Oesterreichs mit seinen gesammten außerdeutschen Ländern in den Bund durchaus nichts wissen wollten.

Unermüdet versuchte der König von Preußen immer von Neuem Anknüpfungspunkte zu einer Verständigung mit Oesterreich zu gewinnen, und immer von Neuem mußte er sich wieder gestehen, daß man ihn schmerzlich getäuscht hätte. So kam man allmählich in einen Zustand der vollsten Ermüdung, welchen die heißen Sommermonate über die gesammte deutsche Politik zu verbreiten schienen. Erst Ende Juli erhielten die preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt ihre Abberufung, nachdem die österreichische Regierung alle Anträge Preußens zu seinen Conferenzen abgewiesen hatte. In solcher Stimmung wendeten sich die patriotischesten Männer von der großen Angelegenheit hinweg und mein Bruder bemerkte:

„Wenn ich Dir lange nicht geschrieben, und noch nicht einmal für Deine lieben Zeilen zu meinem Geburtstage gedankt habe, so war dies, weil ich gar nicht mehr nach Deutschland schreiben mag. Das Benehmen der Regierungen ist so über alle Begriffe niederträchtig, daß man sich ordentlich schämt. Der alte Bundestag in Frankfurt(!) und nun der Wahnsinn in Kassel! Es ist zuviel und darum wende ich mich mit Abschen davon ab."

Und ein andermal klagt dieses warme, deutsche Herz:

„Ich bin so unglücklich als Du über den Zustand der deutschen Angelegenheiten. Completer als man den engeren Bund abzuwirthschaften sich bemüht, ist es nicht möglich eine richtige politische Idee zu destruiren. Beständiges Nichtsthun, Provisorium um Provisorium, um einig zu erscheinen, während alle die, gegen welche einig zu sein wichtig wäre, sehr gut wissen, daß keine Einigkeit vorhanden ist."

Oesterreich hielt die schwache Haltung Preußens scharf im Auge und trat mit immer kühneren Unternehmungen hervor. Während seine zahlreichen Parteigänger in Berlin dem Könige die Schrecken seiner Allianz mit den Männern der revolutionären Paulskirche und des Erfurter Parlaments vorzustellen wußten, waren seine Agenten in Frankfurt wie in den Mittelstaaten unermüdlich an der Arbeit, den nothwendigen Krieg zu predigen, den Graf Thun als einen kurzen Feldzug von 6 Wochen in Aussicht genommen hatte.

Am 2. September ließ Fürst Schwarzenberg in Frankfurt den engeren Bundesrath eröffnen und machte mit diesem unerhörten Schritt allen staatsrechtlichen Erörterungen über die Frage des echten und unechten Plenums mit einem Male ein Ende. Damit erledigte er auch alle Zweifel über die Verwaltung des Bundeseigenthums und über das Executionsrecht der thatsächlich bestehenden Bundesgewalt.

Im engeren Rath entschieden bekanntlich die 17 Stimmen durch einfache

Majorität, und an dieser fehlte es dem österreichischen Bundespräsidium nicht mehr.

Jeden Tag war nun möglich, daß gegen den einen oder den anderen der Unionsfürsten die Exekution beschlossen werden konnte. Und in der That, an der Gelegenheit zur Entfaltung der alten Bundesfahnen sollte es nicht fehlen. Man hielt das Auge auf Kurhessen gerichtet, wo nicht umsonst ein Mann wie Hassenpflug den Kurfürsten berieth. Diesem ward die Aufgabe zu Theil, den drohenden Conflikt in Gang zu bringen.

Als diese kurhessische Regierung am 4. September den offenen Verfassungsbruch durch Ausschreibung der Steuern ohne ständische Verwilligung beschlossen hatte, und in Folge dessen die gesammte Staatsmaschine außer Kraft getreten war, hatte der flüchtige Kurfürst bei dem Bundestag Schutz gesucht. Der engere Bundesrath gewährte denselben, ohne Rücksicht darauf, daß Preußens Stimme, sowie diejenige der Unionsstaaten nicht vertreten waren und daß der Kurfürst selbst thatsächlich noch als Mitglied der Union gelten mußte.

Dies war der Moment, wo sich Friedrich Wilhelm IV. nach der damals allgemein verbreiteten Meinung in gerechter Entrüstung noch einmal aufzubäumen schien. Er protestirte in der oft gedruckten Note vom 23. September und ernannte am 26. Radowitz zum Minister der äußeren Angelegenheiten. Nichts wäre indessen unrichtiger, als wenn man wähnte, daß diese Thatsachen auf eine entschiedene oder gar kriegerische Stimmung des Königs einen Schluß zugelassen hätten. Er glaubte auch bei diesen Schritten nur in sehr geringem Grade an eine Verwirklichung der Drohungen Oesterreichs und an einen kriegerischen Conflikt überhaupt.

Ich hatte seit dem Fürsten-Congreß vielen Verkehr mit dem Könige und er war so freundlich, meinem Jagdvergnügen in seinen Revieren Raum zu gönnen, da wir in Thüringen in dieser Beziehung unter den Folgen des Jahres 1848 noch immer litten.

Es ist nun wohl charakteristisch, daß der König am 27. September, am Tage nach der Berufung von Radowitz, mir einen außerordentlich heiteren Brief schrieb, in welchem er mich unter anderem nach Letzlingen zur Jagd einlud, wobei er dann in seiner witzigen Art nicht unterließ, Seitenblicke auf die Politik zu werfen. Ich will nur einiges Wenige zur Charakteristik der Tagesstimmung aus dem liebenswürdigen und launigen Schreiben des Königs anführen:

Sanssouci 27. September 1850.

..... „Eben von Oranienburg heimkehrend, finde ich Ihren gar zu lieben Brief .... Bis auf die Nachricht von Artemis' Zorn, der aber doch glücklicherweise Sie nicht so hart als die Wittwe Niobe getroffen hat, bin ich

von Ihrem Briefe und zu gütigen Danke ganz entzückt. Ich habe noch ein ähnliches Revier, welches sich ob Ihres Zuspruchs hochgeehrt fühlen würde, das ist das Letzlinger. Ich gedenke im Laufe des Oktober dort zu jagen.......

.... Es würde mir eine rechte Freude sein, wenn die Kurhessische Sauerei uns beide nicht verhinderte, des edlen Waidwerks zusammen zu pflegen im Letzlinger Forst und uns nicht etwa nöthigt „zu Pferde zu steigen"!......

An eine ernste Verwickelung in Folge der „kurhessischen Sauerei" dachte der König zunächst, wie man sieht, eben nicht ernstlich, und selbst die Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit den Königen von Baiern und Würtemberg am 11. Oktober in Bregenz wurde keineswegs als eine Art von Kriegsbündniß gegen Preußen aufgefaßt.

Schwierig waren die Angelegenheiten im eigentlichsten Sinne für den König erst dadurch geworden, daß Baiern die Bundesexekution in Hessen führte und in diesem Umstand eine recht absichtliche Herausforderung der preußischen Armee erblickt werden durfte.

Ich habe den Hergang und die Entwickelung der ganzen Sache damals nach meinen unmittelbaren Eindrücken pragmatisch zusammengefaßt und in einem Briefe an den Bruder ganz objectiv geschildert. Ich halte auch heute noch dafür, daß meine Darstellung des Conflikts die richtige war und theile sie hier daher mit. Sie wird jedenfalls dazu dienen, die Situation, wie sie am 25. Oktober stand, zu erklären:

„Ich werde mich bemühen, ein Bild der jetzigen Lage der Dinge zu entwerfen, welches Dir zeigen wird, wie eigenthümlich sich Alles verrückt hat, wie verhängnißvoll aber auch der Augenblick ist."

„Nachdem Preußen versäumt hatte, der Union jene Stelle einzuräumen, welche ihr gehört und uns gehindert, das begonnene Werk zu vollenden, war es ganz begreiflich, daß unsere Widersacher nun von ihrer Seite versuchen würden, ihre Pläne ins Leben treten zu lassen, welche, so sehr Karl sich bemüht es abzuläugnen, darin bestehen, vormärzliche Zustände wieder herzustellen, mit womöglich gänzlicher Beseitigung des constitutionellen Princips und Errichtung des alten Bundeshauses, in welchem Oesterreich nur noch mehr Herr sein soll als früher."

„Wochenlang unterhandelte man in Frankfurt und suchte mit allen nur möglichen Verlockungen die sogenannte Bundesversammlung zu completiren. Trotz der schauderhaftesten Intriguen ging das Werk nur langsam von Statten, es bedurfte durchaus einer Revolution, um durch faits accomplis sich Bundesgenossen zu machen, unter dem Schein die gesetzliche Ordnung herstellen zu müssen."

„Hessen war das Land dazu, an dessen Spitze ein unfähiger Fürst und ein bestechlicher Minister stand. Alles ward nun aufgeboten, um dieses Land zum

hellen Aufruhr zu bringen. Aber trotzdem, daß alle guten, conservativen, constitutionellen Blätter confiscirt und die demokratischen von der Regierung mit Geld unterstützt wurden, siegte der reine Sinn des armen, gedrückten Volkes: es fand nur ein passiver Widerstand statt."

„Nun mußte wieder ein anderer Plan ergriffen werden. Während Oesterreich sich in Frankfurt stellte, als ob ihm nur daran gelegen sei, zum Besten für Deutschland eine Bundesrevision anzustellen und einem jeden der einzelnen Staaten Angenehmes, Verlockendes versprach, erklärt sich mit einem Male jene berathende Versammlung als die wirkliche competente Bundesversammlung, läßt Hessen bei dieser um Bundeshilfe gegen sein aufrühreriſches Volk angehen und bestimmt durch scheinbare Abstimmung, daß Baiern die Bundeshilfe zu leisten habe, und Baiern gehorcht dieser Scheinbehörde und schickt seine Truppen zum Entsetzen von ganz Deutschland wirklich nach Hessen."

„Ganz Baiern ist in kriegerischer Aufregung und die Stimmung, wenn auch eine getheilte, dennoch eine für uns höchst ungünstige."

„Da Hessen nicht aus der Union getreten ist, und wir nun ein und allemal nicht dulden können, daß Baiern im Namen einer nicht anerkannten Bundesbehörde, eines zu uns gehörigen Landes mit Waffen in der Hand sich bemächtige, so stellte Preußen 3 Armee-Corps auf, welche, 100,000 Mann stark, Hessen bereits cerniren."

„Ich benutzte die Durchreise durch München, um den Minister von der Pfordten zu sprechen. Wir saßen 4 Stunden beisammen. Ich erfuhr nicht nur Oesterreichs Plan, sondern nahm auch die Bitte des Ministers auf mich, Herrn von Radowitz die Unmöglichkeit begreiflich zu machen, daß jetzt Baiern noch zurücktreten könne."

„Ich entledigte mich sofort des Auftrages und gab noch in Berlin alle möglichen Details über das Erfahrene. Der österreichische Plan ist einfach der: Baiern die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen und so einen Zusammenstoß mit Berlin herbeizuführen. Trotz alledem glaube ich jedoch, daß man sich in Warschau erst Raths erholt und ohne die Hilfe Rußlands den Riesenkampf gegen Preußen, die Union und die deutsche Freiheit nicht beginnen wird. Ueberall ist man kriegerisch gesinnt, selbst bei uns, man ist des Zögerns, Neckens und Schimpfens müde; das Schwert möge entscheiden, ist der allgemeine Wunsch."

„Soweit haben es unfähige Fürsten, unpraktische Professoren und ein unreifes Corps von Schwindlern mit Deutschland gebracht! — Werdet ihr müßig usehen, wenn wir uns zerfleischen?" —

„Ich schließe mein politisches Gemälde rc.

Dein rc."

Coburg 25. October 1850.

In Baiern hatte man den famosen Bundesexecutionsantrag schließlich doch nur mit halbem Herzen angenommen, wie ich aus den schon erwähnten Mittheilungen von der Pfordtens erkannte, und als die Preußen der hessischen Grenze näher und näher gerückt waren und Cassel wirklich besetzten, so war man höchsten Orts in München, wo man denn doch eine unmittelbare und persönliche Kenntniß von der preußischen Armee hatte, etwas ängstlich geworden.

Herr von der Pfordten verhehlte mir überdies nicht, daß es ihm doch peinlich sei, für eine so schmähliche Sache, wie die kurhessische, Polizeidienste leisten zu müssen, und ich constatire hiermit bloß, was man ohnehin weiß, daß Herr von der Pfordten für seine Person den Verfassungsbruch in Hessen mit den heftigsten Worten verdammte. Für seine Person! denn natürlich in der realen Welt der großen Politik war Herr von der Pfordten bereits ein vollkommenes Werkzeug des Fürsten Schwarzenberg und sein König hatte noch soeben eine Art von Rheinbundsstellung unter Oesterreich in Bregenz ratificirt.

Ich hatte aus diesen Umständen immer noch einige tröstliche Hoffnungen schöpfen zu können geglaubt, daß der Krieg ehrenvoll vermieden werden könnte und schrieb, wie schon bemerkt, in diesem Sinne an Herrn von Radowitz.

Jetzt aber war der merkwürdige Fall eingetreten, daß man in Berlin ans Schwert schlug; eine Sache, die sehr gut gewesen wäre, wenn man es ernstlich gethan hätte: zum bloßen Schein und ohne den festen Entschluß des Königs voraussetzen zu können, hatte die kriegerische Attitüde nur einen zweifelhaften Werth.

Herr von Radowitz antwortete mir:

Durchlauchtigster Herzog!

„Eure Hoheit haben mir die Ehre erwiesen, mir in dem hochgeneigten Schreiben vom 22. d. M. die Aeußerungen mitzutheilen, welche der Minister von der Pfordten bei Eurer Hoheit Durchreise durch München über die Stellung Baierns zu Preußen in der kurhessischen Frage gethan hat und haben mich gleichzeitig auf die Vergleichsvorschläge aufmerksam gemacht, welche nach den Aeußerungen des Herrn von der Pfordten die bairische Regierung durch Vermittlung ihres Gesandten werde hieher gelangen lassen."

„Eure Hoheit wissen zu sehr die Beweggründe zu würdigen, welche Preußen auf der von ihm betretenen Bahn leiten, als daß ich mir gestatten dürfte, auf Widerlegung der von Herrn von der Pfordten gegen unsere Politik vorgebrachten Beschuldigungen hier näher einzugehen."

„Ich beschränke mich daher auf die Bemerkung, daß die von Herrn von der Pfordten in Aussicht gestellten Vergleichsvorschläge des bairischen Gouvernements bis jetzt noch nicht zu unserer Kenntniß gebracht worden sind, daß

aber, sofern sie an uns gelangen, sie der reiflichsten Erwägung unterzogen werden sollen. Eure Hoheit werden im Voraus überzeugt sein, daß wir, um einen unnatürlichen Conflikt abzuwenden, gern zur Verständigung die Hand reichen werden, vorausgesetzt, daß man uns nicht zumuthet, einen Vergleich auf Kosten unserer Pflicht und unserer Ehre abzuschließen. Ehe wir aber ein solches Opfer bringen, werden wir auch vor dem Aeußersten nicht zurückweichen, und Euer Hoheit hochgeneigtes Schreiben gibt mir die Gewißheit, daß alsdann die Sympathien der Edelsten der Nation mit uns sein werden."

„Ich verharre mit größter Ehrerbietung

Euer Hoheit

unterthänigster Diener."

v. Radowitz.

Berlin 25. October 1850.

Ich muß diesem Schreiben noch eine Thatsache hinzufügen, welche ich damals gleich protokollarisch feststellen ließ und welche gewiß geeignet schien, an den vollen Ernst der preußischen Entschlüsse zu glauben.

Ich hatte Herrn v. Treskow, preuß. Premierlieutenant im 7. Cürassierregiment, meinen damaligen Adjutanten, mit den bairischen Papieren nach Berlin entsendet und dieser erhielt den Auftrag, mir die Ansicht der preußischen Regierung in der kurhessischen Sache dahin auszusprechen: „daß die preußische Regierung fest entschlossen ist, nicht zu dulden, daß Truppen der in Frankfurt verbündeten Regierungen in Hessen einrücken — und sollte dadurch selbst ein größerer Krieg herbeigeführt werden". Der Befehlshaber der preußischen Truppen wird den Befehl erhalten: „So wie er in Erfahrung bringt, daß Truppen der verbündeten Regierungen in Frankfurt in Hessen einrücken, ihnen entgegen zu marschiren und dieselben zu zwingen, Hessen zu verlassen! Die nächste Folge würde denn auch sein, daß die Pfalz und Franken von preußischen Truppen besetzt würden und zwar die Pfalz von Theilen des badischen und kreuznachischen Corps, Franken dagegen vom Fuldaischen Corps".

Solche bestimmte Erklärungen konnte ich füglich nicht anders auffassen, als daß die Lage ernst geworden sei, und ich mußte mich fragen — und schrieb es auch an meinen Bruder:

„Was soll nun aus uns Kleinen und Wenigen der Union Treugebliebenen werden? Können wir, wenn es zum Schlagen kommt, neutral bleiben? oder wie sollen wir uns betheiligen?"

„Ich für meine Person bin entschieden, kann aber nicht ohne die Andern handeln, mit denen wir eng verbunden sind und deren Loos das unserige ist. Die Zeit ist wieder eine furchtbar ernste und der Ausgang nach allen Seiten

hin ein zweifelhafter. Schlagen wir uns, so müssen wir entschieden das Volk auf unserer Seite haben. Schlagen wir uns nicht und geben nach, so müssen wir der Despotie Concessionen machen und wie sollen wir dies bei unseren Völkern verantworten? und wie sollen wir diese noch ferner regieren?"

Man dürfte nicht glauben, daß es in jenem Augenblicke den kleinen Regierungen leicht gemacht war, sich zu entscheiden. Abgesehen davon, daß die thüringischen Staaten unmittelbar in den Bereich des wahrscheinlichen Kriegsschauplatzes fielen und Coburg zunächst dem Angriffe der Baiern und der mit 120,000 Mann immer näher rückenden österreichischen Armee ausgesetzt war, so wurde noch außerdem in Wien nichts versäumt, um auch auf die kleineren Landesherren einen eisernen Druck zu üben.

Wenn man unter den Letztern, wie es schien, mir eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet hatte, so werde ich diese Ehre wohl mehr meiner Person, als dem Truppen-Contingent von Coburg-Gotha zuzuschreiben gehabt haben. Höchst charakteristisch aber war es, daß man, um mir in jenen Tagen auf alle Weise Schrecken einzuflößen, auch meine Wiener Verwandten in Bewegung setzte. Mein Wiener Oheim, Prinz Ferdinand, dessen Sache es sonst nicht eben war, über die große Politik Erörterungen niederzuschreiben, raffte sich neben meinem Vetter Karl, der mir wiederholte Besuche machte, zu einem umfangreichen Schreiben auf, worin es unter anderm hieß, ich sollte doch bedenken, welchen Gefahren ich mich und die ganze Familie ausgesetzt hätte. „Und dem ohngeachtet — schrieb der besorgte Oheim ferner — hast Du Dir, durch alle Deine Concessionen an eine niemals in ihren Forderungen zu befriedigende Partei irgend einen Dank oder nur Berücksichtigung für Deine großen Opfer nicht erwerben können und so würde es Dir mit jedem neuen Opfer gehen."

Alsdann polemisirte mein Onkel gegen meine Absicht, eine militairische Stellung in Preußen anzunehmen, die er für mich „unangemessen und nicht weniger für sehr gefährlich hielt". Nichts aber war mir überraschender und bezeichnender für die damaligen österreichischen Verhältnisse, als die folgende Mittheilung meines guten Onkels, die einen tieferen Hintergrund haben mußte:

„Ohne der unangenehmen Rückwirkungen Deiner Schritte auf Deine ganze Familie zu erwähnen, muß ich Dich noch darauf aufmerksam machen, daß wenn Du Dich wirklich den feindseligen Unternehmungen gegen hier ganz anschließen solltest, es bei der aufgeregten Stimmung gegen Dich leicht sich fügen könnte, daß man hier einen Beschlag auf Deinen Besitz und Eigenthum legte, was doch höchst unangenehm wäre."

„Darum mein lieber Freund, bedenke wohl und gründlich im Voraus, was die unausbleiblichen Folgen Deiner Schritte — für Dich und das ganze Haus

sein werden, und daß Deinen Vorgängern die Selbständigkeit zu opfern höchst unangemessen wäre und von den andern Gliedern der Familie einen sichern Widerspruch finden würde. Meines Erachtens wäre die wahrlich muthwillige Herbeiführung eines Krieges und sogar unter deutschen Stammverwandten — und aus was für irrigen und eigensüchtigen Absichten — eine ganz unverzeihliche — ja bei Gott! ganz unverzeihliche Sache, wofür auch jeder, welcher dazu beiträgt, schwer büßen wird. Diese Ansicht ist auch nicht allein die meinige, — sondern ich theile sie mit vielen andern."

Ich unterlasse es den weiteren breiten Inhalt des Schreibens mitzutheilen, in welchem, wie selbstverständlich, die Voraussetzung galt, daß der österreichischen Armee alles unterliegen müßte, was sich ihr in den Weg stellen würde.

Diese letztere Befürchtung war es indessen nicht, welche in Berlin überwog, und man wußte dort ganz gut, daß die zum Theil aus den ungarischen Revolutionssoldaten rasch zusammengestellten österreichischen Massen keineswegs so gefährlich waren, als ein Sieg über die piemontesische Armee sie erscheinen ließ. Daß auch der König selbst über diese Dinge ein richtigeres Urtheil besaß, und daß seine Bedenken und Zweifel durchaus nicht gerade militairischer Art waren, zeigten die Schreiben, welche ich damals von ihm erhielt.

Er wußte sehr gut, daß er in seiner Armee ein bedeutendes und sicheres Instrument in der Hand hatte, um vorzugsweise in einem populären Kriege günstige Entscheidungen herbeizuführen.

Beachtete man dagegen seine politischen Raisonnements in dem Augenblicke, wo er sich für den Krieg vorzubereiten schien, so durfte man wohl die erheblichsten Zweifel hegen, ob er sich je im Ernste seiner tapferen Armee bedienen würde, um die Sache der Union zu verfechten. Selbst die nächsten Entschlüsse des Königs mußten mir wie ein unlösbares Räthsel erscheinen, da ich den folgenden Brief von ihm erhalten hatte:

Sanssouci 30. October 1850.

Mein theuerster Herzog!

„Es macht mich recht sehr traurig Euer Hoheit anzeigen zu müssen, daß ich die Letzlinger Jagd vor der Hand habe aufgeben müssen. Ich habe schon dem Braunschweiger geschrieben, daß ich nicht zu ihm in den Wald kann, weil ich jeden Augenblick gewärtig sein muß ins Feld zu rücken. Dasselbe gilt für meinen Wald leider! eben in demselben Maße, als für des Braunschweigers Harzwald. Oesterreich verwirft jede Verständigung über die hessische Sache, die ich ihm mit vollstem, aufrichtigstem, treu entgegenkommendem Herzen angeboten hatte. Ich habe gebeten und gefleht, bin fast über die Grenze des Er-

laubten gegangen, um Oesterreich zu bewegen es zu gestatten, daß Alle teutsche Souveräne sich über den so dringenden und gefährlichen hessischen und holsteinischen Angelegenheiten die Hand reichten und um der großen Gefahr und noch größeren Verantwortlichkeit willen über beiden Angelegenheiten die Fragen über Union und Bundestag auf sich beruhen zu lassen. Die Einigung über Hessen und Holstein war kinderleicht, sobald die Prätension der elf, Bundestag spielenden, Fürsten nur einen Moment ruhte. Denn unser aller Interesse ist dasselbe dabei".

„Doch weder diese Bitte, noch die jedes edle und echt teutsche, fürstliche und christliche Herz erwärmende Perspective, daß an der süßen Gewöhnung des Verständnisses sich das Verständniß über die teutschen Dinge, wie von selbst knüpfen müsse, hat irgend einen Einfluß gehabt. Man glaubt nicht an meinen Ernst. Ich bin also im eigentlichsten Sinne des Wortes genöthigt ihnen meinen Ernst fühlen zu lassen. Unter diesen Umständen bin ich glebae adscriptus und kann nicht in den Wald zum fröhlichen Waidwerk! Wahrlich es betrübt mich mehr, als ich es sagen kann. Die Ursach ist zu traurig, und meine Hoffnung, Eure Hoheit dort bewirthen zu können, war zu schön!! So lassen Sie uns denn im Gottvertrauen bessere Zeiten abwarten. Gibt sie Gott, und ergeht dann mein „Ruf" an Eure Hoheit, so folgen Sie wohl ohne saures Gesicht zur Wildbahn dem Herrn von Letzlingen.

Euer Hoheit ergebener Vetter und Freund
Friedrich Wilhelm."

„Man glaubt nicht an meinen Ernst!" — Ob es mir möglich gewesen wäre, durch den Inhalt dieses Schreibens einen allzu schwerwiegenden Eindruck von den Entschlüssen des Königs zu erhalten? mag der Beurtheilung des Lesers nunmehr überlassen bleiben. Wenn es aber einen Augenblick des Königs Absicht war, seine Stärke fühlen zu lassen, so war zwischen dem 30. Oktober und 2. November eine große Wandlung eingetreten.

Es hatten die Warschauer Conferenzen stattgefunden und sie übten ihre Rückwirkung auf den König und das Cabinet. Daß der Kaiser Nikolaus die Rolle des Schiedsrichters in Warschau zwischen Oesterreich und Preußen in Anspruch nahm, war dem König jedenfalls nicht unbekannt, als er dem Grafen Brandenburg die traurige Mission übertragen hatte. Die an sich schon beschämende Thatsache, daß der Czar noch einmal über Deutschlands Schicksal entschied, konnte durch die Einzelheiten der Verhandlungen verschlimmert worden sein, die Tendenz der Sendung des Grafen Brandenburg war vom König vorgezeichnet und über die Hauptfrage mußte der Minister unzweifelhaft mit einer sichern Instruktion ausgerüstet gewesen sein.

Sowohl der König, wie der Prinz von Preußen haben indessen in Briefen, die ich gleich nachher mittheilen werde, die bestimmte Klage erhoben, daß es das Ministerium gewesen sei, welches die Concessionen gemacht hatte, die den beiden hohen Herren gleich widerwärtig waren.

Wie widerspruchsvoll, daß die öffentliche Meinung in Deutschland dagegen mit überwältigender Ueberzeugung den Grafen Brandenburg völlig entlastet und alle Nachgiebigkeit lediglich dem König zugeschrieben wissen wollte! Graf Brandenburg wahrte dem Kaiser von Rußland gegenüber persönlich die Ehre Preußens und seines Königs mit Aufopferung seiner letzten Kräfte, doch unterlag er, wie bekannt, gegen den Fürsten von Schwarzenberg und den persönlich anwesenden Kaiser von Oesterreich. Nikolaus, so behauptete man in Deutschland, habe es unverzeihlich gefunden, daß Preußen von den Grundsätzen der heiligen Allianz sich abzuwenden scheine.

Krank kehrte Graf Brandenburg nach Berlin zurück, und sein rascher Tod am 6. November wurde wie als die Folge eines gebrochenen Herzens von den Freunden der deutschen Sache angesehen und betrauert.

In der Ministerconferenz am 2. November kam es zum Bruche zwischen den beiden Parteien. Herr von Radowitz verlangte die Mobilisirung der Armee und blieb mit seinem Antrag in der Minorität, worauf er mit Ladenberg resignirte und vom König entlassen wurde. Manteuffel übernahm das auswärtige Amt und nach dem Tode Brandenburgs den Vorsitz im Ministerrath.

In allen wesentlichen Punkten hatte Preußen nachgegeben, als die Mobilisirung dennoch beschlossen wurde.

Der verhängnißvolle Gang der preußischen Politik ist in den Hauptpunkten allgemein bekannt. Weniger sicher ist man in Betreff des Königs selbst und der Einzelheiten, die für seinen Antheil an dem Falle Preußens entscheidend sind.

Man hat schon damals viel von dem Briefe gesprochen, welchen der König unmittelbar nach der Entlassung des Generals von Radowitz geschrieben und welcher in der That den Eindruck zu machen geeignet war, als würde sich der König niemals entschließen, die von ihm gebilligten Grundsätze seines Freundes, des von ihm eben entlassenen Ministers, zu verläugnen.

Da ich in meinen Acten eine ganz zuverlässige Abschrift des denkwürdigen Schreibens aufbewahre, so will ich dem Leser dasselbe auch hier nicht vorenthalten:

Sanssouci 5. November 1850 nach 6 Uhr Abends.

„Soeben gehen Sie zur Thüre hinaus, mein treuer und theuerster Freund, und schon nehme ich die Feder, um Ihnen ein Wort der Trauer, der Treue und der Hoffnung nachzurufen."

„Ich habe Ihre Entlassung aus dem auswärtigen Amte gezeichnet, Gott

weiß es, mit schwerem Herzen. Aber ich habe ja in Freundestreue noch mehr thun müssen. Ich habe Sie vor meinem versammelten Rathe um Ihres Entlassungsbegehrens willen gelobt. Das sagt Alles und bezeichnet meine Lage schärfer als es Bücher vermöchten. Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen für Ihre Amtsführung."

„Sie war die musterhafte und geistreiche Ausführung meiner Gedanken und meines Willens. Und beide kräftigten und hoben sich an Ihrem Willen und Gedanken, denn wir hatten dieselben. Es war trotz aller Tribulationen eine schöne Zeit, ein schöner Moment meines Lebens, und ich werde dem Herrn, den wir beide bekennen und auf den wir beide hoffen, so lange ich athme, dankbar dafür sein."

„Gott der Herr geleite Sie und führe in Gnaden unsere Wege bald wieder zusammen. Sein Friede bewahre, umlagere und beselige Sie bis auf Wiedersehen."

„Das zum Abschiede von Ihrem ewig

treuen Freunde
F. W."

Das zweifelhafte Spiel, zu welchem sich der König in den voranstehenden Worten mit einer ihm eigenthümlichen Art der Aufrichtigkeit gleichsam selbst bekannte, war aber nicht bloß ein vorübergehendes Gefühl von Theilnahme für den abgehenden Minister, er hatte sich damit vielmehr in der entsetzlichen Nothlage, in welche er gerathen war, ein eigenes System seiner Politik für die folgenden schweren Wochen bis zur vollen Entscheidung der Dinge zurechtgelegt.

Als ich daher die Nachricht vom Rücktritte Radowitzs erhalten hatte, glaubte ich noch, daß die Sache der Union definitiv fallen gelassen sei; und da ich schon seit längerer Zeit nicht viel anderes erwartet hatte, so war ich nicht übermäßig überrascht: „Es gibt kein Deutschland mehr, schrieb ich resignirt an meinen Bruder, und nur ein kleines, gedemüthigtes Preußen." Aber wie erstaunte ich, als ich Donnerstag den 7. November nach Erfurt kam, wohin sich General von Radowitz nach seiner Enthebung zurückgezogen hatte, und von diesem nunmehr am Bahnhofe erfuhr, daß sich die ganze Situation schon wieder geändert habe. Herr von Radowitz erzählte mir die Vorgänge der letzten Tage und versicherte, daß der König entschlossen sei, nunmehr nicht weiter nachzugeben.

Inzwischen war auch die Nachricht von der Mobilmachung aus Berlin eingetroffen, und ich erklärte sofort dem General, daß ich die Bitte an den König stelle, das Corps der Unionsstaaten zu führen.

Noch am selben Tag schrieb ich an meinen Bruder ausführlich über die Lage der Dinge von Gotha, wohin ich zurückgekehrt war:

„In der Absicht nach Berlin zu reisen suchte ich es möglich zu machen, Herrn von Radowitz zu sprechen und erfuhr, daß der König wegen der sich mehrenden unübersteiglichen Bedingungen des Wiener Cabinets nun nicht mehr gesonnen sei weiter nachzugeben. Die Armee wird mobil gemacht, die Landwehr einberufen und die Unionsfürsten aufgefordert ein Gleiches zu thun. Binnen 8 Tagen werden wir 300,000 Mann unter den Waffen haben. Die Stimmung wird von ihrer Gedrücktheit zur Begeisterung übergehen."

„Ich kehrte sogleich mittelst Extrazuges um und fand hier vor einer Stunde die Nachricht vor, daß die Oesterreicher mit 120000 Mann das Herzogthum Coburg umschlossen haben. Sie stehen in Lichtenfels, Cronach, Tambach, kurz nur 2 Stunden von Coburg. Jeden Tag ist ihr Einrücken zu erwarten*)."

„In 2 Stunden werde ich schon wieder unterwegs sein, um von Coburg alles zu flüchten, was möglich ist. Bei Fulda griffen diese Nacht die Baiern die preuß. Vorposten an, wurden aber zurückgedrängt. Der Postverkehr ist sistirt und es ist in dem Theil der Krieg als ausgebrochen zu erklären. Alle Eisenbahnen in Baiern sind für die Fortschaffung der östereichischen Truppen in Beschlag genommen. So steht es heute am 7., wie es morgen aussehen wird, kann man nicht voraussehen. Jeder Tag ändert die Sachlage. Meine Nachrichten sind alle offizieller Natur; die Zeitungen wissen nichts. Soweit meine Meldungen. Hoffentlich finde ich in Coburg noch Alles in Ordnung; man ist hier in großer Bestürzung, aber glücklich sich für die gute Sache schlagen zu dürfen. Die Stände werden gern alles Geld zur Mobilisirung auch hier hergeben. Wie wohlthuend ist das Gefühl, daß die Sache der Fürsten bei uns auch die des Volkes ist. Nun lebe wohl &c."

Die kriegerische Stimmung hielt einige Tage an. Ich wandte mich in einem Briefe an den König, worin ich um das Corpscommando der Unions-Contingente bat. Ich beglückwünschte denselben zu seiner glücklich wiedergefundenen Energie und sagte: „es ist das letzte Mal, daß Sie Deutschland retten können". Auch bemerkte ich, daß man nicht glauben solle, die abgefallenen Unionsfürsten würden in der Lage sein, gegen uns mobil zu machen.

Der König antwortete sofort mit folgenden erfreulichen und hoffnungsvollen Zeilen:

---

*) Die Zeitungsnachrichten, welche dies nachher als Thatsache meldeten und die auch mein Bruder gelesen hatte, waren aber falsch; die Oesterreicher hatten zunächst den Befehl die Unionsstaaten nicht zu betreten.

Bellevue den 11. November 1850.

Mein theuerster Herzog!

„Euer Hoheit prächtiger Brief von gestern ist mir hier, wo ich zum Arbeiten hergekommen bin, übergeben worden. Ich eile Ihnen meinen Dank für seinen Inhalt auszusprechen."

„Ihr frisches Heldenherz wird eine würdige Stelle bei meinem frischen, todesmuthigen Heere finden. Ich werde sogleich mit dem Kriegsminister darüber Rücksprache nehmen lassen. Vorläufig sage ich nur so eben als meinen Gedanken, daß die Führung der Unions-Contingente, womöglich durch preußische Truppen verstärkt, mir die passendste Aufgabe für Ew. Hoheit scheint. Uebrigens bin ich in Trauer, Besorgniß und Kummer. Der Tod des lieben, herrlichen Brandenburg ist es nicht allein, was daran Schuld. Vorzüglich die Erbschaft, die er uns hinterlassen hat: Concessionen!!!

Die Majorität meines Ministeriums hat sich für dieselben entschieden. Die holsteinische Sache hatte Radowitz schon zur Zufriedenheit Rußlands und Oesterreichs geführt. In der hessischen fordere ich nach dem „neuen System" nur tractatartige Garantien für die volle Sicherstellung meiner drei Etappen-Straßen. Wird das gewährt, so ist Friede ohne Freude. In Preußen ist nichts gesund, als Heer und Landvolk, die aber auch einzig. Es ist ein Geist von Anno 13 ohne alle Uebertreibung. Sogar die Canaille wird mit fortgerissen! Hoffen wir von Gott das Beste!"

„Mich Ihnen herzlich empfohlen, nenne ich mich, theuerster Herzog, Euer Hoheit ergebener treuer Freund und Vetter

Friedrich Wilhelm."

Von der Lage der Union schwieg der König in dem Briefe und in Bezug auf Hessen war er bereits auf dem Punkte der garantirten Etappen-Straßen angelangt. Daß Herr von Prokesch am Tag vorher die Auflösung der Union verlangt und mit seiner Abreise gedroht hatte, lieferte den schon in den nächsten Tagen laut verkündigten Commentar zu des Königs Worten: „Friede ohne Freude".

Aber auch jetzt noch setzten sich die unglückseligsten Widersprüche und Mißverständnisse mit ungeschwächten Kräften fort. Während die Zeitungen meldeten, Herr von Radowitz sei nach Berlin berufen worden, um neuerdings in das Ministerium zu treten, glaubte der König durch eine plötzliche Wendung zu England hin die öffentliche Meinung einigermaßen zu beruhigen. Er veranlaßte die Mission des Generals von Radowitz an den Hof der Königin, und in Berlin setzte man plötzlich fast übertriebene Hoffnungen auf den Prinzen Albert. Herr von Radowitz machte mir am 15. November Mittheilung von

seiner Reise, die er am 18. wirklich antrat, indem er um Unterstützung und Empfehlungen nach den verschiedensten Seiten ersuchte.

Die Lage der Dinge in England war seit den Warschauer Conferenzen für Deutschland ohne Zweifel günstiger geworden. Das Auftreten des Kaisers Nikolaus als Schiedsrichter Europas öffnete den englischen Politikern die Augen, und bei ihrer eingestandenen Unkenntniß der deutschen Verhältnisse zeigte sich eine Perspektive russischer Machtentwicklung, welche einen heilsamen Schrecken einzuflößen schien.

Das Einverständniß zwischen Frankreich und Rußland, dem das englische Cabinet in den meisten Angelegenheiten jetzt begegnete, erinnerte an die Zeiten von Tilsit und an die russisch-napoleonische Theilung der Welt. Unter diesen Umständen glaubte die preußische Regierung es nicht versäumen zu dürfen, einigen Succurs von Seite meines Bruders anzusprechen.

Ueber den Verlauf der Mission des Generals von Radowitz ist Manches aus den Papieren Bunsens bekannt geworden*), doch sind die Mittheilungen über das Verhalten meines Bruders in diesen trüben Novembertagen höchst unvollständig.

Ich hatte dem General ein Schreiben mitgegeben, und mein Bruder hielt es in jenem Augenblicke für das Gerathenste nicht auf dem direkten Wege, sondern durch mich seinen Anschauungen in Berlin Ausdruck geben zu lassen. Den preußischen Staatsmännern gegenüber glaubte Albert sich einige Reserve auferlegen zu müssen, und in Folge davon machte Bunsen die Bemerkung, der Prinz hielte eine preußisch-englische Verbindung für ganz unmöglich. In Wahrheit hielt er sich nur für seine Person versichert, daß seine eigene politische Stellung und Verantwortlichkeit ihm nicht gestatte, direkt einzugreifen.

Ueber die Wege und Mittel, wie Preußen die Freundschaft Englands auch in diesem Augenblicke noch gewinnen konnte, hatte er seine sehr bestimmte Meinung, und ließ durch mich sie auch gerne nach Berlin gelangen. Den unmittelbaren Verkehr mit den preußischen Herrschaften wollte er damals nach Möglichkeit vermeiden und hatte bei der Unverläßlichkeit der Berliner Verhältnisse mit Rücksicht auf die englischen Minister allen Grund dazu.

Er hatte mir schon vor der Mission des Generals von Radowitz in ausführlichster Weise seine Meinung mitgetheilt, in der Absicht, daß ich dem Prinzen von Preußen dieselbe zukommen lassen werde. Er war der Ueberzeugung, daß Preußen nach dem Grundsatz, dem Muthigen gehört der Sieg, nur durch offenes und entschiedenes Vorgehen Sympathien in England erwarten könne, daß aber auf eine Initiative der englischen Regierung so wenig wie auf eine Allianz zu rechnen sei.

*) Bunsens Leben III. S. 158.

Windsor Castle 10. November 1850.

Lieber Ernst!

„Ich habe gestern erst Deine beiden Briefe vom 1. und 4. d. erhalten, welche sich vielleicht unterdessen in allerhand Lesecabineten aufgehalten haben werden.“

„Du wirst aus meinem letzten Briefe schon entnommen haben, daß durchaus keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns besteht. Du sagst mit Recht: „es ist der Kampf zwischen Despotie und constitutioneller Freiheit“. Möge Preußen dies erkennen und auch vor der Welt bekennen. Ist es ein Kampf Preußens, des Preußens, das den Schweden Pommern, den Oesterreichern Schlesien, den armen Sachsen seinen besten Theil genommen, den Separatfrieden mit der französischen Republik geschlossen, Polen mit getheilt und einst Hannover als Entschädigung angenommen hat, ist es ein Kampf des Preußens, sage ich, um Vergrößerung, um mehr Macht oder Ansehen, so ist ganz Europa gegen dieses im Bund.“

„Die Hauptgeschicklichkeit der Gegner besteht darin, die Frage so hinzustellen, die Hauptungeschicklichkeit Preußens darin, sich vom volksthümlichen, repräsentativen, constitutionellen deutschen Standpunkt in den Verhandlungen getrennt zu haben.“

„Will Preußen den Kampf bestehen, dem es kaum mehr ausweichen kann, so muß es seine Kammern berufen, an die Stände der übrigen deutschen Länder appelliren, die Stände Hessens in Schutz nehmen und offen erklären, daß es sich um Erhaltung des constitutionellen Princips handelt. Dann wird ihm Macht zuwachsen, die öffentliche Meinung wird die Feinde Deutschlands in England und Frankreich zum Schweigen bringen und mir ist um den Erfolg nicht bange. In einer bloßen Cabinetspolitik, wenn auch 10 Armeen dahinter stehen, muß Preußen den kürzern ziehen, wie es unausgesetzt von 1848 bis jetzt der Fall gewesen ist.“

„Ich mag in diesem gefährlichen Augenblick nicht an die preußischen Herrschaften schreiben, denn die Verantwortung ist zu groß, aus der Entfernung Rath zu ertheilen. Du kannst aber meine hier ausgesprochenen Ansichten dem Prinzen, der sich auch in dieser schweren Krisis wieder als Ehrenmann erwiesen hat, mittheilen.

Ewig Dein treuer Bruder
Albert.“

P. S. Ich vermuthe dieser Brief wird Dich noch in Berlin treffen.

November 11.

„Der gestrige Sonntag hat meinen Brief nicht fortgehen lassen, seitdem habe ich einen von Karl erhalten, der mir meldet, daß Du Dich durch ihn hast

abhalten lassen, nach Berlin zu gehen; ich schreibe diese Zeilen darum nach Gotha."

„Es ist mir leid, daß Du nicht Deinen ersten reineren Impuls hast vorwalten lassen. Karls politischen Argumentationen kann ich nicht beistimmen. Sie sind mir nie hoch genug gegriffen und mit Rücksichten auf persönliche Vortheile beständig verflochten und getrübt."

„In großen Augenblicken, wie die jetzigen, dürfen nur die Gefühle der Ehre und Pflicht sprechen, alles Uebrige steht in Gottes Hand, der den Gerechten nicht untergehen lassen wird."

„Um des Himmels Willen befolge nicht die Politik der Halbheit und vermeintlichen Vorsicht, die Sachsen seit der Reformation oder vielmehr dem Regierungsantritte der Albertinischen Linie befolgt hat und durch die es ruinirt worden ist, die es aber selbst heute noch befolgt."

„Was von Preußen und der deutschen constitutionellen Freiheit gilt, gilt auch von den Unionsfürsten; keine Cabinetspolitik (auch nicht im Kleinen), sondern Treue gegen die Bundesgenossen und Einklang mit den eigenen Ständen, mit dem eigenen Volke. Du darfst Karl diesen Brief zeigen."

Zum Verständniß des zuletzt ausgesprochenen Wunsches in Bezug auf den Fürsten Leiningen muß ich hier bemerken, daß dieser im Sinne der Frankfurter Regierungen damals äußerst thätig war und besonders das lebhafte Feuer meines Bruders einigermaßen zu dämpfen sich bemühte.

Er befand sich eben bei mir in Gotha und schrieb als Antwort an Albert einen Brief, der zwar in den Tendenzen wenig Eindruck auf mich und meinen Bruder machte, aber in der Angabe der thatsächlichen Verhältnisse so vieles Wichtige enthielt, daß er auch hier den täglich sich verschlimmernden Gang der Berliner Politik besser begreiflich machen wird:

Gotha 19. November 1850.

Lieber Albert!

„In der Zauberflöte heißt es, lerne Trug von Wahrheit unterscheiden. Nun klingt es zwar etwas paradox, daß ich, um diesem weisen Spruche Zoroasters nachzukommen, eine kleine Excursion nach Berlin unternommen, von woher ich eben via Dresden zurückkehre."

„Allein es sind mir aus der Vorzeit noch einige Connexionen übrig geblieben, durch welche ich, sei es auch nur zu meiner eigenen Satisfaction, einen Faden zu erhalten suche, um mich so gut wie es gehen will aus dem Labyrinthe der verworrenen Ideen des Lugs und Trugs herauszufinden. Der Faden reicht aber nur bis zum 17., weiter hinaus etwas behaupten zu wollen, wäre frivol; denn die Politik des preußischen Cabinets läßt sich nur durch die Be-

wegung des Pendels versinnlichen; hiermit meine ich indessen keineswegs den König, denn ich glaube im Gegentheil, daß er sehr entschieden weiß, was er will, und die Schwankungen bestehen lediglich im Nachgeben eines zeitweisen Dranges von Außen und sodann, wie dieser beseitigt, in der Rückkehr zu seinem Willen."

„Was z. B. seine Ansichten über Constitutionalismus u. s. w. sind, ist Dir besser bekannt wie mir. Der auf diese Ansichten basirte Willen des Königs hat sich in allen den verschiedenen Krisen, welche wir seit dem Jahre 1848 durchlaufen, auf ein und dieselbe Weise geltend gemacht. Auch jetzt wird dasselbe geschehen."

„Diese Thatsache ist seinerzeit aber ebensowenig in Betracht gezogen worden, als wie der Umstand, daß Oesterreich nun einmal eine solche Gestaltung Deutschlands, bei welchem es in einen sogenannten weiteren Bund verwiesen würde, nicht zugeben werde."

„Ich appellire aber jetzt, von Deinem durch doctrinäre und fremdartige Einflüsse beschatteten, an Deinen so hellen und scharfen Verstand. Sage, würden die Geschicke unseres armen Vaterlandes, welche jetzt allen Winden preisgegeben sind, nicht ganz anders sich gestaltet haben, wenn alle jene großen Kräfte, die nach und nach an dem Unausführbaren vergeudet worden sind, dem Möglichen und Greifbaren — einer Revision des Bundesgesetzes und des Bundestages zugewendet worden wären? Sage, ob nicht Preußen getragen von der deutschen Partei, auf festem Boden im Bunde stehend, Schritt vor Schritt Oesterreich in die gebührenden Schranken zurückgedrängt haben würde, während außer dem Bunde, in der Luft hängend, gerade das Gegentheil sich ereignet hat? Sage, ob Preußen sammt den von ihm vertretenen deutschen Interessen den Großmächten gegenüber sich nicht in einer ganz anderen Lage befinden würde?"

„Das hier Gesagte ist keine eitle Recrimination, es hat auch seine praktische Seite für die Ereignisse, welche sich eben präpariren, denn wir sehen dieselbe Partei, die eben mit der Erfurter Union Schiffbruch erlitten, mit Nichtachtung aller Erfahrungen vereint mit der Demokratie, mit einer wahrhaft verzweifelten Wuth in die Kriegsposaune blasen!"

„Mein letzter Rest von Vertrauen auf die politische Befähigung unserer Landsleute geht damit zu Grabe, denn welches ist der Wahnsinn zu hoffen, daß aus einem Kriege, welcher durch vergossenes Blut und verwüstete Landstrecken den Haß der einzelnen Stämme untereinander auf das Heftigste anfacht, deutsche Einigkeit; durch siegreiche Heere absolutistisch gesinnter Fürsten bürgerliche Freiheit; durch unvermeidliche Einmischung des Auslandes Deutschlands Größe und Macht erwachsen werde?"

„Die Sache ist recht jammervoll, denn ich ahnde, daß eine neue Bundesverfassung aus den vielgepriesenen freien Conferenzen erwachsen wird, welche schlechter ist, als selbst die alte war. Von der kritischen Lage, in welche die Unionsfürsten gerathen sind, sage ich nichts, da Du hierüber hinlänglich unterrichtet sein wirst."

„Nun lebe wohl für heute, lieber Freund, lege mich Victoria zu Füßen.

Dein treuer Vetter und Schwager
Karl."

Mir konnte es nur lieb sein, daß Leiningen zwei Punkte in seinem Schreiben geltend gemacht hatte, welche die Erkenntniß der wirklichen Lage in London fördern konnte:

Die Unverläßlichkeit der preußischen Ziele und die gefährliche Lage, in welche die Bundesfürsten durch ihre Treue gegen Preußen gerathen waren. Was die Fragen selbst im Einzelnen betraf, so hatte man in England gerade jetzt eine hinreichend deutliche Empfindung, um was es sich im eigentlichsten Grunde in Deutschland handelte.

Die kurhessische Angelegenheit bot zum ersten Mal in den deutschen Wirren etwas dem englischen Geiste praktisch Begreifbares dar. Ein flagranter Verfassungsbruch, eine despotische Intervention, eine Unterdrückung der Landesrechte, alles dies waren Dinge, für welche in England ein rasches Verständniß zu gewinnen gewesen wäre. In diesen Fragen mußte — so meinten selbst die conservativsten Kreise in jenem freien Staate — klar zu Tage treten, was Preußen wollte und in Deutschland bedeuten konnte. Wollte es im Sinne des constitutionellen Fortschritts handeln und nicht bloß die verhaßte Politik des alten deutschen Bundes fortsetzen, so konnte es nur als Schützer des Landesrechtes auftreten. Zeigte es sich hier schwach und unbrauchbar, so war es thöricht, von der englischen Regierung zu erwarten, daß sie durch die Mission eines eben abgedankten preußischen Ministers sich täuschen lassen sollte. In diesem Sinne antwortete auch mein Bruder:

„Ich habe Deinen Brief durch General von Radowitz und den folgenden vom 19. erhalten."

„Radowitz hat mir gut gefallen, und da er Erlaubniß hatte, mich frei und unumwunden von der ganzen geheimen Geschichte Preußens von 1849 bis jetzt zu unterrichten, so waren mir seine Mittheilungen von größtem Werthe. Ich kann indessen nichts zu meinen früheren Briefen hinzufügen. Es kommt für Preußen lediglich darauf an, sich zum ehrlichen, aufrichtigen, begeisterten Träger constitutioneller Freiheit in Deutschland zu machen, um in unbesiegbarer Stärke dazustehen; wenn es bloß Preußen sein will, nach der heiligen Allianz

sich zurücksehnt, kein Vertrauen in das constitutionelle System setzt, Etappenstraßen nur in Hessen vertheidigen will, so wird es, was es war, trotz seiner ungeheuren Rüstungen — der unterthänige Diener Oesterreichs und Rußlands und mit dem Unterschiede dazu, daß es nun auch von diesen verachtet wird."

„Die Manteuffel'schen Schritte sind entsetzlich, seine Noten kläglich, die an die Unionsfürsten erbärmlich."

„Was die letzteren entschieden haben werden, weiß ich nicht und würde mich auch eines Rathes aus dieser Entfernung enthalten, aber so viel weiß ich, daß wenn ich für sie zu handeln hätte, ich die Union festhalten würde, trotz dem Abfalle Preußens, daß ich dasselbe seiner Verpflichtung nicht freiwillig entbinden und gegen die Zugeständnisse in Warschau protestiren würde, wo sie nicht repräsentirt waren."

„Auf keinen Fall konnte Graf Brandenburg den beiden Kaisern die Union sammt Constitution zum Mittagsessen vorsetzen! — Preußen, König, Kammern und Heer würden daran eine letzte Handhabe erhalten, um sich wieder auf ein besseres Terrain zu schwingen, die kleinen Staaten, (die von der deutschen Partei oft so verachtet wurden), würden abermals beweisen, daß die deutsche Sache in ihnen die Hauptstütze hat." „Nun lebe wohl, Dein ꝛc.

Windsor Castle 1. December 1850.

Was sich inzwischen thatsächlich vollzogen hatte, war in allem das gerade Gegentheil von dem, was mein Bruder noch in den voranstehenden Zeilen als Preußens Aufgabe bezeichnet hatte und übertraf selbst seine schlimmsten Befürchtungen. Die ihm schon bekannt gewesene Auflösung der Union war noch dadurch ganz besonders beschämend, daß Herr von Bülow im Namen der preußischen Regierung dem Fürstencollegium eröffnen mußte: Der Rücktritt Preußens von der Verfassung des 26. Mai 1849 habe auf den Wunsch und das Verlangen Oesterreichs geschehen müssen. Die Anfrage an die Unionsregierungen, ob sie noch an dem Bündniß festhalten wollten, klang unter diesen Umständen wie eine Verspottung der kleinen machtlosen Staaten, wenn sie nicht etwa sagen wollte: „Löst Euch selbst auf, damit ich die Schuld von meinen Schultern auf die Eurigen wälzen könne".

Sollten unter dem Getöse der Waffen die kleinen unionstreuen Staaten den Bundesprojecten Oesterreichs und der Mittelstaaten nicht zum Opfer fallen, so war die Zeit gekommen, wo sie an Garantien ihrer eigenen Existenz zu denken hatten.

Man war an der Grenze des Vertrauens gegenüber dem führenden Preußen angelangt, und selbst die persönlichen Anknüpfungspunkte an den König erwiesen sich in dieser traurigen Zeit als haltlos.

Das Sonderbarste dabei war aber noch der Umstand, daß sich Friedrich Wilhelm auf seine constitutionellen Pflichten berief und sich gegenüber seiner Familie, den Unionsfürsten und dem Lande hinter die Verantwortlichkeit seines Ministeriums verschanzte, als wäre er Zeit seines Lebens der unbedingteste Verfechter des strengsten parlamentarischen Systems gewesen.

So antwortete mir der Prinz von Preußen auf die Mittheilungen, die ich ihm auf den Wunsch meines Bruders gemacht hatte, am 22. November 1850 aus Berlin:

.... „Erlassen Sie mir, Ihnen eine Schilderung von den Gefühlen zu machen, die mich in letzter Zeit erschüttert haben. Der König ist schmählich von seinem Ministerium im Stiche gelassen worden, so daß er sich genöthigt sah, von seinem constitutionellen Rechte Gebrauch zu machen, sein verantwortliches Ministerium gewähren zu lassen, — sich von demselben ganz zurückzuziehen.

„Noch nicht volle 4 Tage reichten hin, diese Herren von ihrem Betreten falscher Wege zu überzeugen, aber zu spät. Die Concessionen des Grafen Brandenburg — Friede seiner Asche — waren gemacht!"

„Eine Folge derselben ist die Anfrage bei den Unionsregierungen, ob sie die Unionsverfassung vom 26. Mai 1849 aufgeben wollen. Es versteht sich, daß nur das Aufgeben dieser Verfassung gemeint ist, während das Princip dieser Verfassung festzuhalten ist in einer andern, die erst nach Ausspruch des Fürstenrathes, nach Feststellung der Verfassung des weiteren Bundes aufgestellt werden kann."

„Wenn sonach das Factum dieser Umfrage sehr unangenehm berührt, so ist doch in der Sache nichts vergeben, da der Unirung die parlamentarische Form gesichert ist. Gerade aus diesem Grunde vermuthe ich aber, daß Oesterreich, wenn es diese neue Concession erreicht hat, zu neuen Forderungen schreiten wird, um jene illusorisch zu machen."

„Meiner Ueberzeugung nach sollte unsere Geduld längst erschöpft sein."

„Ihre Ansicht und die, welche Ihr Herr Bruder Ihnen schreibt, sind gewiß sehr richtig, obgleich man doch immer nur das Erreichbare anstreben muß und sich nicht an Ideale festklammern darf. In Kurzem sind wir gerüstet, dann können wir auch eine festere Sprache annehmen. Die Thronrede hat einen vortrefflichen Eindruck auf die Kammern gemacht. Jetzt müssen deren Beschlüsse erwartet werden, sie werden patriotisch — hoffe ich — sein, nur dürfen sie in der ersten Zeit nicht zu provocirend gegen Oesterreich werden, damit ihnen keine Veranlassung gegeben wird, unsere Grenzen zu überschreiten, bevor wir nicht ganz gerüstet sind." 2c. 2c.

In diesen Tagen einer zu erwartenden entscheidenden Krise war ich selbst nach Berlin geeilt, um zu sehen wie weit sich der Gewittersturm auf die kleinen

preisgegebenen Staaten entladen werde. Es war von größter Wichtigkeit, durch mein persönliches Erscheinen den König an die Gelöbnisse zu erinnern, die er den unionstreuen Fürsten beim Congreß und bei jeder anderen Gelegenheit geleistet hatte.

Die Auftheilung der kleinen Unionsländer zum Zwecke der besseren Verständigung der Mittelstaaten konnte wenigstens im Sinne der bairischen Bundesreformprojecte als nunmehr möglich gelten. Ich wollte doch hiebei meine Stimme vernehmbar gemacht haben. Außerdem hatte ich für den unwahrscheinlichen Fall, daß es durch die wachsende Lust Oesterreichs an der Demüthigung Preußens doch noch zum Kriege kommen sollte, die Absicht, über die mir versprochene militairische Stellung zum Abschlusse zu kommen.

Als ich in Berlin am 23. November eintraf, fand ich die Verwirrung, welche alle Kreise beherrschte, auf einem Höhepunkt angelangt, welcher kaum jemals von dem Griffel eines Geschichtschreibers drastisch genug geschildert werden wird, und ich muß um meinem eigenen Gedächtniß zu trauen, die Berichte hervorsuchen, die ich damals geschrieben habe und die ein unmittelbares Bild von diesen heillosen Novembertagen geben können:

Berlin 26. November 1850.

„Seit drei Tagen bin ich nun hier, um der heillosen Verwirrung beizuwohnen, welche im Ministerium, im Publikum und bei Hof stattfindet. Ohne Princip, ohne klares Bewußtsein von dem, was man will und soll und ohne Festigkeit, auch nur wenigstens 12 Stunden bei einem oder dem anderen Entschluß zu beharren, mit einem getheilten Ministerium tappt die preußische Politik in Gefühlsäußerungen umher."

„Die Krise hat ihren höchsten Gipfel erreicht, bis morgen oder übermorgen spätestens sind die Würfel gefallen. Es handelt sich, ob Deutschland und Preußen noch leben sollen, oder ob sie auf immer den österreichischen Machthabern in die Hände fallen werden."

„Man wird sich jetzt, wenn man sich noch schlagen wird, um Illusionen schlagen, denn der Casus belli fehlt, indem in allen Hauptsachen nachgegeben ist, aber eben das Gefühl der Schande treibt zum Krieg, weil man schon ganz damit belastet ist."

„Der Enthusiasmus für den Krieg, den unseligsten, der je geführt worden, ist die einstimmige Aeußerung des Volkes. Man bringt Opfer, die unglaublich wären, wenn sie sich nicht als wahr bewiesen. Das Herz blutet mir, wenn ich diesen Zustand mit ansehe, da er auch sofort zur Anarchie umschlagen kann, aber andererseits möchte man vor Freude weinen, wenn man die Kraft und den Willen dieses Volkes sieht. Ich wünschte, ich könnte Dich hieherzaubern, um das Schauspiel, welches jetzt vor meinen Augen liegt, zu sehen."

„Nur ein Mann von Kraft und Willen fehlt, um das Unglaublichste zu erlangen. Du wirst mich fragen, was ich hier mache? Meine Antwort ist: Die Erhaltung der kleinen Staaten den Transactionen gegenüber garantirt zu erhalten, wenn wir jetzt noch mit Preußen gehen sollen. Ich werde morgen durch eine bündige Eröffnung befriedigt werden."

„Ich hatte von jeher viel Einfluß hier und jetzt mache ich ihn geltend, um aus dem Schiffbruch wenigstens das Beste zu retten, vor Allem unsere Ehre. Ich bin den ganzen Tag belagert von den Mitgliedern der Kammer, die ich von früher, von Frankfurt und Erfurt her kenne. Leute wie Simson, Beseler etc., Patrioten aus der Armee und aus dem Publikum schaaren sich um mich. Ich beruhige und dämpfe die Leidenschaften auf dieser Seite und suche den König, den ich täglich sehe und ausführlich spreche, andererseits von der wirklichen Situation in Kenntniß zu setzen, da er stets träumt und Unmögliches verlangt, ohne es fest zu wollen. Er ist auf eine Art aufgeregt, die schrecklich ist. Wie immer im Leben, kämpfen auch hier die Gegensätze miteinander: Es heißt hier Krieg um jeden Preis, und dort Frieden um jeden Preis, heute folgt der König dem Einen und morgen dem Andern; da haben die Wenigen, zu denen ich gehöre, einen schweren Stand, welche die Mittelstraße gehen wollen und ganz ruhig sind, da in den Stunden der Gefahr mit Leidenschaftlichkeit und ebenso mit Feigheit gar nichts zu erlangen ist. Die Lage ist eine entsetzliche, weil man alles bereits verpfuscht hat."

„Ich habe nun Einsicht in den Notenwust und entsetze mich über die Art, wie man hier operirte. Auch über die Sendung von Radowitz wurde ich in's Geheimniß gezogen."

„Sie würde unnütz sein, wenn man den richtigen Weg gegangen wäre. Den Oesterreichern zeigen sie hier ihre Schwächen, um sie aus Mitleid für die schlimme Lage, in die sie sich hier selbst gebracht haben, zum Nachgeben zu bewegen."

„Das Resultat eines solchen Unsinnes liegt auf der Hand, um so mehr wenn man Oesterreich kennt."

„Nur mit annähernder Gewißheit vorauszusagen, wie, so nahe die Lösung auch liegt, sie ausfallen könnte, ist unmöglich. Du wirst Dir es auch denken können, wenn Du meine Schilderung betrachtest. Die Confusion in Frankfurt 1849 war arg, nun werden 1850 die Geschicke des armen Deutschlands durch eine noch größere Confusion in Berlin zur Entscheidung gedrängt. Zu beiden Malen war das Volk erregt, damals für die Idee seiner Souveränetät, heute für die Kraft seiner Waffen. Verstände man nur solche Aufregung zu leiten und zum Guten zu wenden!"

„Ich schließe bekümmert und vernichtet und mit wenig Hoffnung auf eine

bessere Zukunft, aber ruhig und fest entschlossen, den vorgezeichneten Weg zu gehen.“ Dein ꝛc.

Ernst.

Ich muß zu den voranstehenden Schilderungen die ausdrückliche Bemerkung noch beifügen, daß manches davon wörtlich nach den Aeußerungen des Königs, von mir mitgetheilt worden ist. So erinnere ich mich deutlich an ein Gespräch mit demselben, in welchem er seine zuversichtliche Hoffnung auf die Theilnahme setzte, welche nach seiner Ueberzeugung der Hof in Wien für die Schwierigkeiten seiner Lage haben müßte.

Die Diplomatie ließ übrigens von Rücksichten solcher Art nichts gewahr werden. Am 24. November hatte Herr von Prokesch eine Note überreicht, in welcher die von Preußen verlangten Garantien in Bezug auf seine Etappenstraßen in Kurhessen zwar gewährleistet, aber gleichzeitig gefordert wurde, daß die preußischen Truppen Cassel binnen 24 Stunden räumen sollten. Da Preußen an dem Executionsbeschluß des Bundestags keinen Antheil genommen habe, so könnte selbst in der Form einer Cooperation die Besetzung des Kurfürstenthums durch preußische Truppen nicht gestattet sein.

Einer der entscheidendsten Tage war der 25. November. Es war ein Montag und alle Welt wußte, daß Vormittags der Ministerrath vom König in Bellevue versammelt worden war. Nachmittags fand ich den König in Gesellschaft der meisten Prinzen, welche die Eventualität des Krieges lebhaft erörterten.

Der König war ungemein freundlich gegen mich und versicherte, er habe mit dem Kriegsminister vereinbart, ich sollte den Oberbefehl des Corps erhalten, welches aus den Unionscontingenten und einigen Abtheilungen der preußischen Armee werde gebildet werden, wie er mir dies als seine Absicht schon früher geschrieben habe. Diese und manche andere Aeußerungen des Königs legten die Vermuthung nahe, daß die Beschlüsse des Ministerrathes kriegerischer Natur gewesen sein mußten. Gerüchte dieser Art waren auch in Berlin verbreitet und am Abend sprach man allerorten mit lauter Freude von dem Rücktritt Manteuffels und einem Ministerium Bodelschwingh-Radowitz.

Ich vermochte zwar diesen Nachrichten keinen Glauben beizumessen, indessen ließ sich ja nicht läugnen, daß durch die plumpe und gewaltthätige Form des österreichischen Ultimatums, welches die Räumung Kurhessens binnen kurzer Frist verlangte, die Lage Preußens eine rein defensive geworden war. Unter diesen Umständen wäre es nicht undenkbar gewesen, daß der König wirklich an jenem Montag Nachmittag an den Ernst des Krieges geglaubt hätte. Wenn er jedoch einen Moment entschlossen war, nicht weiter nachzugeben, so war am folgenden Tage bereits die politische Windrichtung ganz verändert.

Schon des Morgens brachte mir der belgische Gesandte Nothomb, der mir aus eigener Zuneigung und auf Befehl seines Königs stets mit Nachrichten treu zur Seite stand, die Gewißheit, daß Preußen auch die letzten Forderungen Oesterreichs erfüllen wolle. Er hatte unmittelbar aus dem Manteuffel'schen Cabinet Information, daß es sich nur noch um eine Form handle, die man — er wußte noch nicht das Detail — durch irgend eine persönliche Conferenz zu finden hoffe.

Unmittelbar darauf traf ich den Oberkammerherrn von Redern, welcher zwar politisch auf einer ganz anderen Seite stand, aber eine wohlmeinende Gesinnung für mich immer an den Tag gelegt hatte. Er glaubte mir versichern zu sollen, daß der Streit dem Wesen nach beigelegt sei. Er wollte mich vor falschen Schritten, die mich nach der österreichischen Seite allzusehr compromittiren könnten, aufrichtig gewarnt haben.

Unmuth, Unruhe, Neugierde bestimmten mich meiner Lage ein Ende zu machen. Ich begab mich zum Könige und bat um eine Abschieds-Audienz, indem ich versicherte, durch die heimischen Verhältnisse zu rascher Abreise gezwungen zu sein, um die militairischen Vorbereitungen rechtzeitig zu vollenden. Auf diese Weise glaubte ich hoffen zu dürfen, daß der König vor meinem Weggang sich zu einer bestimmteren Erklärung werde gedrängt fühlen. Ich täuschte mich aber, denn ich sollte es wahrscheinlich absichtlich nie aus seinem Munde erfahren, was er jetzt zu thun sich genöthigt glaubte. Ich wurde zur Familientafel gezogen; nach derselben sollte mir die gewünschte Audienz ertheilt werden und darauf sollte ich auch noch bei der Königin zum Thee erscheinen.

Beim Diner erging sich der König in einer humoristischen Schilderung einer kurz vorher von ihm persönlich vorgenommenen Inspektion der Zelte und Wagen, die er in dem bevorstehenden Feldzug werde in sein Hauptquartier mitnehmen. Niemand hörte mit größerem Erstaunen von all diesen kriegerischen Vorbereitungen als die Königin, welche sich den Aeußerungen des Königs gegenüber etwas ungläubig zu verhalten schien und versicherte, daß sie an nichts weniger als an den Krieg denke.

Sie wendete sich gelegentlich an mich und erzählte sie habe noch heute von ihrer Schwester Nachrichten aus Wien erhalten, welche das Beste hoffen ließen.

Die Minister mögen Gründe haben miteinander zu streiten, zwischen den beiden Familien, das könne sie wenigstens versichern, seien die Beziehungen der Freundschaft auch nicht eine Stunde getrübt gewesen. Nach aufgehobener Tafel folgte ich dem Könige in sein Arbeitszimmer, um mich offiziell zu verabschieden.

Er mußte die Empfindung haben, daß ich eine bestimmte Erklärung über Krieg und Frieden zu erwarten berechtigt wäre, denn er ergriff sofort das Wort, um eine Art von Monolog zu halten, in welchem er die gesammte Unionspolitik seiner Auffassung nach recapitulirte und die seltsamsten Betheuerungen seiner unveränderten Gesinnungen hören ließ. Ich war weder zum Worte gekommen, noch auch entlassen worden, als ein Flügeladjutant des Königs von Hannover gemeldet wurde, welcher eben zu dieser Stunde zur Audienz befohlen war.

Dieser sonderbare Zufall schien dem König nicht recht zu passen und da ich Anstalt machte zu gehen, der König aber wohl meine verblüffte Miene bemerkte, so hielt er einen Augenblick inne, hieß mich nur zu bleiben und befahl, daß der Adjutant des Königs von Hannover sofort vorgelassen werde. Zu mir gewendet, betonte er die Worte: „Es soll nur kein Mißtrauen vorhanden sein, hören Sie und sagen Sie den Fürsten, wie treu ich zu der Sache halte".

Mir war nicht bekannt, in welcher Mission der hannoversche Offizier gekommen und von dem König nun eigentlich beschieden worden war. Es war von Depeschen die Rede, welche dem Adjutanten zugestellt werden sollten, im übrigen hatte ich das Gefühl eines tiefen Bedauerns für den hannoverschen Abgesandten, wenn ich daran dachte, daß dieser seinem Herrn Rapport zu erstatten haben werde von dem, was ihm der König sagte. Es war unmöglich, aus dessen Worten irgend ein Bild der Situtation zu gewinnen.

Rasch wurde indessen der Adjutant entlassen und bald darauf empfahl auch ich mich mit dem Bewußtsein, nicht klüger als am Vormittage geworden zu sein.

Wenige Stunden später am Theetische der Königin sollte mir endlich die Situation begreiflich werden. Ich fand unter anderm den Major von Manteuffel und den General von Gerlach anwesend.

Die hohe Dame des Hauses schien in einer sehr animirten Stimmung und zeigte sich mir an diesem Abend besonders gnädig. Das Gespräch wendete sich bald zu der politischen Lage des Augenblicks und die Königin erzählte triumphirend, es sei gelungen, alle Schwierigkeiten zu beseitigen und die Minister von Oesterreich und Preußen kämen in Olmütz schon morgen oder übermorgen zusammen, um die noch vorhandenen Mißverständnisse zu begleichen.

Die Erörterung, welche sich an diese Neuigkeit im Kreise der Königin anknüpfte, wurde mit einer Ruhe und Unbefangenheit gepflogen, als hätte man es mit einem Gegenstande zu thun, der schon seit längerer Zeit wie selbstverständlich erwartet werden konnte. Als der König später eintrat, nahm die Conversation einen völlig harmlosen Charakter an, und man besprach die gleichgültigsten Dinge, wie in einer Zeit der tiefsten Friedenszuversicht. In so merkwürdiger Weise war ich mit der Bedeutung von Olmütz für die Entwicklung Deutschlands zuerst bekannt gemacht worden.

Ich hatte das Vergnügen vom Könige beim Abschied noch den Auftrag zu erhalten, den Minister von Manteuffel vor dessen Abreise nach Olmütz aufzusuchen und zu sprechen. Die Unterredung mit demselben war eben so kurz, als sie mir unvergeßlich blieb.

Ich benutzte die Verlegenheit des Ministers mich zu sehen zu der kategorischen Frage, ob es mit Olmütz seine Richtigkeit habe, und als er mir es unbedingt bejahte, so bat ich nur zu erlauben, mich so rasch wie möglich nach Hause zu begeben, um die Nachricht den armen Landwehrleuten zu überbringen, die sich im harten Winter von ihren Familien haben trennen müssen. Ich fand sie zahlreich genug auf allen Bahnhöfen, als ich gleich nachher mich auf die Heimreise gemacht hatte.

So endigten die merkwürdigen Tage, in welchen die Union begraben wurde!

In der ungeheuren Aufregung, welche durch ganz Deutschland wogte, vermochte man die abenteuerlichsten Erzählungen über den Hergang der Sache zu verbreiten.

In Wahrheit hatte der unglückliche König, der die Geschicke Deutschlands in seiner Hand hielt und in seinen Gefühlen und Empfindungen für dasselbe gewiß keinen Augenblick geschwankt hatte, nicht die Voraussetzung gemacht, daß jeder gute Deutsche noch in späten Tagen den Namen Olmütz mit Schrecken und Schmerz aussprechen werde.

Er hatte vielmehr die Meinung, daß durch die Freundschaft der Familien es als eine glückliche Concession erwirkt worden sei, daß die Minister zu den Olmützer Unterhandlungen genöthigt wurden; er mochte glauben, dabei noch einen gewissen Vortheil erreicht zu haben.

Es scheint mir am Platze hier die Eindrücke zusammenzufassen, welche der König in einem langen und intimen Verkehre politisch und persönlich hervorbrachte.

Es fehlt nicht an zahlreichen und ausgezeichneten Personen, die ihn kannten und die zugleich die größte Befähigung gehabt hätten, seinen Charakter kunstvoll zu schildern; er hatte so vielen Umgang mit Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern, in seinem Verkehr mit Diplomaten und Staatsmännern lag so viel Ungezwungenes, Lauteres, daß man erstaunt sein muß, so gut wie gar keinen treuen Schilderungen des Königs Friedrich Wilhelm zu begegnen. Eine große Anzahl seiner Reden sind gesammelt und verbreitet worden, und aus den wichtigsten Jahren seiner Regierung sind Correspondenzen veröffentlicht, welche er mit rascher Hand nach den verschiedensten Seiten an die verschiedensten Parteivertreter in immer gleich liebenswürdiger und geistvoller Weise gerichtet hat.

Wer lediglich diese Aufzeichnungen des Königs ins Auge fassen und ihn

auf Grund derselben für die Nachwelt porträtiren würde, der befände sich jedoch in dem verhängnißvollen Irrthum, als wäre es zur Erkenntniß der Menschen genügend, ihre Gedankenthätigkeit, ihr Geistesleben zu einem Bilde zu vereinigen. Wer immer praktisch mit dem Könige zu thun hatte, wer ihn in Geschäften beobachtete, wer durch Rang und Stellung in der Lage war, ihn gleichsam im Alltagskleide zu sehen, der erhielt sehr bald den Eindruck, daß zwischen der Welt der Ideen und der Thaten bei ihm die größten Gegensätze herrschten. Seine Aeußerungen gegen Männer wie Bunsen, Ranke, Ritter, Humboldt wollten in besonderer Art verstanden sein, und seine Schreiben an die Gagern, Dahlmann, Arndt und viele Andere durften nicht unter den Gesichtspunkt politischer Beschäftigung gebracht werden.

Von dem hervorragendsten Manne all dieser Kreise darf man jedoch behaupten, daß er den König in dieser seiner Zweiseelennatur vollkommen durchblickte, ja es ist bekannt, daß Humboldt nicht selten bitter wurde, wenn er auf die im König liegenden Widersprüche zu sprechen kam. Friedrich Wilhelm dem IV. war die Diskussion mit den Koryphäen der Wissenschaft und Politik ein geistiges Bedürfniß und eine akademische Spielerei, wobei es ihm auch gar nicht darauf ankam, ob sie in Uebereinstimmung mit dem stand, was in seinem Cabinette und in seinem Staate vorging, oder ob sie der treue Ausdruck dessen war, was er selbst glaubte, wünschte oder beabsichtigte. Er wollte als geistvoller Mann gleichsam collegialisch gefallen und anerkannt sein und war dabei vornehm und edel genug, um in der unerschöpflichen Erörterung von religiösen, wissenschaftlichen und politischen Problemen sein königliches Machtbewußtsein untergeordneten Personen kaum fühlbar zu machen.

Seine Hauptstärke bestand darin, irgend eine Situation schnell zu erfassen, oft sehr passend und meist frappant zurechtzulegen und in den schönsten Farben zu einem Bilde zu gestalten. War dies geschehen, so stellte er sich zu dem Gegenstande wie der Maler, der alle seine Sorge dahin richtet, seine Auffassung auf die Leinwand zu bringen und die wirksamsten Effekte zu erzielen. Er malte heute heilige Jungfrauen und morgen Teufel mit gleicher Vollkommenheit, und da es künstlerisch nicht darauf ankam, daß die Gesinnung jedesmal mit dem Gegenstande übereinstimmen mußte, so war unwillkürlich und unabsichtlich der Besitzer jedes einzelnen Gemäldes über den eigentlichen Gesammtcharakter des Künstlers getäuscht.

Obgleich der König wenig von dem besaß, was man im strengsten Sinne studirt zu nennen pflegt, so hatte er doch ein außerordentliches Wissen vermöge eines selten fehlgehenden Gedächtnisses. Mit seiner reichen Phantasie umfaßte er die entlegensten Gebiete und wußte seine Kenntnisse stets anregend zu verwerthen. Er war in der Geschichte mehr bewandert, als irgend jemand

seines Standes, oder als man dies von einem Laien zu erwarten berechtigt wäre.

Er war ein außerordentlicher Kunstkenner und hatte einen sehr feinen Geschmack.

Wenn er diese Eigenschaften praktisch weniger verwerthete, als man während seiner kronprinzlichen Jahre erwartet hatte, so war die Ursache davon in seinen häufig wechselnden Stimmungen gegen Personen und Sachen zu erblicken.

Auch in militairischen Dingen besaß er, was weniger anerkannt zu sein pflegt, weit mehr Kenntnisse und Urtheil, als man voraussetzte. Seine Kritiken nach den großen Manövern waren in hohem Maße zutreffend und belehrend für die Führer. Es war daher nicht richtig, wenn man seine, Preußens militairische Ehre nahezu hart streifende, Friedensliebe aus dem Mangel fachmännischen Verständnisses für die Vorzüge der trefflichen preußischen Armee erklären wollte.

In manchen Augenblicken erschien der König fast kindlich gutmüthig, er konnte aber doch sehr hart und in seinen spätern Jahren nachsichtslos sein. Er zeigte für Kleinigkeiten die lebhafteste Pietät, ja eine gewisse Empfindsamkeit, aber er konnte unmittelbar darauf heilige Empfindungen und Erinnerungen in ein Nichts verwandeln. Obgleich er von stärkstem Herrscherbewußtsein erfüllt war, mußte man doch zugestehen, daß er sich liberalen Ansichten und Empfindungen sehr geneigt zeigte. Weniger begreiflich schien es ihm aber, daß kundgegebene Ueberzeugungen und gesprochene Worte für den Fürsten weitgehende Consequenzen zu haben pflegen, denn Thatkraft und unbeugsamer Wille gingen ihm leider nur allzusehr ab. Seine Meinung war selten in einer Weise ausgesprochen, welche Mißverständnisse bei Andern ausschloß.

Befehl und Gegenbefehl wechselten bei seinen Entschließungen häufig, und zu seiner eigenen Qual war er sich dieses Mangels an Bestimmtheit und Festigkeit bewußt; er suchte darüber durch Raisonnements und Gründe sich gleichsam selbst zu berauschen und zu täuschen. Er gelangte darin zu einer gewissen Virtuosität, so daß er die stärksten seiner Fictionen schließlich ohne Frage selbst geglaubt hat. Bei diesem leidenschaftlich bewegten Innern vermochte einzig die tiefe Sehnsucht nach einem innigen Frieden mit Gott ihm einen religiösen Ruhepunkt zu gewähren.

Er sprach mit Vorliebe und häufiger von Freundschaft, Treue und Dankbarkeit, als das Geschäfts- und Staatsleben in der Regel diesen Empfindungen Raum zu gestatten pflegt, und er erregte dadurch wahrscheinlicher Weise mehr Zweifel an seiner Aufrichtigkeit, als der Wahrheit entsprochen haben mag. Ich hatte oft Gelegenheit, alle diese widersprechenden Erscheinungen des Charakters bei dem Könige wie ein psychologisches Räthsel zu empfinden, und brauchte um so längere Zeit dasselbe zu lösen, als ich nicht weniger wie manche seiner unbe-

dingtesten Lobredner von den außerordentlich fascinirenden Seiten seines Wesens gefangen genommen war.

Vieles von diesen Unbegreiflichkeiten war indessen auf seine rein physische Beschaffenheit zurückzuführen. Seine Stimme war hochklingend, sein Leib gedunsen, seine Bewegung hastig und unsicher. Er litt unter den heftigsten Aufregungen, vermochte den Zorn nicht zu beherrschen. In den besseren Jahren seines Lebens vermochte er seinen Unmuth jedes Mal durch beißende und sarkastische Bemerkungen gleichsam hinwegzuscherzen.

Später trat bei jedem Sturm eine rasche Reaction von Schwäche und Apathie ein. Dann fiel er körperlich in sich zusammen, fuhr mit der Hand über die schweißbedeckte Stirn und sein Antlitz nahm den Ausdruck tiefen Verfalles an.

Man dürfte indessen wahrlich nicht denken, daß die Erkenntniß der für den Regenten und Politiker ungünstigeren Eigenschaften des Königs meine persönliche Antheilnahme und Ergebenheit für ihn jemals unterdrücken konnten. Indem ich ihm für Vieles dankbar sein mußte, vermochte ich die Bande stets aufrecht zu erhalten, die mich politisch und persönlich an ihn knüpften, und ich darf vielleicht erwähnen, daß mir die Königin, nachdem der beklagenswerthe Mann von seiner Lebensqual befreit war, in einem Augenblicke ungeheuchelter Empfindung die mich tief rührenden und erfreuenden Worte sagte: „Sie, mein bester Herzog, waren eine von jenen Personen, die er wahrhaft schätzte und liebte“.

Trotz aller persönlichen Beziehungen vermöchte indessen Niemand, der die Summe der Regierung Friedrich Wilhelms IV. ziehen sollte, Anderes zu sagen, als daß der König die geistig und politisch völlig vorbereitete Wiederaufrichtung Deutschlands auf längere Jahre und in mancher Hinsicht vielleicht unwiederbringlich geschädigt hatte.

Der demüthigendste Umstand für unsere gesammte Nationalwiedergeburt war daraus entstanden, daß die Verhandlungen in Olmütz unter russischer Intervention stattfanden. Indem Fürst Schwarzenberg in Begleitung des russischen Gesandten Herrn von Meyendorf bei der Conferenz erschien, wurde gleichsam constatirt, daß Kaiser Nikolaus der wirkliche Befehlshaber auf dem Continente sei.

Offiziell wußte man nicht genug von den friedlichen und freundlichen Gesinnungen zu sagen, die man sich entgegengebracht hätte, und rühmte die eifrigen und loyalen Bemühungen des Herrn von Meyendorf beiden Theilen die Verständigung zu erleichtern. Aber die drohende Note Nesselrodes an das preußische Cabinet vor den Conferenzen mußte doch zugestanden werden, und man erzählte von einem persönlichen Schreiben des Czars an seinen Schwager, welches die

Katastrophe entschieden hätte. Man müßte fast wünschen, daß diese russisch-preußischen Correspondenzen jener Jahre der Welt für immer vorenthalten bleiben möchten! Für alle Eingeweihten stand es fest, daß die Russen nicht vermittelt, sondern den Frieden im eigentlichsten Sinne dictirt hatten.

In den Stipulationen von Olmütz gab Preußen die kurhessischen und holsteinischen Angelegenheiten völlig preis. In der deutschen Frage glaubte es noch einen Erfolg davongetragen zu haben, weil die Einladungen zu den Ministerial-Conferenzen in Dresden von beiden Mächten unter formeller Gleichberechtigung ausgehen sollten.

Als ich die Nachricht erhielt, daß die deutschen Mächte zu der neuen Sisyphusarbeit in Dresden berufen würden, suchte ich sofort 18 Fürsten der bestandenen Union zu dem Entschlusse zu bringen, in allen Dingen gemeinsam vorzugehen und nach vorhergegangener Verständigung geeinigt bei den Dresdener Conferenzen zu erscheinen.

Die letzteren sollten schon am 15. December ihren Anfang nehmen.

Um die erlittene Niederlage zu verhüllen, dauerten die Rüstungen in Preußen scheinbar fort, während man dem grausam enttäuschten und ernüchterten deutschen Volke erzählte, beide Großmächte hätten einen Sieg davongetragen; und zwar den Sieg des Friedens! — Die Kammern in Berlin wurden von Herrn von Manteuffel vertagt, um unangenehmen Fragen auszuweichen. Die Weihnachtsfreuden sollten nur den einberufenen Landwehrleuten verdorben werden, welche in schlechten Winterquartieren Gewehr bei Fuße standen, damit die Minister in Dresden sich den Schein des tiefsten Ernstes der Lage zu geben vermochten. So viele Wehklagen und entrüstete Worte wurden in diesen Decembertagen verschwiegenen Briefbogen anvertraut, daß es leicht wäre eine ganze Sammlung davon zu veröffentlichen.

Nur mit einem Briefe des Königs Leopold möchte ich die Leidensgeschichte des Jahres 1850 enden dürfen, um dem Pessimismus auch hier nicht das letzte Wort zu lassen. Er hatte mit der Ueberlegenheit eines Weltweisen mir im Beginne des neuen Jahres auseinandergesetzt, welcher Segen unter allen Umständen der holde Friede für Fürsten und Völker sei:

Mein theurer Ernst!

„Es ist lange her, wie mir scheint, daß ich nichts von Dir gehört habe, und wir sind im neuen Jahr."

„Vieles hat sich wieder begeben und obgleich ich nicht zum Friedens-Congreß gehöre und nicht mit Elihu Burrit liirt bin, der mit Cobden der Meinung ist, man solle Kriege nur führen, um die Leute zum Frieden zu zwingen, so danke ich doch dem Himmel, daß es nicht zum Krieg gekommen ist. Unge-

meines Unheil wäre gewiß daraus entstanden, die Elemente der Ordnung und die Kräfte der Regierungen wären zum gegenseitigen Zerstören gebraucht worden au bénéfice ambitieux des Anarchistes, die die Vortheile zu fischen dachten. In Frankreich hätte man ungemein gerne diesem Stiergefechte zugeschaut, in süßer Hoffnung, ein gutes Stück der alten Grenzen dadurch zu erlangen."

„Für uns wäre gerade diese letztere Consideration gar nicht erfreulich gewesen. Wenn man nur aus den Dresdener Conferenzen etwas praktisches Gutes hervorgehen sehen könnte. Es wäre dies wirklich im Interesse aller deutschen Staaten und dito der nächsten Nachbarn ....."

Mein Oheim konnte noch auf die Dresdener Conferenzen hoffen! —

Beilage und Anmerkung.

Zu Seite 223.

Acten zur thüringischen Gesammtstaatsfrage.

a) Protocoll über meine Verhandlung in Altenburg.

Gotha 14. Julius 1848.

Se. Hoheit der Herzog hatten für angemessen erachtet, Sich am 12. d. M. nach Altenburg zu begeben, um über die politischen Zustände daselbst, welche bereits seit einiger Zeit durch die Umtriebe einer republicanischen Partei einen bedenklichen Charakter angenommen zu haben schienen, ingleichen über die von der dasigen Staatsregierung deshalb beabsichtigten Maßregeln, insbesondere über eine dem Vernehmen nach dortseits beabsichtigte nähere politische Verbindung mit dem Königreiche Sachsen, oder dem Großherzogthum Weimar Sich persönlich geeigneten Aufschluß zu verschaffen. Es fand zu diesem Endzweck eine Besprechung auf dem herzogl. Residenzschlosse zu Altenburg statt, an welcher Ihre Hoheiten die Herren Herzöge von Coburg-Gotha und von Altenburg, die dasigen Minister von Planitz, Jese und später auch Cruciger, ingleichen der Unterzeichnete Theil nahmen, und deren Ergebnisse den Hauptpunkten nach in Folgendem bestanden:

Die republicanische Partei im Herzogthum Altenburg hatte in dem letzten Monat allerdings an Zahl und Macht zugenommen; sie bildet die Mehrheit in der jetzigen Abgeordnetenversammlung, und tritt hier den Maßregeln der Staatsregierung auf jede Weise und zwar nicht ohne lähmenden Erfolg entgegen. Durch die ausgedehnteste Benutzung des gesetzlich gestatteten Associationsrechts sucht sie ihren Einfluß immer noch zu verstärken und die Autorität der Staatsregierung mehr und mehr zu untergraben. Ihr Bestehen hat in Altenburg bereits zu denjenigen Ereignissen geführt, welche aus den anliegenden beiden Erklärungen des dasigen Ministeriums specieller hervorgehen.

Se. Hoheit der Herzog von Altenburg hatten die Nothwendigkeit empfunden, Sich zu wirksamer Abhülfe dieses Zustandes einen äußeren Rückhalt zu verschaffen, und in Folge dessen, sowie im Hinblick auf die politischen Verhältnisse Deutschlands überhaupt daran gedacht:

ob es nicht im allseitigen Interesse der Fürsten des Ernestinischen Hauses überhaupt liege, unter Verzicht auf ihre dermaligen Souveränetätsrechte und mit Vorbehalt ihrer Domanialgerechtsame ihre Länder dem Königreich Sachsen dergestalt zu incorporiren, daß die Ersteren mit der Königl. Sächsischen Familie Ein Ganzes

bildeten, und königliche Ehrenrechte sowie eventuelle Successionsaussicht in das zu bildende Gesammtland genössen.

Se. Hoheit der Herzog von Altenburg erklärten hierbei ausdrücklich, daß Sie das Einverständniß aller Linien des Ernestinischen Hauses stets als die Grundbedingung der Realisirung dieser Idee betrachtet hätten, und eine einseitige Ausführung derselben für einen Verrath an den agnatischen Rechten des Gesammthauses erachten würden.

Nachdem — fuhren Se. Hoheit fort — Höchstdieselben auf indirectem Wege vernommen hätten, daß man von königl. Sächsischer Seite jene Idee einer weiteren Verfolgung für werth erachte, sei von Altenburg aus darüber eine durchaus confidentielle Mittheilung an den Hof zu Weimar erfolgt, von hier aus aber die Realisirung der ersteren widerrathen und dagegen eine Vereinigung aller Thüringischen Lande (mit Einschluß der Fürstl. Reußischen und Schwarzburgischen) zu Einem Gesammtstaate für sehr zeitgemäß und wünschenswerth erklärt worden. Die diesfallsigen Gründe enthalte ein Handbrief des Großherzogl. Staatsministers von Watzdorf.

Der Inhalt dieses Briefes, welcher in der anliegenden Abschrift zu den diesseitigen Acten mitgetheilt wurde, bildete nun den Gegenstand einer längeren Discussion. Hiebei bemerkten Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, daß Sie sich nicht entschließen könnten, zu einem Arrangement mit dem Königreich Sachsen in der oben bezeichneten Weise die Hand zu bieten, und Se. Hoheit der Herzog von Altenburg erklärten, daß Sie nun ebenfalls diese Idee als aufgegeben betrachteten, dagegen die eines Thüringischen Gesammtstaates allerdings einer näheren Beachtung werth hielten, und in ihrer Ausführung namentlich ein wirksames Mittel zur Beseitigung des republicanischen Treibens in Höchstihrem Herzogthum erblicken zu können glaubten.

Allein Se. Hoheit der Herzog von Coburg-Gotha führten dagegen unter umfassender Motivirung aus, daß die zur Bildung eines thüringischen Gesammtstaates erforderliche Hingabe specieller Souveränetätsrechte jetzt weder als ein Gebot der Nothwendigkeit noch der Politik erscheine, und daß zur Herbeiführung einer allerdings wünschenswerthen engeren politischen Beziehung unter den thüringischen Staaten die Niedersetzung einer Commission Seitens derselben zur Berathung legislatorischer Gegenstände und Einrichtungen von gemeinsamem Interesse — welche Höchstdieselben zu beschicken geneigt seien würden — vollkommen genügen werde.

Se. Hoheit der Herzog von Altenburg und dessen Minister von Planitz und Jese erkannten das Gewicht der hierfür angeführten Gründe an und waren auch mit Sr. Hoheit, unserem gnädigsten Herrn, in dessen weiteren Bemerkung einverstanden:

„daß die Centralgewalt in Frankfurt a. M. dasjenige Organ bilde, bei welchem gegen ein weiteres staatsgefährliches Ueberhandnehmen republicanischer Tendenzen in Altenburg Abhilfe und Schutz zu suchen sein würde,"

und bezeichneten es als wünschenswerth, daß von Sr. Hoheit dem Herzog von Coburg-Gotha im agnatischen Interesse schon jetzt der Beistand der Centralgewalt für Altenburg beantragt werden möge. Allein Se. Hoheit lehnten dies ab und sprachen viel-

mehr in dieser Beziehung folgende Ansicht aus: „Der Antrag auf Einschreiten der Centralgewalt bedürfe eines bestimmten äußeren Anhaltspunktes, einer Thatsache, welche bekunde, daß die Macht der speciellen Staatsregierung — wenn auch nur in einem einzelnen Falle — neutralisirt sei. An einem solchen Anhaltspunkte scheine es in Altenburg — nachdem durch die am 18. v. M. bewilligte Amnestie die bis dahin begangenen politischen Vergehen außer Berücksichtigung getreten seien — dermalen zu fehlen. Sollten jedoch derartige Vergehen wieder verübt werden, und die Untersuchung und Bestrafung dermalen auf Widerstand stoßen, den die Staatsregierung nicht zu beseitigen vermöge, oder sonst die Autorität derselben nicht mehr geltend zu machen sein, dann sei es an der Zeit, den Beistand der Centralgewalt anzurufen; und einem solchen Antrage, der zunächst immer von der direct betheiligten Staatsregierung auszugehen habe, würden dann auch die Agnaten vermöge ihres Interesses sich anzuschließen erhebliche Gründe haben."

Se. Hoheit der Herzog von Altenburg erklärten Sich mit dieser Ansicht einverstanden, und nachdem die Schritte zur Niedersetzung einer Commission zu dem oben bezeichneten Zwecke einer legislatorischen Annäherung unter den Thüringischen Staaten weiterer Vereinbarung vorbehalten waren, wurde die heutige Verhandlung beschlossen und auf höchsten Befehl von dem Unterzeichneten die vorliegende Registratur darüber aufgenommen.

Rudolf Brückner.
Geh. Referendar.

b) Schreiben des Ministers von Watzdorf an den Herzog von Altenburg.

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herr!

Ew. Hoheit soll ich auf Befehl des Großherzogs, meines gnädigsten Fürsten und Herrn, die Gründe näher angeben, welche mich bestimmt haben, meinen ehrerbietigsten Rath gegen eine Unterwerfung der Sachsen-Ernestinischen Fürstenhäuser unter das Königshaus Sachsen und für eine Vereinigung der sog. Thüringischen Lande zu einem Gesammtstaat zu ertheilen.

Indem ich diesen Befehl hierdurch nachzukommen die Ehre habe, sehe ich zunächst ganz ab von den Rücksichten, welche das Gefühl für mein Fürstenhaus, welche die historischen Rechte mir auferlegen und betrachte den Gegenstand nur von der objectiven, von der politischen Seite. Von dieser Seite betrachtet, halte auch ich es für sehr wünschenswerth, ja für unvermeidlich nothwendig, daß eine Mehrheit der kleinen Souveränetäten, welche jetzt in Deutschland bestehen, künftig wegfalle. Ueber die Art und Weise, wie dies geschehen solle, läßt sich meines Erachtens nur dann ein zuverlässiges Urtheil fällen, wenn man darüber zu einer gewissen Ansicht gekommen, was überhaupt das allgemeine Interesse erfordere? In dieser Beziehung bestehen bekanntlich mit verschiedenen Modificationen zwei Hauptansichten. Die einen meinen, Deutschland müsse unter mehrere (6—8) größere Staaten vertheilt und diesen ein Centralorgan gegeben werden; die anderen dagegen wollen zwar ebenfalls ein kräftiges

Centralorgan für alle gemeinsamen Angelegenheiten, aber eine Mehrzahl von einzelnen Staaten und die bestehenden überhaupt nur soweit beseitigt, als ihre Kleinheit einer zweckmäßigen Staatsverwaltung hindernd in den Weg tritt. Ich gehöre zu den warmen Anhängern der letzteren Partei. So gewiß ich überzeugt bin, daß Deutschland zu der von der Natur ihm angewiesenen äußeren politischen Stellung nur gelangen kann, wenn es unter einem kräftigen Centralorgan zu Allem vereinigt wird, was ihm gemeinschaftlich ist, so gewiß bin ich überzeugt, daß es seine höhere Bildung nur in der Erhaltung der Individualitäten der einzelnen Staaten sichern kann, soweit diese Erhaltung überhaupt möglich ist. Diesen beiderseitigen Rücksichten entspricht der von mir entworfene Plan zu einer staatlichen Vereinigung der Thüringischen Zollvereinsstaaten. Ein so gebildeter Staat wird nicht so bedeutend sein, daß er der Centralgewalt gefährlich werden, daß er jemals vergessen könnte, wie ein reges Anschließen an diese nur wohlthätig für seine eigene Existenz sein werde, er wird aber auch nicht so klein bleiben, daß ihm eine nach allen Seiten zweckmäßige Verwaltung nicht möglich sein sollte.

Nach jener ersteren Ansicht dagegen werden die noch verbleibenden Einzelstaaten als solche eine größere politische Macht erhalten; in demselben Verhältniß, in welchem dies der Fall ist, werden sie aber auch auf die individuellen Vorzüge ihrer einzelnen Theile verzichten müssen und — worauf ich das größte Gewicht lege — versucht werden, ihre Macht der Centralgewalt zu entziehen, ja sogar der letzteren entgegen zu wirken. Diesem Anstreben, gnädigster Herr, hat Deutschland, haben besonders die Fürsten das schwere Geschick zuzuschreiben, welches jetzt über sie hereingebrochen. Dasselbe Anstreben, welches die Macht der Kaiser herabdrückte, hat jede gedeihliche Wirksamkeit des Bundes unmöglich gemacht und am Ende die Katastrophen herbeigeführt, welche heut' noch eben so zum Heil als zum Verderben führen können. Gebe Gott, daß ersteres der Fall sein möge! Wie aber auch die nächste Zukunft sich gestalte, ich würde es nicht angemessen finden, den Grund zu neuen Verwicklungen zu legen und das, glaube ich, würde der Fall sein, wenn man die bestehenden Mittelstaaten noch zu stärken sich bemühen wollte. Aber auch angenommen, daß das von mir aufgestellte Princip nicht richtig sei, daß man wirklich für die Herstellung einiger mittelgroßen Staaten sorgen müsse, um für Deutschland sowohl im Ganzen, als im Einzelnen eine Zukunft zu sichern, so würde die hier vorgeschlagene Verbindung mit dem Königreich Sachsen dem Zwecke durchaus nicht entsprechen, so lange nicht wenigstens die königl. preuß. Provinz Sachsen mit dem alten Stammland wieder verbunden würde. Denn ohnedies würde das Königreich Sachsen eine selbständige politische Bedeutung nicht erlangen, es würde vor möglichen Wechselfällen sich selbst nicht schützen können und ebenso wenig diejenigen kleineren Staaten, welche ihre Geschicke mit den seinigen verbunden hätten. Eine Wiedervereinigung des königl. preuß. Sachsen mit dem Königreich Sachsen scheint mir aber, der dermaligen Schwäche des königl. preuß. Gouvernements ungeachtet, kaum denkbar, will man nicht eine Fortdauer der Revolution annehmen, welche, wenn sie eintreten sollte, alles Bestehende in Frage stellen würde.

Ew. Hoheit haben in dem Schreiben an Se. königl. Hoheit den Großherzog noch darauf Werth gelegt, daß die fragliche Vereinigung auch zu einer mehreren Sicherstellung der Hausinteressen und Rechte führen werde. Ich wage zu zweifeln, daß dies eintreten werde. Einmal darf man überall da, wo eine rechtliche Vereinigung über diese Rechte und namentlich über das Domänenvermögen zu Stande gekommen ist, deren Dauer so lange sich versichert halten, als nicht eine Revolution das Recht überhaupt verletzt, in welchem Falle keine Form der Sicherstellung hilft; dann aber wird von königl. Sächs. Seite gerade über diesen finanziellen Punkt gewiß keine größere Garantie gewährt werden, als jedes einzelne Fürstenhaus in seinem Speciellen erlangt hat. Selbst der bei einer Lebensfrage wie die vorliegende nicht einmal in Betracht kommende Punkt der äußeren Ehren, würde kaum zu Gunsten der Ernestinischen Fürstenhäuser regulirt werden."

„In jedem Falle möchte ich eine gemeinsame Vereinigung, wie sie Ew. Hoheit früher selbst in Aussicht gestellt haben, für politisch richtiger halten, als einen Aufschluß an das Königreich Sachsen, und ich würde es für ein Glück halten, wenn die betheiligten durchlauchtigsten Herren diesem Stern Sich zuwenden wollten. Wenn ich übrigens gleich es für meine Pflicht gehalten habe, diesen Plan, wie gesagt, nur objectiv zu beurtheilen, so leugne ich doch keineswegs, daß ich demselben auch nach subjectiven Rücksichten besonders gern mich zugewendet habe. Ich weiß recht wohl, daß die Geschicke der Fürsten nicht nach den Regeln des Privatrechts geleitet werden können, daß sie dem großen Laufe folgen müssen, welchen die göttliche Weltordnung in der Geschichte verfolgt, ich würde daher mit voller Ueberzeugung und reinem Gewissen meinem Fürsten den Rath ertheilen Sich dem zu unterwerfen, wenn dies sein hoher Beruf so forderte, aber ohne ganz überwiegende Gründe könnte ich ein Opfer, wie es hier in Frage ist, niemals rathen. Und was ich in dieser Beziehung denke und fühle, das fühlt mit mir die überwiegend große Mehrzahl der übrigen Bewohner des Großherzogthums. Mögen auch hier in der letzten bewegten Zeit Excesse vorgekommen sein, so würde man doch sehr falsch urtheilen, wenn man deshalb einen Mangel der Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus voraussetzen wollte; ja ich bin überzeugt, daß ein Regentenwechsel, selbst wenn er als durch höhere Rücksichten geboten angesehen werden müßte, den entschiedensten Widerstand im Volke finden würde, um wie viel mehr, wenn ein solches Gebot nicht angenommen werden kann. Hierzu kommt, insbesondere dem Königshause Sachsen gegenüber, daß dieses seine höhere staatsrechtliche Stellung einer früheren Ungerechtigkeit oder doch Härte des Schicksals verdankt und daß das Königl. Haus der katholischen Religion angehört. Vernünftigerweise wird man in diesem letzteren Umstand keinerlei Grund zu Bedenken finden können, aber in religiösen Dingen urtheilt das Volk nach dem Gefühl, nicht nach der vernünftigen ruhigen Erwägung der Dinge. Das lehrt die tägliche Erfahrung und würde in dem vorausgesetzten Falle die Zukunft sehr bald wieder lehren, denn es läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß die jetzt zurückgetretene religiöse Bewegung wieder beginnen wird, sobald die politische Frage beseitigt ist. Auch von

dieser Seite würde eine staatliche Vereinigung des Thüringischen Zollvereins die Sympathien des Volks für sich haben."

„Ew. Hoheit wollen gnädigst gestatten, daß über diesen Gegenstand binnen Kurzem ein amtliches Schreiben an Höchstdero Staatsministerium von hier aus gerichtet und dadurch zu weiteren Verhandlungen die Einleitung gegeben werde."

„Gnädigster Verzeihung wegen der Länge dieses Schreibens versichert, habe ich die Ehre in tiefster Ehrfurcht zu verharren

Ew. Hoheit

unterthänigst gehorsamster

Weimar, am 8. Juli 1848. B. v. Watzdorf."

(Nach einer Abschrift der Ministerial-Registratur zu Gotha.)

Zu Seite 314.

Mit Rücksicht auf die von G. v. Meyern gemachte Bemerkung: dem kurhessischen Bataillon habe man nicht getraut rc., habe ich kürzlich eine Mittheilung von dem preußischen Major a. D. v. Stamford in Marburg erhalten, von u[illegible].ch mit Vergnügen Gebrauch mache. Frühere kurhessische Offiziere, welche zur Zeit des Septemberaufstandes in Frankfurt in Garnison lagen, noch leben und sich der Ereignisse erinnern, vermögen laut ihrer schriftlich gegebenen Erklärungen dafür einzustehen, daß bei dem kurhessischen Bataillon nicht der leiseste Grund einer Besorgniß wegen Unzuverlässigkeit der Truppe vorhanden gewesen sei. Die Ursache, weshalb das Bataillon nicht zum unmittelbaren Angriff geführt werden konnte, habe darin gelegen, daß es durch die Besetzung der Wachposten vollständig in Anspruch genommen war. Indem ich diese erfreuliche und für das Bataillon wichtige Thatsache constatirte, will ich lediglich zur Entlastung meines verstorbenen, durchaus ehrlichen Berichterstatters nur noch bemerken, daß ein Gerücht bez. eine falsche Voraussetzung der angedeuteten Richtung in Frankfurt in jenem Augenblick allerdings verbreitet gewesen zu sein scheint, vgl. z. B. Wichmann, Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche S. 244, „den Kurhessen traute man nicht". Dieser damals vorhandenen, wenn auch falschen Ansicht würde durch eine Veröffentlichung Seitens der früheren Herren Offiziere des Bataillons am besten die Spitze abgebrochen.









BINDING DEPT. AUG 4 1966

